

*Includes the complete text of Domarus' original German  
4-volume set, and the 4-volume English translation on CD*

# **The Complete HITLER**

*A Digital Desktop Reference  
to His Speeches and Proclamations  
1932–1945*

**Max Domarus**



**Bolchazy-Carducci Publishers, Inc.**  
Wauconda, Illinois USA

**The Complete Hitler  
A Digital Desktop Reference  
to His Speeches and Proclamations 1932-1945**

Max Domarus

© 2007 Bolchazy-Carducci Publishers, Inc.  
All rights reserved.

**Bolchazy-Carducci Publishers, Inc.**  
1000 Brown Street  
Wauconda, IL 60084 USA  
[www.bolchazy.com](http://www.bolchazy.com)

Produced in the United States of America

**2007**

by Media Services

ISBN 978-0-86516-658-5

Max Domarus

HITLER

Reden und Proklamationen 1932–1945

BAND 1

HITLER  
Reden und Proklamationen  
1932–1945

TEIL I TRIUMPH

Erster Band 1932–1934  
Zweiter Band 1935–1938

TEIL II UNTERGANG

Dritter Band 1939–1940  
Vierter Band 1941–1945

MAX DOMARUS

# HITLER

Reden und Proklamationen  
1932 - 1945

Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen

TEIL I TRIUMPH

Erster Band 1932 - 1934

PAMMINGER & PARTNER · LEONBERG

4. Auflage, 17.-22. Tausend 1988  
Lizenzausgabe für  
Pamminger & Partner Verlagsgesellschaft mbH, Leonberg  
© 1973 by Max Domarus  
Register of Copyrights United States of America,  
Registration No A-B Af 19118  
and Afo 42884 (the author Max Domarus)  
Copyright © 1987 W. Domarus  
Alle Rechte vorbehalten,  
auch das des Nachdrucks von Auszügen  
und der fotomechanischen Wiedergabe  
Gesamtherstellung: Mainpresse Richterdruck Würzburg  
Printed in Germany

# INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort . . . . .	1	TEIL I.	
Zur Einführung . . . . .	4	TRIUMPH	
HITLERS PERSÖNLICHKEIT		1932 — 1938	
Charakter und Auftreten . . . . .	6	ERSTER BAND	
Geistesverfassung . . . . .	8	<i>Das Jahr 1932</i>	
„Patriotismus“ . . . . .	14	Übersicht über den Verlauf . . . . .	57
Religiöse Vorstellungen . . . . .	16	Wiedergabe und Kommentar . . . . .	59
Verhältnis zu Kunst und Kultur . . . . .	20	<i>Das Jahr 1933</i>	
POLITISCHE ZIELE		Übersicht über den Verlauf . . . . .	169
Die 30-Jahre-Theorie . . . . .	23	Wiedergabe und Kommentar . . . . .	172
Der Juden-Komplex . . . . .	24	<i>Das Jahr 1934</i>	
Innenpolitische Konzeption . . . . .	29	Übersicht über den Verlauf . . . . .	343
Außenpolitische Konzeption . . . . .	35	Wiedergabe und Kommentar . . . . .	346
Die Methodik von Hitlers Reden . . . . .	44	ZWEITER BAND	
Bemerkungen		<i>Das Jahr 1935</i>	
zur Anlage des Werkes . . . . .	55	Übersicht über den Verlauf . . . . .	465
		Wiedergabe und Kommentar . . . . .	466
		<i>Das Jahr 1936</i>	
		Übersicht über den Verlauf . . . . .	561
		Wiedergabe und Kommentar . . . . .	561
		<i>Das Jahr 1937</i>	
		Übersicht über den Verlauf . . . . .	659
		Wiedergabe und Kommentar . . . . .	661
		<i>Das Jahr 1938</i>	
		Übersicht über den Verlauf . . . . .	769
		Wiedergabe und Kommentar . . . . .	773
		Hitlers Aufstieg zum Obersten	
		Befehlshaber der Wehrmacht . . . . .	988

TEIL II.

UNTERGANG

1939 — 1945

DRITTER BAND

Vorbemerkung . . . . . 1001

*Das Jahr 1939*

Übersicht über den Verlauf . . . 1009

Wiedergabe und Kommentar . . . 1025

*Das Jahr 1940*

Übersicht über den Verlauf . . . 1435

Wiedergabe und Kommentar . . . 1441

VIERTER BAND

*Das Jahr 1941*

Übersicht über den Verlauf . . . 1643

Wiedergabe und Kommentar . . . 1649

*Das Jahr 1942*

Übersicht über den Verlauf . . . 1817

Wiedergabe und Kommentar . . . 1820

*Das Jahr 1943*

Übersicht über den Verlauf . . . 1961

Wiedergabe und Kommentar . . . 1967

*Das Jahr 1944*

Übersicht über den Verlauf . . . 2069

Wiedergabe und Kommentar . . . 2071

*Das Jahr 1945*

Übersicht über den Verlauf . . . 2177

Wiedergabe und Kommentar . . . 2179

Schlußbemerkung . . . . . 2155

ANHANG

Hitler und die Geschichte . . . 2261

Die Schuld am 2. Weltkrieg  
nach Hitlers Interpretation . . . 2263

Hitlers Siege und  
Niederlagen im 2. Weltkrieg . . . 2271

Hitlers Aufenthalte im Ausland . . . 2276

Nachwort . . . . . 2277

Sachregister . . . . . 2279

Personenregister . . . . . 2292

Bildregister (Personen) . . . . . 2310

Ortsregister . . . . . 2311

Literaturverzeichnis . . . . . 2317



## Abbildungen

- I Briefwechsel mit Hindenburg und Meißner. Hitler diktiert (November 1932)
- II General von Schleicher an seinem Schreibtisch im Jahre 1932
- III Gregor Strasser, Reichsorganisationsleiter der NSDAP., im Jahre 1932
- IV 22. Januar 1933. Hitler spricht bei der Gedenkfeier für Horst Wessel
- V 1. Februar 1933. Hitler spricht zum erstenmal im Rundfunk
- VI Hitler bei seiner ersten Reichstagsrede am 23. März 1933
- VII Hitler im Gespräch mit Röhm und anderen SA.-Führern am 22. Januar 1934
- VIII Rede vor Autobahnarbeitern. Hitler spricht in Unterhaching
- IX Vor der Tat . . . Hitler am 29. Juni 1934 in Schloß Buddenberg
- X Hitlers Autokolonne verläßt Bad Wiessee am 30. Juni 1934
- XI Nach der Tat . . . Hitler grüßt am 1. Juli 1934 die ihm huldigende Reichswehrabteilung
- XII SS.-Posten im Reichstag am 13. Juli 1934. Hitler befürchtet Attentate empörter Parteigenossen
- XIII Hitler und Mussolini in Venedig am 14. Juni 1934
- XIV Hindenburg und Hitler in Neudeck am 3. Juli 1934
- XV Betretene Mienen beim Eintreffen der Wahlergebnisse vom 19. August 1934
- XVI 15. Januar 1935. Hitler hört das Ergebnis der Saarabstimmung
- XVII 16. März 1935. Hitler spricht zur Generalität anläßlich der Einführung der Wehrpflicht
- XVIII 16. September 1935. Hitler läßt die Spitzen der Generalität an sich vorbeimarschieren
- XIX 6. März 1936. Hitler spricht zu den Reichsministern über die bevorstehende Rheinlandbesetzung
- XX Ehrenkorporal Hitler begrüßt Mussolini in Rom
- XXI 12. März 1938. Hitler in seiner Heimatstadt Braunau
- XXII Hitler bei seiner Ansprache vom Balkon des Rathauses in Linz
- XXIII 15. März 1938. Hitler bei seiner Ansprache vom Balkon der Wiener Hofburg
- XXIV Treue Paladine. Ribbentrop und Papen bei der Truppenparade auf dem Wiener Ring
- XXV 26. September 1938. Hitler nach seiner Rede im Berliner Sportpalast
- XXVI 29. September 1938. Hitler und Chamberlain bei der Münchener Konferenz
- XXVII Finstere Miene im Sudetenland. Hitler bei seiner Rede in Rumburg
- XXVIII Hitler auf der Fahrt nach Karlsbad

## Abkürzungen

A.	= Archiv
B. A.	= Bundesarchiv Koblenz
BDM.	= Bund Deutscher Mädchen
BVP.	= Bayerische Volkspartei
DAF.	= Deutsche Arbeitsfront
DNB.	= Deutsches Nachrichtenbüro
DNVP.	= Deutschnationale Volkspartei
DVP.	= Deutsche Volkspartei
FHQu.	= Führerhauptquartier
Gestapo	= Geheime Staatspolizei
H.	= Heft
HJ.	= Hitlerjugend
HQu.	= Hauptquartier
H.St.A.	= Hauptstaatsarchiv München
IMT.	= Internationales Militärtribunal in Nürnberg (Anschließende Zahlen- bzw. Buchstabensignaturen bedeuten die betreffenden Nummern der Beweisurkunden und Sitzungsprotokolle des Hauptkriegsverbrecherprozesses 1945/1946—Exemplare davon im Staatsarchiv Nürnberg)
KdF.	= Kraft durch Freude (NS.-Gemeinschaft)
KPD.	= Kommunistische Partei Deutschlands
NRK.	= Neue Reichskanzlei
NS.	= Nationalsozialistisch
NSBO.	= Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
NSD.	= Nationalsozialistische(r) Deutsche(r)
NSDAP.	= Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSFK.	= Nationalsozialistisches Fliegerkorps
NSK.	= Nationalsozialistische Parteikorrespondenz
NSKK.	= Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps
OKH.	= Oberkommando des Heeres
OKL.	= Oberkommando der Luftwaffe
OKM.	= Oberkommando der Kriegsmarine
OKW.	= Oberkommando der Wehrmacht
PL.	= Politische Leiter
PO.	= Politische Organisation
RAD.	= Reichsarbeitsdienst
RGBl.	= Reichsgesetzblatt
RK.	= Reichskanzlei
SA.	= Sturmabteilung
SD.	= Sicherheitsdienst
SPD.	= Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS.	= Schutzstaffel
ST.A.	= Staatsarchiv
TU.	= Telegraphenunion
VB.	= Völkischer Beobachter
WTB.	= Wolffs Telegraphisches Büro

## Vorwort

Die vorliegende Publikation der Reden und Proklamationen Adolf Hitlers (I. Band: 1932—1938, II. Band: 1939—1945) ist das Ergebnis einer archivalischen Sammeltätigkeit während der Jahre 1932 bis 1945, die durch das Studium von Quellenmaterial und Publikationen nach dem 2. Weltkrieg ergänzt wurde.

Eine so eingehende Vertiefung in Dokumente der jüngsten Vergangenheit mag bei einem Historiker, dessen Spezialgebiet das 18. Jahrhundert ist, ungewöhnlich erscheinen. Es besteht jedoch ein gewisser Zusammenhang zwischen beiden Materien. Ein lebhaftes Interesse für die englische Geschichte hatte die intensive Beschäftigung mit Napoleon I. und Wilhelm II. zur Folge. Als im Jahre 1932 Adolf Hitler zur wichtigsten Persönlichkeit im politischen Leben Deutschlands aufstieg, fielen mir seine Reden und Proklamationen auf, die in außenpolitischer Beziehung oft an jene geschichtlichen Vorbilder erinnerten. Es konnte kein Zweifel sein, daß dieser Mann, sollte er zur Macht kommen, in scharfen Gegensatz zur westlichen Welt, insbesondere zu England, geraten würde. Ich begann daher, alle erreichbaren Reden, Interviews, Aufrufe, Briefe und sonstigen Verlautbarungen Hitlers zu sammeln in dem Bewußtsein, sie würden einmal dokumentarischen Wert erhalten.

Als Student und Reporter hatte ich von 1932 bis 1939 auf ausgedehnten Reisen durch Deutschland Gelegenheit, wichtige Etappen des Dritten Reiches aus der Nähe mitzuerleben, Hitler unmittelbar als Redner zu hören und Persönlichkeiten nach ihren Empfängen bei ihm zu sprechen.

So konnte ich mich von Hitlers erstaunlichem rednerischen Einfluß selbst überzeugen, der sich nicht auf leicht erregbare Volksmassen beschränkte, sondern auf Einzelpersönlichkeiten aus den maßgebenden Kreisen Deutschlands fast noch stärker wirkte.

Es wurde mir damals klar, daß Hitlers Argumentationen vorwiegend auf Deutsche Eindruck machten bzw. auf Menschen, deren Länder mit Deutschland benachbart waren oder in irgendeiner Beziehung zur deutschen Mentalität und zum deutschen Kulturkreis standen. Angehörige der angelsächsischen Mächte, aber auch Russen und Japaner blieben dagegen von Hitlers rhetorischen Auftritten unbeeindruckt, wenn sie auch mitunter aus Höflichkeit oder Taktik zuzustimmen schienen.

Die unmittelbare Beobachtung der Vorgänge und die Vergleiche mit historischen Parallelen lehrten mich frühzeitig, die wirklichen und vermeintlichen Erfolge des Dritten Reiches nüchtern zu beurteilen und in ihren Auswirkungen auf das Ausland entsprechend einzuschätzen.

So wurde ich ein besonders interessierter und genauer Zuhörer Hitlers, studierte die einzelnen Phasen und die Methodik seiner Ansprachen und notierte die wichtigsten Formulierungen während der Reden oder unmittelbar danach. Veränderungen und Auslassungen im später veröffentlichten Text konnte ich daher sofort fixieren.

Im 2. Weltkrieg war ich von 1939 bis 1945 Soldat und hatte nicht mehr die Möglichkeit, Reden und wichtigen Veranstaltungen beizuwohnen. Dieser Mangel

fiel jedoch nicht allzusehr ins Gewicht, da Hitlers Auftritte in der Öffentlichkeit immer seltener wurden und seine spärlichen Reden meist im Rundfunk zu hören waren. In Urlaubszeiten konnte ich die Sammlung seiner Äußerungen auf den laufenden Stand bringen und durch militärische Befehle, Aufrufe und Weisungen ergänzen, die mir zugänglich waren.

Nach dem 2. Weltkrieg war ich von anderen wissenschaftlichen Aufgaben ausgefüllt und hatte zunächst keine Veranlassung, mich in die Diskussion um Hitler und das Dritte Reich einzumischen. Freunde im In- und Ausland, denen meine mündlichen Interpretationen zu Hitlers Reden und Proklamationen gefallen hatten, drangen jedoch seit Jahren in mich, die Sammlung kommentiert herauszugeben, um damit das Phänomen jener Zeit verständlicher zu machen und der Entstehung eines unvollständigen oder falschen Geschichtsbildes entgegenzuwirken.

Vielleicht hat man in der bisherigen Forschung zur Geschichte des Dritten Reiches die Dinge etwas zu kompliziert gesehen. Der Initiator und Motor des ganzen Geschehens war Adolf Hitler. Wenn er sein Innerstes auch nicht völlig offenbarte, so machte er jedoch keine großen Unterschiede zwischen dem, was er in kleinem Kreis erklärte, und dem, was er in großen Versammlungen vortrug. Er hat die meisten seiner Absichten in aller Öffentlichkeit kundgetan, wenn auch nicht immer zu dem Zeitpunkt, da er zur Tat schritt. Seine Reden und Proklamationen haben den Vorzug der Originalität, während Memoirenwerken und sogar protokollarischen Aufzeichnungen Fehler anhaften können.

Das vorliegende Werk beschränkt sich auf die Jahre 1932–1945, und zwar nicht nur wegen des entsprechenden Umfangs der genannten Sammlung. Zweifellos sind auch manche Reden Hitlers aus früheren Jahren interessant, vor allem für den Psychiater. Aber die Zeit, in der Hitler ein kleiner Parteiführer und gescheiterter Putschist gewesen ist, spielt für die deutsche und die europäische Geschichte kaum eine Rolle. Hier wird er erst bedeutungsvoll, sobald er nachhaltigen Einfluß gewinnt und Macht ausüben kann, zunächst als Führer der stärksten Partei in Deutschland, dann als Regierungschef, als Staatsoberhaupt und als Oberster Befehlshaber der deutschen Wehrmacht. Diese entscheidende Epoche beginnt mit dem dramatischen Kampf um die Regierungsgewalt in Deutschland 1932 und endet mit dem totalen Zusammenbruch von Hitlers Außen- und Militärpolitik 1945. So entspricht die Beschränkung dieser Publikation auf die Jahre 1932 bis 1945 einer inneren Notwendigkeit.

Allen Persönlichkeiten, die die Herausgabe des Werkes ideell gefördert und sachlich unterstützt haben, sei auch an dieser Stelle geziemend gedankt. Mein Dank gilt zunächst Herrn Universitätsprofessor Dr. Hugo Hantsch in Wien, Herrn Universitätsprofessor Hugh Trevor-Roper in Oxford, Herrn Universitätsprofessor Dr. Fridolin Solleder in Erlangen-Nürnberg, Herrn Universitätsprofessor Dr. Heinz Lieberich in München, Generaldirektor der staatlichen Archive Bayerns, Herrn Hofrat Dr. Gebhard Rath in Wien, Generaldirektor des österreichischen Staatsarchivs, Herrn Redakteur Dr. Heinrich Sperrl in Nürnberg und Herrn Dr. de Quervain in Bern, Chef der Eidgenössischen Militärbibliothek.

Außerdem habe ich Dank abzustatten dem Institut für Zeitgeschichte in München, besonders Herrn Generalsekretär Dr. Helmut Krausnick und den Herren Dr. Thilo Vogelsang, Dr. Helmut Heiber und Dr. Anton Hoch, dem Bundesarchiv in Koblenz, besonders Herrn Direktor Dr. Karl G. Bruchmann, Herrn Oberarchivrat Dr. W. Kohle und Herrn Oberst i. G. a. D.

H. T e s k e (Militärarchiv), dem Staatsarchiv Nürnberg, besonders Herrn Archivdirektor Dr. Fritz S c h n e l b ö g l, dem Stadtarchiv München, besonders Herrn Archivdirektor Dr. Michael S c h a t t e n h o f e r, der Monacensia-Abteilung der Stadtbibliothek München, besonders Herrn Amtmann H o l l w e c k, dem Stadtarchiv Würzburg, besonders Herrn Amtmann R u d o l p h, der Militärbibliothek in Stuttgart und dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg i. Br.

Zu großem Dank bin ich verpflichtet meinem Assistenten, Herrn Gerhard G. D r e x l e r in Würzburg. Er hat nicht nur das gewaltige Material mit durchgearbeitet und die Druckfahnen gelesen, sondern auch als Vertreter der jungen Generation die Präzision des Kommentars gefördert. Durch die jahrelange Mitarbeit ist er selbst zu einem ausgezeichneten Kenner der Materie geworden.

Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle nicht zuletzt meiner Frau für ihre Anteilnahme und Geduld.

*Dr. Max Domarus*

## Zur Einführung

Persönlichkeiten, die zur Macht drängten oder ihren Machtbereich vergrößern wollten, haben sich häufig des gesprochenen Worts oder der Proklamation bedient. Sie taten dies nicht nur, um schneller zum Ziel zu kommen, sondern auch, um ihre Leidenschaft selbst zu befriedigen. Der Beifall der angesprochenen Menschen bezauberte sie ebenso sehr wie die Demonstration ihrer suggestiven Kraft und Einwirkungsmöglichkeit. Dafür gibt es in der Geschichte der Menschheit genügend Beispiele.

Gehen wir in das 19. Jahrhundert und die angrenzenden Jahre zurück, so haben besonders Napoleon I. und Wilhelm II. entsprechende Exempel geliefert.

Die Reden und Proklamationen des Kaisers der Franzosen, die erst verhältnismäßig spät publiziert wurden <sup>1)</sup>, vermitteln ohne Zweifel den stärksten Eindruck seiner Persönlichkeit.

Die Reden und Proklamationen des deutschen Kaisers vor dem 1. Weltkrieg sind zwar im Druck erschienen <sup>2)</sup>, traten aber durch die Kriegereignisse in den Hintergrund. Sie haben jedoch seinerzeit viel dazu beigetragen, im deutschen Volk ein falsches Bild von den eigentlichen Machtverhältnissen in der Welt entstehen zu lassen.

Die Reden und Proklamationen Adolf Hitlers aber sind in weit stärkerem Maß bestimmend gewesen für die Entstehung und das Ende des sogenannten Dritten Reiches <sup>3)</sup>. Hitler erörterte den größten Teil seiner Thesen und Pläne in der Öffentlichkeit und machte höchstens in zeitlicher Hinsicht Unterschiede zu dem, was er vor wenigen Vertrauten äußerte.

Man kann einem Politiker und Staatsmann die Freiheit zubilligen, irgendein Thema im kleinen Kreis zu diskutieren und bis in letzte Konsequenzen durchzusprechen, ohne daß jede Redewendung sofort als persönliche Überzeugung betrachtet werden muß. Infolgedessen können private Äußerungen nicht in jedem Fall als sichere Belege für vorhandene Absichten eines Mannes betrachtet werden.

---

<sup>1)</sup> Vgl. Heinrich Conrad, Napoleons Leben — Von ihm selbst, Stuttgart 1913, ferner Paul und Gertrude Aretz, Napoleon I. — Mein Leben und Werk, Riehen-Basel 1936.

<sup>2)</sup> Johs. Penzler, Die Reden Kaiser Wilhelms II., Leipzig (Reclam). Bd. I (1890—1895) ersch. um 1900, Bd. II (1896—1900), ersch. 1904, Bd. III (1901—1905), ersch. um 1907, ohne Jahresangabe. Weitere Reden, herausgegeben von B. Krieger, ebenfalls bei Reclam.

<sup>3)</sup> Drittes Reich — ursprünglich ein mythischer Begriff für ein Idealreich der Zukunft, schon im Mittelalter nachweisbar (vgl. Julius Petersen, Die Sehnsucht nach dem Dritten Reich in deutscher Sage und Dichtung, Stuttgart 1934). Nach dem 1. Weltkrieg in Deutschland besonders populär geworden durch Arthur Moeller van den Brucks 1922 erschienenes Buch „Das Dritte Reich“. Von Hitler-Anhängern aufgegriffen als Ziel ihres politischen Kampfes (Kampflied: „In München sind viele gefallen“ mit dem Refrain „Es leben noch vieltausend Kämpfer für das Dritte, das Großdeutsche Reich“). Der Begriff wurde zunächst als Fortsetzung der beiden deutschen Kaiserreiche (des römisch-deutschen 962—1806 und des Hohenzollern-Reiches 1871—1918) verstanden. Während und nach der Herrschaft Hitlers wurde „Drittes Reich“ gleichbedeutend mit dem nationalsozialistischen Reich 1933—1945. Hitler selbst gebrauchte den Ausdruck Drittes Reich relativ selten. Nach dem Anschluß des Sudetenlandes erklärte er: „Die Geburtsurkunde des Zweiten Reiches wurde unterzeichnet von den deutschen Fürsten. Die Geburtsurkunde des Dritten Reiches wird ausgestellt und bestätigt durch das deutsche Volk“ (Rede v. 2. 12. 1938, vgl. S. 981).

So interessant und aufschlußreich die überlieferten Privatgespräche Hitlers<sup>4)</sup> auch sind, es wird diesen Darstellungen aus zweiter Hand zwangsläufig ein gewisses Fragezeichen anhaften, hervorgerufen durch das Fehlen des unmittelbaren Wortlauts, durch mögliche Irrtümer und Mißverständnisse wie auch durch subjektive Färbungen. Die Reden und Proklamationen Adolf Hitlers sind dagegen von ihm selbst formuliert und können von niemand in der dokumentarischen Wahrheit angezweifelt werden. Aus welcher Situation und welcher Notwendigkeit des politischen Kampfes sie auch geboren wurden, er selbst hat es für richtig gehalten, sie in der angegebenen Form und zum genannten Zeitpunkt der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Sache des Kommentators ist es, den Hintergrund festzuhalten und darzustellen.

Adolf Hitler, geboren am 20. April 1889 in Braunau am Inn (Oberösterreich) war der Sohn des kleinen Zollbeamten Alois Hitler und seiner Ehefrau Klara geborenen Pölzl. Nach dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreiches im November 1918 beschloß er, „Politiker“ zu werden<sup>5)</sup>.

Am 30. Januar 1933 wurde er Reichskanzler. Aber schon vorher bekannten sich 13 Millionen wahlberechtigter Deutscher zu ihm, weil sie von ihm eine bessere politische und wirtschaftliche Zukunft erhofften.

Der unbekanntes Kleinbürger und Gefreite des 1. Weltkrieges stieg auf zum allein bestimmenden Regierungschef, zum deutschen Staatsoberhaupt und zum Obersten Befehlshaber der deutschen Wehrmacht. Er entmachtete seine gesamten innenpolitischen Gegner und besetzte alle wichtigen Stellen des öffentlichen Lebens mit ihm ergebenen Parteigängern. Trotz der entgegenstehenden Bestimmungen des Versailler Vertrages baute er eine neue Wehrpflichtarmee auf.

Anschließend wandte er sich nach außen. Es gelang ihm, ohne einen Schuß abzugeben, Österreich und die sudetendeutschen Gebiete dem nationalsozialistischen<sup>6)</sup> Reich anzuschließen, da er das Selbstbestimmungsrecht der Völker bei diesen Aktionen in Anspruch nahm und hierfür schließlich auch die internationale Billigung fand.

Als er jedoch mit Gewalt gegen Polen vorging, um auch diesen Staat zu annektieren, erklärten ihm die Westmächte den Krieg. Diese Möglichkeit hatte er nicht einkalkuliert, und damit war sein Untergang besiegelt. Er konnte zwar mit seinen Truppen noch eine Anzahl schwächerer Länder niederwerfen und in Rußland einfallen. Die von ihm entworfene Hakenkreuzfahne, die er zur deutschen Nationalflagge gemacht hatte, wehte zeitweise von Nordafrika bis zum Nordkap und vom Atlantik bis zum Kaukasus — aber dies alles änderte nichts an dem von Anfang an feststehenden Ausgang. Hitler hatte den Krieg begonnen, ihn zu beenden,

---

<sup>4)</sup> Vgl. Hermann Rauschnig, Gespräche mit Hitler (2. Aufl.), Zürich, 1940, und Dr. Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941—42, Bonn 1951.

<sup>5)</sup> In seinem Buch „Mein Kampf“ (Bd. I erschienen 1925, Bd. II erschienen 1927) schrieb Hitler auf S. 225: „Ich aber beschloß, Politiker zu werden.“ Für diese Stelle und alle folgenden wird zitiert die 78.—84. Auflage, München 1933.

<sup>6)</sup> Das Wort „nationalsozialistisch“ wurde ursprünglich von der 1904 gegründeten Deutschen Arbeiterpartei in Österreich verwandt (offizieller Titel seit 11. 5. 1918: „Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei Österreichs“). Nach diesem Vorbild wurde am 5. 1. 1919 von dem Dreher Anton Drexler und dem Schriftsteller bzw. Journalisten Harrer die „Deutsche Arbeiterpartei“ (ab 1920 „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ in München gegründet, der Hitler als Mitglied Nr. 7 im September 1919 beitrug). Hitler liebte das Wort „nationalsozialistisch“ sehr und sprach es meist voll aus, nicht abgekürzt (NS). Offensichtlich erschien es ihm schon ein klanglich besonders eindrucksvoll und symbolisierte außerdem die von ihm erstrebte Vereinigung nationalsozialistischer und sozialistischer Strömungen in Deutschland.

war er nicht in der Lage. Er erlebte mit seiner Politik einen totalen Zusammenbruch. Nachdem sich alle seine außenpolitischen Theorien und Prophezeiungen als falsch erwiesen hatten, erschöß er sich am 30. April 1945 im Bunker der Reichskanzlei. Er hinterließ in Deutschland und in Europa ein bisher beispielloses Trümmerfeld, und hohe Unterführer nannten ihn nach seinem Tode einen millionenfachen Mörder<sup>7)</sup>.

## Hitlers Persönlichkeit

### *Charakter und Auftreten*

Hitler gab sich im öffentlichen und privaten Leben als Held und Übermensch: strotzend vor Energie, alles vorausschauend, niemals irrend, tapfer und unerschrocken, zutiefst überzeugt von seiner Mission. War er es wirklich?

Bevor Hitler begann, sich als politischer Agitator zu betätigen, war nichts Außergewöhnliches an ihm festzustellen. Er wollte zwar schon als Kind nur tun und lernen, was ihm gefiel, und tat sich gerne als „kleiner Rädelsführer“<sup>8)</sup> hervor. Aber darin war er keine Einzelpersönlichkeit.

Auch während der Jahre, die er als junger Mann in Wien und München verbrachte, unterschied er sich nicht sehr von vielen seiner Altersgenossen. Er behielt allerdings den von Kind an empfundenen Widerwillen gegen systematisches Lernen und geregelte Arbeit bei. Infolgedessen konnte er sich nicht entschließen, eine normale Berufsarbeit aufzunehmen oder gar einen Haus- und Ehestand mit seinen oft unangenehmen täglichen Anforderungen zu gründen. Nur bei äußerster Not verdingte er sich als Maurergehilfe und Anstreicher oder bot selbstgezeichnete Karten zum Verkauf an.

Er träumte lieber von „großen“ d. h. kriegerischen und revolutionären Zeiten und empfand es niederdrückend, daß zu Beginn des 20. Jahrhunderts anscheinend kein Raum mehr für außergewöhnliche Ereignisse in Deutschland und Europa zu bestehen schien. In seinen Ansprachen, die er später als Führer und Reichskanzler an die deutsche Jugend hielt, kam er immer wieder darauf zurück, wie traurig und armselig seine eigene Jugendzeit gewesen sei, weil er nichts „Großes“ habe erleben dürfen, und wie glücklich sich die Jugend schätzen müsse, nunmehr von ihm solche großen Zeiten beschert zu erhalten.

Begierig verfolgte der junge Hitler in Wien die chauvinistischen Reden und utopischen Programme der Alldeutschen<sup>9)</sup> oder die antisemitische Hetze verschro-

---

<sup>7)</sup> Erklärung des ehemaligen Reichsjugendführers und Gauleiters Baldur von Schirach vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg am 24. 5. 1946: „Meine Schuld besteht darin, daß ich die Jugend unseres Volkes für einen Mann organisierte, der mir als Führer und Staatsoberhaupt lange Jahre hindurch unantastbar schien. Und dieser Mann war ein millionenfacher Mörder.“ (IMT. Blaue Serie, Bd. XIV, S. 477.)

<sup>8)</sup> Mein Kampf S. 3: „Ich war ein kleiner Rädelsführer geworden.“

<sup>9)</sup> Alldeutscher Verband, überparteiliche nationalistische, pangermanistische Organisation, gegründet 1891 (Vorsitzender 1908 Heinrich Class, Rechtsanwalt und Verleger). Im Dritten Reich aufgelöst.



bener Sonderlinge <sup>10)</sup>, ohne sich jedoch dabei aktiv zu beteiligen. Nur bei seinen Bekannten liebte er es, nationalistische Thesen zu vertreten. Trotzdem kann man nicht behaupten, daß er sich damals irgendwie über seine Arbeitskollegen oder Schlafkameraden im Obdachlosenasyll erhob. Politische Spintisierer wie ihn gab es damals eine Menge, angefangen von gewissen Kaffeehausliteraten bis zu jenen „völkischen“ Aposteln, die vom kommenden großdeutschen Reich predigten und den Juden die Schuld an allem Unheil gaben, das dem deutschen Volk jemals widerfahren war.

Hitler selbst blickte allerdings verächtlich auf diese „völkischen Johannesse“ <sup>11)</sup> herab, weil sie Schwächlinge waren und nur mit „geistigen Waffen“ kämpfen wollten. Dabei war er durchaus kein Held. Übereinstimmend wird er von allen, die vor dem ersten Weltkrieg mit ihm in Berührung kamen, als zurückhaltender Mensch geschildert, der eher unsicher und unbeholfen als überlegen wirkte. Auch Hitlers Handschrift offenbart, daß er in seinem Innern ein Pessimist, ein Zweifler und Zauderer war. Die Angst vor Krankheiten und später vor möglichen Attentaten verließ ihn z. B. sein ganzes Leben nicht. Ebenso zeigt die Art, wie er die Erfüllung seiner Militärpflicht in Österreich hinausshob und sich stattdessen lieber nach München begab <sup>12)</sup>, daß er keine heroische Natur war.

Die spätere Bewährung im Felde <sup>13)</sup>, wo er eine gewisse Tapferkeit an den Tag legte, ist dafür kein Gegenbeweis, sondern zeigt lediglich, daß er durch Willenskraft zu Leistungen fähig war, die seiner wahren Veranlagung nicht entsprachen.

Die Energie, die er bei ihm lohnend erscheinenden Aufgaben oder bei drohenden Gefahren entwickeln konnte, war allerdings außergewöhnlich. Sie stand wie ein zweites Ich hinter ihm und trieb ihn später von Rede zu Rede, von Unternehmen zu Unternehmen, von Sieg zu Sieg und stürzte ihn schließlich in den Untergang.

Vor diesem Dämon Hitlers schreckten seine Mitarbeiter und Untergebenen, aber auch seine innenpolitischen Gegner zurück. Selbst die wenigen Attentäter, die sich gegen Hitler erhoben, wagten es nicht, ihm offen entgegenzutreten, sondern nahmen Zuflucht zur anonymen Bombe.

Hitler konnte, wenn er gut gelaunt und in ihm sympathischer Gesellschaft war, charmant sein, scherzen und Komplimente machen. Wenn aber der Dämon „Wille“ in ihm aufstand, dann warf er sich in Positur und spielte die Rolle, die er glaubte, vor der Geschichte, vor der deutschen Nation oder vor dem Altar seiner eigenen Thesen darstellen zu müssen. Aus dem sentimentalen Träumer wurde plötzlich der grausame Despot, härter als ein von Natur aus brutaler Charakter hätte sein können.

---

<sup>10)</sup> Vgl. hierzu Wilfried Bann, Der Mann, der Hitler die Ideen gab, München 1958. Hitlers Glaube an eine angeblich bestehende geheime jüdische Weltregierung basierte auf den (gefälschten) sogenannten „Protokollen der Weisen von Zion“, vgl. Gottfried zur Beek, Die Geheimnisse der Weisen von Zion, München (Eher) 1932, ferner Theodor Fritsch, Die zionistischen Protokolle — Das Programm der internationalen Geheimregierung, Leipzig 1924.

<sup>11)</sup> In Mein Kampf, S. 398, spricht Hitler von der Weltfremdheit der „völkischen Johannesse des zwanzigsten Jahrhunderts“.

<sup>12)</sup> Vgl. hierzu Joseph Greiner, Das Ende des Hitler-Mythos, Wien 1947.

<sup>13)</sup> Hitler meldete sich, obwohl er Österreicher war, am 3. 8. 1914, als Freiwilliger zur kgl. bayerischen Armee und wurde mit königlicher Erlaubnis im August 1914 in die 1. Kompanie des 16. Bayerischen Reserve-Infanterieregiments (nach dem Kommandeur auch Regiment „List“ genannt) eingestellt. Er erhielt im Dezember 1914 das E.K. (Eiserne Kreuz) II. Klasse und im Jahre 1918 das E.K. I. Vgl. auch Hans Mend, Adolf Hitler im Felde, München 1931, und Fridolin Solleder, Vier Jahre Westfront, Geschichte des Regiments List R.I.R. 16, München 1932.

Der unentschlossene Zauderer steigerte sich dann in eine „unabänderliche“ Entschlossenheit hinein.

Der Zweifler und Pessimist wurde zum grenzenlosen Optimisten und konnte bis in die letzten Tage seines Lebens bei vielen deutschen Zuhörern eine zuversichtliche Stimmung erzeugen, die auf keinerlei realen Grundlagen, sondern nur auf seiner Phantasie beruhte. Er spielte seine Rolle, zwar bisweilen übersteigert, aber doch mit solcher Vehemenz, daß nicht nur seine Umgebung, sondern schließlich auch er selbst von der Echtheit der Gefühlsäußerung überzeugt waren. Und doch genügte in solchen Augenblicken ein kleiner Zwischenfall, das Erscheinen einer ihm unbekannteren Persönlichkeit, eine unerwartete Äußerung, um ihn außer Fassung zu bringen. Statt einer großen Geste oder einer schlagfertigen Antwort brachte er dann nur eine unsichere Miene oder verlegene Redewendung zustande.

Er mußte seine Auftritte auf der politischen Bühne ebenso wie wichtige Reden meist vorher einstudieren. Dann aber konnte er überzeugend wirken, mochte er nun die Front einer Ehrenformation abschreiten, einem König die Hand schütteln oder sich als Kinderfreund und Frauenliebhaber produzieren.

### *Geistesverfassung*

Hitler war sicherlich kein normaler Mensch im bürgerlichen Sinn. Er konnte sich, wie schon betont, von Kind auf nur schwer an eine geregelte Arbeits- und Lebensweise gewöhnen und befand sich meist in offenem oder verhülltem Gegensatz zu den Ansichten und Gepflogenheiten seiner Umgebung. Bekannte Ärzte, die mit ihm in Berührung kamen, bezeichneten ihn als Psychopaten<sup>14)</sup>.

Aber es ist schwer, ein solches Urteil zu fällen, da Hitler die Gewohnheit und Fähigkeit hatte, sich bei besonderen Anlässen wie ein Verrückter zu gebärden, um seinen Reden mehr Nachdruck zu verleihen oder seine Besucher zu beeindrucken und zu erschrecken. Waren diese dann gegangen, konnte er, dem eben noch vor Erregung der Schaum vor dem Mund gestanden hatte, völlig ruhig und normal wirken. Bisweilen lachte er sogar über die gelungene Szene, die er gerade zum Besten gegeben hatte<sup>15)</sup>.

Hitler hielt sich selbst für eine Persönlichkeit, die nicht mit gewöhnlichen Maßstäben zu messen war. Er glaubte, zu den Heroen der Weltgeschichte zu gehören, wie sie der Menschheit in Jahrtausenden nur selten „geschenkt“ werden, und deutete in seinen Reden wiederholt an, daß er ein „Genie“ sei<sup>16)</sup>. Hegel z. B. rechnet zu den „weltgeschichtlichen Individuen“, die sich auf dem Wege zu ihren Taten nicht durch moralische Überlegungen beengen zu lassen brauchen, Alexander den Großen, Cäsar und Napoleon. Hitler hat es in der Tat fertiggebracht, es diesen Persönlichkeiten an Machtgier und Grausamkeit, an unersättlichem Eroberungsdrang, an wahnwitziger Verkennung von Fakten und Möglichkeiten gleichzutun, ja sie womöglich noch zu übertreffen.

<sup>14)</sup> So z. B. der Psychiater Prof. Dr. Oswald Bumke (geb. 1877 in Stolp, gest. 1950 in München). Aufzeichnung des Verfassers. Vgl. auch Oswald Bumke, *Erinnerungen und Betrachtungen* (eingeleitet von W. Gerlach), 1952.

<sup>15)</sup> Vgl. Ernst von Weizsäcker, *Erinnerungen*, München 1950, S. 203.

<sup>16)</sup> So z. B. Rede v. 7. 9. 1937: „Das Genie trennt sich von der Masse stets dadurch, daß es unbewußt Wahrheiten vorausahnt, die der Gesamtheit erst später bewußt werden.“ Vgl. S. 718.

Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, kann man Hitler wohl einen Wahnsinnigen nennen. Aber das bedeutet nicht, daß er ein Geisteskranker ohne Fähigkeit, exakt zu denken und konsequent zu handeln, gewesen ist.

Der Geisteszustand dieser „weltgeschichtlichen Individuen“, die im Laufe ihrer Tätigkeit den Zeitgenossen gewöhnlich ein Übermaß an Leiden zu bereiten pflegen, wird wohl am treffendsten durch den englischen Historiker Arthur Weigall charakterisiert. Er nimmt zur Frage der geistigen Zurechnungsfähigkeit Alexanders in seinem Buch „Alexander the Great“<sup>17)</sup> wie folgt Stellung:

„Die Frage nach seiner geistigen Zurechnungsfähigkeit ist oft von den Gelehrten aufgeworfen worden, aber mir scheint, daß er nicht geisteskrank war und daß die Bezeichnung: der ‚makedonische Wahnsinnige‘ nicht wörtlich genommen werden darf, obwohl viele seiner Handlungen auf Wahnsinn schließen lassen könnten, so etwa der Marsch durch die Gedrosische Wüste. In jeder Gemeinschaft von Menschen — zum Beispiel in einem Regiment von Soldaten — gibt es gewöhnlich einen Tollkühnen, den wir leichtthin irrsinnig nennen; in jeder Armee findet sich zu Kriegszeiten irgendein General, der an seine Leute Anforderungen stellt, die als wahnsinnig kritisiert werden; auf jedem Gebiet abenteuerlicher Erlebnisse begegnen wir irgendeinem verwegenen Helden, der, wie wir sagen, nicht bei Sinnen ist; in jedem Gremium von Staatsmännern hat irgendeiner visionäre Vorstellungen und Ideen, die zu gewaltig sind, als daß er nicht als geisteskrank gelten könnte; in jedem Kreis von Intellektuellen fällt ein exzentrisches Genie auf, das unfreundliche Ablehnung durch die übrigen findet, weil es ‚nicht zurechnungsfähig‘ ist; jede religiöse Gemeinschaft hat unter ihren Mitgliedern einen Fanatiker, der so genannt wird, ohne daß ein tatsächlicher Grund dafür vorliegt; in jedem Zeitalter und in jeder Gesellschaftsschicht gibt es den einen oder anderen aus der Reihe fallenden Menschen, der eine Mission in sich fühlt und der nur, weil seine Ansichten von denen der selbstgefälligen und geistig unbewegten Menschen abweichen, ärgerlich oder bewundernd ‚ein Verrückter‘ genannt wird. In all diesen verschiedenen Bedeutungen war Alexander ‚wahnsinnig‘, und man war sich dieser Tatsache offenbar bewußt: zu Ende seines Lebens wurde er stets mit dem Gott Dionysos identifiziert, der allgemein als der göttliche Wahnsinnige bekannt war, weil sein Vater Zeus ihm zum Wahnsinn getrieben hatte.“

Diese Charakterisierung Alexanders des Großen könnte ohne weiteres auch auf Adolf Hitler angewandt werden.

Manche Augenzeugen vertreten die Ansicht, daß Hitler in den letzten Jahren seines Lebens, durch verschiedene Krankheiten geschwächt, geistig mehr und mehr verfallen sei.

In körperlicher Beziehung scheint tatsächlich ein gewisser Niedergang eingetreten zu sein (Magenbeschwerden, Schlaflosigkeit, Zittern in den Gliedern usw.), obwohl sich in seiner äußeren Haltung gegen Ende des Krieges nur geringfügige Veränderungen zeigten: die Schultern sanken etwas ein, die schon immer vorhandene Anlage zum „Buckel“ wurde deutlicher. Die Haare färbten sich grau. Diese physischen Beschwerden bzw. Alterserscheinungen haben jedoch seine geistigen Kräfte nicht verändert. Die Wochenschauaufnahmen vom Jahre 1945 zeigten ihn bis in den Monat März hinein noch immer in der gleichen Pose: lächelnd und grüßend beim Erscheinen in der Öffentlichkeit, Hitlerjungen freundlich-väterlich auf die Schultern klopfend usw.

<sup>17)</sup> Deutsche Übersetzung von Dr. Ruth Weiland, Leipzig 1941, S. 451 ff.

Die Aufrufe, Telegramme und sonstigen offiziellen Äußerungen aber atmen den gleichen Geist, der Hitler von Anfang an besetzte. Er gab darin keinen Zoll nach. Adolf Hitler war im April 1945 nicht verrückter, als er es im Jahre 1919 gewesen war.

Wenn man nach Zeichen von Geisteskrankheit bei ihm suchen will, könnte man allerdings seine auffallende Zahlenmanie anführen, die das noch normale Maß solcher Gewohnheiten entschieden überschritt. Fast in jeder größeren Rede wartete Hitler mit skurrilen Zahlenreihen auf. Zehntausende von Parteigenossen kamen z. B. darin vor, Hunderttausende von Volksgenossen oder von Gefangenen, Millionen von Bauern und Arbeitern, Millionen Tonnen Lebensmittel, versenkten Schiffsraums, abgeworfener Bomben, Milliarden beförderter Briefe usw. usw.

Obwohl er in solch riesigen Zahlen besonders gern schwelgte, so waren ihm doch auch kleinere Zahlen eindrucksvoll genug, um sie immer wieder anzuführen, z. B. „7 Mann“, die eine Bewegung gründeten, „13 Jahre Kampf und 13 Millionen Anhänger“, „21 Antworten an Roosevelt“ (zur Übertrumpfung von Wilsons 14 Punkten) usw.

Der Zahlenfimmel Hitlers entsprang keineswegs einer Vorliebe oder auch nur einem Verständnis für echte Zahlenmagie, für Zusammenhänge zwischen bestimmten Daten oder zwischen Schicksal und Zahl. So fein sein Gespür für verborgene Leidenschaften und Triebe war, für magische Beziehungen einschließlich der Astrologie fehlte ihm jeder Sinn. Davon zeugen nicht nur seine Reden, sondern auch seine Taten<sup>18)</sup>.

Er liebte lediglich die Zahl selbst und sich steigernde Additionen und Reihen. Häufig war diese Zahlenakrobatik völlig sinnlos, da nichts durch sie bewiesen wurde und die reale Wirklichkeit ganz andere Größen ergab.

Man hatte den Eindruck, daß Hitler sich schon am Klang der Zahlen förmlich berauschte, daß sie auf ihn wie ein Stimulans wirkten. Er schien es durchaus für möglich zu halten, mit Hilfe solcher Zahlen auch seine Zuhörer in einen Rauschzustand zu versetzen.

Kaum zu trennen vom Problem des Geisteszustandes ist die Frage nach Hitlers Zurechnungsfähigkeit.

Jeder Verbrecher ist in gewissem Sinn nicht normal, weil seine Gedanken, Reaktionen und Taten nicht den normalen, durch Gesetz und Konvention festgelegten Normen entsprechen. Trotzdem wird er zur Verantwortung gezogen, wenn er ihnen zuwider handelt. Verbrecherische Instinkte mögen in vielen Menschen schlummern, ohne daß sie jemals zum Ausbruch kommen oder den Mitmenschen infolge des Fehlens entsprechender Gelegenheiten offenbar werden. Einige Philosophen behaupten sogar, der Mensch sei von Hause aus schlecht und werde nur durch die Gesetze im Zaum gehalten. Wie dem auch sei, Tatsache ist jedenfalls, daß Verbrechertum dort besonders in Erscheinung tritt, wo die moralischen und psychischen Hemmungen durch äußere Einflüsse beseitigt oder von dem betreffenden Individuum selbst eingerissen werden. Das letztere ist in ausgeprägtem Maße bei Hitler der Fall gewesen.

---

<sup>18)</sup> Obwohl Hitler z. B. den 9. November wegen der Revolution des Jahres 1918 als Unglückstag betrachtete, unternahm er am 8./9. November 1923 einen Putsch, der mißlang. 1937 entschloß er sich in den ersten Novembertagen zu einer gewaltsamen Außenpolitik, womit er ebenfalls Schiffbruch erlitt. Am 22. Juni 1941 eröffnete er am gleichen Tag den Rußlandfeldzug, an dem Napoleon 1812 sein katastrophales Rußlandunternehmen begann.

Er hat systematisch in sich selbst alle Schranken niedergelegt, die von normalen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft anerkannt und respektiert werden. Er brachte die Stimme des Gewissens zum Schweigen, allerdings nur schrittweise und anfangs mit spürbarem Zaudern. Aber letzten Endes ist es der erste Schritt, der die stärkste Überwindung erfordert, die späteren Stufen auf dem verbrecherischen Weg werden immer leichter genommen.

Hatte sich Hitler einmal entschlossen, seine eigenen Kameraden und Anhänger am 30. Juni 1934 kaltblütig umzubringen, nur weil sie seinen persönlichen Machtplänen hindernd im Wege standen, so nimmt es nicht wunder, daß er gegenüber seinen eigentlichen Gegnern oder denen, die er dafür hielt, keine milderen Methoden anwenden wollte oder konnte. Vollends, nachdem er im Jahre 1937 die letzten religiösen Bindungen <sup>19)</sup> über Bord geworfen hatte, hielt er sich selbst für den einzigen Maßstab in der Beurteilung dessen, was gut und was böse ist.

Der Grundsatz „Recht ist, was dem deutschen Volke nützt“, der im Dritten Reich ganz ungeniert verkündet wurde, barg schon die Freigabe verbrecherischer Instinkte in sich. Um wieviel mehr mußte sich eine solche These ins Verbrecherische auswachsen, wenn sie, wie geschehen, auf den Nenner gebracht wurde: „Recht ist, was Adolf Hitler nützt.“

Besonders furchtbar aber wirkt sich eine derartige Denkungsart in Kriegzeiten aus. Der Krieg beseitigt selbst einen großen Teil der menschlichen Hemmungen und stempelt das, was in Friedenszeiten als böse bezeichnet wird, förmlich zur Heldentat. Das 5. Gebot — „Du sollst nicht töten“ — gilt ebensowenig mehr wie das 7. und 8. Gebot, und auch das 6. Gebot büßt sehr an Verbindlichkeit ein.

Wie kann man erwarten, daß Hitler, der sich im Frieden nur widerstrebend an bestehende Rechtsvorschriften hielt und sie, wenn es ihm gut dünkte, auch bedenkenlos brach, solche im Krieg anerkennen würde? Tatsächlich sind die furchtbarsten Auswirkungen der Hitlerschen Geisteshaltung auch erst im Krieg eingetreten.

Hatte er bis dahin im wesentlichen nur seine politischen Gegner in Deutschland drangsaliert und verfolgt, so hielt er sich nun, da seine „rassisch wertvollen“ Soldaten sterben mußten, für berechtigt, die zum Feind erklärten Völker buchstäblich auszurotten, Juden, Polen, Serben, Russen, Zigeuner usw.

Der Krieg bedeutete jedoch nur die Schlußphase in einer Entwicklung, die bereits in den Jahren 1933 und 1934 begonnen hatte. Schon in dieser frühen Zeit erkannte Hitler keinerlei für ihn verbindliche Rechtsnormen an, mochte es sich nun um verfassungs- oder um strafrechtliche Vorschriften handeln. Zahlreiche vom Kabinett Hitler 1933 erlassenen Gesetze gingen weit über den Rahmen des Ermächtigungsgesetzes hinaus und stellten einen glatten Verfassungsbruch dar, z. B. Statthaltergesetz und Parteiengesetz. Die von Hitler angeordneten Morde des 30. Juni 1934 konnten nicht einmal durch einen angeblichen Staatsnotstand motiviert, geschweige denn gerechtfertigt werden. Trotzdem wurde dieses Verbrechen durch Staatsgesetz nachträglich „für rechtens erklärt“ <sup>20)</sup>. Bemerkenswerterweise ist Hitler auch in dieser Frühzeit amtlich in keinem Fall zur Rechenschaft gezogen oder auch nur gerügt worden.

---

<sup>19)</sup> Vgl. S. 745.

<sup>20)</sup> Vgl. S. 406.

Man kann diese Tatsache nicht mit dem Hinweis abtun, es habe eben damals eine Diktatur bestanden, gegen die ein Widerspruch unmöglich war. Es hätte zu jenem Zeitpunkt sowohl innerhalb als außerhalb des Kabinetts noch genügend Möglichkeiten zu Protest oder Demission gegeben, ohne daß dadurch Gefahr für Leib und Leben eingetreten wäre <sup>21)</sup>.

Die Wahrheit ist, daß Hitler den maßgebenden Persönlichkeiten in Deutschland schon damals die Überzeugung beigebracht hatte, alles, was er tue, sei von vornherein rechtens, auch wenn es im Gegensatz zu den geltenden Rechtsvorschriften stehe.

Diese Überzeugung teilten nicht nur seine eigenen Parteigenossen, denen er solchen Glauben früh genug eingepflichtet hatte, sondern auch die nichtnationalsozialistischen Kabinetts- und Reichstagsmitglieder und ebenso der Reichspräsident von Hindenburg. Hitler hatte durch seine Redekunst Deutsche von hohem Rang, gediegener Bildung und integerem Privatleben so sehr in seinen Bann geschlagen, daß sie ihm Pleinpouvoir für alles erteilten. Und dies in einem Land, dessen Rechtsvorschriften gewöhnlich penibel gehandhabt werden!

Es wird zuweilen behauptet, Hitler habe sozusagen einen „sechsten Sinn“ gehabt, z. B. Gefahren förmlich gewittert und sein Verhalten dann so eingerichtet, daß er ihnen noch im letzten Moment entging.

Die Version von der „übernatürlichen“ Begabung Hitlers hält einer exakten Überprüfung jedoch nicht stand. Bei den meisten Ereignissen, bei denen er angeblich in geheimnisvoller Weise drohenden Gefahren entging, sind überhaupt keine außergewöhnlichen Begleitumstände festzustellen, d. h. Hitler legte bei diesen Vorfällen das übliche Verhalten an den Tag und änderte die geplanten Dispositionen nicht. Dies würde er ohne Zweifel getan haben, wenn er wirklich Gefahren vorhergesehen hätte.

Es wird wohl niemand ernstlich behaupten wollen, daß Hitlers „übernatürliche“ Kräfte so gewaltig gewesen seien, daß er z. B. allein durch seine persönliche Anwesenheit den Mechanismus einer versteckten Bombe außer Funktion hätte setzen können <sup>22)</sup>.

Es bleiben bei nüchterner Sicht nur drei Vorfälle übrig, die ungewöhnliche Begleitumstände zu haben scheinen:

1. Der Flug Hitlers über die Ostsee am 6. November 1933, auf dem die Orientierung verloren gegangen war. Angeblich soll Hitler dabei dem Piloten plötzlich befohlen haben, gegen dessen Willen den Kurs um 180° zu ändern. Dadurch sei ein sicherer Absturz der Maschine verhindert worden.
2. Hitlers Verhalten bei seiner Rede am 8. November 1939 in München. Er verließ damals vorzeitig den Bürgerbräukeller. Eine halbe Stunde später explodierte dort eine Bombe.
3. Die Errettung Hitlers beim Attentat vom 20. Juli 1944 im Führerhauptquartier Wolfsschanze (Ostpreußen).

Zu diesen drei Ereignissen ist folgendes zu bemerken:

---

<sup>21)</sup> Die Minister Hugenberg und v. Eltz-Rübenach wurden 1933 bzw. 1937 ihres Rücktritts wegen nicht verfolgt, obwohl sie damit Hitler schwer brüskierten.

<sup>22)</sup> Der Oberst Henning von Tresckow lancierte am 13. 3. 1943 eine Zeitbombe in das Flugzeug Hitlers, der von Smolensk nach Ostpreußen zurückflog. Der Zünder versagte jedoch. Tresckow suchte am 21. 7. 1944 den Tod auf dem Schlachtfeld, vgl. Fabian v. Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, Frankfurt (1. Aufl. 1949) 41.—65.000, 1960 S. 88 ff.

Fall 1. Die Legende von Hitlers Flugabenteuer am 6. November 1933 basiert auf einer Darstellung des englischen Journalisten Ward Price<sup>23)</sup>. Dieser hat jedoch den Vorfall nicht persönlich miterlebt, sondern nach Erzählungen aus Hitlers Umgebung geschildert. Der Pilot des Flugzeugs, Hans Baur<sup>24)</sup>, gibt eine völlig andere, keineswegs geheimnisvolle Darstellung der Angelegenheit. Er hatte infolge schlechter Sichtverhältnisse und Störung der Funkpeilung die Orientierung verloren. Hitler befürchtete, man könne angesichts der langen Flugdauer Schleswig-Holstein bereits überflogen haben und sich über der Nordsee befinden. Baur nahm selbst Südkurs, um wieder Land in Sicht zu bekommen; als eine Küstenstadt auftauchte, versuchte er vergeblich, ihren Namen auf dem Bahnhofsschild zu lesen. Hitler aber erkannte an einer Versammlungshalle, in der er schon gesprochen hatte, daß es Wismar war. Dies war alles, was er zur „Errettung“ der Maschine beitrug.

Fall 2: Daß Hitler am 8. November 1939 eine halbe Stunde früher als gewöhnlich den Bürgerbräukeller in München verließ, ist nicht zu bestreiten. Aber sein Verhalten ist weit eher ein Beweis, daß es sich bei dieser Bombenexplosion um ein gestelltes, mit Hitlers Wissen vorbereitetes Scheinattentat handeln konnte. Diese Deutung wird durch eine Reihe anderer Umstände verstärkt, die an jenem Tag sowohl im Verhalten Hitlers als auch der SS. in Erscheinung traten<sup>25)</sup>.

Fall 3: Die Tatsache, daß Hitler sich am 20. Juli 1944 beim Explodieren der Stauffenberg-Bombe gerade über die Tischplatte beugte, um auf einer dort liegenden Karte etwas nachzusehen, wird man wohl nicht als übernatürlich bezeichnen können. Er ahnte sicher nicht, daß in diesem Augenblick unter dem Tisch ein Sprengkörper explodieren würde. Vor dem Attentat unternahm Hitler an diesem 20. Juli nichts, was irgendwie von der sonstigen Norm abwich.

Man kann darauf hinweisen, daß die damalige Lagebesprechung in einer Baracke stattfand, in der sich der Explosionsdruck weniger auswirken konnte, als es in dem damals wegen Reparaturarbeiten nicht benutzbaren Besprechungsbunker der Fall gewesen wäre. Aber dies nicht einkalkuliert zu haben, war der Fehler des Attentäters und entsprang nicht einer durch Ahnung hervorgerufenen Gegenmaßnahme Hitlers.

Außerdem war es nicht Hitler allein, der bei dieser Explosion am Leben blieb. Von insgesamt 21 Anwesenden wurden nur vier Personen so schwer verletzt, daß sie starben.

Hitler hat zwar hinterher seine Errettung am 20. Juli 1944 als wunderbare Fügung und göttlichen Fingerzeig propagandistisch ausgeschlachtet, aber von seinen „übernatürlichen“ Fähigkeiten im Erkennen von Gefahren kann in diesem Fall ebensowenig die Rede sein wie in allen anderen. Er behauptete zwar, er habe „jede Möglichkeit von vorneherein einkalkuliert“<sup>26)</sup>, aber der Verlauf der Ereignisse beweist das Gegenteil. Außenpolitische Probleme hat er fast immer falsch beurteilt und dabei Voraussagen gemacht, die sich später nicht bewahrheiteten.

Wenn es sich jedoch um innenpolitische Machtfragen handelte, war Hitler außerordentlich hellhörig. Er wollte nicht die geringste Machtentfaltung außer-

---

<sup>23)</sup> G. Ward Price, Führer und Duce, wie ich sie kenne (Deutsche Ausgabe von I Know These Dictators, London 1938), Berlin 1939 S. 23. Ward Price starb 1961 in England.

<sup>24)</sup> Vgl. Hans Baur, Ich flog Mächtige der Erde, Kempten 1956, S. 108 f.

<sup>25)</sup> Vgl. Bd. II, 1414 ff.

<sup>26)</sup> In seiner Rede in Berlin v. 30. 1. 1941 erklärte Hitler: „Wir haben jede Möglichkeit von vorneherein einkalkuliert!“, vgl. Bd. II, S. 1661.

halb seines Einwirkungsbereichs dulden und hat insofern sicherlich manche Entwicklungen bereits im Keim erstickt, die ihm hätten gefährlich werden können. Aber dies war nicht die Folge von übernatürlichen Eingebungen, sondern von durchaus nüchternen Überlegungen.

### „Patriotismus“

Von Kindheit an hatte sich Hitler daran gewöhnt, sein persönliches Glück mit dem Wohlergehen und der Macht Deutschlands zu identifizieren. Er empfand den Zusammenbruch des kaiserlichen Reiches und die militärische Niederlage von 1918 als ein ihm persönlich angetanes Unrecht. Als er die Nachricht hörte, weinte er bitterlich<sup>27)</sup>. Wie für viele Deutsche brach für ihn damals eine Welt zusammen. Die harte Wirklichkeit paßte nicht zu den Illusionen, die man sich über die Stärke Deutschlands gemacht hatte.

Ebenso wie Hitler für sich selbst niemals eine Schuld oder einen Fehler zugeben wollte, so war auch die Katastrophe von 1918 für ihn nicht etwa aus der Politik der kaiserlichen Regierung, aus einer Verkennung der militärischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten Deutschlands, ja nicht einmal aus der schon zahlenmäßig eklatanten Überlegenheit der Feindmächte zu erklären, sondern nur durch Verrat und das Wirken geheimer Mächte, des Judentums, der Freimaurer usw. Unmittelbar schuldig aber waren nach seiner Ansicht diejenigen deutschen Politiker, die den Waffenstillstand unterzeichneten, obwohl sie in Wirklichkeit nicht verantwortlich für die politische und militärische Führung Deutschlands gewesen waren. Hitler wurde zum eifrigen Verfechter der „Dolchstoßlegende“<sup>28)</sup> und beschloß, selbst Politiker zu werden und mit diesen Sozialdemokraten und Marxisten abzurechnen. Er taufte sie „Novemberverbrecher“ und drohte öffentlich, sie nach seiner Machtübernahme vor Gericht zu stellen und ihre „Köpfe rollen“ zu lassen<sup>29)</sup>.

Als Hitler nach vierzehnjährigem innerpolitischen Kampf endlich Reichskanzler geworden war, wurde es allerdings nichts mit diesen Prozessen, aus dem einfachen Grund, weil es keine „Novemberverbrecher“ und keinen „Dolchstoß“ in den Rücken der kaiserlichen Armee gegeben hatte. Es begannen nun ganz andere Köpfe zu rollen: nämlich die Köpfe derjenigen, die sich der Herrschaft Hitlers nicht beugen wollten!

Es zeigte sich schon in den ersten Jahren von Hitlers Regierung, daß sein Patriotismus recht einseitiger Natur war und in Wirklichkeit nur seiner eigenen Machtentfaltung diene. Das deutsche Volk war ihm im Grunde gleichgültig.

<sup>27)</sup> Mein Kampf S. 223.

<sup>28)</sup> Unter „Dolchstoßlegende“ ist die unwahre Behauptung weiter Kreise in Deutschland zu verstehen, die militärische Niederlage Deutschlands im Jahre 1918 sei nicht durch die Überlegenheit der Feindmächte, sondern durch innerdeutsche Elemente (Munitionsarbeiterstreik) erfolgt (Dolchstoß in den Rücken der angeblich siegreichen Armee). Die Haltlosigkeit dieser Behauptung wird am besten durch die Tatsache bewiesen, daß die verantwortlichen militärischen Führer, Hindenburg und Ludendorff, bereits im September 1918 einen Waffenstillstand binnen 24 Stunden wegen der aussichtslosen militärischen Lage gefordert hatten.

<sup>29)</sup> Erklärung Hitlers als Zeuge vor dem Reichsgericht in Leipzig am 25. 9. 1930, vgl. Frankfurter Zeitung v. 26. 9. 1930.



Wenn es nicht parierte und seinen Plänen Widerstand entgegensetzte, dann war er entschlossen, brutale Gewalt anzuwenden. Er erklärte ganz offen: <sup>30)</sup>

„Wir sehen in diesen geschichtlichen Erscheinungen des Germanentums die unbewußte Beauftragung des Schicksals, dieses störrische deutsche Volk, wenn notwendig, mit Gewalt zusammenzuschließen. Das war, geschichtlich gesehen, genau so notwendig, wie es heute notwendig ist.“

Im 2. Weltkrieg vollends opferte er bedenkenlos Millionen Deutsche, nur um die Richtigkeit seiner „Durchhalte“-These zu beweisen. Er behauptete, das „letzte Bataillon“, das auf diesem Felde übrig bleibe, werde „ein deutsches sein“ <sup>31)</sup>. Aber die Wirklichkeit sah anders aus. Hitler hatte erklärt: <sup>32)</sup>

„Ich glaube, ich habe eine Recht darauf auszusprechen, daß, wenn mich das Schicksal damals [1918] an die Spitze gestellt hätte, dieser Zusammenbruch nie gekommen wäre.“

1945 stand Hitler an der Spitze, aber die politische und militärische Katastrophe Deutschlands war trotzdem noch weit schlimmer als diejenige von 1918.

Er selbst allerdings dachte keineswegs daran, sich nun „für dieses deutsche Volk in Stücke schlagen zu lassen“, wie er verkündet hatte <sup>33)</sup>, oder auch nur das gleiche Leid, das er seinen Volksgenossen aufgebürdet hatte, selbst zu tragen, entsprechend seinen Worten: <sup>34)</sup>

„Auch ich selbst bin heute genau so bereit, wie ich es früher war, jedes persönliche Opfer zu bringen. —

Es soll keine Entbehrungen für Deutsche geben, die ich nicht selber sofort übernehme!“

Noch weniger war er bereit, die Verantwortung für seine Regierungsführung zu übernehmen oder sich vom deutschen Volk sogar „kreuzigen“ zu lassen, wie er dies für den Fall seines Versagens in Aussicht gestellt hatte. Er machte keine von seinen zahlreichen derartigen Versprechungen wahr, die u. a. gelautet hatten:

„Deutsches Volk, urteile über uns, ich schwöre, so wie wir und so wie ich in dieses Amt eintrete, so will ich dann auch gehen“ <sup>35)</sup>.

„Das deutsche Volk soll dann richten und entscheiden und urteilen, und soll dann meinerwegen mich kreuzigen, wenn es glaubt, daß ich meine Pflicht nicht erfüllt habe“ <sup>36)</sup>.

„Wenn ich mich jemals hier irren würde oder wenn das Volk einmal glauben sollte, meine Handlungen nicht decken zu können, dann kann es mich hinrichten lassen: Ich werde ruhig standhalten“ <sup>37)</sup>.

„Es wird keine Handlung geschehen, für die ich nicht mit Kopf und Leben vor diesem Volk einstehe“ <sup>38)</sup>.

„Jede Verantwortung will ich tragen“ <sup>38a)</sup>.

„Wir sind verantwortlich für das, was wir einst denen hinterlassen wollen, die nach uns kommen. Denn Deutschland darf nicht endigen mit uns“ <sup>39)</sup>.

<sup>30)</sup> Rede in Berlin v. 25. 1. 1936, vgl. S. 568 f.

<sup>31)</sup> Rede in München v. 8. 11. 1941, vgl. Bd. II, S. 1778.

<sup>32)</sup> Rede in München v. 8. 11. 1938, vgl. S. 966.

<sup>33)</sup> Rede v. 20. 10. 1932: „Für dieses Volk lasse ich mich, wenn es notwendig ist, in Stücke schlagen.“ Vgl. S. 140.

<sup>34)</sup> Rede v. 1. 9. 1939, vgl. Bd. II, S. 1316.

<sup>35)</sup> Rede v. 10. 2. 1933, vgl. S. 207.

<sup>36)</sup> Rede v. 24. 2. 1933, vgl. S. 214.

<sup>37)</sup> Rede v. 24. 10. 1933, vgl. S. 324.

<sup>38)</sup> Rede v. 17. 8. 1934, vgl. S. 441.

<sup>38a)</sup> Rede v. 30. 1. 1942, vgl. Bd. II, S. 1830.

<sup>39)</sup> Rede v. 4. 3. 1933, vgl. S. 217.

Hitler aber übernahm nicht die Verantwortung vor dem deutschen Volk, sondern empfahl sich, nachdem sich seine außenpolitischen und militärischen Thesen ausnahmslos als falsch erwiesen hatten, durch einen Revolverschuß.

Die Leiden des deutschen Volkes kümmerten ihn nur, wenn er daraus innen- oder außenpolitisches Kapital schlagen konnte. Wenn er selbst solche Leiden verursachte, dann waren diese eben notwendige Opfer, die für die Größe Deutschlands gefordert werden mußten.

Mussolini, der Senior unter den damaligen europäischen Diktatoren, nahm im Jahre 1943, als der Zusammenbruch Italiens offensichtlich war, die Absetzung hin und verzichtete darauf, die Italiener zum Kampf für die Rettung des Regimes aufzurufen. Er war noch Mensch geblieben. Der „Gottmensch“ Hitler aber kannte kein Erbarmen mit dem deutschen Volk.

Einst hatte er erklärt:

„Man könnte mir Erdteile schenken, und ich würde lieber ärmster Bürger in diesem Volke sein“<sup>40)</sup>.

In Wirklichkeit aber wollte er Macht ausüben. Er war zwar Deutscher und hatte daher nur in Deutschland die Möglichkeit gehabt, seine Herrschaft aufzurichten. Aber ohne Zweifel hätte er auch in jedem anderen Land seine hemmungslosen Machtträume zu verwirklichen gesucht, wenn dort Aussicht auf Erfolg bestanden hätte. Frankreich z. B. wäre ihm durchaus angenehm gewesen als Basis für ein Weltreich der Zukunft. Hitler hielt sich für fähig, die Franzosen zu ebensolchen, wenn nicht noch größeren Leistungen anzuspornen wie die Deutschen. Kennzeichnend für diese Einstellung Hitlers ist seine Äußerung im Jahre 1933:

„Wenn ich Propagandaminister von Frankreich wäre — armes Deutschland!“<sup>41)</sup>

Hitler bestritt einmal, daß er nach militärischen Triumpfen strebe, und erklärte:<sup>42)</sup>

„Ich kann nur sagen, mein Ehrgeiz ist nach anderen Triumpfen gerichtet. —

Ich habe den Ehrgeiz, mir einmal im deutschen Volk ein Denkmal zu setzen. Aber ich weiß auch, daß dieses Denkmal besser im Frieden aufzustellen ist als in einem Krieg. Mein Ehrgeiz geht dahin, daß wir in Deutschland die besten Anstalten für die Erziehung unseres Volkes schaffen. Ich will, daß wir in Deutschland die schönsten Stadien erhalten, daß unsere Straßen ausgebaut werden, daß unsere Kultur sich hebt und veredelt, ich will, daß unsere Städte verschönert werden, ich will auf allen Gebieten des menschlichen Kulturlebens und -strebens Deutschland mit an die Spitze stellen. Das ist mein Ehrgeiz!“

Das Denkmal, das sich Adolf Hitler im deutschen Volk setzte, sah anders aus!

### *Religiöse Vorstellungen*

Hitlers religiöses Vorleben, wenn man so sagen soll, ist bisher wissenschaftlich nicht näher untersucht worden. Fest steht, daß er im katholischen Glauben getauft und erzogen wurde, und daß diese religiöse Vorstellungswelt noch verhältnismäßig lange in ihm nachgewirkt hat. Denn es war nicht nur die gewaltige

<sup>40)</sup> Rede v. 1. 5. 1935, vgl. S. 503.

<sup>41)</sup> Vgl. S. 317.

<sup>42)</sup> Rede v. 12. 3. 1936, vgl. S. 605.

Organisation der katholischen Kirche, die er bewunderte, ihre seelische Macht über die Gläubigen und die Dogmentreue, die ihm imponierten. Wenn er auch die Gebote der Kirche nicht praktizierte, so blieb er doch ihren Anschauungen bis in die ersten Jahre seiner Herrschaft innerlich verbunden. Noch im Jahre 1933 bezeichnete er sich öffentlich als Katholik <sup>42a)</sup>. Erst unter dem ständig wachsenden Gift der Machtbefriedigung und Selbstvergötzung verblaßten die Erinnerungen an den Kindheitsglauben. Im Jahre 1937 löste er sich innerlich von den letzten religiösen Bindungen und erklärte nach diesem völligen Bruch seinen Kampfgenossen:

„Ich fühle mich nun frisch wie ein Füllen auf der Weide“ <sup>43)</sup>.

In seinen Reden aber sprach Hitler beständig von „Gott“, vom „Allmächtigen“ und von der „Vorsehung“. Dies waren nun keineswegs nur Zweckparolen und blasphemische Redensarten. Hitler glaubte wirklich an einen Gott. Aber es war nicht der Gott, den die Völker dieser Erde seit Jahrtausenden als den Erhalter allen Lebens verehren, oder gar der Gott, der als höchstes Gebot die Gottes- und Nächstenliebe forderte. Der Gott, an den Hitler glaubte, war jener deutsche Spezialgott, dessen Name auf den Koppelschlössern der alten und der neuen Wehrmacht stand <sup>44)</sup>. Es war der Gott, der „Eisen wachsen ließ und keine Knechte“ wollte und daher den Deutschen „Säbel, Schwert und Spieß“ in die Hand gab <sup>45)</sup>.

Hitler erklärte einmal dem englischen Journalisten Ward Price: <sup>46)</sup>

„Ich glaube an Gott, und ich bin überzeugt, daß er 67 Millionen Deutsche nicht verlassen wird, die so hart dafür gearbeitet haben, ihre rechtmäßige Stellung in der Welt wiederzugewinnen.“

Ein anderes Mal betonte er in öffentlicher Rede: <sup>47)</sup>

„Auch ich bin religiös und zwar tief innerlich religiös, und ich glaube, daß die Vorsehung die Menschen wägt und denjenigen, der vor der Prüfung der Vorsehung nicht bestehen kann, sondern in ihr zerbricht, nicht zu Größerem bestimmt hat.“

Dieser Gott thront irgendwo über den Wolken und beobachtet nach Hitlers Ansicht die Deutschen, ob sie auch einig, hart und durchhaltebereit sind. Er sendet Prüfungen auf Prüfungen, in denen die Deutschen ihre Härte und Entschlossenheit zu beweisen haben, und überreicht ihnen dann als bestem Volk die Herrscherkrone über alle anderen Völker, damit das Dichterwort erfüllt werde: „Und es soll am deutschen Wesen einmal noch die Welt genesen.“ <sup>48)</sup>.

An dieses göttliche Fabelwesen glaubte Adolf Hitler mit einer Inbrunst sondersgleichen. Er war buchstäblich der Überzeugung, dieser Gott habe ihn unter den Millionen deutscher Weltkriegskämpfer als den besten, härtesten und tapfersten Mann auserwählt, um Deutschland aus seiner Erniedrigung zu neuem Glanz

---

<sup>42a)</sup> Vgl. S. 225.

<sup>43)</sup> Vgl. S. 745. Hitler war niemals Anhänger von germanischen Kultideen und lehnte Rosenbergs und Himmlers „kultische“ Bestrebungen ab, vgl. S. 892–894. Über Rosenbergs Buch „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“ spottete er besonders, vgl. S. 892. Zu Hitlers religiösen Vorstellungen siehe auch Dr. Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–42, Bonn 1951, Kap. VII.

<sup>44)</sup> „Gott mit uns“ stand auf den Koppelschlössern der kaiserlichen Armee, der Reichswehr und der nationalsozialistischen Wehrmacht.

<sup>45)</sup> Worte aus dem „Rachelied der Deutschen“ von Ernst Moritz Arndt (1813).

<sup>46)</sup> Vgl. Ward Price a. a. O. S. 23.

<sup>47)</sup> Rede v. 8. 11. 1943, vgl. Bd. II, S. 2057.

<sup>48)</sup> Emanuel Geibel in „Siegeslieder“, 1870/71.

emporzuführen und anschließend die ganze Welt zu erlösen. Das von ihm geschaffene, von der Vorsehung gebilligte Reich werde daher niemals vergehen. Er erklärte:

„Ich glaube, daß es auch Gottes Wille war, von hier [Österreich] einen Knaben in das Reich zu schicken, ihn groß werden zu lassen, ihn zum Führer der Nation zu erheben“<sup>49)</sup>.

„Ich gehe mit traumwandlerischer Sicherheit den Weg, den mich die Vorsehung gehen heißt“<sup>50)</sup>.

„Wenn ich auf die 5 Jahre, die hinter uns liegen, zurückblicke, dann darf ich doch sagen: das ist nicht Menschenwerk allein gewesen. Wenn uns nicht die Vorsehung geleitet hätte, würde ich diese schwindelnden Wege oft nicht gefunden haben“<sup>51)</sup>.

„Wer sich selbst hilft, dem wird auch der Allmächtige immer helfen“<sup>52)</sup>.

„Gott hat dieses Volk gebildet, nach seinem Willen ist es geworden, und nach unserem [!] Willen soll es bleiben und nimmermehr vergehen!“<sup>53)</sup>

„Wenn aber diese Allmacht ein Werk segnet, so wie sie unseres gesegnet hat, dann können Menschen es auch nicht mehr zerstören“<sup>54)</sup>.

„Gott hat uns geholfen“<sup>55)</sup>.

„Wenn Wille und Glaube sich so inbrünstig vereinen, dann kann auch der Himmel seine Zustimmung nicht versagen“<sup>56)</sup>.

Unter dem „Glauben“ verstand Hitler den Glauben des deutschen Volkes an ihn selbst. Er erklärte:

„Deutsches Volk, ich habe dich glauben gelehrt, nun gib du mir deinen Glauben!“<sup>57)</sup>

„Was sich in diesen letzten Wochen abspielte, ist das Ergebnis des Triumphes einer Idee, eines Triumphes des Willens, aber auch eines Triumphes der Beharrlichkeit und der Zähigkeit und vor allem: es ist das Ergebnis des Wunders des Glaubens: Denn nur der Glaube hat diese Berge versetzen können. Ich bin einst im Glauben an das deutsche Volk ausgezogen und habe diesen unermeßlichen Kampf begonnen. Im Glauben an mich sind erst Tausende und dann Hunderttausende und endlich Millionen mir nachgefolgt“<sup>58)</sup>.

Alles was Hitler an Erfolgen und Siegen zufiel, war für ihn ein sichtbares Zeichen dieses Gottes, daß er auf dem rechten Weg sei. Jede Gefahr, die er bestand und überwand, ebenfalls ein göttlicher Fingerzeig. Jeder Entschluß, den er faßte, schien ihm göttlichen Ursprungs zu sein.

Eigene Zweifel übertönte er durch die Behauptung der absoluten Unfehlbarkeit. Dieses Immer-recht-haben sollte nicht nur für Gegenwart und Zukunft Geltung haben („jede Möglichkeit von vorneherein einkalkuliert“), sondern auch für die Vergangenheit. Selbst offensichtlich falsche Prognosen und Fehlentscheidungen sollten auf irgendeine geheimnisvolle Weise doch richtig gewesen sein. Hitler verwandte in seinen Reden viel Zeit dafür, um nachzuweisen, daß er immer und in jedem Fall recht gehabt habe. Diese Beweisführungen wurden freilich gegen Ende seiner Herrschaft immer grotesker, da der Gegensatz zwischen dem, was er prophezeite, und dem, was wirklich eintrat, allzu deutlich geworden war.

<sup>49)</sup> Rede in Wien v. 9. 4. 1938, vgl. S. 849.

<sup>50)</sup> Rede in München v. 14. 3. 1936, vgl. S. 606.

<sup>51)</sup> Rede in Würzburg v. 27. 6. 1937, vgl. S. 704.

<sup>52)</sup> Rede in Hamburg v. 20. 3. 1936, vgl. S. 609.

<sup>53)</sup> Rede in Breslau v. 31. 7. 1937, vgl. S. 712.

<sup>54)</sup> Rede in Regensburg v. 6. 6. 1937, vgl. S. 700.

<sup>55)</sup> Rede in Königsberg v. 25. 3. 1938, vgl. S. 833.

<sup>56)</sup> Rede in Berlin v. 6. 10. 1936, vgl. S. 651.

<sup>57)</sup> Rede in Hamburg v. 20. 3. 1936, vgl. S. 609.

<sup>58)</sup> Rede in Königsberg v. 25. 3. 1938, vgl. S. 837.

Zum Bild des Gottmenschen, den Hitler darstellen wollte, paßten natürlich keinerlei menschliche Schwächen. Er war daher ängstlich bemüht, alles, was ihm als eine solche Schwäche erschien, vor dem deutschen Volk zu verbergen.

Niemals zeigte sich Hitler daher in der Öffentlichkeit mit Brille oder duldete, daß Brillen-Bilder von ihm veröffentlicht wurden. Denn der Gottmensch zeichnet sich nicht nur durch geistige, sondern auch durch körperliche Hellsichtigkeit aus!

Peinlich wachte Hitler darüber, daß nichts von seinen spärlichen Liebschaften an die Öffentlichkeit drang. Bis auf einen kleinen Kreis von Eingeweihten wußten die Deutschen nichts darüber und hörten z. B. den Namen Eva Braun<sup>50)</sup> nach dem Tode Hitlers zum erstenmal.

Der Gottmensch ist nach Hitlers Auffassung sozusagen geschlechtslos. Er steht über allen menschlichen Gefühlen und Leidenschaften. Nicht Frauen gehört sein Herz, sondern ausschließlich dem deutschen Volk. Der Gottmensch ist so hochstehend, daß er Genußmittel oder Stimulantia nicht notwendig hat. Weder Alkohol noch Tabak darf er gebrauchen, ja sogar der Fleischgenuß ist diesem mönchischen Wesen verboten.

Während es Hitler mit der geschlechtlichen Enthaltensamkeit nicht so genau nahm und auch eine Brille trotz Verwendung überdimensionaler Schreibmaschinentypen nicht ganz entbehren konnte, hielt er sich ziemlich streng an die Abstinenz in Speisen, Getränken und Tabak. Es bleibt allerdings der Verdacht, daß diese Gewohnheiten zugleich ein Ausfluß seiner hypochondrischen Furcht vor Krankheiten waren.

Der Gottmensch ist nach Hitlers Ansicht auch letzte Instanz für alle richterlichen Entscheidungen und hat außerdem eine geradezu überirdische Machtbefugnis, ähnlich wie sie Christus einst Petrus verlieh („Was du auf Erden binden wirst, wird auch im Himmel gebunden sein.“) Der Gottmensch hat daher das Recht, über Sein oder Nichtsein jedes Deutschen, erst recht aber jedes Nichtdeutschen zu entscheiden. Wen er für todeswürdig ansieht, muß sterben. Wen er als wertvoll erkennt, kann weiter leben und sogar mit besonderen Privilegien ausgestattet werden.

Der Teufel aber, der die göttlichen Pläne zunichte machen und dem deutschen Volk seinen Platz an der Sonne vorenthalten will, ist das Judentum. International über die ganze Erde verbreitet, kennt es kein anderes Ziel, als die Völker wirtschaftlich auszusaugen, sittlich zu verderben und physisch zu vernichten, insbesondere natürlich das deutsche Volk.

Alle Gegner Deutschlands, und da Hitler mit Deutschland gleichbedeutend ist, auch alle Gegner Hitlers sind Helfer des Judentums, mögen sie nun Freimaurer, Bolschewisten oder fremdrassige Zigeuner sein. Derartige Teufel zu vernichten, ist daher ein gottgefälliges Werk. „Indem ich mich des Juden erwehre, erfülle ich das Werk des Herrn“, schrieb Hitler in Mein Kampf<sup>60)</sup>.

Er war der Mann dazu, solch primitivem Gottes- und Hexenglauben Geltung zu verschaffen!

---

<sup>50)</sup> Eva Braun, geb. 1912 in München, Tochter eines Gewerbelehrers, lernte als Angestellte von Hitlers Photographen Heinrich Hoffmann (geb. 1885 in Fürth, gest. 1957 in München) Anfang der dreißiger Jahre Hitler kennen. Sie unternahm 1932 einen Selbstmordversuch, um Hitler enger an sich zu binden. Sie wurde seine Geliebte und am 29. 4. 1945 seine Ehefrau. Im Bunker der Reichskanzlei verübte sie mit Hitler zusammen Selbstmord am 30. 4. 1945. Sie nahm Gift, während sich Hitler erschöß.

<sup>60)</sup> Mein Kampf S. 70.

## Verhältnis zu Kunst und Kultur

Hitler bezeichnete sich in Gesprächen gern als Künstler und zwar auch dann, wenn seine Gedanken mit ganz anderen Dingen beschäftigt waren, so z. B. in den letzten Augusttagen 1939, als er dem englischen Botschafter die deutsche Politik gegenüber Polen verständlich zu machen suchte <sup>61)</sup>.

In *Mein Kampf* berichtet Hitler ausführlich, wie er in jungen Jahren Kunstmaler werden wollte, aber die Aufnahmeprüfung an der Akademie in Wien nicht bestand. Auch ein Versuch, Architekturzeichner zu werden, schlug fehl, da er keine abgeschlossene Mittelschulbildung vorweisen konnte.

Diese Mißerfolge bestärkten ihn in dem Wunsch, nunmehr Baumeister zu werden. Finanzielle Gründe, aber auch seine Abneigung gegenüber jeder methodisch-exakten Ausbildung stellten sich auch diesem Wunsch hindernd entgegen.

Von Hause aus mittellos, mußte er sich wohl oder übel entschließen, seinen Lebensunterhalt auf irgendeine Weise zu bestreiten. Die Tätigkeit als ungelernter Bauarbeiter behagte ihm nicht sehr. Er begann daher, als „kleiner Zeichner und Aquarellist“, wie er sich selbst nannte <sup>62)</sup>, Postkarten zu bemalen und in Gaststätten zu verkaufen oder verkaufen zu lassen. Später, als er Soldat geworden war und sich daher keine Sorgen mehr um das tägliche Brot zu machen brauchte, entstanden aus Liebhaberei noch einige Skizzen und Aquarelle, meist Landschafts- und Milieudarstellungen aus dem besetzten Frankreich.

Diese Produkte künstlerischen Schaffens sind zwar nicht überwältigend, wirken aber auch nicht abstoßend, wie mitunter behauptet wird. Man kann Hitler ein gewisses Talent als Aquarellist nicht absprechen.

Auch seiner Vorliebe für Architektur lag nicht nur das Bestreben zu Grunde, seine eigene und des deutschen Volkes Größe durch gigantische Bauten zu demonstrieren.

Er besaß ein echtes Gefühl für Proportionen und bevorzugte in seinen architektonischen Planungen klassizistische Formen, wie sie im 19. Jahrhundert das Gepräge Münchens bestimmten. Gemälde, die er in Auftrag gab oder protegierte, entsprachen dem naturalistischen Stil des 19. Jahrhunderts.

Ein Lieblingsgedanke von ihm war, in der Stadt Linz, in der er zur Schule gegangen war, eine große Gemäldegalerie zu errichten. Dieser Plan beschäftigte ihn noch am 29. April 1945, als er sein Testament zu Papier brachte <sup>63)</sup>.

Es besteht kaum ein Zweifel, daß Hitler ein passabler Architekt hätte werden können, wenn er die in ihm steckende Intelligenz und außergewöhnliche Willenskraft auf dieses Ziel gerichtet hätte.

„Ich denke, ich bin einer der musikalischsten Leute von der Welt“, sagte Hitler einmal scherzhaft zu dem englischen Journalisten Ward Price <sup>64)</sup> und behauptete, Wagners „Meistersinger von Nürnberg“ hundertmal gehört zu haben.

Die Sympathien für Richard Wagner waren freilich nicht nur musikalischer Art. Ihm imponierte mindestens genau so viel der Sendungs- und Erlösungsgedanke, den der Meister in seinen Werken zum Ausdruck brachte, aber auch das

<sup>61)</sup> Bericht Hendersons an Halifax, wiedergegeben in *British Blue Book*, London 1939 Nr. 69.

<sup>62)</sup> *Mein Kampf* S. 35.

<sup>63)</sup> Vgl. Bd. II, S. 2240.

<sup>64)</sup> Ward Price a. a. O. S. 27.

Selbstbewußtsein dieses Mannes, der auf seinen Grabstein nur den Namen gesetzt haben wollte und keine menschlichen Ehrungen als ausreichend für die Bewertung seiner Größe anerkannte <sup>65)</sup>.

Immerhin kann man Hitler eine musikalische Ader nicht abstreiten. Es stimmt nicht, wenn behauptet wird, außer den Wagner-Opern habe er nur Lehars „Lustige Witwe“ besucht. Er pffiff zwar, wenn er gut gelaunt war, Melodien aus dieser und anderen Operetten vor sich hin <sup>66)</sup>, besuchte aber ebenso gern Opern von Verdi, Puccini und Mozart. Orchester- und Kammermusikwerke liebte er weniger, hörte sie aber bei offiziellen Gelegenheiten oder im kleinen Kreis an, ohne gelangweilt zu sein.

Mit dem Interesse für Malerei, Plastik, Architektur und Musik waren die kulturellen Neigungen Hitlers jedoch erschöpft. Er besaß kein Verhältnis zur deutschen Dichtung, auch wenn er mitunter einmal ein Schauspiel besuchte, ebensowenig zur Philosophie und zur Geisteswissenschaft überhaupt. Er akzeptierte höchstens Nietzsche, Schopenhauer und Oswald Spengler, aber nur insoweit, als sie seine Macht- und Kampfthesen zu stützen schienen. Spengler fiel sofort in Ungnade, als er nach Hitlers Machtübernahme einige Zweifel an der weiteren Entwicklung des Nationalsozialismus äußerte <sup>67)</sup>.

Das einzige, was ihn unter den geistigen Disziplinen anzog, war die Technik, vor allem wenn sie sich auf Motorisierung, Straßen- und Festungsbau, Rüstungswesen und sonstige militärische Komplexe bezog. Sein überdurchschnittliches Gedächtnis kam ihm dabei zustatten.

Hitlers Bibliothek war armselig. Dies fiel sogar seinen Sekretärinnen auf <sup>68)</sup>. Sie beschränkte sich auf technische Bücher und populärwissenschaftliche Darstellungen allgemeiner Art. Er behauptet zwar, in seiner Wiener Zeit „unendlich viel“ gelesen zu haben <sup>69)</sup>, aber dies waren wohl ausschließlich politische und pseudohistorische Bücher nationalistischer Prägung gewesen. Wert und Bedeutung des Buches für die Formung von Geist und Weltanschauung waren ihm fremd. Er wollte nur die gesprochene Rede oder die zu Papier gebrachte Proklamation gelten lassen. Im Gegensatz zu Hitlers Reden wirken seine Publikationen „Mein Kampf“ und sein „Zweites Buch“ <sup>70)</sup> langweilig. Das Werk „Mein Kampf“ hatte absolut keine Breitenwirkung, obwohl die Auflage in die Millionen ging. Nicht einmal Hitlers engste Mitarbeiter hatten „Mein Kampf“ gelesen, geschweige denn ein größerer Prozentsatz seiner kleinen Parteigenossen. Und selbst diejenigen, die vorgaben, sich solcher Lektüre unterzogen zu haben, waren, wenn man nachforschte, meist nicht viel über die Darstellung von Hitlers Jugendjahren hinausgekommen.

---

<sup>65)</sup> Äußerungen Hitlers über Richard Wagner vor dem Münchner Volksgericht 1924, vgl. S. 135.

<sup>66)</sup> Vgl. A. Zoller, Hitler privat, Erlebnisbericht einer Geheimsekretärin, Düsseldorf 1949, S. 58.

<sup>67)</sup> Vgl. S. 501 f.

<sup>68)</sup> Vgl. Zoller a. a. O. S. 49/50.

<sup>69)</sup> Mein Kampf S. 21.

<sup>70)</sup> „Hitlers zweites Buch“, ein Manuskript über außenpolitische, meist bereits schon in Mein Kampf behandelte Fragen, wurde 1928 von ihm dem Reichsleiter Max Amann diktiert, aber nicht publiziert. Nach dem 2. Weltkrieg tauchte das Manuskript in den Vereinigten Staaten auf und wurde 1961 vom Institut für Zeitgeschichte in München herausgegeben (Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart).

Wenig erfreulich waren die Reden über Kunst und Kultur, die Hitler regelmäßig bei den Parteikongressen in Nürnberg und den Kunstausstellungen in München hören ließ. Er trug seine Ansichten in dozierender, weitausholender Form vor und versuchte, ihnen allgemein verbindlichen Charakter zu geben. Die moderne, sogenannte „entartete“ Kunst konnte er nicht leiden. Er verbot sie kurzerhand und ließ derartige Werke von staatswegen einziehen<sup>71)</sup>.

Die Intellektuellen, also die Liebhaber von geistigen Interessen, verabscheute Hitler. Er verfolgte sie mit seinem Spott und geißelte ihre menschlichen Schwächen, ihre Überheblichkeit, ihre Kritiklust, ihren Mangel an Heroismus — und spürte doch instinktiv, daß seine Macht bei diesen Deutschen endete, daß seine überspannten nationalistischen Parolen hier ihre Anziehungskraft verloren, ja sogar, im Licht exakter und historischer Überprüfung betrachtet, sich sehr bald als falsch und utopisch erwiesen.

Der Kampf Hitlers gegen die intellektuellen Kritiker und die gesellschaftliche „Oberschicht“ dauerte die ganzen Jahre seiner Herrschaft an. Immer wieder richtete er in ohnmächtigem Zorn Tiraden gegen sie, ohne ihrer Herr zu werden<sup>72)</sup>. Er erklärte u. a.:

„Menschen, deren einzige Tätigkeit es ist, die Tätigkeit anderer zu kritisieren, ertrage ich nicht“<sup>73)</sup>.

„Ich will dabei einen Unterschied machen zwischen dem Volk, d. h. der gesunden blutvollen und volkstreuem Masse der Deutschen, und einer unzuverlässigen, weil nur bedingt blutgebundenen, dekadenten sogenannten ‚Gesellschaft‘. Sie wird manches Mal gedankenlos als ‚Oberschicht‘ bezeichnet, während sie in Wirklichkeit nur das Auswurf-ergebnis einer blutsmäßig und gedanklich kosmopolitisch infizierten und damit haltlos gewordenen gesellschaftlichen Fehlzüchtung ist“<sup>74)</sup>.

„Wenn ich so die intellektuellen Schichten bei uns ansehe — leider, man braucht sie ja, sonst könnte man sie eines Tages ja, ich weiß nicht, ausrotten oder so was — aber man braucht sie leider. Wenn ich mir also diese intellektuellen Schichten ansehe und mir nun ihr Verhalten vorstelle und es überprüfe, mir gegenüber, unserer Arbeit gegenüber, dann wird mir fast angst. Denn seit ich nun politisch tätig bin und seit ich besonders das Reich führe, habe ich nur Erfolge. Und trotzdem schwimmt diese Masse herum in einer geradezu oft abscheulichen, ekelerregenden Weise. Was würde denn geschehen, wenn wir nun einmal einen Mißerfolg hätten? Auch das könnte sein, meine Herren. Wie würde dieses Hühnervolk dann erst sich aufführen?“<sup>75)</sup>

Hitlers Haß gegen die Intellektuellen war mehr als das Ressentiment des Halbgebildeten gegenüber dem geschulten Denker, sondern fast schon das Eingeständnis seiner eigenen Unzulänglichkeit.

---

<sup>71)</sup> Vgl. S. 871.

<sup>72)</sup> Im Register des II. Bandes befinden sich unter dem Stichwort „Intellektuelle“ Hinweise auf Hitlers Äußerungen.

<sup>73)</sup> Rede in Hamburg v. 17. 8. 1934, vgl. S. 442.

<sup>74)</sup> Rede in Nürnberg v. 6. 9. 1938, vgl. S. 892.

<sup>75)</sup> Rede in München v. 10. 11. 1938, vgl. S. 975 f.



## Politische Ziele

### *Die 30-Jahre-Theorie*

Hitlers politische Ziele waren vor allem außenpolitischer Natur. Die Innenpolitik war für ihn lediglich dazu da, die Voraussetzungen für eine „starke“ Außenpolitik zu schaffen, d. h. alle Macht in einer Hand zu vereinen.

Hitler hatte sich seine Ziele bereits im Jahre 1919 in den Kopf gesetzt und hielt starr bis an sein Lebensende an diesen Thesen fest, mochten sie auch noch so sehr durch die harte Wirklichkeit widerlegt worden sein. Er nahm, wenn es sich um diese vorgefaßten Ideen handelte, keinen noch so gut gemeinten Rat an und weigerte sich, andere Ansichten oder feststehende Tatsachen, wenn sie seinen 1919 gefaßten Theorien widersprachen, überhaupt zur Kenntnis zu nehmen.

Um seine Ziele und die Art und Weise, wie er sie in die Tat umzusetzen suchte, zu verstehen, muß man sich zunächst Hitlers „30-Jahre-Theorie“ vor Augen halten. Er war der Ansicht, daß der Mann nur bis zum Alter von 30 Jahren seine weltanschaulichen Überzeugungen noch wandeln könne, danach aber hierin unerschütterlich geworden sei und kein „Umlernen“ mehr nötig habe. Höchstens gewisse Ergänzungen könne er noch hinnehmen.

„Ich bin der Überzeugung, daß der Mann sich im allgemeinen, Fälle ganz besonderer Begabung ausgenommen, nicht vor seinem dreißigsten Jahre in der Politik öffentlich betätigen soll. Er soll dies nicht, da ja bis in diese Zeit hinein zumeist erst die Bildung einer allgemeinen Plattform stattfindet, von der aus er nun die verschiedenen politischen Probleme prüft und seine eigene Stellung zu ihnen endgültig festlegt. Erst nach dem Gewinnen einer solchen Weltanschauung und der dadurch erreichten Stetigkeit der eigenen Betrachtungsweise gegenüber den einzelnen Fragen des Tages soll oder darf der nun wenigstens innerlich ausgereifte Mann sich an der politischen Führung des Gemeinwesens beteiligen. —

Auch der Dreißigjährige wird im Laufe seines Lebens noch vieles zu lernen haben, allein es wird dies nur eine Ergänzung und Ausfüllung des Rahmens sein, den die grundsätzlich angenommene Weltanschauung ihm vorlegt. Sein Lernen wird kein prinzipielles Umlernen mehr sein, sondern ein Hinzulernen, und seine Anhänger werden nicht das beklommene Gefühl hinunterwürgen müssen, von ihm bisher falsch unterrichtet worden zu sein, sondern im Gegenteil: das ersichtliche organische Wachsen des Führers wird ihnen Befriedigung gewähren, da sein Lernen ja nur die Vertiefung ihrer eigenen Lehre bedeutet. Dies aber ist in ihren Augen ein Beweis für die Richtigkeit ihrer bisherigen Anschauungen.

Ein Führer, der die Plattform seiner allgemeinen Weltanschauung an sich, weil als falsch erkannt, verlassen muß, handelt nur dann mit Anstand, wenn er in der Erkenntnis seiner bisherigen fehlerhaften Einsicht die letzte Folgerung zu ziehen bereit ist. Er muß in einem solchen Falle mindestens der öffentlichen Ausübung einer weiteren politischen Betätigung entsagen. Denn da er schon einmal in grundlegenden Erkenntnissen einem Irrtum verfiel, ist die Möglichkeit auch ein zweites Mal gegeben“ <sup>75a)</sup>.

Diese Worte Adolf Hitlers machen seine Angst verständlich, auch nur ein einziges Mal einen Irrtum zugestehen zu müssen. Sie verließ ihn sein ganzes Leben nicht, da er ja unter keinen Umständen bereit gewesen wäre, in einem

<sup>75)</sup> Rede in München v. 10. 11. 1938. vgl. S. 975 f.

<sup>75a)</sup> Mein Kampf S. 71—73.

solchen Fall die genannte „Folgerung“ zu ziehen. Zum anderen unterstreichen seine Ausführungen die „30-Jahre-These“ in bemerkenswerter Weise.

Wenn man sich fragt, worauf diese sonderbare Theorie Hitlers fußte, so geht man wohl nicht fehl in der Annahme, daß er sich hierbei auf das biblische Vorbild stützte. Auch Christus begann seine Lehrtätigkeit erst im Alter von 30 Jahren und, da Hitler eine messianische Sendung in sich spürte, glaubte er zweifellos, mit 30 Jahren für diese Aufgabe voll ausgereift zu sein. Hinzu kam, daß das Erlebnis des Weltkrieges 1914—1918 bei ihm gerade noch vor der Vollendung des 30. Lebensjahres beendet war, und so erschien ihm dies wohl als letzte Salbung vor Beginn seiner von jedem Irrtum geläuterten Laufbahn.

Das Kriterium der 30 Jahre war für Hitler im Jahre 1919 erreicht, und alle Ideen, die er bis zu diesem Zeitpunkt gefaßt und als richtig erkannt hatte, mußten für ihn unumstößliche Leitsätze bleiben. Konsequenterweise behauptete er auch, daß er sich in den Jahren zuvor „ein granitenes Weltbild-Fundament“ geschaffen habe.

„Ich habe zu dem, was ich mir so einst schuf, nur wenig hinzulernen müssen, zu ändern brauchte ich nichts“ <sup>76)</sup>.

So wie ein anderer Mensch bei Schwierigkeiten vielleicht Zuflucht zur Bibel nimmt oder Stärkung bei Philosophen sucht, so richtete sich Hitler in Zweifelsfällen an seinen eigenen, 1919 gefaßten Theorien auf.

Sein Weltbild war im Buch *Mein Kampf* niedergelegt und förmlich für alle Zeiten bindend. An den dort fixierten Ansichten wollte er nicht nur nichts ändern, sondern trachtete im Gegenteil, sie Stück für Stück praktisch durchzusetzen.

Er weigerte sich bis zu seinem Tod, von diesen vorgefaßten Meinungen auch nur im geringsten abzugehen oder einen Erfahrungsbericht entgegenzunehmen, wenn dieser nicht seine Meinungen zu bestätigen schien.

„Ich habe aber diese Erfolge nur erzielt . . . weil ich mich niemals durch Schwächlinge von einer mir einmal gewordenen Erkenntnis wegschwätzen oder wegbringen ließ und . . . weil ich stets entschlossen war, einer einmal erkannten Notwendigkeit auch unter allen Umständen zu gehorchen“ <sup>77)</sup>.

Selbst die härtesten Tatsachen, Katastrophen und Niederlagen vermochten ihn nicht von der Irrigkeit einer von ihm vor 1919 gefaßten Idee zu überzeugen. Er führte die „30-Jahre-Theorie“ ad absurdum.

### *Der Juden-Komplex*

In Deutschland kann man häufig die Ansicht hören, die Herrschaft Hitlers sei eigentlich ganz gut gewesen, wenn er nur auf die Judenverfolgung verzichtet und keinen Krieg angefangen hätte.

Diese Meinung wird der Wirklichkeit wenig gerecht. Beides, Judenvernichtung und Krieg, waren letzten Endes nur das — allerdings grauenhafte — Ergebnis von Hitlers Politik, vor allem seiner Außenpolitik. Ja, man kann sogar sagen, daß die Form, in der beide Vorgänge abliefen, ursprünglich von Hitler nicht beabsichtigt, zum mindesten zeitlich anders eingeplant war.

<sup>76)</sup> *Mein Kampf* S. 21, wiederholt S. 137.

<sup>77)</sup> Rede in Nürnberg v. 14. 9. 1936, vgl. S. 646.

In seinen öffentlichen und privaten Reden vor 1939 hat Hitler nicht direkt verkündet, er wolle alle Juden vergasen oder sie auf andere Weise vom Leben zum Tod befördern. Selbst im Krieg, als seine Vernichtungsmaschinerie auf vollen Touren lief, erwähnte er die Judenmassaker nur in Form von außenpolitischen Drohungen. Er wußte nur zu genau, daß ein derartiges Vernichtungsprogramm bei der Masse des Volkes und selbst der Mehrzahl seiner Parteigenossen auf Ablehnung stoßen mußte.

Der Antisemitismus ist in Deutschland seit Jahrhunderten, bald offen, bald latent, vorhanden gewesen und hat sich, besonders in revolutionären und kriegerischen Epochen, immer wieder in Pogromen und anderen Verfolgungen kundgetan. Aber derartige Vorgänge beschränken sich nicht allein auf Deutschland, sondern sind auch bei Revolutionen in Frankreich, Rußland, Ungarn und anderen europäischen Ländern mehr oder weniger stark zu beobachten gewesen.

Häufig ist die Ursache solcher Ausschreitungen nur in dem Umstand zu sehen, daß die Juden sich in ihrer Physiognomie, ihrer Kleidung und ihren Lebensgewohnheiten von den übrigen Bürgern unterschieden.

Der holländische Historiker Louis de Jong <sup>78)</sup> hat überzeugend nachgewiesen, daß es z. B. in Kriegszeiten völlig genügt, anders auszusehen als der Normalbürger, um in der unbegründetsten Weise als Spion und Landesverräter verdächtigt zu werden, ja der sofortigen Lynchjustiz erregter Menschen zu verfallen. Zahlreiche Angehörige fast aller Völker Europas sind in den beiden Weltkriegen von ihren eigenen Landsleuten als Spione, Verräter, Kollaborateure usw. verhaftet, drangsaliert und z. T. getötet worden, obwohl sie völlig unschuldig waren und nur durch ihr Äußeres Verdacht erregt hatten.

Die Juden waren auch zu normalen Zeiten in Deutschland nicht gerade beliebt. Sie hatten manche Züge an sich, die Mißfallen erregten. Sie konnten leicht aufdringlich werden und hatten andere Gewohnheiten z. B. auf sexuellem Gebiet. Diese gefühlsmäßige Abneigung der Deutschen war durch Jahrhunderte hindurch staatlicherseits gefördert worden durch Absonderung der Juden in Ghettos, Beschränkung ihrer Erwerbstätigkeit und andere Sondergesetze. Ihre gesellschaftliche Diskriminierung durch Nichtzulassung zu bestimmten Beamtenstellen, zur höheren Offizierslaufbahn usw. dauerte noch bis in die Zeit des 1. Weltkrieges hinein.

Die beiden christlichen Kirchen in Deutschland brandmarkten die Juden gerne als diejenigen, die Christus ans Kreuz geschlagen hatten. Wurde der Teufel bildlich dargestellt, so trug er nicht selten jüdische Gesichtszüge.

Einer der wenigen Berufe, die den Juden in Deutschland seit alters her offenstanden, war der eines Bankiers. Die Juden waren in der Kreditgewährung großzügiger als die übrigen Banken und gaben Geld an Kunden, denen man sonst schon lange die Kreditwürdigkeit abgesprochen hatte. Verkrachte Existenzen, insolvente Kaufleute, erfolglose Bauern versuchten ihr Glück noch einmal beim Juden. Manche, die vielleicht wirklich unverschuldet in Not geraten waren, konnten sich dadurch wieder hocharbeiten. Die Mehrzahl aber ging, wie zu erwarten war, bankrott. Wenn die Juden nun ihr Geld mit Zins zurückforderten und Zwangsmaßnahmen anwandten, dann wurden sie als Wucherer und Halsabschneider verschrien.

---

<sup>78)</sup> Louis de Jong, Die deutsche fünfte Kolonne im 2. Weltkrieg, Stuttgart 1952.

Auf dem Gebiet des Handels, der zweiten jüdischen Domäne, war es ähnlich. Da sich die Juden mit einem geringeren Gewinn begnügten und persönlich anspruchslos waren, konnten sie ihre Waren billiger anbieten als ihre christlich-deutschen Konkurrenten. Obwohl viel Ramsch darunter war, fanden sie doch eine Menge Käufer. Und dies erregte wieder Neid und Mißgunst unter den nicht-jüdischen Händlern.

Als im 19. und im 20. Jahrhundert die deutschen Juden Zugang zu akademischen Berufen erhielten, bevorzugten sie solche, die ihnen Freude machten und zugleich einträglichen Verdienst abwarfen. So sahen sich die deutschen Rechtsanwälte, Ärzte, Journalisten usw. plötzlich von scharenweise andrängenden jüdischen Kollegen umgeben. Solange die Wirtschaft intakt war, mochte dies noch angehen. Als aber die Krisen der zwanziger und dreißiger Jahre eintraten, da erhob sich in diesen akademischen Kreisen die Forderung nach Entfernung der Juden bzw. ihrer Zurückdrängung auf einen dem Bevölkerungsanteil entsprechenden Prozentsatz.

Sonderbarerweise liebten die Juden Deutschland, wo sie niemals gut behandelt worden waren. Sie waren bemüht, sich die deutsche Bildung zueigen zu machen, in Literatur und Musik die deutsche Mentalität zu erfassen.

Waren es auch nicht immer Spitzenleistungen, die sie zu bieten hatten, so haben sie doch ohne Zweifel das literarische und musikalische Leben Deutschlands bereichert.

Aber sie fanden dafür wenig Dank. Auch diejenigen Deutschen, die die Juden als gleichberechtigt anerkannten, mit ihnen Geschäfte machten und dabei nicht schlecht fuhren, wurden über die Achsel angesehen. Frühzeitig hatte man sich in Deutschland daran gewöhnt, für eigenes Versagen die Juden verantwortlich zu machen.

Als der Nationalismus aufkam, wurde es zugleich Mode, den Juden alle Mißerfolge der deutschen Politik vom frühen Mittelalter bis ins 19. und 20. Jahrhundert zur Last zu legen. Die nationalistischen Kreise und Parteien in Deutschland wurden bald, spätestens nach 1918, erklärte Antisemiten. Die aus dem Baltikum zurückkehrenden rechtsradikalen Freikorps machten das Hakenkreuz als Symbol des Antisemitismus in Deutschland populär.

Unter diesen Umständen kann es nicht wundernehmen, daß die Juden in den nationalistischen Parteien und Organisationen ihren natürlichen Feind erblickten und alles taten, was sie vermochten, um deren Einfluß oder gar Machtübernahme zu verhindern. Dies hinwiederum wurde von Hitler als Bestätigung seiner These betrachtet, das Judentum sei der infernalische Feind Deutschlands.

Der Antisemitismus Hitlers war eine Mischung zwischen gefühlsmäßiger Abneigung und konstruiertem Haß. An sich hatten weder er selbst noch seine Familienangehörigen mit den Juden üble Erfahrungen gemacht. Hitler war sogar in seiner Jugendzeit, wie er schreibt<sup>79)</sup>, über antisemitische Äußerungen empört und verstand sich gut mit jüdischen Altersgenossen.

Dies wurde anders, als er in Wien die aus Galizien eingewanderten Juden mit Locken und schwarzen Kaftanen erblickte. Diese fremdartigen Wesen erregten seinen Widerwillen. Hätte es in Deutschland einen größeren Prozentsatz von Negern gegeben, so hätten diese wohl in gleicher Weise seine instinktiv-

<sup>79)</sup> Mein Kampf S. 54/55.

primitive Abneigung hervorgerufen. Den Zigeunern z. B. bereitete Hitler im 2. Weltkrieg fast das gleiche Schicksal wie den Juden.

Seine Abneigung gegen die Juden verstärkte sich, als er sie in Wien überall dort entdeckte, wo er etwas auszusetzen fand: bei den international orientierten marxistischen Organisationen, im Parlament, in der Presse, in der modernen Kunst.

Als er dann noch aus antisemitischen Traktaten und Hetzreden entnahm, daß die Juden angeblich eine geheime Weltregierung hätten und Deutschlands Weltgeltung verhindern wollten <sup>79a)</sup>, stand es bei ihm fest: die Juden waren an Deutschlands Unglück und an der Katastrophe von 1918 schuld. Sie waren Teufel in Menschengestalt, deren Bekämpfung ein gottgefälliges Werk war. „Indem ich mich des Juden erwehre, kämpfe ich für das Werk des Herrn“, schrieb Hitler in Mein Kampf <sup>80)</sup>.

Als Hitler und seine Partei in Deutschland eine Rolle zu spielen begannen, wurden seine antisemitischen Parolen, außer von den Juden, nicht sonderlich ernst genommen. Derartige Phrasen gehörten sözusagen zum Vokabular aller völkischen und nationalistischen Gruppen. Höchstens religiöse Kreise störten sich an diesen Programmpunkten.

Als Hitler an die Macht gekommen war und nun das Judenproblem praktisch gelöst werden sollte, verstand man darunter, sowohl innerhalb des Volkes als auch der nationalsozialistischen Partei, die Entfernung der Juden aus dem öffentlichen Leben, die Zurückdrängung ihres Einflusses in der Wirtschaft und als letzte Stufe ihre Abwanderung aus Deutschland. Durch eine immer stärker werdende Nadelstichtaktik sollte ihnen das Dasein in Deutschland so erschwert werden, daß sie bald selbst resignieren und auswandern würden. „Die Juden hinaus!“ lautete der Refrain eines NS.-Kampfliedes, und dies war auch das Ziel, das der Masse der Parteimitglieder und schließlich dem deutschen Volk, als von Hitler beabsichtigt, bekanntgegeben wurde. An diesem Tatbestand ändern auch blutrünstige antisemitische Lieder nichts, die hin und wieder einmal gesungen wurden, aber nicht wörtlich gemeint waren. Jahrelang sprach man davon, die Juden an irgendeinen abgelegenen Platz, etwa auf die Insel Madagaskar, zu transportieren. So ungerecht und hart eine solche gewaltsame Aussiedlung der Juden aus Deutschland auch gewesen wäre, es hätte nicht die erste in der Menschheitsgeschichte, ja nicht einmal des 20. Jahrhunderts bedeutet, wenn man sich z. B. der Deportation von 1,5 Millionen Griechen aus Kleinasien nach dem türkisch-griechischen Krieg von 1922 erinnert. Auf jeden Fall wäre dieses Schicksal nicht entfernt mit jener Massakrierung und Ausrottung zu vergleichen gewesen, die Hitler dann an Millionen von Juden im 2. Weltkrieg praktizierte.

Für ihn war das Judenproblem, wie so vieles andere, nur ein Mittel zum Zweck, nämlich seine ehrgeizigen außenpolitischen Pläne zu verwirklichen.

Ihm ging es gar nicht darum, das deutsche Volk von den Juden zu befreien. Er wollte sie vielmehr in Deutschland behalten, um sie nach Wunsch und Gelegenheit als Druckmittel und als Faustpfand gegenüber dem Ausland zu benutzen. Er glaubte wahrhaftig an das Bestehen einer geheimen jüdischen Weltregierung.

---

<sup>79a)</sup> Hitlers Glaube an die geheime jüdische Weltregierung beruhte auf den „Protokollen der Weisen von Zion“, vgl. S. 7, Anm. 10.

<sup>80)</sup> Mein Kampf S. 70.

Hitler hielt den Einfluß des Judentums auf die Regierungen der westlichen Welt für so bedeutend, daß er sich günstige Auswirkungen auf deren Haltung zu seiner östlich orientierten Expansionspolitik versprach. Die Juden in der Welt würden, so glaubte er, diese Regierungen zu einer nachgiebigen Haltung Deutschland gegenüber veranlassen, um die deutschen Juden zu retten. Er brauche also im gegebenen Fall nur die Juden in Deutschland zu drangsaliieren und mit Vernichtung zu bedrohen, dann würden automatisch auch die Westmächte vor ihm kuschen.

Wie im Hauptteil des vorliegenden Werkes gezeigt werden wird, sind die Aktionen gegen die deutschen Juden am 1. April 1933 und am 9. bzw. 10. November 1938 aus außenpolitischen Beweggründen erfolgt<sup>81)</sup>. Auch die großen Massenvernichtungen der Jahre 1941—1945 hatten ihre Ursache in außenpolitischen Motiven, da Hitler durch dieses unmenschliche Vorgehen England und Amerika zur Friedensbereitschaft zwingen wollte. Er hatte die vorgefaßte Meinung, es bestehe eine geheime jüdische Weltregierung, die England und Amerika zum Frieden veranlassen würde, um die in deutscher Hand befindlichen Juden vor dem Schlimmsten zu bewahren.

Hitler hatte bereits am 29. März 1933 erklärt: <sup>82)</sup>

„Das Judentum aber muß erkennen, daß ein jüdischer Krieg gegen Deutschland das Judentum in Deutschland mit voller Schärfe selbst trifft.“

Am 30. Januar 1941 hatte er verkündet: <sup>83)</sup>

„Nicht vergessen möchte ich den Hinweis, den ich schon einmal am 1. September 1939 im deutschen Reichstag gegeben habe<sup>84)</sup>. Den Hinweis darauf nämlich, daß, wenn die andere Welt von dem Judentum in einen allgemeinen Krieg gestürzt würde, das gesamte Judentum seine Rolle in Europa ausgespielt haben wird.“

Als das Jahr 1941 zu Ende gegangen war und trotz Hitlers Prophezeiungen weder die Niederwerfung Rußlands noch den Frieden mit England gebracht hatte, verfiel er wieder auf die Juden, die an allem schuld seien, und kündigte Vergeltung an: <sup>85)</sup>

„Ich habe am 1. September 1939 im Deutschen Reichstag es schon ausgesprochen — und ich hüte mich vor voreiligen Prophezeiungen —, daß dieser Krieg nicht so ausgehen wird, wie es sich die Juden vorstellen, nämlich daß die europäisch-arischen Völker ausgerottet werden, sondern daß das Ergebnis dieses Krieges die Vernichtung des Judentums sein wird.“

Lange hatte er mit solchen Repressalien gedroht. Schließlich mußte er sie wahr machen und ließ durch seine SS.-Schergen Millionen jüdischer Männer und Frauen, Greise und Kinder liquidieren. Der erhoffte Erfolg, die westliche Friedensbereitschaft, blieb trotzdem aus. Er war der Gefangene seiner eigenen Theorien geworden, die sich hier wie auf allen anderen außenpolitischen Gebieten als utopisch erwiesen.

Das einzige, was er mit der Judenvernichtung erreichte, war die Schändung des deutschen Namens über seinen eigenen Tod hinaus!

---

<sup>81)</sup> Vgl. S. 252 f. und S. 969 f.

<sup>82)</sup> Rede vor dem Reichskabinett am 29. 3. 1933, vgl. S. 252.

<sup>83)</sup> Rede in Berlin v. 30. 1. 1941, vgl. Bd. II, S. 1663.

<sup>84)</sup> Diese von Hitler noch mehrfach behauptete Äußerung hatte er jedoch in dieser Rede vom 1. 9. 1939 gar nicht getan, sondern am 30. 1. 1939, vgl. Bd. II, S. 1058.

<sup>85)</sup> Rede v. 30. 1. 1942, vgl. Bd. II, S. 1829.

### *Innenpolitische Konzeption*

Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit interessierte sich im allgemeinen ebensowenig für die außenpolitischen Ziele Hitlers wie für seine antisemitischen Parolen. Es hat Hitler, und dies muß festgestellt werden, aus innenpolitischen Gründen gewählt und ihm Gefolgschaft geleistet.

Hitlers Weizen blühte in den Jahren 1920—1923, als Nachkriegselend, Inflation und wirtschaftliche Not Deutschland erschütterten, und in den Jahren 1930—1932, als die Weltwirtschaftskrise auch Deutschland ergriff und eine millionenfache Arbeitslosigkeit hervorrief.

In den dazwischenliegenden Jahren mit wirtschaftlicher Prosperität war von Hitlers Einfluß wenig zu spüren. Man tat ihn mitsamt seinen Ideen als verschrobenen Sonderling und gescheiterten Putschisten ab. Der beste Beweis hierfür ist, daß bei der Reichstagswahl von 1928 nur 12 nationalsozialistische Abgeordnete gewählt wurden. Zwei Jahre später, am 14. September 1930, schnellte ihre Zahl auf 107 hinauf, und am 31. Juli 1932 betrug sie 230. 13 Millionen Deutsche hatten bei dieser Wahl ihre Stimme Adolf Hitler gegeben.

Damals rief der Reichskanzler v. Papen aus: „Herr Hitler, Sie sind nur da, weil die Not da ist!“, und Hitler erwiderte in einer öffentlichen Versammlung: <sup>86)</sup>

„Wenn das Glück da wäre, dann brauchte ich nicht da zu sein, und dann wäre ich nicht da!“

Welche Heilmittel für die Not hatte Hitler zu bieten, welche innenpolitischen Ziele waren es, die Millionen von Deutschen faszinierten?

Es wäre naheliegend, hier das Parteiprogramm mit seinen 25 innen- und außenpolitischen Punkten anzuführen, das Hitler im Münchener Hofbräuhaus-Festsaal am 24. Februar 1920 bekanntgegeben hatte <sup>87)</sup>. Aber von diesen Programmpunkten hielt Hitler selbst nicht allzuviel, wie er in Mein Kampf recht freimütig erklärte <sup>88)</sup>. Die Hauptsache wäre, so argumentierte er, daß diese für unabänderlich erklärt seien. In welcher Form sie dann später verwirklicht würden, das müsse man den Ausführungsbestimmungen überlassen. In der Tat sind auch zahlreiche Punkte, hauptsächlich innenpolitischer Art, nach der Machtübernahme gar nicht in Angriff genommen worden wie z. B. die Abschaffung der Kaufhäuser. Der Programmpunkt vom Bekenntnis zum positiven Christentum war wohl von jeher als reine Deklamation gedacht.

In seinen Reden sprach Hitler wenig vom offiziellen Parteiprogramm, ausgenommen seine Absicht, die Friedensverträge von Versailles und St. Germain abzuschaffen.

Für den innenpolitischen Kampf hielt er andere, handfestere Parolen bereit: Des deutschen Volkes Unglück komme einzig und allein aus seiner Uneinigkeit. Es sei zerspalten in Klassen, Stände, Konfessionen, Stämme, Parteien usw. und

<sup>86)</sup> Rede in Pocking v. 12. 10. 1932, vgl. S. 139.

<sup>87)</sup> Wortlaut der 25 Punkte bei Walter Hofer, *Der Nationalsozialismus, Dokumente 1933 bis 1945*, Frankfurt 1957, S. 28 ff. Vgl. auch Gottfried Feder, *Das Programm der NSDAP.*, München (Eher) 1932.

<sup>88)</sup> Vgl. Mein Kampf S. 513/514: „Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei erhielt mit ihrem Programm der fünfundzwanzig Thesen eine Grundlage, die unerschütterlich sein muß. — Für die große Zahl der Anhänger wird das Wesen unserer Bewegung weniger im Buchstaben unserer Leitsätze liegen, als vielmehr in dem Sinne, den wir ihnen zu geben imstande sind.“

infolgedessen gehindert, die ihm innewohnenden Kräfte zu entfalten. Nationalismus und Sozialismus stünden sich mit ihren Anhängern als zwei feindliche Blöcke gegenüber. Sie zu vereinigen, sei sein (Hitlers) Hauptziel:

„Am Tage, an dem sich die beiden Ideen in eine einzige verschmelzen, sind sie unbesiegtbar!“<sup>89)</sup>

Demokratie sei eine verderbliche Staatsform, weil sie nur Schwächlinge an die Macht bringe. Parlamente seien Schwatzbuden, die durch ihr langes Debattieren schnelle und vernünftige Entschlüsse unmöglich machten. Ein einziger Wille müsse maßgebend sein. *Ein Volk, ein Reich, ein Wille*, das sei die richtige Lösung. Das System, das Deutschland seit 1918 regiere, bestehe aus Landesverrättern (Novemberverbrechern) und dem Feind hörigen Erfüllungspolitikern, die zugleich unfähige, minderwertige Schwächlinge seien. Werde dieses System nicht schnellstens beseitigt, so würde das deutsche Volk immer mehr verelenden und zum Schluß im „bolschewistischen Chaos“ versinken.

Von der heutigen Situation Deutschlands aus betrachtet, mögen solche Worte überspannt und lächerlich wirken, in den Jahren 1930—1932 aber schienen sie den Nagel auf den Kopf zu treffen.

Die deutschen Regierungen der Weimarer Republik hatten zwar die damalige wirtschaftliche Not nicht hervorgerufen, wie Hitler ihnen fälschlicherweise vorwarf, aber sie waren auch nicht in der Lage, sie zu beseitigen oder zu mildern. Ja, sie konnten sie nicht einmal erklären und dadurch dem Volk die Zeit, bis sich, wie 1923, die wirtschaftliche Situation in der Welt ohnehin wieder bessern würde, wenigstens seelisch zu verkürzen.

Die Sozialdemokratie beteiligte sich schon seit 1930 nicht mehr aktiv an der Reichspolitik, sondern beschränkte sich auf die Tolerierung bürgerlicher Kabinette. Sie war steril geworden, und es ist nicht zu bestreiten, daß vielen führenden Sozialdemokraten die Behebung der allgemeinen Not weniger am Herzen lag als die Behauptung ihrer Posten und Stellungen gegenüber den andrängenden Nationalsozialisten. Sie dachten nicht daran, zur Verteidigung der Rechte des schaffenden Volkes noch einmal auf die Barrikaden zu steigen, sondern räumten beim Staatsstreich Papens am 20. Juli 1932 in Preußen ebenso willig ihre Plätze wie im Frühjahr 1933 unter Hitler, wenn man ihnen nur ihre Pensionen beließ.

Der Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning vom Zentrum regierte mit Hilfe des Artikels 48 autoritär, für eine Demokratie kein erfreulicher Zustand. Seine „Notverordnungen“ konnten der steigenden Arbeitslosigkeit nicht beikommen. Brüning vertrat den Standpunkt, Deutschland müsse sich wieder „groß hungern“. Aber seine deflationistischen Maßnahmen vergrößerten das Elend nur. Durch wiederholte rigorose Kürzungen der Beamtgehälter, Pensionen und Renten, die schließlich 20 und mehr Prozent ausmachten, und durch Drosselung der Staatsausgaben wurden nicht nur die Beamten und Mittelständler aufs höchste verärgert, sondern die deutsche Wirtschaft geriet, angesichts der geringer werdenden Kaufkraft der Bevölkerung, in Stagnation. Immer mehr Fabriken mußten schließen; die Bauern konnten ihre Erzeugnisse nur noch schwer absetzen und gerieten in Schulden. Hitler aber stand triumphierend da und prophezeite, wenn man ihn nicht zur Macht lasse, werde es schlimmer und schlimmer werden.

<sup>89)</sup> Schallplattenrede vom Juli 1932, vgl. S. 116.



Sein Wirtschaftsprogramm war demjenigen Brünings genau entgegengesetzt. In souveräner Verachtung des Geldes, die er auch in seinem Privatleben bewies, lehnte er finanzielle Einwände gegen wirtschaftliche Maßnahmen rundweg ab. Die Deckung der deutschen Währung durch Gold oder Devisen sei Unsinn, verkündete er.

„Nicht Gold und nicht Devisenbestände, sondern die Arbeit allein ist die Grundlage des Geldes!“<sup>90)</sup>

„Die Rettung unseres Volkes ist nicht ein Problem der Finanzen, sondern ausschließlich ein Problem der Verwendung und des Einsatzes unserer vorhandenen Arbeitskraft einerseits und der Ausnützung des vorhandenen Bodens und der Bodenschätze andererseits. Denn die Volksgemeinschaft lebt nicht vom fiktiven Wert des Geldes, sondern von der realen Produktion, die dem Gelde erst seinen Wert verleiht. Diese Produktion ist die erste Deckung einer Währung und nicht eine Bank oder ein Tresor voll Gold! Und wenn ich diese Produktion steigern, erhöhe ich das Einkommen meiner Mitbürger wirklich, und indem ich sie senke, vermindere ich das Einkommen, ganz gleich, welche Löhne ausbezahlt werden.“<sup>91)</sup>

Deutschland verfüge über genügend Arbeitskräfte, Rohstoffe und Lebensmittel, um seine wirtschaftlichen Probleme selbst zu lösen. „Deutsche Arbeiter fangt an!“ war seine Parole<sup>92)</sup>

Die Millionen von deutschen Arbeitslosen litten damals nicht so sehr unter der materiellen Not, zumal sie die Arbeitslosenunterstützung vor dem Ärgsten bewahrte. Sie waren vielmehr besonders deshalb bedrückt, weil sie mit ihrer Zeit nichts anzufangen wußten und tatenlos an den Plätzen und Straßenecken herumstanden. Der Schrei nach Arbeit sei stärker als das Stöhnen der Sklaven im alten Rom, konnte man damals häufig in den Tageszeitungen lesen. Da wußte Hitler Rat. Er lud die Arbeitslosen ein, in seine SA.-Formationen einzutreten. Da hatten sie, was ihnen fehlte: Beschäftigung und ein Ideal, für das sie sich einsetzen konnten. „Ich habe euch einen neuen Glauben und eine neue Hoffnung gegeben“, erklärte er und ließ sich von seinen SA.-Leuten wie ein Gott feiern. Er kam dem Bedürfnis des deutschen Volkes nach diszipliniertem Auftreten, nach Uniformen und Abzeichen, nach Paraden und Militärmärschen in großzügiger Weise entgegen.

War es zu verwundern, daß Hitlers Anhängerzahl immer mehr wuchs, je größer die wirtschaftliche Not wurde? 13 Millionen waren es, wie gesagt, am 31. Juli 1932, rund 37 Prozent der wahlberechtigten bzw. abstimmenden Bevölkerung. Fast der gesamte Mittelstand einschließlich der meisten Beamten stimmte für Hitler, ebenso die Bauern, soweit sie nicht streng katholisch waren, und selbstverständlich alle Rechtsradikalen, die Freikorpsleute und ein Großteil der ehemaligen Offiziere. Von den Arbeitern waren es nur diejenigen, die unter allen Umständen eine radikale Änderung der bestehenden Machtverhältnisse wünschten und, je nach der augenblicklichen Situation, bald bei den Kommunisten bald bei den Nationalsozialisten zu finden waren. Es gelang Hitler jedoch trotz aller rhetorischen Mühe, die er sich gab, vor der Machtübernahme nicht, die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter für sich zu gewinnen. Seine nicht ganz unberechtigten Argumente, die hohen SPD.- und Gewerkschaftsführer (die

<sup>90)</sup> Rede v. 6. 6. 1937, vgl. S. 698.

<sup>91)</sup> Rede v. 30. 1. 1937, vgl. S. 666.

<sup>92)</sup> Rede v. 21. 3. 1934, vgl. S. 372.

„Bonzen“, wie damals das Schlagwort hieß) kümmerten sich wenig um die Not des Arbeiters, verdingen hier nicht. Die SPD.-Anhänger antworteten mit dem ebenfalls nicht unberechtigten Hinweis: „Betrogen werden wir immer. Aber wenn schon, dann wollen wir wenigstens von unseren eigenen Leuten betrogen werden.“

Auch bei den Zentrumsanhängern hatte Hitler vor der Machtübernahme wenig Glück. Diese standen zu sehr unter der Vormundschaft der Geistlichkeit, die in ihrer Mehrzahl Hitler ablehnte, wenn auch nicht gerade aus außenpolitischen Gründen.

Aber die Mißerfolge gegenüber den Zentrums- und SPD.-Wählern entmutigten Hitler nicht. Diese würde er eben nach der Machtübernahme gewinnen.

Zunächst kam es ihm darauf an, möglichst viele Wähler aus den Kreisen der Rechtsparteien und der KPD. zu sich herüberzuziehen, um vielleicht doch noch die 50 %-Grenze zu überspringen.

Kommunismus und Reaktion, das waren die beiden einzigen potentiellen Gegner, die Hitler anerkannte. An den Kommunisten imponierte ihm, daß diese einem einzigen Willen, einem einzigen Kommando folgten und bereit waren, sich auf der Straße mit ihren Gegnern zu schlagen. Den Bolschewismus selbst hielt er für eine primitive Lehre, vielleicht gerade recht für die „primitiven“ Russen. Sich damit geistig auseinanderzusetzen, betrachtete er als Zeitverschwendung.

„Der Kommunismus ist nicht eine höhere Entwicklungsstufe, sondern er ist die primitivste Ausgangsform der Volks- und Staatenbildung“<sup>93)</sup>.

„Diese Ideologie beruht auf der Angst vor dem Nächsten, auf der Furcht, irgendwie hervorzutreten und basiert auf einer niederträchtigen, neidischen Gesinnung. Diese Lehre von der Zurückentwicklung zur Primitivität führt zu einem feigen, ängstlichen Nachgeben“<sup>94)</sup>.

Für die Bekämpfung des Kommunismus wußte Hitler ein einfaches Rezept: brutales Zusammenschlagen, und mit dieser Methode hatte er in Deutschland besten Erfolg.

Hitler hielt den Kommunismus keineswegs für eine Gefahr. Im Gegenteil, je mehr Kommunisten es gab, um so leichter konnte er dem Bürgertum und den reaktionären Kreisen das Schreckgespenst einer bolschewistischen Revolution an die Wand malen.

Er selbst traute den „primitiven“ deutschen Kommunisten weder die Tatkraft noch die Intelligenz zu, in jenen Krisenjahren 1930–1932 einen erfolgreichen Aufstand durchzuführen. Dabei hätte er es gar nicht so ungern gesehen, wenn die Kommunisten einmal etwas mit den „oberen Zehntausend“ und den „wertlosen Spießern“ in Deutschland aufgeräumt hätten. Er erklärte ganz öffentlich:<sup>95)</sup>

„Hätte der Kommunismus wirklich nur an eine gewisse Reinigung durch die Beseitigung fauler Elemente aus dem Lager unserer sogenannten oberen Zehntausend oder aus dem unserer nicht minder wertlosen Spießer gedacht, dann hätte man ihm ja ganz ruhig eine Zeitlang zusehen können.“

In jenen turbulenten Zeiten nach dem ersten Weltkrieg hatte es in Deutschland in der Tat einige kommunistische Umsturzversuche gegeben, so in München, in Sachsen, im Ruhrgebiet. Mit Schauern erinnerte sich das Bürgertum der damaligen Vorgänge, der Geiselmorde und sonstigen Verbrechen, obwohl man

<sup>93)</sup> Rede v. 2. 9. 1933, vgl. S. 299.

<sup>94)</sup> Rede v. 20. 9. 1933, vgl. S. 301.

<sup>95)</sup> Rede v. 14. 9. 1936, vgl. S. 645.

heute noch nicht mit Sicherheit sagen kann, welche Greuelthaten schlimmer waren, diejenigen der kommunistischen Horden oder diejenigen der rechtsradikalen Feme und der wütenden Soldateska.

In den Jahren 1930—1933 konnte jedenfalls im Ernst nicht von der Gefahr eines bolschewistischen Umsturzes die Rede sein. Auch der Anteil der kommunistischen Wählerstimmen betrug niemals mehr als 17 Prozent<sup>90)</sup>.

Dies sei aber nur sein Verdienst, argumentierte Hitler. Ließe man die NSDAP. nicht endlich an die Macht, so würden seine gesamten Anhänger zur KPD. übergehen, und Deutschland versänke im bolschewistischen Chaos.

Mit dieser Rabulistik gelang es Hitler schließlich, die widerstrebenden Deutschnationalen, die reaktionären Junker, die Wirtschaftsführer und die Reichswehrgeneräle von der Notwendigkeit seiner Regierungsübernahme zu überzeugen.

Man war es in Deutschland angesichts der Not und der dauernden Wahlkämpfe müde geworden, sich noch länger dem Ruf „Gebt Hitler die Macht, und die Not hat ein Ende!“ zu widersetzen. Hitler hatte einen längeren Atem gehabt als seine reaktionären Gegner. Aber nun sollte er zeigen, ob er wirklich „Arbeit und Brot“ geben konnte, wie er in Dutzenden von Reden versprochen hatte. Und Hitler bewies, daß seine Wirtschaftstheorie wirklich die für die damaligen Verhältnisse bessere gewesen war. Wenige Monate nach seiner Machtübernahme war die Arbeitslosenzahl rapid gesunken. Sie spielte bald keine Rolle mehr. Es ist nicht wahr, wenn behauptet wird, Hitler habe dies nur durch Rüstungsaufträge fertiggebracht. Diese fielen in jenen ersten entscheidenden Jahren noch kaum ins Gewicht. Er kurbelte die Wirtschaft vielmehr auf allen Gebieten an. Die Hausbesitzer mußten ihre verfallenen Häuser instand setzen lassen. Die Bauindustrie erhielt Aufträge. Der Straßen- und Brückenbau wurde in Angriff genommen, die Motorisierung vorwärtsgetrieben. Wenn auch vorwiegend Staatsaufträge hinausgegeben wurden, die private Wirtschaft kam jedenfalls in Gang. Millionen von Menschen erhielten wieder eine Existenz. Die Bauern waren angesichts des neuen „Autarkie“-Programms zufrieden. Den Arbeitern ging es glänzend. Sie verdienten gut, wurden außerdem öffentlich geehrt und durch die Freizeitorganisation „Kraft durch Freude“ in Erholung geschickt.

Hitler erbrachte wahrhaftig den Beweis, daß eine Währung auch ohne jede Golddeckung funktionieren kann. Als er allerdings später in Krieg geriet und die normale Relation zwischen Produktion und Geldumlauf zwangsläufig verloren ging, konnte er ebensowenig die Geldentwertung aufhalten wie alle anderen Regierungen der Welt, seitdem es eine monetäre Währung gibt.

Immerhin, Hitler hatte gezeigt, daß er Begabung zum Wirtschaftspolitiker hatte. Als solcher wäre er nicht nur vom deutschen Volk anerkannt, sondern auch für die Welt erträglich gewesen. Hitler aber wollte nicht als Wirtschaftspolitiker in die Geschichte eingehen, sondern er wollte Macht ausüben, Macht über Deutschland und Macht über die Welt.

Eigentlich hätte er mit der Machtstellung, die er in Deutschland bereits 1933 erreicht hatte, zufrieden sein können.

Nicht nur die 13 Millionen, die ihn 1932 gewählt hatten, standen hinter ihm, sondern auch die SPD.-Arbeiter und die Zentrumsanhänger bekannten sich nun,

<sup>90)</sup> Vgl. S. 82, Anmerkung 27.

nachdem die Not tatsächlich beseitigt war, in beträchtlicher Zahl zu ihm. Es ist angesichts der nationalsozialistischen Wahlmanipulationen, die seit der Abstimmung vom 12. November 1933 unverkennbar waren, schwer zu sagen, wie groß der Prozentsatz der Hitleranhänger im Jahre 1933 war. Aber mehr als 50 Prozent waren es fraglos.

Dies alles aber genügte Hitler nicht. Seine Gier nach Macht war so groß, daß er niemand außer sich selbst auch nur die geringste politische Machtfülle zu billigen wollte. Er benutzte jede Gelegenheit, vor allem jede Krise, um mißliebige Persönlichkeiten zu beseitigen und sich deren Befugnisse anzueignen oder ihm ergebenden Persönlichkeiten zuzuschancen. Nach diesem Rezept verfuhr er in der Partei genauso wie im Staat und später in der Wehrmacht. Und er hörte auch im Kriege nicht auf, seine innenpolitische Machtstellung auszubauen.

Als 1930 die SA. zu meutern drohte, setzte er deren Führer, Hauptmann a. D. von Pfeffer <sup>97)</sup>, ab, machte sich selbst zum OSAF. <sup>98)</sup> und den ihm treuergebenen Hauptmann a. D. Ernst Röhm <sup>99)</sup> zum Stabschef. Als 1932 Gregor Strasser <sup>100)</sup>, Leiter der politischen Organisation, einer Bündnispolitik mit Schleicher <sup>101)</sup> das Wort redete, stempelte er ihn zum Verräter und unterstellte sich selbst die gesamte Parteiorganisation.

Als 1941 Rudolf Heß <sup>102)</sup> nach England entwand, übernahm er auch dessen Amt persönlich und berief Martin Bormann <sup>103)</sup>, einen servilen Mann, als Leiter der Parteikanzlei. Als es 1934 mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg zu Ende ging, stand es für Hitler fest, daß nur er selbst Nachfolger als Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber der Wehrmacht werden könne.

Als 1938 der Kriegsminister von Blomberg <sup>104)</sup> Hitlers Wünschen nicht mehr entsprach, übernahm er kurzerhand dessen Funktionen selbst und ließ gleichzeitig den mißliebigen Oberbefehlshaber des Heeres, Freiherrn von Fritsch <sup>105)</sup>, über die Klinge springen.

1941 benutzte er die Krise des Heeres vor Moskau, um Generalfeldmarschall von Brauchitsch <sup>106)</sup> abzusetzen und selbst auch noch den Posten des Oberbefehlshabers des Heeres zu übernehmen.

---

<sup>97)</sup> Franz von Pfeffer, Hauptmann a. D., geb. 1888 in Düsseldorf, 1926—1930 Oberster SA.-Führer.

<sup>98)</sup> OSAF. = Oberster SA.-Führer.

<sup>99)</sup> Ernst Röhm, geb. 1887 in München, Hauptmann a. D., bolivianischer Oberstleutnant, 1930 Stabschef der SA., 1933 Reichsminister, am 1. 7. 1934 in München-Stadelheim ermordet.

<sup>100)</sup> Gregor Strasser, geb. 1892 in Geisefeld, von Beruf Apotheker, ermordet 30. 6. 1934.

<sup>101)</sup> Kurt von Schleicher, geb. 1882 in Brandenburg, Reichswehrgeneral, 1932 Reichswehrminister, v. 2. 12. 1932—28. 1. 1933 Reichskanzler, ermordet am 30. 6. 1934 in Berlin.

<sup>102)</sup> Rudolf Heß, geb. 1894 in Alexandria, 1933 Stellvertreter des Führers (in Parteiangelegenheiten), 1933 Reichsminister, am 10. 5. 1941 nach England entflohen, 1946 vom Internat. Militärtribunal in Nürnberg zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt. Seitdem im Militärgefängnis Spandau.

<sup>103)</sup> Martin Bormann, geb. 1900 in Halberstadt, Landwirt, 1941 Leiter der Parteikanzlei, am 2. 5. 1945 angeblich in Berlin bei einem Ausbruchversuch ums Leben gekommen.

<sup>104)</sup> Werner von Blomberg, geb. 1878 in Stargard, 1933—1938 Reichswehr- bzw. Reichskriegsminister, gest. 1946 in Nürnberg.

<sup>105)</sup> Werner Freiherr von Fritsch, geb. 1880 in Benrath, Chef der Heeresleitung bzw. Oberbefehlshaber des Heeres 1934—1938, gef. bzw. Selbstmord 1939 vor Warschau.

<sup>106)</sup> Walter von Brauchitsch, geb. 1881 in Berlin, 1938—1941 Oberbefehlshaber des Heeres 1940 Generalfeldmarschall, gest. 1948 in Hamburg.

1942 ließ er sich vom Reichstag die Vollmacht geben, jeden Richter absetzen zu können und selbst als oberster Gerichtsherr zu fungieren.

Als am 20. Juli 1944 der Befehlshaber des Ersatzheeres, Fromm<sup>107)</sup>, eine zweideutige Stellung einnahm, ließ Hitler ihn verhaften und setzte den ergebenden Reichsführer SS. Himmler<sup>108)</sup> an seine Stelle.

Hitlers Machttrunkenheit kannte keine Grenzen, und sein Argwohn gegenüber jedem, der ihn nicht bedingungslos anerkennen wollte, war stets hellwach. Es besteht kaum ein Zweifel, daß Deutschland sich zu Lebzeiten Hitlers aus dieser Diktatur nicht hätte befreien können.

Wäre Hitler nicht an seinen außenpolitischen Plänen zu Grunde gegangen, weder das Volk noch die Kirche, weder die Wehrmacht noch die nationalsozialistische Partei hätten ihn jemals von seinem Machtthron heruntergebracht.

Nach Hitlers Tode freilich wäre sein Reich wohl genau so zerfallen wie das Reich Alexanders des Großen.

Denn trotz aller Reden vom künftigen Führerstaat, vom rassistischen Ausleseprinzip usw. konnte sich Hitler nie entschließen, einen wirklichen Nachfolger heranzuziehen oder auch nur zu benennen, aus Sorge, er könne dabei einen Teil seiner Machtfülle einbüßen.

### *Außenpolitische Konzeption*

Als Hitler 1919 dreißig Jahre alt geworden war, hatte er seine außenpolitischen Ziele klar im Kopf und weigerte sich bis zum Jahre 1945, auch nur im geringsten davon abzugehen. In seinem Buch „Mein Kampf“ hatte er sie festgelegt:<sup>109)</sup>

„Die Forderung nach Wiederherstellung der Grenzen des Jahres 1914 ist ein politischer Unsinn. Die Grenzen des Jahres 1914 bedeuten für die Zukunft der deutschen Nation gar nichts . . .

Demgegenüber müssen wir Nationalsozialisten unverrückbar an unserem außenpolitischen Ziel festhalten, nämlich dem deutschen Volk den ihm gebührenden Grund und Boden auf dieser Erde zu sichern. Und diese Aktion ist die einzige, die vor Gott und unserer deutschen Nachwelt einen Bluteinsatz gerechtfertigt erscheinen läßt . . .

Ich muß mich dabei schärfstens gegen jene völkischen Schreiberseelen wenden, die in einem solchen Bodenerwerb eine ‚Verletzung heiliger Menschenrechte‘ zu erblicken vorgeben . . .

Damit ziehen wir Nationalsozialisten bewußt einen Strich unter die außenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit. Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten.“

Klarer konnte Hitler seine Pläne kaum mehr fixieren. Seine „historischen“ Ausführungen dazu waren allerdings recht dilettantenhaft.

---

<sup>107)</sup> Generaloberst von Fromm, am 20. 7. 1944 als Befehlshaber des Ersatzheeres abgesetzt, später verhaftet, am 19. 3. 1945 im Zuchthaus Brandenburg erschossen.

<sup>108)</sup> Heinrich Himmler, geb. 1900 in München, Dipl.-Landwirt, Reichsführer SS., 1936 Chef der deutschen Polizei, 1943 Reichsinnenminister, 1944 Befehlshaber des Ersatzheeres, 1945 Selbstmord bei Lüneburg.

<sup>109)</sup> Mein Kampf S. 736—742.

Von einem ewigen Germanenzug nach Süden kann, von der Völkerwanderung abgesehen, nicht die Rede sein. Und zum Beweis einer deutschen Expansion nach Westen könnte höchstens Bismarcks Feldzug 1870/71 und die Einverleibung Elsaß-Lothringens angeführt werden. Eher könnte man von einem französischen Drang nach Osten und zum Rhein sprechen.

Dagegen ist der deutsche Drang nach Osten auch in den von Hitler so gering-schätzig abgetanen sechs Jahrhunderten nicht tot gewesen. Schließlich führt eine gerade Linie vom Kampf des Deutschen Ordens über die Ostpolitik der Hohenzollern und Habsburger zum Vertrag von Brest-Litowsk 1918.

Aber was kümmerten Hitler schon historische Tatsachen! Er jedenfalls war entschlossen, seine außenpolitischen Ziele zu verwirklichen. Die Frage war nur, ob Deutschlands militärische Kraft für eine derartige Expansion ausreichte und wie sich der Westen zu solchen Plänen stellen würde.

Für letzteren hielt Hitler eine Patentlösung bereit:

„In Europa wird es für Deutschland in absehbarer Zeit nur zwei Verbündete geben können: England und Italien.“

So schrieb er in *Mein Kampf* <sup>110)</sup>.

Hitlers außen- und militärpolitische Ziele ließen sich auf folgenden Nenner bringen: Errichtung eines neuen deutschen Kontinentalreiches, das ganz Osteuropa und Rußland bis zum Ural einschließt. Zur Verwirklichung dieses Planes: Bündnisse mit England und Italien, dann Krieg mit Rußland.

Ein wahrhaft napoleonisches Programm, und der Versuch, es zu verwirklichen, ging nicht anders aus, als derjenige des Korsen 130 Jahre vorher!

Man fragt sich, wie Hitler im Jahre 1919 solche Ziele für realisierbar halten konnte, wo doch gerade erst Wilhelm II. mit seinem Weltmachtsanspruch, seiner Kolonial- und Flottenpolitik Schiffbruch erlitten hatte.

Der erste Weltkrieg machte jedem Einsichtigen klar, daß die Welt nicht gewillt war, eine gewaltsame Expansionspolitik Deutschlands oder Österreichs, und sei es auch nur auf dem Balkan, hinzunehmen. Er zeigte ferner, daß die militärische Macht Deutschlands bei weitem nicht ausreichte, um sich gegenüber der vereinigten Kraft der Westmächte zu behaupten. Aber diese Schlußfolgerungen wollten nicht einmal die damaligen deutschen Staatsmänner ziehen, geschweige denn Hitler.

Man spricht heute in Deutschland viel von „unbewältigter Vergangenheit“ und meint damit die Zeit des Dritten Reiches und die Katastrophe von 1945. Mit noch größerem Recht hätte man das Wort von der unbewältigten Vergangenheit auf die deutsche Geisteshaltung zwischen den beiden Weltkriegen anwenden können. Der größte Teil des deutschen Volkes, vor allem das tonangebende Bürgertum, fiel bei der Niederlage im Jahre 1918 aus allen Wolken. Wie war so etwas möglich gewesen, wo doch das deutsche Heer jahre- und jahrzehntelang als unbesiegbar bezeichnet worden war?

Die verantwortlichen Staatsmänner und Generäle suchten damals in höchst durchsichtiger Weise die wahren Ursachen der militärischen Katastrophe vor dem Volk zu verschleiern. Man erfand die Legende vom „Dolchstoß in den Rücken des deutschen Heeres“.

---

<sup>110)</sup> *Mein Kampf* S. 705.

Andererseits kann man nicht behaupten, daß die Maßnahmen der Alliierten nach 1918 gerechtfertigt und klug gewesen sind. Es waren, von welchem Standpunkt aus man sie auch betrachten mag, halbe Maßnahmen, die schon den Keim zu neuen Konflikten in sich bargen: so die unglückliche Grenzziehung im Osten Deutschlands, die bezeichnenderweise auch den Kriegsausbruch 1939 zwar nicht verursachte, aber doch auslöste, die militärischen und wirtschaftlichen Klauseln, die Okkupation des Rheinlandes, die moralischen Deklamationen usw.

Hinzu kam das Verhalten mancher westlicher Kreise, die aus eigensüchtigen Gründen die reaktionären Parteien in Deutschland indirekt förderten und den verständigungsbereiten Regierungen der Weimarer Republik ihre Tätigkeit erschwerten.

Für Hitler und für sehr viele andere Deutsche stand es jedenfalls fest: die Katastrophe von 1918 war nicht verursacht durch die Überlegenheit der Alliierten, sondern durch Verrat in den eigenen Reihen!

Er sprach von dem „Lorbeerkrantz, der dem deutschen Soldaten 1918 hinterlistig geraubt worden“ sei<sup>111)</sup> und machte sich zum Sprecher der Einigkeitstheorie: <sup>112)</sup>

„Solange das deutsche Volk in seiner Geschichte einig war, ist es noch nie besiegt worden. Nur die Uneinigkeit des Jahres 1918 führte zum Zusammenbruch.“

Hitler war wirklich der Überzeugung, nicht die zahlen- und rüstungsmäßige Überlegenheit der Westmächte hätte die deutsche Front zum Einsturz gebracht, sondern die feindlichen Flugblätter, die über den deutschen Linien abgeworfen wurden. Er kannte nicht die Grundwahrheit, die die Kriegsgeschichte aller Völker lehrt: weder Verrat noch neue Waffen haben einen entscheidenden Einfluß auf den Ausgang eines Krieges, sondern allein das Kriegspotential, das abhängig ist von Zahl und Qualität der zur Verfügung stehenden Soldaten, von Rüstungskapazität und Ernährungsbasis. Durchhalteparolen können einen Krieg höchstens verlängern, aber nicht seinen Ausgang verändern.

Hitler kannte auch nicht das durch die historische Erfahrung erhärtete Gesetz, daß Propaganda nur wirksam ist gegenüber dem eigenen Volk oder abhängigen bzw. unterlegenen Staaten, nicht aber gegenüber gleichstarken oder überlegenen Völkern.

Hitlers außenpolitische Thesen von 1919 stimmten mit der realen Wirklichkeit nicht überein, sowohl hinsichtlich Englands als auch Rußlands. Er ging zwangsläufig an diesen Thesen zugrunde, an seiner mangelnden Geschichtskennntnis, aber auch an seiner beharrlichen Weigerung, sie zu korrigieren.

Er erklärte einmal: <sup>113)</sup>

„Es gibt vor der Geschichte keine Entschuldigung für ein Versehen, eine Entschuldigung, die etwa darin besteht, daß man nachträglich erklärt, ich habe das nicht gemerkt oder ich habe nicht daran geglaubt.“

Hitler sprach sich mit diesen Worten selbst das Urteil, denn sein starres Festhalten an den Theorien von 1919 änderte nicht die harten Tatsachen, die seine vorgefaßten Ansichten als verhängnisvolle Irrtümer enthüllten.

---

<sup>111)</sup> Rede vom 6. 10. 1939, vgl. Bd. II, S. 1380.

<sup>112)</sup> Proklamation an das deutsche Volk vom 3. 9. 1939, vgl. Bd. II, S. 1341.

<sup>113)</sup> Rede vom 3. 10. 1941, vgl. Bd. II, S. 1761.

Von seinen außenpolitischen Thesen war die Idee von einem Bündnis Deutschland-Italien noch am ehesten vertretbar. Hier konnte man sogar historische Parallelen anführen, nicht nur den Bund, den Bismarck mit dem jungen Italien Cavours geschlossen hatte, sondern auch die enge Verbindung zwischen Italien und Deutschland im Heiligen Römischen Reich. Aber davon wollte Hitler weniger wissen. Ihm schien mehr das Emporkommen Mussolinis und des Faschismus eine solche Bündnistheorie zu rechtfertigen.

Die Vorstellung Hitlers von einer möglichen deutsch-englischen Allianz beruhte dagegen auf einem völlig wirklichkeitsfremden, illusionistischen Wunschbild.

Die Bündnisse, die etwa während des spanischen Erbfolgekrieges zwischen England und dem römisch-deutschen Kaiser oder im Siebenjährigen Krieg zwischen England und Preußen bestanden, waren nicht geschlossen worden, um einen neuen deutschen Expansionsdrang zu unterstützen, sondern um das damalige Frankreich niederzuwerfen.

Nach Hitlers Ansicht hätte bereits das kaiserliche Deutschland der Hohenzollern England als Rückendeckung für eine gewaltsame Eroberung neuen Bodens in Rußland benutzen sollen. Er schrieb in *Mein Kampf*:<sup>114)</sup>

„Wollte man in Europa Grund und Boden, dann konnte dies im großen und ganzen nur auf Kosten Rußlands geschehen, dann mußte sich das neue Reich [von 1871] wieder auf der Straße der einstigen Ordensritter in Marsch setzen, um mit dem deutschen Schwert dem deutschen Pflug die Scholle, der Nation aber das tägliche Brot zu geben.

Für eine solche Politik allerdings gäbe es in Europa nur einen einzigen Bundesgenossen: England.“

Diese Worte bewiesen schon allein, daß Hitler, wie übrigens die meisten Deutschen, keine Ahnung hatte von englischer Mentalität, von englischer Geschichte und von englischer Staatskunst.

Was ihm an England imponierte, waren lediglich die englischen Kriege und die englischen Konzentrationslager. Hitler konnte sich Macht nur vorstellen in Form von Brachialgewalt.

Englands Staatskunst aber gibt den englisch sprechenden Völkern in Friedenszeiten das Gefühl individueller Zufriedenheit und ruft im Krieg den Willen zur unbedingten Solidarität mit dem Mutterland hervor.

Gegen Frankreich hatte Hitler vom 1. Weltkrieg her einen starken Haß, betrachtete dieses Land jedoch als abhängig von England. Würde England Deutschlands Verbündeter, dann wäre Frankreich ohnehin mattgesetzt.

Amerika erwähnte er in seinem Buch nur an wenigen, meist unwesentlichen Stellen. Immerhin wußte er, daß die Vereinigten Staaten aufs engste mit England verbunden sind. Gewann er also England, dann gewann er gleichzeitig auch Amerika. Der Gedanke, daß logischerweise ein Kriegszustand mit England auch einen solchen mit Amerika im Gefolge haben würde, kam ihm jedoch nicht. Er war so besessen von seiner Bündnistheorie, daß er die Möglichkeit eines Krieges mit England rundweg ablehnte.

Für die Annahme, England werde einen neuen deutschen Eroberungszug gegen Rußland unterstützen oder auch nur dulden, fehlte jede historische Unterlage und wahrhaftig jede vernünftige Voraussetzung. Sie war lediglich der

---

<sup>114)</sup> *Mein Kampf* S. 154.



Phantasie Hitlers entsprungen. Aber er zögerte nicht, sie seinen Zuhörern und vor allem sich selbst immer wieder vorzusetzen.

Hitler hielt sich bekanntlich für den großen Vereinfacher. Er erklärte einmal: <sup>115)</sup>

„Unsere Probleme erschienen kompliziert. — Ich dagegen habe die Probleme vereinfacht und sie auf die einfachste Formel gebracht.“

Auf sein außenpolitisches Programm angewandt, bedeutete dies, daß er Begriffe der deutschen Innenpolitik einfach auf Weltverhältnisse übertrug und damit das Ei des Kolumbus gefunden zu haben glaubte. Die Russen entsprachen in seiner Vorstellung den primitiven deutschen Kommunisten und waren daher am besten mit roher Gewalt zu erledigen.

Die Engländer und Angelsachsen identifizierte er mit den rückständigen Deutschnationalen, früher einmal erfolgreich gewesen, jetzt aber unfähig, sich noch zu irgendeiner entschlossenen Haltung aufzuraffen. Sie waren nach Hitlers Meinung am besten dadurch aus- und gleichzuschalten, daß man sie an die angeblich gemeinsame „deutsch-germanische“ Vergangenheit erinnerte, sie durch Hinweise auf die bolschewistische Gefahr erschreckte oder daß man sie ganz einfach links liegen ließe. Gegen sie zu kämpfen, lohne sich nicht. Sie würden schließlich von selbst zusammenbrechen. Angesichts solcher Meinungen nimmt es nicht wunder, daß Hitler erklärte: <sup>116)</sup>

„Ich zweifle keine Sekunde daran, daß wir genau so, wie es uns möglich war, die Nation im Innern emporzuführen, auch die äußeren Lebensrechte uns verschaffen werden!“ werden!“

Ja noch während des 2. Weltkrieges behauptete er: <sup>117)</sup>

„Ich bin fest überzeugt, daß dieser Kampf [nach außen] um kein Haar anders ausgehen wird als der Kampf, den ich einst im Innern ausfocht!“

Die Versuche Hitlers, seine fixe Idee von einer Allianz Deutschland-England durchzusetzen, waren von Anfang an eine Grotteske.

Getreu seiner Theorie, der außenpolitische Kampf müsse wie der innenpolitische verlaufen, behandelte er die Engländer wie seinerzeit die Deutschnationalen. „Meine Hugenberger“ nannte er sie <sup>118)</sup>. Als Chamberlain 1938 dreimal nach Deutschland kam, glaubte er wirklich, er habe einen deutschnationalen Geheimrat vor sich.

„Diese kleinen Würmchen, ich habe sie in München kennengelernt“, verkündete er den deutschen Generälen <sup>119)</sup>.

„Die Engländer sind eben durchgehend zu lange im Kalk gelegen“, erklärte er 1942 in einer öffentlichen Kundgebung <sup>120)</sup>.

Er brüskierte die englischen Staatsmänner fortwährend und machte ihnen die beleidigendsten Bündnisangebote.

<sup>115)</sup> Interview mit Bertrand de Jouvenel v. 21. 2. 1936, vgl. S. 580.

<sup>116)</sup> Rede v. 21. 11. 1937, vgl. S. 760.

<sup>117)</sup> Rede v. 8. 11. 1940, vgl. Bd. II, S. 1603.

<sup>118)</sup> Vgl. Hermann Rauschnig, Gespräche mit Hitler, Zürich 1940, S. 255.

<sup>119)</sup> Rede v. 22. 8. 1939, vgl. Bd. II, S. 1236.

<sup>120)</sup> Rede v. 30. 1. 1942, vgl. Bd. II, S. 1828.

Er schlug ihnen ins Gesicht, wie François-Poncet <sup>121)</sup> es einmal treffend ausdrückte, und erklärte gleichzeitig, er mache Freundschaftsangebote.

Hitler wunderte sich, daß die Engländer so gar keine Anstalten machten, sich von ihm gleichschalten zu lassen, ja nicht einmal das „großzügige“ Angebot annehmen, ihr Empire von Hitlerschen Divisionen beschützen zu lassen. Fragend wandte er sich 1939 an den Schweden Dahlerus: <sup>122)</sup>

„Sagen Sie mir doch, warum kann ich mit den Engländern trotz meiner Bemühungen zu keinem Abkommen gelangen?“

Solche Überlegungen brachten ihn jedoch keineswegs von seiner selbstgewählten Haltung ab. Die Kriegserklärung Englands am 3. September 1939 rief allerdings, wie der Gesandte Paul Schmidt berichtet <sup>123)</sup>, bei Hitler einen minutenlangen Schock hervor. Sie bedeutete praktisch den Zusammenbruch seiner gesamten außenpolitischen Konzeption und hätte eigentlich seinen sofortigen Rücktritt oder seinen Selbstmord zur Folge haben müssen.

Einen Krieg mit England hatte er beileibe nicht gewollt, sondern nur einen kleinen Eroberungsfeldzug gegen Polen. Es war ihm unbegreiflich, warum England da wirklich zu den Waffen griff.

Aber einige Stunden später hatte er sich wieder gefangen. Nach wie vor hielt er eine Allianz mit England für möglich und weigerte sich daher während des ganzen Krieges konsequent, energische Maßnahmen gegen England zu ergreifen, um seinen künftigen Verbündeten nicht unnötig zu reizen.

Wenn er nur seine übrigen Ziele, vor allem die Niederwerfung Rußlands betriebe, dann würden die Engländer schon eines Tages klein begeben und ihn, Hitler, als den einzig möglichen Herrscher der Welt anerkennen, so wie einst Hugenberg, Papen und Hindenburg eingesehen hatten, daß er der Retter Deutschlands sei.

Wenn alle übrigen Mittel versagten, so müßte, wie im Innern so auch nach außen hin, das Schreckgespenst des Bolschewismus herhalten, um die westlich-reaktionären Gegner zum Nachgeben zu veranlassen.

Der Überfall auf Rußland, den Hitler — mitten im Krieg gegen England — unternahm, entsprang nicht nur seinem alten Wunsch, dieses Land im Osten in Besitz zu nehmen, sondern auch dem freilich recht trügerischen Glauben, die westliche Welt werde ihm nunmehr als Kämpfer gegen den Bolschewismus huldigen.

Die deutschen Zeitungsleser, die am 23. Juni 1941 ihre Blätter aufschlugen, erfuhren darin, daß angeblich die ganze Welt einschließlich Amerikas begeistert sei von dem deutschen Vorgehen gegen Rußland. Auch England sei stark beeindruckt. Die Freude, die Hitler den Engländern mit seinem Rußland-Krieg bereitete, war allerdings anderer Art, als er es sich gedacht hatte.

Sie konnten sich leicht ausrechnen, welchen Aderlaß dieses Abenteuer Deutschland kosten würde. Und selbst wenn es Hitler gelingen sollte, Rußland niederzuwerfen, würde er so geschwächt sein, daß die Westmächte es bedeutend einfacher hätten, ihn zu vernichten.

Aber Hitler erlitt auch mit seiner Rußland-Theorie ein gewaltiges Fiasko. Mit den primitiven Russen, die man wie die deutschen Kommunisten einfach mit bru-

<sup>121)</sup> Vgl. André François-Poncet, *The Fateful Years*, London, 1949, S. 193.

<sup>122)</sup> Birger Dahlerus, *The Last Attempt*, London 1948, VII. Vgl. auch S. 1271.

<sup>123)</sup> Vgl. IMT., Blaue Serie Bd. X. S. 226.

taler Gewalt erledigt, war es nichts. Was sich schon nach der französischen Revolution gezeigt hatte, bestätigte sich erneut: weltanschauliche Veränderungen im Regime haben keinen Einfluß auf die Verteidigungsbereitschaft der Völker. Das bolschewistische Rußland setzte sich gegen Hitler genau so energisch zur Wehr wie das zaristische gegen die Eindringlinge Karl XII. und Napoleon I. Die deutsche Wehrmacht war trotz der von Hitler geforderten brutalen Härte des Vorgehens nicht in der Lage, die gesteckten Ziele, vor allem Leningrad, Moskau und Stalingrad, zu nehmen oder die russische Armee zur Kapitulation zu zwingen.

Der Krieg verlief in jeder Beziehung anders, als Hitler ihn auf Grund seiner Theorien von 1919 vorausgesagt hatte, sowohl hinsichtlich der Gegner als auch der Verbündeten.

Einst hatte er die Bündnispolitik des deutschen Kaiserreiches kräftig verhöhnt<sup>124)</sup>.

„Man sammelte damals“, so erklärte er, „ein paar alte, impotent gewordene Staatsgebilde und versuchte mit diesem, dem Untergang bestimmten Gerümpel einer aktiven Weltkoalition die Stirne zu bieten.“

Aber die Bundesgenossen, die er selbst im 2. Weltkrieg auf die Beine brachte, waren ziemlich die gleichen: die Ungarn und die mit ihnen verwandten Finnen, die Kroaten und die Bulgaren, die Rumänen, die Italiener und schließlich noch die Japaner. Er konnte nicht einmal erreichen, daß seine Verbündeten sämtliche Feinde Deutschlands zu ihren eigenen machten<sup>125)</sup>.

Es zeigte sich, daß die deutsche Machtpolitik eben doch nur auf Balkanvölker Eindruck macht, im Höchstfall noch auf Italien. Hinsichtlich Italiens schien es eine Zeitlang, als ob Hitlers Bündnistheorien sich wenigstens in diesem Falle als richtig erweisen würden. Mussolini hatte sich anfangs gegenüber Hitlers Anbiederungsversuchen sehr reserviert verhalten. Dies änderte sich jedoch, als er während des Abessinienkrieges in deutsche Abhängigkeit geriet und immer häufiger Hitlers Redeschwall persönlich über sich ergehen lassen mußte. Als Italiener imponierte ihm das disziplinierte Auftreten der deutschen Partei- und Militärformationen. Er war 1937 bei seinem Besuch in München und Berlin vom deutschen Stechschritt so begeistert, daß er diesen sofort in Italien als „Passo Romano“ einführte. Auch die rhetorische Geschicklichkeit Hitlers beeindruckte den selbst redelustigen Italiener so sehr, daß er bald zum geduldigen und begeisterten Zuhörer wurde. War Mussolini wieder in Italien, erschien ihm freilich manches von Hitlers Ideen weniger akzeptabel, und nur widerstrebend willigte er in den deutsch-italienischen Freundschafts- und Militärpakt vom 22. Mai 1939 ein.

Die erste Enttäuschung für Hitler kam schon wenige Monate später: Italien weigerte sich bei Kriegsausbruch, trotz der verpflichtenden Klauseln des Paktes, an die Seite Deutschlands zu treten, und wahrte zunächst seine Neutralität. Als Italien dann 1940 doch in den Krieg eintrat, stellte es sich bald heraus, daß dies für Deutschland mehr eine Be- als eine Entlastung bedeutete.

Nach dreijähriger Kriegsteilnahme brach Italien 1943 zusammen, und der Faschismus verschwand sang- und klanglos von der Bildfläche. Hitler aber ging immer noch nicht von seiner Bündnistheorie ab. Er ließ Mussolini, der froh war,

---

<sup>124)</sup> „Mein Kampf“, S. 745.

<sup>125)</sup> Japan und Bulgarien z. B. blieben gegenüber Rußland neutral, Finnland gegenüber den USA.

in Italien mit dem Leben davongekommen zu sein, nach Deutschland schleppen, um ihn und den faschistischen Parteikadaver noch einmal aufzupäppeln, nur damit die Bündnisthese aufrechterhalten blieb.

Alle außenpolitischen Ideen Hitlers hatten sich damit als falsch erwiesen, angefangen von der angeblich bestehenden jüdischen Weltregierung, über die Bündnismöglichkeit mit England und Italien bis zur Kriegs- und Ausrottungsidee gegenüber Rußland. Aber er gab nicht nach, bis seine äußeren Gegner, die er selbst auf den Plan gerufen hatte, sein Reich fast vollständig erobert hatten und buchstäblich vor der Tür der Reichskanzlei standen.

Nicht Hitlers Prophezeiung, sein Kampf nach außen werde „um kein Haar anders ausgehen“ als sein Kampf im Innern, erfüllte sich, sondern das Wort Churchills: „Wir werden Hitler schlagen! Wenn ich sage schlagen, so meine ich, daß nichts mehr von ihm übrig ist!“<sup>126)</sup>

Es war nun keineswegs so, daß man Hitlers außenpolitische und kriegerische Pläne innerhalb der Partei, des Staates und der Wehrmacht überall begrüßt und gebilligt hätte. Selbst die ärgsten Chauvinisten und Militaristen erstrebten nur eine Wiederherstellung der Grenzen von 1914, im Höchstfalle, wenn sich günstige Gelegenheiten bieten würden, eventuell noch den Anschluß des Kohlenbeckens von Brie, des Baltikums und der Ukraine. Die Mehrheit des deutschen Volkes war außerordentlich empfindlich und bedenklich gegenüber allen Maßnahmen, die zum Krieg führen konnten. Der Schock des ersten Weltkrieges war noch zu sehr lebendig.

Hitler wußte dies wohl und hütete sich daher, in seinen Reden unverhohlen von den wahren Absichten, die ihn beseelten, zu sprechen. Er betrieb eine Verschleierungstaktik, und vermied noch bis in das erste Kriegsjahr 1939/1940 hinein das Wort „Krieg“ selbst in offiziellen Gesetzen und Verordnungen. Es war meist nur von „besonderem Einsatz“, von Polizeiaktionen usw. die Rede.

Alle Deutschen, die Hitler vor seinen verhängnisvollen außenpolitischen Plänen warnen wollten, brachte er durch den Hinweis zum Schweigen, er habe in der Innenpolitik trotz aller gegenteiligen Voraussagen und Warnungen sein Ziel erreicht, er werde daher auch in der Außenpolitik recht behalten. Er erklärte 1937 in aller Öffentlichkeit:<sup>127)</sup>

„Ich möchte mich nicht mit jenen auseinandersetzen, die zu allen großen Entschlüssen nur den bekannten Einwand: ‚Es geht nicht‘, besitzen. —

Ich brauche Ihnen eines nicht zu versichern, daß ein Mann, der es fertiggebracht hat, vom unbekanntem Soldaten des Weltkrieges zum Führer der Nation emporzusteigen, es auch fertigbringen wird, die kommenden Probleme zu lösen. Möge niemand an meiner Entschlossenheit zweifeln, einmal vorgefaßte Pläne, so oder so, auch zu verwirklichen.“

Auch den Uneingeweihten wurde im Verlaufe der Jahre 1938/1939, spätestens nach der Besetzung der Rest-Tschechei, klar, wohin die Reise gehen sollte. Aber da war es für legale Maßnahmen bereits zu spät. Die Macht Hitlers innerhalb Deutschlands war unangreifbar geworden. Er hatte sich im Jahre 1933 geschworen, den deutschen Regierungszug, dessen Steuer er übernommen hatte,

<sup>126)</sup> Sendung des Londoner Rundfunks BBC. vom 1. 11. 1943.

<sup>127)</sup> Rede v. 20. 2. 1937, vgl. S. 681.

niemals wieder lebend zu verlassen <sup>128)</sup>). Bevor Hitler begann, diesen Zug auf das abschüssige Gleis des Krieges zu steuern, hatte er sorgfältig alle Bremsen entfernt, die im Fall der Gefahr zu betätigen gewesen wären. So ging die Fahrt in immer schneller werdendem Tempo der Katastrophe entgegen. Einige der Mitfahrer versuchten abzuspringen. Den wenigsten gelang es. Der erste, der absprang, war Fritz Thyssen <sup>129)</sup>, ein anderer war Rudolf Heß.

Das Ausmaß der Katastrophe wäre vielleicht zu mildern gewesen, wenn einer der im Zuge Sitzenden den Mut gehabt hätte, dem wahnsinnigen Lokomotivführer Auge in Auge gegenüberzutreten und ihm das Steuer zu entreißen.

Einen solchen Mann aber besaß Deutschland nicht!

---

<sup>128)</sup> Rede v. 19. 10. 1932, vgl. S. 140.

<sup>129)</sup> Fritz Thyssen, Großindustrieller (ältester Sohn von August Thyssen), unterstützte Hitler vor der Machtübernahme nachdrücklich, führte ihn im Januar 1932 bei den westdeutschen Industriellen im Industrieklub Düsseldorf ein und verwandte sich für eine Reichskanzlerschaft Hitlers. Thyssen floh am 2. September 1939 in die Schweiz, von dort nach Frankreich, wo er 1940 der Gestapo in die Hände fiel. Er wurde mehrere Jahre in der Irrenabteilung des Sanatoriums Babelsberg interniert und anschließend in die Konzentrationslager Oranienburg, Buchenwald und Dachau eingewiesen. Dort 1945 von der amerikanischen Armee befreit. Gest. 1951 (Freundliche Mitteilung von Herrn Dr. Helmut Heiber, Institut für Zeitgeschichte, München).

## Die Methodik von Hitlers Reden

Bereits vor dem 1. Weltkrieg träumte Hitler davon, als Volksredner aufzutreten. Die Möglichkeit, mit Hilfe des gesprochenen Wortes Macht ausüben zu können, faszinierte ihn.

Reinhold Hanisch, ein Bekannter Hitlers aus dem Wiener Obdachlosenasyl, berichtet aus jener Zeit folgendes: <sup>1)</sup>

„Eines Abends ging Hitler in ein Kino, in dem Kellermanns ‚Tunnel‘ <sup>2)</sup> gegeben wurde. In diesem Film tritt ein Volksredner auf, der die arbeitenden Massen durch seine Reden in Aufruhr versetzt. Hitler wurde fast verrückt. Der Eindruck war so stark, daß er tagelang von nichts anderem sprach als von der Macht der Rede.“

Aber es war nicht nur der Film allein, der Hitler beeindruckte, sondern auch der Roman selbst, den er sich offensichtlich bald darauf besorgte.

Ein Großteil des Vokabulars, das Hitler bei seinen späteren Reden verwandte, stammt ohne Zweifel aus diesem Werk.

Kellermanns Ausdrücke bei der Schilderung phantastischer Ereignisse und ungewöhnlicher Persönlichkeiten hatten es ihm angetan, insbesondere die gewagten Superlative und vor allem das Beiwort „aller Zeiten“, das zu einem Lieblingsausdruck Hitlers werden sollte <sup>3)</sup>. Nicht nur die Formulierungen Kellermanns schlugen ihn in Bann, sondern auch die dargestellten Persönlichkeiten: die Agitatoren, die bei Katastrophen die Bauarbeiter aufwiegelten, ferner Mac Allan, der die zunächst als Wahnsinn verachtete Tunnelbauidee durchsetzte; ein kleiner Ingenieur, der einen besonders harten Stahlbohrer erfunden und sich, strotzend vor Energie, dem Atlantiktunnel ergeben hatte. Durch seine Redekunst gewann er die Finanzmagnaten für sich, überzeugte die widerstrebenden Industriellen, brachte den Bauarbeitern den Glauben bei, der Tunnel gehöre dem Volk, überwand alle Krisen durch sein überlegenes Handeln bei Gefahr und schaffte das „gigantische“ Werk schließlich nach einer Bauzeit von 25 Jahren.

Solch eine unerhörte Persönlichkeit wollte Hitler selbst darstellen. An rednerischer Gewandtheit würde es ihm nicht fehlen, wenn sich ein ähnlich „gigantisches“ Projekt finden ließe.

Auch eine andere Gestalt, der Tunnel-Manager S. Woolf, der aus kleinen Verhältnissen kam, aber hunderttausend Einzelheiten, auswendig gelernt, im Kopf hatte, mochte ihm gefallen haben, obwohl er ein Jude war. Jedenfalls trainierte

---

<sup>1)</sup> Zitiert von Rudolf Olden, *Hitler the Pawn*, London 1936, S. 45, vgl. auch Alan Bullock, *Hitler — eine Studie über Tyrannei* (Deutsche Ausgabe von *Hitler — A Study in Tyranny*, London 1952), 5. Aufl. Düsseldorf 1957, S. 29.

<sup>2)</sup> Es handelt sich um die erste Verfilmung des utopischen Romans „Der Tunnel“, erschienen Berlin 1913. Bernhard Kellermann (geb. 1879 in Fürth, gest. 1951 in Neu-Glienicke bei Potsdam) schildert darin die turbulenten Vorgänge beim Bau eines Verbindungstunnels zwischen Amerika und Europa unter dem Atlantik.

<sup>3)</sup> Bei Kellermann liest man in seinem Roman „Der Tunnel“ (259.—283. Aufl., Berlin 1931) vom „außerordentlichsten Konzert aller Zeiten“ (S. 9), von der „kühnsten Bodenspekulation aller Zeiten“ (S. 112), von der „schamlosesten Sklaverei aller Zeiten“ (S. 253), vom „größten Gauner aller Zeiten“ (S. 337) usw. Hitler stellte jedoch Kellermann beim Gebrauch dieser Formulierung weit in den Schatten. Im Register des vorliegenden Werkes (Bd. II) ist unter Z eine Zusammenstellung dessen gegeben, was alles bei Hitler unter die Kategorie „aller Zeiten“ fiel. Der Ausdruck „größter Feldherr aller Zeiten“, den der Volksmund abfällig mit der Abkürzung „Gröfaz“ wiedergab, wurde jedoch von Hitler selbst nicht gebraucht.

Hitler sein Gedächtnis, lernte seinerseits hunderttausend Kleinigkeiten auswendig und imponierte damit später den technischen und militärischen Fachleuten.

Ebenso könnten die Verachtung des Geldes und das Mißtrauen gegenüber Milizsoldaten, beides charakteristisch für Hitlers späteres Verhalten, in gewissen Gedankengängen aus Kellermanns „Tunnel“ ihren Ursprung haben.

Als Hitler im Jahre 1919 seine politische Laufbahn begann, schien er wenig Aussicht zu haben, seine machtpolitischen Ziele zu erreichen.

Er verfügte weder über Vermögen noch über eine abgeschlossene Bildung, er hatte weder einflußreiche Freunde noch gehörte er mächtigen Partei- oder Standesorganisationen an. Und doch gaben ihm zwei Umstände Glauben, er werde den steilen Weg zur Macht erklimmen. Der eine Grund lag in den chaotischen Verhältnissen, die in Deutschland als Folge des verlorenen Krieges und des Wechsels im Regierungssystem nach 1918 eingetreten waren. Nur wenn das Chaos herrschte, das innen- und das außenpolitische Chaos, dann waren die Menschen in ihrer Not vielleicht geneigt, einem unbekanntem Agitator Gehör zu schenken. Hitler tat daher alles, um — solange er noch nicht an der Macht war — eine Beruhigung der Lage zu verhindern. Er unterstützte jede Aktion, die im Innern der damaligen Regierung Schwierigkeiten bereiten konnte, und war gleichzeitig bemüht, auch eine außenpolitische Konsolidierung der Verhältnisse nach Kräften zu hintertreiben.

Der zweite Aktivposten, den Hitler bei seinem Kampf um die Macht ins Treffen führen wollte, war seine außerordentliche Redegabe. Er wußte, welche gefährliche Waffe in turbulenten Zeiten die demagogische Rede darstellen konnte. In seinem Buch „Mein Kampf“ verbreitete er sich ausführlich darüber: <sup>4)</sup>

„Die Macht aber, die die großen historischen Lawinen religiöser oder politischer Art ins Rollen brachte, war seit urewig nur die Zauberkraft des gesprochenen Wortes.

Die breite Masse eines Volkes vor allem unterliegt immer nur der Gewalt der Rede. Alle großen Bewegungen aber sind Volksbewegungen, sind Vulkanausbrüche menschlicher Leidenschaft und seelischer Empfindungen, aufgeführt entweder durch die grausame Göttin der Not oder durch die Brandfackel des unter die Masse geschleuderten Wortes, und sind nicht limonadige Ergüsse ästhetisierender Literaten und Salonhelden.

Völkerschicksale vermag nur ein Sturm von heißer Leidenschaft zu wenden, Leidenschaft erwecken aber kann nur, wer sie selbst im Innern trägt.

Sie allein schenkt dann dem von ihr Erwählten die Worte, die Hammerschlägen ähnlich die Tore zum Herzen eines Volkes zu öffnen vermögen.“

Hitler sprach höhnisch von dem „hilflosen Gestammel eines Bethmann-Hollweg“ <sup>5)</sup> und erklärte: <sup>6)</sup>

„Die Rede eines Staatsmannes zu seinem Volk habe ich nicht zu messen nach dem Eindruck, den sie bei einem Universitätsprofessor hinterläßt, sondern an der Wirkung, die sie auf das Volk ausübt.“

Hitler hat durch seinen innenpolitischen Kampf bewiesen, daß es in chaotischen Zeiten einem redegewandten Agitator tatsächlich möglich ist, sich an die Spitze seines Volkes zu schwingen. Die Ereignisse haben aber genau so gezeigt,

<sup>4)</sup> Mein Kampf, S. 116.

<sup>5)</sup> Mein Kampf, S. 533. Bethmann-Hollweg war deutscher Reichskanzler vom 14. 7. 1909 bis 13. 7. 1917.

<sup>6)</sup> Mein Kampf, S. 534.

daß die rhetorische Waffe im außenpolitischen Kampf, angewandt gegen einen gleichstarken oder überlegenen Gegner, stumpf und unbrauchbar ist, ja sogar auf den Redner selbst zurückfällt.

Hitler bewunderte die Reden der angelsächsischen Staatsmänner im 1. Weltkrieg, vor allem von Lloyd George, als „psychologische Meisterstücke seelischer Massenbeeinflussung“<sup>7)</sup> und übersah ganz die militärische und politische Macht, die diesen Reden erst Gewicht gab.

Ebenso glaubte Hitler allen Ernstes, die Westmächte hätten 1918 mit Flugblättern und anderen propagandistischen Aktionen und nicht mit Kanonen und überlegenen Truppenmassen das deutsche Heer besiegt. Er war ferner der Überzeugung, die elegante Formulierung der 14 Punkte hätten Wilson in der Welt Gehör verschafft. In Wirklichkeit stand hinter diesem Programm die geballte Kraft der Westmächte, ohne die auch ein „Weltheiland“, wie Hitler Wilson spöttisch nannte<sup>8)</sup>, nichts hätte ausrichten können.

Als Hitler nach der Machtübernahme versuchte, seine innenpolitischen Redekunststücke nach außen zu wiederholen, da zeigte es sich bald, daß er mit seinen stundenlangen, exaltierten Reden genau so wenig oder noch weniger ausrichtete als Bethmann-Hollweg mit seinem „hilflosen Gestammel“.

Von solchen Erkenntnissen jedoch war Hitler weit entfernt, als er sich 1919 in einer ersten öffentlichen Versammlung im kleinen Münchener Hofbräuhauskeller von der demagogischen Kraft seiner Ausdrucksweise überzeugen konnte.

Er schrieb darüber in Mein Kampf:<sup>9)</sup>

„Was ich früher, ohne es irgendwie zu wissen, einfach innerlich gefühlt hatte, wurde nun durch die Wirklichkeit bewiesen: ich konnte reden! Nach dreißig Minuten waren die Menschen in dem kleinen Raum elektrisiert, und die Begeisterung äußerte sich zunächst darin, daß mein Appell an die Opferwilligkeit der Anwesenden zur Spende von dreihundert Mark führte. Allein auch in anderer Hinsicht war der Erfolg dieser ersten größeren Versammlung bedeutend. Während meiner langjährigen Militärzeit hatte ich eine größere Menge treuer Kameraden kennengelernt, die nun langsam auf Grund meines Zuredens in die Bewegung einzutreten begannen. Es waren lauter tatkräftige junge Menschen, an Disziplin gewöhnt und von ihrer Dienstzeit her in dem Grundsatz aufgewachsen: Unmöglich ist gar nichts, und es geht alles, wenn man will.“<sup>10)</sup>

Auf diesem Weg rhetorischer Agitation schritt Hitler vorwärts mit wechselndem Erfolg, je nach der allgemeinen Situation. Waren die Zeiten schlecht, so füllten sich seine Versammlungen; hatten sich die Verhältnisse konsolidiert, dann vermochte auch die Hitlersche Agitationskunst nicht, die Menschen aus ihrer Ruhe aufzujagen.

Aber Hitler vertraute trotzdem auf sein Glück und erprobte seine rednerische Überzeugungskraft, wenn nicht an einem großen Publikum, so in kleinen, dafür

<sup>7)</sup> Mein Kampf S. 533. David Lloyd George war brit. Ministerpräsident vom 10. 12. 1916 bis 19. 10. 1922.

<sup>8)</sup> Mein Kampf S. 315. Thomas Woodrow Wilson war amerikanischer Präsident vom 4. 3. 1913 bis 3. 3. 1921. Er verkündete am 8. 1. 1918 vierzehn Leitsätze für einen allgemeinen Weltfrieden. Hitler machte Wilson häufig zum Ziel seines Spottes. In seiner Rede v. 26. 9. 1938 (vgl. S. 932) nannte er ihn einen „wandernden Scholaren“, in der Rede v. 8. 11. 1940 (vgl. S. 1602) einen „amerikanischen Zauberpriester“.

<sup>9)</sup> Mein Kampf S. 390/391.

<sup>10)</sup> Dieser von Hitler aufgestellte „Grundsatz“ wurde durch sein eigenes Leben, speziell in den Jahren 1939—1945, eindeutig widerlegt.



aber einflußreichen Zirkeln und Vereinigungen. Am 30. Januar 1933 hatte er sein Ziel erreicht: er war Reichskanzler geworden.

In diesen vierzehn Jahren seines innenpolitischen Kampfes hatte er nur ein einzigesmal auf etwas anderes als seine Redegabe gesetzt. Unter dem Eindruck des erfolgreichen faschistischen „Marsches auf Rom“ glaubte er am 8. November 1923, er könne sich eine ähnliche Aktion leisten. Es gelang ihm auch, die damaligen Machthaber in München, den Generalstaatskommissar Dr. von Kahr und die verantwortlichen Reichswehr- und Polizeioffiziere, zunächst freundlich zu stimmen. Aber kaum hatte er sie, von anderen Aufgaben in Anspruch genommen, allein gelassen, besannen sie sich, seinem rhetorischen Einfluß entzogen, auf ihre Pflichten gegenüber der legalen Regierung in Berlin. Hitler gewann aus diesem Mißerfolg eine Erkenntnis, die ihn sein ganzes Leben über nicht mehr verließ: die deutschen Generäle sind keine Revolutionäre! Sie folgen, wie es sich auch im Kapp-Putsch<sup>11)</sup> gezeigt hatte, lieber dem legalen Regime, auch wenn es ihnen verhaßt ist, als einem Revolutionär, dessen Ziele ihnen an sich sympathisch sind. Hitler sollte sich später als Oberster Befehlshaber und Kriegsherr diese Grundsätze der deutschen Militärs in einer Weise zunutze machen, die zahlreiche Generäle aufs Schafott und das deutsche Soldatentum selbst in starken Verruf gebracht hat.

Hitler stimmte seine Reden fast unmerklich auf die jeweilige Zuhörerschaft ab. Der Inhalt war wohl überall der gleiche, aber er liebte es, den Jargon nach der Landschaft oder dem Kreis der Versammelten zu wechseln. Sprach er z. B. vor Intellektuellen, Universitätsprofessoren oder Studenten, dann entwickelte er im ersten Teil der Ansprache einer verklausulierten, abstrakten Stil, wie man ihn in manchen akademischen Hörsälen vernehmen kann.

In allen Reden verwandte Hitler mit Vorliebe Fremdwörter, und er gebrauchte sie stets richtig! Sie schienen ihm klanglich besonders eindrucksvoll zu sein und außerdem geeignet, Sympathien bei anwesenden Fachleuten zu erwecken. Auch schwierige Titulaturen und hochzeremonielle Anreden konnte er so einwandfrei wie ein diplomatischer Protokollchef anwenden.

In den Jahren 1932 und 1933 sprach Hitler in vielen seiner Reden das anlautende „st“ buchstäblich „s - t“ aus, als sei er ein Hannoveraner oder Hamburger, der die deutsche Lautverschiebung nicht mitgemacht hat. Er versprach sich von solchen Floskeln und sprachlichen Anomalien eine günstige Wirkung auf die norddeutschen Zuhörer, und es scheint, er hatte recht damit.

Bezüglich der süddeutschen Zuhörer bedurfte es solcher „Kunstgriffe“ nicht, da Hitler ohnehin süddeutsche Sprachgewohnheiten an sich hatte.

Hitlers Stimme war von Natur aus ziemlich hell. Er zwang sie jedoch, besonders bei Beginn seiner Ansprachen, zu einer tieferen Lage, um sie volltönender und männlicher erscheinen zu lassen. Auf der anderen Seite überschrie er sich bei erregten Szenen absichtlich. Schon beim Diktat der Reden übte er diese Lautstärken und brüllte dabei mitunter so sehr, daß man es zimmerweit hörte. Nichtorientierte Anwesende erschrakten und glaubten, er weise seine Sekretärinnen zurecht.

Bei diesen ständigen Modulationen nimmt es nicht wunder, daß Hitlers Stimmbänder auf die Dauer litten. Im Jahre 1935 mußte er sich daher einer Stimmband-

---

<sup>11)</sup> Wolfgang Kapp (1858—1922) Generallandschaftsdirektor in Ostpreußen, unternahm am 13. 3. 1920 in Berlin einen nationalistischen Putsch, der jedoch nach wenigen Tagen zusammenbrach. Die Reichswehrgeneräle unterstützten dabei die sozialdemokratische legale Reichsregierung.

operation unterziehen, die Professor Dr. v. Eicken vornahm<sup>12)</sup>. Hitler fürchtete angesichts dieses Vorfalles eine Zeitlang für seine Stimme. Die Erkrankung war jedoch harmloser Natur.

Hitlers Sprechorgan selbst hatte nichts Außergewöhnliches an sich. Er sprach einen bajuwarischen Akzent, wie man ihn in Süddeutschland nicht selten hörte. Der Münchener Gauleiter Adolf Wagner z. B. hatte eine ganz ähnliche Aussprache und wurde daher regelmäßig mit der Verlesung von Hitlers Eröffnungsproklamation bei den Nürnberger Parteitagungen beauftragt. Hitler selbst saß dann hinter dem Rednerpodium bei den hohen Parteifunktionären und hörte sich sein sprachliches Double an.

Gewisse sprachliche Eigenheiten Hitlers<sup>13)</sup> veranlaßten die Behauptung, er habe ein schlechtes, verbalhorntes Deutsch gesprochen. Dies ist jedoch als verallgemeinerndes Urteil abwegig. Es handelt sich bei den beanstandeten Satzbildungen um ein österreichisches Idiom, das nur von Norddeutschen als störend empfunden wird. Hätte Hitler wirklich immer ein schlechtes Deutsch gesprochen, so wären weder die deutschen Industriellen noch die deutschen Diplomaten noch die deutschen Generäle von ihm so stark beeindruckt gewesen. Denn seine Redekunst und seine Beherrschung der deutschen Sprache in allen Nuancen waren ja wohl die Hauptfähigkeit, die er aufzuweisen hatte.

Was nun die spezielle Methodik der Reden anbetrifft, so waren für Hitler zunächst die äußeren Begleitumstände: Zeit, Ort, Temperatur des Versammlungsraums usw. von Bedeutung. In seinem Buch *Mein Kampf*<sup>14)</sup> erläuterte er, wie wichtig schon allein die Tageszeit sei, um eine Rede beim Publikum gut ankommen zu lassen. Reden am Vormittag hielt er psychologisch für ungünstiger als solche am späten Nachmittag oder Abend. Der „Dämmerchein katholischer Kirchen“, der „geheimnisvolle Zauber des Festspielhauses in Bayreuth“ und ähnliche Lokalkolorits erschienen ihm als wesentliche Voraussetzungen zur leichteren rhetorischen Beeinflussung der Menschen.

Die Rede war für ihn ein „Ringkampf zweier entgegengesetzter Kräfte“, wie er sich ausdrückte<sup>15)</sup>. Er folgte daraus:

„Der überragenden Redekunst einer beherrschenden Apostelnatur wird es nun leichter gelingen, Menschen dem neuen Wollen zu gewinnen, die selbst bereits eine Schwächung ihrer Widerstandskraft in natürlichster Weise erfahren haben, als solche, die noch im Vollbesitz ihrer geistigen und willensmäßigen Spannkraft sind.“

Seinen Zuhörern diesen Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte zu nehmen, war für Hitler zunächst einmal die Hauptaufgabe jeder größeren Rede. Er legte es mit voller Absicht darauf an, in der ersten Hälfte seiner gewöhnlich 1 1/2—2stündigen, mitunter auch noch ausgedehnteren Reden das Publikum durch langatmige Erzählungen, endlose geschichtliche oder „philosophische“ Betrachtungen körperlich und geistig zu ermüden, um sie dann im zweiten Teil, wenn sie mürbe geworden

<sup>12)</sup> Vgl. S. 517.

<sup>13)</sup> So die Angleichung der Satzaussage an den Satzgegenstand; z. B.: „Mein Entschluß ist ein unabänderlicher!“ Kritik an dieser Ausdrucksweise übte z. B. Thomas Mann in seinen Ansprachen im amerikanischen Rundfunk während des 2. Weltkrieges.

<sup>14)</sup> *Mein Kampf*, S. 530—532.

<sup>15)</sup> Ebenda.

waren, durch demagogische Schlagworte, nationalistische Parolen usw. zu „elektrisieren“ und allmählich zu immer stärkerem Beifall und kritiklosem Mitgehen zu veranlassen.

Man kann den ersten Teil der Reden, der in seinen Wiederholungen heute für den Leser meist uninteressant ist, die „Parteierzählung“ nennen. Hitler fing sozusagen bei „Adam und Eva“, d. h. bei der Parteigründung im Jahre 1919 an, um dann weitschweifig seinen bisherigen Kampf, die einzelnen Erfolge für die Partei, später für Deutschland, aufzuzählen.

Er folgte bei dieser Methode, wie des öfteren, den Gepflogenheiten der katholischen Kirche, die vor den Beginn der eigentlichen Predigt eine längere Lesung aus der hl. Schrift, das „Evangelium“, setzt. Auch dort bewirkte, nach Ansicht Hitlers, das Wiederholen längst bekannter Schrifttexte die leichtere Empfänglichkeit der Zuhörer für neue Mitteilungen. Die Hitlersche „Parteierzählung“ allerdings nahm einen weit größeren Zeitraum in seinen Reden ein, als vergleichsweise die Verlesung des Evangeliums bei den katholischen Predigten beansprucht.

In diesem ersten Teil seiner Reden sprach er langsam und gemessen, fast stotternd oder professoral dozierend, um dann im zweiten Teil ein immer schnelleres Redetempo anzuschlagen und sich auch in der Tonart förmlich in eine Ekstase hineinzusteigern.

Doch selbst die scheinbar in höchster Erregung hervorgestoßenen Redewendungen, ekstatischen Gesten usw. waren meist keine spontanen Gefühlsäußerungen, sondern im voraus berechnete, genau einstudierte Szenen. Hitlers Kammerdiener Heinz Linge, ferner sein Freund und Photograph Heinrich Hoffmann haben solche Generalproben miterlebt<sup>16)</sup>. Sie gingen folgendermaßen vor sich:

Hitler stand vor einem Spiegel, der seine ganze Gestalt wiedergab, und sprach Satz für Satz, sich selbst genau beobachtend. Er studierte seine Bewegungen, seinen Gesichtsausdruck. Er wiederholte die Sätze und Gesten so lange, bis er mit dem Geleisteten zufrieden war. Bisweilen wandte er sich zu seinen Vertrauten um und fragte: „Bin ich gut, Hoffmann?“, oder „Klingt es richtig. Linge? Denken Sie, daß ich jetzt vor die Versammlung treten kann?“

Angesichts solch nüchterner Spekulationen und Taktiken könnte man glauben, die Hitler-Reden seien nichts anderes gewesen als billiges Komödienspiel, als lächerliche und groteske Clownerien. Aber dies würde die ungeheure rhetorische Wirkung nicht erklären und dem tatsächlichen Sachverhalt nicht gerecht werden. Hitler war ein Schauspieler von Format, d. h. er verschmolz förmlich mit der Rolle, die er darstellen wollte. Er glaubte schließlich selbst, was er vorbrachte, oder erweckte jedenfalls bei Deutschen und z. T. auch bei Ausländern den Anschein, daß er meine, was er sage. So wie ein großer Charakterspieler die Menschen zu Tränen rühren oder mit Furcht und Schrecken erfüllen kann.

Er kehrte von diesen Versammlungen oft völlig erschöpft zurück und mußte von seinem Diener in ein heißes Bad gebracht werden.

An rhetorischer Wirkung übertraf Hitler alle anderen nationalsozialistischen Parteiführer bei weitem. Auch Goebbels, dessen Bedeutung für das Dritte Reich

---

<sup>16)</sup> Vgl. Heinz Linge in „Kronzeuge Linge“, United Press und Zeitschrift Revue, München 1955/1956, XV. Fortsetzung, S. 30, ferner „Heinrich Hoffmanns Erzählungen“ in Münchner Illustrierte 1954/1955 und die Artikelserie „Das war Hitler“ in der Zeitschrift Revue, München 1952/1953.

heute im In- und Ausland sehr überschätzt wird, reichte als Redner nicht entfernt an ihn heran. Goebbels behauptete zwar, er könne auf der Volkspsyche „spielen wie auf einem Klavier“<sup>17)</sup>, in Wirklichkeit waren es aber doch rechte Strohfeuer, die er mit seinen Propagandareden entzündete. Er brachte es zwar fertig, primitive Menschen in einen Erregungszustand zu versetzen, echte Begeisterung hervorzurufen aber verstand er nicht. Als Propagandist war er nur dann gut, wenn er seine Direktiven von Hitler bekam oder sich an dessen Ideen berauschte. Die Masse des Volkes erkannte sehr wohl, daß Goebbels' eigene Argumente häufig Redensarten waren, die er zwar pathetisch vortrug, an die er jedoch selbst nicht recht glaubte.

Bei Hitler war dies anders. Seine dämonische Persönlichkeit und sein rhetorisches Geschick fanden im Volk wirkliche Resonanz. In den ersten Jahren seiner Herrschaft jubelte man ihm begeistert zu, und in den späteren Jahren, als sein wüstes Geschimpfe, seine ohnmächtigen Wutausbrüche und sein Maulheldentum auch dem einfachen Volk unangenehm wurden, war es die Furcht vor dem Dämon, die selbst diese Reden äußerlich zu einem Erfolg werden ließ. Der englische Journalist Ward Price nannte Hitler schon frühzeitig den ersten deutschen „Volksredner seit Luther“<sup>17a)</sup>.

Wenn Hitler die Rede, wie erwähnt, als einen „Ringkampf zweier entgegengesetzter Kräfte“ empfand, so sorgte er jedenfalls dafür, daß er in dieser Arena von vorneherein die bessere Position hatte. Echte Diskussion, Rede und Gegenrede, Frage- und Antwortspiel ließ er nicht aufkommen, weder im Einzelgespräch noch in der öffentlichen Versammlung. Er ertrage keine Kritik, rief er einmal aus<sup>18)</sup>. Aber Zwischenrufe wollte er noch viel weniger dulden. Wie er selbst zugab<sup>19)</sup>, hatte die SA., die „Sturmabteilung“, im Anfang nur die Aufgabe, Zwischenrufer in Hitlers Versammlungen entweder niederzuschlagen oder gewaltsam zu entfernen. Erst wenn absolute Ruhe herrschte, konnte er die Menschen in seinen Bann zwingen.

Nur ein einziges Mal, am 23. März 1933, trat Hitler als Diskussionsredner im Reichstag auf<sup>20)</sup>. Aber auch damals rief er den sozialdemokratischen Abgeordneten, die ihn nach parlamentarischer Gepflogenheit mit Zwischenrufen attackierten, zu: „Wollen Sie mich bitte sprechen lassen, ich habe Sie auch nicht unterbrochen!“ Diese Stegreifrede erbrachte übrigens auch für die Zweifler den Beweis, daß Hitler seine Reden selbst entwarf und keine Einflüsterer nötig hatte. Als der Sozialdemokrat Wels damals seine unerwartete Rede gegen das Ermächtigungsgesetz hielt, machte sich Hitler während der Ansprache nur einige Notizen auf ein Blatt Papier und erteilte diesem Sprecher dann eine Abfuhr, die auch den skeptischen Geheimrat Hugenberg in helle Begeisterung versetzte.

---

<sup>17)</sup> Mitteilungen des Gaupropagandaleiters Waldemar Vogt (gefallen 1945 in Berlin) v. 3. 1. 1939 an den Verfasser. — Dr. Joseph Goebbels, geb. 1897 in Rheydt, 1926 Gauleiter von Berlin, 1928 Reichspropagandaleiter der NSDAP., 1933 Reichspropagandaminister, Selbstmord mit seiner Familie 1. 5. 1945 im Bunker der Reichskanzlei. — Goebbels wollte durch diese Äußerung beweisen, wie sehr er sich bemühe, Hitlers Wünschen zu entsprechen. Hitler hatte bei seiner Rede vor den Kreisleitern in Vogelsang am 29. 4. 1937 gefordert: „Die Volksseele muß für uns wie ein Instrument sein, auf dem man spielen kann“ (Bundesarchiv Koblenz).

<sup>17a)</sup> Vgl. Ward Price, Führer und Duce, wie ich sie kenne (Deutsche Übersetzung von I Know These Dictators, London 1938), Berlin 1939, S. 75.

<sup>18)</sup> Rede v. 17. 8. 1934, vgl. S. 442.

<sup>19)</sup> Vgl. Mein Kampf S. 600/601.

<sup>20)</sup> 2. Rede v. 23. 3. 1933, vgl. S. 238 ff.

Alles kann man Hitler vorwerfen, nicht aber, daß er ein schlechter Redner gewesen sei oder geistige Hilfestellung dabei gebraucht habe. Selbst von den Referentenentwürfen für offiziellen Regierungsreden, von denen sich noch einige im Bundesarchiv in Koblenz erhalten haben<sup>21)</sup>, machte Hitler keinen Gebrauch, verwandte höchstens einmal statistische Angaben.

Wenn Schacht erklärt, daß Hitler nie ein unüberlegtes Wort gesagt, sich „nie versprochen oder verplappert habe“<sup>22)</sup>, so mag das vielleicht für das Einzelgespräch gelten, für die Gesamtheit seiner Reden trifft die Behauptung jedoch nicht zu.

Bisweilen ging auch Hitler in seinen Reden das Temperament, wie man sagt, durch, und er gebrauchte Formulierungen, die ihm später selbst zu scharf erschienen. Als er Kanzler geworden war, mußten ihm daher alle Reden vor der Veröffentlichung vorgelegt werden. Er änderte dann die betreffende Redewendung um oder strich sie ganz.

Allerdings geschah dies verhältnismäßig selten. Im großen und ganzen entsprachen die Wiedergaben seiner Reden im Völkischen Beobachter<sup>23)</sup> oder in den Mitteilungen des Deutschen Nachrichtenbüros (DNB.) dem wirklichen Wortlaut. Dies trifft auch, mit geringen Ausnahmen, auf die späteren Sonderausgaben verschiedener Reden zu, die vom Zentralverlag der NSDAP. Franz Eher Nachf. in München, meist broschiert, veröffentlicht wurden.

Während des 2. Weltkrieges hätte Hitler zweifellos manchen Ausspruch und manche frühere Redewendung gerne rückgängig gemacht oder ausgelöscht. So mußten z. B. die Plakate mit dem „Aufruf an die Soldaten der Ostfront“ vom 2. Oktober 1941<sup>24)</sup> nach einigen Wochen durch Spezialkommandos von den Anschlagstellen entfernt werden. Hitler hatte darin den unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch Rußlands angekündigt, und jeder Soldat der deutschen Ostfront spürte am eigenen Leib, wie voreilig diese Behauptung gewesen war.

Charakteristisch für Hitler war, daß er öffentlich nur dann das Wort ergriff, wenn er tatsächliche oder vermeintliche Erfolge aufzuweisen hatte. Hatte er jedoch Mißerfolge erlitten oder auch nur Maßnahmen getroffen, die irgendwie unpopulär

---

<sup>21)</sup> Bundesarchiv Koblenz. Akten der Reichskanzlei, Faszikel Material für Reden des Reichskanzlers (R. 43 II 994).

<sup>22)</sup> Vgl. Hjalmar Schacht, Abrechnung mit Hitler, Hamburg 1948, S. 32.

<sup>23)</sup> Der Völkische Beobachter war das Zentralorgan der NSDAP. Ursprünglich ein 1887 gegründetes Münchener Wochenblatt nationalistischer Prägung, zunächst Münchener bzw. Münchner Beobachter genannt. Im Dezember 1920 wurde die Zeitung von der NSDAP. gekauft und erschien zunächst zweimal wöchentlich, von 1923 an als Tageszeitung. Ende August 1923 erhielt sie das von Hitler gewünschte übergroße Format, wie es bei amerikanischen Zeitungen üblich war. Von 1925 bis 1933 zeichnete Hitler selbst als „Herausgeber“, dann übernahm diese Funktion Alfred Rosenberg, der bis dahin (seit 1922) Hauptschriftleiter gewesen war. Die Hauptschriftleitung übernahm von 1933 an Hauptmann a. D. Wilhelm Weiß. Seit 1. 1. 1933 erschien auch eine Berliner Ausgabe (bzw. Norddeutsche Ausgabe für die norddeutschen Gaue, ebenso wie neben der Münchener Ausgabe eine Süddeutsche Ausgabe mit gewöhnlich einer Seite Meldungen aus den süddeutschen Gauen bestand). Ende März 1938 kam noch eine Wiener Ausgabe hinzu. Die drei Hauptsitze des Völkischen Beobachters München, Berlin und Wien hatten eigene Redaktionen und Druckereien. Der Zeitungstext war daher nicht immer gleich, auch das Datum der Textwiedergabe konnte unterschiedlich sein. Wenn nicht anders angegeben, wird im vorliegenden Werk immer die Münchener (bzw. Süddeutsche) Ausgabe des Völkischen Beobachters (VB.) zitiert. Die letzte Nummer des Völkischen Beobachters erschien in München am 30. 4. 1945 (Todestag Hitlers!), wurde aber wegen des Einzugs der amerikanischen Armee nicht mehr ausgeliefert (Photokopie im Stadtarchiv München).

<sup>24)</sup> Vgl. Bd. II, S. 1756 ff.

wirken konnten, schwieg er still und erließ statt der von vielen erwarteten oder sogar herbeigesehnten Rede lieber eine Proklamation, bei der er nicht dem Volk ins Angesicht zu schauen brauchte.

So wurden im Verlauf des 2. Weltkrieges seine Reden immer seltener. Nur einmal war er gezwungen, eine Ansprache zu halten, nachdem er gerade eine schwere Schlappe erlitten hatte. Dies war am 8. November 1942, als die Alliierten am gleichen Tag in Nordafrika gelandet waren, an dem er seine traditionelle Gedenkrede zum Münchener Putsch von 1923 zu halten hatte<sup>25)</sup>. Es wurde eine seiner schlechtesten Reden. Das folgenschwere Ereignis lag wie ein Alpdruck über dem Raum, und die alten Parteigenossen, im Gedanken damit beschäftigt, vergaßen oft sogar, an denjenigen Stellen von Hitlers Rede zu applaudieren, an denen sonst automatisch Beifall erfolgte.

Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 hätte man fast erwarten können, daß Hitler zu diesem Ereignis, durch das doch immerhin das Vorhandensein einer Opposition in seiner nächsten Umgebung dokumentiert worden war, geschwiegen hätte.

Aber ihm erschien seine Errettung als ein göttlicher Fingerzeig, als ein Triumph außergewöhnlicher Art, so daß er nach monatelangem Schweigen geradezu eine Siegesmeldung dem Volke mitteilen zu können glaubte<sup>26)</sup>. Der Nebenzweck, durch diese Ansprache sein Überleben zu beweisen, trat hinter der Triumphpose zurück.

Sprach Hitler im kleinen Kreis oder vor wenigen Vertrauten, so wandte er die gleiche Technik an wie bei seinen öffentlichen Ansprachen: er verschaffte sich absolute Ruhe, ermüdete die Zuhörer zunächst durch weites Ausholen, um dann je nach Bedarf das entsprechende Register aus seinem Repertoire zu ziehen: angefangen von sentimentalsten Reminiszenzen bis zu erregten Wutausbrüchen, von schluchzender Selbstbemitleidung bis zur fanatischen Ekstase.

Ward Price, der ihn ungezählte Male erlebte, schrieb im Jahre 1938:<sup>27)</sup> „Wenn mehr als zwei Leute anwesend sind, selbst wenn sie zu seinem intimsten Kreise gehören, gibt es keine allgemeine Diskussion. Entweder spricht Hitler, und alle anderen hören zu, oder aber die anderen sprechen untereinander, und Hitler sitzt schweigend dabei.“ Dies bestätigte auch Heinrich Hoffmann:<sup>28)</sup> „In unseren Unterhaltungen waren die Rollen meist vertauscht: Hitler hörte schweigend und aufmerksam zu, während ich ihm erzählen mußte.“

Hitlers rhetorische Macht über viele Deutsche war im März und April 1945 immer noch so groß, daß er in einer völlig aussichtslosen Lage sonst ganz vernünftige Menschen mit neuem Glauben erfüllen konnte.

Der Danziger Gauleiter Albert Forster erschien im März 1945 sehr zweifelt im Reichskanzleibunker und erklärte, 4000 russische Panzer seien im Anmarsch auf Danzig. Es stünde ihnen nur eine ganz geringe Zahl von deutschen gegenüber.

Er begab sich zu Hitler und kam in völlig verwandelter Stimmung zurück. „Er hat mir erklärt“, rief er aus, „daß er Danzig retten wird, und da gibt's nichts mehr zu zweifeln!“<sup>29)</sup>

<sup>25)</sup> Vgl. Bd. II, S. 1932 ff.

<sup>26)</sup> Rundfunkrede v. 20. 7. 1944, vgl. Bd. II, S. 2127 ff.

<sup>27)</sup> Ward Price a. a. O., S. 14.

<sup>28)</sup> Vgl. Heinrich Hoffmanns Erzählungen, Münchner Illustrierte Nr. 43 v. 23. 10. 1954, S. 38.

<sup>29)</sup> Vgl. A. Zoller, Hitler privat (Erlebnisbericht einer Geheimsekretärin), Düsseldorf 1949, S. 29/30.

Der Generaloberst der Luftwaffe, Ritter von Greim, den Hitler nach der Absetzung Görings nach Berlin befohlen hatte, kam, wie seine Pilotin Hanna Reitsch berichtet<sup>30)</sup>, am 26. April 1945 völlig deprimiert im Reichskanzleibunker an. Als er Hitlers Zimmer verließ, war er überzeugt, es werde doch noch ein deutscher Endsieg möglich sein. Hitler hatte ihm die Lage in rosigen Farben geschildert und ihn anschließend zum Generalfeldmarschall und zum Oberbefehlshaber einer Luftwaffe ernannt, die praktisch nur noch auf dem Papier existierte.

Andererseits läßt sich nicht bestreiten, daß Hitlers Reden und Ansprachen hauptsächlich diejenigen Deutschen beeindruckten, die ihn zum erstenmal erlebten oder die ihn nur selten zu hören bekamen. Auch das beste Instrument nutzt sich ab, wenn es zu oft gebraucht wird, und die schönste Melodie kann unerträglich werden, wenn sie zu häufig erklingt.

Großadmiral Dr. h. c. Raeder hat vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg nachdrücklich betont, daß Hitlers Argumentationen sehr an Gewicht bei denjenigen verloren, die sie häufig, ja täglich immer wieder mitanhören mußten<sup>31)</sup>. Dies war besonders während des 2. Weltkrieges der Fall.

Die Generäle des Führerhauptquartiers, die Hitlers Tiraden schon fast auswendig kannten, scheuten sich nicht, bei seinen Ansprachen, wenn diese nicht gerade an sie selbst gerichtet waren, sogar einzuschlafen<sup>31a)</sup>.

<sup>30)</sup> Bericht Hanna Reitschs vor einer amerikanischen Untersuchungskommission in Oberursel v. 8. 10. 1945, IMT. 3734 — PS, z. T. veröffentlicht in der Zeitung Mainpost, Würzburg, v. 9. 1. 1946.

<sup>31)</sup> Raeder erklärte am 16. 5. 1946 in Nürnberg: „Hitler sprach ja außerordentlich viel, er holte sehr weit aus, er verfolgte vor allem mit jeder Rede einen besonderen Zweck, je nach dem Zuhörerkreis, den er hatte. Er war ebenso, wie er ein Meister der Dialektik war, auch ein Meister des Bluffs. Er brauchte starke Ausdrücke, ebenfalls je nach dem Zweck, den er verfolgte; er ließ seiner Phantasie außerordentlich starkes Spiel, er widersprach sich häufig in aufeinanderfolgenden Reden. Man wußte nie, welches seine letzten Ziele und Absichten waren. Das war am Ende einer solchen Rede außerordentlich schwer festzustellen. Seine Rede machte in der Regel mehr Eindruck auf Leute, die ihn sehr selten hörten, als auf solche, die seine ganze Redeweise schon kannten.“ IMT. Blaue Serie Bd. XIV S. 44. — Dr. h. c. Erich Raeder, geb 1876 in Wandsbek, 1928—1943 Chef der Marineleitung bzw. Oberbefehlshaber der Kriegsmarine (seit 1935). 1939 Großadmiral. 1943 Generalinspekteur der Kriegsmarine (Ehrentitel). 1946 in Nürnberg zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt, anschließend im Militärgefängnis Spandau. 1955 aus gesundheitlichen Gründen entlassen. Gest. 1960 in Kiel.

<sup>31a)</sup> Der italienische Außenminister Graf Ciano bemerkt in seinem Tagebuch anlässlich der Unterredung Hitler-Mussolini vom 29./30. 4. 1942 in Salzburg: „Hitler redet, redet, redet. Mussolini, der gewohnt ist, selbst zu sprechen, und hier fast immer schweigen muß, leidet. Am zweiten Tag nach dem Essen, als wirklich schon alles gesagt worden war, was gesagt werden konnte, hat Hitler ununterbrochen eine Stunde und vierzig Minuten gesprochen ... über Krieg und Frieden, Religion und Philosophie, Kunst und Geschichte ... General Jodl war nach einem epischen Kampf gegen den Schlaf auf einem Divan eingenickt. Keitel schwankte zwar, aber es gelang ihm doch immer wieder, den Kopf gerade zu halten ... Die armen Deutschen, sie mußten das jeden Tag über sich ergehen lassen, und es gab sicher kein Wort, keine Geste und keine Pause, die sie nicht auswendig wußten.“ Dolmetscher Schmidt bestätigte diese Darstellung in vollem Umfang, vgl. Dr. Paul Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne 1923—1945, Bonn (1. Aufl. 1949) 1954, S. 563.

Galeazzo Ciano Conte di Cortellazzo, geb. 1903, Schwiegersohn Mussolinis, 1936 Außenminister, 1944 auf Betreiben Hitlers von Mussolini hingerichtet.

Alfred Jodl, geb. 1890 in Würzburg, Generaloberst, im 2. Weltkrieg Chef der Operationsabteilung im OKW., 1946 in Nürnberg zum Tode verurteilt und gehängt.

Wilhelm Keitel, geb. 1882 in Helmscherröde b. Gandersheim, Generalfeldmarschall, 1935 Chef des Wehrmachtamtes (Staatssekretär), 1938—1945 Chef des OKW., 1946 in Nürnberg zum Tod verurteilt und gehängt.

Ausländischen Besuchern <sup>32)</sup> fiel es auf, daß bei höchst erregten Ausführungen Hitlers, bei denen er sich wie irrsinnig gebärdete, enge Mitarbeiter, Göring, Ribbentrop usw., völlig unbeteiligt daneben standen oder zum Fenster hinausschauten.

Der Versuch Hitlers, seine rednerischen Erfolge in Deutschland bei außenpolitischen Aktionen zu wiederholen und ausländische Staatsmänner durch rhetorische Auftritte oder durch Rundfunkansprachen zu beeindrucken, mißlang völlig, sobald ihm Repräsentanten machtmäßig gleichrangiger oder überlegener Nationen gegenüberstanden.

Was noch bei Schuschnigg, Hacha, Horthy und zahlreichen Balkanpolitikern seine Wirkung getan und bei Mussolini und Ciano gefruchtet hatte, versagte ganz bei den englischen, amerikanischen und russischen Staatsmännern. Chamberlain und Churchill, Halifax und Henderson blieben von Hitlers Redekunststücken ebenso unbeeindruckt wie Roosevelt und Sumner Welles. Und selbst die „begeisterten“ Zeitungsaufsätze, die Lloyd George und Lord Rothermere nach ihren Besuchen bei Hitler veröffentlichten, waren in Wirklichkeit amüsiert-ironische Kommentare.

Als Hitler 1940 Molotow empfing, fanden seine phantastischen Zukunftschwärmereien bei dem Russen keinen Widerhall. Molotow kam immer wieder auf konkrete Gegenwartsfragen zurück <sup>33)</sup>.

Selbst Franco, der doch vom spanischen Bürgerkrieg her Hitler zu Dank verpflichtet war, zeigte sich 1940 in Hendaye von dessen Redeschwall unbewegt und blieb bei der ihm richtiger erscheinenden Neutralitätspolitik <sup>34)</sup>.

Waren die Jahre 1932—1938, in denen Hitler sich Deutschland untertan machte und das Großdeutsche Reich errichtete, für ihn Jahre des Triumphes gewesen, so folgte in den Jahren 1939—1945, in denen er sich mit den gleichen Methoden zum Herrn der Welt hatte machen wollen, Niederlage auf Niederlage.

Der Unterschied zwischen dem, was Hitler prophezeite, und dem, was wirklich geschah, wurde immer größer, und seine Reden, gedacht als Kampfmittel gegen das Ausland, wurden schließlich zu einer Waffe gegen ihn selbst.

Die wilden Drohungen, mit denen Hitler die Engländer während des 2. Weltkrieges zum Nachgeben veranlassen wollte, bewirkten eher das Gegenteil. Churchill erklärte dazu bereits im November 1939: <sup>35)</sup>

„Könnten Worte töten, so wären wir längst tot. Aber man schreckt uns nicht mit diesen blutrünstigen Drohungen. Ja, wir fassen sie als ein Zeichen der Schwäche unserer Feinde auf!“

Der Londoner Rundfunk ging dazu über, Schallplattenausschnitte aus Hitlers Reden zu senden und seinen darin geäußerten Behauptungen die reale Wirklichkeit gegenüberzustellen. Es war eine für ihn sehr fatale Bilanz! Hitler hatte die Welt mit deutschen innenpolitischen Maßstäben gemessen, und an diesem fundamentalen Irrtum ging er zugrunde.

---

<sup>32)</sup> So z. B. dem Schweden Dahlerus, der im August und September 1939 mehrmals Hitler besuchte. Vgl. Birger Dahlerus, *The Last Attempt*, London 1948.

<sup>33)</sup> Unterredung Hitler-Molotow v. 12./13. 11. 1940, vgl. Bd. II, S. 1611 ff.

<sup>34)</sup> Unterredung Hitler-Franco am 23. 10. 1940, vgl. Bd. II, S. 1595 ff.

<sup>35)</sup> Rundfunkrede v. 12. 11. 1939, vgl. Winston S. Churchill, *Reden* Bd. I (1938—1940), Zürich 1946, S. 211.



Die Reden und Proklamationen Adolf Hitlers aber sind die unbestechlichen, von ihm selbst geschaffenen Zeugnisse seines Lebensweges als Politiker und Regierungschef, als Staatsoberhaupt und Oberster Befehlshaber der deutschen Wehrmacht. Sie kündeten 1932—1938 seinen Triumph, und sie offenbarten 1939 bis 1945 seinen Untergang. Sie sind die eindrucksvolle Geschichte des Dritten Reiches selbst.

## Bemerkungen zur Anlage des Werkes

Alle im vorliegenden Werk wiedergegebenen und erwähnten Äußerungen Hitlers — Reden, Proklamationen, Interviews, Telegramme, Briefe usw. — sind nach ihren Quellen bzw. Fundstellen ausgewiesen.

Alle wichtigen Äußerungen sind im Wortlaut wiedergegeben. Reden und Aufrufe, die routinemäßig erfolgten — Wahlreden, Parteitagreden, Reden zum 1. Mai, zum Erntedankfest, Neujahrsaufrufe usw. — werden im allgemeinen nur beim ersten Mal voll oder in längeren Auszügen veröffentlicht. Bei späteren Reden und Aufrufen aus dem gleichen Anlaß werden nur diejenigen Abschnitte wörtlich angeführt, die etwas Neues enthalten. Die übrigen Abschnitte solcher Reden werden in Regestenform behandelt. Ansprachen, die lediglich Wiederholungen vorhergegangener Reden etc. enthalten, werden nur mit Quellenhinweis angeführt.

Auf die Wiedergabe der „Parteierzählung“, jenes weitausholenden, unwesentlichen Einleitungsteils vieler Reden, wird ebenfalls gewöhnlich verzichtet.

Diese Beschränkungen waren notwendig, da bei der ungeheuren Redeflut Hitlers, besonders in den Jahren 1932 und 1933, die Publikation einen nicht mehr vertretbaren Umfang angenommen und in ihrer Verständlichkeit gelitten hätte.

Auf der anderen Seite kann behauptet werden, daß keine für den Ablauf der Geschehnisse wichtige öffentliche Äußerung Hitlers ausgelassen wurde.

Alle wörtlich wiedergegebenen Äußerungen Hitlers sind in etwas kleineren Schrifttypen abgesetzt, ebenso die angeführten amtlichen Verlautbarungen, Verordnungen, Gesetze usw., die von Hitler formuliert, redigiert oder unterzeichnet wurden. In der gleichen Typenform sind auch diejenigen Äußerungen abgesetzt, die quellenmäßig nur in indirekter Rede, in Protokollform oder als Regest erhalten sind. Wird eine Stelle aus diesen wiedergegebenen Texten nochmals im Kommentar zitiert, so wird sie meist in normalem Druck wiedergegeben.

Ein waagrechter Strich nach einem Abschnitt einer zitierten Rede bedeutet, daß hier noch einige unwesentliche Sätze Hitlers zum gleichen Thema folgen. Die sonst in solchen Fällen üblichen Punkte wurden in diesem Fall nicht verwandt, da es unklar geblieben wäre, ob nur einzelne Worte oder ganze Sätze ausgelassen sind.

Eckige Klammern innerhalb von zitiertem Text umschließen Bemerkungen des Verfassers. Es handelt sich dabei entweder um Ergänzungen, die zum Verständnis notwendig sind, um grammatikalische Berichtigungen oder um Ausrufungszeichen, die auf besonders groteske Behauptungen Hitlers aufmerksam machen sollen.

Wird der Völkische Beobachter (VB.) zitiert, so ist stets die Münchener bzw. Süddeutsche Ausgabe gemeint, es sei denn, die Berliner bzw. Norddeutsche Ausgabe wird ausdrücklich angegeben.

Veränderungen, die sich inzwischen im Sprachgebrauch und in der Rechtschreibung ergeben haben, werden nicht immer berücksichtigt, um die Einheit von Text und Kommentar nicht zu beeinträchtigen. So wird z. B. entgegen der jetzigen Übung nach Abkürzungen, die als selbständige Wörter gelten, ein Punkt gesetzt, z. B. NSDAP., DNB., SA. usw.

Beifallsäußerungen von Hitlers Zuhörern, die häufig im Völkischen Beobachter, im DNB.-Text usw. vermerkt wurden, werden im allgemeinen nicht wiedergegeben. Lediglich bei der Rede Hitlers vor den westdeutschen Industriellen am 27. Januar 1932 und bei dem Redeuell Hitler-Wels im Reichstag am 23. März 1933 sind aus besonderen Gründen die Beifalls- bzw. Protestäußerungen nach der Eherbrochure bzw. dem Reichstagsstennogramm voll angeführt.

Ein ausführlicher Kommentar erläutert die geschichtlichen Zusammenhänge, die zum Verständnis der Reden und Proklamationen erforderlich sind. Zahlreiche Anmerkungen (Fußnoten) geben weitere Einzelheiten. Vorkommende Persönlichkeiten werden, soweit erforderlich, in den Anmerkungen erklärt.

Das Werk ist chronologisch angelegt und nach Kalenderjahren gegliedert. Zu Beginn jeden Kalenderjahres wird eine gedrängte Übersicht über die wichtigsten Ereignisse der folgenden Monate gegeben. Zur leichteren Auffindbarkeit der einzelnen Reden, Aufrufe usw. sind auf jeder Seite oben Datumshinweise vermerkt. Am Ende des zweiten Bandes befindet sich ein detailliertes Sach-, Personen- und Ortsregister.

Die Einteilung des Werkes in zwei Bände (Band I: 1932—1938, Band II: 1939 bis 1945) ist nicht willkürlich gewählt, sondern entspricht einer inneren Gegebenheit.

Die Jahre 1932 bis 1938 sind die sieben Erfolgjahre Hitlers. In diesem Zeitraum wurden ihm zahlreiche Triumphe zuteil, die jedoch in erster Linie auf innerdeutschen Verhältnissen beruhten.

Die Jahre 1939 bis 1945 sind die Jahre von Hitlers stufenweisem Untergang. Er war der Auseinandersetzung mit den auswärtigen Mächten, die sich in diesem zweiten Zeitraum zunächst noch diplomatisch, dann gewaltsam vollzog, nicht gewachsen. Seine anfänglichen Teilerfolge waren in Wirklichkeit Pyrrhussiege, die sein Ende beschleunigten.

# Das Jahr 1932

## Übersicht über den Verlauf

Das Jahr 1932 brachte den Höhepunkt für Hitlers innenpolitischen Kampf. Diese zwölf Monate stellen gewissermaßen eine Zusammenfassung aller Anstrengungen dar, die er seit dem Jahr 1919 unternommen hatte, um Regierungschef in Deutschland zu werden. Das Jahr 1932 repräsentiert daher auch in der vorliegenden Veröffentlichung geradezu die gesamten vierzehn Jahre des Kampfes um die Macht.

Drei Wege gab es, die Hitler das Tor zur Macht öffnen konnten. Der eine führte über den gewaltsamen Umsturz und bedeutete mit großer Wahrscheinlichkeit offenen und blutigen Kampf mit der bewaffneten Macht, mit Reichswehr und Polizei, ein Weg, den Hitler ungern beschreiten wollte und auch im November 1923 bei seinem Putschversuch zu vermeiden suchte. Trotzdem hatte er für den äußersten Notfall auch eine solche Möglichkeit ins Auge gefaßt und traf während des Hauptkampfsjahres 1932 hierfür gewisse Vorbereitungen <sup>1)</sup>.

Der zweite Weg war die legale Machtergreifung durch Volksabstimmung, d. h. durch Erringung der absoluten Mehrheit bzw. einer „Rechtsmehrheit“ im Reichstag und in den Länderparlamenten oder aber durch die Wahl eines nationalsozialistischen Reichspräsidenten. Die letztere Möglichkeit ergab sich in der Weimarer Republik normalerweise nur alle sieben Jahre.

In beiden Fällen, Rechtsmehrheit im Parlament oder Wahl eines nationalsozialistischen Reichspräsidenten, wäre die legale Bildung eines Kabinetts Hitler nicht zu verhindern gewesen.

Das Jahr 1932 schien bei dem Redetalent Hitlers für eine solche Lösung alle Voraussetzungen zu bieten: das innenpolitische Chaos war durch die Weltwirtschaftskrise außerordentlich groß geworden. Sechs Millionen Arbeitslose schrien nach Arbeit und Brot. Der Mittelstand, die Beamten, die Bauern waren wenig zufrieden mit der deutschen Regierung. Reichspräsident und Reichskanzler regierten seit 1930 mit Hilfe des Artikels 48 der Weimarer Verfassung diktatorisch, ohne die wirtschaftliche Not beheben zu können.

In nicht weniger als 15 Wahlkämpfen (zwei Reichspräsidentenwahlen, zwei Reichstagswahlen, neun Landtagswahlen und zwei kommunalen Abstimmungen) stellte Hitler seine rednerische Begabung in einem noch nicht dagewesenen Ausmaß unter Beweis.

Und doch gelangen ihm nur Teilerfolge in verhältnismäßig kleinen Ländern. In den entscheidenden Wahlkämpfen konnte er die erforderlichen 50 Prozent der abgegebenen Stimmen trotz aller Mühen und beispielloser Rede-Kampagnen nicht erzielen.

Der dritte Weg zur Macht führte durch die „Hintertür“, wie man diese Methode zu nennen pflegt. Es kam darauf an, die geheimen und offenen Ratgeber des Reichspräsidenten aus Aristokratie, Reichswehr und Wirtschaft so zu beeinflussen, daß sie diesem zu einem Präsidialkabinett Hitler, zu einer Regierung seines persönlichen Vertrauens, raten würden.

---

<sup>1)</sup> Im September 1932 fanden in Mecklenburg gemeinsame Manöver der dortigen nationalsozialistischen Polizei und von SA.- und SS.-Formationen statt. Vgl. Bildberichte im VB. Nr. 264 v. 20. 9. 1932. Siehe hierzu auch S. 137, Anmerkung 231.

Auch dieser Weg, der schließlich zum Erfolg führen sollte, gab Hitler reichlich Gelegenheit, seine Überredungskunst zur Anwendung zu bringen. Er, der jahrelang als kleiner Parteiführer und erfolgloser Putschist verspottet wurde, war im Jahre 1932 salonfähig geworden. Der Reichspräsident empfing ihn mehrfach. Amtierende und gewesene Minister, Wirtschaftsführer, ehemalige Generäle und aktive Reichswehroffiziere trafen sich mit ihm; Parteiführer, angefangen von den Deutschnationalen bis zum Zentrum, meldeten sich bei ihm an. Die einen suchten sich mit ihm zu liieren, die anderen wollten ihn mit bedeutungslosen Ministerposten abspesen. Als „Trommler“<sup>2)</sup> der nationalen Erhebung war er ihnen gut genug gewesen, die Macht jedoch wollten sie selbst ausüben.

Hitler aber überspielte sie alle. Er hatte sich mit seiner nationalsozialistischen Partei unter den Augen der Machthaber einen „Staat im Staate“ aufgebaut und erklärte öffentlich, das eigentliche Deutschland werde nicht von der derzeitigen Reichsregierung, sondern von ihm und von der nationalsozialistischen Partei repräsentiert. Seine Reichs- und Gauleiter benahmen sich, als seien sie Reichsminister und Regierungspräsidenten. Alle möglichen Partei-„Ämter“ (Agrarpolitisches Amt, Wehrpolitisches Amt, Amt für Arbeitsdienst usw.) nahmen zu Tagesfragen Stellung und redeten in wirklich „amtliche“ Angelegenheiten hinein. Zur internationalen Abrüstungskonferenz nach Genf entsandte Hitler den General a. D. von Epp als seinen Beobachter.

An die deutschen Bauern erließ er 1932 einen Aufruf, er erwarte von ihnen, daß sie die Ernte rechtzeitig und restlos einbringen würden<sup>3)</sup>.

Der „Reichspressechef“ der NSDAP. hielt Pressekonferenzen ab, als sei er der Pressechef der Reichsregierung. Uniformierte Männer der SS., der „Schutzstaffel“, leisteten bei Versammlungen und Kundgebungen auf den Straßen Absperrdienste, als seien sie reguläre Polizisten, Zehntausende, ja Hunderttausende uniformierter SA.-Männer gaben in den ehemaligen deutschen Garnisonsstädten bei Aufmärschen und Paraden ein militärisches Schauspiel. Ihre Formationen<sup>4)</sup> trugen die Nummern der früheren kaiserlichen Truppenteile.

Als Hitler später zur Macht gekommen war, zögerte er nicht, seinen Parteileuten die gleichen Funktionen im Staat zu geben, die sie vorher in der Partei innegehabt hatten. Nur hinsichtlich der SA. machte er eine Ausnahme, wie 1934 in dramatischer Weise erkennbar wurde.

Wenn Hitler im Jahre 1932 zu Verhandlungen nach Berlin kam, residierte er im Hotel „Kaiserhof“, schräg gegenüber der Reichskanzlei. Die dortigen Machthaber sollten sehen, daß er wirklich „ante portas“ stand, und die Rufe der vielen Tausenden auf dem Wilhelmsplatz hören, die Hitlers Machtergreifung forderten.

Als ein Journalist Hitler fragte, ob nicht vielleicht doch, ähnlich wie bei Mussolini, ein Marsch auf Berlin zu erwarten sei, antwortete er: „Warum soll ich auf Berlin marschieren, ich bin ja schon dort!“<sup>5)</sup>

---

<sup>2)</sup> Hitler nannte sich selbst des öfteren den Trommler der nationalen Bewegung, so in seinem Schlußwort vor dem Münchener Volksgericht am 27. 3. 1924: „Nicht aus Bescheidenheit wollte ich damals ‚Trommler‘ sein; das ist das Höchste, das andere ist eine Kleinigkeit.“ (Wortlaut in Dr. E. Boepple, Adolf Hitlers Reden, München 1933, S. 118). Auch in seiner Ansprache vor dem Düsseldorfer Industrie-Klub am 27. 1. 1932 bekannte sich Hitler zur „Trommler“-Mission. Vgl. S. 89.

<sup>3)</sup> Aufruf Hitlers vom 16. 2. 1932; vgl. S. 95.

<sup>4)</sup> „Standarten“ genannt.

<sup>5)</sup> Interview vom 16. 8. 1932; vgl. S. 129.

1. Januar 1932

Aber ganz so siegessicher, wie er sich gab, war Hitler nicht. Er wußte sehr wohl: wenn es ihm nicht gelang, die außergewöhnlichen Möglichkeiten des Jahres 1932 mit den wirtschaftlichen und politischen Krisen, den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zu nutzen, dann rückte seine Machtübernahme in weite Ferne. Gegen Ende des Jahres 1932 begann die Kurve der Arbeitslosigkeit bereits flacher zu werden, in Lausanne und Genf wollte man einen Schlußstrich unter die Reparationen und unter Versailles ziehen.

Einem Teil von Hitlers Wählern dauerte der Kampf um die Macht schon zu lange, sie gaben ihm ihre Stimme nicht mehr. Auch manche Parteiführer fingen an zu verzagen und wurden unruhig. Hitler erklärte damals: „Wenn die Partei einmal zerfällt, dann mache ich in drei Minuten mit der Pistole Schluß.“<sup>6)</sup>

Aber Hitler überwand diese Krisen. Sein Redetalent und seine Ausdauer siegten. Es gelang ihm, nicht nur die wankenden Parteigenossen, sondern auch die damaligen Machthaber, vor allem Papen und Hindenburg, zu überzeugen, nur er allein könne Deutschland zu neuer Größe emporführen.

Der Triumph, den Hitler im Jahre 1932 über seine innenpolitischen Gegner errang, wirkte bis zu seinem Lebensende in ihm nach. Er glaubte, er könne seine außenpolitischen Ziele mit den gleichen Methoden verwirklichen, und dieser Kampf werde „um kein Haar anders ausgehen“.<sup>7)</sup>

\*

## Wiedergabe und Kommentar

Zum Jahreswechsel erließ Hitler stets einen Aufruf an die nationalsozialistischen Anhänger, eine Übung, die er bis zum Jahr 1945 beibehielt. Anfänglich gehörte noch ein Neujahrs-Befehl an die Kampfformationen SA., SS., HJ. usw. dazu, von 1935 an trat an dessen Stelle der Tagesbefehl an die Soldaten der Wehrmacht.

Hitlers Neujahrsaufrufe waren ziemlich über einen Leisten geschlagen: Aufzählung der gewaltigen Erfolge des vergangenen Jahres und Ankündigung neuer, noch größerer Siege für das kommende. Natürlich durften dabei die ominösen Zahlen nicht fehlen. Auf die Stichhaltigkeit dieser Ziffern kam es jedoch weniger an.

Im nun folgenden Neujahrsaufruf für 1932, der im vollen Wortlaut wiedergegeben wird<sup>8)</sup>, behauptete Hitler, ohne zu zögern, daß die Zahl seiner Anhänger bereits 15 Millionen betrage. Die erfolgreichste Wahl des Jahres 1932, die Reichstagswahl vom 31. Juli, brachte ihm jedoch nur 13,7 Millionen Stimmen.

### *Neujahrsaufruf an die Partei:<sup>9)</sup>*

„Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen!

Das zwölfte Jahr des Kampfes unserer Bewegung ist zu Ende. Dank der übergroßen Treue aller Mitkämpfer, dank ihrem Arbeits- und Opfersinn ist es gelungen, auch in diesem Jahre den Siegesmarsch der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei

<sup>6)</sup> Vgl. Joseph Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, Berlin 1934, 3. Aufl., S. 220.

<sup>7)</sup> Rede vom 8. 11. 1940; vgl. Band II, S. 1603.

<sup>8)</sup> Die Neujahrsaufrufe der folgenden Jahre werden nur in Ausschnitten wiedergegeben, soweit wirklich etwas Neues angeführt wird.

<sup>9)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 1/2 v. 1./2. 1. 1932.

1. Januar 1932

weiter fortzusetzen. Wir alle wissen es: Im Jahre 1931 ist unsere Bewegung zur größten Partei Deutschlands geworden. Gewaltige äußere Erfolge sind der allen sichtbare Beweis für diese Tatsache.

Als am 14. September 1930 6 1/2 Millionen erwachsene Deutsche 107 Abgeordnete unseres Vertrauens in den Deutschen Reichstag wählten, zerriß zum ersten Male für die ganze Welt das Lügengewebe, mit dem man das innere Wachstum unserer Bewegung nach außen hin jahrelang verschleiert hat. Selbst die Lüge und Verleumdung mußten einen Augenblick in ihrem Treiben innehalten: Es war ein Sieg erfodeten worden, der nicht weggelogen werden konnte. Allerdings, schon wenige Wochen später hatten sich die berufsmäßigen politischen Verdreher der Wahrheit so weit wiedergefunden und von ihrem ersten Schrecken erholt, daß das alte freche Lügenspiel erneut beginnen konnte. Man versuchte sich selbst und der Welt einzureden, daß nur eine „augenblickliche Erkrankung“ des deutschen Volkes Ursache unseres Erfolges sein konnte. Die Partei — so hieß es — habe damit ihren Höhepunkt erreicht und werde nunmehr jäh nach unten stürzen.

Parteigenossen und -genossinnen! Ihr habt gesehen, wie das Schicksal und die Tatsachen auch dieses Mal unsere offiziellen politischen Propheten Lügen strafte. Das Jahr 1931 hat Sieg um Sieg an unsere nationalsozialistischen Fahnen geheftet. Trotz der von mir vorhergesagten Flut von Lügen, Fälschungen und Verleumdungen sind in den Wahlen dieses Jahres die Massen unserer Anhänger enorm gewachsen. Deutschland ist im Begriff in rapider Schnelligkeit nationalsozialistisch zu werden. Die Wahlen in Bremen, in Hamburg, in Oldenburg, in Anhalt-Dessau, in Mecklenburg, in Hessen und in Württemberg, sie haben eine fortlaufende Steigerung der Größe und der Bedeutung unserer Bewegung gebracht. Allein, so berauschend diese äußeren Erfolge auch sind, sie wären wertlos, wenn ihnen am Ende nicht ein gleiches inneres Wachstum der Partei zur Seite stünde.

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Die Größe des Wachstums unserer Bewegung sollt ihr aber an folgendem ermessen: Am 14. September 1930 zählte unsere Partei 293 000 Mitglieder. Und heute, am 1. Januar 1932, hat sie das 8. Hunderttausend bereits überschritten.

Am 1. Januar 1931 haben sich rund hunderttausend Männer in unserer SA.- und SS.-Organisation befunden. Heute am 1. Januar 1932 weit über 300 000.

Die Zahl unserer Anhänger beträgt schon jetzt mehr als 15 Millionen!

Es ist ein Siegeszug, der in der Geschichte unseres Volkes ohne Beispiel ist.

Diesem ziffernmäßigen Wachstum entspricht der einzig dastehende innere Ausbau unserer Organisation.

Heute steht dem Bolschewismus und seinen marxistisch-zentrümlich-demokratischen Hilfskräften eine gewaltige Front des erwachenden Deutschland gegenüber!

Wenn nicht Zentrum und mittleres Bürgertum aus ihrer inneren Wesensverwandtschaft heraus mit dem Marxismus paktieren würden, gäbe es schon heute kein rotes antichristliches Deutschland mehr.

Sie sind daher die fluchbeladenen Helfershelfer des Bolschewismus!

So wie früher einst ein Bismarck mit Recht den Liberalismus als Schrittmacher der Sozialdemokratie bezeichnen konnte, so sind Demokratie und Zentrum heute die Schrittmacher des Bolschewismus und damit die Hauptmitschuldigen an unserm Unglück.

Die Größe unserer nationalsozialistischen Organisation zeigt sich allein äußerlich in der Errichtung des „Brauen Hauses“ als Reichszentralgeschäftsstelle. Im Februar dieses Jahres erfolgte der Umzug aus der Geschäftsstelle Schellingstraße 50 in das neuerworbene Haus an der Brienner Straße. Heute ist das Haus trotz Erweiterungs- und Umbauten schon wieder viel zu klein. Ein Neubau wächst empor, ein weiterer ist projektiert, ein anderes neben dem Brauen Haus liegendes Gebäude ist seit Dezember dieses Jahres bezogen! Erst im Jahr 1931 war es möglich geworden, die Organisationsabteilung II auszubauen.

Nicht nur die Eroberung des Arbeiters in der Stadt hat damit in erhöhtem Umfange eingesetzt, sondern ebenso die Gewinnung des Bauern.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist nicht nur eine Partei der Städter, sondern sie ist schon heute auch die größte deutsche Bauernpartei.

1. Januar 1932

Ihre Politik des Ausgleichs und der Versöhnung der einzelnen Lebensstände, der Zusammenfassung aller Deutschen für die politischen großen Lebensaufgaben unseres Volkes prägt sich von Monat zu Monat schärfer in ihrer eigenen Zusammensetzung aus.

Die innere Festigkeit unserer Bewegung, die absolute Richtigkeit der Gedanken sowie der Grundlagen ihrer Organisation zeigten sich vielleicht am deutlichsten anlässlich der Überwindung aller Versuche unserer Gegner, durch innere Störungen die ihnen verhaßte Partei der deutschen Wiederaufstehung zu zersplittern.

So groß der Jubel unserer Feinde war, mit dem sie jedes scheinbare Anzeichen einer inneren Rebellion in unserer Bewegung begrüßten, so bitter war auch immer ihre Enttäuschung: Aus jeder Prüfung ist die Partei stärker herausgekommen, als sie hineinging. Das Jahr 1931 hat dies am schlagendsten bewiesen!

Nationalsozialisten und Nationalsozialistinnen! Ihr seht die Entwicklung heute klar hinter euch liegen und mögt daraus einen Blick in die Zukunft tun. Die Welt geht einer Entscheidung entgegen, die sich in Jahrtausenden oft nur einmal vollzieht.

Die bürgerlichen Parteien sehen das Weltgeschehen mit ihren Augen an. Klein und kurzsichtig, wie sie sind, vermuten sie auch in den Erscheinungen der Umwelt nur ihnen gleiche treibende Kräfte. Auch jetzt erkennen sie im Bolschewismus noch nicht die Zerstörung aller menschlichen Kulturen, sondern ein vielleicht sogar noch „interessantes Experiment eines neuen staatlichen Wollens“. Sie haben keine Ahnung davon, daß heute eine tausendjährige Kultur in ihren Grundfesten erschüttert wird, keine Vorstellung, daß, wenn der Bolschewismus endgültig siegt, nicht ein paar kümmerliche bürgerliche Regierungen zum Teufel gehen, sondern unersetzbare geschichtliche Traditionen ihre Beendigung finden. Ja, daß darüber hinaus ein Wendepunkt in der Entwicklung der Menschheit überhaupt als Endergebnis im schlimmsten Sinne des Wortes eintreten muß. Ein Sieg des Bolschewismus ist nicht nur das Ende unserer heutigen Völker, ihrer Staaten, ihrer Kulturen, ihrer Wirtschaft, sondern auch das Ende ihrer Religionen! Nicht Freiheit kommt aus dieser Welterschütterung, sondern barbarische Tyrannei auf der einen Seite und eine materialistische Vertierung des Menschen auf der anderen!

Wie so oft in der Geschichte der Völker wird auch dieses Mal Deutschland in seinem Schicksal von entscheidender Bedeutung sein für das Schicksal aller. Wenn erst einmal die Fahne der roten Menschheitsverdummung und Menschenvertierung über Deutschland aufgezo-gen wird, ist auch die andere Welt dem gleichen Los verfallen.

70 Jahre lang haben in Deutschland verruchte bürgerliche Parteien die Kraft des nationalen Gedankens verbraucht und unser Volk in einem hohen Grade dem Marxismus ausgeliefert. 70 Jahre lang haben die Parteien der Demokratie und vorgeblich später das streng christliche Zentrum in widernatürlicher Unzucht mit den Wegbereitern des Bolschewismus unser Volk verderben helfen.

Heute klammern sie sich in verwerflicher Herrschsucht an ein Regiment, das schon jetzt nicht mehr ihnen gehören würde, wenn ihre eigene Bedeutung allein maßgebend wäre.

Wenn die von uns geschaffene nationalsozialistische Bewegung als Gegengewicht gegen den Marxismus heute ausfiele, würde Deutschland morgen bolschewistisch sein.

Was aber will das Schicksal? Wenn dem Geschehen des nunmehr vergangenen Jahres ein innerer Sinn zugrundeliegen soll, dann kann es nur der sein, daß das Schicksal selbst klare Fronten will.

Das Bibelwort, das den Heißen oder Kalten anerkennt, den Lauen aber zum Aus-speien verdammt, sehen wir in unserem Volke in Erfüllung gehen. Die Mitte wird zer-hauen und zerschlagen. Die Kompromisse werden ein Ende nehmen. Dem internationalen Bolschewismus gegenüber steht heute im Nationalsozialismus die deutsche Nation. Der Allmächtige selbst schafft durch seinen gnädigen Willen die Voraussetzung zur Rettung unseres Volkes; indem er die laue Mitte vernichten läßt, will er uns den Sieg geben.

Nationalsozialisten! Wir gehen nunmehr in das neue Jahr hinein in der Überzeugung, daß es das schwerste Jahr des Kampfes unserer Bewegung sein wird.

Der Blick nach rückwärts zeigt uns zahllose Opfer. Solange wir eine kleine Partei vorstellten, waren wir berechtigt, in unseren eigenen Opfern die Größe der Verpflich-

1. Januar 1932

tung für unser Handeln zu erblicken. Seit uns die Vorsehung so große Erfolge gewährte, liegt das Maß unserer Pflichten Deutschland gegenüber in der Größe der Opfer, die unser Volk im Laufe seines geschichtlichen Werdens überhaupt auf sich genommen hat. Denn nicht um den Sieg einer Partei kämpfen wir, sondern um die Erhaltung unseres Volkes.

Angesichts der Größe dieser Opfer und dieser Aufgabe können wir nicht erwarten, daß der noch kommende Weg ein leichter sein wird!

Männer der nationalsozialistischen Bewegung! SA.- und SS.-Kameraden! Ich wiederhole, was ich das letzte Jahr von Euch forderte:

Männer meiner nationalsozialistischen Bewegung! Ich verlange von Euch nichts Ungesetzliches, fordere nichts, was Euer Gewissen in Konflikt mit dem Gesetze bringt, verlange aber, daß Ihr mir auf dem Wege, den das Gesetz genehmigt und mir mein Gewissen und meine Einsicht vorschreiben, in Treue folgt und Euer Schicksal mit meinem Schicksal verbindet.

Es wird ein Fegfeuer von Verleumdungen, Lügen, Fälschungen, Terror und Unterdrückung sein, durch das unsere Bewegung hindurch muß!

Unser Gegner fürchtet die Vergeltung für die Überzahl der Verbrechen, die er an unserem Volk verübte. Er wird daher vor keiner Gemeinheit und keiner Tat zurückschrecken, um den Sieg unserer Bewegung zu verhindern.

Nationalsozialisten! Rechnet von vornherein damit, und nichts wird Euch dann überraschen. Dann werdet Ihr alles überwinden.

Der Weg von 7 Mann auf 15 Millionen war schwerer, als der Weg von 15 Millionen zur deutschen Nation.

Wenn wir einst die Kühnheit besaßen, an unser gigantisches Ziel und seine Verwirklichung zu glauben, dann wollen wir heute den Mut besitzen, wie ein Ritter ohne Furcht und Tadel zwischen Hölle, Tod und Teufel hindurch den Weg zum Siege und zur Freiheit zu wählen.

Nationalsozialisten! Jeder von Euch sei stolz, im Jahre 1932 vom Gegner angegriffen zu werden!

Wen die marxistischen Fälscher und Zentrumsflügel und ihre Presse nicht befehlen, der taugt nichts für Deutschland und ist nichts wert für unser Volk!

Ringt Euch durch zu der Erkenntnis, daß unseren Feinden heute nur ein einziges Mittel zum Kampfe bleibt: die Lüge, und ermeßt daraus die Notwendigkeit einer auf Gedeih und Verderb zusammengeschweißten Gemeinschaft!

Kameraden! Wir wollen als Kämpfer in dieses neue Jahr hineinmarschieren, auf daß wir es als Sieger verlassen.

Es lebe unsere herrliche nationalsozialistische Kampfbewegung!

Es lebe unser ewig geliebtes deutsches Volk!

Deutschland erwache!

München, 1. Januar 1932.

Adolf Hitler.“

„Neujahrs-Befehl<sup>10)</sup> an die SA., SS., HJ. und das NSKK.

Das Jahr 1931 hat die unter dem Befehl der Obersten SA.-Führung zusammengefaßten Einheiten der Bewegung innerlich und zahlenmäßig gestärkt und gefestigt.

Das Heer der Braunhemden hat sich um ein vielfaches vermehrt.

Hohe Blutopfer hat die Bewegung tragen müssen. Für Ehre und Freiheit des Volkes fielen 46. Verwundet wurden 4804. Ihrer wollen wir vor allem in Treue und Dankbarkeit gedenken.

Die Opfer sind nicht umsonst gebracht. Aus dem Blute der Kämpfer sproß der Keim zu neuer Kraft.

Kameraden, ich danke Euch an der Schwelle des neuen Jahres für all das, was Ihr in entsagungs- und opferreichem Kampfe des vergangenen Jahres geleistet habt.

<sup>10)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 1/2 v. 1./2. 1. 1932.



1. Januar 1932

Ich spreche allen Führern und Männern der SA., SS., HJ. und des NSKK. meine uneingeschränkte Anerkennung aus.

Stolz auf das Erreichte des Jahres 1931 könnt Ihr mit froher Zuversicht in das neue Jahr treten.

Ihr seid die Hoffnung des deutschen Volkes.

Seid Eurer Sendung wert!

Der Oberste SA.-Führer: Adolf Hitler.“

Nach der Weimarer Verfassung betrug die Amtszeit des Reichspräsidenten, der durch direkte Wahl vom Volk gewählt werden mußte, sieben Jahre. Der Generalfeldmarschall des 1. Weltkriegs, Paul v. Hindenburg, war im Jahre 1925 als Kandidat der Rechtsparteien gewählt worden. Sein Lebensalter betrug im Jahre 1932 fast 85 Jahre, so daß er normalerweise nicht mehr als Kandidat in Frage gekommen wäre. Die Rechtsparteien, die ihn 1925 auf den Schild erhoben hatten, waren mit seiner verhältnismäßig verfassungstreuen Amtsführung ohnehin nicht einverstanden. Die Sozialdemokraten und vor allem das Zentrum aber klammerten sich im Jahre 1932 plötzlich an ihn. Der Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning (Zentrum) regierte mit Hilfe des Artikels 48 als Präsidialkanzler Hindenburgs autoritär und hätte bei einem neuen Reichspräsidenten kaum weiter im Amt bleiben können. Die Sozialdemokraten aber fürchteten bei einer Neuwahl das Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen oder gar die Wahl eines nationalsozialistischen Reichspräsidenten selbst.

Man verfiel auf ein parlamentarisches Manöver: Alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten sollten mit Zweidrittelmehrheit aus nationalen Gründen eine Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten v. Hindenburg im Reichstag beschließen.

Zu diesem Zweck wurde Hitler Anfang Januar 1932 sehr höflich zu Verhandlungen nach Berlin eingeladen. Die Reichsregierung hielt Hitler für so naiv, daß er Hindenburgs Amtsverlängerung zustimmen und sich der großartigen Gelegenheit, eine gewaltige Redekampagne zu starten, selbst begeben werde. Für ihn stand es von vorneherein fest, daß nur er als Kandidat der NSDAP. in Frage kommen konnte. Trotzdem erschien er in Berlin, und die parteiamtliche Korrespondenz der NSDAP. verbreitete am 8. Januar 1932 folgende Darstellung:<sup>11)</sup>

„Adolf Hitler wurde am Dienstag, den 5. Januar, telegraphisch zum Reichsinnenminister Groener zu einer Besprechung nach Berlin gebeten. Der Führer der Nationalsozialisten hatte am Mittwoch, 6. Januar, abends mit dem Reichsinnenminister Groener, und gestern, 7. Januar, nachmittags mit dem Reichskanzler Brüning und dem Reichsinnenminister Groener eine Besprechung, deren Gegenstand die Reichspräsidentenwahl war.

Adolf Hitler hat sich eine Stellungnahme dem Reichskanzler gegenüber vorbehalten, um vorher den Parteien der nationalen Opposition seine Auffassung mitzuteilen.“<sup>12)</sup>

<sup>11)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 9 v. 9. 1. 1932. Dr. h. c. Wilhelm Groener (geb. 1867 in Ludwigsburg, gest. 1939 in Berlin), 1918 letzter Generalquartiermeister, 1920 Reichsverkehrsminister, 1928 Reichswehrminister, 1931 Reichsinnenminister (beauftragt). — Dr. Heinrich Brüning (geb. 1885 in Münster i. W.), Reichskanzler 1930—1932.

<sup>12)</sup> Hitler verschwieg bei dieser Presseverlautbarung, daß er sich in Berlin auch mit dem General Kurt von Schleicher (geb. 1882 in Brandenburg a. d. H., ermordet am 30. 6. 1934 in Berlin) getroffen hatte. Schleicher war seit 1. 3. 1929 Chef des Ministeramts (Staatssekretär) des Reichswehrministeriums. Mit diesem einflußreichen General war Hitler durch seinen SA.-Stabschef Hauptmann a. D. Ernst Röhm (geb. 1887 in München, ermordet 1. 7. 1934 ebenda) bekannt geworden.

Hitler ließ Brüning und Groener, die der Presse mitteilten, die Besprechungen seien „in freundschaftlicher Form“ geführt worden<sup>13)</sup>, noch im unklaren. Er fuhr zunächst nach Lemgo, um dort am 8. Januar anläßlich der lippischen Kommunalwahlen zu sprechen. Es sei, so erklärte der Völkische Beobachter, die „gewaltigste Wahlkundgebung“ gewesen, die das Land Hermanns des Cheruskers je gesehen hat“<sup>14)</sup>.

Am 9. Januar war Hitler wieder in Berlin und hatte dort eine erneute einstündige Unterredung mit Brüning und Reichsminister Treviranus. Am Nachmittag folgte eine Unterredung mit Geheimrat Alfred Hugenberg<sup>14a)</sup>. Die Besprechungen mit der nationalen Opposition (Deutschnationale und Stahlhelm), die im Oktober 1931 bereits mit Hitler die sogenannte „Harzburger Front“<sup>15)</sup> gebildet hatten, wurden am 11. Januar im Hotel Kaiserhof fortgesetzt und endeten mit der Ablehnung der Amtszeitverlängerung „aus verfassungsrechtlichen Bedenken“, obwohl Staatssekretär Dr. Meißner vorher noch persönlich bei Hitler erschienen war<sup>16)</sup>.

Am 12. Januar richtete Hitler folgenden *Brief an Reichskanzler Brüning*:<sup>17)</sup>

„Berlin, 12. Januar 1932.

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Am 6. Januar 1932 teilte mir Reichsinnenminister General Groener mit, es bestände die Absicht, die Präsidentschaft des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg auf parlamentarischem Weg zu verlängern bzw. den Reichspräsidenten durch eine Zweidrittelmehrheit neu wählen zu lassen. Reichsinnenminister Groener bat mich um Stellungnahme meiner Partei zu diesem Vorhaben.

Ich beehre mich, Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, mitzuteilen, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei bei aller Verehrung für die Person des Herrn Reichspräsidenten nicht in der Lage ist, diesen Vorschlag zu unterstützen. Ich lehne daher namens der nationalsozialistischen Bewegung unsere Zustimmung ab. Die verfassungsrechtlichen, außen- und innenpolitischen sowie moralischen Gründe, die uns zu

---

Röhm hatte Hitler durch diese Beziehungen auch die erste Unterredung mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg am 10. 10. 1931 vermittelt, die allerdings nicht günstig verlaufen war. Hitler war während der Verhandlungen des Jahres 1932 außerordentlich stark auf Röhm angewiesen. Röhm und Hauptmann a. D. Hermann Göring (geb. 1893 in Rosenheim, Selbstmord 1946 in Nürnberg), Jagdflieger des 1. Weltkrieges und Pour-le-mérite-Ordensträger, waren für ihn die beiden Aktivposten, die er bei den Verhandlungen in Berlin wechselweise einsetzte. Schleicher verfolgte bei seinem Paktieren mit der NSDAP. eigene politische Pläne und glaubte, er könne hierbei Hitler und dessen Partei als Vorspann benutzen. Er bezahlte diesen Irrtum mit seinem Leben.

<sup>13)</sup> WTB.-Verlautbarung vom 8. 1. 1932.

<sup>14)</sup> Bericht im VB. Nr. 10/11 v. 10./11. 1. 1932.

<sup>14a)</sup> Dr. Alfred Hugenberg, geb. 1865 in Hannover, Geheimer Finanzrat, Inhaber nationalgerichteter Zeitungs- und Filmunternehmen (UFA), Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei, 1933 Reichswirtschaftsminister und Reichsminister für Ernährung u. Landwirtschaft (zurückgetreten 27. 6. 1933), gest. 1951 in Gut Rohbraken b. Rinteln.

<sup>15)</sup> Die „nationale Opposition“ (Nationalsozialisten, Deutschnationale, Stahlhelm und Reichslandbund) hatten sich am 11. 10. 1931 in Bad Harzburg zu einer Aktionsgemeinschaft, der „Harzburger Front“, zusammengeschlossen.

<sup>16)</sup> Vgl. Darstellung im VB. Nr. 12—14 v. 12.—14. 1. 1932 und Otto Meißner, Staatssekretär unter Ebert-Hindenburg-Hitler, Hamburg 1950, S. 216, ferner Heinrich Brüning, Ein Brief, Deutsche Rundschau (70) 1947, H. 7, S. 2 ff., Theodor Eschenburg, Die Rolle der Persönlichkeit in der Krise der Weimarer Republik — Hindenburg, Brüning, Groener, Schleicher, in Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (9) 1961, S. 1 ff., Erich Matthias, Hindenburg zwischen den Fronten, in Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (8) 1960, S. 75 ff., Thilo Vogelsang, Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr, in Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (2) 1954, S. 420 ff., ferner Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart-Düsseldorf 1955.

12. Januar 1932

dieser Stellungnahme bewegen, werde ich Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, mit einer eingehenden Darlegung umgehend zustellen.

Mit der Zusicherung vorzüglicher Hochachtung bin ich, sehr geehrter Herr Reichskanzler, Ihr sehr ergebener

Adolf Hitler.“

Die eingehende Darlegung der Gründe, die Hitler ankündigte, wurden Brüning am 16. Januar 1932 durch Göring übergeben. Der lange Brief<sup>17)</sup> war im Stil eines äußerst peniblen Staatsrechtlers gehalten, der selbst bei bestem Willen die parlamentarische Verlängerung der Reichspräsidentenamtszeit nicht gutheißen kann.

Brüning beging den Fehler, auf dieses langatmige, aber im Grunde nichtsagende Schriftstück zu antworten. Und nun war Hitler in seinem Element. Er brandmarkte Brüning als nationalen Konjunkturritter, der 1925 Hindenburg nicht gewählt habe und jetzt ihn als Schutzschild für seine schlechte Politik mißbrauchen wolle.

Der *offene Brief Hitlers an Brüning* vom 25. Januar 1932 (als Antwort auf dessen Brief vom 23. Januar 1932) hatte folgenden Wortlaut:<sup>18)</sup>

„Zu Ihren Auslassungen, Herr Reichskanzler, über die politischen Gründe, die mich als Führer der nationalsozialistischen Bewegung zwingen, bei aller Verehrung für die Person des Generalfeldmarschalls Ihren Versuch abzulehnen, erlaube ich mir folgendes zu bemerken:

Sie sehen in den Argumenten, die wir für unsere Ablehnung Ihres Vorschlages vorzubringen haben, eine unsachliche, aus rein parteipolitischen Interessen heraus bedingte Einstellung, während Sie zum Unterschiede davon für sich allein das Recht in Anspruch nehmen, nach ‚vaterländischen‘ und ähnlichen Gesichtspunkten zu handeln. Herr Reichskanzler, darf ich mir dann die Frage erlauben:

Haben Sie vor 7 Jahren, als das Zentrum die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten auf das schlimmste bekämpfte, und dem Generalfeldmarschall eine wirklich alles andere als ‚geschichtliche Gestalt‘ als Gegenkandidaten entgegenstellte, damals Ihre Stimme Herrn Marx gegeben, ebenfalls aus vaterländischen Erwägungen oder aus parteipolitischen? Oder sollte Ihrer Meinung nach vor 7 Jahren das vaterländische Interesse gegen Hindenburg gesprochen haben und erst heute dafür?

Herr Reichskanzler, Sie haben die rein persönliche Auffassung, daß heute Ihr parlamentarischer Versuch eine nationalpolitisch notwendige Tat sei, und ich habe die Überzeugung, daß die nationalpolitisch wichtigste Handlung die Beseitigung des heutigen Systems ist.

Sie schreiben in Ihrem Briefe, daß Sie zur ‚Steuer der Wahrheit‘ meinen ‚Theorien‘ durch den Hinweis auf die Tatsachen entgegneten müßten.

Herr Reichskanzler, ich habe Ihren Brief jetzt vielleicht schon ein Dutzendmal durchgelesen, aber ich suche vergebens diese ‚Tatsachen‘, deren Anführung anscheinend wohl vergessen wurde. Sie sagen, daß Sie es vom ‚vaterländischen Standpunkt‘ aus auffällig finden, daß ich die Hauptursache der deutschen Not auf unsere parteipolitischen Verhältnisse zurückführe. Herr Reichskanzler! Fürst Bismarck, der doch fraglos auch einen vaterländischen Standpunkt einnahm, und gerade deshalb vom Zentrum angehaßt und auf das furchtbarste beföhdet wurde, hat insbesondere, soweit es sich um die Parteien handelt, die Ihre tragenden Kräfte, Herr Reichskanzler, sind, die ganz gleichen Auffassungen über diese parteipolitischen Hauptursachen der deutschen Not gehabt.

<sup>17)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 14 v. 14. 1. 1932.

<sup>18)</sup> Voller Wortlaut im VB. Nr. 19 v. 19. 1. 1932; außerdem in „Hitlers Auseinandersetzung mit Brüning“, Eherverlag-Broschüre 1932.

<sup>19)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 29 v. 29. 1. 1932.

25. Januar 1932

Dann schreiben Sie — auch sehr wenig ‚tatsächlich‘ —, daß nach ‚fast allgemeiner Auffassung‘ ein ‚außenpolitischer Tatbestand‘ für unsere Not der Versailler Vertrag sei, mit seiner politischen und wirtschaftlich-finanziellen Ungerechtigkeit und Unvernunft, der sowohl unsere deutsche Not als auch die Weltnot verursache.

Sehr richtig, Herr Reichskanzler! Aber zu einem Versailler Vertrag wäre es nie gekommen, wenn nicht die hinter Ihnen stehenden Parteien des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Demokratie das alte Reich ausgehöhlt, zerstört und verraten hätten, wenn sie nicht die Revolution vorbereitet, durchgeführt oder zumindest akzeptiert und gedeckt hätten. Nicht ich, Herr Reichskanzler, habe jemals im Versailler Vertrag eine mögliche Basis für das Leben unseres Volkes oder das Gedeihen der Wirtschaft gesehen, aber die hinter Ihnen stehenden Parteien haben durch die Unterzeichnung dieses Vertrages seine Erfüllung zumindest als möglich vorgetäuscht. Derjenige, der als erster in Deutschland in unzähligen Massenversammlungen gegen diesen Vertrag Stellung nahm, war, um ‚geschichtlichen Verwechslungen vorzubeugen‘, ich, nicht Sie. Die unerbittliche Handhabung aber dieses Vertrages, die, wie Sie meinen, in den ersten 5 Jahren jeden deutschen Wiederaufbau zerstörte, wäre ganz unmöglich gewesen, wenn nicht gewisse ‚deutsche‘ Parteien zu jeder Erpressung, Schmach und Schande ihre Zustimmung gegeben hätten.

Ich gehe daher nicht ‚an den außenpolitischen Verhältnissen‘ vorbei, auch nicht an dem dadurch geschaffenen ‚Sachverhalt‘, sondern ich mache diejenigen verantwortlich, die durch ihr Wirken diese Verhältnisse entweder schufen oder zumindest begünstigten. So wie Bismarck einst die alte freisinnige Partei überwinden mußte, um Deutschland zu schmieden, müssen Ihre Parteien, Herr Reichskanzler, vernichtet werden, um Deutschland zu retten.

Herr Reichskanzler! Sie reden von ‚sachkundigen Männern aller Länder‘ und versuchen diese gegen uns auszuspielen. Wollen Sie etwa auch die Gutachten jener ‚Sachverständigen‘ anführen, die erst den Dawespakt und dann den Young-Plan dem deutschen Volk aufgeschwätzt haben, indem sie segensreiche Wirkungen für uns und die übrige Welt aus diesen ‚Verträgen‘ voraussagten? Herr Reichskanzler, nicht Ihre Sachverständigen haben die Entwicklung richtig prophezeit, sondern wir. Ich bin jederzeit bereit, die ‚Gutachten‘ Ihrer ‚Sachverständigen‘ unseren damaligen Warnungen angesichts des ganzen deutschen Volkes gegenüberzustellen. Selten wurden in einer für Deutschland furchtbareren Weise Gutachten von Regierungssachverständigen durch die Tatsachen widerlegt. Die heutige Katastrophe, Herr Reichskanzler, haben wir seit Jahren vorhergesagt, dafür wurden wir von Ihnen und Ihren Parteien als ‚staatsgefährliche Phantasten‘ verschrien.

Herr Reichskanzler! Sagen Sie aber, daß auch eine andere Reichsregierung auf Ihren Wegen weiter fortschreiten müßte, so billige ich Ihnen von Ihrem Standpunkt aus die Notwendigkeit einer solchen Einstellung zu; wie jeder Feldherr, und mag er noch so viele Niederlagen erlitten haben, immer noch überzeugt ist, daß es ein anderer nicht hätte besser machen können. Die Geschichte zeigt aber, daß es doch ein Unterschied ist, ob in einer an sich verzweifelten Situation ein Herzog von Braunschweig die Armee führt oder ein Gneisenau.

Endlich ermahnen Sie uns noch zu bedenken, daß außenpolitische Erfolge nur zu erzielen sind durch die Geschlossenheit, mit der sich die Nation hinter ihre Unterhändler stellt.

Herr Reichskanzler! Gewiß gab es eine Zeit, da war es die Pflicht jedes anständigen Menschen, sich hinter die Wahrer der deutschen Interessen zu stellen, die damals auf dem Schlachtfelde verteidigt wurden. In dieser furchtbarsten Zeit haben aber jene Parteien, auf die Sie sich heute stützen, diese Lehre überhaupt nicht befolgt!

Heute handelt es sich nun darum, diesen Saboteuren der deutschen Widerstandskraft endlich die Seele der Nation aus höchstem ‚vaterländischen Interesse‘ zu entreißen.

Sie können von uns nicht erwarten, Herr Reichskanzler, daß wir etwa den Young-Plan decken, dessen Erfüllung Ihre Parteien als einen entscheidenden Fortschritt bejubelten, wir aber von Anfang an als Wahnsinn erkannten. Sie können auch heute nicht erwarten, daß ein wirklich verantwortungsbewußter Deutscher zu Vorgängen Ja und

25. Januar 1932

Amen sagen wird, die nach aller menschlichen und geschichtlichen Erfahrung ein Volk nur in weiteres Unglück stürzen müssen. Ich zweifle keinen Augenblick, Herr Reichskanzler, daß, wenn Friedrich der Große, Freiherr vom Stein oder Bismarck verdammt wären, die Politik der letzten 13 Jahre als simple Staatsbürger zu verfolgen, sie nicht in Ihrem zentriert-demokratisch-marxistischen Verein stünden, sondern in der nationalen Opposition.

Ihnen, Herr Reichskanzler, schreibt das Gewissen den Weg vor, uns die Einsicht. Ihnen gibt Ihr Gewissen vielleicht noch Kraft, Ihren aussichtslosen Weg fortzusetzen, uns aber beseelt der Wille, an Stelle der unterwürfigen Illusionspolitik und dem internationalen Schlagwort-Geflunker der letzten 13 Jahre Vernunft und Mut zu Regenten unseres deutschen Lebens zu erheben.

Ich darf weiter mein Erstaunen darüber aussprechen, daß Sie, Herr Reichskanzler, nicht den Unterschied sehen wollen, zwischen rein informatorischen Besprechungen, die Sie mit mir hatten, über die ich demgemäß auch schwieg, und einem Ansinnen, das die Partei als solche bestimmen sollte, eine parlamentarische Aktion mitzumachen in einer Zeit, in der in ganz Deutschland den Nationalsozialisten staatsbürgerliche Rechte brutal vorenthalten werden: Denken Sie nur etwa daran, wie Preußen nationalsozialistische Beamte behandelt, denken Sie an die amtlichen Unterdrückungen, Verdächtigungen und Verfolgungen aller Art gegenüber dem Nationalsozialismus, denken Sie an die vielen hundert niedergeschlagenen ehrlichen Kämpfer meiner Bewegung; denken Sie daran, daß auch das Reich durch sein Verbot, Nationalsozialisten auch nur als einfache Werft-Arbeiter einzustellen, den Verfolgungsfeldzug gegen den Nationalsozialismus fördert!

Daß Sie, Herr Reichskanzler, angesichts dieser Umstände mein Erstaunen, von Ihnen zu einer solchen parlamentarischen Aktion beigezogen zu werden, nicht begreifen wollen oder können, zeigt eben doch, wie grundverschieden Ihr Denken von dem meinen ist.

Herr Reichskanzler! Sie nehmen als gutes Recht den Glauben in Anspruch, daß es kein anderer hätte besser machen können als Sie. Versagen Sie dann aber auch uns das Recht nicht, überzeugt zu sein, daß es keine Regierung hätte schlechter machen können als die Ihre.

München, den 25. Januar 1932.  
Braunes Haus

Adolf Hitler.“

Die Reden Hitlers im Januar 1932 beschäftigten sich mit der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Lage Deutschlands, enthielten aber noch nichts über seinen Entschluß, selbst für das Amt des Reichspräsidenten zu kandidieren. Dafür mußte der Boden noch bereitet werden.

Am 14. Januar widmete er der neugegründeten NS.-Partei Korrespondenz ein *Geleitwort*<sup>20)</sup>. Am 16. Januar gab er vor dem Amtsgericht Berlin-Moabit eine *Erklärung im Beleidigungsprozeß* ab, den der ehemalige SA.-Führer Hauptmann a. D. Stennes gegen ihn wegen Diffamierung als Polizeispitzel angestrengt hatte<sup>21)</sup>. Hitler wurde freigesprochen. Am 17. Januar hielt er eine *Rede vor nationalsozialistischen Studenten in den Berliner Tennishallen*<sup>22)</sup>. Am 23. Januar sprach er vor 7000 Parteigenossen in München (Zirkus Krone)<sup>23)</sup>.

Am 27. Januar aber landete Hitler einen ganz großen Coup. Er sprach, eingeführt durch den Großindustriellen Fritz Thyssen, vor dem Industrieklub in Düsseldorf. Wie bei fast allen großen Reden des Jahres 1932 trug er einen dunkelblauen zweireihigen Anzug mit schwarzer Krawatte.

Die in Düsseldorf versammelten Großindustriellen hörten Hitler größtenteils zum erstenmal. Die meisten von ihnen standen ihm beim Beginn seiner zweiein-

<sup>20)</sup> Wortlaut im VB. Nr. 16 v. 16. 1. 1932.

<sup>21)</sup> Auszug im VB. Nr. 19 v. 19. 1. 1932.

<sup>22)</sup> Auszug im VB. Nr. 20 v. 20. 1. 1932.

<sup>23)</sup> Auszug im VB. Nr. 26 v. 26. 1. 1932.

27. Januar 1932

halbstündigen Ansprache ohne Zweifel ablehnend gegenüber. Sie mißtrauten der NSDAP. schon wegen ihres sozialistischen Namens und erwarteten bestenfalls eine plumpe politische Parteipropaganda-Rede.

Obwohl Hitler bei dieser Ansprache, im Grunde genommen, nichts anderes vortrug als in seinen Massenversammlungen, erlagen die skeptischen Wirtschaftsführer sehr bald seiner Redekunst.

Er wandte auch hier seine bewährte Methode des Ermüdens an. Eineinhalb Stunden lang erging er sich in weitschweifigen „philosophischen“ Ausführungen über die angeblichen Ursachen der Weltkrise, über Persönlichkeits- und Volkswert, über das Kampf- und Leistungsprinzip, über den Herrsinn in Wirtschaft und Politik usw. Als er die Überzeugung gewonnen hatte, daß alle Zuhörer, einschließlich der ihm ungünstig gesonnenen, gründlich „durchgedreht“ und zu keinem geistigen Widerstand mehr fähig waren, ging er zu handgreiflicheren Passagen über und malte seinem hier sehr empfänglichen Auditorium die drohende kommunistische Gefahr an die Wand. Jetzt jonglierte er mit Zahlen und Prozentsätzen. 50 Prozent Deutsche seien, so behauptete er schlankweg, bolschewistisch orientiert, und wie könne unter diesen Umständen ein starkes und gesundes Deutschland geschaffen werden?

Bald holte Hitler für sein munter werdendes Publikum die nationalstischen Parolen hervor. Der Weltkrieg sei durch die geistige Verirrung des Marxismus verlorengegangen. Nur der Machtstaat könne der Krankheit in der Wirtschaft entgegentreten. Wesentlich für Deutschland sei, daß es eine Armee mit 8 Millionen Reservisten besitze. Im Staat müsse ein einheitlicher Oberbefehl gelten wie in der Armee, ja wie in der Kompanie! Er selbst sei nur ein namenloser deutscher Soldat gewesen „mit einer ganz kleinen Zinknummer auf der Brust“, heute seien er und seine Partei der letzte Aktivposten des deutschen Volkes überhaupt. Und selbst wenn er nur der Trommler des nationalen Deutschlands wäre, so würde dies allein schon die größere staatsmännische Tat sein.

Das Mittel des deutschen Wiederaufstiegs sei „die Wiederherstellung eines gesunden, nationalen und schlagkräftigen Volkskörpers, unduldsam und unerbittlich gegen jeden, der die Lebensinteressen der Nation nicht anerkennt, und im übrigen zu Freundschaft und Frieden bereit mit jedem, der Freundschaft und Frieden will“.

Mit diesem Schlußwort erhielt Hitler stürmischen, langanhaltenden Beifall. Aber nicht nur dies, sondern man öffnete ihm den „Nibelungenschatz“ der deutschen Industrie: einen Geheimfonds zur Bekämpfung des Bolschewismus, und die schlechte Kassenlage der Partei war für die bevorstehende Reichspräsidentenwahl behoben. Sie besserte sich, wie Goebbels niederschrieb<sup>24</sup>), „von Tag zu Tag“.

*Hitlers Rede vor dem Industrieklub in Düsseldorf* hatte folgenden Wortlaut:<sup>25</sup>)

„Wenn heute die nationalsozialistische Bewegung in weiten Kreisen Deutschlands als antiwirtschaftlich eingestellt gilt, dann, glaube ich, liegt der Grund darin, daß wir zu den Ereignissen, welche die Entwicklung zur heutigen Lage bedingten, seinerzeit eine andere Stellung einnahmen als die sonstigen Organisationen, die im öffentlichen Leben

<sup>24</sup>) Goebbels a. a. O. S. 42 (Tagebucheintragung vom 8. 2. 1932).

<sup>25</sup>) Auszug im VB. Nr. 110 v. 19. 4. 1932. Voller Wortlaut in der Eher-Broschüre „Vortrag Adolf Hitlers vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrie-Klub zu Düsseldorf“, München, April 1932. Die Wiedergabe erfolgt nach dieser Broschüre einschließlich der dort angeführten Beifallsäußerungen.

von Bedeutung sind. Auch jetzt unterscheidet sich unsere Auffassung in vielem von der unserer Gegner.

Nach unserer Überzeugung hat die Not nicht ihre letzte und tiefste Ursache in allgemeinen Weltvorgängen, die damit ja auch mehr oder weniger Korrekturmöglichkeiten für ein einzelnes Volk von vornherein ausschließen würden. Wenn es richtig wäre, daß die deutsche Not ihre zwangsläufige Ursache lediglich in einer sogenannten Weltkrise<sup>20)</sup> findet — einer Weltkrise, auf deren Verlauf wir naturgemäß als Volk keinen oder nur einen verschwindenden Einfluß ausüben können —, dann wäre die Zukunft für Deutschland als trostlos zu bezeichnen. Wie soll sich überhaupt ein Zustand ändern, für den es keine direkt Schuldigen gibt. Meiner Ansicht nach muß die Auffassung, nach der die Weltkrise allein schuld ist, in der Folge zu einem gefährlichen Pessimismus führen. Es ist nun einmal natürlich, daß, je mehr die Ursachen eines Zustandes der Beeinflussungsmöglichkeit des einzelnen entzogen werden, desto mehr der einzelne auch daran verzweifeln wird, einen solchen Zustand je noch ändern zu können. Das Ergebnis muß allmählich eine gewisse Lethargie sein, eine Gleichgültigkeit, ja am Ende vielleicht Verzweiflung.

Denn ich halte es für wichtig, vor allem mit der Auffassung der Weltbedingtheit unseres Schicksals grundsätzlich zu brechen. Es ist nicht wahr, daß unsere Not ihre letzte Ursache in einer Weltkrise, in einer Weltkatastrophe hat, sondern richtig ist, daß wir in eine allgemeine Krise hineingerieten, weil bei uns von vornherein gewisse Fehler gemacht worden sind. Ich kann nicht sagen: ‚Nach allgemeiner Auffassung ist der Friedensvertrag von Versailles die Ursache unseres Unglücks.‘ Was ist der Friedensvertrag von Versailles anderes als ein Menschenwerk? Es ist nicht etwas von der Vorsehung uns Aufgebürdetes oder Aufgeladens. Es ist ein Menschenwerk, für das selbstverständlich auch wieder Menschen mit ihren Vorzügen oder mit ihren Fehlern verantwortlich gemacht werden müssen. Wäre es anders, wie sollten dann Menschen dieses Werk überhaupt wieder beseitigen können! Ich bin der Meinung, daß es keinen durch menschliches Willen veranlaßten Vorgang gibt, der nicht auch wieder durch ein anderes menschliches Willen zu ändern wäre.

Sowohl der Friedensvertrag von Versailles als auch sämtliche Folgen dieses Vertrages sind das Ergebnis einer Politik gewesen, die man vielleicht vor fünfzehn, vierzehn oder dreizehn Jahren zumindest in den Feindstaaten als richtig ansah, die, von uns aus betrachtet, aber verhängnisvoll sein mußte, wenn sie auch noch vor zehn und weniger Jahren von Millionen von Deutschen gedeckt wurde und sich heute in ihrer ganzen Unmöglichkeit enthüllt. Ich muß also feststellen, daß auch in Deutschland eine unbedingte Schuld an diesen Vorgängen vorhanden sein muß, wenn ich überhaupt glauben will, daß das deutsche Volk noch Einfluß auf den Wandel dieser Verhältnisse ausüben könne.

Es ist meines Erachtens auch falsch, zu sagen, daß das derzeitige Leben Deutschlands nur von außenpolitischen Gesichtspunkten bestimmt werde, daß das Primat der Außenpolitik unser ganzes inneres Leben heute regle. Gewiß kann ein Volk so weit kommen, daß außenpolitische Verhältnisse sein inneres Leben völlig beeinflussen und bestimmen. Aber man sage nicht, daß dieser Zustand dann ein natürlicher oder von vornherein gewollter sei. Es ist vielmehr wichtig, daß ein Volk die Voraussetzungen schafft für einen Wandel dieses Zustandes.

Wenn mir jemand sagt, daß die Außenpolitik in erster Linie entscheidend sei für das Leben eines Volkes, dann muß ich vorher die Frage stellen: Was heißt denn überhaupt ‚Politik‘? Es gibt eine Reihe von Definitionen: Friedrich der Große sagt: ‚Politik ist die Kunst, seinem Staat mit allen Mitteln zu dienen.‘ Bismarck erklärt: ‚Politik ist die Kunst des Möglichen‘ — ausgehend von dem Gedanken, daß im Bereiche des Möglichen alles geschehen soll, um dem Staat und — in der späteren Umwandlung zum Nationalitätenbegriff — der Nation zu dienen. Wieder ein anderer meint, daß dieser Dienst am Volke sich sowohl mit friedlichen als auch mit kriegerischen Mitteln vollziehen kann. Denn Clausewitz sagt: ‚Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik, wenn auch mit anderen

<sup>20)</sup> Gemeint ist die „Weltwirtschaftskrise“ 1931/32.

Mitteln.' Umgekehrt meint Clemenceau, daß der Friede heute nichts anderes sei als die Fortsetzung des Kampfes und die Verfolgung des Kampfzieles, wenn auch wiederum mit anderen Mitteln. Kurz: Die Politik ist nichts anderes und kann nichts anderes sein als die Wahrnehmung der Lebensinteressen eines Volkes und die praktische Durchführung seines Lebenskampfes mit allen Mitteln. Es ist somit ganz klar, daß dieser Lebenskampf zunächst seinen Ausgang vom Volk selbst nimmt, und daß das Volk gleichzeitig das Objekt, der Wert an sich ist, der erhalten werden soll. Alle Funktionen dieses Volkskörpers sollen letzten Endes nur einen Zweck erfüllen, die Erhaltung eben dieses Körpers für die Zukunft sicherzustellen. Ich kann darum weder sagen, daß die Außenpolitik, noch daß die Wirtschaftspolitik von primärer Bedeutung ist. Natürlich wird ein Volk, um leben zu können, einer Wirtschaft bedürfen. Allein diese Wirtschaft ist auch nur eine der Funktionen dieses Volkskörpers, um existieren zu können. Wesentlich aber ist zunächst der Ausgangspunkt selbst, nämlich das Volk an sich.

Man darf nicht sagen, daß die Außenpolitik den Weg eines Volkes ausschlaggebend bestimme, sondern man muß sagen, daß zunächst das Volk in seinem inneren Wert, in der Organisation und in der Erziehung zu diesem Werte sich selbst einen Weg innerhalb der umgebenden Welt vorzeichnet. Ich darf nicht sagen, daß die Außenpolitik das Volk irgendwie maßgeblich im Werte verändern könnte, sondern ich muß sagen: Jedes Volk hat den Kampf für die Wahrnehmung seiner Interessen zu führen und kann nur den Kampf führen, der seinem innersten Wesen, seinem Werte, seinen Fähigkeiten, der Güte seiner Organisation usw. entspricht. Natürlich werden dann auch die außenpolitischen Verhältnisse wieder rückwirkende Einflüsse ausüben. Allein wir erleben es ja: Welch ein Unterschied in der Reaktion der einzelnen Völker auf außenpolitische Verhältnisse! Die Reaktion wird bestimmt durch die innere Verfassung, durch den inneren Wert, durch die Veranlagung, durch die Fähigkeiten eines jeden Volkes. Ich kann daher feststellen, daß selbst bei gleichbleibendem Grundwert einer Nation Verschiebungen in der inneren Organisation des Lebens dieser Nation bereits zu einer Veränderung der Stellungnahme nach außen führen können.

Es ist daher falsch, zu sagen, daß die Außenpolitik ein Volk forme; vielmehr regeln die Völker ihre Beziehungen zur übrigen Welt entsprechend den ihnen innewohnenden Kräften und entsprechend der Erziehung zum Einsatz dieser Kräfte. Wir können ganz überzeugt sein, daß, wenn an Stelle des heutigen Deutschland ein anderes Deutschland gestanden hätte, auch die Stellungnahme zur übrigen Welt wesentlich anders gewesen wäre. Vermutlich würden aber damit auch die Einflüsse der übrigen Welt in einer anderen Form in Erscheinung getreten sein. Dies abstreiten, bedeutet: Deutschlands Schicksal kann nicht mehr geändert werden, ganz gleichgültig, welches Regiment in Deutschland herrscht. Wenn eine solche Auffassung vertreten wird, so kann man auch sofort die Wurzel und die Erklärung hierfür finden: immer sind die Behauptungen, daß das Schicksal eines Volkes nur vom Auslande bestimmt wird, Ausflüchte schlechter Regierungen gewesen. Schwache und schlechte Regierungen haben zu allen Zeiten mit diesem Argument gearbeitet, um damit ihr eigenes Versagen oder das ihrer Vorgänger, das Versagen ihrer ganzen traditionsgebundenen und festgelegten Richtung zu entschuldigen und von vornherein zu erklären: Jeder andere an dieser Stelle könnte es nicht anders machen. Denn was könnte er Verhältnissen gegenüber, die nun einmal feststehen und in der übrigen Welt wurzeln, mit seinem Volke — das dann natürlich auch als ein festgelegter Wert aufgefaßt werden muß — beginnen?

Ich vertrete demgegenüber eine andere Erkenntnis: Drei Faktoren bestimmen wesentlich das politische Leben eines Volkes.

Erstens der innere Wert eines Volkes, der als Erbmasse und Erbgut durch die Generationen hindurch immer und immer wieder weitergegeben wird, ein Wert, der nur dann eine Veränderung erfährt, wenn der Träger dieses Erbgutes, das Volk, sich in seiner inneren blutsmäßigen Zusammensetzung selbst verändert. Sicher ist, daß bestimmte Charakterzüge, bestimmte Tugenden und bestimmte Laster bei Völkern solange immer wiederkehren, solange ihre innere Natur, ihre blutsmäßige Zusammensetzung sich nicht wesentlich geändert hat. Ich kann die Tugenden und die Laster unseres deutschen Volkes bei



den römischen Schriftstellern schon genau so feststellen wie ich sie heute sehe. Dieser innere, das Leben des Volkes bestimmende Wert kann aber, wenn nicht durch blutsmäßige Veränderung der Substanz, durch nichts beseitigt werden. Vorübergehend mögen ihn unlogische Organisation des Lebens oder unvernünftige Erziehung beeinträchtigen. Aber dann wird nur seine Auswirkung verhindert, während der Grundwert an sich nach wie vor vorhanden ist. Dieser ist der große Quell aller Hoffnungen für den Wiederaufstieg eines Volkes. Hier liegt das Recht, zu glauben, daß ein Volk, das im Laufe von Jahrtausenden zahllose Beispiele höchsten inneren Wertes gegeben hat, nicht plötzlich von heute auf morgen diesen angeborenen, erbmäßig übernommenen Wert verloren haben kann, sondern daß dieses Volk eines Tages diesen Wert wieder zur Wirksamkeit bringt. Wäre dies nicht der Fall, so könnte der Glaube von Millionen von Menschen an eine bessere Zukunft — die mystische Hoffnung auf ein neues Deutschland — nicht verständlich sein. Es wäre unverständlich, wieso dieses deutsche Volk, am Ende des Dreißigjährigen Krieges von 18 auf 13<sup>1/2</sup> Millionen Menschen zusammengeschrumpft, wieder die Hoffnung fassen konnte, durch Arbeit, durch Fleiß und durch Tüchtigkeit emporzukommen, wie in diesem völlig zerstoßenen Volke doch wieder das Sehnen nach einer neuen staatlichen Fassung Hunderttausende und endlich Millionen ergriff. Es wäre unbegreiflich, wenn nicht in all diesen einzelnen Menschen unbewußt etwas von der Überzeugung läge, daß ein Wert an sich vorhanden ist, der durch die Jahrtausende immer wieder in Erscheinung trat, manches Mal durch eine schlechte Führung, durch schlechte Erziehung, durch eine schlechte Konstruktion des Staates vielleicht zurückgedrängt und in seiner Auswirkung behindert wurde, aber am Ende sich immer wieder durchrang — immer wieder der Welt das wunderbare Schauspiel eines neuen Emporstehens unseres Volkes gebend.

Ich sagte, daß dieser Wert verdorben werden kann. Es sind aber vor allem noch zwei andere, innerlich verwandte Erscheinungen, die wir in den Verfallszeiten der Nationen immer wieder feststellen können. Die eine ist der Ersatz des Persönlichkeitswertes durch einen nivellierenden, zahlenmäßigen Begriff in der Demokratie. Die andere ist die Negierung des Volkswertes, die Verneinung der Verschiedenartigkeit der Veranlagung, der Leistung usw. der einzelnen Völker. Wobei die beiden Erscheinungen einander bedingen oder zumindest in der Entwicklung beeinflussen. Internationalismus und Demokratie sind unzertrennliche Begriffe. Es ist nur logisch, daß die Demokratie, die im Inneren eines Volkes den besonderen Wert des einzelnen negiert und einen Gesamtwert, einen Zahlenwert an dessen Stelle setzt, im Völkerleben genau so verfährt und dort zum Internationalismus ausartet. Im großen heißt es: Es gibt keine angeborenen Volkswerte, sondern es treten höchstens vielleicht augenblickliche Erziehungsunterschiede in Erscheinung; aber zwischen Negern, Ariern, Mongolen und Rothäuten besteht kein wesentlicher Wertunterschied. Diese Auffassung, die die Basis unserer ganzen heutigen internationalen Gedankenwelt ist und in ihren Auswirkungen so weit führt, daß endlich ein Neger in den Sitzungen des Völkerbundes präsidieren kann, führt zwangsläufig in der weiteren Konsequenz dahin, daß man gleicherweise erst recht innerhalb eines Volkes Unterschiede im Werte der einzelnen Angehörigen dieses Volkes negiert. Damit kann natürlich auch jede vorhandene besondere Fähigkeit, jeder vorhandene Grundwert eines Volkes praktisch wirkungslos gemacht werden. Denn die Größe eines Volkes ergibt sich nicht aus der Summierung aller Leistungen, sondern letzten Endes aus der Summierung der Spitzenleistungen. Man sage nicht, daß das Bild, das die Kultur der Menschen als ersten Eindruck vermittelt, der Eindruck der Gesamtleistung sei. Dieses ganze Kulturgebäude ist in den Fundamenten und in allen Steinen nichts anderes als das Ergebnis der schöpferischen Fähigkeit, der Leistung der Intelligenz, des Fleißes einzelner Menschen, in den größten Ergebnissen auch die große Schlußleistung einzelner gottbegnadeter Genies, in den Durchschnittsergebnissen die Leistung der durchschnittlich fähigen Menschen und im Gesamtergebnis zweifellos das Resultat aus der Anwendung der menschlichen Arbeitskraft zur Verwertung der Schöpfungen von Genies und Talenten. Damit aber ist es natürlich, daß, wenn die immer in der Minderzahl befindlichen fähigen Köpfe einer Nation wertmäßig gleichgesetzt werden all den anderen, damit langsam eine Majorisie-

rung des Genies, eine Majorisierung der Fähigkeit und des Persönlichkeitswertes eintreten muß, eine Majorisierung, die man fälschlicherweise dann mit Volksherrschaft bezeichnet. Denn dies ist nicht Volksherrschaft, sondern in Wirklichkeit Herrschaft der Dummheit, der Mittelmäßigkeit, der Halbheit, der Feigheit, der Schwäche, der Unzulänglichkeit. Es ist mehr Volksherrschaft, ein Volk auf allen Gebieten des Lebens von seinen fähigsten, dafür geborenen Einzelwesen regieren und leiten zu lassen, als alle Gebiete des Lebens von einer jeweils diesen Gebieten naturnotwendigerweise fremd gegenüberstehenden Majorität verwalten zu lassen.

Damit aber wird die Demokratie praktisch zur Aufhebung der wirklichen Werte eines Volkes führen. Es ist daher auch erklärlich, daß Völker mit einer großen Vergangenheit, von dem Zeitpunkt an, da sie sich unbegrenzter demokratischer Massenherrschaft hingeben, langsam ihre frühere Stellung einbüßen; denn die vorhandenen und möglichen Spitzenleistungen Einzelner auf allen Gebieten des Lebens werden nunmehr dank der Vergewaltigung durch die Zahl praktisch unwirksam gemacht. Damit aber wird ein solches Volk allmählich nicht nur an kultureller, nicht nur an wirtschaftlicher Bedeutung, sondern an Gesamtbedeutung überhaupt verlieren. Es wird in verhältnismäßig kurzer Zeit im Rahmen der übrigen Welt nicht mehr den Wert von ehemals darstellen. Es muß damit aber auch zwangsläufig eine Verschiebung in seiner Interessenwahrnehmung der übrigen Welt gegenüber eintreten. Es ist nicht gleichgültig, ob ein Volk etwa in eine Zeit von 1807 bis 1813 unter der Führung fähigster Köpfe hineingeht, denen eine unerhörte Autorität gegeben wird, oder ob es in eine ähnliche Zeit wie 1918 bis 1921 unter der Führung des parlamentarischen Massenwahns marschiert. In einem Fall sieht man als Ergebnis des inneren Lebensaufbaus der Nation höchste Leistungen, die wohl im Volkswert schon begründet sind, aber deren Auswirkungen so erst ermöglicht werden, während im anderen Falle sogar der an sich vorhandene Wert nicht mehr in Erscheinung tritt. Ja, es kann soweit kommen, daß dann ein unbedingt fleißiges Volk, in dessen ganzem Leben sich scheinbar kaum etwas geändert hat — besonders im Hinblick auf die Anstrengungen der einzelnen —, in seiner Gesamtleistung so viel verliert, daß sie der Welt gegenüber nicht mehr ins Gewicht fällt.

Es kommt aber noch ein Drittes hinzu: Nämlich die Meinung, daß das Leben auf dieser Welt, nachdem man schon den Persönlichkeitswert und den besonderen Volkswert leugnet, nicht durch Kampf erhalten werden müsse. Eine Auffassung, die vielleicht belanglos wäre, wenn sie sich nur in einzelnen Köpfen festsetzte, die aber von entsetzlichen Folgen ist, weil sie langsam ein ganzes Volk vergiftet. Es ist nicht so, daß derartige allgemein-weltanschauliche Veränderungen nur an der Oberfläche blieben oder nur rein geistige Vorgänge bedeuteten. Nein, sie wirken sich über kurz oder lang bis in die Tiefe hinein aus, alle Lebensäußerungen des Volkes beeinflussend.

Ich darf Ihnen ein Beispiel anführen: Sie haben die Auffassung, meine Herren, daß die deutsche Wirtschaft aufgebaut sein müsse auf dem Gedanken des Privateigentums. Nun können Sie einen solchen Gedanken des Privateigentums praktisch nur dann aufrecht erhalten, wenn er irgendwie auch logisch fundiert erscheint. Dieser Gedanke muß seine ethische Begründung aus der Einsicht in die naturgegebene Notwendigkeit ziehen. Er kann nicht etwa damit allein motiviert werden, daß man sagt: Es war bisher so, also muß es auch weiter so sein. Denn in Perioden großer staatlicher Umwälzungen, der Völkerverschiebungen und der Veränderung des Denkens können Einrichtungen, Systeme usw. nicht nur deshalb unberührt bleiben, weil sie bisher in der gleichen Form bestanden. Es ist das Charakteristische aller wirklich großen revolutionären Epochen der Menschheit, daß sie über solche, nur durch das Alter geheiligte oder auch nun scheinbar durch das Alter geheiligte Formen mit einer Leichtigkeit sondergleichen hinweggehen. Es ist daher nötig, derartige überlieferte Formen, die aufrecht erhalten bleiben sollen, so zu begründen, daß sie als unbedingt notwendig, als logisch und richtig angesehen werden können. Und da muß ich sagen: das Privateigentum ist nur dann moralisch und ethisch zu rechtfertigen, wenn ich annehme, daß die Leistungen der Menschen verschieden sind. Erst dann kann ich feststellen: weil die Leistungen der Menschen verschieden sind, sind auch die Ergebnisse der Leistungen verschieden.

Wenn aber die Ergebnisse der Leistungen der Menschen verschieden sind, ist es zweckmäßig, auch die Verwaltung dieser Ergebnisse ungefähr im entsprechenden Verhältnis den Menschen zu überlassen. Es würde unlogisch sein, die Verwaltung des Ergebnisses einer bestimmten an eine Persönlichkeit gebundenen Leistung dem nächstbesten Minderleistungsfähigen oder einer Gesamtheit zu übertragen, die schon durch die Tatsache, daß sie die Leistung nicht vollbrachte, bewiesen hat, daß sie nicht fähig sein kann, das Ergebnis zu verwalten. Damit muß zugegeben werden, daß die Menschen wirtschaftlich nicht auf allen Gebieten von vornherein gleich wertvoll, gleich bedeutend sind. Dies zugegeben, ist es jedoch Wahnsinn zu sagen: Auf wirtschaftlichem Gebiete sind unbedingt Wertunterschiede vorhanden, auf politischem Gebiete aber nicht! Es ist ein Widersinn, wirtschaftlich des Leben auf dem Gedanken der Leistung, des Persönlichkeitswertes, damit praktisch auf der Autorität der Persönlichkeit aufzubauen, politisch aber diese Autorität der Persönlichkeit zu leugnen und das Gesetz der größeren Zahl, die Demokratie, an dessen Stelle zu schieben. Es muß damit langsam ein Zwiespalt zwischen der wirtschaftlichen und der politischen Auffassung entstehen; den zu überbrücken man durch Angleichung der ersteren an die letztere versuchen wird — versucht hat, denn dieser Zwiespalt ist nicht nur blanke, blasse Theorie geblieben. Der Gedanke der Gleichheit der Werte ist unterdessen nicht nur politisch, sondern auch schon wirtschaftlich zum System erhoben worden. Und nicht etwa bloß in einer abstrakten Theorie: nein, dieses wirtschaftliche System lebt in gigantischen Organisationen — ja, es hat heute bereits ein Riesengebiet staatlich erfaßt.

Ich kann aber nicht zwei Grundgedanken als auf die Dauer möglich und tragend für das Leben eines Volkes ansehen. Ist die Auffassung richtig, daß die menschliche Leistung unterschiedlich ist, muß es auch richtig sein, daß der Wert der Menschen im Hinblick auf die Hervorbringung bestimmter Leistungen verschieden ist. Es ist dann aber unsinnig, dies nur in Bezug auf ein bestimmtes Gebiet gelten lassen zu wollen, auf dem Gebiet der Wirtschaft und ihrer Führung, aber nicht auf dem Gebiet der Führung des Gesamtkampfes um das Leben, nämlich auf dem Gebiet der Politik. Es ist vielmehr logisch, daß, wenn ich auf dem Gebiet der Wirtschaft die absolute Anerkennung der besonderen Leistungen als die Voraussetzung jeder höheren Kultur anerkenne, ich dann politisch ebenso die besondere Leistung und damit die Autorität der Persönlichkeit voranstellen muß. Wenn aber demgegenüber behauptet wird — und zwar gerade von wirtschaftlicher Seite —, daß auf politischem Gebiet besondere Fähigkeiten nicht nötig seien, sondern daß hier eine absolute Gleichförmigkeit der Leistung bestehe, dann wird man eines Tages diese selbe Theorie von der Politik auch auf die Wirtschaft übertragen. Der politischen Demokratie analog ist auf wirtschaftlichem Gebiet aber der Kommunismus. Wir befinden uns heute in einer Periode, in der diese beiden Grundprinzipien in allen Grenzgebieten miteinander ringen und auch bereits in die Wirtschaft eindringen.

Ein Beispiel: Das Leben fußt in seiner praktischen Betätigung auf der Bedeutung der Persönlichkeit. Es wird jetzt langsam bedroht durch die Herrschaft der Zahl. Im Staat steht aber eine Organisation — das Heer —, die überhaupt nicht irgendwie demokratisiert werden kann, ohne daß sie sich selbst aufgibt. Allein schon ein Beweis für die Schwäche einer Weltanschauung, daß sie nicht auf alle Gebiete des Gesamtlebens anwendbar ist. Mit anderen Worten: die Armee kann nur bestehen unter Aufrechterhaltung des absolut antidemokratischen Grundsatzes unbedingter Autorität nach unten und absoluter Verantwortlichkeit nach oben, während demgegenüber die Demokratie praktisch völlige Abhängigkeit nach unten und Autorität nach oben bedeutet. Das Ergebnis aber ist, daß in einem Staat, in dem das ganze politische Leben — angefangen bei der Gemeinde und endigend im Reichstag — sich auf dem Gedanken der Demokratie aufbaut, die Armee allmählich ein Fremdkörper werden muß, und zwar ein Fremdkörper, der auch unbedingt als Fremdkörper empfunden wird. Es ist für die Demokratie eine fremde Vorstellung, eine fremde Weltanschauung, die diesen Körper beseelt. Ein innerer Kampf zwischen der Vertretung der Demokratie und der Vertretung der Autorität muß die zwangsläufige Folge sein, ein Kampf, wie wir ihn auch in Deutschland erleben.

Man kann nicht annehmen, daß in diesem Ringen plötzlich ein Stillstand eintreten könnte. Nein, im Gegenteil: dieses Ringen wird fortgesetzt, bis eine Nation entweder endgültig im Internationalismus und in der Demokratie versinkt und damit der völligen Auflösung anheimfällt oder sich wieder eine neue logische Form des inneren Lebens schafft.

Daraus ergibt sich, daß die Erziehung zum Pazifismus sich notwendigerweise bis ins kleinste Einzelleben auswirken muß. Der Gedanke des Pazifismus ist logisch, wenn ich eine allgemeine Völker- und Menschengleichheit annehme. Denn was soll dann der Kampf noch für einen Sinn haben? Der Gedanke des Pazifismus in die praktische Wirklichkeit und auf alle Gebiete übersetzt, muß langsam zu einer Zerstörung des Konkurrenztriebes, des Ehrgeizes zur besonderen Leistung jeder Art führen. Ich kann nicht sagen: Politisch werden wir Pazifisten, verwerfen wir den Gedanken der Notwendigkeit, sich das Leben durch Kampf zu bewahren — wirtschaftlich aber wollen wir scharfe Konkurrenten bleiben. Wenn ich den Kampfgedanken an sich beseitige, ist es ganz belanglos, wenn er für Einzelgebiete noch bleibt. Über die Leistungen im einzelnen sind am Ende politische Entschlüsse entscheidend. Sie können durch 50 Jahre auf dem Boden des Autoritätsstandpunktes, auf dem Boden des Leistungsprinzips die beste Wirtschaft aufrichten; Sie können durch 50 Jahre Werke aufbauen; Sie können durch 50 Jahre Vermögen anhäufen, und Sie können in drei Jahren verfehlter politischer Entschlüsse alle Ergebnisse dieser 50 Jahre wieder zerstören (Lebhafte Zustimmung). Das ist auch selbstverständlich, weil eben die politischen Entschlüsse aus einer anderen Wurzel gezogen wurden, als die aufbauenden wirtschaftlichen.

Zusammenfassend: Ich sehe zwei Prinzipien, die sich schroff gegenüberstehen: das Prinzip der Demokratie, das überall, wo es sich praktisch auswirkt, das Prinzip der Zerstörung ist. Und das Prinzip der Autorität der Persönlichkeit, das ich als das Leistungsprinzip bezeichnen möchte, weil alles, was überhaupt Menschen bisher leisteten, alle menschlichen Kulturen nur aus der Herrschaft dieses Prinzips heraus denkbar sind.

Der Wert eines Volkes an sich, die Art der inneren Organisation, durch die dieser Wert sich auswirken soll, und die Art der Erziehung sind die Ausgangspunkte für das politische Handeln eines Volkes und damit die Grundlagen für die Ergebnisse dieses Handelns.

Glauben Sie doch nicht, daß ein Volk, das sich so seiner Werte beraubte wie das deutsche, in früheren Jahrhunderten besser fuhr, ob Weltkrise oder nicht. Wenn ein Volk den Weg nimmt, den wir genommen haben — praktisch schon seit dreißig oder fünfunddreißig Jahren, offiziell seit dreizehn Jahren —, dann kann es nirgends anders hingelangen als dorthin, wo sich zur Zeit Deutschland befindet. Daß sich nun heute die Krisenerscheinungen fast über die ganze Welt hin verbreiten, ist verständlich, wenn man bedenkt, daß die Erschließung der Welt heute in einem Umfang erfolgt ist und die gegenseitigen Beziehungen in einer Weise verstärkt sind, wie es vor 50, 80 oder 100 Jahren kaum möglich schien. Und trotzdem ist es falsch, zu glauben, daß der Vorgang nur jetzt, im Jahre 1932, denkbar sei. Nein, ähnliches hat die Weltgeschichte schon mehr als einmal erlebt. Immer dann, wenn bestimmte Beziehungen der Völker entsprechende Lagen schufen, mußte eine Erkrankung dieser Völker um sich greifen und die Gesamtlage beeinflussen.

Es ist natürlich billig zu sagen: Wir wollen warten, bis die allgemeine Lage sich ändert. Das ist unmöglich. Denn die Lage, die Sie heute vor sich sehen, ist nicht etwa die Folge einer göttlichen Willensoffenbarung, sondern das Ergebnis menschlicher Schwächen, menschlicher Fehler, menschlicher Trugschlüsse. Es ist nur natürlich, daß zuerst in diesen Ursachen eine Wandlung eintreten muß und somit zuerst die Menschen einem inneren Wandel anheimgegeben werden müssen, ehe man mit einer Änderung der Lage rechnen darf.

Das ergibt sich schon bei einem Blick auf die heutige Weltlage: Wir haben eine Anzahl von Nationen, die auf Grund eines ihnen angeborenen überragenden Wertes sich eine Lebenshaltung schufen, die in keinem Verhältnis steht zu dem Lebensraum, den sie in dichten Siedelungen bewohnen. Wir haben die sogenannte weiße Rasse, die sich seit

27. Januar 1932

dem Zusammenbruch der Antike im Laufe von rund tausend Jahren eine Vorzugsstellung in der Welt verschafft hat. Ich kann die wirtschaftlich bevorzugte Herrenstellung der weißen Rasse der übrigen Welt gegenüber aber gar nicht verstehen, wenn ich sie nicht in engsten Zusammenhang bringe mit einer politischen Herrenauffassung, die der weißen Rasse als etwas Natürliches seit vielen Jahrhunderten eigen gewesen und von ihr nach außen hin vertreten worden ist. Greifen Sie irgend ein einzelnes Gebiet heraus, nehmen Sie etwa Indien: England hat Indien nicht auf dem Wege von Recht und Gesetz erworben, sondern ohne Rücksicht auf Wünsche, Auffassungen oder Rechtskundgebungen der Eingeborenen und hat diese Herrschaft, wenn nötig, mit der brutalsten Rücksichtslosigkeit aufrecht-erhalten. Genau so wie Cortez oder Pizarro Zentralamerika und die Nordstaaten von Südamerika einst nicht auf Grund irgendwelcher Rechtsansprüche sich aneigneten, sondern aus dem absoluten, angeborenen Herrengefühl der weißen Rasse. Die Besiedelung des nordamerikanischen Kontinents ist ebensowenig aus irgendwelchen, nach demokratischer oder internationaler Auffassung höheren Rechtsansprüchen erfolgt, sondern aus einem Rechtsgefühl, das seine Wurzel einzig in der Überzeugung von der Überlegenheit und damit vom Recht der weißen Rasse besaß. Wenn ich mir diese Geistesverfassung wegdenke, die im Laufe der letzten drei, vier Jahrhunderte der weißen Rasse die Welt erobert hat, dann würde tatsächlich das Schicksal dieser Rasse nicht anders sein als etwa das Schicksal der Chinesen: eine maßlos zusammengepreßte Menschenmasse auf außerordentlich beengtem Boden, eine Überbesiedlung mit all ihren zwangsläufigen Folgen. Wenn das Schicksal die weiße Rasse einen anderen Weg gehen ließ, dann nur deshalb, weil diese weiße Rasse überzeugt war, ein Recht zu besitzen, die übrige Welt zu organisieren. Ganz gleichgültig, wie sich im einzelnen dieses Recht nach außen vertrat — in der Praxis war es die Ausübung eines außerordentlich brutalen Herrenrechtes. Aus dieser politischen Auffassung heraus erwuchs der Boden für die wirtschaftliche Besitzergreifung der anderen Welt.

Ein berühmter Engländer schrieb einmal, das Charakteristische der englischen Politik sei diese wunderbare Vermählung von wirtschaftlichen Erwerbungen mit politischer Machtbefestigung, und umgekehrt der politischen Machterweiterung mit sofortiger wirtschaftlicher Inbesitznahme. Ein Zusammenspiel, das in dem Moment undenkbar ist, in dem einer der beiden Faktoren fehlt. Ich weiß allerdings, daß die Auffassung besteht, man könne auch wirtschaftlich die Welt erobern. Das aber ist einer der größten und grimmigsten Trugschlüsse, die es gibt. Lassen Sie den Engländer seinen Kampf um Indien nur mehr wirtschaftlich führen, lassen Sie England endgültig Verzicht leisten auf die Gesinnung, die ihm einst Indien gebracht hat, auf eine Gesinnung, die ihm in den vielen Aufständen und den langen blutigen Kämpfen um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts Indien bewahrt hat, und Sie werden sehen: die englischen Fabriken behalten Indien nicht — sie werden stillstehen, weil der alte Geist Englands, der Geist, der einst die Voraussetzung für diese Fabriken geschaffen hat, verlorengegangen!

Wir stehen heute vor einer Weltlage, die für die weiße Rasse überhaupt nur dann verständlich ist, wenn man die Vermählung von Herrsinn im politischen Wollen und Herrsinn in der wirtschaftlichen Betätigung als unbedingt anerkennt, eine wunderbare Übereinstimmung, die dem ganzen vergangenen Jahrhundert ihren Stempel aufgedrückt hat und unter deren Folgen die weißen Völker zum Teil eine bemerkenswerte Entwicklung genommen haben: Statt sich raummäßig zu erweitern, statt Menschen zu exportieren, haben sie Waren exportiert, haben ein wirtschaftliches Weltssystem aufgebaut, das seinen charakteristischen Ausdruck darin findet, daß — unter Voraussetzung verschiedener Lebensstandarde auf der Erde — in Europa und in der neuesten Zeit auch in Amerika gigantische Welt-Zentralfabriken und in der übrigen Welt riesige Absatzmärkte und Rohstoffquellen bestehen. Die weiße Rasse kann aber ihre Stellung nur dann praktisch aufrecht erhalten, wenn die Verschiedenartigkeit des Lebensstandards in der Welt aufrecht erhalten bleibt. Geben Sie heute unseren sogenannten Absatzmärkten den gleichen Lebensstandard, wie wir ihn haben, und Sie werden erleben, daß die nicht nur in der politischen Macht der Nation, sondern auch in der wirtschaftlichen Stellung des einzelnen sich ausdrückende Vormachtstellung der weißen Rasse nicht mehr gehalten werden kann.

Die verschiedenen Nationen haben sich nun — entsprechend ihrer inneren Veranlagung — diese Vormachtstellung verschieden gesichert; vielleicht am genialsten England, das sich immer neue Märkte erschloß und sie sofort politisch verankerte, so daß es unbedingt denkbar ist, daß Großbritannien — gleichbleibende geistige Einstellung vorausgesetzt — sich ein eigenes von der Welt mehr oder weniger unabhängiges Wirtschaftsleben aufbaut. Andere Völker haben dieses Ziel nicht erreicht, weil sie ihre geistigen Kräfte in inneren weltanschaulichen — früher religiösen — Kämpfen verzehrten. Sie haben in der großen Periode der Weltverteilung wohl im Inneren ihre Fähigkeiten entwickelt, haben auch später versucht, an dieser Weltwirtschaft Anteil zu nehmen; aber sie haben sich nicht selbst Absatzmärkte geschaffen und diese Absatzmärkte vollständig gesichert.

Als Deutschland beispielsweise dazu übergang, Kolonien zu begründen, da war der innere Gedankengang, dieser ganz kühle nüchterne englische Gedankengang der Kolonialgründung, zum Teil schon abgelöst von mehr oder weniger romantischen Vorstellungen: deutsche Kultur der Welt zu vermitteln, deutsche Zivilisation zu verbreiten — Dinge, die dem Engländer in der Kolonialzeit absolut fern lagen. Daher mußten die praktischen Ergebnisse bei uns hinter den Erwartungen zurückbleiben — abgesehen davon, daß die Objekte zum Teil die hohen, romantischen Hoffnungen gar nicht mehr erfüllen konnten.

Zumal die weiße Rasse sich langsam ziffernmäßig so vermehrt, daß eine Erhaltung der gigantischen Volkszahlen nur dann garantiert erscheint, wenn die wirtschaftlichen Absatzmöglichkeiten in der Welt gewährleistet sind. Es ist also so, daß eigentlich ein Teil der Welt unbedingt von der Aufrechterhaltung eines Zustandes abhängig ist, den wir Deutsche als Demokraten und internationale Völkerbundmenschen geistig längst abgelehnt haben. Das Ergebnis liegt auf der Hand: Die Konkurrenz zwang die europäischen Völker zu einer immer steigenden Verbesserung der Produktion, und die steigende Verbesserung der Produktion führte zu einem dauernden Einsparen von Menschen. Solange eine immer neu folgende Erschließung neuer Weltabsatzmärkte damit Schritt hielt, konnten die in der Produktion der Landwirtschaft und später des Handwerks eingesparten Menschen ohne weiteres immer wieder in neue Produktionen überführt werden, so daß wir das Charakteristische des vergangenen Jahrhunderts darin sehen, daß erst aus der Landwirtschaft Menschen eingespart werden und in das Handwerk kommen, später im Handwerk selbst durch die Rationalisierung der Produktionsmethoden immer mehr Menschen der Einsparung verfallen und ihrerseits wieder neue Lebensmöglichkeiten in einer Erweiterung der Produktionszweige finden. Aber dieser Prozeß war nur so lange denkbar, solange eine dauernd steigende Abnahmemöglichkeit geschaffen wurde, eine Abnahmemöglichkeit, die so groß wie die Steigerung der Produktion sein mußte.

Heute ist die Weltlage kurz folgende: Deutschland, England, Frankreich, und außerdem — aus nicht zwingenden Gründen — die amerikanische Union und eine ganze Reihe von Kleinstaaten sind Industrienationen, angewiesen auf Export. Nach Beendigung des Krieges haben alle diese Völker einen von Gebrauchsartikeln ziemlich geleerten Weltmarkt vorgefunden. Nun stürzten sich die durch den Krieg besonders wissenschaftlich-theoretisch genialisierten Industrie- und Fabrikationsmethoden auf diese große Leere, begannen die Betriebe umzustellen. Kapitalien zu investieren und unter dem Zwang der investierten Kapitalien die Produktion auf das äußerste zu steigern. Dieser Prozeß konnte zwei, drei, vier, fünf Jahre gut gehen. Er konnte weiter gut gehen, wenn entsprechend der rapiden Steigerung und Verbesserung der Produktion und ihrer Methoden neue Absatzmöglichkeiten geschaffen wurden. Eine Frage von eminentester Bedeutung, denn die Rationalisierung der Wirtschaft führt, vom Beginn der Rationalisierung der Grundwirtschaft angefangen, zu einer Einsparung der menschlichen Arbeitskraft, eine Einsparung, die nur dann nützlich ist, wenn die eingesparten Kräfte ohne weiteres wieder in neue Wirtschaftszweige überführt werden können. Wir sehen aber, daß seit dem Weltkriege eine wesentliche Erweiterung der Absatzmärkte nicht mehr stattfand; im Gegenteil: daß sie dadurch relativ zusammenschumpften, daß die Zahl der exportierenden Nationen sich langsam steigerte, und daß eine Unzahl früherer Absatzmärkte selbst industrialisiert wurden, daß endlich ein neuer Großexporteur: die amerikanische Union — die vielleicht heute noch nicht allgewaltig auf allen Gebieten in Erscheinung tritt, aber wohl auf einzelnen — mit

Produktionsvorteilen rechnen kann, die wir in Europa nun einmal nicht besitzen und nicht besitzen können.

Wir sehen als letzte folgenschwerste Erscheinung die Tatsache, daß parallel der langsamen Verwirrung des europäischen weißen Denkens eine Weltanschauung in einem Teil Europas und einem großen Teil Asiens Platz gegriffen hat, die droht, diesen Kontinent aus dem Gefüge der internationalen, wirtschaftlichen Beziehungen überhaupt herauszubrechen — eine Erscheinung, über die deutsche Staatsmänner heute noch mit einer staunenswerten Leichtigkeit hinweggehen. Wenn ich beispielsweise eine Rede höre, in der man betont: ‚Nötig ist, daß das deutsche Volk zusammensteht!‘ — dann muß ich fragen: Glaubt man denn tatsächlich, daß dieses Zusammenstehen heute nur mehr eine Frage des politischen guten Wollens ist? Sieht man denn nicht, daß sich in uns bereits ein Riß aufgetan hat, ein Riß, der nicht etwa in einigen Köpfen spukt, sondern dessen geistiger Exponent heute die Grundlage einer der größten Weltmächte bildet? Daß der Bolschewismus nicht nur eine in Deutschland auf einigen Straßen herumtobende Rotte ist, sondern eine Weltauffassung, die im Begriffe steht, sich den ganzen asiatischen Kontinent zu unterwerfen, und die heute staatlich fast von unserer Ostgrenze bis nach Wladiwostok reicht?!

Es wird bei uns so dargestellt, als ob es sich hier bloß um rein geistige Probleme einzelner Phantasten oder einzelner Übelwollender handelte. Nein, eine Weltanschauung hat sich einen Staat erobert, und von ihm ausgehend wird sie die ganze Welt langsam erschüttern und zum Einsturz bringen. Der Bolschewismus wird, wenn sein Weg nicht unterbrochen wird, die Welt genau so einer vollständigen Umwandlung aussetzen wie einst das Christentum. In 300 Jahren wird man nicht mehr sagen: Es handelt sich hier um eine neue Produktionsidee. In 300 Jahren wird man vielleicht schon wissen, daß es sich fast um eine neue, wenn auch auf anderer Basis aufgebaute Religion handelt! In 300 Jahren wird man, wenn diese Bewegung sich weiter entwickelt, in Lenin nicht nur einen Revolutionär des Jahres 1917 sehen, sondern den Begründer einer neuen Weltlehre, mit einer Verehrung vielleicht wie Buddha. Es ist nicht so, daß diese gigantische Erscheinung etwa aus der heutigen Welt weggedacht werden könnte. Sie ist eine Realität und muß zwangsläufig eine der Voraussetzungen zu unserem Bestand als weiße Rasse zerstören und beseitigen. Wir sehen die Etappen dieses Prozesses: erst Senkung des Kulturniveaus und damit der Aufnahmefähigkeit, Senkung des gesamten Menschenniveaus und damit Abbruch aller Beziehungen zu anderen Nationen, dann Aufbau einer eigenen Produktion, und zwar mit der Hilfe der Krücken der kapitalistischen Wirtschaft. Als letztes Stadium dann eigene Produktion unter vollständiger Ausschaltung der anderen Länder, die selbstverständlich eines Tages in den angrenzenden Gebieten auch den schwersten wirtschaftlichen Konkurrenten bekommen werden.

Ich weiß ganz genau, daß Herren des Reichswehrministeriums und Herren der deutschen Industrie mir entgegen werden: Wir glauben nicht, daß sich die Sowjets jemals eine wirklich konkurrenzfähige Industrie werden aufbauen können. Meine Herren, sie würden sie nie aus nur russischen, bolschewistischen Nationalelementen aufbauen können. Aber diese Industrie wird aus Wertelementen der weißen Völker selbst aufgebaut. Es ist unsinnig, zu sagen: es ist nicht möglich, in Rußland durch Kräfte anderer Völker eine Industrie aufzubauen — es war auch einst möglich, eine Industrie in Böhmen durch Deutsche auszurüsten. Und darüber hinaus: das alte Rußland befand sich bereits im Besitze einer gewissen Industrie.

Wenn man weiter erklärt: Die Produktionsmethoden werden nie mit uns irgendwie gleichen Schritt halten können, dann vergessen Sie nicht, daß der Lebensstandard reichlich ausgleichen wird, was auf der anderen Seite durch die Produktionsmethode vielleicht bei uns an Vorsprung besteht. (Sehr richtig!)

Wir werden jedenfalls folgendes erleben: Der Bolschewismus wird sich — bei einem weiteren Gleichbleiben des europäischen und amerikanischen Denkens — langsam über Asien ausbreiten. 30 und 50 Jahre spielen dabei, da es sich um Weltanschauungen handelt, gar keine Rolle. 300 Jahre nach Christus hat das Christentum erst langsam begonnen, den ganzen Süden Europas zu durchsetzen, und 700 Jahre später hat es auch den

Norden Europas erfaßt. Weltanschauungen so grundsätzlicher Natur können noch fünfhundert Jahre später ihre absolute Eroberungsfähigkeit bekunden, wenn sie nicht bei Beginn durch den natürlichen Selbsterhaltungstrieb anderer Völker gebrochen werden. Wenn aber dieser Prozeß auch nur 30, 40 oder 50 Jahre so weiter dauert und unsere Geistesverfassung bleibt, dann, meine Herren, wird man nicht sagen können: Was geht das unsere Wirtschaft an?!

Meine Herren, die Entwicklung liegt auf der Hand. Die Not ist sehr groß. Sie zwingt zu Einsparungen auf allen Gebieten. Das natürlichste Einsparen erfolgt dabei immer wieder an der menschlichen Arbeitskraft. Die Industrien werden sich gezwungenerweise immer mehr und mehr rationalisieren, d. h. Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit bei Senkung ihrer Arbeiterzahlen. Wenn aber diese Menschen nicht mehr in neu erschlossenen Berufszweigen, neu erschlossenen Industrien untergebracht werden können, dann heißt das, daß langsam drei Volkskonten angelegt werden müssen: das eine heißt Landwirtschaft. Von diesem Grundvolkskonto hat man einst die Menschen für das zweite Konto eingespart. Dieses zweite Konto war das Handwerk und später die Industrieproduktion. Jetzt wird aus diesem zweiten Konto wieder eine Einsparung an Menschen vorgenommen, die man hinüber auf das dritte Konto: Arbeitslosigkeit schiebt. Man verbrämt damit schamhafterweise die Wirklichkeit. Die richtige Bezeichnung wäre ‚existenzlos‘ und damit eigentlich ‚überflüssig‘. Es ist das Charakteristikum unserer europäischen Nationen, daß langsam ein bestimmter Prozentsatz der Bevölkerung statistisch als überflüssig nachgewiesen wird. Es ist nun ganz klar, daß die notwendige Erhaltung dieses dritten Kontos den beiden anderen aufgebüdet wird. Das verstärkt den Steuerdruck, dessen Folge der Zwang zu einer weiteren Rationalisierung der Produktionsmethode, eine weitere Einsparung, eine weitere Steigerung des dritten Kontos sein wird.

Dazu kommt der Kampf, den heute alle europäischen Nationen um den Weltabsatzmarkt mit dem Ergebnis führen, daß dieser Kampf sich naturgemäß in den Preisen ausdrückt, etwas, was rückwirkend zu neuen Einsparungen zwingt. Das Endergebnis, das heute noch kaum vorausgesehen werden kann, wird aber jedenfalls entscheidend sein für Zukunft oder Untergang der weißen Rasse und vor allem der Völker, die in ihrer raummäßigen Begrenzung nur sehr schwer eine innere Wirtschaftsautarkie aufrichten können. Die weitere Konsequenz wird sein, daß z. B. England sich auf seinen Binnenmarkt umorganisiert und zum Schutze dessen Zollschranken aufrichtet, heute hoch und morgen noch höher, und alle anderen Völker, die es nur irgendwie können, denselben Schritt vollziehen.

Insofern haben alle diejenigen recht, die die trostlose Lage Deutschlands als besonders bemerkenswert für unsere heutige Not hinstellen. Zugleich aber haben sie unrecht, die Not nur im Äußeren zu suchen, denn diese Lage ist ja nicht nur das Ergebnis der äußeren Entwicklung, sondern unserer inneren geistigen — ich möchte fast sagen — Verirrung, unserer inneren Zersetzung, unseres inneren Zerfalls.

Man sage nicht, daß wir Nationalsozialisten etwa kein Verständnis für die Notwendigkeit der Heilung von momentan auftretenden Schäden besäßen. Eines aber ist gewiß: jede Not hat irgendeine Wurzel. Es genügt daher nicht — ganz gleichgültig, meine Herren, was heute die Regierung an Notverordnungen herausgibt —, daß ich an der Peripherie der Not herumdoktere und von Zeit zu Zeit versuche, die Krebsgeschwulst zu beschneiden, sondern ich muß an den Erreger, an die Ursache herankommen. Es ist dabei relativ belanglos, ob diese erregende Ursache heute oder morgen schon gefunden oder beseitigt wird, sondern wesentlich ist, daß ohne ihre Beseitigung keine Heilung erfolgen kann. Es ist falsch, heute ein Programm auf 20 oder 30 Jahre abzulehnen, weil wir so lange nicht warten können — auch für einen Tuberkulösen ist es gleichgültig, ob die ihm vom Arzt zur Heilung empfohlene Kur drei oder mehr Jahre dauert. Wesentlich ist, daß kein Mittel, das als äußeres und vielleicht rasch angewendetes, ihm momentan eine Linderung der Schmerzen verschafft, die Krankheit an sich beseitigt. Wir sehen das ja in einer geradezu klassischen Art an der Auswirkung unserer Notverordnungen. Immer wieder wird der — ich gebe zu — redliche Versuch gemacht, eine unmögliche Situation irgendwie zu bessern und ihr zu begegnen. Sie sehen, daß jeder Versuch in seiner endlichen Aus-



27. Januar 1932

wirkung gerade zum Gegenteil führt: zu einer Steigerung der Erscheinungen, die man beiseitigen möchte. Dabei will ich noch ganz absehen von der, meines Erachtens, augenblicklich größten Not, einer Not, die ich nicht nur als eine bloß wirtschaftliche, sondern als eine im höchsten Sinne des Wortes völkische bezeichnen möchte: die Arbeitslosigkeit.

Man sieht immer nur 6 oder 7 Millionen Menschen, die nicht im Produktionsprozeß stehen, und bedauert nur vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus den dadurch bedingten Produktionsausfall.

Meine Herren, man sieht aber nicht die geistigen, moralischen und seelischen Ergebnisse dieser Tatsache vor sich. Glaubt man denn wirklich, daß auch nur 10, 20 oder 30 Jahre eine derartiger Prozentsatz der nationalen Kraft brachliegen kann, ohne daß dieses Brachliegen auch eine geistige Wirkung ausüben, eine seelische Umstellung zur Folge haben muß? Und glaubt man, daß das für die Zukunft belanglos bleibt?

Meine Herren, wir haben doch selbst erlebt, daß Deutschland durch eine geistige Verirrung, deren Folgerscheinungen Sie heute praktisch überall spüren, den Krieg verlor. Glauben Sie, wenn 7 oder 8 Millionen Menschen erst zehn oder zwanzig Jahre aus dem nationalen Produktionsprozeß ausgeschaltet sind, daß für diese Menschenmassen der Bolschewismus noch etwas anderes sein könnte, als die logische weltanschauliche Ergänzung ihrer tatsächlichen praktischen wirtschaftlichen Situation? Glauben Sie wirklich, daß man die rein geistige Seite dieser Katastrophe übersehen kann, ohne daß sie sich eines Tages als böser Fluch der bösen Tat auch in die Wirklichkeit umsetzt?

Wenn die deutsche Not auf dem Wege von Notverordnungen zu beheben wäre, dann wären all die großen Gesetzgeber vergangener Jahrtausende Stümper gewesen, die in ähnlichen Verhältnissen versuchten, den Volkskörper zu regenerieren, um mit Hilfe dieser neu geschaffenen Kraftquelle neue und heilsame Entschlüsse durchführen zu können. Es ist gänzlich belanglos, was die augenblickliche deutsche Regierung will, wie es auch belanglos ist, was die deutsche Wirtschaft will oder wünscht. Es ist wesentlich, einzusehen, daß wir uns augenblicklich wieder in einem Zustande befinden, wie er schon einige Male in der Welt bestand: schon einige Male war der Umfang bestimmter Produktionen in der Welt über den Rahmen des Bedarfs hinausgewachsen. Heute erleben wir ein gleiches im allergrößten Stil: wenn alle Automobilfabriken, die es zur Zeit auf der Welt gibt, hundertprozentig beschäftigt würden und hundertprozentig arbeiten würden, dann könnte man den gesamten Kraftwagenbestand in  $4\frac{1}{2}$  oder 5 Jahren ersetzen. Wenn alle Lokomotivfabriken hundertprozentig beschäftigt würden, könnte man das gesamte Lokomotivmaterial der Welt in acht Jahren glatt erneuern. Wenn sämtliche Schienenfabriken und Walzwerke der Welt hundertprozentig beschäftigt würden, könnte man vielleicht in 10 bis 15 Jahren das gesamte Schienennetz, das die Welt besitzt, noch einmal um die Welt herumlegen. Das gilt für fast alle Industrien. Es ist eine derartige Steigerung der Produktionsfähigkeit erzielt worden, daß der augenblicklich mögliche Absatzmarkt in keinem Verhältnis mehr dazu steht. Wenn aber der Bolschewismus als Weltidee den asiatischen Kontinent aus der menschlichen Wirtschaftsgemeinschaft herausbricht, dann sind auch nicht annähernd mehr die Voraussetzungen zur Beschäftigung dieser gigantisch entwickelten Industrien vorhanden. Dann befinden wir uns industriell ungefähr in dem gleichen Stadium, in dem sich die Welt auf anderen Gebieten schon einige Male befunden hat. Schon einige Male war z. B. auf der Welt der Tonnageraum der Seeschifffahrt viel größer als die zu verfrachtende Warenmenge. Schon einige Male sind damit bestimmte Wirtschaftsgruppen schweren Krisen ausgeliefert worden. Wenn Sie die Geschichte nachlesen und die Wege studieren, die hier zur Abhilfe gewählt worden sind, dann werden Sie zusammengefaßt immer eines finden: Man paßte nicht die Warenmenge der Tonnage an, sondern die Tonnage wurde der Warenmenge angepaßt — und zwar nicht durch freiwillige wirtschaftliche Entschlüsse von Reedereien, sondern durch politische Machtentscheidungen. Wenn mir ein Politiker oder Wirtschaftler entgegenhält: das war allerdings einst der Fall zwischen Rom und Karthago, zwischen England und Holland oder zwischen England und Frankreich, heute aber entscheidet die Wirtschaft, so kann ich nur entgegnen: das ist nicht der Geist, der einst der weißen Rasse die Welt, der auch uns Deutschen den Weg in die Weltwirtschaft öffnete. Denn nicht die

27. Januar 1932

deutsche Wirtschaft eroberte die Welt und dann kam die deutsche Machtentwicklung, sondern auch bei uns hat erst der Machtstaat der Wirtschaft die allgemeinen Voraussetzungen für die spätere Blüte geschaffen. (Sehr richtig!) Es heißt in meinen Augen das Pferd von rückwärts aufzäumen, wenn man heute glaubt, mit wirtschaftlicher Methodik etwa die Machtstellung Deutschlands wieder zurückgewinnen zu können, statt einzusehen, daß die Machtposition die Voraussetzung auch für die Hebung der wirtschaftlichen Situation ist. Das bedeutet nicht, daß man nicht heute oder morgen versuchen soll, der Krankheit, die unsere Wirtschaft erfaßt hat, entgegenzutreten, auch wenn man den Krankheits-Herd nicht gleich treffen kann. Aber es heißt, daß jede solche äußere Lösung am Kern des Problems vorbeigeht, daß es nur eine grundsätzliche Lösung gibt.

Sie beruht auf der Erkenntnis, daß zusammenbrechende Wirtschaften immer als Vorläufer den zusammenbrechenden Staat haben, und nicht umgekehrt, daß es keine blühende Wirtschaft gibt, die nicht vor sich und hinter sich den blühenden mächtigen Staat als Schutz hat, daß es keine karthagische Wirtschaft gab ohne karthagische Flotte und keinen karthagischen Handel ohne karthagische Armee, und daß es selbstverständlich auch in der Neuzeit — wenn es hart auf hart geht und die Interessen der Völker aufeinanderprallen — keine Wirtschaft geben kann, ohne daß hinter dieser Wirtschaft der absolut schlagkräftige, entschlossene politische Wille der Nation steht.

Ich möchte hier dagegen Verwahrung einlegen, daß diese Tatsachen einfach mit der Behauptung abgetan werden: der Friedensvertrag von Versailles sei ‚nach fast allgemeiner Auffassung‘ die Ursache unseres Unglücks. Nein, durchaus nicht ‚nach fast allgemeiner‘, sondern nur nach Auffassung derjenigen, die mitschuldig sind an seiner Abschließung. (Beifall.)

Der Friedensvertrag von Versailles ist selbst nur die Folgeerscheinung unserer langsame inneren geistigen Verwirrung und Verirrung. Wir befinden uns nun einmal in einem Zeitalter, in dem die Welt außerordentlich schweren und sie durchrüttelnden geistigen Kämpfen entgegengeht. Ich kann um diese Kämpfe nicht herumkommen, indem ich mit Bedauern einfach die Achseln zucke und — ohne mir die Ursachen klarzumachen — sage: ‚Einigkeit tut not!‘ Diese Kämpfe sind keine Erscheinungen, die etwa nur in dem bösen Willen von ein paar Menschen begründet sind, sondern es sind Erscheinungen, die letzten Endes ihre tiefste Wurzel sogar in Rassetatsächlichkeiten besitzen.

Wenn sich heute in Rußland der Bolschewismus ausbreitet, dann ist dieser Bolschewismus am Ende für Rußland genau so logisch, wie vorher das Zarentum logisch war. Er ist ein ‚brutales Regiment über ein Volk, das, ohne brutal regiert zu sein, überhaupt nicht als Staat erhalten werden kann. Wenn aber diese Weltauffassung auch auf uns übergreift, dann dürfen wir nicht vergessen, daß auch unser Volk rassisch aus den verschiedensten Elementen zusammengesetzt ist, daß wir daher in der Parole: ‚Proletarier aller Länder, vereinigt euch!‘ viel mehr sehen müssen als eine nur politische Kampfparole. In Wirklichkeit ist es die Willenskundgebung von Menschen, die in ihrem Wesen tatsächlich eine gewisse Verwandtschaft mit analogen Völkern einer niedrigen Kulturstufe besitzen. Auch unser Volk und unser Staat sind einstmals nur durch die Ausübung des absoluten Herrenrechtes und Herrensinns der sogenannten nordischen Menschen aufgebaut worden, der arischen Rassebestandteile, die wir auch heute noch in unserem Volke besitzen. Damit ist es aber nur eine Frage der Regeneration des deutschen Volkskörpers nach den Gesetzen einer ehernen Logik, ob wir zu neuer politischer Kraft zurückfinden oder nicht.

Daß die innere weltanschauliche Einheit belanglos sei, kann nur ein Mensch behaupten, der als Spezialist auf irgendeinem Gebiete keinen Blick für die wirklichen, gestaltenden und lebendigen Kräfte der Nation mehr besitzt — ein Staatsmann, der aus der Amtsstube nicht mehr herauskommt und in tausendstündigen Verhandlungen und Sitzungen am grünen Tisch sich mit den letzten Auswirkungen der Not beschäftigt, ohne die großen Ursachen und damit auch die großen Entschlüsse zu ihrer Beseitigung zu finden. Es ist ganz klar, daß ich heute ohne weiteres zu dem einen oder anderen Vorgang des öffentlichen Lebens auf dem Verordnungswege Stellung nehmen kann. Allein, prüfen Sie doch die Wirkungsmöglichkeit dieser Stellungnahme am praktischen Leben! Es gibt keine Organisation auf der Welt, die nicht als Voraussetzung eine gewisse Gemeinsamkeit der

Zielsetzung besitzt. Es ist keine Organisation denkbar, bei der nicht bestimmte immer und immer wieder in Erscheinung tretende Fragen von grundsätzlicher Bedeutung absolut einheitlich anerkannt, bejaht oder beantwortet werden müssen. Das gilt schon von den kleinsten Organisationen, die es überhaupt gibt, von der Familie. Es kann ein Mann, es kann eine Frau noch so tüchtig sein; wenn in ihrem beiderseitigen Bunde bestimmte notwendige Grundfragen nicht gleichmäßig bejaht werden, dann wird ihre Tüchtigkeit nicht verhindern können, daß ihr Bund zu einer Quelle ewigen Haders wird und am Ende an der inneren Disharmonie auch ihr äußeres Leben scheitert. Der Mensch kann die Kraft seiner Aktivität nur nach einer Richtung ganz entfalten, und für die Gesamtheit eines Volkes ist die Hauptfrage, wohin diese Kraft geleitet wird. Wendet sie sich nach außen, oder wendet sie sich nach innen? Sie muß sich nach innen wenden in dem Augenblick, in dem über gewisse Fragen nicht eine völlig einheitliche Auffassung besteht; denn sonst ist ja der einzelne Mensch schon der Feind seines Nächsten, der dann praktisch seine Umwelt ist. Für einen Verein ist es nicht gleichgültig, ob er Vereinsgrundsätze besitzt und anerkennt oder nicht. Nein, entscheidend bei der Beurteilung jeder menschlichen Vereinigung ist die Stärke des inneren Verhältnisses, die auf der Anerkennung gewisser leitender allgemeiner Grundsätze aufgebaut ist.

Im Völkerleben ist die Stärke nach außen durch die Stärke der inneren Organisation bedingt, die Stärke der inneren Organisation aber ist abhängig von der Festigkeit gemeinsamer Anschauungen über gewisse grundsätzliche Fragen. Was nützt es, wenn eine Regierung einen Erlaß zur Rettung der Wirtschaft herausgibt, die Nation aber als lebendiges Objekt zur Wirtschaft selbst zwei vollständig verschiedene Einstellungen hat? Ein Teil sagt: ‚Voraussetzung zur Wirtschaft ist das Privateigentum‘; der andere Teil behauptet: ‚Privateigentum ist Diebstahl.‘ 50 Prozent bekennen sich zur einen Grundauffassung, 50 Prozent zur anderen. Sie können mir vorhalten, daß diese Anschauungen reine Theorie bedeuten — nein, diese Theorie ist notwendigerweise die Basis für die Praxis. War diese Auffassung etwa nur eine Theorie, als aus ihr heraus im November 1918 die Revolution ausbrach und Deutschland zerschlug? War das eine vollständig belanglose und vor allem die Wirtschaft nicht interessierende Theorie? Nein, meine Herren! Ich glaube, solche Auffassungen müssen, wenn sie nicht geklärt werden, zur Zerreißung eines Volkskörpers führen; denn sie bleiben eben nicht Theorie. Die Regierung sagt: ‚Das vaterländische Denken . . .‘ — was heißt ‚vaterländisches Denken‘? Fragen Sie die deutsche Nation! Ein Teil bekennt sich dazu, der andere erklärt: ‚Vaterland ist eine dumme Bourgeois-Überlieferung, weiter gar nichts.‘ Die Regierung sagt: ‚Der Staat muß gerettet werden.‘ Der Staat? 50 Prozent sehen im Staat eine Notwendigkeit, aber 50 Prozent haben überhaupt nur den Wunsch, den Staat zu zertrümmern; sie fühlen sich bewußt als Vorposten nicht nur einer fremden Staatsgesinnung und Staatsauffassung, sondern auch eines fremden Staatswillens. Ich kann nicht sagen, daß dies nur theoretischer Natur sei. Es ist nicht theoretisch, wenn in einem Volk nur höchstens 50 Prozent bereit sind, für die symbolischen Farben, wenn notwendig, zu kämpfen, während 50 Prozent eine andere Fahne aufgezogen haben, die nicht in ihrer Nation, nicht in ihrem Staat, sondern die außerhalb des eigenen Staates schon die staatliche Repräsentation besitzt.

‚Die Regierung wird versuchen, die Moral des deutschen Volkes zu bessern.‘ Welche Moral, meine Herren? Auch die Moral muß eine Wurzel haben. Was Ihnen moralisch erscheint, erscheint anderen unmoralisch, und was Ihnen unmoralisch vorkommt, ist für andere eine neue Moral. Der Staat sagt z. B.: ‚Der Dieb muß bestraft werden.‘ Zahllose Angehörige der Nation aber entgegen: ‚Man muß den Besitzer bestrafen, denn der Besitz an sich ist schon Diebstahl.‘ Der Dieb wird eher noch glorifiziert. Die eine Hälfte der Nation sagt: ‚Der Landesverräter muß bestraft werden‘, aber die andere Hälfte meint: ‚Landesverrat ist eine Pflicht.‘ Die eine Hälfte sagt: ‚Die Nation muß mit Mut verteidigt werden‘, und die andere Hälfte hält Mut für eine Idiotie. Die eine Hälfte sagt: ‚Die Basis unserer Moral ist das religiöse Leben‘, und die andere Hälfte höhnt: ‚Der Begriff Gott existiert nicht in Wirklichkeit. Religionen sind bloß Opium für das Volk.‘

Glauben Sie nur nicht, daß wenn ein Volk von diesen weltanschaulichen Kämpfen einmal erfaßt ist, man einfach auf dem Notverordnungswege um sie herumkommt, daß

man sich einbilden kann, dazu keine Stellung nehmen zu brauchen, weil es sich um Dinge handle, die weder die Wirtschaft, noch das Verwaltungsleben, noch das kulturelle Leben berührten! Meine Herren, diese Kämpfe treffen die Kraft und Stärke der Gesamtnation! Wie soll ein Volk überhaupt noch einen Faktor nach außen darstellen, wenn 50 Prozent am Ende bolschewistisch orientiert sind und 50 Prozent nationalistisch oder antibolschewistisch? Es ist denkbar, Deutschland als bolschewistischen Staat aufzurichten — es wird eine Katastrophe sein — aber es ist denkbar. Es ist auch denkbar, Deutschland als nationalen Staat aufzubauen. Aber es ist undenkbar, ein starkes und gesundes Deutschland zu schaffen, wenn 50 Prozent<sup>27)</sup> seiner Angehörigen bolschewistisch und 50 Prozent national orientiert sind! (Sehr richtig!) Um die Lösung dieser Frage kommen wir nicht herum! (Lebhafter Beifall!)

Wenn die heutige Regierung erklärt: ‚Wir sind doch fleißig, wir arbeiten, dieses letzte Notverordnung hat soundsoviel hundert Stunden Sitzungen bedeutet‘ (Heiterkeit), so bezweifle ich das nicht. Aber die Nation wird dadurch um keinen Grad härter oder fester, der Prozeß des inneren Zerfalls schreitet unentwegt weiter fort. Wohin dieser Weg aber endlich führt, das können Sie wieder nur durch eine ganz große Überlegung feststellen: Deutschland hatte einst — als erste Voraussetzung zur Organisation unseres Volkes im großen — eine weltanschauliche Basis in unserer Religion, dem Christentum<sup>28)</sup>. Als diese weltanschauliche Basis erschüttert wurde, sehen wir, wie die Kraft der Nation von außen sich den inneren Kämpfen zuwandte, weil die Natur den Menschen aus innerer Notwendigkeit heraus zwingt, in dem Augenblick, in dem die gemeinsame weltanschauliche Basis verlorengeht oder angegriffen wird, nach einer neuen gemeinsamen Basis zu suchen. Das sind die großen Zeiten der Bürgerkriege, der Religionskriege usw. — Kämpfe und Wirrnisse, in denen entweder eine neue weltanschauliche Plattform gefunden und darauf wieder eine Nation aufgebaut wird, die ihre Kraft nach außen wenden kann, oder in denen eben ein Volk sich spaltet und zerfällt. In Deutschland vollzog sich dieser Prozeß in geradezu klassischer Form. Die religiösen Kämpfe bedeuteten ein Zurückziehen der ganzen deutschen Kraft nach innen, ein Aufsaugen und Verbrauchen dieser Kraft im Innern und damit automatisch ein langsam sich steigerndes Nicht-mehr-Reagieren auf außenpolitische große Weltvorgänge, die nun das Volk vollständig inaktiv finden, weil es gleichzeitig innere Spannungen besitzt, die nach einem Ausgleich drängen.

Es ist falsch, zu sagen: die Weltpolitik, die Weltlage allein haben im sechzehnten Jahrhundert Deutschlands Schicksal bestimmt. Nein, unsere innere Lage hat damals mitgeholfen, das Weltbild zu gestalten, unter dem wir später so sehr gelitten haben: die Weltverteilung ohne Deutschland.

In einem zweiten, ganz grandiosen geschichtlichen Beispiel wiederholt sich dieser Vorgang: An Stelle der fehlenden religiösen Einheit — denn die beiden Konfessionen sind endlich eingefroren, keine kann mehr die andere überwinden — wird eine neue Plattform gefunden: der neue Staatsgedanke, erst legitimistischer Prägung und später langsam übergehend zum Zeitalter des nationalen Prinzips und gefärbt von ihm. Auf dieser neuen Plattform findet Deutschland sich wieder zusammen, und Stück für Stück mit dem Zusammenfügen des in den alten Wirrnissen zerfallenen Reiches nimmt automatisch und dauernd die Kraft nach außen wieder zu. Diese Kraftsteigerung führt in jene Augusttage 1914; die mitzuerleben wir ja selbst das stolze Glück besaßen. Eine Nation, die keine inneren Differenzen zu haben scheint und die gesamte Kraft damit nach außen wendet! Und in kaum 4 1/2 Jahren sehen wir den Prozeß wieder rückläufig werden. Die inneren Differenzen werden sichtbar, sie beginnen sich langsam zu vergrößern, und allmählich wird die Kraft nach außen gelähmt. Der Kampf im Innern wird wieder vordringlich; endlich kommt der Zusammenbruch des November 1918. Das heißt in Wirklichkeit nichts anderes, als daß die deutsche Nation wieder ihre ganze Kraft den inneren Auseinander-

<sup>27)</sup> Der Anteil der kommunistischen Wählerstimmen betrug in Deutschland, selbst bei der in dieser Hinsicht bemerkenswerten Reichstagswahl vom 6. 11. 1932, nie mehr als 17,06 %.

<sup>28)</sup> Für Hitler war hier das Christentum lediglich als staatstragender Faktor interessant.

27. Januar 1932

setzungen zuwendet — nach außen sinkt sie in eine vollständige Lethargie und Ohnmacht zurück.

Es wäre aber ganz falsch, zu meinen, daß dieser Prozeß etwa nur in den Novembertagen 1918 sich vollzog. Nein, in eben der Zeit, in der Bismarck Deutschland machtvoll einigte, begann die weltanschauliche Zerreißung. An Stelle von Preußen, Bayern, Württembergern, Sachsen, Badenern usw. begannen nun Bürger und Proletarier zu treten. An Stelle einer vielfältigen Zerreißung, die staatspolitisch überwunden wird, beginnt eine Klassenspaltung, die im Effekt zu ganz demselben Ergebnis führt. Denn das Bemerkenswerte der früheren staatlichen Zerreißung war, daß der Bayer unter Umständen eher mit einem Nichtdeutschen ging als mit dem Preußen. Das heißt, es wurden eher Beziehungen nach außen für möglich erachtet als Beziehungen zum eigenen deutschen Volksgenossen. Genau das gleiche Resultat ergibt sich jetzt auf dem Wege der Klassenspaltung. Wieder erklärt eine Millionenmasse von Menschen feierlich, daß sie eher bereit ist, Beziehungen zu analog denkenden und analog eingestellten Menschen und Organisationen eines fremden Volkes aufzunehmen, als Beziehungen zu blutsmäßig gleich bestimmten, aber geistig anders denkenden Menschen des eigenen Volkes. Nur so ist es verständlich, daß Sie heute die rote Fahne mit Sichel und Hammer — die Fahne einer fremden Staatsmacht — über Deutschland wehen sehen können, daß es Millionen Menschen gibt, denen man nicht sagen kann: Auch ihr seid Deutsche — auch ihr müßt Deutschland verteidigen! Wären diese Menschen dazu bereit wie im Jahre 1914, dann müßten sie ihrer Weltanschauung entsagen; denn es ist durchaus abwegig, zu glauben, daß der Marxismus sich im Jahre 1914 doch zur Nation bekehrt hätte. Nein! Der deutsche Arbeiter hat sich 1914 in intuitiver Erkenntnis vom Marxismus abgewendet und gegen seine Führung<sup>29)</sup> den Weg zur Nation gefunden. (Starker Beifall!) Der Marxismus selbst als Vorstellung und Idee kennt keine deutsche Nation, kennt keinen nationalen Staat, sondern kennt nur die Internationale!

Damit aber kann ich heute eines feststellen: ganz gleichgültig, was die Gesetzgebung unternimmt — besonders auf dem Verordnungswege und am meisten auf dem Notverordnungswege —: wenn Deutschland dieser inneren geistigen und weltanschaulichen Zerfissenheit nicht Herr wird, dann werden alle Maßnahmen der Gesetzgebung den Verfall der deutschen Nation nicht verhindern können. (Sehr richtig!) Glauben Sie doch nicht, meine Herren, daß in Zeitaltern, in denen Völker erwiesenermaßen geschichtlich zugrunde gegangen sind, die Regierungen nicht etwa auch regiert haben! In derselben Zeit, da Rom langsam zerbrach, waren die Regierungen sicherlich auch tätig. Ja, ich möchte fast sagen: Die Schnelligkeit der Gesetzgebungsmaschine scheint mir an sich fast ein Beweis für den Zerfall eines Volkskörpers zu sein. (Sehr richtig!) Man versucht nur, durch die Gesetzgebungs-Rotationsmaschine den in Wirklichkeit vorhandenen inneren Spalt und den Grad der Zerrissenheit nach außen hin zu verschleiern. Auch heute ist es nicht anders. Und glauben Sie ja nicht, daß überhaupt jemals eine Regierung zugegeben haben würde, daß ihre Arbeit nicht geeignet wäre, die Nation zu retten. Jede hat sich selbstverständlich dagegen verwahrt, daß ihre Tätigkeit nicht unbedingt notwendig sei, jede war überzeugt, daß es niemand besser machen könnte als sie. Sie werden keinen Feldherrn der Weltgeschichte finden, der, und wenn er noch so viele Schlachten auf Verlustkonto buchen könnte nicht überzeugt war, daß keiner es hätte besser machen können als er. (Heiterkeit.) Wesentlich aber wird immer bleiben, daß es am Ende eben doch nicht gleichgültig ist, ob der Herzog von Braunschweig eine Armee führt oder Gneisenau, ob ein System nur auf dem Verordnungswege versucht, eine Nation zu retten, oder ob eine neue geistige Einstellung ein Volk innerlich belebt und von dem toten Objekt der Gesetzgebungsmaschinerie hinweg als lebendigen Faktor wieder in das Leben zurückführt. (Starker Beifall.) Es ist nicht gleichgültig ob Sie in Zukunft in Deutschland einfach auf dem Weg einer mehr oder weniger verfassungsmäßig verbrämten Gesetzgebung den einzelnen

<sup>29)</sup> Die Führung der Sozialdemokratie war 1914 ebenso kriegsbegeistert wie die Anhängerschaft. Diese Tatsache wollte Hitler jedoch nicht wahrhaben.

27. Januar 1932

Spitzenerscheinungen der Not zu steuern versuchen, oder ob Sie die Nation an sich wieder zur inneren Stärke zurückführen.

Und wenn mir das System<sup>30)</sup> entgegenhält, dazu sei jetzt keine Zeit mehr — freilich, meine Herren, viel zu viel Zeit ist schon in unnützer Arbeit vertan, viel zu viel Zeit schon verloren worden. Den Regenerationsprozeß hätte man 1919 ansetzen können, und in den vergangenen elf Jahren hätte Deutschland eine andere äußere Entwicklung genommen. Denn wenn der Friedensvertrag in der Form kommen konnte, wie er uns aufgebürdet wurde, dann doch nur deshalb, weil Deutschland zum Zeitpunkt seiner Abfassung überhaupt aufgehört hatte, irgendein ins Gewicht fallender Faktor zu sein. (Sehr richtig!) Und wenn dieser Friedensvertrag in seiner Auswirkung die Formen annahm, die wir an ihm kennen und erlebten, dann auch nur, weil es in diesen ganzen Jahren ein Deutschland von irgendeinem bestimmten und fühlbaren Eigenwillen nicht gab. Wir sind daher nicht das Opfer der Verträge, sondern die Verträge sind die Folgen unserer Fehler, und ich muß, wenn ich überhaupt die Situation bessern will, erst den Wert der Nation wieder ändern. Ich muß vor allem eines erkennen: Nicht das außenpolitische Primat kann unser inneres Handeln bestimmen, sondern die Art unseres inneren Handelns ist bestimmend für die Art unserer außenpolitischen Erfolge, ja sogar unserer Zielsetzung überhaupt. (Sehr richtig!)

Ich greife als Beispiel zwei Vorgänge aus der Geschichte heraus: Zunächst Bismarcks Idee einer Auseinandersetzung Preußens mit dem Hause Habsburg, des Aufbaues eines neuen Reiches unter Herausdrängung von Österreich, eine Idee, die nie realisiert worden wäre, wenn nicht — bevor man versuchte, sie in die Tat umzusetzen — das Instrument geschaffen worden wäre, mit dem man die politische Zielsetzung praktisch verwirklichen konnte. Nicht die politische Situation hat Preußen gezwungen, eine Reorganisation seiner Armee vorzunehmen, sondern die von Bismarck weitschauend gegen den parlamentarischen Wahnsinn durchgesetzte Reorganisation der preußischen Armee hat die politische Situation erst ermöglicht, die in Königgrätz ihren Abschluß fand und in Versailles das Reich begründete, das, weil allmählich auf anderen Grundlagen fußend, im gleichen Saale später wieder zerschlagen und verteilt wurde.

Und umgekehrt: wenn eine heutige deutsche Regierung in Anlehnung an Bismarcksche Gedankengänge versucht, den Weg von damals zu beschreiten und vielleicht als Vorläufer einer deutschen Einigungspolitik einen neuen Zollverein, eine Zollunion zu gründen, dann ist es nicht wesentlich, daß man dieses Ziel aufstellt, sondern wesentlich ist, was man vorbereitet, um die Durchführung dieses Zieles zu ermöglichen. Ich kann nicht ein Ziel aufstellen, das, unterstützt durch die Pressekampagne der eigenen Gazetten in der ganzen Welt als ein eminent politisches Ziel aufgefaßt wird, wenn ich mir nicht die politischen Mittel sichere, die zur Durchführung eines derartigen Planes unumgänglich notwendig sind. Und die politischen Mittel — ich kann sie heute nicht einmal mehr begrenzt sehen — liegen nur in der Reorganisation einer Armee. Denn ob Deutschland eine Armee von 100 000 Mann besitzt oder von 200 000 oder 300 000, ist letzten Endes gänzlich belanglos, sondern wesentlich ist, ob Deutschland 8 Millionen Reserven besitzt, die es, ohne derselben weltanschaulichen Katastrophe entgegenzugehen wie im Jahre 1918<sup>31)</sup> in die Armee überführen kann. (Sehr richtig!)

Wesentlich ist die politische Willensbildung der gesamten Nation, sie ist der Ausgangspunkt für politische Aktionen. Ist diese Willensbildung garantiert im Sinne der Bereitwilligkeit des Einsatzes für irgendeine nationale Zielsetzung, dann kann eine Regierung, gestützt auf diese Willensbildung, auch die Wege wählen, die eines Tages zum Erfolg führen können. Ist aber diese Willensbildung nicht erfolgt, dann wird jede Macht der Welt die Aussicht eines solchen Unternehmens an der Stärke der dahinter bereitgestellten Mittel prüfen. Und man wird genau wissen, daß eine Regierung, die sich nach außen hin zu einer so großen nationalen Demonstration aufrafft, im Innern aber ange-

<sup>30)</sup> = die Reichsregierung bzw. die Regierungsparteien, damals als „System“ bezeichnet.

<sup>31)</sup> Hitler leugnete stets, wie die Rechtsparteien überhaupt, die militärischen Ursachen der Niederlage.

27. Januar 1932

wiesen ist auf die schwankenden Kräfte marxistisch-demokratisch-zentrierender Parteauffassungen, niemals fähig ist, diesen Plan wirklich bis zur letzten Konsequenz durchzuführen. (Sehr gut!) Man sage nicht: Es handelt sich hier eben um ein einmütiges Zusammenstehen aller. Das einmütige Zusammenstehen aller kann nur dann erreicht werden, wenn allen eine einmütige Auffassung gemeinsam ist. Den Satz: Getrennt marschieren und vereint schlagen, den gibt es in einer Armee nur deshalb, weil in einer Armee mit einheitlichem Oberbefehl das getrennte Marschieren genau so befohlen wird wie das gemeinsame Schlagen, weil beides aus ein und derselben Befehlswurzel kommt. Ich kann aber nicht Armeen wildfremd nebeneinander herlaufen lassen und erwarten, daß sie dann plötzlich bei einem Signal, das ihnen eine hohe Regierung zu geben geruht, wunderbar harmonisieren und eine gemeinsame Aktion einleiten. (Sehr richtig!)

Das gibt es nicht! Es ist auch deshalb ganz unmöglich, weil am Ende das Katastrophale nicht so sehr im Vorhandensein der geistigen Differenzen liegt, als vor allem in der staatlichen Konzessionierung dieser Differenzen.

Wenn man mir heute als Nationalsozialist den schwersten Vorwurf entgegenschleudern will, dann sagt man: ‚Sie wollen in Deutschland eine gewaltsame Entscheidung herbeiführen, und dagegen müssen wir uns wenden. Sie wollen in Deutschland eines Tages ihre politischen Gegner vernichten! Wir aber stehen auf dem Boden der Verfassung und müssen allen Parteien ihre Existenzberechtigung garantieren.‘ Darauf kann ich nur eins erwidern: In die Praxis übersetzt heißt das: Sie haben eine Kompanie. Diese Kompanie müssen Sie vor den Feind führen. In der Kompanie herrscht freies Koalitionsrecht. (Heiterkeit.) 50 Prozent der Kompanie haben eine Koalition auf dem Boden der Vaterlandsliebe und der Verteidigung des Vaterlandes, 50 Prozent auf dem Boden pazifistischer Weltanschauung gebildet; sie lehnen den Krieg grundsätzlich ab, verlangen die Unantastbarkeit der Gewissensfreiheit, erklären sie zum höchsten und einzigen Gut, das wir heute überhaupt besitzen. (Heiterkeit.) Doch kommt es zum Kampf, so wollen alle fest zusammenstehen. (Erneute Heiterkeit.) Sollte aber ein Mann — pochend auf die Gewissensfreiheit — zum Gegner überlaufen, so käme der eigentümliche Moment, in dem Sie ihn als einen Fahnenflüchtigen arretieren und bestrafen müßten, aber vollständig vergäßen, daß Sie eigentlich gar kein Recht hätten, ihn zu bestrafen! Ein Staat, der — staatlich konzessioniert — die Auffassung verbreiten läßt, daß der Vaterlandsverrat eine Pflicht ist, der es duldet, daß große Organisationen ruhig erklären: unsere Aufgabe wird es sein, im Kriegsfall jede militärische Leistung glatt zu verhindern — mit welchem Recht bestraft dieser Staat einen Vaterlandsverräter? Daß sich ein solcher Staat durch den Wahnsinn dieser Einstellung selbst ad absurdum führt, nur nebenbei: denn der Mensch, der sonst als Verbrecher gebrandmarkt wäre, wird nunmehr für die Hälfte der Nation ein Märtyrer sein. Warum? Weil der gleiche Staat, der auf der einen Seite die Theorie des Landesverrats zu einer ethischen und moralischen erklärt und sie beschützt, auf der anderen sich untersteht, einen Menschen, der diese Auffassung aus dem Gebiet der Theorie in die Praxis zu überführen versucht, einzusperren.

Meine Herren! Das alles ist unmöglich, vollständig unmöglich, wenn man überhaupt daran glaubt, daß ein Volk, um bestehen zu können, seine Kraft nach außen wenden muß! Betrachten Sie aber die heutige Situation: 7 oder 8 Millionen Erwerbstätige in der Landwirtschaft, 7 oder 8 Millionen Erwerbstätige in der Industrie, 6 oder 7 Millionen Erwerbslose! Überlegen Sie sich, daß menschlicher Voraussicht nach sich hier gar nichts ändern wird, und Sie müssen zugeben, daß Deutschland in seiner Gesamtheit dann auf die Dauer nicht bestehen kann — es sei denn, wir finden zu einer ganz außerordentlichen, von innen heraus neu gestalteten politischen Kraft zurück, die allein uns nach außen wieder Wirksamkeit zu verschaffen vermag.

Denn es ist ja ganz gleichgültig, welches Problem unseres völkischen Lebens wir versuchen wollen, zu lösen: wollen wir die Exportwirtschaft aufrechterhalten, immer wird auch hier eines Tages der politische Wille der Gesamtnation ein ernstes Wort sprechen müssen, damit wir nicht von den Interessen anderer Völker beiseite gedrängt werden. Wollen wir einen neuen Binnenmarkt aufbauen, wollen wir die Raumfrage lösen: stets werden wir wieder die gesammelte politische Kraft der Nation brauchen. Ja, wenn wir

27. Januar 1932

bloß als Bundesgenossen gewertet werden wollen — immer müssen wir vorher Deutschland wieder zu einem politischen Machtfaktor machen. Das ist aber niemals dadurch zu erreichen, daß man im Reichstag den Antrag einbringt, auf dem Verhandlungswege ein paar schwere Batterien, acht oder zehn Tanks, zwölf Flugzeuge oder meinetwegen sogar ein paar Geschwader zu beschaffen — das ist gänzlich belanglos! Im Völkerleben haben sich die technischen Waffen ununterbrochen verändert. Was aber unveränderlich bleiben mußte, war die Willensbildung. Sie ist das Konstante und die Voraussetzung zu allem. Versagt sie, so nützen alle Waffen nichts. Im Gegenteil — wenn Sie das deutsche Volk zu einer Levée en masse aufrufen würden und ihm zu diesem Zweck die Waffen zur Verfügung stellten — morgen würde der Bürgerkrieg das Ergebnis sein, nicht aber der Kampf nach außen. Mit dem heutigen Volkskörper kann man keine praktische Außenpolitik mehr treiben. Oder glauben Sie, daß Bismarck mit dem heutigen Deutschland seine geschichtliche Mission hätte erfüllen können, daß das Deutsche Reich aus dieser geistigen Verfassung heraus entstanden wäre?

Damit trete ich dem heutigen System noch lange nicht mit der Behauptung entgegen, daß man den einzelnen Ereignissen gegenüber etwa stillzuschweigen habe und untätig bleiben müsse, sondern mit der Behauptung, daß eine letzte Lösung nur dann erfolgen kann, wenn die innere Zerrissenheit klassenmäßiger Natur in der Zukunft wieder überwunden wird. Ich rede dabei nicht nur als reiner Theoretiker. Als ich im Jahre 1918 in die Heimat zurückkehrte, da fand ich einen Zustand, den ich, genau wie alle die anderen auch, als gegebene Tatsache hätte hinnehmen können. Ich bin fest überzeugt, daß ein großer Teil der deutschen Nation in diesen November- und Dezembertagen 1918, auch 1919 noch, unbedingt der Ansicht war, daß, ginge Deutschland diesen inneren politischen Weg weiter, es nach außen hin einem rapiden Ende entgegenliefe würde. Die gleiche Ansicht also, die auch ich hatte. Es bestand nur ein Unterschied. Ich sagte mir damals: es genügt nicht, nur zu erkennen, daß wir zugrunde gegangen sind, sondern es ist auch notwendig, zu begreifen, warum! Und auch das ist nicht genug, sondern es ist notwendig, dieser zerstörenden Entwicklung den Kampf anzusagen, und sich dafür das nötige Instrument zu schaffen. (Bravo!)

Es war mir klar: Die bisherige Parteiwelt hat Deutschland zertrümmert, an ihr ist es zerbrochen. Es ist unsinnig, zu glauben, daß die Faktoren, deren Existenz geschichtlich mit dem Verfall Deutschlands unzertrennlich verbunden ist, nun plötzlich die Faktoren des Wiederaufstieges sein könnten. Jede Organisation wird nicht nur Träger eines bestimmten Geistes, sondern endlich sogar einer bestimmten Tradition. Wenn also zum Beispiel Verbände oder Parteien geradezu traditionell seit 60 Jahren vor dem Marxismus zurückgewichen sind, so glaube ich nicht, daß sie nach der furchtbarsten Niederlage plötzlich mit ihrer in Fleisch und Blut übergegangenen Tradition brechen werden und vom Rückzug zum Angriff übergehen, sondern ich glaube, daß der Rückzug sich fortsetzen wird. Ja, eines Tages werden diese Verbände den Weg beschreiten, den die Organisationen mit dauernden Niederlagen immer gehen: sie werden mit dem Gegner paktieren und versuchen, auf friedlichem Wege zu erreichen, was nicht erkämpft werden konnte.

Zwar mußte ich mir im Jahre 1918 bei einsichtiger, kühler Überlegung sagen: gewiß, es ist ein entsetzlich schwerer Weg, nunmehr vor die Nation hinzutreten und mir eine neue Organisation zu bilden. Es ist an sich natürlich viel leichter, in eine der bestehenden Formationen hineinzugehen und von dort aus zu versuchen, den inneren Zwiespalt der Nation zu überwinden. Allein, kann man das überhaupt von den bestehenden Organisationen aus? Hat nicht jede Organisation am Ende den Geist und die Menschen, die in ihrem Programm und ihrem Kampf Befriedigung finden? Ist nicht im Laufe von 60 Jahren eine Organisation, die dauernd vor dem Marxismus zurückwich und endlich eines Tages glatt und feige kapitulierte, überhaupt schon mit einem Geist und mit Menschen angefüllt, die den anderen Weg weder verstehen noch gehen wollen? Wird nicht im Gegenteil in einer solchen Epoche der Verwirrung die Zukunft einfach darin liegen, daß der in Unordnung geratene Volkskörper erneut gesiebt wird, daß sich eine neue politische Führung aus dem Volke herauskristallisiert, die es versteht, die Masse der



27. Januar 1932

Nation in die Faust zu nehmen und dabei die Fehler vermeidet, die in der Vergangenheit zum Untergang führten? Ich mußte mir natürlich sagen, daß der Kampf ein entsetzlicher sein würde! Denn ich war nicht so glücklich, einen prominenten Namen zu besitzen, sondern ich war nur ein deutscher Soldat, namenlos, mit einer ganz kleinen Zinknummer auf der Brust. Aber ich kam zu einer Erkenntnis: wenn sich nicht von kleinster Zelle aus in der Nation ein neuer Volkskörper bildet, der die bisherigen ‚Fermente der Dekomposition‘<sup>32)</sup> überwindet, dann wird die Gesamtnation selbst niemals mehr zu einer Erhebung kommen können. Wir haben es ja praktisch einmal erlebt. Über 150 Jahre<sup>33)</sup> hat es gedauert, bis aus dem zerfallenen alten Deutschen Reich als Keimzelle eines neuen Reiches Preußen zur Erfüllung seiner geschichtlichen Mission emporwuchs. Und glauben Sie: Es ist in der Frage der inneren Regeneration eines Volkes gar nicht anders. Jede Idee muß sich ihre Menschen werben. Jede Idee muß vor die Nation hintreten, muß aus ihr die ihr notwendigen Kämpfer gewinnen und muß allein den schweren Weg mit all seinen notwendigen Folgen gehen, um eines Tages die Kraft zu bekommen, das Schicksal zu wenden.

Daß dieser Gedankengang am Ende richtig war hat die Entwicklung bewiesen. Denn wenn es auch heute in Deutschland viele gibt, die glauben, wir Nationalsozialisten wären zu positiver Arbeit nicht fähig — sie täuschen sich! Wenn wir nicht wären, gäbe es schon heute in Deutschland kein Bürgertum mehr (Sehr richtig), die Frage: Bolschewismus oder nicht Bolschewismus wäre schon lange entschieden! Nehmen Sie das Gewicht unserer gigantischen Organisation, dieser weitaus größten des neuen Deutschlands, aus der Waagschale des nationalen Geschehens heraus, und Sie werden sehen, daß ohne uns der Bolschewismus schon heute die Waagschale herunterdrücken würde — eine Tatsache, deren bester Beweis die Einstellung des Bolschewismus uns gegenüber ist. Mir ist es eine große Ehre, wenn heute Herr Trotzki den deutschen Kommunismus auffordert, um jeden Preis mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen, da im Nationalsozialismus die einzige wirkliche Gefahr für den Bolschewismus zu sehen ist. Eine umso größere Ehre für mich, als wir in 12 Jahren aus gar nichts heraus gegen die ganze derzeitige öffentliche Meinung, gegen die Presse, gegen das Kapital, gegen die Wirtschaft, gegen die Verwaltung, gegen den Staat, kurz: gegen alles eine Bewegung aufgebaut haben, die heute nicht mehr beseitigt werden kann, die da ist, zu der man Stellung nehmen muß, ob man will oder nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Und ich glaube, daß die Stellungnahme für jeden, der noch an eine deutsche Zukunft glaubt, an sich ja klar sein muß. Sie sehen hier eine Organisation vor sich, welche die Erkenntnisse, die ich eingangs meiner Rede als wesentlich bezeichnete, nicht theoretisch predigt, sondern praktisch in sich vollzieht, eine Organisation, erfüllt von eminentestem, nationalem Gefühl, aufgebaut auf dem Gedanken einer absoluten Autorität der Führung auf allen Gebieten, in allen Instanzen — die einzige Partei, die in sich nicht nur den internationalen, sondern auch den demokratischen Gedanken restlos überwunden hat, die in ihrer ganzen Organisation nur Verantwortlichkeit, Befehl und Gehorsam kennt und die damit zum erstenmal in das politische Leben Deutschlands eine Millionen-Erscheinung eingliedert, die nach dem Leistungsprinzip aufgebaut ist. Eine Organisation, die ihre Anhänger mit unbändigem Kampfsinn erfüllt, zum ersten Male eine Organisation, die, wenn der politische Gegner erklärt: ‚Euer Auftreten bedeutet für uns eine Provokation‘, es nicht für gut befindet, sich dann plötzlich zurückzuziehen, sondern die brutal ihren Willen durchsetzt und ihm entgegenschleudert: Wir kämpfen heute! Wir kämpfen morgen! Und haltet Ihr unsere Versammlung heute für eine Provokation, so werden wir nächste Woche wieder eine abhalten — so lange, bis Ihr gelernt habt, daß es keine Provokation ist, wenn auch das deutsche Deutschland seinen Willen bekennt! Und wenn Ihr sagt: ‚Ihr dürft nicht auf die Straße‘ — wir gehen trotzdem auf die Straße! Und wenn Ihr sagt: ‚Dann schlagen wir Euch‘ — so viele Opfer Ihr uns auch aufbürdet, dieses junge Deutschland wird immer wieder marschieren, es wird eines

<sup>32)</sup> Beliebtes Schlagwort Hitlers, übernommen von Theodor Mommsen.

<sup>33)</sup> Das alte Heilige Römische Reich Deutscher Nation zerfiel im Jahre 1806! Bis zum Jahre 1871 vergingen also knapp 65 Jahre.

27. Januar 1932

Tages die deutsche Straße, den deutschen Menschen restlos zurückerobern. Und wenn man uns unsere Unduldsamkeit vorwirft, so bekennen wir uns stolz zu ihr — ja, wir haben den unerbittlichen Entschluß gefaßt, den Marxismus bis zur letzten Wurzel in Deutschland auszurotten. Wir faßten diesen Entschluß nicht etwa aus Rauflust, denn ich könnte mir an sich ein schöneres Leben denken, als durch Deutschland gehetzt zu werden, von zahllosen Verordnungen verfolgt zu sein, ununterbrochen mit einem Fuß im Gefängnis zu stehen, staatlich dabei kein Recht mein eigen zu nennen. Ich könnte mir ein schöneres Schicksal als das eines Kampfes denken, der zumindest am Beginn doch von allen als eine verrückte Schimäre angesehen wurde. Schließlich glaube ich, auch die Fähigkeit zu besitzen, irgendeinen Posten in der Sozialdemokratischen Partei einnehmen zu können, und eines ist sicher: hätte ich meine Fähigkeit in diesen Dienst gestellt, ich würde heute vermutlich sogar regierungsfähig sein. Für mich aber war es ein größerer Entschluß, einen Weg zu wählen, auf dem mich nichts leitete außer dem eigenen Glauben und der unzerstörbaren Zuversicht in die sicherlich noch vorhandenen natürlichen Kräfte unseres Volkes und seine — bei rechter Führung — eines Tages notwendigerweise wieder in Erscheinung tretende Bedeutung.

Nun liegt ein zwölfjähriger Kampf hinter uns. Wir haben ihn nicht nur theoretisch geführt und allein in unserer Partei in die Praxis umgesetzt, sondern wir sind auch bereit, ihn jederzeit im großen zu führen. Denke ich an die Zeit zurück, da ich mit sechs anderen unbekanntenen Menschen diesen Verband gründete, da ich vor 11, 12, 13, 14, 20, 30 und 50 Menschen sprach, da ich nach einem Jahr 64 Menschen für die Bewegung gewonnen hatte, an die Zeit, da unser kleiner Kreis sich immer mehr erweiterte, dann muß ich gestehen, daß das, was heute, da ein Millionenstrom deutscher Volksgenossen in unserer Bewegung mündet, geschaffen ist, etwas einzig Dastehendes in der deutschen Geschichte darstellt. 70 Jahre lang haben die bürgerlichen Parteien Zeit zum Arbeiten gehabt. Wo ist die Organisation, die sich mit der unsrigen vergleichen könnte? Wo ist die Organisation, die so wie die unsrige darauf hinweisen könnte, daß sie, wenn notwendig, 400 000 Männer auf die Straße hinausbringt, die blinden Gehorsam in sich tragen, die jeden Befehl vollziehen — sofern er nicht gesetzwidrig ist? Wo ist die Organisation, die in 70 Jahren erreicht hätte, was wir in knapp 12 Jahren erreichten — mit Mitteln, die so improvisierter Natur waren, daß man sich fast schämen muß, dem Gegner zu gestehen, wie armselig die Geburt und das Werden dieser großen Bewegung einst gewesen sind.

Heute stehen wir an der Wende des deutschen Schicksals. Nimmt die derzeitige Entwicklung ihren Fortgang, so wird Deutschland eines Tages zwangsläufig im bolschewistischen Chaos landen, wird diese Entwicklung aber abgebrochen, so muß unser Volk in eine Schule eiserner Disziplin genommen und langsam vom Vorurteil beider Lager geheilt werden. Eine schwere Erziehung, um die wir aber nicht herumkommen!

Wenn man glaubt, für alle Zukunft die Begriffe ‚bürgerlich‘ und ‚proletarisch‘ konservieren zu können, dann konserviert man entweder die deutsche Ohnmacht und damit unseren Untergang, oder aber man leitet den Sieg des Bolschewismus ein. Will man auf jene Begriffe nicht Verzicht leisten, dann ist meiner Überzeugung nach ein Wiederaufstieg der deutschen Nation nicht mehr möglich. Der Kreidestrich, den Weltanschauungen in der Weltgeschichte Völkern gezogen haben, ist schon öfters als einmal der Todesstrich gewesen. Entweder es gelingt, aus diesem Konglomerat von Parteien, Verbänden, Vereinigungen, Weltauffassungen, Standesdünkel und Klassenwahnsinn wieder einen eisenharten Volkskörper herauszuarbeiten, oder Deutschland wird am Fehlen dieser inneren Konsolidierung endgültig zugrunde gehen. Auch wenn man noch 20 Notverordnungen auf unser Volk herniederprasseln läßt, sie werden die große Linie unseres Verderbens nicht ändern können! Soll eines Tages der Weg wieder gefunden werden, der aufwärts führt, dann muß zuerst das deutsche Volk wieder zurechtgebogen werden. Das ist ein Prozeß an dem keiner vorbeikommt! Es geht nicht an, zu sagen: ‚Darin sind allein die Proleten schuld!‘ Nein glauben Sie mir, unser ganzes deutsches Volk, alle Schichten haben ein gerüttelt Maß von Schuld an unserem Zusammenbruch; die einen, weil sie ihn gewollt und bewußt herbeigeführt haben, die anderen, weil sie zusahen und zu schwach waren, ihn zu verhindern! In der Geschichte wird das Versagen genau so gewogen wie

27. Januar 1932

die Absicht oder die Tat selbst. Es kann sich heute niemand der Verpflichtung entziehen, die Regeneration des deutschen Volkskörpers auch durch seine persönliche Anteilnahme und Eingliederung zu vollziehen.

Wenn ich heute vor Ihnen spreche, dann nicht, um Sie zu einer Stimmabgabe zu bewegen, oder Sie zu veranlassen, meinewegen das oder jenes für die Partei zu tun. Nein, ich trage Ihnen hier eine Auffassung vor, von der ich überzeugt bin, daß ihr Sieg den einzig möglichen Ausgangspunkt für einen deutschen Wiederaufstieg bedeutet, die aber auch der letzte Aktivposten des deutschen Volkes überhaupt ist. Ich höre so manches Mal von unseren Gegnern: ‚Der heutigen Not werden auch Sie nicht Herr.‘ Angenommen, meine Herren, das würde zutreffen. Was aber hieße das dann? Es hieße, daß wir einer entsetzlichen Zeit entgegengehen, der wir gar nichts entgegenzusetzen hätten als eine rein materialistische Auffassung auf allen Seiten. Die Not aber würde als rein materielle — ohne daß man dem Volk irgendein Ideal wiedergegeben hat — tausendfach stärker empfunden. (Lebhafter Beifall.)

Man sagt mir so oft: ‚Sie sind nur der Trommler des nationalen Deutschlands!‘ Und wenn ich nur der Trommler wäre?! Es würde heute eine größere staatsmännische Tat sein, in dieses deutsche Volk wieder einen neuen Glauben hineinzutrommeln, als den vorhandenen langsam zu verwirtschaften. (Lebhafte Zustimmung.) Nehmen Sie eine Festung und laden Sie dieser Festung schwerste Entbehrungen auf: solange die Besatzung eine Rettung sieht, an sie glaubt, auf sie hofft, solange kann sie die geschmälerete Ration ertragen. Nehmen Sie aus dem Herzen der Menschen den letzten Glauben an eine mögliche Rettung, an eine bessere Zukunft erst einmal gänzlich fort, und Sie werden erleben, wie diese Menschen plötzlich die verkleinerten Rationen als das wichtigste ihres Lebens ansehen. Je mehr ihnen zum Bewußtsein gebracht wird, nur ein Objekt des Handelns, nur Gefangene der Weltpolitik zu sein, um so mehr werden sie, wie jeder Gefangene, sich nur den materiellen Interessen zuwenden. Je mehr Sie umgekehrt ein Volk wieder in die Sphäre idealen Glaubens zurückführen, umso mehr wird es die materielle Not als nicht mehr so ausschließlich bestimmend ansehen. Am gewaltigsten hat das unser deutsches Volk bewiesen. Wir wollen doch nie vergessen, daß es 150 Jahre lang mit ungeheurem Einsatz Religionskriege geführt hat, daß Hunderttausende von Menschen einst ihre Scholle, ihr Hab und Gut bloß um einer idealen Vorstellung und Überzeugung willen verlassen haben! Wir wollen nie vergessen, daß 150 Jahre lang aber auch nicht ein Gramm materielle Interessen dabei in Erscheinung getreten ist! Und Sie werden dann verstehen, wie gewaltig die Kraft einer Idee, eines Ideals ist! Nur so ist es auch zu begreifen, daß in unserer Bewegung heute Hunderttausende von jungen Menschen bereit sind, mit Einsatz ihres Lebens dem Gegner entgegenzutreten. Ich weiß sehr wohl, meine Herren, wenn Nationalsozialisten durch die Straßen marschieren, und es gibt plötzlich abends Tumult und Radau, dann zieht der Bürger den Vorhang zurück, sieht hinaus und sagt: ‚Schon wieder bin ich in meiner Nachtruhe gestört und kann nicht schlafen. Warum müssen die Nazis denn auch immer provozieren und nachts herumlaufen?‘ Meine Herren, wenn alle so denken würden, dann wäre die Nachtruhe allerdings nicht gestört, aber dann würde auch der Bürger heute nicht mehr auf die Straße gehen können. Wenn alle so denken würden, wenn diese jungen Leute kein Ideal hätten, das sie bewegt und vorwärts treibt, dann allerdings würden sie diese nächtlichen Kämpfe gern entbehren. Aber vergessen Sie nicht, daß es Opfer sind, wenn heute viele Hunderttausende von SA.- und SS.-Männern der nationalsozialistischen Bewegung jeden Tag auf den Lastwagen steigen, Versammlungen schützen, Märsche machen müssen, Nacht um Nacht opfern, um beim Morgengrauen zurückzukommen — entweder wieder zur Werkstatt und in die Fabrik, oder aber als Arbeitslose die paar Stempel Groschen entgegenzunehmen; wenn sie von dem wenigen, das sie besitzen sich außerdem noch ihre Uniform kaufen, ihr Hemd, ihre Abzeichen, ja wenn sie ihre Fahrten selbst bezahlen — glauben Sie mir, darin liegt schon die Kraft eines Ideals, eines großen Ideals! Und wenn die ganze deutsche Nation heute den gleichen Glauben an ihre Berufung hätte wie diese Hunderttausende, wenn die ganze Nation diesen Idealismus besäße: Deutschland würde

der Welt gegenüber heute anders dastehen! (Lebhafter Beifall.) Denn unsere Situation in der Welt ergibt sich in ihrer für uns so verhängnisvollen Auswirkung nur aus der eigenen Unterbewertung der deutschen Kraft. (Sehr richtig.) Erst wenn wir diese verhängnisvolle Einschätzung wieder abgeändert haben, kann Deutschland die politischen Möglichkeiten wahrnehmen, die — weitschauend in die Zukunft — das deutsche Leben wieder auf eine natürliche und tragfähige Basis stellen: entweder neuen Lebensraum mit Ausbau eines großen Binnenmarktes oder Schutz der deutschen Wirtschaft nach außen unter Einsatz der zusammengeballten deutschen Kraft. Die Arbeitskraft unseres Volkes, die Fähigkeiten sind vorhanden, niemand kann unseren Fleiß bestreiten. Die politischen Voraussetzungen aber müssen erst wieder gestaltet werden; ohne sie werden Fleiß und Fähigkeit, Arbeitsamkeit und Sparsamkeit am Ende doch vergeblich sein. Denn eine unterdrückte Nation wird selbst die Ergebnisse ihrer Sparsamkeit nicht dem eigenen Wohl zuführen können, sondern auf dem Altar der Erpressungen, der Tribute, zum Opfer bringen müssen.

So sehe ich denn das Mittel des deutschen Wiederaufstiegs im Unterschied zu unserer offiziellen<sup>34)</sup> Regierung nicht im Primat der deutschen Außenpolitik, sondern im Primat der Wiederherstellung eines gesunden, nationalen und schlagkräftigen deutschen Volkskörpers. Diese Aufgabe zu leisten, habe ich vor 13 Jahren die nationalsozialistische Bewegung gegründet und sie seit 12 Jahren geführt und hoffe, daß sie diese Aufgabe dereinst auch erfüllen, daß sie als schönstes Ergebnis ihres Ringens wieder einen vollständig innerlich regenerierten deutschen Volkskörper zurücklassen wird, unduldsam gegen jeden, der sich an der Nation und ihren Interessen versündigt, unduldsam gegen jeden, der ihre Lebensinteressen nicht anerkennt oder sich gegen sie stellt, unduldsam und unerbittlich gegen jeden, der diesen Volkskörper wieder zu zerstören und zu zersetzen trachtet — und im übrigen zu Freundschaft und Frieden bereit mit jedem, der Freundschaft und Frieden will!“ (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Hitler hatte den Januar 1932 gut genutzt, aber auch die Parteien der Weimarer Republik (Sozialdemokraten, Zentrum und Staatspartei) hatten sich geeinigt und Hindenburg als ihren Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl aufgestellt<sup>35)</sup>.

Hitler aber hielt sich noch zurück. Nach Goebbels' Tagebuch<sup>36)</sup> soll er am 2. Februar den Entschluß gefaßt haben, selbst für die Reichspräsidentenwahl zu kandidieren. Aber dies war nur der Tag, an dem er Goebbels einweihte. Bereits am 30. Januar ertönte bei einer NSDAP.-Kundgebung im Berliner Sportpalast plötzlich von der Galerie ein Ruf „Hitler soll Reichspräsident werden“. Dieses Ereignis wurde vom Völkischen Beobachter ganz groß herausgestellt<sup>37)</sup>. Man sieht, Hitler war bereits dabei, seine Kandidatur populär zu machen.

Diesem Zweck dienten auch seine beiden *Reden in Berlin* am 9. Februar vor 15 000 *Berliner SA.-Männern* im Sportpalast<sup>38)</sup> und am 10. Februar vor *Berliner SS.-, HJ.- und Studentenformationen*, ebenfalls im Sportpalast<sup>39)</sup>.

Offiziell wurde die Kandidatur immer noch nicht bekanntgegeben. Hitler gedachte, zunächst die Frage seiner Staatsbürgerschaft propagandistisch auszuwerten. Er hatte im Jahre 1925 die österreichische Staatsbürgerschaft aufgegeben, weil er

<sup>34)</sup> Die inoffizielle Regierung waren nach Hitlers Ansicht bereits damals er selbst und die NSDAP.

<sup>35)</sup> Der Aufruf des sogenannten Hindenburg-Ausschusses (gebildet von dem damaligen Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahn) erfolgte am 1. 2. 1932.

<sup>36)</sup> Vgl. Goebbels a. a. O. S. 36.

<sup>37)</sup> Vgl. VB. Nr. 31 v. 31. 1. 1932.

<sup>38)</sup> Wortlaut im VB. Nr. 43 v. 12. 2. 1932.

<sup>39)</sup> Bericht im VB. Nr. 43 v. 12. 2. 1932.

fürchtete, womöglich als lästiger Ausländer nach Österreich abgeschoben zu werden. Er wurde somit „Staatenloser“ <sup>39a)</sup>).

Andererseits ist kaum zu bestreiten, daß ein Einbürgerungsantrag Hitlers in den zwanziger Jahren wenig Aussicht auf Erfolg gehabt hätte, da zum mindesten von den sozialdemokratisch regierten deutschen Ländern Einspruch erhoben worden wäre.

Um jedoch für das Reichspräsidentenamt kandidieren zu können, mußte Hitler nach der Weimarerer Verfassung die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Die ersten behutsamen Versuche Hitlers, das Staatsbürgerrecht zu erlangen, lassen sich bereits im Jahre 1929 nachweisen, und man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß er schon damals die Absicht hatte, bei einer etwa durch den Tod des schon über 80jährigen Hindenburg notwendig werdenden Präsidentenwahl selbst zu kandidieren.

Er ließ durch Dr. Wilhelm Frick <sup>40)</sup> und den nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Buttman beim bayerischen Innenminister Dr. Stützel (BVP.) vorführen, ob ein Einbürgerungsantrag Aussicht auf Genehmigung haben würde. Nachdem sich der bayerische Ministerrat mit der Angelegenheit befaßt hatte <sup>41)</sup>, erteilte Stützel eine Absage.

Ein anderer Weg, die Staatsbürgerschaft zu erlangen, war nach deutschem Recht <sup>42)</sup> die Ernennung zum Beamten. Als mit Dr. Frick 1930 in Thüringen zum erstenmal ein Nationalsozialist Staatsminister geworden war, versuchte er sofort, die Einbürgerung Hitlers auf diese Weise zu vollziehen, und stellte eine Urkunde aus, die ihn zum Gendarmeriekommissar in Hildburghausen ernannte. Obwohl Frick später behauptete, die Ernennung sei ohne Hitlers Wissen erfolgt, ist kaum anzunehmen, daß diese Darstellung der Wahrheit entsprach oder Hitler die Urkunde sogar, empört über ein solches Angebot, „zerrissen“ hat. Viel wahrscheinlicher dürfte es sein, daß Hitler die Urkunde für den Notfall im Schreibtisch aufbewahrte: Sollte Hindenburg plötzlich sterben und eine sofortige Neuwahl ausgeschrieben werden, würde es selbst in einem nationalsozialistisch regierten Land vielleicht nicht mehr möglich sein, die Einbürgerung noch rechtzeitig für eine Kandidatur zu vollziehen. Und in diesem Fall wäre Hitler wohl zweifellos, mit der thüringenschen Urkunde bewaffnet, erschienen und hätte nachgewiesen, daß er bereits seit 1930 die deutsche Staatsbürgerschaft besitze. Im Jahre 1932 aber erschien es ihm opportun, diese Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen und lieber einen offizielleren Weg zu wählen, um zum Ziel zu kommen.

<sup>39a)</sup> Zur Diskussion um Hitlers österreichische Staatsbürgerschaft bzw. versuchte Ausweisung 1924/1925 vgl. Franz Jetzinger, Hitlers Jugend — Phantasie, Lügen und die Wahrheit, Wien 1957, und D. C. Watt, Die bayerischen Bemühungen um Ausweisung Hitlers 1924, in Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (6) 1958, S. 270—280.

<sup>40)</sup> Dr. Wilhelm Frick (geb. 1877 in Alsenz i. d. Rheinpfalz, gehängt 1946 in Nürnberg) wirkte, obwohl Beamter des Münchner Polizeipräsidiums, bereits an der Vorbereitung des Hitler-Putsches vom 8. 11. 1923 mit. Er war vom 23. 1. 1930 bis zum 1. 4. 1931 thüringischer Innen- und Volksbildungsminister. Das dort bestehende Rechtskabinett zerbrach durch Zwistigkeiten zwischen NSDAP. und Christl.-Nat. Bauern- und Landvolkpartei im Jahr 1931.

<sup>41)</sup> Der Sitzungsbericht ist erhalten im Bayer. Geh. Staatsarchiv München (Ministerialabgabe 1943 A. V. Nr. 427) und wiedergegeben bei Rudolf Morsey, Hitler als braunschweigischer Regierungsrat, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (8) 1960, S. 421. In diesem Aufsatz auch Dokumente zu dem Einbürgerungsversuch in Thüringen 1930 und zu den Vorgängen in Braunschweig bzw. Berlin 1932. Vgl. auch Aussage Hitlers vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Thüringer Landtags (VB. Nr. 77 v. 17. 3. 1932).

<sup>42)</sup> Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. 7. 1913 § 14. RGBl. 1913 I S. 586.

10. Februar 1932

Im Jahre 1932 gab es nur ein nationalsozialistisch regiertes bzw. beeinflusstes Land, und dies war Braunschweig <sup>43)</sup>.

Es war klar, daß die gewaltsame Einbürgerung Hitlers dort über die Bühne gehen mußte.

Vorher hielt Hitler jedoch noch eine Propagandakampagne für notwendig, zumal der Einbürgerungsversuch von 1930 gerade in der Presse bekanntgeworden war. Dr. Frick mußte im Völkischen Beobachter am 10. Februar erklären <sup>44)</sup>, er habe jenen Vorschlag nur gemacht, weil Stützel ein Einbürgerungsgesuch Hitlers für aussichtslos erklärt habe.

In der gleichen Ausgabe des Völkischen Beobachters wurde eine Rede des Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski (SPD.) in Leipzig wiedergegeben: es sei blamabel, daß Hitler nicht mit der Hundepeitsche aus Deutschland davongejagt werde <sup>45)</sup>. Demgegenüber hoben alle nationalsozialistischen Zeitungen in den Februartagen hervor, welche Schande es sei, Hitler, dem alten Frontsoldaten, dem nationalen Vorkämpfer, das Staatsbürgerrecht zu verweigern.

Am 12. Februar wurde eine Erklärung der Deutschnationalen Volkspartei zugunsten einer Einbürgerung Hitlers veröffentlicht <sup>46)</sup>. Am 14. Februar prangerte Hitler auf einer *Parteiführertagung des Gaues München-Oberbayern in München* die Sozialdemokraten als diejenigen an, die ihm die Staatsbürgerschaft verweigerten. Er erklärte: <sup>47)</sup>

„Es sind Wunder geschehen. Generalfeldmarschall von Hindenburg wird gegenwärtig von den Crispien, Barth und Genossen <sup>48)</sup> als der einzig mögliche Präsidentschafts-Kandidat hingestellt. Das ist unsere Erziehungsarbeit; ich hätte gar nicht gedacht, daß die Sozialdemokratie jemals so patriotisch, so militaristisch werden würde. Auch auf den anderen Gebieten zeigt sich unsere Erziehungsarbeit: Das feine Gefühl, daß die Sozialdemokratie heute hat für staatsangehörig und nicht staatsangehörig, für deutsch und nicht deutsch, für Inländer und Ausländer, für diesseits und jenseits der Grenze Geborene . . . , dieses feine Gefühl, das doch so gar nicht zu ihrer internationalen Einstellung paßt . . . , auch das ist eine Folge unserer Erziehungsarbeit.“

Am 15. Februar, als Hindenburg sich mit einer Kandidatur bzw. Wiederwahl einverstanden erklärte, erließ Hitler folgenden *Aufruf an die NSDAP.*: <sup>49)</sup>

München, 15. Februar.

„Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen!

Als letzten Versuch, das unheilvolle Weimarer System zu retten, haben sich die in hoffnungsloser Minderzahl befindlichen Parteien der schwarz-roten Koalition entschlossen, den Generalfeldmarschall von Hindenburg zur Neuwahl des Reichspräsidenten vorzuschlagen. Damit soll die Politik des Zusammenbruches, die ihre letzten Begründungen

---

<sup>43)</sup> In Braunschweig amtierte seit den Landtagswahlen vom 14. 9. 1930 eine Rechtsregierung mit dem Nationalsozialisten Dietrich Klagges (geb. 1891) als Innen- und Volksbildungsminister und dem Deutschnationalen Dr. Werner Küchenthal als Vorsitzendem des Staatsministeriums. — Im Laufe des Jahres 1932 erhielten noch folgende Länder durch dort stattfindende Landtagswahlen nationalsozialistische Regierungen: Mecklenburg-Strelitz, Anhalt, Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin und erneut Thüringen.

<sup>44)</sup> Vgl. VB. Nr. 43 v. 12. 2. 1932.

<sup>45)</sup> Vgl. VB. Nr. 43 v. 12. 2. 1932.

<sup>46)</sup> Vgl. VB. Nr. 45/46 v. 14./15. 2. 1932.

<sup>47)</sup> Auszug im VB. Nr. 48 v. 17. 2. 1932.

<sup>48)</sup> Namen von damaligen SPD.-Reichstagsabgeordneten.

<sup>49)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 48 v. 17. 2. 1932.

15. Februar 1932

im Youngplan<sup>50)</sup> und in den Notverordnungen gefunden hatte, weiter fortgesetzt werden. Das nationale Deutschland wird darauf die einzig mögliche Antwort erteilen:

Die nationalsozialistische Bewegung muß getreu ihrem Kampf gegen das System diese Kandidatur ablehnen. Die Stunde der Auseinandersetzung mit den Novembermännern ist damit gekommen. Wir bedauern, daß der Generalfeldmarschall von Hindenburg sich bewegen ließ, seinen Namen in diesem Kampf verbrauchen zu lassen.

Adolf Hitler.“

Noch immer gab Hitler seine eigenen Kandidaturabsichten nicht bekannt. Vorher wollte er unter der Arbeiterschaft und unter den Bauern etwas mehr Stimmung für sich machen.

Zu diesem Zweck hielt er am 16. Februar eine Rede in einer Düsseldorfer Maschinenhalle vor angeblich 26 000 Arbeitern. Dadurch sollte der wenig günstige Eindruck, den die Kunde von seiner Ansprache im Düsseldorfer Industrieklub knapp 3 Wochen zuvor unter der Arbeiterschaft hervorgerufen hatte, wettgemacht werden.

Am gleichen Tag rief Hitler alle Deutschen zur Sicherung der Ernte 1932 auf<sup>51)</sup>. Dieser Aufruf trug die Überschrift „Die deutsche Ernte 1932 in Gefahr“ und hatte folgenden Wortlaut:

„NSK. München, 16. Februar. Ein Aufruf des Führers

Voraussetzung für die Unabhängigkeit des deutschen Staates ist die Möglichkeit, das deutsche Volk aus der deutschen Scholle ernähren zu können. Eine intakte deutsche Landwirtschaft und Gärtnerei sind in der Lage, die lebensnotwendige Selbstversorgung des deutschen Volkes zu gewährleisten.

Das herrschende System hat die deutsche Landwirtschaft und den deutschen Gartenbau rettungslos dem Verfall preisgegeben. Überschuldet und seelisch verzweifelt, weiß der deutsche Landwirt und Gärtner heute nicht mehr, woher er die Mittel zur Durchführung der ordnungsgemäßen Frühjahrsbestellung nehmen soll; weitgehende Einschränkung bei der Aussaat wird bereits erwogen. So entsteht die Gefahr, daß wir 1932 eine unzureichende Ernte haben werden, und daß damit die lebensnotwendige Selbstversorgung des deutschen Volkes mit Nahrungsmitteln unterbunden sein wird. Das verarmte deutsche Volk ist nicht mehr in der Lage, die Devisen aufzubringen, welche notwendig sind, um die bei unzureichender Ernte fehlenden Nahrungsmittel vom Auslande herbeizuholen.

Deutsche Volksgenossen, deutsche Landwirte und Gärtner! Dies darf nicht sein, es ist eure vaterländische Pflicht, eine Erntekatastrophe zu verhindern.

Daher rufe ich alle Deutschen auf, die Sicherstellung der deutschen Ernte 1932 als eine ihrer vornehmsten Aufgaben zu betrachten. Wer jetzt durch irgendwelche Maßnahmen die Durchführung der sachgemäßen Frühjahrsbestellung gefährdet und dem deutschen Landwirt oder Gärtner in den Rücken fällt, oder wer als Landwirt aus eigenem Interesse eine ordnungsgemäße Bestellung unterläßt, begeht Verrat am deutschen Volke. Industrie, Handwerk und Handel haben die Ehrenpflicht, alle Hilfsquellen freizumachen und der Landwirtschaft und Gärtnerei die Sicherung der Ernte 1932 zu ermöglichen.

Ich erkläre für die nationalsozialistische Bewegung, daß eine kommende nationalsozialistische Regierung alle Maßnahmen auch nach der Ernte ganz besonders schützen wird, die von Landwirten und anderen Stellen jetzt getroffen werden, um die Frühjahrsbestellung in uneingeschränkter Form durchzuführen. Eine nationalsozialistische Regie-

<sup>50)</sup> Von den nationalistischen deutschen Parteien abgelehnter Plan des amerikanischen Wirtschaftspolitikers Owen Young vom Jahre 1928 zur Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen. Unterzeichnet am 7. 6. 1929 in Paris.

<sup>51)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 49 v. 18. 2. 1932. Dort auch Bericht über die Rede in Düsseldorf.

16. Februar 1932

rung wird außerdem eine Prüfung aller Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke durchführen, die nach dem Tage der Bankenkatastrophe vom 13. Juli 1931 vorgenommen worden sind. Dies ist die einfachste Pflicht nationalsozialistischer Staatsauffassung, welcher die Erhaltung des deutschen Bauerntums als Blutserneuerungsquelle des Volkes sowie die Sicherung seiner Ernährungsgrundlage oberstes Lebensgesetz ist. Der Nationalsozialismus stellt die Lebensgesetze des Volkes höher als die Interessen des internationalen Finanzkapitals, welche zur Vernichtung aller naturgemäßen Grundlagen des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft geführt haben.

Ich erwarte von jedem Parteigenossen und Deutschbewußten, insbesondere aber von jedem deutschen Bauern und Gärtner, daß er im Hinblick auf die Sicherung der gefährdeten Ernte jetzt seine Pflicht tut.

Adolf Hitler.“

Hitlers Worte waren bereits diejenigen eines Staatschefs! Aber so grotesk dieser Aufruf auch war, er tat seine Wirkung. Die deutschen Bauern waren 1932 in der überwiegenden Mehrheit Hitlers Gefolgsleute geworden.

Am 22. Februar endlich erlaubte Hitler Goebbels, in einer Abendkundgebung der NSDAP. im Berliner Sportpalast die Kandidatur bekanntzugeben. Die Mitteilung wurde mit minutenlangen Heilrufen aufgenommen<sup>52)</sup>. „Die Menschen stehen auf und jubeln und rufen, lachen und weinen durcheinander“, schrieb Goebbels in sein Tagebuch<sup>53)</sup>.

Am 25. Februar wurde Hitlers Einbürgerung in Braunschweig vollzogen. Die amtliche Verlautbarung über die Einbürgerung Hitlers hatte folgenden Wortlaut:<sup>54)</sup>

26. 2. Braunschweig.

„Der Führer der NSDAP., Adolf Hitler, ist von der braunschweigischen Regierung mit sofortiger Wirkung zum Regierungsrat an der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin ernannt worden. Adolf Hitler ist damit deutscher Staatsbürger geworden. Die Urkunde über seine Ernennung wurde vom braunschweigischen Ministerpräsidenten Küchenthal und dem Minister Klagges am Donnerstagnachmittag unterzeichnet.“

Die etwas anrühige Art und Weise, mit der Hitler nun deutscher Staatsbürger geworden war, wurde von den Nationalsozialisten selbst nicht als anstößig empfunden. Man freute sich, daß man der Reichsregierung ein „Schnippchen“ geschlagen hatte und daß auf diese Weise eine Hintertreppe zur deutschen Staatsbürgerschaft in der Öffentlichkeit bekannt wurde, die wohl auch vor Hitler schon benutzt worden war.

Hitler war es keineswegs unangenehm, daß er nun als Gegenkandidat des Generalfeldmarschalls von Hindenburg auftreten mußte.

Dies zeigte sich schon bei seiner ersten Rede nach Bekanntgabe seiner Kandidatur am 27. Februar auf einer Kundgebung „von 25 000 Berlinern“ im dortigen Sportpalast<sup>55)</sup>.

Nach der üblichen langatmigen Einleitung, der „Parteierzählung“<sup>56)</sup>, erklärte er:

<sup>52)</sup> Vgl. VB. Nr. 55 v. 24. 2. 1932.

<sup>53)</sup> Goebbels a. a. O. S. 50.

<sup>54)</sup> WTB. v. 26. 2. 1932. Die Vereidigung Hitlers erfolgte am 26. 2. 1932 in der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin durch den braunschweigischen Gesandten Geheimrat Friedrich Boden.

<sup>55)</sup> Wortlaut in VB. Sondernummer 22 v. Februar 1932.

<sup>56)</sup> Ausdruck des Verfassers, vgl. S. 49.



27. Februar 1932

„Wenn der ‚Vorwärts‘ heute im Aufruf der Sozialdemokratischen Partei schreibt: ‚Schlagt Hitler!‘, so bin ich stolz darauf. Ich will nichts anderes, als mich mit Euch schlagen, und das Schicksal soll dann die Waage in die Faust nehmen und abwägen, in welcher Schale mehr Opfer sind und mehr Wille und mehr Entschlossenheit, in Eurer oder in unserer. Ich kenne Eure Parole.

Ihr sagt: ‚Wir bleiben um jeden Preis‘, und ich sage Euch: Wir stürzen Euch auf alle Fälle!

Und was Ihr auch dagegen unternehmen mögt, was Ihr dagegen schreiben mögt, lügen und verleumden mögt, es wird zuschanden werden!

Und wenn Ihr sagt, daß nun endlich ich selbst in dieser Arena des Kampfes stehe, jawohl, ich glaube, daß jetzt die Entscheidung naht, und ich würde zu stolz sein und zu selbstbewußt, um bei dieser Entscheidung vielleicht im zweiten Glied zu marschieren. Im Gegenteil, ich bin glücklich, daß ich jetzt mit meinen Kameraden schlagen kann, so oder so. Und wenn Ihr nun glaubt, uns durch Drohungen müde zu machen, so täuscht Ihr Euch! Sie können mir ruhig mit der Hundepeitsche drohen (stürmische Pfuirufe). Wir werden sehen, ob am Ende dieses Kampfes die Peitsche sich noch in Euren Händen befindet.

Der 13. März wird für uns ein Kampftag sein, und ich glaube, daß dieser Kampf, meine Volksgenossen, den Segen findet, den er verdient. 13 Jahre Ringen, 13 Jahre Beharrlichkeit, 13 Jahre Entschlossenheit können nicht umsonst gewesen sein.

Ich glaube an eine höhere Gerechtigkeit. Ich glaube, daß sie Deutschland geschlagen hat, weil wir treulos geworden waren, und ich glaube, daß sie uns helfen wird, weil wir wieder Treue bekennen.

Ich glaube, daß sich der Arm des Allmächtigen von denen wegziehen wird, die nur nach fremder Deckung suchen.

Wir haben einst dem Generalfeldmarschall gehorsam, wie dem obersten Kriegsherrn, gedient und haben ihn verehrt und wollen, daß sein Name dem deutschen Volk als Führer des großen Ringens erhalten bleibt. Weil wir aber das wünschen und weil wir das wollen, sehen wir heute die Pflicht, dem alten Generalfeldmarschall zuzurufen:

Alter Mann, du bist uns zu verehrungswürdig, als daß wir es dulden könnten, daß hinter dich sich die stellen, die wir vernichten wollen. So leid es uns daher tut, du mußt zur Seite treten, denn sie wollen den Kampf, und wir wollen ihn auch.

Und ich glaube, daß dieser Kampf mit dem Sieg derer beendet wird, die den Sieg auch verdienen, verdienen durch ihren Kampf, durch ihre Opfer und ihren Einsatz, durch ihre Beharrlichkeit und Entschlossenheit, durch ihren Glauben und die großen Ideale, die sie beseelen.“

Schwereres Geschütz fuhr Hitler jedoch in einem *Brief an den Reichspräsidenten* selbst vom 28. Februar auf. Er beklagte sich über das Verbot der Berliner NSDAP.-Zeitung „Der Angriff“, über den Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski, der ihn mit der Hundepeitsche aus Deutschland vertreiben wolle, über die Beeinträchtigung des Wahlkampfes durch zweierlei Maß usw. Er schloß mit den Worten: <sup>57)</sup>

„Herr Generalfeldmarschall! Halten Sie es Ihres Namens für würdig, sich selbst als Präsidentschaftskandidat durch ein Gestrüpp von Notverordnungen und Gesetzesparagraphen in Ihrer persönlichen Ehre schützen zu lassen, Ihren Gegenkandidaten aber als Freiwild der parteipolitischen Lüge und Verleumdung preiszugeben?

Was gedenken Sie, Herr Reichspräsident, zu tun, um in diesem Kampf, der auch um Ihre Person geht, die Prinzipien der Ritterlichkeit wieder herzustellen?“

---

<sup>57)</sup> Wortlaut im VB. Nr. 61 v. 1. 3. 1932.

28. Februar 1932

Der Brief wurde am Sonntag, dem 28. Februar, um 12 Uhr dem Reichspräsidenten durch Boten zugestellt, der Inhalt aber bereits um 14 Uhr auf einer Pressekonferenz der NSDAP. bekanntgegeben. Am nächsten Tag begann Hitler seine Wahlreise durch Deutschland, die noch mit dem Kraftwagen durchgeführt wurde.

Er sprach dabei in folgenden Städten:

1. März *Wahlrede in Hamburg* (Sagebiel) <sup>58)</sup>,
2. März *Wahlrede in Stettin* (Ausstellungshalle) <sup>59)</sup>,
3. März (22 Uhr) *Wahlrede in Breslau* (Jahrhunderthalle) <sup>60)</sup>,
4. März *Wahlrede in Leipzig* (Park Meusdorf) <sup>61)</sup>,
5. März *Wahlrede in Bad Blankenburg* <sup>62)</sup>,
6. März (12 Uhr) *Wahlrede in Weimar* (Marktplatz) <sup>63)</sup>,
6. März *Wahlrede in Frankfurt a. M.* (Festhalle) <sup>64)</sup>,
7. März *Wahlrede in Nürnberg* (Luitpoldhain) <sup>65)</sup>,
8. März *Wahlrede in Stuttgart* (Stadthalle) <sup>66)</sup>,
9. März (21 Uhr) *Wahlrede in Köln* (Messehalle) <sup>67)</sup>,
10. März *Wahlrede in Dortmund* (Westfalenhalle) <sup>68)</sup>,
11. März *Wahlrede in Hannover* (Stadthalle) <sup>69)</sup>.

Bei dieser Redekampagne sprach Hitler, wenn man die allerdings übertriebenen Berichte des Völkischen Beobachters zu Grunde legen will, vor etwa 500 000 Menschen. Seine Zuhörer warteten geduldig stundenlang vor und in den Versammlungsräumen. Oft traf Hitler erst mehrere Stunden später als angekündigt ein (in Breslau z. B. vier Stunden, in Stuttgart zwei Stunden). Dies geschah z. T. aus wetterbedingten Verkehrsschwierigkeiten, nicht zuletzt aber in der Absicht, die Menschen durch die lange Wartezeit empfänglicher für die dann folgende Rede zu machen.

In Hannover erfuhr Hitler, daß der preußische Innenminister Carl Severing einen Runderlaß an alle Polizeibehörden herausgegeben hatte, in dem vor Putschabsichten der radikalen Parteien, insbesondere der Nationalsozialisten, nach der Reichspräsidentenwahl gewarnt wurde. Sofort erkannte Hitler, daß man bei einem für ihn ungünstigen Wahlausgang Maßnahmen gegen die Partei und besonders gegen die SA. plante, wie dies dann nach dem 2. Wahlgang wirklich geschah. Um dieser Gefahr nach Möglichkeit zu begegnen, gab er folgende *Erklärung an die Presse*: <sup>70)</sup>

### 11. 3. Hannover.

„Das vor dem Zusammenbruch stehende System versucht in letzter Minute durch das Ausstreuen von Putschabsichten seine Position zu halten. Diese Versuche sind zu dumm, als daß sie von jemand ernst genommen werden könnten. Die nationalsozialistische Be-

<sup>58)</sup> Bericht im VB. Nr. 63 v. 3. 3. 1932.

<sup>59)</sup> Bericht im VB. Nr. 64 v. 4. 3. 1932.

<sup>60)</sup> Bericht im VB. Nr. 65 v. 5. 3. 1932.

<sup>61)</sup> Bericht im VB. Nr. 69 v. 9. 3. 1932.

<sup>62)</sup> Bericht im VB. Nr. 69 v. 9. 3. 1932.

<sup>63)</sup> Bericht im VB. Nr. 68 v. 8. 3. 1932.

<sup>64)</sup> Bericht im VB. Nr. 68 v. 8. 3. 1932.

<sup>65)</sup> Bericht im VB. Nr. 69 v. 9. 3. 1932.

<sup>66)</sup> Bericht im VB. Nr. 70 v. 10. 3. 1932.

<sup>67)</sup> Bericht im VB. Nr. 71 v. 11. 3. 1932.

<sup>68)</sup> Bericht im VB. Nr. 72 v. 12. 3. 1932.

<sup>69)</sup> Bericht im VB. Nr. 73/74 v. 13./14. 3. 1932.

<sup>70)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 73/74 v. 13./14. 3. 1932.

11. März 1932

wegung hat heute weniger denn je Anlaß, ihren legalen Weg zu verlassen, auf dem das System in die Knie gezwungen werden wird. Alle ausgestreuten Gerüchte über Putschabsichten der NSDAP. sind Fälschungen, in deren Zeichen die Wahlkampagne unserer Gegner überhaupt steht.

Adolf Hitler.“

In Hannover hatte Hitler außerdem eine *Unterredung* mit dem amerikanischen Journalisten H. R. Knickerbocker<sup>71)</sup>, dem er erklärte, er werde am 13. März, dem Wahltag, nicht weniger als 12 Millionen Stimmen, Hindenburg nicht mehr als 12 Millionen Stimmen erhalten.

Die Münchener Neuesten Nachrichten veröffentlichten folgenden Bericht über das Interview:

Der amerikanische Journalist Knickerbocker hatte am Freitag eine *Unterredung* mit Hitler in Hannover.

Über die Wahl erklärte Hitler, er werde nicht weniger als 12 Millionen Stimmen bekommen. Es sei unmöglich, daß einer von ihnen schon im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erhalten würde. Die Entscheidung würde also erst im zweiten Wahlgang fallen, und dann sei nach Hitlers Auffassung der Ausgang nicht zweifelhaft.

Auf die Frage des Journalisten, was geschehen werde, wenn Hitler Reichspräsident würde, hat dieser erklärt:

In dem Augenblick, in dem er zum Reichspräsidenten gewählt werde, werde Brüning zurücktreten. Er werde es aber auch dann schon tun müssen, wenn er (Hitler) im ersten Wahlgang 13 Millionen Stimmen erhalten werde. Es wäre dann bis zum endgültigen Ausgang der Wahl eine Interimsregierung an die Stelle des bisherigen Kabinetts zu setzen.

In dem Augenblick, in dem er das Amt des Reichspräsidenten übernehmen werde, würden Reichstagswahlen ausgeschrieben werden, um einen Reichstag zu erhalten, der tatsächlich dem Willen des Volkes entspreche.

Er werde keineswegs sofort alle Notverordnungen der Regierung Brünings rückgängig machen und ebensowenig verkünden, daß nun der Vertrag von Versailles zerrissen werde. Die Notverordnungen sowohl wie der Versailler Vertrag hätten Tatsachen geschaffen, die man nicht einfach dadurch abändern könne, daß man die Notverordnungen aufhebe und den Vertrag zerreiße. Diese Verordnungen würden dann rückgängig gemacht werden, wenn etwas geschaffen sei, was an ihre Stelle treten würde, und der Versailler Vertrag würde dann erledigt sein, wenn auf einer neuen Konferenz ein anderer Vertrag abgefaßt würde.

Hitlers Optimismus war also sehr groß, aber nicht ganz unbegründet, da zahlreiche Prominente sich für seine Kandidatur erklärt hatten. Fritz Thyssen, der rheinische Großindustrielle, brachte die Ansicht vieler führender Persönlichkeiten zum Ausdruck, wenn er erklärte:<sup>72)</sup>

„Ich wähle Adolf Hitler, weil ich ihn genau kenne und fest überzeugt bin, daß er der einzige ist, der Deutschland vor dem Abgrund und Zerfall zurückreißen kann und wird.“

Diese Überzeugung sollte Hitler im Laufe des Jahres 1932 noch vielen maßgebenden Leuten in Deutschland beibringen.

Aber der 13. März 1932 wurde für die NSDAP. eine bittere Enttäuschung. Am Vorabend hatten nationalsozialistische Zeitungen<sup>73)</sup> stolz verkündet: „Mor-

<sup>71)</sup> Münchener Neueste Nachrichten v. 13. 3. 1932.

<sup>72)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 73/74 v. 13./14. 3. 1932.

<sup>73)</sup> So der Berliner „Angriff“.

13. März 1932

gen wird Hitler Reichspräsident“, und dies war auch die Überzeugung der meisten Parteianhänger. Das Wahlergebnis brachte 18,65 Millionen Stimmen für Hindenburg, 11,34 Millionen für Hitler, 2,55 Millionen für den Stahlhelm- und DNVP.-Kandidaten Duesterberg, 4,98 Millionen für den Kommunisten Thälmann. Hindenburg hatte zwar nicht die absolute Mehrheit erreicht, aber sein Vorsprung war so groß, daß keine Aussicht für die Wahl Hitlers im 2. Wahlgang mehr bestand<sup>74)</sup>. Die Partei war aufs höchste deprimiert. Aber Hitler faßte sich sofort und erließ noch in der Nacht folgende *Aufrufe*:<sup>75)</sup>

*„Nationalsozialisten! Parteigenossen und Parteigenossinnen!*

Die erste Wahlschlacht ist geschlagen! Gegen das vereinte Aufgebot aller anderen Parteien, trotz schwerster behördlicher Unterdrückungen und Behinderungen unserer Propaganda hat die Nationalsozialistische Partei ihre Wählerschaft in knapp anderthalb Jahren fast verdoppelt.

Wir sind heute zur unbestritten weitaus stärksten Partei Deutschlands emporgestiegen.

Mit einer Flut von Lügen, Verleumdungen und Irreführungen sondergleichen haben unsere Gegner gekämpft. Die gegen uns vereint aufmarschierenden Parteien sind von 21,4 Millionen auf 18,6 Millionen gesunken, wir sind dagegen von 6,4 auf 11,3 Millionen gestiegen. Deutschnationale und Stahlhelm haben ihren alten Bestand gehalten.

Was uns in dem Wahlkampf noch nicht restlos gelungen ist, muß im kommenden vollendet werden.

*Nationalsozialisten!*

Wir haben aus eigener Kraft aus dem deutschen Volk über 5 Millionen Stimmen erneut an uns gezogen. Der Angriff gegen die Zentrums- und Marxistenfront muß nun sofort in der schärfsten Form erneut aufgenommen werden. Ich weiß, Parteigenossen, daß Ihr in dem Kampfe schwere Opfer gebracht habt. Trotzdem fordere ich Euch auf, augenblicklich den Kampf für die zweite Wahl zu eröffnen. Kein Tag darf verloren gehen! Ich habe schon in meinen Reden angekündigt, daß ganz gleich, wie die Wahl ausgeht, der 14. März uns wieder an der Arbeit sehen wird. Und ganz gleich, wie groß und intensiv diese Arbeit der letzten Wochen war, sie wird und muß noch gesteigert werden!

Wenn die Wähler der gesamten nationalen Front sich auf das Gebot der Stunde besinnen, muß es uns noch möglich werden, die wenigen Millionen fehlender Volksgenossen aus der widernatürlichen Front unserer Gegner herauszubrechen und uns zuzuführen.

Ich weiß, daß meine Redner jetzt ermüdet sind. Ich weiß, daß meine SA.- und SS.-Männer zahlreiche schlaflose Nächte hinter sich haben, ich weiß, daß die politischen Leiter, ebenso wie die Führer der SA., in den letzten Wochen Übermenschliches geleistet haben. Allein es darf heute keine Rücksicht geben. So wie ich selbst die Arbeit augenblicklich wieder aufnehme, erwarte ich von Ihnen allen, daß Sie ohne Zögern Ihre Anstrengungen erhöhen und, wenn nötig, verdoppeln. Entsprechend der vor uns klar sichtbaren Aufgabe wird unsere Propaganda einer neuen Überprüfung unterzogen! Die Anordnungen für die Weiterführung und Verstärkung des Kampfes gehen bereits heute abend an die Organisationen hinaus.

*Parteigenossen!*

Durch unsere Energie und Zähigkeit sind wir von sieben Mann nunmehr auf 11,3 Millionen gewachsen! Die übrigen nationalen Kräfte eingerechnet, umfassen wir damit

<sup>74)</sup> Lediglich in Mecklenburg-Strelitz war für die Rechtsparteien bei den gleichzeitig stattgefundenen Landtagswahlen ein Erfolg zu verzeichnen. Dort hatten sie mit 11 Deutschnationalen und 9 Nationalsozialisten die Mehrheit erhalten und konnten eine Rechtsregierung bilden.

<sup>75)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 75 v. 15. 3. 1932.

13. März 1932

rund 13,8 Millionen. Es muß uns möglich sein, die fehlenden 2 1/2 Millionen aus der gegnerischen Front herauszureißen und dorthin zu führen, wohin sie gehören.

Das Ziel ist klar, die Notwendigkeit des Kampfes wird durch die schon gebrachten Opfer nur noch erhärtet. Wir sind es all denen, die uns ihr Vertrauen schenkten, schuldig, unser Höchstes und Allerletztes herzugeben, um den Sieg an unsere Fahne zu heften.

Der erste Wahlkampf ist beendet, der zweite hat mit dem heutigen Tage begonnen. Ich werde auch ihn mit meiner Person führen.

München, den 13. März 1932.

Adolf Hitler.“

*„Kameraden der SA. u. SS.! Hitlerjugend! NSKK.!*

Ein schwerer Kampf liegt hinter Euch! Ich habe persönlich Eure Opfer und Eure Anstrengungen kennengelernt. Dank ihnen ist die Partei in einem unvergleichlichen Aufstieg nunmehr zur weitaus stärksten politischen Bewegung Deutschlands geworden. Ein zweiter größerer Kampf aber steht Euch nunmehr bevor! Noch einmal hat sich dieses System durch Lüge und Trug und Mißbrauch aller öffentlichen Einrichtungen, durch Terror und Verbote vorübergehend zu halten gewußt. Der Kampf dagegen muß daher sofort aufs neue beginnen. Mit dem 14. März setzt das Ringen um den entscheidenden zweiten Wahlgang ein. Unsere Aufgabe ist: Mindestens 2 1/2 Millionen verführte Wähler aus der Zentrums- und Marxistenfront herauszubrechen und der nationalen Front zuzuführen. Wir sind von sieben Mann auf heute fast 11 1/2 Millionen angewachsen. Wir werden, wenn alle Parteigenossen und alle Kameraden der SA., SS., Hitlerjugend und NSKK. fanatisch ihre Pflicht erfüllen, auch diese Aufgabe lösen! So sehr Ihr vielleicht der Ruhe bedürft, so sehr zwingt mich der bevorstehende schwerste Kampf, von Euch auch die schwersten Opfer zu verlangen. Unser Angriff hat unverzüglich einzusetzen. Die Propaganda ist jetzt in höchster Intensität 4 Wochen lang fortzuführen. Am 10. April muß, koste es was es wolle, dieses Ziel erreicht sein! Unsere Kameraden, die so große Opfer brachten, ja am Ende ihre Gesundheit und ihr Leben gaben, haben ein Recht, auch von uns den höchsten Einsatz zu fordern. Der Nationalsozialist, der seine Gegner erkannt hat, läßt sie in seinem Angriff nicht mehr los, bis daß sie zuletzt doch zusammenbrechen! Der Dank liegt nur im endgültigen Sieg!

München, den 13. März 1932.

Adolf Hitler.“

Diese Aufrufe waren von den vielen Reden und Proklamationen Hitlers im Jahre 1932 ohne Zweifel die besten und wirkungsvollsten. Es gelang ihm, seine Anhänger, die in einer Weltuntergangsstimmung waren, wieder hochzureißen und in einen neuen Wahlkampf zu führen, der ihm trotz der Aussichtslosigkeit seiner Position 2 1/2 Millionen neue Wähler brachte.

Hitler war im Jahre 1932 noch nicht der Gottmensch der späteren Jahre, der sich keinen Irrtum leisten zu können glaubte. Er gestand ein, daß er sich mit den Prognosen zum 1. Wahlgang verrechnet hatte.

Am 15. März fuhr er nach Weimar, um dort vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Thüringer Landtags auf Verlangen der Sozialdemokraten auszusagen, was es mit Fricks Einbürgerungsversuch vom Jahre 1930 auf sich gehabt habe <sup>70)</sup>.

Hitler waren solche Anlässe höchst willkommen, um vor Leuten zu sprechen, die normalerweise nicht in seine Versammlungen kamen. Auch in diesem Fall

<sup>70)</sup> Unterwegs wurde der Zug von mehreren Revolverschüssen getroffen. Vgl. Goebbels a. a. O. S. 64 und VB. Nr. 77 v. 17. 3. 1932.

hielt er eine längere Propagandarede, zerpfückte die Vorwürfe seiner Gegner und stellte sich als einen absolut rechtlich denkenden Mann hin, der 1930 die Einbürgerungsurkunde Fricks in Gera zerrissen habe<sup>77)</sup>.

Am gleichen Abend ergriff er bei einer *Kundgebung von 5000 Parteigenossen in der Weimarer Goethehalle* das Wort, um diesen parlamentarischen Untersuchungsausschuß noch einmal zu verhöhnen:<sup>78)</sup>

„Ich weiß nicht, ob es die Sehnsucht sich zu blamieren war oder die Sehnsucht nach Tagegeldern, die die letzte Ursache für den Untersuchungsausschuß gewesen ist. Es ist für uns im allgemeinen nicht ehrenvoll, die illustren Gegner zu betrachten, mit denen uns leider das Schicksal gesegnet hat. Es wäre schöner, wenn man achtenswerten Kämpfern sich gegenüber sähe und nicht diesem Zeug, dieser Fabrikware der Natur.“

Hitler hatte wohl recht mit der Behauptung, es stünden ihm keine Gegner von Format gegenüber, andererseits wäre es für ihn durchaus nicht „schöner“ gewesen, wenn er solche gehabt hätte. Im 2. Weltkrieg glaubte er, er könne in ähnlicher Weise seine äußeren Gegner schmähen und sie lächerlich machen. Es sei bedauerlich, daß er immer nur „mit Nullen“ zu tun habe, so erklärte er 1941 und 1942<sup>79)</sup>. Aber diese Gegner zeigten ihm bald, wer der Stärkere war.

Am 15. März 1932 jedoch hatte Hitler mit seinen rhetorischen Eskapaden großen Erfolg. Er setzte seine *Weimarer Rede* mit der Erklärung fort, nur die Angst der Sozialdemokraten vor ihm sei die Ursache von Hindenburgs Wahlerfolg gewesen.

„Ich hielt es wirklich nicht für möglich, daß die große ‚sozialistische, revolutionäre, volksbefreiende‘ Sozialdemokratie bis zum letzten Mann, ja sogar ein großer Teil der KPD, wirklich bei der Wahl für Hindenburg stimmen konnte. Wir gestehen offen, daß wir uns hierin getäuscht haben. Daß die Herren Angst haben vor mir, das habe ich gewußt. Daß die Herren aber soviel Angst hätten, und daß ihnen die Angst so in den Knochen sitzt, daß sie bis zum letzten Mann hinliefen, das habe ich nicht erwartet. Stolz darauf können wir eigentlich alle sein. Nach einem Kampf von kaum 12 Jahren haben wir dieses Wunder fertiggebracht, daß sie vor einer Bewegung, und ich kann stolz sagen, vor einem Mann, diesen heillosen Respekt besitzen, daß sie weder Prinzipien noch Versicherungen, noch Erinnerungen, noch Traditionen mehr kennen, sondern nur den einzigen Ruf: Rette sich, wer sich retten kann.“

Wenn ich dann weiter die ungleichen Waffen ansehe, mit denen wir kämpfen mußten, auf der einen Seite die großen mächtigen Repräsentanten des Staates, Minister, Reichskanzler, alle in ihrer Eigenschaft selbstverständlich nur als Staatsbeamte, nicht etwa als Agitatoren oder gar als Kandidaten, wenn ich weiter bedenke die Einseitigkeit der Kampfmittel, den Rundfunk, die Kinos, und die Macht auf der anderen Seite betrachte, alles zu verbieten, was eben wirklich schlagend ist, und die andere Seite leider diesem Terror ausgeliefert sehe, und wenn ich weiter diese bewundernswürdige Zahl der Gegner mir betrachte: das Zentrum, die Bayerische Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, die Sozialdemokratische Partei, das Reichsbanner, die Eiserne Front, die ganzen Gewerkschaften, christliche Gewerkschaften, Freie Gewerkschaften, „yölkische“ Organisationen wie den DHV.<sup>80)</sup>, wenn man diesen ganzen Rattenschwanz von Parteien, Verbänden und Organisationen ansieht, dann kann ich stolz sein, daß diesem ganzen zusammengeworfenen Gemengsel gegenüber wir Nationalsozialisten ganz allein 11,3 Millionen aufbrachten, und heute diesen ‚ehrwürdigen Überresten‘ einer Vergangen-

<sup>77)</sup> Bericht im VB. Nr. 77 v. 17. 3. 1932.

<sup>78)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 77 v. 17. 3. 1932.

<sup>79)</sup> Reden v. 2. 10. 1941 und v. 30. 1. 1942, vgl. Band II, S. 1759 und S. 1870.

15. März 1932

heit gegenüber nach einem kaum 13jährigen Kampf aus gar nichts heraus immerhin die größte deutsche Partei aufstellen konnten, die jemals existiert hat.

Ich weiß genau, daß vielleicht bei dem einen oder dem anderen unter denen, die mich nicht kennen und die uns nicht kennen, die Meinung aufgekommen ist: „Nun werden sie genug haben“.

Meine Volksgenossen! Ich darf Ihnen hier eine Versicherung geben: Ich habe in meinem ganzen Leben immer erklärt, daß für mich überhaupt kein Tag die Beendigung des Kampfes bringt, sondern daß am nächsten Tag der Kampf weiter geht. Vor allem kann ich Ihnen eine Versicherung geben: Ich habe mich in meinen Gegner verbissen und Sie bringen mich von diesem Gegner nicht los. Und wenn ich heute angegriffen habe, so werde ich morgen wieder angreifen, und übermorgen abermals. Sie müßten mich töten, ehe Sie mich von diesem Feind Deutschlands wegbringen.“

Dies war Stil und Inhalt von Hitlers Wahlreden zum 2. Reichspräsidentenwahlgang am 10. April 1932.

Zunächst allerdings mußte er sich damit noch gedulden, da die Reichsregierung, um Hitlers gefürchteten Redefluß etwas einzudämmen, anläßlich des Osterfestes einen sogenannten „Burgfrieden“ bis zum 3. April, 12 Uhr, verhängt hatte. Vorher durften keine Wahlversammlungen abgehalten werden. Aber Hitler hatte noch andere Möglichkeiten, um in der Zwischenzeit die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu lenken.

Am 17. März veröffentlichte er eine *Erklärung zur Polizeiaktion Severings in Preußen* und protestierte gegen die Haussuchungen in SA.-Unterkünften<sup>81)</sup>.

Am 19. März sprach er auf der *Reichsführertagung der NSDAP. in München*<sup>82)</sup>.

Am 24. März veröffentlichte er ein *Protestetelegramm* gegen das Verbot von 25 nationalsozialistischen Zeitungen, das im Zusammenhang mit den Polizeimaßnahmen Severings verhängt worden war<sup>83)</sup>.

Am 26. März richtete er einen *Appell an die Bezieher und Leser der nationalsozialistischen Presse*<sup>84)</sup>.

Der eigentliche Wahlkampf war durch den Burgfrieden-Erlaß der Reichsregierung auf knapp eine Woche, vom 3. bis 8. April, zusammengedrängt worden. Im Rundfunk durften keine Parteiführer, sondern nur Regierungsmitglieder und staatliche Würdenträger sprechen. Hitler war also, wollte er seine Redegabe als stärkstes und bisher erfolgreichstes Propagandamittel einsetzen, zu außergewöhnlichen Maßnahmen gezwungen. Er charterte ein Flugzeug<sup>85)</sup> und erreichte auf diese Weise, daß er an einem Tag auf vier bis fünf Versammlungen sprechen konnte, die in den größten und wichtigsten Städten Deutschlands von der NSDAP. einberufen worden waren. Millionen sollten ihn hören. Wenn es wohl auch nur rund eine Million war, die sich aus den Angaben des Völkischen Beobachters zu den einzelnen Kundgebungen errechnen läßt, so war die Durchführung dieses Programms zweifellos eine gewaltige physische und rhetorische Leistung.

Am 3. April, pünktlich um 12 Uhr (Ende des Burgfriedens), begann die Redeschlacht mit Hitlers *Wahlrede in Dresden* (Radrennbahn Reick).

<sup>80)</sup> Deutscher Handlungsgehilfen-Verband, rechtsorientierte gewerkschaftsähnliche Berufsorganisation.

<sup>81)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 79/80/81 v. 19./20./21. 3. 1932.

<sup>82)</sup> Bericht im VB. Nr. 82 v. 22. 3. 1932.

<sup>83)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 87/88/89 v. 27./28./29. 3. 1932.

<sup>84)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 90 v. 30. 3. 1932.

<sup>85)</sup> Junkersflugzeug D 1720 mit Flugkapitän Hans Baur.

3. April 1932

Gleichzeitig erließ er einen *Aufruf* („Manifest“) an das deutsche Volk zum 10. und 24. April<sup>86)</sup>.

Am gleichen Tag folgten weitere *Wahlreden* in Leipzig (Ausstellungshallen), Chemnitz (Südkampfbahn) und Plauen<sup>87)</sup>.

Am 4. April sprach Hitler in Berlin (Lustgarten), in Potsdam (Luftschiffhafen), in Berlin (Sportpalast) und nochmals in Berlin (Friedrichshain)<sup>88)</sup>.

Am 5. April landete Hitler auf dem Flugplatz der Freien Stadt Danzig und nahm dort eine SA.-Parade ab. Er wurde dabei von Danziger Polizeioffizieren begrüßt. An diesem Tag folgten *Wahlreden* in Elbing (Fabrikhalle) und in Königsberg (Haus der Technik). In Königsberg fand außerdem noch ein SA.-Aufmarsch in der Wrangel-Kaserne statt<sup>89)</sup>.

Am 6. April machte Hitler Zwischenstation in Berlin. Er ließ sich dort über die Aktionen der preußischen Polizei gegen die SA. berichten, die, wie deutlich erkennbar wurde, im Einverständnis mit dem Reichsinnen- und Reichswehrminister Groener erfolgten und auf ein SA.-Verbot hinausliefen. Hitler aber legte bereits seine Gegenminen „unterirdisch“ über Röhm zu Schleicher, der seinerseits wieder mit dem Sohn und Adjutanten des Reichspräsidenten, Oberst Oskar von Hindenburg, und dem Staatssekretär Dr. Meißner in enger Verbindung stand.

Hitler hielt es außerdem für notwendig, sich angesichts der Haussuchungen vor seinen Stabschef Röhm zu stellen und vor allem dessen homosexuelle Neigungen zu decken bzw. als Verleumdung hinzustellen<sup>90)</sup>. Er veröffentlichte daher folgende *Erklärung für Stabschef Röhm*:<sup>91)</sup>

„Aus sehr durchsichtigen Gründen wird jetzt in der Wahlzeit immer wieder das Gerücht verbreitet, daß ich beabsichtigen würde, mich von meinem Stabschef zu trennen. Demgegenüber erkläre ich ausdrücklich ein- für allemal: Oberstleutnant<sup>92)</sup> Röhm bleibt mein Stabschef jetzt und nach den Wahlen. An dieser Tatsache wird auch die schmutzigste und widerlichste Hetze, die vor Verfälschungen, Gesetzesverletzungen und Amtsmissbrauch nicht zurückschreckt und ihre gesetzmäßige Sühne finden wird, nichts ändern.

Berlin, 6. April 1932.

Adolf Hitler.“

Am 6. April hielt Hitler *Wahlreden*: in Würzburg (Frankenhalle), Nürnberg (Festhalle) und Regensburg (Zelt vor der Stadt)<sup>93)</sup>.

<sup>86)</sup> Für diesen Tag waren Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt anberaumt.

<sup>87)</sup> „Manifest“ und Berichte über Wahlreden vom 3. 4. im VB. Nr. 96 v. 5. 4. 1932.

<sup>88)</sup> Berichte im VB. Nr. 96 v. 5. 4. 1932.

<sup>89)</sup> Berichte im VB. Nr. 98 v. 7. 4. 1932.

<sup>90)</sup> Bei der Aktion gegen Röhm im Jahre 1934 benutzte Hitler ebenso skrupellos die homosexuelle Veranlagung Röhm, um sich zu rechtfertigen. Vgl. Rede vom 13. 7. 1934, S. 415 ff. — Heinrich Hoffmann gibt folgende Äußerung Hitlers über Röhm wieder: „Bei einem Mann wie Röhm, der jahrelang in den Tropen gelebt hat, ist Homosexualität anders zu werten als bei anderen. Für die Partei ist Röhm mit seinen Verbindungen zur Reichswehr ein wertvoller Faktor. Sein Privatleben interessiert mich nicht, wenn die nötige Diskretion gewahrt bleibt. Jedenfalls werde ich Röhm deswegen niemals einen Vorwurf machen oder Konsequenzen ziehen.“ Heinrich Hoffmann a. a. O. VIII (Münchener Illustrierte Nr. 50 (1954) S. 33).

<sup>91)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 99 v. 8. 4. 1932.

<sup>92)</sup> Röhm war als Hauptmann aus der Reichswehr ausgeschieden, erlangte aber während seiner Ausbildertätigkeit in Bolivien (1930) den Grad eines Oberstleutnants der bolivianischen Armee.

<sup>93)</sup> Berichte im VB. Nr. 99 v. 8. 4. 1932.



7. April 1932

Am 7. April veröffentlichte Hitler eine *Erklärung über eine angeblich gefälschte Kaiserhof-Rechnung*, die die SPD.-Presse als Beweis für Hitlers Verschwendungssucht veröffentlicht hatte <sup>94)</sup>.

Am gleichen Tag hielt er eine *Wahlrede in Frankfurt a. M.* (Festhalle) und unterstrich seine finanzielle Unabhängigkeit durch folgende Erklärung:

„Ich bin vielleicht der einzige Politiker, der von seiner Partei nicht angestellt ist. Ich habe mein Gehalt als Regierungsrat in Braunschweig der Staatsbank von Braunschweig zur Verfügung gestellt, zur Verteilung an ausgesteuerte Erwerbslose.“ <sup>95)</sup>

Von Frankfurt begab sich Hitler nach *Darmstadt* und erklärte dort, ebenfalls am 7. April, auf einer Wahlversammlung u. a.: <sup>96)</sup>

„Als ich vor einem Jahr 6 Millionen Arbeitslose prophezeite, wurde ich verlacht und als gewissenloser Hetzer hingestellt. Ich habe mit meiner Theorie, daß der Verlust der Freiheit zum Verlust der Arbeit führt, recht behalten.“

Am 7. April sprach Hitler außerdem noch auf einer *Wahlkundgebung in Ludwigshafen* (Ausstellungshalle) <sup>97)</sup>.

Am 8. April flog er trotz eines herrschenden Unwetters („Sturmflug“) von Mannheim nach *Düsseldorf* und hielt dort eine *Wahlrede* (Radrennbahn). Außerdem folgten an diesem Tag noch *Wahlreden in Essen* (Radrennbahn) und in *Münster i. W.* (Münsterhalle) <sup>98)</sup>.

Der 9. April mußte auf Anordnung der Reichsregierung veranstaltungsfrei bleiben. Aber Hitler hatte stattdessen für wirkungsvolle Mundpropaganda gesorgt. Alle möglichen führenden Persönlichkeiten sprachen sich für seine Kandidatur aus. Selbst der Kronprinz Wilhelm von Preußen erließ folgenden Werbeauftrag für Hitler: <sup>98a)</sup>

„Wahlenthaltung im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl ist unvereinbar mit dem Gedanken der Harzburger Front. Da ich eine geschlossene Haltung der nationalen Front für unbedingt notwendig halte, werde ich im zweiten Wahlgang Adolf Hitler wählen.“

Schloß Oels, den 2. April 1932

Wilhelm, Kronprinz.“

Der 2. Wahlgang am 10. April brachte folgendes Ergebnis: Hindenburg 19,3 Millionen, Hitler 13,4 Millionen und Thälmann 4,9 Millionen Stimmen. Duesterberg und Winter <sup>99)</sup> hatten nicht mehr kandidiert.

Hindenburg hatte zwar jetzt die absolute Mehrheit erhalten, der eigentliche Gewinner in diesem Wahlgang aber hieß Hitler. Es war ihm gelungen, in einer aussichtslosen Situation über zwei Millionen neue Wähler zu gewinnen. Er erhielt nicht nur die meisten Stimmen der früheren Duesterberg-Wähler (Deutschnationale und Stahlhelm), sondern auch eines beträchtlichen Teils der kommunistischen

<sup>94)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 100 v. 9. 4. 1932.

<sup>95)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 100 v. 9. 4. 1932. Diese Erklärung führte zu Kontroversen mit braunschweigischen Dienststellen, die eine solche Gehaltsabtretung nicht akzeptieren wollten, vgl. Morsey a. a. O. S. 444 ff.

<sup>96)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 100 v. 9. 4. 1932.

<sup>97)</sup> Bericht im VB. Nr. 100 v. 9. 4. 1932.

<sup>98)</sup> Berichte über die Wahlreden am 8. 4. im VB. Nr. 101/102 v. 10./11. 4. 1932.

<sup>98a)</sup> WTB.-Meldung v. 4. 4. 1932.

<sup>99)</sup> Adolf Gustav Winter, Betriebsanwalt in Großjena bei Naumburg, hatte im 1. Wahlgang kurioserweise als Vertreter einer Splittergruppe kandidiert, die die Aufwertung der alten Tausendmarkscheine aus der Vorweltkriegszeit forderte. Er hatte am 13. 3. 1932 111 000 Stimmen erhalten.

10. April 1932

Wähler. Im Jahre 1932 schwankten viele radikale Arbeiter bzw. Arbeitslose zwischen Hitler und der KPD., wie sich in den weiteren Wahlkämpfen zeigte.

Hitler aber erließ am 10. April an seine Anhänger folgende stolze *Auf-  
rufe:*<sup>100)</sup>

„Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen! Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Eine große und schwere Schlacht habt Ihr geschlagen. Ich wußte, daß Euere Treue unerschütterlich ist. Dennoch muß ich Euch für Euren unerhörten Glauben, Eure Opferwilligkeit und Euren Fleiß danken!

Trotz aller Unterdrückungen und Verfolgungen hat unsere Bewegung durch Euch einen neuen großen Sieg errungen, der sie berechtigt, sich als Bannerträgerin der nationalen Freiheit und damit der nationalen Zukunft zu fühlen. Morgen beginnt der neue Kampf. Ich weiß, Ihr werdet auch in der Zukunft des deutschen Volkes beste Garde sein.

Am 24. April werden wir uns abermals mit unseren Gegnern messen. Und einmal muß und wird der Tag kommen, an dem wir unsere Fahnen zum letzten Siege tragen.

München, 10. April 1932.

Adolf Hitler.“

„SA.- und SS.-Männer! Meine Führer!

Eine schwere Arbeit liegt hinter Euch. Eurem mutigen Schutz und Eurem unermüdliehen Fleiß verdanken wir einen neuen großen Sieg. Ich bin grenzenlos stolz darauf, Euer Führer zu sein.

München, 10. April 1932.

Adolf Hitler.“

An die Leiter der Organisation  
und der Propaganda der nationalsozialistischen Bewegung! Parteigenossen und Führer!

Der Sieg des 10. April verpflichtet mich, all denen zu danken, die in der Organisation, der Propaganda und der Presse durch ihre Arbeit die Voraussetzungen schufen. Das Vertrauen von 13 1/2 Millionen Deutschen zu unserer Bewegung ist nicht nur der höchste Lohn für die geleistete Arbeit, sondern auch die schwerste Verpflichtung für die Zukunft.

Die nationalsozialistische Bewegung kann keine Ruhe kennen, ehe nicht das Ziel der nationalen Befreiung Deutschlands verwirklicht ist. Millionen deutscher Geistes- und Handarbeiter, Millionen deutscher Bauern erwarten die Fortsetzung unseres Kampfes!

Die Arbeit beginnt morgen, am 11. April, für die nächsten schweren Kämpfe.

München, 10. April 1932.

Adolf Hitler.“

Hitler hatte allen Grund, mit dem Wahlergebnis vom 10. April zufrieden zu sein.

Brünung und Groener jedoch glaubten, sie hätten auch einen Erfolg errungen, aber darin täuschten sie sich. Ihr Kandidat Hindenburg war zwar gewählt worden, aber die wirtschaftlichen und die politischen Probleme waren nach wie vor ungelöst. Brünings doktrinäre Deflationspolitik hatte die wirtschaftlichen Nöte nur schlimmer gemacht, und seine Bemühungen um die außenpolitische und militärische Gleichberechtigung Deutschlands und um die Streichung der Reparationslasten hatten noch keine Früchte gebracht. Sie sollten erst seinen Nachfolgern zufallen. Innenpolitisch aber war der Eindruck entstanden, als beschäftige sich die Reichsregierung weniger mit der Behebung der allgemeinen Not als vielmehr da-

<sup>100)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 103 v. 12. 4. 1932.

13. April 1932

mit, durch allerlei Winkelzüge die zur stärksten Partei gewordene NSDAP. von der Machtübernahme abzuhalten.

Brüning und seine Minister hatten keine handgreiflichen Erfolge aufzuweisen, und es war nur noch eine Frage der Zeit, wann sie fallen mußten.

In Verkennung ihrer eigenen Lage wähten Brüning und Groener sich nach Beendigung der Reichspräsidentenwahl stark genug, um einen entscheidenden Schlag gegen die NSDAP. zu führen. Sie veranlaßten den Reichspräsidenten am 13. April, eine Verordnung zur Sicherung der Staatsautorität auf Grund des Artikels 48 zu unterzeichnen<sup>101)</sup>, deren § 1 „sämtliche militärähnliche Organisationen“ der NSDAP. (SA., SS. usw.) mit sofortiger Wirkung für aufgelöst erklärte. Der Chef des Ministeramtes, General von Schleicher, hatte wohlweislich die Mitwirkung an dieser Verordnung verweigert<sup>102)</sup>.

Die Formulierung des Erlasses war denkbar unklug. „Militärähnliche Organisationen“ gab es auch bei anderen Parteien. Die SPD. z. B. unterhielt im „Reichsbanner“ und in der „Eisernen Front“ uniformierte militante Verbände.

Und hier hakte Hitler sofort ein. Er erließ noch am gleichen Tag folgenden *Aufruf*:<sup>103)</sup>

„Nationalsozialisten, Parteigenossen, ehem. SA.- und SS.-Männer,  
ehem. Mitglieder des NSKK. und der Fliegerstürme!

Nun wißt Ihr, weshalb ich versuchte, die Präsidentschaftskandidatur der schwarz-roten Parteien zu verhindern. General Groener hat als Auftakt für die Länderwahlen die SA. und SS. aufgelöst. Reichsbanner und Eisernen Front dagegen werden als staatspolitisch wertvoll angesehen und daher nicht verboten.

Parteigenossen, ich verstehe Eure Gefühle. Jahrelang seid Ihr getreu meinen Anordnungen legal den Weg zur Erringung der politischen Macht gegangen. Ihr seid in dieser Zeit auf das grausamste verfolgt und gequält worden. Hunderte von Kameraden wurden getötet, viele Tausende sind verwundet. Die feigen Mörder und Täter befinden sich zum überwiegenden Teile jedoch auf freiem Fuß. Für jeden Versuch der Notwehr habt Ihr zahllose Gefängnis-, ja Zuchthausstrafen erhalten. Trotz der grauenhaften Not, die durch das Verschulden der heute herrschenden Parteien auch Euch getroffen hat, seid Ihr brave und ehrliche Deutsche geblieben.

Seumes Wort, daß einst die ärmsten Söhne unseres Volkes die treuesten Bürger sein werden, habt Ihr herrlich erfüllt<sup>103a)</sup>.

Was General Groener, Herr Braun, Herr Severing, Herr Grzesinski, Herr Stützel, Herr Brüning usw. wollen, weiß ich, und Ihr wißt es auch. Unsere Antwort auf diesen neuen Verzweiflungsschlag des Systems wird keine Parade, sondern ein Hieb sein.

Am 24. April ist der Tag der Vergeltung. Zu dem Zwecke empfehle ich Euch, meine ehemaligen Kameraden der SA. und SS., folgendes an:

1. Ihr seid von jetzt ab nur noch Parteigenossen.
2. Ihr erfüllt als Parteigenossen Eure Pflicht, indem Ihr Euch in den Sektionen und Ortsgruppen zu der politischen Wahlarbeit als Parteigenossen freiwillig mehr als je zur Verfügung stellt.

<sup>101)</sup> RGBl. 1932 I Nr. 22, S. 175.

<sup>102)</sup> Über die Rolle Schleichers vor und nach dem SA.-Verbot, vgl. Kurt Caro und Walter Oehme, Schleichers Aufstieg, Berlin 1932 bzw. 1933, S. 222 ff., ferner Hanns Otto Meißner und Harry Wilde, Die Machtergreifung, Stuttgart 1958, S. 85 ff.

<sup>103)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 106 v. 15. 4. 1932.

<sup>103a)</sup> In Wirklichkeit stammt dieses Wort von Karl Bröger (Kamerad als wir marschiert, Kriegsgedichte, Jena 1918, S. 3): „Herrlich zeigt es aber deine größte Gefahr, daß dein ärmster Sohn auch dein getreuester war. Denk es, o Deutschland.“

13. April 1932

Gebt den augenblicklichen Machthabern keinen Anlaß, unter irgendwelchen <sup>104)</sup> Vorwänden die Wahlen aussetzen zu können. Wenn Ihr Eure Pflicht erfüllt, wird dieser Schlag des Generals Groener durch unsere Propaganda tausendfach auf ihn selbst und seine Bundesgenossen zurückfallen.

Verliert nicht den Glauben an die Zukunft unseres Volkes, an die Größe unseres Vaterlandes und für den Sieg unserer Sache, die beiden dienen soll. Ich werde mein Letztes hergeben für diesen Kampf und damit für Deutschland. Ihr werdet mir folgen. Denn trotz General Groener: Solange ich lebe, gehöre ich Euch, und Ihr gehört mir.

Am 24. April jedoch möge es einer gerechten Vorsehung gefallen, unseren Kampf für Freiheit und Recht zu segnen. Es lebe unser nationalsozialistische Bewegung, es lebe Deutschland!

Berlin, den 13. April 1932.

Adolf Hitler.“

Diese Proklamation Hitlers wirkte sofort. Bereits am 15. April richtete der Reichspräsident einen Brief an Groener <sup>105)</sup>. Hindenburg schrieb ziemlich ungnädig, es sei ihm inzwischen berichtet worden, daß auch bei anderen Parteien ähnlich geartete Organisationen bestünden, und er müsse verlangen, daß diese der gleichen Behandlung verfielen. Ein Verbot des „Reichsbanners“ aber war wohl das letzte, was sich Brüning und Groener leisten konnten. So war Hindenburgs Brief das politische Todesurteil für Groener.

Dieser General a. D. war den deutschen Rechtskreisen schon mehrfach unangenehm aufgefallen. Im November 1918 hatte er als Nachfolger Ludendorffs eine Diskussion mit Wilhelm II. über die Bedeutung des Fahneneides führen müssen, die starkes Mißfallen auslöste. Im Jahre 1930 hatte er als Reichswehrminister zugelassen, daß gewöhnliche Polizisten die der nationalsozialistischen Propagandatätigkeit verdächtigen Reichswehrleutnants Ludin und Scheringer und den Oberleutnant Wendt verhaftet hatten, ein Fauxpas, den die Offizierskaste nicht vergessen konnte. Und nun hatte er auch noch nach den Vorstellungen der Militärs die Wehrkraft des Reiches durch das Verbot der SA. geschwächt.

Es ist erstaunlich, daß Groener die Situation nicht begriff. Als Reichswehrminister mußte er doch von den engen Beziehungen zwischen SA. und Reichswehr wissen, die sich zum mindesten seit Herbst 1931 angebahnt hatten und z. B. in Ostpreußen besonders eng geworden waren. Da zum damaligen Zeitpunkt kaum Aussicht bestand, die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland einzuführen, war der Milizgedanke auch in Reichswehrkreisen sehr beliebt, und die SA. war durchaus nicht so ungern gesehen wie dies 2 Jahre später unter dem Einfluß Hitlers der Fall war. Hitler jedenfalls konnte nach dem SA.-Verbot den Sturz Groeners und Brünings ruhig ausreifen lassen.

Er gewährte am 14. April noch dem Berliner Vertreter von *Evening Standard* ein Interview über die Hintergründe des SA.-Verbots <sup>106)</sup> und begann dann seinen 2. Deutschland-Propaganda-Flug anläßlich der Landtagswahlen am 24. April.

Diese Kampagne Hitlers begann am 16. April mit *Wahlreden in Augsburg* (Sängerhalle), *Donauwörth* (Donauhalle), *Rosenheim* (Saal „Deutscher Kaiser“), *Schloßberg b. Rosenheim*, *Traunstein* (Turnhalle, Sailerkeller) und *Miesbach* (Hofbräuhaus) <sup>107)</sup>.

<sup>104)</sup> Hier folgt im Original eine weiße Stelle. Offenbar hat Hitler noch während des Druckes ein zu scharfes Wort entfernen lassen.

<sup>105)</sup> Wortlaut bei Caro-Oehme a. a. O. S. 230.

<sup>106)</sup> Auszug im VB. Nr. 107 v. 16. 4. 1932.

<sup>107)</sup> Berichte im VB. Nr. 110 v. 19. 4. 1932.

17. April 1932

Am 17. April beantragte Hitler bei der braunschweigischen Regierung ein *Disziplinarverfahren gegen sich selbst* wegen der Behauptung des Berliner Tageblatts, er habe der ausländischen Presse erklärt, das SA.-Verbot sei unter dem Druck Frankreichs erfolgt <sup>108)</sup>.

Am 18. April hielt er *Wahlreden in Beuthen, Görlitz und Breslau* (Jahrhunderthalle) <sup>109)</sup>.

Am 19. April stattete er Ostpreußen einen Besuch ab, besichtigte das Tannenbergsdenkmal und hielt *Wahlreden in Allenstein, Willenberg und Lyk* <sup>110)</sup>. In Lyk schmeichelte er seinen Zuhörern besonders und erklärte:

„Ich glaube nicht, daß es in Deutschland ein Land gibt mit der Treue wie das Masurenland. Weil ich aber auf meiner Fahrt nicht überall halten konnte, habe ich mich entschlossen, nach Beendigung der Oldenburg-Wahl <sup>111)</sup> auf eine Woche in das Masurenland zu kommen, um dann nachzuholen, was ich heute leider versäumen mußte.“

Am 20. April, seinem Geburtstag, nahm Hitler noch in Königsberg die Glückwünsche seiner Parteifreunde entgegen und flog dann weiter zu den Wahlversammlungen dieses Tages. Er sprach in *Halle* (Rennbahn) und in riesigen Zelten, die man in *Kassel* und *Marburg* für die Zuhörermassen aufgeschlagen hatte <sup>112)</sup>.

Am 21. April sprach er auf einer anderen derartigen *Zelt-Kundgebung* in *Bad Kreuznach* und erklärte unter stürmischem Beifall:

„Wir einigen das deutsche Volk. Das Bild dieser Riesenkundgebung, das Sie hier sehen, wiederholt sich vor meinen Augen täglich viermal. Wir können mit Stolz sagen, wir sind die größte Einigkeitbewegung, die die deutsche Nation überhaupt jemals gehabt hat.“

Ähnliche *Wahlreden* Hitlers fanden an diesem Tag noch in *Koblenz* (Stadion) und *Trier* (Sängerhalle) statt <sup>113)</sup>.

Am 22. April folgten *Wahlreden in Frankfurt a. d. O.* (Stadion), <sup>114)</sup>, in *Neuruppin* (Schützenplatz) <sup>115)</sup> und in *Berlin* (Sportpalast) <sup>116)</sup>.

Die Landtagswahlen am 24. April <sup>117)</sup> brachten den Nationalsozialisten zwar eine starke Vermehrung ihrer Abgeordnetensitze. Sie wurden im größten Land Preußen zur weitaus stärksten Partei. Aber nur in Anhalt <sup>118)</sup> reichte es zu einer Rechtsmehrheit. Ein stärkerer Einbruch in die Wählermassen der Sozialdemokraten und des Zentrums bzw. der Bayerischen Volkspartei <sup>119)</sup> war nicht gelungen.

<sup>108)</sup> Vgl. VB. Nr. 110 v. 19. 4. 1932 und Morsey a. a. O. S. 444.

<sup>109)</sup> Berichte im VB. Nr. 111 v. 20. 4. 1932.

<sup>110)</sup> Berichte im VB. Nr. 112 v. 21. 4. 1932.

<sup>111)</sup> Diese Landtagswahl fand am 29. 5. 1932 statt. Hitler hatte jedoch zu diesem Zeitpunkt andere Sorgen als sein Masuren-Versprechen wahrzumachen.

<sup>112)</sup> Berichte im VB. Nr. 113 v. 22. 4. 1932.

<sup>113)</sup> Berichte über die Reden des 21. 4. im VB. Nr. 114 v. 23. 4. 1932.

<sup>114)</sup> Bericht im VB. 115/116 v. 24./25. 4. 1932.

<sup>115)</sup> Bericht ebenda.

<sup>116)</sup> Bericht ebenda.

<sup>117)</sup> Es handelte sich um Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg und Anhalt, sowie um Bürgerschaftswahlen in Hamburg.

<sup>118)</sup> In Anhalt wurde eine nationalsozialistisch-deutschnationale Koalitionsregierung unter dem Nationalsozialisten Freyberg als Ministerpräsidenten gebildet.

<sup>119)</sup> Der Anteil der Nationalsozialisten an den Wählerstimmen war in Norddeutschland wesentlich höher als in Süddeutschland, insbesondere in Bayern.

24. April 1932

Dagegen hatten die Bauern und der Mittelstand vorwiegend für die NSDAP. gestimmt.

Immerhin konnte Hitler am 24. April einen *Dankesaufruf an seine Parteigenossen* richten <sup>120)</sup>.

Am 28. April besprach sich Hitler mit Schleicher in Berlin <sup>121)</sup>. Am 29. April folgte noch eine allgemeine *Danksagung für empfangene Geburtstagsglückwünsche* <sup>122)</sup>, und am 30. April reichte er eine *Klage beim Reichswahlprüfungsgericht* gegen das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl ein <sup>123)</sup>. Er verlangte Ungültigkeitserklärung wegen Wahlbehinderung in verschiedenen, wenn auch unbedeutenden Fällen. Angesichts des großen Vorsprungs Hindenburgs hatte die Klage zwar keine Aussicht auf Erfolg, aber Hitler hatte sich vorgenommen, im Jahr 1932 keine Gelegenheit vorübergehen zu lassen, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu lenken und seinen Namen in den Schlagzeilen aller Zeitungen, gleichgültig, ob für oder gegen ihn, erscheinen zu lassen.

Nun trat für einige Tage Ruhe ein. Hitler reiste Anfang Mai zum Obersalzberg nach Berchtesgaden, wo er seit dem Jahre 1925 ein Landhaus besaß <sup>124)</sup>. Aber schon am 8. Mai war Hitler wieder in Berlin zu einer neuen Konferenz mit Röhm, Schleicher und Herren der Umgebung Hindenburgs <sup>125)</sup>. Anscheinend brauchte Hitler nicht mehr viel Überredungskunst aufzuwenden, um seinen Gesprächspartner begreiflich zu machen, daß es an der Zeit sei, Brüning und Groener abzuservieren.

Groener hielt zwar am 10. Mai noch einmal eine schwache Rede im Reichstag, aber er war bereits ein toter Mann. Am 13. Mai veranlaßt man ihn, sein Rücktrittsgesuch als Reichswehrminister einzureichen. Das Amt des Reichsinnenministers, das er ohnehin nur „geschäftsführend“ verwaltet hatte, behielt er noch bei. Der Sturz Groeners war im Grunde schon der Sturz Brünings. Es fehlte nur noch der formelle Anlaß, und den sollte Hitler bald liefern. Im Land Oldenburg waren Landtagswahlen, wie bereits bemerkt, auf den 29. Mai angesetzt worden, und Hitler startete hier alsbald eine neue Redekampagne, die in diesem hauptsächlich

<sup>120)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 117 v. 26. 4. 1932.

<sup>121)</sup> Vgl. Goebbels a. a. O. S. 89.

<sup>122)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 122/123 v. 1./2. 5. 1932.

<sup>123)</sup> Bericht im VB. Nr. 122/123 v. 1./2. 5. 1932 („Adolf Hitler und die Reichsleitung haben den Herrn Rechtsanwalt Dr. Hans Frank II, München, beauftragt“ usw.). Die Klage wurde abgelehnt. Dr. Hans Frank, geb. 1900 in Karlsruhe, 1934—1945 Reichsminister, 1939—1945 Generalgouverneur in Polen, 1946 in Nürnberg gehängt.

<sup>124)</sup> Hitler erwarb das „Haus Wachenfeld“, das in den Jahren 1916—1917 von dem Kommerzienrat Winter aus Buxtehude auf dem Obersalzberg erbaut worden war, durch Vermittlung des nationalsozialistischen Dichters und Antisemiten Dietrich Eckart im Jahre 1925, zunächst auf den Namen seiner Halbschwester, Frau Angela Raubal, die dort bis zum Jahre 1935 den Haushalt führte. Das Haus erlebte mehrere Umbauten, vor allem den großen Erweiterungsbau zum sogenannten „Berghof“ im Jahre 1935. Veranlassung war weniger das Repräsentationsbedürfnis, als vielmehr die Schaffung unauffälliger Privatzimmer für Hitler und seine Geliebte Eva Braun im I. Stockwerk. Im Erdgeschoß befanden sich große Empfangs- und Beratungszimmer mit dem riesigen, fast die ganze Vorderfront einnehmenden Aussichtsfenster. In diesem Raum fanden zahlreiche politische Besprechungen statt, u. a. die Konferenzen 1938 mit dem englischen Premier Chamberlain, dem österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg usw. — In der Umgebung des Berghofs entstanden zahlreiche Verwaltungsbauten, SS.-Unterkünfte, Parteiführerbauten usw. Am 25. 4. 1945 zerstörte ein alliierter Bombenangriff den Berghof und die meisten umliegenden Gebäude. Die Ruinen des Berghofes wurden 1952 gesprengt. Nur noch die Terrasse mit dem Unterbau ist von dem sonst eingelekten Gebäude jetzt zu erkennen. Vgl. hierzu Josef Geiß, Obersalzberg — Die Geschichte eines Berges von Judith Platter bis heute, Berchtesgaden, 4. Aufl. 1960, und Maria Rhomberg-Schuster, The Obersalzberg — Historical Snapshots, Salzburg 1957.

<sup>125)</sup> Vgl. Goebbels a. a. O. S. 93.

von Bauern bewohnten Gebiet alle Aussicht hatte, ein besonderer Erfolg zu werden.

Nachdem Hitler am 19. Mai die neugewählten preußischen *Landtagsabgeordneten der NSDAP.* im Hotel „Prinz Albrecht“ in Berlin für ihre Aufgaben *instruiert* hatte <sup>126)</sup>, begab er sich in den oldenburgischen Wahlkampf. Am 20. Mai hielt er die ersten *Wahlreden in Birkenfeld und Idar-Oberstein*, die in der oldenburgischen Exklave auf dem Hunsrück lagen <sup>127)</sup>.

Anschließend begab er sich in das Fischerdorf Horumersiel an der Nordseeküste, um von diesem Standquartier aus die Bevölkerung Oldenburgs durch Reden für sich zu gewinnen. Er sprach am 22. Mai in der *Stadt Oldenburg auf einer Kundgebung in der Pferderennbahn* <sup>128)</sup>, am 23. Mai in *Rüstringen* <sup>129)</sup>, am 25. Mai in *Rodenkirchen* <sup>130)</sup> und am 26. Mai in *Delmenhorst (Schützenhof)* <sup>131)</sup>. Am gleichen Tag besuchte er in Wilhelmshaven den Kreuzer „Köln“ der Reichsmarine und trug sich mit folgender *Widmung in das Gästebuch* dieses Kriegsschiffes ein: <sup>131a)</sup>

„Mit der Hoffnung, mithelfen zu können am Wiederaufbau einer dem Reich würdigen Flotte.  
Adolf Hitler.“

Am 27. Mai folgten zwei *Wahlreden in Kloppenburg (Markthalle) und Bad Zwischenahn (Maschinenhalle)* <sup>132)</sup>.

Hitler wartete das Ergebnis der oldenburgischen Wahl nicht mehr ab, sondern begab sich sofort nach Mecklenburg-Schwerin, wo am 5. Juni ebenfalls Landtagswahlen stattfinden sollten. Er bezog Quartier bei dem nationalsozialistischen Gutsbesitzer Granzow in Severin und sprach bereits am 28. Mai auf einer *Wahlkundgebung in Rostock (Alte Rennbahn)* <sup>133)</sup>.

Der 29. Mai war ein schlechter Tag für Brüning. Reichspräsident von Hindenburg war von einem vierzehntägigen Aufenthalt auf seinem ostpreußischen Gut Neudeck nach Berlin mit der Überzeugung zurückgekehrt, die schwelende Regierungskrise müsse gelöst werden. Er forderte am 29. Mai vom Reichskanzler eine Erweiterung des Kabinetts nach rechts. Glaubte Brüning zunächst noch, er könne Hindenburg wieder umstimmen, so brachte das Abstimmungsergebnis in Oldenburg, vom gleichen Tag, das Faß zum Überlaufen. Hitler hatte etwa die Hälfte aller Stimmen bekommen (49 0/0). Die Abgeordneten der NSDAP. erhielten mit 24 von 46 Sitzen die absolute Mehrheit im oldenburgischen Landtag.

Man hatte zwar bisher schon Rechtsregierungen mit starkem nationalsozialistischen Anteil in verschiedenen Ländern erlebt (Thüringen, Braunschweig, Mecklenburg-Strelitz, Anhalt), aber ein solches Wahlergebnis war noch nicht dagewesen. Es war nicht daran zu zweifeln, daß die nächste Landtagswahl in dem bäuerlichen Mecklenburg-Schwerin am folgenden Sonntag ein ähnliches Ergebnis haben würde. Brüning war unter diesen Umständen gezwungen, am 30. Mai sein Rücktrittsgesuch einzureichen.

<sup>126)</sup> Bericht im VB. Nr. 142 v. 21. 5. 1932.

<sup>127)</sup> Berichte im VB. Nr. 143/144 v. 22./23. 5. 1932.

<sup>128)</sup> Bericht im VB. Nr. 145 v. 24. 5. 1932.

<sup>129)</sup> Hinweis im VB. Nr. 149 v. 28. 5. 1932.

<sup>130)</sup> Bericht im VB. Nr. 147/148 v. 26./27. 5. 1932.

<sup>131)</sup> Bericht im VB. Nr. 149 v. 28. 5. 1932.

<sup>131a)</sup> Hitlers Eintragungen im Gästebuch des Kreuzers „Köln“ vgl. S. 521.

<sup>132)</sup> Berichte im VB. Nr. 150/151 v. 29./30. 5. 1932.

<sup>133)</sup> Bericht im VB. Nr. 152 v. 31. 5. 1932.

Als Nachfolger hatte Schleicher den bisher wenig hervorgetretenen Abgeordneten der Zentrumsparlei, Franz von Papen, Mitglied des „Herrenklub“<sup>134)</sup>, vorgesehen, als Reichsinnenminister den ostpreußischen Freiherrn von Gayl. Das Reichswehrministerium übernahm Schleicher selbst. Die übrigen Minister waren Fachleute, von denen einige später noch Jahre lang unter Hitler weiter amtierten (v. Neurath, Schwerin v. Krosigk, Eltz v. Rügenach, Dr. Gürtner)<sup>134a)</sup>.

Hitler wurde telephonisch von Mecklenburg nach Berlin gerufen, verschob die bereits für den 30. Mai vorgesehene Wahlrede in Waren und erschien am Nachmittag in Begleitung Görings beim Reichspräsidenten. Hindenburg fragte ihn, ob er das neue Kabinett tolerieren werde. Hitler scheint, nachdem er befriedigende Zusicherungen, bezüglich Reichstagsauflösung und Aufhebung des SA.-Verbots erhalten hatte, zugestimmt zu haben.

Aber wie lange würde er tolerieren: eine Woche, einen Monat? Für ihn war das Kabinett Papen ein Übergangskabinett, bestimmt, die letzten Hindernisse für seine eigene Machtübernahme hinwegzuräumen. Keinesfalls würde er diese Regierung länger unterstützen als bis zu den Neuwahlen des Reichstags, von denen er eine Rechtsmehrheit erhoffte.

Hindenburg und Papen hatten sich die Tolerierung wohl etwas anders vorgestellt, aber dies war ihre Schuld. Hitlers persönliches Sprachrohr, der Völkische Beobachter, äußerte sich bereits am 3. Juni sehr zurückhaltend:<sup>135)</sup> „Die Veröffentlichung der Stellungnahme der Partei zum neuen Kabinett und seinen Maßnahmen wird zu gegebener Zeit erfolgen.“ Vorerst habe die Regierung für Reichstagsauflösung und Demonstrationsfreiheit „für die bisher namenlos unterdrückte NSDAP.“ zu sorgen.

Hitler fuhr einstweilen nach Mecklenburg, um die unterbrochene Redekampagne wieder aufzunehmen. Er sprach am 31. Mai in Wismar<sup>136)</sup>, am 2. Juni in Güstrow<sup>137)</sup> und am 4. Juni in Waren<sup>138)</sup>.

Am gleichen Tag traf Hitler mit Schleicher in einem mecklenburgischen Gutshof zusammen, um mit ihm nochmals die geforderte Reichstagsauflösung, an die das Kabinett verständlicherweise nicht recht heranwollte, zu besprechen. Er hatte sogar eine eigene *Denkschrift* zu diesem Thema verfaßt, die jedoch nicht mehr vorgelegt zu werden brauchte<sup>139)</sup>.

Am 5. Juni errang Hitler einen neuen Wahlsieg. Er erhielt in Mecklenburg-Schwerin wiederum fast die Hälfte der abgegebenen Stimmen. Seine Partei hatte

<sup>134)</sup> Franz von Papen (geb. 1879 in Werl i. W.). Seit 1921 Abgeordneter der Zentrumsparlei im preußischen Landtag. — Der „Herrenklub“ war eine feudale, einflußreiche Vereinigung in Berlin.  
<sup>134a)</sup> Konstantin Freiherr von Neurath, geb. 1873 in Klein-Glatzbad (Württ.), 1932—1938 Reichsaußenminister, 1938—1945 Reichsminister, 1939—1943 Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, 1946 in Nürnberg zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, anschließend im Militärgefängnis Spandau, 1954 entlassen, gest. 1956 in Enzweihingen.

Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk, geb. 1887 in Rathmannsdorf, 1932—1945 Reichsfinanzminister, 1949 im „Wilhelmstraßen-Prozeß“ zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt, 1951 entlassen.

Paul Freiherr Eltz von Rügenach, geb. 1875 in Wahn b. Köln, 1932—1937 Reichspost- und Reichsverkehrsminister, gest. 1943 in Linz a. Rh.

Dr. Franz Gürtner, geb. 1881 in Regensburg, 1932—1941 Reichsjustizminister, gest. 1941 in Berlin.

<sup>135)</sup> Vgl. VB. Nr. 155 v. 3. 6. 1932.

<sup>136)</sup> Bericht im VB. Nr. 154 v. 2. 6. 1932.

<sup>137)</sup> Bericht im VB. Nr. 156 v. 4. 6. 1932.

<sup>138)</sup> Bericht im VB. Nr. 161 v. 9. 6. 1932.

<sup>139)</sup> Vgl. Goebbels a. a. O. S. 106.



5. Juni 1932

künftig im dortigen Landtag mit 30 von 58 Mandaten die absolute Mehrheit. Hitlers Parteifreund Granzow wurde Ministerpräsident.

Am 5. Juni unterzeichnete Hindenburg die Auflösungsorder für den Reichstag, da dieser „nach dem Ergebnis der in den letzten Monaten stattgehabten Wahlen zu den Landtagen der deutschen Länder dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspricht“<sup>140)</sup>.

Hitler hatte seinen Willen durchgesetzt, aber schon am 6. Juni erhielt er einen Dämpfer. Der Wahltermin, der nach der Verfassung spätestens am 60. Tag nach der Auflösung stattzufinden hatte, wurde durch Verordnung Hindenburgs<sup>141)</sup> auf den letzten überhaupt möglichen Sonntag festgesetzt: auf den 31. Juli 1932. Die Regierung hoffte, in diesen zwei Monaten so sichtbare Erfolge zu erzielen, daß Hitler der Wind aus den Segeln genommen und er auf keinen Fall die absolute Mehrheit bei diesen Parlamentswahlen erreichen würde.

Hitler wäre eine sofortige Abstimmung selbstverständlich lieber gewesen. Im Augenblick herrschte noch Siegesstimmung, weil Brüning gestürzt und das sogenannte „System“ erheblich getroffen war. Aber mit welchen Parolen sollte er einen langen Wahlkampf, abgesehen von den hohen Kosten, die dieser verursachte, bestreiten? Schon jetzt war die landläufige Meinung, das „Kabinett der Barone“ sei auf Wunsch oder doch mit Zustimmung Hitlers gebildet worden. Solang es sich um eine kurzfristige Übergangslösung handelte, mochte dies angehen. Blieb die reaktionäre Regierung aber monatelang im Amt, so konnte daraus leicht eine Dauerlösung werden, die mit den sozialistischen Forderungen der NSDAP., zum mindesten nach außen hin, schlecht zu vereinen war.

Nachdem das von Hitler bisher so bekämpfte Regierungssystem im Reich beseitigt war, konnte er zum mindesten vorläufig das Kabinett von Papen nicht als verbrecherisch bezeichnen. Es blieb ihm nur übrig, die kommunistische Gefahr bei seinen Wahlreden in den Vordergrund zu stellen, auf der Straße zur wirkungsvollen Unterstützung dieser Ansprachen blutige Zusammenstöße mit den Kommunisten zu suchen und außerdem die nichtnationalsozialistischen Länderregierungen zu bekämpfen.

Die Reichs- und Gauleiter, denen Hitler am 9. und 10. Juni auf einer *Tagung in München* die neue Propaganda auseinandersetzte, waren von diesen Perspektiven nicht gerade begeistert, und Hitler sah sich genötigt, die NSDAP.-Reichstagskandidaten schon jetzt vorsorglich auf seine Person zu vereidigen<sup>142)</sup>.

Auch eine gleichzeitig stattfindende Verhandlung vor dem *Landgericht München* im *Meineidsprozeß Abel*, in dem es um die Südtirol-Haltung der NSDAP. und ausländische Geldzuwendungen ging, verlief nicht gerade glücklich. Hitler, der sonst den Gerichtssaal zum Propagandaforum zu machen pflegte, wurde in die Enge getrieben und weigerte sich,

„jüdischen Anwälten überhaupt noch zu antworten.“

Das Gericht verurteilte ihn zu 1000 RM Geldstrafe, davon 200 RM wegen Aussageverweigerung<sup>143)</sup>.

Nun, dafür hoffte er im hessischen Wahlkampf besseres Gehör zu finden. Der hessische Landtag wurde am 19. Juni neu gewählt, obwohl die letzte Wahl kaum ein halbes Jahr zurücklag. Es amtierte dort noch immer das sozialdemokratische geschäftsführende Kabinett Adelung.

<sup>140)</sup> RGBl. 1932 I Nr. 33, S. 255.

<sup>141)</sup> RGBl. 1932 I Nr. 34, S. 257.

<sup>142)</sup> Vgl. Goebbels a. a. O. S. 109 und VB. Nr. 162 v. 10. 6. 1932.

<sup>143)</sup> Bericht im VB. Nr. 162 v. 10. 6. 1932.

Hitler hielt die erste *Wahlrede* im hessischen Wahlkampf am 12. Juni in *Worms* (Stadion)<sup>144</sup>), flog aber von dort nach Berlin, um sich am 13. Juni in der Wohnung des Herrenklub-Mitglieds Werner von Alvensleben mit Papen zu treffen und eindringlich die immer noch ausstehende Aufhebung des SA.-Verbots zu fordern<sup>145</sup>).

Am Spätnachmittag war er bereits wieder in *Mainz*, um auf dem dortigen Sportplatz eine *Wahlrede* zu halten<sup>146</sup>). Weitere *Wahlreden* folgten am 14. Juni in *Alzey*<sup>147</sup>), am 15. Juni in *Darmstadt*<sup>148</sup>), am 16. Juni in *Offenbach* (Sportplatz)<sup>149</sup>), am 17. Juni in *Gießen* (Festhalle)<sup>150</sup>).

Papen hatte sich inzwischen beeilt, dem Wunsch Hitlers nach Aufhebung des SA.-Verbots und nach Wiederherstellung der Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit nachzukommen. Am 14. Juni wurde eine entsprechende Verordnung durch den Reichspräsidenten unterzeichnet<sup>151</sup>).

Hitler veröffentlichte am 18. Juni folgenden *Erlaß zur Neuerrichtung der SA.*<sup>152</sup>):

„Ich ordne hiermit die Neuerrichtung der SA. an und beauftrage damit den Chef des Stabes Ernst Röhm. Die Gruppenführer bestätige ich vorläufig in ihren Dienststellen und in den Dienstbereichen, für die sie vor der Auflösung der SA. ernannt waren. Die SS. wird durch den Reichsführer H. Himmler neu aufgestellt. Die gesamten organisatorischen Anordnungen der früheren SA. gelten zunächst als Anhalt. Sie werden in Kürze neu erlassen. Die weiteren Ausführungsbestimmungen erläßt der Chef des Stabes.  
Adolf Hitler.“

Gegen Ende des hessischen Wahlkampfes sah man die ersten SA.-Kolonnen aufmarschieren. Der Wahltag am 19. Juni brachte jedoch keine eindeutige Entscheidung wie in Oldenburg und Mecklenburg. Hessen besaß eine beträchtliche Arbeiterbevölkerung, und so standen sich im neuen Landtag 35 rechtsgerichtete Abgeordnete (davon 32 der NSDAP.) und 35 Abgeordnete der übrigen Parteien gegenüber. Eine Rechtsregierung war unmöglich.

Was in Hessen nicht gelungen war, sollte in Thüringen erreicht werden, wo Hitler ebenfalls Landtagsneuwahlen für notwendig hielt. Hitler sprach bereits am 19. Juni vor 2000 Parteiführern in *Weimar auf einem Generalappell* und erklärte dabei u. a.<sup>153</sup>):

„Die Partei steht in einer Reihe schwerster Wahlkämpfe. Einer nach dem anderen geht siegreich aus. Jetzt sehen wir, daß eine Reichsregierung sogar das Uniform- und

<sup>144</sup>) Bericht im VB. Nr. 166 v. 14. 6. 1932.

<sup>145</sup>) Vgl. Goebbels a. a. O., S. 110 und Meißner-Wilde a. a. O., S. 88. Werner von Alvensleben, ein Bruder des Herrenklub-Vorsitzenden, war ein politischer Hasardeur. Er kolportierte am 29. 1. 1933 das Gerücht von einem angeblich bevorstehenden Putsch der Reichswehr (Alarmierung der Potsdamer Garnison durch Schleicher, um ein Kabinett Hitler zu verhindern). Er machte 1933 im Zusammenhang mit einem Attentat auf den österreichischen Politiker Dr. Steidle von sich reden und wurde am 30. Juni 1934 von Hitler verhaftet, aber nicht erschossen. Vgl. Rede Hitlers v. 13. 7. 1934 (S. 416).

<sup>146</sup>) Bericht im VB. Nr. 167 v. 15. 6. 1932.

<sup>147</sup>) Bericht im VB. Nr. 168 v. 16. 6. 1932.

<sup>148</sup>) Bericht im VB. Nr. 169 v. 17. 6. 1932.

<sup>149</sup>) Bericht im VB. Nr. 170 v. 18. 6. 1932.

<sup>150</sup>) Bericht im VB. Nr. 170 v. 18. 6. 1932.

<sup>151</sup>) Verordnung gegen politische Ausschreitungen v. 14. 6. 1932. RGBl. 1932 I S. 297 ff.

<sup>152</sup>) Veröffentlicht im VB. Nr. 170 v. 18. 6. 1932.

<sup>153</sup>) Auszug aus der Wiedergabe im VB. Nr. 177 v. 25. 6. 1932.

19. Juni 1932

S.A.-Verbot aufgehoben hat. Ich glaube, all das ist notwendig. Ich glaube, es ist notwendig, daß keine deutsche Reichsregierung vollständig das erfüllen kann und wird, was die Nation hofft, sondern daß das erst erfüllt wird, wenn die Bewegung die Macht und die Zügel in die Hand bekommt, die die Voraussetzung dazu geschaffen hat.

Ich weiß, daß es einige Länder oder einige Parteien gibt, die glauben, diese gewaltige Entwicklung unserer Bewegung von ihrer Position aus bekämpfen zu können. Da dürfen Sie nun die Überzeugung mit sich nehmen, ich gehöre zu den Menschen, die die Dinge und Entwicklungen eiskalt beobachten können. Ich glaube auch, daß ich ausgezeichnete Nerven habe, und ich werde sie nicht verlieren. Aber diese Ruhe bedeutet nicht, daß wir alles willenlos hinnehmen werden. Wir werden mit allen gesetzlichen Mitteln kämpfen, um unser Recht zu verteidigen. Sollte aber (mit stark erhobener Stimme) jemand in Deutschland glauben, daß er unter Bruch der Verfassung Unrecht stabilisieren kann, dann kann er uns auch anders kennenlernen. Wir kämpfen strengstens legal und werden in diesem legalen Kampf alle die Mittel anwenden, die Legalitätsbrecher zu Boden zu werfen. Diese Bewegung brechen sie nie mehr, denn sie ist heute Deutschland.

Bezeichnenderweise kündigte Hitler dann eine Auflösung des Thüringer Landtags an, obwohl diese im Zusammenhang mit einer Kabinettskrise erst am 15. Juli erfolgte.

„Ich werde mich freuen, wenn gerade hier ein großer Sieg erfochten wird, weil ja auch der Thüringer Landtag einmal wieder gewählt werden muß. Das ist ein parlamentarisches Schicksal, das sich die Herren mit der Weimarer Verfassung zugefügt haben. Ich bin überzeugt, daß so wie in Mecklenburg und Oldenburg auch in Thüringen unsere Fahne allein wehen wird.“

Am 22. Juni erließ Hitler folgenden *Aufruf zur Reichstagswahl* <sup>154)</sup>:

„Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen! Parteigenossen!

Zehn Wahlkämpfe liegen hinter uns. Zehnmal kämpften wir gegen eine Front von Gegnern. Zehnmal haben wir beispiellose Siege erfochten!

Das Jahr 1932 wird in der Geschichte unserer Bewegung dereinst fortleben als ein Jahr schwerster Opfer und Kämpfe, aber auch als das Jahr größter Siege und Erfolge.

Die Tatsache, daß der Nationalsozialismus Deutschlands größte Partei ist, kann heute von niemand mehr geleugnet werden. Und dennoch trifft uns soeben eine neue Welle von Unterdrückung und Verfolgung. Mit dem blutigsten Terror des Mordgesindels der kommunistischen Verbrecherwelt verbindet sich ein fortgesetzter Rechts- und Verfassungsbruch des Zentrums und der Sozialdemokratie in den Ländern, in denen diese Parteien immer noch herrschen.

In Preußen hat das Zentrum mit der SPD, durch eine Schiebung <sup>154a)</sup> den Bestand der schwarz-roten Herrschaft zu sichern versucht, in Bayern hat dasselbe Zentrum unter Zuhilfenahme eines falschen Landtagsprotokolls unsere gesamte Fraktion von der Ausübung der Vertretung der Interessen unserer Wähler ausgeschlossen. 1 270 000 Menschen sind allein durch diesen Streich um ihre verfassungsmäßigen Rechte gebracht worden.

Im selben Augenblick stehen das Reich und die Länder dank der 14jährigen Luderwirtschaft derselben Parteien vor dem politischen und wirtschaftlichen Bankrott.

Als verantwortlicher Führer der nationalsozialistischen Bewegung muß ich es daher ablehnen, mit diesen Parteien heute irgendeinen Pakt zu schließen.

<sup>154)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 175 v. 23. 6. 1932.

<sup>154a)</sup> Vor der Wahl zum preußischen Landtag am 24. 4. 1932 hatten SPD, und Zentrum die Geschäftsordnung geändert und die absolute Mehrheit für die Wahl des Ministerpräsidenten durchgesetzt. Vorher konnte ein Ministerpräsident auch mit einfacher Mehrheit gewählt werden, was den Nationalsozialisten zugute gekommen wäre.

22. Juni 1932

Da durch die Schiebung der früheren preußischen Regierungsparteien die notwendige ausschließliche Übernahme der Verantwortung in Preußen durch die NSDAP. unmöglich gemacht wurde, müßte der Nationalsozialismus in dem Augenblick in eine Koalition mit einer Partei eintreten, da diese an allen Stellen des Reiches die intoleranteste Verfolgung und Unterdrückung unserer Bewegung ausübt.

Lieber aber verzichten wir auf Minister, ehe wir unsere Ehre oder unsere Grundsätze preisgeben.

Deutschland und Preußen werden nicht durch Schiebungen und Kompromisse, sondern nur durch charaktervolle Kraft gerettet.

Das Zentrum glaubt heute noch nicht an den Sinn der letzten Wahlen und die Mission unserer Bewegung. Wir werden ihm diesen Glauben noch im Monat Juli des Jahres 1932 beibringen.

Parteigenossen! Sorgt jetzt dafür, daß der Wahlkampf am 31. Juli zur Entscheidungsschlacht wird. Der Sieg an diesem Tage muß auch die Macht der schwarz-roten Parteien in Preußen und in den Ländern endgültig brechen. Und zwar ohne Kompromisse.

So Gott will, werden wir dann am 1. August die Voraussetzungen geschaffen haben zur Bildung der Regierungen, vor allem auch in Preußen, die der geschichtlichen Tradition ebenso gerecht wie zur Lösung der gigantischen Aufgaben der Gegenwart befähigt sein werden.

München, den 22. Juni 1932.

Adolf Hitler.“

Hitler selbst machte sich nun fertig zum neuen Wahlkampf. Er sprach zunächst zu den wiederaufgestellten SA.- und SS.-Formationen am 24. Juni in München (Zirkus Krone)<sup>155)</sup>, hielt am 28. Juni bei einer Gauleiter- und SA.-Führertagung in München eine Rede<sup>156)</sup> und ergriff schließlich auf einem Treffen von 15 000 SA.-Männern im Münchener Dante-Stadion am 3. Juli das Wort<sup>157)</sup>, wobei er jedesmal die bayerische geschäftsführende Regierung vor weiterer Behinderung der SA. und vor separatistischen Plänen warnte.

Die ersten ausgesprochenen Wahlreden zum 31. Juli hielt Hitler am 6. Juli in Bad Tölz<sup>158)</sup> und am 7. Juli in Landsberg (Exerzierplatz)<sup>159)</sup>.

Es folgte eine Führerbesprechung auf dem Obersalzberg am 9. Juli<sup>160)</sup> und eine Wahlrede in Berchtesgaden am 10. Juli<sup>161)</sup>. Anschließend startete Hitler zu einem „Freiheitsflug über Deutschland“. Zum ersten Male in diesem Jahr trug er dabei selbst Uniform<sup>162)</sup>.

Er hatte sich ein riesiges Rede-Programm vorgenommen. Angespornt durch seine Erfolge bei den Reichspräsidenten- und Landtagswahlen, glaubte er, durch

<sup>155)</sup> Bericht im VB. Nr. 178/179 v. 26./27. 6. 1932.

<sup>156)</sup> Bericht im VB. Nr. 182 v. 30. 6. 1932.

<sup>157)</sup> Bericht im VB. Nr. 187 v. 5. 7. 1932.

<sup>158)</sup> Bericht im VB. Nr. 190 v. 8. 7. 1932.

<sup>159)</sup> Bericht im VB. Nr. 191 v. 9. 7. 1932.

<sup>160)</sup> Bericht im VB. Nr. 192/193 v. 10./11. 7. 1932.

<sup>161)</sup> Bericht im VB. Nr. 194 v. 12. 7. 1932.

<sup>162)</sup> Zur damaligen Zeit trug Hitler ein einfaches Braunhemd ohne jedes Rangabzeichen, jedoch mit braunledernem Schulterriemen. (Schulterriemen zu tragen, war das Vorrecht der nationalsozialistischen Kampfformationen SA., SS., HJ. usw., gegenüber den nur politischen Parteileitern. Auch die Polizisten der meisten deutschen Länder trugen damals Schulterriemen, die Soldaten dagegen nicht.) Am Braunhemd (mit Hakenkreuzarmbinde) waren die beiden Steckorden, das Eiserne Kreuz I. Klasse und das bronzene bzw. schwarze Verwundetenabzeichen, befestigt. Die braune Uniformhose steckte in schwarzen Schaftstiefeln mit weichem faltigem Schaft. Kopfbedeckung trug Hitler damals im allgemeinen nicht, höchstens eine lederne Autofahrer- oder Pilotenmütze bei schlechtem Wetter, wenn er unterwegs war. Er zog dann einen hellen Trenchcoatmantel mit gleichfarbigem Stoffgürtel an. Uniformrock und Tellermütze kamen erst im Jahre 1933 hinzu.

eine weitere Steigerung dieser Rede-Methode mit mehrmaligen Kundgebungen täglich, wenn nicht die absolute Mehrheit, so doch mindestens 40 bis 45 Prozent der Stimmen gewinnen zu können. Diese Hoffnung war jedoch, wie sich zeigte, trügerisch. Jedenfalls war ihm der unmittelbare Kontakt zu den Menschen in solchen Massenversammlungen wichtiger als die Benutzung des Rundfunks, obwohl er jahrelang gegen die, wie er sagte, widerrechtliche Ausschließung von dieser Propagandamöglichkeit gewettert hatte. Nun, wo sie ihm gestattet wurde, machte er keinen Gebrauch davon, sondern überließ Gregor Strasser und Goebbels das Mikrophon<sup>163)</sup>.

Vor Beginn des Wahlkampfes besprach Hitler jedoch eine Schallplatte, so daß auch in Orten, in denen er nicht selbst bei Wahlversammlungen erscheinen konnte, wenigstens seine Stimme zu hören war. Diese Wiedergabe inmitten einer angeregten Volksmenge erschien ihm immer noch besser als eine einfache Rundfunkübertragung, wo er einer unter vielen Sprechern verschiedener Parteien gewesen wäre. Die Schallplatte wurde am 15. Juli im Völkischen Beobachter als „erste Adolf-Hitler-Schallplatte“ angepriesen und trug die Bezeichnung „Appell an die Nation“<sup>164)</sup>. Der Inhalt dieser Ansprache ist typisch für die Wahlreden Hitlers im 1. Halbjahr 1932. Sie hatte folgenden Wortlaut:

„Die große Zeit der Entscheidung ist nunmehr gekommen. Über 13 Jahre hat das Schicksal den heutigen Machthabern zu ihrer Erprobung und Bewährung zugemessen. Das schärfste Urteil sprechen sie sich aber, indem sie durch die Art ihrer heutigen Propaganda das Versagen ihrer Leistungen selbst bekennen.

Sie wollten einst Deutschland für die Zukunft besser regieren als in der Vergangenheit und können als Ergebnis ihrer Regierungskunst in Wirklichkeit nur feststellen, daß Deutschland und das deutsche Volk noch immer leben. Sie haben in den Novembertagen 18 [1918] feierlich versprochen, unser Volk, und insbesondere den deutschen Arbeiter, einer besseren wirtschaftlichen Zukunft entgegenzuführen. Sie können heute, nachdem sie nahezu 14 Jahre Zeit zur Erfüllung ihres Versprechens hatten, nicht einen einzigen deutschen Berufsstand als Zeugen für die Güte ihres Tuns anführen.

Der deutsche Bauer verelendet, der Mittelstand ruiniert, die sozialen Hoffnungen vieler Millionen Menschen vernichtet, ein Drittel aller im Erwerbsleben stehenden deutschen Männer und Frauen ohne Arbeit und damit ohne Verdienst, das Reich, die Kommunen und die Länder überschuldet, sämtliche Finanzen in Unordnung und alle Kassen leer!

Was hätten sie überhaupt noch mehr zerstören können? Das Schlimmste aber ist die Vernichtung des Vertrauens in unserem Volk, die Beseitigung aller Hoffnungen und aller Zuversicht.

In 13 Jahren ist es ihnen nicht gelungen, die in unserem Volk schlummernden Kräfte irgendwie zu mobilisieren, im Gegenteil!

In ihrer Angst vor dem Erwachen der Nation haben sie die Menschen gegeneinander ausgespielt: die Stadt gegen das Land, den Angestellten gegen den Beamten, den Handarbeiter gegen den Arbeiter der Stirne, den Bayern gegen den Preußen, den Katholiken gegen den Protestantent und so fort, und umgekehrt.

<sup>163)</sup> Die deutschen Parteiführer konnten im damaligen Wahlkampf zum erstenmal im Rundfunk zu Wort kommen. An Stelle des im Programm angekündigten Führers der NSDAP., Adolf Hitler, sprach am 29. 7. 1932 jedoch Gregor Strasser (geb. 1892 in Geisenfeld, Obb., ermordet am 30. 6. 1934). Strasser, von Beruf Apotheker, war damals Reichsorganisationsleiter der NSDAP. Sein Bruder Otto (geb. 1897 in Windsheim) hatte sich 1930 von Hitler getrennt. — Goebbels hatte bereits am 18. 7. 1932 eine kurze Rundfunkansprache gehalten.

<sup>164)</sup> Die Schallplatte wurde vom Musikverlag Franz Eher Nachf. in München ab 20. 7. 1932 ausgeliefert. Diese „braune Platte“ kostete 5.— RM und hatte 8 1/2 Minuten Spieldauer.

15. Juli 1932

Der Aktivismus unserer Rasse wurde nur im Innern verbraucht, nach außen aber blieben Phantasien übrig, phantastische Hoffnungen auf Kulturgewissen, Völkerrecht, Weltgewissen, Botschafterkonferenzen, Völkerbund, 2. Internationale, 3. Internationale, Proletarische Solidarität — usw., und die Welt hat uns dementsprechend behandelt.

So ist Deutschland langsam verfallen, und nur ein Wahnsinniger kann hoffen, daß die Kräfte, die erst den Verfall herbeiführten, nunmehr die Wiederauferstehung bringen könnten. Wenn die bisherigen Parteien Deutschland ernstlich retten möchten, warum haben sie es dann nicht schon bisher getan? Haben Sie aber Deutschland retten wollen, weshalb ist es unterblieben?

Haben die Männer dieser Parteien es ehrlich beabsichtigt, dann müßten ihre Programme schlecht gewesen sein. Waren aber ihre Programme richtig, dann können sie selbst es nicht aufrichtig gewollt haben, oder sie waren zu unwissend oder zu schwach.

Nun, nach 13 Jahren, da sie alles in Deutschland vernichteten, ist endlich die Zeit ihrer eigenen Beseitigung gekommen. Ob die heutigen parlamentarischen Parteien leben, ist nicht wichtig, aber notwendig ist es, daß verhindert wird, daß die deutsche Nation vollkommen zugrunde geht.

Die Überwindung dieser Parteien aber ist deshalb Pflicht, weil sie, um selbst zu leben, die Nation immer wieder zerreißen müssen.

Jahrelang haben sie dem deutschen Arbeiter eingeredet, daß *er allein* sich retten könnte. Jahrelang dem Bauer vorgemacht daß nur *seine* Organisation ihm helfen würde.

Der Mittelstand sollte durch Mittelstandsparteien und die Wirtschaft durch Wirtschaftsparteien dem Verderben entrissen werden. Der Katholik mußte seine Zuflucht beim Zentrum nehmen und der Protestant beim Christlichsozialen Volksdienst. Ja, am Ende erhielten die Hausbesitzer ihre eigene politische Vertretung genau so wie die Mieter, die Angestellten und die Beamten.

Diese Versuche aber, die Nation in Klassen, Stände, Berufe und Konfessionen zu zerlegen und bruchstückweise dem wirtschaftlichen Glück der Zukunft entgegenzuführen, sind heute endgültig gescheitert.

Am Tage der Begründung unserer nationalsozialistischen Bewegung beherrschte uns schon die Überzeugung, daß das Schicksal des deutschen Menschen unzertrennlich verbunden ist mit dem Schicksal der gesamten Nation.

Wenn Deutschland verfällt, wird nicht der Arbeiter in sozialem Glück gedeihen und genauso wenig der Unternehmer, und nicht der Bauer wird sich dann retten und nicht der Mittelstand.

Nein, der Ruin des Reiches, der Verfall der Nation ist der Ruin und der Verfall aller!

Auch keine Konfession und kein einzelner deutscher Stamm wird sich dem allgemeinen Los entziehen können.

Am Tage der Begründung der nationalsozialistischen Bewegung waren wir uns längst darüber klar, daß nicht das Proletariat der Sieger über das Bürgertum sein wird, und nicht das Bürgertum der Sieger über das Proletariat, sondern daß dann die internationale Hochfinanz am Ende ausschließlicher Sieger über beide werden muß. Und so ist es gekommen!

In Erkenntnis dieses Verfalls habe ich vor 13 Jahren mit einer Handvoll Menschen eine neue Bewegung gebildet, die schon in ihrer Bezeichnung eine Proklamation der neuen Volksgemeinschaft sein soll.

Es gibt keinen Sozialismus, der nicht die Kraft des Geistes zu seiner Verfügung hat, kein soziales Glück, das nicht durch die Kraft einer Nation geschützt wird, ja seine Voraussetzung erhält.

Und es gibt aber auch keine Nation und damit keinen Nationalismus, wenn nicht zur Millionenarmee der geistigen Arbeiter die Millionenarmee der Arbeiter der Faust, die Millionenarmee des Bauern stößt.

Solange der Nationalismus und der Sozialismus als getrennte Ideen marschieren, werden sie von ihrem vereinten Gegner geschlagen. Am Tage, an dem sich die beiden Ideen in eine einzige verschmelzen, sind sie unbesiegbar!

15. Juli 1932

Und wer will bestreiten, daß in einer Zeit, da in Deutschland alles zerbricht und verkommt, da in der Wirtschaft und im politischen Leben alles in Stillstand gerät oder überhaupt sein Ende findet, eine einzige Organisation einen unerhörten und wundervollen Aufschwung nahm?

Mit 7 Mann habe ich vor 13 Jahren dieses Werk der deutschen Einigung begonnen, und heute stehen in unseren Reihen über 13 Millionen! Aber nicht die Zahl ist es, die entscheidet, sondern ihr innerer Wert!

13 Millionen Menschen aller Berufe und Stände, 13 Millionen Arbeiter, Bauern und Intellektuelle, 13 Millionen Katholiken und Protestanten, Angehörige aller deutschen Länder und Stämme — haben einen unzertrennlichen Bund gebildet. Und 13 Millionen haben erkannt, daß die Zukunft aller nur im gemeinsamen Kampf und im gemeinsamen Erfolge aller liegt.

Millionen Bauern haben nun eingesehen, daß es nicht wichtig ist, daß sie selbst die Notwendigkeit ihrer Existenz begreifen, sondern daß es nötig ist, die anderen Lebens- und Berufsstände über den deutschen Bauern aufzuklären und für ihn zu gewinnen.

Und Millionen Arbeiter haben genauso heute erkannt, daß trotz aller Theorien ihre Zukunft nicht in irgendeiner Internationale liegt, sondern in der Erkenntnis ihrer übrigen Volksgenossen, daß es ohne deutschen Bauern und deutschen Arbeiter keine deutsche Kraft gibt.

Und ebenso haben Millionen an bürgerlichen Intellektuellen es einsehen gelernt, wie belanglos ihre eigene Einbildung ist, wenn nicht die Millionenmassen des übrigen Volkes die Wichtigkeit der deutschen Intelligenz endlich begreifen.

Vor 13 Jahren wurden wir Nationalsozialisten verspottet und verhöhnt — heute ist unseren Gegnern das Lachen vergangen!

Eine gläubige Gemeinschaft von Menschen ist erstanden, die langsam die Vorurteile des Klassenwahnsinns und des Standesdünkels überwinden wird. Eine gläubige Gemeinschaft von Menschen, die entschlossen ist, den Kampf für die Erhaltung unserer Rasse aufzunehmen, nicht weil es sich um Bayern oder Preußen, Württemberger oder Sachsen, Katholiken oder Protestanten, Arbeiter oder Beamte, Bürger oder Angestellte usw. handelt, sondern weil sie alle Deutsche sind.

In diesem Gefühl der unzertrennlichen Verbundenheit ist die gegenseitige Achtung gewachsen, aus der Achtung aber kam das Verständnis und aus dem Verständnis die gewaltige Kraft, die uns alle bewegt.

Wir Nationalsozialisten marschieren daher auch in jede Wahl hinein mit dem einzigen Bekenntnis, am nächsten Tage die Arbeit wieder erneut aufzunehmen für die innere Reorganisation unseres Volkskörpers.

Denn nicht um Mandate oder Ministerstühle kämpfen wir, sondern um den deutschen Menschen, den wir wieder zusammenfügen wollen und werden zu einer unzertrennlichen Schicksalsgemeinschaft.

Der Allmächtige, der es bisher gestattete, daß wir in 13 Jahren von 7 Mann zu 13 Millionen wurden, wird es weiter gestatten, daß aus den 13 Millionen dereinst ein deutsches Volk wird.

An dieses Volk aber glauben wir, für dieses Volk kämpfen wir, und für dieses Volk sind wir, wenn nötig, bereit, so wie die Tausende der Kameraden vor uns, uns einzusetzen mit Leib und mit Seele.

Wenn die Nation ihre Pflicht erfüllt, muß dann einst ein Tag erstehen, der uns wiedergibt: ein Reich der Ehre und Freiheit — Arbeit und Brot!"

Die neue Redekampagne Hitlers begann am 15. Juli in Ostpreußen mit zwei *Wahlreden in Tilsit und Gumbinnen*<sup>165)</sup>. Am 16. Juli schlossen sich *Wahlreden in Lötzen, Ortelsburg, Osterode und Riesenburg an*<sup>166)</sup>.

<sup>165)</sup> Berichte im VB. Nr. 199/200. v. 17./18. 7. 1932.

<sup>166)</sup> Berichte im VB. Nr. 201 v. 19. 7. 1932.

17. Juli 1932

Am 17. Juli sprach er auf einer großen Kundgebung in Königsberg<sup>167)</sup>. An diesen drei Tagen hatte Hitler über 200 000 Menschen mit seinen Ansprachen beglückt. Von Königsberg aus beschwerte er sich in *Protesttelegrammen an Hindenburg, Papen, Schleicher* und den *Reichsinnenminister Freiherrn von Gayl über das schikanöse Verhalten eines Polizeioffiziers* während des Vorbeimarsches von SA.-Abteilungen in Königsberg.

Am 19. Juli folgte eine *Wahlrede in Schneidemühl* vor 40 000 Versammelten<sup>168)</sup>. Am gleichen Tag sprach Hitler auf einer *Wahlkundgebung in Cottbus*<sup>169)</sup>. Dort hielt er außerdem eine *Besprechung* mit Röhm, Göring und Goebbels ab<sup>170)</sup>. Es ging um die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen.

Hitler flog noch am gleichen Tag weiter nach *Stralsund*, um dort wiederum vor Zehntausenden von Menschen zu sprechen. Wegen schlechten Wetters mußte die Maschine jedoch zwischenlanden, und Hitler kam erst um 2 Uhr nachts zur Versammlung, um dort noch zwei Stunden zu den völlig durchnäßten, aber geduldig ausharrenden Anhängern zu sprechen<sup>171)</sup>.

Am 20. Juli besichtigte Hitler im Hafen von Warnemünde zunächst das deutsche Riesenflugboot Do X<sup>172)</sup> und startete dann mit seiner Maschine D 1720 zum Flug nach Schleswig-Holstein.

Er sprach zunächst in *Kiel* (Festhalle), flog dann zurück nach *Hamburg*, hielt dort eine *Wahlrede* auf dem Viktoria-Sportplatz und begab sich dann nach *Lüneburg*, zu einer weiteren *Wahlkundgebung*.

Die letzte *Wahlrede* dieses Tages hielt Hitler spätabends im Weserstadion in *Bremen* und erklärte dort:<sup>173)</sup>

„Ich werde es leichter vor der Geschichte haben, die Vernichtung von 30 Parteien zu verantworten, als die, welche sie gegründet haben.“

Bevor Hitler mit seinem Flugzeug in Bremen gelandet war, hatte er mit einem wirkungsvollen Schauspiel den im Weserstadion versammelten Menschen vor Augen geführt, welche außergewöhnliche Persönlichkeit er sei. Er ließ das Flugzeug über dem Bremer Stadion am dunklen Nachthimmel kreisen und dabei die Kabine erleuchten. Es war eine gespenstisch-dämonische Szene, und viele Teilnehmer hatten irgendwie den Eindruck, als sei mit Hitler tatsächlich eine Art Gott vom Himmel gekommen. Was die Phantasie eines Benson in seinem Buch „Der Herr der Welt“ erdacht hatte<sup>174)</sup>, hier war es Wirklichkeit geworden!

Der 20. Juli 1932 war auch für den Reichskanzler von Papen ein besonderer Tag gewesen. In diesem Wahlkampf hatte es verschiedene blutige Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten gegeben, vor allem in Preußen<sup>175)</sup>. Hitler forderte ein Eingreifen des Reichs gegen die sozialdemokratische Regierung Braun, da diese angeblich die Ruhe und Ordnung nicht mehr aufrechterhalten könne. Am 20. Juli ließ sich Papen mit Hilfe des Artikels 48 zur „Wiederherstel-

<sup>167)</sup> Bericht im VB. Nr. 201 v. 19. 7. 1932.

<sup>168)</sup> Bericht im VB. Nr. 203 v. 21. 7. 1932.

<sup>169)</sup> Bericht im VB. Nr. 203 v. 21. 7. 1932.

<sup>170)</sup> Vgl. Goebbels a. a. O. S. 131.

<sup>171)</sup> Bericht im VB. Nr. 203 v. 21. 7. 1932.

<sup>172)</sup> Kapitän des Flugbootes war der spätere NSFK.-Korpsführer Christiansen.

<sup>173)</sup> Berichte im VB. Nr. 204 v. 22. 7. 1932.

<sup>174)</sup> Robert Hugh Benson, *The Lord of the World* (Der Herr der Welt), London 1907.

<sup>175)</sup> Insbesondere in Altona hatte es am 17. Juli („Altonaer Blutsonntag“) zahlreiche Tote und Verletzte gegeben.



20. Juli 1932

lung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ von Hindenburg zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellen<sup>176)</sup> mit der ausdrücklichen Ermächtigung, die Mitglieder des Preußischen Staatsministeriums ihrer Ämter zu entheben. Über Berlin und Brandenburg wurde der Ausnahmezustand verhängt und die vollziehende Gewalt dem Reichswehrminister bzw. in dessen Auftrag dem Befehlshaber im Wehrkreis III, dem damaligen Generalleutnant von Rundstedt<sup>177)</sup>, übertragen. Ein paar Reichswehroffiziere und Mannschaften genügten, um den preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, den Innenminister Carl Severing, den Berliner Polizeipräsidenten Grzesinsky, den Polizeivizepräsidenten Weiß und den Obersten der Schutzpolizei Heimannsberg, alles handfeste Sozialdemokraten, ihrer Ämter zu entheben bzw. in ihren Amtsräumen zu verhaften. Einige Ober- und Polizeipräsidenten in den preußischen Provinzen wurden für abgesetzt erklärt. Niemand rührte sich. Der militärische Ausnahmezustand konnte bereits am 26. Juli 1932, 12 Uhr mittags, wieder aufgehoben werden.

Es schien, als erhalte Hitler von Papen alle Wünsche erfüllt. Und doch war gerade am 20. Juli ein grundlegender Unterschied zwischen ihm und dem Kabinett Papen zu Tage getreten.

Hitler wollte die geschäftsführende preußische Regierung entfernt wissen, um dann auf irgendeine Weise, notfalls durch Koalition mit dem Zentrum, die Regierung in Preußen verfassungsmäßig zu übernehmen.

Die reaktionäre Reichsregierung gedachte jedoch, aus der vorübergehenden Maßnahme des 20. Juli, die auf Grund der Verfassung nur bis zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung möglich war, eine Dauereinrichtung zu machen. Den konservativen Kreisen in Deutschland war die Existenz von zwei Regierungen in Berlin, der Reichsregierung und der seit 1919 sozialdemokratisch geführten Preußenregierung, von jeher ein Dorn im Auge gewesen. Sie wollten, wie es im kaiserlichen Deutschland gewesen war, die Reichsregierung, entgegen der Verfassung, mit der preußischen Regierung identifizieren. Man konnte sich bald überzeugen, daß Papen, dessen Amt als Reichskommissar für das Land Preußen eigentlich mit der Aufhebung des Ausnahmezustandes am 26. Juli hätte enden müssen, gar nicht daran dachte, die Gewalt in Preußen aus der Hand zu geben. Man spielte offen mit dem Staatsstreich.

Am 20. Juli war ein gefährlicher Weg eröffnet worden, gefährlich nicht nur für den Bestand der Weimarer Demokratie, sondern auch für Hitler, der auf den Verfassungsvorschriften seine Taktik aufgebaut hatte. Die Frage war nur, ob Hindenburg weitere verfassungsfeindliche Pläne der Papen-Regierung, etwa die Ausschaltung des Reichstags, mitmachen würde.

Zunächst hing für Hitler alles vom Ausgang der Reichstagswahlen am 31. Juli ab. Eifrig setzte er seine *Rede-Tätigkeit* fort. Er sprach am 21. Juli in *Hannover, Braunschweig und Göttingen*<sup>178)</sup>, am 22. Juli in *Liegnitz, Waldenburg, Neisse und Gleiwitz*<sup>179)</sup>, am 23. Juli in *Zittau, Bautzen, Dresden, Leipzig und Dessau*<sup>180)</sup>, am 24. Juli in *Elberfeld, Duisburg, Gladbeck, Bochum und Osnabrück*<sup>181)</sup>, am 26. Juli am *Kyffhäuserdenkmal*, in *Erfurt, Gera und Hildburghausen*<sup>182)</sup>, am 27. Juli

<sup>176)</sup> RGBl. 1932 I Nr. 48, S. 377/378.

<sup>177)</sup> dem späteren Generalfeldmarschall.

<sup>178)</sup> Berichte im VB. Nr. 205 v. 23. 7. 1932.

<sup>179)</sup> Berichte im VB. Nr. 206/207. v. 24./25. 7. 1932.

<sup>180)</sup> Berichte im VB. Nr. 208 v. 26. 7. 1932.

<sup>181)</sup> Berichte im VB. Nr. 208 v. 26. 7. 1932.

<sup>182)</sup> Berichte im VB. Nr. 210 v. 28. 7. 1932.

28. Juli 1932

in Eberswalde, Brandenburg und Berlin (Grunewald-Stadion)<sup>183</sup>, am 28. Juli in Aachen, Köln, Frankfurt a. M. (Festhalle) und Wiesbaden (Sportplatz)<sup>184</sup>, am 29. Juli in Reutlingen, Neustadt a. d. Hardt, Freiburg i. Br. und Radolfzell<sup>185</sup>, und am 30. Juli in Kempten, Bayreuth, Nürnberg und München<sup>186</sup>.

Das Abstimmungsergebnis vom 31. Juli brachte für Hitler eine arge Enttäuschung: trotz aller Mühen und schonungslosem Redeaufwand hatte er kaum mehr Stimmen erhalten als beim 2. Reichspräsidentenwahlgang am 10. April. Mit 13,7 Millionen Stimmen (36,7 % der Wähler) war die NSDAP. zwar die stärkste Partei (230 Abgeordnete), aber da die Deutschnationalen nur 2,1 Millionen Stimmen (37 Abgeordnete) erhalten hatten, war eine Rechtsregierung unmöglich. Der Block der Sozialdemokraten und des Zentrums stand unerschüttert, um so mehr als diese Wähler sich durch das Kabinett Papen besonders brüskiert fühlten. Die kommunistischen Mandate waren von 78 auf 89 gestiegen.

Es hatte sich gezeigt, daß Hitler trotz seiner Redebegehung nicht in der Lage war, die Mehrheit der Wähler auf seine Seite zu ziehen. Der Traum von der legalen Machtergreifung im Reich durch Volksabstimmungen war ausgeträumt.

Der einzige Erfolg dieses 31. Juli war das Ergebnis der Landtagswahl in Thüringen, wo nunmehr eine Rechtsregierung unter nationalsozialistischer Führung möglich wurde.

Die Proklamationen Hitlers an seine Anhänger zum Wahlausgang vom 31. Juli waren recht schwach und kurz<sup>187</sup>:

#### An die Partei:

„Ein großer Sieg ist errungen. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist nunmehr zur weitaus stärksten Partei des Deutschen Reichstages emporgestiegen. Diese in der Geschichte unseres Volkes einzig dastehende Entwicklung ist das Ergebnis einer ungeheuren Arbeit, einer immer gleichbleibenden Beharrlichkeit. Es kann angesichts dieses größten Erfolges unserer Bewegung für niemand einen Dank geben, sondern für uns alle nur die Pflicht, den Kampf nunmehr mit erneuter und erhöhter Kraft aufzunehmen und fortzuführen.

Adolf Hitler.“

#### An die SA.- und SS.-Männer, NSKK.- und HJ.-Mitglieder:

„Ein unerhörter Sieg ist erkämpft worden. Viele Kameraden haben ihn durch schwerste Opfer ermöglicht. Die Toten sind für uns eine heilige Verpflichtung, nunmehr erst recht den Kampf für Deutschlands Freiheit weiterzuführen.

Adolf Hitler.“

Eine schwache Hoffnung blieb Hitler noch: vielleicht würde die Regierung doch einen Ausgleich mit ihm suchen oder eine parlamentarische Lösung mit NSDAP., Deutschnationalen und Zentrum vorschlagen.

Das Kabinett Papen war mit dem Ausgang der Reichstagswahl nicht völlig zufrieden. Der Kanzler hatte gehofft, seine ersten Maßnahmen zur Behebung der Wirtschaftskrise und sein allerdings unverdienter Erfolg bei der Lausanner

<sup>183</sup>) Berichte im VB. Nr. 211 v. 29. 7. 1932.

<sup>184</sup>) Berichte im VB. Nr. 212 v. 30. 7. 1932.

<sup>185</sup>) Berichte im VB. Nr. 213 v. 31. 7. 1932.

<sup>186</sup>) Berichte im VB. Nr. 214/215 v. 1./2. 8. 1932. — In Gera und Fürth waren angeblich Anschläge auf Hitler versucht worden. Vgl. VB. Nr. 214/215 v. 1./2. 8. 1932 und Goebbels a. a. O. S. 135.

<sup>187</sup>) Veröffentlicht im VB. Nr. 214/215 v. 1./2. 8. 1932.

1. August 1932

Konferenz (Abschlußzahlung von 3 Milliarden Mark für Reparationen) würden sich auch im Wahlergebnis zugunsten der Deutschnationalen Partei auswirken. Er hatte ferner geglaubt, die Zentrumswähler würden ihm als bisherigem Zentrumsabgeordneten etwas mehr Gefolgschaft leisten. Aber diese waren höchstens verärgert über Brünnings Beseitigung und Hindenburgs Treulosigkeit, wie sie es nannten. Keinesfalls waren sie gewillt, dem abtrünnigen Renegaten von Papen ihre Stimme zu geben.

Andererseits betrachtete die Regierung das Wahlergebnis, das weder eine Rechtsregierung noch eine Linksregierung zuließ, als Bestätigung ihres Auftrags, ein überparteiliches Präsidialkabinett zu bilden, und war daher entschlossen, im Amt zu bleiben, umso mehr, als Papen, dieser charmante Katholik und ehemalige Ulanen-Rittmeister<sup>188)</sup>, die Sympathie Hindenburgs in außergewöhnlichem Maße gewonnen hatte.

Auf Hitler, so glaubte man, brauche man keine besondere Rücksicht zu nehmen. Wenn er wolle, könne er das Amt des Vizekanzlers haben.

Nach der Reichsverfassung hatte der Reichskanzler allein die Richtlinien der Politik zu bestimmen. Einen „Vizekanzler“, der irgendeinen Einfluß gehabt hätte, sah die Verfassung nicht vor, sondern lediglich einen „Stellvertreter des Reichskanzlers“, der jedoch nur in Funktion treten konnte, wenn der Reichskanzler durch Krankheit oder Abwesenheit verhindert war. Gewöhnlich war dies der dienstälteste oder ein anderer Minister des Kabinetts. Die Richtlinien der Politik bestimmte aber auch in diesem Fall der Reichskanzler. Die Idee Papens, einen besonderen Ministerposten mit dem Titel „Vizekanzler“ zu schaffen, lief darauf hinaus, den Nationalsozialisten, falls sie in das Kabinett eintreten würden, zwar einen klangvollen Namen, aber keinerlei Einfluß zu reservieren. Die Reichsregierung hielt Hitler für so naiv, daß er auf diesen Dreh hereinfallen würde.

Es ist eine Ironie des Schicksals, daß ausgerechnet Papen, der Hitler 1932 das bedeutungslose Amt des Vizekanzlers anbieten wollte, um ihn auf diese Weise kaltzustellen, unter Hitler selbst „Vizekanzler“ wurde.

Die ersten Augusttage vergingen mit Sondierungen der Lage. Hitler traf sich mit Schleicher am 5. August<sup>189)</sup> und meldete seine Ansprüche für eine Regierungsbildung an. Es war klar, auf was es ihm ankam: auf die Besetzung der Machtministerien, d. h. des Regierungschefs und des Innenministers. Diese Ansprüche waren bei allen Regierungsbildungen, an denen die Nationalsozialisten in deutschen Ländern (Thüringen, Braunschweig, Anhalt, Oldenburg, Mecklenburg) beteiligt waren, gestellt und bewilligt worden. Nur dort, wo sie nicht als stärkste Koalitionspartei auftreten konnten, hatten sie widerstrebend das Amt des Regierungschefs vorübergehend den anderen Rechtsparteien überlassen. Das Amt des Innen- und Polizeiministers hatten sie stets besetzt. Im Reich war das Innenministerium jedoch ohne großen Einfluß, da ihm keine Polizeikräfte unterstanden. Erst durch die Notverordnung vom 28. 2. 1933 erhielt der Reichsinnenminister wichtige Befugnisse.

Hitler mußte also das Kanzleramt und das Innenministerium als Minimalprogramm fordern. Alle anderen Ministerposten interessierten ihn zunächst weniger. Es war verfehlt anzunehmen, er als Führer der stärksten Partei des Reichs-

---

<sup>188)</sup> Papen gehörte vor dem 1. Weltkrieg dem Ulanen-Rgt. 5 an, wurde 1913 Hauptmann im Großen Generalstab und war bei Kriegsende 1918 Oberstleutnant und Chef des Stabes der 4. Osmanischen Armee. Vgl. Kürschners Handbuch Deutscher Reichstag 1933.

<sup>189)</sup> Vgl. Meißner-Wilde a. a. O. S. 95 und Goebbels a. a. O. S. 138/139.

tags würde auf die Funktion des Regierungschefs verzichten. Er hätte sich vor seinen Anhängern unmöglich gemacht.

Schleicher, der aalglatte Taktiker, hielt sich mit einer klaren Stellungnahme zu den nationalsozialistischen Forderungen zurück. Hitler fuhr wieder auf den Obersalzberg und überließ die weiteren Vorverhandlungen in Berlin dem Stabschef Röhm.

Im Land liefen bereits Gerüchte um über Zwistigkeiten innerhalb der Parteiführung. Wie später offenbar wurde, war es Gregor Strasser, der allzusehr Lust auf ein Ministeramt bekommen hatte<sup>190)</sup>. Das *Dementi Hitlers* vom 10. August war recht bezeichnend. Er benutzte die Veröffentlichung, um gleichzeitig seinen augenblicklichen Aufenthaltsort bekanntzumachen, damit die Reichsregierung die Verhandlungen mit ihm nicht unter dem Vorwand hinauszögern könne, er sei unerreikbaar gewesen<sup>191)</sup>.

„Durch die Presse gehen z. Zt. wieder romanhafte Schilderungen über die ‚Zersplitterung‘ innerhalb der Führung der Nationalsozialistischen Partei und die ‚Opposition‘, die von einzelnen Führern, Dr. Goebbels, Gregor Strasser usw. gegen mich getrieben werden soll.

Die Nachrichten sind zu dumm, als daß man sie zu dementieren bräuchte. Ich will hier nur bekanntgeben, daß ich mich nicht in Berlin in einem neuen ‚Hauptquartier‘ in der Badenschen Straße aufhalte, sondern mich seit Beendigung des Wahlkampfes zusammen mit Dr. Goebbels und den anderen Führern der Bewegung in den bayerischen Bergen befinde.

Welche Entschlüsse die Partei für die Zukunft getroffen hat, werden die neugierigen Zeitungsschreiber noch früh genug erfahren.

10. August 1932.

Adolf Hitler.“

Die Behauptung des Korrespondenten der englischen Zeitung *News Chronicle* Mr. Davenport, er habe ein Interview mit Hitler gehabt, war bereits am 5. August im *Völkischen Beobachter* dementiert worden<sup>192)</sup>.

In Berlin sondierte Röhm weiter. Am 11. August entschloß sich Hitler, selbst nach Berlin zu fahren. Ob er von der Reichsregierung gerufen wurde oder nicht, ist unklar<sup>193)</sup>. Jedenfalls war irgendeine Entscheidung notwendig. Darauf drängte man auch von seiten des Kabinetts.

Hitler erschien am 13. August um 10 Uhr mit Röhm bei Schleicher im Reichswehrministerium. Es wurde bereits dort offenbar, daß man Hitler die Kanzlerschaft nicht geben wollte. Auch die anschließende Besprechung mit Papen in der Reichskanzlei zeigte, daß an keinen Wechsel im Kanzleramt gedacht war.

Die Verhandlungen waren bereits gescheitert. Die Papen nahestehende „*Kölnische Zeitung*“ erhielt um die Mittagsstunde folgendes Telegramm von ihrem Berliner Vertreter: <sup>194)</sup> „Hitler hat heute bei seiner Aussprache mit dem Reichswehrminister erklärt, daß er als Führer der größten deutschen Partei an seinem Anspruch auf das Kanzleramt festhalten müsse. Die Absicht des Kanzlers ging bekanntlich dahin, den Nationalsozialisten zwei und, wenn nötig, drei Sitze in der Reichsregierung einzuräumen, und zwar ein neu zu schaffendes Vizekanzleramt

<sup>190)</sup> Der amerikanische Journalist H. R. Knickerbocker, der sich mit ihm im Laufe des Sommers 1932 unterhielt, bezeichnete ihn bereits als möglichen Kanzler. Vgl. H. R. Knickerbocker, *Kommt Europa wieder hoch?*, Berlin 1932, S. 204.

<sup>191)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 225 v. 12. 8. 1932.

<sup>192)</sup> Vgl. VB. Nr. 218 v. 5. 8. 1932.

<sup>193)</sup> Vgl. hierzu Meißner-Wilde a. a. O. S. 96.

<sup>194)</sup> „*Kölnische Zeitung*“ v. 13. 8. 1932 Abendausgabe.

13. August 1932

und das Ministerium des Innern. Mit dem Vizekanzleramt sollte der Posten des preußischen Ministerpräsidenten <sup>195)</sup> verbunden werden. Dabei blieb zunächst offen, ob Hitler persönlich oder einer seiner vertrauten Parteigenossen <sup>196)</sup> das Amt des Vizekanzlers übernehmen sollte. Auch in der dann folgenden Unterredung mit dem Reichskanzler hat Hitler seinen Anspruch auf die Führung der Reichsregierung aufrecht erhalten und alle anderen Vorschläge abgelehnt.

Die Verhandlungen sind nach Auffassung beteiligter Persönlichkeiten bereits so gut wie gescheitert. Weder die Pause, die jetzt in den Verhandlungen eintritt, noch der Besuch Hitlers bei Hindenburg dürften an diesem Ergebnis etwas ändern. Der Aussprache Hitlers mit Hindenburg, die heute nachmittag sein wird, legt man demnach nur noch rein formale Bedeutung bei.“

Die Situation um die Mittagszeit des 13. August wurde von der „Kölnischen Zeitung“ sehr treffend wiedergegeben, und auch Hitler war sich darüber so klar, daß er überhaupt nicht mehr zu Hindenburg gehen wollte <sup>197)</sup>. Die Reichsregierung aber legte großen Wert auf das Erscheinen Hitlers, um ihn vor dem Reichspräsidenten als wortbrüchig (im Hinblick auf das seinerzeitige Tolerierungsversprechen) zu desavouieren.

Staatssekretär Dr. Meißner rief daher um 15.40 Uhr in der Wohnung von Goebbels, wo sich Hitler aufhielt, an und lockte ihn unter der falschen Behauptung, es sei noch nichts entschieden, in die Wilhelmstraße. Um 16.30 Uhr fand der Empfang bei Hindenburg in Anwesenheit Papens und Schleichers statt. Es war natürlich keine Rede davon, noch einmal über die Kanzlerschaft zu beraten. Im Gegenteil, Hitler mußte sich im Stehen förmlich abkanzeln lassen. Hindenburg warf ihm vor, er habe die „ganze Macht“ <sup>198)</sup> gefordert, und ermahnte ihn, eine eventuelle Opposition ritterlich zu führen.

Hitler, der kaum zu Wort gekommen war, befand sich nach wenigen Minuten wieder auf der Straße. Es war offensichtlich: Papen und Schleicher hatten ihn übers Ohr gehauen! Nicht nur vor Hindenburg, sondern auch vor der breiten Öffentlichkeit war er als ungeeignet für das Amt des Regierungschefs bezeichnet worden. Für diese Demütigung machte er, sicher nicht mit Unrecht, hauptsächlich Schleicher verantwortlich, mit dem er in den vergangenen Monaten ungezählte vertrauliche Besprechungen gehabt hatte. Er schwor ihm blutige Rache bei passender Gelegenheit <sup>199)</sup>.

Über den Empfang Hitlers bei Hindenburg erschien folgende *amtliche Mitteilung*: <sup>199a)</sup>

„Reichspräsident von Hindenburg empfing am Samstagnachmittag in Gegenwart des Reichskanzlers von Papen den Führer der NSDAP. Adolf Hitler zu einer

<sup>195)</sup> Die Reichsregierung hatte nach der Verfassung kein Recht, das Amt des preußischen Ministerpräsidenten zu vergeben.

<sup>196)</sup> Offensichtlich hatten Papen und Schleicher an Strasser gedacht.

<sup>197)</sup> Vgl. Goebbels a. a. O. S. 144.

<sup>198)</sup> Die „ganze Macht“ konnte Hitler gar nicht fordern. Sie war in der Weimarer Republik verschiedenen Instanzen übertragen: dem Reichstag, dem Reichspräsidenten (zugleich Oberbefehlshaber der Reichswehr) und dem Reichskanzler. Hitler hatte am 13. August das Kanzleramt für sich und das Innenministerium für seine Partei verlangt, eine Forderung, die er immer wieder erhob und am 30. 1. 1933 in der gleichen Form erfüllt erhielt. Am 13. August hatten Papen und Schleicher dem Reichspräsidenten offenbar erklärt, Hitler wolle das gesamte Kabinett mit seinen Parteifreunden besetzen. Nur so ist der Ausdruck Hindenburgs „ganze Macht“ verständlich, obwohl nicht richtig.

<sup>199)</sup> Diese Gelegenheit kam: Schleicher wurde am 30. 6. 1934 ermordet. Vgl. S. 403 f.

<sup>199a)</sup> WTB.-Text v. 14. 8. 1932 für amtliches Kommuniké und Erklärung der NSDAP.

Besprechung über die politische Lage und die Frage einer Umbildung der Reichsregierung.

Der Reichspräsident richtete an Hitler die Frage, ob er bereit sei, selbst, sowie mit anderen geeigneten Persönlichkeiten der NSDAP. in die von dem Reichskanzler von Papen geleitete Regierung einzutreten. Herr Hitler verneinte dies und stellte an den Herrn Reichspräsidenten die Forderung, ihm die Führung der Reichsregierung und die gesamte Staatsgewalt in vollem Umfang zu übertragen.

Reichspräsident von Hindenburg lehnte diese Forderung sehr bestimmt mit der Begründung ab, daß er es mit seinem Gewissen und seinen Pflichten dem Vaterland gegenüber nicht verantworten könne, die gesamte Regierungsgewalt ausschließlich der nationalsozialistischen Bewegung zu übertragen, die diese einseitig anzuwenden gewillt sei. Er bedauerte, daß Herr Hitler sich nicht in der Lage sehe, entsprechend seinen vor den Reichstagswahlen abgegebenen Erklärungen eine vom Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten getragene Nationalregierung zu unterstützen.

Die Aussprache schloß alsdann in einer ernststen Mahnung des Reichspräsidenten an Hitler, die von ihm angekündigte Opposition der NSDAP. ritterlich zu führen und seiner Verantwortung vor dem Vaterlande und vor dem deutschen Volke [sich] bewußt zu bleiben.

Vor dem Empfang bei dem Herrn Reichspräsidenten hatte im Laufe des Vormittags eine Aussprache des Reichskanzlers mit Herrn Hitler stattgefunden. In dieser Aussprache hatte sich der Reichskanzler erboten, dem Herrn Reichspräsidenten Herrn Hitler als Vizekanzler in der gegenwärtigen Regierung vorzuschlagen und ferner einige weitere Persönlichkeiten aus der nationalsozialistischen Bewegung mit wichtigen politischen und fachlichen Ministerien zu betrauen, um dieser Bewegung einen ihrer Stärke entsprechenden Einfluß<sup>199b)</sup> auf die Staatsführung einzuräumen.“

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. veröffentlichte folgende Erklärung:

„Der Führer wurde am Samstag zu Besprechungen zum Reichskanzler von Papen und im Anschluß daran zum Reichspräsidenten von Hindenburg gebeten. Auf die ihm vorgelegte Frage, ob er und die Partei bereit seien, in eine Regierung von Papen einzutreten, erklärte der Führer: Wir sind gewillt und entschlossen, die volle Verantwortung für die deutsche Politik in jeder Beziehung zu übernehmen, wenn man uns dafür die eindeutige Führung der Regierung anvertraut. Ist das nicht der Fall, so kann die nationalsozialistische Bewegung weder an der Macht, noch an der Verantwortung teilnehmen; insbesondere kommt ein Eintritt in die Regierung von Papen für die Partei nicht in Frage. Da aber der Reichspräsident von Hindenburg es ablehnt, die nationalsozialistische Bewegung mit der Führung der Regierung zu betrauen, wurden die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen.

Die nunmehr zu treffenden Maßnahmen für die weitere Fortführung des Kampfes der nationalsozialistischen Bewegung werden in einer in der laufenden Woche stattfindenden Führertagung bekanntgegeben werden. Der Führer verließ noch am Samstag Berlin.

Zu dem amtlichen Communiqué über die Zusammenkunft Hitler-Hindenburg-Papen, das in manchen Punkten nicht unbedeutende Unrichtigkeiten enthält, wird die NSDAP. noch Stellung nehmen.“

---

<sup>199b)</sup> Wenn tatsächlich beabsichtigt gewesen wäre, der NSDAP. einen „ihrer Stärke entsprechenden Einfluß“ zu gewähren, so hätte man ihr, wenigstens nach den bisherigen Gepflogenheiten, als der stärksten Partei die Regierungsführung überlassen müssen.

13. August 1932

Die Entscheidung des 13. August, so ungünstig sie auch scheinen mochte, gab Hitler die Möglichkeit, dem Kabinett Papen offenen politischen Kampf anzusagen. Er traf seine Maßnahmen noch am gleichen Tag. Zunächst galt es, die SA.-Männer, die bereits eine Regierungsübernahme Hitlers und damit „Arbeit und Brot“ erwartet hatten, zu beruhigen und nach Hause zu schicken, damit die Regierung keinen Vorwand erhielt, etwa von neuem ein SA.-Verbot zu verhängen oder noch schlimmere Maßnahmen gegen die Partei zu ergreifen. Er erteilte daher Röhm sofort den Befehl, für die SA. einen zweiwöchigen Urlaub zu verfügen. Der Stabschef entledigte sich dieses Auftrags durch einen sehr geschickt formulierten Aufruf<sup>200)</sup>. Im Gegensatz zu Strasser bewies Röhm in schwierigen Lagen Hitler gegenüber Treue und Loyalität. Es kann keine Rede davon sein, daß Röhm oder die SA. ohne Einwilligung Hitlers im Sommer oder Herbst 1932 hätten putschen wollen. Die Stennes-Krise<sup>201)</sup> von 1931 war überwunden, und Hitler hatte die SA. völlig in der Hand.

Die angekündigte Stellungnahme der NSDAP. zum amtlichen Kommuniqué der Reichsregierung über die Unterredung Hitler-Hindenburg am 13. August erfolgte durch ein Interview, das Hitler einem „Vertreter“ der Rheinisch-Westfälischen Zeitung<sup>202)</sup> am 16. August gewährte und folgenden Inhalt hatte:

Frage: „Ist es richtig, daß Sie nicht zum Reichspräsidenten v. Hindenburg gehen wollten auf Grund der Unterredung mit Reichskanzler von Papen? Warum ließen Sie sich dann doch bewegen, der Bitte Hindenburgs um einen Besuch nachzukommen?“

Antwort: „Solange die derzeitige Reichsregierung nicht demissioniert hat, ist der Reichskanzler der verantwortliche Träger der Politik. Dies gilt auch für den Fall einer beabsichtigten Umbildung des Kabinetts, wenn der Chef der Regierung sich selbst um die Umbildung bemüht. Erst im Augenblick der Demission der Regierung fällt die Verantwortung dem Reichspräsidenten zu, der nun, sofern die Verfassung überhaupt Geltung besitzt, — in ihrem Sinne die Bildung einer neuen Regierung einzuleiten hat. Ich betrachte die Hereinziehung des Reichspräsidenten in den Gang einer Regierungs-umbildung als eine Abwälzung der Verantwortlichkeit von den Schultern des Reichskanzlers auf die Schultern des Reichspräsidenten.

Im übrigen bin ich nicht auf einen Wunsch meinerseits nach Berlin gefahren. Ich wurde gerufen. Die Reichsregierung schlug mir eine Neubildung der Regierung vor, die ich als Führer der nationalsozialistischen Bewegung in der vorgeschlagenen Form ablehnen mußte. Ich teilte die Voraussetzung mit, unter der ein Eintritt in eine Regierung durch die nationalsozialistische Partei erfolgen könnte. Aus dem Munde des Reichskanzlers erfuhr ich, daß diese Bedingungen von vorneherein schon durch den Reichspräsidenten abgelehnt wären. Damit bestand für mich um so weniger ein Anlaß zu diesem Besuch, als ich mich ja nicht den Herren in Berlin irgendwie aufzudrängen versucht hatte.

<sup>200)</sup> Aufruf Röhm's an die SA.- und SS.-Männer vom 13. 8. 1932. Veröffentlicht im VB. Nr. 230 v. 17. 8. 1932.

<sup>201)</sup> Palast-Revolution des radikalen Berliner SA.-Führers, Hauptmann a. D. Stennes, gegen den legalen Kurs Hitlers.

<sup>202)</sup> Diese rechtsgerichtete Industriellen-Zeitung erschien in Essen und setzte sich auch während Papens Kanzlerschaft für Hitler ein. Das Organ stand dem Reichspressechef der NSDAP., Dr. Otto Dietrich (geb. 1897 in Essen, gest. 1952 in Düsseldorf) aus verwandtschaftlichen Gründen nahe. Dr. Dietrich war der Schwiegersohn des Herausgebers Dr. Reismann-Grone, und es ist kaum zweifelhaft, daß er selbst jener nicht genannte „Vertreter“ der Rheinisch-Westfälischen Zeitung gewesen ist, dem Hitler dieses sogenannte Interview gewährte. Das Interview wurde auch im VB. Nr. 230 v. 17. 8. 1932 veröffentlicht.

16. August 1932

Ich erklärte daher, daß in meinen Augen die Verantwortung für die gescheiterte Regierungsumbildung selbstverständlich der Herr Reichskanzler von Papen zu tragen habe, daß infolgedessen ein Besuch bei Hindenburg für mich nicht in Frage kommen könne und, daß ich nur dann bereit sei, dem Herrn Reichspräsidenten einen Besuch abzustatten, wenn dieser noch keinen endgültigen Entschluß gefaßt habe, sondern zunächst nur die verschiedenen Auffassungen kennenlernen wolle.

Es war dies jedoch, wie sich herausstellen sollte, nicht der Fall. Der Beschluß des Reichspräsidenten lag bereits vor.

Daß ich dennoch zum Reichspräsidenten kam, war nur der dem Minister Frick, seitens des Staatssekretärs der Reichskanzlei neuerdings übermittelten telephonischen Erklärung zuzuschreiben, daß ein solcher Beschluß des Reichspräsidenten noch nicht gefaßt sei. In Wahrheit bestätigte bereits eine Viertelstunde vorher die Reichskanzlei der Presse die Tatsächlichkeit des bereits gefaßten Beschlusses des Reichspräsidenten mit der Bemerkung, meinem Besuch komme nur mehr formale Bedeutung bei und könne am Ergebnis nichts mehr ändern.

Der Reichspräsident selbst erklärte dann ebenfalls, daß sein Entschluß bereits feststehe!

Frage: „Stimmt es, daß Sie darauf verzichtet hätten, Hindenburg gegenüber Ihren Standpunkt zu vertreten?“

Antwort: „Es ist richtig, daß ich darauf verzichtet habe, dem Reichspräsidenten gegenüber meinen Standpunkt zu vertreten, da mir die soeben geschilderte merkwürdige Art, mich zu dem Besuch bei dem Reichspräsidenten von Hindenburg zu bewegen, sowie die an sich schon feststehende Entscheidung des Reichspräsidenten keine Veranlassung geben konnte, mich noch einmal der Argumente zu bedienen, die ich dem verantwortlichen politischen Leiter bereits vorgetragen hatte.“

Frage: „Herr Hitler! Ihre Partei hat bei der Reichstagswahl einen sensationellen Sieg davongetragen. Noch nie war in Deutschland eine Partei gleicher Stärke vorhanden. In jedem anderen Lande wäre es eine Selbstverständlichkeit, daß dem Führer der größten Partei die Bildung einer neuen Regierung übertragen wird. Warum zieht Ihres Erachtens Herr von Papen nicht die selbstverständliche Konsequenz?“

Antwort: „Allerdings, früher war es auch in Deutschland so, daß der Führer der größten Partei mit der Bildung des Kabinetts beauftragt würde. In neuerer Zeit scheinen die staatsmännischen Qualitäten nicht mehr durch die Größe als vielmehr durch die Kleinheit der Parteien bedingt zu sein. Seit wir Nationalsozialisten groß geworden sind, muß ein Politiker, um unter diesen Meistern als Meister zu gelten, erst entweder eine Partei ruiniert, oder, was noch zweckmäßiger ist, überhaupt keine Partei mehr hinter sich haben. Politik ist damit nicht mehr die Kunst des Möglichen, sondern die Kunst des Unmöglichen geworden. Im übrigen verdankt die Bewegung ihre heutige Größe nicht der gönnerhaften Unterstützung seitens überlieferter und absterbender Gestalten unseres politischen Lebens. Sie wird daher auch künftig nicht von diesen ihre Kraft holen.“

Frage: „Wie glauben Sie, Herr Hitler, daß die Regierung von Papen zu arbeiten vermag, wenn sie nicht mehr mit dem abwartenden passiven Verhalten der stärksten Partei Deutschlands rechnen kann?“

Antwort: „Diese Frage, mein Herr, müssen Sie an Herrn von Papen richten. Ich für meine Person weiß, wie ich und meine Bewegung weiterkämpfen werden.“

Frage: „Was für Folgen würde es Ihres Erachtens für die Entwicklung in Deutschland haben, wenn die Regierung von Papen tatsächlich noch längere Zeit am Ruder bliebe?“



Antwort: „Ich trat der Regierung von Papen, deren Männer ich ja überhaupt zum größten Teil nicht kannte, so entgegen, wie ich jeder sich national nennenden Regierung bisher entgegengetreten bin und entgegengetreten werde. Ich unterstütze oder dulde sie zumindest solange, als ich durch ihre Regierungstätigkeit eine Stärkung der nationalen und eine Schwächung der marxistischen Front erkennen kann. Im Augenblick, da durch die Maßnahmen einer Regierung auf der nationalen Seite eine Stockung, auf der internationalen Seite aber eine Belebung eintritt, wird sie von mir abgelehnt, ganz gleich, wer immer ihre Männer sein mögen. Grundsätzlich bin ich der Überzeugung, daß jede Regierung scheitern muß und scheitern wird, die nicht eine feste weltanschauliche Verankerung in einer tragenden Bewegung ihres Volkes hat.

Die Regierungstätigkeit der heutigen Reichsregierung wird meiner Überzeugung nach zum Chaos führen.“

Frage: „Ist es richtig, Herr Hitler, daß Sie die schärfste Opposition der NSDAP. gegen die Regierung von Papen angekündigt haben?“

Antwort: „Die nationalsozialistische Bewegung tritt gegenüber der heutigen Reichsregierung in Opposition. Die Schärfe dieser Opposition wird bestimmt durch die Größe des Schadens, der durch das Unterbleiben einer Opposition entstehen würde. Die Wahlen vom 31. Juli haben in dieser Richtung bereits klar erwiesen, wohin die Regierung von Papen mit ihren heutigen Männern führen wird und führen muß. Denn auch eine Diktatur ist nur denkbar, wenn sie der Träger eines Volkswillens ist oder sicherste Aussichten hat, in kurzer und absehbarer Zeit als solcher Träger des Volkswillens anerkannt zu werden. Ich kenne aber keine Diktatur der Weltgeschichte, die sich endgültig in eine neue und anerkannte Staatsform umsetzen konnte, die nicht aus einer Volksbewegung herausgewachsen wäre.“

Frage: „Glauben Sie nicht, daß es besser gewesen wäre für die NSDAP., den Spatzen in der Hand zu haben, statt die Taube auf dem Dach?“

Antwort: „Nein. Ich werde niemals für ein Linsengericht die Erstgeburt verkaufen. In grundsätzlichen Dingen nehme ich lieber jeden Kampf und jede Verfolgung auf mich, als daß ich mir oder der Bewegung jemals untreu würde. Ich halte es überhaupt in einer verkommenen und charakterlosen Zeit für wichtig, einem Volk zu zeigen, daß eine Bewegung ohne Rücksicht auf augenblickliche Vor- oder Nachteile ihrer leitenden Männer unbeirrbar und unwandelbar das gesteckte Ziel verfolgt. Man kann nicht von einer Nation Heroismus verlangen, wenn ihre politischen Leiter zu jedem auch noch so schäbigen Kompromiß bereit sind. Es wird damit geradezu von oben herunter in einem Volke jener Geist der Würdelosigkeit großgezogen, der dann auch bei letzten Schicksalsfragen in einer Unterwerfung ein ‚erträgliches‘ Kompromiß sieht.“

Frage: „Wie haben die mit Ihnen in Berlin anwesenden Führer Ihre Entscheidung aufgenommen?“

Antwort: „Meine Führer würden mich nie verstanden haben, hätte ich anders gehandelt. Wenn ich mich hundertmal sachlich irren sollte, so würden sie dies mir leichter verzeihen, als wenn ich auch nur einmal die Ehre der Bewegung oder die Grundsätze unseres Kampfes verleugnen wollte. Sie stehen heute mehr denn je zuvor wie ein Mann hinter mir.“

Frage: „Wie glauben Sie, Herr Hitler, daß Ihre Entscheidung bei den Mitgliedern der NSDAP. aufgenommen wird?“

Antwort: „Die Mitglieder der Partei und meine Anhänger haben hundertmal aus meinem eigenen Munde gehört, daß ich niemals unerträgliche Kompromisse für die Bewegung schließen würde. Sie wissen, daß ich jederzeit bereit bin, wenn nötig mein Leben für die Bewegung einzusetzen. Sie wissen, daß Hunderttausende unserer Kame-

raden das Gleiche tun und Tausende dabei schwere Opfer bringen. Das alles wäre sinnlos, wenn nun plötzlich die Bewegung für ein anderes Programm als ihr eigenes verliehen werden könnte. Wie die Parteigenossen und Anhänger denken? Als ich nachts von Berlin wegfuhr, stand eine große Menschenmenge um meinen Wagen und schrie mir zu. Ich habe nur zwei Sätze mir gemerkt, von denen ich wollte, daß sie für alle Zukunft auf unseren Fahnen stünden: ‚Gib nicht nach!‘ ‚Bleibe hart!‘“

Frage: „Wie groß ist die Zahl der Terrorakte gegenüber Ihren Parteigenossen? Meines Wissens soll sie allein für die Zeit Anfang dieses Jahres in die Tausende gehen. Was gedenkt die Bewegung zum Schutze ihrer Angehörigen gegenüber den auch unter der Regierung von Papen täglich sich ereignenden Terrorakten gegen Nationalsozialisten zu tun?“

Antwort: „Die Zahl der Terror-Akte der marxistischen Parteien gegen unsere Bewegung gehen nunmehr in viele Zehntausende. Die Zahl der Toten beträgt über 300<sup>203)</sup>, die Zahl unserer Verletzten betrug im vergangenen Jahr über 6000, in diesem Jahr aber in 7 1/2 Monaten bereits über 8200.

Zahllose Kameraden sind Krüppel geworden und bleiben es nun ihr Leben lang. Unsere Regierungen und die Presse haben sich bisher — wenn ich von einzelnen wenigen Blättern, wie des Ihren, absehe —, darum nie gekümmert. Höchstens, wenn ein Nationalsozialist, um sein Leben zu verteidigen, sich zur Wehr setzte, wurde er am Ende als Angreifer hingestellt und sogar noch verurteilt. Ich sehe dabei ganz ab von den furchtbaren Verfolgungen der Partei durch eine Polizei, die jetzt endlich in einer Stadt — in Dortmund — ihre gerichtliche Ahndung und damit Bestätigung gefunden haben. Am Tag der Wahl wurde in Königsberg einem unserer Kameraden auf offener Straße, am hellen Tage, von einem dieser roten Mörder mit einem Rasiermesser, ohne jeden Anlaß, plötzlich die Kehle durchschnitten. Der Arme starb eines jammervollen Todes. Die Presse, die sich sonst über jeden Spitzbuben aufregt, nahm kaum Notiz davon. Allerdings, als nun das zum Überlaufen volle Maß der Empörung und des Grimms nach Rache schrie, wurden die bürgerlichen Zeitungen und die Regierungen plötzlich aufgeweckt! Nun, da die dauernd vom Tode bedrohten Parteigenossen endlich zur Vergeltung schritten, entdeckte man plötzlich den Wert des Menschenlebens und machte nun nicht etwa Front gegen die rote Mordpest, nein, man machte Front gegen die ‚allgemeinen politischen Terrorakte‘.

Was wir dagegen zu tun gedenken?

Es gibt ein Recht der Notwehr, das wir uns auf die Dauer nicht abschwätzen lassen durch die dummen Phrasen von ‚Ruhe und Ordnung‘. Durch dieses erbärmliche bürgerliche Geschwätz ist nicht einer meiner toten Kameraden lebendig geworden, nicht ein Krüppel wurde wieder gesund, nicht einem Verletzten wird dadurch geholfen. Die nationalsozialistische Bewegung hat legal bis auf das Äußerste gekämpft, das Abschlagen aber nimmt bald ein Ende, oder ich selbst werde mich gezwungen sehen, den Parteigenossen ein Notwehrrecht zu befehlen, das die roten Tscheka-Methoden aber dann wirklich blitzschnell beseitigen wird.

Übrigens haben in solchen Zeiten Polizeiverordnungen in der Geschichte noch immer versagt. Es bedarf dies gar keines Beweises mehr, daß es im Deutschland von heute nicht anders ist.“

Frage: „Wie denken Sie sich den weiteren Weg Ihrer Partei?“

Antwort: „Die Partei kämpft um die Macht. Ihr Weg wird bestimmt durch die Methoden des Kampfes der Gegner.

<sup>203)</sup> Nach den eigenen Angaben der NSDAP. gab es zu diesem Zeitpunkt (15. 8. 1932) insgesamt 192 nationalsozialistische Gefallene oder Blutzugeen, und zwar unter großzügigster Ausdehnung dieser Liste auf alle möglichen nationalen Vorkämpfer wie Albert Leo Schlageter und Dietrich Eckart. Vgl. Ehrenliste der Ermordeten der Bewegung im VB. Nr. 312 v. 8. 11. 1937.

16. August 1932

Frage: „Ihre Bewegung wird nirgends ernsthaft als reaktionär oder unsozial angesehen. Wie ist es möglich, daß trotzdem die Parteien, welche die Regierung von Papen als ‚Kabinett der Barone‘, als reaktionär und unsozial aufs schärfste angriffen, es heute begrüßen, daß diese Regierung nicht durch eine nationalsozialistische Regierung, d. h. von Männern abgelöst wird, die aus allen Schichten des Volkes kommen?“

Antwort: „O, Sie irren sich! Gewisse Rechtskreise bezeichnen uns als Bolschewisten, und die Bolschewisten wiederum behaupten, wir seien Reaktionäre, Barone, Großkapitalisten, Unternehmernknechte, und weiß Gott was noch. Daß die Feinde des deutschen Volkes innen und außen das Unterbleiben der Regierungsumbildung begrüßen, ist eine große Ehre für die Partei. Daß sie aufatmen darüber, weil ich nicht Kanzler wurde, ist eine große Ehre für mich. Die marxistischen Feinde Deutschlands im Inneren wissen, nach ihrem jahrelangen Betrug am deutschen Volk, daß die nationalsozialistische Bewegung sich wirklich ehrlich des deutschen schaffenden Menschen annehmen wird. Die bürgerlichen Reaktionäre wissen, daß wir ihre Politik der Schwäche ablösen werden, durch eine Politik der nationalen Kraft. Beide ahnen, daß die Zeit der Klassen- und Standesinteressenkämpfe sich ihrem Ende nähert, und daß auf der gedanklichen Plattform des Nationalsozialismus das deutsche Volk wieder seine Einheit zurückerhält.“

Hitler wiederholte diese Gedankengänge noch einmal in einem *Interview* mit dem Vertreter des amerikanischen Nachrichtenbüros *Associated Press*<sup>204)</sup> und erklärte auf die Frage, ob nun nicht doch ähnlich wie bei Mussolini ein Marsch auf Berlin stattfinden werde:

„Warum soll ich auf Berlin marschieren? Ich bin ja schon dort! Die Frage ist nicht, wer auf Berlin marschieren wird, sondern vielmehr, wer aus Berlin herausmarschieren wird. Die SA. wird einen illegalen Marsch nicht unternehmen.“

Hitler machte seinen Standpunkt außerdem auf einer *Parteiführertagung in München* (Hotel Reichsadler) am 15. August<sup>205)</sup> klar und fand keinen Widerspruch.

Er hatte dem Kabinett Papen offenen Kampf angesagt. Es fehlte ihm nur noch der Anlaß, dies wirkungsvoll vor seinen Anhängern und vor dem ganzen Volk zu demonstrieren. Und dieser Anlaß kam am 22. August, als durch ein von der Papen-Regierung geschaffenes Sondergericht in Beuthen fünf Nationalsozialisten, die einen polnischen Kommunisten aus Potempa erschlagen hatten, zum Tode verurteilt wurden.

Durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 9. August<sup>206)</sup> hatte Papen die Todesstrafe für Totschlag aus politischen Gründen eingeführt. Zur Aburteilung wurden Sondergerichte gebildet, und vor dem ersten derartigen Gerichtshof standen ausgerechnet Nationalsozialisten. Die Motive für die Erschlagung des Kommunisten Pietrcuch, der als polnischer Insurgent<sup>207)</sup> galt, waren reichlich unklar, und es ist nicht sicher, ob sie überhaupt politischer Natur waren. Aber was galt das Leben eines polnischen Insurgenten? Papen jedenfalls konnte bei diesem Todesurteil der Entrüstung aller Rechtskreise über eine solche Justiz sicher sein,

<sup>204)</sup> Das Interview ist wiedergegeben in der Berliner Nachtausgabe vom 19. 8. 1932 und im VB. Nr. 234/235 v. 21./22. 8. 1932.

<sup>205)</sup> NSK.-Meldung vom 20. 8. 1932.

<sup>206)</sup> RGBl. 1932 I Nr. 54 S. 403. Hitlers blutiger Sondergerichts-Justiz gegen politische Gegner wurden durch diese Notverordnung bereits die Wege geebnet.

<sup>207)</sup> Deutsche Bezeichnung für die polnischen Teilnehmer an den Grenzkämpfen in Oberschlesien 1920/1921.

23. August 1932

zumal den Angeklagten die Todesstrafen-Verordnung zur Zeit der Tat nicht bekannt sein konnte. Hitler aber richtete am 23. August folgendes *Telegramm an die Verurteilten*:<sup>208)</sup>

„Meine Kameraden! Angesichts dieses ungeheuerlichsten Bluturteils fühle ich mich mit Euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre. Der Kampf gegen eine Regierung, unter der dies möglich war, ist unsere Pflicht!

Adolf Hitler.“

Außerdem erließ Hitler folgenden *Aufruf*:<sup>209)</sup>

„Nationalsozialisten! Deutsche!

Im November 1918 hat der Marxismus in einer verfluchten Revolte, begünstigt durch die Feigheit und Schwäche bürgerlicher Politiker, das alte Reich überfallen und vernichtet. Namenlos ist seit dieser Untat das deutsche Elend geworden. Dem Terror der Novemberverbrecher im Innern entsprach als Folgeerscheinung der Terror unserer Gegner von außen.

Während die bürgerlichen Politiker in jammervoller Unterwürfigkeit sich dem neuen System verschrieben oder zum mindest vor ihm feige zurückwichen, hat unsere nationalsozialistische Bewegung einsam und allein den Kampf für die ewigen Lebensrechte unseres Volkes aufgenommen.

Und seitdem verfolgt uns der Haß jener Parteien, die als Marxismus von jeher die Gewalt und den Terror als typisches klassenkämpferisches Mittel angewendet haben. Ihre Parole der Vorkriegszeit: ‚Und willst du nicht Genosse sein, so schlag ich dir den Schädel ein‘, wurde seit der Revolution mit furchtbarer Offenheit als selbstverständliches Recht vertreten und von bürgerlichen Bürokratenregierungen auch anerkannt. Daß wir Nationalsozialisten die in der Verfassung niedergelegten Rechte der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit nicht preisgeben gewillt waren, wurde als ‚Provokation des Proletariats‘ ausgelegt und damit als Berechtigung zu unserer Verfolgung.

Vierzehn Jahre haben die Behörden dieses Systems in oft himmelschreiender Einseitigkeit *nicht* den Bedrücken zurechtgewiesen, sondern immer wieder den Unterdrückten verboten. Ungezählt sind die Opfer, die das junge Deutschland, das keine andere Vertretung besaß als die der nationalsozialistischen Bewegung, für seine Ideale bringen mußte.

Über 300 niedergemetzelte, ja oft buchstäblich abgeschlachtete Parteigenossen zählen wir als tote Märtyrer. Zehntausende und abermals Zehntausende sind verletzt, und einige bleiben ihr Leben lang Krüppel. Der bürgerliche Rechtsstaat sowohl als die bürgerliche Journaille nahmen kaum davon Notiz. Erst in dem Augenblick, da endlich das Maß zum Überlaufen voll war und der Terror der roten Mord- und Verbrecherorganisationen unerträglich wurde, schwang sich die ‚nationale Regierung‘ von Papen blitzschnell zu einer Handlung auf. Die ersten Dokumente ihres nationalen Willens kennen wir nun. Am selben Tage fast, an dem die Mörder und Peiniger unsrer Ohlauer Parteigenossen mit geringen Strafen davonkamen, obwohl wir bei diesem einen Überfall zwei Tote und 27 Schwerverletzte zu beklagen hatten, haben die Gerichte der Regierung des Herrn von Papen fünf Nationalsozialisten zum Tode verurteilt. Deutsche Volksgenossen! Wer von Euch ein Gefühl für den Kampf um die Ehre und Freiheit der Nation besitzt, wird verstehen, weshalb ich mich weigerte, in diese bürgerliche Regierung einzutreten. Die Justiz des Herrn von Papen wird am Ende viele Tausende von Nationalsozialisten zum Tode verurteilen. Glaubte man dieses von Blindheit geschlagene, das ganze Volk herausfordernde Vorgehen auch mit meinem Namen decken zu können? Die Herren irren sich! Herr von Papen, Ihre blutige Objektivität kenne ich nicht, ich wünsche dem nationalen Deutschland den Sieg und seinen marxistischen Zerstörern und Verder-

<sup>208)</sup> Mitteilung der Pressestelle der NSDAP. v. 23. 8. 1932 (CNB).

<sup>209)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 327 v. 24. 8. 1932.

bern die Vernichtung. Zum Henker der nationalen Freiheitskämpfer des deutschen Volkes aber eigne ich mich nicht.

Mit dieser Tat ist unsere Haltung diesem nationalen Kabinett gegenüber endgültig vorgezeichnet.

Es mag der Himmel über uns Qualen über Qualen schicken, unsre Bewegung wird auch mit dieser Regierung der Hinrichtung unsrer Mitkämpfer fertig werden. Herr von Papen kann ruhig solche Bluttribunale über unsre Bewegung setzen. Die Kraft der nationalen Erhebung wird mit diesem System so sicher fertig, wie sie den Marxismus trotz dieser Versuche zu seiner Rettung dennoch beseitigen wird. Angesichts dieses ungeheuerlichsten Bluturteils gibt es für uns erst recht nur einen einzigen Lebensinhalt: Kampf und wieder Kampf!

Wir werden den Begriff ‚national‘ befreien von dieser Umklammerung durch eine Objektivität, deren wirkliches innerliches Wesen das Urteil von Beuthen gegen das nationale Deutschland aufpeitscht. Herr von Papen hat damit seinen Namen mit dem Blut nationaler Kämpfer in die deutsche Geschichte eingezeichnet. Die Saat, die daraus aber aufgehen wird, soll man künftig nicht mehr durch Strafen beschwichtigen können. Der Kampf um das Leben unserer fünf Kameraden setzt nun ein.

Adolf Hitler.“

Dies war der Ton, in dem sich Hitler am liebsten mit seinen Gegnern auseinandersetzte. Nun brauchte er keinerlei Rücksichten mehr auf Papen und Schleicher zu nehmen wie in den zurückliegenden drei Monaten. Im Gegenteil, er konnte die jetzigen Machthaber wie zuvor die „System“-Regierungen zu Totengräbern der Nation erklären. Wehe, wenn man es wagen sollte, das Urteil von Beuthen zu vollstrecken!

Der bei der Verkündung des Urteils anwesende schlesische SA.-Führer Heines<sup>210</sup>) hatte aus dem Zuhörerraum mit erhobener Stimme in den Saal gerufen: „Das deutsche Volk wird andere Urteile fällen. Das Beuthener Urteil wird das Fanal zum deutschen Aufbruch werden.“

Hitler sandte den Stabschef Röhm nach Beuthen zum Besuch der Verurteilten im Gefängnis. Tausende von Nationalsozialisten demonstrierten tagelang in Beuthen und Breslau auf den Straßen und riefen „Nieder mit der Regierung Papen“.

Die Reichsregierung wollte um eines polnischen Insurgenten willen keinen Bürgerkrieg riskieren und begnadigte die Verurteilten zu lebenslänglichem Zuchthaus<sup>211</sup>). Sie hatte Hitler unterschätzt und war sichtlich erschrocken über die Wildheit seiner Drohungen. Es wurde plötzlich deutlich, daß das Kabinett nach dem Bruch mit Hitler über wenig Rückhalt im Volk verfügte, zumal Papens Notverordnung vom 14. Juni die Sozialleistungen empfindlich herabgesetzt hatte. Im neuen Reichstag würde die Regierung einer geschlossenen Opposition von links bis rechts, von den Kommunisten über SPD. und Zentrum bis zu den Nationalsozialisten, gegenüberstehen und nur über die wenigen Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei (DVP.) verfügen.

Papen und Schleicher versuchten am 29. August in einer mündlichen Aussprache mit Hitler in Berlin zu einem Ausgleich zu kommen, jedoch ohne Erfolg.

<sup>210</sup>) Edmund Heines (geb. 1897 in München), SA.-Obergruppenführer, am 30. 6. 1934 ermordet.

<sup>211</sup>) Das preußische Staatsministerium (Papen-Bracht) wandelte die Strafen im Gnadenweg am 2. 9. 1932 um. Nach Hitlers Machtergreifung wurden die Verurteilten freigelassen, spielten aber keine weitere Rolle mehr im politischen Leben. Der Verfasser unterhielt sich mit zwei der Freigelassenen im April 1935.

29. August 1932

Auch Brüning traf an diesem Tage mit ihm in Berlin zusammen <sup>212)</sup>. Das Zentrum war einer Koalition mit den Nationalsozialisten nach Brünnings Sturz nicht mehr abgeneigt.

Am 29. August kam Hitler vor den 230 Reichstagsabgeordneten der NSDAP., die sich zur Vereidigung auf ihren Führer in Berlin versammelt hatten <sup>213)</sup>, erneut auf das Beuthener Urteil zu sprechen und erklärte:

„Ich habe kein Verständnis dafür, daß für einen polnischen Insurgenten, der einst gegen unsere deutschen Brüder in Schlesien gestanden hat, fünf Nationalsozialisten unter das Fallbeil sollen. Hier bin ich nicht objektiv, sondern subjektiv. Wer für Deutschland kämpft und lebt, streitet und, wenn es sein muß, stirbt, hat alles Recht, und wer sich gegen Deutschland wendet, hat gar kein Recht.“

Auf Gerüchte anspielend, die Reichsregierung wolle den Reichstag noch vor eventuellen Abstimmungen auflösen lassen, erklärte er weiter:

„Unsere Auffassung unterscheidet sich von der unserer Gegner dadurch, daß wir sagen: Man kann wohl ohne Reichstag regieren, aber man kann nicht ohne Volk regieren. Fähig zu regieren ist nur der, der aus dem Volk herauswächst und dieses Volk kennt. Das heute regierende System muß scheitern an dem gänzlichen Fehlen einer lebendigen Verbindung mit dem Volk.“

Am 30. August trat der neugewählte Reichstag zusammen und nahm zunächst eine Erklärung der kommunistischen Alterspräsidentin Klara Zetkin entgegen. Die Deutschnationalen waren hierzu nicht erschienen. Die 230 uniformierten Nationalsozialisten, die sonst marxistische Parteiredner mit Zwischenrufen zu unterbrechen pflegten, verhielten sich schweigend. Sie wollten die Arbeitsfähigkeit dieses Reichstags beweisen und nicht durch Lärmszenen einen Vorwand zur Auflösung liefern. Anschließend wählte der Reichstag mit den Stimmen der NSDAP., des Zentrums, der Deutschnationalen und der DVP. Hitlers Kandidaten, Hauptmann a. D. Göring <sup>214)</sup>, zum Reichstagspräsidenten. Die Nationalsozialisten verfügten damit über ein wichtiges Amt im Reich. Der Parlamentspräsident konnte bei verschiedenen Gelegenheiten intervenieren, sich unmittelbar an den Reichspräsidenten wenden usw. Das Reichstagspräsidentenpalais wurde nun ein Stützpunkt Hitlers beim weiteren Kampf um die Macht.

Am 1. September hielt Hitler zum erstenmal seit einem Monat <sup>215)</sup> wieder eine öffentliche Rede vor 20 000 Zuhörern im Berliner Sportpalast. Nach starken Angriffen auf die Regierung Papen und den Herrenklub geißelte er auch hier noch einmal das Urteil von Beuthen.

Angesichts der latenten Spannung und der Möglichkeit einer gewaltsamen Auseinandersetzung hielt er es jedoch für notwendig, eine Sympathieerklärung

<sup>212)</sup> Vgl. Goebbels a. a. O. S. 152.

<sup>213)</sup> Die Rede ist im VB. Nr. 244 v. 31. 8. 1932 nur auszugsweise und z. T. in indirekter Wiedergabe veröffentlicht. Andere NS.-Zeitungen wie der Berliner „Angriff“ und der „SA.-Mann“ brachten größere Textabschnitte.

<sup>214)</sup> Hitler sandte zuvor an den bisherigen nationalsozialistischen Vizepräsidenten des Reichstags Stöhr, der normalerweise für das Präsidentenamt in Frage gekommen wäre, ein Danktelegramm mit Glückwünschen für seine Genesung von angeblicher Krankheit (im VB. Nr. 245 v. 1. 9. 1932 wiedergegeben). In Wirklichkeit wollte Hitler mit Göring eine repräsentativere und gewandtere Persönlichkeit für dieses damals sehr wichtige Amt benennen.

<sup>215)</sup> Die Regierung hatte nach den Wahlen vom 31. 7. 1932 einen vierwöchigen Burgfrieden verfügt, während dessen keine öffentlichen Versammlungen zugelassen waren.

1. September 1932

für die Reichswehr abzugeben und den Einsatz der bewaffneten Macht im innerpolitischen Kampf als verabscheuungswürdig zu bezeichnen <sup>216)</sup>.

„Wenn die Regierung“, so führte er aus, „erklärt, sie besitze die Macht, dann bekennen wir: Für uns ist des Reiches Heer nicht zum Schutz einer Regierung, sondern zum Schutz des Volkes da. Für dieses Heer würden wir sorgen wie niemals zuvor, nicht nur materiell, sondern auch geistig, wir würden es auf eine Plattform stellen, zu der jeder Deutsche unbekümmert aufschauen könnte. Und wenn die Regimenter marschieren, dann soll jeder Deutsche voller Stolz sagen: Das sind unsere Soldaten, des deutschen Volkes Regimenter. Ein politisches Regiment, das sich nur auf Bajonette stützt, mißbraucht das kostbarste Gut, das wir in Deutschland besitzen.“

Zur Drohung der Regierung, den Reichstag immer wieder aufzulösen, erklärte er:

„Unserwegen hundertmal! Wir werden dennoch die Sieger sein. Ich verliere nicht die Nerven. Mein Wille ist unerschütterlich, und mein Atem ist länger als der Atem meiner Gegner.“

Die Zeit bis zum Tag der nächsten Reichstagsitzung, die am 12. September stattfinden sollte, füllte Hitler mit einer Reihe weiterer Reden und Kundgebungen aus.

Am 2. September hielt er eine *Führerbesprechung in Berlin* ab <sup>217)</sup>.

Am 3. September sprach er bei der *Beerdigung des erschlagenen SA.-Mannes Gatschke in Berlin* und erklärte:

„Unsere Toten werden nicht umsonst gefallen sein.“ <sup>218)</sup>

Am 4. September folgte eine *Ansprache vor Parteiführern des Gaues Mittelfranken in Nürnberg* <sup>219)</sup>

Die Besorgnisse Hitlers vor einem Staatsstreich waren nicht unbegründet. Die Deutschnationalen diskutierten offen die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung ohne Ausschreibung von Neuwahlen. Hindenburg aber war solchen Experimenten abgeneigt und wollte die Verfassung gewahrt wissen. Auch für Reichstagsauflösungen war er nur im äußersten Notfall zu haben. Papen mußte also versuchen, ohne Auflösung auszukommen, und er war Optimist genug zu glauben, er werde im Reichstag für sein Wirtschaftsprogramm, das manche nationalsozialistischen Ideen enthielt, nicht nur die Stimmen der Deutschnationalen und der DVP., sondern auch solche des Zentrums und sogar der Nationalsozialisten erhalten.

Hitler aber erteilte ihm in einer *öffentlichen Rede in München* (Zirkus Krone) am 7. September eine gewaltige Abfuhr: <sup>220)</sup>

„Die Stunde ist den heute Regierenden nur scheinbar günstig. Die Herren glauben nur, daß das deutsche Volk ihrer harrt und nur die Sehnsucht hat: ‚Lieber Gott schicke uns doch bald wieder die alten Exzellenzen von 1914!‘ Sie meinen wirklich, dieses deutsche Volk und insbesondere der Teil, den wir organisiert und aus der Verzweiflung herausgerissen haben, der habe keine andere Hoffnung, als endlich unter die Führung des Herrenklubs zu kommen. Sie täuschen sich! Wir haben inzwischen 13 Jahre lang gearbeitet, und der Zufall hat uns unsere Erfolge wahrhaftig nicht beschert.“

<sup>216)</sup> Wiedergegeben im VB. Nr. 247 v. 3. 9. 1932. Das Wort „dennoch“ fehlt im VB.-Text.

<sup>217)</sup> Vgl. Goebbels a. a. O. S. 155.

<sup>218)</sup> Auszug im VB. Nr. 250 v. 6. 9. 1932.

<sup>219)</sup> Bericht im VB. Nr. 251 v. 7. 9. 1932.

<sup>220)</sup> Auszug aus der (nicht vollständigen) Text-Wiedergabe im VB. Nr. 253 v. 9. 9. 1932. Der im VB. unterschlagene Teil wird später aus den Münchener Neuesten Nachrichten zitiert; vgl. S. 135.

7. September 1932

Wir haben die Legalität streng eingehalten und sind langsam zum bestimmenden Faktor in Deutschland geworden. Und nun, da es ein verfassungsmäßiges Regieren ohne uns nicht mehr gibt, erklären auf einmal die gleichen Herren, die Verfassung und der Parlamentarismus hätten sich überlebt, das Parteiwesen müsse abgelehnt werden. Eine neue Zeit sei angebrochen, in der man mit diesen überlebten Erscheinungen aufräumen müsse.

Ja, wenn schon wirklich eine neue Zeit heranzieht, dann aber mit ihr auch neue Köpfe, dann verschwindet Ihr! Man wird auch hier den jungen Wein nicht in alte Schläuche füllen können.

Die neue Zeit ist schon da, und es ist uns angenehm, daß sie da ist: Die neue Zeit ist das neue deutsche Volk, das wir geschaffen haben!

Nein, ich bleibe nur bei meinem Eid, zu dem man mich gezwungen hat. Streng verfassungsmäßig wollen wir regieren. Allerdings werden wir die Verfassung auch einmal ändern, aber streng verfassungsmäßig werden wir sie ändern! Man braucht nur das neue Wirtschaftsprogramm der Regierung anzusehen. Damit rettet man nicht das deutsche Volk, sondern höchstens ein paar Banken!

Aber merkwürdig: Das Produkt unserer Arbeit scheint den Herren nicht zu ordinär zu sein, um es jetzt bruchstückweise auszuplündern. Bruchstückweise verwertet man unsere Arbeit jetzt . . . im Wort und im Ton, nur nicht im Inhalt! Heute erklären die Herren kühn: ‚Wie kommen die Nationalsozialisten dazu, sich diese Stellung anzumaßen?‘ Ja, 1919 und 1920, da konnte man sich schon ‚eine Stellung anmaßen!‘ Da mußte man mit nichts beginnen, sich abrackern und schuften. Heute sagen wir: Es gibt zweierlei Adel; jenen Adel, den man ererbt, und jenen Adel, den man sich erwirbt!“

Und unter tosendem Beifall wies Hitler hinunter in die Manege, wo dicht gedrängt die Kolonnen der SA. und SS. standen.

„Dort steht der neue Adel der Nation! Die Männer sind es, die 13 Jahre lang für ihres Volkes Freiheit gekämpft haben und gerungen!

Wenn Herr von Papen heute etwa glaubt, die Hälfte der nationalsozialistischen Partei stehe nicht mehr hinter Hitler, sondern hinter ihm, so kann ich nur sagen: Lieber Herr von Papen, bitte machen Sie einen Punkt! So schön können Sie gar nicht reden, daß die Partei zu Ihnen kommt; da hätten Sie sich mindestens 13 Jahre üben müssen! Nun weiß ich aber positiv, daß Sie, Herr von Papen, erst 3 Monate vor Ihrer Amtsübernahme, in unserem Parteibüro in Berlin auftauchten und dort fragten: Was hat die nationalsozialistische Partei für Ideen und Pläne? Ja, in 3 Monaten lernt man das nicht, besonders, wenn man sich nur einmal danach erkundigt!

Wenn man mir vorwerfen will, daß ich mich mit Mördern identifiziere, so sage ich: Nein, aber mit meinen Kameraden identifiziere ich mich! Die Verurteilten in Beuthen sind meine Kameraden, weil sie mit uns für Deutschland gekämpft haben. Und bei mir erlischt die Kameradschaft nicht, wenn einmal einer einen Fehltritt gemacht hat!

Man hat die 5 zum Tode Verurteilten nun zu lebenslänglichem Zuchthaus ‚begnadigt‘. Glaubt man wirklich, daß es solange dauert, bis wir in Deutschland an die Macht kommen? – Und ich versichere die Herren schon jetzt: Wir werden an die Macht kommen!

In der Zelle jedes Verurteilten hängt mein Bild. Und ich sollte sie verraten? – Was sie verbrochen haben, das werden wir einmal klarstellen und werden gerechte Richter sein, und unserem Urteil werden sie sich beugen. Wir werden allerdings dann auch dafür sorgen, daß solche Dinge sich nicht wiederholen können; nicht durch Erfindung drakonischer Strafen, sondern dadurch, daß wir Elemente wie den polnischen Insurgenten Pietrzuch entfernen! Polen hat über 900 000 deutsche Menschen ausgewiesen<sup>221)</sup>. Wieviele Polen hat Deutschland ausgewiesen?

<sup>221)</sup> Anspielung auf die Ausweisung von deutschen Optanten im poln. Korridor und in Oberschlesien nach dem 1. Weltkrieg. Die Zahl ist stark übertrieben.



7. September 1932

Glauben Sie, daß mir die Bewegung um ein paar Ministerstühle feil ist? Glauben Sie, daß ich um einen Titel buhle?

In meinem Testament wird einmal stehen, daß man auf meinen Grabstein nichts anderes schreibt als ‚Adolf Hitler‘<sup>222)</sup>. Meinen Titel schaffe ich mir in meinem Namen. Auch Herr von Hindenburg kann mir nicht meinen Titel geben! Ich buhle nicht um einen Titel, ich strebe nur nach der Führung!

Und wenn man heute sagt: Die Führung steht euch nicht zu! Gut, den Fehdehandschuh nehme ich auf, Ihr hochgeborenen Herrschaften!

Ich habe noch nie gewartet, bis andere zum Angriff übergingen, ich greife selber an. Wenn die andern sagen, daß die Verfassung sich überlebt habe, so sagen wir:

Die Verfassung gewinnt jetzt erst ihren Sinn! Denn durch sie kommt seit 14 Jahren das deutsche Volk zum erstenmal wieder zum Wort. Wir wollen den Kampf aufnehmen und wollen sehen, auf wen das deutsche Volk hört; Auf den Befehl des Herrn von Papen: Das Ganze kehrt! Oder auf unser Kommando: Junges Deutschland, vorwärts marsch!“

In dieser Münchener Rede vom 7. September hatte Hitler aber auch den Altersunterschied, der zwischen ihm und Hindenburg bestand, in einer Weise zu seinen Gunsten gedeutet, die in der Öffentlichkeit keinen guten Eindruck machte. Er hatte erklärt:

„Etwas habe ich meinem größten Gegenspieler voraus: Der Reichspräsident ist 85 Jahre alt, und ich bin 43 und fühle mich kerngesund.

Ich habe auch die Überzeugung und das sichere Gefühl, daß mir nichts zustoßen kann, weil ich weiß, daß ich von der Vorsehung zur Erfüllung meiner Aufgabe bestimmt bin. Mein Wille ist zäh, unbändig und unerschütterlich. Und bis ich 85 Jahre alt bin, ist Herr von Hindenburg längst nicht mehr. Wir kommen an die Reihe.

Was die Regierung machen wird, ob sie den Reichstag auflöst oder nicht, das ist uns Nationalsozialisten vollkommen gleichgültig. Es wird auf die Dauer nicht gehen, mit Bajonetten und der Reichswehr zu regieren.“<sup>223)</sup>

In einem *Interview mit der Pariser Zeitung Oeuvre*, das etwa um die gleiche Zeit<sup>224)</sup> stattfand, erklärte er:

„Ich soll mit von Papen verhandeln? Niemals im Leben. Ich selbst habe von Papen aus dem Dunkel herausgeholt, wo er hätte bleiben sollen!

Was liegt mir an einem Titel? Ich laufe jeden Augenblick Gefahr, einem Attentat zum Opfer zu fallen. Da soll ich irgendwelchen Wert darauf legen, ein lächerliches Portefeuille eines Vizekanzlers zu ergattern?

Ich bin unabhängig nach jeder Richtung. Ich brauche kein Geld. Ich verdiene genug mit meinen Büchern, jedenfalls mehr, als ich ausgeben kann. Ich habe meine Ansichten nicht geändert. Ich will alles oder nichts, und wenn der Reichspräsident mich jetzt wieder rufen lassen sollte, so werde ich, vor ihm genau die gleiche Sprache führen.“

Am 10. September sprach Hitler zum erstenmal *vor den Vertretern der Zentrumspartei*, die sich in Görings Reichstagspräsidentenpalais versammelt hatten.

---

<sup>222)</sup> Parallele zu Richard Wagners Grabstein. Hitler erklärte am 27. 3. 1924 vor dem Münchener Volksgerichtshof: „Als ich zum erstenmal vor Wagners Grab stand, da quoll mir das Herz über vor Stolz, daß hier ein Mann ruht, der es sich verbeten hat, hinauf zu schreiben: Hier ruht Geheimrat Musikdirektor Exzellenz Baron von Wagner. Ich war stolz darauf, daß dieser Mann und so viele Männer der deutschen Geschichte sich damit begnügen, ihren Namen der Nachwelt zu überliefern.“ (Vgl. Boepple a. a. O. S. 118.)

<sup>223)</sup> Hitler fühlte sofort, daß er mit diesem Hindenburg-Affront zu weit gegangen war. Der ganze Passus fehlt in der Rede-Wiedergabe im VB. Nr. 253 v. 9. 9. 1932, ist aber in den Münchener Neuesten Nachrichten Nr. 244 v. 8. 9. 1932 und in anderen Münchener Zeitungen (Bayerische Staatszeitung, Bayerischer Kurier, Neue Bayerische Volkszeitung) wiedergegeben.

<sup>224)</sup> Das Interview ist wiedergegeben in der Münchener Post Nr. 252 v. 11. 9. 1932.

Obwohl keine konkreten Abmachungen über eine eventuelle Koalition getroffen wurden, machten Redegewandtheit und Auftreten Hitlers auch auf diese Herren sichtlich Eindruck<sup>225)</sup>.

Papen wollte sein Regierungsprogramm auf der Reichstagssitzung am 12. September um 15 Uhr vortragen. Aber es kam nicht dazu. Die kommunistischen Abgeordneten glaubten, Papen habe bereits das Auflösungsdekret in der Tasche und wolle es am Schluß seiner Rede verlesen. Der Abgeordnete Torgler<sup>226)</sup> beantragte daher sofortige Abstimmung über die Aufhebung der Notverordnung Papens vom 4. September, die u. a. Lohnkürzungen bis zu 20 % gestattete, und über den Mißtrauensantrag der KPD. Hätte man die Abstimmung sofort vorgenommen, so wäre Papen in eine unangenehme Lage gekommen, da er die Auflösungsorder des Reichspräsidenten noch nicht besaß. Dr. Frick beantragte jedoch eine halbstündige Sitzungsunterbrechung, um über die neue Situation mit Hitler, der sich im gegenüberliegenden Reichstagspräsidentenpalais aufhielt, beraten zu können. Diese dreißig Minuten benötigte auch Papen, um sich das Auflösungsdekret zu besorgen. Der Text, in aller Eile handschriftlich auf ein gewöhnliches Stück Papier geworfen, konnte gerade noch rechtzeitig mit der Unterschrift Hindenburgs versehen werden.

Nach Wiederbeginn der Sitzung ließ Göring auf Hitlers Anweisung<sup>227)</sup> sofort abstimmen, ohne die Wortmeldung Papens zu beachten, der die rote Auflösungsmappe in der Hand hatte und ihm schließlich das Dekret auf den Tisch legte. Die Abstimmung ergab 512 Stimmen (NSDAP., Sozialdemokraten, Kommunisten und Zentrum) gegen Papen, 42 (DNVP., DVP.) für ihn und 5 Stimmenthaltungen.

Göring erklärte die Auflösungsverordnung, die er inzwischen gelesen hatte, für ungültig, da sie von einer gestürzten Regierung gegenzeichnet sei. Darin befand er sich jedoch in einem Irrtum. Denn selbst wenn die Abstimmung ohne vorliegendes Dekret stattgefunden hätte, so hätte der Reichspräsident trotzdem die Auflösung verfügen und das Dekret von der geschäftsführend weiter amtierenden Regierung gegenzeichnen lassen können. Bedenklich in verfassungsrechtlicher Hinsicht war jedoch die Begründung, die man für die Auflösung gab: es bestehe die Gefahr, daß der Reichstag die Notverordnung vom 4. September 1932 aufhebe. Dies war das verfassungsmäßige Recht des Reichstages, das nicht behindert werden durfte.

Der Reichstag fügte sich dem Auflösungsdekret, und Hitler hielt am 13. September in Berlin eine Führertagung ab, an der nicht nur die bisherigen Reichstagsabgeordneten der NSDAP., sondern auch die nationalsozialistischen Länderminister teilnahmen. Er verkündete für den bevorstehenden Wahlfeldzug die Parole des „sozialen Freiheitskampfes, der mit der nationalen Freiheit untrennbar verbunden sei“<sup>228)</sup>. Eine ähnliche Rede folgte auf dem SA.- und SS.-Appell in München (Zirkus Krone) am 15. September<sup>229)</sup>.

In einem Interview mit der *Londoner Daily Mail*<sup>230)</sup> geißelte er außerdem das Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen, das dem Volk nur Leiden bringen werde.

<sup>225)</sup> Vgl. Goebbels a. a. O. S. 160.

<sup>226)</sup> Ernst Torgler, Fraktionsvorsitzender der KPD. 1933 wegen angeblicher Beteiligung an der Reichsbrandstiftung angeklagt, vom Reichsgericht jedoch freigesprochen.

<sup>227)</sup> Vgl. Goebbels a. a. O. S. 162.

<sup>228)</sup> Bericht im VB. Nr. 259 v. 15. 9. 1932.

<sup>229)</sup> Bericht im VB. Nr. 261 v. 17. 9. 1932.

<sup>230)</sup> WTB. v. 27. 9. 1932.

15. September 1932

„Ich kann versichern, daß die an der Macht Befindlichen, falls sie versuchen, das Volk so zu behandeln, wie es vor der französischen Revolution behandelt wurde, einer Sache sicher sein können, nämlich daß sie eine Revolution hervorrufen werden, die möglicherweise noch heftiger sein wird als die französische Revolution.“

Noch war es nicht sicher, ob überhaupt eine Reichstagswahl, die verfassungsgemäß spätestens für den 60. Tag nach der Auflösung anzuberaumen war, stattfinden würde.

In jenen gespannten Septembertagen erschien auch ein eklatanter Verfassungsbruch seitens der Regierung durchaus im Bereich der Möglichkeit, und für diesen Fall hatte Hitler Widerstand mit anderen Mitteln angedroht, d. h. offenen Aufstand. Wenn man die Landkarte des damaligen Deutschlands betrachtet, so bildeten die nationalsozialistisch regierten Länder (Mecklenburg, Braunschweig, Anhalt, Thüringen und Oldenburg mit den Exklaven im Hunsrück und bei Lübeck) verstreute Komplexe inmitten des von Papen beherrschten Territoriums.

Diese Landesteile konnten zweifellos zu Zentren des Aufstandes gemacht werden, zumal die dortige Polizei nicht nur bewaffnete Aufmärsche der SA. und SS. dulden, sondern auch aktiv an einem solchen Aufstand teilnehmen würde. Der Völkische Beobachter brachte bereits am 20. September<sup>231)</sup> Bilder von gemeinsamen, kriegsmäßigen Manövern der nationalsozialistischen Polizei und der SA.- und SS.-Formationen in Mecklenburg. Andererseits war es sehr die Frage, ob diese Bürgerkriegseinheiten gegenüber der Reichswehr und der preußischen Polizei erfolgreich operieren würden. Hitler scheute nach den Erfahrungen von 1923 solche letzten Konsequenzen und benutzte sie mehr als Druckmittel, so wie er später im Jahre 1940 die schwachen Invasionsvorbereitungen an der Kanal-küste nur vornehmen ließ, um einen Druck auf die englische Regierung auszuüben. Im Jahre 1932 hatte er Erfolg mit einer derartigen Taktik. Die Regierung schreckte vor einem Staatsstreich zurück und schrieb am 20. September die Neuwahlen zum Reichstag aus<sup>232)</sup>. Wieder wurde der Termin auf den letztmöglichen Sonntag, den 6. November, festgesetzt, um, wie bei den Juliwahlen, Hitler die Propagandamöglichkeit durch einen langen Wahlkampf zu erschweren und vielleicht bis dahin etwas mehr Sympathien für die Papen-Regierung im Volk zu erzielen.

Doch Hitler ließ sich nicht verdrießen: er sprach am 2. Oktober früh um 7 Uhr beim „Reichsjugendtag“ der Hitlerjugend in Potsdam<sup>233)</sup>, am 3. Oktober auf einer Tagung der NS.-Frauenshaft in München<sup>234)</sup> und am 6. Oktober auf einer Reichspropagandatagung der NSDAP. in München<sup>235)</sup>, wobei er die letzten Richtlinien zum Wahlkampf gab und erklärte:

„Wir werden für den 6. November kämpfen, als ob davon Sein oder Nichtsein abhängen würde. Ich sehe dem Kampf mit absoluter Zuversicht entgegen. Die Schlacht kann beginnen. In vier Wochen werden wir aus ihr als Sieger hervorgehen. Im Reichspräsidentenpalais wird dann wohl die Erkenntnis einhellig [werden]: die nationalsozialistische Bewegung steht, sie ist da und wird niemals verschwinden.“

<sup>231)</sup> VB. Nr. 264 v. 20. 9. 1932. Über die militärischen Maßnahmen in Mecklenburg während der kritischen Monate im Herbst 1932 äußerte sich der Gauleiter von Mecklenburg, Hildebrandt, in einer Rede am 1. 6. 1935 in Schwerin. Aufzeichnung des Verfassers.

<sup>232)</sup> RGBl. 1932 I Nr. 66 S. 485.

<sup>233)</sup> Bericht im VB. Nr. 278 v. 4. 10. 1932.

<sup>234)</sup> Bericht im VB. Nr. 279 v. 5. 10. 1932.

<sup>235)</sup> Auszug im VB. Nr. 282 v. 8. 10. 1932.

6. Oktober 1932

Es gibt nur zwei Möglichkeiten: entweder man gibt ihr die Macht, oder man gibt sie ihr nicht, dann werden sie [die jetzigen Machthaber] von der Macht dieser Bewegung überwunden werden.“

Am 11. Oktober begann Hitler eine neue gewaltige Rede-Kampagne im Stil der „Deutschlandflüge“ vom April und Juli. Er eröffnete diesen Feldzug mit einer *Wahlrede in Günzburg* und erklärte: <sup>236)</sup>

„ Herr v. Papen war der Überzeugung, bis zum 6. November würde seine Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft glänzende Früchte tragen, und daher setzte er den Termin der Reichstagswahl auf 60 Tage nach der Reichstagsauflösung an. Und ich war der Überzeugung, daß in diesen 60 Tagen die Nation sehen würde, daß dieses Werk zur ‚Belebung der Wirtschaft‘ das größte Stümper- und Flickwerk ist, das man sich vorstellen kann. Ich war der Überzeugung, daß schon nach vier Wochen eine Frage von vorneherein beantwortet sein würde, nämlich die Frage: warum ich am 13. August es ablehnte, in dieses Kabinett einzutreten. Darüber wird am 6. November entschieden.

Nicht etwa die bewußten Gegner warfen mir vor, daß ich den Eintritt in das Kabinett ablehnte, sondern sogenannte ‚Freunde‘ aus dem bürgerlichen Lager.

Ich könnte mit gleichem Recht dazwischen fragen: Wie konnten Sie sich unterstehen, mich einzuladen, in diese Regierung einzutreten?

Glaubten Sie wirklich, daß ich 13 Jahre gearbeitet habe, um dann das Ergebnis dieser Arbeit einem politischen Irrsinn auszuliefern? Und es wäre ein Irrsinn gewesen, wenn ich auf eine Karte gesetzt hätte, deren Untauglichkeit mir seit langem bekannt war. Einen Einfluß im Kabinett hätte ich nicht gehabt, nur die Verantwortung hätte man mir gnädiest überlassen.

Ich scheue mich nicht, die Verantwortung zu übernehmen, und zwar die ganze Verantwortung, aber ich scheue mich, sie zu übernehmen dort, wo ich keinen Einfluß habe.

Wenn das Schicksal die Kräfte, die heute nach der Macht drängen, bestimmt hätte, Deutschlands Führung zu sein, würde es ein Verbrechen sein, sich dagegen zu wehren. Ich glaube aber nicht, daß das Schicksal diese Männer bestimmt haben kann, denn sonst würden sie schon früher in Erscheinung getreten sein.

Man kann nicht bis vor 5 Monaten schweigsames Mitglied der Zentrumspartei gewesen sein <sup>237)</sup> und dann eines Tages ‚hellerleuchtet‘ Führer in das 3. Reich werden. Ich habe nicht den Marxismus bekämpft, um nun an seiner Stelle ein anderes Klassenregiment aufzurichten. Ich bin in diesen 13 Jahren vor Millionen deutscher Arbeiter gestanden und habe um sie gerungen. Ich habe aber nicht gekämpft, um sie jetzt hinterher zu betrügen.

Meine Gegner täuschen sich vor allem in meiner ungeheuren Entschlossenheit. Ich habe meinen Weg gewählt und gehe ihn bis ans Ende. Ob ich zur Macht komme, ist nicht so wichtig, als daß ich das ausführe, was ich versprochen habe. Auch die Partei ist mir nicht käuflich oder abkäuflich. Man soll sich nicht einbilden, daß ich diese Bewegung auch nur eine Sekunde herleihe oder andere damit arbeiten lasse.“

Nicht weniger als 45mal wiederholte Hitler diese Wahlrede bis zum 5. November in immer neuen Variationen während seiner Tour durch Deutschland.

Am 11. Oktober sprach Hitler in *Nördlingen* <sup>238)</sup>. Am 12. Oktober ergriff er in *Pocking* (unteres Inntal) das Wort und attackierte die Regierung Papen u. a. mit folgenden Worten: <sup>238a)</sup>

<sup>236)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 287 v. 13. 10. 1932. Nach Angaben des VB. sollten bei dieser Wahlrede 20 000 Zuhörer zugegen gewesen sein. Die Münchener Post Nr. 240 v. 15./16. 10. erklärte, es habe sich höchstens um 5000 Personen gehandelt.

<sup>237)</sup> Anspielung auf Papen.

<sup>238)</sup> Bericht im VB. Nr. 287 v. 13. 10. 1932.

<sup>238a)</sup> WTB. v. 11. 10. 1932. (In einigen unwesentlichen Formulierungen berichtigt nach den Aufzeichnungen des Verfassers.)

## 12. Oktober 1932

„Entweder es wird in unserem Sinne regiert, dann tragen wir die Verantwortung, oder es wird nicht in unserem Sinne regiert, dann tragen die anderen die Verantwortung. Ich glaube an kein Regiment, das nicht im Volke selbst verankert ist. Ich glaube an kein wirtschaftliches Regiment. Nicht von oben kann man ein Haus aufbauen, sondern von unten muß man beginnen. Die Fundamente des Staates sind nicht die Regierung, sondern das Volk. Den bürgerlichen Parteien und Politikern, die seit dem November 1918 geschlafen haben, während der Nationalsozialismus gearbeitet hat, antworte ich: Heute ist nicht mehr eure Zeit, sondern unsere Zeit. —

Wenn Herr von Papen sagt: ‚Herr Hitler, Sie sind nur da, weil die Not da ist‘, dann antworte ich: Ja, wenn das Glück da wäre, dann brauchte ich nicht da zu sein, und dann wäre ich nicht da!“

Am 13. Oktober sprach Hitler in *Gunzenhausen, Nürnberg* (Luitpoldhain) und in *Weiden* <sup>239)</sup>. Am 14. Oktober hielt er Wahlreden in *Hof* und *Selb* <sup>240)</sup>. In seiner Hofer Rede erklärte er:

„Den Reichskanzler [v. Papen] halte ich weder für berufen noch fähig, noch für ausgewählt, dem deutschen Volk zu helfen.

Im andern Fall [Hindenburg] jedoch soll man nicht sagen, daß ich das Alter verhöhne. Aber es ist nun einmal so: Jeder alte Bauer muß eines Tages seinen Hof übergeben und gerade so jeder alte Staatsmann sein Reich.“

Am 15. Oktober sprach Hitler in *Coburg anlässlich der „Zehnjahresfeier des Marsches [der SA.] auf Coburg“* und erhielt dort den Ehrenbürgerbrief dieser Stadt ausgehändigt <sup>241)</sup>.

Noch von Coburg aus richtete Hitler am 16. Oktober einen ellenlangen *offenen Brief an Papen*, dessen Abdruck im *Völkischen Beobachter* fast vier der übergroßen Zeitungsseiten in Anspruch nahm <sup>242)</sup>. Er war die Antwort auf eine Rede Papens vor dem Bayerischen Industriellenverband, die Hitler offenbar gereizt hatte. Er warf ihm verfehlte Wirtschaftspolitik vor, durch die neuer Klassenhaß gezüchtet werde. Die geplante Verfassungsreform liefe auf die Schaffung eines neuen Gottesgnadentums hinaus. Die Regierung betreibe außerdem eine unzeitgemäße Marinepolitik, und die von Papen angeblich erstrebte deutsch-französische Militärallianz sei im Hinblick auf England unerwünscht. Er schloß:

„Im übrigen, Herr von Papen, leben Sie ruhig in Ihrer Welt. Ich kämpfe in der meinen! Es ist ein Glück, zu wissen, daß meine Welt die Millionengemeinschaft deutscher Arbeiter der Stirne und der Hand und deutscher Bauern ist, die, wenn sie auch zumeist schlichter Herkunft und vielfach größter Armut sind, doch die treuesten Söhne unseres Volkes sein wollen, denn sie kämpfen nicht nur mit den Lippen, sondern mit tausendfältigem Leid und zahllosen Opfern für ein neues und besseres Deutsches Reich.

Adolf Hitler.“

Am 16. Oktober hielt Hitler *Wahlreden in Schweinfurt* (Schützenplatz-Zelt) und in *Würzburg* (Ludwigshalle) <sup>243)</sup>. In der unterfränkischen Hauptstadt erklärte er:

<sup>239)</sup> Berichte im VB. Nr. 289 v. 15. 10. 1932.

<sup>240)</sup> Berichte im VB. Nr. 290/291 v. 16./17. 10. 1932.

<sup>241)</sup> Bericht im VB. Nr. 292 v. 18. 10. 1932. In Coburg fand 1922 ein „Deutscher Tag“ statt, bei dem die Nationalsozialisten ihre Gegner verprügelten.

<sup>242)</sup> VB. Nr. 295 v. 21. 10. 1932. Auflage angeblich 10 Millionen Stück.

<sup>243)</sup> Berichte im VB. Nr. 292 v. 18. 10. 1932.

16. Oktober 1932

„Ich glaube nicht, daß der Kampf überhaupt jemals zu Ende sein wird. So wie der Bauer sein Feld Jahr für Jahr bestellt, so muß ein Staatsmann immer wieder sein Volk bestellen. Ich sehe in dem Kampf nichts Lästiges, mir Aufgezwungenes, sondern etwas sehr Natürliches und Notwendiges, und ich freue mich, mich mit diesen Herren zu schlagen.“

Am 17. Oktober sprach Hitler in Königsberg (Haus der Technik) und erklärte dort: <sup>244)</sup>

„Wonach ich strebe, ist die Macht und nicht ein Titel. Ich brauche keine staatlichen Bezüge. Ich verzichte von vorneherein für alle Zukunft auf jedes staatliche Gehalt. Ich will nur die Macht.“

Wenn wir einmal die Macht bekommen, dann werden wir sie, so wahr uns Gott helfe, behalten. Wegnehmen lassen wir sie uns dann nicht mehr.“

Am gleichen Tag hielt Hitler weitere *Wahlreden in Tilsit und Insterburg* <sup>245)</sup>, und am 18. Oktober ergriff er in *Elbing* (Maschinenhalle) <sup>246)</sup> das Wort.

Am 19. Oktober war Schlesien an der Reihe. Hitler sprach zunächst in *Oppeln* und dann in der *Breslauer Jahrhunderthalle* <sup>247)</sup>. Dort erklärte er:

„Wenn man mich heute fragt: ‚Ja, Herr Hitler, warum sind sie denn nicht in den Zug [der Regierung] eingestiegen?‘, dann antworte ich: Ich bin in den Zug nicht eingestiegen, weil ich nicht die Absicht hatte, hinterher wieder auszusteigen.“

Ich setze mich nicht in einen Zug, der entgleisen muß. Und wenn man von dem bestimmenden Einfluß spricht, den ich ja angeblich erhalten sollte — warum hat man mich dann nicht auf die Lokomotive gelassen?

Wenn ich einmal in die Regierung eintrete, habe ich nicht die Absicht, wieder auszutreten.“

Am 20. Oktober verkündete Hitler auf einer *Wahlkundgebung in Sonnenfeld*: <sup>248)</sup>

„Man kann mir in dieser Republik keinen Titel anbieten, der besser wäre als mein Name. Ich bin ein Kind des Volkes und werde es ewig bleiben. Für das Volk habe ich gekämpft all die langen Jahre hindurch und werde auch weiter dafür kämpfen. Und für dieses Volk lasse ich mich, wenn es notwendig ist, in Stücke schlagen.“

Am 22. Oktober folgten *Wahlreden in Halle-Süd* (Zelt), *Magdeburg* (Stadthalle) und *Stendal* (Seehalle) <sup>249)</sup>.

Am 23. Oktober schlossen sich *Wahlreden in Zwickau* (Zelt), in *Eisenach* (Fürstenhofsaal) und in *Weimar* (Weimarahalle) an <sup>250)</sup>, am 24. Oktober in *Köslin* und *Stettin* (Messehalle) <sup>251)</sup>.

Am 25. Oktober sprach Hitler in *Pasewalk*, wo er 1918 im Reservelazarett gelegen und den Entschluß gefaßt hatte, „Politiker zu werden“. Er erklärte dort: <sup>252)</sup>

<sup>244)</sup> Wiedergegeben in der Münchener Post Nr. 273 v. 24. 11. 1932.

<sup>245)</sup> Berichte im VB. Nr. 293 v. 19. 10. 1932.

<sup>246)</sup> Bericht im VB. Nr. 294 v. 20. 10. 1932.

<sup>247)</sup> Berichte im VB. Nr. 295 v. 21. 10. 1932.

<sup>248)</sup> Bericht im VB. Nr. 296 v. 22. 10. 1932.

<sup>249)</sup> Berichte im VB. Nr. 299 v. 25. 10. 1932.

<sup>250)</sup> Berichte im VB. Nr. 299 v. 25. 10. 1932.

<sup>251)</sup> Berichte im VB. Nr. 300 v. 26. 10. 1932.

<sup>252)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 301 v. 27. 10. 1932.

25. Oktober 1932

„Ich hätte zugrunde gehen können wie Millionen meiner Kameraden. Ich habe mein Leben als ein Geschenk der Vorsehung zurückgenommen und mir geschworen, dieses Leben dem Volke zu widmen. Und dabei bleibe ich bis zum letzten Atemzug.“

Die weiteren Ansprachen dieses 25. Oktober fanden in *Anklam* und *Rostock* statt <sup>253)</sup>.

Es war der Tag, an dem Papen vor dem Staatsgerichtshof eine empfindliche Niederlage erlitt. Der Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke <sup>253a)</sup> verkündete, daß die Maßnahmen des 20. Juli in Preußen nur von vorübergehender Dauer sein könnten und sich im wesentlichen auf polizeiliche Befugnisse beschränken müßten. Die Regierung Braun wurde wieder in einen Teil ihrer Rechte (Vertretung im Reichsrat usw.) eingesetzt.

Am 26. Oktober sprach Hitler in *Schwerin* und in *Bad Schwartau* (Ersatzkundgebung für Lübeck, wo Hitlers Rede vom Senat verboten worden war) <sup>254)</sup>.

Am 28. Oktober folgten *Wahlreden in Bremervörde* und *Altona* (Ausstellungshalle) <sup>255)</sup>. Eine für den gleichen Tag vorgesehene Kundgebung in Neumünster (Schleswig-Holstein) konnte nicht stattfinden, da das Versammlungszelt eingestürzt war.

Am 29. Oktober nahm Hitler den *Prinzen August Wilhelm von Preußen* <sup>256)</sup> gegen Vorwürfe des „Stahlhelm“ mit folgender *Erklärung* in Schutz: <sup>257)</sup>

„Die Leitung des ‚Stahlhelm‘ hat es für nötig erachtet, unserem Parteigenossen Prinz August Wilhelm von Preußen dafür, daß dieser sich in die Millionenbewegung derjenigen einreichte, die durch ihre Arbeit die einzige Voraussetzung für eine Volkserhebung schuf, anzugreifen und zu beschimpfen.

Mit diesem erbärmlichen Versuch ist der Prinz, dessen uneigennütige Arbeit am Aufbau einer deutschen Volkserhebung wir alle kennen, uns deutschen Männern erst recht ans Herz gewachsen. Die beste Antwort auf diesen Bubenstreich wird die Zukunft geben.“

Am 29. Oktober hielt Hitler *Wahlreden in Oldenburg* (Ziegelhofsaal) und *Aurich* <sup>258)</sup>, am 30. Oktober in *Dortmund* und *Essen* (Ausstellungshalle) <sup>259)</sup>. Letztere Kundgebung wurde durch Kabel nach *Wesel*, *Kleve*, *Mörs* und *Geldern* übertragen. Außerdem sprach er noch am gleichen Tag in *Köln* <sup>260)</sup>.

Am 1. November folgten *Wahlreden in Pirmasens* (Festwiese) und *Karlsruhe* (Zelt) <sup>261)</sup>.

Am 2. November sprach Hitler in *Berlin* (Sportpalast mit vier Parallelveranstaltungen) <sup>262)</sup>. Seine Anwesenheit unterstrich das Bündnis, das die Berliner Nationalsozialisten mit den Kommunisten damals geschlossen hatten. Die Berliner

<sup>253)</sup> Berichte im VB. Nr. 301 v. 27. 10. 1932.

<sup>253a)</sup> Dr. Erwin Bumke (geb. 1874 in Stolp, Selbstmord 1945 in Leipzig). Bruder des Psychiaters Prof. Dr. Oswald Bumke (1877–1950).

<sup>254)</sup> Berichte im VB. Nr. 302 v. 28. 10. 1932.

<sup>255)</sup> Berichte im VB. Nr. 304/305 v. 30./31. 10. 1932.

<sup>256)</sup> Sohn Kaiser Wilhelms II., SA.-Obergruppenführer (geb. 1887 in Potsdam, gest. 1949 in Stuttgart).

<sup>257)</sup> WTB. v. 29. 10. 1932.

<sup>258)</sup> Berichte im VB. Nr. 306/307 v. 1./2. 11. 1932.

<sup>259)</sup> Berichte im VB. Nr. 306/307 v. 1. 2. 11. 1932.

<sup>260)</sup> Bericht im VB. Nr. 306/307 v. 1./2. 11. 1932.

<sup>261)</sup> Berichte im VB. Nr. 308 v. 3. 11. 1932.

<sup>262)</sup> Bericht im VB. Nr. 309 v. 4. 11. 1932.

2. November 1932

NSDAP. unterstützte den von den Kommunisten ausgerufenen Streik bei der Berliner Verkehrsgesellschaft und demonstrierte damit vor den Augen der Reichshauptstadt Hitlers These, daß, falls man ihn nicht an die Macht lasse, sich die enttäuschten Massen dann dem Kommunismus zuwenden würden.

In gleicher Weise versuchte Hitler im Jahre 1939 durch sein Bündnis mit der Sowjetunion, die Westmächte in Angst und Schrecken zu versetzen.

Am 3. November 1932 sprach er dann auf *Wahlversammlungen in Hannover (Zelt) und Kassel (Zelt)* <sup>263)</sup>.

Am 4. November erklärte Hitler auf einer *Wahlkundgebung in Ulm (Markthalle)*: <sup>264)</sup>

„Machen Sie dem deutschen Arbeiter doch einmal vor, Herr von Papen, wie man mit 70, 80, 90 Mark im Monat mit seiner Familie leben kann.“

Den Abschluß des Reichstagswahlkampfes bildeten *Wahlreden in München (Ausstellungshallen), Augsburg (Stadtgarten) und in Regensburg (Sängerhalle)* am 5. November <sup>265)</sup>.

Nach Beendigung dieses dritten Wahlkampf-„Deutschland-Fluges“ überreichte Hitler dem Flugkapitän der Lufthansa Hans Baur sein Bild mit folgender Widmung: <sup>265a)</sup>

„Dem hervorragenden Führer der D 1720, Flugkapitän Baur, in dankbarster Erinnerung an die drei Deutschlandflüge. Herzlichst  
Adolf Hitler.“

Die unermüdliche Redetätigkeit Hitlers hatte sich auch in dieser Wahlkampagne gelohnt.

Als die Ergebnisse des Wahltags vom 6. November bekannt wurden, zeigte es sich zwar, daß die Nationalsozialisten 34 Mandate verloren hatten, aber längst nicht so viel, wie Papen und die ihn stützenden Kreise erwartet hatten.

Trotz der Enttäuschung vieler Wähler, denen es zu langsam mit dem Marsch ins Dritte Reich gegangen war, hatte sich Hitler mit 11,7 Millionen Stimmen recht gut gehalten. Die Nationalsozialisten waren mit 196 Reichstagsabgeordneten noch immer die bei weitem stärkste Partei. Sie hatten zwar 15 Abgeordnetensitze an die Deutschnationalen verloren, die von 37 auf 52 Mandate angewachsen waren, außerdem 11 Mandate an die Kommunisten, die zum erstenmal mit 100 Abgeordneten in den Reichstag einzogen und etwas über 17 % aller Stimmen auf sich vereinigten. Die übrigen Verlustmandate gingen wohl zu Lasten von Nichtwählern. Da die Wahlbeteiligung geringer war, hatten auch SPD. und Zentrum weniger Mandate erhalten.

Ohne die NSDAP. war kein parlamentarisches Regieren möglich. Hinter dem Kabinett v. Papen standen nach wie vor nur 10 % der Bevölkerung. Die Kommunisten hatten erheblich zugenommen, da offensichtlich enttäuschte NSDAP.-Wähler nun von dort eine radikale Änderung der Verhältnisse erhofften. Hitler konnte zufrieden sein, denn sein Schreckgespenst Bolschewismus hatte sichtbar an Volumen zugenommen.

<sup>263)</sup> Berichte im VB. Nr. 310 v. 5. 11. 1932.

<sup>264)</sup> Auszug im VB. Nr. 311./312 v. 6./7. 11. 1932.

<sup>265)</sup> Berichte im VB. Telegrammausgabe v. 7. 11. 1932.

<sup>265a)</sup> Wiedergegeben bei Hans Baur, *Ich flog Mächte der Erde*, Kempten 1956, S. 93.



6. November 1932

Die Aufrufe Hitlers zum Wahlausgang waren daher, anders als diejenigen vom 31. Juli, stolz und siegesbewußt: <sup>266)</sup>

„Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen! Parteigenossen!

Der schwerste Kampf der Geschichte unserer Partei liegt hinter uns.

Ein gewaltiger Angriff gegen die Bewegung und die Rechte des deutschen Volkes ist abgeschlagen worden!

Die Regierung von Papen hat trotz ungeheurer Versprechungen, trotz Anwendung aller denkbaren Machtmittel, trotz des Einsatzes der größten Propaganda-Mittel, des Rundfunks, fast der gesamten Presse, trotz Zeitungsauflagen usw., eine vernichtende Niederlage erlitten. Die ihr verschriebene Deutschnationale Volkspartei und deren Anhang umfassen keine 10 Prozent des deutschen Volkes. 90 Prozent lehnen sie ab!

Für uns ist der Sinn des Ausgangs dieser Wahl klar:

Fortsetzung des Kampfes gegen dieses Regiment bis zur endgültigen Beseitigung!

Die nächsten Wochen und Monate werden dabei unser bester Bundesgenosse sein! Sie werden nicht nur durch die steigende wirtschaftliche Not die Einsicht unseres Volkes verstärken, sondern auch die Erkenntnis vertiefen, daß unsere nationalsozialistische Warnung, das Regiment von Papen und die dadurch neubelebten bürgerlichen Parteien trieben Deutschland immer mehr dem Bolschewismus entgegen, richtig ist. Schon diese Wahl hat es bewiesen! Nur dieser Hugenberg-Papenschen Reaktion ist es zuzuschreiben, wenn nunmehr in den Deutschen Reichstag zum ersten Male hundert Bolschewisten einziehen!

Ich setze damit die Parole für die Haltung der Bewegung genau so eindeutig fest, wie nach dem ersten Reichspräsidenten-Wahlgang. Sie heißt:

Rücksichtslose Fortsetzung des Kampfes bis zur Niederringung dieser teils offenen, teils vertarnten Gegner einer wirklichen Wiederauferstehung unseres Volkes!

Keinerlei Kompromisse und kein Gedanke an irgendeine Verständigung mit diesen Elementen!

Ich treffe für die Weiterführung dieses Kampfes daher folgende Anordnungen:

1. Alle organisatorischen inneren Ausbau-Arbeiten der Partei treten ab sofort zurück gegenüber der einen Aufgabe der äußersten Verstärkung unserer Propaganda.

2. Sämtliche Partei-Instanzen treffen sofort alle Maßnahmen zur Einleitung des neuen Propaganda-Feldzuges.

3. Ehe dieses Regiment und die es deckenden Parteien nicht bis zur Vernichtung geschlagen sind, gibt es kein Verhandeln!

Die genauen Ausführungsbestimmungen für die Durchführung dieser Anordnung gebe ich noch in dieser Woche hinaus.

München, den 6. November 1932.

Adolf Hitler.“

„SA.- und SS.-Männer!

Ich danke allen SA.- und SS.-Führern und -Männern für die ungeheure Arbeit in diesem bisher schwersten Kampf unserer Bewegung. Ich weiß, mit wieviel Opfern und Leid, Sorgen und Entbehrungen Ihr kämpfen mußtet. Ich weiß, daß Ihr selbst überzeugt seid, Übermenschliches geleistet zu haben. Ich weiß, daß viele sich nun nach Ruhe sehnen.

Ich kann dies verstehen, aber ich kann es nicht zugeben.

Wir alle glaubten, unser Höchstes getan zu haben. Wir müssen uns überwinden und noch mehr leisten. Denn der Kampf muß und wird weitergeführt werden, bis unsere Gegner am Ende doch vernichtet sind.

Ich bestimme daher folgendes:

Die SA. und SS. hat sofort im engsten Einvernehmen mit der politischen Propaganda-Leitung der Partei die Arbeit und damit den Kampf erneut aufzunehmen.

München, den 6. November 1932.

Adolf Hitler.“

<sup>266)</sup> Veröffentlicht im Nassauer Volksblatt vom 8. 11. 1932. Der Völkische Beobachter war vom 8. bis 14. 11. 1932 wegen eines gegen Papen gerichteten Artikels verboten.

6. November 1932

„An die Leiter der Partei-Organisation und Propaganda

Ich danke hiermit den Amtswaltern der Partei, der nationalsozialistischen Frauenschaft und der Hitlerjugend sowie sämtlichen Rednern und Schriftleitern für die ungeheure soeben geleistete Arbeit.

Der Kampf zur Niederringung unserer Gegner wird sofort wieder aufgenommen. Die Anweisungen hierfür werden noch in dieser Woche ausgegeben.

München, den 6. November 1932.

Adolf Hitler.“

Auf den ersten Blick schien das Ergebnis des 6. November freilich ein Erfolg Papens zu sein, da die Deutschnationalen zugenommen und Hitlers Stimmen abgenommen hatten. Aber bald kam die Ernüchterung. Der neue Reichstag würde wie der vorhergegangene zweifellos Papens Notverordnungen aufheben.

Hindenburg belehrte den Kanzler, daß es so wie bisher nicht weitergehen könne und er sich eine parlamentarische Unterstützung sichern müsse. Wohl oder übel mußte Papen wieder Verbindung mit den Parteien aufnehmen.

Zuerst schrieb er an Hitler, obwohl dieser während des Wahlkampfes nicht gerade zart mit ihm umgegangen war. Papens Brief vom 13. November war recht höflich gehalten: <sup>267)</sup>

„Der Reichskanzler.

Berlin, den 13. November 1932.

An Herrn Adolf Hitler, München.

Sehr geehrter Herr Hitler!

Als der Herr Reichspräsident mich am 1. Juni zur Führung der Regierung berief, hatte er dem von mir zu bildenden Präsidialkabinett den Auftrag erteilt, eine möglichst weite Konzentration aller nationalen Kräfte durchzuführen.

Sie haben diesen Beschluß des Herrn Reichspräsidenten damals wärmstens begrüßt und die Unterstützung eines solchen Präsidialkabinetts zugesagt. Als wir nach der Wahl vom 31. Juli diese Konzentration auch innerhalb des Präsidialkabinetts durchführen wollten, haben Sie sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Zusammenfassung der nationalen Kräfte nur unter Ihrer Führung möglich sei.

Sie wissen, wie sehr ich mich in vielen Unterredungen um eine Lösung zum Besten des Landes bemüht habe. Aber aus den Ihnen bekannten Gründen hat der Herr Reichspräsident Ihren Anspruch auf den Kanzlerposten ablehnen zu müssen geglaubt.

Seitdem ist durch die politische Kampfstellung der nationalen Kräfte untereinander eine Lage eingetreten, die vom vaterländischen Gesichtspunkt aus nur mit größtem Bedauern betrachtet werden kann.

Durch die Wahl vom 6. November ist eine neue Lage eingetreten und damit eine neue Möglichkeit für die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte erneut geschaffen. Der Herr Reichspräsident hat mich beauftragt, nunmehr durch Besprechungen mit den Führern der einzelnen in Frage kommenden Parteien festzustellen, ob und inwieweit diese bereit seien, die Durchführung des in Angriff genommenen politischen und wirtschaftlichen Programms der Reichsregierung zu unterstützen. Obschon die nationalsozialistische Presse geschrieben hat, es sei ein

<sup>267)</sup> Der gesamte Briefwechsel Hitlers mit Papen, Hindenburg und Staatssekretär Dr. Meißner vom November 1932 ist veröffentlicht im VB. Nr. 331 v. 26. 11. 1932, außerdem in allen größeren deutschen Tageszeitungen zum gleichen Zeitpunkt. Ferner bei Fritz Poetzsch-Heffter, Vom Staatsleben unter der Weimarer Verfassung, Jahrbuch des öffentlichen Rechts, Bd. 21 (1933/1934), S. 163 ff.

13. November 1932

naives Unterfangen, wenn der Reichskanzler v. Papen nunmehr mit den für die nationale Konzentration in Betracht kommenden Persönlichkeiten verhandeln wolle, und es sei darauf die Antwort zu geben: ‚Mit Papen gäbe es keine Verhandlung‘, würde ich es für eine Pflichtverletzung halten und auch vor meinem Gewissen nicht verantworten können, wenn ich mich nicht trotzdem im Sinne meines Antrages an Sie wenden würde. Ich weiß zwar aus der Presse, daß Sie die Forderung der Übertragung des Kanzlerpostens aufrechterhalten, und bin mir ebenso bewußt, in welchem Maße die dagegenstehenden Gründe, welche die Entscheidung des 13. August herbeiführten, fortbestehen, wobei ich nicht erneut zu versichern brauche, daß meine Person dabei keine Rolle spielt. Aber trotzdem bin ich der Ansicht, daß der Führer einer so großen nationalen Bewegung, deren Verdienste um Volk und Land ich trotz notwendiger Kritik stets anerkannt habe, sich dem augenblicklich verantwortlich führenden deutschen Staatsmann nicht zu einer Aussprache über die Lage und die zu fassenden Entschlüsse versagen sollte. Wir müssen versuchen, die Bitternisse des Wahlkampfes zu vergessen, und die Sache des Landes, der wir gemeinsam dienen, über alle anderen Bedenken zu stellen.

Da ich die nächste Woche durch die offiziellen Besuche der Reichsregierung in Sachsen und in Süddeutschland stark in Anspruch genommen bin, stehe ich Ihnen Mittwoch oder Donnerstag der kommenden Woche zur Verfügung. In ausgezeichnete Hochachtung bin ich, sehr geehrter Herr Hitler, Ihr ergebener

Papen.“

Zum ersten Male deutete der Kanzler hier schriftlich an, daß bei einem eventuellen Arrangement seine Person d. h. sein Verbleiben im Amt nicht mehr wie am 13. August *conditio sine qua non* sein müsse.

Papen begann allmählich weich zu werden und einzusehen, daß nicht er, sondern Hitler zum Retter Deutschlands berufen sein sollte.

Hitler erkannte dies sehr wohl, und infolgedessen war der Ton seines *Antwortschreibens* vom 16. November verhältnismäßig mild<sup>268)</sup>. Es kam ihm vor allem darauf an, alle künftigen Verhandlungen schriftlich festzulegen, damit ihm eine solche Düpierung wie am 13. August nicht noch einmal passiere.

„Herrn Reichskanzler v. Papen.

16. November 1932.

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Ihr unter dem 13. November an mich gerichtetes Ersuchen um eine Aussprache über die Lage und die zu fassenden Beschlüsse veranlaßt mich, nach reiflicher Überlegung folgendes zu erwidern:

Ich schließe mich trotz aller Bedenken Ihrer Auffassung, Herr Reichskanzler, daß man sich als Führer einer großen Partei dem ‚augenblicklich verantwortlich führenden deutschen Staatsmann‘ zu einer ‚Aussprache über Lage und die zu fassenden Beschlüsse‘

<sup>268)</sup> Die Vermutung von Meißner-Wilde a. a. O., S. 108, Goebbels sei der eigentliche Verfasser des Briefes, ist abwegig. Hitler hatte weder bei seinen Reden noch bei seinen Briefen Einflüsterer nötig. Goebbels besaß nicht das Format, um solche Briefe zu entwerfen. Hitler nahm in grundsätzlichen Fragen von niemand Ratschläge an, erst recht nicht von Goebbels, dem er im tiefsten Innern mißtraute. Das Verhältnis von Goebbels zu Hitler war das eines Dieners, der seinen Herrn abgöttisch liebte. Er konnte sich wohl einmal eine Bemerkung erlauben, huftete aber sofort zurück, wenn er nicht den richtigen Ton getroffen hatte. Goebbels erklärte am 13. 12. 1932 im Berliner Angriff: „Ich betone, wie so oft schon, daß ich in der Partei keine besondere Richtung veretrete. Es gibt bei uns überhaupt nur eine Richtung, und das ist die, die der Führer bestimmt.“ Diesem Grundsatz blieb er treu. Er ging mit Hitler bis zum Ende und teilte als einziger Unterführer dessen Schicksal buchstäblich bis zum letztem Atemzug.

16. November 1932

nicht versagen sollte, an. Allein die Nation erwartet von einer solchen Aussprache doch wohl mehr als eine nur theoretische Behandlung der augenblicklich sie bewegenden Nöte und Sorgen. Außerdem habe ich meine Auffassungen darüber so oft in Wort und Schrift bekanntgegeben, daß sie Ihnen, Herr Reichskanzler, ohnehin bekannt sein dürften. So gering mir deshalb der Nutzen einer derartigen nur allgemeinen Besprechung zu sein scheint, so groß können die schädlichen Folgen werden. Denn Millionen unserer Volksgenossen erwarten von einer solchen in diesem Augenblick stattgehabten und ihnen bekanntgewordenen Unterredung positive Ergebnisse. Und mit Recht. Von Besprechungen der Lage allein wird niemand geholfen. Ich halte daher in diesem Moment eine solche Aussprache nur dann für angezeigt, wenn nicht von vornherein schon das negative Ergebnis feststeht. Aus diesem Grunde fühle ich mich verpflichtet, Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, in vier Punkten die Voraussetzungen mitzuteilen, unter denen ein solcher Gedankenaustausch stattfinden könnte.

Punkt 1. Ich bin nicht in der Lage, zu einer mündlichen Aussprache zu kommen, sondern bitte, daß, wenn überhaupt ein solcher Gedankenaustausch gewünscht wird, dies schriftlich geschieht.

Die Erfahrungen über die bisher geübten und unter Zeugen stattgefundenen mündlichen Unterredungen haben gezeigt, daß das Erinnerungsvermögen der beiden Parteien nicht zu einer gleichen Wiedergabe des Sinnes und des Inhalts der Verhandlungen geführt hat. Sie schreiben gleich eingangs Ihres Briefes, daß Sie, Herr Reichskanzler, einst zur Durchführung Ihres Auftrags, eine möglichst ‚weitgehende Konzentration aller nationalen Kräfte herbeizuführen‘, die Unterstützung des Präsidialkabinetts durch die NSDAP. zugesichert erhalten hätten. Tatsache ist, daß ich im Beisein des Hauptmanns Göring, auf eine Bemerkung, daß nach den Wahlen eine Umbildung des Kabinetts vorgenommen werden könnte, erklärte, ich würde dies gar nicht fordern, wenn die Regierung ihrer nationalen Aufgabe gerecht würde.

Ein mir in den gleichen Tagen übermitteltes Ansinnen, eine schriftliche Tolerierungserklärung abzugeben, habe ich sofort zurückgewiesen mit der Betonung, daß dies selbstverständlich gar nicht in Frage kommen könne.

Es sei unmöglich, von mir die Ausstellung einer Blankovollmacht für Herren zu verlangen, die mir zum Teil persönlich, auf alle Fälle aber politisch unbekannt wären. Schon die in den ersten sechs Wochen ergriffenen wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen dieses Kabinetts haben dieser meiner vorsichtigen Zurückhaltung recht gegeben!

Wie sehr mündliche Besprechungen zu irrigen Meinungen verleiten können, geht ja auch aus der von Ihnen, Herr Reichskanzler, seither verschiedentlich aufgestellten Behauptung hervor, ich hätte seinerzeit die gesamte Macht gefordert, während ich tatsächlich nur die Führung beanspruchte.

Sie selbst sollten ja dem neuen Kabinett als Reichsaußenminister angehören. General Schleicher als besondere Vertrauensperson des Herrn Reichspräsidenten Reichswehrminister sein und außer dem Reichsinnenminister und zwei bzw. höchstens drei politisch gänzlich belanglosen Ministerien sollte alles teils von bereits amtierenden, teils durch Besprechung mit den vorgesehenen Parteien zu bestimmenden Männern besetzt werden. Sie, Herr Reichskanzler, haben nun unsere damals mehr als bescheidene Forderung so mißverständlich gedeutet, daß ich, gewitzigt durch diese Erfahrungen, nicht mehr gewillt bin, von der einzig sicheren Methode einer schriftlichen Behandlung solcher Fragen abzugehen. Ich muß dies um so mehr, als ich gegenüber den sogenannten amtlichen Darstellungen ohnehin machtlos bin. Sie, Herr Reichskanzler, haben die Möglichkeit, Ihre Auffassung über eine Unterhaltung nicht nur durch den von Ihnen allein mit Beschlag belegten Rundfunk dem deutschen Volke mitzuteilen, sondern durch das Auflageverfahren sogar den Lesern meiner eigenen Presse aufzuoktroyieren. Diesem Verfahren gegenüber bin ich vollständig wehrlos. Sollten Sie daher, Herr Reichskanzler, gewillt sein, unter Berücksichtigung der anderen drei Punkte in eine Aussprache einzutreten, dann bitte ich, mir schriftlich Ihre Auffassungen bzw. Ihre Anfragen übermitteln zu wollen, die ich dann in gleicher Weise schriftlich beantworten werde.

16. November 1932

Punkt 2. Das Eintreten in eine solche Aussprache hat nur dann einen Sinn, wenn Sie mir, Herr Reichskanzler, vorher Aufklärung darüber zu geben bereit sind, inwieweit Sie sich nun tatsächlich als führender deutscher Staatsmann auch ausschließlich verantwortlich fühlen und ansehen. Ich bin unter keinen Umständen gewillt, das Verfahren des 13. August an mir wiederholen zu lassen. Denn es ist in meinen Augen nicht angängig, daß der ‚verantwortlich führende Staatsmann‘ in irgendeinem Moment der Verantwortung eine Teilung seiner Verantwortlichkeit vornimmt. Ich stütze mich hierbei auf den Passus Ihres Briefes, in dem Sie selbst neuerdings von Gründen sprechen, die die Entscheidung des 13. August herbeigeführt hätten und die fortbeständen, wobei Sie wieder einfügen, daß Ihre Person dabei keine Rolle spielen würde! Herr Reichskanzler, ich darf hier einmal für immer folgendes feststellen: Genau so wie ich mich als Führer der nationalsozialistischen Bewegung für die politischen Entschlüsse der Partei, solange ich ihr Führer bin, grundsätzlich verantwortlich fühle, genau so sind Sie grundsätzlich verantwortlich für die politischen Entschlüsse der Reichsführung, solange Sie Reichskanzler sind. Aus dieser Überzeugung heraus habe ich Sie auch am 13. August angesichts des Scheiterns unserer Besprechung gebeten, die Verantwortung hierfür selbst zu übernehmen und nicht den Herrn Reichspräsidenten damit zu belasten.

Ich erklärte Ihnen, daß ich infolge Ihrer Versicherung der Unmöglichkeit einer Erfüllung unserer Forderungen, deren Gründe beim Reichspräsidenten liegen sollten, selbstverständlich es ablehnen müsse, bei diesem dann überhaupt vorzusprechen.

Ich sagte Ihnen, daß, solange ein Reichskanzler die politische Verantwortung trage, derselbe auch verpflichtet wäre, seinen Souverän — einerlei, ob dies nun ein König oder ein Präsident sei — zu decken.

Auf Ihre Frage, wie ich mir das vorstelle, schlug ich Ihnen vor, ein amtliches Communiqué auszugeben des Inhalts, daß zwischen Ihnen, Herr Reichskanzler, und mir als dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung eine Besprechung über eine Umbildung der Reichsregierung stattgefunden habe, die ergebnislos verlaufen und deshalb abgebrochen worden sei. Denn da ich nun schon einmal im Reichspräsidenten-Wahlkampf als Konkurrent aufgetreten war, schien es mir gerade der Millionenmasse meiner eigenen Anhänger gegenüber nicht richtig zu sein, im Falle der nunmehr zu erwartenden Ablehnung meiner Person, den Reichspräsidenten selbst irgendwie in Erscheinung treten zu lassen. Sie waren der verantwortlich führende Politiker des Reiches, und Sie mußten gerade in diesem Fall meiner Überzeugung nach erst recht die Verantwortung übernehmen. Außer Ihr Gewissen hätte dies nicht zugelassen, und dann wären Sie verpflichtet gewesen, zu demissionieren. Leider waren Sie nicht zu bewegen, diesen Ihnen zukommenden Teil der Verantwortung auf sich zu nehmen. Ich habe den meinen getragen.

Statt dessen gelang es Ihrer Kanzlei, durch eine List — entgegen meinem Wunsch und der mir von Ihnen gegebenen Erklärung — mich dennoch zur Unterredung mit dem Reichspräsidenten zu locken.

Das Ihnen vorher genau bekannte Ergebnis mag in Ihren Augen Sie vielleicht einer Verantwortung enthoben haben; ich wurde jedenfalls dadurch nicht vernichtet, der 85jährige Herr Reichspräsident aber dafür in den Tagesstreit gezogen und mit einer schweren Verantwortung beladen! Ich möchte nicht noch einmal eine Wiederholung des Spieles erleben. Ich bin daher nur dann gewillt, in einen solchen schriftlichen Gedankenaustausch über die deutsche Lage und die Behebung unserer Not einzutreten, wenn Sie, Herr Reichskanzler, erst eindeutig Ihre ausschließliche Verantwortung für die Zukunft festzulegen bereit sind.

Punkt 3. Ich bitte Sie, Herr Reichskanzler, mir mitzuteilen, zu welchem Zwecke eine Einbeziehung der nationalsozialistischen Bewegung überhaupt gewünscht wird. Wollen Sie mich und damit die nationalsozialistische Bewegung dafür gewinnen, das — wie Sie in Ihrem Brief schreiben — von der Reichsführung in Angriff genommene politische und wirtschaftliche Programm zu unterstützen, so ist auch darüber jede schriftliche Diskussion unwesentlich, ja überflüssig.

16. November 1932

Ich will und kann ja kein Urteil abgeben über das, was die Regierung als Programm ihres Willens ansieht, da mir selbst bei genauester Überlegung dieses Programm nie ganz klar geworden ist.

Allein, wenn es sich um eine Fortsetzung der bisher betätigten inneren, äußeren und wirtschaftspolitischen Maßnahmen handeln sollte, dann muß ich jede Unterstützung der nationalsozialistischen Partei hierfür versagen, denn ich halte diese Maßnahmen teils für unzulänglich, teils undurchdacht, teils für völlig unbrauchbar, ja sogar gefährlich. Ich weiß, Sie sind einer anderen Meinung, Herr Reichskanzler, aber ich halte die praktische Tätigkeit Ihrer Regierung schon jetzt für eine zumindest als erfolglos erwiesene.

Punkt 4. Herr Reichskanzler, Sie sprechen in Ihrem Brief davon, daß durch den 6. November eine ‚neue Möglichkeit für die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte‘ geschaffen wurde. Ich darf Ihnen eingestehen, daß mir der Sinn dieser Ihrer Andeutung gänzlich unklar ist. Ich habe die Auffassung, daß sich diese Möglichkeit durch die Auflösung des Reichstags am 12. September natürlich nur verschlechtert hat; denn das Ergebnis ist auf der einen Seite eine unerhörte Stärkung des Kommunismus, auf der anderen eine Neubelebung kleinster Splitterparteien ohne jeden praktischen politischen Wert.

Die Bildung einer irgendwie tragfähigen Plattform im deutschen Volk ist damit parteimäßig nur noch denkbar unter Einschluß der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Denn den von Ihnen anscheinend gehegten Plan einer Einbeziehung der SPD. lehne ich von vornherein ab. Nun hat, wie Sie, Herr Reichskanzler, ja selbst wissen, gerade der Führer der Deutschnationalen Volkspartei vor der Wahl auf das unzweideutigste jedes Zusammengehen mit dem Zentrum als nationalen Verrat und als nationales Verbrechen gebrandmarkt. Ich glaube nicht, daß Herr Geheimrat Hugenberg nun plötzlich so charakterlos werden könnte, nach der Wahl zu tun, was er vor der Wahl so scharf verurteilte. Damit aber erscheint mir Ihr Versuch, Herr Reichskanzler, solange unklar, und damit ebenso zeitraubend wie zwecklos, als Sie mir nicht mitzuteilen in der Lage sind, daß Herr Hugenberg sich nunmehr doch eines anderen besonnen hat.

Diese vier Punkte, Herr Reichskanzler, muß ich als Voraussetzung für einen Meinungsaustausch bzw. einer schriftlich zu führenden Aussprache meinerseits ansehen. Zustimmung oder abzulehnen, liegt bei Ihnen.

Zum Schluß darf ich Ihnen noch versichern, Herr Reichskanzler, daß mich der Wahlkampf mit keinerlei nachtragender Bitterkeit erfüllt. Ich habe in den 13 Jahren meines Kampfes für Deutschland so viel an Verfolgungen und persönlichen Angriffen zu erdulden gehabt, daß ich allmählich wirklich lernte, die große Sache, der ich diene, über das armselige eigene Ich zu stellen. Das einzige, was mich mit Bitternis erfüllt, ist, zusehen zu müssen, wie unter der wenig glücklichen Hand Ihrer Staatsführung, Herr Reichskanzler, von Tag zu Tag von einem nationalen Gut vertan wird, an dessen Schaffung ich vor der deutschen Geschichte einen redlichen Anteil besitze. Dieser Verbrauch an nationalem Hoffen, Glauben und Vertrauen in die deutsche Zukunft ist es, der mich mit Schmerz und Gram erfüllt, allerdings auch stählt er meinen Entschluß, unverrückbar auf den Forderungen zu bestehen, die meines Erachtens allein unsere Krise überwinden können.

In ausgezeichnetener Hochachtung bin ich, sehr geehrter Herr Reichskanzler,

Ihr ergebener Adolf Hitler.“

Hitler erteilte Papen in diesem Brief einige Nasenstüßer bezüglich dessen Verhaltens am 13. August und des Regierungsprogramms, das ihm „selbst bei genauester Überlegung nie ganz klar geworden“ sei. Im großen und ganzen aber war der Brief für seine Begriffe maßvoll und schloß mit dem Hinweis, daß er selbst „keinerlei nachtragende Bitterkeit“ gegenüber Papen empfinde.

Auf jeden Fall aber mußte nach Hitlers Auffassung Papen zunächst einmal als Reichskanzler gestürzt werden, damit er noch mehr den Dünkel ihm gegenüber verliere. Diese Absicht wurde in einem kleinen *Nachsatz* offenbar, den er dem Brief an Papen beifügte:

16. November 1932

„Da mir mitgeteilt wurde, daß von dem Inhalt Ihres Schreibens, Herr Reichskanzler, General von Schleicher Kenntnis erhielt, erlaubte ich mir, diesem auch meinerseits eine Abschrift zuzuleiten.“

Bereits am 17. November war Papen gezwungen, den Rücktritt des Kabinetts zu erklären. Er hatte weder bei Hitler noch beim Zentrum oder bei den Sozialdemokraten Zusagen für eine parlamentarische Tolerierung bekommen. Im Kabinett selbst begann Schleicher zu opponieren<sup>269)</sup>.

Am 19. November wurde Hitler von Hindenburg empfangen. Diesmal gelang es ihm, den Reichspräsidenten unter vier Augen zu sprechen. Alle störenden Einflüsse, unter denen er seit dem ersten Besuch im Oktober 1931 immer gelitten hatte, waren entfernt. Und nun traf Hitler endlich den rednerischen Ton, der auf diesen alten Patrioten und Militär Eindruck machte.

War Hindenburg vor der Unterredung noch der Meinung gewesen, Hitler komme höchstens als Vizekanzler in Frage, so änderte er jetzt seine Ansicht dahin, daß dieser als Kanzler einer parlamentarischen Regierung akzeptabel sei.

Als Hitler gegangen war, äußerte er zu Staatssekretär Meißner: „Es scheint ja so, als ob der Mann allmählich vernünftig wird.“<sup>270)</sup> Über die Besprechung Hindenburg-Hitler wurde folgendes amtliche Kommuniqué herausgegeben:

„In der Unterredung, die am Sonnabend, dem 19. November, zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und Herrn Adolf Hitler stattfand, erklärte Herr Hitler, daß er seine Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen würde, an dessen Spitze er selbst stände. Ferner gab er der Erwartung Ausdruck, daß er in Besprechungen mit den Parteien eine Basis finden werde, auf der er und eine von ihm zu bildende neue Regierung ein Ermächtigungsgesetz vom Reichstag bekommen werde. Daher fühlte sich der Herr Reichspräsident verpflichtet, die Bildung einer Mehrheitsregierung unter Hitlers Führung zu versuchen.“

Am 21. November wurde Hitler erneut von Hindenburg empfangen. Getreu seinem Entschluß, alle Verhandlungen schriftlich festzuhalten, übergab er dem Reichspräsidenten folgendes Schriftstück:

„Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Aus Mitteilung der Presse und einer mir abgegebenen Bestätigung durch den Herrn Staatssekretär Meißner erfahre ich von der Absicht Eurer Exzellenz, mich offiziell zu ersuchen, in Verhandlungen mit den anderen Parteien einzutreten, ohne daß vorher die Bildung des neuen Präsidialkabinetts vorgenommen wird. Dieser Antrag erscheint mir so wichtig, daß ich im Interesse der Autorität des Namens und des Wollens Eurer Exzellenz sowohl als im Interesse der so notwendigen Rettung des deutschen Volkes meine Stellungnahme hierzu schriftlich begründe.

Seit dreizehn Jahren stehe ich im Kampf gegen das parlamentarische System. Ich sehe in ihm einen unbrauchbaren Vorgang der politischen Willensbildung sowohl als des politischen Willensausdrucks der Nation. Diese Überzeugung ist seitdem, angeregt durch eine unermüdliche Propaganda von mir und meinen Mitarbeitern, Gemeingut vieler Millionen deutscher Menschen geworden. Diese haben es daher begrüßt, daß Eure Exzellenz den Entschluß faßten, der neuen Erkenntnis Rechnung tragend, einen Umbau der Staatsführung vorzunehmen. Soll aber diese neue Staatsführung nicht in einer Katastrophe enden, dann muß sie einen verfassungsmäßig zulässigen Ausgangspunkt finden und in einer angemessenen kurzen Zeit zum wirklichen Willensträger der Nation werden. Sie muß daher eine innere lebendige Beziehung zu einem an sich schon tragfähigen Teil des deutschen Volkes erhalten. Diesen Prozentsatz dann weiterhin organisch zu vermehren, um allmäh-

<sup>269)</sup> Vgl. Meißner-Wilde a. a. O., S. 111 ff.

<sup>270)</sup> Zitiert bei Meißner-Wilde a. a. O., S. 114.

21. November 1932

lich die ganze Nation zu erfassen, ist ihre Aufgabe. Unterbleibt dies, so entsteht eine sich nur auf Bajonette stützende und damit aber auch nur auf sie allein angewiesene Diktatur. Wenn nicht aus inneren Anlässen, so wird bei der ersten außenpolitischen Belastung der Zusammenbruch eintreten. Die Folge kann nur der Bolschewismus sein. Ich habe daher — das Scheitern der Regierung v. Papen an den Erfahrungen der ersten sechs Wochen voraussehend — am 13. August die Überzeugung vertreten, daß nur durch eine Betrauung der nationalsozialistischen Bewegung mit dieser Mission diese Aufgabe erfolgreich durchgeführt werden könne.

Aus Gründen, die hier nicht berührt werden sollen, glaubten Eure Exzellenz, Herr Reichspräsident, meinen damaligen Vorschlag ablehnen zu müssen.

Nach nunmehr sechsmonatiger Regierung ist — wie von mir vorausgesagt — das Kabinett Papen in eine rettungslose Isolierung nach innen, Deutschland in eine ebensolche nach außen geraten. Die Ergebnisse des Versuchs einer Rettung unserer Wirtschaft und einer Beseitigung der Arbeitslosigkeit sind teils unbefriedigend, teils überhaupt nicht fühlbar. Die soziale Not ist grauenhafte. Das allgemeine Vertrauen ist auf den Nullpunkt gesunken. Die Bolschewisierung der breiten Massen schreitet rapide vorwärts.

Wenn heute eine neue Regierung diese politisch, wirtschaftlich und finanziell furchtbare Erbschaft übernehmen soll, dann wird ihre Tätigkeit von Erfolg nur begleitet sein können, wenn sich in ihr eine ebenso große Autorität von oben wie die starke Kraft von unten vereinigt.

Wenn ich daher als Führer der nationalsozialistischen Bewegung von Eurer Exzellenz nunmehr wieder nach Berlin gerufen worden bin, um an der Behebung dieser schwersten Krise unseres Volkes mitzuwirken, dann kann dies nach meinem besten Wissen und Gewissen und nach meiner Einsicht nur geschehen, wenn die Bewegung und ich selbst diejenige Stellung erhalten, die zur Erfüllung dieser Aufgabe nötig ist, der Bewegung aber kraft ihrer Stärke auch zukommt. Denn die harte Notwendigkeit, Deutschland höher zu stellen als die Parteien, wird erst dann anerkannt werden, wenn der stärksten Bewegung als Verhandlungsfaktor von vornherein die Stellung gegeben wird, die bisher noch sämtlichen Trägern der Präsidialgewalt von Eurer Exzellenz verliehen wurde. Vom Standpunkt der Gerechtigkeit aus ist diese Forderung nicht weniger zu vertreten. Denn die nationalsozialistische Bewegung bringt in jeder Regierung mit 196 Mandaten allein schon  $\frac{2}{3}$  der für eine legale Tätigkeit notwendigen Zahl an Abgeordneten mit.

Ich kann Eurer Exzellenz meinen festen Entschluß versprechen, ein von mir vorgeschlagenes, unter meiner Führung stehendes und von Eurer Exzellenz genehmigtes Präsidialkabinett mit jeden verfassungsmäßigen Voraussetzungen zu versehen, die für eine lange und gedeihliche Arbeit zur Wiederaufrichtung unseres politisch und wirtschaftlich ruinierten Volkes nötig sind.

Ich richte daher an Eure Exzellenz nur die einzige Bitte, mir zumindest das an Autorität und an Stellung geben zu wollen, was selbst die Männer vor mir erhielten, die zu dem großen Wert der Autorität und der Bedeutung des Namens von Eurer Exzellenz ihrerseits nicht so viel mitbringen konnten als ich. Denn wenn ich schon gezwungen bin, der Verfassung wegen für die legale Tätigkeit der kommenden Regierung um Parteien zu werben, dann bringe ich doch, Herr Reichspräsident, selbst die allergrößte Partei mit. Mein eigener Name aber und die Existenz dieser größten deutschen Bewegung sind Pfänder, die durch einen ungünstigen Ausgang unseres Einsatzes vernichtet werden müssen. Dann aber, Herr Reichspräsident, sehe ich hinter uns nicht eine Militärdiktatur, sondern das bolschewistische Chaos.

Sollte aber die Absicht bestehen, nunmehr überhaupt zu rein altparlamentarischen Regierungsformen zurückzukehren, dann müßte meiner Überzeugung nach dieses Wollen Eurer Exzellenz offen bekannt gegeben werden. In diesem Falle aber bitte ich ehrerbietigst, auf die weitgehenden Folgen eines solchen Entschlusses hinweisen zu dürfen. Ich würde dies auf das tiefste bedauern.

Ich darf daher zusammenfassend Eure Exzellenz bitten, diese meine Gründe würdigen zu wollen und von einem solchen Versuch der Lösung der Krise abzusehen.“



21. November 1932

Hitler hatte in diesem Schreiben die drei Möglichkeiten zur Lösung der gegenwärtigen Regierungskrise aufgezeigt: Präsidialkabinett, Mehrheitsregierung und Militärdiktatur, die ihm im Hinblick auf Schleicher möglich schien und vor der er ganz besonders warnen wollte. Am sympatischsten wäre es ihm, wenn er selbst Präsidialkanzler würde, aber er sei auch, obgleich ungern, zum Versuch einer Mehrheitsregierung bereit.

Hindenburg hatte seine eigenen Forderungen ebenfalls schriftlich formuliert und beim freundlichen Abschied erklärte er, seine Tür stehe Hitler jetzt jederzeit offen.

Über Hitlers zweiten Besuch und Hindenburgs Forderungen wurde folgende amtliche Darstellung ausgegeben:

„Bei seiner zweiten Besprechung am Montag, dem 21. November, vormittags, übergab der Herr Reichspräsident daher Herrn Adolf Hitler die folgende formulierte Erklärung:

„Sie wissen, daß ich den Gedanken eines Präsidialkabinetts vertrete. Ich verstehe unter einem Präsidialkabinett ein Kabinett, das nicht von einem Parteiführer, sondern von einem überparteilichen Manne geführt wird, und daß dieser Mann eine Person meines besonderen Vertrauens ist. Sie haben erklärt, daß Sie Ihre Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen könnten, an dessen Spitze Sie, der Parteiführer, stehen würden. Wenn ich auf diesen Ihren Gedanken eingehe, so muß ich verlangen, daß ein solches Kabinett eine Mehrheit im Reichstag hat. Deshalb ersuche ich Sie als den Führer der stärksten Partei festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen Sie für eine von Ihnen geführte Regierung eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit festem, einheitlichem Arbeitsprogramm im Reichstag haben würden.

Ich bitte Sie um Ihre Antwort bis Donnerstag abend.“

Auf Anfrage Hitlers stellte der Reichspräsident folgende Voraussetzungen fest für eine Regierungs- und Mehrheitsbildung, die er Hitler schriftlich formuliert übergab:

1. Sachlich: Festlegung eines Wirtschaftsprogramms. — Keine Wiederkehr des Dualismus Reich und Preußen. — Keine Einschränkung des Artikels 48.

2. *Persönlich* behalte ich mir die endgültige Zustimmung zu einer Ministerliste vor. Die Besetzung des Auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums ist in Wahrung meiner verfassungsmäßigen Rechte als völkerrechtlicher Vertreter des Reichs und Oberbefehlshaber des Reichsheeres Sache meiner persönlichen Entscheidung.“

Hitler nahm diese beiden Schriftstücke entgegen mit der Erklärung, seine Antwort dem Herrn Reichspräsidenten schriftlich übermitteln zu wollen.“ —

Hitler hatte am 19. und 21. November viel erreicht. Er hatte eine Bresche in das Reichspräsidentenpalais geschlagen. Es lag an ihm, weiterzuarbeiten und den ganzen Bau zum Nachgeben zu bringen, oder eine Pause einzulegen.

Offensichtlich hatte Hitler im November 1932 wenig Lust, Reichskanzler zu werden. Es ging in den Winter hinein, die Arbeitslosigkeit würde natürlicherweise steigen, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm konnte in den Wintermonaten kaum anlaufen. Zudem würde er, wenn er jetzt die Regierung übernahm, noch immer Schleicher im Rücken haben und mit ihm die Gefahr einer Militärdiktatur. Es schien ihm besser, zunächst Schleicher ins Rampenlicht zu bringen und die Regierung erst nach dessen Scheitern im Frühjahr 1933 zu übernehmen.

21. November 1932

Der zweimalige Empfang beim Reichspräsidenten und der Auftrag zur Regierungsbildung hatten Hitlers Prestige in der Öffentlichkeit so gestärkt, daß er sich eine hinhaltende Taktik leisten zu können glaubte.

Dr. Schacht erklärte damals in einem Interview <sup>271)</sup>: „Es gibt nur einen, der heute Reichskanzler werden kann, und das ist Adolf Hitler. Wird Hitler jetzt nicht Kanzler, dann wird er es in vier Monaten. Hitler kann warten.“

Für Hitler kam es jetzt nur darauf an, für das von ihm gewollte Scheitern der Verhandlungen die Gegenseite verantwortlich zu machen. Und schnell hatte er einen Punkt gefunden, wo er einhaken konnte. Die Weimarer Verfassung war zum damaligen Zeitpunkt schon so durchlöchert, daß es den verantwortlichen Staatsmännern gar nicht mehr auffiel, wenn sie Verfassungsvorschriften tangierten.

Die Bedingungen Hindenburgs für eine Regierungsbildung: keine Wiederkehr des Dualismus Reich und Preußen, unmittelbare Besetzung des Auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums wegen seiner Stellung als völkerrechtlicher Vertreter des Reiches und Oberbefehlshaber des Reichsheeres, standen zweifellos nicht im Einklang mit der Weimarer Verfassung. Groteskerweise war Hitler im Jahre 1932 der schärfste Verfechter der Verfassung und geradezu ein Experte für die Einhaltung ihrer Artikel.

Er schrieb daher noch am 21. November *an den Staatssekretär Dr. Meißner einen Brief* und bat um Aufklärung, welche Regierungsform der Herr Reichspräsident eigentlich wünsche.

„Berlin, den 21. November 1932.“

Sehr verehrter Herr Staatssekretär!

Erfüllt von der großen Verantwortung in dieser schweren Zeit habe ich eine gründliche Durchprüfung des mir heute vom Herrn Reichspräsidenten zugestellten Auftrags vorgenommen. Nach eingehenden Aussprachen mit führenden Männern meiner Bewegung und des sonstigen öffentlichen Lebens bin ich dabei zunächst zu folgendem Ergebnis gekommen:

Ein Vergleich der beiden Schriftstücke, des mir gewordenen Auftrags einerseits und der vorausgesetzten Bedingungen andererseits, ergibt in einer Reihe von Punkten einen mir unlösbar erscheinenden Widerspruch. Ehe ich dazu Stellung nehme und davon meine endgültige Entscheidung abhängig mache, darf ich Sie, Herr Staatssekretär, bitten, die Ansicht des Herrn Reichspräsidenten festzustellen und mir mitzuteilen, welche Regierungsform der Herr Reichspräsident wünscht und in diesem Falle im Auge hat. Schwebt ihm ein Präsidialkabinett vor unter Sicherstellung der verfassungsmäßig nötigen parlamentarischen Tolerierung, oder will Seine Exzellenz ein parlamentarisches Kabinett mit Vorbehalten und Einschränkungen der mir bekanntgegebenen Art, die ihrem ganzen Wesen nach nur von einer autoritären Staatsführung eingehalten und damit versprochen werden können.

Sie werden, Herr Staatssekretär, bei einem kritischen Vergleich der beiden Dokumente unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen, der verfassungsmäßigen Stellung und damit Verantwortung einer parlamentarischen Regierung die Wichtigkeit dieser grundsätzlichen Klärung von selbst erkennen. Hinzufügen möchte ich noch, daß Herr Reichskanzler Brüning einer der parteipolitischen Führer des Zentrums war und geblieben ist und dennoch in seinem zweiten Kabinett Präsidialkanzler wurde. Ich selbst habe mich nicht als ‚Parteführer‘ gefühlt, sondern einfach als Deutscher, und nur um Deutschland vom Druck des Marxismus zu erlösen, gründete und organisierte ich eine Bewegung, die weit über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus

---

<sup>271)</sup> Dr. Hjalmar Schacht (geb. 1877 in Tingleff), damals Reichsbankpräsident a. D., gab das Interview am 22. 11. 1932 dem Chefredakteur der Nordwestdeutschen Zeitung in Bremerhaven, Wilhelm Georg.

21. November 1932

lebt und wirksam wird. Daß wir in die Parlamente gingen, hat seinen Grund nur in der Verfassung, die uns zwang, diesen legalen Weg zu beschreiten. Ich selbst aber habe mich bewußt von jeder parlamentarischen Tätigkeit ferngehalten.

Der Unterschied zwischen meiner und der Auffassung des Kabinetts Papen über die Möglichkeit einer autoritären Staatsführung liegt nur darin, daß ich gerade bei dieser Voraussetzung, daß sie eine Verankerung im Volke besitzt. Dies im Interesse der deutschen Nation gesetzmäßig herbeizuführen, ist mein sehnlichster Wunsch und mein vornehmstes Ziel.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung Ihr sehr ergebener

Adolf Hitler.“

Staatssekretär Dr. Meißner beantwortete die Fragen des Führers der NSDAP. mit folgendem Schreiben:

„22. November 1932.

Sehr verehrter Herr Hitler!

Auf Ihr gestriges Schreiben beehre ich mich, im Auftrage des Herrn Reichspräsidenten folgendes zu erwidern:

Der Herr Reichspräsident sieht den Unterschied zwischen einem Präsidialkabinett und einer parlamentarischen Regierung in folgenden Merkmalen:

1. Das Präsidialkabinett — aus der Not der Zeit und dem Versagen des Parlaments geboren — wird in der Regel die notwendigen Regierungsmaßnahmen ohne vorherige Zustimmung des Parlaments auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung in Kraft treten lassen. Es bezieht seine Machtvollkommenheiten also in erster Linie vom Reichspräsidenten und braucht die Parlamente im allgemeinen nur zum Sanktionieren oder Tolerieren dieser Maßnahmen. Eine parlamentarische Regierung muß alle Gesetzentwürfe vor dem Inkraftsetzen den gesetzgebenden Körperschaften zur Beratung und Genehmigung vorlegen; sie bezieht ihre Machtvollkommenheiten also ausschließlich von einer parlamentarischen Mehrheit. — Daraus ergibt sich, daß der Führer eines Präsidialkabinetts nur ein Mann des besonderen Vertrauens des Herrn Reichspräsidenten sein kann.

2. Das Präsidialkabinett muß überparteilich geführt und zusammengesetzt sein und ein vom Reichspräsidenten gutgeheißenes, überparteiliches Programm verfolgen. Eine parlamentarische Regierung wird in der Regel von dem Führer einer der für eine Mehrheits- oder Koalitionsbildung in Frage kommenden Parteien und aus Mitgliedern dieser Parteien gebildet und verfolgt im wesentlichen Ziele, auf die der Reichspräsident nur in geringem Maße und nur mittelbaren Einfluß hat. — Hiernach kann ein Parteiführer, noch dazu der Führer einer die Ausschließlichkeit seiner Bewegung fordernden Partei, nicht Führer eines Präsidialkabinetts sein.

3. Reichskanzler Brüning hat bei seiner ersten Berufung ein ausgesprochen parlamentarisches, auf die Parteien gestütztes Kabinett gebildet, das sich erst allmählich zu einer Art Präsidialkabinett verwandelt hat, als der Reichstag bei der Gesetzgebung versagte und Herr Brüning sich das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten in weitestem Maße erworben hat. Die verschiedenen Änderungen in der Besetzung seines Kabinetts im Laufe seiner Regierungszeit wurden in erster Linie durch den Wunsch des Herrn Reichspräsidenten herbeigeführt, diese Umwandlung seines Kabinetts zum Präsidialkabinett auch in der persönlichen Zusammensetzung in Erscheinung treten zu lassen und den Schein einer Zentrumshegemonie durch entsprechende personelle Änderungen zu vermeiden.

Auf ähnlichem Wege könnte naturgemäß auch eine von Ihnen geführte parlamentarische Regierung im Laufe der Zeit sich zum Präsidialkabinett wandeln.

22. November 1932

4. Das Kabinett Papen war ein reines Präsidialkabinett, das nur zurückgetreten ist, weil es eine Mehrheit im Parlament zur Bestätigung oder zur Duldung seiner Maßregeln nicht finden konnte. Ein neues Präsidialkabinett wäre also nur dann eine Verbesserung, wenn es diesen Mangel beseitigen könnte und gleichzeitig die Eigenschaften des Kabinetts Papen (überparteiliche Führung und Zusammensetzung ohne Parteiprogramm und Besitz des besonderen Vertrauens des Herrn Reichspräsidenten) besäße.

5. Nach diesen Ausführungen kann es sich bei dem Auftrag des Herrn Reichspräsidenten an Sie, sehr verehrter Herr Hitler, nur um die Bildung eines parlamentarischen Mehrheitskabinetts handeln. Der Herr Reichspräsident hat sich zu diesem Versuch entschlossen, nachdem seine Besprechungen mit den Parteiführern die Möglichkeit der Bildung einer Mehrheit im Reichstag für ein von Ihnen geführtes Kabinett ergeben und Sie selbst in der Besprechung am 19. November die Schaffung einer Mehrheit für eine von Ihnen gebildete Regierung und für ein dieser zu erteilendes Ermächtigungsgesetz des Reichstags für aussichtsreich gehalten haben. Die von dem Herrn Reichspräsidenten Ihnen auf Ihre Frage mitgeteilten ‚Voraussetzungen‘ für eine solche Regierungsbildung stehen mit einer parlamentarischen Lösung nicht in Widerspruch. Der Herr Reichspräsident hat in Festhaltung der von seinem Amtsvorgänger wie auch von ihm stets ausgeübten Staatspraxis bisher jedem Kabinett gewisse grundsätzliche Forderungen auferlegt; im übrigen haben auch die Besprechungen des Herrn Reichspräsidenten mit den Parteiführern erkennen lassen, daß gegen diese Forderungen grundsätzliche Widerstände nicht bestehen. Falls indessen eine der Ihnen bekanntgegebenen Voraussetzungen des Herrn Reichspräsidenten für die Regierungsbildung sich als entscheidendes Hindernis zur Erreichung einer sicheren Mehrheit erweisen sollte, so würde das Gegenstand der erbetenen Berichterstattung über den Erfolg Ihrer Feststellungen sein.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung bin ich Ihr sehr ergebener  
Dr. Meißner.“

Nach Eingang dieses Schreibens konnte Hitler seinen Absagebrief entwerfen und dabei nach Herzenslust spitzfindige verfassungsrechtliche Betrachtungen zu Papier bringen. So unrecht hatte er zudem mit seinen Ausführungen nicht: es gab tatsächlich nur *eine* verfassungsmäßige Möglichkeit, um autoritär zu regieren: man mußte sich vom Parlament ein Ermächtigungsgesetz geben lassen.

Hitlers Brief vom 23. November an Staatssekretär Dr. Meißner hatte folgenden Wortlaut:

„Sehr verehrter Herr Staatssekretär!

Die Antwort auf ihr gestriges Schreiben darf ich mir erlauben, in drei Punkten zusammenzufassen:

A. Ihrer Definition des Sinnes und Wesens eines Präsidialkabinetts habe ich folgendes entgegenzuhalten:

Die Behauptung, daß das Präsidialkabinett überparteilicher sein könnte als ein parlamentarisches, widerlegt sich erstens aus der Art des Werdens eines solchen Kabinetts und zweitens aus der Begrenzung seiner Arbeitsfähigkeit sowohl, als auch aus der dabei angewandten Methode. Wenn ein Präsidialkabinett mit dem Artikel 48 zu regieren gezwungen ist, dann benötigt es — wie Sie selbst zugeben — wenn auch nicht die vorherige Zustimmung, dann aber um so mehr die nachträgliche Billigung einer parlamentarischen Mehrheit. Diese parlamentarische Mehrheit wird sich bei der Art unseres ganzen Verfassungslebens immer in Parteien ausdrücken. Damit ist es genau so abhängig von einer

Parteienmehrheit, wie auch das parlamentarische Kabinett. Damit muß der ein solches Kabinett führende Staatsmann genau so das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages entweder besitzen oder erobern, als er selbstverständlich das Vertrauen des Reichspräsidenten benötigt. Im übrigen ist neuerdings durch ein Urteil des Staatsgerichtshofs die Anwendung des Artikels 48 auf ganz bestimmte Fälle <sup>272)</sup> und begrenzte Zeiten beschränkt worden, so daß eine allgemeine Erfüllung der Regierungspflichten auf diesen Artikel allein nicht mehr gestützt werden kann. Es ist daher in der Zukunft die Aufgabe eines Kanzlers, der — unter dem Druck der Not und der ihrethalben zu treffenden Entschlüsse — die Schwerfälligkeit des parlamentarischen Vorgehens als gefährliche Hemmung ansieht, sich eine Mehrheit für ein ausgabemäßig begrenztes und zeitlich fixiertes Ermächtigungsgesetz zu sichern. Die Aussicht auf den Erfolg eines solchen Versuchs wird um so größer sein, je autoritärer auf der einen Seite die Position dieses Mannes ist und je schwerer auf der anderen die an sich schon in seinen Händen befindliche parlamentarische Macht in die Waage fällt.

Ob ein Regierungsprogramm parteilich oder überparteilich erscheint, spielt keine Rolle. Wesentlich hingegen ist, daß es richtig ist und daß es zum Erfolg führt. Ich protestiere dagegen, daß ein an sich richtiges Programm etwa deshalb nicht durchgeführt werden könnte, weil es Eigentum und Gedankengut einer Partei ist und mithin von einer Präsidialregierung, die überparteilichen Charakter besitzen müsse, abzulehnen sei. Da im allgemeinen Programme immer Menschen anziehen werden, die dann zusammengefaßt zwangsläufig als Parteien in Erscheinung treten, könnten also in Zukunft nur solche Programme Verwendung finden, die hinter sich, um den überparteilichen Charakter zu wahren, auch keine Anhänger haben. Wie man dafür aber eine parlamentarische Mehrheit zur Tolerierung erreichen will, ist mir ein Rätsel, an dessen Lösung auch Herr v. Papen scheiterte.

Ich habe demgegenüber erklärt, daß ich eine solche Art von Führung ablehne, weil sie zwangsläufig im Nichts endet und höchstens als letzten Schutz die Bajonette besitzt. Ich habe weiter die Überzeugung vertreten, daß es mir unter der Voraussetzung des Vertrauens des Herrn Reichspräsidenten am ehesten gelingen wird, eine solche Katastrophe zu vermeiden, weil sich immerhin zwei Drittel der zur Tolerierung nötigen Zahl von Abgeordneten schon in meiner Partei allein befinden. Der Schritt von 200 Abgeordneten zu 300 wird leichter sein, als der von 50 oder 60 zu 200.

B. Sie teilen mir, Herr Staatssekretär, mit, daß der Herr Reichspräsident nunmehr eine hundertprozentig parlamentarische Lösung wünsche. Das heißt, ich solle erst mit den Parteien ein Programm vereinbaren, dafür eine Mehrheit suchen und dann die Regierungsbildung rein parlamentarisch auf Grund dieser Mehrheit in die Wege leiten. Zunächst muß ich hier schon bemerken, daß man mir diese Aufgabe vor dem 12. September 1932 hätte stellen sollen. Sie wäre damals wirklich leichter zu lösen gewesen <sup>273)</sup>!

Sie kann aber überhaupt nicht gelöst werden, wenn die Stellung dieses Auftrages mit Bedingungen verbunden ist, die die Lösung an sich behindern. Denn wenn schon der nur parlamentarische Weg beschritten werden soll, dann können dafür aber auch keine anderen Voraussetzungen zur Auflage gemacht werden als die in der Weimarer Verfassung selbst gegebenen.

Danach ist in erster Linie die parlamentarische Mehrheit maßgebend (Artikel 54) sowohl für die Beauftragung mit der Regierungsbildung, als auch für die Zusammensetzung des Kabinetts und für das Regierungsprogramm. Voraussetzungen von anderer Seite können nur insoweit aufgestellt werden, als sie der Verfassung entsprechen.

Da der Reichspräsident den Reichskanzler und die Reichsminister ernennt, hat er selbstverständlich die letzte Entscheidung über die Ministerliste. Aber nicht zu vereinbaren mit dem Artikel 53 der Verfassung wäre dann die Voraussetzung, daß die Besetzung des Auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums Sache der persönlichen

<sup>272)</sup> Gemeint ist die Entscheidung des Staatsgerichtshofs vom 25. 10. 1932 über die Befugnisse des Reichskommissars in Preußen; vgl. S. 141.

<sup>273)</sup> Damals wäre eine Koalition NSDAP. - Zentrum ohne Deutschnationale möglich gewesen.

23. November 1932

Entscheidung des Reichspräsidenten sei. Auch der Reichsaußen- und der Reichwehrminister können nur auf Vorschlag des Reichskanzlers ernannt werden. Denn nur so ist es dann diesem überhaupt möglich, die Richtlinien der inneren und äußeren Politik zu bestimmen, für die er doch gemäß dem Artikel 56 dem Reichstag gegenüber die Verantwortung zu tragen hat. Daran würde auch die Tatsache nichts ändern, daß der Reichspräsident das Reich völkerrechtlich vertritt, im Namen des Reichs Bündnisse und andere Verträge mit auswärtigen Mächten schließt, die Gesandten beglaubigt und empfängt (Artikel 45), und daß er den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reiches ausübt (Artikel 47). Denn alle Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten, auch auf dem Gebiete der Wehrmacht, bedürfen nach der Verfassung für ihre Gültigkeit der Gegenzeichnung durch den Reichskanzler oder den zuständigen Reichsminister (Artikel 50).

Festlegung des Wirtschaftsprogramms, keine Wiederkehr des Dualismus zwischen Reich und Preußen, keine Einschränkung des Artikels 48, das sind alles Voraussetzungen, die bei einem parlamentarischen Mehrheitskabinett dem Reichspräsidenten nur nach Maßgabe der Artikel 68 ff. über die Reichsgesetzgebung zustehen.

Wenn Sie nun, sehr verehrter Herr Staatssekretär, erklären, nach der bisher von dem Herrn Reichspräsidenten und seinem Amtsvorgänger geübten Staatspraxis seien jedem Kabinett grundsätzliche Forderungen auferlegt worden, so darf ich ihnen darauf folgendes erwidern:

1. Noch nie in diesem Sinn und in diesem Umfang;
2. noch nie war die katastrophale Lage Deutschlands innen-, außenpolitisch und insbesondere wirtschaftlich so wie heute, und daher noch nie die volle Autorität eines Reichskanzlers nötiger als jetzt und
3. darf ich doch darauf hinweisen, daß noch zu keiner Zeit so schwere Eingriffe in das parlamentarische Regierungssystem vorgenommen wurden, wie unter dem Präsidialkabinett des Herrn v. Papen, die ich nun nachträglich den Parteien zur parlamentarischen Behandlung, und zwar zur Tolerierung und Billigung, vorlegen soll. Parteien, die diese Maßnahmen aus Selbsterhaltungstrieb einst aufs schärfste bekämpft haben! Und das alles in einem Zeitpunkt, in dem man die Position dieser Parteien noch dadurch stärkt, daß man erstens erklärt, ich besäße das besondere Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten nicht, und sei zweitens deshalb befohlen, den reinen parlamentarischen Koalitionsweg zu gehen!

C. Sie schreiben, sehr verehrter Herr Staatssekretär, daß bei den Vorbesprechungen mit den anderen Parteiführern bereits deren Bereitwilligkeit geklärt worden sei, auf diese Vorbehalte einzugehen. Diese Erklärungen, Herr Staatssekretär, liegen jedenfalls nicht schriftlich vor. Aus der Besprechung, die der Reichstagspräsident Göring (vor der Erteilung des Auftrags des Herrn Reichspräsidenten an mich) mit anderen Parteien hatte, geht das Gegenteil hervor. Die Auslassung einer für eine Koalitionsmehrheit nötigen Partei (Bayerische Volkspartei) in ihrer offiziellen Parteikorrespondenz besagt das gleiche. Die Zusicherung nun, daß ich im Falle des Scheiterns meiner Verhandlungen dem Herrn Reichspräsidenten ja die Gründe mitteilen könnte, ändert gar nichts an der Tatsache, daß man einfach mit Recht feststellen würde, die Erfüllung eines übernommenen Auftrags sei mir nicht gelungen.

Die Folgerungen, die sich daraus für die nationalsozialistische Bewegung und damit auch für das ganze deutsche Volk ergeben würden, liegen auf der Hand. Ich habe in redlichstem Bemühen Auftrag und Bedingungen immer wieder miteinander verglichen, bin aber genau so, wie meine sämtlichen Mitarbeiter, zu der Überzeugung gekommen, daß dieser Auftrag infolge seines inneren Widerspruchs in sich undurchführbar ist. Ich habe daher davon abgesehen, in diesen Tagen mit einer Partei Fühlung zu nehmen, und bitte Sie deshalb, Herr Staatssekretär, seiner Exzellenz, dem hochverehrten Herrn Reichspräsidenten, folgende ehrerbietigste Meldung übermitteln zu wollen:

Den mir am Montag, dem 21. d. M., vom Herrn Reichspräsidenten erteilten Auftrag kann ich infolge seiner inneren Undurchführbarkeit nicht entgegennehmen und lege ihn daher in die Hand des Herrn Reichspräsidenten zurück.

23. November 1932

Angesichts der trostlosen Lage unseres Vaterlandes, der immer steigenden Not und der Verpflichtung für jeden einzelnen Deutschen, sein letztes zu tun, damit Volk und Reich nicht im Chaos versinken, möchte ich nach wie vor dem ehrwürdigen Herrn Reichspräsidenten und Feldmarschall des Weltkrieges die nationalsozialistische Bewegung mit dem Glauben, der Kraft und der Hoffnung der deutschen Jugend zur Verfügung stellen. Ich schlage daher unter vollständiger Umgehung aller immer nur verwirrenden Begriffe folgenden positiven Weg vor:

1. Der Herr Reichspräsident fordert mich auf, vom Tage der Auftragserteilung an binnen 48 Stunden ein kurzes Programm über die beabsichtigten innen-, außen- und wirtschaftspolitischen Maßregeln vorzulegen.

2. Ich werde nach Billigung dieses Programms binnen 24 Stunden dem Herrn Reichspräsidenten eine Ministerliste vorlegen.

3. Ich werde neben anderen aus der derzeitigen Regierung zu übernehmenden Ministern dem Herrn Reichspräsidenten selbst für das Reichwehrministerium als seinen mir bekanntesten persönlichen Vertrauensmann General v. Schleicher, für das Reichsaußenministerium Freiherrn v. Neurath vorschlagen.

4. Der Herr Reichspräsident ernennet mich darauf zum Reichskanzler und bestätigt die von mir vorgeschlagenen und von ihm anerkannten Minister.

5. Der Herr Reichspräsident erteilt mir den Auftrag, für dieses Kabinett die verfassungsmäßigen Voraussetzungen zur Arbeit zu schaffen, und gibt mir zu dem Zweck jene Vollmachten, die in so kritischen und schweren Zeiten auch parlamentarischen Reichskanzlern nie versagt worden sind<sup>274)</sup>.

6. Ich verspreche, daß ich unter vollem Einsatz meiner Person und meiner Bewegung mich aufopfern will für die Rettung unseres Vaterlandes.

Indem ich Ihnen, sehr verehrter Herr Staatssekretär, für diese Übermittlung danke, verbleibe ich in vorzüglicher Hochachtung Ihr sehr ergebener

Adolf Hitler.“

Am 23. November hatte Hitler mit Wissen des Reichspräsidenten noch eine *Aussprache mit General Schleicher*.

Hitler und Schleicher, beide Aspiranten auf den Kanzlerposten, wollten sich jedoch gegenseitig den Vortritt lassen. Jeder von ihnen hoffte, der andere werde in Kürze abwirtschaften, und dann könne er sich selbst als einzige noch mögliche Lösung präsentieren. Schleicher bezeichnete sich als „das letzte Pferd im Stalle des Reichspräsidenten“<sup>275)</sup>. Aber dem guten Taktiker Schleicher stand in Hitler ein noch besserer gegenüber.

Hitler hatte es in der Hand, durch seine Weigerung, ein parlamentarisches Kabinett zu bilden, Schleicher zur Annahme des Kanzleramtes zu zwingen. Er ließ sich daher in dieser Besprechung auf keinerlei Zusagen ein und blieb bei seinem Standpunkt.

Denn was konnte Hindenburg machen? Eine Wiederbetrauung Papens kam kaum ernstlich in Frage. Und wenn schon, auf ihn war man eingespielt<sup>276)</sup>. Vielleicht war der Hinweis Hitlers in seinem Brief vom 23. November auf den „persönlichen Vertrauensmann General v. Schleicher“ schon ein Wink an Hindenburg, nunmehr diesen Mann zu betrauen.

<sup>274)</sup> Gemeint ist die Auflösung des Reichstags und die Ausschreibung von Neuwahlen.

<sup>275)</sup> Vgl. Meißner-Wilde a. a. O. S. 129.

<sup>276)</sup> Goebbels verkündete am 25. 11. 1932 auf einer Kundgebung in Berlin, es wäre sehr recht, wenn Papen wiederkäme. Auf ihn sei man wenigstens eingespielt. „Gott erhalte Franz den Papen“, erklärte er in Parodierung der ehemaligen österreichischen Nationalhymne („Gott erhalte Franz den Kaiser“).

24. November 1932

Die Antwort Hindenburgs bzw. Meißners auf Hitlers Brief ließ nicht lange auf sich warten. Am 24. November erwiderte Staatssekretär Meißner folgendes:

„Sehr verehrter Herr Hitler!

Auf Ihr gestriges Schreiben beehre ich mich, Ihnen im Auftrage des Herrn Reichspräsidenten folgendes zu erwidern:

1. Der Herr Reichspräsident nimmt Ihre Antwort zur Kenntnis, daß Sie den Versuch der Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung nicht für aussichtsreich halten und deshalb den Ihnen erteilten Auftrag zurückgeben. Zu der von Ihnen für diese Ablehnung gegebenen Begründung läßt der Herr Reichspräsident bemerken, daß er gerade nach den Ausführungen der Führer des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, aber auch nach Ihren eigenen Ausführungen in der Besprechung vom 19. November im Gegenteil annehmen mußte, daß eine Mehrheitsbildung im Reichstag möglich war. Einen ‚inneren Widerspruch‘ in seinem Auftrag vermag der Herr Reichspräsident um so weniger anzuerkennen, als in meinem erläuternden Schreiben vom 22. November ausdrücklich auf die Möglichkeit einer weiteren Rücksprache hingewiesen war, falls eine der von dem Herrn Reichspräsidenten erwähnten Voraussetzungen sich als ein entscheidendes Hindernis bei Ihren Verhandlungen erweisen sollte.

2. Der Herr Reichspräsident dankt Ihnen, sehr verehrter Herr Hitler, für Ihre Bereitwilligkeit, die Führung eines ‚Präsidiakabinetts‘ zu übernehmen. Er glaubt aber, es vor dem deutschen Volke nicht vertreten zu können, dem Führer einer Partei seine präsidentialen Vollmachten zu geben, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont hat, und die gegen ihn persönlich wie auch gegenüber den von ihm für notwendig erachteten politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen überwiegend verneinend eingestellt war. Der Herr Reichspräsident muß unter diesen Umständen befürchten, daß ein von Ihnen geführtes Präsidiakabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit allen ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben er vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte.

3. Nachdem Sie zum lebhaften Bedauern des Herrn Reichspräsidenten sowohl in den bisherigen Besprechungen mit ihm als auch in Ihrer gestrigen, mit seinem Wissen geführten Unterhaltung mit dem Herrn Reichswehrminister General v. Schleicher jede andere Art der Mitarbeit innerhalb oder außerhalb einer neu zu bildenden Regierung — gleichgültig, unter welcher Führung diese Regierung auch stehen möge — mit aller Entschiedenheit abgelehnt haben, verspricht sich der Herr Reichspräsident von weiteren schriftlichen oder mündlichen Erörterungen über diese Frage keinen Erfolg.

Unabhängig hiervon wiederholt der Herr Reichspräsident aber seine Ihnen in der letzten Besprechung am Montag abgegebene Erklärung, daß seine Tür jederzeit für Sie offenstehe, und wird immer bereit sein, Ihre Auffassung zu den schwebenden Fragen anzuhören; denn er will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es auf diesem Wege mit der Zeit doch noch gelingen werde, Sie und Ihre Bewegung zur Zusammenarbeit mit allen anderen aufbauwilligen Kräften der Nation zu gewinnen.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung verbleibe ich, sehr verehrter Herr Hitler, Ihr sehr ergebener

Dr. Meißner.“



25. November 1932

Eine solche Antwort hatte Hitler erwartet. Im Grunde genommen scheint Hindenburg gar nicht so unerfreut über Hitlers Manöver gewesen zu sein. Eine parlamentarische Mehrheitsregierung wäre ihm wenig angenehm gewesen, und vielleicht stieg Hitler in Hindenburgs Achtung sogar, weil er sich so sehr auf ein Präsidialkabinett kaprizierte. Denn diese Einrichtung war ja Hindenburgs Idee gewesen. Auf jeden Fall versicherte er Hitler, daß seine Tür ihm auch jetzt noch jederzeit offenstehe.

In Hitlers Büro arbeiteten schon die Vervielfältigungsapparate, um den gesamten Briefwechsel schlagartig und, noch bevor die Wilhelmstraße zu einer ähnlichen Maßnahme greifen konnte, der Presse zu übergeben<sup>277</sup>). Vorher aber diktierte Hitler noch schnell einen *Abschlußbrief an Meißner*, denn er mußte ja bei dieser politischen Theateraufführung selbstverständlich das letzte Wort haben.

„Herrn Staatssekretär Dr. Meißner,  
Sehr verehrter Herr Staatssekretär!

Reichspräsidentenpalais.

Indem ich Ihr Schreiben, das die Ablehnung meines Vorschlages zur Lösung der Krise durch den Herrn Reichspräsidenten enthält, zur Kenntnis nehme, muß ich abschließend noch ein paar Feststellungen treffen.

1. Ich habe nicht den Versuch der Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung für aussichtslos gehalten, sondern ihn nur infolge der daran geknüpften Bedingungen als unmöglich bezeichnet.

2. Ich habe darauf hingewiesen, daß, wenn Bedingungen gestellt werden, diese in der Verfassung begründet sein müssen.

3. Ich habe nicht die Führung eines Präsidialkabinetts verlangt, sondern einen mit diesem Begriff in keinem Zusammenhang stehenden Vorschlag zur Lösung der deutschen Regierungskrise unterbreitet.

4. Ich habe zum Unterschied anderer unentwegt die Notwendigkeit eines in der Verfassung begründeten Zusammenarbeitens mit der Volksvertretung betont und ausdrücklich versichert, nur unter solchen gesetzmäßigen Voraussetzungen arbeiten zu wollen.

5. Ich habe nicht nur keine Parteidiktatur verlangt, sondern war wie im August dieses Jahres so auch jetzt bereit, mit all den anderen dafür in Frage kommenden Parteien Verhandlungen zu führen, um eine Basis für eine Regierung zu schaffen. Diese Verhandlungen mußten erfolglos bleiben, weil an sich die Absicht bestand, das Kabinett Papen unter allen Umständen als Präsidialkabinett zu halten.

Es ist daher auch nicht nötig, mich zur Zusammenarbeit mit anderen aufbauwilligen Kräften der Nation gewinnen zu wollen, da ich dazu trotz schwerster Anfeindungen schon in diesem Sommer alles nur irgend mögliche getan habe. Ich lehne es aber ab, in diesem Präsidialkabinett eine aufbaufähige Kraft zu sehen. Und ich habe ja auch in der Beurteilung der Tätigkeit und des Mißerfolges der Tätigkeit dieses Kabinetts bisher recht behalten.

6. Ich habe aus dieser Erkenntnis heraus auch immer gewarnt vor einem Experiment, das am Ende zur nackten Gewalt führt und daran auch scheitern muß.

7. Ich war vor allem nicht bereit und werde auch in der Zukunft niemals bereit sein, die von mir geschaffene Bewegung anderen Interessen zur Verfügung zu stellen als denen des deutschen Volkes. Ich fühle mich dabei verantwortlich meinem Gewissen, der Ehre der von mir geführten Bewegung und der Existenz der Millionen deutscher Menschen, die durch die politischen Experimente der letzten Zeit zwangsläufig einer immer weiteren Verelendung entgegengeführt werden.

Im übrigen bitte ich, Seiner Exzellenz dem Herrn Reichspräsidenten nach wie vor den Ausdruck meiner tiefsten Ergebenheit übermitteln zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener Adolf Hitler.“

<sup>277</sup>) Vgl. Goebbels a. a. O. S. 210.

25. November 1932

An die Partei aber erließ Hitler am 25. November folgenden *Aufruf*:<sup>278)</sup>

„Nationalsozialisten, Nationalsozialistinnen, Parteigenossen!

Schon nach kurzer Beobachtung der Tätigkeit des Kabinetts von Papen habe ich meiner Einsicht und Überzeugung entsprechend die Folgen vorhergesagt, die nun gekommen sind.

Als Herr von Papen die Arbeitslosenzahl bis zu Beginn dieses Winters um 2 Millionen zu senken versprach, die wirtschaftliche Not zu beheben vorgab, die innen- und außenpolitischen Fragen einer Lösung entgegenzuführen versicherte, waren unzählige Deutsche mit einem Schläge wieder von gläubigem Vertrauen erfüllt. Ich habe damals gewarnt und mehr als recht behalten.

Die Wirtschaftsnot dauert an, die Arbeitslosigkeit steigt, der Bolschewismus in Deutschland nimmt zu, die Isolierung des Reiches der übrigen Welt gegenüber ist fast vollendet.

Noch nie hat in Deutschland ein Kabinett mehr Macht gehabt, noch nie aber auch mehr versagt als diese Regierung einer kleinen exklusiven Schicht unseres Volkes.

Heute werden mir Millionen der Anhänger unserer Bewegung innerlich dankbar sein, daß ich die Partei, in der sich eine letzte Reserve deutschen Glaubens, deutscher Kraft und deutscher Hoffnung befindet, nicht mit diesem unseligen politischen und wirtschaftlichen Dilettantismus verbunden habe.

Ich kann das noch viel weniger in Zukunft tun. — Ich weiß, diese Regierung wird ihr unheilvolles Wirken fortsetzen. Ich kann das im Augenblick nicht verhindern. Allein, was ich, solange ich lebe, verhindern werde, ist die Preisgabe unserer einzigen Bewegung an dieses Regiment.

Man hat mich nach Berlin gerufen, um an der Behebung einer Regierungskrise mitzuwirken, und wollte doch nichts anderes, als Papens Kabinett retten und mir einen zweiten 13. August bereiten. So hätten wir Nationalsozialisten auf einmal wieder die hohe Ehre bekommen, zur Aufputzung des etwas schwach gewordenen Glanzes dieser Regierung durch einen oder zwei nationalsozialistische Minister beitragen zu dürfen.

Ich habe darauf die Haltung eingenommen, die ich als Führer unserer Bewegung einnehmen mußte.

Deutschland wollen wir retten, die Regierung v. Papen aber nicht!

Da ich diesmal Vorsorge trug, daß der 13. August sich nicht wiederholen konnte, erhielt ich den Auftrag, eine Lösung parlamentarischer Art herbeizuführen, die vorsorglich durch die daran geknüpften Bedingungen von vornherein unmöglich gemacht wurde. Dennoch habe ich mich angesichts der großen Not unseres Volkes entschlossen, ein Angebot zu machen, das zugleich für die inneren Absichten aller klärend sein konnte.

Das Angebot wurde abgelehnt, und damit erscheint, glaube ich, der Wille der Ratgeber des Herrn Reichspräsidenten enthüllt.

Was ich am Abend des Wahltages schon erklärte, wiederhole ich daher heute:

Dieses System muß in Deutschland niedergebrochen werden, wenn nicht die deutsche Nation an ihm zerbrechen soll.

Der Kampf wird daher weitergeführt, und wer den Weg dieses Kabinetts vom Juni bis heute mit offenen Augen verfolgte, der weiß, wer der Sieger sein muß.

Adolf Hitler.“

In den folgenden zwei Tagen hatte Hitler *Besprechungen mit Hugenberg und anderen Parteiführern*<sup>279)</sup>. Am 27. November hielt er wieder eine *Wahlrede in Weimar* (Weimar-Halle) anläßlich der bevorstehenden Gemeinderatswahlen in Thüringen. Dort erklärte er:<sup>280)</sup>

<sup>278)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 331 v. 26. 11. 1932.

<sup>279)</sup> Vgl. Goebbels a. a. O. S. 210.

<sup>280)</sup> Bericht im VB. Nr. 334 v. 29. 11. 1932.

„Der Herr Reichspräsident hat nun sieben Jahre regiert. Das Ergebnis seines Wirkens liegt vor uns. Ich weiß nicht, wie lange man dies noch fortzusetzen gedenkt. Noch sieben Jahre? Es ist möglich, daß die Ratgeber, die den Herrn Reichspräsidenten beraten, dann noch da sein werden als letzte kleine Insel in der Wilhelmstraße zu Berlin.

Aber das deutsche Volk ist dann verkommen, und ich sehe nicht ein, warum solcher Ratgeber wegen eine ganze Nation zugrunde gehen muß.

Ich habe mich den Herren in Berlin nicht aufgedrängt. Wenn sie mich aber rufen, dann bitte ich mir aus, daß man mir nur solche Bedingungen stellt, die eines Mannes absolut würdig sind, der eine solche Verantwortung übernehmen will und soll. Aber nur dann darf man die Verantwortung übernehmen, wenn man vor seinem eigenen Gewissen die Überzeugung vertreten kann, daß man die Aufgabe auch wirklich lösen kann auf Grund einer mit dieser Stellung verbundenen Autorität.

Das, was man mir heute glaubt anbieten zu können, kann niemand verantworten.

Es wird ja nun ein neues Kabinett kommen mit einigen äußeren Veränderungen, aber desselben Geistes. Und in wenigen Monaten wird das Ende schlimmer sein, als der Anfang heute ist. Dann wird die Stunde kommen, in der man sich zum drittenmal an uns wenden muß.“

Ähnlich äußerte sich Hitler gegenüber dem Vertreter der *Londoner Daily Express* <sup>281)</sup>.

Am 29. November erreichte Hitler in München eine Aufforderung Schleichers, nach Berlin zu kommen. Doch Hitler fuhr wieder nach Weimar zum Thüringer Wahlkampf <sup>282)</sup>. Er war nur geneigt, einen Verbindungsmann Schleichers zu empfangen, und zwar verlangte er wohlweislich diesmal einen Offizier.

Am 1. Dezember erschien im Hotel „Elephant“ in Weimar Oberstleutnant Ott <sup>283)</sup> und unterrichtete Hitler von Schleichers Absicht, das Kanzleramt zu übernehmen. Der Oberstleutnant mußte sich nun einen fast dreistündigen Privatvortrag Hitlers anhören <sup>284)</sup>, der seine Bedenken gegen eine Betrauung Schleichers umständlich erläuterte und seine angeblichen Besorgnisse wegen einer dadurch zu befürchtenden Exponierung der Reichswehr schilderte. Hitler war nun nicht so naiv zu glauben, er werde durch diesen Redeaufwand Schleicher von seinem Vorhaben abhalten. Zudem war es ihm ja nur recht, wenn sich Schleicher als „Winterkanzler“ produzierte. Seine Ansprache an Ott war vielmehr das wohlüberlegte Teilstück einer Aktion, die führenden Reichswehroffiziere von Schleicher zu trennen und sie über seine eigenen politischen Ziele nach einer Machtübernahme zu unterrichten. Diese Aktion war ihm, besonders als Schleicher am 2. Dezember zum Kanzler ernannt worden war, wichtiger als der Thüringer Wahlkampf. Er absolvierte zwar noch seine *Wahlreden in Greiz und Altenburg* am 1. Dezember <sup>285)</sup>, in *Gotha und Jena* am 2. Dezember <sup>286)</sup> und in *Eichsfeld und Sonneberg* am 3. Dezember <sup>287)</sup>. Dann aber begab er sich nach Berlin und schrieb dort am 4. Dezember einen voluminösen *Brief an den Obersten von Reichenau*, Chef des Stabes der 1. Division in Ostpreußen <sup>288)</sup>.

<sup>281)</sup> WTB. v. 29. 11. 1932.

<sup>282)</sup> Die damals in der Presse kursierende Darstellung, Göring habe Hitler am 30. 11. in Jena aus dem Zuge geholt, damit er nicht zu Schleicher nach Berlin fahre, ist ungläubhaft. Göring fuhr erst einige Stunden später nach Weimar.

<sup>283)</sup> Ott (geb. 1889 in Rottenburg). 1931 Abteilungsleiter im Reichswehrministerium. 1934 Militärattaché in Tokio. 1937 Generalmajor. 1938–1943 Botschafter in Tokio.

<sup>284)</sup> Vgl. Meißner-Wilde a. a. O. S. 123/124, ferner Goebbels a. a. O. S. 214.

<sup>285)</sup> Berichte im VB. Nr. 338 v. 3. 12. 1932.

<sup>286)</sup> Berichte im VB. Nr. 339/340 v. 4./5. 12. 1932.

<sup>287)</sup> Berichte im VB. Nr. 341 v. 6. 12. 1932.

<sup>288)</sup> Walter von Reichenau (geb. 1884 in Karlsruhe, gest. 1942 auf einem Transport von Rußland in die Heimat). 1933 Chef des Ministeramtes (Staatssekretär) im Reichswehrministerium.

## 2. Dezember 1932

Er nahm die besondere wehrpolitische Lage Ostpreußens zum Vorwand, um sich seitenlang über die innen- und außenpolitische Situation Deutschlands und über die Notwendigkeit einer „inneren geistigen Aufrüstung“ zu verbreiten. Er übte Kritik an den Kontakten der Reichswehr zu Rußland<sup>288)</sup> und kam dann auf das wichtigste, nämlich auf Schleicher, zu sprechen:

„Das derzeitige Kabinett des Generals von Schleicher halte ich nun deshalb für besonders unglücklich, weil es schon durch die Person des Trägers dieser Frage noch verständnisloser gegenüber stehen muß als jedes andere. Dieses Problem der inneren geistigen Aufrüstung der Nation kann, wie immer in der Geschichte, auch dieses Mal nicht von einem Heer, sondern nur von einer Weltanschauung gelöst werden. Die Armee damit [zu] beschäftigen, läßt sie in den Augen vieler als parteiisch erscheinen, genau so wie umgekehrt, die Aufgabe selbst in den Augen der Massen dadurch kompromittiert wird. Denn weder die Polizei noch das Militär haben jemals Weltanschauungen vernichtet und noch viel weniger Weltanschauungen aufgebaut. Ohne Weltanschauung kann aber auf die Dauer kein menschliches Gebilde bestehen. Weltanschauungen sind die Gesellschaftsverträge und Basen, auf denen sich größere menschliche Organisationen erst errichten lassen. Ich sehe daher zum Unterschied unserer heutigen Staatsmänner die deutschen Aufgaben der Zukunft im folgenden:

1. Überwindung des Marxismus und seiner Folgeerscheinungen bis zur vollständigen Ausrottung. Herstellung einer neuen geistigen und willensmäßigen Einheit des Volkes.

2. Allgemeine seelische, sittliche und moralische Aufrüstung der Nation auf dem Boden dieser neuen weltanschaulichen Einheit.

3. Technische Aufrüstung.

4. Organisatorische Erfassung der Volkskraft für den Zweck der Landesverteidigung.

5. Erreichung der rechtlichen Anerkennung des bereits herbeigeführten neuen Zustandes durch die übrige Welt.“

Ein solches Programm mußte natürlich auf Reichswehroffiziere großen Eindruck machen. Hitler schloß seine Epistel mit dem Hinweis:

„... gerettet kann Ostpreußen nur werden, wenn Deutschland gerettet wird. Daß durch das neue Kabinett Schleicher diese einzig mögliche Rettung [nämlich Hitlers Machtergreifung] wieder verschoben und erschwert wird, liegt auf der Hand.“

Für die ersten Sitzungen des neuen Reichstags am 6. und 7. Dezember hatte Hitler noch einige weitere Hiebe für Schleicher vorbereitet.

Zunächst aber mußte er die *nationalsozialistischen Abgeordneten noch rednerisch bearbeiten und vereidigen*. Er sprach zu ihnen am 5. Dezember und nahm u. a. zum Ausgang der Thüringer Gemeindevahlen vom 4. Dezember Stellung, die der NSDAP. wieder einen Rückgang, verglichen mit der Wahl vom 31. Juli, gebracht hatten. Hitler bestritt den effektiven Stimmenrückgang, zog statistische Vergleiche und behauptete:<sup>289)</sup>

„Je mehr die Ereignisse zur Entscheidung drängen, um so mehr Opfer erfordert der Kampf. Entscheidend ist allein, wer in diesem Kampf das letzte Bataillon auf die Walstatt bringt.“

In Parallele zu dieser Behauptung erklärte Hitler im 2. Weltkrieg:<sup>291)</sup>

---

1936 Befehlshaber im Wehrkreis VII (München), 1940 Generalfeldmarschall. Hitlers Brief ist im Wortlaut wiedergegeben bei Thilo Vogelsang, Hitlers Brief an Reichenau vom 4. 12. 1932, Vierteljahrhefte für Zeitgeschichte (8) 1939, S. 433 ff.

<sup>288)</sup> Die Reichswehr unterhielt vor 1933 enge Beziehungen zur Roten Armee, vgl. Edward Hallett Carr, Berlin-Moskau, Deutschland und Rußland zwischen den beiden Weltkriegen, Stuttgart 1954. (Deutsche Übertragung von German-Soviet Relations between the two World Wars 1919—1939, Baltimore 1951.)

<sup>289)</sup> Bericht im VB. Nr. 342 v. 7. 12. 1932.

<sup>291)</sup> Rede vom 8. 11. 1941; vgl. Bd. II, S. 1778.

„Der Krieg kann dauern so lange er will – das letzte Bataillon aber auf diesem Feld wird ein deutsches sein!“

Im innenpolitischen Kampf mochte eine solche These berechtigt sein, denn die NSDAP. war damals immerhin die stärkste aller deutschen Parteien, im Krieg jedoch war sie, schon rein rechnerisch gesehen, eine Utopie. Denn als die Deutschen ihr letztes Bataillon verbraucht hatten, da verfügten ihre Gegner noch über ganze Armeen!

Am 6. Dezember wurde der neugewählte Reichstag eröffnet. Diesmal hatte Hitler dafür gesorgt, daß seine Partei den Alterspräsidenten stellte: den 82jährigen General von Litzmann, den „Löwen von Brzezini“<sup>292)</sup>. Wenn schon im damaligen Deutschland Generäle die höchsten Staatsämter einnahmen: mit Generalen konnte Hitler ebenfalls aufwarten. Der alte Kämpfe Litzmann war ein begeisterter Bewunderer Hitlers und leistete ihm, sicherlich im guten Glauben, Hilfestellung<sup>293)</sup>, wo er nur konnte.

Seine Rede im Reichstag war eine einzige Anklage gegen Hindenburg, der einem Hermann Müller, einem Brüning und einem von Papen sein volles Vertrauen geschenkt, aber Hitler abgelehnt habe. Es handele sich darum, daß der Reichspräsident dem historischen Fluch entgehe, das deutsche Volk zur Verzweiflung getrieben und dem Bolschewismus ausgeliefert zu haben, obwohl der Retter (Hitler) bereitstand.

Anschließend wurde Göring mit den Stimmen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei gegen diejenigen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Deutschnationalen zum Präsidenten gewählt. In seiner Antrittsrede erklärte er, daß die Nationalsozialisten es auf das lebhafteste bedauerten, daß durch die Ernennung des Reichswehrministers zum Kanzler die Wehrmacht in den politischen Tagesstreit hineingezogen worden sei.

Nach diesen ersten Ohrfeigen für Schleicher landete Hitler am zweiten Tag der Reichstagssitzung einen weiteren Schlag gegen den neuen Kanzler. Nach Artikel 51 der Reichsverfassung war der Kanzler Vertreter des Reichspräsidenten bis zur Neuwahl. Im Fall des Todes von Hindenburg wäre Schleicher also Reichskanzler, Reichspräsident und Reichswehrminister in einer Person und die Militärdiktatur praktisch verwirklicht gewesen.

Um dies zu verhindern, ließ Hitler einen nationalsozialistischen *Gesetzentwurf* einbringen, wonach künftig der *Reichsgerichtspräsident*<sup>294)</sup> *Stellvertreter des Reichspräsidenten* sein sollte. Bei der Debatte widersprach der deutschnationale Abgeordnete von Freytag-Loringhoven dem Antrag und schlug vor, dem Reichspräsidenten das Recht zu verleihen, durch ein politisches Testament seinen Vertreter selbst zu bestimmen.

Dies wurde jedoch abgelehnt und der Antrag der NSDAP. mit verfassungsändernder Mehrheit angenommen. Dagegen stimmten nur die Kommunisten und die Deutschnationalen.

Hitler aber hatte sich den Vorschlag Freytag-Loringhovens wohl gemerkt und operierte damit sowohl beim Tod Hindenburgs 1934 als auch bei der Abfassung seines eigenen Testaments 1945, obwohl er beide Male gegen die Verfassung und gegen das von ihm selbst 1932 veranlaßte Stellvertretungsgesetz verstieß.

<sup>292)</sup> Karl v. Litzmann (1850–1936), General der Infanterie, erkämpfte 1914 mit der 3. Gardedivision den Durchbruch bei Brzeziny.

<sup>293)</sup> Über die Rolle Litzmanns während der Aktion v. 30. 6. 1934 vgl. S. 403 f.

<sup>294)</sup> Damals Dr. Bumke, der sich schon am 25. 10. 1932 durch das Staatsgerichtshofsurteil gegen Papen Sympathien bei Hitler erworben hatte.

Einen Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen das Kabinett Schleicher ließen die Nationalsozialisten durch einen Geschäftsordnungstrick und dann durch die Vertagung des Reichstags nicht zur Behandlung kommen. Hitler wollte Schleicher während der kalten Jahreszeit ruhig in seinem Amt zappeln lassen. Die NSDAP. hatte mit der KPD. zusammen die absolute Mehrheit im Reichstag. Sie konnten jederzeit ein Mißtrauensvotum beschließen, aber nur dann, wenn es Hitler paßte. So war alles wunderschön eingefädelt, da platzte eine Bombe, die Schleicher gelegt hatte.

Der neue Kanzler war, wie jeder Präsidialkanzler, genötigt, sich eine Tolerierungsmehrheit im Reichstag zu suchen. Er hatte sich an das Zentrum, an die sozialdemokratischen Gewerkschaften und, da er sich mit Hitler nicht arrangieren konnte, an Strasser gewandt in der Hoffnung, mit diesem wenigstens einen Teil der nationalsozialistischen Abgeordneten für sein Regierungsprogramm zu gewinnen.

Strasser hatte sich ohne Einwilligung Hitlers mit Schleicher am 3. Dezember getroffen und die Frage seines Eintritts in das Kabinett als Vizekanzler diskutiert.

Gregor Strasser war ein sonderbarer Heiliger. Dieser politisierende Apotheker hätte besser in eine bürgerliche Partei gepaßt, aber dort hätte er wahrscheinlich wenig Chancen gehabt. Seine politischen und wirtschaftlichen Ideen<sup>295)</sup> waren ein Konglomerat aus allen möglichen Programmen und änderten sich je nach der Situation. In der NSDAP. war Strasser zum Reichsorganisationsleiter aufgestiegen, da er ohne Zweifel Organisationstalent besaß. Er verfügte in der Parteiführung über einen gewissen Anhang, jedoch nur, solange Hitler nicht anwesend war. Strasser hat nie begriffen, daß in der nationalsozialistischen Partei nur einer zu bestimmen haben sollte, und dies war Hitler! Er bezahlte seinen Irrtum mit dem Leben<sup>296)</sup>.

Daß Strasser glaubte, ohne Genehmigung Hitlers Minister bei Schleicher werden zu können, zeigt, wie wenig er diesen Mann und seine Partei verstand.

Wie in einem bürgerlichen Verein schrieb Strasser nach einem Wortwechsel mit Hitler diesem am 8. Dezember einen Brief und stellte ihm seine sämtlichen Parteiämter zur Verfügung. Er erwartete wohl, Hitler werde ihn eilends zurückholen und kniefällig bitten, seine Ämter wieder zu übernehmen. Er erkannte offenbar gar nicht, welches Sakrileg er mit der Auflehnung gegen Hitlers Willen begangen hatte.

Hitler aber war sich wohl darüber klar, daß Strassers Verhalten eine schwere Krise der Partei sowohl innerlich als auch in der Öffentlichkeit darstellte. Nach der Wahlniederlage schienen jetzt Auflösungstendenzen den weiteren Abstieg der Partei anzukündigen. Hitler war zunächst so deprimiert, daß er Goebbels gegenüber die Worte gebrauchte<sup>297)</sup>:

„Wenn die Partei einmal zerfällt, dann mache ich in drei Minuten mit der Pistole Schluß.“

Aber bald hatte er sich wieder gefangen. Zunächst ließ er durch die *Reichspressestelle der NSDAP. folgendes mitteilen*:<sup>298)</sup>

<sup>295)</sup> Vgl. H. R. Knickerbocker, „Kommt Europa wieder hoch?“. Berlin 1932 — Unterhaltung mit Gregor Strasser S. 204 ff.

<sup>296)</sup> Strasser wurde am 30. 6. 1934 ermordet. Vgl. S. 403 ff.

<sup>297)</sup> Vgl. Goebbels a. a. O. S. 220.

<sup>298)</sup> VB. Nr. 345 v. 10. 12. 1932.

„Pg. Gregor Strasser tritt mit Genehmigung des Führers einen Krankheitsurlaub von drei Wochen an. Alle weiteren daran geknüpften Kombinationen sind unzutreffend und entbehren jeder Grundlage.“

Dann besann er sich auf seine Redegabe, ließ die nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten und sämtliche erreichbaren Gauleiter und Parteinspektoren im Reichstagspräsidentenpalais zusammenrufen. Er hatte sich entschlossen, diesmal bei seiner Rede die sentimentale Tour anzuwenden und hielt eine *ein-stündige Ansprache*, in der er, förmlich schluchzend, von der abgrundtiefen Treulosigkeit, die man ihm angetan, berichtete. Er ging, wenn man Teilnehmern glauben darf, sogar so weit, mit Selbstmord zu drohen, wenn man ihm nicht augenblicklich absolute Treue und blinden Gehorsam gelobe.

Der Erfolg dieser Rede war durchschlagend: Jeder einzelne Anwesende beeilte sich, Hitler in die Hand unverbrüchliche Treue zu geloben. Strasser hatte keinen einzigen Anhänger mehr. Selbst dessen engster Freund, Gottfried Feder, erneuerte das Treuegelöbnis auf Hitler<sup>298a)</sup>.

Der Völkische Beobachter aber brachte über die Szene folgenden Bericht<sup>299)</sup>: „Der Führer hielt sodann eine Ansprache an die Fraktion, die in der Feststellung ausklang, daß die Kraft und Stärke der NSDAP. in erster Linie in der Treue liege, im Zusammenhalt auf Leben und Tod, woran alle Angriffe zerschellen müßten.

Göring erklärte, daß sich in dieser Stunde nicht nur die Führer und Abgeordneten der NSDAP., sondern die gesamte Bewegung auch seelisch um ihren Führer schare.

Die gesamte Fraktion umringte daraufhin spontan den Führer und brachte ihm stürmische Ovationen dar. Jedes einzelne Mitglied der Fraktion empfand das Bedürfnis, dem Führer auch noch persönlich das Gelöbnis der Treue in die Hand abzulegen. Darüber hinaus gab die Reichstagsfraktion auch noch formell die einmütige Erklärung ab, daß sie geschlossen hinter ihrem Führer Adolf Hitler stehe.“

Gleichzeitig veröffentlichte der Völkische Beobachter Loyalitätserklärungen sämtlicher Gauleiter und Landesinspektoren, der preußischen Landtagsfraktion, der SA. und SS. mit Stabschef Röhm, von Gottfried Feder (!) usw.

Mit seiner sentimentalischen Ansprache vom 9. Dezember hatte Hitler ein rhetorisches Meisterstück vollbracht, das er zwei Jahre später<sup>300)</sup> bei der Krise zwischen Reichswehr und SS. in ähnlicher Form und mit gleichem Erfolg wiederholte.

Wie die SA.-Krise im Herbst 1930<sup>301)</sup>, so benutzte Hitler auch die Strasser-Affäre, um seine eigene Machtvollkommenheit in der Partei auszubauen. Hatte er sich damals selbst zum OSAF. (Obersten SA.-Führer) und Ernst Röhm zum Stabschef gemacht, so übernahm er jetzt selbst die politische Organisation und ernannte den ihm ergebenen Dr. Robert Ley zum Stabsleiter. Die entsprechende *Bekanntmachung* ging noch am 9. Dezember hinaus:<sup>302)</sup>

<sup>298a)</sup> Gottfried Feder, geb. 1883 in Würzburg, Verfasser der Broschüre „Brechung der Zinsknechtschaft“, 1933—1934 Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, gest. 1941 in München.

<sup>299)</sup> VB. Nr. 346/347 v. 11./12. 1932.

<sup>300)</sup> Rede vom 3. 1. 1935 vor der deutschen „Führerschaft“. Vgl. S. 468 ff.

<sup>301)</sup> Empörungen innerhalb der SA. gegen den legalen Kurs Hitlers. Absetzung des bisherigen Obersten SA.-Führers Hauptmann a. D. Pfeffer v. Salomon durch Hitler.

<sup>302)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 346/347 v. 11./12. 12. 1932.

Dr. Robert Ley, 1890 in Niederbreitenbach, Chemiker, 1932 Stabsleiter der Politischen Organisation der NSDAP. 1933—1945 Führer der DAF. 1945 Selbstmord in Nürnberg.

9. Dezember 1932

„Verfügung

1. Ich übernehme bis auf weiteres vom heutigen Tage an die Leitung der politischen Organisation selbst.
2. Ich ernenne zu meinem Stabsleiter für die politische Organisation den bisherigen Reichsinspekteur II Robert Ley.
3. Am Mittwoch, den 13. Dezember, gebe ich neue Richtlinien und Anordnungen, entsprechend dem Aufruf vom 6. November 1932, zur Herstellung einer erhöhten Schlagkraft der Bewegung bekannt.

Berlin, den 9. Dezember 1932.

Adolf Hitler.“

Bereits am folgenden Tag aber begann Hitler eine neue Rede-Kampagne, um den schlechten Eindruck der Strasser-Krise draußen im Lande auszumerzen. Da die Regierung bis zum 2. Januar einen Burgfrieden verhängt hatte, war er gezwungen, auf internen Partei-Kundgebungen zu sprechen, die allerdings dann durch die Presse den nötigen Widerhall in der Öffentlichkeit fanden.

Am 10. Dezember erklärte er vor 15 000 *Parteiamtswaltern in Breslau* (Messehof)<sup>303</sup>:

„Die Bewegung hat das Recht zur Macht, und diesen Anspruch werde ich niemals verkaufen. Man wird keinen in unserer Bewegung finden, der es billiger macht.

Diese Bewegung steht unerschütterlich in der deutschen Geschichte wie ein Fels im Meer.

Die Spekulation auf den Verfall der Bewegung sind fehl am Platze. In Berlin hat die NSDAP. gestern die trügerischen Hoffnungen unserer Gegner zerschlagen. Die Bewegung steht fest und unerschütter.

Wenn uns unsere Gegner vielleicht bei der letzten Reichstagswahl zahlenmäßig eine Schlappe beigebracht haben, dann werden wir das im nächsten Jahr mit Zins und Zinseszins zurückzahlen. Ich denke, daß wir im März den Herren wieder in offener Feldschlacht gegenüberstehen werden.“

Am 11. Dezember sprach Hitler auf *Amtswalter-Tagungen in Dresden* (Zirkus Sarrasani), in *Chemnitz* (Kaufmännisches Vereinshaus), ferner in *Leipzig* (Zoo), wo er verkündete:<sup>304</sup>

„Den Preis für die Bewegung habe *ich* festgesetzt. Niemand wird sie billiger geben. Sollte sich aber jemals einer finden, so wäre er in der nächsten Stunde schon in der Partei verloren und hätte keine Bewegung hinter sich<sup>305</sup>).

Auf das Parkett der Intrigen, auf dem die anderen Meister sind, lassen wir uns nicht locken.

Die Zeit macht mich nicht mürbe. Gewiß, wir haben 30 Mandate verloren, aber unterdessen haben unsere Gegner zwei Regierungen verloren! Auch das neue Kabinett wird nicht länger leben. Wir werden die 30 Mandate wieder hereinholen. Unser Rekrutendepot ist größer als das ihre, und ich werde diese Arbeit in erster Linie und rücksichtslos gegen meine Person auf mich nehmen.

Am 2. Januar schließt der Burgfriede, und am 3. werden wir wieder im Kampfe stehen.“

Wenn er auch den Namen Strasser nicht nannte, so wußte doch jeder, wer derjenige war, der es „billiger“ getan hätte.

Hitler gab am 15. Dezember die Auflösung verschiedener Parteiämter und -dienststellen bekannt. Er wollte dadurch Strassers politischen Apparat zerschlagen und jede Erinnerung an dessen Tätigkeit auslöschen.

<sup>303</sup>) Veröffentlicht im VB. Nr. 348 v. 13. 12. 1932.

<sup>304</sup>) Veröffentlicht im VB. Nr. 348 v. 13. 12. 1932.

<sup>305</sup>) Anspielung auf Gregor Strasser.



Am 16. Dezember sprach Hitler vor der *Landtagsfraktion der NSDAP. in Preußen*<sup>306)</sup> und gab eine Sympathie-Erklärung für General Litzmann ab, den Schleicher wegen seiner Attacke gegen Hindenburg angegriffen hatte. Zu Schleichers programmatischer Rundfunkansprache vom 15. Dezember erklärte er: „Ist das alles?“

Die Aera Schleicher werde ebenso wie die vorhergehenden eine kurze Episode für die Nation sein.

„Wir haben die Jugend, wir haben den größeren Mut, den stärkeren Willen und die größere Zähigkeit. Was kann uns da noch zum Sieg fehlen?“

Am 17. und 18. Dezember sprach Hitler auf weiteren *Amtswaltertagungen in Halle bzw. Magdeburg und Hamburg* zum gleichen Thema<sup>307)</sup>.

In Halle erklärte er u. a.:

„Wir sind heute in Deutschland die stärkste politische Partei. Wenn es unseren Gegnern wirklich ernst wäre mit einer Verständigung, dann frage ich sie: Warum haben Sie, meine Befürworter und Gönner aus dem bürgerlichen Lager, [mir] nicht die Macht bewilligt, die Sie doch bisher jedem SPD.-Bonzen ohne weiteres zugestanden hätten? Ich lasse mich nicht schlechter behandeln als die ‚Organisatoren des Landesverrats‘.

Glauben Sie, es wäre für unsere Bewegung vorteilhafter gewesen, wir wären jetzt gleichzeitig mit Papen torpediert worden? Für mich ist die Reichsregierung niemals das Verdun der Westfront. Wir sind auch nicht dazu da, etwa ruinierte Staaten wieder in Ordnung zu bringen, um uns dann zum Schluß einen Fußtritt geben zu lassen. Wir haben das z. B. schon einmal in Thüringen erlebt. Ich verwahre mich ganz entschieden gegen den Vorwurf, wir hätten nur Fehler gemacht. Wäre meine Arbeit lauter Fehler gewesen, wie hätte dann aus sieben Mann eine Millionenbewegung werden können?

Niemals kann ich so handeln, wie ein beliebiger Parteiführer, der eines Tages als Hospitant auftritt, weil sein eigener Laden in die Brüche gegangen ist. Ich kämpfe nicht, um Konzessionen zu machen oder gar um zu kapitulieren.“

Am 20. Dezember *dementierte* Hitler Berichte der Frankfurter Zeitung und des Vorwärts:<sup>308)</sup>

„Die ‚Frankfurter Zeitung‘ vom 19. Dezember und andere Blätter berichten, ich hätte in Halle vor den Amtsverwaltern erklärt, Gregor Strasser sei von mir ‚bestraft‘ worden; ich hätte im ersten Konflikt mit den Brüdern Strasser große Milde walten lassen; um so härter müsse jetzt gestraft werden. Als ich mir dann von jedem Amtswalter ewigen Gehorsam in die Hand habe schwören lassen, sei es zu einer Prügelei gekommen und die Opposition habe sich gewaltsam Eintritt in den Saal verschafft.

Diese Meldung der ‚Frankfurter Zeitung‘ ist von Anfang bis Ende frei erfunden. Der Fall Strasser wurde von mir überhaupt nicht berührt. Der Name Gregor Strasser wurde nicht erwähnt. Selbstverständlich drang keine ‚Opposition‘ in den Saal, und es fand daher auch keine Prügelei statt, wohl aber möchte die Straße durch die Polizei von randalierenden Kommunisten geräumt werden.  
Adolf Hitler.“

In der Tat, für Hitler war der Fall Strasser erledigt. Am 30. Juni 1934 setzte er den Schlußpunkt darunter!

Das Jahr 1932 ging zur Neige, aber auch Hitlers Kampf um die Macht neigte sich dem Ende zu. In diesen zwölf Monaten hatte er fast alle Gegner aus dem Felde geschlagen: zuerst Groener, dann Brüning, dann Papen. Der gefährliche Schleicher war isoliert und mußte über kurz oder lang stürzen. Die Kommunisten waren auf den öffentlichen Straßen zum Freiwild geworden. Die verhassten sozialdemokratischen Machthaber in Preußen hatten ihren Einfluß verloren. Die Zentrumspolitiker, aus ihren Schlüsselstellungen vertrieben, waren bereit, eine

<sup>306)</sup> Bericht im VB. Nr. 353/354 v. 18./19. 12. 1932.

<sup>307)</sup> Berichte im VB. Nr. 355 v. 20. 12. 1932.

<sup>308)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 356 v. 21. 12. 1932.

Kanzlerschaft Hitlers zu akzeptieren. In Hindenburgs Abneigung gegen Hitler war eine Bresche geschlagen. Papen aber hatte in den Monaten August bis November einsehen gelernt, daß es ohne Hitler nicht ging und man ihm infolgedessen seinen Willen lassen mußte.

Als Papen das Kanzleramt verließ, widmete ihm Hindenburg tränenden Auges sein Bild mit der Unterschrift „Ich hatt' einen Kameraden“<sup>309)</sup>. Aber diesen Kameraden verlor er gar nicht, er blieb da! Papen wohnte nach wie vor in der Reichskanzlerwohnung und ging beim Reichspräsidenten ein und aus. Da konnte es nicht mehr lange dauern, bis auch Hindenburg einsah, daß man ohne Hitler nicht weiterkam. So reiften die Früchte der Ernte entgegen. Es wurde aber auch Zeit für Hitler: die Weltwirtschaftskrise ging zu Ende, und in Genf hatte man am 11. Dezember Deutschland die militärische Gleichberechtigung zugestanden. Das innen- und außenpolitische Chaos konnte nicht mehr lange andauern!

Hitler hatte zeitweise selbst stark an dem Erfolg seines innenpolitischen Kampfes gezweifelt. Daß er dann schließlich doch triumphierte, bedeutete für ihn eine Genugtuung, an der er sein ganzes ferneres Leben zehrte. Er kam in seinen Reden, besonders während des 2. Weltkrieges, immer wieder darauf zurück. Aber er hatte damals nicht nur eine Genugtuung, sondern geradezu einen psychischen Schock erhalten, der seine späteren Taten und Entscheidungen nachhaltig beeinflußte.

Hatte Hitler während des Jahres 1932 noch verschiedentlich zugegeben, daß auch er Fehler machen könne, so setzte sich auf Grund seines überraschenden innenpolitischen Erfolges bei ihm die Überzeugung fest, er werde in jedem Fall am Ende doch recht behalten. Jeder Gedanke, den er gehegt, jedes Ziel, das er sich einst gestellt, sei ebenso zur Verwirklichung bestimmt wie sein unerhörtes Unterfangen, in Deutschland die Macht zu übernehmen. Mochten die Menschen noch so sehr an der Durchführbarkeit von Hitlers Ideen zweifeln, mochte die ganze Welt dagegen opponieren — das Jahr 1932 hatte nach seiner Überzeugung bewiesen, daß er sich gar nicht irren konnte, daß er auf Wunsch der Vorsehung immer recht haben sollte. Der Gottmensch Hitler hatte Gestalt angenommen!

Später erklärte Hitler einmal, in diesem innenpolitischen Kampf habe er seine „besten Jahre verbraucht“<sup>310)</sup>.

In physischer Hinsicht war dies sicherlich nicht der Fall, denn seine Vitalität ließ von 1933 an wirklich nichts zu wünschen übrig. Man könnte höchstens vermuten, daß er im Verlauf des Jahres 1932 den letzten Rest von außenpolitischem Verstand einbüßte, falls er jemals solchen besessen haben sollte.

Denn die Schlußfolgerungen, die Hitler aus den Ereignissen des Jahres 1932 zog, zeigten, daß er völlig den Boden unter den Füßen verloren hatte.

Hitler war der Meinung, er brauche nur die Russen so zu behandeln wie die deutschen Kommunisten und die Engländer so wie die Deutschnationalen, dann werde ihm zwangsläufig die Herrschaft über die ganze Welt zufallen. —

So ist das Jahr 1932, das hier sehr ausführlich behandelt wurde, nicht nur der Schlüssel zum Verständnis von Hitlers Machtübernahme, sondern auch von Hitlers Außen- und Kriegspolitik. Diese beruhte auf seinem Grundsatz: „Ich bin fest überzeugt, daß dieser Kampf um kein Haar anders ausgehen wird als der Kampf, den ich einst im Innern ausfocht!“<sup>311)</sup>

<sup>309)</sup> Beginn eines melancholischen deutschen Soldatenliedes.

<sup>310)</sup> Rede vom 9. 4. 1938; vgl. S. 848.

<sup>311)</sup> Rede vom 8. 11. 1940; vgl. Bd. II, S. 1603.

# Das Jahr 1933

## Übersicht über den Verlauf

Was Hitler im Jahre 1932 konstant verweigert worden war, das gewährte man ihm endlich am 30. Januar 1933: er wurde Reichskanzler und Chef eines Präsidialkabinetts<sup>1)</sup>. Anders als seine beiden Vorgänger Papen und Schleicher wußte er sich durch das Bestehen auf Reichstagsneuwahlen eine parlamentarische Mehrheit zu sichern. Denn das Vertrauen des Reichspräsidenten allein war, wie die vergangenen Monate gezeigt hatten, für eine Regierung keine verlässliche Basis. Hitler war aber, wie er im Oktober 1932 mehrfach angekündigt hatte<sup>2)</sup>, entschlossen, den deutschen Regierungszug, in den er nun als Lokomotivführer eingestiegen war, unter keinen Umständen wieder zu verlassen.

Dazu wollte er „die Macht schnell und in einem Zuge“ erobern<sup>3)</sup>. Nach den Grundsätzen der Weimarer Verfassung war Hitler zum verantwortlichen Leiter der deutschen Politik berufen worden. Jetzt aber sollte eben diese Verfassung möglichst schnell insoweit außer Kraft gesetzt werden, als sie ihm zum Gebrauch der Macht hinderlich war oder anderen Persönlichkeiten und Gruppen Handhabe bieten konnte, irgendwelche Machtansprüche auszuüben oder geltendzumachen.

„Streng verfassungsmäßig werden wir die Verfassung ändern“, hatte Hitler zwar noch im Jahre 1932 erklärt<sup>4)</sup> und seine Gegner vor jedem Staatsstreich und Verfassungsbruch gewarnt. Gar so streng hielt er sich jedoch nun in der Praxis nicht an die Verfassungsvorschriften. Warum sollte er auch? Seine Vorgänger hatten ihm vorgeführt, wie sehr man die Verfassung mit Hilfe des Artikels 48 strapazieren konnte.

So war bereits die Verordnung des Reichspräsidenten zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen vom 6. Februar<sup>5)</sup> ein eklatanter Verfassungsbruch und noch dazu ein offener Verstoß gegen das Urteil des Staatsgerichtshofs vom 25. Oktober 1932. Wohlweislich ließ Hitler diese Verordnung, durch die die Auflösung des Preußischen Landtags erzwungen wurde, durch Papen gegenzeichnen, einer der wenigen Fälle, in denen sich Hitler in seinen Reichskanzlerfunktionen von ihm vertreten ließ.

Der nächste Schritt war die Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar<sup>6)</sup>. Durch sie wurden nicht nur alle Artikel der Weimarer Verfassung, die bei einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung aufgehoben werden konnten (z. B. Unverletzlichkeit der Person, der Wohnung, des Briefgeheimnisses usw.) außer Kraft gesetzt, sondern es wurde auch der Reichsregierung (in der Praxis dem Reichsinnenminister) das nur dem Reichspräsidenten zustehende Recht übertragen, Reichskommissare in den Ländern einzusetzen und die Befugnisse der obersten Landesbehörden zu übernehmen. Von dieser Möglichkeit machte Hitler nach dem 5. März in allen nicht nationalsozialistisch regierten Ländern entsprechenden Gebrauch.

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu S. 185 ff.

<sup>2)</sup> Vgl. S. 140.

<sup>3)</sup> Rede v. 12. 7. 1933, vgl. S. 289.

<sup>4)</sup> Rede v. 7. 9. 1932, vgl. S. 134.

<sup>5)</sup> RGBl. 1933 I S. 43.

<sup>6)</sup> RGBl. 1933 I S. 83.

Am 12. März 1933 folgte der nächste Verfassungsbruch. Artikel 3 der Reichsverfassung bestimmte, daß die Reichsfarben schwarz-rot-gold sind. Demgegenüber ordneten Hindenburg und Hitler durch Erlaß des Reichspräsidenten vom 12. März <sup>7)</sup> an, daß die schwarz-weiß-rote Fahne und die Hakenkreuzflagge gemeinsam „bis zur endgültigen Regelung der Reichsfarben“ zu hissen seien.

Das vom Reichstag mit verfassungsändernder Mehrheit beschlossene Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich vom 24. März (Ermächtigungsgesetz) <sup>8)</sup> bestimmte, daß künftig die Reichsregierung die Gesetze erlassen konnte und der Reichskanzler, nicht der Reichspräsident, sie ausfertigte und verkündete. Auch jede Verfassungsänderung konnte durch die Reichsregierung künftig verfügt werden, soweit nicht die Einrichtung des Reichstags oder des Reichsrats als solche betroffen würde. Die Rechte des Reichspräsidenten sollten zwar angeblich unberührt bleiben, aber schon die Ausfertigung der Gesetze durch den Reichskanzler war eine wesentliche Einschränkung seiner Rechte. Außerdem war die verfassungsmäßige Reichspräsidentennachfolge in diesem Ermächtigungsgesetz nicht garantiert <sup>9)</sup>.

Zwei neue Gesetze der Reichsregierung entmachteten die Länder: Das vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März <sup>10)</sup> wies den Landesregierungen das Gesetzgebungsrecht der Landtage zu und bildete diese analog den Reichstagswahlergebnissen vom 5. März um. Das zweite Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 7. April <sup>11)</sup> führte in allen Ländern Reichsstatthalter ein, die die Landesregierungen zu ernennen hatten. Im größten Land, in Preußen, übernahm Hitler selbst die Funktion des Reichsstatthalters. Damit war auch das Länderorgan, der Reichsrat, dessen Einrichtung angeblich vom Ermächtigungsgesetz nicht berührt werden sollte, ausgeschaltet.

Nun ging es weiter an die Beseitigung der Gewerkschaften, der politischen Parteien und Verbände. Nachdem die Büros der Gewerkschaften bereits am 2. Mai geschlossen worden waren, ordnete Hitler am 10. Mai die Errichtung der Deutschen Arbeitsfront (DAF.) als neue nationalsozialistische Organisation der Schaffenden an und machte Dr. Robert Ley zu deren verantwortlichem Leiter.

Die Kommunistische Partei war bei den Wahlen vom 5. März noch vertreten gewesen. Den gewählten Abgeordneten wurde jedoch die Übernahme ihrer Mandate nicht gestattet. Durch Gesetz vom 26. Mai wurde das Vermögen der KPD. eingezogen. Ein offizielles Verbot wurde nicht ausgesprochen, dagegen ein Verbot der Sozialdemokratischen Partei am 22. Juni erlassen. Das Vermögen der SPD. und des Reichsbanners war bereits am 10. Mai beschlagnahmt worden.

Am 21. Juni wurden die deutschnationalen Kampfringe (Kampfverbände) verboten. Der Stahlhelm wurde z. T. der SA. eingegliedert, z. T. Hitler unterstellt.

Am 27. Juni löste sich die Deutschnationale Volkspartei (Kampffront Schwarz-Weiß-Rot) selbst auf. Hugenberg trat als Reichsminister zurück.

Die Selbstaufösungen der übrigen Parteien erfolgten am 28. Juni: Deutsche Staatspartei (Deutsche Demokratische Partei), 30. Juni: Christlich-Sozialer Volksdienst und Deutsch-Hannoversche Partei, 1. Juli: Volksrechtspartei, 4. Juli: Deutsche Volkspartei und Bayerische Volkspartei, 5. Juli: Zentrumspartei.

7) RGBl. 1933 I S. 103.

8) RGBl. 1933 I S. 141.

9) Vgl. hierzu S. 229.

10) RGBl. 1933 I S. 153.

11) RGBl. 1933 I S. 173.

Am 14. Juli erließ Hitler ein Gesetz, daß in Deutschland als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei bestehe und jeder Versuch, eine neue Partei zu bilden, mit Zuchthaus bis zu 3 Jahren bestraft werde<sup>12)</sup>.

Hitler konnte wohl behaupten, daß man somit „die politische Macht schnell und in einem Zuge“ habe erobern können. Die Entwicklung zeigte jedoch, daß er mit dem damals erreichten Stand keineswegs zufrieden war und unaufhörlich an der Vergrößerung seiner Machtfülle weiterarbeitete.

Auf wirtschaftlichem Gebiet waren seine Methoden dagegen weit laxer. Er ließ den Wirtschaftlern und auch den Fachministern ziemlich freie Hand, verbat sich aber grundsätzlich jede Währungsmanipulation. Die aufgestaute deutsche Arbeitskraft kam durch Hitlers Wirtschaftsprogramm, Häuserreparaturen, Straßenbau, Ankurbelung der Betriebe durch Staatsaufträge, Förderung der Motorisierung usw. recht schnell wieder in Funktion, und da die Weltwirtschaftskrise ebenfalls abklang, so dauerte es nicht lange, bis die Wirtschaftsmisere, die mehrere Jahre hindurch Deutschland erschüttert hatte, verschwunden war. Die Mehrzahl der Deutschen, die jahrelang unter drückender Not gelitten hatten, waren mit Hitlers Regierung daher recht zufrieden und kümmerten sich wenig um dessen politische Maßnahmen zur Ausschaltung andersdenkender Parteien und zur Unterdrückung politischer Gegner.

Das Ausland freilich betrachtete die Entwicklung in Deutschland mit Sorge. Die ausländische Presse kritisierte offen die Entwicklung Deutschlands zum Einparteiensystem bzw. zur Hitler-Diktatur.

Hitler, darüber erbost, ordnete für den 1. April einen Boykott der jüdischen Geschäfte in Deutschland an. Er betrachtete eine solche Maßnahme als geeignetes Druckmittel auf das Ausland, und der Erfolg schien ihm recht zu geben<sup>13)</sup>.

Der Abschluß des Konkordates mit dem Heiligen Stuhl, unterzeichnet am 8. Juli, half Hitler nicht nur, das Zentrum zur Selbstauflösung zu veranlassen, sondern stärkte auch seine eigene außenpolitische Position<sup>14)</sup>.

Andererseits wollte er es keineswegs zu einer außenpolitischen Konsolidierung der Verhältnisse kommen lassen. Das innenpolitische Chaos hatte ihn zur Macht gebracht. Das außenpolitische Chaos würde ihm, so hoffte er, die Verwirklichung seiner außenpolitischen Ziele ermöglichen. Wenn die Welt bzw. der Völkerbund Deutschlands Wünsche nach Gleichberechtigung, nach Revision des Versailler Vertrages usw. akzeptierte, dann hatte er nicht mehr die Möglichkeit, mit der Miene der gekränkten Unschuld Forderung auf Forderung zu erheben und sie in seinem Sinn und mit seinen Methoden durchzusetzen.

Hitler war daher eifrig bemüht, die Verwirklichung der von den Großmächten am 11. Dezember 1932 beschlossenen deutschen Gleichberechtigung zu hintertreiben. Was er schon am 17. Mai bei seiner außenpolitischen Reichstagsrede angekündigt hatte<sup>15)</sup>, machte er am 14. Oktober wahr und erklärte Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund und aus der Abrüstungskonferenz<sup>16)</sup>. Aber wie gewöhnlich, schlug er zwei Fliegen mit einer Klappe. Der am 5. März gewählte Reichstag, in dem noch immer die Abgeordneten der Deutschnationalen, des Zentrums usw., wenn auch als Hospitanten der NSDAP, vertreten waren, mißfiel

<sup>12)</sup> RGBl. 1933 I S. 479.

<sup>13)</sup> Vgl. S. 247 ff.

<sup>14)</sup> Vgl. S. 287 f.

<sup>15)</sup> Vgl. S. 278.

<sup>16)</sup> Vgl. S. 305 ff.

1. Januar 1933

ihm schon lange. Jetzt ließ er diesen Reichstag auflösen, angeblich, damit das Volk zum Austritt aus dem Völkerbund Stellung nehmen könne. Dies wäre mit einem Volksentscheid genau so und noch besser möglich gewesen.

Hitler aber wollte einen rein nationalsozialistischen Reichstag, und auch dieser Wunsch ging durch die Neuwahl vom 12. November in Erfüllung. Das Jahr 1933 brachte somit für Hitler Erfolge auf der ganzen Linie.

Er brauchte als Regierungschef nicht wie Mussolini jahrelang um die Anerkennung der absoluten Vorherrschaft seiner Partei oder um einen Ausgleich mit dem Vatikan<sup>17)</sup> zu kämpfen. Innerhalb weniger Monate gelang es ihm, sich in den Besitz aller entscheidenden Positionen zu setzen, ausgenommen derjenigen des Staatsoberhauptes und des Oberbefehlshabers der Wehrmacht.

Dafür hatte er freilich fast fünf Mal so lange und gegen viel größere Widerstände kämpfen müssen, bis man ihn, wie Mussolini, zum Regierungschef ernannte.

\*

## Wiedergabe und Kommentar

### *Neujahrsaufruf*

*an die Nationalsozialisten, Nationalsozialistinnen, Parteigenossen*<sup>18)</sup>

Nach dem üblichen Rück- und Ausblick betonte Hitler, daß er auf keinen Fall von seinen bisherigen Forderungen für eine Regierungsbildung abgehen werde.

„Wenn jemals, dann bin ich gerade heute auf das äußerste entschlossen, das Recht der Erstgeburt unserer Bewegung nicht für das Linsengericht der Beteiligung an einer Regierung ohne Macht zu verkaufen. Der Einwand der Klugen, doch von innen heraus und hintenherum und allmählich sich dann durchzusetzen, ist kein anderer als derjenige, der im Jahre 1917 und 1918 riet, uns mit unversöhnlichen Gegnern zu verständigen und dann in einem Völkerbund uns friedlich mit ihnen auseinanderzusetzen. Das deutsche Volk hat sich diesem Rat dank seiner inneren Verräter ergeben. Die unglückseligen Ratgeber des Kaisers glaubten, sich ihm nicht widersetzen zu sollen. Ich aber werde, solange mir der Allmächtige Leben und Gesundheit läßt, bis zum letzten Atemzuge mich gegen jeden solchen Versuch wehren und weiß, daß ich in dieser Entschlossenheit hinter mir die Millionen Fanatiker und Kämpfer unserer Bewegung besitze, die nicht gehofft, gestritten und gelitten haben dafür, daß die stolzeste und größte Erhebung des deutschen Volkes ihre Mission für ein paar Ministerstühle verkauft!

Denn wenn unsere Gegner uns einladen, in solcher Art an einer Regierung teilzunehmen, dann tun sie es nicht in der Meinung, uns damit langsam und allmählich die Macht zu geben, sondern in der Überzeugung, sie uns damit für immer zu entwinden!

Groß sind die Aufgaben unserer Bewegung für das kommende Jahr. Die größte Aufgabe aber wird die sein, unseren Kämpfern, Mitgliedern und Anhängern in größter Klarheit vor Augen zu führen, daß diese Partei kein Selbstzweck ist, sondern nur ein Mittel zum Zweck. Sie sollen erkennen, daß die Organisation in ihrer ganzen Größe und Schönheit nur dann einen Sinn und damit eine Lebensberechtigung besitzt, wenn sie die ewig unduldsame und kampfentschlossene Verkünderin und Verfechterin der nationalsozialistischen Idee einer kommenden deutschen Volksgemeinschaft ist!

Alles, was diese Bewegung ihr eigen nennt, alles, was sie an Organisationen besitzt, ob in der SA. oder SS., in der politischen Führung, der Zusammenfassung unserer

<sup>17)</sup> Mussolini wurde am 28. 10. 1922 Ministerpräsident, 1925 Diktator. 1929 konnte er die Lateran-Verträge mit dem Hl. Stuhl abschließen

<sup>18)</sup> Wortlaut im VB. Nr. 1 v. 1. 1. 1933.

1. Januar 1933

Bauern und unserer Jugend, alles das kann nur den einen Sinn haben, für dieses neue Deutschland zu kämpfen, in dem es endlich keine Bürger und keine Proletarier mehr geben soll, sondern nur noch deutsche Volksgenossen.

Dies ist die größte Aufgabe, die unserem Volk seit mehr denn tausend Jahren gestellt wurde.

Die Bewegung, die sie löst, gräbt ihren Namen für ewig ein in das unsterbliche Buch der Geschichte unserer Nation.

So wollen wir, Parteigenossen und Parteigenossinnen, SA.- und SS.-Männer, nationalsozialistische Bauern und nationalsozialistische Jugend, angesichts der roten Flut, der Gefahren im Osten und Frankreichs ewigem Drohen, inmitten von Not und Elend, Jammer und Verzweiflung unser Banner fester denn je in die Faust nehmen und mit ihm hineinmarschieren in das kommende Jahr.

Wir wollen bereit sein, zu opfern und zu kämpfen und lieber selbst zu vergehen, als vergehen zu lassen die Bewegung, die Deutschlands letzte Kraft, letzte Hoffnung und letzte Zukunft ist.

Wir grüßen die nationalsozialistische Bewegung, ihre toten Märtyrer und lebenden Kämpfer!

Es lebe Deutschland, das Volk und das Reich!

München, den 31. Dezember 1932.

Adolf Hitler.“

In dieser Neujahrsbotschaft nannte Hitler die Bauern in einem Atemzug mit SA. und SS. Und in der Tat, die Bauern waren zur damaligen Zeit sein größter Aktivposten, stellten sie doch das Hauptkontingent seiner Wähler.

Am 3. Januar unterstrich Hitler auf einer *agrarpolitischen Tagung der NSDAP. in München* in einer längeren *Ansprache*<sup>19)</sup> die besondere Bedeutung des Bauerntums für die nationalsozialistische Bewegung. Ziemlich unverblümt verkündete er, daß die These von „Blut und Boden“ sich nicht nur auf die Innen-, sondern auch auf die Außenpolitik beziehe. Gemeint war die Erwerbung von neuem Grund und Boden, wie sie bereits in *Mein Kampf* proklamiert worden war. Am 3. Januar erklärte Hitler u. a.:

„Die Verwirklichung des vom Nationalsozialismus wieder erweckten fundamentalen volkspolitischen Gedankens, der in der These von ‚Blut und Boden‘ seinen Ausdruck findet, wird die tiefgehendste revolutionäre Umgestaltung bedeuten, die jemals stattgefunden hat.

Unsere durch dieses Wort gekennzeichnete grundsätzliche Forderung der Stärkung der rassistischen Grundlagen unseres Volkes, die zugleich die Sicherung unseres völkischen Daseins überhaupt einschließt, bestimmt auch die gesamte innen- und außenpolitische Zielsetzung des Nationalsozialismus.

Nach erfolgter innenpolitischer Säuberung und Regeneration unseres Volkes wird es auch dem Ausland sehr bald zum Bewußtsein kommen, daß ihm ein anderes Volk gegenübersteht als bisher.

Und damit werden dann die Voraussetzungen geschaffen sein, den eigenen Grund und Boden völlig in Ordnung zu bringen und das Leben der Nation aus Eigenem auf lange Zeit hinaus sicherzustellen. Die weltwirtschaftliche und politische Entwicklung, die automatisch immer mehr zu einer Verschließung der Weltmärkte für unseren Export führt, macht eine große, grundsätzliche Umstellung absolut notwendig. Wenn die heute Regierenden auch ihre Augen davor verschließen, so ist diese chronische Ursache unserer großen wirtschaftlichen Not und entsetzlichen Arbeitslosigkeit doch unbestreitbar vorhanden. Entweder wir beseitigen diese Ursache und führen die dann notwendige Umstellung mit Tatkraft und Energie beizeiten selbst durch oder das Schicksal wird sie erzwingen und unser Volk zerbrechen! Wenn wir innen- und außenpolitisch den fundamentalen Grundsatz von Blut und Boden zur Verwirklichung bringen, dann werden wir

<sup>19)</sup> Auszug im VB. Nr. 4 v. 4. 1. 1933.

3. Januar 1933

in Zukunft als Volk zum ersten Male nicht mehr von den Ereignissen geworfen werden, sondern wir selbst werden dann die Verhältnisse meistern.

Wie der Bauer, der jedes Jahr säen und an seine Ernte glauben muß, ohne zu wissen, ob sie nicht Wind und Wetter zerstört und seine Arbeit ohne Lohn bleibt, so müssen wir auch politisch den Mut haben, das zu tun, was notwendig getan werden muß — ganz gleich, ob im Augenblick der Erfolg schon sichtbar ist oder nicht. Gerade der deutsche Bauer wird in Zukunft noch mehr unseren nationalsozialistischen Kampf verstehen als bisher. Wenn aber der deutsche Bauer, die Grundlage und der Lebensquell unseres Volkes, gerettet ist, dann wird auch die ganze Nation wieder mit Vertrauen in die Zukunft sehen können.“

Am 4. Januar fanden in Deutschland zwei politische Unterredungen statt, die eine in Berlin, die andere in Köln.

In Berlin unterhielt sich der alte Reichspräsident mit Gregor Strasser, der ihm vom Reichskanzler von Schleicher vorgestellt worden war. Es scheint, daß Hindenburg von Strasser persönlich einen ganz guten Eindruck hatte.

Aber was sollte er mit diesem abtrünnigen Reichstagsabgeordneten anfangen, hinter dem nach seinem Bruch mit Hitler niemand mehr stand?

Die Unterredung verlief, ebenso wie eine zweite am 11. Januar, ergebnislos. Hindenburg und Schleicher konnten sich nicht entschließen, Strasser zum Vizekanzler zu ernennen.

In Köln trafen sich am 4. Januar Hitler und Papen im Hause des Bankiers Kurt Freiherr von Schröder <sup>19a)</sup>.

Hitler hatte diese Zusammenkunft vor den meisten seiner Unterführer verborgen gehalten und nur seinen Sekretär Rudolf Heß, den Reichsführer SS. Heinrich Himmler und seinen Wirtschaftsberater Wilhelm Keppler mitgenommen <sup>19b)</sup>. Letzterer, der übrigens auch bei dem Anschluß Österreichs im Jahre 1938 eine besondere Rolle spielte, hatte die Unterredung vermittelt.

Es wäre verfehlt anzunehmen, daß bei den Kölner Unterhaltungen, an denen nur Hitler, Papen und Schröder teilnahmen, etwa finanzielle Angelegenheiten zur Sprache gekommen wären. Hitler verachtete das Geld und hielt es für unter seiner Würde, über finanzielle Nöte zu sprechen. Er hatte genügend Anhänger, die derartige Bittgänge für ihn erledigten. Sehr viele wohlhabende Leute in Deutschland aber öffneten, wenn sie Hitler reden hörten, von selbst und unaufgefordert ihre Börsen, um für die hohen nationalen Ziele, die er predigte, zu spenden.

Die drei Gesprächspartner in Köln konferierten über andere Dinge, nämlich wann und unter welchen Modalitäten man Hindenburg veranlassen könne, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen. Baron von Schröder hatte in diese Richtung hin schon im November einen sehr beachteten Vorstoß unternommen und an Hindenburg eine Denkschrift führender deutscher Wirtschaftler gelangen lassen, in der eindeutig die Kanzlerschaft Hitlers gefordert wurde <sup>20)</sup>.

Papen, der von August bis November 1932 zu spüren bekommen hatte, was eine Gegnerschaft Hitlers bedeutete, war von seinem hohen Roß heruntergestie-

---

<sup>19a)</sup> Kurt Freiherr von Schröder, geb. 1889 in Hamburg.

<sup>19b)</sup> Wilhelm Keppler, geb. 1882 in Heidelberg, 1938 Staatssekretär.

<sup>20)</sup> Die Denkschrift wurde unterzeichnet von Schröder, Dr. Schacht, Fritz Thyssen und einer beträchtlichen Anzahl namhafter Industrieller und Wirtschaftler. Der Wortlaut der Denkschrift ist wiedergegeben bei Meißner-Wilde a. a. O. S. 153. Kommentar S. 288/289. Die Namen der Unterzeichner und anderer Sympathisierender in Zeitschrift für Geschichtswissenschaft Berlin 1956 S. 366 ff.



gen und nunmehr bereit, die Führerschaft Hitlers anzuerkennen. Seine Erfahrungen mit Schleicher mochten diese Sinneswandlung beschleunigt haben. Trotzdem ist es durchaus möglich, daß die Gesprächspartner kein Wort über Schleicher selbst verloren.

Das gemeinsame *Kommunique*, das Hitler und Papen am 5. Januar nach Bekanntwerden ihrer Kölner Unterredung veröffentlichten, hatte folgenden Wortlaut: <sup>21)</sup>

„Gegenüber unrichtigen Kombinationen, die in der Presse über das Zusammentreffen Adolf Hitlers und des früheren Reichskanzlers von Papen vielfach verbreitet werden, stellen die Unterzeichneten fest, daß die Besprechung sich ausschließlich mit den Fragen der Möglichkeit einer großen nationalen politischen Einheitsfront befaßt hat und daß insbesondere die beiderseitigen Auffassungen über das zur Zeit amtierende Reichskabinett im Rahmen dieser allgemeinen Aussprache überhaupt nicht berührt worden sind.“

Was Hitler bei dieser Konferenz zum Gesprächsstoff beitrug, erfahren wir am besten aus der *Rede*, die er noch am gleichen Abend, dem 4. Januar, in *Detmold* anlässlich der Eröffnung des lippeschen Landtagswahlkampfes hielt. Denn Hitler machte keinen großen Unterschied zwischen dem, was er in politischen Verhandlungen, und dem, was er in öffentlichen Kundgebungen zum Ausdruck brachte.

Er erklärte in *Detmold* folgendes: <sup>22)</sup>

„Was die nationalsozialistische Bewegung ins Leben gerufen hat, ist die Sehnsucht nach einer wahren Gemeinschaft des deutschen Volkes, die jahrhundertlang die Besten unserer Nation bewegt hat. Diese Bewegung gibt uns etwas, was man nicht in Worte fassen, sondern nur empfinden kann, und von dem wir wissen, daß es zu tun notwendig ist.

Uns hat das Schicksal die große Aufgabe gestellt, die Zerrissenheit des deutschen Volkes, die Wurzel seines Elends, zu beseitigen. Mit einfachen Notverordnungen von oben herunter auf dem Wege der Gesetzgebung kann man diese Not nicht beheben. Entscheidend ist nicht, daß man sich heute in der Wilhelmstraße einbildet, die Nationalsozialisten zu regieren, sondern entscheidend ist, wer den deutschen Menschen erobert hat.

Wenn ich heute vor der Alternative stände, Reichskanzler zu werden, aber dadurch nicht mehr Arbeiter zu erobern als bisher, oder umgekehrt nicht zu regieren, aber im Laufe der nächsten Monate Millionen neuer arbeitender Menschen der Nation zuzuführen, dann würde ich sagen: ‚Behaltet die Regierung, ich greife nach dem Volke! Die Türe zur Wilhelmstraße werde ich mir dann über kurz oder lang mit diesem Volke schon aufsperrnen!‘

Wenn wir um den deutschen Menschen ringen, dann tun wir es letzten Endes nicht, weil wir ihn als Wähler brauchen, sondern weil wir ihn umerziehen und zu der großen schicksalhaften Aufgabe bewegen wollen, als Volk sich zu einigen und damit die Nation zu befreien.

Diese eine große Mission kann die Bewegung aber nur dann erfüllen, wenn sie unendlichsam ausrottet, was unser Volk zerreißt. Und wenn die Bürger heute unsere Bewegung lästern und fragen: ‚Warum greifen Sie nicht nur die Marxisten, sondern auch die Bürgerlichen an‘, dann gebe ich ihnen zur Antwort: Weil es keine Marxisten gäbe und niemals gegeben hätte, wenn nicht vorher bürgerliche Parteien dagewesen wären.

Die bürgerlichen Parteien würden froh sein, wenn sie nur einen Bruchteil des Glaubens, des Idealismus und des Opfersinns besäßen, der in unserer Bewegung ist. Wo wäre das Bürgertum heute, wenn nicht diese braune Armee, dieser braune Wall, diese braune Mauer sein würde!

<sup>21)</sup> Wortlaut im VB. Nr. 7/8 v. 7./8. 1. 1933.

<sup>22)</sup> Auszug im VB. Nr. 7/8 v. 7./8. 1. 1933.

4. Januar 1933

Meine Gegner haben ein Menschenalter Zeit gehabt. Sie sollten mich doch wenigstens nicht kritisieren. Ich habe 13 Jahre gearbeitet, 13 Jahre nur im Kampf oder im Gefängnis für Deutschland zugebracht und die Volksgemeinschaft dieser Bewegung geschaffen. Was haben denn meine Kritiker, die diese Aufgaben ja auch hätten lösen können, in dieser Zeit zustandegebracht?

Was gut ist an den Gedanken unserer heute herrschenden Gegner, haben sie von uns gestohlen, und was nicht von uns ist, ist unter aller Kritik.

Die Regierung Schleicher wird die Regierung Papen fortsetzen und wird genau dort enden, wo die Regierung Papen endete.

Ich habe es abgelehnt, Minister ohne Portefeuille zu werden, nicht weil ich die Verantwortung scheue, sondern weil der Weg nicht zum Ziele führt. Im übrigen wäre es schon einfacher gewesen, sich alle vier Wochen vor das Mikrophon zu stellen und etwas herunterzulesen, an dem ein ganzes Ministerium gearbeitet hat.

Und wenn man mir sagt, ich hätte doch in die Regierung gehen sollen, um von hinten herum die Macht zu gewinnen, dann kann ich nur sagen, daß ich dieses Spielen hinter den Kulissen nicht gelernt habe und auch nicht lernen will!

Niemals lasse ich mich und die Bewegung mit Halbheiten abspesen, und wenn sie sagen: dann lösen wir wieder auf. Tut es! Uns macht es nichts aus! Wir müssen ohnehin um den deutschen Menschen kämpfen.

Auch die Drohung mit der Wahlmüdigkeit kann uns nicht schrecken. Es ist letzten Endes gleichgültig, wieviele Prozent des deutschen Volkes Geschichte machen. Wesentlich ist nur, daß die Letzten, die in Deutschland Geschichte machen, wir sind!

Im übrigen, wenn sie von Rückgang reden, sie sollen sich nicht täuschen: Die Welle kommt wieder! Die Bewegung wird ihre Idee immer und immer wieder an die Menschen herantragen, solange, bis sie uns verfallen sind.

Wir werden nicht müde und gehen unseren Weg unentwegt bis zum Ende. Schließlich werden wir mit unserem Glauben, unserem Opfer und unserer Willenskraft doch siegen.

Und so wird uns auch diese Wahl wieder eine Stufe weiterbringen auf dem Wege, der uns emporführt zur deutschen Freiheit!"

Was Hitler da vom „Spiel hinter den Kulissen“, das er nicht gelernt habe und auch nicht lernen wolle, erklärte, mutete freilich etwas eigenartig an angesichts der gerade stattgefundenen Geheimkonferenz mit Papen. Aber das Hauptgewicht seiner Detmolder Rede und sicherlich auch seiner Kölner Erklärungen lag auf dem Satz: „Die [nationalsozialistische] Welle kommt wieder!“

Im November und Dezember 1932 war ohne Zweifel ein Rückgang der nationalsozialistischen Stimmenflut feststellbar gewesen, und Hitlers Gegner, einschließlich Schleicher, frohlockten bereits in der Annahme, es gehe nun unaufhaltsam mit der NSDAP. bergab.

Hitlers Besprechungen in Köln konnten allein keine Änderung in der politischen Situation herbeiführen. Dazu mußte schon noch ein augenscheinlicher Beweis von seiner ungebrochenen Popularität und von einem neuen Vormarsch der NSDAP. erbracht werden.

Hitler war entschlossen, den Lipper Wahlentscheid am 15. Januar zu einem solchen Kriterium zu machen, das, ähnlich wie die Landtagswahl in Oldenburg am 29. Mai 1932, den letzten Anstoß zum Sturz des Kanzlers geben würde.

Unermüdet, wie immer bei solchen Wahlrede-Kampagnen, sprach Hitler in den folgenden 10 Tagen in allen möglichen Ortschaften des kleinen Lippe-Detmolder Landes, so am 5. Januar in *Leopoldshöhe* und *Örlinghausen*, wo er u. a. folgendes ausführte: <sup>23)</sup>

<sup>23)</sup> Auszug in VB. Nr. 7/8 v. 7./8. 1. 1933.



**I Briefwechsel mit Hindenburg und Meißner**

Hitler diktiert im Hotel Kaiserhof in Berlin dem Reichspressechef der NSDAP.,  
Dr. Otto Dietrich, eine Erwiderung (November 1932).

*Aufnahme: Archiv Domarus*



**II General von Schleicher**

an seinem Schreibtisch im Jahre 1932. Im  
Hintergrund sein Sekretär von Bredow.  
Beide ermordet am 30. 6. 1934.



**III Gregor Strasser**

Reichsorganisationsleiter der NSDAP.  
im Jahre 1932.  
Ermordet am 30. 6. 1934.

*Aufnahmen: Archiv Domarus*

5. Januar 1933

„Ich glaube an den Sieg unserer Bewegung, weil ich an die deutsche Zukunft glaube. Die heute Regierenden haben Projekte und Pläne, aber nicht die Kraft, sie zu verwirklichen. Ich habe umgekehrt die Voraussetzungen geschaffen und die Waffe für die Zukunft geschmiedet. Wer das Volk gewinnt und neu gestaltet, hat die Zukunft.“

Jeder erfolglose Versuch, die Bewegung zu sprengen durch innere Spaltung, erweist aufs neue die Härte und eiserne Geschlossenheit unserer Gemeinschaft.

Man lud uns in die Regierung ein, nicht damit die Bewegung ihr Ziel erreicht, sondern damit die anderen trotz der Bewegung ihr Ziel erreichen.

Den Weg von hinten herum gehe ich nicht, sondern trete frei und offen vor das Volk. Die Herren werden Kabinetts um Kabinetts gegen uns verlieren, bis sie nicht von rückwärts, sondern von vorneherum weichen müssen.

Wir kämpfen immer und überall, an jedem Platz, zu jeder Stunde! Was jetzt ist, das ist nicht die deutsche Erhebung, sondern der Versuch, die deutsche Erhebung zu mißbrauchen.

Es kommt ein Reich, aus der Kraft dieser Bewegung heraus geboren, und die Zeichen dieses kommenden Reiches werden die Zeichen der Bewegung sein.“

Am 6. Januar sprach Hitler in *Augustdorf* und *Horn*<sup>24)</sup>, am 7. Januar in *Calldorf* und *Hohenhausen*, am 8. Januar auf *Burg Schwalenberg*<sup>25)</sup>.

Am gleichen Tag unterstrich Hitler in einem *Interview mit seinem Pressedirektor Dr. Dietrich*, daß bei einer etwaigen Regierungsneubildung nichts anderes als seine eigene Kanzlerschaft in Frage komme. Gleichzeitig bekannte er sich erneut zu seinem Gespräch mit Papen<sup>26)</sup>.

Frage: „Der Kern der öffentlichen Angriffe und der Propaganda Ihrer Gegner gegen Ihre politische Leitung überhaupt scheint mehr in der immer wiederkehrenden Behauptung zu liegen, der Grund Ihrer konsequenten Opposition auch gegen die derzeitigen Regierungen, die sich doch um Ihre Unterstützung bemühen, sei in der Absicht zu suchen, sich und Ihre Bewegung der Verantwortung am Staate zu entziehen. Hat dieses Argument sachliche Bedeutung?“

Antwort: „Nein! Daß unsere Gegner sich heute überhaupt noch solche Behauptungen leisten können, ist nur denkbar infolge der geringen politischen Schulung einerseits und der unglaublichen Vergeßlichkeit besonders unserer intellektuellen Schichten andererseits. Denn tatsächlich war ja meine Forderung keine andere, als gerade die Übertragung der persönlichen Verantwortung an die NSDAP. Allerdings setzt dies als selbstverständlich voraus, daß die Partei dann aber auch die ihr zukommende Führung erhält. Mir zuzumuten, die Verantwortung zu übernehmen für das, was andere tun, ist ein mehr als starkes Stück. Die derzeitigen Machthaber würden es nie gewagt haben, etwa der Sozialdemokratie eine solche Schlinge zu legen, und wir werden diesen Herren zeigen und sie darüber belehren, daß auch uns gegenüber anständig gehandelt werden muß. Im übrigen habe ich dem Herrn Reichspräsidenten im November einen ebenso einfachen wie klaren Vorschlag zur Lösung der deutschen Krise unterbreitet. Wenn der Herr Reichspräsident damals glaubte, dank der Ratschläge seiner Umgebung nicht verantworten zu können, mir die Verantwortung zu übertragen, dann sind damit diese Männer heute auch die Verantwortlichen für die traurigen Folgen und für all das Elend, die aus dieser Weigerung dem deutschen Volke erwachsen müssen.“

Frage: „Sind die Behauptungen in der gegnerischen Presse zutreffend, daß Sie, Herr Hitler, Fühlung mit Herrn von Papen gesucht haben? Wie stellen Sie sich

<sup>24)</sup> Bericht im VB. Nr. 9 v. 9. 1. 1933.

<sup>25)</sup> Bericht im VB. Nr. 10 v. 10. 1. 1933.

<sup>26)</sup> Wortlaut im VB. Nr. 10 v. 10. 1. 1933.

insbesondere zu der Behauptung, daß Sie auf dem Wege über Herrn von Papen Anschluß an die angeblich hinter ihm stehenden schwerindustriellen Kräfte gesucht hätten?“

Antwort: „Es ist selbstverständlich, daß ich keine Fühlung mit Herrn von Papen gesucht habe. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß ich mir von niemandem vorschreiben lasse, mit wem ich sprechen darf und mit wem nicht. Ich bin Politiker und werde, wenn ich es für zweckmäßig ansehe, jede Besprechung führen. Ich denke nicht daran, mir dabei von den Gazetten des jeweils amtierenden Reichskanzlers irgendwelche Vorschriften machen zu lassen. Die deutsche Schwerindustrie ist ein Teil der deutschen Wirtschaft. Ich brauche daher ebensowenig an sie ‚Anschluß‘ suchen, wie an irgendeine andere Wirtschaftsgruppe. Und nachdem ein Politiker, wie ich, ja mit allen bestehenden Faktoren zu rechnen hat, kann er auch ihre Existenz nicht einfach wegzaubern.

Wenn ich aber jemals die Notwendigkeit empfinde, darüber hinaus mit irgendeiner Wirtschaftsgruppe eine besondere Fühlung zu nehmen, so benötige ich dazu keinen besonderen Fürsprecher. Denn der Nationalsozialismus ist auch ein Faktor, dessen Existenz nicht übergangen werden kann. Das ganze Geschwätz und aufgeregte Getue dieser Presse wegen der Kölner Besprechungen ist nur ein Ausfluß des schlechten Gewissens und der daraus resultierenden Angst.“

Frage: „Wie beurteilen Sie die Erfolgsaussichten des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Regierung von Schleicher, dessen Ausführungsbestimmungen jetzt bekannt geworden sind?“

Antwort: „Arbeitsbeschaffungsprogramme sind nicht ihrer selbst wegen da. Ich enthalte mich daher jeden Urteils über derartige Probleme, sondern beurteile nur ihre Auswirkung auf die allgemeine deutsche Wirtschaftskrise. Diese Krise aber wird durch Maßnahmen des Kabinetts Schleicher nicht beseitigt.“

Am 9. Januar hielt Hitler eine weitere *Wahlrede in Lage* (Lippe)<sup>27)</sup> und fuhr dann nach Berlin. Der offizielle Grund war der Besuch des neuen Verlagsgebäudes des Völkischen Beobachters, der seit dem 1. Januar auch in Berlin erschien (Berliner bzw. Norddeutsche Ausgabe). In Wirklichkeit aber wollte er durch sein Erscheinen in Berlin wieder einmal zum Ausdruck bringen, daß er unmittelbar vor den Toren zur Macht stehe. In der Tat gab seine Anwesenheit Anlaß zu zahlreichen Gerüchten. Schleicher wurde immer unsicherer.

Auf der Rückfahrt von Berlin zum Lippeschen Wahlkampf gab Hitler ein neues *Interview an Dr. Dietrich*:<sup>28)</sup>

Frage: „Die Berliner Asphaltpresse verbreitet über Ihren vorübergehenden Aufenthalt in Berlin stündlich neue Behauptungen. Nachdem sich der von dieser Presse erfundene Besuch beim Reichskanzler als angeblicher Grund Ihrer Reise als unzutreffend herausgestellt hat, schwindeln diese Blätter jetzt von Geldschwierigkeiten der NSDAP., von einer in Berlin abgeschlossenen schwedischen Anleihe für die Partei und Ähnlichem. Was war der wirkliche Grund Ihrer Berliner Reise?“

Antwort: „Mein Besuch in Berlin war zur Ausnutzung meines Ruhetages im Lippeschen Wahlkampf schon seit über 14 Tagen programmäßig festgelegt. Außer den Besprechungen mit dem Reichstagspräsidenten Pg. Göring und anderen führenden Parteigenossen sollte er in erster Linie auch der Besichtigung des Hauses und der Redaktion des Völkischen Beobachters dienen. Wenn die der Reichsregierung nahestehenden Zei-

<sup>27)</sup> Bericht im VB. Nr. 11 v. 11. 1. 1933.

<sup>28)</sup> Wortlaut im VB. Nr. 13 v. 13. 1. 1933.

8. Januar 1933

tungen, besonders gestern, ihren Lesern von wichtigen und geheimnisvollen Besprechungen erzählen, die am Abend stattgefunden hätten, dann will ich auch den Ort dieser ‚Konferenz‘ verraten. Ich war zu dieser Zeit in der Oper und freute mich wieder einmal über Verdis ‚Traviata‘ und ihre herrliche Wiedergabe. Im übrigen ist die geradezu hysterische Beschäftigung einer gewissen Berliner Presse mit meiner Person der beste Gradmesser für die wirkliche Stellung, die die NSDAP. im Gegensatz zu den eigenen Behauptungen dieser Presse einnimmt.“

Frage: „Wer, glauben Sie, sind die Hintermänner dieser Pressekampagne?“

Antwort: „Ich halte die Pressestelle der Reichsregierung in Berlin selbst für die Ausgangsstelle dieser politischen Schwätzereien.“

Frage: „Leute, die das Gras wachsen hören, schreiben bzw. sprechen zur Zeit davon, daß Sie, Herr Hitler, bereit seien, Ihre bekannten grundsätzlichen Forderungen bezüglich einer Regierungsübernahme fallen zu lassen aus ‚Angst vor Reichstagsauflösung und Neuwahlen‘. Als Grund dafür verbreitete man die Behauptung, die NSDAP. befinde sich in einer schwierigen, taktisch ungünstigen Lage. Haben sie die Absicht, sich zu dieser Frage zu äußern?“

Antwort: „Jawohl. Denn diese Behauptungen sind ebenso dumme wie lächerliche Erfindungen. Meine grundsätzlichen Einstellungen zur Frage einer Regierungsbildung habe ich schon so oft klargelegt, daß sie bloß dem kurzen Gedächtnis der Berliner Gazetten entfallen zu sein scheint. Es wirft dies aber ein bezeichnendes Licht auf die Lage der Regierung. Nicht die Nationalsozialistische Partei befindet sich in Schwierigkeiten, sondern das Kabinett Schleicher. Es ist das eingetroffen, was von mir schon im November vorausgesagt wurde. Daher brauche auch ich keine Angst vor einer Neuwahl zu haben — das werden die Herrschatten ja am 15. Januar sehen —, sondern nur die Regierung selbst. Das derzeitige Kabinett wird jedenfalls sein Ziel nicht erreichen, ich aber das meine.“

Am 11. Januar hielt Hitler wieder eine *Wahlrede in Lemgo* (Lippe) und erklärte dort u. a.: <sup>29)</sup>

„Wir gehen in die Regierung in demselben Augenblick, in dem wir neben der Verantwortung auch die Führung erhalten!

Und wenn man uns sagt, es werde uns nicht gelingen, warum ist jetzt dann die ganze Judenpresse so aufgeregt, als ob ein Komet heruntergestürzt wäre, wenn ich nach Berlin komme?

Der Kampf geht weiter! Wir werden siegen!“

Am 12. Januar folgten weitere *Wahlreden in Lipperode und Bad Schlangen* <sup>30)</sup>.

Während Hitler gerade mitten in der Vorbereitung der Machtübernahme begriffen war, konnte der Führer der SA.-Gruppe Franken die Zeit nicht abwarten und erklärte sich für einen radikalen und illegalen Kurs.

An diesen Parteigenossen *Wilhelm Stegmann*, wohnhaft in Schillingsfürst, sandte Hitler am 12. Januar folgendes *Telegramm*: <sup>31)</sup>

<sup>29)</sup> Auszug im VB. Nr. 13 v. 13. 1. 1933.

<sup>30)</sup> Berichte im VB. Nr. 13 v. 13. 1. 1933.

<sup>31)</sup> Wortlaut im VB. Nr. 13 v. 13. 1. 1933. Am 20. 1. 1933 erfolgte der Ausschluß Stegmanns aus der Partei durch Telegramm Hitlers, veröffentlicht durch die Pressestelle der NSDAP. am 22. 1. 1933. Nach der Machtübernahme wurde Stegmann verhaftet und in ein Konzentrationslager eingeliefert.

12. Januar 1933

„Da Sie trotz meiner Ihnen persönlich gemachten Verwarnung sich abermals in schwerster Weise gegen die Parteiinteressen vergangen haben, bestätige ich nicht nur die von Stabschef Röhm bereits ausgesprochene Amtsenthebung von Ihrer Dienststellung, sondern erkenne Ihnen auch strafweise Ihren Dienstrang ab.“

Am 13. Januar veröffentlichte Hitler im Völkischen Beobachter eine *Erklärung gegen die „Lügenflut“ der Presse:*<sup>32)</sup>

„Die der Reichsregierung nahestehende Presse trägt in den letzten Tagen systematisch eine Flut von unwahren Behauptungen über die NSDAP. und meine Person in die Öffentlichkeit. So wird u. a. behauptet, daß in der NSDAP. die laufenden Parteieinnahmen nicht die laufenden Ausgaben deckten,

daß deshalb auch westdeutsche Industrielle einen ‚Vermittlungsversuch‘ zwischen dem früheren Reichskanzler Herrn v. Papen und mir unternommen hätten,

daß ich bereit sei, politische Forderungen der Industriellen gegen Hergabe von Geld zu akzeptieren,

daß ich mich bemühe, von Regierungsseite Geld zu bekommen, gegen die Verpflichtung, das Kabinett Schleicher zu tolerieren, und daß ich von einem schwedischen Bankier mit dem jüdischen Namen Markus Wallenberg einen Kredit von 4 Millionen Reichsmark für mich bzw. die NSDAP. aufgenommen hätte, der mir gegen entsprechende Sicherheiten bzw. politische Zusagen zur Verfügung gestellt worden sei.

Alle diese Behauptungen sind von Anfang bis zu Ende frei erfunden und erlogen.

Adolf Hitler.“

Am 13. Januar hielt Hitler *Wahlreden in Barntrop und Blomberg (Lippe)*, am 14. Januar in *Bad Salzuflen*<sup>33)</sup>.

Die Landtagswahl in Lippe-Detmold brachte Hitler den erstrebten Erfolg: Die NSDAP. vergrößerte ihren Stimmenanteil gegenüber der Wahl vom 6. November von 33 000 auf 38 000 und erhielt damit 39,6 % der abgegebenen Stimmen. Die Kommunisten hatten abgenommen. Eine Rechtsregierung konnte gebildet werden.

So klein auch das Land Lippe war, es konnte nicht bestritten werden, daß die NSDAP., die „braune Welle“, erneut zugenommen hatte. Die Wähler, die zwischen NSDAP. und KPD. schwankten, hatten sich offensichtlich wieder Hitler zugewandt.

Die Argumentation Hitlers, nur er allein könne einen Damm gegen den Bolschewismus bilden, hatte sich in Lippe anscheinend wieder bestätigt.

Die Rechtskreise einschließlich Hindenburgs waren ebenfalls höchst beeindruckt von diesem Wahlausgang, der die Bildung einer Rechtsmehrheit auch im Reich unter gewissen Voraussetzungen als möglich erscheinen ließ.

Hitler arbeitete in den nächsten Tagen daran, diesen Eindruck weiter zu verstärken. Er hielt am 15. und 16. Januar *Ansprachen auf SA.- und Gauleitertagungen in Weimar*<sup>34)</sup>. Er interpretierte das Lipper Wahlergebnis dort am 16. Januar mit folgenden Worten:

„Ob man Siege erringt oder nicht und in welchem Ausmaß man sie erringt — darüber entscheidet, wenn die grundsätzliche Zielrichtung richtig ist, ausschließlich der Wille zum Sieg und der Fleiß und die Arbeit für diesen Sieg. Dafür ist Lippe ein Beweis!“

<sup>32)</sup> Wortlaut im VB. Nr. 14 v. 14. 1. 1933. Die Erklärung richtete sich vor allem gegen die Tägliche Rundschau, Berlin, das Blatt Schleichers.

<sup>33)</sup> Hinweise im VB. Nr. 13 v. 13. 1. 1933.

<sup>34)</sup> Berichte im VB. Nr. 16 bzw. 17. v. 16. bzw. 17. 1. 1933.



16. Januar 1933

Das Beispiel Lippe sollte später auch beweisen, daß Hitler den zweiten Weltkrieg gewinnen müsse, weil er den Willen zum Sieg habe.

Am 18. Januar traf sich Hitler erneut mit Papen zu einer Konferenz in Berlin.

Für den 22. Januar, den Gedenktag an den toten SA.-Sturmführer und Kampflieddichter Horst Wessel, hatte Hitler eine große Demonstration vorgesehen, und zwar sollte die Reichshauptstadt an diesem Januarsonntag vor Augen geführt bekommen, daß seine Kampfformationen, SA. und SS., stark und gefürchtet genug seien, um mitten in den roten Vierteln Berlins, vor dem Karl-Liebnecht-Haus der KPD. am Bülowplatz, ungehindert aufzumarschieren.

Alles lief programmäßig ab. Der Aufmarsch von 35 000 SA.-Männern vollzog sich ohne große Störungen. Anschließend fand auf dem *Nikolai-Friedhof* am Grab Horst Wessels eine *Gedenkfeier* statt, auf der Hitler folgende Worte gebrauchte: <sup>35)</sup>

„Jedes Volk, das aus tiefster Not und Niederlage sich zur Reinigung und Befreiung emporringt, bringt auch den Sänger hervor, der das in Worte zu formen vermag, was die Massen zu innerst im Herzen tragen. So hat auch die gewaltige Volksbewegung, in deren Zeichen Deutschland steht, den Sänger gefunden, der das auszudrücken vermochte, was der Mann in den Reihen empfindet. Mit seinem Liede, das heute von Millionen gesungen wird, hat sich Horst Wessel mitten in die Geschichte hinein ein Denkmal gesetzt, das dauerhafter als Stein und als Erz sein wird.“

Noch nach Jahrhunderten, noch wenn kein Stein in dieser großen Stadt Berlin mehr auf dem andern steht, wird man der größten deutschen Freiheitsbewegung und ihres Sängers gedenken.

Kameraden, erhebt die Fahnen. Horst Wessel, der unter diesem Stein liegt, ist nicht tot. Täglich und stündlich ist sein Geist bei uns, marschiert er in unseren Reihen.“

Noch am gleichen Tag, am 22. Januar, sprach Hitler um 18.30 Uhr im überfüllten *Berliner Sportpalast vor den Amtswaltern der Partei*.

Diese Rede ist in mancher Beziehung bemerkenswert vor allem deshalb, weil Hitler für den Abend dieses 22. Januar noch eine Privatrede vorgesehen hatte, die vor dem Sohn des Reichspräsidenten, dem Obersten Oskar von Hindenburg <sup>36)</sup>, vonstatten gehen sollte.

Im Sportpalast gab sich Hitler daher ganz so, als habe er die Regierung bereits übernommen und entwerfe ein Bild von den ersten Regierungsmaßnahmen. Er bezeichnete sich geradezu als den Vollender der alten preußischen Staatskonzeption. Gleichzeitig scheute er sich nicht zuzugeben, daß auch er irren und Fehler machen könne. Es war allerdings das letztmal, daß er öffentlich ein solches Eingeständnis machte. Hitler führte u. a. folgendes aus: <sup>37)</sup>

„Heute sehen wir vielleicht klarer noch denn je die Notwendigkeit der Existenz der Partei und der nationalsozialistischen Bewegung, die nicht mehr aus der deutschen Geschichte weggedacht werden kann. Wenn Herkunft, Tradition und Einbildung die Menschen auseinanderreißen, dann muß ein politischer Wille sie irgendwie wieder zusammenführen.“

Was diese Bewegung bisher geschaffen hat, ist nichts anderes als das, was Preußen einst tat nach dem Zerfall des alten Deutschen Reiches: Der Zersplitterung des deutschen

<sup>35)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 23 v. 23. 1. 1933.

<sup>36)</sup> Oskar von Hindenburg war seit 1925 militärischer Adjutant des Reichspräsidenten. 1934 wurde er Generalmajor, später Generalleutnant. Über sein Verhältnis zu Hitler vgl. Aussage Oskar v. Hindenburgs vor der Spruchkammer Ülzen, März 1949, und Ausführungen in der Zeitschrift *Weltbild* 1957 Nr. 26.

<sup>37)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 23 v. 23. 1. 1933.

Lebens in kleinste Gruppen, Verbände und Parteien wieder einen großen geschlossenen Willen der Nation entgegenzusetzen.

Diese Mission, eine neue Plattform zu schaffen, auf die jeder Deutsche treten kann, der den Willen hat, sich für sein Volk einzusetzen, ist unserer Bewegung gestellt, von ihr in 14 Kampffahren bereits in hohem Maße verwirklicht worden, und wir werden sie zu Ende führen.

Es ist unser großes Ziel, ein Fundament zu bauen, das für viele Jahrhunderte unserem Volke das Leben gewährleisten kann.

Ein gewaltiges Werk, das wir selbst gestalten müssen, eine gewaltige Aufgabe, denn unser Bau muß ein Bau für Jahrhunderte sein. Alles Große muß errungen und der Weg zur Freiheit hart erkämpft werden. Widerstände sind da, um gebrochen zu werden.

Nur am Widerstand der Gegner stählt sich die eigene Kraft und in der Überwindung dieser Widerstände liegt allein auch die Berechtigung für unseren Endsieg.

Wesentlich ist, daß durch unsere Regierung ein Regiment gegründet wird, das tief im Volke selbst verwurzelt ist, das nicht in den Wolken hängt und Pläne schmiedet, die niemals verwirklicht werden können.

Erst wenn die Einheit zwischen Führung und Gefolgschaft wiederhergestellt ist und aus ihr die Kraft entsteht, die tief im völkischen Boden wurzelt, dann erst ist ein Regiment fähig, große Aufgaben zu lösen.

Aber wenn man einen so heroischen Kampf um die innere Erhebung eines Volkes führt, dann bedarf es der Beharrlichkeit all denen gegenüber, die, von den Fragen des Tages geblendet, meinen, einen anderen Weg zu finden, der leichter ist und eher zum Glück führt.

Wir dürfen nicht glauben, durch taktische Winkelzüge Grundsätze ersetzen zu können. Beharrlichkeit, das ist in hohem Maße die Aufgabe der Führer, gerade in kritischen Augenblicken müssen die Führer in sich das Gewissen der Nation, ihrer Vergangenheit und Zukunft verkörpern.

Sie dürfen dann nicht nachgeben, nicht feige sein und ihre Feigheit noch mit gewissen Phrasen motivieren. In solchen Augenblicken muß die Führung sich zu heroischem Entschluß durchringen und dem Defaitismus das Genick brechen.

Wenn aber eine Organisation die größten Aufgaben lösen will, dann hat sie dafür zu sorgen, daß der Wille des Volkes einen einzigen Ausdruck findet. Eine Bewegung kann sich zu Größtem nur dann berufen fühlen, wenn sie über ihre Pforte schreibt: <sup>37a)</sup>

Parteigenosse, Volksgenosse, wenn Du hier eintrittst, dann mußt Du Deinen Willen verschmelzen zu einem Willen von Millionen anderen, dann mußt Du aufgehen in diesem großen Willen, Du mußt Mann werden und Dich einem Führer anvertrauen.

Auch ich kann irren und Fehler machen, aber entscheidend ist, wer die wenigsten Fehler am Ende zu verzeichnen hat. Ich habe dieses Werk gewählt, weil ich niemals in meinem Leben etwas anderes wählen konnte, etwas anderes wählen werde, sondern weil es für mich selbstverständlich ist, daß das mein Lebenswerk ist, mit dem ich entweder steige oder falle.

Ich werde meinen Parteigenossen niemals etwas aufbürden, was ich nicht selbst bereit bin zu tragen an Arbeit und an Aufopferung, wenn nötig an Gefängnisstrafen und auch am Leben.“

Diese Gedanken dürften wohl die gleichen gewesen sein, die Hitler am Abend des 22. Januar dem *Obersten von Hindenburg* vortrug. Es ist zwar wahrscheinlich, daß er dem Hause Hindenburg außerdem seine ewige Dankbarkeit versprach, wenn ihn der alte Herr zum Reichskanzler ernenne. Und dies war im Hinblick auf den sogenannten Osthilfe-Skandal <sup>38)</sup> zweifellos wichtig. Aber Hitler

<sup>37a)</sup> Parodie auf den Portalspruch in Dantes Göttlicher Komödie (Hölle 3, 9): „Wenn ihr hier eintretet, dann laßt alle Hoffnung fahren.“

<sup>38)</sup> Finanzielle Unterschleife bei der Sanierung von ostpreußischen Gütern mit Staatsgeldern. Auch Hindenburgs Gut Neudeck war in diese Affäre verwickelt. Das Kabinett Schleicher war gerade dabei, erneut Untersuchungen über die Vorgänge anzustellen.

22. Januar 1933

wird kaum so plump vorgegangen sein, daß man von „Bestechung oder Erpressung“ sprechen könnte<sup>39)</sup>.

Die Unterredung fand unter vier Augen im Hause Joachim von Ribbentrops<sup>40)</sup> in Berlin-Dahlem statt. Gleichzeitig war dorthin auch der Staatssekretär Hindenburgs, Dr. Meißner, geladen, der von Göring ein Privatissimum über die geplante Regierung der nationalen Front erhielt. Die Forderungen der Nationalsozialisten wären das Kanzleramt, das Reichsinnenministerium (für Dr. Frick) und ein weiteres Ministerium (für Göring selbst).

Alle übrigen Ministerien könnten durch die anderen Rechtsparteien bzw. durch den Reichspräsidenten besetzt werden. Es ist unverständlich, warum der Staatssekretär diese nationalsozialistischen Forderungen nun plötzlich für „maßvoll“ und für ein „Zugeständnis“ hielt<sup>41)</sup>. Es waren die entscheidenden Machtministerien, und Hitler hatte weder im November noch im August 1932 etwas anderes gefordert.

Nach den Reden und Unterhaltungen des 22. Januar konnte Hitler die weitere Entwicklung ausreifen lassen. Er hatte am 23. Januar noch eine *Konferenz mit Dr. Schacht* im Kaiserhof. Außerdem hielt er eine zweistündige *Ansprache vor den Berliner SA.- und SS.-Führern* über die politische Lage<sup>42)</sup>.

Am Abend ergriff er auf einer *Amtswaltertagung in Frankfurt a. d. Oder* (Schützenhaussaal) das Wort und erklärte:<sup>43)</sup>

„Die Wurzellosigkeit und Zerrissenheit der Wirtschaftspolitik der heutigen Regierung ist nur das Spiegelbild ihrer weltanschaulichen Wurzellosigkeit und Zerrissenheit. Was ich ihnen vorwerfe, ist die vollkommene Zerfahrenheit und Planlosigkeit ihres Handelns.

Hinter uns steht das Volk, hinter ihnen steht nur ihre eigene Einbildung. Jahrhunderte von schlechter Tradition und Vorurteilen auszurotten, ist eine größere Aufgabe als eine neue Regierung zu bilden. Die Mission, die die Vorsehung der nationalsozialistischen Bewegung übertragen hat, ist, Deutschland wieder emporzuheben.

Wenn es gelingt, aus Proletariern und Bürgern wieder Deutsche zu machen, dann ist die deutsche Zukunft gesichert. Wenn ich eine Regierung im Hinblick auf dieses Ziel für zweckmäßig halte, dann mache ich sie, sonst nicht! Ich gebe nichts auf Vorschuß! Es muß ein ehrliches Spiel sein, in dem wir den anderen unsere Kraft und sie uns die entsprechende Macht dafür geben.

Wenn man mir sagt, in drei Monaten hätten wir uns die Macht doch ohnehin erungen [auch wenn zunächst ohne Kanzlerschaft an der Regierung beteiligt], dann antworte ich: Dann warte ich lieber diese drei Monate. Man täusche sich nicht über das eisenharte Gefüge der Partei.

Ich weiß, daß die 100 000-Mann-Armee meiner Führer genau so in Treue hinter mir steht, wie ich in Treue hinter der Bewegung stehe.

Diese Bewegung besitzt Ausdauer, Beharrlichkeit, Gradlinigkeit, Entschlossenheit und Kühnheit. Wir haben unsere Flagge wieder in die Faust genommen, um den Kampf mit verstärkter Energie fortzuführen bis zum Endsieg.“

Der Sturz Schleichers konnte nur noch eine Frage von Tagen sein. Am 20. Januar hatte der Ältestenrat des Reichstages mit den Stimmen der Nationalsozialisten, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei beschlossen, für den 31. Ja-

<sup>39)</sup> So Alan Bullock, Hitler — eine Studie über Tyrannei, Düsseldorf, 5. Aufl., S. 245.

<sup>40)</sup> Joachim von Ribbentrop, geb. 1893 in Wesel. Schwiegersohn des Sektfabrikanten Henckell in Wiesbaden-Biebrich. 1936—1938 Deutscher Botschafter in London. Vom 4. 2. 1938 bis 30. 4. 1945 Reichsaußenminister, 1946 in Nürnberg gehängt.

<sup>41)</sup> Vgl. Meißner-Wilde a. a. O. S. 162/163.

<sup>42)</sup> Bericht im VB. Nr. 24 v. 24. 1. 1933.

<sup>43)</sup> Veröffentlicht ebenda.

28. Januar 1933

nur den Reichstag einzuberufen. Zu diesem Zeitpunkt spätestens mußte Schleicher fallen, denn ein Mißtrauensvotum des Reichstags war sicher. Schleicher wußte dies, zumal sich auch die Deutschnationalen am 21. Januar gegen ihn erklärt hatten. Er bemühte sich daher bei Hindenburg am 23. und am 28. Januar, eine Auflösungsorder zu erhalten, doch vergeblich.

Was nun folgte, war das Ablaufen einer seit Wochen fälligen Entwicklung: Schleicher mußte angesichts der Haltung Hindenburgs am 28. Januar mittags seinen Rücktritt erklären. Papen wurde von Hindenburg mit der Klärung der politischen Lage beauftragt. Den Sonntag (29. Januar) verbrachte man damit, die neue Ministerliste zusammenzustellen.

Das Gerücht, Schleicher wolle putschen und die Potsdamer Garnison gegen die Wilhelmstraße in Marsch setzen<sup>44)</sup> trug dazu bei, die Regierungsbildung zu beschleunigen und als neuen Reichswehrminister Generalleutnant Werner von Blomberg, Wehrkreisbefehlshaber I in Ostpreußen und Delegierter bei der Genfer Abrüstungskonferenz, sofort nach Berlin zu beordern. Er wurde am 30. Januar noch vor den übrigen Kabinettsmitgliedern vereidigt<sup>45)</sup>.

Hitlers Wünsche bezüglich der Kabinettsliste wurden erfüllt. Hindenburg sprach ihm am Vormittag des 30. Januar sein Vertrauen aus. Nur eine Hürde hatte er noch zu überwinden: die Reichstagsneuwahl. Dazu brauchte er Hugenberg's Einverständnis. Hitler war entschlossen, nicht von dieser Forderung abzugehen und eher noch die ganze Regierungsbildung scheitern zu lassen. Hugenberg wußte, was diese Neuwahl bedeutete: sie würde Hitler wenn nicht die absolute, so doch die entscheidende Mehrheit bringen und ihn unabhängig vom Reichspräsidenten machen. Hitler redete vor *versammeltem Ministerkollegium* lange auf Hugenberg ein und gab sein heiliges Ehrenwort, daß dieses Kabinett für immer zusammenbleiben werde. Es kam ihm nicht darauf an, den Reichspräsidenten 20 Minuten über die festgesetzte Zeit zur Kabinettsvereidigung warten zu lassen. Schließlich gab Hugenberg, auch von Papen gedrängt, nach<sup>46)</sup>. Hitler hatte gewonnen.

Jetzt konnte man zu Hindenburg gehen und sich von ihm den Segen geben lassen.

Nach Hitler leisteten alle übrigen Minister den vorgeschriebenen Eid. Anschließend hielt der neue Reichskanzler eine *kurze Ansprache vor Hindenburg* über die nationalen Ziele des Kabinetts und die Absicht, wieder normale parlamentarische Regierungsformen zu schaffen<sup>47)</sup>.

<sup>44)</sup> Konkrete Unterlagen über den angeblichen Putschversuch Schleichers am 29. oder 30. 1. 1933 existieren nicht. Es mag sein, daß Schleicher eine solche Möglichkeit diskutiert hat, doch ist es höchst unwahrscheinlich, daß Schleicher zur Tat geschritten ist oder schreiten wollte. Die geschichtliche Erfahrung lehrt, daß kein aktiver deutscher General gegen die legale Staatsautorität einen Putsch unternimmt. Auch im Fall Schleicher fehlt der Gegenbeweis. Stellungnahmen zu diesem angeblichen Putschversuch bei Bullock a. a. O. 246, Meißner-Wilde a. a. O. S. 182 ff., Th. Duersterbergs Aussage vor der Spruchkammer Nürnberg am 29. 1. 1947 und die Angaben in seinem Buch *Der Stahlhelm und Hitler*, Wolfenbüttel 1949. Schleicher selbst wies in einem Interview mit der Berliner Zeitung „BZ am Mittag“ v. 2. 2. 1933 die Behauptung über seine angeblichen Putschabsichten zurück.

<sup>45)</sup> Vgl. Meißner-Wilde a. a. O. S. 186.

<sup>46)</sup> Vgl. hierzu die Aussage Th. Duersterbergs vor der Spruchkammer Nürnberg am 29. 1. 1947 und Meißner-Wilde a. a. O. S. 184 ff.

<sup>47)</sup> Vgl. Meißner-Wilde a. a. O. S. 191. Franz von Papens Memoiren, *Der Wahrheit eine Gasse*, München 1952, enthalten in sachlicher, zeitlicher und personeller Hinsicht Erinnerungstäuschungen und sind zur Beurteilung der Vorgänge 1932/1933 nur bedingt benutzbar.

30. Januar 1933

Amlich wurde folgendes der Öffentlichkeit mitgeteilt: <sup>48)</sup>

„Der Reichspräsident hat Herrn Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt und auf dessen Vorschlag die Reichsregierung, wie folgt, neu gebildet:

Reichskanzler a. D. von Papen zum Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichskommissar für das Land Preußen;

Freiherr von Neurath zum Reichsaußenminister;

Staatsminister a. D., M.d.R., Dr. Frick zum Reichsinnenminister;

Generalleutnant Freiherr von Blomberg zum Reichswehrminister;

Graf Schwerin von Krosigk zum Reichsfinanzminister;

Geh. Finanzrat, M.d.R., Hugenberg zum Reichsminister der Wirtschaft und für Ernährung und Landwirtschaft;

Franz Seldte zum Reichsarbeitsminister;

Freiherr v. Eltz-Rübenach zum Reichspostminister und Reichsverkehrsminister; den Reichstagspräsidenten Göring zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich und zum Reichskommissar für den Luftverkehr;

Reichsminister Göring wurde mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preussischen Innenministeriums betraut;

Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung Gereke wird in seinem Amte bestätigt; die Besetzung des Reichsjustizministeriums bleibt vorbehalten.

Der Reichskanzler hat noch am Montag Verhandlungen mit dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei aufgenommen.

Nachmittags 17 Uhr fand die erste Kabinettsitzung statt.“

Ein kluger Schachzug Hitlers war die Ernennung des Nationalsozialisten Walther Funk <sup>48a)</sup> zum Pressechef der Reichsregierung am 30. Januar 1933. Funk war gebürtiger Ostpreuße und zehn Jahre lang Chefredakteur der konservativen Berliner Börsenzeitung gewesen. Er war ein guter Bekannter des Reichspräsidenten von Hindenburg und verkehrte mit ihm familiär. Als Pressechef der Reichsregierung hatte er nun von Amtswegen den Reichspräsidenten Vortrag über die jeweilige politische Lage zu halten. Was Funk berichtete, wog bei Hindenburg mindestens ebensoviel wie das, was Papen sagte, wenn nicht noch mehr.

Über das am 30. Januar 1933 gebildete Reichskabinett Hitler und seinen staatsrechtlichen Charakter ist viel geredet und geschrieben worden. Man kann auch heute noch die verschiedenartigsten Deutungen über diese Regierung lesen, angefangen von der Charakterisierung als „Koalitionskabinett“ bis zum „Duumvirat“ und zum „Präsidialkabinett“.

Es kommt jedoch nicht darauf an, was dieses Kabinett Hitler in den Augen einzelner Zeitgenossen war oder vielleicht hätte sein können, sondern was es in staatsrechtlicher Hinsicht wirklich gewesen ist.

Von einer Koalitionsregierung im parlamentarischen Sinne kann keine Rede sein. Zwar hatten sich die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und der Stahlhelm hier zu einer „Regierung der nationalen Konzentration“ bzw. der

<sup>48)</sup> WTB.-Meldung v. 30. 1. 1933. — Franz Seldte, geb. 1882 in Magdeburg, gest. 1947 in Fürth. — Dr. Günter Gereke, geb. 1893 in Gruhna, bereits im Kabinett Schleicher Reichskommissar, am 30. 3. 1933 ausgeschieden (am 27. 3. 1933 wegen Unterschlagung verhaftet).

<sup>48a)</sup> Dr. Walther Funk, geb. 1890 in Trakehnen (Ostpreußen). 1933 Pressechef der Reichsregierung. 1933—1937 Staatssekretär im Reichspropagandaministerium, 1938—1945 Reichswirtschaftsminister, seit 1939 auch Reichsbankpräsident, 1946 in Nürnberg zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt, anschließend im Militärgefängnis in Spandau. 1957 wegen Krankheit entlassen. 1960 in Düsseldorf gestorben. Vgl. auch IMT. Blaue Serie Bd. XIII. S. 105 ff.

„nationalen Erhebung“, wie sie offiziell genannt wurde<sup>49)</sup>, zusammengefunden. Aber nur Nationalsozialisten und Deutschnationale waren als Parteien im Parlament vertreten, nicht aber der Stahlhelm. Nationalsozialisten und Deutschnationale verfügten in dem am 6. November 1932 gewählten Reichstag nicht über die für eine parlamentarische Koalitionsregierung erforderliche absolute Mehrheit.

Ein Duumvirat, d. h. eine Regierung, in der zwei Männer, in diesem Falle also Reichskanzler und „Vizekanzler“, die gleichen Rechte gehabt hätten, war nach der Verfassung unmöglich. Artikel 56 der Weimarer Verfassung besagte, daß allein der Reichskanzler die Richtlinien der Politik zu bestimmen hatte.

Das am 30. Januar 1933 gebildete Kabinett war vielmehr ein ausgesprochenes Präsidialkabinett<sup>50)</sup>.

Hitler hatte vom ersten Tag an das Vertrauen des Reichspräsidenten, wie es jeder Präsidialkanzler besitzen mußte. Er hatte bereits im November 1932 klar zum Ausdruck gebracht, daß er die Kanzlerschaft nur übernehmen könne, wenn er das Vertrauen des Reichspräsidenten und die gleichen Vollmachten wie Brüning und Papen erhalte<sup>51)</sup>. Keinesfalls hätte er sich zum Eintritt in die Regierung am 30. Januar 1933 bereitgefunden, wenn ihm diese Bedingungen nicht erfüllt worden wären.

Was war charakteristisch für ein Präsidialkabinett? Bei einem Präsidialkabinett wurden die Gesetze nicht durch den Reichstag verabschiedet, sondern durch eine „Notverordnung“ des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Weimarer Verfassung in Kraft gesetzt, unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers und des zuständigen Ressortministers. Dies trifft in eindeutiger Weise auf das am 30. Januar 1933 gebildete Kabinett Hitler zu. Ein Blick in das Reichsgesetzblatt 1933, Teil I, zeigt, daß zwischen dem 30. Januar 1933 und dem Erlaß des Ermächtigungsgesetzes vom 24. März 1933 Dutzende von Gesetzen aller Art durch Notverordnung des Reichspräsidenten, gegengezeichnet durch Reichskanzler Adolf Hitler und den jeweiligen Fachminister, erlassen wurden. Sogar noch nach der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes, letztmalig am 30. März 1933<sup>52)</sup>, wurde eine solche Notverordnung des Reichspräsidenten, gegengezeichnet von Reichskanzler Adolf Hitler, in Kraft gesetzt.

Auf parlamentarischer Basis hätte Hitler bereits im November 1932 Kanzler werden können. Hindenburg war schon damals bereit, ihn als Führer der größten Partei des Reichstags mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Hitler lehnte dies jedoch ab, weil er sich dann jedes einzelne Gesetz vom Parlament hätte genehmigen lassen müssen. Außerdem hätte er sich in die Abhängigkeit von der Zentrumsparterie begeben müssen.

Hitler sollte zwar versuchen, für das am 30. Januar gebildete Kabinett eine parlamentarische Tolerierung zu erreichen. Dies war jedoch eine an sich selbstverständliche Forderung, die bisher an jeden Chef einer Präsidialregierung (Brüning, Papen, Schleicher) gestellt worden war, und jeder von ihnen hatte sie zunächst als möglich bezeichnet, war aber dann doch wegen der fehlenden parlamentarischen Unterstützung gescheitert.

<sup>49)</sup> Aufruf der Reichsregierung v. 1. 2. 1933; vgl. S. 194.

<sup>50)</sup> Auch Bullock a. a. O. irrt sich, wenn er auf S. 254 behauptet, Hitler sei nicht Kanzler eines Präsidialkabinetts gewesen.

<sup>51)</sup> Vgl. Briefwechsel Hitler-Hindenburg-Meißner, wiedergegeben S. 149–159, vor allem S. 150 und S. 157.

<sup>52)</sup> RGBl. 1933 I S. 147.

Hitler war der erste Präsidialkanzler, der mit Nachdruck sofort die Herstellung einer parlamentarischen Mehrheit in Angriff nahm. Denn besaß er auch zunächst das Vertrauen des Reichspräsidenten, so wußte er aus den Erfahrungen seiner Vorgänger, daß sich dieser Zustand schnell ändern konnte. Er hätte zwar unter den damaligen Umständen eine parlamentarische Unterstützung oder Tolerierung durch Zentrum und Bayerische Volkspartei erreichen können. Aber auch dies war ihm zu unsicher, da die Gunst des Zentrums kaum von Dauer gewesen wäre.

Er wollte ganz sicher gehen und erzwang daher Reichstagsneuwahlen gegen den anfänglichen Widerstand Hugenburgs und unter Ignorierung der Verhandlungsbereitschaft des Zentrums. Was seinem Vorgänger Schleicher verweigert worden war, die Auflösung des Reichstags, erhielt der neue Vertraute des Reichspräsidenten, der Präsidialkanzler Adolf Hitler, zugebilligt.

Hitler kannte die Weimarer Verfassung besser als seine Mitspieler und Widersacher. Infolgedessen brauchte er aus dem Regierungszug, entsprechend seiner offen verkündeten Absicht, auch nicht wieder auszusteigen.

Was nun die Stellung Papens in diesem Kabinett betrifft, so war sie genau so unbedeutend, wie sie die Verfassung vorschrieb.

Einen „Vizekanzler“ mit Einfluß gab es in der Weimarer Verfassung nicht, sondern lediglich einen „Stellvertreter des Reichskanzlers“, der nur dann in Funktion treten konnte, wenn der Reichskanzler selbst durch Krankheit oder Abwesenheit verhindert war. Gewöhnlich war dies der dienstälteste oder ein anderer Minister des Kabinetts. Die Führung der Politik war aber auch dann Sache des Reichskanzlers. Erst als man im Sommer 1932 daranging, eine Beteiligung der Nationalsozialisten an der Reichsregierung in Erwägung zu ziehen, verfiel Papen auf den Gedanken, einen Ministerposten nur für die Funktion eines „Vizekanzlers“ zu schaffen, der jedoch verfassungsmäßig keinen bestimmenden Einfluß auf die Regierungsgeschäfte hätte ausüben können, sondern lediglich nach außen hin einen dekorativen Namen gehabt hätte.

Es ist eine Ironie des Schicksals, daß ausgerechnet Papen, der Hitler 1932 das bedeutungslose Amt des Vizekanzlers hatte geben wollen, um ihn auf diese Weise kaltzustellen, unter Hitler dann selbst Vizekanzler wurde.

Wie es die Verfassung vorschrieb, war Papen nur der „Stellvertreter des Reichskanzlers“, der zwischen dem 31. Januar und dem 30. März 1933 einige Male, wenn der Reichskanzler Hitler abwesend war, die Notverordnungen des Reichspräsidenten gegenzeichnen durfte.

Sein angebliches Recht, bei jedem Vortrag des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten zugegen zu sein, war, falls es überhaupt schriftlich fixiert worden sein sollte, verfassungsrechtlich ohne jede Bedeutung.

Keinesfalls war Hitler verpflichtet, bevor er zum Reichspräsidenten ging, Papen herbeizuholen. Eine Gouvernante für den Reichskanzler sah die Weimarer Verfassung nicht vor. Dies wäre auch ziemlich lächerlich gewesen. Papen scheint im übrigen von seinem „Recht“, bei Vorträgen Hitlers zugegen zu sein, wenig Gebrauch gemacht zu haben. Bei seiner Begeisterung für Hitler, zum mindesten in den ersten Monaten nach der Machtübernahme, hätte er es außerdem kaum gewagt, Hitler ins Wort zu fallen oder gar in seiner Anwesenheit den Reichspräsidenten gegenteilig zu beeinflussen.

Papen wurde am 30. Januar auch zum Reichskommissar für das Land Preußen ernannt. Dies war jedoch eine recht umstrittene Position.

Durch den Staatsstreich vom 20. Juli 1932 war zwar der rechtmäßige preußische Ministerpräsident Braun seiner Funktionen beraubt worden. Der Staatsgerichtshof aber hatte diese Maßnahmen durch das Urteil vom 25. Oktober z. T. wieder aufgehoben; ein weiterer Prozeß schwebte noch. Im wesentlichen konnten durch den Reichskommissar nur die Polizeifunktionen in Preußen wahrgenommen werden. Eben diese aber sollten nach der Ministerliste vom 30. Januar durch Göring ausgeübt werden. Papen hatte also in Preußen praktisch nicht viel zu sagen, und Hitler sorgte durch die gewaltsame Landtagsauflösung in Preußen dafür, daß nicht Papen, sondern Göring schließlich das Amt des Ministerpräsidenten in Preußen erhielt <sup>53)</sup>.

Alles Drehen und Deuteln an der Kabinettsbildung vom 30. Januar 1933 ändert nichts an der Tatsache, daß Hitler damals die entscheidende Machtposition, nämlich die Führung der deutschen Reichsregierung, übertragen erhielt, eine Position, um die er fast 14 Jahre gekämpft hatte. Das Dritte Reich nahm am 30. Januar 1933 seinen Anfang. Sowohl Hitler selbst als alle seine Anhänger waren vom ersten Tag an davon überzeugt.

Noch am 30. Januar erließ Hitler folgenden *Aufruf*: <sup>54)</sup>

„Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen! Meine Parteigenossen und -genossinnen!

Ein 14jähriges, in der deutschen Geschichte wohl beispielloses Ringen hat nunmehr zu einem großen politischen Erfolg geführt.

Herr Reichspräsident von Hindenburg ernannte mich, den Führer der nationalsozialistischen Bewegung, zum Kanzler des Deutschen Reiches.

Nationale Verbände und Parteien schlossen sich zum gemeinsamen Kampf für Deutschlands Wiederaufstehung zusammen.

Die Ehre vor der deutschen Geschichte, nunmehr an diesem Werke führend teilnehmen zu dürfen, verdanke ich neben dem großzügigen Entschluß des Generalfeldmarschalls Eurer Treue und Anhänglichkeit, meine Parteigenossen.

Daß Ihr mir in trüben Tagen genau so unerschütterlich gefolgt seid, wie in den Tagen des Glücks und treu geblieben seid nach schwersten Niederlagen, dem allein verdanken wir diesen Erfolg.

Ungeheuer ist die Aufgabe, die vor uns liegt. Wir müssen sie lösen, und wir werden sie lösen.

An Euch, meine Parteigenossen, richte ich nur die eine große Bitte: Gebt mir Euer Vertrauen und Eure Anhänglichkeit in diesem neuen und großen Ringen genau so wie in der Vergangenheit, — dann wird uns auch der Allmächtige seinen Segen zur Wiederaufrichtung eines Deutschen Reiches der Ehre, der Freiheit und des sozialen Friedens nicht versagen.

Berlin, den 30. Januar 1933.

Adolf Hitler.“

Die Nachricht von der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler löste am Nachmittag und Abend des 30. Januar einen förmlichen Freudentaumel unter den vielen Millionen Nationalsozialisten in ganz Deutschland aus. In Berlin marschierten dreieinhalb Stunden lang die SA.-, SS.- und Stahlhelm-Formationen im

<sup>53)</sup> Das zweite Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 7. 4. 1933 machte Hitler zum Reichsstatthalter in Preußen mit dem Recht, den Ministerpräsidenten zu ernennen. Er ernannte, ohne sich irgendwie zu genieren, Göring und nicht Papen zum preußischen Ministerpräsidenten. Aber auch der am 5. März neugewählte preußische Landtag, der eine Rechtsmehrheit aus Nationalsozialisten und Deutschnationalen aufwies, hätte die gleiche Entscheidung gefällt.

<sup>54)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 32 v. 1. 2. 1933.



Schein der Fackeln durch die Wilhelmstraße, vorbei an Hindenburg und Hitler, die grüßend aus den Fenstern ihrer Amtssitze auf die Hunderttausende von vorbeifilierenden Männern schauten.

Aber nicht nur in Berlin, in jeder größeren Stadt Deutschlands vollzog sich ein ähnliches Schauspiel. Für Millionen von Deutschen schien nun eine bessere Zeit anzubrechen. Jahrelang hatten sie auf diesen Tag gehofft, und immer wieder waren sie, anscheinend kurz vor dem Ziel, enttäuscht worden. Nun hatte ihr Führer die Macht übernommen, nun würde alle Not ein Ende haben.

Es muß an dieser Stelle betont werden, daß sich unter den Millionen von Anhängern Hitlers tatsächlich eine große Zahl von Idealisten befand. Sie glaubten wirklich, daß die ganze Not, wie Hitler verkündete, nur durch die marxistischen Parteien verschuldet sei. Sie waren überzeugt, durch den Dienst in der SA. und anderen Parteiorganisationen ihrem Vaterland einen Dienst zu erweisen. Viele von Hitlers damaligen Anhängern hatten jahrelang Opfer für ihre Idee gebracht. hatten Unterdrückungen, berufliche Nachteile, Entlassungen hingenommen, hatten oft ihr Leben eingesetzt um der nationalen Ziele willen, die Hitler angeblich verfocht. Waren auch die Statistiken der Parteipresse übertrieben, so hatten doch viele Gut und Blut geopfert und politische Gefängnisstrafen abgesessen. Es gab zwar unter den Nationalsozialisten vor 1933 manche üblen Elemente und Leute, die sich nach der Machtübernahme Übergriffe zu schulden kommen ließen. Sie konnten der Versuchung, die in jeder Machtausübung mehr oder weniger verborgen liegt, nicht widerstehen.

Das Gros aber bestand aus Idealisten, die von Hitlers nationalen Reden geblendet worden waren, und sie wurden eigentlich durch dessen hemmungslose Macht- und Kriegspolitik am meisten enttäuscht und getroffen. Sie hatten sich Hitler in gläubigem Vertrauen ergeben, er aber mißbrauchte sie in schändlicher Weise.

Unter denen, die nach der Machtübernahme zwischen dem 31. Januar und dem 30. April 1933 in die Partei eintraten, befanden sich zwar ebenfalls noch Gutgläubige, aber auch sehr viele Konjunkturritter und Postenjäger, die man die „Märzgefallenen“ nannte. Diejenigen, die nach Aufhebung der vierjährigen Mitgliedsperre im Jahre 1937 ihren Eintritt erklärten, taten dies entweder aus Furcht vor beruflichen Nachteilen oder aus Unverständnis gegenüber der damals schon deutlich werdenden Entwicklung.

Am wenigsten Vorteile hatten noch die SA.- und NSKK.-Männer, die ihren Dienst von 1934 an als eine Art nationaler Pflicht bzw. als Wehrsportübung betrachteten, jedoch in der Öffentlichkeit wenig Anerkennung suchten und fanden. Die SS. aber wurde zu einer exklusiven Organisation, die Hitler sich für seine geheimen Ziele reservierte.

Die erste Kundgebung, die Hitler als neuer Reichskanzler und verantwortlicher Leiter der deutschen Innen- und Außenpolitik verfaßte, war bezeichnenderweise an Österreich gerichtet. Am 31. Januar sandte er dem österreichischen Bundeskanzler Engelbert Dollfuß folgendes Telegramm: <sup>55)</sup>

„Durch den Herrn Reichspräsidenten an die Spitze der deutschen Regierung berufen. beeile ich mich, Ihnen, Herr Bundeskanzler, die herzlichsten Wünsche für die Wohlfahrt des deutschen Brudervolkes in Österreich zu übermitteln.“

<sup>55)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 32 v. 1. 2. 1933.

31. Januar 1933

Dollfuß antwortete am gleichen Tag:

„Wollen Sie, Herr Reichskanzler, für die freundliche Mitteilung Ihrer Berufung an die Spitze Ihrer Reichsregierung meinen aufrichtigsten Dank entgegennehmen. Indem ich Ihnen namens Österreichs auch für die ausgesprochenen Wohlfahrtswünsche herzlichst danke, erwidere ich diese mit dem innigen Wunsch für das Wohlergehen des gesamten deutschen Volkes.“

Eine seit Wochen für den 31. Januar vorgesehene Rede Hitlers in München <sup>56)</sup> „Der Nationalsozialismus und die Kunst“ mußte nun wegen der neuen Tätigkeit Hitlers in Berlin ausfallen.

Wichtigste Aufgabe war für ihn jetzt, die koalitionsbereiten Zentrums Politiker zu übertölpeln. Falls Hugenberg weitere Schwierigkeiten wegen der Reichstagsauflösung gemacht hätte, so hätte er wohl oder übel dem Zentrum den freigehaltenen Justizministerposten einräumen und damit vielleicht eine zeitweilige Tolerierung im Reichstag erkaufen müssen.

So aber war Hitlers Unterredung mit dem Prälaten Kaas, dem Vorsitzenden der Zentrumspartei, am 31. Januar nur noch eine Formsache. Kaas wagte es, danach Hitler einige Fragen über das Arbeitsprogramm der Regierung vorzulegen, was diesen prompt zu der Erklärung im Kabinett veranlaßte, es sei unmöglich, mit dem Zentrum zu einer Einigung zu kommen.

Hindenburg unterzeichnete am 1. Februar die Verordnung über die Auflösung des Reichstags, „nachdem sich die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt hat“ <sup>57)</sup>. Der bisherige Justizminister Dr. Gürtner, ein alter Gönner Hitlers <sup>58)</sup>, wurde in seinem Amt bestätigt.

An den Vorsitzenden der Zentrumspartei aber richtete Hitler einen Brief, in dem er sich eines verklausulierten Stils bediente und die Ohrfeigen, die er Kaas erteilte, mit Wünschen für persönliche Beziehungen verband <sup>58a)</sup>.

„Berlin, 1. Februar 1933.

Sehr verehrter Herr Prälat!

Mit großem Interesse habe ich gestern Ihren Brief zur Kenntnis genommen. Der Zweck der Unterhaltung war, zu klären, ob und unter welcher Voraussetzung das Zentrum bereit sein würde, der neuen Reichsregierung der nationalen Konzentration eine für die Dauer eines Jahres bemessene Frist zur Arbeit ohne die Wechselfälle parlamentarischer Behinderung zu gewähren.

Ich hielt dies für notwendig, da ich in dieser Regierung die einzige und letzte Möglichkeit sehe, auf verfassungsmäßigem Wege der Gefahr des Verkommens von Volk und Reich vorzubeugen.

<sup>56)</sup> Angekündigt im VB. Nr. 7/8 v. 7./8. 1. 1933.

<sup>57)</sup> RGBl. 1933 I S. 43. Kaas protestierte gegen diese Behauptung in einem Brief an Hitler v. 1. 2. 1933 (wiedergegeben bei Walther Hofer, Der Nationalsozialismus — Dokumente 1933 bis 1945, Frankfurt a. M. 1957, S. 50 f.).

<sup>58)</sup> Dr. Gürtner hatte als bayerischer Justizminister für die glimpfliche Behandlung Hitlers nach seiner Verurteilung durch den Münchener Volksgerichtshof 1924 gesorgt. D. C. Watt unternimmt zwar in seinem Aufsatz „Die bayerischen Bemühungen um Ausweisung Hitlers 1924“ (s. o.) den Versuch, Gürtner in einem anderen Licht erscheinen zu lassen, doch kann er nur eine einzige Stelle in den Dokumenten anführen, die sich vielleicht in diesem Sinn auslegen läßt. Gürtner ist zwar nicht von Hitler 1933 durch das Reichsjustizministerium „belohnt“ worden (er war schon unter Papen und Schleicher Reichsjustizminister), doch war seine positive Einstellung zu Hitler seit langem bekannt. Er blieb ihm bis in den Tod im Jahre 1941 treu. Bezeichnend ist sein Verhalten während der Röhms-Affäre, vgl. S. 406.

<sup>58a)</sup> WTB.-Text v. 4. 2. 1933. Das Antwortschreiben von Kaas siehe bei Hofer, a. a. O. S. 50/51.

1. Februar 1933

Ich glaube, Sie, Herr Prälat, richtig verstanden zu haben, wenn ich aus dieser Unterhaltung den Schluß zog, daß das Zentrum augenblicklich in der derzeit gegebenen Zusammensetzung des Reichskabinetts keine genügend große Basis mehr für eine direkte eigene Beteiligung an der Regierung zu sehen vermeint.

In Ihrem Brief stellen Sie, Herr Prälat, nun in präzisester Form eine so große Anzahl von Fragen, daß deren eingehende Beantwortung überhaupt nur dann einen Sinn haben könnte, wenn die grundsätzliche Bedingung, ob mit einer solchen einjährigen Frist einer ruhigen Arbeit der Reichsregierung gerechnet werden kann, vorher klargestellt scheint.

Dies ist aber unterblieben. Ich entnehme daraus, daß eine bindende Zusicherung für diese oder eine ähnliche Sicherstellung der verfassungsmäßig heute allein möglichen Voraussetzung für eine gedeihliche Arbeit von seiten des Zentrums nicht gegeben werden kann.

Damit aber erübrigt sich für den Augenblick jede Diskussion über die von Ihnen, Herr Prälat, angeführten Punkte. Eine Diskussion über angeführten Punkte ohne das von mir erbetene Ergebnis würde im Ausgange zu einer ebenso unfruchtbaren wie mir unerwünschten Verbitterung führen. Denn ich wage auch heute noch immer zu hoffen, daß, wenn nicht schon jetzt, dann in einer vielleicht nicht zu fernem Zeit, eine Verbreiterung unserer Front zur Beseitigung der drohenden innerpolitischen Gefahren in unserem Volke stattfinden könnte.

Da ich mithin zu meinem Leidwesen aus Ihrem Brief eine Klärung der von mir als Voraussetzung angesehenen Frage einer Garantiefrist für die Arbeit der neuen Regierung nicht entnehmen kann, die Zeit aber drängt und ich alle Möglichkeiten vor Gott und meinem Gewissen erschöpfen will, der neuen Regierung ihre Arbeit zur Rettung der Nation auf dem Boden der Verfassung zu ermöglichen, sehe ich mich gezwungen, dem Herrn Reichspräsidenten vorzuschlagen, damit einen letzten Appell an das deutsche Volk selbst zu richten.

Mit der Hoffnung und der Bitte, daß die zu Ihrem Parteifreunde Dr. Brüning und zu Ihnen selbst, Herr Prälat, angeknüpften persönlichen Beziehungen dadurch nicht abgebrochen werden, bin ich Ihr ergebener

Adolf Hitler.“

Am späten Abend des 1. Februar, um 22 Uhr, sprach Hitler zum erstenmal im Rundfunk. Er trug dabei immer noch seinen dunkelblauen Anzug mit der schwarzen Krawatte.

Hitler verlas seine erste Proklamation als deutscher Regierungschef, den *Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk*<sup>59)</sup>.

„Über 14 Jahre sind vergangen seit dem unseligen Tage, da, von inneren und äußeren Versprechungen verblendet, das deutsche Volk der höchsten Güter unserer Vergangenheit, des Reiches, seiner Ehre und seiner Freiheit vergaß und dabei alles verlor. Seit diesen Tagen des Verrates hat der Allmächtige unserem Volk seinen Segen entzogen. Zwietracht und Haß hielten ihren Einzug. In tiefster Bekümmernis sehen Millionen bester deutscher Männer und Frauen aus allen Lebensständen die Einheit der Nation dahinsinken und sich auflösen in ein Gewirr politisch-egoistischer Meinungen, wirtschaftlicher Interessen und weltanschaulicher Gegensätze.

Wie so oft in unserer Geschichte, bietet Deutschland seit diesem Tage der Revolution das Bild einer herzerbrechenden Zerrissenheit. Die versprochene Gleichheit und Brüderlichkeit erhielten wir nicht, aber die Freiheit haben wir verloren. Dem Verfall der geistigen und willensmäßigen Einheit unseres Volkes im Innern folgte der Verfall seiner politischen Stellung in der Welt.

<sup>59)</sup> Offizieller Text nach der Broschüre „Die Reden Hitlers als Kanzler“, München (Eher) 1934 (ausgeliefert bereits im Herbst 1933). Die Wiedergabe im VB. Nr. 35/36 v. 4./5. 2. 1933 enthält eine Reihe von Hörfehlern bei der stenographischen Aufnahme. Der Aufruf wurde auch an den Litfaßsäulen plakatiert.

1. Februar 1933

Heiß durchdrungen von der Überzeugung, daß das deutsche Volk im Jahre 1914 in den großen Kampf zog ohne jeden Gedanken an eine eigene Schuld und nur erfüllt von der Last der Sorge, das angegriffene Reich, die Freiheit und die Existenz des deutschen Menschen verteidigen zu müssen, sehen wir in dem erschütternden Schicksal, das uns seit dem November 1918 verfolgt, nur das Ergebnis unseres inneren Verfalls. Allein auch die übrige Welt wird seitdem nicht minder von großen Krisen durchrüttelt. Das geschichtlich ausgewogene Gleichgewicht der Kräfte, das einst nicht wenig beitrug zum Verständnis für die Notwendigkeit einer inneren Solidarität der Nationen, mit all den daraus resultierenden glücklichen wirtschaftlichen Folgen, ist beseitigt.

Die Wahnidee vom Sieger und Besiegten zerstört das Vertrauen von Nation zu Nation und damit auch die Wirtschaft der Welt. Das Elend unseres Volkes aber ist entsetzlich! Dem arbeitslos gewordenen, hungernden Millionen-Proletariat der Industrie folgt die Verelendung des gesamten Mittel- und Handwerksstandes. Wenn sich dieser Verfall auch im deutschen Bauern endgültig vollendet, stehen wir in einer Katastrophe von unübersehbarem Ausmaß. Denn nicht nur ein Reich zerfällt dann, sondern eine zweitausendjährige Erbmasse an hohen und höchsten Gütern menschlicher Kultur und Zivilisation.

Drohend künden die Erscheinungen um uns den Vollzug dieses Verfalls. In einem unerhörten Willens- und Gewaltansturm versucht die kommunistische Methode des Wahnsinns das in seinem Innersten erschütterte und entwurzelte Volk endgültig zu vergiften und zu zersetzen, um es einer Zeit entgegenzutreiben, die sich zu den Versprechungen der kommunistischen Wortführer von heute noch schlimmer verhalten würde, als die Zeit hinter uns zu den Versprechungen derselben Apostel im November 1918.

Angefangen bei der Familie, über alle Begriffe von Ehre und Treue, Volk und Vaterland, Kultur und Wirtschaft hinweg bis zum ewigen Fundament unserer Moral und unseres Glaubens, bleibt nichts verschont von dieser nur verneinenden, alles zerstörenden Idee. 14 Jahre Marxismus haben Deutschland ruiniert. Ein Jahr Bolschewismus würde Deutschland vernichten. Die heute reichsten und schönsten Kulturgebiete der Welt würden in ein Chaos und Trümmerfeld verwandelt. Selbst das Leid der letzten anderthalb Jahrzehnte könnte nicht verglichen werden mit dem Jammer eines Europas, in dessen Herzen die rote Fahne der Vernichtung aufgezogen würde. Die Tausende von Verletzten, die unzähligen Toten, die dieser innere Krieg schon heute Deutschland kostet, mögen ein Wetterleuchten sein der Warnung vor dem Sturme.

In diesen Stunden der übermächtig hereinbrechenden Sorgen um das Dasein und die Zukunft der deutschen Nation rief uns Männer nationaler Parteien und Verbände der greise Führer des Weltkrieges auf, noch einmal wie einst an den Fronten, nunmehr in der Heimat in Einigkeit und Treue für des Reiches Rettung unter ihm zu kämpfen. Indem der ehrwürdige Herr Reichspräsident uns in diesem großherzigen Sinne die Hände zum gemeinsamen Bunde schloß, wollen wir als nationale Führer Gott, unserem Gewissen und unserem Volke geloben, die uns damit übertragene Mission als nationale Regierung entschlossen und beharrlich zu erfüllen.

Das Erbe, das wir übernehmen, ist ein furchtbares.

Die Aufgabe, die wir lösen müssen, ist die schwerste, die seit Menschengedenken deutschen Staatsmännern gestellt wurde. Das Vertrauen in uns allen aber ist unbegrenzt; denn wir glauben an unser Volk und seine unvergänglichen Werte. Bauern, Arbeiter und Bürger, sie müssen gemeinsam die Bausteine liefern zum neuen Reich.

So wird es die nationale Regierung als ihre oberste und erste Aufgabe ansehen, die geistige und willensmäßige Einheit unseres Volkes wieder herzustellen. Sie wird die Fundamente wahren und verteidigen, auf denen die Kraft unserer Nation beruht. Sie wird das Christentum als Basis unserer gesamten Moral, die Familie als Keimzelle unseres Volks- und Staatskörpers in ihren festen Schutz nehmen. Sie wird über Stände und Klassen hinweg unser Volk wieder zum Bewußtsein seiner volklichen und politischen Einheit und der daraus entspringenden Pflichten bringen. Sie will die Ehrfurcht vor unserer großen Vergangenheit, den Stolz auf unsere alten Traditionen zur Grundlage machen für die Erziehung der deutschen Jugend. Sie wird damit der geistigen, politischen und kul-



IV 22. Januar 1933

Hitler spricht bei der Gedenkfeier für Horst Wessel auf dem Nikolaifriedhof in Berlin.

*Aufnahme: Archiv Domarus*



V 1. Februar 1933

Hitler spricht vom Arbeitszimmer der Reichskanzlei  
aus zum erstenmal im Rundfunk.

*Aufnahme: Copreß-Verlag Hoffmann & Heß*

1. Februar 1933

turellen Nihilisierung einen unbarmherzigen Krieg ansagen. Deutschland darf und wird nicht im anarchischen Kommunismus versinken.

Sie wird an Stelle turbulenter Instinkte wieder die nationale Disziplin zum Regenten unseres Lebens erheben. Sie wird dabei all der Einrichtungen in höchster Sorgfalt gedenken, die die wahren Bürgen der Kraft und Stärke unserer Nation sind.

Die nationale Regierung wird das große Werk der Reorganisation der Wirtschaft unseres Volkes mit zwei großen Vierjahresplänen lösen:

Rettung des deutschen Bauern zur Erhaltung der Ernährungs- und damit Lebensgrundlage der Nation.

Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit.

In 14 Jahren haben die November-Parteien den deutschen Bauernstand ruiniert.

In 14 Jahren haben sie eine Armee von Millionen Arbeitslosen geschaffen.

Die nationale Regierung wird mit eiserner Entschlossenheit und zähester Ausdauer folgenden Plan verwirklichen:

Binnen vier Jahren muß der deutsche Bauer der Verelendung entrissen sein.

Binnen vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein.

Gleichlaufend damit ergeben sich die Voraussetzungen für das Aufblühen der übrigen Wirtschaft.

Mit dieser gigantischen Aufgabe der Sanierung unserer Wirtschaft wird die nationale Regierung verbinden die Aufgabe und Durchführung einer Sanierung des Reiches, der Länder und der Kommunen in verwaltungsmäßiger und steuertechnischer Hinsicht.

Damit erst wird der Gedanke der förderativen Erhaltung des Reiches blut- und lebensvolle Wirklichkeit.

Zu den Grundpfeilern dieses Programms gehört der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht und der Siedlungspolitik.

Die Sorge für das tägliche Brot wird aber ebenso die Sorge sein für die Erfüllung der sozialen Pflichten bei Krankheit und Alter.

In der Sparsamkeit ihrer Verwaltung, der Förderung der Arbeit, der Erhaltung unseres Bauerntums sowie der Nutzbarmachung der Initiative des Einzelnen liegt zugleich die beste Gewähr für das Vermeiden jedes Experimentes der Gefährdung unserer Währung.

Außenpolitisch wird die nationale Regierung ihre höchste Mission in der Wahrung der Lebensrechte und damit der Wiedererringung der Freiheit unseres Volkes sehen. Indem sie entschlossen ist, den chaotischen Zuständen in Deutschland ein Ende zu bereiten, wird sie mithelfen, in die Gemeinschaft der übrigen Nationen einen Staat gleichen Wertes und damit allerdings auch gleicher Rechte einzufügen. Sie ist dabei erfüllt von der Größe der Pflicht, mit diesem freien, gleichberechtigten Volke für die Erhaltung und Festigung des Friedens einzutreten, dessen die Welt heute mehr bedarf als je zuvor.

Möge auch das Verständnis all der anderen mithelfen, daß dieser unser aufrichtigster Wunsch zum Wohle Europas, ja der Welt, sich erfüllt.

So groß unsere Liebe zu unserem Heere als Träger unserer Waffen und Symbol unserer großen Vergangenheit ist, so wären wir doch beglückt, wenn die Welt durch eine Beschränkung ihrer Rüstungen eine Vermehrung unserer eigenen Waffen niemals mehr erforderlich machen würde.

Soll aber Deutschland diesen politischen und wirtschaftlichen Wiederaufstieg erleben und seine Verpflichtungen den anderen Nationen gegenüber gewissenhaft erfüllen, dann setzt dies eine entscheidende Tat voraus: die Überwindung der kommunistischen Zersetzung Deutschlands.

Wir Männer dieser Regierung fühlen uns vor der deutschen Geschichte verantwortlich für die Wiederherstellung eines geordneten Volkskörpers und damit für die endgültige Überwindung des Klassenwahnsinns und Klassenkampfes. Nicht einen Stand sehen wir, sondern das deutsche Volk, die Millionen seiner Bauern, Bürger und Arbeiter, die entweder gemeinsam die Sorgen dieser Zeit überwinden werden oder ihnen sonst gemeinsam erliegen.

## 1. Februar 1933

Entschlossen und getreu unserm Eide wollen wir damit angesichts der Unfähigkeit des derzeitigen Reichstages, diese Arbeit zu unterstützen, dem deutschen Volke selbst die Aufgabe stellen, die wir vertreten.

Der Reichspräsident, Generalfeldmarschall v. Hindenburg, hat uns berufen mit dem Befehl, durch unsere Einmütigkeit der Nation die Möglichkeit des Wiederaufstiegs zu bringen.

Wir appellieren deshalb nunmehr an das deutsche Volk, diesen Akt der Versöhnung selbst mit zu unterzeichnen.

Die Regierung der nationalen Erhebung will arbeiten, und sie wird arbeiten.

Sie hat nicht 14 Jahre lang die deutsche Nation zugrunde gerichtet, sondern will sie wieder nach oben führen.

Sie ist entschlossen, in vier Jahren die Schuld von 14 Jahren wieder gutzumachen.

Allein sie kann nicht die Arbeit des Wiederaufbaues der Genehmigung derer unterstellen, die den Zusammenbruch verschuldeten.

Die Parteien des Marxismus und seiner Mitläufer haben 14 Jahre lang Zeit gehabt, ihr Können zu beweisen.

Das Ergebnis ist ein Trümmerfeld.

Nun, deutsches Volk, gib uns die Zeit von vier Jahren, und dann urteile und richte uns!

Getreu dem Befehl des Generalfeldmarschalls wollen wir beginnen. Möge der allmächtige Gott unsere Arbeit in seine Gnade nehmen, unseren Willen recht gestalten, unsere Einsicht segnen und uns mit dem Vertrauen unseres Volkes beglücken. Denn wir wollen nicht kämpfen für uns, sondern für Deutschland!“

Die deutsche Öffentlichkeit, die außerhalb der nationalsozialistischen Bewegung stand, hörte und las bei dieser Gelegenheit größtenteils zum erstenmal eine Proklamation Hitlers.

Das Bürgertum, das bisher in der nichtnationalsozialistischen Presse Hitler nur als ungebildeten Schreier und proletarischen Agitator dargestellt bekommen hatte, war sichtlich beeindruckt. Viele Deutsche aber trauten damals Hitler einen solchen Aufruf gar nicht zu und vermuteten, seine Ratgeber hätten den Text gemacht. Es war von Anfang an verhängnisvoll, daß man sich in Deutschland über die Persönlichkeit Hitlers seitens der maßgebenden Persönlichkeiten nicht im klaren war. Man traute ihm nichts zu, sprach ihm jede Intelligenz ab, hielt seine rednerischen und schriftlichen Äußerungen für untergeschoben und glaubte, er stehe unter dem Einfluß irgendwelcher Unterführer oder von Industriellen und obskuren Geldgebern.

Es sei daher nochmals, wie schon mehrfach, betont: Hitler hatte weder bei seinen Reden noch bei seinen Proklamationen und Briefen fremde Hilfe notwendig. Er lehnte sogar normale Referententwürfe für seine Regierungserklärungen ab und verwendete grundsätzlich nur eigene Formulierungen. Hitler ließ sich seit 1919 in seinen vorgefaßten Anschauungen von niemand korrigieren, geschweige denn beeinflussen. Weder Goebbels noch Göring, weder Heß noch Ribbentrop, Strasser oder Röhm, haben jemals auf diesen Mann irgendeinen Einfluß ausgeübt, ebensowenig wie später Raeder oder Dönitz, Blomberg, Keitel, Jodl, Brauchitsch, Rommel oder irgendein anderer deutscher General, Politiker oder Diplomat. Nicht Hitler ließ sich beeinflussen, sondern er beeinflusste die anderen. Es ist dafür geradezu charakteristisch, daß sehr viele Parteiführer, Diplomaten oder Generäle privat eine völlig andere Meinung von den jeweiligen Problemen hatten als Hitler, daß sie aber diese, wenn Hitler zu ihnen gesprochen hatte, zurückstellten und sich dessen Anschauung zu eigen machten, im Glauben, sie sei wohl die richtigere.



1. Februar 1933

Es ist absurd anzunehmen, den Aufruf der Reichsregierung vom 1. Februar 1933 habe Papen entworfen<sup>60)</sup>. Schließlich muß man bedenken, daß Hitler seit Jahren nichts anderes tat, als fast täglich solche Proklamationen und Reden zu verfassen.

Der Aufruf vom 1. Februar entspricht völlig seinem Stil<sup>61)</sup>. Außerdem hätte er schon aus Prestigegründen keinen anderen Entwurf als seinen eigenen akzeptiert. Er wollte den Kabinettsmitgliedern gleich in den ersten Tagen deutlich machen, daß künftig nur er noch etwas zu sagen haben werde.

Am 1. Februar dankte Hitler seinen Parteigenossen für ihre Glückwünsche durch folgende *Verlautbarung*:<sup>62)</sup>

„Anläßlich meiner Ernennung zum Reichskanzler sind mir unzählige Glückwünsche von Seiten meiner Parteigenossen zugegangen. Da es mir leider nicht möglich ist, jedem einzelnen zu danken, sage ich allen meinen treuen Parteigenossen für ihre Glückwünsche auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank.

Berlin, 1. Februar 1933.

Adolf Hitler.“

Im Anschluß an Hitlers Machtübernahme und die nationalsozialistischen Freudenkundgebungen hatten sich einige blutige Zusammenstöße in Berlin und im übrigen Reichsgebiet zugetragen, wobei eine Anzahl von Nationalsozialisten getötet oder verletzt worden war. Hitler kamen diese Ereignisse zwar recht, aber er wollte mit Polizeiaktionen gegen die Kommunisten und andere Gegner noch etwas warten, um diese womöglich zu eklatanteren Rechtsverletzungen zu ermuntern.

Am 2. Februar erließ er daher folgenden *Aufruf*:<sup>63)</sup>

„Parteigenossen! SA.- und SS.-Männer!

Dreizehn Jahre seid Ihr mir in seltener Disziplin gefolgt.

Die kommunistische Mordorganisation hetzt seit Tagen in unverantwortlicher Weise gegen die nationale Erhebung.

Niemand verliert die Nerven! Haltet Ruhe und Disziplin! Laßt euch nicht durch Spitzel und Provokateure an der Befolgung dieses meines Befehls irremachen! Die Stunde der Niederbrechung dieses Terrors kommt.

Adolf Hitler.“

Am 2. Februar erteilte Hitler der Parteiführerschaft Berlins außerdem die *Richtlinien für den kommenden Reichstagswahlkampf*<sup>64)</sup>.

Am gleichen Tag stellte er sich dem *Reichsrat*, dem Organ der deutschen Länder, als neuer Reichskanzler vor und hielt dabei folgende *Rede*:<sup>65)</sup>

„Wir haben die Regierung übernommen in der vielleicht schwersten Zeit der deutschen Geschichte. Es gehört ein sehr großer Glaube dazu, in einer solchen Stunde nicht zu verzweifeln, sondern im Gegenteil mit Vertrauen und Hoffnung in die Zukunft zu

<sup>60)</sup> So Meißner-Wilde a. a. O. S. 198.

<sup>61)</sup> Der Reichswehrminister v. Blomberg erklärte bei einer Befehlshaberbesprechung am 3. 2. 1933 in Berlin, daß der Aufruf der Reichsregierung von A—Z Hitlers eigenstes Werk sei. Vgl. Thilo Vogelsang, Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930—1933, in Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2) 1954 S. 452.

<sup>62)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 35/36 v. 4./5. 2. 1932.

<sup>63)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 34 v. 3. 2. 1933.

<sup>64)</sup> Bericht über diese Ansprache im VB. Nr. 34 v. 3. 2. 1933.

<sup>65)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 34 v. 3. 2. 1933.

## 2. Februar 1933

blicken. Drei Gründe sind es, die uns dabei bewegen: Erstens vertrauen wir auf die Kraft und den Fleiß des deutschen Volkes. Wir vertrauen zweitens auf die Fähigkeiten und die Genialität dieses Volkes, die immer wieder in der Geschichte Wege gefunden hat zur Lebensbehauptung, und schließlich sehen wir trotz aller Krisen und Katastrophen unverändert vor uns die deutsche Erde, den deutschen Boden. Und wenn es früheren Generationen möglich war, aus diesen drei Kraftquellen durch wechselvolle Schicksale hindurch am Ende dieses große Reich zu gestalten, das wir einst erlebt hatten, da muß es, das ist die Überzeugung der neuen Regierung, auch uns möglich sein, aus denselben Wurzeln dieselbe Größe wieder zu ziehen und auch einst wieder zu gestalten.

Damit aber möchten wir nicht nur aufbauen auf diesen ewigen Fundamenten unseres völkischen Daseins, sondern selbstverständlich auch aufbauen auf all dem, was sich im Laufe dieser neuen Geschichte an Werken und Tradition gebildet hat. Wir möchten diese Werke und Traditionen nicht allein sehen auf dem Gebiet unserer Kultur oder Wirtschaft, sondern selbstverständlich auch auf dem Gebiet unseres staatlichen Lebens. Wir wollen nicht darüber hinweggehen, was eine vielhundertjährige deutsche Geschichte an Bausteinen für dieses Reich geschaffen hat, im Gegenteil, wir wollen nicht etwa in den Fehler verfallen, zu reglementieren und zu zentralisieren, was man reglementieren und zentralisieren kann, sondern wir wollen uns immer vor Augen halten, daß einheitlich das gemacht werden muß, was unbedingt erforderlich ist. Wir möchten gern dabei auf die Mithilfe der Länder rechnen, wir möchten nicht nur ideell, sondern auch tatsächlich unterstützt werden, wie auch wir entschlossen sind, alles zu tun, um diese historischen Bausteine des Deutschen Reiches lebensfähig zu erhalten. Es wird das um so eher gelingen, je mehr Reich und Länder in der großen Erkenntnis der zwingenden Not unserer Zeit zusammenstehen. Ich bin selbst aus dem Süden, gehöre als Staatsbürger einem norddeutschen Staat an, fühle mich aber als Deutscher und lebe in der deutschen Geschichte. Ich will nicht über die großen und historischen Taten und Leistungen dieser Geschichte blind hinweggehen, sondern im Gegenteil alles das respektieren, was frühere Generationen auch in der geschichtlichen Bildung unseres Staates vollbracht haben in der Hoffnung, daß dann umso mehr spätere Generationen auch das respektieren werden, was wir selbst zu leisten gedenken.“

Der Reichskanzler bat zum Schluß den Reichsrat um eine Zusammenarbeit in dem Sinne, den die Not der heutigen Zeit uns allen auferlege.

Der schöne Hinweis Hitlers, er stamme aus dem Süden Deutschlands und gehöre als Staatsbürger einem norddeutschen Staat an, reichte allerdings nicht ganz hin, die Reichsratsmitglieder von seiner förderalistischen Gesinnung zu überzeugen.

In diesem Gremium saßen nämlich in der Mehrzahl Sozialdemokraten und Zentrumsangehörige, da das alte preußische Kabinett Braun hier noch immer amtierte und die süddeutschen Länder keine Rechtsregierungen besaßen.

Der sozialdemokratische Ministerialdirektor Brecht antwortete daher als Vertreter Preußens auf die Rede Hitlers und fühlte sich bemüßigt, den Reichskanzler an die Einhaltung der Verfassung zu mahnen, die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Preußen zu fordern und ihm hinsichtlich der Ursachen der Arbeitslosigkeit einige Belehrungen zu erteilen.

Hitler schwieg dazu und reichte bei der Verabschiedung den sozialdemokratischen Herren sogar die Hand, innerlich aber war er wütend und gelobte sich, mit diesem Reichsrat so bald wie möglich Schluß zu machen. Der Völkische Beobachter kommentierte die Reichsratssitzung mit der Schlagzeile: „Brecht will einen Hitler belehren!“<sup>66)</sup>

<sup>66)</sup> VB. Nr. 34 v. 3. 2. 1933.

2. Februar 1933

Wollte man die Zusammensetzung des Reichsrats ändern, so mußte vor allem durch Landtagsneuwahlen in Preußen die Möglichkeit zur Bildung einer Rechtsregierung geschaffen werden, was Hitler im Hinblick auf Papens Reichskommissarfunktion ohnehin für notwendig hielt.

Bereits am 2. Februar hatten die Nationalsozialisten im preußischen Landtag nach Anweisung Hitlers einen Antrag auf Auflösung des Parlaments eingebracht. Der Antrag konnte aber nicht durchgehen, weil das Zentrum verständlicherweise keine Lust dazu verspürte, sich aus seiner Schlüsselstellung in diesem Parlament selbst hinauszumanövrieren.

Aus den gleichen Gründen scheiterte ein anderer Versuch Hitlers, hier zum Ziel zu kommen. Nach der preußischen Verfassung konnte eine Landtagsauflösung auch durch Mehrheitsbeschluß des „Dreierkollegiums“, bestehend aus dem Ministerpräsidenten (Braun, SPD.), dem Landtagspräsidenten (Kerrl, NSDAP.) und dem Präsidenten des Staatsrats, des Organs der preußischen Provinzen, erfolgen. Letzterer war der damalige Kölner Oberbürgermeister Dr. Konrad Adenauer (Zentrum), der natürlich zusammen mit Braun den Nationalsozialisten Kerrl überstimmte und die Auflösung ablehnte. So blieb nur der Weg der Gewalt: Durch die Verordnung des Reichspräsidenten zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen vom 6. Februar<sup>67)</sup> wurden unter Bruch der Reichsverfassung, der preußischen Verfassung und entgegen dem Urteil des Staatsgerichtshofs vom 25. Oktober 1932 dem Ministerpräsidenten Braun alle Befugnisse, die er noch ausübte, entzogen und auf den Reichskommissar von Papen übertragen.

Hitler überließ in diesem Fall gerne Papen den Vortritt, als „Stellvertreter des Reichskanzlers“ die anrühige Verordnung gegenzuzeichnen. Falls es zu einer Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof gekommen wäre, ein immerhin möglicher Fall, hätte Hitler zweifellos Papen die Verantwortung zugeschoben. Braun erhob zwar Klage beim Staatsgerichtshof, aber die Verhandlung wurde hinausgezögert, bis die Wahlen vom 5. März und die Emigration Brauns am gleichen Tag neue Verhältnisse geschaffen hatten. Papen aber löste zusammen mit Kerrl den preußischen Landtag auf. Es war die einzige nennenswerte Tätigkeit, die er als Reichskommissar für das Land Preußen in den Monaten Februar bis April vollbrachte.

Über den innenpolitischen Notwendigkeiten vergaß Hitler jedoch seine militär- und außenpolitischen Fernziele nicht. Zur Verwirklichung dieser Pläne, Erwerbung neuen Grund und Bodens im Osten, Schaffung eines großdeutschen Reiches und Ausschaltung Frankreichs durch Bündnisse mit England und Italien, brauchte er vor allem die Mithilfe der Reichswehr.

Bereits am 3. Februar hielt Hitler eine grundlegende Rede vor den *Befehlshabern des Reichsheeres und der Reichsmarine* in der Wohnung des Chefs der Heeresleitung, General der Infanterie von Hammerstein-Equord, in Berlin. Über diese Veranstaltung erschien im Völkischen Beobachter folgende Mitteilung:<sup>68)</sup>

<sup>67)</sup> RGBI. 1933 I S. 43.

<sup>68)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 37 v. 6. 2. 1933. Die Mitteilung wurde wie folgt ergänzt: „Diese Verbundenheit kam auch in Äußerungen aus den Reihen der Wehrmacht selbst zum Ausdruck. Der neuernannte Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium, der bisherige Stabschef der ersten Division beim Wehrkreis I in Königsberg, Oberst v. Reichenau, der in Zusammenarbeit mit dem bisherigen Befehlshaber im Wehrkreis I, dem neuen Reichswehrminister General v. Blomberg, sich große Verdienste um den Ausbau der Verteidigungsstellung Ostpreußens erworben hat, erklärte, daß er sein neues Amt mit der gleichen Begeisterung anträte, von der der Aufruf der neuen Reichsregierung an das deutsche Volk getragen sei. Im Zusammenhang mit den allgemeinen

3. Februar 1933

„Reichskanzler Adolf Hitler nahm Gelegenheit, auf Einladung des neuernannten Reichswehrministers von Blomberg vor einem größeren Kreise höchster Reichswehroffiziere über die Ziele seiner Politik zu sprechen. Der Reichswehrminister v. Blomberg hatte zu dieser ersten offiziellen Fühlungnahme des Reichskanzlers mit der Führung der Wehrmacht alle höheren Generale und Vertreter der Marine zusammenberufen. Der Reichskanzler hielt einen ausführlichen Vortrag über die politische Lage und die kommende Entwicklung in Deutschland, wie sie die neue Reichsregierung vorwärtszutreiben gedenkt.

Diese Zusammenkunft ist angesichts der Wende des 30. Januar von besonderer Wichtigkeit. Sie bewies die enge Verbundenheit der Politik der neuen Regierung mit den Aufgaben der Wehrmacht, deren ausschlaggebende Bedeutung für die äußere Sicherheit des deutschen Volkes unter der neuen Regierung mehr als bisher in Erscheinung treten wird.“

Hier wird auf Hitlers Rede nur summarisch eingegangen, doch wurde ihr Inhalt durch Teilnehmer an der Veranstaltung schnell einem größeren Kreis bekannt. Eine Schweigepflicht war nicht auferlegt worden <sup>89)</sup>.

Hitler erklärte am 3. Februar vor den Reichswehrgenerälen, wie später noch oft, daß die Armee der einzige Waffenträger im Reich bleiben werde. Eine Verschmelzung von Heer und Parteiformationen nach Art der faschistischen Miliz in Italien komme nicht in Frage. Der Wehrwille müsse mit allen Mitteln gestärkt, marxistische und pazifistische Gesinnung aber ausgerottet werden.

Sein Kampf gelte in erster Linie der Beseitigung des Versailler Vertrages und der Deutschland darin auferlegten Militär-Fesseln. Im übrigen werde er jeden Pfennig, den er erübrigen könne, für die Armee verwenden.

Ein solches Programm hatte noch kein Regierungschef seit 1918 der deutschen Reichswehr anzubieten vermocht.

Es nimmt also nicht wunder, daß selbst diejenigen Offiziere, die Hitler bisher skeptisch gegenüberstanden von solchen Aussichten begeistert waren und etwa noch vorhandene Bedenken zurückstellten.

Hitler versprach den Generälen schon in den ersten Tagen nach der Machtübernahme, was er dann Stück für Stück wahrmachen sollte: Beseitigung aller Beschränkungen durch den Versailler Vertrag, Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, Wiedererrichtung des Generalstabs, eine neue Luftwaffe, Großkampfschiffe für die Marine, schwere Artillerie und Panzer für das Heer, Beseitigung jeder Kontrolle der Militärausgaben durch nationale oder internationale Instanzen.

Als Hitler den Generälen später noch Beförderungen, Orden und Geld in Hülle und Fülle gab, hatte er an ihnen treue Paladine, die selbst grobe Beleidigungen, ungerechte Vorwürfe und schulmeisterhafte Zurechtweisungen des ehemaligen Gefreiten meist widerspruchslos und geduldig ertrugen.

Aber nicht nur die Unterstützung der Reichswehr brauchte Hitler, sondern auch diejenige von England und Italien. Am gleichen Tag, an dem die Rede vor den deutschen Generälen stattfand, am 3. Februar, gewährte Hitler daher einer Reihe von englischen, amerikanischen und italienischen Journalisten Interviews.

Hier war er in seinen Äußerungen natürlich weit vorsichtiger. Er verlangte zunächst einmal vier Jahre Zeit, dann erst könne man über ihn und seine Regierung

---

Richtlinien, nach denen die neue Leitung der Wehrmacht handeln werde, erklärte Oberst v. Reichenau: „Niemals war die Wehrmacht identischer mit den Aufgaben des Staates als heute.“

<sup>89)</sup> Eine handschriftl. Aufzeichnung des Generalleutnants Liebmann, München, über Hitlers Rede vom 3. 2. 1933 im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte in München Nr. 167/51 fol. 39. — Vgl. auch Thilo Vogelsang, Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930—1933. Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2) 1954 S. 434 ff.

3. Februar 1933

urteilen. Mit der Miene eines Biedermannes verkündete er, daß niemand mehr Frieden wünsche als er selbst und das deutsche Volk.

Als erster wurde der *Vertreter von Giornale d'Italia* bei Hitler vorgelassen. Die Zeitung veröffentlichte das *Interview* bereits in einer Spätausgabe des 3. Februar<sup>70)</sup>. Hitler betonte die Notwendigkeit freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Italien.

„Auch Italien fordert, daß seine Lebensrechte anerkannt werden. Aus diesem Grunde befinden sich beide Nationen von Natur aus auf dem gleichen Boden und streben nach den gleichen Zielen. Daher ist es umso leichter, einen Zusammenschluß zur Lösung der großen Fragen zu finden, die beide Völker betreffen. Von deutscher Seite wird alles geschehen, was notwendig ist, um ein solches Einverständnis herbeizuführen.“

Hitler schloß mit einem Gruß an die italienische Nation, deren Ideal seinem eigenen stark verwandt sei.

Den Inhalt der *Unterredungen mit englischen und amerikanischen Pressevertretern* gibt das *Interview von Associated Press* wieder:<sup>71)</sup>

Der Kanzler wies zunächst darauf hin, daß die Linksparteien 14 Jahre lang völlig unbeschränkt freie Hand gehabt hatten.

„Schauen Sie sich jetzt das Ergebnis an“, so rief er aus, „geben Sie uns vier Jahre, die verfassungsmäßige Periode eines Reichstages, und dann soll das Land über uns richten.“

Auf die Frage nach einer Erläuterung des Vierjahresplanes der Regierung antwortete Reichskanzler Hitler: „Ich freue mich, daß Sie diese Frage gestellt haben. Wenn ich eine Propagandarede für meine Partei hätte vortragen wollen, so hätte ich versprechen können, daß die Arbeitslosigkeit am 15. März verschwunden sein würde und daß am 1. Mai die Landwirtschaft auf ihren alten Stand zurückgebracht wäre. Aber ich bin ehrlicher als die meisten meiner Gegner und habe daher keine solchen Versprechungen gemacht. Es ist unmöglich, das Staatsschiff sogleich in den rechten Kurs zu bringen. Dazu bedarf es Zeit. Alles, was ich verlange, sind vier Jahre.“ Lächelnd fügte der Kanzler hinzu: „Denken Sie daran, daß ich beharrlich bin, ich habe starke Nerven. Wenn ich nicht voll Entschlußkraft wäre, so stände ich heute nicht vor Ihnen.“

Im Anschluß an diese kurze Unterredung wurde eine Reihe Korrespondenten der englischen und der amerikanischen Presse empfangen, vor denen der Kanzler erklärte:

„Ich hoffe, die Welt weiß, was in Deutschland vorgeht. Hier kann es kein Kompromiß geben. Entweder wird in Kürze die rote Fahne des Bolschewismus aufgepflanzt, oder Deutschland findet zu sich selbst zurück. Ich appelliere an die Weltpresse, kein voreiliges Urteil über die Ereignisse, die jetzt ablaufen, zu fällen. Ich bitte Sie, die neue Regierung nach ihren Taten zu richten und die Taten selbst in ihrer Gesamtheit zu nehmen und nicht etwa in isolierte Teilabschnitte zu zerpfücken.“

Diese Worte sprach der Kanzler mit besonderem Nachdruck. Mit erhobener Stimme fuhr er fort:

„Man hat mich als einen Mann beschrieben, der blutrünstige Brandreden gegen die fremden Staaten hält, und die Welt ist jetzt über meine Mäßigung erstaunt. Meine Herren, ich habe niemals eine Brandrede gehalten. Ganz im Gegenteil, meine Reden, selbst

<sup>70)</sup> WTB. v. 4. 2. 1933.

<sup>71)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 37 v. 6. 2. 1933.

### 3. Februar 1933

die vor zehn und zwölf Jahren, legen Zeugnis dafür ab. Jeder, der, wie ich selbst, den Krieg kennt, weiß, welchen Verbrauch von Kräften er bedeutet. Über das, was ein etwaiger zukünftiger Krieg mit sich bringt, können nur Mutmaßungen aufgestellt werden. Daher wünscht niemand mehr Friede und Ruhe als ich, als das deutsche Volk. Indessen müssen wir darauf bestehen, daß wir mit den anderen Nationen gleichberechtigt sind und unseren angemessenen Platz in der Welt einnehmen, genau wie jeder Amerikaner dasselbe für sein Land fordern wird. Ich kann mir nicht vorstellen, daß irgendein Patriot für sein Land anders denkt als wir für unseres. Natürlich, mein Interesse ist auf Deutschland gerichtet.“

Am 5. Februar nahm Hitler im Braunhemd an der *Trauerfeier* für SA.-Sturmführer Maikowski und Polizeioberwachmeister Zauritz im Berliner Dom teil. Die beiden waren im Anschluß an den Fackelzug vom 30. Januar bei politischen Zusammenstößen erschossen worden.

Anschließend flog er nach München und gab, dort angekommen, folgende *Verlautbarung* heraus: <sup>71a)</sup>

„München, 5. Februar.

Die Reichspressestelle der NSDAP. teilt mit:

Reichskanzler Adolf Hitler traf heute bei Einbruch der Dunkelheit, von Berlin im Flugzeug kommend, in München ein. Der Besuch des Führers in München dient zunächst privaten Zwecken, dann aber auch der Vorbereitung der Reichstagswahl. Wie bekannt, verbleibt die Leitung der nationalsozialistischen Bewegung auch für die Zukunft in München. Adolf Hitler, der auch persönlich außerordentlich an München hängt, behält hier seine eigentliche Wohnung <sup>72)</sup>.

Der Führer bezieht im übrigen als Reichskanzler kein Gehalt, er hat, da er sich als Schriftsteller sein Einkommen selbst verdient, auf seine Bezüge als Reichskanzler Verzicht geleistet.“

<sup>71a)</sup> WTB.-Meldung v. 5. 2. 1933.

<sup>72)</sup> Hitlers Privatwohnung, Prinzregentenplatz 16, II. Stock, lag in einem Mietshaus für wohlhabende bürgerliche Familien, wie man sie in Deutschland vor dem 1. Weltkrieg baute. Das ziemlich düstere Haus wurde etwa um die gleiche Zeit gebaut wie das benachbarte Prinzregententheater (1901). — Im September 1929 mietete der „Kunstmaler und Schriftsteller Adolf Hitler“, seit 1. 5. 1920 Thierschstraße 41/1 wohnhaft, von dem Kommerzienrat Hugo Schühle (gest. 1954) die Wohnung im 2. Stock, bestehend aus 9 Zimmern, 2 Küchen, 2 Kammern, 2 Badezimmern und sonstigem Zubehör (Mietvertrag v. 10. 9. 1929 im Stadtarchiv München, Zim. 117). Hitlers Gönner Hugo Bruckmann hatte ihm die Wohnung vermittelt. Die Jahresmiete betrug 4176 Mark. Der Vertrag sollte zunächst bis 1. 4. 1934 gelten bei halbjähriger Kündigungsmöglichkeit. Hitler übernahm die Wohnung am 1. 10. 1929. Es blieb jedoch zunächst noch ein Untermieter wohnen. Dann nahm Hitler den Packer Georg Winter und dessen Ehefrau als Hausmeisterehepaar in die Wohnung (später im IV. Stock wohnhaft). Am 17. November bzw. 27. Dezember 1938 kaufte „Hitler, Adolf, Führer und Kanzler des deutschen Volkes in Berlin“ von Schühle und dessen Ehefrau Natalie das ganze Haus (Grundbuchamt München, Grundbuch 124, Haidhausen, S. 86 Bl. 3235). Hypotheken-Belastungen in Höhe von 175 000 RM wurden vorher gelöscht.

In der II.-Stock-Wohnung verübte Heli Raubal, die von Hitler geliebte Nichte, am 18. 9. 1931 Selbstmord durch Erschießen (Vgl. Meldungen in den Münchener Zeitungen v. 21. 9. 1931). Ihr am Ende der Wohnung gelegenes Zimmer durfte auf Hitlers Anordnung nicht verändert werden.

Nachdem Hitler Reichskanzler geworden war, empfing er in dieser Wohnung zahlreiche politische Besucher. Besonders bekannt geworden sind die Besuche Mussolinis (25. 9. 1937, vgl. S. 733 f.) und Chamberlains (30. 9. 1938, vgl. S. 945 f.).

Ward Price (a. a. O., S. 37 f.) gibt eine Schilderung von dieser Wohnung, die einige Erinnerungstäuschungen enthält (z. B. Fußboden, Erker, Lage der Wohnung usw.).

Das Haus Prinzregentenplatz 16 wurde im 2. Weltkrieg nicht zerstört. Nach dem Einmarsch der amerikanischen Armee war es Sitz einer amerikanischen Dienststelle. Das Mobiliar, Gemälde usw. wurde abtransportiert. Anschließend zog die Finanzmittelstelle München des Landes Bayern dort ein.

5. Februar 1933

Hitler hatte bekanntlich diesen Gehaltsverzicht vor der Machtübernahme angekündigt<sup>73)</sup>. Bei den bürokratischen deutschen Vorschriften bereitete ein solcher Verzicht jedoch, wie schon ein Jahr zuvor in Braunschweig, Schwierigkeiten, bis ein Modus für die Verwendung dieser Gelder gefunden war.

Ein Interview, das Hitler am 6. Februar dem Vertreter der Daily Mail, Oberst Etherton, gewährte, löste beim Erscheinen Mißfallen aus, so daß Hitler im Völkischen Beobachter folgenden „*authentischen Text*“ veröffentlichen ließ:<sup>74)</sup>

Berlin, 13. Februar.

Am 6. Februar gewährte der Reichskanzler dem englischen Obersten Etherton, der als Vertreter der „Daily Mail“ und der ihr angeschlossenen Presseorgane erschienen war, eine Unterredung. Das dem Obersten Etherton nach der Unterredung schriftlich ausgehändigte Interview erschien am 12. Februar nicht in der „Daily Mail“, sondern im „Sunday Express“ in völlig entstellter Form mit willkürlichen Veränderungen und Zusätzen, ohne Wissen und Genehmigung der deutschen zuständigen Stellen. Der Verfasser hat offenbar Bruchstücke einer früheren Unterredung verwertet und sonstige Beobachtungen fälschlich dem Reichskanzler zugeschrieben.

Nachfolgend veröffentlichen wir den Text der Unterredung, die mit der Frage des Obersten Etherton an den Reichskanzler begann, wie er über das Problem der Abrüstung denke.

Der Reichskanzler: „Jede deutsche Regierung steht selbstverständlich auf dem Standpunkt, daß eine Abrüstung mit allen Kräften anzustreben sei, aber keine irgendwie verhandelte, sondern eine ehrliche und klare.“

Es hängt bei der Lösung dieses schweren Problems hauptsächlich auch davon ab, wie sich die angelsächsischen Völker, d. h. die Briten und die Amerikaner, zu dieser Frage stellen und welches Gewicht sie in die Waagschale zu legen gedenken, um die Abrüstung wirklich durchzuführen.

Was Deutschland anbetrifft, so hat es seinen Teil nicht nur in der Theorie zur Lösung dieser Frage beigetragen, sondern die größte Armee in einem Umfange abgerüstet, daß nur ein unverhältnismäßig kleines Heer zurückgeblieben ist.“

---

<sup>73)</sup> Rede vom 17. 10. 1932, vgl. S. 140.

<sup>74)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 45 v. 14. 2. 1933. — Es zeigte sich hier schon in den ersten Tagen nach der Machtübernahme, daß sich die Engländer von Hitlers Redekunst nicht beeindrucken ließen.

Oberst Etherton berichtete in der Interview-Publikation nicht nur über das, was Hitler sagte, sondern auch über das, was Hitler dabei dachte. Infolgedessen hatte die englische Version folgenden Inhalt (nach WTB. v. 14. 2. 1933):

„Der polnische Korridor müsse an Deutschland zurückgegeben werden, und zwar nach Ansicht der betroffenen Bevölkerung, sowie aus anderen Gründen.“

Der Kommunismus müsse gänzlich ausgerottet werden, um die friedliche Entwicklung und den Fortschritt Deutschlands möglich zu machen.

Eine Wiederherstellung der Hohenzollern-Monarchie komme nicht in Frage. Ein Kampf Republik gegen Monarchie würde die Parteien spalten und endlose Schwierigkeiten in dem Augenblick auführen, in dem Deutschland ein einheitliches Ganzes sein müsse.

Die Lösung der Kolonialfrage müsse im Sinne der Gerechtigkeit gefunden werden. Deutschland brauche Kolonien ebenso notwendig wie andere Nationen.

Abschließend sagte Hitler, daß er mit ganzem Herzen mit England zur Förderung des Weltfriedens zusammenarbeiten und bei niemandem Anstoß erregen wolle, wenn sich dies vermeiden lasse.

Er bewundere Staatsleute vom Schlage Cromwells, und Deutschland brauche jetzt einen Cromwell, um aus dem jetzigen Zustand dauernder Krisen und Schwierigkeiten heraus einen Weg des Wohlstandes und des Friedens geführt zu werden.“

Die plumpen Anbiederungsversuche Hitlers gegenüber der großen angelsächsischen Weltmacht (Parallelen zu Cromwell usw.) wurden in England von Anfang an ironisch kommentiert. Die Engländer wollten keinesfalls in Hitlers außenpolitischem Spiel die Rolle der Deutschnationalen übernehmen und als Steigbügelhalter für seine Weltherbschaftspläne dienen.

Auf die Frage, wie der Reichskanzler über den Versailler Vertrag denke, erwiderte dieser:

„Der Versailler Vertrag ist ein Unglück nicht nur für Deutschland, sondern auch für andere Völker. Es ist ein Unglück, für immer die Welt in Sieger und Besiegte einteilen zu wollen, der Versuch einer solchen Einteilung untergräbt das Vertrauen der Völker untereinander, was sich auch auf die Wirtschaft ausdehnt, welcher durch diesen Vertrag der schlechteste Dienst erwiesen worden ist, und was die Verbesserungsmöglichkeiten dieses verfehlten Vertrages anbetrifft, so kämpfen wir gegen die alle schädigenden Differenzen zwischen den Nationen, die dieser Vertrag aufgerichtet hat.

Man kann gewiß nach einem Kriege für einige Zeit Sieger und Besiegte unterscheiden, aber eine Weltordnung läßt sich darauf nie und nimmer aufbauen.

Ich glaube, daß nach einer Revision der Versailler Vertrages nicht nur wir rufen, sondern einst die ganze Welt rufen wird. Jedenfalls wird jede deutsche Regierung fordern, daß das in diesem Vertrage niedergelegte Unrecht wieder gutgemacht wird.“

Auf die Frage, wie sich nach Ansicht des Reichskanzlers Frankreich zu diesen Bestrebungen stellen werde, antwortete der Kanzler, daß er zunächst noch immer die Hoffnung habe, daß man auch in Paris die Unhaltbarkeit der 1919 geschlossenen Verträge einsehen werde.

Über die fortlaufenden französischen Aufrüstungen befragt, erklärte Reichskanzler Hitler: „Ich glaube, nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Staaten wundert man sich über das viele Geld, über das die Franzosen verfügen, und von dem sie anscheinend nicht wissen, wie sie es verwenden sollen. Wir verlangen, daß jeder Nation in dem Umfang ihre Existenz gesichert wird, wie es ihre Umwelt bedingt. Wir unsererseits haben auch das vertraglich in den Völkerbundsakten niedergelegte Recht, darauf zu bestehen, und werden das tun.

Der Zustand, wie er heute besteht, ist geschichtlich noch niemals dagewesen. Selbst 1814 haben die damaligen Alliierten, als sie sich gegen einen imperatorhaften Versuch, Europa unter französischer Vorherrschaft zu zwingen, zusammaten, die Herrschaft Napoleons zwar niedergebrochen, aber keiner hat gefordert, Frankreich als den für immer Besiegten und den in jeder Hinsicht Unberechtigten hinzustellen.“

Über den sogenannten „Polnischen Korridor“ befragt, äußerte der Reichskanzler, daß seiner Ansicht nach hier ein ganz besonders großes Unrecht der deutschen Nation zugefügt worden sei.

Was das kommunistische Problem anbetreffe, so fügte er zum Schluß hinzu: Er habe es in diesem Falle nicht mit einem auswärtigen Staat zu tun, sondern mit einer Zersetzungserscheinung, die ihn als ein innerpolitisches Problem beschäftige. Er sei der Ansicht, daß der Kommunismus in Deutschland unbedingt überwunden und ausgerottet werden müsse, um eine friedliche Entwicklung und ein neues Aufblühen der deutschen Nation zu ermöglichen.

Am 8. Februar befand sich Hitler wieder in Berlin, um dort *vor den leitenden Männern der deutschen Presse* zu sprechen<sup>75)</sup>. Er wollte ihnen die neue Einschränkung der Versammlungs- und Pressefreiheit, die er durch die *Notverordnung zum Schutz des deutschen Volkes* vom 4. Februar gerade verhängt hatte<sup>76)</sup>, schmackhaft machen und sparte daher nicht an freundlichen Worten.

Er persönlich und die Reichsregierung ständen keineswegs auf dem Standpunkt, daß die Presse geknebelt werden solle. Was die Reichsregierung aber von der Presse erwarten müsse, sei, daß sie den neuen Männern den guten Willen zubillige, das Beste für Volk und Vaterland zu leisten. Hitler unternahm dann einen Ausflug in die Geschichte und rekapitulierte fehlerhafte Urteile der deutschen Presse aus der Zeit von 1859 bis 1871 und über Richard Wagner. Vor ähn-

<sup>75)</sup> Bericht im VB. Nr. 40 v. 9. 2. 1933:

<sup>76)</sup> RGBl. 1933 I S. 35.



8. Februar 1933

lichen Irrtümern wolle er die jetzige Presse bewahren. Zum Schluß seiner Ansprache aber zog er andere Saiten auf und erklärte, daß gegen diejenigen, die Deutschland [d. h. Hitler] bewußt schädigen wollten, mit äußerster Schärfe vorgegangen werden müsse.

„In zehn Jahren wird es in Deutschland keinen Marxismus mehr geben.“

Die erste Woche seit der Machtübernahme war, wie man sieht, von allen möglichen Unternehmungen so angefüllt, daß Hitler seiner Lieblingsbeschäftigung, auf Massenversammlungen zu sprechen, nicht hatte nachgehen können.

Dies sollte nun bei verschiedenen Kundgebungen gründlich nachgeholt werden.

Am 10. Februar sprach Hitler zum erstenmal als Reichskanzler im *Berliner Sportpalast*, der ihn so oft während der Kampfzeit gesehen hatte.

Jahrelang hatte er dort erklärt, die „Novemberverbrecher“ seien am Unglück Deutschlands schuld. Er war der eifrigste Verfechter der Dolchstoß-Theorie gewesen, wonach diejenigen Männer, die im November 1918 nach dem militärischen Zusammenbruch des Kaiserreiches die Regierung übernahmen, dem deutschen Heer den Sieg aus der Hand genommen hätten. Dabei war es die kaiserliche Oberste Heeresleitung, Hindenburg und Ludendorff, gewesen, die bereits im September 1918 Waffenstillstand binnen 24 Stunden gefordert hatten, da man dem feindlichen Ansturm nicht mehr gewachsen sei. Es war in der Tat ein reines Rechenexempel, wie lange die deutsche Front den vereinigten Weltmächten widerstehen würde.

Hitler aber hatte den „Novemberverbrechern“ angedroht, er werde nach der Machtergreifung ihre „Köpfe rollen lassen“<sup>77)</sup>. Nun war er an der Macht, und nun hätte man gespannt sein können, welchen angeblichen „Novemberverbrechern“ er den Prozeß machen werde. Aber es zeigte sich schon in dieser ersten Rede nach dem 30. Januar und in allen späteren, daß es damit nichts werden würde, einfach weil es keine „Novemberverbrecher“ gab!

Hitler lamentierte jetzt mehr über das Chaos, das ihm die Weimarer Parteien nach 14jähriger Tätigkeit hinterlassen hätten und über das „Verbrechen der Inflation“, womit er freilich des Beifalls aller Zuhörer sicher sein konnte. Die Inflation nach dem ersten Weltkrieg wurde in Deutschland allgemein als Betrug empfunden und so dargestellt, als ob das deutsche Volk von irgendwelchen Ausbeutern, Juden und feindlichen Ausländern um seine Ersparnisse gebracht worden sei. Noch heute ist in Deutschland die Tatsache weithin unbekannt, daß jeder Krieg infolge des Produktionsausfalls und der Störung der Geldrelation zwangsläufig einen Verfall der Währung mit sich bringen muß, und zwar sowohl bei den Besiegten als auch bei den Siegern, wobei die Besiegten naturgemäß infolge ihrer stärker betroffenen Wirtschaft schlechter wegzukommen pflegen. Diese Kriegsfolge war nicht erst nach dem 1. Weltkrieg aufgetreten, sondern hat sich nach jedem Krieg gezeigt, seitdem es monetäre Währungen gibt.

Als Hitlers Herrschaft am Ende des 2. Weltkrieges zerbrach, da war die Geldentwertung weit schlimmer als nach 1918, genau so wie das Chaos, das Hitler nach 12 Jahren hinterließ, in gar keinem Vergleich stand zu dem „Erbe“, das die Weimarer Parteien nach 14jähriger Regierungstätigkeit 1933 übergaben.

Hitlers Zuhörer im Berliner Sportpalast und im übrigen Deutschland — die Rede wurde von dem gesamten Rundfunk übertragen — ahnten am 10. Februar

<sup>77)</sup> Rede vor dem Reichsgericht in Leipzig am 25. 9. 1930. Vgl. S. 14.

1933 freilich nicht, wie Deutschland 12 Jahre später aussehen werde. Sie waren noch begeistert von Hitlers Rück- und Ausblicken. Nach der obligaten „Partei-erzählung“<sup>78)</sup>, der weitläufigen Darstellung der Kampfzeit seit 1919, wetterte er über die Wirtschaftspolitik der Systemparteien:<sup>79)</sup>

„Sie begingen dann das Verbrechen der Inflation, und nach diesem Raubzug unter ihrem Minister Hilferding setzte ein ruinöser Zinswucher ein.

Unerhörte Wucherzinsen, die in keinem Staat früher straflos hätten genommen werden dürfen, sie sind nun in der ‚sozialen‘ Republik an der Tagesordnung, und damit beginnt die Vernichtung der Produktion, die Vernichtung durch diese marxistischen Wirtschaftstheorien an sich und dann noch durch den Wahnsinn einer Steuerpolitik, der das übrige noch besorgt, und nun sehen wir, wie Stand um Stand zusammenbricht, wie allmählich verzweifelte Hunderttausende von Existenzen ausgelöscht werden, Jahr für Jahr Zehntausende von Konkursen, Hunderttausende von Zwangsversteigerungen stattfinden. Dann beginnt der Bauernstand zu verelenden, der fleißigste Stand im ganzen Volk geht zugrunde, kann nicht mehr existieren, und dann greift es endlich wieder zurück nach der Stadt, und das Arbeitslosenheer beginnt anzuwachsen: Eine Million, zwei, drei, vier Millionen, fünf Millionen, sechs Millionen, sieben Millionen, heute mögen es sieben bis acht Millionen tatsächlich sein.

Sie haben vernichtet, was sie vernichten konnten in vierzehnjähriger Arbeit, in der sie von niemandem gestört worden sind.

Heute ist dieses Elend vielleicht durch einen einzigen Vergleich zu illustrieren. Ein Land – Thüringen. Die Gesamteinnahmen seiner Kommunen betragen 26 Millionen Mark. Davon soll bestritten werden ihre Verwaltung, soll die Erhaltung ihrer öffentlichen Gebäude bestritten werden, alles was sie ausgeben für Schulen, für Bildungszwecke. Es soll bestritten werden, was sie ausgeben für Wohlfahrtszwecke. 26 Millionen insgesamt Einnahmen, und für Wohlfahrtsunterstützungen allein sind 45 Millionen nötig.

So sieht es heute in Deutschland aus! Unter dem Regiment dieser Parteien, die 14 Jahre lang unser Volk ruinierten. Es ist nur die Frage, wie lange noch?

Deshalb, weil ich überzeugt bin, daß man nun, wenn man nicht zu spät kommen will, mit der Rettung einsetzen muß, habe ich mich bereit erklärt, am 30. Januar, die unterdes von sieben Mann zu zwölf Millionen emporgewachsene Bewegung einzusetzen zur Rettung des deutschen Volkes und Vaterlandes.

Die Gegner fragen nun nach unserem Programm<sup>80)</sup>. Meine Volksgenossen, ich könnte jetzt die Frage an diese Gegner richten: ‚Wo war euer Programm?‘ Habt ihr das, was ihr in Deutschland angerichtet habt, gewollt? War das euer Programm, oder wolltet ihr das nicht? Wer hinderte euch, das Gegenteil zu tun? Sie werden sich heute plötzlich nicht erinnern wollen, daß sie die Verantwortung für 14 Jahre tragen. Wir aber werden die Mahner sein und die Ankläger zugleich und dafür sorgen, daß ihr Gewissen nicht nachläßt, daß sie die Erinnerung nicht trübt.

Wenn sie sagen: Sagen Sie uns Ihr detailliertes Programm, dann kann ich ihnen nur zur Antwort geben: Zu jeder Zeit wäre vermutlich ein Programm mit ganz konkreten wenigen Punkten möglich gewesen für eine Regierung. Nach eurer Wirtschaft, nach eurem Wirken, nach eurer Zersetzung aber muß man das deutsche Volk von Grund auf neu aufbauen, genau so wie ihr es bis in den Grund hinein zerstört habt! Das ist unser Programm!

Und da erheben [erhebt] sich nun eine Reihe von großen Aufgaben vor uns. Der beste und damit der erste Programmpunkt: Wir wollen nicht lügen und wir wollen nicht schwindeln. Ich habe es deshalb abgelehnt, jemals vor dieses Volk hinzutreten und billige Versprechungen zu geben. Es kann niemand hier gegen mich aufstehen und zeugen, daß ich je gesagt habe, der Wiederaufstieg Deutschlands sei nur eine Frage von wenigen Tagen.

<sup>78)</sup> Ausdruck des Verfassers. Vgl. S. 49.

<sup>79)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 42/43 v. 11./12. 2. 1933.

<sup>80)</sup> Anspielung auf die Fragen von Kaas am 31. 1. 1933.

Immer und immer wieder predige ich: Der Wiederaufstieg der deutschen Nation ist die Frage der Wiedergewinnung der inneren Kraft und Gesundheit des deutschen Volkes.

So wie ich selbst 14 Jahre nun gearbeitet habe, unentwegt und ohne jemals schwankend zu werden am Aufbau dieser Bewegung, und so wie es mir gelungen ist, von sieben Mann zu zwölf Millionen zu kommen, so will ich und so wollen wir bauen und arbeiten an der Wiederaufrichtung unseres deutschen Volkes. So wie diese Bewegung heute die Führung des Deutschen Reiches überantwortet bekommen hat, so werden wir einst dieses Deutsche Reich wieder zum Leben und zur Größe zurückführen. Wir sind entschlossen, uns durch gar nichts dabei beirren zu lassen.

So komme ich zum zweiten Punkt unseres Programmes. Ich will ihnen nicht versprechen, daß dieser Wiederaufstieg unseres Volkes von selbst kommt.

Wir wollen arbeiten, aber das Volk muß mithelfen. Es soll nie glauben, daß plötzlich Freiheit, Glück und Leben vom Himmel geschenkt wird. Alles wurzelt nur im eigenen Willen, in der eigenen Arbeit.

Und drittens wollen wir unsere ganze Arbeit leiten lassen von einer Erkenntnis, von einer Überzeugung: Wir glauben niemals an fremde Hilfe, niemals an Hilfe, die außerhalb unserer eigenen Nation, unseres eigenen Volkes liegt. Nur in sich selbst allein liegt die Zukunft des deutschen Volkes. Nur wenn wir selbst dieses deutsche Volk emporführen durch eigene Arbeit, durch eigenen Fleiß, eigenen Trotz, eigene Beharrlichkeit, dann werden wir wieder emporsteigen, genau wie die Väter einst Deutschland nicht durch fremde Hilfe, sondern selbst groß gemacht haben.

Nach dem vierten Programmpunkt wollen wir den Aufbau unseres Volkes nicht vornehmen nach Theorien, die irgendein fremdes Gehirn ersonnen, sondern nach den ewigen Gesetzen, die immer Geltung besitzen. Nicht nach Klassentheorien, nicht nach Klassenvorstellungen. Diese Gesetze fassen wir als fünften Punkt in einer Erkenntnis zusammen:

Diese Grundlagen unseres Lebens beruhen in Werten, die niemand uns rauben kann, außer wir selbst, sie beruhen in unserem Fleisch und Blut und Willen und in unserem Boden. Volk und Erde, das sind die beiden Wurzeln, aus denen wir unsere Kraft ziehen wollen, und aus denen wir unsere Entschlüsse aufzubauen gedenken.

Und damit ergibt sich als sechster Punkt klar als Ziel unseres Kampfes: Die Erhaltung dieses Volkes und dieses Bodens, die Erhaltung dieses Volkes für die Zukunft in der Erkenntnis, daß nur dieses allein überhaupt für uns einen Lebenszweck darstellen kann. Nicht für Ideen leben wir, nicht für Theorien, nicht für phantastische Parteiprogramme, nein, wir leben und kämpfen für das deutsche Volk, für die Erhaltung seiner Existenz, für die Durchführung des eigenen Lebenskampfes, und wir sind dabei überzeugt, daß wir nur auf diese Weise allein mithelfen an dem, was die andern so gern in den Vordergrund stellen möchten: am Weltfrieden.

Ein solcher hat immer zur Voraussetzung starke Völker, die ihn wünschen und beschützen. Eine Weltkultur baut sich auf auf den Kulturen der Nationen und Völker. Eine Weltwirtschaft ist nur denkbar, getragen von den Wirtschaften gesunder Einzelnationen.

Indem wir ausgehen von unserem Volk, helfen wir mit am Wiederaufbau der gesamten Welt, indem wir einen Baustein in Ordnung bringen, der nicht herausgebrochen werden kann aus diesem Gefüge und Gebäude der übrigen Welt.

Und ein weiterer Punkt, der lautet: Weil wir in der Erhaltung unseres Volkes, in der Ermöglichung der Durchführung seines Lebenskampfes das höchste Ziel erblicken, müssen wir die Ursachen unseres Verfalls beseitigen und damit die Versöhnung der deutschen Klassen herbeiführen. Ein Ziel, das man nicht in sechs Wochen erreicht, nicht in vier Monaten, wenn andere 70 Jahre an dieser Zersetzung arbeiten konnten. Allein ein Ziel, das wir nie aus dem Auge verlieren, indem wir selbst diese neue Gemeinschaft aufbauen und indem wir die Erscheinungen des Zerfalls langsam beseitigen werden. Die Parteien dieser Klassenspaltung aber mögen überzeugt sein, solange der Allmächtige mich am Leben läßt, wird mein Entschluß und mein Wille, sie zu vernichten, ein unbändiger sein. Niemals, niemals werde ich mich von der Aufgabe entfernen, den Marxismus und seine Begleiterscheinungen aus Deutschland auszurotten, und niemals will ich hier zu einem Kompromiß bereit sein.

10. Februar 1933

Einer muß hier Sieger sein: entweder der Marxismus oder das deutsche Volk! Und siegen wird Deutschland!

Indem wir diese Versöhnung der Klassen herbeiführen, direkt und indirekt, wollen wir weitergehen, dieses geeinte deutsche Volk wieder zurückführen zu den ewigen Quellen seiner Kraft, wollen durch eine Erziehung von klein an den Glauben an einen Gott und den Glauben an unser Volk einpflanzen in die jungen Gehirne. Wir wollen dann aufbauen dieses Volk auf dem deutschen Bauern, als dem Grundpfeiler jedes völkischen Lebens. Indem ich für die deutsche Zukunft kämpfe, muß ich kämpfen für die deutsche Scholle und muß kämpfen für den deutschen Bauern. Er erneuert uns, er gibt uns die Menschen in die Städte, er ist der ewige Quell seit Jahrtausenden gewesen, und er muß erhalten bleiben.

Ich gehe dann weiter zum zweiten Pfeiler unseres Volkstums: Zum deutschen Arbeiter, jenem deutschen Arbeiter, der in der Zukunft kein Fremdling mehr sein soll und sein darf im deutschen Reich, den wir zurückführen wollen wieder in die Gemeinschaft unseres Volkes und dem wir die Tore aufbrechen werden, daß er mit einzieht in die deutsche Volksgemeinschaft als ein Träger der deutschen Nation. Wir wollen dann weiter dem deutschen Geist die Möglichkeit seiner Entfaltung sichern, wollen den Wert der Persönlichkeit, die schöpferische Kraft des einzelnen wieder einsetzen in ihre ewigen Vorrechte. Wir wollen damit brechen mit allen Erscheinungen einer faulen Demokratie und an ihre Stelle setzen die ewige Erkenntnis, daß alles, was groß ist, nur kommen kann aus der Kraft der Einzelpersönlichkeit und daß alles, was erhalten werden soll, wieder anvertraut werden muß der Fähigkeit der Einzelpersönlichkeit. Wir werden kämpfen gegen die Erscheinungen unseres parlamentarisch-demokratischen Systems und gehen damit sofort über zu einem zwölften Punkt, der Wiederherstellung der Sauberkeit in unserem Volk. Neben dieser Sauberkeit auf allen Gebieten unseres Lebens, der Sauberkeit unserer Verwaltung, die [der] Sauberkeit im öffentlichen Leben, aber auch der Sauberkeit in unserer Kultur wollen wir die Wiederherstellung der deutschen Ehre, wiederherstellen die Achtung vor ihr und das Bekenntnis zu ihr und wollen einbrennen in unsere Herzen das Bekenntnis zur Freiheit; wollen unser Volk damit aber auch wieder beglücken mit einer wirklichen deutschen Kultur, mit einer deutschen Kunst, mit einer deutschen Architektur, einer deutschen Musik, die uns unsere Seele wiedergeben soll, und wollen damit erwecken die Ehrfurcht vor den großen Traditionen unseres Volkes, erwecken die tiefe Ehrfurcht vor den Leistungen der Vergangenheit, die demütige Bewunderung der großen Männer der deutschen Geschichte.

Wir wollen unsere Jugend wieder hineinführen in dieses herrliche Reich unserer Vergangenheit. Demütig sollen sie sich beugen vor denen, die vor uns lebten und schufen und arbeiteten und wirkten, auf daß sie heute leben können. Und wollen diese Jugend vor allem erziehen zur Ehrfurcht vor denen, die einst das schwerste Opfer gebracht haben für unseres Volkes Leben und unseres Volkes Zukunft. Denn was diese 14 Jahre auch verbrochen haben, das Schlimmste war, daß sie zwei Millionen Tote um ihr Opfer betrogen haben, und diese zwei Millionen, sie sollen vor dem Auge unserer Jugend sich wieder erheben als ewige Warner, als Forderer, sie zu rächen. Wir wollen unsere Jugend erziehen in Ehrfurcht vor unserem alten Heer, an das sie wieder denken soll, das sie wieder verehren soll und in dem sie wieder sehen soll jene gewaltige Kraftäußerung der deutschen Nation, das Sinnbild der größten Leistung, das unser Volk je in seiner Geschichte vollbracht hat.

Damit wird dieses Programm sein ein Programm der nationalen Wiedererhebung auf allen Gebieten des Lebens, unduldsam gegen jeden, der sich gegen die Nation versündigt. Bruder und Freund zu jedem, der mitkämpfen will an der Wiederauferstehung seines Volkes, unserer Nation.

Damit richte ich heute nun den letzten Appell an meine Volksgenossen:

Am 30. Januar haben wir eine Regierung übernommen. Schlimmste Zustände sind in unser Volk hereingebrochen. Wir wollen sie beheben, und wir werden sie beheben. So wie wir trotz allem Hohnen diese Gegner beseitigten, so werden wir auch die Folgen ihres Regiments beseitigen.

Um Gott und dem eigenen Gewissen Genüge zu tun, haben wir uns nun noch einmal an das deutsche Volk gewandt. Es soll nun selbst mithelfen.

Wenn dieses deutsche Volk uns in dieser Stunde verläßt, dann soll uns das nicht hindern. Wir werden den Weg gehen, der nötig ist, daß Deutschland nicht verkommt. Wir aber wollen, daß mit der Zeit der Wiederherstellung der deutschen Nation nicht nur einige Namen verknüpft sind, sondern verknüpft ist wieder der Name des deutschen Volkes selbst, daß nicht eine Regierung arbeitet, sondern daß eine Millionenmasse hinter diese Regierung tritt; daß sie mit Hilfe ihrer Kraft gewillt ist, uns selbst auch wieder zu stärken zu diesem großen und schweren Werk. Ich weiß, daß, wenn heute sich die Gräber öffnen würden, die Geister der Vergangenheit, die einst für Deutschland stritten und starben, sie würden emporschweben, und hinter uns würde heute ihr Platz sein. All die großen Männer unserer Geschichte, ich weiß, sie stehen heute hinter uns und sehen auf unser Werk und unser Wirken.

14 Jahre lang haben die Parteien des Zerfalls, der November-Revolution das deutsche Volk verführt und mißhandelt, 14 Jahre lang haben sie zerstört, zersetzt und aufgelöst. Dann ist es nicht vermessen, wenn ich heute vor die Nation hintrete und sie beschwöre, deutsches Volk, gib uns vier Jahre Zeit, dann richte und urteile über uns. Deutsches Volk, gib uns vier Jahre, und ich schwöre, so wie wir und so wie ich in dieses Amt eintrete, so will ich dann auch gehen.

Ich tat es nicht um Gehalt und nicht um Lohn, ich tat es um deiner selbst willen!

Es ist der schwerste Entschluß meines eigenen Lebens gewesen. Ich habe ihn gewagt, weil ich glaubte, daß es sein muß.

Ich habe den Entschluß gewagt, weil ich überzeugt bin, daß nun nicht mehr länger gezögert werden darf.

Ich habe ihn gewagt, weil ich der Überzeugung bin, daß endlich unser Volk doch wieder zur Besinnung kommen wird, und daß, wenn selbst Millionen uns heute noch fluchen mögen, einmal die Stunde kommt, da sie doch hinter uns marschieren werden, da sie einsehen werden, daß wir wirklich nur das Beste gewollt und kein anderes Ziel im Auge gehabt haben, als dem zu dienen, was uns das Höchste auf Erden ist.“

Hitler brachte es tatsächlich fertig, hier zu behaupten, es sei der „schwerste Entschluß seines Lebens“ gewesen, Reichskanzler zu werden. Wo er doch vierzehn Jahre lang nichts anderes erstrebt hatte! Allerdings verkündete er in den folgenden Jahren noch oft, irgend etwas sei der „schwerste Entschluß seines Lebens“ gewesen <sup>81)</sup>.

Programmpunkt Nr. 1 sei „Wir wollen nicht lügen, und wir wollen nicht schwindeln!“ erklärte Hitler in seiner Rede. Solange es gut geht, ist es freilich leicht, die Wahrheit zu sagen. Als Hitlers Stern im 2. Weltkrieg jedoch zu sinken begann und die Schwierigkeiten immer größer wurden, da schwindelte er nicht weniger als andere Regierungen und gaukelte dem Volk vor, es gäbe noch irgendeine Rettung, obwohl er wußte, daß die Lage hoffnungslos war. Aber auch in der Rede vom 10. Februar 1933 log er, wenn er erklärte: „Deutsches Volk, gib uns vier Jahre und urteile über uns, und ich schwöre, so wie wir und so wie ich in dieses Amt eintrete, so will ich dann auch gehen.“

Dieser Schwur war ein glatter Meineid. Denn im Oktober 1932 hatte er erklärt: „Wenn ich einmal in die Regierung eintrete, habe ich nicht die Absicht wieder auszutreten“ <sup>82)</sup>, und „Wenn wir einmal die Macht bekommen, dann werden wir sie, so wahr uns Gott helfe, behalten“ <sup>83)</sup>.

<sup>81)</sup> Vgl. Register (Bd. II) unter Entschlüsse (Hitlers).

<sup>82)</sup> Rede v. 19. 10. 1932, vgl. S. 140.

<sup>83)</sup> Rede v. 17. 10. 1932, vgl. S. 140.

Hitler dachte nicht daran, vier Jahre später, geschweige denn 1945, sich dem Urteil des Volkes zu stellen oder gar selbst abzutreten. Im ganzen Jahr 1937, in dem Hitler den Urteilsspruch des Volkes noch nicht zu fürchten gehabt hätte, fand weder eine Volksabstimmung noch eine Wahl statt. Dabei hatte Hitler wenige Monate vor der Machtübernahme erklärt, „ein Staatsmann müsse [durch Veranstaltung von Abstimmungen] Jahr für Jahr sein Volk bestellen, so wie ein Bauer sein Feld!“<sup>84)</sup>

Für den Schluß seiner Rede am 10. Februar 1933 aber hatte sich Hitler noch etwas Besonderes ausgedacht. Er beendigte seine mehrstündige Ansprache im Stil des Vaterunser evangelischer Lesart<sup>85)</sup>, wohl um als Katholik den evangelischen Christen zu imponieren, und gebrauchte die Worte:

„Denn ich kann mich nicht lösen von dem Glauben an mein Volk, kann mich nicht lossagen von der Überzeugung, daß diese Nation wieder einst auferstehen wird, kann mich nicht entfernen von der Liebe zu diesem meinem Volk und hege felsenfest die Überzeugung, daß eben doch einmal die Stunde kommt, in der die Millionen, die uns heute hassen, hinter uns stehen und mit uns dann begrüßen werden das gemeinsam geschaffene, mühsam erkämpfte, bitter erworbene neue deutsche Reich der Größe und der Ehre und der Kraft und der Herrlichkeit und der Gerechtigkeit. Amen.“

Hitler machte der Bezeichnung „Nazi-Feldprediger“, die ihm die sozialdemokratische Presse seit Jahren beigelegt hatte, wahrhaftig alle Ehre.

Am 11. Februar folgte ein ganz anders gearteter Auftritt Hitlers. Angetan im feierlichen Cut, eröffnete er die *Internationale Automobil- und Motorrad-Ausstellung am Kaiserdamm in Berlin*. Es war das erstemal, daß ein Reichskanzler eine derartige Ausstellung eröffnete, und die Herren der deutschen Automobilindustrie waren über diese Auszeichnung sehr erfreut. Ihre Freude steigerte sich, als Hitler sich ihnen hier nicht nur als seriöser, verantwortungsbewußter Staatsmann präsentierte, sondern auch als Sachkenner und Motorisierungsexperte.

Seine Rede begann mit einer längeren Betrachtung über die Entwicklung der Verkehrsmittel im allgemeinen und dem hervorragenden deutschen Anteil daran im besonderen.

Zu praktischen Fragen übergehend, erklärte er:<sup>86)</sup>

„Wenn ich heute die Ehre besitze, im Auftrag des Herrn Reichspräsidenten zu Ihnen, meine Herren von dieser [Automobil-]Industrie, zu sprechen, dann möchte ich nicht ver säumen, Ihnen meine Auffassung über das mitzuteilen, was in meinen Augen in der Zukunft zur Förderung dieser heute wohl wichtigsten Industrie zu geschehen hat.

1. Herausnahme der staatlichen Interessenvertretung des Kraftwagen-Verkehrs aus dem Rahmen des bisherigen Verkehrs. Der Kraftwagen gehört mehr seinem ganzen Wesen nach zum Flugzeug als zur Eisenbahn. Kraftwagen und Flugzeug besitzen eine gemeinsame Wurzel in der Motoren-Industrie. Ohne die Entwicklung z. B. des Dieselmotors für den Kraftverkehr wären kaum die Voraussetzungen für seine Verwertung im Flugzeug zu schaffen gewesen.

2. Allmähliche steuerliche Entlastung.

3. Inangriffnahme und Durchführung eines großzügigen Straßenbauplanes.

4. Förderung der sportlichen Veranstaltungen.

---

<sup>84)</sup> Rede v. 16. 10. 1932, vgl. S. 140.

<sup>85)</sup> Das evangelische Vaterunser nach Matthäus verwendet den Zusatz (Doxologie): „Denn dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit in Ewigkeit. Amen.“

<sup>86)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 44 v. 13. 2. 1933.

11. Februar 1933

So wie das Pferdefuhrwerk einst sich seine Wege schuf, die Eisenbahn den dafür nötigen Schienenweg baute, muß der Kraftverkehr die für ihn erforderlichen Autostraßen erhalten.

Wenn man früher die Lebenshöhe von Völkern oft nach der Kilometerzahl der Eisenbahnschienen zu messen versuchte, dann wird man in der Zukunft die Kilometerzahl der für den Kraftverkehr geeigneten Straßen anzulegen haben.

Große Aufgaben, die auch mit zum Aufbauprogramm der deutschen Wirtschaft gehören!

Nun möchte ich Ihnen namens des Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung danken für das, was Sie unterdes aus eigener Initiative geleistet haben. Denn wenn wir heute diese schöne Schau vor uns sehen, dann ist dies das Verdienst von drei Faktoren, derer ich hier gedenken möchte:

Sie, meine Herren Unternehmer, Industrielle und Kaufleute haben den Wagemut besessen, in einer so traurigen Zeit die Flinte trotzdem nicht ins Korn zu werfen, sondern den Kampf gegen die z. T. soviel bessergestellte Kraftwagen-Industrie des Auslandes aufzunehmen.

Danken möchte ich aber dann weiter den unzähligen deutschen Konstrukteuren und Technikern, deren Genialität die Wunderwerke menschlicher Erfindergabe schafft. Es ist traurig, daß unser Volk diese namenlosen Männer kaum jemals kennenlernt, die als Konstrukteure unserer Wagen nicht nur Hunderttausende einzelne Menschen beglücken, sondern Millionen durch das gesamte Kraftverkehrswesen neue und bequeme Verkehrsmöglichkeiten erschlossen haben.

Und erinnern möchte ich aber auch an dieser Stelle an die große Armee unserer deutschen Arbeiter, deren Fleiß und Fähigkeit und unerhörte Gewissenhaftigkeit der Arbeit es ermöglicht, technische Gedanken in solche Maschinen umzuformen, die man als wahre Meisterwerke von Präzision und auch ästhetischer Schönheit bezeichnen kann.

Zum letzten will ich aber auch nun gedenken des deutschen Volkes. Möge es die Arbeit, den Fleiß und die Genialität so vieler Kräfte auch seinerseits würdigen. Möge es auch hier seine deutschen Meister der Stirn und der Faust ehren, und möge es nie vergessen, daß viele Zehntausende unserer Volksgenossen arbeitslos sind und erwarten dürfen, daß das ganze Volk sich ihrer erinnert und aus Solidarität mit ihrer Not der deutschen Arbeit die Hand reicht.

Mit dieser Hoffnung erkläre ich namens des Herrn Reichspräsidenten mit zuversichtlichem Stolz diese Automobil-Ausstellung in Berlin für eröffnet.“

Nach dieser erfolgreichen Rede vor den Automobilfabrikanten zog Hitler wieder seine braune Uniform an und flog nach Kassel, um dort noch am 11. Februar anläßlich der *Einweihung des Adolf-Hitler-Hauses* zu sprechen. Er wiederholte dabei seine Sportpalast-Ausführungen vom Vortag etwas moduliert und erklärte ferner: <sup>87)</sup>

„Vorbei ist die Zeit der internationalen Solidarität. An ihre Stelle wird die nationale Solidarität des deutschen Volkes treten!“

Am 12. Februar nahm Hitler an der *Gedenkfeier anläßlich des 50. Todestages von Richard Wagner in Leipzig* teil, ohne jedoch selbst das Wort zu ergreifen.

Am 14. Februar empfing Hitler in der Reichskanzlei die *Vertreter der gesamten nationalsozialistischen Presse* und setzte ihnen auseinander, was er von ihnen erwarte, nämlich: <sup>88)</sup>

<sup>87)</sup> Bericht im VB. Nr. 44 v. 13. 2. 1933.

<sup>88)</sup> Bericht im VB. Nr. 46 v. 15. 2. 1933. Der Völkische Beobachter brachte die Ansprache, wie oben wiedergegeben, in indirekter Rede.

Die Erziehung der ganzen deutschen Presse zum Gedanken des Dienstes am Volk als dem obersten Grundsatz, aus dem die Presse als öffentliche Einrichtung ihre Daseinsberechtigung überhaupt ableite.

An die Stelle des Prinzips der unverantwortlichen Sensationsmache und der Popularitätshascherei, die ja heute leider noch einen großen Teil der Presse in Deutschland beherrschten, müsse in Zukunft die deutsche Presse das Ziel setzen, zu einem wirklichen Ausdruck und zu einem getreuen Spiegelbild deutschen Lebens und Geistes zu werden.

Er werde, so führte der Kanzler aus, die deutsche Presse bei der Durchführung dieser großen Aufgaben, die bisher leider vielfach von einem großen Teil der Presse hinter anderen Interessen zurückgestellt worden seien, ebenso unterstützen, wie er andererseits einer Journalistik, die die ihr gegebene Freiheit der öffentlichen Betätigung zu antinationaler Hetze mißbrauche. bzw. derartige Elemente in falschverstandener Solidarität in ihren Reihen dulde und decke, mit den Gefühlen entgegentreten werde, die eine solche Journalistik verdiene.

Am gleichen Tag gab Hitler in einer *Ansprache vor den in Berlin versammelten SA.- und SS.-Führern* nähere Anweisungen über die Führung des Wahlkampfes<sup>89)</sup>.

Am 15. Februar sprach Hitler vor *Kriegsopferverbänden* bei einem Empfang in der Reichskanzlei und erklärte, er werde „das Kriegsopferproblem an der Wurzel anpacken“<sup>90)</sup>.

Am Abend setzte er seine Wahlredekampagne in *Stuttgart* fort. In *Württemberg* bestand noch eine Zentrumsregierung, und mit ihrem Leiter, *Staatspräsident Dr. Bolz*, wollte Hitler abrechnen, sozusagen stellvertretend für das ganze Zentrum. Bolz hatte die neue Regierung Hitler in einer Erklärung abgelehnt, weil er die Freiheit wolle. Nun antwortete ihm Hitler mitten in *Stuttgart*:<sup>91)</sup>

„Ich verstehe, wenn ein Staatspräsident die Stunde für gekommen erachtet, sich mit dieser Erscheinung der neuen Zeit auseinanderzusetzen. Ich will gern Ausdrücke verzeihen, die wenig sachlich dabei gefallen sind, denn die innere Unruhe und Nervosität ist bei diesem Repräsentanten der vergangenen Zeit ja schließlich verständlich. Darum möchte ich in der gleichen Form nicht antworten, sondern nur rein sachlich erwidern und Punkt für Punkt die Angriffe zurückweisen.

Wenn der Staatspräsident Dr. Bolz uns vorwirft, daß wir 12 Jahre lang nichts als Phrasen gekannt hätten, so antworte ich:

12 Jahre haben nicht wir regiert, sondern die Partei des Herrn Staatspräsidenten. Das Volk wird selbst erkannt haben, auf welcher Seite in dieser Zeit die Phrasen gefallen sind. 12 Jahre sind dafür ein schlüssiger Beweis, sonst wären die andern ja nicht zu uns gekommen. In diesen langen Jahren, in denen die Partei des Herrn Staatspräsidenten regiert hat, haben wir den Verfall auf allen Gebieten erlebt. —

Es setzt mich in Erstaunen, daß ein Vertreter des Zentrums uns gegenüber von Freiheit redet. Hat nicht unsere Bewegung seit 13 Jahren eine unerhörte Kette von Unterdrückung und Knebelung erfahren von jenen, die heute so zu uns reden? War es Freiheit, daß man unsere Bewegung wegen ihres nationalen Wollens strafe und unterdrückte? Daß man ihre Kämpfer in die Gefängnisse warf, daß man unseren SA.-Männern die Hemden auszog, daß man unsere Presse rücksichtslos verbot und alles das tat, worunter wir in diesen 13 Jahren gelitten haben? Diejenigen, die 14 Jahre lang nicht von unserer Freiheit geredet haben, haben kein Recht, heute davon zu reden. Ich brauche

<sup>89)</sup> Bericht im VB. Nr. 47 v. 16. 2. 1933.

<sup>90)</sup> Bericht im VB. Nr. 47 v. 16. 2. 1933.

<sup>91)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 48 v. 17. 2. 1933. Die Rede wurde im Rundfunk übertragen.



15. Februar 1933

als Kanzler nur alles das anzuwenden, was man einst gegen die Freunde der Nation angewendet hat. Ich brauche nur ein Gesetz zum Schutze des nationalen Staates anzuwenden, wie sie damals ein Gesetz zum Schutze der Republik machten, dann würden sie einsehen, daß nicht alles, was sie Freiheit nannten, Freiheit war.

Und wenn diese Parteien heute sagen, daß sich doch wenigstens allmählich eine Besetzung angebahnt habe, dann ist es nicht deshalb geschehen, weil sie da waren, sondern weil diese junge Bewegung ins Leben getreten war. Wenn heute uns ein Volk in Genf Sympathien entgegenbringt, dann haben nicht sie, sondern wir diese Entwicklung angebahnt. Heute sagen sie, das Christentum sei in Gefahr, der katholische Glaube bedroht. Darauf habe ich zu erwidern: Zunächst stehen heute an der Spitze Deutschlands Christen und keine internationalen Atheisten.

Ich rede nicht vom Christentum, sondern ich bekenne, daß ich mich auch niemals verbinden werde mit solchen Parteien, die das Christentum zerstören wollen. Vierzehn Jahre sind sie mit dem Atheismus Arm in Arm gegangen. Dem Christentum ist niemals größerer Abbruch getan worden als in der Zeit, da diese christlichen Parteien mit den Gottesleugnern in einer Regierung saßen. Das ganze Kulturleben Deutschlands ist in dieser Zeit zerrüttet und verseucht worden.

Es wird unsere Aufgabe sein, diese Fäulniserscheinungen in der Literatur, in Theater, in Schulen und Presse, kurz in unserer ganzen Kultur, auszubrennen und das Gift zu beseitigen, das in diesen vierzehn Jahren in unser ganzes Leben hineingeflossen ist.

Und haben sie auch auf wirtschaftlichem Gebiet christlich gehandelt? War die Inflation, die unter ihrer Herrschaft kam, etwa ein christliches Unternehmen? Waren die Vernichtung der deutschen Wirtschaft, die Verelendung des Handwerkerstandes, der Zusammenbruch der Bauernhöfe, das ständige Anwachsen der Arbeitslosigkeit, die wir in vierzehn Jahren miterlebten, etwa christliches Handeln?

Wenn ihr heute sagt, wir brauchen noch ein paar Jahre Zeit, um diesen Zustand zu ändern, dann antworte ich: Nein, jetzt ist es für euch zu spät, es anders zu machen. Dazu hattet ihr 14 Jahre lang Zeit, in denen euch der Himmel alle Macht dazu gegeben hatte, um zu zeigen, was ihr könnt. Ihr habt versagt auf allen Gebieten; eine einzige Reihenfolge von furchtbaren Irrungen ist euer Werk!

Wenn man uns heute sagt, wir besäßen kein Programm, dann antworte ich:

Seit zwei Jahren lebt dieses andere Deutschland von Einbrüchen in unsere geistige Welt.

Alle diese Pläne von Arbeitsbeschaffung, Arbeitsdienst usw., sie stammen nicht vom Herrn Staatspräsidenten Bolz, sondern aus unserem Aufbauprogramm, aus dem man sie herauslöste und damit ihre Durchführung außerhalb des Organes ganz unmöglich machte.

Ich wiederhole, daß unser Kampf gegen den Marxismus unerbittlich sein wird und daß jede Bewegung, die sich mit ihm verbindet, mit ihm unter die Räder kommen wird. Wir wollen keinen inneren Bruderkrieg und reichen jedem, der an unserem Aufbau mitarbeiten will, die Hand. Aber über eines darf kein Zweifel sein:

Die Zeit der internationalen marxistisch-pazifistischen Zersetzung und Zerstörung unseres Vaterlandes ist vorbei.

Am 5. März ist das deutsche Volk noch einmal selbst zur Entscheidung aufgerufen. Es soll sich entscheiden, ob es noch einmal die 14 vergangenen Jahre erleben oder mit uns in eine Zukunft marschieren will, die wir aus unserer Kraft, die in uns liegt, formen werden. Ich bin bereit, jedem die Hand zu geben, der mithelfen will, auch denen, die bisher verblendet waren.

Ich werde in diesem Wahlkampf nicht auf Fonds zur Bekämpfung des Verbrechertums zurückgreifen, obwohl ich mehr Grund dazu hätte als die anderen.

Aber ich bin entschlossen, mit meinen Verbündeten unter keinen Umständen Deutschland wieder in das vergangene Regiment zurückfallen zu lassen.

Deutschland darf und wird nicht mehr zurücksinken in die Hand seiner Verderber.“

Hitler gab hier deutlich zu erkennen, daß er, falls die Wahl am 5. März etwa keine Mehrheit für sein Kabinett bringe, „unter keinen Umständen“ etwa wieder

15. Februar 1933

abtreten werde, daß er im Gegenteil, auf jeden Fall gegen die noch vorhandenen Länderregierungen des Weimarer Regimes vorgehen werde.

„Auch Herr Bolz wird eines Tages gehen müssen“<sup>92)</sup>,

erklärte er am 15. Februar in seiner Stuttgarter Rede. Diesen Passus ließ er allerdings im Völkischen Beobachter nicht veröffentlichen.

Am 16. Februar befand sich Hitler wieder in Berlin, am 17. Februar hielt er eine *Wahlrede in der Dortmunder Westfalenhalle*<sup>93)</sup>.

Am 18. Februar hatte er Besprechungen in München, und am 19. Februar folgte wieder eine *Wahlrede in der Kölner Messehalle*<sup>94)</sup>.

Am 20. Februar hielt Hitler zur Abwechslung eine *Ausprache vor Industriellen*, die im Reichspräsidentenpalais in Berlin zusammengelassen waren<sup>95)</sup>. Auch hier ließ er keinen Zweifel darüber, daß der Wahlausgang vom 5. März nichts an dem nun begonnenen Regierungsweg ändern werde.

An den folgenden Tagen gewährte Hitler wieder ausländischen Journalisten *Interviews*.

Dem Vertreter von „*Budapest Hirlap*“ eröffnete er, daß die NSDAP. bei der Wahl am 5. März mindestens 3 Millionen Stimmen gewinnen werde<sup>96)</sup>. Eingedenk seiner falschen Prognose beim 1. Reichspräsidentenwahlgang 1932 fügte er jedoch hinzu:

„Die Zahlen übrigens interessieren mich nicht, der Sieg ist sicher, ganz sicher.“

Hitler sandte der „tapferen und ritterlichen ungarischen Nation“ seinen Gruß und wies auf die freundschaftlichen Beziehungen und das gleiche Geschick von Deutschland und Ungarn nach dem Weltkrieg hin.

Auch dem Vertreter von *Associated Press*, *Louis P. Lochner*<sup>97)</sup>, versicherte Hitler die freundschaftliche Einstellung Deutschlands gegenüber Amerika, trat für die Bezahlung der privaten Auslandsschulden ein und verbreitete sich dann besonders über das *Miliz-Problem*. Er führte folgendes aus:

„Die Arbeitsdienstpflicht, die wir anstreben, hat mit einer Miliz nichts zu tun. Die Miliz soll der Landesverteidigung dienen. Die Arbeitsdienstpflicht verdankt als Idee ihre Entstehung der katastrophalen wirtschaftlichen Not und der daraus entspringenden Arbeitslosigkeit. Die Arbeitsdienstpflicht soll vor allem verhindern, daß Hunderttausende unserer Jungarbeiter hilflos auf der Straße verkommen. Sie soll aber weiter durch eine allgemeine Erziehung zur Arbeit einer Überbrückung der Klassengegensätze dienen. Als Nationalsozialist sehe ich auch in der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht ein Mittel, um zur Achtung vor der Arbeit zu erziehen. Unsere jungen Leute sollen lernen, daß die Arbeit den Menschen adelt.“

Im Jahre 1919 wurde von Deutschland aus die Anregung gegeben, uns eine Miliz zu genehmigen. Damals forderte man von uns die Einführung einer Berufsarmee mit 12jähriger Dienstpflicht. Deutschland besitzt daher keine irgendwie ins Gewicht fallenden militärisch ausgebildeten Reserven. Jetzt redet man plötzlich von Abschaffung der Berufs-

<sup>92)</sup> Aufzeichnung des Verfassers.

<sup>93)</sup> Bericht im VB. Nr. 49/50 v. 18./19. 2. 1933.

<sup>94)</sup> Bericht im VB. Nr. 51 v. 20. 2. 1933.

<sup>95)</sup> Vgl. IMT. EC — 439 und Bullock a. a. O. S. 257.

<sup>96)</sup> Bericht nach WTB. v. 23. 2. 1933.

<sup>97)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 56/57 v. 25./26. 2. 1933, WTB. v. 24. 2. 1933.

21. Februar 1933

armee und Einführung einer Miliz. Ich habe die Empfindung, daß dies nur geschieht, um am eigentlichen Kern des Problems vorbeizukommen.

Nicht die Frage der Wehrsysteme ist entscheidend, sondern die Frage der Gleichberechtigung. Ist diese Frage entschieden, wird die Welt zu einer vernünftigen allgemeinen Abrüstung kommen können; denn es wird niemand behaupten wollen, daß die Welt etwa darunter leidet, daß Deutschland ein lächerlich kleines Berufsheer und keine Miliz besitzt.

Sie leidet darunter, daß durch den Friedensvertrag von Versailles die Idee von zweierlei Recht verewigt werden soll.

Diese unmögliche Aufteilung der Nationen in Siegerstaaten und damit lebensberechtigte — und besiegte Nationen und damit lebensminderberechtigte — ist unerträglich und führt zu allgemeinem Mißtrauen und infolge davon wieder zu einer Überspannung militärischer Rüstungen. An sich ist es uns gleich, welches Wehrsystem die anderen Nationen einzuführen gedenken.

Unseretwegen ruhig Berufsarmeen; aber nicht gleich ist es, ob eine Nation 100 000 Mann ohne Reserven besitzt und eine andere mit ihren Verbündeten für den Kriegsfall mehr als 12 Millionen. Und nicht gleich ist es, ob eine Nation vollständig technisch entwaffnet ist, während eine andere im Besitz der modernsten Angriffswaffen eine mehr als 10fach überlegene Stellung einnimmt.

Im Friedensvertrag von Versailles wurde uns auferlegt abzurüsten, nicht damit 13 Jahre später eine Diskussion über Wehrsysteme stattfindet, sondern damit auch die anderen Völker abzurüsten in der Lage sind. Auf diese Abrüstung warten wir nunmehr seit mehr als zehn Jahren.“

Hitler hatte zwar in seiner Abrechnung mit Bolz in Stuttgart eine scharfe Sprache dem Zentrum gegenüber geführt. Aber er wünschte nicht, daß andere seiner Parteigenossen nun auch Attacken gegen das Zentrum begannen. Er wußte, daß daraus nur zu leicht ein verhängnisvoller Kampf gegen die katholische Kirche werden konnte. Er hatte das warnende Beispiel der Alideutschen in Österreich und Bismarcks in Preußen vor Augen. Außerdem wußte er nicht, inwieweit er das Zentrum noch brauchen würde. Er erließ daher folgenden Aufruf an die Partei: <sup>98)</sup>

„Nationalsozialisten!

Provokatorische Elemente versuchen unter dem Deckmantel der Partei durch Störung oder Sprengung insbesondere von Zentrumsversammlungen die nationalsozialistische Bewegung zu belasten. Ich erwarte, daß alle Nationalsozialisten sich in äußerster Disziplin gegen diese Absichten wenden. Der Feind, der am 5. März niedergerungen werden muß, ist der Marxismus! Auf ihn hat sich die gesamte Propaganda und damit der gesamte Wahlkampf zu konzentrieren!

Wenn das Zentrum in diesem Kampf durch Angriffe gegen unsere Bewegung den Marxismus unterstützt, so werde ich selbst von Fall zu Fall mich mit dem Zentrum auseinandersetzen, diese Angriffe zurückweisen und damit erledigen.

Im übrigen: Besucht keine gegnerischen Versammlungen, sondern sorgt dafür, daß unsere eigenen Versammlungen zu gewaltigen Kundgebungen der erwachenden Nation werden!

Nationalsozialisten! Ihr habt seit 14 Jahren die deutsche Erhebung vorbereitet, ihr müßt sie heute vollenden!

Berlin, 22. Februar 1933.

Adolf Hitler.“

<sup>98)</sup> Mitteilung der Reichspressestelle der NSDAP. v. 23. 2. 1933.

Am 24. Februar hielt Hitler wieder eine große *Wahlrede in den Münchener Ausstellungshallen*, nachdem er kurz zuvor auf der Parteigründungsfeier im Hofbräuhausfestsaal vor 2000 alten Parteigenossen gesprochen hatte<sup>99)</sup>.

Die „Parteierzählung“, die umständliche Schilderung des Weges der NSDAP. von 7 Mann zur heutigen Millionenbewegung, nahm hier natürlich einen besonders großen Teil der Rede ein. Dann aber ging Hitler auf den sonderbaren Ausspruch des Staatsrats Schäffer<sup>100)</sup> ein, der am 22. Februar in Forchheim erklärt hatte, ein eventueller Reichskommissar für Bayern werde an der Grenze verhaftet werden.

„Wenn auch der eine oder andere heute meint, eine Mainlinie androhen zu müssen, so ist das nicht bayerisch oder süddeutsch, sondern die Politik einer Partei. Diese Politik gibt es nicht mehr, im Gegenteil, wenn je wieder diese Frage aufgerollt werden sollte, dann wird aus Bayern selbst ein solcher Versuch zerbrochen und zerschlagen werden.

Und Sie mögen eines zur Kenntnis nehmen: Ich selbst bin meinem Herkommen nach, meiner Geburt und meiner Abstammung nach ein Bajuware. Zum erstmal seit der Gründung des Reiches ist die Würde Bismarcks in die Hände eines Bayern gelegt worden<sup>101)</sup>.

Ich halte mich, so wahr mir Gott helfe, dafür verantwortlich, daß nichts, was unter der Betrauung mit dieser Würde wurde, jemals wieder zerfällt.“

Der letzte Teil der Münchener Rede vom 24. Februar war wieder der Behauptung gewidmet, Hitler werde sich dem Urteil des Volkes über seine Regierungstätigkeit unterwerfen, sich keine Villa in der Schweiz und kein Bankkonto zulegen, ja sogar sich vom Volke kreuzigen lassen, wenn es nicht mit ihm zufrieden sei.

„Wenn die Gegner heute sagen: Wie kommt ihr dazu, daß ihr regiert?, so könnte ich zur Antwort geben: Wie kommt denn ihr dazu, daß ihr noch da seid? Ich weiß, es gibt heute in Deutschland die Möglichkeit zur Bildung einer Mehrheit im negativen Sinne. Keine andere Kombination könnte aber besser sein zur positiven Arbeit als die nunmehr getroffene. Wenn andere dieser Arbeit sich anschließen wollen, — ich habe meine Zustimmung nicht versagt. Allerdings, wer mir in einem Atemzug sagt: Ich möchte mit Ihnen gehen, aber ich nehme mir heraus, auch mit dem Marxismus gehen zu können, dem muß ich sagen: — Nein!

Und vor allem: Ich lasse mich nicht durch Parteien tolerieren! Dem deutschen Volk will ich Rede und Antwort stehen, nicht den Parteien!

Deutschland und diesem deutschen Volk, das die anderen ins Unglück stürzten, werde ich mich auch in vier Jahren wieder stellen. Es soll dann richten und entscheiden und urteilen, und soll dann meinewegen mich kreuzigen, wenn es glaubt, daß ich meine Pflicht nicht erfüllt habe. Ich habe diese Stelle nicht eingenommen, um mir persönliche Vorteile zu verschaffen, nicht eingenommen um mir irgend etwas Persönliches dabei zu sichern. Ich habe diese Parole unzählige Male in die Tat umgesetzt, und es wird in der Zukunft genau so sein. Ich werde mir niemals etwa in der Schweiz eine Villa bauen lassen oder ein Bankkonto anlegen! Ich bleibe bei meinem Volke und bin bereit, ihm nach diesen vier Jahren wieder Rede und Antwort zu stehen! Ich bleibe zwischen dem Volk und bin jeder Mitarbeit dankbar.

<sup>99)</sup> Berichte im VB. Nr. 56/57 v. 25./26. 2. 1933.

<sup>100)</sup> Fritz Schäffer (geb. München 1888), 1949—1961 Minister der Bundesrepublik Deutschland. Er wiederholte die o.a. Erklärung am 23. 2. 1933 in Würzburg. Vgl. Fränk. Volksblatt v. 24. 2. 1933.

<sup>101)</sup> Graf von Hertling (Reichskanzler 1917—1918) war in Darmstadt geboren. Er war vor seiner Berufung bayerischer Ministerpräsident gewesen ebenso wie Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst (Reichskanzler 1894—1900). Fürst Hohenlohe war in Rotenburg bei Fulda geboren. Insofern hatte Hitler also nicht unrecht, denn sein eigener Geburtsort lag wenigstens an der bayerischen Grenze.

Aber ich wünsche, daß dieses Volk selbst mithilft an dieser Arbeit, auf daß es einst nicht heißen soll, nur einer oder eine Handvoll hat die deutsche Freiheit erkämpft, sondern, daß es heißt: zu dem großen Kampf kam endlich auch das Volk und hat ihnen seinen Glauben gegeben und sein Vertrauen geschenkt und ist mitmarschiert und hat mitgeholfen, daß aus der Zeit des Jammers und des Elends und der Not trotzdem wieder wurde eine Zeit der Freiheit und der Größe, daß dieses Deutschland des Verfalls und der Schande, daß dieses Deutschland doch wieder wurde zu dem, was wir einst noch kannten, und von dem wir wollen, daß die Kinder es einst wieder kennenlernen sollen.

Erfüllen Sie Ihre Pflicht! Sie helfen dann mit, daß einmal wieder kommt das Deutschland, das wir einst von den Vätern übernommen haben! Wir müssen wieder gutmachen, was die Zeit von gestern verbrochen hat! Wir haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Blätter, die in der deutschen Geschichte von unserem Verfall künden und melden, durch uns zerrissen werden und daß einst die deutsche Jugend das neue Reich erleben kann. Aus Not und Elend und Jammer und Verkommenheit ist dann wieder entstanden ein Deutsches Reich, auf das wir stolz zu sein vermögen, das uns die Freiheit gegeben hat, unseren Menschen das tägliche Brot und damit den Frieden auf Erden!“

Bei diesem religiös-pathetischen Schluß, einer Mischung aus Bestandteilen des Vaterunsers und der Engelsbotschaft von Betlehem, unterließ es Hitler, noch ein „Amen“ hinzuzusetzen, wie er es am 10. Februar in Berlin getan hatte. Er wußte, wieweit er in dem katholischen München gehen konnte!

Am 25. Februar hielt Hitler eine weitere Wahlrede in Nürnberg<sup>102)</sup>.

Vom 27. Februar an war er wieder in Berlin. Allmählich nahte der Wahltermin vom 5. März heran. Anschließend wollte Hitler sofort gegen die nichtnationalsozialistischen Länderregierungen vorgehen. Zu diesem Zweck hatte er den Entwurf einer Notverordnung in der Schublade liegen, die ihm die Möglichkeit geben würde, Reichskommissare einzusetzen, ohne in jedem einzelnen Fall Hindenburg zu bemühen.

Es war die *Verordnung zum Schutz von Volk und Staat*, die die notwendige Handhabe bieten würde. Sie sollte bei irgendeinem kommunistischen Übergriff in Kraft gesetzt werden. Schon am 2. Februar hatte er in einem Aufruf an die SA. seine Absichten angedeutet:<sup>103)</sup>

„Die Stunde der Niederbrechung dieses [kommunistischen] Terrors kommt.“

Am 27. Februar brannte der Reichstag<sup>104)</sup>, und am 28. Februar unterzeichnete Hindenburg die vorbereitete Notverordnung<sup>105)</sup>. Sie war kurz und bündig, setzte alle Artikel der Weimarer Verfassung, die sich bei Notständen aufheben ließen<sup>106)</sup>, außer Kraft, führte die Todesstrafe für Hochverrat, Attentate und sonstige Anschläge ein und gab der Reichsregierung die Möglichkeit, die Befugnisse

<sup>102)</sup> Bericht im VB. Nr. 58 v. 27. 2. 1933.

<sup>103)</sup> Vgl. S. 195.

<sup>104)</sup> Über die Vorgänge beim Reichstagsbrand vgl. Presseberichte über den Reichstagsbrandprozeß vor dem Reichsgericht in Leipzig v. 21. 9. 1933 bis 23. 12. 1933, ferner Weißbuch über die Erschießungen des 30. Juni 1934, Paris 1934, „Stehen Sie auf, van der Lubbe — Der Reichstagsbrand 1933, Geschichte einer Legende“ (Nach einem Manuskript von Fritz Tobias) im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ Nr. 43/1959 bis Nr. 1/1960; Martin Broszat, Zum Streit um den Reichstagsbrand, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (8), 1960, S. 275.

<sup>105)</sup> RGBl. 1933 I S. 83.

<sup>106)</sup> Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153. Sie betrafen das Recht der freien Meinungsäußerung einschli. der Pressefreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht, das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnis, das Eigentumsrecht, Haussuchungen, Beschlagnahmungen usw.

der obersten Landesbehörden selbst zu übernehmen. Diese Befugnis war für Hitler entschieden die wichtigste. Die anderen Maßnahmen hätten sich meist auch aus bisherigen gesetzlichen Vorschriften ableiten lassen. Schließlich war Göring im größten Teil des Reiches Polizeiminister und hatte am 25. Februar Zehntausende von SA.- und SS.-Männern zu Hilfspolizeibeamten ernannt. Außerdem hatte er die wichtigsten Posten, Oberpräsidenten und Polizeipräsidenten, durch bewährte Nationalsozialisten ersetzt. Die sozialdemokratischen Inhaber dieser Ämter leisteten Göring ebensowenig Widerstand, wie sie dies gegenüber Papen bei den Amtsenthebungen vom 20. Juli 1932 getan hatten. Sie waren froh, wenn sie ihre Pensionen behalten durften.

Am 28. Februar richtete Hitler folgendes *Schreiben an den Kommissar des Reiches für das preußische Innenministerium, Reichsminister Göring*:<sup>107)</sup>

„Bei dem ruchlosen Anschlag, der gestern von kommunistischer Verbrecherhand gegen das Gebäude des Reichstages verübt wurde, haben der rasche Einsatz der Berliner Feuerwehr, die umsichtige Leitung und die aufopfernde Tätigkeit der einzelnen Wehrmänner dazu geführt, daß die drohende Gefahr der völligen Vernichtung des Gebäudes im Laufe weniger Stunden gebannt und das Feuer auf seinen Herd beschränkt werden konnte.

Nicht minder hat das tatkräftige Eingreifen der Polizei bewirkt, daß sich die Löscharbeiten ungestört vollzogen und die Verfolgung der verbrecherischen Tat erfolgreich aufgenommen wurde.

Ich nehme gerne Anlaß, allen an dem Rettungswerk Beteiligten meinen besonderen Dank und meine warme Anerkennung auszusprechen, und ich bitte Sie, Herr Minister, diesen Dank der Berliner Feuerwehr und Polizei zur Kenntnis zu bringen.

Adolf Hitler.“

Am 1. März orientierte Hitler den Reichspräsidenten über die politische Lage. Außerdem empfing er eine *Abordnung der nationalsozialistischen Arbeiter-Organisation NSBO*. (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation) und erklärte in seiner *Ansprache*<sup>108)</sup>,

die Beseitigung des Marxismus sei für die Lebensinteressen des deutschen Arbeiters entscheidend.

Diesen Hinweis hielt er deshalb für notwendig, weil seit dem 28. Februar laufend Verhaftungen von „marxistischen“ Arbeiterführern der KPD. und der SPD. stattfanden, angeblich um einen drohenden kommunistischen Umsturzversuch zu begegnen.

Anschließend begab sich Hitler wieder in den Wahlkampf. Er sprach am 1. März in *Breslau* in der dortigen Jahrhunderthalle<sup>109)</sup>. Am 2. März folgte eine *Wahlrede in Berlin* (Sportpalast)<sup>110)</sup>, am 3. März eine weitere in *Hamburg*<sup>111)</sup>.

Die *Wahlrede Hitlers* am 4. März in *Königsberg*<sup>112)</sup> wurde wieder auf den Rundfunk übertragen. In ganz Deutschland fanden Aufmärsche und Fackelzüge an diesem „Tag der erwachenden Nation“ statt, wobei anschließend, sozusagen als Höhepunkt, Hitlers Rede aus den Lautsprechern zu hören war.

<sup>107)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 60 v. 1. 3. 1933.

<sup>108)</sup> Bericht in Schultheß Europäischer Geschichtskalender, 1933, S. 51 ff.

<sup>109)</sup> Bericht im VB. Nr. 61 v. 2. 3. 1933.

<sup>110)</sup> Bericht im VB. Nr. 62 v. 3. 3. 1933.

<sup>111)</sup> Bericht im VB. Nr. 63/64 v. 4./5. 3. 1933.

<sup>112)</sup> Bericht im VB. Nr. 67 v. 8. 3. 1933.

4. März 1933

Der gewohnten „Parteierzählung“ und der Abrechnung mit den Weimarer Parteien fügte er die Worte hinzu:

„Am Ende leben wir nicht für uns, sondern wir sind verantwortlich für alles das, was die, die vor uns gelebt haben, uns hinterließen, und wir sind verantwortlich für das, was wir einst denen hinterlassen wollen, die nach uns kommen müssen. Denn Deutschland darf nicht enden mit uns.“

Das Wahlergebnis vom 5. März brachte der NSDAP. einen Stimmenzuwachs von 5,5 Millionen Wählern. Sie erhielt 43,9 % aller Stimmen (44,5 % der Abgeordnetensitze), die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot rund 8 %.

Hitler hatte zwar nicht die absolute Mehrheit, aber immerhin eine Rechtsmehrheit erhalten, die seine Regierung unabhängig vom Zentrum machte. Zum erstenmal seit 1918 bestand eine reine Rechtsmehrheit im Deutschen Reichstag, und zum erstenmal hatte ein Präsidialkabinett die absolute Mehrheit im Parlament gewonnen. Die Sitze verteilten sich im neuen Reichstag wie folgt (in Klammern die Ergebnisse der Reichstagswahl vom 6. November 1932):

NSDAP. . . . .	288	(196)
SPD. . . . .	120	(121)
KPD. . . . .	81	(100)
Zentrum . . . . .	73	(70)
Kampffront Schwarz-Weiß-Rot (DNVP.) . . . . .	53	(52)
Bayerische Volkspartei . . . . .	19	(20)
Deutsche Volkspartei . . . . .	2	(11)
Christlich-Sozialer Volksdienst . . . . .	4	(5)
Staatspartei . . . . .	5	(2)
Deutsche Bauernpartei . . . . .	2	(3)
Thüring. Landbund . . . . .	—	(2)
Deutsch.-Hannov.-Partei . . . . .	—	(1)
Gesamtzahl . . . . .	647	(583)

Hitler hatte den Kommunisten 19 Mandate abgenommen und den kleineren Rechtsparteien etwa ein Dutzend. Ein nennenswerter Einbruch in den Wählerblock der Weimarer Parteien (SPD., Zentrum mit Bayerischer Volkspartei, Staatspartei) war jedoch nicht gelungen. Der große Stimmenzuwachs der NSDAP. kam also hauptsächlich aus den Reihen der bisher abseits stehenden Nichtwähler. Sie waren innerlich Hitler wohl schon lange zugetan gewesen, hatten aber gezweifelt, ob er überhaupt jemals an die Macht kommen würde. Außerdem hatten diejenigen, die zwischen NSDAP. und KPD. schwankten, diesmal wieder ihre Stimme Hitler gegeben. Für Verfassungsänderungen und auch für die Annahme eines entsprechenden Ermächtigungsgesetzes waren die Rechtsparteien freilich auf die Hilfe des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei angewiesen. Selbst wenn die KPD.-Abgeordneten ihre Mandate nicht übernehmen konnten, fehlten an der notwendigen Zweidrittelmehrheit (374 Stimmen von 566 ohne KPD., 432 Stimmen von 647 mit KPD.) mindestens 25 Stimmen. Ohne Zentrum bzw. BVP. ging es also nicht, und man hätte, wenn es nur auf das Ermächtigungsgesetz angekommen wäre, die KPD.-Abgeordneten ruhig in Erscheinung treten lassen können.

Aber Hitler sicherte durch die Kassierung der KPD.-Stimmen sowohl im Reichstag als auch im Preußischen Landtag die absolute Mehrheit für die NSDAP.

5. März 1933

allein. Im übrigen wollte er ja alle Parteien außer seiner eigenen abschaffen, und da fing er zunächst einmal mit der KPD. an <sup>112a</sup>).

Das Wahlergebnis vom 5. März war ein voller Erfolg für Hitler. Noch mehr Stimmen hätte er kaum erwarten können. Entgegen seiner sonstigen Gewohnheit erließ er diesmal jedoch keinen triumphierenden Aufruf an seine Parteigenossen, an SA. und SS. Er wollte vielmehr seinen SA.- und SS.-Leuten Gelegenheit geben, nun einige Tage lang überall im Lande revolutionsähnliche Aktionen zu übernehmen, auf den öffentlichen Gebäuden Hakenkreuz- und schwarz-weiß-rote Fahnen zu hissen, mißliebige Personen festzunehmen und Rache an bisherigen Machthabern zu üben, die sich durch besondere Härte gegenüber den NSDAP.-Anhängern hervorgetan hatten. Daß dabei Übergriffe und brutale Rohheiten vorkamen, war selbstverständlich. Wenn in Deutschland, und wohl auch anderswo, unterdrückten Menschen plötzlich Macht ohne bindende Vorschriften gegeben wird, so ereignen sich Exzesse. Es findet ein Machtmißbrauch statt, in dem die bisherigen Unterdrückter zu Opfern und die bisherigen Opfer zu noch härteren Zwangsherren werden können.

Hitler war sich darüber durchaus im klaren, aber dies kümmerte ihn nicht. Er war zudem jetzt damit beschäftigt, in sämtlichen nichtnationalsozialistischen Ländern Reichskommissare einzusetzen. Frick erledigte dies durch einfache Verordnung auf Grund der Notverordnung zum Schutz von Volk und Reich vom 28. Februar. Am 5. März abends erhielt bereits Hamburg seinen Reichskommissar, am 6. März Bremen, Lübeck und Hessen, am 8. März Schaumburg-Lippe, Baden, Württemberg und Sachsen und am 9. März Bayern.

Wenn das Ausland geglaubt hatte, es werde in Bayern zu aktivem Widerstand gegen das Reichskabinett Hitler und seine Maßnahmen kommen, so wurde es nun eines anderen belehrt.

Bayern hat sich trotz aller gegenteiligen Redereien seit 1871 stets nach den Wünschen der Reichsregierung gerichtet und niemals separatistische Machenschaften amtlich unterstützt.

Bullock <sup>113</sup>) beklagt, daß 1933 der Geist Lossows nicht mehr existierte. In Wirklichkeit war der Geist Lossows 1933 genau so lebendig wie 1923. Damals hatte der Reichswehrbefehlshaber von Bayern, von Lossow, in Berlin angefragt, wie er sich gegenüber dem Hitler-Putsch verhalten sollte. Er erhielt die Antwort: niederschlagen! 1933 fragte der Reichswehrbefehlshaber von Bayern, bzw. sein Chef des Stabes, Oberst Wäger <sup>114</sup>), in Berlin an, wie er sich gegenüber dem Reichskommissar General von Epp verhalten solle. Er erhielt die Antwort: die Reichswehr von der Straße fernhalten!

Es war dieselbe Sache, nur daß 1933 eben Hitler Reichskanzler war und nicht Putschist wie 1923.

Weder in Bayern noch in irgendeinem anderen Land hatte sich der geringste Widerstand gegen die Einsetzung von Reichskommissaren gezeigt. Hitler konnte

---

<sup>112a</sup>) Der Reichsinnenminister Dr. Frick erklärte am 11. 3. 1933 in Frankfurt a. M.: „Wenn der neue Reichstag zusammentritt, werden die Kommunisten durch dringendere und nützlichere Arbeit verhindert sein, an der Sitzung teilzunehmen. Diese Herrschaften müssen wieder an nutzbringende Arbeit gewöhnt werden. Dazu werden wir ihnen in Konzentrationslagern Gelegenheit geben“ (WTB. v. 11. 3. 1933).

<sup>113</sup>) Bullock a. a. O. S. 269.

<sup>114</sup>) Vgl. hierzu: Der 9. März 1933, Erinnerungen und Erkenntnisse — Reden des bay. Ministerpräsidenten Dr. H. Ehard und des stelly. Ministerpräsidenten Dr. W. Hoegner, herausgegeben vom Volksbund für Frieden und Freiheit e. V., Landesbeauftragter für Bayern, München (1953).



10. März 1933

daher am 10. März den noch ausstehenden triumphierenden *Aufruf an seine Anhänger* erlassen: <sup>115)</sup>

„Parteigenossen! SA.- und SS.-Männer!

Eine ungeheure Umwälzung hat sich in Deutschland vollzogen. Sie ist das Ergebnis schwerster Kämpfe, zähester Ausdauer, aber auch höchster Disziplin.

Gewissenlose Subjekte, hauptsächlich kommunistische Spitzel, versuchen, die Partei durch Einzelaktionen zu kompromittieren, die in keiner Beziehung zum großen Werk der nationalen Erhebung stehen, sondern höchstens die Leistungen unserer Bewegung belasten und herabsetzen können. Insbesondere wird versucht, durch Belästigen von Ausländern in Autos mit ausländischen Fahnen die Partei bzw. Deutschland in Konflikt mit dem Ausland zu bringen. SA.- und SS.-Männer! Ihr müßt solche Kreaturen sofort selbst stellen und zur Verantwortung ziehen, Ihr müßt sie weiter unverzüglich der Polizei übergeben, ganz gleichgültig, wer sie auch sein mögen.

Mit dem heutigen Tag hat in ganz Deutschland die nationale Regierung die vollziehende Gewalt in Händen. Damit wird der weitere Vollzug der nationalen Erhebung ein von oben geleiteter, planmäßiger sein. Nur dort, wo diesen Anordnungen Widerstand entgegengesetzt wird, oder wo aus dem Hinterhalt wie früher Angriffe auf einzelne Männer oder marschierende Kolonnen erfolgen, ist dieser Widerstand sofort und gründlich zu brechen. Belästigungen einzelner Personen, Behinderungen von Autos und Störungen des Geschäftslebens haben grundsätzlich zu unterbleiben.

Ihr müßt, Kameraden, dafür sorgen, daß die nationale Revolution 1933 nicht in der Geschichte verglichen werden kann mit der Revolution der Rucksack-Spartakisten <sup>116)</sup> im Jahre 1918. Im übrigen laßt Euch in keiner Sekunde von unserer Parole wegbringen. Sie heißt: Vernichtung des Marxismus.

Berlin, den 10. März 1933.

Adolf Hitler.“

In diesen Aufruf baute Hitler den Hinweis auf kommunistische Provokateure ein, die sich angeblich in die SA. eingeschlichen hätten. Übergriffe von Parteigenossen oder SA.-Leuten konnte er infolgedessen nun als „kommunistische“ Störversuche abtun. Wenn schon nicht die Juden, dann waren eben die bösen Kommunisten an allem schuld!

Am 11. März hielt Hitler noch einmal anläßlich der für den 12. März angeordneten preußischen Kommunalwahlen eine *Wahlrede in den Berliner Ausstellungshallen*. Nach der gewohnten Brandmarkung der marxistischen Parteien erklärte er: <sup>117)</sup>

„Sechs Wochen sind wir in der Regierung tätig, und in diesen sechs Wochen haben wir das deutsche Volk zu einer unerhörten Kraftanstrengung emporgerissen. So stehen wir vor einer neuen Wahl. Sie wird die letzte sein für viele Jahre. Es ist kein Zufall, daß in diesen wenigen Wochen zum erstenmal in Deutschland die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist. Es ist das das Wunder des kommenden Vertrauens. Es wird die Kraft wieder kommen, die Deutschland braucht, um seinen Lebenskampf bestehen zu können.

<sup>115)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 70/71 v. 11./12. 3. 1933.

<sup>116)</sup> Spartacus — Anführer der aufrührerischen römischen Sklaven im dritten Sklavenkrieg, gefallen 71 v. Chr. Spartakus-Bund oder Spartakus-Gruppe war die Bezeichnung für linksradikale Anhänger von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Jahre 1918. Liebknecht hatte schon seit 1916 die sogenannten „Spartakus-Briefe“ veröffentlicht. Hitler verabscheute den Rucksack als un-militärisches Ausrüstungsstück (im Gegensatz zum militärischen Tornister) und gebrauchte das von ihm erfundene Schimpfwort „Rucksack-Spartakisten“ bereits in *Mein Kampf* (S. 610). Nach 1935 allerdings führte die deutsche Luftwaffe Rucksäcke als militärische Ausrüstungsgegenstände ein, ohne daß Hitler daran Anstoß nahm.

<sup>117)</sup> Bericht im VB. Nr. 72 v. 13. 3. 1933.

11. März 1933

und aus der Kraft kommt auch wieder Recht und Ehre und daraus dereinst die Freiheit.

Die deutsche Nation wird sich wieder finden in gemeinschaftlicher Arbeit; aber das eine wollen wir uns gesagt sein lassen: Geschenkt wird nichts auf dieser Welt. Also wollen wir kämpfen und arbeiten.“

Als nächsten Schritt auf dem Weg zur Alleinherrschaft bereitete Hitler die Einführung einer neuen Reichsflagge vor. Sie sollte natürlich die Hakenkreuzfahne sein, aber um dem Reichspräsidenten den Verfassungsbruch, der dazu notwendig war<sup>118)</sup>, akzeptabel zu machen, mußte zunächst auch die schwarz-weiß-rote Fahne des Kaiserreiches gleichberechtigt als neue Reichsfahne neben der Hakenkreuzfahne erscheinen.

Um zu unterstreichen, wie sehr die Nationalsozialisten die alte schwarz-weiß-rote Fahne angeblich respektierten, gab Hitler am 10. März für den zwei Tage später stattfindenden Volkstrauertag<sup>119)</sup> folgende *Anordnung an die Partei* heraus:<sup>120)</sup>

„Da die Soldaten der alten Armee einst unter der schwarz-weiß-roten Fahne des alten Deutschen Reiches gefallen sind, wollen wir, um sie zu ehren, an diesem Tage von allen öffentlichen Gebäuden des Reiches auch nur diese, ihre damalige Fahne, wehen lassen. Sie ist die Fahne der alten Armee und des Weltkrieges.

Unser Hakenkreuzbanner ist die Fahne der nationalen Revolution und der nationalen Erhebung.

Berlin, den 10. März 1933.

Adolf Hitler.“

„Nationale Revolution“ wurde jetzt amtlicher Ausdruck, der an die Stelle des farbloseren Wortes „nationale Erhebung“ trat. Bis zur Steigerung in „nationalsozialistische Revolution“ war es nicht mehr weit.

Bei den *Veranstaltungen zum Volkstrauertag in Berlin* am 12. März (Gedenksitzung in der Staatsoper, Kranzniederlegung am Ehrenmal Unter den Linden und Vorbeimarsch der Reichswehr) ließ Hitler dem Reichspräsidenten überall ehrfurchtsvoll den Vortritt. Er hatte allen Grund zur Dankbarkeit gegenüber Hindenburg. Denn dieser hatte tatsächlich die *Verordnung über die Erhebung der Hakenkreuzfahne und der schwarz-weiß-roten Fahne zu Reichsfahnen* unterzeichnet.

Nach Beendigung der Feierlichkeiten gab Adolf Hitler in einer Runfunksendung seinen Parteigenossen und dem deutschen Volk diesen, für viele sehr erstaunlichen Erlaß durch folgende *Ansprache* bekannt:<sup>121)</sup>

„Im Auftrag des Herrn Reichspräsidenten verkünde ich dem deutschen Volke folgenden Erlaß des Reichspräsidenten:

„Am heutigen Tage, an dem in ganz Deutschland die alten schwarz-weiß-roten Fahnen zu Ehren unserer Gefallenen auf Halbmast wehen, bestimme ich, daß vom morgigen Tage ab bis zur endgültigen Regelung der Reichsfarben die schwarz-weiß-rote und Hakenkreuzflagge gemeinsam zu hissen sind. Diese Flaggen verbinden die ruhmreiche

<sup>118)</sup> Artikel 3 der Reichsverfassung bestimmte, daß die Reichsfarben schwarz-rot-gold sind.

<sup>119)</sup> Der Volkstrauertag zum Gedenken an die Toten des 1. Weltkrieges wurde jährlich am Sonntag „Reminiscere“ begangen. Hitler benannte ihn 1934 in „Heldengedenktag“ um.

<sup>120)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 70/71 v. 11./12. 3. 1933.

<sup>121)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 72 v. 13. 3. 1933. Die Reichswehr erhielt durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. 3. 1933 (RGBl. 1933 I S. 133) die schwarz-weiß-rote Kokarde an der Mütze und ein schwarz-weiß-rotes Schild am Stahlhelm an Stelle des bisherigen landsmannschaftlichen Abzeichens (Farben des jeweiligen Garnisonslandes).

12. März 1933

Vergangenheit des Deutschen Reiches und die kraftvolle Wiedergeburt der deutschen Nation. Vereint sollen sie die Macht des Staates und die innere Verbundenheit aller nationalen Kreise des deutschen Volkes verkörpern. Die militärischen Gebäude hissen nur die Reichskriegsflagge.

Berlin, den 12. März 1933.

Der Reichspräsident: von Hindenburg.'

Mit diesem Erlaß hat der Reichspräsident bis zur endgültigen Regelung von sich aus verfügt, daß die Fahne der nationalen Erhebung nunmehr auf den Staats- und öffentlichen Gebäuden — neben unserer unvergeßlichen ehrwürdigen Traditionsfahne des alten Deutschen Reiches künftighin zu wehen hat.

Nationalsozialisten, die ihr in dieser Stunde mithört, SA.- und SS.-Männer!

Damit ist auch nach außen hin sichtbar durch diese Vermählung der Sieg der nationalen Revolution gekennzeichnet. Uns alle muß in dieser historischen Stunde, da wir gerade zurückkehren von den Feiern für unsere toten Kameraden, neben dem Gefühl der tiefen Dankbarkeit für den hochherzigen Entschluß des Generalfeldmarschalls eine stolze Befriedigung erfüllen.

Unser 14jähriger Kampf um die Macht hat nunmehr seinen sichtbaren symbolischen Abschluß gefunden. Es ist aber nunmehr an uns selbst, dafür zu sorgen, daß diese Macht von jetzt ab durch nichts mehr erschüttert wird.

Als Euer Führer und im Namen der Regierung der nationalen Revolution fordere ich Euch daher auf, die Ehre und damit aber auch die Würde des neuen Regiments so zu vertreten, daß sie vor der deutschen Geschichte dereinst auch in Ehren und Würde zu bestehen vermag. Mit dem heutigen Tage, da nun auch symbolisch die gesamte vollziehende Gewalt in die Hände des nationalen Deutschland gelegt wurde, beginnt der zweite Abschnitt unseres Ringens.

Von nun ab wird der Kampf der Säuberung und Inordnungbringung des Reiches ein planmäßiger und von oben geleiteter sein.

Ich befehle Euch daher von jetzt ab, strengste und blindeste Disziplin. Alle Einzelaktionen haben von jetzt ab zu unterbleiben. Nur dort, wo die Feinde der nationalen Erhebung sich unseren gesetzlichen Anordnungen mit Gewalt widersetzen oder wo sie einzelne unserer Männer oder marschierenden Kolonnen überfallen, ist der Widerstand dieser Elemente sofort und gründlichst zu brechen. Im übrigen aber ist es nun unsere Aufgabe, dem ganzen deutschen Volk und vor allem auch unserer Wirtschaft das Gefühl der unbedingten Sicherheit zu geben. Wer es von jetzt ab versucht, durch Einzelaktionen Störungen unserer Verwaltung oder des geschäftlichen Lebens herbeizuführen, handelt bewußt gegen die nationale Regierung. Denn heute sind wir für das Reich verantwortlich, weil es in unsere Hände gegeben ist.

Meine Parteigenossen!

Ihr habt in 14jähriger Arbeit für dieses nunmehr entstehende Deutschland gekämpft. Heute ist die Fahne dieses Kampfes staatlich sanktioniert. Ihr könnt daran aber auch ersehen, wohin uns Eure Disziplin und Unterordnung geführt hat. Nur sie allein kann uns nunmehr weiterleiten. Unser Sieg ist so groß, daß wir nicht kleinliche Rachsucht empfinden können. Sollten die Feinde der nationalen Erhebung irgendeinen Widerstand versuchen, dann wird der Wille der Regierung der nationalen Revolution sie blitzschnell niederzwingen, und Ihr werdet die Befehle erhalten.

Hütet Euch aber vor Provokateuren und Spitzeln, die, wie wir heute durch Belege wissen, von der kommunistischen Partei in unsere Formationen entsandt worden sind!

Wir werden sie dank unserem heutigen Einblick in das Treiben dieser Verbrecherorganisation in kürzester Zeit ohnehin entfernt haben. Indem ich so die Reinheit und damit die Ehre unserer nationalen Erhebung zu schützen befehle, danke ich Euch aber auch für das Übermaß an Treue, Disziplin und Opfern, die Ihr bisher entgegengebracht und gegeben habt. In wenigen Wochen ist in erster Linie durch Eure Arbeit und Euer Wirken eine der größten Umwälzungen vollzogen worden, die Deutschland bisher kennt. Sie wird dem deutschen Volk sichtbar gezeigt werden durch die Anordnungen des Reichsinnenministers Dr. Frick, die ich hiermit bekanntgebe:

12. März 1933

„Zur Feier des Sieges der nationalen Revolution haben sämtliche öffentlichen Gebäude des Reiches von Montag ab auf die Dauer von drei Tagen in den vom Herrn Reichspräsidenten anbefohlenen Farben zu flaggen!“

Meine Parteigenossen! Es lebe die nationale Revolution, es lebe unser heißgeliebtes deutsches Volk und unser stolzes Deutsches Reich!“

Nach dieser Rundfunkansprache flog Hitler nach München und nahm dort auf dem Flugplatz Oberwiesenfeld die Huldigungen der Parteiformationen entgegen. Zum erstenmal trug er dabei einen braunen Uniformrock.

*Auf die Begrüßungsansprache des Reichskommissars General von Epp erwiderte Hitler:*<sup>122)</sup>

„Vor 14 Jahren habe ich von hier aus den Kampf begonnen, der nun in seinem ersten Teil beendet ist.

Was Jahrhunderte in Deutschland ersehnt haben und nicht erringen konnten, das ist jetzt Wirklichkeit geworden:

Die Gleichschaltung des politischen Willens der Länder mit dem Willen der Nation ist vollzogen.

Daß sich dies nicht mehr ändert, dafür wollen und werden wir sorgen mit unserer ganzen Kraft.

Ich bin glücklich, daß dieses geschichtliche Geschehen diesmal vom deutschen Süden ausgegangen ist.

Aus freiem Willen hat sich diesmal das Bayernland zur deutschen Einheit bekannt. In diesen Tagen hat sich Bayern selbst eingegliedert in die große Front der erwachenden Nation.

Die politischen Voraussetzungen der deutschen Wiedergeburt sind nun geschaffen.

Jetzt gilt es, mit vereinter Kraft an die Arbeit zu gehen. Niemand soll uns daran hindern können, und ich bin überzeugt, daß aus dieser Arbeit eines Tages über die Freiheit hinaus auch Glück und Segen wieder einkehren im deutschen Vaterland.

Wir wollen die Länder nicht vergewaltigen, sondern durch unsere gemeinsame Arbeit und den gleichgeschalteten Willen werden die deutschen Länder in Zukunft den Rang und die Stelle einnehmen, die ihnen nach Geschichte und Tradition gebührt.

Das ist aber nur dann möglich, wenn über den deutschen Ländern steht ein einiges Reich als Schutz und Schirm.

Wir kommen soeben aus der Reichshauptstadt. Der Reichspräsident hat befohlen, daß in Zukunft zwei Flaggen über Deutschland wehen sollen:

Die alte schwarz-weiß-rote Flagge der ruhmreichen Vergangenheit und die Hakenkreuzflagge, die Fahne der nationalen Erhebung. In ihrer Gemeinschaft soll ein Symbol liegen für die Wiedergewinnung unserer nationalen Kraft, die hier auf dem Felde in unserer einzigartigen Wehrmacht und unseren Verbänden verkörpert ist.

In ihnen erwächst die höchste Gemeinschaft der deutschen Menschen, die eintreten wollen für das Deutsche Reich und seine Länder!“

Nach seiner Rede trat Hitler eine Triumphfahrt durch die Straßen Münchens zur Feldherrnhalle an. Dort ließ er *zum Gedenken an die Gefallenen des Hitler-Putsches vom Jahre 1923 einen riesigen Lorbeerkrantz niederlegen, dessen Schleife Hitlers Worte trug:*

„Und ihr habt doch gesiegt!“

Hitler hatte jetzt die gesamte Exekutive in der Hand. Er besaß die Polizeigewalt in allen deutschen Ländern, von denen die größeren über beträchtliche kasernierte Polizeieinheiten verfügten. Sie hatten ausgesprochen militärischen Charakter, waren nicht nur mit Stahlhelmen und Gewehren, sondern auch mit

<sup>122)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 72 v. 13. 3. 1933.

Maschinengewehren und leichten Kampfwagen ausgerüstet. Göring ging auf Hitlers Befehl in Preußen jetzt daran, eine kasernierte „Landespolizei“ aufzustellen, die alles bisher auf diesem Gebiet Dagewesene übertraf. Ihre Offiziere waren zuverlässige Nationalsozialisten. Die Truppe selbst wurde graugrün uniformiert und erreichte in Zahl und Ausrüstung bald eine solche Stärke, daß sie der Reichswehr, falls diese es jemals wagen sollte, gegen Hitler zu putschen, wirksam Widerpart bieten konnte <sup>123)</sup>.

Zu seinem persönlichen Schutz aber bildete Hitler am 17. März die *Leibstandarte SS. Adolf Hitler*, ein militärisches Elite-Regiment aus besonders ausgesuchten SS.-Leuten. Diese erste Waffen-SS.-Einheit, aus der später ganze Divisionen und Armeekorps hervorgehen sollten, wurde dem SS.-Obergruppenführer Sepp Dietrich <sup>123a)</sup> unterstellt und in Berlin-Lichterfelde mit vier Bataillonen stationiert. Die Leibstandarte stellte künftig alle Wachen, die bisher für den Reichskanzler von Polizei oder Reichswehr abgeordnet wurden.

Gleichzeitig ging Hitler dazu über, den *nationalsozialistischen Einfluß im Reichskabinett* zu verstärken. Er hatte am 30. Januar sein Ehrenwort gegeben, daß dieses Kabinett für immer zusammenbleiben und nicht verändert werden sollte. Er meinte dies sogar ernst, denn er traute sich zu, aus diesen Ministern durch ständiges Einreden überzeugte Nationalsozialisten zu machen.

Von der sogenannten nationalsozialistischen Weltanschauung war 1933 bis 1945 viel die Rede, z. T. auch schon vorher. Einzelne Unterführer wie Alfred Rosenberg <sup>123b)</sup> und Heinrich Himmler gaben sich redlich Mühe, so etwas wie eine nationalsozialistische Religionslehre erstehen zu lassen, eine Wiederbelebung des nordisch-germanischen Wodanskultes usw. Man kann nicht sagen, daß diesen Bemühungen ein nennenswerter Erfolg beschieden war <sup>124)</sup>.

Hitler ließ Rosenberg und Himmler zwar gewähren, da immerhin auf diese Weise einzelne Menschen von ihren bisherigen religiösen Bindungen gelöst werden konnten. Im Grunde genommen aber hielt er diese Aktionen für Spintisiererei. Denn für ihn war ein überzeugter Nationalsozialist jeder, der bereit war, alles bedingungslos für richtig zu halten, was der Führer sagte, und wenn es auch das Gegenteil von dem war, was Hitler früher verkündet hatte.

Seit Hitler die Macht besaß, war es kein großes Kunststück mehr, seinen Untergebenen, auch seinen Ministern, diese Überzeugung beizubringen. Denn bei dem Obrigkeitsdenken in Deutschland war es ganz normal, daß die Mehrheit aller Staatsbürger für richtig hielt, was die Regierung, was der Reichskanzler erklärte, es sei denn, sie würden von irgendwelchen Institutionen, z. B. der Kirche, gegenteilig beeinflusst.

Solche Arten von überzeugten Nationalsozialisten genügten Hitler jedoch im Kabinett nicht. Dort brauchte er auch „bewährte“ Nationalsozialisten, d. h. solche, die sich in der Zeit des innenpolitischen Kampfes bewährt und schon damals jedes Wort von Hitler buchstäblich für richtig gehalten hatten, obwohl der Schein gegen ihn sprach.

<sup>123)</sup> Die preußische Landespolizei wurde 1935 nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in das Heer übergeführt.

<sup>123a)</sup> Sepp Dietrich, geb. 1892 in Hawangen, ursprünglich Berufsunteroffizier, SS.-Obergruppenführer, im 2. Weltkrieg General der Waffen-SS.

<sup>123b)</sup> Alfred Rosenberg, geb. 1893 in Reval, 1941 Reichsminister für die besetzten (Ost-) Gebiete, gehängt 1946 in Nürnberg.

<sup>124)</sup> Nur ein geringer Bruchteil des deutschen Volkes, weniger als 3 %, traten im Dritten Reich aus der Kirche aus und bezeichneten sich im Sinne Rosenbergs und Himmlers als „gottgläubig“.

Solche bewährten Nationalsozialisten waren Göring und Frick. Am 13. März veranlaßte Hitler Hindenburg, einen weiteren bewährten Nationalsozialisten, nämlich Goebbels, zum Minister zu ernennen. Er erhielt das neugebildete *Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda*, dem vor allem Presse, Rundfunk und Film unterstehen sollte.

Goebbels hielt sich für einen Kulturexperten und wäre gern auch Volksbildungsminister <sup>125)</sup> geworden, doch Hitler traute ihm mit Recht hier weniger zu und berief später <sup>126)</sup> den nationalsozialistischen Studienrat Bernhard Rust zum Leiter des neugebildeten Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.

Bewährt hatte sich in der Kampfzeit auch Dr. Schacht. Daher sollte er nach *Hitlers Willen wieder das Amt des Reichsbankpräsidenten* übernehmen. Es bedurfte wenig Überredungskunst, um den seitherigen Reichsbankpräsidenten Dr. Luther <sup>127)</sup> am 16. März zum Rücktritt zu veranlassen. Er erhielt dafür den Botschafterposten in Washington. Allerdings war der Widerhall im Ausland weniger gut, da die Reichsbank damals nicht der Reichsregierung, sondern auf Grund von internationalen Abmachungen einem Direktorium unterstand, dessen Zustimmung nicht eingeholt worden war.

Hitler übergab, um diesen Eindruck zu verwischen, am 20. März in Berlin folgende *Erklärung zum Rücktritt Dr. Luthers* an die Presse: <sup>128)</sup>

„In einem Teil der Presse werden an den Rücktritt des früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Luther Kommentare geknüpft, die den Tatsachen nicht entsprechen. Der Rücktritt Dr. Luthers erfolgte im Zuge der gesamten zur Zeit stattfindenden Umbildungen. Er erfolgte auf dessen eigenem Wunsch, da das Reich an sich nicht die Möglichkeit gehabt hätte, den Reichsbankpräsidenten irgendwie zum Rücktritt zu veranlassen.

Dr. Luther hat aber von sich aus auf diese internationalen Abmachungen nicht Bezug genommen, sondern ausdrücklich erklärt, daß trotz ihnen für ihn nur deutsche Interessen und damit die deutsche Regierung maßgebend sind. Die Unterredung mit Dr. Luther war daher getragen von einer außerordentlichen Loyalität des scheidenden Reichsbankpräsidenten der Regierung gegenüber.“

Am 20. März erhielt Hitler die *Zustimmung aller Kabinettsmitglieder zum Ermächtigungsgesetz*. Am gleichen Tag gab er in zwei *Ansprachen den in Berlin versammelten Gauleitern und den nationalsozialistischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten* Richtlinien für ihr Verhalten bei den bevorstehenden Parlamentsitzungen <sup>129)</sup>.

Die Eröffnung des Reichstages war auf den 21. März in der Garnisonskirche in Potsdam angesetzt. Hitler hatte hierfür den Tag des Frühlingsanfangs bestimmt, um damit den Beginn eines neuen Frühlings für das deutsche Volk zu symbolisieren. Außerdem war der 1. Reichstag des preußisch-deutschen Kaiser-

<sup>125)</sup> Vgl. Goebbels a. a. O., S. 139 ff. Ein Kultusministerium gab es im Reich vor 1933 nicht.

<sup>126)</sup> Die Ernennung erfolgte am 1. 5. 1934. Bernhard Rust, geb. 1883 in Hannover, 1934 Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Selbstmord 1945 bei Berend (Schleswig).

<sup>127)</sup> Dr. Hans Luther, geb. 1879 in Berlin, 1925—1926 Reichskanzler.

<sup>128)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 80 v. 11. 3. 1933. Hitler war am 20. März früh mit Sonderflugzeug von München gekommen, wo er am Vortag Besprechungen wegen bayerischer Angelegenheiten hatte. Himmler veröffentlichte im gleichen VB. eine Erklärung zu einem angeblichen Attentatsversuch auf Hitler am Richard-Wagner-Denkmal in München.

<sup>129)</sup> Vgl. Goebbels a. a. O., S. 284.

21. März 1933

reiches ebenfalls am 21. März <sup>130)</sup> eröffnet worden. Der „Tag von Potsdam“ war der erste von vielen „nationalen“ Feiertagen, die dem deutschen Volk bis zum Jahre 1945 beschert wurden und jedesmal unter eindrucksvollem Zeremoniell abliefen.

Dre Potsdamer Tag begann mit Gottesdiensten in der evangelischen Nikolai- und in der katholischen Pfarrkirche.

In letzterem Gotteshaus hatte man eigens einen Sessel vor dem Altar für den katholischen Reichskanzler Adolf Hitler aufgestellt. Aber er erschien nicht, sondern besuchte in der Zwischenzeit mit Goebbels die Gräber nationalsozialistischer Gefallener.

Diese Brückierung des katholischen Klerus erfolgte nicht etwa aus religiösen Gründen. Hitler hat in den ersten Jahren seiner Herrschaft verschiedentlich an katholischen Gottesdiensten teilgenommen, so z. B. am Requiem für den verstorbenen polnischen Marschall Pilsudski in der Hedwigskathedrale in Berlin 1935. Er wollte vielmehr der katholischen Kirche durch sein Fernbleiben eine ernste Mahnung erteilen, sich künftig besser nach seinen Wünschen zu richten, insbesondere keine Schwierigkeiten bei der Neuordnung Deutschlands zu machen.

Hitler veröffentlichte daher folgende *amtliche Erklärung*: <sup>131)</sup>

„Die katholischen Bischöfe von Deutschland haben in der jüngsten Vergangenheit in einer Reihe von Erklärungen, nach denen in der Praxis seitens der katholischen Geistlichkeit gehandelt wurde, Führer und Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei als Abtrünnige der Kirche bezeichnet, die nicht in den Genuß der Sakramente kommen dürften. Diese Erklärungen sind bis heute noch nicht widerrufen, und es wird auch seitens der katholischen Geistlichkeit weiterhin danach gehandelt.

Infolgedessen sah sich der Kanzler zu seinem Leidwesen nicht in der Lage, am katholischen Gottesdienst in Potsdam teilzunehmen. Der Kanzler hat während der Zeit des offiziellen Gottesdienstes zusammen mit dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Dr. Goebbels, auf den dasselbe zutrifft, die Gräber seiner ermordeten SA.-Kameraden auf dem Luisenstädtischen Friedhof in Berlin besucht. Er legte dort einen Kranz nieder mit der Inschrift: Meinen toten Kameraden.“

Um 12 Uhr begann der feierliche Staatsakt in der Garnisonkirche, in deren Gruft die preußischen Könige Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große beigesetzt waren. Das Glockenspiel dieser Kirche gab die Melodie des deutschen Liedes „Üb immer Treu und Redlichkeit“ wieder.

Hitler knüpfte also, wie es schien, an beste deutsche Tradition und Tugenden an. Friderizianisches Preußentum und kaiserliche Militärtradition, symbolisiert durch den Reichspräsidenten von Hindenburg in Marschall-Uniform, gaben hier dem neuen Deutschland, das Hitler verkörperte, den Segen.

In der Kirche selbst hatten nur die Reichstagsabgeordneten der Rechtsparteien, des Zentrums (mit Bayerischer Volkspartei) und der Splitterparteien Platz genommen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten hatten die Teilnahme abge-

<sup>130)</sup> 21. 3. 1871. Eröffnung durch Bismarck.

<sup>131)</sup> WTB. v. 21. 3. 1933. Auf diese amtliche Erklärung veröffentlichte der Bayer. Kurier am 23. 3. 1933 eine Mitteilung „von maßgebender kirchlicher Seite“ folgenden Inhalts: „Die Behauptung, Anhänger der NSDAP. würden als Abtrünnige betrachtet, die nicht in den Genuß der Sakramente kommen dürfen, ist in dieser Allgemeinheit unrichtig. In zahllosen Fällen sind dieselben wie alle anderen Katholiken zu den hl. Sakramenten zugelassen. Die Frage der Zulassung oder Abweisung wird bei diesen wie bei allen Katholiken nicht nach politischen Gründen, sondern in jedem Falle gewissenhaft nach der Würdigkeit des Einzelnen beurteilt. Die Bezeichnung als ‚Abtrünnige der Kirche‘ ist daher unzutreffend.“

lehnt. Die übrigen Plätze der Kirche waren reichlich gefüllt durch nationale Persönlichkeiten, so den Kronprinzen Wilhelm, den Generalfeldmarschall von Mackensen, Generaloberst v. Seect usw.

Hindenburg erteilte nach seiner eigenen Ansprache Hitler das Wort, der, wieder im feierlichen Cut, folgende Rede hielt:<sup>132)</sup>

„Herr Reichspräsident! Abgeordnete, Männer und Frauen des Deutschen Reichstages! Schwere Sorgen lasten seit Jahren auf unserem Volk.

Nach einer Zeit stolzer Erhebung, reichen Blühens und Gedeihens auf allen Gebieten unseres Lebens sind — wie so oft in der Vergangenheit — wieder einmal Not und Armut bei uns eingekehrt.

Trotz Fleiß und Arbeitswillen, trotz Tatkraft, einem reichen Wissen und bestem Willen suchen Millionen Deutsche heute vergebens das tägliche Brot. Die Wirtschaft verödet, die Finanzen sind zerrüttet, Millionen sind ohne Arbeit.

Die Welt kennt nur das äußere Scheinbild unserer Städte, den Jammer und das Elend sieht sie nicht.

Seit zwei Jahrtausenden wird unser Volk von diesem wechselvollen Geschick begleitet. Immer wieder folgt dem Emporstieg der Verfall. Die Ursachen waren immer die gleichen. Der Deutsche, in sich selbst zerfallen, uneinig im Geist, zersplittert in seinem Wollen und damit ohnmächtig in der Tat, wird kraftlos in der Behauptung des eigenen Lebens. Er träumt vom Recht in den Sternen und verliert den Boden auf der Erde.

Je mehr aber Volk und Reich zerbrechen und damit der Schutz und Schirm des nationalen Lebens schwächer wird, um so mehr versuchte man zu allen Zeiten, die Not zur Tugend zu erheben. Die Theorie der individuellen Werte unserer Stämme unterdrückte die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines gemeinsamen Willens. Am Ende blieb den deutschen Menschen dann immer nur der Weg nach innen offen. Als Volk der Sänger, Dichter und Denker träumte es dann von einer Welt, in der die anderen lebten, und erst, wenn die Not und das Elend es un menschlich schlugen, erwuchs vielleicht aus der Kunst die Sehnsucht nach einer neuen Erhebung, nach einem neuen Reich und damit nach neuem Leben.

Als Bismarck dem kulturellen Streben der deutschen Nation die staatspolitische Einigung folgen ließ, schien damit für immer eine lange Zeit des Haders und des Krieges der deutschen Stämme untereinander beendet zu sein. Getreu der Kaiserproklamation nahm unser Volk teil an der Mehrung der Güter des Friedens, der Kultur und der menschlichen Gesittung. Es hat das Gefühl seiner Kraft nie gelöst von der tief empfundenen Verantwortung für das Gemeinschaftsleben der europäischen Nationen.

In diese Zeit der staats- und machtpolitischen Einigung der deutschen Stämme fiel der Beginn jener weltanschaulichen Auflösung der deutschen Volksgemeinschaft, unter der wir heute noch immer leiden.

Und dieser innere Zerfall der Nation wurde wieder einmal, wie so oft, zum Verbündeten der Umwelt. Die Revolution des Novembers 1918 beendete einen Kampf, in den die deutsche Nation in der heiligsten Überzeugung, nur ihre Freiheit und damit ihr Lebensrecht zu schützen, gezogen war.

Denn weder der Kaiser noch die Regierung noch das Volk haben diesen Krieg gewollt. Nur der Zerfall der Nation, der allgemeine Zusammenbruch zwangen ein schwaches Geschlecht, wider das eigene bessere Wissen und gegen die heiligste innere Überzeugung die Behauptung unserer Kriegsschuld hinzunehmen.

Diesem Zusammenbruch aber folgte der Verfall auf allen Gebieten. Machtpolitisch, moralisch, kulturell und wirtschaftlich sank unser Volk tiefer und tiefer.

Das schlimmste war die bewußte Zerstörung des Glaubens an die eigene Kraft, die Entwürdigung unserer Traditionen und damit die Vernichtung der Grundlagen eines festen Vertrauens.

<sup>132)</sup> Offizieller Text nach Eher-Broschüre. Wiedergabe der Rede im VB. Nr. 81 v. 22. 3. 1933.



Krisen ohne Ende haben unser Volk seitdem zerrüttet.

Aber auch die übrige Welt ist durch das politische und wirtschaftliche Herausbrechen eines wesentlichen Gliedes ihrer Staatengemeinschaft nicht glücklicher und nicht reicher geworden. Aus dem Aberwitz der Theorie von ewigen Siegern und Besiegten kam der Wahnsinn der Reparationen und in der Folge die Katastrophe der Weltwirtschaft.

Während so das deutsche Volk und Deutsche Reich in inneren politischen Zwiespalt und Hader versanken, die Wirtschaft dem Elend entgegentrieb, begann die neue Sammlung der deutschen Menschen, die im gläubigem Vertrauen auf das eigene Volk dieses zu einer neuen Gemeinschaft formen wollen.

Diesem jungen Deutschland haben Sie, Herr Generalfeldmarschall, am 30. Januar 1933 in großherzigem Entschluß die Führung des Reiches anvertraut.

In der Überzeugung, daß aber auch das Volk selbst seine Zustimmung zur neuen Ordnung des deutschen Lebens erteilen muß, richteten wir Männer dieser nationalen Regierung einen letzten Appell an die deutsche Nation.

Am 5. März hat sich das Volk entschieden und in seiner Mehrheit zu uns bekannt. In einer einzigartigen Erhebung hat es in wenigen Wochen die nationale Ehre wiederhergestellt und dank Ihrem Verstrehen, Herr Reichspräsident, die Vermählung vollzogen zwischen dem Symbolen der alten Größe und der jungen Kraft.

Indem nun aber die nationale Regierung in dieser feierlichen Stunde zum erstenmal vor den neuen Reichstag hintritt, bekundet sie zugleich ihren unerschütterlichen Willen, das große Werk der Reorganisation des deutschen Volkes und des Reichs in Angriff zu nehmen und entschlossen durchzuführen.

Im Bewußtsein, im Sinne des Willens der Nation zu handeln, erwartet die nationale Regierung von den Parteien der Volksvertretung, daß sie nach fünfzehnjähriger deutscher Not sich emporheben mögen über die Beengtheit eines doktrinären parteimäßigen Denkens, um sich dem eisernen Zwang unterzuordnen, den die Not und ihre drohenden Folgen uns allen auferlegen.

Denn die Arbeit, die das Schicksal von uns fordert, muß sich turmhoch erheben über den Rahmen und das Wesen kleiner tagespolitischer Aushilfen.

Wir wollen wiederherstellen die Einheit des Geistes und des Willens der deutschen Nation!

Wir wollen wahren die ewigen Fundamente unseres Lebens:

unser Volkstum und die ihm gegebenen Kräfte und Werte.

Wir wollen die Organisation und die Führung unseres Staates wieder jenen Grundsätzen unterwerfen, die zu allen Zeiten die Vorbedingungen der Größe der Völker und Reiche waren.

Wir wollen das Vertrauen in die gesunden, weil natürlichen und richtigen Grundsätze der Lebensführung verbinden mit einer Stetigkeit der politischen Entwicklung im Inneren und Äußerem.

Wir wollen an die Stelle des ewigen Schwankens die Festigkeit einer Regierung setzen, die unserem Volke damit wieder eine unerschütterliche Autorität geben soll.

Wir wollen alle die Erfahrungen berücksichtigen, sowohl im Einzel- und im Gemeinschaftsleben wie aber auch in unserer Wirtschaft, die sich in Jahrtausenden als nützlich für die Wohlfahrt der Menschen erwiesen haben.

Wir wollen wiederherstellen das Primat der Politik, die berufen ist, den Lebenskampf der Nation zu organisieren und zu leiten.

Wir wollen aber auch alle wirklich lebendigen Kräfte des Volkes als die tragenden Faktoren der deutschen Zukunft erfassen, wollen uns redlich bemühen, diejenigen zuzusammenfügen, die eines guten Willens sind, und diejenigen unschädlich zu machen, die dem deutschen Volk zu schaden versuchen.

Aufbauen wollen wir eine andere Gemeinschaft aus den deutschen Stämmen, aus den Ständen, den Berufen und den bisherigen Klassen. Sie soll zu jenem gerechten Ausgleich der Lebensinteressen befähigt sein, der des gesamten Volkes Zukunft erfordert. Aus Bauern, Bürgern und Arbeitern muß wieder werden ein deutsches Volk.

21. März 1933

Es soll dann für ewige Zeiten in seine treue Verwahrung nehmen unseren Glauben und unsere Kultur, unsere Ehre und unsere Freiheit.

Der Welt gegenüber aber wollen wir, die Opfer des Krieges von einst ermessend, aufrichtige Freunde sein eines Friedens, der endlich die Wunden heilen soll, unter denen alle leiden.

Die Regierung der nationalen Erhebung ist entschlossen, ihre vor dem deutschen Volke übernommene Aufgabe zu erfüllen. Sie tritt daher heute vor den Deutschen Reichstag mit dem heißen Wunsch, in ihm eine Stütze zu finden für die Durchführung ihrer Mission. Mögen Sie, meine Männer und Frauen, als gewählte Vertreter des Volkes den Sinn der Zeit erkennen, um mitzuhelfen am großen Werk der nationalen Wiedererhebung.

In unserer Mitte befindet sich heute ein graises Haupt. Wir erheben uns vor Ihnen, Herr Generalfeldmarschall.

Dreimal kämpften Sie auf dem Felde der Ehre für das Dasein und die Zukunft unseres Volkes.

Als Leutnant in den Armeen des Königs für die deutsche Einheit, in den Heeren des alten deutschen Kaisers für des Reiches glanzvolle Aufrichtung, im größten Kriege aller Zeiten aber als unser Generalfeldmarschall für den Bestand des Reiches und für die Freiheit unseres Volkes.

Sie erlebten einst des Reiches Werden, sahen vor sich noch des Großen Kanzlers Werk, den wunderbaren Aufstieg unseres Volkes, und haben uns endlich geführt in der großen Zeit, die das Schicksal uns selbst miterleben und mit durchkämpfen ließ.

Heute, Herr Generalfeldmarschall, läßt Sie die Vorsehung Schirmherr sein über die neue Erhebung unseres Volkes. Dies Ihr wundersames Leben ist für uns alle ein Symbol der unzerstörbaren Lebenskraft der deutschen Nation. So dankt Ihnen des deutschen Volkes Jugend und wir alle mit, die wir Ihre Zustimmung zum Werk der deutschen Erhebung als Segnung empfinden. Möge sich diese Kraft auch mitteilen der nunmehr eröffneten neuen Vertretung unseres Volkes.

Möge uns dann aber auch die Vorsehung verleihen jenen Mut und jene Beharrlichkeit, die wir in diesem für jeden Deutschen geheiligten Raum um uns spüren als für unseres Volkes Freiheit und Größe ringende Menschen zu Füßen der Bahre seines größten Königs.“

Nachdem Hindenburg Kränze an den Sarkophagen der Preußenkönige niedergelegt hatte, begann draußen eine mehrstündige Parade von Reichswehrformationen und nationalen Verbänden (SA., SS., Stahlhelm usw.) vor Hindenburg. Hitler stand mit seinen Ministern bescheiden einige Reihen hinter den militärischen Ehrengästen.

Am Nachmittag um 17 Uhr begann die erste eigentliche Reichstagssitzung im provisorischen Parlamentsgebäude, der umgebauten Kroll-Oper in Berlin. Hitler, der Verächter des Parlamentarismus, nahm als Abgeordneter der NSDAP. ganz brav seinen Sitz unter den Abgeordnetenplätzen ein und wählte das Reichstagspräsidium mit, das sich nunmehr aus dem Präsidenten Göring und den Vizepräsidenten Esser (Zentrum), Graef (DNVP.) und Zörner (NSDAP.) zusammensetzte.

Die Konstituierung war bald zu Ende. Die nächste Sitzung begann am 23. März mit einer Regierungserklärung Hitlers und der Vorlage des *Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich*<sup>133)</sup>. Dieses „Ermächtigungsgesetz“ hatte Hitler schon in seinem Briefwechsel mit Dr. Meißner im November 1932<sup>134)</sup> vorgeschlagen, als

<sup>133)</sup> RGBl. 1933 I S. 141.

<sup>134)</sup> Vgl. S. 155. Goebbels erwähnte Hitlers Absicht, ein Ermächtigungsgesetz dem Reichstag vorzulegen, bereits am 6. 8. 1932, vgl. Goebbels a. a. O., S. 139.

einzige Möglichkeit, die parlamentarische Aufhebung von Notverordnungen abzuschaffen.

Die Reichsregierung sollte künftig die Gesetze allein beschließen können (Artikel 1). Der Reichspräsident fertigte nicht einmal mehr die Gesetze aus, sondern auch dies erledigte künftig der Reichskanzler (Artikel 3).

Auf vier Jahre wurde praktisch der Reichstag und der Reichspräsident ausgeschaltet. Aber nicht nur dies. Die Gesetze der Reichsregierung sollten auch von der Verfassung abweichen können, „soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstages und des Reichsrates als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt“ (Artikel 2).

Hitler hatte sich da einen feinen Unterschied zwischen Reichstag und Reichsrat einerseits und Reichspräsident andererseits ausgedacht. Die Einrichtungen des Reichstages und des Reichsrates sollten gewahrt bleiben (wobei der Reichsrat nach Errichtung von nationalsozialistischen Länderregierungen als hemmendes Organ schon nicht mehr in Frage kam). Aber die verfassungsmäßige Einrichtung des Reichspräsidentenamtes, der Wahlmodus und die Stellvertretung im Behinderungsfall oder Tod, wurde nicht garantiert, sondern lediglich die Rechte sollten unberührt bleiben.

Dies war ein bemerkenswerter Unterschied, der insbesondere beim demnächst zu erwartenden Tod des 85jährigen Präsidenten gravierend in Erscheinung treten würde. Hitler konnte einfach die Rechte des Reichspräsidenten übernehmen, die somit „unberührt“ blieben.

Hitler, in Uniform mit Braunhemd, gab am 23. März zu diesem Ermächtigungsgesetz folgende *Regierungserklärung vor dem Reichstag* ab: <sup>135)</sup>

„Männer und Frauen des Deutschen Reichstages! Im Einvernehmen mit der Reichsregierung haben die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei und die Deutschnationale Volkspartei Ihnen durch einen Initiativantrag ein Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich zur Beschlußfassung unterbreitet. Die Gründe für diesen außerordentlichen Vorgang sind folgende:

Im November 1918 rissen marxistische Organisationen durch eine Revolution die vollziehende Gewalt an sich. Die Monarchen wurden entthront, die Reichs- und Landesbehörden abgesetzt und damit die Verfassung gebrochen. Das Gelingen der Revolution im materiellen Sinne sicherte die Artentäter vor dem Zugriff der Justiz. Die moralische Legitimierung suchten sie in der Behauptung, Deutschland bzw. seine Regierung trügen die Schuld am Ausbruch des Krieges.

Diese Behauptung war wissentlich und sachlich falsch. In der Folge führten aber diese im Interesse unserer damaligen Feinde liegenden unwahren Anschuldigungen zur schärfsten Unterdrückung des gesamten deutschen Volkes und der Bruch der uns in den 14 Punkten Wilsons gemachten Zusicherungen dann für Deutschland, d. h. für das schaffende deutsche Volk, zu einer Zeit grenzenlosen Unglücks.

Alle die von den Männern des November 1918 gemachten Versprechungen erwiesen sich, wenn schon nicht als bewußte Irreführungen, so doch als nicht minder verdammenswerte Illusionen. Die ‚Errungenschaften der Revolution‘ waren, im Gesamten genommen, nur für kleinste Teile unseres Volkes angenehme, für die überwältigende Mehrheit aber, zumindest soweit sich diese durch ihre redliche Arbeit das tägliche Brot verdienen mußte, unendlich traurige. Daß hierfür der Selbsterhaltungstrieb der an dieser Entwicklung schuldigen Parteien und Männer tausend Beschönigungen und Ausreden findet, ist ver-

<sup>135)</sup> Wiedergegeben im VB. Nr. 83 v. 24. 3. 1933, ferner offizieller Text in der Eher-Broschüre. Einige dort vorkommende unbedeutende Hörfehler wurden nach der Aufzeichnung des Verfassers berichtigt.

23. März 1933

ständig. Der nüchterne Vergleich der durchschnittlichen Ergebnisse der letzten vierzehn Jahre mit den einst proklamierten Versprechungen fällt für die verantwortlichen Regisseure dieses in der deutschen Geschichte beispiellosen Verbrechens vernichtend aus.

Unser Volk hat im Verlaufe der letzten 14 Jahre auf allen Gebieten des Lebens einen Verfall erlitten, der größer kaum vorstellbar ist. Die Frage, was überhaupt in dieser Zeit noch schlimmer hätte kommen können, ist unter Berücksichtigung der Grundwerte unseres deutschen Volkes sowie der einst vorhanden gewesenen politischen und wirtschaftlichen Erbmasse nicht zu beantworten.

Das deutsche Volk selbst hat trotz seiner schweren Beweglichkeit in politischen Empfindungen und Stellungnahmen sich steigend von den in seinen Augen für diese Zustände verantwortlichen Auffassungen, Parteien und Verbänden abgewendet.

Die Zahl der innerlich auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehenden Deutschen war trotz der suggestiven Bedeutung und rücksichtslosen Ausnutzung der Regierungsgewalt am Ende nur mehr ein Bruchteil der gesamten Nation.

Es ist weiter das charakteristische Merkmal dieser vierzehn Jahre gewesen, daß — abgesehen von natürlichen Schwankungen — die Linie der Entwicklung konstant nach unten führte. Diese deprimierende Erkenntnis war mit eine der Ursachen der allgemeinen Verzweiflung. Sie förderte die Einsicht über die Notwendigkeit einer gründlichen Abkehr von den Ideen, Organisationen und Männern, in denen man mit Recht allmählich die tieferen Ursachen unseres Verfalls zu erkennen begann.

Die nationalsozialistische Bewegung vermochte daher trotz furchtbarster Unterdrückung immer mehr Deutsche geistes- und willensmäßig zum Abwehrkampf zu erfassen. Sie hat im Verein mit den anderen nationalen Verbänden nunmehr innerhalb weniger Wochen die seit dem November 1918 herrschenden Mächte beseitigt und in einer Revolution die öffentliche Gewalt in die Hände der nationalen Regierung gelegt. Am 5. März hat das deutsche Volk diesem Akt seine Zustimmung erteilt.

Das Programm des Wiederaufbaus von Volk und Reich ergibt sich aus der Größe der Not unseres politischen, moralischen und wirtschaftlichen Lebens. Erfüllt von der Überzeugung, daß dieser Zusammenbruch seine Ursachen in inneren Schäden unseres Volkskörpers hat, ist es das Ziel der Regierung der nationalen Revolution, diejenigen Gebrechen aus unserem völkischen Leben zu beseitigen, die auch in Zukunft jeden tatsächlichen Wiederaufstieg verhindern würden. Der durch die marxistische Irrlehre systematisch herbeigeführte Verfall der Nation in weltanschaulich unvereinbare Gegensätze bedeutet die Vernichtung der Basis eines möglichen Gemeinschaftslebens.

Die Auflösung ergreift alle Grundlagen der Gesellschaftsordnung. Die völlig gegensätzliche Einstellung der Einzelnen zu den Begriffen Staat, Gesellschaft, Religion, Moral, Familie, Wirtschaft reißt Differenzen auf, die zum Krieg aller gegen alle führen.

Ausgehend vom Liberalismus des vergangenen Jahrhunderts, findet diese Entwicklung naturgesetzlich ihr Ende im kommunistischen Chaos.

Die Mobilisierung primitivster Instinkte führt zu einer Verbindung zwischen den Auffassungen einer politischen Idee und den Handlungen wirklicher Verbrecher. Angefangen von Plünderungen, Brandstiftungen, Eisenbahnanschlägen, Attentaten und so fort, erhält alles in der kommunistischen Idee seine moralische Sanktion. Allein die Methode des individuellen Massenterrors hat die nationalsozialistische Bewegung im Laufe weniger Jahre über 350 Tote und Zehntausende von Verletzten gekostet.

Die Brandstiftung im Reichstag als mißglückter Versuch einer groß angelegten Aktion ist nur ein Zeichen dessen, was Europa vom Siege dieser teuflischen Lehre zu erwarten hätte. Wenn eine bestimmte Presse, besonders außerhalb Deutschlands, heute versucht, entsprechend der durch den Kommunismus zum Prinzip erhobenen politischen Unwahrheit die nationale Erhebung Deutschlands mit dieser Schandtat zu identifizieren, so kann mich das nur in meinem Beschlusse bestärken, nichts unversucht zu lassen, um in kürzester Zeit dieses Verbrechen durch die öffentliche Hinrichtung des schuldigen Brandstifters und seiner Komplizen zu sühnen!

Der ganze Umfang der beabsichtigten Aktion dieser Organisation ist weder dem deutschen Volk noch der übrigen Welt genügend zum Bewußtsein gekommen. Nur durch

ihr blitzschnelles Zufassen hat die Regierung eine Entwicklung verhindert, die bei einem katastrophalen Ausgang ganz Europa erschüttert haben würde. Manche von denen, die sich heute aus Haß gegen die nationale Erhebung innerhalb und außerhalb Deutschlands mit den Interessen des Kommunismus verbrüdern, würden selbst die Opfer einer solchen Entwicklung geworden sein.

Es wird die oberste Aufgabe der nationalen Regierung sein, diese Erscheinung nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern im Interesse des übrigen Europas in unserem Lande restlos auszurotten und zu beseitigen.

Sie wird nicht die Erkenntnis aus dem Auge verlieren, daß es sich dabei nicht um das negative Problem dieser Organisation handelt, sondern um die Durchführung der positiven Aufgabe der Gewinnung des deutschen Arbeiters für den nationalen Staat. Nur die Herstellung einer wirklichen Volksgemeinschaft, die sich über die Interessen und Gegensätze der Stände und Klassen erhebt, vermag allein auf die Dauer diesen Verirrungen des menschlichen Geistes den Nährboden zu entziehen. Die Errichtung einer solchen weltanschaulichen Geschlossenheit des deutschen Volkskörpers ist um so wichtiger, als nur durch sie die Möglichkeit der Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu den außerdeutschen Mächten ohne Rücksicht auf die sie beherrschenden Tendenzen oder weltanschaulichen Grundsätze gegeben ist, denn die Beseitigung des Kommunismus in Deutschland ist nur eine innerdeutsche Angelegenheit. Die übrige Welt mag daran ebenso sehr interessiert sein, da der Ausbruch eines kommunistischen Chaos in dem dicht besiedelten Deutschen Reiche zu politischen und wirtschaftlichen Folgeerscheinungen besonders im übrigen westlichen Europa führen würde, deren Ausmaße unvorstellbar sind. Der innere Zerfall unserer Volksgemeinschaft führte zwangsläufig zu einer immer bedenklicher werdenden Schwächung der Autorität der obersten Staatsführung. Das Sinken des Ansehens der Reichsregierung, das sich aus solchen unsicheren inneren Verhältnissen zwangsläufig ergeben mußte, führte bei verschiedenen Parteien in einzelnen Ländern zu Vorstellungen, die mit der Einheit des Reichs unverträglich sind. Alle Rücksichtnahme auf die Traditionen der Länder kann die bittere Erkenntnis nicht beseitigen, daß das Ausmaß der Zersplitterung des staatlichen Lebens in der Vergangenheit der Welt- und Lebensstellung unseres Volkes nicht nur nicht nützlich, sondern wahrhaft abträglich war.

Es ist nicht die Aufgabe einer überlegenen Staatsführung, nachträglich das organisch Gewachsene nun dem theoretischen Prinzip einer zügellosen Unitarisierung auszuliefern. Es ist aber ihre Pflicht, diese geistige, willensmäßige Einheit der Führung der Nation und damit den Reichsgedanken an sich über jeden Zweifel zu erheben.

Die Wohlfahrt unserer Kommunen und Länder bedarf genau so wie die Existenz des einzelnen deutschen Menschen des staatlichen Schutzes. Die Reichsregierung beabsichtigt daher nicht, durch das Ermächtigungsgesetz die Länder aufzuheben. Wohl aber wird sie diejenigen Maßnahmen treffen, die von nun ab und für immer eine Gleichmäßigkeit der politischen Intention in Reich und Ländern gewährleisten. Je größer die geistige und willensmäßige Übereinstimmung ist, um so weniger Interesse kann für alle Zukunft für das Reich bestehen, das kulturelle und wirtschaftliche Eigenleben der einzelnen Länder zu vergewaltigen. Vollends unmöglich ist der in letzter Zeit eingerissene Zustand einer gegenseitigen Herabsetzung von Länder- und Reichsregierungen unter Zuhilfenahme der modernen Mittel der Volkspropaganda. Ich werde unter keinen Umständen hinnehmen, und die Reichsregierung wird alle Maßnahmen dagegen treffen, daß in Zukunft jemals noch Minister deutscher Regierungen vor der Welt in öffentlichen Massenversammlungen, ja sogar unter Verwendung des Rundfunks sich gegenseitig anklagen oder heruntersetzen.

Es führt weiter zu einer völligen Entwertung der gesetzgebenden Körperschaften in den Augen des Volkes, wenn selbst unter Annahme normaler Zeiten innerhalb von vier Jahren entweder im Reich oder den einzelnen Ländern das Volk an die 20mal an die Wahlurne getrieben wird. Die Reichsregierung wird den Weg dazu finden, der das Ziel erreicht, daß die einmal gegebene Willensäußerung der Nation für Reich und Länder zu einheitlichen Konsequenzen führt.

Eine weitergehende Reform des Reiches wird sich nur aus der lebendigen Entwicklung ergeben können. Ihr Ziel muß die Konstruktion einer Verfassung sein, die den Willen des Volkes mit der Autorität einer wirklichen Führung verbindet. Die gesetzliche Legalisierung einer solchen Verfassungsreform wird dem Volke selbst zugebilligt.

Die Regierung der nationalen Revolution sieht es grundsätzlich als ihre Pflicht an, entsprechend dem Sinne des ihr gegebenen Vertrauensvotums des Volkes, diejenigen Elemente von der Einflußnahme auf die Gestaltung des Lebens der Nation fernzuhalten, die bewußt und mit Absicht dieses Leben negieren. Die theoretische Gleichheit vor dem Gesetz kann nicht dazu führen, grundsätzliche Verächter der Gesetze unter Gleichheit zu tolerieren, ja aus demokratischen Doktrinen heraus die Freiheit der Nation ihnen auszuliefern. Die Regierung wird die Gleichheit vor dem Gesetz aber allen denen zuzubilligen, die in der Frontbildung unseres Volkes vor dieser Gefahr sich hinter die nationalen Interessen stellen und der Regierung ihre Unterstützung nicht versagen.

Überhaupt soll unsere nächste Aufgabe sein, die geistigen Führer dieser Vernichtungstendenzen zur Verantwortung zu ziehen, die verführten Opfer aber zu retten.

Wir sehen insbesondere in den Millionen deutscher Arbeiter, die diesen Ideen des Wahnsinns und der Selbstvernichtung huldigen, nur die Ergebnisse einer unverzeihlichen Schwäche der früheren Regierungen, die die Verbreitung der Ideen nicht verhinderten, deren praktische Verwirklichung sie selbst unter Strafe stellen mußten. Die Regierung wird sich in dem Entschluß, diese Frage zu lösen, von niemandem beirren lassen. Jetzt ist es Sache des Reichstags, seinerseits eine klare Stellung einzunehmen. Am Schicksal des Kommunismus und der sich mit ihm verbrüdernden anderen Organisationen ändert dies nichts. Die nationale Regierung trifft dabei ihre Maßnahmen unter keinem anderen Gesichtspunkt als dem, das deutsche Volk und insbesondere die Millionenmassen seiner arbeitenden Menschen vor namenlosem Elend zu bewahren.

Sie sieht daher die Frage einer monarchistischen Restauration schon aus dem Grunde des Vorhandenseins dieser Zustände zur Zeit als undiskutabel an. Sie würde den Versuch einer Lösung dieses Problems auf eigene Faust in einzelnen Ländern als Angriff gegen die Reichseinheit ansehen müssen und demgemäß ihr Verhalten einrichten.

Gleichlaufend mit dieser politischen Entgiftung unseres öffentlichen Lebens wird die Reichsregierung eine durchgreifende moralische Sanierung des Volkskörpers vornehmen. Das gesamte Erziehungswesen, Theater, Film, Literatur, Presse, Rundfunk, sie werden alle Mittel zu diesem Zweck sein und demgemäß gewürdigt. Sie haben alle der Erhaltung der im Wesen unseres Volkstums lebenden Ewigkeitswerte zu dienen. Die Kunst wird stets Ausdruck und Spiegel der Sehnsucht und der Wirklichkeit einer Zeit sein. Die weltbürgerliche Beschaulichkeit ist im raschen Entschwinden begriffen. Der Heroismus erhebt sich leidenschaftlich als kommender Gestalter und Führer politischer Schicksale. Es ist Aufgabe der Kunst, Ausdruck dieses bestimmenden Zeitgeistes zu sein. Blut und Rasse werden wieder zur Quelle der künstlerischen Intuition werden. Es ist Aufgabe der Regierung, dafür zu sorgen, daß gerade in einer Zeit beschränkter politischer Macht der innere Lebenswert und der Lebenswille der Nation einen um so gewaltigeren kulturellen Ausdruck finden. Dieser Entschluß verpflichtet zur dankbaren Bewunderung unserer großen Vergangenheit. Auf allen Gebieten unseres gesellschaftlichen und kulturellen Lebens muß die Brücke von dieser Vergangenheit zur Zukunft geschlagen werden. Die Ehrfurcht vor den großen Männern muß der deutschen Jugend wieder als heiliges Vermächtnis eingepflanzt werden. Indem die Regierung entschlossen ist, die politische und moralische Entgiftung unseres öffentlichen Lebens vorzunehmen, schafft und sichert sie die Voraussetzungen für eine wirklich tiefe Einkehr religiösen Lebens.

Die Vorteile personal-politischer Art, die sich aus Kompromissen mit atheistischen Organisationen ergeben mögen, wiegen nicht annähernd die Folgen auf, die in der Zerstörung allgemeiner sittlicher Grundwerte sichtbar werden.

Die nationale Regierung sieht in den beiden christlichen Konfessionen die wichtigsten Faktoren zur Erhaltung unseres Volkstums. Sie wird die zwischen ihnen und den Ländern abgeschlossenen Verträge respektieren.

Ihre Rechte sollen nicht angetastet werden. Sie erwartet aber und hofft, daß die Arbeit an der nationalen und sittlichen Erneuerung unseres Volkes, die sich die Regierung zur Aufgabe gestellt hat, umgekehrt die gleiche Würdigung erfährt. Sie wird allen anderen Konfessionen in objektiver Gerechtigkeit gegenüber treten. Sie kann aber nicht dulden, daß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession oder einer bestimmten Rasse eine Entbindung von allgemeinen gesetzlichen Verpflichtungen sein könnte oder gar ein Freibrief für straflose Begehung oder Tolerierung von Verbrechen. Die Sorge der Regierung gilt dem aufrichtigen Zusammenleben zwischen Kirche und Staat; der Kampf gegen eine materialistische Weltanschauung, für eine wirkliche Volksgemeinschaft dient ebenso den Interessen der deutschen Nation wie dem Wohl unseres christlichen Glaubens.

Unser Rechtswesen muß in erster Linie der Erhaltung dieser Volksgemeinschaft dienen. Der Unabsetzbarkeit der Richter auf der einen Seite muß eine Elastizität der Urteilsfindung zum Wohl der Gesellschaft entsprechen. Nicht das Individuum kann Mittelpunkt der gesetzlichen Sorge sein, sondern das Volk. Landes- und Volksverrat sollen künftig mit aller Rücksichtslosigkeit ausgetilgt werden. Der Boden der Existenz der Justiz kann kein anderer sein als der Boden der Existenz der Nation. Möge diese daher auch stets die Schwere der Entschließung derer berücksichtigen, die unter dem harten Zwang der Wirklichkeit das Leben der Nation verantwortlich zu gestalten haben.

Groß sind die Aufgaben der nationalen Regierung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens.

Hier wird ein Gesetz alles Handeln bestimmen: das Volk lebt nicht für die Wirtschaft, und die Wirtschaft existiert nicht für das Kapital, sondern das Kapital dient der Wirtschaft und die Wirtschaft dem Volk!

Grundsätzlich wird die Regierung die Wahrnehmung der Interessen des deutschen Volkes nicht über den Umweg einer staatlich zu organisierenden Wirtschaftsbürokratie betreiben, sondern durch die stärkste Förderung der Privatinitiative und durch die Anerkennung des Eigentums.

Zwischen der produktiven Intention einerseits und der produktiven Arbeit andererseits muß ein gerechter Ausgleich hergestellt werden. Die Verwaltung soll die Ergebnisse der Fähigkeit, des Fleißes und der Arbeit durch Sparsamkeit respektieren. Auch das Problem unserer öffentlichen Finanzen ist nicht zuletzt das Problem einer sparsamen Verwaltung.

Die in Aussicht genommene Reform unseres Steuerwesens muß zu einer Vereinfachung der Veranlagung und damit zu einer Verminderung der Kosten und der Lasten führen. Grundsätzlich soll die Steuermühle an den Strom und nicht an die Quellen gebaut werden. Im Zuge dieser Maßregeln muß eine Verminderung der Lasten durch Vereinfachung der Verwaltung eintreten. Diese im Reich und in den Ländern durchzuführende Reform des Steuerwesens ist aber nicht eine Frage des Augenblicks, sondern einer nach den Erfordernissen zu bemessenden Zeit.

Die Regierung wird grundsätzlich Währungsexperimente vermeiden.

Vor allem aber stehen zwei Wirtschaftsaufgaben erster Ordnung vor uns. Die Rettung des deutschen Bauern muß unter allen Umständen durchgeführt werden.

Die Vernichtung dieses Standes in unserem Volke würde zu denkbar schärfsten Konsequenzen führen. Die Wiederherstellung der Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe mag für den Konsumenten hart sein. Das Schicksal aber, das das ganze deutsche Volk trafe, wenn der deutsche Bauer zugrunde ginge, wäre mit diesen Härten gar nicht zu vergleichen. Nur im Zusammenhang mit der unter allen Umständen zu erreichenden Rentabilität unserer Landwirtschaft kann die Frage eines Vollstreckungsschutzes bzw. einer Entschuldung gelöst werden. Würde diese nicht gelingen, so müßte die Vernichtung unserer Bauern nicht nur zum Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft überhaupt, sondern vor allem zum Zusammenbruch des deutschen Volkskörpers führen. Seine Gesunderhaltung ist aber auch die erste Voraussetzung für das Blühen und Gedeihen unserer Industrie, des deutschen Binnenhandels und des deutschen Exports. Ohne das Gegen-

gewicht des deutschen Bauerntums hätte der kommunistische Wahnsinn schon jetzt Deutschland überrannt und damit die deutsche Wirtschaft endgültig vernichtet. Was die Gesamtwirtschaft einschließlich unserer Exportindustrie dem gesunden Sinn des deutschen Bauern verdankt, kann überhaupt durch kein Opfer geschäftlicher Art abgeholt werden. Es muß daher auch der weiteren Besiedlung des deutschen Bodens in Zukunft unsere größte Sorge gelten.

Im übrigen ist sich die nationale Regierung darüber im klaren, daß die endgültige Behebung der Not sowohl der bäuerlichen wie der städtischen Wirtschaft abhängt von der Eingliederung der Arbeitslosen-Armee in den Produktionsprozeß.

Hierin liegt die zweite, gewaltigste wirtschaftliche Aufgabe. Sie kann nur gelöst werden durch eine allgemeine Befriedung unter Durchsetzung gesunder natürlicher wirtschaftlicher Grundsätze und aller Maßnahmen, die notwendig sind, auch wenn sie, im Augenblick gesehen, auf keine Popularität rechnen können. Arbeitsbeschaffung und Arbeitsdienstpflicht sind hierbei nur Einzelmaßnahmen im Rahmen des Gesamtangriffs.

Ähnlich wie zu den deutschen Bauern ist die Einstellung der nationalen Regierung zum Mittelstand.

Seine Rettung kann nur im Zuge der allgemeinen Wirtschaftspolitik erfolgen. Die nationale Regierung ist entschlossen, diese Frage durchgreifend zu lösen. Sie erkennt es als ihre geschichtliche Aufgabe, die Millionen deutscher Arbeiter im Kampfe um ihre Daseinsrechte zu stützen und zu fördern. Als Kanzler und Nationalsozialist fühle ich mich ihnen als den einstigen Gefährten meiner Jugend verbunden. Die Steigerung der Konsumkraft dieser Massen wird ein wesentliches Mittel der wirtschaftlichen Belebung sein. Unter Aufrechterhaltung unserer Sozialgesetzgebung wird ein erster Schritt zu ihrer Reform stattfinden müssen. Grundsätzlich soll aber die Nutzbarmachung jeder Arbeitskraft im Dienste der Allgemeinheit erfolgen. Das Brachliegenlassen von Millionen menschlicher Arbeitsstunden ist ein Wahnsinn und ein Verbrechen, das zur Verarmung aller führen muß. Ganz gleich, welche Werte durch eine Verwendung unserer überschüssigen Arbeitskraft geschaffen worden wären, sie würden für Millionen Menschen, die heute in Not und Elend verkommen, unentbehrliche Lebensgüter darstellen können. Es muß und wird der organisatorischen Fähigkeit unseres Volkes gelingen, diese Frage zu lösen.

Wir wissen, daß die geographische Lage des rohstoffarmen Deutschlands eine Autarkie für unser Reich nicht vollkommen zuläßt. Es muß immer wieder betont werden, daß der Reichsregierung nichts ferner liegt als Exportfeindlichkeit. Wir wissen, daß wir die Verbindung mit der Welt nötig haben, und daß der Absatz deutscher Ware in der Welt viele Millionen deutscher Volksgenossen ernährt.

Wir wissen aber auch, welches die Voraussetzungen für einen gesunden Leistungsaustausch zwischen den Völkern der Erde sind. Denn Deutschland ist jahrelang gezwungen gewesen zu Leistungen ohne Gegenleistungen. Daraus ergibt sich, daß die Aufgabe, Deutschland als ein tätiges Glied des Warenaustausches zu erhalten, weniger eine handelspolitische als eine finanzpolitische ist. Solange man uns eine sachgemäße und unserer Kraft entsprechende Regelung unserer Auslandsschulden nicht zugebilligt hat, sind wir leider zur Aufrechterhaltung unserer Devisen-Zwangswirtschaft gezwungen. Die Reichsregierung ist auch um deswillen verpflichtet, den gegen den Abfluß des Kapitals über die Grenzen errichteten Damm aufrechtzuerhalten. Wenn die Reichsregierung sich von diesen Grundsätzen leiten läßt, ist bestimmt zu erwarten, daß wachsendes Verständnis des Auslandes die Eingliederung unseres Reiches in den friedlichen Wettbewerb der Nationen erleichtert.

Um die Förderung des Verkehrs bis zu einem vernünftigen Ausgleich aller Verkehrsinteressen zu führen, wird schon zu Beginn des kommenden Monats durch eine Reform der Kraftfahrzeugsteuer der erste Schritt getan. Die Erhaltung der Reichsbahn und ihre möglichst schnelle Zurückführung in die Macht des Reiches ist eine Aufgabe, die uns nicht nur wirtschaftlich, sondern auch moralisch verpflichtet. Die Entwicklung des Luftverkehrs als eines Mittels der friedlichen Verbindung der Völker untereinander wird die nationale Regierung mit Eifer pflegen.



23. März 1933

Bei all dieser Tätigkeit bedarf die Regierung der Unterstützung nicht nur der allgemeinen Kräfte in unserem Volk, die in weitestem Umfang sie heranzuziehen entschlossen ist, sondern auch der hingebenden Treue und Arbeit des Berufsbeamtentums. Nur bei zwingendster Not der öffentlichen Finanzen sollen Eingriffe stattfinden, allein auch dann wird strenge Gerechtigkeit das oberste Gesetz unseres Handelns sein.

Der Schutz der Grenzen des Reiches und damit des Lebens unseres Volkes und der Existenz unserer Wirtschaft liegt heute bei unserer Reichswehr, die entsprechend den uns im Versailler Vertrag auferlegten Bestimmungen als einzige wirklich abgerüstete Armee in der Welt anzusehen ist. Trotz der dadurch bedingten Kleinheit und gänzlich ungenügenden Bewaffnung darf das deutsche Volk in stolzer Befriedigung auf seine Reichswehr sehen. Unter schwersten Verhältnissen ist dieses kleine Instrument unserer nationalen Selbstverteidigung entstanden. In seinem Geiste ist es der Träger unserer besten soldatischen Traditionen. In peinlicher Gewissenhaftigkeit hat das deutsche Volk aber damit seine ihm im Friedensvertrag auferlegten Pflichten erfüllt, ja, selbst der uns damals genehmigte Ersatz der Schiffe unserer Flotte ist — ich darf wohl sagen: leider — nur zu einem kleinen Teil durchgeführt worden.

Deutschland wartet seit Jahren vergebens auf die Einlösung des uns gegebenen Abrüstungsversprechens der anderen. Es ist der aufrichtige Wunsch der nationalen Regierung, von einer Vermehrung des deutschen Heeres und unserer Waffen absehen zu können, sofern endlich auch die übrige Welt geneigt ist, ihre Verpflichtung zu einer radikalen Abrüstung zu vollziehen. Denn Deutschland will nichts als gleiche Lebensrechte und gleiche Freiheit.

Zu diesem Geist des Freiheitswillens allerdings will die nationale Regierung das deutsche Volk erziehen. Die Ehre der Nation, die Ehre unserer Armee, das Ideal der Freiheit, sie müssen dem deutschen Volke wieder heilig werden!

Das deutsche Volk will mit der Welt in Frieden leben.

Die Reichsregierung wird aber gerade deshalb mit allen Mitteln für die endgültige Beseitigung der Trennung der Völker der Erde in zwei Kategorien eintreten. Die Offenhaltung dieser Wunde führt den einen zum Mißtrauen, den anderen zum Haß und damit zu einer allgemeinen Unsicherheit. Die nationale Regierung ist bereit, jedem Volk die Hand zu aufrichtiger Verständigung zu reichen, das gewillt ist, die traurige Vergangenheit einmal grundsätzlich abzuschließen. Die Not der Welt kann nur vergehen, wenn durch stabile politische Verhältnisse die Grundlage geschaffen wird, und wenn die Völker untereinander wieder Vertrauen gewinnen.

Zur Behebung der Wirtschaftskatastrophe ist notwendig:

1. eine unbedingt autoritäre Führung im Innern zur Herstellung des Vertrauens in die Stabilität der Verhältnisse,
2. eine Sicherstellung des Friedens durch die großen Nationen auf lange Sicht zur Wiederherstellung des Vertrauens der Völker untereinander,
3. der endgültige Sieg der Grundsätze der Vernunft in der Organisation und Führung der Wirtschaft sowie eine allgemeine Entlastung von Reparationen und unmöglichen Schuld- und Zinsverpflichtungen.

Leider stehen wir vor der Tatsache, daß die Genfer Konferenz trotz langer Verhandlungen bisher kein praktisches Ergebnis erzielt hat. Die Entscheidung über die Herbeiführung einer wirklichen Abrüstungsmaßnahme ist immer wieder durch das Aufwerfen technischer Einzelfragen und durch das Hineinziehen von Problemen, die mit der Abrüstung nichts zu tun haben, verzögert worden. Dieses Verfahren ist untauglich.

Der rechtswidrige Zustand der einseitigen Abrüstung und der daraus resultierenden nationalen Unsicherheit Deutschlands kann nicht länger dauern.

Als ein Zeichen der Verantwortung und des guten Willens erkennen wir es an, daß die britische Regierung durch ihren Abrüstungsvorschlag den Versuch gemacht hat, die Konferenz endlich zu schnellen Entscheidungen zu bringen. Die Reichsregierung wird jede Bemühung unterstützen, die darauf gerichtet ist, die allgemeine Abrüstung wirksam durchzuführen und den längst fälligen Anspruch Deutschlands auf Abrüstung sicherzustellen. Seit vierzehn Jahren sind wir abgerüstet, und seit vierzehn Monaten warten wir

23. März 1933

auf das Ergebnis der Abrüstungskonferenz. Umfassender noch ist der Plan des Chefs der italienischen Regierung, der großzügig und weitschauend versucht, der gesamteuropäischen Politik eine ruhige und folgerichtige Entwicklung zu sichern. Wir messen diesem Plan ernsthafte Bedeutung bei, wir sind bereit, auf seiner Grundlage in voller Aufrichtigkeit mitzuarbeiten, um die vier großen Mächte, England, Frankreich, Italien und Deutschland, zu einer friedlichen Zusammenarbeit zusammenzuschließen, die mutig und entschlossen an die Aufgaben herangeht, von deren Lösung das Schicksal Europas abhängt.

Aus diesem Anlaß empfinden wir besonders dankbar die verständnisvolle Herzlichkeit, mit der in Italien die nationale Erhebung Deutschlands begrüßt worden ist. Wir wünschen und hoffen, daß die Gleichheit der geistigen Ideale die Grundlage für eine stetige Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sein wird.

Ebenso legt die Reichsregierung, die im Christentum die unerschütterlichen Fundamente der Moral und Sittlichkeit des Volkes sieht, größten Wert auf freundschaftliche Beziehungen zum Heiligen Stuhl und sucht sie auszugestalten. Gegenüber unserem Brudervolk Österreich empfinden wir das Gefühl der Anteilnahme an seinen Sorgen und Nöten. Die Reichsregierung ist sich in ihrem Tun und Handeln der Verbundenheit des Schicksals aller deutschen Stämme bewußt. Die Einstellung zu den übrigen einzelnen fremden Mächten ergibt sich aus dem bereits Erwähnten. Aber auch da, wo die gegenseitigen Beziehungen schon mit Schwierigkeiten behaftet sind, werden wir uns um einen Ausgleich bemühen. Allerdings kann die Grundlage einer Verständigung niemals die Unterscheidung in Sieger und Besiegte sein.

Wir sind aber der Überzeugung, daß ein solcher Ausgleich in unserem Verhältnis zu Frankreich möglich ist, wenn die Regierungen die sie betreffenden Probleme beiderseits wirklich weitschauend in Angriff nehmen. Gegenüber der Sowjetunion ist die Reichsregierung gewillt, freundschaftliche, für beide Teile nutzbringende Beziehungen zu pflegen. Gerade die Regierung der nationalen Revolution sieht sich zu einer solchen positiven Politik gegenüber Sowjetrußland in der Lage. Der Kampf gegen den Kommunismus in Deutschland ist unsere innere Angelegenheit, in den wir Einmischungen von außen niemals dulden werden. Die staatspolitischen Beziehungen zu anderen Mächten, mit denen uns gemeinsame Interessen verbinden, werden davon nicht berührt. Unser Verhältnis zu den übrigen Ländern verdient auch in Zukunft unsere ernsteste Aufmerksamkeit, insbesondere unser Verhältnis zu den großen überseeischen Staaten, mit denen Deutschland seit langem freundschaftliche Bande und wirtschaftliche Interessen verbunden haben.

Besonders am Herzen liegt uns das Schicksal der außerhalb der Reichsgrenzen lebenden Deutschen, die durch Sprache, Kultur und Sitte mit uns verbunden sind und um diese Güter schwer kämpfen. Die nationale Regierung ist entschlossen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die den deutschen Minderheiten international garantierten Rechte einzutreten.

Wir begrüßen den Plan der Weltwirtschaftskonferenz und sind mit ihrem baldigen Zusammentritt einverstanden. Die Reichsregierung ist bereit, an dieser Konferenz mitzuarbeiten, um endlich positive Ergebnisse zu erlangen.

Die wichtigste Frage ist das Problem unserer kurz- und langfristigen äußeren Verschuldung.

Die völlige Veränderung der Verhältnisse auf den Warenmärkten der Welt erfordert eine Anpassung. Nur aus einer vertrauensvollen Zusammenarbeit kann eine wirkliche Behebung der allgemeinen Sorgen erwachsen. Zehn Jahre eines aufrichtigen Friedens werden für die Wohlfahrt aller Nationen nützlicher sein als 30 Jahre langes Verrennen in die Begriffe von Sieger und Besiegten.

Um sich in die Lage zu versetzen, die Aufgaben zu erfüllen, die in diesem Rahmen liegen, hat die Regierung im Reichstag durch die beiden Parteien der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen das Ermächtigungsgesetz einbringen lassen. Ein Teil der beabsichtigten Maßnahmen erfordert die verfassungsändernde Mehrheit. Die Durchführung

dieser Aufgaben und ihre Lösung ist notwendig. Es würde dem Sinne der nationalen Erhebung widersprechen und für den beabsichtigten Zweck nicht genügen, wollte die Regierung sich für ihre Maßnahmen von Fall zu Fall die Genehmigung des Reichstages erhandeln und erbitten. Die Regierung wird dabei nicht von der Absicht getrieben, den Reichstag als solchen aufzugeben. Im Gegenteil, sie behält sich auch für die Zukunft vor, den Reichstag über ihre Maßnahmen zu unterrichten oder seine Zustimmung einzuholen.

Die Autorität und die Erfüllung der Aufgaben würden aber leiden, wenn im Volke Zweifel an der Stabilität des neuen Regiments entstehen könnten. Die Reichsregierung hält eine weitere Tagung des Reichstages im heutigen Zustande der tiefgehenden Erregung der Nation für unmöglich. Es ist kaum eine Revolution von so großem Ausmaß so diszipliniert und unblutig verlaufen wie diese Erhebung des deutschen Volkes in diesen Wochen. Es ist mein Wille und meine feste Absicht, für diese ruhige Entwicklung auch in Zukunft zu sorgen.

Allein um so notwendiger ist es, daß der nationalen Regierung jene souveräne Stellung gegeben wird, die in einer solchen Zeit allein geeignet ist, eine andere Entwicklung zu verhindern. Die Regierung wird von dieser Ermächtigung nur insoweit Gebrauch machen, als dies zur Durchführung der lebensnotwendigen Maßnahmen erforderlich ist. Es ist weder die Existenz des Reichstages noch die des Reichsrats bedroht. Stellung und Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt. Die innere Übereinstimmung mit seinen Zielen herbeizuführen, wird stets die oberste Aufgabe der Regierung sein. Der Bestand der Länder wird nicht beseitigt. Die Rechte der Kirchen werden nicht geschmälert und ihre Stellung zum Staat nicht geändert. Die Zahl der Fälle, in denen eine innere Notwendigkeit vorliegt, zu einem solchen Gesetz die Zuflucht zu nehmen, ist an sich eine begrenzte. Um so mehr aber besteht die Regierung auf einer Verabschiedung des Gesetzes. Sie zieht in jedem Falle eine klare Entscheidung vor. Sie bietet den Parteien des Reichstages die Möglichkeit einer ruhigen Entwicklung und einer sich daraus in Zukunft anbahnenden Verständigung. Die Regierung ist aber ebenso entschlossen und bereit, die Bekundung der Ablehnung und damit die Ansage des Widerstandes entgegenzunehmen.

Mögen Sie, meine Herren, nunmehr selbst entscheiden über Frieden oder Krieg!“

Nun, die Herren entschieden sich für den Frieden, wie sie meinten.

Die Abgeordneten aller Parteien hatten bei der Betrachtung von Hitlers Regierung nur die Innenpolitik im Auge. Die Nationalsozialisten waren es ohnehin gewohnt, zu allen Wünschen Hitlers ja zu sagen. Die Deutschnationalen und die übrigen Rechtsparteien freuten sich, daß künftig die Sozialisten, die „Marxisten“, von jeder Regierungstätigkeit ausgeschaltet sein würden. Das Zentrum freute sich, daß seine Schlüsselstellung, die es seit 1918 zur Erreichung der absoluten Mehrheit bei jeder Regierungsbildung hatte einsetzen können, wenigstens bei der Erreichung der Zweidrittelmehrheit hier in Erscheinung treten durfte. Die demokratische Staatspartei wollte beweisen, daß sie ihrem Namen Ehre mache und wirklich staaterhaltend sei. Die Sozialdemokraten freilich konnten beim besten Willen Hitlers Gesetz nicht zustimmen, da er ihnen ja ausdrücklich in unzähligen Reden die Entfernung aus allen Ämtern, ja ihre Ausrottung, angekündigt hatte.

Kein einziger Abgeordneter aber hatte etwas an dem außenpolitischen Programm der Regierung Hitler auszusetzen. Alle, auch die Sozialdemokraten, erklärten sich damit einverstanden, sowohl in dieser Sitzung am 23. März als auch später bei der Sitzung am 17. Mai <sup>136)</sup>. Und dabei war Hitlers außenpolitisches Programm gerade das für Deutschland gefährlichste. Was in der deutschen Innenpolitik geschah, ob sich die Deutschen gegenseitig bekämpften, ob Diktatur oder

<sup>136)</sup> Vgl. S. 279.

23. März 1933

Demokratie herrschte, ja sogar ob die deutschen Juden verfolgt wurden, interessierte das Ausland nur am Rande. Niemals wäre aus diesen innenpolitischen Gründen eine militärische Intervention des Auslandes gegen Hitler erfolgt. Aber nicht gleichgültig war es den Weltmächten, welche Politik die deutsche Regierung nach außen verfolgte.

Die schönen Worte, die Hitler in seiner Regierungserklärung vom 23. März an England, Frankreich, Italien und die Sowjetunion richtete, waren nicht entscheidend. Maßgebend für die Beurteilung seiner künftigen Außenpolitik war sein außenpolitisches Programm, niedergelegt in seinem Buch „Mein Kampf“ und in zahllosen früheren Reden. Selbst wenn man die Idee von einem neuen deutschen Reich, das durch Eroberung neuen Landes im Osten gebildet werden sollte, für einen unrealisierbaren Wunschtraum hielt, so blieb immer noch die Beseitigung des Versailler Vertrages als sehr realer Programmpunkt übrig.

In Deutschland scheut man sich meist, eine unangenehme Sache bis zur letzten Konsequenz durchzudenken. Hitlers Programm der Beseitigung von Versailles bedeutete konsequenterweise die Wiederherstellung der Grenzen von 1914, die Wiederherstellung der Grenzen von 1914 aber bedeutete Krieg mit Polen, Krieg mit Polen aber bedeutete auch Krieg mit den Westmächten und damit den militärischen Untergang Deutschlands.

Solche unangenehmen Gedanken machten sich die Abgeordneten am 23. März nicht. Ein Parteivertreter nach dem anderen einschließlich der Sozialdemokraten erschien und erklärte sich mit Hitlers außenpolitischen Erklärungen einverstanden. Man wollte ja schließlich nicht als anti-national erscheinen. Sobald nationale Phrasen aufgetischt wurden, hat die deutsche Sozialdemokratie seit 1914 stets die Segel gestrichen, aus Furcht, man könne sonst an ihrer nationalen Zuverlässigkeit zweifeln.

Die Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Wels gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz war ausgesprochen schwach. Man hätte erwarten können, daß er wenigstens gegen die von Hitler zwar bezeichnenderweise nicht in seiner Regierungserklärung, aber in seinen sonstigen Reden immer wieder erhobene Dolchstoßlegende protestiert hätte. Denn nicht die marxistischen Parteien waren im Oktober und November 1918 dem angeblich gerade siegreichen deutschen Heer in den Rücken gefallen, sondern Hindenburg und Ludendorff selbst hatten bereits im September 1918 sofortigen Waffenstillstand gefordert, da die Front militärisch nicht mehr zu halten war.

So aber bemühte sich Wels nachzuweisen, wie national er selbst und die Sozialdemokratie sich seit 1918 verhalten hätten. Im übrigen war seine Rede rein innenpolitisch abgestellt. Wels protestierte u. a. gegen die Verfolgungen seiner Parteifreunde draußen im Land. Aber damit begab er sich auf eine ungünstige Plattform, da die sozialdemokratischen Machthaber, vor allem in Preußen, in den vergangenen Jahren nicht gerade zart mit den Nationalsozialisten verfahren waren.

Hitler ließ sich daher die Möglichkeit, mit der Sozialdemokratie noch einmal besonders abzurechnen, nicht entgehen. Er machte sich während der Ansprache von Wels einige Notizen und bestieg dann erneut das Rednerpodium.

Wer vielleicht immer noch der Ansicht war, Hitler erhalte seine Reden von irgendjemand gemacht, der wurde nun eines Besseren belehrt. Denn diese Antwort auf die unvorhergesehene Rede des Sozialdemokraten hätte ihm ja wahrhaftig niemand noch schnell anfertigen können.

23. März 1933

Im folgenden seien die Reden von Wels und Hitler nach dem stenographischen Reichstagsprotokoll wiedergegeben <sup>137)</sup>:

Präsident Göring: Das Wort hat der Abgeordnete Wels.

Wels (SPD), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der außenpolitischen Forderung deutscher Gleichberechtigung, die der Herr Reichskanzler erhoben hat, stimmen wir Sozialdemokraten um so nachdrücklicher zu, als wir sie bereits von jeher grundsätzlich verfochten haben.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich darf mir wohl in diesem Zusammenhang die persönliche Bemerkung gestatten, daß ich als erster Deutscher vor einem internationalen Forum, auf der Berner Konferenz am 3. Februar des Jahres 1919, der Unwahrheit von der Schuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges entgegengetreten bin.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nie hat uns irgendein Grundsatz unserer Partei daran hindern können oder gehindert, die gerechten Forderungen der deutschen Nation gegenüber den anderen Völkern der Welt zu vertreten.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Reichskanzler hat auch vorgestern in Potsdam einen Satz gesprochen, den wir unterschreiben. Er lautet: „Aus dem Aberwitz der Theorie von ewigen Siegern und Besiegten kam der Wahnwitz der Reparationen und in der Folge die Katastrophe der Weltwirtschaft.“ Dieser Satz gilt für die Außenpolitik; für die Innenpolitik gilt er nicht minder.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Auch hier ist die Theorie von ewigen Siegern und Besiegten, wie der Herr Reichskanzler sagte, ein Aberwitz.

Das Wort des Herrn Reichskanzlers erinnert uns aber auch an ein anderes, das am 23. Juli 1919 in der Nationalversammlung gesprochen wurde. Da wurde gesagt: „Wir sind wehrlos, wehrlos ist aber nicht ehrlos.“

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Gewiß, die Gegner wollen uns an die Ehre, daran ist kein Zweifel. Aber daß dieser Versuch der Ehrabschneidung einmal auf die Urheber selbst zurückfallen wird, da es nicht unsere Ehre ist, die bei dieser Weltragödie zugrunde geht, das ist unser Glaube bis zum letzten Atemzug.“

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf von den Nationalsozialisten: Wer hat das gesagt?)

— Das steht in einer Erklärung, die eine sozialdemokratisch geführte Regierung damals im Namen des deutschen Volkes vor der ganzen Welt abgegeben hat, vier Stunden bevor der Waffenstillstand abgelaufen war, um den Weitervormarsch der Feinde zu verhindern. — Zu dem Ausspruch des Herrn Reichskanzlers bildet jene Erklärung eine wertvolle Ergänzung.

Aus einem Gewaltfrieden kommt kein Segen;

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

im Innern erst recht nicht.

(Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

---

<sup>137)</sup> Textwiedergabe nach dem Exemplar im Bundesarchiv Koblenz, ergänzt durch Aufzeichnungen des Verfassers.

Eine wirkliche Volksgemeinschaft läßt sich auf ihn nicht gründen. Ihre erste Voraussetzung ist gleiches Recht. Mag sich die Regierung gegen rohe Ausschreitungen der Polemik schützen, mag sie Aufforderungen zu Gewalttaten selbst mit Strenge verhindern. Das mag geschehen, wenn es nach allen Seiten gleichmäßig und unparteiisch geschieht, und wenn man es unterläßt, besiegte Gegner zu behandeln, als seien sie vogelfrei.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird billigerweise niemand von ihr verlangen oder erwarten können, daß sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt. Die Wahlen vom 5. März haben den Regierungsparteien die Mehrheit gebracht und damit die Möglichkeit gegeben, streng nach Wortlaut und Sinn der Verfassung zu regieren. Wo diese Möglichkeit besteht, besteht auch die Pflicht.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Kritik ist heilsam und notwendig. Noch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll. Eine solche Allmacht der Regierung muß sich um so schwerer auswirken, als auch die Presse jeder Bewegungsfreiheit entbehrt.

Meine Damen und Herren! Die Zustände, die heute in Deutschland herrschen, werden vielfach in krassen Farben geschildert. Wie immer in solchen Fällen fehlt es auch nicht an Übertreibungen. Was meine Partei betrifft, so erkläre ich hier: wir haben weder in Paris um Intervention gebeten, noch Millionen nach Prag verschoben, noch übertreibende Nachrichten ins Ausland gebracht.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Solchen Übertreibungen entgegenzutreten wäre leichter, wenn im Inlande eine Berichterstattung möglich wäre, die Wahres vom Falschen scheidet.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Noch besser wäre es, wenn wir mit gutem Gewissen bezeugen könnten, daß die volle Rechtssicherheit für alle wiederhergestellt sei.

(Erneute lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Das, meine Herren, liegt bei Ihnen.

Die Herren von der Nationalsozialistischen Partei nennen die von ihnen entfesselte Bewegung eine nationale Revolution, nicht eine nationalsozialistische. Das Verhältnis ihrer Revolution zum Sozialismus beschränkt sich bisher auf dem Versuch, die sozialdemokratische Bewegung zu vernichten, die seit mehr als zwei Menschenaltern die Trägerin sozialistischen Gedankengutes gewesen ist

(Lachen bei den Nationalsozialisten)

und auch bleiben wird. Wollten die Herren von der Nationalsozialistischen Partei sozialistische Taten verrichten, sie brauchten kein Ermächtigungsgesetz.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Eine erdrückende Mehrheit wäre Ihnen in diesem Hause gewiß. Jeder von Ihnen im Interesse der Arbeiter, der Bauern, der Angestellten, der Beamten oder des

23. März 1933

Mittelstandes gestellte Antrag könnte auf Annahme rechnen, wenn nicht einstimmig, so doch mit gewaltiger Majorität.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Lachen bei den Nationalsozialisten.)

Aber dennoch wollen Sie vorerst den Reichstag ausschalten, um ihre Revolution fortzusetzen. Zerstörung von Bestehendem ist aber noch keine Revolution. Das Volk erwartet positive Leistungen. Es wartet auf durchgreifende Maßnahmen gegen das Wirtschaftselend, das nicht nur in Deutschland, sondern in aller Welt herrscht.

Wir Sozialdemokraten haben in schwerster Zeit Mitverantwortung getragen und sind dafür mit Steinen beworfen worden.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Lachen bei den Nationalsozialisten.)

Unsere Leistungen für den Wiederaufbau von Staat und Wirtschaft, für die Befreiung der besetzten Gebiete werden vor der Geschichte bestehen.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben gleiches Recht für alle und ein soziales Arbeitsrecht geschaffen. Wir haben geholfen, ein Deutschland zu schaffen, in dem nicht nur Fürsten und Baronen, sondern auch Männern aus der Arbeiterklasse der Weg zur Führung des Staates offensteht.

(Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Davon können Sie nicht zurück, ohne Ihren eigenen Führer preiszugeben.

(Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Vergeblich wird der Versuch bleiben, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Wir Sozialdemokraten wissen, daß man machtpolitische Tatsachen durch bloße Rechtsverwahrungen nicht beseitigen kann. Wir sehen die machtpolitische Tatsache Ihrer augenblicklichen Herrschaft. Aber auch das Rechtsbewußtsein des Volkes ist eine politische Macht, und wir werden nicht aufhören, an dieses Rechtsbewußtsein zu appellieren.

Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechtes, die in ihr festgelegt sind. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. Sie selbst haben sich ja zum Sozialismus bekannt. Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen.

Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht — —

(Lachen bei den Nationalsozialisten — Bravo bei den Sozialdemokraten.)  
verbürgen eine hellere Zukunft.

(Wiederholter lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. — Lachen bei den Nationalsozialisten.)

23. März 1933

Präsident Göring: Das Wort hat der Herr Reichskanzler.

(Stürmische Heil-Rufe von den Nationalsozialisten.)<sup>138)</sup>

Hitler verließ seinen Sitz auf der Regierungsbank und bestieg zum zweitenmal das Rednerpodium; er deutete mit dem Zeigefinger der rechten Hand auf die sozialdemokratischen Abgeordneten und begann:

„Spät kommt ihr, doch ihr kommt!“<sup>138a)</sup>

(Lebhafte Zustimmung von den Nationalsozialisten.)

Die schönen Theorien, die Sie, Herr Abgeordneter, soeben hier verkündeten, sind der Weltgeschichte etwas zu spät mitgeteilt worden.

(Heitere Zustimmung bei den Nationalsozialisten.)

Vielleicht hätten diese Erkenntnisse, praktisch angewendet vor Jahren, die heutigen Klagen von Ihnen erspart.

Sie erklären, daß die Sozialdemokratie unser außenpolitisches Programm unterschreibt, daß sie die Kriegsschuldfrage ablehnt, daß sie gegen die Reparationen sich wende. Nun erhebe ich nur die eine Frage: Wo war denn dieser Kampf in der Zeit, in der Sie die Macht in Deutschland hatten?

(Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten.)

Sie hatten einst die Möglichkeit, dem deutschen Volke das Gesetz des inneren Handelns vorzuschreiben. Sie haben es auch auf anderen Gebieten gekonnt. Es wäre genau so möglich gewesen, der deutschen Revolution, die von Ihnen mit ausgegangen, denselben Schwung und dieselbe Richtung zu geben, die einst Frankreich seiner Erhebung im Jahre 1870 gegeben hat.

(Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.)

Es wäre in Ihrem Ermessen gewesen, die deutsche Erhebung zu einer wirklich nationalen zu gestalten, und Sie hätten dann das Recht gehabt, wenn die Fahne der neuen Republik nicht siegreich zurückgekommen wäre, immerhin zu erklären: Wir haben das Äußerste getan, um diese Katastrophe durch den letzten Appell an die Kraft des deutschen Volkes abzuwenden.

(Lebhafte Zustimmung bei den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen.)

In der Zeit mieden Sie den Kampf, den Sie heute in Worten plötzlich der Mitwelt mitteilen wollen.

Sie sagen, daß wehrlos nicht ehrlos ist. Nein, das braucht es nicht zu sein. Auch wenn wir wehrlos sein müßten: ich weiß, wir würden nicht ehrlos sein. Unsere Bewegung war dank der Unterdrückung durch Ihre Partei jahrelang wehrlos gemacht worden, ehrlos ist sie nie gewesen.

(Stürmischer Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Ich bin der Überzeugung, daß wir dem deutschen Volke den Geist einimpfen werden, der es auch bei seiner heutigen Wehrlosigkeit sicherlich, Herr Abgeordneter, nicht ehrlos sein lassen wird.

(Lebhafte Zustimmung bei den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen.)

Auch hier lag es ja an Ihnen, die Sie fast vierzehn Jahre lang die Macht besessen haben,

(Rufe bei der Sozialdemokraten: O nein!)

dafür zu sorgen, daß dieses deutsche Volk der Welt das Beispiel einer Ehre gegeben hätte. Es lag an Ihnen, dafür zu sorgen, daß, wenn schon die äußere Welt uns unterdrückt, die Art, in der das deutsche Volk diese Unterdrückung entgegennimmt, dann aber wenigstens eine würdige ist. Sie hatten die Gelegenheit, gegen alle die Erscheinungen

<sup>138)</sup> Der folgende Satz ist Einschubung des Verfassers.

<sup>138a)</sup> Zitat aus Schillers „Piccolomini“.



23. März 1933

der Entwürdigung unseres Volkes aufzutreten. Der Landesverrat konnte von Ihnen genau so beseitigt werden, wie er von uns beseitigt werden wird.

(Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen.)

Sie haben kein Recht, diesen Anspruch überhaupt auf sich zu beziehen; denn dann hätten Sie damals, in jener Stunde, da jede Revolution Hochverrat in Tateinheit mit Landesverrat sein mußte, zu dieser Handlung nicht, auch nicht einmal indirekt, Ihre Hand bieten dürfen. Und Sie hätten es vermeiden müssen, daß man dann dem deutschen Volke auf Wunsch und Befehl des Auslands eine neue Verfassung aufoktroyierte. Denn das ist nicht ehrenvoll, sich vom Feinde seine innere Gestaltung aufzwingen zu lassen.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Regierungsparteien.)

Und Sie hätten weiter sich damals zur deutschen Trikolore bekennen müssen, und nicht zu Farben, die der Feind in Flugblättern in unsere Gräben warf,

(erneuter starker Beifall rechts)

weil man gerade in einer Zeit der Not und der Unterdrückung durch den Gegner erst recht seinen Stolz zeigen und sich erst recht zu seinem Volk und zu den Symbolen seines Volks bekennen muß. Sie hätten dann Gelegenheit gehabt, selbst wenn die Umwelt uns gezwungen hätte, das alles preiszugeben, was uns früher hoch und heilig war, in der inneren Ausführung die nationale Ehre der Welt gegenüber in die Erscheinung treten zu lassen. Sie haben dafür kein Verständnis gehabt!

(Sehr richtig! rechts.)

Sie sagen: Gleiches Recht! So wie wir es nach außen hin wünschen, so wünschen wir es auch nach innen. Für dieses „gleiche Recht“, Herr Abgeordneter Wels, haben wir vierzehn Jahre gekämpft! Dieses gleiche Recht des nationalen Deutschlands haben Sie nicht gekannt! Also reden Sie heute nicht von gleichem Recht!

(Lauter Beifall rechts.)

Sie sagen, man solle einen Besiegten nicht für vogelfrei erklären. Nun, Herr Abgeordneter, vogelfrei sind wir gewesen, solange Sie die Macht hatten.

(Erneuter stürmischer Beifall bei den Nationalsozialisten. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Zuruf des Präsidenten Göring: Severing!)

Sie reden von Verfolgungen. Ich glaube, es sind wenige nur unter uns hier, die nicht die Verfolgungen von Ihrer Seite im Gefängnis büßen mußten. Es sind wenige unter uns, die nicht die Verfolgungen von Ihrer Seite in tausendfältigen Schikanen und tausendfältiger Unterdrückung zu spüren bekommen haben!

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Und außer uns hier weiß ich eine Schar von Hunderttausenden, die einem System der Verfolgung ausgesetzt waren, das entwürdigend, ja geradezu niederträchtig sich an ihnen ausließ! Sie scheinen ganz vergessen zu haben, daß man uns jahrelang die Hemden herunterriß, weil Ihnen die Farbe nicht paßte.

(Stürmische Pfui-Rufe bei den Nationalsozialisten.)

Bleiben Sie jetzt nur im Bereich der Wirklichkeit! Aus Ihren Verfolgungen sind wir gewachsen!

Sie sagen weiter, daß die Kritik heilsam sei. Gewiß, wer Deutschland liebt, der mag uns kritisieren; wer aber eine Internationale anbetet, der kann uns nicht kritisieren!

(Stürmischer, sich immer wieder erneuernder Beifall.)

Auch hier kommt Ihnen die Erkenntnis reichlich spät, Herr Abgeordneter. Die Heilsamkeit der Kritik hätten Sie in der Zeit erkennen müssen, als wir uns in Opposition befanden. Damals sind Ihnen diese Zitate noch nicht zu Gesicht gekommen, sondern damals hat man unsere Presse verboten und verboten und wieder verboten, unsere Versammlungen verboten und uns das Reden verboten und mir das Reden verboten, jahrelang! Und jetzt sagen Sie: Kritik ist heilsam!

(Lachen bei den Nationalsozialisten. — Zurufe von den Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

23. März 1933

Präsident Göring: Reden Sie keine Geschichten und hören Sie sich das jetzt an!

(Bravo bei den Nationalsozialisten.)

Hitler, Reichskanzler: Sie beklagen, daß die Welt am Ende auch unwirkliche Tatsachen über die Zustände in Deutschland erfährt. Sie beklagen, daß man der Welt mitteilt, jeden Tag würden an israelitischen Friedhöfen in Berlin zerstückelte Leichname abgeliefert. Es beklemmt Sie das, Sie möchten so gern der Wahrheit die Ehre geben! O, Herr Abgeordneter, Ihrer Partei mit Ihren internationalen Beziehungen müßte es spielend leicht sein, die Wahrheit festzustellen. Und nicht nur das, ich lese in diesen Tagen die Zeitungen Ihrer eigenen sozialdemokratischen Bruderparteien in Deutsch-Österreich. Niemand hindert Sie, dorthin Ihre Erkenntnis der Wahrheit zu verbreiten.

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Das ist geschehen!)

— Ich werde neugierig sein, inwieweit die Kraft Ihrer internationalen Bindungen auch hier wirksam wird.

(Heiterkeit bei den Nationalsozialisten. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Wollen Sie mich bitte sprechen lassen, ich habe Sie auch<sup>139)</sup> nicht unterbrochen! Ich habe Ihre Zeitung im Saargebiet gelesen, Herr Abgeordneter, und dieses Blatt treibt nichts anderes als dauernd Landesverrat, Herr Abgeordneter Wels,

(entrüstete Zurufe der Nationalsozialisten)

versucht dauernd dem Ausland gegenüber, Deutschland zu belasten,

(lebhaftes Rufe bei den Nationalsozialisten: Pfui! Gemeinheit!)

unser Volk vor der Welt mit Lügen in eine schiefe Lage zu bringen.

Sie sprechen von mangelnder Rechtssicherheit. Meine Herren der Sozialdemokratischen Partei! Ich habe die Revolution ja im Jahre 1918 auch gesehen. Ich muß schon wirklich sagen: wenn wir nicht das Gefühl für das Recht hätten, dann wären wir nicht hier, und Sie säßen auch nicht da!

(Lebhaftes Bravo! bei den Nationalsozialisten.)

Sie haben im Jahre 1918 sich gegen die gewendet, die Ihnen nichts getan hatten.

(Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.)

Wir beherrschen uns, gegen die uns zu wenden, die uns vierzehn Jahre lang gequält und gepeinigt haben.

(Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.)

Sie sagen, die nationalsozialistische Revolution habe nichts mit Sozialismus zu tun, sondern der „Sozialismus“ bestehe nur darin, daß man die „einzige Trägerin des Sozialismus in Deutschland“, die SPD., verfolge.

(Lachen bei den Nationalsozialisten.)

Sie sind wehleidig, meine Herren, und nicht für die heutige Zeit bestimmt, wenn Sie jetzt schon von Verfolgungen sprechen. Was ist Ihnen geschehen? Sie sitzen hier, und geduldig hört man Ihren Redner an.

(Sehr gut! und Heiterkeit bei den Nationalsozialisten.)

Sie reden von Verfolgung. Wer hat Sie denn bisher verfolgt?

(Präsident Göring: Sehr richtig!)

Sie sagen, Sie seien der einzige Träger des Sozialismus. Sie sind der Träger jenes geheimnisvollen Sozialismus gewesen, den das deutsche Volk in der Wirklichkeit niemals zu sehen erhielt.

(Sehr gut! und Heiterkeit bei den Nationalsozialisten.)

Sie reden heute von Ihren Leistungen und von Ihren Taten; Sie erzählen, was alles Sie beabsichtigten. An den Früchten soll man auch Sie erkennen!

(Stürmische Zustimmung und Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.)

Die Früchte zeugen gegen Sie!

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Lachen bei den Nationalsozialisten.)

<sup>139)</sup> Das Wort „auch“ fehlt im Stenogramm. Hitler konnte bekanntlich keine Zwischenrufe vertragen und verbat sich diese auch jetzt von seiten seiner Gegner.

23. März 1933

Wenn das Deutschland, das Sie in vierzehn Jahren zeugten, das Spiegelbild Ihres sozialistischen Wollens ist, dann, meine Herren, geben Sie uns gefälligst vier Jahre Zeit, um Ihnen das Spiegelbild unseres Wollens zu zeigen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Nationalsozialisten.)

Sie sagen: „Sie wollen nun den Reichstag ausschalten, um die Revolution fortzusetzen.“ Meine Herren, dazu hätten wir es nicht nötig gehabt, erst zu dieser Wahl zu schreiten, noch diesen Reichstag einzuberufen, noch diese Vorlage hier einbringen zu lassen. Den Mut, uns auch anders mit Ihnen auseinanderzusetzen, hätten wir wahrhaftigen Gott gehabt!

(Stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.)

Sie sagen weiter, daß die Sozialdemokratie auch von uns nicht weggedacht werden kann, weil sie die erste gewesen sei, die diese Plätze hier freigemacht hätte für das Volk, für die arbeitenden Menschen und nicht nur für Barone oder Grafen. In allem, Herr Abgeordneter, kommen Sie zu spät! Warum haben Sie über diese Ihre Gesinnung nicht beizeiten Ihren Freund Grzesinski, warum nicht Ihre anderen Freunde Braun und Severing belehrt, die jahrelang mir vorwarfen, ich sei doch nur ein Anstreichergeselle! —

(Lebhafte Zustimmung und entrüstete Zurufe bei den Nationalsozialisten: Pfui! — Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Gegenrufe von den Nationalsozialisten: Natürlich haben Sie das gesagt!)

— Jahrelang haben Sie das auf Plakaten behauptet. —

(Erneuter Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Zurufe von den Nationalsozialisten: Ruhe! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident Göring: Jetzt rechnet der Kanzler ab!

(Zustimmung bei den Nationalsozialisten.)

Hitler, Reichskanzler: — Und endlich hat man mir sogar gedroht, mich mit der Hundepetische aus Deutschland hinauszutreiben!<sup>140)</sup>

(Pfui-Rufe bei den Nationalsozialisten.)

Dem deutschen Arbeiter werden wir Nationalsozialisten von jetzt ab die Bahn freimachen zu dem, was er fordern und verlangen kann. Wir Nationalsozialisten werden seine Fürsprecher sein; Sie, meine Herren (zu den Sozialdemokraten), sind nicht mehr benötigt!

(Sehr gut! und langanhaltender, stürmischer Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Sie sprechen weiter davon, daß nicht die Macht entscheidend sei, sondern das Rechtsbewußtsein. Dieses Rechtsbewußtsein haben wir vierzehn Jahre lang in unserem Volk zu erwecken versucht, und es ist durch uns erweckt worden. Allerdings, ich glaube nun einmal nach den eigenen politischen Erfahrungen, die ich mit Ihnen gemacht habe,

(sehr richtig! bei den Nationalsozialisten)

daß das Recht allein leider noch nicht genügt, — man muß auch die Macht besitzen!

(Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.)

Und verwechseln Sie uns nicht mit einer bürgerlichen Welt! Sie meinen, daß Ihr Stern wieder aufgehen könnte! Meine Herren, der Stern Deutschland wird aufgehen und Ihrer wird sinken.

(Stürmische Rufe bei den Nationalsozialisten: Bravo! und Heil! — Langanhaltende Beifallsbezeugungen, auch auf den Tribünen.)

Sie sagen, daß Sie in der Zeit der Sozialistengesetzgebung nicht gebrochen worden seien. Das war die Zeit, in der die deutsche Arbeiterschaft in Ihnen noch etwas anderes sah, als was Sie heute sind. Warum aber haben Sie denn diese Erkenntnis uns gegenüber vergessen?!

(Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.)

---

<sup>140)</sup> Anspielung auf eine Rede des sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski in Leipzig im Februar 1932, vgl. S. 92.

23. März 1933

Was im Völkerleben morsch, alt und gebrechlich wird, das vergeht und kommt nicht wieder.

(Zustimmung rechts.)

Auch Ihre Stunde hat geschlagen, und nur weil wir Deutschland sehen und seine Not und die Notwendigkeiten des nationalen Lebens, appellieren wir in dieser Stunde an den Deutschen Reichstag, uns zu genehmigen, was wir auch ohnedem hätten nehmen können.

(Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.)

Des Rechts wegen tun wir es — nicht weil wir die Macht überschätzen, sondern weil wir uns am Ende mit denen, die vielleicht heute von uns getrennt sind, aber doch auch an Deutschland glauben, einst vielleicht leichter finden können.

(Lebhaftes Bravo bei den Nationalsozialisten.)

Denn ich möchte nicht in den Fehler verfallen, Gegner bloß zu reizen, statt sie entweder zu vernichten oder zu versöhnen.

(Bravo! und sehr gut! bei den Nationalsozialisten.)

Ich möchte denen, die am Ende vielleicht auf anderen Wegen auch mit ihrem Volk empfinden, die Hand reichen

(Bravo! im Zentrum)

und möchte nicht einen ewigen Krieg ansagen,

(erneutes Bravo)

nicht aus Schwäche, sondern aus Liebe zu meinem Volk, und um diesem deutschen Volk all das zu ersparen, was in dieser Zeit der Kämpfe mit zugrunde geht.

(Wiederholtes lebhaftes Bravo bei den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen.)

Sie wollen mich aber da niemals mißverstehen. Die Hand gebe ich jedem, der sich für Deutschland verpflichtet.

(Bravo!)

Ich erkenne nicht an das Gebot einer Internationale.

(Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen.)

Ich glaube, daß Sie (zu den Sozialdemokraten) für dieses Gesetz nicht stimmen, weil Ihnen Ihrer innersten Mentalität nach die Absicht unbegreiflich ist, die uns dabei beseelt.

(Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.)

Ich glaube aber, daß Sie das nicht tun würden, wenn wir das wären, was heute Ihre Presse im Ausland über uns verbreitet,

(sehr richtig! bei den Nationalsozialisten)

und ich kann Ihnen nur sagen: ich will auch gar nicht, daß Sie dafür stimmen! Deutschland soll frei werden, aber nicht durch Sie!

(Langandauernde stürmische Heil-Rufe und Beifallskundgebungen bei den Nationalsozialisten und auf den Tribünen. Händeklatschen bei den Deutschnationalen. Immer erneut einsetzender stürmischer Beifall und Heil-Rufe.)

Es war das erste und einzige Mal, daß Hitler vor dem Parlament und, zum mindesten in den Jahren 1932—1945, in der Öffentlichkeit überhaupt als Diskussionsredner auftrat.

Die Abfuhr, die er dem Sozialdemokraten Wels erteilte, fand natürlich höchsten Beifall, sowohl bei den Rechtsparteien als auch bei den Mitgliedern der Reichsregierung. Selbst der zurückhaltende Hugenberg war hell begeistert und dankte Hitler bei der Kabinettsitzung am 24. März „namens der übrigen Kabinettsmitglieder für das eindrucksvolle und erfolgreiche Auftreten im Reichstag, vor allem für die glänzende Abfertigung des Marxistenführers Wels“<sup>141</sup>).

<sup>141</sup>) Vgl. Amtliche Mitteilung der Reichsregierung vom 25. 3. 1933 und Bundesarchiv Koblenz, Kabinettsprotokolle R 43 I; außerdem Goebbels a. a. O. S. 287.

Der weitere Verlauf der Reichstagsitzung vom 23. März brachte keine neuen Zwischenfälle. Die Abgeordneten Kaas (Zentrum), Ritter von Lex (Bayerische Volkspartei), Reinhold Meier (Staatspartei), Simpfendörfer (Christlich-Sozialer Volksdienst) und Göring (NSDAP.) erklärten anschließend die Zustimmung ihrer Parteien zum Ermächtigungsgesetz, das dann mit 441 Stimmen (alle Parteien außer SPD.) gegen 94 sozialdemokratische Stimmen angenommen wurde.

Der Reichsrat billigte am gleichen Tag einstimmig das Gesetz, da nur noch nationalsozialistische Ländervertreter amtierten.

Es ist müßig, Überlegungen anzustellen, was Hitler getan haben würde, wenn das Ermächtigungsgesetz keine Zweidrittelmehrheit gefunden hätte. Keinesfalls hätte er sich dadurch in seiner vorgesehenen Regierungstätigkeit behindern lassen. Dies hatte er klar und deutlich mehrfach zum Ausdruck gebracht. Bereits am 6. August 1932 hatte Goebbels angesichts der damals bevorstehenden Regierungsverhandlungen Hitlers Pläne in seinem Tagebuch aufgezeichnet: <sup>142)</sup> „Wenn der Reichstag ein vom Führer gefordertes Ermächtigungsgesetz ablehnt, wird er nach Hause geschickt.“

Der damalige Reichstag besaß allerdings keine Rechtsmehrheit, so daß eine solche Maßnahme im März 1933 wohl nicht erfolgt wäre. Wahrscheinlich hätte Hitler zunächst mit Hilfe des Artikels 48 weiterregiert. Eine Störung durch den Reichstag brachte er angesichts der Rechtsmehrheit nicht zu befürchten. Bei passender Gelegenheit hätte er dann wohl Neuwahlen ausgeschrieben, um sich einen Reichstag mit Zweidrittelmehrheit zu schaffen.

Im Ausland erkannte man die Konsequenzen des neuen Ermächtigungsgesetzes besser als bei den nichtnationalsozialistischen Parteien in Deutschland. Die ausländischen Pressekommentare waren daher wenig freundlich und erregten Hitlers Zorn. Seiner vorgefaßten Ansicht nach war daran das sogenannte „Weltjudentum“ schuld.

Er glaubte bekanntlich an das Bestehen einer geheimen jüdischen Weltregierung, die alle Regierungen der Welt in ihrem Sinne beeinflusse und vor allem das deutsche Volk nicht hochkommen lassen wolle. Andererseits hielt er die Solidarität des Judentums in der Welt für so groß, daß es zu Konzessionen bereit wäre, um die Lage der Juden in Deutschland zu erleichtern.

Hitler war der Überzeugung, er brauche nur die deutschen Juden zu drangsalieren und zu bedrohen, um ein Einlenken der ausländischen Regierungen in ihrer Einstellung zu Deutschland bzw. zu Hitler zu erreichen, da diese vom Weltjudentum entsprechend instruiert würden.

Sofort ging er ans Werk, ein Exempel zu statuieren. Bisher hatte er sich als Reichskanzler in seiner antisemitischen Einstellung sehr zurückgehalten. Auch die Partei und die nationalsozialistische Presse hatten es seit dem 30. Januar auf Hitlers Anweisung vermieden, das Judenproblem in gewohnter Weise zu behandeln. Dies wurde nun schlagartig anders.

Hitler hielt vom 26. bis 28. März *Konferenzen mit seinen Unterführern in Berchtesgaden und München* ab, um eine Aktion gegen die deutschen Juden vom 1. April an durchzuführen, und zwar mit dem ausdrücklich verkündeten Ziel, das Weltjudentum und die ausländischen Regierungen dadurch unter Druck zu setzen <sup>143)</sup>.

<sup>142)</sup> Vgl. Goebbels a. a. O. S. 139.

<sup>143)</sup> Vgl. Goebbels a. a. O. S. 288.

28. März 1933

Am 28. März erließ Hitler einen *Aufruf an alle Parteiorganisationen der NSDAP. zum Boykott gegen die Juden:*<sup>144)</sup>

„Nationalsozialisten! Parteigenossen! Parteigenossinnen!

Nach vierzehnjähriger innerer Zerrissenheit hat das deutsche Volk, seine Stände, Klassen, Berufe und konfessionellen Spaltungen politisch überwindend, eine Erhebung durchgeführt, die dem marxistisch-jüdischen Spuk blitzschnell ein Ende bereitete.

In den Wochen nach dem 30. Januar hat sich eine einzigartige nationale Revolution in Deutschland vollzogen.

Trotz langer schwerster Bedrückungen und Verfolgungen haben die Millionen-Massen, die hinter der Regierung der nationalen Revolution stehen, in vollster Ruhe und Disziplin der neuen Reichsführung die legale Deckung gegeben zur Durchführung der Reform der deutschen Nation an Haupt und Gliedern. Am 5. März hat die weitaus überwiegende Mehrzahl der wahlberechtigten Deutschen dem neuen Regiment das Vertrauen ausgesprochen. Die Vollendung der nationalen Revolution ist dadurch zur Forderung des Volkes geworden.

In jämmerlicher Feigheit haben die jüdisch-marxistischen Bonzen ihre Machtstellungen geräumt. Trotz allem Geschrei wagte kein einziger, ernstlichen Widerstand zu leisten.

Zum größten Teil haben sie die von ihnen verführten Massen im Stich gelassen und sind unter Mitnahme ihrer aufgefüllten Depots ins Ausland geflüchtet.

Nur der beispielelosen Disziplin und Ruhe, mit der sich dieser Akt des Umsturzes vollzog, haben es die Urheber und Nutznießer unseres Unglücks zuzuschreiben, wenn sie fast ausnahmslos ungeschoren blieben.

Kaum ein Härchen wurde ihnen gekrümmt. Man vergleiche mit diesem Akt der Selbstzucht der nationalen Erhebung in Deutschland etwa die bolschewistische Revolution in Rußland, der über 3 Millionen Tote zum Opfer fielen, und man wird erst ermessen, zu welchem Dank die schuldigen Verbrecher am deutschen Verfall den Kräften der nationalen Erhebung gegenüber verpflichtet wären. Man vergleiche weiter die furchbaren Kämpfe und Zerstörungen der Revolution dieser Novembermänner selbst, ihre Geiselerhebungen in den Jahren 1918 und 19, das Niedermetzeln wehrloser Gegner, und man wird wieder den Unterschied zur nationalen Erhebung als einen unerhörten finden.

Die regierenden Männer haben dabei feierlich der Welt verkündet, daß sie mit dieser in Frieden leben wollen. Das deutsche Volk leistet ihnen dabei treue Gefolgschaft.

Das nationale revolutionäre Deutschland ist fest entschlossen, der inneren Mißwirtschaft ein Ende zu bereiten!

Deutschland will keine Weltwirren und keine internationalen Verwicklungen. Aber das nationale revolutionäre Deutschland ist fest entschlossen, der inneren Mißwirtschaft ein Ende zu bereiten.

Nun, da die Feinde der Nation im Innern vom Volke selbst unschädlich gemacht worden sind, trifft das ein, was wir längst erwartet hatten. Die kommunistischen und marxistischen Verbrecher und ihre jüdisch-intellektuellen Anstifter, die mit ihren Kapitalien rechtzeitig in das Ausland ausrückten, entfalten nun von dort aus eine gewissenlose landesverräterische Hetzkampagne gegen das deutsche Volk überhaupt. Da ihnen das Lügen in Deutschland unmöglich wurde, beginnen sie von den Hauptstädten der ehemaligen Entente aus dieselbe Hetze gegen die junge nationale Erhebung, die sie zu Kriegsbeginn schon gegen das damalige Deutschland getrieben haben.

Lügen und Verleumdungen von geradezu haarsträubender Perversität werden über Deutschland losgelassen. Greuelmärchen von zerstückelten Judenleichen, von ausgestochenen Augen und abgehackten Händen werden verbreitet zu dem Zweck, das deutsche Volk in der Welt zum zweitenmal so zu verfemen, wie ihnen dies im Jahre 1914 bereits gelungen war. Millionen unschuldiger Menschen, Völker, mit denen das deutsche Volk

<sup>144)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 88 v. 29. 3. 1933.

nur in Frieden leben will, werden von diesen gewissenlosen Verbrechern gegen uns aufgehetzt. Die deutschen Waren, die deutsche Arbeit sollen dem internationalen Boykott verfallen. Die Not in Deutschland ist ihnen also zu klein, sie muß noch größer werden!

Sie lügen von Jüdinnen, die getötet würden, von jüdischen Mädchen, die vor den Augen ihrer Eltern vergewaltigt worden seien, von Friedhöfen, die verwüstet sind! Alles nur eine einzige Lüge, zu dem Zweck erfunden, eine neue Weltkriegshetze zu entfachen!

Wollte man diesem wahnwitzigen Verbrechen länger zusehen, würde man sich zum Mitschuldigen machen.

Die nationalsozialistische Partei wird daher nunmehr den Abwehrkampf gegen dieses Generalverbrechen mit den Mitteln aufnehmen, die geeignet sind, die Schuldigen zu treffen.

Denn die Schuldigen sind bei uns, sie leben unter uns und mißbrauchen Tag für Tag das Gastrecht, das ihnen das deutsche Volk gewährt hat.

In einer Zeit, da Millionen Menschen von uns nichts zum Leben und nichts zum Essen haben, da Hunderttausende deutsche Geistesarbeiter auf der Straße verkommen, sitzen diese jüdischen intellektuellen Literaten zwischen uns und nehmen sehr wohl unser Gastrecht in Anspruch.

Was würde Amerika tun, wenn die Deutschen Amerikas sich so gegen Amerika ver-sündigen würden wie diese Juden gegen Deutschland? Die nationale Revolution hat ihnen kein Haar gekrümmt. Sie konnten ihren Geschäften nachgehen wie zuvor, allerdings Korruption wird ausgerottet, ganz gleich, wer sie begeht. Die Zugehörigkeit zur jüdischen Rasse oder zur mosaïschen Religion ist so wenig ein Freibrief für Verbrecher, als es die Zugehörigkeit zu einer christlichen Konfession oder zu unserem eigenen Volk sein kann.

Jahrzehntlang hat Deutschland jeden Fremden wahllos hereingelassen. 135 Menschen leben bei uns auf dem Quadratkilometer. In Amerika nicht einmal 15. Trotzdem hat Amerika sehr wohl seine Einwanderung kontingentiert und bestimmte Völker von ihr überhaupt ausgeschlossen. Deutschland hat ohne Rücksicht auf seine eigene Not jahrzehntlang diese Maßnahme nicht ergriffen. Als Dank dafür hetzt jetzt, während Millionen eigene Volksgenossen von uns arbeitslos sind und verkommen, ein Klüngel jüdischer Literaten, Professoren und Geschäftemacher die Welt gegen uns.

Damit ist jetzt Schluß!

Das Deutschland der nationalen Revolution ist nicht das Deutschland einer feigen Bürgerlichkeit.

Wir sehen die Not und das Elend unserer eigenen Volksgenossen und fühlen uns verpflichtet, nichts zu unterlassen, was eine weitere Schädigung dieses unseres Volkes verhindern kann.

Denn verantwortlich für diese Lügen und Verleumdungen sind die Juden unter uns. Von ihnen geht diese Kampagne des Hasses und der Lügenhetze gegen Deutschland aus. In ihrer Hand läge es, die Lügner in der übrigen Welt zurechtzuweisen.

Da sie dies nicht wollen, werden wir dafür sorgen, daß dieser Haß- und Lügenfeldzug gegen Deutschland sich nicht gegen das unschuldige deutsche Volk, sondern gegen die verantwortlichen Hetzer selbst richtet.

Die Boykott- und Greuelhetze darf nicht und wird nicht das deutsche Volk treffen, sondern in tausendfacher Schwere die Juden selbst.

Es ergeht daher an alle Parteidienststellen und Parteiorganisationen folgende Anordnung:

Punkt 1: *Aktionskomitees zum Boykott gegen die Juden*

In jeder Ortsgruppe und Organisationsgliederung der NSDAP. sind sofort Aktionskomitees zu bilden zur praktischen planmäßigen Durchführung des Boykotts jüdischer Geschäfte, jüdischer Waren, jüdischer Ärzte und jüdischer Rechtsanwälte. Die Aktionskomitees sind verantwortlich dafür, daß der Boykott keinen Unschuldigen, um so härter aber die Schuldigen trifft.

*Punkt 2: Höchster Schutz allen Ausländern*

Die Aktionskomitees sind verantwortlich für den höchsten Schutz aller Ausländer ohne Ansehen ihrer Konfession und Herkunft oder Rasse. Der Boykott ist eine reine Abwehrmaßnahme, die sich ausschließlich gegen das Judentum in Deutschland wendet.

*Punkt 3: Boykott-Propaganda*

Die Aktionskomitees haben sofort durch Propaganda und Aufklärung den Boykott zu popularisieren. Grundsatz: Kein guter Deutscher kauft noch bei einem Juden oder läßt sich von ihm und seinen Hintermännern Waren anpreisen. Der Boykott muß ein allgemeiner sein. Er wird vom ganzen Volk getragen und muß das Judentum an seiner empfindlichsten Stelle treffen.

*Punkt 4: Die Zentralleitung: Pg. Streicher<sup>144a</sup>)*

In Zweifelsfällen soll von einer Boykottierung solcher Geschäfte solange abgesehen werden, bis nicht vom Zentralkomitee in München eine andere bestimmte Anweisung erfolgt. Vorsitzender des Zentralkomitees ist Pg. Streicher.

*Punkt 5: Zeitungs-Überwachung*

Die Aktionskomitees überwachen auf das schärfste die Zeitungen, inwieweit sie sich an dem Aufklärungsfeldzug des deutschen Volkes gegen die jüdische Greuelhetze im Ausland beteiligen. Tun Zeitungen dies nicht oder nur beschränkt, so ist darauf zu sehen, daß sie aus jedem Haus, in dem Deutsche wohnen, augenblicklich entfernt werden. Kein deutscher Mann und kein deutsches Geschäft soll in solchen Zeitungen noch Anzeigen aufgeben. Sie müssen der öffentlichen Verachtung verfallen, geschrieben für die jüdischen Rassegenossen, aber nicht für das deutsche Volk.

*Punkt 6: Boykott als Maßnahme zum Schutz deutscher Arbeit*

Die Aktionskomitees müssen in Verbindung mit den Betriebszellenorganisationen der Partei die Propaganda der Aufklärung über die Folgen der jüdischen Greuelhetze für die deutsche Arbeit und damit für den deutschen Arbeiter in die Betriebe hineintragen und besonders die Arbeiter über die Notwendigkeit des nationalen Boykotts als Abwehrmaßnahme zum Schutz der deutschen Arbeit aufklären.

*Punkt 7: Aktionskomitees bis in das letzte Dorf!*

Die Aktionskomitees müssen bis in das kleinste Bauerndorf hinein vorgetrieben werden, um besonders auf dem flachen Land die jüdischen Händler zu treffen.

Grundsätzlich ist immer zu betonen, daß es sich um eine uns aufgezwungene Abwehrmaßnahme handelt.

*Punkt 8: Der Boykott beginnt am 1. April!*

Der Boykott setzt nicht verzettelt ein, sondern schlagartig. In dem Sinne sind augenblicklich alle Vorarbeiten zu treffen. Es ergehen die Anordnungen an die SA. und SS., um vom Augenblick des Boykotts ab durch Posten die Bevölkerung vor dem Betreten der jüdischen Geschäfte zu warnen. Der Boykottbeginn ist durch Plakatanschlag und durch die Presse, durch Flugblätter usw. bekanntzugeben.

Der Boykott setzt schlagartig Samstag, den 1. April, Punkt 10 Uhr vormittags, ein.

Er wird fortgeführt solange, bis nicht eine Anordnung der Parteileitung die Aufhebung befiehlt.

*Punkt 9: Massenforderung des Numerus clausus!*

Die Aktionskomitees organisieren sofort in Zehntausenden von Massenversammlungen, die bis in das kleinste Dorf hineinzureichen haben, die Forderung nach Einführung einer relativen Zahl für die Beschäftigung der Juden in allen Berufen entsprechend ihrer Beteiligung an der deutschen Volkszahl. Um die Stoßkraft der Aktion zu erhöhen, ist diese Forderung zunächst auf 3 Gebiete zu beschränken:

- a) auf den Besuch an den deutschen Mittel- und Hochschulen;
- b) für den Beruf der Ärzte;
- c) für den Beruf der Rechtsanwälte.

---

<sup>144a</sup>) Julius Streicher, geb. 1885 in Fleinhausen, gehängt 1946 in Nürnberg.



28. März 1933

Punkt 10: *Auslandsaufklärung*

Die Aktionskomitees haben weiterhin die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß jeder Deutsche, der irgendeine Verbindung zum Ausland besitzt, diese verwendet, um in Briefen, Telegrammen und Telephonaten aufklärend die Wahrheit zu verbreiten, daß in Deutschland Ruhe und Ordnung herrscht, daß das deutsche Volk keinen sehnlicheren Wunsch besitzt, als im Frieden seiner Arbeit nachzugehen und in Frieden mit der anderen Welt zu leben und daß es den Kampf gegen die jüdische Greuelhetze nur führt als reinen Abwehrkampf.

Punkt 11: *Ruhe, Disziplin und keine Gewalttätigkeiten!*

Die Aktionskomitees sind dafür verantwortlich, daß sich dieser gesamte Kampf in vollster Ruhe und größter Disziplin vollzieht. Krümmt auch weiterhin keinem Juden auch nur ein Haar! Wir werden mit dieser Hetze fertig, einfach durch die einschneidende Wucht dieser angeführten Maßnahmen.

Mehr als je zuvor ist es notwendig, daß die ganze Partei in blindem Gehorsam wie ein Mann hinter der Führung steht.

Nationalsozialisten, ihr habt das Wunder vollbracht, in einem einzigen Angriff den Novemberstaat über den Haufen zu rennen, ihr werdet auch diese zweite Aufgabe genau so lösen. Das soll das internationale Weltjudentum wissen:

Die Regierung der nationalen Revolution hängt nicht im luftleeren Raum. Sie ist die Repräsentanz des schaffenden deutschen Volkes. Wer sie angreift, greift Deutschland an! Wer sie verleumdet, verleumdet die Nation! Wer sie bekämpft, hat 65 Millionen den Kampf angesagt!

Wir sind mit den marxistischen Hetzern in Deutschland fertig geworden, sie werden uns nicht in die Knie beugen, auch wenn sie nunmehr vom Ausland aus ihre volksverbrecherischen Verrätereien fortsetzen.

Nationalsozialisten! Samstag, Schlag 10 Uhr, wird das Judentum wissen, wem es den Kampf angesagt hat.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Parteileitung.“

Hitler scheute sich, unter diesen Aufruf, wie sonst üblich, seinen Namen zu setzen, sondern unterzeichnete nur mit „*Parteileitung*“. Aber sein Stil und seine Geisteshaltung sprechen aus jedem Wort dieses Aufrufs. Lediglich die 11 Einzelpunkte scheinen z. T. von Goebbels ausgearbeitet worden zu sein<sup>145)</sup>. Hitler ernannte den bekannten Judenhasser, Gauleiter Julius Streicher in Nürnberg, zum Leiter der Aktion und traf in München am 28. März alle entsprechenden Vorbereitungen.

Am 29. März erließ er von München aus noch einen *Aufruf an die NSDAP. in Bayern* zur Unterlassung aller Einzelaktionen. Nur der Reichskommissar v. Epp sei einziger Bevollmächtigter in Bayern und letzte Instanz auch für die Partei<sup>146)</sup>.

Anschließend flog er nach Berlin zur Sitzung des Reichskabinetts. Dort bekannte er sich freimütig als Urheber der Boykottaktion gegen die deutschen Juden.

Über die *Ausprache Hitlers im Reichskabinett* verbreitete der Völkische Beobachter folgende Mitteilung:<sup>147)</sup>

„Berlin, 29. März

Die heutige Reichskabinettsitzung, die erste, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes weittragende Beschlüsse zu fassen hat, wurde von Reichskanzler Adolf Hitler mit Erklärungen zur politischen Lage eröffnet. Der Führer verbreitete sich über die Abwehr-

<sup>145)</sup> Vgl. Goebbels, a. a. O. S. 289.

<sup>146)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 89 v. 30. 3. 1933.

<sup>147)</sup> VB. Nr. 89 v. 30. 3. 1933.

maßnahmen gegen die jüdische Greuelpropaganda im Ausland. Die Abwehr mußte organisiert werden, weil sie sonst vom Volke heraus selbst gekommen wäre und vielleicht unerwünschte Formen angenommen hätte.

Durch die Organisierung bleibe die Abwehr in Kontrolle, und es werde verhindert, daß es zu Belästigungen persönlicher Art und zu Gewalttätigkeiten komme.

Das Judentum aber müsse erkennen, daß ein jüdischer Krieg gegen Deutschland das Judentum in Deutschland mit voller Schärfe selbst trifft.“

Am 1. April bezogen SA.- und andere Parteileute Posten vor den jüdischen Geschäften, Praxisräumen, Anwaltskanzleien usw. und hinderten die Kunden, soweit solche überhaupt zu erscheinen wagten, am Zutritt.

Gemessen am Judenpogrom vom November 1938 und an den Juden-Massakern im 2. Weltkrieg war diese Aktion noch eine verhältnismäßig harmlose Angelegenheit.

Die Reaktion im Ausland schien Hitlers Theorien rechtzugeben. Die ausländische Presse befeißigte sich großer Zurückhaltung gegenüber den neuen Verhältnissen in Deutschland, aber nicht weil das „Weltjudentum“ sie entsprechend instruiert hatte, sondern weil sie aus Mitleid die Situation der deutschen Juden nicht verschlimmern wollte.

Goebbels konnte am 4. April feststellen: <sup>148)</sup> „Die Auslands-Greuelhetze ist ganz merkbar abgeflaut. Das Kabinett beschließt deshalb, den Boykott vorläufig nicht wieder aufzunehmen, ihn aber weiterhin als ständige Drohung in der Hinterhand zu halten.“

Die deutschen Juden blieben also weiterhin Hitlers Druckmittel auf das Ausland und sollten es bis zu ihrer Ausrottung im 2. Weltkrieg bleiben.

Inzwischen aber gingen Hitlers Maßnahmen zur Entmachtung der deutschen Länder weiter. Am 31. März wurde ein „Vorläufiges Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ <sup>149)</sup> verkündet, das den Länderregierungen das Gesetzgebungsrecht verlieh, die Landtage nach den Reichstagswahlergebnissen vom 5. März neu- und umbildete, ebenso die Gemeindeparlamente entsprechend erneuerte.

Am 7. April folgte das „Zweite Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ <sup>150)</sup>. Für alle deutschen Länder wurden Reichsstatthalter eingesetzt, die künftig die Landesregierungen zu ernennen hatten. Für Preußen übernahm Hitler selbst dieses Amt und ernannte natürlich Göring, und nicht etwa Papen, zum Ministerpräsidenten.

Die übrigen Reichsstatthalter waren zum großen Teil die Gauleiter der NSDAP., die nun mehr und mehr gleichzeitig die staatliche Gewalt in ihren Gauen übernahmen, entweder als Reichsstatthalter oder (in den größeren Ländern) als Regierungspräsidenten bzw. Oberpräsidenten.

Aber auch im Kabinett nahm die „Gleichschaltung“ ihren Fortgang. Hitlers Finanzexperte Fritz Reinhardt wurde am 1. April Staatssekretär im Reichsfinanzministerium. Oberst a. D. Konstantin Hierl, Leiter des Amtes für Arbeitsdienst in der Reichsleitung der NSDAP., wurde Staatssekretär für den freiwilligen Arbeitsdienst.

Hitler vergaß aber über diesen staatspolitischen Maßnahmen nicht seine gewohnte Redetätigkeit.

<sup>148)</sup> Goebbels, a. a. O. S. 293.

<sup>149)</sup> RGBl. 1933 I S. 153 ff.

<sup>150)</sup> RGBl. 1933 I S. 173.

5. April 1933

Am 5. April sprach er im dunklen Anzug vor dem deutschen Landwirtschaftsrat im preußischen Herrenhaus und würdigte vor allem den Anteil der deutschen Bauern an seiner Machtübernahme: <sup>151)</sup>

„Herr Präsident! Meine Herren!

Wenn wir heute wieder unter der alten schwarz-weiß-roten Fahne und unter dem Symbol der nationalen Wiedergeburt in Deutschland tagen können, so trägt an dieser historischen Wendung unseres Schicksals der deutsche Bauer vielleicht den größten Anteil.

Glauben Sie mir, die Erhebung, die hinter uns liegt, sie wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht immer ein Teil des Volkes auf dem Lande in unseren Reihen gestanden hätte. Es wäre unmöglich gewesen, in den Städten allein jene Ausgangsstellungen zu erobern, die uns auch in unserm Handeln das Gewicht der Legalität gegeben haben. Das deutsche Volk verdankt darum die Erneuerung, die Erhebung und damit auch den Umschwung, der zur allgemeinen Gesundung der deutschen Verhältnisse führen wird, dem deutschen Bauern.

Wenn das deutsche Bauerntum heute einen großen Zusammenschluß gefunden hat, dann wird es gerade dadurch in Zukunft das Handeln der Regierung unerhört erleichtern, daß es seine gewaltigen Volksmassen hinter sie stellt. Ich glaube, in dieser Regierung sitzt kein Mann, der nicht von dem aufrichtigen Wunsche nach dieser engsten Zusammenarbeit erfüllt ist. Wir erblicken in der Lösung dieser Aufgabe zugleich die Rettung des deutschen Volkes in der Zukunft, nicht für 1933 oder 1934, sondern für die fernsten Zeiten. Wir sind willens, nunmehr diejenigen Maßnahmen zu treffen und in den nächsten Jahren durchzuführen, von denen wir wissen, daß sie spätere Geschlechter als grundsätzlich richtig erkennen und feststellen werden.“

Es war klar, daß der Leiter des agrarpolitischen Amtes der NSDAP., Richard Walter Darré <sup>151a)</sup>, nunmehr die Führung in allen Bauern-Organisationen übernahm.

Am 6. April hielt Hitler eine längere *Ausprache vor dem Verband der auswärtigen (deutschen) Presse in Berlin* <sup>152)</sup>, in der er neben der „Parteierzählung“ philosophische Betrachtungen über die Mission der Presse, über Wahrheitsliebe und Nihilismus anstellte. Er schloß mit folgender Feststellung:

„Wir kennen gerade aus diesem Grunde die Bedeutung der Presse viel besser als unsere Vorgänger. Möge die Presse aber auch erkennen die Bedeutung eines Regiments, das in Deutschland durch die Ordnung der allgemeinen Verhältnisse jenen moralischen und politischen, damit auch wirtschaftlichen Emporstieg bringt, ohne den am Ende die Presse auch nicht auf die Dauer bestehen kann.

Ich möchte Sie daher, meine Herren, als Vertreter der auswärtigen deutschen Presse auch meinerseits herzlich begrüßen und Ihnen danken für das, was Sie an guter Erziehung an unserem Volke bisher schon geleistet haben und Sie herzlichst einladen, teilzunehmen an einem Werk, das so oder so einmal in der deutschen Geschichte ehrenvoll bestehen wird.

Denn, wenn auch in unserem Volk Zeiten der Größe immer wieder wechseln mit Zeiten des Verfalls, so wird doch das menschliche Handeln in der Geschichte abschließend beurteilt von einem Geist, der der Lebensbejahung entspricht.

<sup>151)</sup> Auszug aus dem offiziellen Text, veröffentlicht in der Eher-Broschüre, ferner im VB. Nr. 96 v. 6. 4. 1933.

<sup>151a)</sup> Richard Walter Darré, geb. 1895 in Delgrano (Argentinien).

<sup>152)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 97 v. 7. 4. 1933. Die Rede fand im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda am Wilhelmsplatz statt. Anwesend war u. a. auch der päpstliche Nuntius Orsenigo.

6. April 1933

Er wird einmal unser Richter sein, und er wird einmal feststellen müssen, daß uns bei Tag und Nacht, bei Wachen und Träumen nur ein einziger Gedanke beherrschte: Deutschland.“

Am 8. April erließ Hitler das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, das in Wahrheit ein Gesetz zur Entfernung politisch unzuverlässiger (nach nationalsozialistischer Auffassung) Beamter war. Immerhin beließ man diesen im allgemeinen ihre Pensionen.

Am gleichen Tag hielt Hitler eine große Rede auf einem SA.-Appell im Berliner Sportpalast. Die Ansprache wurde auf alle Sender übertragen und konnte von den allerorten angetretenen SA.-Leuten gehört werden. Goebbels bezeichnete die Veranstaltung als „den größten Massenappell, den die Welt jemals gesehen hat“.

Hitler führte u. a. folgendes aus: <sup>153)</sup>

„Die große Zeit ist jetzt angebrochen, auf die wir 14 Jahre lang gehofft haben. Deutschland ist nun erwacht <sup>154)</sup>. Es ist alles das eingetroffen, was wir in diesen 14 Jahren ahnend und sehend prophezeit hatten, nicht durch ein Geschenk der Umwelt oder die Gnade unserer Gegner, sondern durch unsere eigene Kraft.

So habe ich damals begonnen, in einer kleinen Organisation das zu züchten, was des kommenden Reiches volklicher Inhalt sein soll: Menschen, die sich loslösen aus ihrer Umgebung, die weit zurückstoßen all die Kleinigkeiten des Lebens, die scheinbar so wichtig sind, die sich wieder besinnen auf eine neue größere Aufgabe, die den Mut haben, äußerlich schon zu dokumentieren, daß sie nichts zu tun haben wollen mit all den ewig trennenden und zersetzenden Vorstellungen, die das Leben unseres Volkes vergiften.

Wir haben die Gefolgschaftstreue in uns entwickelt, diesen blinden Gehorsam, den die anderen ja alle nicht kennen, der uns aber alles überstehen ließ.

Wir haben ferner geübt die Tugend des Mutes. Heute strömen Millionen in unsere große Front hinein. Allein sie müssen zum großen Teil erst das lernen, was diese braune Armee seit vielen Jahren geübt hat. Sie müssen alle erst lernen, das auf sich zu nehmen, was Zehntausende unserer Kameraden auf sich genommen haben, mit ihrem Blut bezahlten, mit ihrem Leben. Wenn diese Bewegung nicht so grenzenlos in ihrer Disziplin sein würde, so würden die, die sich heute über Opfer beklagen, die von ihnen gefordert werden, wahrscheinlich mehr zu klagen haben. Die Bewegung hat in vollster Disziplin sich selbst bezähmt im Blick auf Deutschland.

Wir haben auch anerzogen die Tugend der Beharrlichkeit, der ewigen Ausdauer. Dieser Beharrlichkeit verdanken wir unseren heutigen Sieg. Wir müssen daraus lernen für die Zukunft.

Das Schicksal will uns prüfen, ob das deutsche Volk leben und groß werden soll, oder ob das Ende unseres Volkes gekommen ist.

Das eine wissen wir schon jetzt: es mögen Jahrhunderte vergehen, mit dem deutschen Aufstieg sind diese Adler und diese Zeichen verbunden auf ewig. Wenn wir dieselbe Disziplin, denselben Gehorsam, dieselbe Kameradschaft und dieselbe grenzenlose Treue auch in Zukunft bewahren, nie wird dann diese Bewegung aus Deutschland gelöscht werden können.“

Hier begann bereits die Irrlehre Hitlers Gestalt anzunehmen, mit Beharrlichkeit, Disziplin, Tapferkeit und blindem Gehorsam ließe sich alles in der Welt

<sup>153)</sup> Auszug aus der Wiedergabe im WTB. v. 9. 4. 1933 und VB. Nr. 100 v. 10. 4. 1933.

<sup>154)</sup> „Deutschland erwache!“ war vor 1933 ein Kampfruf der Nationalsozialisten gewesen, der häufig auch in Sprechchören zu hören war (Zuruf eines einzelnen: „Deutschland“, Antwort der Masse im Chor: „erwache!“, so ähnlich wie Rede und Gegenrede, Gesang und Antwortgesang in verschiedenen kirchlichen Liturgien geübt werden).

8. April 1933

erreichen und selbst die unmöglichsten Ziele verwirklichen. Beweis hierfür sei die nationalsozialistische Machtübernahme nach 14jährigem Kampf.

Außerdem entwarf Hitler in dieser Rede erneut das Bild des über den Wolken thronenden Gottes (Vorsehung, Schicksal), der das deutsche Volk prüfen will, ob es auch tapfer und beharrlich ist. Wenn ja, dann macht er es groß. Wenn nicht, ist dessen Ende gekommen.

Es begann ferner die Sucht Hitlers, seine Maßnahmen als für „Jahrhunderte“ bestimmt zu bezeichnen. Bald wurden sogar „Jahrtausende“ daraus.

Am 11. April richtete Hitler ein Schreiben an den Reichspräsidenten anlässlich der Übernahme des Reichsstatthalteramtes in Preußen und der Entbindung Papens vom Amt des Reichskommissars für das Land Preußen.

Papen war anscheinend sehr erfreut über seine Entlassung und hatte am 7. April an Hitler geschrieben: „Sie, Herr Reichskanzler, werden, wie einst Fürst Bismarck, nunmehr in der Lage sein, die Politik des größten der deutschen Länder mit der des Reiches gleichzuschalten. Nachdem das neue Gesetz Ihnen die Möglichkeit gibt, den preußischen Ministerpräsidenten zu berufen, bitte ich Sie, dem Herrn Reichspräsidenten die Mitteilung machen zu wollen, daß ich das Amt des Reichskommissars für das Land Preußen gehorsamst in seine Hände zurücklege. In vorzüglicher Hochachtung Ihr aufrichtig ergebener von Papen.“

Dieser Aufforderung kam Hitler gern nach und schrieb *an Hindenburg*:<sup>155)</sup>

„Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Der Vizekanzler von Papen hat an mich ein Schreiben gerichtet, das ich zur gütigen Kenntnisnahme beilege. Herr von Papen teilte mir schon in den letzten Tagen mit, er sei mit Minister Göring übereingekommen, von sich aus zurückzutreten, sowie durch das neue Gesetz der Gleichschaltung der Politik in Reich und Ländern die Einheitlichkeit der Führung der Regierungsgeschäfte in Reich und Preußen gewährleistet sei.

Am Abend nach der Verabschiedung des neuen Gesetzes über die Einsetzung der Reichsstatthalter sah Herr von Papen dieses Ziel erreicht und bat mich, nunmehr die Ernennung des preußischen Ministerpräsidenten vorzunehmen, wobei er sich selbst zur weiteren Mitarbeit an der Reichsregierung nunmehr voll zur Verfügung stelle.

Herr von Papen hat sich, durch die Übernahme der kommissarischen Leitung Preußens in dieser schweren Zeit, seit dem 30. Januar ein großes Verdienst für die Durchsetzung des Gedankens von Gleichschaltung der Politik in Reich und Ländern erworben. Seine Mitarbeit im Reichskabinett, für die er nunmehr seine ganze Kraft zur Verfügung stellt, ist eine unendlich wertvolle, mein inneres Verhältnis zu ihm ein so herzlich-freundschaftliches, daß ich mich aufrichtig freue über die große Hilfe, die mir nunmehr dadurch zuteil wird.

In tiefer Verehrung

Adolf Hitler.“

Die freundlichen Worte, die Hitler hier dem Vizekanzler widmete, waren einmal als Trost für Hindenburg gedacht, falls dieser sich etwa über diese Hin- ausmanövrierung Papens aus Preußen wundern sollte, zum anderen als Honorar für die Bereitwilligkeit, mit der Papen jeden Auftrag Hitlers auszuführen bestrebt war. Mit Lobsprüchen geizte Hitler, wenn es darauf ankam, ebensowenig wie mit Geld und Dotationen.

Gleichzeitig sandte Hitler *an Göring folgendes Telegramm*:

<sup>155)</sup> Das Schreiben Hitlers an Hindenburg, Papens Brief an Hitler und Hitlers Telegramm an Göring sind veröffentlicht im VB. Nr. 102 v. 12. 4. 1933.

11. April 1933

„Ich ernenne Sie mit Wirkung vom heutigen Tag zum Ministerpräsidenten von Preußen. Ich bitte Sie, Ihre Geschäfte zum 20. April in Berlin übernehmen zu wollen.

Ich fühle mich glücklich, Ihnen diesen Beweis meines Vertrauens und meiner Dankbarkeit geben zu können für die Verdienste, die Sie sich um die Wiedererhebung des deutschen Volkes seit über zehn Jahren als Kämpfer unserer Bewegung, für die siegreiche Durchführung der nationalen Revolution als kommissarischer Minister des Innern in Preußen erworben haben, und nicht zuletzt für die einzigartige Treue, mit der Sie Ihr Schicksal an das meine schlossen.

Reichskanzler Adolf Hitler.“

Göring befand sich damals in Rom. Er wurde am folgenden Tag, am 12. April, ebenso wie Papan von Papst Pius XI. empfangen. Die Vorbereitungen zum Abschluß eines Reichskonkordates waren bereits im Gange.

Hitler selbst begab sich am 12. April im Auto nach München. Unterwegs machte er Halt in Bayreuth und hatte dort u. a. eine Unterredung mit Frau Eva Chamberlain<sup>155a)</sup>.

Am Vorabend seines Geburtstags, am 19. April, hielt Hitler anläßlich der Verleihung des Ehrenbürgerrechtes des Freistaates Bayern in der Grütznerstube des Münchener Rathauses eine *Ansprache vor den Mitgliedern der Staatsregierung und der Stadt München*<sup>156)</sup>.

Durch diesen Staatsakt des bayerischen Ministerrates, so erklärte er [in Anspielung auf seine Festungshaft in Landsberg im Jahre 1924], sei etwas gutgemacht worden, was man ihm einst angetan habe. Er freue sich, daß man heute schon vom ganzen übrigen Deutschland aus wieder mit Achtung auf Bayern schaue.

Der *Geburtstag Hitlers* am 20. April wurde zum erstenmal in ganz Deutschland als nationaler Feiertag begangen. Alle öffentlichen Gebäude trugen Flaggen-schmuck, ebenso die meisten Privathäuser. Hindenburg gratulierte mit folgendem Telegramm:<sup>157)</sup>

„Am heutigen Tage gedenke ich in aufrichtiger Dankbarkeit der großen vaterländischen Arbeit, die Sie geleistet haben und die noch vor Ihnen liegt. Mit Ihnen treu verbunden in dem Willen, unser Volk und Vaterland aus der Not der Zeit wieder aufwärts zu führen, spreche ich Ihnen meine herzlichsten Wünsche für Ihr weiteres Wirken wie für Ihr persönliches Wohlergehen aus. Mit kameradschaftlichen Grüßen Ihr ergebener

v. Hindenburg.“

Hugenberg telegraphierte ebenfalls und veröffentlichte in der Zeitung „Der Tag“ einen Würdigungsartikel. Auch Prälat Kaas, der sich zu den Konkordatsverhandlungen nach Rom begeben hatte, sandte von dort „aufrichtige Segenswünsche und die Versicherung unbeirrter Mitarbeit“.

Hitler kehrte am 21. April zu kurzem Aufenthalt nach Berlin zurück. Am 22. April war er wieder in *München* und hielt dort eine große Rede auf der *Führertagung der NSDAP*. Nach der üblichen „Parteierzählung“<sup>158)</sup> erklärte er,

<sup>155a)</sup> Tochter Richard Wagners, heiratete 1908 den Schriftsteller Houston Stewart Chamberlain (1855—1925).

<sup>156)</sup> Bericht im VB. Nr. 111 v. 21. 4. 1933.

<sup>157)</sup> Wiedergegeben im VB. Nr. 111 v. 21. 4. 1933 und WTB. v. 21. 4. 1933.

<sup>158)</sup> Ausdruck des Verfassers, vgl. S. 49. Die Rede selbst ist in Auszügen veröffentlicht im VB. Nr. 114 v. 24. 4. 1933.

22. April 1933

daß die nationalsozialistische Bewegung sich gegen jeden Feind durchsetzen werde und für die Jahrtausende arbeite. Die Revolution sei erst dann beendet, wenn die ganze deutsche Welt innerlich und äußerlich völlig neu gestaltet sei.

Wenn Hitler die „ganze deutsche Welt“ sagte, dann meinte er wohl sicherlich die Welt überhaupt. Wörtlich verkündete er:

„Nicht die Lauen und Neutralen machen Geschichte, sondern die Menschen, die den Kampf auf sich nehmen. Dadurch, daß unsere Bewegung im Sturmschritt marschiert ist und marschiert, hat sie die Kraft in sich, sich gegen jeden Feind durchzusetzen und den Sieg zu erringen. Die Bewegung hat zweitausend Jahre deutscher Geschichte und Kultur übernommen. Sie wird die Trägerin der deutschen Geschichte und der deutschen Kultur der Zukunft werden. Sie wird dafür sorgen, daß neue, unvergeßliche Dokumente geschaffen werden, die unser Volk weiter einreihen in die Zahl der großen Kulturvölker der Weltgeschichte. Wir arbeiten nicht für den Augenblick, sondern für das Urteil der Jahrtausende.“

In diesen letzten Apriltagen konnte Hitler einen weiteren Machterfolg für sich buchen. Reichsminister Franz Seldte erklärte am 27. April in einer Rundfunkansprache, daß er der NSDAP. beigetreten sei und sich sowie den von ihm geführten Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, der Führung Adolf Hitlers unterstelle<sup>159)</sup>. Der 2. Bundesführer, Oberstleutnant a. D. Duesterberg, war zum Rücktritt genötigt worden.

Zu Hitlers Geburtstag hatten zahlreiche Straßen in ganz Deutschland seinen Namen erhalten. Anscheinend bereitete ihm dies jedoch keine besondere Freude. Am 27. April gab er daher folgende *Erklärung an die Presse*:<sup>160)</sup>

„In letzter Zeit wurden in zahlreichen Orten und Städten Straßen und Plätze umgetauft. So sehr ich mich über die Ehrung freue, die man mir durch die Verbindung solcher Straßen und Plätze mit meinem Namen erweist, so sehr bitte ich aber, doch davon absehen zu wollen, historische Bezeichnungen zu verändern. Wir dürfen nicht in den Fehler jener von 1918 verfallen. Jede Generation soll nur das auf sich beziehen, was sie selbst geschaffen hat. Es ist unsere Ehrenpflicht, die Namen der Novemberverbrecher von unseren öffentlichen Straßen und Plätzen zu entfernen, sie sollen dann aber wieder ihre alten Bezeichnungen erhalten. Nur das, was die nationale Revolution für die Zukunft selbst aufbaut, darf sie mit ihrem und dem Namen ihrer führenden Männer verbinden.

Adolf Hitler.“

Auf diesem Gebiet scheint sich Hitler jedoch nicht recht durchgesetzt zu haben, wie die Fülle von Adolf-Hitler-Straßen und -Plätzen in „historischen“ Bezirken deutscher Städte zwischen 1933 und 1945 bewies.

Am 27. April ernannte Hitler seinen langjährigen Sekretär *Rudolf Heß*, den Leiter der politischen Zentralkommission der NSDAP., zu seinem *Stellvertreter in Parteiangelegenheiten*. Die *Verfügung* hatte folgenden Wortlaut:<sup>161)</sup>

„Den Leiter der politischen Zentralkommission, Parteigenossen Rudolf Heß, ernenne ich zu meinem Stellvertreter und erteile ihm Vollmacht, in allen Fragen der Parteileitung in meinem Namen zu entscheiden.

Adolf Hitler.“

<sup>159)</sup> Bericht im VB. Nr. 118 v. 28. 4. 1933.

<sup>160)</sup> Mitteilung d. Reichspressestelle der NSDAP. v. 28. 4. 1933.

<sup>161)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 118 v. 28. 4. 1933.

27. April 1933

Diese Maßnahme sollte er allerdings noch bereuen <sup>162)</sup>.

Am 27. April wurde ferner bekanntgegeben, daß Hitlers langjähriger Rechtsanwalt Dr. Hans Frank II., seit März 1933 bayerischer Justizminister, zum Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz in den Ländern und für die Erneuerung der Rechtsordnung am 22. April ernannt worden sei <sup>163)</sup>.

Am 29. April erschien Hitler am Starnberger See und unternahm einen Rundflug mit dem deutschen Riesen-Flugboot der Dornier-Werft, „Do X“. Er saß im Führerstand und übernahm angeblich zeitweise selbst die Steuerung <sup>164)</sup>.

Der nächste Schritt zur weiteren Festigung von Hitlers Herrschaft galt den Gewerkschaften, deren künftiges Schicksal den ganzen April über in den Zeitungen diskutiert worden war. Für Hitler konnte es natürlich nur eine vollständige Beseitigung dieser „marxistischen“ Organisationen geben. Aber er wollte dem deutschen Arbeiter den seelischen Schock wenigstens durch ehrenvolle Reden und Demonstrationen erleichtern. Er wußte, daß „Deutschlands ärmster Sohn auch sein treuester“ <sup>165)</sup> war und sich, seiner bisherigen Führer beraubt, keiner „nationalen“ Forderung verschließen würde. Dafür sollte er auch besonders geehrt werden.

Durch Gesetz vom 10. April <sup>166)</sup> hatte Hitler den 1. Mai, der bisher von den Marxisten als ihr spezieller, antikapitalistischer Demonstrationstag begangen worden war, zum „*Feiertag der nationalen Arbeit*“ erhoben.

Für den 1. Mai 1933 hatte Hitler gewaltige Veranstaltungen in Berlin angeordnet. Sie begannen mit einer *Kundgebung der Jugend im Lustgarten* früh um 9 Uhr. Hier ließ Hitler den Reichspräsidenten eine Rede halten, um ihm dabei die freudige Begeisterung der deutschen Jugend für das neue Deutschland vor Augen zu führen. Nach der mit Jubel aufgenommenen Ansprache Hindenburgs, die mit einem dreimaligen „Hurra“ geendet hatte, trat Hitler im hellen Trenchcoat-Mantel an die Brüstung der Rampe und rief: <sup>167)</sup>

„Deutsche Jungen! Deutsche Mädchen! Unser Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg, der große Soldat und Führer des Weltkrieges, er lebe Hoch! Hoch! Hoch!“

Man sieht, Hitler ging sehr auf die Art Hindenburgs ein und vermied es, das bei den Nationalsozialisten sonst übliche dreifache „Sieg-Heil“ auszubringen. Außerdem sollte ein Unterschied herrschen zwischen ihm, dem alleingebietenden, alles wissenden und alles ordnenden Führer und dem alten Marschall, der eine vergangene Zeit verkörperte.

---

<sup>162)</sup> Hitler hielt Heß für einen zwar unbedeutenden, aber treu ergebenen Mann. Trotzdem ärgerte es ihn, daß er Heß den Titel „Stellvertreter des Führers“ gegeben hatte. „Für einen Mann wie mich gibt es keinen Stellvertreter“, erklärte Hitler einmal seinem Photographen (vgl. Heinrich Hoffmanns Erzählungen, Münchner Illustrierte Nr. 51/1959). Am 1. 12. 1933 wurde Heß wie Röhm Reichsminister. Hitler bezeichnete Heß in der Rede vom 1. 9. 1939 (vgl. Bd. II) als seinen 2. Nachfolge-Kandidaten nach Göring. Es zeigte sich jedoch, daß Heß Hitler etwas zu gut kannte und die Fahrt von Hitlers „Regierungszug“ in den Abgrund nicht mitmachen wollte. Heß floh am 10. 5. 1941 nach England.

<sup>163)</sup> WTB. v. 27. 4. 1933.

<sup>164)</sup> WTB. v. 1. 5. 1933. Im VB.-Bericht v. 2. 5. 1933 fehlt eine solche Angabe.

<sup>165)</sup> Ausspruch von Karl Bröger.

<sup>166)</sup> RGBl. 1933 I. S. 191.

<sup>167)</sup> Bericht im VB. Nr. 122 v. 2. 5. 1933. und WTB. v. 1. 5. 1933.



Um die Mittagszeit empfing Hitler Arbeiterabordnungen aus dem ganzen Reichsgebiet, aus Österreich, Danzig und aus dem Saargebiet. Am Nachmittag stellte er diese dem Reichspräsidenten vor<sup>168)</sup>.

Inzwischen waren auf dem *Tempelhofer Feld* Hunderttausende von Menschen aufmarschiert. Goebbels sprach von eineinhalb Millionen, der Eherverlag sogar von zwei Millionen<sup>169)</sup>.

Um 20 Uhr hielt Hitler dort eine große Rede und wiederholte seine alte These, die politische und soziale Not des deutschen Volkes komme nur aus seiner Zerrissenheit. Sie gipfelte in den Worten:

„Deutsches Volk, Du bist stark, wenn Du eins wirst. Deutsches Volk, Du bist nicht zweitklassig, und wenn es die Welt tausendmal haben will. Deutsches Volk, vergiß 14 Jahre des Verfalls, hebe Dich empor zu zweitausend Jahren deutscher Geschichte!“

Die Rede hatte folgenden Wortlaut:<sup>170)</sup>

„Deutsche Volksgenossen und -genossinnen! Der Mai ist gekommen. So heißt es im deutschen Liede. Und durch viele Jahrhunderte war der Tag des Maianfangs nicht nur das Symbol des Einzugs des Frühlings in die Lande, es war auch der Tag der Freude, der festlichen Stimmung und Gesinnung. Es kam eine Zeit, die diesen Tag für sich in Anspruch nahm und den Tag des werdenden Lebens und hoffnungsvoller Freude verwandelte in einen Tag des Streites und des inneren Kampfes. Eine Lehre, die unser Volk ergriffen hatte, versuchte, den Tag der erwachenden Natur, des sichtbaren Frühlingsinzugs zu verwandeln in einen Tag des Hasses, des Bruderkampfes, des Zwistes und des Leides. Jahrzehnte sind über die deutschen Lande hinweggegangen, und immer mehr schien dieser Tag die Trennung und Zerrissenheit unseres Volkes dokumentieren zu sollen. Es kam aber endlich auch die Zeit der Besinnung, nachdem das tiefste Leid unser Volk ergriffen hatte, eine Zeit des Insichkehrens und des neuen Sichzusammenfindens deutscher Menschen.

Und heute können wir wieder mit dem alten Volkslied singen: Der Mai ist gekommen. Unseres Volkes Erwachen ist da. Das Symbol des Klassenkampfes, des ewigen Streites und Haders wandelt sich nun wieder zum Symbol der großen Einigung und Erhebung der Nation. Und deshalb haben wir diesen Tag der erwachenden Natur für alle kommenden Zeiten gewählt als Tag der Wiedergewinnung unserer eigenen Kraft und Stärke und damit auch zugleich jener schaffenden Arbeit, die keine engen Grenzen kennt, nicht gebunden ist an die Gewerkschaft, an Fabriken und Kontore, einer Arbeit, die wir überall dort anerkennen und fördern wollen, wo sie in gutem Sinne für Sein und Leben unseres Volkes gestiftet wird.

Das deutsche Volk hat eine grauenvolle Not hinter sich. Nicht als ob diese etwa mangelndem Fleiß zuzuschreiben wäre, nein! Millionen unseres Volkes, sie sind tätig wie früher, Millionen Bauern schreiten hinter dem Pflug wie einst, Millionen Arbeiter stehen am Schraubstock, am dröhnenden Amboß. Millionen unseres Volkes, sie sind tätig, und Millionen andere, sie wollen tätig sein, doch sie können es nicht! Zehntausende beenden freiwillig ein Dasein, das für sie nur Kummer und Elend zu bergen scheint. Sie tauschen es ein mit dem Jenseits, von dem sie sich mehr und Besseres erhoffen. Entsetzliches Leid und Unglück hat bei uns Einkehr gehalten und in seinem Gefolge Verzagttheit, ja Verzweiflung. Und wir fragen uns nun, weshalb?

<sup>168)</sup> Bericht im VB. Nr. 122 v. 2. 5. 1933.

<sup>169)</sup> Vgl. Goebbels a. a. O. S. 306 und Eher-Broschüre.

<sup>170)</sup> Offizieller Text nach Eher-Broschüre. Außerdem Wiedergabe im VB. Nr. 122 v. 2. 5. 1933. Hugenberg hatte aus seinem Ministerium Hitler für diese Rede einen Referentenentwurf zur Verfügung gestellt, der im Bundesarchiv Koblenz (Akten der Reichskanzlei) noch erhalten ist. Hitler machte jedoch davon selbstverständlich keinen Gebrauch.

Es ist eine politische Not. Das deutsche Volk [ist] in sich zerfallen, seine ganze Lebenskraft wird für den inneren Kampf verbraucht. Das Bauen auf die Stärke des eigenen Willens, die eigene Kraft ist geschwunden. Millionen schauen in die übrige Welt und hoffen, daß von dort her ihnen Glück und Heil zuteil werde. Das Volk zerfällt, und in diesem Zerfall schwindet seine Lebenskraft, die Kraft zur Lebensbehauptung. Die Ergebnisse dieses Klassenkampfes sehen wir um uns und unter uns, und wir wollen daraus lernen. Denn eines haben wir als erste Voraussetzung für die Wiedergenesung unseres Volkes erkannt: das deutsche Volk muß sich wieder gegenseitig kennenlernen!

Die Millionen Menschen, die in Berufe aufgeteilt, in künstlichen Klassen auseinandergehalten worden sind, die, vom Ständedünkel und Klassenwahnsinn befallen, einander nicht mehr verstehen können, sie müssen wieder den Weg zueinander finden! Eine ungeheure, gewaltige Aufgabe — wir wissen es! Wenn 70 Jahre hindurch der Wahnsinn als politische Idee vertreten und gepredigt wurde, wenn 70 Jahre lang die Zerstörung der Volksgemeinschaft politisches Gebot war, dann ist es schwer, mit einem Schläge den Sinn der Menschen wenden zu wollen. Wir dürfen trotzdem daran nicht verzagen und verzweifeln. Was Menschenhände bauten, können Menschenhände stürzen, was menschlicher Wahnsinn einst erfand, kann kluge Einsicht wieder überwinden.

Wir wissen, daß dieser Prozeß des Zueinanderfindens und gegenseitigen Verstehens nicht eine Sache von Wochen oder Monaten, ja auch nur wenigen Jahren sein kann. Allein, wir haben den unerschütterlichen Willen, diese große Aufgabe vor der deutschen Geschichte zu erfüllen, haben den Entschluß, die deutschen Menschen wieder zueinander zu führen, und wenn es sein muß, zueinander zu zwingen.

Das ist der Sinn des 1. Mai, der von nun an die Jahrhunderte hindurch in Deutschland gefeiert werden soll, daß an ihm alle die, die im großen Räderwerk unserer schaffenden nationalen Arbeit tätig sind, zueinander finden und [sich] einmal im Jahre die Hände reichen mögen in der Erkenntnis, daß nichts geschehen kann, wenn nicht alle ihren Teil an Leistung und an Arbeit dabei vollbringen. Und so haben wir als Motto dieses Tages den Satz gewählt: Ehret die Arbeit und achtet den Arbeiter!

Für Millionen ist es heute schwer, über all den Haß und die Mißverständnisse, die künstlich in der Vergangenheit gezüchtet worden sind, sich wieder zusammenzufinden. Es gibt eine Erkenntnis, die uns diesen Weg leicht beschreiten läßt. Es mag einer tätig sein, wo immer — er soll und darf nie vergessen, daß sein Volksgenosse, der genau wie er seine Pflicht erfüllt, unentbehrlich ist, daß die Nation nicht besteht durch die Arbeit einer Regierung, einer bestimmten Klasse oder durch das Werk ihrer Intelligenz, sondern daß sie nur lebt durch die gemeinsame und harmonische Arbeit aller! Wenn Millionen glauben, aus der Art der Arbeit im einzelnen einen Schluß ziehen zu können auf die Würdigkeit ihres Trägers, so ist dies ein bitterer Irrtum. Es gibt viele Zehntausende unter uns, die die Achtung vor dem einzelnen abhängig machen wollen von der Art jener Arbeit, die er verrichtet. Nein! Nicht, was er schafft, sondern wie er schafft, das muß entscheidend sein. Daß Millionen unter uns jahraus, jahrein fleißig sind, ohne jemals hoffen zu können, Reichtümer zu erwerben, ja, vielleicht nur ein sorgloses Leben zu gewinnen, das soll alle verpflichten, sich erst recht zu ihnen zu bekennen. Denn ihr Idealismus und ihre Hingabe allein ermöglichen das Sein und das Leben der Gesamtheit. Wehe, wenn heute dieser Idealismus in unserem Volke vergehen und wenn des Menschen Wert nur bemessen werden sollte nach den äußeren Glücksgütern des Lebens, die auf ihn gefallen sind. Der Wert unseres Volkes würde dann kein großer mehr sein und sein Beistand kein langer.

Es ist nicht nützlich, dem Arbeiter seine Bedeutung zu erklären, dem Bauern die Notwendigkeit seiner Existenz zu beweisen, zum Intellektuellen zu gehen, zum Geistesarbeiter, um ihm die Wichtigkeit seines Tuns beizubringen. Notwendig ist, einem jeden Stand die Bedeutung des anderen zu lehren. Und so wollen wir denn in die Städte gehen, um ihnen die Notwendigkeit und das Wesen des deutschen Bauern zu verkünden, und auf das Land hinausgehen und zu unserer Intelligenz, um ihnen die Bedeutung des deutschen Arbeitertums beizubringen. Wir wollen gehen zum Arbeiter und zum Bauern, um sie zu belehren, daß es ohne deutschen Geist kein deutsches Leben gibt, daß sie

alle zusammen eine große Gemeinschaft bilden müssen: Geist, Stirn und Faust, Arbeiter, Bauern und Bürger.

Dieser 1. Mai soll zugleich dem deutschen Volke die Erkenntnis vermitteln: Fleiß und Arbeit allein schaffen nicht das Leben, wenn sie sich nicht vermählen mit der Kraft und dem Willen eines Volkes. Fleiß und Arbeit, Kraft und Wille, wenn sie zusammen wirken, erst wenn hinter der Arbeit die starke Faust der Nation zu Schutz und Schirm sich erhebt, kann wirklicher Segen erwachsen.

Und weiter soll dieser Tag dem deutschen Volke zum Bewußtsein bringen: Deutsches Volk! Du bist stark, wenn Du eins wirst, wenn Du den Geist des Klassenkampfes und Deiner Zwietracht aus Deinem Herzen reißest. Du kannst hinter Deine Arbeit eine unerhörte Kraft stellen, wenn Du die Arbeit verbindest mit dem Lebenswillen Deines gesamten Volkstums!

Wir träumen von einem Staat deutscher Nation, der unserm Volk wieder das tägliche Brot auf Erden zu sichern vermag, und wir wissen, daß hierzu die geballte Kraft der Nation notwendig ist. Wenn heute der Marxismus höhnt, dies werde nie gelingen, so werden wir den Beweis liefern, daß es gelingt. Meine Freunde! Nichts, was groß ist auf dieser Welt, ist dem Menschen geschenkt worden. Alles muß bitter schwer erkämpft werden; auch die Erhebung eines Volkes wird nicht leichthin Wirklichkeit, auch sie muß innerlich errungen werden. Wir dürfen heute nicht klagen; wir wissen es, wir werden diese Erhebung uns verdienen, werden die Freiheit unseres Volkes erringen. Und es wird sich dann erweisen, wie sehr der Marxismus nur Theorie gewesen ist und als solche schön und verführerisch, aber in Wirklichkeit nicht Nutzen und Glück für ein Volk bringen konnte.

Dieser 1. Mai, er soll dokumentieren, daß wir nicht zerstören wollen, sondern aufzubauen gedenken. Man kann nicht den schönsten Frühlingstag des Jahres zum Symbol des Kampfes wählen, sondern nur zu dem einer aufbauenden Arbeit, nicht zum Zeichen der Zersetzung und damit des Verfalls, sondern nur zu dem der völkischen Verbundenheit und damit des Emporstiegs. Es ist kein Zufall, daß es unseren Gegnern, die diesen Tag seit 70 Jahren feiern wollen, und die 14 Jahre lang in Deutschland an der Macht gewesen sind, trotz allem nicht gelungen ist, das deutsche Volk an diesem Tage so zu erfassen, wie wir es bereits am ersten zuwege brachten. Das Volk fühlt unbewußt in seinem Innern, daß jene Feiern marxistischer Art in Widerspruch standen zur Zeit der Frühlingswende. Es wollte nicht Haß, es wollte nicht Kampf, es wollte Erhebung! Und heute fühlt es: dem 1. Mai ist sein eigentlicher innerer Sinn wiedergegeben. Das ist der Grund, weshalb Millionen in ganz Deutschland freudig herausströmen, um Zeugnis abzulegen für einen Willen, der an diesem Aufbau der Nation teilhaben möchte. Und wenn wir heute zum ersten Male dieses Fest begehen, so wollen wir uns nun unsere Ziele vor Augen führen für die Zeit, die vor uns liegt: Unverrückbar wollen wir kämpfen, daß die Macht, die der neue Gedanke, der neue politische Glaube in Deutschland erobert hat, nimmermehr entschwindet, sondern im Gegenteil immer fester und fester wird.

Wir wollen kämpfen dafür, daß [sich] die neue Idee siegreich über ganz Deutschland erhebt und allmählich das ganze deutsche Volk in die Gewalt ihres Bannes zieht. Wir wollen mutig und entschlossen diese Fahne der Auferstehung unseres Volkes verteidigen gegen jeden, der sie glaubt niederreißen zu können. Wir wollen das Selbstgefühl und das Selbstbewußtsein in unserm Volk neu erwecken und dauernd zu steigern versuchen. Wir kennen die Zeit, die hinter uns liegt, und ihre Repräsentanten. Sie haben mit Absicht unserm Volke die Vorstellung eingepflegt, als wäre es insgesamt minderwertig in der Welt, nicht fähig zu großen Taten, nicht würdig des Rechtes aller anderen. Man hat Minderwertigkeitskomplexe künstlich angezchtet, weil es der Minderwertigkeit jener Parteien entsprach, die dieses Volk in langen Jahren verführten. Wir wollen es aus diesem Bann erlösen, wollen ihm unentwegt die Überzeugung einbrennen:

Deutsches Volk! Du bist nicht zweitklassig, und wenn tausendmal die Welt es haben will. Du bist nicht zweiten Wertes, nicht zweiter Bedeutung. Deutsches Volk, besinne Dich auf Dich selbst, auf Deine Vergangenheit und die Leistung Deiner Väter, ja, auf

die Leistung Deiner eigenen Generation. Vergiß 14 Jahre des Verfalles, hebe Dich empor zu zweitausend Jahren deutscher Geschichte.

Wir haben Sie, meine Volksgenossen in ganz Deutschland, vom ersten Tage an so gerufen, um Ihnen allen aus dem Gefühl der inneren Verbundenheit heraus die Überzeugung zu geben: Deutsche! Ihr seid ein Volk, das stark ist, wenn Ihr selbst stark sein wollt!

Diese Millionen, die heute in Deutschland demonstrieren, sie werden heimkehren mit dem Gefühl einer neu gewonnenen inneren Kraft und Einheit. Ich weiß es, meine Kameraden, Euer Tritt wird morgen wieder härter sein, als er es gestern war. Denn wir alle fühlen es, die Nation kann man heute vielleicht vergewaltigen, man kann sie in Ketten schlagen — beugen, demütigen kann man sie nicht mehr! Wir wollen aber damit auch an diesem Tage das Vertrauen stärken, nicht allein zu Dir selbst, deutsches Volk, nein, auch das Vertrauen zu Deiner Regierung, die sich mit Dir verbunden fühlt und ein Stück von Dir ist, die zu Dir gehört, mit Dir für Dein Leben kämpft, die kein anderes Ziel besitzt, als Dich, deutsches Volk, wieder frei und glücklich zu machen.

Und endlich soll an diesem Tage die Verbundenheit für die Zukunft durch eine Tat dokumentiert werden. Als wir zum ersten Male den Gedanken der Arbeitsdienstpflicht der Öffentlichkeit übergaben, entfachten die Vertreter der absterbenden marxistischen Welt ein großes Geschrei und erklärten: ‚Das ist ein neuer Angriff auf das Proletariat, ein Angriff auf die Arbeit, ein Angriff auf das Leben des Arbeiters!‘ Warum taten sie das? Sie wußten genau, daß es nie ein Angriff auf die Arbeit und erst recht nicht auf den Arbeiter sein werde, sondern nur ein Angriff auf ein entsetzliches Vorurteil, nämlich daß Handarbeit minderwertig sei. Dieses Vorurteil wollen wir ausrotten in Deutschland. Wir wollen in einer Zeit, da Millionen unter uns leben ohne Verständnis für die Bedeutung des Handarbeitertums, das deutsche Volk durch die Arbeitsdienstpflicht zu der Erkenntnis erziehen, daß Handarbeit nicht schändet, nicht entehrt, sondern vielmehr wie jede andere Tätigkeit dem zur Ehre gereicht, der sie getreu und redlichen Sinnes erfüllt.

Es bleibt unser unverrückbarer Entschluß, jeden einzelnen Deutschen, sei er, wer er sei, ob reich, ob arm, ob Sohn von Gelehrten oder Sohn von Fabrikarbeitern, einmal in seinem Leben zur Handarbeit zu führen, damit er sie kennenlernt, damit er auch hier einst leichter befehlen kann, weil er selbst schon vorher gehorchen lernte. Wir denken nicht daran, den Marxismus nur äußerlich zu beseitigen. Wir sind entschlossen, ihm die Voraussetzungen zu entziehen. Wir wollen den Geschlechtern, die nach uns kommen, seine geistigen Verwirrungen ersparen.

Kopf- und Handarbeiter dürfen niemals gegeneinander stehen. Deshalb rotten wir jenen dünnkelhaften Sinn aus, der so leicht den einzelnen befällt und von oben herunterschauen läßt auf die Kameraden, die ‚nur‘ am Schraubstock stehen, an der Maschine oder hinter dem Pflug. Aber nicht nur muß jeder Deutsche diese Art Arbeit einmal kennenlernen, sondern umgekehrt muß der Handarbeiter wissen, daß auch geistige Arbeit notwendig ist. Auch ihm muß beigebracht werden, daß keiner das Recht hat, auf andere herabzusehen, sich selbst besser zu dünken, sondern jeder bereit sein muß zur großen Gemeinschaft.

Wir werden in diesem Jahre zum ersten Male diesen großen ethischen Gedanken, den wir mit dem Arbeitsdienst verbinden, verwirklichen<sup>171)</sup>. Und wir wissen, daß, wenn erst einmal 40 Jahre vergangen sind, das Wort Handarbeit für Millionen Menschen dieselbe Sinneswandlung erfahren haben wird wie einst der Begriff des Landsknechts, an dessen Stelle der Begriff des deutschen Soldaten trat.

Wir werden in diesem Jahre als weitere große Aufgabe die Befreiung der schöpferischen Initiative von den verhängnisvollen Einwirkungen majoritativer Beschlüsse durch-

<sup>171)</sup> Hitler führte die Arbeitsdienstpflicht weder 1933 noch 1934 ein. Sie diente ihm nur als Propaganda-Parole. In Wirklichkeit lag ihm die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht viel mehr am Herzen. Erst Monate nach deren Einführung am 16. 3. 1935 verkündete er, sozusagen als Anhängsel, am 26. 6. 1935 eine recht bescheidene Arbeitsdienstpflicht von sechs Monaten, gemessen an der zweijährigen Militärdienstpflicht, die nur aus Propagandagründen 1935 auf 1 Jahr begrenzt, 1936 vor Entlassung des ersten Jahrgangs aber auf 2 Jahre erhöht wurde.

führen. Nicht nur im Parlament, nein, auch in der Wirtschaft. Wir wissen, daß unsere Wirtschaft nicht emporkommen kann, wenn nicht eine Synthese gefunden wird zwischen der Freiheit des schöpferischen Geistes und der Verpflichtung dem Volksganzen gegenüber. Es wird daher auch unsere Aufgabe sein, den Verträgen die Bedeutung zu geben, die ihnen zukommt. Der Mensch lebt nicht für Verträge, sondern die Verträge sind da, das Leben des Menschen zu ermöglichen. Und endlich werden wir uns in diesem Jahre bemühen, die erste Etappe auf dem Wege einer organischen Wirtschaftsführung zurückzulegen, und werden dabei von der fundamentalen Erkenntnis ausgehen: Es gibt keinen Aufstieg, der nicht beginnt bei der Wurzel des nationalen, völkischen und wirtschaftlichen Lebens, beim Bauern. Von ihm führt der Weg zum Arbeiter und weiter endlich zur Intelligenz.

Wir werden daher beim Landmann beginnen und in erster Linie dessen Wirtschaft zur Gesundung führen. Wir wissen, daß dies die erste Voraussetzung für die Gesundung der ganzen übrigen Wirtschaft ist. 14 Jahre hindurch hat man das Gegenteil getan. Die Folgen sehen wir. Nicht dem Städter, nicht dem Arbeiter, nicht dem Mittelständler wurde geholfen — sie alle kamen der Vernichtung nahe.

Und damit ergibt sich eine weitere Aufgabe: die Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung. Die Arbeitsbeschaffung teilen wir in zwei große Gruppen. Zunächst die private Arbeitsbeschaffung. Hier wird noch in diesem Jahre ein großes Werk in Angriff genommen, ein Werk, das die deutschen Bauten, die Häuser wieder in Ordnung bringen und damit Hunderttausenden Arbeit geben wird. Wir wollen in diesem Augenblick und an dieser Stelle zum ersten Male den Appell an das deutsche Volk richten: Deutsches Volk! Glaube nicht, daß das Problem der Arbeitsbeschaffung in den Sternen gelöst wird. Du selbst mußt mithelfen, es zu lösen. Du mußt aus Einsicht und Vertrauen alles tun, was Arbeit geben kann. Jeder einzelne hat die Pflicht, von sich aus nicht zu zögern mit der Beschaffung dessen, was er bedarf, nicht zu warten, um das herstellen zu lassen, was er einmal herstellen lassen muß. Jeder Unternehmer, jeder Hausbesitzer, jeder Geschäftsmann, jeder Private, er hat die Pflicht, sich der deutschen Arbeit zu erinnern. Wenn heute die Welt unwahre Behauptungen gegen uns verbreitet, wenn man die deutsche Arbeit verfehmt, dann müssen wir erwarten, daß der Deutsche sich selbst seiner Arbeit annimmt. Dies ist ein Appell, der, an Millionen einzelner gerichtet, am ehesten auch Millionen Menschen Arbeit geben kann. Weiter werden wir uns bestreben, große öffentliche Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten noch in diesem Jahre zu verwirklichen. Wir stellen ein Programm auf, das wir nicht der Nachwelt überlassen wollen, das Programm unseres Straßenneubaus, eine gigantische Aufgabe, die Milliarden erfordert. Wir werden die Widerstände dagegen aus dem Wege räumen und die Aufgabe groß beginnen. Wir werden damit eine Serie öffentlicher Arbeiten einleiten, die mithelfen, die Arbeitslosenzahl immer weiter herunterzudrücken.

Wir wollen arbeiten und wir werden arbeiten! Allein, alles hängt letzten Endes am deutschen Volke selbst, an Euch, am Vertrauen, das Ihr uns schenkt, hängt an der Kraft, mit der Ihr Euch zum nationalen Staat bekennt. Nur wenn Ihr alle selbst eins werdet im Willen, Deutschland zu retten, kann in Deutschland auch der deutsche Mensch seine Rettung finden.

Wir wissen, daß wir noch gewaltige Schwierigkeiten zu überwinden haben. Wir wissen auch, daß alle menschliche Arbeit am Ende vergeblich sein muß, wenn über ihr nicht der Segen der Vorsehung leuchtet. Aber wir gehören nicht zu denen, die sich bequem auf das Jenseits verlassen. Es wird uns nichts geschenkt. So wie der Weg der hinter uns liegenden 14 Jahre für uns bis zum heutigen Tage ein Weg ewigen Kampfes war, ein Weg, der einen oft fast verzweifeln ließ, so wird auch der Weg in eine bessere Zukunft schwierig sein. Die Welt verfolgt uns, sie wendet sich gegen uns, sie will nicht unser Recht zum Leben anerkennen, will nicht wahrhaben unser Recht zum Schutze der Heimat.

Meine deutschen Volksgenossen! Wenn die Welt so gegen uns steht, müssen wir um so mehr zu einer Einheit werden, müssen wir ihr um so mehr unentwegt versichern: Ihr könnt tun, was Ihr tun wollt! Aber niemals werdet Ihr uns beugen, niemals uns zwingen,

ein Joch anzuerkennen! Den Ruf nach gleichem Recht werdet Ihr nicht mehr aus unserem Volk beseitigen! Das deutsche Volk ist zu sich gekommen. Es wird Menschen, die nicht für Deutschland sind, nicht mehr unter sich dulden! Wir wollen uns den Wiederanstieg der Nation durch unseren Fleiß, unsere Beharrlichkeit, unseren unerschütterlichen Willen ehrlich verdienen! Wir bitten nicht den Allmächtigen: „Herr, mach uns frei!“ Wir wollen tätig sein, arbeiten, uns brüderlich vertragen, gemeinsam ringen, auf daß einmal die Stunde kommt, da wir vor den Herrn hintreten können und ihn bitten dürfen: „Herr, Du siehst, wir haben uns geändert. Das deutsche Volk ist nicht mehr das Volk der Ehrlosigkeit, der Schande, der Selbstzerfleischung, der Kleinmütigkeit und Kleingläubigkeit. Nein, Herr, das deutsche Volk ist wieder stark in seinem Willen, stark in seiner Beharrlichkeit, stark im Ertragen aller Opfer. Herr, wir lassen nicht von Dir! Nun segne unseren Kampf um unsere Freiheit und damit unser deutsches Volk und Vaterland!“

Hitler führte in diesem Schlußteil seiner Rede das deutsche Volk gewissermaßen vor den himmlischen Thron des deutschen Wolken-Gottes zur Prüfung, ob es sich gebessert habe. Kraft göttlicher Vollmacht erteilte Hitler dann Generalabsolution für alles, was in der Vergangenheit gesündigt wurde, und erbat fast mit den gleichen Worten wie einst Jakob <sup>171a)</sup> den göttlichen Segen für den bevorstehenden Freiheitskampf des deutschen Volkes.

Nach solcher Vorbereitung war es förmlich nur die Vollstreckung des göttlichen Willens, wenn Hitler am 2. Mai sämtliche Büros der bösen marxistisch-teufelischen Gewerkschaftsorganisationen schließen und ihr Vermögen beschlagnahmen ließ.

Wer noch an der Rechtmäßigkeit dieses Vorgehens zweifelte, erhielt durch folgende *amtliche Mitteilung* die nötige Aufklärung: <sup>172)</sup>

„Die Aktion gegen die freien Gewerkschaften entspricht, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, durchaus dem vom Führer Adolf Hitler proklamierten Kampf gegen den Marxismus. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß es nicht angängig sei, wenn sich der Marxismus hinter den Gewerkschaften verstecke und getarnt den Kampf weiterführe. Die Maßnahmen richteten sich nicht gegen den Arbeiter als solchen, sondern hätten den Zweck, die Gelder und sämtliche Rechte für den Arbeiter sicherzustellen.“

Trotz seiner innenpolitischen Aktionen vergaß Hitler keineswegs die Außenpolitik. Bereits am 28. April hatte er durch den deutschen Botschafter Nadolny acht *deutsche Abänderungsvorschläge* zu dem englischen Plan einer stufenweisen Verwirklichung der deutschen Gleichberechtigung in *Genf* überreichen lassen. Sie waren in Ton und Inhalt so gehalten, daß eine Einigung unmöglich wurde. Die Reaktion der Westmächte war, wie Hitler vorausgesehen hatte, scharf ablehnend. Auf keinen Fall konnte er für seine künftigen Pläne ein allzu großes Entgegenkommen der Westmächte brauchen.

Da machte er schon lieber dem *polnischen Botschafter in Berlin, Dr. Alfred Wysocki, in einer Unterredung* am 2. Mai <sup>173)</sup> beruhigende Zusicherungen und bereitete im Stillen ein deutsch-polnisches Freundschaftsabkommen vor.

*Sir John Foster Fraser vom Daily Telegraph*, London, gewährte Hitler ein *Interview* <sup>174)</sup>, in dem er sich zunächst gegen die Behauptung wandte, daß Deutschland einen Krieg wolle.

<sup>171a)</sup> 1. Buch Moses 32/26.

<sup>172)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 124 v. 4. 5. 1933.

<sup>173)</sup> Angeführt von Norman H. Baynes „The Speeches of Adolf Hitler 1922—1939“, London 1942, S. 1039.

<sup>174)</sup> Veröffentlicht am 6. 5. 1933. WTB. v. 6. 5. 1933.

Niemand in Deutschland, der den Krieg mitgemacht habe, wolle diese Erfahrung noch einmal durchmachen. Die körperliche Ertüchtigung junger Deutscher solle [vielmehr] ihre Mannestugenden und Vaterlandsliebe wiedererwecken und sie moralisch kräftigen.

Er hoffe, daß sich die Revision des Versailler Vertrages durch friedliche Mittel erreichen lasse. Der Gedanke an eine überseeische Expansion Deutschlands, wie sie vielleicht vor dem Kriege bestanden habe, sei aufgegeben worden. Deutschland wolle nicht in einen Wettbewerb zur See mit England eintreten. Das deutsche Schicksal hänge nicht von Kolonien oder Dominien ab, sondern von seinen östlichen Grenzen.

Man muß Hitler zugestehen, daß er hier seine künftige Außenpolitik fast ebenso unverschleiert servierte wie in Mein Kampf. Die Ziele hießen:

Keine überseeische Expansionspolitik, sondern Expansionspolitik in Europa, über die Grenzen Deutschlands hinaus nach Osten!

In ungezählten Reden hatte Hitler verkündet, daß es keinen Titel gäbe, der größer sei als sein Name<sup>175)</sup>.

Davon hatten die Professoren der *Technischen Hochschule Stuttgart* offenbar nichts mitbekommen. Sie wagten es tatsächlich, Hitler die Ehrendoktorwürde anzubieten. Die Herren glaubten wohl, sie könnten, so wie es früher bei sozialdemokratischen Ministern unzählige Male geschehen war, Hitler durch diese Verleihung „salonfähig“ machen. Doch dieser erteilte ihnen eine gehörige Abfuhr mit folgender *amtlichen Bekanntmachung*:<sup>176)</sup>

„Berlin, 4. Mai 1933.

Adolf Hitler hat dem Senat der Technischen Hochschule Stuttgart mitgeteilt, daß er bittet, von seiner Ernennung zum Ehrendoktor absehen zu wollen, da er grundsätzlich Ehrendokortitel nicht anzunehmen gedenke.“

Zum Trost für alle, die den Gewerkschaften etwas nachtrauerten, erließ Hitler am 4. Mai folgenden *Aufruf zur Stiftung für Opfer der Arbeit*:<sup>177)</sup>

„Ein denkwürdiger Tag ist vorüber: der erste Feiertag der nationalen Arbeit. In überwältigenden, noch nie dagewesenen Kundgebungen hat sich das deutsche Volk zur Ehrung der deutschen Arbeit und des deutschen Arbeitertums bekannt. Über ganz Deutschland hin hat dieses wunderbare Bekenntnis in tausendfachen Demonstrationen ergreifenden Ausdruck gefunden. Aber dieser historische Tag darf nicht vorbeigehen, ohne daß der elementare Gefühlsausdruck des Volkes auch einen bleibenden Ausdruck findet, und ohne daß dieses ideale Bekenntnis auch seinen materiellen Niederschlag in einer Leistung der Dankbarkeit findet.

Sieben deutsche Bergarbeiter, Angehörige des Arbeiterstandes, denen das Los der härtesten Arbeit zugefallen ist, sind am Vorabend des 1. Mai einem furchtbaren Unglück zum Opfer gefallen und auf dem Felde der Arbeit geblieben<sup>178)</sup>. Witwen und Waisen sind ihrer Ernährer beraubt worden. Der Tod dieser Helden soll der ganzen Nation der Anlaß sein, eine Stiftung zu errichten, aus der von jetzt an allen Soldaten der Arbeit, die auf dem Felde des Kampfes um das tägliche Brot fallen, die ausreichende Versorgung ihrer Familien gewährleistet wird. Es darf nicht mehr vorkommen, daß in Zukunft solche Opfer der Arbeit auf die knappen Leistungen der öffentlichen Fürsorge angewiesen sind. Es ist vielmehr eine Ehrenpflicht aller Deutschen, insbesondere aber der Begüterten unter ihnen, hier ihr Bestes und Möglichstes zu tun.

<sup>175)</sup> Vgl. z. B. S. 135.

<sup>176)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 125 v. 5. 5. 1933.

<sup>177)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 125 v. 5. 5. 1933.

<sup>178)</sup> Es handelte sich um ein Unglück auf einer Zeche „Matthias Stinnes“ in Essen. Der anschließend genannte Ehrenausschuß bestand aus dem Industriellen Fritz Thyssen, dem Leiter der NSBO. Schuhmann und dem Deutschnationalen Emil Georg R. v. Stauß (1877—1942).

4. Mai 1933

Ich rufe hiermit zur Errichtung einer Stiftung für die Opfer der Arbeit auf! Aus ihr sollen in Zukunft die Hinterbliebenen aller deutschen Arbeiter, die in ihrem Berufe tödlich verunglückt sind, unterstützt werden. Diese Stiftung kann nicht groß genug sein. Sie muß ein sichtbares Symbol der Ehrfurcht des deutschen Volkes vor der nationalen Arbeit und ein Denkmal der unzerreißbaren Gemeinschaft aller Klassen und Stände untereinander werden.

Spenden für diese Stiftung können auf das Konto: „Stiftung für Opfer der Arbeit bei der Reichs-Kreditgesellschaft, Berlin W 8, Konto Nr. IIIb 49, eingezahlt werden.

Die Verwendung der Mittel wird von einem Ehrenausschuß bestimmt, der sich aus folgenden Personen zusammensetzt: Walther Schuhmann, Fritz Thyssen, Dr. Emil Georg v. Stauß.

Berlin, den 4. Mai 1933.

Der Reichskanzler: Adolf Hitler.“

Unermüdlich in seiner Redetätigkeit, sprach Hitler am 7. Mai auf einer *Kundgebung von 45 000 SA.-Männern in Kiel*<sup>179)</sup>. So wie Christus einst seinen Jüngern erklärt hatte, „Ihr seid in mir und ich in Euch“<sup>180)</sup>, so erklärte Hitler nun nun seinen SA.-Leuten:

„So wie ich der Eure bin, so seid Ihr die Meinen! So wie ich kein anderes Ziel habe, als Deutschland wieder stark und frei zu machen, so muß Euer Wille sich mit dem meinen verschmelzen. Ihr habt damals diszipliniert und treu hinter mir gestanden, als man uns unsere Braunhemden auszog. Damals habt Ihr Eure Nerven behalten. Ich bitte Euch auch heute, erinnert Euch dessen und behaltet auch für die Zukunft die Nerven.

Ich glaube, wenn wir die 14 Jahre zurückblicken und das Wunder von heute ansehen, dann dürfen wir zufrieden sein.

Mehr von der Zukunft zu erwarten wäre unbillig. Was sich in diesen drei Monaten vollzog, ist als Wunder zu werten, und was sich weiter vollziehen wird, dürfte nicht geringer sein. Unser Kampf geht weiter!

Kameraden! Wir gehen jetzt einer schweren Zeit entgegen. Das ganze Leben wird niemals etwas anderes sein als Kampf. Aus dem Kampf seid Ihr gekommen, hofft nicht für morgen oder übermorgen auf Frieden.

Wir müssen den Kampf um das Innere des deutschen Menschen fortführen. Wir wollen keinen Krieg und kein Blutvergießen, aber wir wollen das Recht zum Leben, das Recht zur Freiheit.

Wir wollen, daß das deutsche Volk nicht als Paria behandelt wird.

Schwer wird die Zukunft sein. Sie wird ein großer Erfolg für unsere Fahne werden, wenn Ihr das bleibt, was Ihr gewesen seid, die alte eiserne Garde der Revolution, treu und diszipliniert wie einst der Soldat des deutschen Volkes.“

Am 10. Mai gab Hitler die *Gründung einer Deutschen Arbeitsfront mit folgender Verfügung* bekannt:<sup>181)</sup>

„Den Stabsleiter der PO. [Politischen Organisation] der NSDAP., Dr. Robert Ley, erenne ich zum Führer der Deutschen Arbeitsfront. Den Gauleiter Forster-Danzig erenne ich zum Führer der Angestelltenverbände. Den Leiter der NSBO. Schuhmann erenne ich zum Führer der Arbeiterverbände.

Berlin, den 10. Mai 1933.

Adolf Hitler.“

Am Nachmittag des gleichen Tages hielt Hitler eine *lange Rede auf dem ersten Kongreß der Deutschen Arbeitsfront* im Sitzungssaal des Preußischen Staats-

<sup>179)</sup> Bericht im VB. Nr. 128 v. 8. 5. 1933.

<sup>180)</sup> Johannes-Evangelium Kap. 14 Vers 20.

<sup>181)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 131 v. 11. 5. 1933.



10. Mai 1933

rates<sup>182)</sup>. Er erging sich in endlosen „philosophischen“ Ausführungen über die Betriebsformen der Wirtschaft, die Entpersönlichung des Besitzes und natürlich über die marxistische Gewerkschaftsorganisation.

„Der Marxismus als Weltauffassung der Dekomposition hat mit scharfem Blick in der Gewerkschaftsbewegung die Möglichkeit erkannt, den Angriff gegen den Staat und die menschliche Gesellschaft nunmehr mit einer absolut vernichtenden Waffe zu führen. Nicht etwa, um dem Arbeiter zu helfen — was ist der Arbeiter irgendeines Landes diesen internationalen Aposteln? Gar nichts! Sie sehen ihn nicht! Es sind das keine Arbeiter, es sind volksfremde Literaten, volksfremdes Pack!“

Die Angriffe gegen die sogenannten Novemberverbrecher durften hier nicht fehlen. Hitler war eigentlich noch immer den Prozeß gegen diese angeblichen Landesverräter schuldig, deren „Köpfe er rollen“<sup>183)</sup> lassen wollte.

Aber er fand sie offensichtlich nicht. Angeblich waren sie jedoch so zahlreich, daß er „Zehntausende“ erschlagen müßte.

„Die Summe von Not, Leid und Elend, die seitdem [1918] durch Millionen von kleinen Arbeiterfamilien und kleinen Haushalten gezogen ist, können die Verbrecher des November 1918 nicht verantworten. Sie sollen sich darum auch über nichts beklagen. Vergeltung haben wir nicht geübt. Wollten wir Vergeltung üben — wir hätten sie zu Zehntausenden erschlagen müssen.“

Im weiteren Verlauf seiner langen Rede bezeichnete sich Hitler schließlich selbst als den einzigen, der alle deutschen Schichten und Klassen wirklich kenne und daher allein deren „ehrlicher Makler“<sup>184)</sup> sein könne.

„Ich bin an sich ein Feind der Übernahme aller Ehrentitel, und ich glaube nicht, daß man mir hierin einmal viel wird vorwerfen können. Was ich nicht unbedingt tun muß, tue ich nicht. Ich möchte mir auch niemals etwa Visitenkarten drucken lassen mit den Bezeichnungen, die einem auf dieser irdischen Welt so ruhmvoll verliehen werden. Ich möchte auf meinem Grabstein nichts anderes haben als meinen Namen. Aber ich bin nun einmal durch meinen eigenartigen Lebensgang vielleicht mehr als jeder andere befähigt, das Wesen und das ganze Leben der verschiedenen deutschen Stände zu verstehen und zu begreifen, nicht weil ich dieses Leben etwa von oben herunter hätte beobachten können, sondern weil ich es selbst mitgelebt habe, weil ich mitten in diesem Leben stand, weil mich das Schicksal in seiner Laune oder vielleicht auch in seiner Vorsehung einfach in diese breite Masse Volk und Menschen hineingeworfen hat. Weil ich selbst jahrelang als Arbeiter am Bau schuf und mir mein Brot verdienen mußte. Und weil ich zum zweiten Male dann wieder jahrelang in dieser breiten Masse stand als gewöhnlicher Soldat, und weil das Leben mich dann in die anderen Schichten unseres Volkes hinein hob, so daß ich auch diese besser kenne als Unzählige, die in diesen Schichten geboren sind. So hat mich das Schicksal vielleicht mehr als irgendeinen anderen dazu bestimmt, der — ich darf dieses Wort für mich gebrauchen — ehrliche Makler zu sein, der ehrliche Makler nach jeder Seite hin. Ich bin persönlich nicht interessiert; weder bin ich vom Staat abhängig, noch von einem öffentlichen Amte, noch bin ich abhängig von der Wirtschaft oder von der Industrie, auch nicht von irgendeiner Gewerkschaft. Ich bin ein unabhängiger Mann, und ich habe mir kein anderes Ziel gesetzt, als nach meinem Ver-

<sup>182)</sup> Amtlicher Wortlaut in der Eher-Broschüre. Wiedergabe auch im VB. Nr. 131 v. 11. 5. 1933

<sup>183)</sup> Rede vor dem Reichsgericht in Leipzig am 25. 9. 1930. Vgl. auch S. 14.

<sup>184)</sup> Hitler spielte hier auf ein Wort Bismarcks an, das dieser 1878 im Reichstag im Hinblick auf die Rolle Deutschlands beim Berliner Kongreß (zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Rußland und der Türkei) gebrauchte.

mögen und Können dem deutschen Volke zu nützen – und hier vor allem den Millionen Menschen zu nützen, die dank ihrer Gutgläubigkeit, ihrer Unkenntnis und der Schlechtigkeit ihrer früheren Führer vielleicht am meisten geschlagen worden sind. Ich habe mich immer zu der Auffassung bekannt, daß es nichts Schöneres gibt, als Anwalt derer zu sein, die sich selbst nicht gut verteidigen können.“

Hitler spielte sich allerdings nur dann als Anwalt bedrängter Deutscher auf, wenn dies gerade in sein jeweiliges innen- oder außenpolitisches Konzept paßte. Das Schicksal der Deutschen z. B., die er in die Konzentrationslager geworfen hatte und die ebenfalls „sich selbst nicht gut verteidigen“ konnten, berührte ihn genau so wenig wie dasjenige der Südtiroler oder Wolga-Deutschen; von den Juden, Polen, Serben, Russen usw. ganz zu schweigen.

Ohne Atem zu holen, versetzte Hitler nun den von ihm besonders gehaßten *Intellektuellen* einige Hiebe:

„Ich kenne dieses breite Volk und möchte unseren Intellektuellen immer nur eins sagen: Jedes Reich, das ihr nur auf den Schichten des intellektuellen Verstandes aufbaut, ist schwach gebaut!

Ich kenne diesen Verstand: ewig klügelnd, ewig forschend, aber auch ewig unsicher, ewig schwankend, beweglich, nie fest! Wer auf diesen intellektuellen Schichten allein ein Reich aufbauen will, wird sehen, daß er nicht fest baut. Es ist kein Zufall, daß die Religionen stabiler sind als die Staatsformen. Sie pflegen zumeist ihre Wurzeln tiefer in das Erdreich zu senken; sie wären gar nicht denkbar ohne dieses breite Volk. Ich weiß, daß die intellektuellen Schichten nur zu leicht von dem Hochmut erfaßt werden, dieses Volk nach den Maßstäben ihres Wissens und ihres sogenannten Verstandes zu messen; und doch gibt es hier Dinge, die oft der Verstand der Verständigen<sup>184a)</sup> nicht sieht, weil er sie nicht sehen kann. Dieses breite Volk aber ist sicherlich oft schwerfällig und ist sicherlich in mancher Hinsicht rückständig und nicht so beweglich, nicht so geistreich und nicht so geistig. Aber es hat etwas: es hat Treue, es hat Beharrlichkeit, es hat Stabilität.“

Mit solchen Tugenden konnte Hitler freilich mehr anfangen als mit nüchterner „intellektueller“ Überlegung, mit wirklicher Geschichtskennntnis und mit kühlem Abwägen der Kräfte, die Deutschland besaß, und derjenigen, über die die anderen Völker und Mächte verfügten. —

Besondere Komplimente wie den Bauern am 5. April<sup>185)</sup> konnte Hitler den deutschen Arbeitern freilich nicht machen. Denn sie hatten nur zum geringen Teil an Hitlers Machtübernahme mitgewirkt. Aber er wollte doch wenigstens unterstreichen, daß auch „kleine Volksgenossen“ für seinen Sieg gearbeitet hatten.

„Ich kann wohl sagen: Der Sieg dieser Revolution wäre niemals gekommen, wenn nicht meine Gefährten, die breite Masse unserer kleinen Volksgenossen, in unerhörter Treue und in unerschütterlicher Beharrlichkeit hinter uns gestanden wären. Ich kann mir gar nichts Besseres für unser Deutschland denken, als wenn es gelingt, nun diese Menschen, die auch außerhalb unserer Kampffreien stehen, in den neuen Staat hineinzuführen und sie zu einem tragenden Fundament des neuen Staates zu gestalten.

Ein Dichter sprach einst das Wort aus: ‚Deutschland wird dann am größten sein, wenn seine ärmsten Söhne seine treuesten Bürger sind.‘ Ich habe nun diese ärmsten Söhne vierundeinhalb Jahre kennengelernt als Musketiere im großen Weltkrieg; ich habe sie kennengelernt, die vielleicht gar nichts für sich zu gewinnen hatten, und die einfach aus der Stimme des Blutes, aus dem Gefühl der Volkszugehörigkeit heraus Helden gewesen sind.

<sup>184a)</sup> Parodie auf 1. Kor. 1, Vers 19, und Jesaja 29, Vers 14.

<sup>185)</sup> Vgl. S. 253.

Kein Volk hat mehr Recht, seinem unbekanntem Musketier Monumente zu setzen als unser deutsches Volk. Diese unerschütterliche Garde, die in unzähligen Schlachten standgehalten hat, die niemals wankte und niemals wich, die tausend Beispiele eines unerhörten Mutes, einer Treue, einer Opferwilligkeit, einer Disziplin und eines Gehorsams gegeben hat, müssen wir dem Staat erobern, müssen wir dem kommenden Deutschen Reich, unserm Dritten Reich gewinnen. Das ist vielleicht das Kostbarste mit, das wir ihm geben können.

Weil ich aber dieses Volk besser kenne als irgendein anderer, der zugleich das übrige Volk kennt, bin ich in diesem Falle nicht nur bereit, diese ehrliche Maklerrolle zu übernehmen, sondern ich bin glücklich darüber, daß das Schicksal mir diese Rolle zuteilen kann. Ich werde keinen größeren Stolz in meinem Leben besitzen als den, einst am Ende meiner Tage sagen zu können: Ich habe dem Deutschen Reiche den deutschen Arbeiter erkämpft!"

Am 12. Mai machte Hitler einen Besuch bei dem 76jährigen Benediktinerabt Albanus Schachleitner, der in Feilnbach bei Bad Aibling im Ruhestand lebte, und gratulierte ihm zu seinem 50jährigen Ordensjubiläum<sup>186)</sup>. Schachleitner hatte sich verschiedentlich offen zu Hitler bekannt und war daher für diesen eine willkommene Propagandafigur zur Beeinflussung des katholischen Bevölkerungsteils, ähnlich wie der Wehrkreispfarrer und spätere Reichsbischof Ludwig Müller sie für den evangelischen Bevölkerungsteil darstellte.

Für den 17. Mai hatte Hitler den Reichstag einberufen lassen, um eine Regierungserklärung zur Außenpolitik abzugeben. Veranlassung zu dieser Staatsaktion war der Beschluß der Genfer Abrüstungskonferenz vom 11. Mai, den deutschen Wehrverbänden SA., SS., Stahlhelm usw. bei der künftigen Neuregelung der Wehrverhältnisse militärischen Charakter zuzuerkennen. Wie bereits erwähnt, liefen die Pläne der Westmächte damals auf die Bildung eines Milizsystems in ganz Europa hinaus, das an die Stelle der stehenden Heere treten sollte.

Nun war Hitler bekanntlich ein erklärter Feind jeder Miliz und hatte dies bereits in Mein Kampf<sup>187)</sup> zum Ausdruck gebracht. Er sah im zweijährig gedienten Wehrpflichtsoldaten den einzig möglichen Kämpfer, mit dem er seine Eroberungspläne im Osten würde verwirklichen können.

Allerdings war der Genfer Beschluß vom 11. Mai nicht der einzige Grund für die außenpolitische Rede am 17. Mai. Hitler wollte vielmehr ein Alibi für den schon damals geplanten Austritt aus dem Völkerbund und aus der Abrüstungskonferenz schaffen.

Die Rede vom 17. Mai 1933 war die erste von zahlreichen ähnlichen, die er bis zum Jahre 1939 vom Stapel ließ. In breiter Ausführlichkeit schilderte er jedesmal, in welcher getreuer Weise Deutschland die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages erfüllt und wie schändlich sich dagegen die anderen Mächte, vor allem Frankreich und seine Verbündeten, aufgeführt hätten. Er jonglierte in beliebiger Weise mit Zahlenreihen, rechnete die Millionen zerstörter Gewehre, Karabiner, Maschinengewehre, Geschütze, Granaten vor und zählte dagegen die Flugzeuge, Reserveflugzeuge, Kampfwagen, Gasgranaten usw. der übrigen Mächte förmlich einzeln auf.

Waren es auch meist Zahlen, die niemand nachkontrollieren konnte, so wirkten sie doch eindrucksvoll.

Es war auch nicht so, daß Hitlers Argumente alle aus der Luft gegriffen und völlig unberechtigt gewesen seien. Der Versailler Vertrag enthielt tatsächlich eine

<sup>186)</sup> Bericht im VB. Nr. 136 v. 16. 5. 1933.

<sup>187)</sup> Vgl. Mein Kampf S. 603 ff.

Fülle kleinlicher Vorschriften und entwürdigender Bestimmungen. Die Grenzen im Osten waren keineswegs glücklich gezogen, im Westen besaß Deutschland eine entmilitarisierte Zone bis 50 Kilometer rechts des Rheins, in der es keine volle Souveränität hatte. Der Versailler Vertrag war ein Konglomerat von Halbheiten, sowohl für Deutschland als auch für seine Nachbarn. Es ist bezeichnet, daß nicht nur Hitler vom Schandvertrag von Versailles sprach, sondern auch Foch, der siegreiche Marschall von Frankreich<sup>188)</sup>. Dieser kämpfte bis zum Ende seines Lebens gegen das Unrecht, das man dem siegreichen Frankreich mit der Grenzziehung von 1919 angetan habe und bezeichnete u. a. die Entmilitarisierung des Rheinlandes – wie die weitere Entwicklung zeigte, sehr mit Recht – als wertlos, wenn die Rheinbrücken nicht in der Hand Frankreichs oder der alliierten Mächte seien.

Frankreich betrachtete auch das 100 000-Mann-Berufsheer, das der Versailler Vertrag Deutschland zugebilligt hatte, als äußerst gefährlich, da jeder Offizier und jeder Mann als Kader-Führer bzw. -Unterführer ausgebildet wurden und das Gerüst für ein späteres Wehrpflichtheer darstellten. Daher auch Frankreichs Vorschläge zur Bildung von Milizen und seine Weigerung abzurüsten. Im Jahre 1932 konnte man in Frankreich Plakate an den Anschlagstafeln lesen, die die Aufschrift trugen: „Frankreich hat vier Invasionen in 100 Jahren erlebt. Frankreich braucht nicht abzurüsten!“<sup>189)</sup>

In den Jahren 1932 und 1933 hatten auch die Westmächte eingesehen, daß eine Revision des Versailler Vertrages notwendig war, und verhandelten über eine tragbare Lösung. Eine solche hätte Hitler die Argumente für die von ihm geplanten Gewaltaktionen genommen, und daher bot er seine ganze Beredsamkeit auf, um ein Arrangement zu verhindern. Getreu seiner These von der Gleichheit der Innen- und der Außenpolitik hatte er sich auf die Bestimmungen des Versailler Vertrages fast ebenso spezialisiert wie auf die Artikel der Weimarer Verfassung. Er gedachte, seine militärischen Vorhaben mit der Ungerechtigkeit des Versailler Vertrages zu begründen, sich dabei selbst als Friedensapostel aufzuspielen und die übrigen Mächte zu Schuldigen zu stempeln, die seine gutgemeinten Vorschläge nicht akzeptieren wollten. Diese Taktik Hitlers begann am 17. Mai 1933.

Die Rede Hitlers vom 17. Mai ist auch insofern bemerkenswert, als hier der Reichstag, obwohl in ihm, außer den Nationalsozialisten, noch die Vertreter der SPD., des Zentrums und der Rechtsparteien saßen, zum erstenmal die neue Rolle spielen mußte, die ihm Hitler für die Zukunft zugeordnet hatte: Forum zu sein für die Reden, die er nicht nur an das deutsche Volk, sondern an die ganze Welt richtete.

Dies brachte er schon in den einleitenden Sätzen der Reichstagsrede zum Ausdruck, die folgenden Wortlaut hatte:<sup>190)</sup>

„Abgeordnete, Männer und Frauen des Deutschen Reichstages! Namens der Reichsregierung habe ich den Reichstagspräsidenten gebeten, den Reichstag einzuberufen, um vor diesem Forum zu den Fragen Stellung zu nehmen, die heute nicht nur unser Volk, sondern die ganze Welt bewegen.

<sup>188)</sup> Vgl. Raymond Recouly, Memorial de Foch, Paris 1929. (Deutsche Übersetzung: Marschall Foch, Erinnerungen, Berlin 1929.)

<sup>189)</sup> Beobachtung des Verfassers. Mit den vier Invasionen waren die Kriegereignisse 1814, 1815, 1870 und 1914 gemeint, wobei es sich allerdings 1814 und 1815 nicht nur um deutsche Einmärsche, sondern um internationale Interventionen gegen Napoleon handelte.

<sup>190)</sup> Offizieller Wortlaut nach der Eher-Broschüre, die der Wiedergabe im VB, Nr. 138 v. 18. 5. 1933 entspricht. Einige unwesentliche Hörfehler sind nach den Aufzeichnungen des Verfassers berichtigt.

17. Mai 1933

Die ihnen bekannten Probleme sind von so großer Bedeutung, daß von ihrer glücklichen Lösung nicht nur die politische Befriedigung, sondern auch die wirtschaftliche Rettung aller abhängt.

Wenn ich dabei für die Deutsche Regierung dem Wunsche Ausdruck gebe, ihre Behandlung der Sphäre jeder Leidenschaftlichkeit zu entziehen, dann geschieht es nicht zum geringsten in der alle beherrschenden Erkenntnis, daß die Krise der heutigen Zeit ihren tiefsten Ursprung selbst nur jenen Leidenschaften zu verdanken hat, die nach dem Kriege die Einsicht und die Klugheit der Völker verdunkelt haben.

Denn alle die heutige Unruhe verursachenden Probleme liegen in den Mängeln des Friedensvertrages begründet, der es nicht vermochte, die wichtigsten und entscheidendsten Fragen der damaligen Zeit für alle Zukunft überlegen, klar und vernünftig zu lösen. Weder die nationalen noch die wirtschaftlichen oder gar die rechtlichen Angelegenheiten und Forderungen der Völker sind durch diesen Vertrag in einer Weise gelöst worden, daß sie vor der Kritik der Vernunft für alle Zeiten bestehen könnten. Es ist daher verständlich, daß der Gedanke einer Revision nicht nur zu den dauernden Begleiterscheinungen der Auswirkungen dieses Vertrages gehört, sondern die Revision sogar von seinen Verfassern als nötig vorausgesehen wurde und daher im Vertragswerk selbst eine rechtliche Verankerung fand.

Wenn ich hier kurz auf die Probleme eingehe, die dieser Vertrag hätte lösen sollen, dann geschieht es deshalb, weil durch das Versagen auf diesen Gebieten sich zwangsläufig die späteren Situationen ergeben mußten, unter denen die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Völker seitdem leiden.

Die politischen Probleme sind folgende: Durch viele Jahrhunderte entstanden die europäischen Staaten und ihre Grenzziehungen aus Auffassungen heraus, die nur innerhalb eines ausschließlich staatlichen Denkens lagen. Mit dem siegreichen Durchbruch des nationalen Gedankens und des Nationalitäten-Prinzips im Laufe des vergangenen Jahrhunderts wurden infolge der Nichtberücksichtigung dieser neuen Ideen und Ideale durch die aus anderen Voraussetzungen heraus entstandenen Staaten die Keime zu zahlreichen Konflikten gelegt. Es konnte nach Beendigung des großen Krieges keine höheren Aufgaben für eine wirkliche Friedenskonferenz geben als in klarer Erkenntnis dieser Tatsache eine Neugliederung und Neuordnung der europäischen Staaten vorzunehmen, die diesem Prinzip im höchstmöglichen Umfang gerecht wurde. Je klarer durch diese Regelung die Volksgrenzen sich mit den Staatsgrenzen deckten, um so mehr mußte damit eine große Reihe von künftigen Konfliktmöglichkeiten aus der Welt geschafft werden. Ja, diese territoriale Neugestaltung Europas unter Berücksichtigung der wirklichen Volksgrenzen wäre geschichtlich jene Lösung gewesen, die mit dem Blick in die Zukunft vielleicht für Sieger und Besiegte die Blutopfer des großen Krieges als doch nicht ganz vergebliche hätte erscheinen lassen können, weil durch sie der Welt die Grundlagen für einen wirklichen Frieden gegeben worden wären.

Tatsächlich entschloß man sich aber teils aus Unkenntnis, teils aus Leidenschaft und Haß zu Lösungen, die ewig den Keim neuer Konflikte schon in ihrer Unlogik und Unbilligkeit tragen.

Folgende waren die wirtschaftlichen Probleme, die dieser Konferenz zur Lösung vorlagen:

Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation Europas ist gekennzeichnet durch die Übervölkerung des europäischen Westens und durch die Armut des Bodens dieser Gebiete an gewissen Rohstoffen, die gerade in jenen Gebieten mit alter Kultur dem dort gewohnten Lebens-Standard unentbehrlich sind. Wollte man eine gewisse Befriedigung Europas für menschlich absehbare Zeit herbeiführen, dann mußte man, statt der unfruchtbaren und gefährlichen Begriffe wie Buße, Strafe, Wiedergutmachung usw. die tiefe Erkenntnis verfolgen und berücksichtigen, daß mangelnde Existenzmöglichkeit immer eine Quelle von Völkerkonflikten gewesen ist. Statt den Gedanken der Vernichtung zu predigen, mußte man eine Neuordnung der internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen vornehmen, die den Existenznotwendigkeiten der einzelnen Völker im höchstmöglichen Umfang gerecht wurde.

Es ist nicht weise, die wirtschaftlichen Lebensmöglichkeiten einem Volke zu entziehen ohne Rücksicht darauf, daß die davon abhängige Bevölkerung darauf angewiesen ist, in diesem Gebiete weiterhin zu leben. Die Meinung aber, durch die wirtschaftliche Vernichtung eines 65-Millionen-Volkes anderen Völkern einen nützlichen Dienst zu erweisen, ist eine unsinnige. Sehr bald würden die Völker, die so verfahren wollten, nach den natürlichen Gesetzen von Ursache und Wirkung spüren, daß sie derselben Katastrophe zugeführt werden, die sie dem einen Volke bereiten wollten. Der Gedanke der Reparationen und ihrer Durchführung wird einmal in der Völkergeschichte ein Schulbeispiel dafür sein, wie sehr die Außerachtlassung der internationalen Wohlfahrt allen schädlich sein kann.

Tatsächlich konnte die Reparationspolitik nur vom deutschen Export bezahlt werden. Im gleichen Ausmaß, wie Deutschland wegen der Reparationen als internationales Exportunternehmen betrachtet wurde, mußte aber der Export der Gläubigerstaaten leiden. Der wirtschaftliche Nutzen der Reparationszahlungen konnte daher in keinem Verhältnis zu dem Schaden stehen, der den Einzelvolkswirtschaften mit den Reparationen zugefügt wurde.

Der Versuch, eine solche Entwicklung dadurch abzuwenden, daß eine Beschränkung des deutschen Exports durch Kreditgewährungen zur Ermöglichung der Zahlungen ausgeglichen wurde, war wenig umsichtig und im Endergebnis falsch. Denn die Umschuldung der politischen in private Verpflichtungen führte zu einem Zinsdienst, dessen Erfüllung zu denselben Ergebnissen führen mußte. Das Schlimmste aber war, daß die Entwicklung des binnenwirtschaftlichen Lebens künstlich gehemmt und vernichtet wurde. Der Kampf auf den Weltabsatzmärkten durch dauernde Preisunterbietungen führte zu einer Überspitzung der Rationalisierungsmaßnahmen in der Wirtschaft.

Die Millionen unserer Arbeitslosen sind das letzte Ergebnis dieser Entwicklung. Wollte man aber die Reparationsverpflichtungen auf Sachlieferungen beschränken, dann mußte dies zu einer nicht minder großen Schädigung der Binnenerzeugung der also beglückten Völker führen. Denn Sachlieferungen in dem in Frage kommenden Umfang sind nicht denkbar, ohne den Bestand der eigenen Produktionen der Völker auf das stärkste zu gefährden.

Es ist die Schuld des Versailler Vertrages, eine Zeit eingeleitet zu haben, in der finanzielle Rechenkunst die wirtschaftliche Vernunft umzubringen scheint.

Deutschland hat diese ihm auferlegten Verpflichtungen trotz der ihnen innewohnenden Unvernunft und der vorauszuhenden Folgen geradezu selbstmörderisch treu erfüllt.

Die internationale Wirtschaftskrise ist der unumstößliche Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung.

Der Gedanke der Wiederherstellung eines allgemeinen internationalen Rechtsempfindens ist durch den Vertrag nicht minder vernichtet worden.

Denn um die gesamten Maßnahmen dieses Ediktes zu motivieren, mußte Deutschland zum Schuldigen gestempelt werden. Dies ist ein ebenso einfaches wie allerdings unmögliches Verfahren. In Zukunft wird also die Schuld an Auseinandersetzungen immer der Besiegte tragen; denn der Sieger hat ja immer die Möglichkeit, diese Feststellung einfach zu treffen.

Dieser Vorgang führte deshalb zu furchtbarer Bedeutung, weil er damit zugleich eine Begründung gab für die Umwandlung eines am Ende dieses Krieges vorhandenen Kräfteverhältnisses in eine dauernde Rechtsform. Die Begriffe Sieger und Besiegte wurden damit förmlich zum Fundament einer neuen internationalen Rechts- und Gesellschaftsordnung gemacht.

Die Disqualifizierung eines großen Volkes zu einer Nation zweiten Ranges und zweiter Klasse wurde in einem Augenblick proklamiert, in dem ein Bund der Nationen aus der Taufe gehoben werden sollte.

Diese Behandlung Deutschlands konnte in der Folge nicht zu einer Befriedung der Welt führen. Die damit für nötig erachtete Abrüstung und Wehrlosmachung der Besiegten, ein in der Geschichte europäischer Nationen unerhörter Vorgang, war noch weniger

17. Mai 1933

geeignet, die allgemeinen Gefahren und Konflikte zu vermindern, sondern führte nur in den Zustand jener ewigen Drohungen, Forderungen und Sanktionen, die als fortdauernde Unruhe und Unsicherheit zum Grabe der gesamten Wirtschaft zu werden drohen. Wenn im Völkerleben jede Überlegung hinsichtlich des Risikos bei bestimmten Handlungen ausfällt, wird nur zu leicht die Unvernunft über die Vernunft siegen. Der Völkerbund hat zum mindesten bisher gerade den Schwachen, Nichtgerüsteten bei solchen Anlässen keine merkliche Hilfe zukommen zu lassen vermocht. Verträge, die zur Befriedung des Lebens der Völker untereinander abgeschlossen werden, haben nur dann einen inneren Sinn, wenn sie von einer wirklichen und aufrichtigen Gleichberechtigung aller ausgehen. Gerade darin liegt die Hauptursache der seit Jahren die Welt beherrschenden Gärung.

Daß aber die heute vorliegenden Probleme eine vernünftige und endgültige Lösung erfahren, liegt im Interesse aller. Kein neuer europäischer Krieg wäre in der Lage, an Stelle der unbefriedigenden Zustände von heute etwas Besseres zu setzen.

Im Gegenteil, weder politisch noch wirtschaftlich könnte die Anwendung irgendeiner Gewalt in Europa eine günstigere Situation hervorrufen, als sie heute besteht. Selbst bei ausschlaggebendem Erfolg einer neuen europäischen Gewaltlösung würde als Endergebnis eine Vergrößerung der Störung des europäischen Gleichgewichts eintreten und damit so oder so der Keim für spätere neue Gegensätze und neue Verwicklungen gelegt werden.

Neue Kriege, neue Unsicherheit und eine neue Wirtschaftsnot würden die Folge sein. Der Ausbruch eines solchen Wahnsinns ohne Ende aber müßte zum Zusammenbruch der heutigen Gesellschafts- und Staatsordnung führen. Ein im kommunistischen Chaos versinkendes Europa würde eine Krise von unabsehbaren Ausmaßen und nicht abzuschätzender Dauer heraufbeschwören.

Es ist der tiefernste Wunsch der nationalen Regierung des Deutschen Reiches, eine solche unfriedliche Entwicklung durch ihre aufrichtige und tätige Mitarbeit zu verhindern.

Das ist auch der innere Sinn der in Deutschland vollzogenen Umwälzung. Die drei Gesichtspunkte, die unsere Revolution beherrschen, widersprechen in keiner Weise den Interessen der übrigen Welt:

Erstens: Verhinderung des drohenden kommunistischen Umsturzes und Aufbau eines die verschiedenen Interessen der Klassen und Stände einigenden Volksstaates und die Erhaltung des Begriffs Eigentum als Grundlage unserer Kultur. Zweitens: Lösung des schwersten sozialen Problems durch die Zurückführung der Millionenarmee unserer bedauernswerten Arbeitslosen in die Produktion. Drittens: Wiederherstellung einer stabilen und autoritären Staatsführung, getragen von dem Vertrauen und Willen der Nation, die dieses große Volk endlich wieder der Welt gegenüber vertragsfähig macht.

Wenn ich in diesem Augenblick bewußt als deutscher Nationalsozialist spreche, so möchte ich namens der nationalen Regierung und der gesamten Nationalerhebung bekunden, daß gerade uns in diesem jungen Deutschland das tiefste Verständnis beseelt für die gleichen Gefühle und Gesinnungen sowie für die begründeten Lebensansprüche der anderen Völker. Die Generation dieses jungen Deutschlands, die in ihrem bisherigen Leben nur die Not, das Elend und den Jammer des eigenen Volkes kennen lernte, hat zu sehr unter dem Wahnsinn gelitten, als daß sie beabsichtigen könnte, das gleiche anderen zuzufügen.

Indem wir in grenzenloser Liebe und Treue an unserem eigenen Volkstum hängen, respektieren wir die nationalen Rechte auch der anderen Völker aus dieser selben Gesinnung heraus und möchten aus tiefinnerstem Herzen mit ihnen in Frieden und Freundschaft leben.

Wir kennen daher auch nicht den Begriff des Germanisierens. Die geistige Mentalität des vergangenen Jahrhunderts, aus der heraus man glaubte, vielleicht aus Polen und Franzosen Deutsche machen zu können, ist uns genau so fremd, wie wir uns leidenschaftlich gegen jeden umgekehrten Versuch wenden. Wir sehen die europäischen Nationen um uns als gegebene Tatsache. Franzosen, Polen, usw. sind unsere Nachbarvölker, und wir wissen, daß kein geschichtlich denkbarer Vorgang diese Wirklichkeit ändern könnte.

Es wäre ein Glück für die Welt gewesen, wenn im Vertrage von Versailles diese

17. Mai 1933

Realitäten auch in Bezug auf Deutschland gewürdigt worden wären. Denn es müßte das Ziel eines wirklich dauerhaften Vertragswerkes sein, nicht Wunden zu reißen oder vorhandene offen zu halten, sondern Wunden zu schließen und zu heilen. Eine überlegte Behandlung der Probleme hätte damals im Osten ohne weiteres eine Lösung finden können, die den verständlichen Ansprüchen Polens genau so wie den natürlichen Rechten Deutschlands entgegengekommen wäre. Der Vertrag von Versailles hat diese Lösung nicht gefunden. Dennoch wird keine deutsche Regierung von sich aus den Bruch einer Vereinbarung durchführen, die nicht beseitigt werden kann, ohne durch eine bessere ersetzt zu werden.

Allein dies Bekenntnis zum Rechtscharakter eines solchen Vertrages kann nur ein allgemeines sein. Nicht nur der Sieger hat den Anspruch auf die ihm darin gegebenen Rechte, sondern auch der Besiegte. Das Recht aber, eine Revision des Vertrages zu fordern, liegt im Vertrage selbst begründet. Die deutsche Regierung wünscht dabei als Motiv und Maß für ihr Verlangen nichts anderes als die vorliegenden Resultate der bisherigen Erfahrungen sowie die unbestreitbaren Erkenntnisse einer kritischen und logischen Vernunft. Die Erfahrungen, die in den 14 Jahren gemacht worden sind, sind politisch und wirtschaftlich eindeutige.

Das Elend der Völker wurde nicht behoben, sondern es hat zugenommen. Die tiefste Wurzel dieses Elends aber liegt in der Zerreißung der Welt in Sieger und Besiegte als die beabsichtigte ewige Grundlage aller Verträge und jeder kommenden Ordnung. Die schlimmsten Auswirkungen findet diese Ordnung in der erzwungenen Wehrlosigkeit der einen Nation gegenüber den übersteigerten Rüstungen der anderen. Wenn Deutschland seit Jahren unentwegt die Abrüstung aller fordert, so aus folgenden Gründen:

Erstens ist die Forderung nach einer tatsächlich zum Ausdruck kommenden Gleichberechtigung eine Forderung der Moral, des Rechts und der Vernunft, eine Forderung, die im Friedensvertrage selbst anerkannt worden ist, und deren Erfüllung unlöslich verbunden wurde mit der Forderung der deutschen Abrüstung als Ausgangspunkt für die Weltabrüstung.

Zweitens, weil umgekehrt die Disqualifizierung eines großen Volkes geschichtlich nicht ewig aufrechterhalten werden kann, sondern einmal ihr Ende finden muß. Denn wie lange glaubt man, ein solches Unrecht einer großen Nation zufügen zu können? Was bedeutet der Vorteil eines Augenblicks gegenüber der dauernden Entwicklung der Jahrhunderte? Das deutsche Volk wird bleiben, genau wie das französische und, wie uns durch die geschichtliche Entwicklung gelehrt wurde, das polnische.

Was sind und was bedeuten Erfolge einer vorübergehenden Unterdrückung eines 65-Millionen-Volkes gegenüber der Gewalt dieser unumstößlichen Tatsachen? Kein Staat kann mehr Verständnis haben für die neu entstandenen jungen europäischen Nationalstaaten als das Deutschland der aus dem gleichen Willen entstandenen nationalen Revolution. Es will nichts für sich, was es nicht auch bereit ist, anderen zu geben.

Wenn Deutschland heute die Forderungen nach einer tatsächlichen Gleichberechtigung im Sinne der Abrüstung der anderen Nationen erhebt, dann hat es dazu ein moralisches Recht durch seine eigene Erfüllung der Verträge. Denn Deutschland hat abgerüstet, und Deutschland hat diese Abrüstung unter schärfster internationaler Kontrolle durchgeführt. 6 Millionen Gewehre und Karabiner wurden ausgeliefert oder zerstört, 130 000 Maschinengewehre, riesige Mengen Maschinengewehrläufe, 91 000 Geschütze, 38,75 Millionen Granaten und enorme weitere Waffen- und Munitionsbestände hat das deutsche Volk zerstört oder ausliefern müssen.

Das Rheinland wurde entmilitarisiert, die deutschen Festungen wurden geschleift, unsere Schiffe ausgeliefert, die Flugzeuge zerstört, unser Wehrsystem aufgegeben und die Ausbildung von Reservisten dadurch verhindert. Selbst die nötigsten Waffen der Verteidigung blieben uns versagt.

Wer heute versucht, gegenüber diesen nicht wegzuleugnenden Tatsachen mit wahrhaft armseligen Ausreden und Ausflüchten aufzutreten und zu behaupten, Deutschland hätte die Verträge nicht erfüllt und hätte gar aufgerüstet, dessen Auffassung muß ich von dieser Stelle aus als ebenso unwahr wie unfair zurückweisen.



17. Mai 1933

Ebenso unrichtig sind die Behauptungen, daß Deutschland etwa personell den Verpflichtungen des Vertrages nicht nachgekommen wäre. Die Angabe, daß die SA. und SS. der Nationalsozialistischen Partei in irgendeiner Beziehung zur Reichswehr in dem Sinne stünden, daß es sich hier um militärisch ausgebildete Bestände oder Reserven der Armee handele, ist unwahr!

Die unverantwortliche Leichtfertigkeit, mit der solche Behauptungen erhoben werden, mag man nur aus einem Beispiel ersehen: Im vergangenen Jahre fand in Brünn der Prozeß gegen Angehörige der Nationalsozialistischen Partei in der Tschechoslowakei statt. Durch vereidete Sachverständige der tschechoslowakischen Armee wurde damals die Behauptung aufgestellt, die Angeklagten stünden in Beziehungen zur Nationalsozialistischen Partei Deutschlands, befänden sich in Abhängigkeit von ihr und seien als Mitglieder eines Volkssportvereins damit gleichzusetzen den Mitgliedern der SA. und SS. in Deutschland, die eine von der Reichswehr ausgebildete und organisierte Reserve-Armee darstelle.

In derselben Zeit besaßen aber die SA. und SS. genau so wie die Nationalsozialistische Partei überhaupt nicht nur keine Beziehungen zur Reichswehr, sondern sie wurden im Gegenteil als staatsfeindliche Organisationen verfolgt, verboten und endlich aufgelöst. Ja darüber hinaus: Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei, Angehörige der SA. und SS. waren nicht nur von allen staatlichen Stellen ausgeschlossen, sondern sie durften nicht einmal als Arbeiter in einen Heeresbetrieb aufgenommen werden. Die Nationalsozialisten in der Tschechoslowakei aber wurden auf Grund dieser falschen Darstellung zu langen Zuchthausstrafen verurteilt!

Tatsächlich sind die SA. und die SS. der Nationalsozialistischen Partei ohne jede Beihilfe, ohne jede finanzielle Unterstützung des Staates, des Reiches oder gar der Reichswehr, ohne jede militärische Ausbildung und ohne jede militärische Ausrüstung entstanden, aus rein parteipolitischen Bedürfnissen und nach parteipolitischen Erwägungen. Ihr Zweck war und ist ausschließlich die Beseitigung der kommunistischen Gefahr, ihre Ausbildung ohne jede Anlehnung an das Heer, nur berechnet für Zwecke der Propaganda und der Aufklärung, psychologischen Massenwirkung und Niederbrechung des kommunistischen Terrors. Sie sind Institutionen zur Anerziehung eines wahren Gemeinschaftsgeistes, zur Überwindung früherer Klassengegensätze und zur Behebung der wirtschaftlichen Not.

Der Stahlhelm ist entstanden aus der Erinnerung an die große Zeit des gemeinsamen Fronterlebnisses, zur Pflege der Tradition, zur Erhaltung der Kameradschaft und endlich ebenfalls zum Schutze des deutschen Volkes gegen die seit dem November 1918 das Volk bedrohende kommunistische Revolution, eine Gefahr allerdings, die die Länder nicht ermaßen können, die nicht so wie wir Millionen organisierter Kommunisten besitzen haben und nicht, wie in Deutschland, unter Terror litten. Denn der wirkliche Zweck dieser nationalen Organisationen wird am besten gekennzeichnet durch die tatsächliche Art ihres Kampfes und durch ihre Opfer. SA. und SS. hatten zufolge kommunistischer Mordüberfälle und Terrorakte in wenigen Jahren über 350 Tote und gegen 40 000 Verletzte zu beklagen. Wenn heute in Genf versucht wird, diese ausschließlich innerpolitischen Zwecken dienenden Organisationen auf die Wehrstärken anzurechnen, dann könnte man genau so gut die Feuerwehr, die Turnvereine, die Wach- und Schließgesellschaften, die Ruderkclubs und andere Sportverbände als Wehrmacht anrechnen.

Wenn man aber weiter im gleichen Augenblick die ausgebildeten Jahrgänge der übrigen Armeen der Welt im Gegensatz zu diesen militärisch vollkommen unausgebildeten Menschen nicht in Anrechnung bringt, wenn man die bewaffneten Reserven der anderen bewußt übersieht, aber die unbewaffneten Angehörigen politischer Verbände bei uns zu zählen beginnt, dann liegt hier ein Verfahren vor, gegen das ich den schärfsten Protest einlegen muß!

Wenn die Welt das Vertrauen in Recht und Gerechtigkeit zerstören will, dann sind dies dazu die geeigneten Mittel.

Denn folgendes habe ich namens des deutschen Volkes und der deutschen Regierung zu erklären: Deutschland hat abgerüstet. Es hat alle ihm im Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen weit über die Grenzen jeder Billigkeit, ja jeder Vernunft hinaus erfüllt.

17. Mai 1933

Seine Armee beträgt 100 000 Mann. Die Stärke und die Art der Polizei sind international geregelt.

Die in den Tagen der Revolution aufgestellte Hilfspolizei hat ausschließlich politischen Charakter. Sie mußte in den kritischen Tagen des Umsturzes den von dem neuen Regime zunächst als unsicher vermuteten Teil der anderen Polizei ersetzen. Nun nach der siegreichen Durchführung der Revolution ist sie bereits im Abbau begriffen und wird noch vor Ausgang des Jahres vollständig aufgelöst sein.

Deutschland hat damit einen vollständig berechtigten moralischen Anspruch darauf, daß die anderen Mächte ihrerseits ihre Verpflichtungen, die sich aus dem Vertrag von Versailles ergeben, erfüllen. Die Deutschland im Dezember zugestandene Gleichberechtigung ist bisher nicht verwirklicht. Wenn seitens Frankreichs immer wieder die These aufgestellt wird, daß neben der Gleichberechtigung Deutschlands die Sicherheit Frankreichs stehen müsse, so darf ich demgegenüber zwei Fragen erheben:

1. Deutschland hat bisher alle Sicherheitsverpflichtungen übernommen, die sich aus der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, des Kellog-Paktes, der Schiedsgerichts-Verträge, des Non-force-Paktes usw. ergeben. Welches sind die konkreten Sicherungen, die von Deutschland noch übernommen werden können?

2. Welche Sicherungen hat demgegenüber Deutschland? Nach den Angaben beim Völkerbund besitzt Frankreich allein an im Dienst befindlichen Flugzeugen 3046, Belgien 350, Polen 700, die Tschechoslowakei 670. Dazu kommen unermessliche Mengen an Reserve-Flugzeugen, Tausende von Kampfwagen, Tausende von schweren Geschützen sowie alle technischen Mittel zur Führung des Krieges mit giftigen Gasen. Hat nicht Deutschland demgegenüber in seiner Wehr- und Waffenlosigkeit mehr Berechtigung, Sicherheit zu verlangen, als die durch Koalitionen miteinander verbundenen Rüstungsstaaten?

Dennoch ist Deutschland jederzeit bereit, weitere Sicherheitsverpflichtungen internationaler Art auf sich zu nehmen, wenn alle Nationen ihrerseits dazu bereit sind, und wenn dies Deutschland zugute kommt. Deutschland wäre auch ohne weiteres bereit, seine gesamte militärische Einrichtung überhaupt aufzulösen und den kleinen Rest der ihm verbliebenen Waffen zu zerstören, wenn die anliegenden Nationen ebenso restlos das gleiche tun würden. Wenn aber die anderen Staaten nicht gewillt sind, die im Friedensvertrag von Versailles auch sie verpflichtenden Abrüstungsbestimmungen durchzuführen, dann muß Deutschland zumindest auf der Forderung seiner Gleichberechtigung bestehen. Die Deutsche Regierung sieht in dem englischen Plan eine mögliche Grundlage für die Lösung dieser Fragen. Sie muß aber verlangen, daß ihr nicht die Zerstörung einer vorhandenen Wehreinrichtung aufgezwungen wird ohne die Zubilligung einer zumindest qualitativen Gleichberechtigung. Deutschland muß fordern, daß eine Umwandlung der heutigen von Deutschland nicht gewollten, sondern uns erst vom Ausland auferlegten Wehreinrichtung Zug um Zug erfolgt im Maße der tatsächlichen Abrüstung der anderen Staaten.

Dabei erklärt sich Deutschland im wesentlichen damit einverstanden, eine Übergangsperiode von fünf Jahren für die Herstellung seiner nationalen Sicherheit anzunehmen, in der Erwartung, daß nach dieser Zeit die wirkliche Gleichstellung Deutschlands mit den anderen Staaten erfolgt. Deutschland ist ferner ohne weiteres bereit, auf Angriffswaffen überhaupt Verzicht zu leisten, wenn innerhalb eines bestimmten Zeitraumes die gerüsteten Nationen ihrerseits diese Angriffswaffen vernichten und durch eine internationale Konvention ihre Anwendung verboten wird. Deutschland hat nur den einzigen Wunsch, seine Unabhängigkeit zu bewahren und seine Grenzen schützen zu können.

Nach dem Ausspruch des französischen Kriegsministers im Februar 1932 kann ein großer Teil der farbigen französischen Streitkräfte sofort auf dem französischen Festland verwendet werden. Er rechnet sie deshalb ausdrücklich zu den Heimatstreitkräften.

Es entspricht deshalb nur der Gerechtigkeit, die farbigen Streitkräfte auch bei der Abrüstungskonferenz als Bestandteil des französischen Heeres zu berücksichtigen. Während man dies ablehnt, will man bei der deutschen Heeresstärke Verbände und Organisationen berücksichtigen, die nur volkserzieherisch und volkssportlichen Zwecken dienen

und überhaupt keine militärische Ausbildung genießen. In den anderen Ländern sollen diese Verbände überhaupt für die Heeresstärke nicht in Frage kommen. Das ist natürlich ein ganz unmögliches Verfahren. Deutschland würde sich auch jederzeit bereit erklären, im Falle der Schaffung einer allgemeinen internationalen Kontrolle der Rüstungen bei gleicher Bereitwilligkeit der anderen Staaten die betreffenden Verbände dieser Kontrolle mit unterstellen, um ihren vollständig unmilitärischen Charakter eindeutig vor der ganzen Welt zu beweisen. Ferner wird die deutsche Regierung kein Waffenverbot als zu einschneidend ablehnen, wenn es in gleicher Weise auch auf die anderen Staaten Anwendung findet.

Diese Forderungen bedeuten nicht eine Aufrüstung, sondern ein Verlangen nach Abrüstung der anderen Staaten. Ich begrüße dabei noch einmal namens der Deutschen Regierung den weitausschauenden und richtigen Plan des italienischen Staatschefs, durch einen besonderen Pakt ein enges Vertrauens- und Arbeitsverhältnis der vier europäischen Großmächte England, Frankreich, Italien und Deutschland herzustellen. Der Auffassung Mussolinis, daß damit die Brücke zu einer leichteren Verständigung geschlagen werden könnte, stimmt die Deutsche Regierung aus innerster Überzeugung zu. Sie will das äußerste Entgegenkommen zeigen, sofern auch die anderen Nationen zu einer wirklichen Überwindung etwa entgegenstehender Schwierigkeiten geneigt sind.

Der Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Roosevelt, von dem ich heute nacht Kenntnis erhielt, verpflichtet deshalb die Deutsche Regierung zu warmem Danke. Sie ist bereit, dieser Methode zur Behebung der internationalen Krise zuzustimmen, denn auch sie ist der Auffassung, daß ohne die Lösung der Abrüstungsfrage auf die Dauer kein wirtschaftlicher Wiederaufbau denkbar ist. Sie ist bereit, sich an diesem Werke der Inordnungbringung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Welt uneigennützig zu beteiligen. Sie ist, wie ich schon eingangs betonte, ebenso überzeugt, daß es heute nur eine große Aufgabe geben kann: den Frieden der Welt zu sichern.

Ich fühle mich verpflichtet, festzustellen, daß der Grund für die heutigen Rüstungen Frankreichs oder Polens unter keinen Umständen die Furcht dieser Nationen vor einer deutschen Invasion sein kann. Denn diese Furcht hätte ihre Berechtigung ja nur im Vorhandensein jener modernen Angriffswaffen. Gerade diese modernen Angriffswaffen aber besitzt Deutschland überhaupt nicht, weder schwere Artillerie, noch Tanks, noch Bombenflugzeuge, noch Giftgase.

Die einzige Nation, die mit Recht eine Invasion fürchten könnte, ist die deutsche, der man nicht nur die Angriffswaffen verbot, sondern sogar das Recht auf Verteidigungswaffen beschchnitt und auch die Anlage von Grenzbefestigungen untersagte.

Deutschland ist jederzeit bereit, auf Angriffswaffen zu verzichten, wenn auch die übrige Welt ein gleiches tut. Deutschland ist bereit, jedem feierlichen Nichtangriffspakt beizutreten, denn Deutschland denkt nicht an einen Angriff, sondern an seine Sicherheit.

Deutschland würde die in dem Vorschlage des Präsidenten Roosevelt angedeutete Möglichkeit begrüßen, die Vereinigten Staaten als Friedensgaranten in die europäischen Verhältnisse einzubeziehen. Dieser Vorschlag bedeutet eine große Beruhigung für alle, die an der aufrichtigen Erhaltung des Friedens mitarbeiten wollen. Wir aber haben keinen sehnlicheren Wunsch, als dazu beizutragen, daß die Wunden des Krieges und des Versailler Vertrages endgültig geheilt werden. Deutschland will keinen anderen Weg dabei gehen als den, der durch die Verträge selbst als berechtigt anerkannt ist. Die Deutsche Regierung wünscht, sich über alle schwierigen Fragen mit den Nationen friedlich auseinanderzusetzen. Sie weiß, daß jede militärische Aktion in Europa auch bei deren völligem Gelingen, gemessen an den Opfern, in keinem Verhältnis stehen würde zu dem Gewinn.

Die Deutsche Regierung und das deutsche Volk werden sich aber unter keinen Umständen zu irgendeiner Unterschrift nötigen lassen, die eine Verewigung der Disqualifizierung Deutschlands bedeuten würde. Der Versuch, dabei durch Drohungen auf Regierung und Volk einzuwirken, wird keinen Eindruck zu machen vermögen. Es ist denkbar, daß man Deutschland gegen jedes Recht und gegen jede Moral vergewaltigt, aber es ist

undenkbar und ausgeschlossen, daß ein solcher Akt von uns selbst durch eine Unterschrift Rechtsgültigkeit erhalten könnte.

Wenn in Zeitungsartikeln und in bedauerlichen Reden versucht wird, Deutschland Sanktionen anzudrohen, so könnte ein solches ungeheuerliches Verfahren nur die Strafe dafür sein, daß wir durch die Forderung nach Abrüstung die Erfüllung der Verträge verlangen. Ein solcher Vorgang könnte nur zur endgültigen moralischen und tatsächlichen Außerkraftsetzung der Verträge selbst führen. Deutschland würde aber auch in dem Fall seine friedlichen Forderungen niemals aufgeben. Die politischen und wirtschaftlichen Folgen, das Chaos, das ein solcher Versuch in Europa herbeiführen müßte, fielen zur Verantwortung derer, die gegen ein Volk, das der Welt nichts zuleide tut, mit solchen Mitteln kämpften.“

Jetzt enthüllte Hitler den eigentlichen Zweck der ganzen Rede: den späteren Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz vorzubereiten!

„Jeder solcher Versuch, jeder Versuch einer Vergewaltigung Deutschlands auf dem Wege einer einfachen Majorisierung gegen den klaren Sinn der Verträge könnte nur durch die Absicht diktiert sein, uns von den Konferenzen zu entfernen. Das deutsche Volk besitzt aber heute Charakter genug, in einem solchen Falle seine Mitarbeit den anderen Nationen nicht aufzutroyieren zu wollen, sondern, wenn auch schweren Herzens, die dann einzig möglichen Konsequenzen zu ziehen.

Als dauernd diffamiertes Volk würde es uns auch schwerfallen, noch weiterhin dem Völkerbund anzugehören.

Die Deutsche Regierung und das deutsche Volk sehen die Krise der heutigen Zeit. Jahrelang ist von Deutschland aus vor den Methoden gewarnt worden, die zu diesem politischen und wirtschaftlichen Ergebnis führen mußten. Wenn auf dem bisherigen Wege und mit den bisherigen Methoden weiter fortgefahren wird, kann das Ende nicht zweifelhaft sein. Nach scheinbaren politischen Erfolgen einzelner Nationen werden um so schwerere wirtschaftliche und damit auch politische Katastrophen für alle die Folge sein. Sie zu vermeiden, sehen wir als erste und oberste Aufgabe an.“

Aus diesen Worten Hitlers klang die Sorge vor einer eventuellen bewaffneten Aktion der Westmächte gegen Deutschland, falls der Austritt aus dem Völkerbund erfolgen würde. Er hielt es deshalb für richtig, seine Rede mit einem sentimentalischen Hinweis auf die deutsche Not und die in Deutschland seit 1919 verübten Selbstmorde <sup>190a)</sup> zu schließen. Er fuhr fort:

„Bisher ist Wirksames dagegen nicht unternommen worden. Wenn uns von der übrigen Welt vorgehalten wird, daß man dem früheren Deutschland sehr wohl gewisse Sympathien entgegengebracht hätte, so haben wir die Folgen und Auswirkungen dieser ‚Sympathien‘ in Deutschland und für Deutschland jedenfalls kennengelernt!

Millionen zerstörter Existenzen, ganze Berufsstände ruiniert und eine ungeheure Armee von Arbeitslosen — ein trostloser Jammer, dessen ganzen Umfang und Tiefe ich am heutigen Tage der übrigen Welt nur durch eine einzige Zahl zum Verständnis bringen möchte:

---

<sup>190a)</sup> Hitlers Zahlenangabe ist auch hier, wie gewöhnlich, übertrieben. Nach den Angaben des Statistischen Reichsamtes in Berlin betrug die Zahl der Selbstmorde in Deutschland während der Jahre 1919—1932 noch nicht 200 000. Hitler nahm sich den höchsten Jahresdurchschnitt (1926 bis 1928), der 16 000 betrug, heraus, multiplizierte ihn mit 14 und erhielt dadurch die Zahl 224 000. Die Zahl der Selbstmorde hat jedoch weder mit dem Versailler Vertrag noch mit der wirtschaftlichen Not in Deutschland etwas zu tun. Die Statistik des Reichsamtes zeigt, daß die Zahl der Selbstmorde in Deutschland z. B. im Jahre 1913 bedeutend höher war. Sie betrug damals auf 100 000 Einwohner 23,2, in den wirtschaftlich schlechten Jahren 1919—1923 lag sie dagegen zwischen 18,4 und 21,7 (Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 44. Jg. Berlin 1925).

17. Mai 1933

Seit dem Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages, der als Friedenswerk der Grundstein zu einer neuen und besseren Zeit für alle Völker sein sollte, haben sich in unserem deutschen Volk — fast nur aus Not und Elend — 224 000 Menschen mit freiem Willen das Leben genommen, Männer und Frauen, Greise und Kinder!

Diese unbestechlichen Zeugen sind Ankläger gegen den Geist und die Erfüllung eines Vertrages, von dessen Wirksamkeit einst nicht nur die andere Welt, sondern auch Millionen Menschen in Deutschland sich Heil und Segen versprochen hatten. Mögen die anderen Nationen daraus aber auch den unterschütterlichen Willen Deutschlands verstehen, eine Periode der menschlichen Irrungen endlich abzuschließen, um den Weg zu finden zu einer endlichen Verständigung aller auf dem Boden gleicher Rechte.“

Nach der Rede Hitlers billigte der Reichstag diese Regierungserklärung einstimmig. Auch die Sozialdemokraten stimmten geschlossen dafür. Es war ihr letztes Auftreten vor dem Verbot. Aber sie hatten sich ja schon am 23. März mit Hitlers Außenpolitik einverstanden erklärt.

Zur wirkungsvollen Unterstreichung seiner „Friedensrede“ vor dem Reichstag begab sich Hitler am 22. Mai zu den *Flottenmanövern nach Kiel*. Er appellierte dort in einer *Ansprache an die Land-Marinetruppen* „alles einzusetzen fürs Vaterland“<sup>191)</sup>. Er besuchte ferner das Linienschiff „Schleswig-Holstein“ und den Kreuzer „Leipzig“.

Am 27. Mai sprach Hitler von München aus durch den Rundfunk zu den bevorstehenden *Volkstagswahlen im Freistaat Danzig*. Auch diese Rede trug vorwiegend außenpolitischen Charakter. Sie sollte den Polen Geschmack an einem Bündnis mit ihm machen. Hitler zögerte nicht zu erklären, er werde „niemals fremde Menschen zu unterwerfen versuchen“.

Es war ein Vorspiel zu seiner späteren Rede vom 26. September 1938, wo er erklärte: „Wir wollen gar keine Tschechen“<sup>192)</sup>.

Am 27. Mai 1933 verkündete Hitler:<sup>193)</sup>

„So sehr wir als Nationalsozialisten es ablehnen, aus fremden Völkern Deutsche machen zu wollen, so fanatisch wehren wir uns gegen den Versuch, den deutschen Menschen seinem Volke zu entreißen. So sehr uns die Erkenntnis bewegt, daß der Krieg Leid und Unglück über die Menschen bringt, so sehr verpflichtet uns die Liebe zu unserer Heimat, für diese einzutreten. Der Nationalsozialismus kennt keine Politik der Grenzkorrekturen auf Kosten fremder Völker. Wir wollen keinen Krieg nur zu dem Zweck, um einige Millionen Menschen vielleicht zu Deutschland zu bringen, die gar keine Deutschen sein wollen und es auch nicht sein können. Wir werden niemals fremde Menschen zu unterwerfen versuchen, die uns innerlich nur hassen, um dafür auf dem Schlachtfelde Millionen zu opfern, die uns teuer sind und die wir lieben. Allein gerade deshalb hängen wir um so mehr an dem, was unserem Volk gehört, was unser Blut ist und was unsere Sprache redet.“

Die Danziger Volkstagswahl am 28. Mai brachte der NSDAP. die absolute Mehrheit, so daß am 20. Juni dort eine Regierung aus Nationalsozialisten und Zentrumsangehörigen gebildet werden konnte<sup>194)</sup>. Senatspräsident (Regierungs-

<sup>191)</sup> Bericht im VB. Nr. 143 v. 23. 5. 1933. Das Linienschiff „Schleswig-Holstein“ eröffnete am 1. 9. 1939 mit der Beschießung der Westernplatte vor Danzig den 2. Weltkrieg.

<sup>192)</sup> Vgl. S. 932.

<sup>193)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 149 v. 29. 5. 1933.

<sup>194)</sup> Seit 9. 1. 1931 bestand in Danzig eine bürgerliche Regierung unter dem deutschnationalen Senatspräsidenten Dr. Ziehm. Ende 1932 kündigten die Nationalsozialisten diesem Kabinett die bis dahin gewährte Tolerierung auf. Verhandlungen verliefen ergebnislos, so daß Neuwahlen

28. Mai 1933

chef) wurde der Präsident des Danziger Landbundes, Dr. Hermann Rauschnig, der durch seine Beziehungen nicht wenig dazu beigetragen hatte, die Nationalsozialisten in der Freien Stadt Danzig an die Macht zu bringen, und Hitler außerordentlich sympathisch<sup>195)</sup> war.

Nach dem Reich war nun ein zweiter deutscher Staat nationalsozialistisch geworden und damit unter Hitlers Führung gekommen. Im Saargebiet dauerte es etwas länger, bis man dort eine „Deutsche Front“ unter nationalsozialistischer Führung bildete<sup>196)</sup>. In Österreich aber versuchte der dortige Bundeskanzler Dollfuß, selbst eine antiparlamentarische Diktatur mit faschistischen Methoden zu errichten und dadurch den Anschluß an das Hitler-Reich zu verhindern.

Die Gleichschaltung in Deutschland aber ging weiter. Am 30. Mai dankte Hitler dem Reichsjustizkommissar Staatsminister Dr. Hans Frank in einem Brief<sup>197)</sup> für die Bildung einer geschlossenen Front des deutschen Rechts durch Anschluß von 14 Juristenverbänden an den Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen.

Am 4. Juni erließen Hindenburg und Hitler einen gemeinsamen Aufruf zu einer Sammlung des Deutschen Roten Kreuzes „Opferdank am Deutschen Roten-Kreuz-Tag 1933“<sup>198)</sup>.

Am 8. Juni hielt Hitler eine Ansprache beim Empfang von britischen Luftwaffenoffizieren in Berlin und erklärte<sup>199)</sup>,

als deutscher Soldat habe er persönlich während des Krieges in Flandern Gelegenheit gehabt, die Leistungen der englischen Flieger zu bewundern und zu respektieren.

Am 14. Juni hielt Hitler eine Rede vor den Reichs- und Gauleitern der NSDAP., die sich zu einer Führertagung in Berlin versammelt hatten<sup>200)</sup>. Er behandelte hauptsächlich das künftige Verhältnis zwischen NSDAP. und Staat und erklärte,

die nationalsozialistische Bewegung, im Kampf groß geworden, sei das Beste, was Deutschland aufzuweisen habe.

Das Gesetz der nationalen Revolution sei noch nicht abgelaufen. Seine Dynamik beherrsche heute noch die Entwicklung in Deutschland, die in ihrem Laufe zu einer völligen Neuordnung deutschen Lebens unaufhaltsam sei.

Er habe die felsenfeste Überzeugung, daß diese gewaltige, von unerhörtem Idealismus getragene Arbeit unserer Bewegung Jahrhunderte überdauern werde und durch nichts mehr beseitigt werden könne.

Am 16. Juni richtete Hitler eine neue Ansprache an die Tagungsteilnehmer und ergriff am gleichen Tag außerdem bei der Einweihung der neuen Führerschule

---

erforderlich wurden. Nach den Wahlen vom 28. 5. 1933 lehnten die Deutschnationalen aus Verärgerung eine Regierungsbeteiligung ab, so daß die Nationalsozialisten hier eine Koalition mit dem Zentrum eingingen, obwohl sie allein hätten regieren können. Die beiden Zentrumsensatoren schieden im November 1933 aus der Regierung aus.

<sup>195)</sup> Hitler vertraute Rauschnig verschiedentlich seine Gedanken und Ansichten an. Rauschnig emigrierte nach Streitigkeiten mit der Danziger Parteileitung und seinem Rücktritt von der Regierung (23. 11. 1934) ins Ausland, wo er sich als Agitator gegen Hitler betätigte. Er schrieb das Buch „Gespräche mit Hitler“, Zürich, 2. Aufl. 1940.

<sup>196)</sup> Im Saargebiet lösten sich die DNVP., Zentrum und Staatspartei im September bzw. Oktober 1933 auf und bildeten unter Führung der NSDAP. die sogenannte „Deutsche Front“.

<sup>197)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 153 v. 2. 6. 1933.

<sup>198)</sup> WTB. v. 6. 6. 1933. Der Rotkreuztag fand am 11. 6. 1933 statt.

<sup>199)</sup> Bericht im VB. Nr. 160 v. 9. 6. 1933.

<sup>200)</sup> Bericht im VB. Nr. 167 v. 16. 6. 1933.

16. Juni 1933

der NSDAP. in Bernau das Wort <sup>201</sup>). Es handelte sich um die frühere Bundes-  
schule des ADGB. (Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes).

Am 17. Juni empfing Hitler den *ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös* in  
der Reichskanzlei in Berlin <sup>202</sup>). Dieser Ungar war der erste Regierungschef, der  
Hitler in Berlin seine Aufwartung machte, und die Reihe solcher ungarischer  
Staatsbesuche sollte bis zum Jahre 1945 nicht mehr abreißen.

Am 18. Juni nahm Hitler an dem mitteldeutschen SA.-Appell in Erfurt teil und  
brachte dazu Gömbös mit <sup>203</sup>).

Der Aufmarsch von etwa 70 000 SA.- und SS.-Männern und Hitlerjungen  
stand im Zeichen neuer Aktionen gegen die Sozialdemokraten auf der einen und  
gegen den Stahlhelm auf der anderen Seite. Im *Erfurter Rathaus erklärte Hitler  
auf einem Empfang:*

„So, wie wir heute Besitz von dieser Stadt ergriffen haben, so haben wir die sozial-  
demokratische Bewegung, die in Erfurt manifestiert wurde <sup>204</sup>), überwunden. Die [Ehren-  
bürger-]Urkunde dieser Stadt nehme ich besonders freudig und mit ganz besonderem  
Dank an.“

Anschließend erfolgte ein stundenlanger Vorbeimarsch der braunen Kolonnen  
auf dem Friedrich-Wilhelm-Platz.

Am gleichen 18. Juni gab Hitler die *Ernennung Baldur von Schirachs*, des  
Reichsjugendführers der NSDAP., zum *Jugendführer des Deutschen Reiches be-  
kannt* <sup>205</sup>).

Schirach wurde damit der Leiter einer staatlichen Dienststelle, in der alle  
Jugendverbände und ähnlichen Organisationen zusammengefaßt wurden. Auf diese  
Weise konnte die Hitlerjugend innerhalb kurzer Zeit zur einzigen Jugendorgani-  
sation in Deutschland erklärt werden.

Die Wehrverbände sollten selbstverständlich den gleichen Weg zur Einheits-  
organisation gehen. Aus diesem Grunde wurden sowohl die deutschnationale  
Scharnhorstjugend als auch der Jungstahlhelm <sup>206</sup>) in die HJ. und SA. eingegliedert.  
Hitler hatte es fertiggebracht, deren Anführer, insbesondere Seldte, von der na-  
tionalen Notwendigkeit einer solchen Maßnahme zu überzeugen, und belohnte  
dies mit folgendem *Aufruf* vom 26. Juni: <sup>207</sup>)

„Nationalsozialisten, SA.-, SS.-Männer, Männer des Jungstahlhelm!

Ein seit 14 Jahren unentwegt verfolgtes Ziel ist nunmehr erreicht worden. Mit der  
Unterstellung des Jungstahlhelms unter meinen Befehl als oberster SA.-Führer sowie der  
Eingliederung des Bundes Scharnhorst in die Hitler-Jugend ist die Einigung der politischen  
Kampfbewegung der deutschen Nation vollzogen und beendet.

SA., SS., St. und HJ. werden nunmehr für alle Zukunft die einzigen Organisationen  
sein, die der nationalsozialistische Staat als Träger der politischen Jugend- und Männer-  
erziehung kennt.

<sup>201</sup>) Berichte über beide Reden im VB. Nr. 168 v. 17. 6. 1933.

<sup>202</sup>) Bericht im VB. Nr. 170 v. 19. 6. 1933.

<sup>203</sup>) Bericht im VB. Nr. 170 v. 19. 6. 1933.

<sup>204</sup>) Anspielung auf das „Erfurter Programm“ der SPD von 1891.

<sup>205</sup>) Mitteilung im VB. Nr. 170 v. 19. 6. 1933. — Baldur von Schirach, geb. 1907 in Berlin,  
1946 in Nürnberg zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Seitdem im Militärgefängnis Spandau.

<sup>206</sup>) Unter „Jungstahlhelm“ sind die Angehörigen der Stahlhelm-Formationen zu verstehen, die  
keine Frontkämpfer gewesen waren.

<sup>207</sup>) Veröffentlicht im VB. Nr. 179 v. 28. 6. 1933.

26. Juni 1933

Es war verständlich, wenn in den Jahren nach der Revolution an den verschiedensten Stellen unseres deutschen Vaterlandes der Widerstand gegen die November-Verräter und ihr unheilvolles Regiment versucht wurde.

Unabhängig voneinander, ohne sich gegenseitig überhaupt zu kennen, standen Männer auf und organisierten Parteien und Verbände zum Kampf gegen den marxistischen Staat.

Sie alle haben ohne Zweifel das Beste gewollt. Allein, wenn Deutschland gerettet werden sollte, dann konnte das nur durch eine Bewegung geschehen und nicht durch dreißig. Die Zukunft unseres Volkes hängt nicht davon ab, wieviele Verbände für diese Zukunft eintreten, sondern davon, ob es gelingt, das Wollen der vielen einem einzigen Willen unterzuordnen und damit in einer Bewegung schlagfähig zusammenzufassen.

So wie die deutsche Reichswehr einst gezwungen war, trotz aller Verdienste der einzelnen Freikorps diese zu beseitigen, um dem deutschen Volke wieder eine einzige Armee zu geben, so war die nationalsozialistische Bewegung nicht minder gezwungen, ohne Rücksicht auf Verdienst oder Nichtverdienst die zahllosen Bünde, Vereine und Verbände zu beseitigen, um dem deutschen Volk endlich eine einzige einheitliche Organisation seines politischen Willens aufzubauen.

Zahlreiche beste Deutsche haben diese Aufgabe nicht verstanden und viele andere wollten sie nicht begreifen.

Heute ist der Sinn und damit die Notwendigkeit dieses ungeheuren Kampfes für jeden klar, der unser Volk liebt und an seine Zukunft glaubt.

So mußten wir in den zurückliegenden Jahren zahlreiche Verbände einfach aus diesen Erwägungen heraus zerschlagen. Und so werden wir auch das Entstehen jedes neuen Verbandes, der wieder nur die alte Zersplitterung fortsetzen würde, verhindern. Die Unabänderlichkeit dieses Entschlusses legt uns aber die Pflicht auf, gerecht zu sein. Wir wollen daher als Deutsche und Nationalsozialisten ehrlich den Unterschied erkennen, der zwischen anderen Verbänden und dem Stahlhelm bestand. Wir wollen zugeben, daß sich in diesem als dem Bunde der deutschen Frontsoldaten hunderttausende deutscher Männer zusammenfanden, die damit dem System entzogen wurden. In der Stunde der Wende des deutschen Schicksals aber bekannte sich der 1. Bundesführer zur nationalsozialistischen Revolution.

Nunmehr hat dieser auch die letzte Konsequenz aus der geschichtlichen Entwicklung gezogen und verfügt, daß, abgesehen vom Traditionsverband der alten Frontsoldaten, der gesamte junge Stahlhelm in die SA., der Scharnhorstbund in die Hitlerjugend überführt und mir unterstellt werden.

Meine SA.-Führer und SA.-Kameraden! Dieser Entschluß wird einst in der deutschen Geschichte als sehr seltener Beweis für ein wirklich großherziges, nationales Denken gewertet werden. Was sonst vielleicht nach jahrelangen Irrungen oder langen Kämpfen, die wiederum deutsche Kraft verbraucht hätten, gelungen wäre, ist durch die einsichtsvolle Tat eines Mannes, der seit dem 30. Januar in treuer Verbundenheit neben mir im Kabinett sitzt, entschieden worden.

Der weitere Befehl, daß der verbleibende Traditionsverband der alten Frontkämpfer künftig keine andere Parteizugehörigkeit mehr anerkennen würde, als die zur nationalsozialistischen Bewegung, gibt mir endlich die Möglichkeit, das Verbot der Mitgliedschaft unsererseits aufzuheben.

Angesichts dieser großen Entwicklung drängt es mich, zuerst euch, meinen alten Kameraden der Partei, der SA. und der SS. aus übervollem Herzen zu danken für die grenzenlose Treue, die ihr mir in guten und schlimmen Tagen so viele Jahre hindurch gehalten habt. Eurer Standhaftigkeit ist dies mit in erster Linie zuzuschreiben. Ihr seid einst die fanatischen Kämpfer gewesen gegen das alte System und ihr seid heute die unerschütterliche Garde der nationalsozialistischen Revolution.

Zum zweiten will ich nunmehr auch denen danken, die aus freiem Willen den sicherlich nicht leichten Entschluß des Verzichtes auf ihre stolze Selbständigkeit im Interesse der höheren Gemeinschaft ausgesprochen haben.



26. Juni 1933

Ich begrüße damit zum erstenmal die nunmehr in unseren Reihen mitmarschierenden Kameraden des Jungstahlhelms.

Ich befehle daher auch vom heutigen Tage an sämtlichen Führern, SA.- und SS.-Männern, die in unsere Gemeinschaft eingetretenen Männer des Stahlhelms als Kameraden aufzunehmen und damit einzuschließen in den ewigen Bund, der uns umfaßt und nie gebrochen werden soll. Was immer auch die Vergangenheit an Erinnerungen birgt, für mich und für euch gilt nur die große Zukunft, der wir uns verpflichtet haben.

Wenn es uns gelang, im Laufe vieler Jahre, Millionen ehemaliger Marxisten zu bekehren, zu uns zu führen, und in unseren Reihen aufzunehmen, dann muß und wird es uns erst recht möglich sein, nationale Männer, die aus einem anderen Lager kommen, um uns die Hand zum Bunde zu reichen, als Freunde und Kameraden aufzunehmen.

Ich erwarte daher von jedem Nationalsozialisten, daß er die Größe dieser historischen Entwicklung erkennt und durch sein eigenes Verhalten mithilft, die Neuhinzugekommenen in kürzester Zeit aufs innigste mit uns zu verschmelzen.

SA.-, SS.- und St.-Männer, unsere herrliche nationalsozialistische Bewegung und unser deutsches Volk: Sieg-Heil!

München, den 26. Juni 1933.

Adolf Hitler.“

Wie Hitler in diesem Aufruf andeutete, hielt er es für an der Zeit, auch alle Parteien außer seiner eigenen aufzulösen. Die KPD. war praktisch von der Bildfläche verschwunden, ihre Führer waren in Konzentrationslagern. Dort befanden sich auch zahlreiche SPD.-Führer. Die SPD.-Zeitungen waren verboten, jede politische Betätigungsmöglichkeit für die SPD. bereits unterbunden. Es war fast nur noch die Bestätigung eines bereits bestehenden Zustandes, als am 22. Juni die sozialdemokratische Partei durch Verfügung des Reichsinnenministers als angeblich staatsfeindliche und landesverräterische Organisation verboten wurde.

Bei den bürgerlichen Parteien dagegen wandte Hitler ein anderes Verfahren an. Deutschland befand sich 1933 in einem nationalen Rauschzustand ähnlich wie 1914. Auch damals wurden die Worte Wilhelms II. „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche!“<sup>208)</sup> mit Jubel aufgenommen. Weitere Konsequenzen für die Existenz der Parteien hatte dieser Ausspruch jedoch nicht gehabt.

Im Juni und Juli 1933 aber verstand es Hitler, die Vorsitzenden und Mitglieder der bürgerlichen Parteien in zahlreichen Einzelunterredungen so zu beeinflussen, daß sie aus nationalen Gründen die Selbstauflösung ihrer Parteien beschlossen.

Am 27. Juni löste sich die Deutschnationale Partei bzw. Front durch Beschluß der führenden Persönlichkeiten mit 56 gegen 4 Stimmen selbst auf, am 28. Juni folgte die Staatspartei (früher Demokratische Partei), am 2. Juli der Christlich-soziale Volksdienst, am 4. Juli die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei und am 5. Juli das Zentrum.

Zentrum und Bayerische Volkspartei zur Selbstauflösung zu veranlassen, war zweifellos eine besondere Leistung Hitlers an Überredungskunst, wenn man an die Rolle denkt, die das Zentrum im Kaiserreich und in der Weimarer Republik gespielt hatte. Hitler aber argumentierte, mit dem bevorstehenden Abschluß des Reichskonkordates durch ihn sei Ziel und Aufgabe der Zentrumspartei erreicht und diese selbst überflüssig<sup>209)</sup>.

<sup>208)</sup> Thronerede bei der Eröffnung der außerordentlichen Sitzung des Reichstages im Berliner Schloß am 4. 8. 1914.

<sup>209)</sup> Durch Gesetz vom 14. 7. 1933 (RGBl. 1933 I S. 479) wurde die NSDAP. zur einzigen Partei in Deutschland erklärt und die Neubildung oder Wiederbelebung von Parteien mit Zuchthaus bis zu 3 Jahren bedroht.

Einer der wenigen, bei denen Hitlers Redekunst nicht recht verfiel, war Hugenberg.

Während Hindenburg, Papen, Seldte, Blomberg, Neurath und die übrigen bürgerlichen Kabinettsmitglieder seit dem 30. Januar gelernt hatten, nur auf Hitler zu hören, gelang es nicht, aus Hugenberg einen überzeugten Nationalsozialisten zu machen, der alles für richtig hielt, was Hitler sagte.

Zwar trat Hugenberg nicht in eine offene Opposition, dafür war er zu sehr Patriot, aber im Juni 1933 hielt er es doch für angebracht, eine Meinungsverschiedenheit mit Neurath während der Londoner Weltwirtschaftskonferenz<sup>210)</sup> zum Anlaß zu nehmen, um seinen Rücktritt als Minister zu erklären. Dies war nun ganz und gar nicht im Sinne Hitlers.

Denn dieser wollte den Bund vom 30. Januar auf seine Weise aufrecht erhalten, d. h. alle damals vereidigten Minister sollten wohl im Kabinett bleiben, aber zunächst nationalsozialistische Staatssekretäre erhalten, später auch ihre Ämter an bewährte Nationalsozialisten abgeben und selbst als reine Dekorationsfiguren zur Demonstration der nationalen Einigkeit weiter im Kabinett bleiben.

Bei Hugenberg hatte sich Hitler die Entwicklung so gedacht, daß dieser zunächst einmal das Ernährungsministerium an Darré abgeben und einen nationalsozialistischen Staatssekretär im Wirtschaftsministerium akzeptieren sollte.

In einer langen Unterredung versuchte Hitler am 27. Juni Hugenberg mit allen Mitteln umzustimmen<sup>211)</sup>. Er lobte ihn, er verlegte sich aufs Bitten, er appellierte an das vaterländische Pflichtgefühl, schließlich drohte er, Tausende von deutsch-nationalen Anhängern ins Gefängnis zu werfen — es war alles umsonst, Hugenberg blieb fest. Der Geheimrat war sich nach dieser Unterredung nicht sicher, ob er nicht verhaftet oder heimlich getötet werden würde, aber so war Hitler nun auch wieder nicht.

Er respektierte es sogar, wenn jemand der Überredungskunst widerstand und bei seiner Ansicht blieb, vorausgesetzt allerdings, daß er sich nicht in Opposition begab oder konspirierte. Hitler sandte Hugenberg später sogar noch Geburtstagstelegramme<sup>212)</sup>.

Am 29. Juni mußte sich Hitler wohl oder übel zum Reichspräsidenten nach Neudeck begeben, um die Lage nach dem unangenehmen Rücktritt Hugenbergs zu besprechen. Aber Hindenburg war schon so daran gewöhnt, auf Hitlers Rat zu hören, daß er ohne weiteres dessen Vorschläge akzeptierte. Hugenberg war ihm zudem nie recht sympathisch gewesen<sup>213)</sup>.

Über die *Unterredung Hitlers mit Hindenburg* wurde folgendes *Kommunique* veröffentlicht:<sup>214)</sup>

„Berlin, 29. Juni.

Wie amtlich aus Neudeck berichtet wird, hat Reichspräsident von Hindenburg auf Vorschlag des Reichskanzlers den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und

<sup>210)</sup> An der Weltwirtschaftskonferenz in London im Juni 1933 hatte eine deutsche Delegation teilgenommen, der Hugenberg und Neurath u. a. angehörten.

<sup>211)</sup> Eine Niederschrift Hugenbergs über seine Unterredung mit Hitler am 27. 6. 1933 sowie seine Briefe an Hindenburg vom 26. und 27. 6. 1933 sind veröffentlicht von Anton Ritthaler in dessen Publikation „Eine Etappe auf Hitlers Weg zur ungeteilten Macht — Hugenbergs Rücktritt als Reichsminister“ in Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Stuttgart, (8) 1960, S. 193 ff.

<sup>212)</sup> Vgl. S. 517.

<sup>213)</sup> Vgl. Meißner-Wilde, a. a. O. S. 165.

<sup>214)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 181 v. 30. 6. 1933. — Dr. Kurt Schmitt, geb. 1886 in Heidelberg, gest. 1950 in Heidelberg.

29. Juni 1933

Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg die erbetene Entlassung aus seinen Ämtern erteilt und den Generaldirektor der Allianz-Versicherungsgesellschaft, Kurt Schmitt, zum Reichswirtschaftsminister sowie den Bauernführer Darré zum Reichslandwirtschaftsminister ernannt. Reichspräsident von Hindenburg hat ferner den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Bang, einstweilig in den Ruhestand versetzt und Dipl.-Ing. Gottfried Feder zum Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium ernannt.

Sicherem Vernehmen nach verbleibt der Staatssekretär im Reichs-Ernährungs- und Wirtschaftsministerium, von Rohr, auf seinem Posten.“

Die deutschen Wirtschaftsführer waren von Hugenbergs Rücktritt wenig beindruckt und sicherlich mit der Berufung des Generaldirektors Schmitt einverstanden. Hitler ließ ihnen, wie schon bemerkt, ziemlich freie Hand und hatte am 28. Juni z. B. auf einer Sitzung des Vereins deutscher Zeitungsverleger in Berlin ausdrücklich erklärt <sup>215)</sup>, es würde den wirtschaftlichen Aufgaben Deutschlands völlig widersprechen, wenn man nur Staatszeitungen herausbringen würde.

Gegen Parteigenossen, die in wirtschaftlichen Beziehungen zu weit vorprellten, ging Hitler drastisch vor, wie folgende *Mitteilung der Reichspressestelle der NSDAP.* vom 29. Juni besagt: <sup>216)</sup>

„Berlin, 29. 6. 1933.

Die Reichspressestelle der NSDAP. teilt mit: Die ehemaligen Parteigenossen Hauptmann a. D. Cordemann, Hauptmann a. D. von Marwitz, Hauptmann a. D. Wolf und Hauptmann a. D. Dr. Zucker, sämtlich in Berlin, haben durch telegraphische und telephonische Einwirkung auf Gauleiter, Handelskammern, Wirtschaftsunternehmen usw. versucht, dem Führer die Freiheit notwendiger Entschlüsse zu rauben. Sie wurden auf Anordnung des Führers sofort ihrer Ämter enthoben und aus der Partei ausgeschlossen. Auf Befehl des Kanzlers wurden sie in Haft genommen und in ein Konzentrationslager eingeliefert.“

Hitler konnte auf diese Weise auch dem deutschen Volk deutlich machen, daß in ein Konzentrationslager nur Menschen kamen, die einen solchen Besserungsaufenthalt verdient hatten: entweder die bösen Kommunisten oder Leute, die die guten Befehle des Führers mißachteten, und zwar auch dann, wenn es sich um Parteigenossen handelte.

Am 2. Juli hielt Hitler eine *Rede auf einer Führertagung von SA., SS. und Stahlhelm in Bad Reichenhall* und würdigte dabei Seldtes großzügiges Verhalten bei der Eingliederung <sup>217)</sup>. Seldte selbst legte ein Treuegelöbnis ab. Nach Abschluß der Tagung gab Hitler am 3. Juli folgende *Verordnung* bekannt: <sup>218)</sup>

„Unter Leitung des Chefs des Stabes der SA. fand vom 1. bis 3. 7. in Bad Reichenhall eine Tagung der höheren SA.- und SS.-Führer statt, zu der Bundesführer Seldte mit zahlreichen höheren Stahlhelmführern geladen war.

Die Tagung, die auch besonders dem gegenseitigen Kennenlernen der in einer Front kämpfenden Führer diente, war von herzlichem, kameradschaftlichem Geiste getragen.

Das gemeinsame Ziel und die persönliche Verbundenheit der nunmehr geschaffenen soldatischen Front verbürgen eine dauerhafte Kampfgemeinschaft.

Im Einvernehmen mit Bundesführer Seldte ordne ich daher folgendes an:

<sup>215)</sup> Bericht im VB. Nr. 180 v. 29. 6. 1933.

<sup>216)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 181 v. 30. 6. 1933.

<sup>217)</sup> Bericht im VB. Nr. 184 v. 3. 7. 1933.

<sup>218)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 185 v. 4. 7. 1933.

3. Juli 1933

Der gesamte Stahlhelm tritt unter Befehl der Obersten SA.-Führung und wird nach ihren Richtlinien neu gegliedert.

Der Jungstahlhelm und die Sporteinheiten werden durch die Stahlhelm-Dienststellen auf Befehl der Obersten SA.-Führung entsprechend den Gliederungen der SA. neu zusammengefaßt.

Diese Umstellung muß bis zu einem Zeitpunkt beendet sein, den die Oberste SA.-Führung noch bestimmt.

Für die übrigen Teile des Stahlhelm gibt der Bundesführer die erforderlichen Befehle.

Als Zeichen der Verbundenheit des Stahlhelm mit der nationalsozialistischen Bewegung tragen diese Teile des Stahlhelm die feldgraue Armbinde mit schwarzem Hakenkreuz auf weißem Grunde.

Dem Jungstahlhelm und den Sporteinheiten verleihe ich als einem Teile meiner SA. deren Armbinde und das an der Mütze zwischen den Kokarden zu tragende Hoheitsabzeichen.

Ausführungsbestimmungen erläßt der Chef des Stabes.

Adolf Hitler.“

Daß solche „großzügigen“ Anordnungen Hitlers in Wirklichkeit nur Übergangsmaßnahmen zur Vollständigen Beseitigung des Stahlhelms waren, sollte sich im Laufe der nächsten zweieinhalb Jahre noch zeigen.

Nach Auflösung der Zentrumspartei am 5. Juli hielt Hitler die Eroberung der politischen Macht in Deutschland für einstweilen abgeschlossen. Er hatte zwar auch schon erklärt, die Revolution werde nicht aufhören, bis die ganze deutsche Welt innerlich und äußerlich neugeordnet sei<sup>219)</sup>, aber im Hinblick auf die Wirtschaft verkündete er bei einer Ansprache an die Reichsstatthalter in Berlin am 6. Juli:<sup>220)</sup>

„Die politischen Parteien sind jetzt endgültig beseitigt. Der Erringung der äußeren Macht muß die innere Erziehung folgen. Man muß sich davor hüten, rein formale Entscheidungen von heute auf morgen zu fällen und davon eine endgültige Lösung zu erwarten. Die Menschen vermögen leicht die äußere Form in ihre eigene geistige Ausprägung umzubiegen.

Man darf erst umschalten, wenn man die geeigneten Personen für die Umschaltung hat. Es sind mehr Revolutionen im ersten Ansturm gelungen, als gelungene aufgefangen und zum Stehen gebracht worden.

Die Revolution ist kein permanenter Zustand, sie darf sich nicht zu einem Dauerzustand ausbilden. Man muß den freigewordenen Strom der Revolution in das sichere Bett der Evolution hinüberleiten. Die Erziehung der Menschen ist dabei das wichtigste. Der heutige Zustand muß verbessert und die Menschen, die ihn verkörpern, müssen zur nationalsozialistischen Staatsauffassung erzogen werden. Man darf daher nicht einen Wirtschaftler absetzen, wenn er ein guter Wirtschaftler, aber noch kein Nationalsozialist ist; zumal dann nicht, wenn der Nationalsozialist, den man an seine Stelle setzt, von der Wirtschaft nichts versteht. In der Wirtschaft darf nur das Können ausschlaggebend sein.

Die Aufgabe des Nationalsozialismus ist die Sicherstellung der Entwicklung unseres Volkes. Man soll aber nicht herumsuchen, ob noch etwas zu revolutionieren ist, sondern wir haben die Aufgabe, Position um Position zu sichern, um sie zu halten und allmählich mustergültig zu besetzen. Wir müssen dabei unser Handeln auf viele Jahre einstellen und in ganz großen Zeiträumen rechnen. Durch theoretische Gleichschaltung schaffen

<sup>219)</sup> Rede vom 22. 4. 1933; vgl. S. 257.

<sup>220)</sup> Gekürzter Wortlaut in der Eher-Broschüre. Wiedergegeben auch im VB. Nr. 189 v. 8. 7. 1933. In wirtschaftlichen Angelegenheiten war Hitler bedeutend vernünftiger als bei politischen oder militärischen Entscheidungen.

6. Juli 1933

wir keinem Arbeiter Brot. Die Geschichte aber wird ihr Urteil über uns nicht danach abgeben, ob wir möglichst viele Wirtschaftler abgesetzt und eingesperrt haben, sondern danach, ob wir es verstanden haben, Arbeit zu schaffen.

Wir haben heute absolut die Macht, uns überall durchzusetzen. Aber wir müssen die abgesetzten Menschen auch durch bessere ersetzen können.

Auf die Dauer wird die machtpolitische Sicherheit um so größer sein, je mehr es uns gelingt, sie wirtschaftlich zu untermauern. Die Reichsstatthalter haben dafür zu sorgen und sind dafür verantwortlich, daß nicht irgendwelche Organisationen oder Parteistellen sich Regierungsbefugnisse anmaßen, Personen absetzen und Ämter besetzen, wofür allein die Reichsregierung, also in bezug auf die Wirtschaft allein der Reichswirtschaftsminister zuständig ist. Die Partei ist jetzt der Staat geworden. Alle Macht liegt bei der Reichsgewalt. Es muß verhindert werden, daß das Schwergewicht des deutschen Lebens wieder in einzelne Gebiete oder gar Organisationen verlagert wird. Es gibt keine Autorität mehr aus einem Teilgebiet des Reiches, sondern nur aus dem deutschen Volksbegriff!“

Hitler fühlte sich absolut nicht als religiöser Reformator. Dies hatte er schon in Mein Kampf klar zum Ausdruck gebracht. Ihn interessierte nur die Macht. Wenn die christlichen Kirchen in Deutschland auf jeden Machtanspruch in politischer und sozialer Beziehung und auf jeden Einfluß auf Schulen und Jugendorganisationen verzichteten, dann konnten sie ruhig in ihren Gotteshäusern religiöse Übungen veranstalten, soviel sie wollten. Er war sogar bereit, ihnen größte finanzielle Unterstützung zu gewähren, und erhoffte sich von ihnen bei den nationalen „Expansionen“ bzw. Kriegen aktive Unterstützung, vor allem, wenn er gegen das gottlose, bolschewistische Rußland zu Felde ziehen würde.

Es schien zunächst so, als würde die evangelische Kirche in Deutschland am bereitwilligsten eine innere Einigung nach Hitlers Wünschen vollziehen. Es zeigte sich jedoch bald, daß dort unerwartete Widerstände zu Tage traten, die zur Bildung einer bekennenden Kirche (neben der von Hitler geförderten Kirche der Deutschen Christen) führte.

Bei der katholischen Kirche gelang Hitler ein besseres Ergebnis. Die deutschen katholischen Bischöfe und der deutsche katholische Klerus hatten mit wenigen Ausnahmen Hitler immer abgelehnt. Sie waren gegenüber nationalen Phrasen ziemlich immun und fürchteten mit Recht für den Bestand ihrer Jugend- und sonstigen Organisationen. Für alle Versprechungen Hitlers hatten sie taube Ohren, sie wollten sich von ihm einfach nicht lieben lassen. Anders verhielt sich der Vatikan. Hier hatte man schon gewisse Erfahrungen mit nationalistischen Diktaturen, und die Kirche war unter Mussolini trotz des Verlustes ihrer kirchlichen Jugendorganisationen nicht gerade schlecht gefahren.

Das Angebot Hitlers für ein Reichskonkordat, wie es weder im kaiserlichen Deutschland noch in der Weimarer Republik zustande gekommen war, fand daher in Rom freundliche Aufnahme. Es schien dem Vatikan — wie die weitere Entwicklung zeigte, mit Recht — besser, durch vertragliche Bestimmungen der katholischen Kirche wenigstens ihre Existenz zu erhalten, als eine offene Verfolgung und blutige Unterdrückung von Millionen Katholiken in Kauf zu nehmen. Auf diese Weise ist die katholische Kirche besonders im 2. Weltkrieg der seelische Rückhalt deutscher Katholiken geblieben, die Hitlers Herrschaft überdauern wollten.

Am 8. Juli wurde das *Konkordat zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl* unterzeichnet. Die Nachricht wurde vom deutschen Klerus nicht gerade begeistert aufgenommen. Umso erfreuter war Hitler, zumal sich die Un-

8. Juli 1933

terzeichnung auch auf Deutschlands Nachbarländer, insbesondere auf Polen, günstig auswirken mußte. Noch am 8. Juli erließ er folgende *Verfügung*:<sup>221)</sup>

„Durch den Abschluß des Konkordates zwischen dem Hl. Stuhl und der deutschen Reichsregierung erscheint mir genügende Gewähr dafür gegeben, daß sich die Reichsangehörigen des römisch-katholischen Bekenntnisses von jetzt ab rückhaltlos in den Dienst des neuen nationalsozialistischen Staates stellen werden. Ich ordne daher an:

1. Die Auflösung solcher katholischer Organisationen, die durch den vorliegenden Vertrag anerkannt sind und deren Auflösung ohne Anweisung der Reichsregierung erfolgte, sind sofort rückgängig zu machen.

2. Alle Zwangsmaßnahmen gegen Geistliche und andere Führer dieser katholischen Organisationen sind aufzuheben. Eine Wiederholung solcher Maßnahmen ist für die Zukunft unzulässig und wird nach Maßgabe der bestehenden Gesetze bestraft.

Ich bin glücklich in der Überzeugung, daß nunmehr eine Epoche ihren Abschluß gefunden hat, in der leider nur zu oft religiöse und politische Interessen in eine scheinbar unlösliche Gegensätzlichkeit geraten waren.

Der zwischen dem Reich und der Katholischen Kirche abgeschlossene Vertrag wird auch auf diesem Gebiet der Herstellung des Friedens dienen, dessen alle bedürfen.

Ich habe die starke Hoffnung, daß die Regelung der das evangelische Glaubensbekenntnis bewegenden Fragen in kurzer Zeit diesen Akt der Befriedung glücklich vollenden wird.  
Adolf Hitler.“

*An Papen sandte Hitler folgendes Telegramm*:<sup>222)</sup>

„Nehmen Sie bitte, Herr Vizekanzler, zu dem erfolgreichen Abschluß des neuen Vertrages zwischen dem Deutschen Reich und der katholischen Kirche meine aufrichtigsten Glückwünsche und meinen Dank entgegen. Herzlichst  
Adolf Hitler.“

Am 9. Juli sprach Hitler auf einem SA.-Treffen in Dortmund über die Aufgaben der Zukunft:<sup>223)</sup>

„Unsere erste Aufgabe besteht in folgendem: Die Macht haben wir. Niemand kann uns heute Widerstand entgegensetzen. Nun aber müssen wir den deutschen Menschen für diesen Staat erziehen. Eine Riesenarbeit wird einsetzen für die kommenden Jahrzehnte des deutschen Volkes.

Unsere zweite Aufgabe ist: Wir sehen in Deutschland eine Riesenarmee von Menschen, die ohne Arbeit und damit ohne sicheres tägliches Brot ist. Der vergangene Staat hat in 15 Jahren die ganze Wirtschaft ruiniert. Sieben Millionen Menschen sind arbeitslos geworden. Wir haben immer erklärt, daß wir nicht für blasse Theorien kämpfen, sondern für die Erhaltung unseres Volkes.

Wir haben jetzt eine der größten Aufgaben zu meistern, die jemals Staatsmännern gestellt worden sind. Wir müssen die Arbeitslosigkeit beseitigen.

Wir sind die größte Organisation, die jemals in Deutschland bestand, aber nicht nur das: Wir sind heute die einzige Organisation; indem wir alles andere beseitigten, haben wir eine ungeheure Verantwortung auf uns geladen. Wir können sie nicht auf fremde Schultern bülden. Diese große Verantwortung zwingt uns, diese Bewegung so zu führen, daß wir selbst vor der Geschichte jederzeit bestehen können und daß auch spätere Generationen mit Stolz auf diese Zeit zurückblicken. Diese Bewegung ist aber auch des deutschen Volkes einzige Hoffnung und sein einziger Glaube an die Zukunft.

<sup>221)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 191 v. 10. 7. 1933.

<sup>222)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 191 v. 10. 7. 1933.

<sup>223)</sup> Bericht im VB. Nr. 192 v. 11. 7. 1933.

9. Juli 1933

Nachdem wir unsere Fahne in ganz Deutschland als Staatsfahne aufgezogen haben, sind wir verpflichtet, dafür zu sorgen, daß nichts geschieht, was diese Fahne schänden könnte. Der Fahnenträger ist verantwortlich für die Ehre der Fahne. Ich bitte Euch: Scharf Euch, meine SA.- und meine SS.-Männer, und Ihr, die Ihr vom Stahlhelm zu uns gestoßen seid, scharf Euch um dieses Symbol des werdenden Lebens und der Wiederauferstehung unseres Volkes!

Wir müssen die großen Aufgaben erfüllen, denn außer uns ist niemand da, der es könnte. Nach uns würde nur die Verzweiflung kommen. Millionen Arbeitslose vertrauen auf uns. Sie sehen in uns die einzigen, die sie aus Not und Elend erretten können. Wir werden den Sieg erringen, denn dieser Sieg ist alles, es ist Deutschland!“

Mit der evangelischen Kirche hatte Hitler, wie erwähnt, einige Schwierigkeiten hinsichtlich ihrer Ausrichtung auf die neue nationale Politik. Am 11. Juli aber schien mit der Konstituierung einer neuen Verfassung der Konflikt innerhalb der einzelnen evangelischen Richtungen beigelegt zu sein.

Hitler sandte daher am 12. Juli folgendes *Glückwunschtelegramm an den Wehrkreispfarrer Müller, den künftigen „Reichsbischof“*: <sup>223a)</sup>

„Berlin, 12. Juli.

Mit Freude habe ich von der Vollendung des Verfassungswerkes Kenntnis genommen. Möge damit die Grundlage für die Einigkeit und Freiheit der evangelischen Kirche geschaffen sein.

Reichskanzler Adolf Hitler.“

An Hindenburg sandte Hitler aus gleichem Anlaß folgendes Telegramm: <sup>224)</sup>

„Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Nachdem gestern das Verfassungswerk der Deutschen Evangelischen Kirche zum Abschluß gebracht ist, sind die Verhandlungen über die Beilegung des preußischen Kirchenkonfliktes in einer für Staat und Kirche gleichermaßen befriedigenden Weise zu Ende geführt worden.

Die auch mir besonders am Herzen liegende innere Freiheit der Kirche wird durch Zurückziehung der Kommissare und Unterkommissare des Staates außer Zweifel gestellt. Der innere Neubau der Landeskirchen wird nach kirchlichem Recht durch freie Wahl des evangelischen Kirchenvolks einer baldigen Vollendung entgegengeführt werden. Ich bin glücklich, Euer Exzellenz berichten zu können, daß nunmehr Gewähr gegeben ist, Ihren auch von mir und allen Beteiligten gehegten Wunsch nach Befriedung des evangelischen Kirchenlebens binnen kürzester Frist erfüllt zu sehen.

In verehrungsvoller Ergebenheit

Reichskanzler Adolf Hitler.“

Am 12. Juli hielt Hitler in Berlin *eine Rede vor den Gauleitern, den Landesobleuten der NSBO. und den neuernannten Treuhändern der Arbeit* <sup>225)</sup>. Auch hier verlangte er Zurückhaltung gegenüber den deutschen Wirtschaftlern.

„Wir haben durch den Kampf das Land erobert, jetzt müssen wir es durch Frieden bestellen.“ Die politische Macht habe man schnell und in einem Zuge erobern müssen. Auf dem Gebiet der Wirtschaft aber wären andere Entwicklungsgesetze maßgebend. Hier müsse man Schritt für Schritt vorwärts gehen, ohne das Bestehende radikal zu zertrümmern und unsere eigene Lebensgrundlage zu gefährden.

<sup>223a)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 194 v. 13. 7. 1933.

<sup>224)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 194 v. 13. 7. 1933.

<sup>225)</sup> Bericht im VB. Nr. 195 v. 14. 7. 1933.

12. Juli 1933

Nun wandte sich Hitler wieder etwas der Außenpolitik zu. Der neue Danziger Senatspräsident Rauschnig war am 3. Juli in Warschau gewesen und hatte zum erstenmal einen Besuch beim polnischen Ministerpräsidenten gemacht. Am 13. Juli empfing Hitler den polnischen Botschafter in Berlin Wsocki, um ihm weitere Komplimente zu machen <sup>226</sup>).

Am 16. Juli richtete er anlässlich der Unterzeichnung des an sich unbedeutenden Viermächtepaktes (zwischen England, Frankreich, Italien und Deutschland) zur Wahrung des Friedens in Rom ein Telegramm an Mussolini, um ihm zu schmeicheln: <sup>227</sup>).

„Berlin, 16. 7.

Die soeben erfolgte Unterzeichnung des Viermächtepaktes gibt mir willkommenen Anlaß, Euer Exzellenz meinen herzlichsten Glückwunsch dazu zu übermitteln, daß dieses der staatsmännischen Initiative Euer Exzellenz zu dankende, die Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern befestigende Vertragswerk nach schwierigen Verhandlungen zum glücklichen Abschluß gebracht ist. Gerade angesichts der heutigen Weltlage ist dieses Bekenntnis der vier Mächte zu gemeinsamer Arbeit und Verständigung ein Lichtblick im Leben der Völker Europas.  
Hitler.“

Am 16. Juli hielt Hitler zwei Reden auf dem sogenannten „Sachsentreffen“, dem Gauparteitag in Leipzig <sup>228</sup>).

Vor 25 000 Amtswaltern erklärt er u. a.:

„Die Religionen und die Kirchen werden ihre Freiheit behalten. Die Politik aber ist unsere Sache.“

Vor 140 000 SA.-, SS.- und Stahlhelm-Männern verkündete er vor dem Denkmal zur Erinnerung an die Völkerschlacht von 1813:

„Heute führen wir nicht mehr 13 oder 17 Millionen, sondern das ganze Volk, und deshalb erwächst uns die gigantische Aufgabe, die Millionen Menschen, die innerlich noch nicht zu uns gehören, zu erziehen, zu Soldaten dieses Dritten Reiches, zu Soldaten unserer Weltanschauung.“

Am 16. Juli berief Hitler einen *Generalrat der Wirtschaft*, dem außer Robert Ley und anderen Partei-Unterführern die Hitler seit langem verbundenen Wirtschaftler angehörten <sup>229</sup>), angefangen von Fritz Thyssen bis Baron v. Schröder.

Am 19. Juli richtete Hitler einen Brief an Wehrkreispfarrer Müller anlässlich der bevorstehenden Kirchenwahlen <sup>230</sup>), und unterhielt sich am 20. Juli mit dem Präsidenten der Genfer Abrüstungskonferenz, Henderson, im Münchener Regina-Hotel <sup>231</sup>).

Am 22. Juli nahm Hitler selbst das Wort zu den für den folgenden Tag angesetzten *evangelischen Kirchenwahlen*. Er sprach in einer *Rundfunksendung aus Bayreuth*, wohin er sich wegen der Festspiele begeben hatte <sup>232</sup>).

„Wenn ich zu den evangelischen Kirchenwahlen Stellung nehme, dann geschieht dies ausschließlich vom Standpunkt des politischen Führers aus, d. h. mich bewegen nicht die

<sup>226</sup>) Vgl. Baynes, a. a. O. S. 1081.

<sup>227</sup>) Veröffentlicht im VB. Nr. 198 v. 17. 7. 1933.

<sup>228</sup>) Bericht im VB. Nr. 198 v. 17. 7. 1933.

<sup>229</sup>) Bericht im VB. Nr. 198 v. 17. 7. 1933.

<sup>230</sup>) Erwähnt von Baynes a. a. O., S. 374.

<sup>231</sup>) Bericht im VB. Nr. 202 v. 21. 7. 1933.

<sup>232</sup>) Veröffentlicht im VB., Berliner Ausgabe v. 23./24. 7. 1933.



22. Juli 1933

Fragen des Glaubens, der Dogmatik oder der Lehre. Weder die katholische noch die evangelische noch die russische Kirche haben oder würden dem Bolschewismus Einhalt gebieten können.“

Hitler kam dann auf das Konkordat mit dem Vatikan zu sprechen und fuhr fort:

„Als Nationalsozialist hege ich den sehnlichsten Wunsch, eine nicht minder klare Regelung mit der evangelischen Kirche treffen zu können. Dies setzt allerdings voraus, daß an Stelle der Vielzahl der evangelischen Kirchen, wenn irgend möglich, eine einzige Reichskirche tritt.“

Die Kirchenwahlen am 23. Juli brachten zwar einen Erfolg für die Deutschen Christen, der Widerstand gegen eine nationalsozialistische Kirchenleitung blieb aber in den Landeskirchen immer noch groß, besonders unter den Landesbischöfen Meiser (Bayern), Wurm (Württemberg) und Marahrens (Hannover).

Schließlich gab Hitler den Kampf mit ihnen auf und ließ sie gewähren. Eine Reihe von evangelischen Geistlichen, Niemöller, Lilje usw., deren Widerstand ihm zu groß erschien, ließ er allerdings ins Gefängnis oder ins Konzentrationslager bringen. —

Bis Ende Juli 1933 blieb Hitler in Bayreuth und verließ die Festspiele nur bei besonders dringenden Anlässen, so am 26. Juli, wo er früh um 9 Uhr eine *Ansprache vor 470 italienischen Jungfaschisten* in München hielt und um 14 Uhr an der Beerdigung des Admirals von Schroeder (des „Löwen von Flandern“) in Berlin teilnahm<sup>233)</sup>. Um 17 Uhr war er wieder in Bayreuth. Am 29. Juli nahm er an einem Empfang von Frau Winifred Wagner teil, und am 30. Juli besuchte er die Gräber von Richard, Cosima und Siegfried Wagner, worüber folgende *Bekanntmachung erschien*:<sup>234)</sup>

Am Sonntagvormittag [30. Juli] besuchte der Reichskanzler mit seinem Stabe die Gräber Richard und Cosima Wagners im Park des Hauses Wahnfried und das Grab Siegfried Wagners im Städtischen Friedhof. Reichskanzler Adolf Hitler legte zum Gedenken an den Meister, seine Gattin und seinen verstorbenen Sohn prächtige Blumengebinde nieder, die mit schwarz-weiß-roter Seidenschleife geschmückt waren, welche den in Gold gestickten Namenszug des Reichskanzlers trugen.

Am Nachmittag des 30. Juli sprach Hitler auf dem 16. *Deutschen Turnfest in Stuttgart*<sup>235)</sup>. Seine Rede war abgestellt auf den Tenor:

„Das Leben wird nicht durch Schwache gewonnen, sondern durch starke Männer!“

Sie gab ihm Gelegenheit, wieder einmal gegen die Intellektuellen zu wettern.

„Das gerade und gesunde Volk wird aber auch geistig nie den Irrtümern erliegen, denen das einseitig überlastete Gehirn nur zu leicht verfällt. Geistreiche Völker ohne Mut und Kraft werden stets zu Hauslehrern der gesünderen Rassen degradiert. Ihre interessanten Schreibarten sind ein schlechter Ersatz für das verlorene Recht zum Leben, das die Natur nur immer in der Kraft der Lebensbehauptung sieht.“

<sup>233)</sup> Berichte im VB. Nr. 208 v. 27. 7. 1933.

<sup>234)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 212 v. 31. 7. 1933.

<sup>235)</sup> Veröffentlicht im VB. Berliner Ausgabe vom 1. 8. 1933.

6. August 1933

Am 6. August hielt Hitler auf dem Obersalzberg eine dreistündige *Rede vor den Reichs- und Gauleitern*, in der er über alles sprach, was ihm gerade aktuell schien <sup>236)</sup>.

Die „Parteierzählung“ <sup>237)</sup> wurde diesmal durch Hitlers Hinweis eingeleitet, er spreche an „historischer Stätte“, denn hier habe er die Pläne zur Erhebung der Partei im November 1923 gefaßt. Hitler machte bereits hier den später noch öfters wiederholten Versuch, den mißglückten Putsch doch als richtigen Entschluß hinzustellen. Er hatte sich seit der Machtübernahme seine eigene Unfehlbarkeit so sehr eingeredet, daß ihn der Mißerfolg von 1923 wurmte. Er behauptete nun, wenn er damals nicht losgeschlagen hätte, dann hätten die „anderen“ losgeschlagen, und dies würde das Ende des Reiches bedeutet haben. Im weiteren Verlauf seiner Rede ließ Hitler keinen Zweifel darüber, daß „die Partei die Macht mit allen Mitteln zu verteidigen“ entschlossen sei.

„Die Partei wird sich ihre Führungshierarchie aufbauen in einem Senat der ältesten, bewährtesten und treuesten Parteigenossen.“ <sup>238)</sup>

Alle zwei Jahre würde ein Reichsparteitag stattfinden <sup>239)</sup>. Auf das Problem der Arbeitslosigkeit eingehend, erklärte Hitler,

daß der Staat nicht dazu da sei, Renten auszuteilen, sondern Arbeitsmöglichkeiten. Wenn man bedenke, in welchem Zustande sich die Nation befinden könnte, wenn sie die ungeheuren brachliegenden Arbeitskräfte (jährlich neun Milliarden Arbeitsstunden) praktisch für unser Volk verwertet hätte, dann könne man erst ermessen, was diejenigen verschuldet hätten, die vor uns regierten. Die NSDAP. werde diese entscheidende Frage anfassen und lösen, weil sie eine ethische Verpflichtung sei.

Der Führer ging dann des Näheren auf das in Angriff genommene gewaltige Straßenbauprojekt ein, das noch nach Jahrhunderten Zeugnis ablegen werde für die Kühnheit und die Leistungen der nationalsozialistischen Bewegung. Er sei überzeugt, daß die Nachwelt unsere Zeit einmal als eine der geistig umwälzendsten Epochen der menschlichen Geschichte bezeichnen werde.

Am 12. August nahm Hitler an einer *Richard-Wagner-Feier* in Neuschwanstein teil, verbunden mit der Ernennung Hitlers zum Ehrenbürger von Hohenschwangau. Hitler dankte mit einer *Ausprache* <sup>240)</sup>, in der er sich, so wie bei allen großen Deutschen, als Vollender der Absichten Ludwigs II. bezeichnete. Er gab seiner Überzeugung Ausdruck,

daß trotz aller Kritik aus diesen Bauten Ludwigs II. durch die Befruchtung des Kunsthandwerks und die Belebung des Fremdenverkehrs doch Gutes erwachsen sei, so daß das Werk des Königs Anerkennung finden müsse: „Es war der Protest eines Genies gegen die

<sup>236)</sup> Mitteilung der Reichspressestelle der NSDAP. in indirekter Rede, veröffentlicht im VB. Nr. 219 v. 7. 8. 1933.

<sup>237)</sup> Ausdruck des Verfassers, vgl. S. 49.

<sup>238)</sup> Zur Einrichtung eines solchen Senats ist es nie gekommen. Hitler fürchtete für seine Alleinherrschaft, falls ein derartiges Gremium tatsächlich gebildet würde. In seiner Rede zum Kriegsausbruch am 1. 9. 1939 (vgl. S. 1316) kündigte er die Berufung eines Senats durch Gesetz an, der aus seiner Mitte einen Führernachfolger (nach Göring und Heß) wählen sollte. Auch diese Senatsberufung fand nie statt. Es blieb bei der Ankündigung.

<sup>239)</sup> Der Reichsparteitag 1933 gefiel Hitler jedoch so gut, daß er dann in jedem Jahr eine solche Veranstaltung durchführen ließ, bis der Kriegsausbruch 1939 diesen Schauspielen ein Ende bereitete.

<sup>240)</sup> Bericht im VB. Nr. 226/227 v. 14./15. 8. 1933.

12. August 1933

erbärmliche parlamentarische Mittelmäßigkeit. Wir haben diesen Protest heute verwirklicht und dieses Regiment endgültig beseitigt.“

In den nächsten Tagen hielt Hitler verschiedene *wirtschaftliche Konferenzen auf dem Obersalzberg* ab, so am 15. August mit Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt, Reichsbankpräsident Dr. Schacht, Staatssekretär Dr. Lammers und verschiedenen Wirtschaftssachverständigen, am 18. August mit Göring und Staatsminister Esser. Bei letzterer Besprechung standen Luftfahrt- und Fremdenverkehrsfragen zur Debatte <sup>241)</sup>. Der Obersalzberg begann bereits eine Nebenstelle der Reichskanzlei zu werden.

Am Nachmittag des 18. August hielt Hitler im Hotel Deutscher Hof in Nürnberg eine *Besprechung über den bevorstehenden Reichsparteitag* ab <sup>242)</sup>.

Am 19. August sprach er 2 1/2 Stunden auf einer *SA.- und SS.-Führertagung im Rheinhôtel Dreesen in Bad Godesberg*. Hier äußerte er sich u. a. über das Verhältnis zwischen SA. und Reichswehr: <sup>243)</sup>

Alle Organisationen müßten ihre Funktion klar gliedern und gegeneinander abgrenzen. Das Verhältnis der SA. zur Armee sei das gleiche wie das der politischen Führung zur Armee. Beide seien nicht Selbstzweck, sondern dienten nur dem einen Zweck, der Erhaltung unseres Volkes.

Von diesem Gedanken des Volkstums aus lehne er auch die Germanisierung von unserem Volk fremden Menschen und Völkern ab, da diese nie eine Kräftigung und Stärkung, sondern höchstens eine Schwächung des Rassenkerns unseres Volkes bedeuten würde.

Bei dieser SA.-Führertagung zeigte sich Hitler, der zur Uniform bisher barhäuptig erschien, mit einer braunen Schirmmütze, sogenannten „Teller“-Mütze, an der jedoch nur der Hoheitsadler, nicht aber die sonst übliche Kokarde befestigt war <sup>244)</sup>.

Zur Erinnerung an die Schlacht bei Tannenberg im Jahre 1914 hatte Hitler eine große *Kundgebung am Tannenberg-Denkmal* in Ostpreußen anberaumt. Er wollte bei dieser Gelegenheit nicht nur der beiden Schlachten bei Tannenberg von 1410 und 1914 gedenken, sondern auch Hindenburg einen persönlichen Dank abstatten. Er ließ ihm durch Göring die preußische Domäne Langenau und den Forst Preußenwald schenken und ein steuerfreies Hausgut Hindenburg-Neudeck bilden.

Bei diesem Staatsakt am 27. August hielt Hitler nach Bekanntgabe der Schenkungsurkunde durch Göring *folgende Rede*: <sup>245)</sup>

„Herr Generalfeldmarschall!

19 Jahre sind vergangen, seit den gewaltigen Tagen, da das deutsche Volk nach Jahrhunderten wieder Kunde von dem von Ruhmesglanz überstrahlten Namen Tannenberg erhielt. Ein unsicheres Schicksal hing damals drohend über Volk und Reich. Ohne

<sup>241)</sup> WTB.-Meldungen v. 16. und 19. 8. 1933.

<sup>242)</sup> Bericht im VB. Nr. 231 v. 19. 8. 1933.

<sup>243)</sup> Bericht im VB. Nr. 233 v. 21. 8. 1933 in indirekter Rede.

<sup>244)</sup> Die Kokarde fügte er erst nach dem Anschluß Österreichs im März 1938 hinzu. Er wollte damit symbolisch zum Ausdruck bringen, daß das, was ihm bisher zu seinem Reich noch gefehlt habe, nun ergänzt worden sei. Das goldene Eichenlaub um diese Kokarde, das er von diesem Zeitpunkt an ebenfalls trug, versinnbildlichte seine Stellung als Oberbefehlshaber der Wehrmacht. Dieses Eichenlaub um die Kokarde wurde nur von der Reichswehr bzw. der neuen Wehrmacht getragen.

<sup>245)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 240 v. 28. 8. 1933.

27. August 1933

eigene Schuld mußten unsere Männer Deutschland vor den Angriffen einer erdrückenden Übermacht mit Leib und Leben beschützen. In unvergleichlichem Heldenmut stürmten die Armeen im Westen, hielten die wenigen Divisionen im Osten. Und dennoch schob sich, alles verwüstend, die zahlenstarke Übermacht unseres russischen Gegners tief in das deutsche Land. Große Teile Ostpreußens verfielen der Zerstörung. Aus Ängsten und Sorgen stiegen die Gebete von Millionen empor zum Allmächtigen.

Mit dem Namen Tannenberg hat sich die Rettung vollzogen, denn nicht eine Schlacht wurde hier geschlagen, sondern das deutsche Schicksal gewendet, Ostpreußen befreit und Deutschland gerettet. Seit diesem Tage begann jene unerhörte Schlachtenfolge im Osten, die Rußland als kämpfende Macht überwand, die deutschen Heere mit unvergänglichem Ruhm bedeckte, die deutsche Nation aber für immer Ihrem Namen, Herr Generalfeldmarschall, zu treuem Dank verpflichtete.

Denn ganz gleich, wie das heroische Ringen Deutschlands enden mußte, der große Krieg wird für immer unserem Volke das stolze Gefühl vermitteln, einst für des Vaterlandes Freiheit und Leben unvergängliche Opfer gebracht zu haben. Die Geschichte aber wird in kommenden Zeiten kein Verständnis dafür besitzen, daß ein Volk nach dem Verlust eines Krieges, den es selbst nie gewollt hatte, nur deshalb unwürdig unterdrückt und schmachvoll mißhandelt wurde, weil es seine Freiheit nicht wehrlos preisgab, sondern unter unsäglichen Leiden unter nie dagewesenen Opfern das Recht seines Lebens und die Unabhängigkeit seines Bodens zu verteidigen versuchte.

Damals, Herr Generalfeldmarschall, hat es mir das Schicksal zu meinem Glücke gestattet, als einfacher Musketier in den Reihen meiner Brüder und Kameraden, für unseres Volkes Freiheit mitkämpfen zu dürfen. Heute empfinde ich es bewegten Herzens als gnädiges Geschenk der Vorsehung, hier auf dem Boden des ruhmvollsten Schlachtfeldes des großen Krieges im Namen der geeinten deutschen Nation und für diese Ihnen, Herr Generalfeldmarschall, den Dank aller in tiefster Ehrerbietigkeit aussprechen zu dürfen. Wir sind glücklich, daß wir diesen Ehrentag des deutschen Volkes mit dem feiern dürfen, der ihn uns einst gegeben hat.

Die deutsche Reichsregierung handelt aber für das deutsche Volk, wenn sie dem heißen Wunsche Ausdruck gibt, daß Ihr Name, Herr Generalfeldmarschall, für immer nicht nur durch die Tat in unserem Volke weiterleben möge, daß nicht nur die Steine dieses Denkmals von Ihnen sprechen sollen, sondern daß in langer Geschlechterfolge auch lebende Zeugen in Verbundenheit mit diesem Heimatboden von ihrem großen Ahnen künden.

Die deutsche Reichsregierung hat daher als Vertreterin der nationalen Ehre und in Erfüllung der Pflicht der nationalen Dankbarkeit beschlossen und zum Gesetz erhoben, daß jene Scholle dieser Provinz, die heute mit Ihrem Namen, Herr Generalfeldmarschall, verbunden ist, solange frei sein soll von den öffentlichen Lasten des Reiches und der Länder, solange sie durch einen männlichen Erben mit dem Namen Hindenburg verbunden bleiben wird.“

Hindenburg zeigte sich erkenntlich, indem er den Hauptmann a. D. Göring am 30. August zum General der Infanterie ernannte. Damit der Vorgang nicht zu auffällig wurde und womöglich Opposition in der Reichswehr hervorrief, wurde gleichzeitig Blomberg zum Generalobersten ernannt und am 31. August folgende amtliche Mitteilung veröffentlicht:

„Der Herr Reichspräsident hat mit Wirkung vom gestrigen Tage den Herrn Reichswehrminister General der Infanterie von Blomberg zum Generaloberst befördert. Er hat ferner im Rahmen anderer Beförderungen dem preußischen Ministerpräsidenten Hauptmann a. D. Göring, Ritter des Pour le mérite, in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste im Kriege wie im Frieden den Charakter eines Generals der Infanterie verliehen mit der Berechtigung zum Tragen der Uniform des Reichsheeres.“

27. August 1933

Die Ernennung des Hauptmanns a. D. Göring zum General der Infanterie unter Überspringung von fünf militärischen Rangstufen dürfte wohl ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der deutschen Armee sein.

Wenn man von den späteren SS.-Generälen absieht, war Göring der einzige Wehrmachtsgeneral, der durch einen revolutionären Akt zu seinem Rang kam. Das Erstaunliche daran ist, daß nicht etwa Hitler ihn dazu ernannte, sondern der kaiserliche Generalfeldmarschall von Hindenburg.

Nach der erfolgreichen Tannenberg-Kundgebung begab sich Hitler am 27. August sofort in den Westen des Reiches, um nach mehrstündigem Flug vor einem anderen National-Denkmal das Wort zu ergreifen, dem *Niederwald-Denkmal* bei Rüdesheim, errichtet zur Erinnerung an den siegreichen Feldzug von 1870/71. Hier hatten sich einige Tausend Saarländer versammelt, und Hitler war in der richtigen Stimmung, um eine nationalistische Rede zu halten <sup>246)</sup>.

„Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen! Meine guten Saarländer! Ich komme hierher, um Ihnen zuerst den Gruß jener Provinz zu überbringen, die im fernen Osten in unerschütterlicher Treue zu Deutschland steht. Ein tragisches und unverdientes Schicksal hat unser Ostpreußen getroffen. Getrennt von der Heimat stehen dort zwei Millionen Deutsche in treuer Wacht, um durch ihren Willen und durch ihre Gesinnung die Brücke aufrechtzuerhalten, die man geographisch abgebrochen hat. Am Tannenberg-Denkmal vollzog sich heute eine erhebende Feier, nicht nur in Erinnerung an die große Vergangenheit, sondern auch, um feierlich zu bekennen, daß man gewillt ist, zu wahren, was unser ist, zu wahren die heiligen Erinnerungen, aber auch zu wahren die Rechte der Gegenwart. Zu diesen Rechten der Gegenwart gehört auch die Rückkehr des Saargebietes zum Reiche!

Gewiß — das werden Sie, meine Freunde, hier vielleicht am besten sehen —, das Deutschland von jetzt gleicht nicht mehr dem Deutschland, das entstand in der Zeit, da das Saargebiet vorübergehend dem Reiche genommen wurde, sondern es gleicht einem Deutschland der Ehre, einem Deutschland, das sich seiner nationalen Pflichten und Rechte bewußt ist.

Als die Schlacht von Tannenberg geschlagen wurde, da war sie ein Zeichen für die unerhörte Kraft einer einigen Nation. Als das Saargebiet dem Reiche verlorenging, da war es die Folge des Verlustes dieser inneren Einigkeit. Diese innere Einheit der Nation, die wir im Zusammenbruch im November 1918 verloren hatten, wieder aufzubauen, ist unser unerschütterlicher Wille.

15 Jahre ist dieses Ziel unser Wunsch, unser Gebet, unsere Idee zugleich gewesen, und heute können wir sagen, unser Gebet wurde erhört, unser Wunsch erfüllt. Unser Wille hat das verwirklicht, was in Deutschland geschehen mußte, um unser Volk vor dem endgültigen Untergang zu bewahren. Sie reden heute in der Umwelt von Terror in Deutschland, von Vergewaltigung. Das ist nicht Terror, nicht Vergewaltigung, das ist Schicksal. Ganz Deutschland steht auf!

Wir haben Deutschland befreit von der Vergewaltigung derer, die kein starkes Deutschland wollten! Wir haben Deutschland befreit von der Vergewaltigung und von dem Terror derer, die es bewußt zerrissen haben, weil sie dieses Volk nur in seiner Zerrissenheit allein zu beherrschen vermochten. Was Sie heute in Deutschland sehen, ist ein Volk und ein Reich, das keine Parteiherrschaft, keine Parteizerrissenheit mehr kennt.

Nicht das deutsche Volk ist es, das den alten Zustand zurücksehnt, sondern eine Handvoll Menschen, die vom Unglück der Nation und von der Zerrissenheit des deutschen Volkes gelebt hat.

Wir haben nicht einmal, sondern hundertmal erklärt: Wir wünschen den Frieden mit der anderen Welt. Wir haben selbst den Krieg mitgemacht in seiner Furchtbarkeit.

<sup>246)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 241 v. 29. 8. 1933.

Keiner von uns wünscht ihn. Niemand auch von uns wünscht fremdes Gut. Keiner will fremdes Volk uns einverleiben. Aber was Gott dem Volke geschaffen hat, gehört auch zu diesem Volke. Und wenn Verträge heilig sein sollen, dann nicht nur für uns, sondern auch für die Gegner. Die Verträge aber geben das klare Recht, daß das Volk der Saar sein Schicksal selbst wählen mag.

Ich weiß, wenn die Stunde kommt, wird die Stimme der Nation jeden einzelnen erfassen, und er wird gehen und seine Stimme dem deutschen Vaterlande geben.

Wir wollen gerne mit Frankreich in allen wirtschaftlichen Dingen reden. Wir wollen gerne uns mit Frankreich verständigen. In einem aber gibt es keine Verständigung: Weder kann das Reich Verzicht leisten auf Euch, noch könnt Ihr Verzicht leisten auf Deutschland.“

Am 30. August begab sich Hitler nach Nürnberg zum sogenannten „Reichsparteitag des Sieges“.

Angesichts der Triumphstimmung des Jahres 1933 hätte man eine solche Demonstration der NSDAP. noch verstehen können. Aber Hitler wollte die Veranstaltung zu einer dauernden Einrichtung machen. Dieser Parteitag und alle folgenden bis zum Jahre 1938 waren für ihn nur ein Mittel, um sich an seiner Macht über Hunderttausende und Millionen von Menschen zu berauschen, um seiner Leidenschaft, auf Massenkundgebungen zu sprechen, noch mehr zu fröhnen.

Die Ausmaße der Veranstaltung wurden von Jahr zu Jahr größer, die Aufmarschplätze und -straßen immer gewaltiger; riesige steinerne Türme wurden gebaut, nur um darauf Fahnen zu hissen. Eine überdimensionale Kongreßhalle sollte alle ähnlichen Bauwerke der Welt in den Schatten stellen und blieb als Torso zurück, als die harte Wirklichkeit im Jahre 1939 den rhetorischen Schauspielen und Zahlen-Demonstrationen Hitlers ein Ende bereitete.

Für die übrigen Teilnehmer waren diese Veranstaltungen bedeutend weniger angenehm als für Hitler. Sie mußten in Zeltlagern kampieren, stundenlang stehen, stundenlang vorbeimarschieren. Für manche mochten diese Kundgebungen ein Erlebnis sein, aber den meisten waren die Begleitumstände des Parteitages, der Aufenthalt in einer großen Stadt, alle möglichen Vergnügungen, Feuerwerk usw. wichtiger als die eigentlichen Parteikundgebungen. Hitler wußte dies wohl und war hier ebenso großzügig wie die katholische Kirche bei manchen Wallfahrten.

Hitlers Reden auf diesen Parteitagen aber gehörten meist zu seinen schwächsten. Nur wenn irgendein besonderer Anlaß vorlag, so z. B. bei der Sudetenkrise im Jahre 1938 <sup>247)</sup>, dann konnte auch eine Parteitagsrede Bedeutung erhalten. Im allgemeinen aber waren Hitlers rednerische Ergüsse bei den Parteitagen mäßige Leistungen, die selbst von fanatischen Anhängern nur schwer ertragen wurden trotz aller Heilrufe und Beifallskundgebungen. Es fehlte eben der konkrete Anlaß, und die ewigen Rück- und Ausblicke waren langweilig, ebenso das Dozieren von Kunst- und Kulturideen, die er bei anderen Gelegenheiten oder in seinem Buch *Mein Kampf* weit besser darzubieten verstand.

Man kann wohl behaupten, daß Hitler mit seinen Parteitagsreden kaum einen neuen Anhänger gewann im Gegensatz zu seinen sonstigen Redekampagnen.

Die Reden und Proklamationen wickelten sich nach einem bestimmten Zeremoniell ab, das bei den sechs Reichsparteitagen 1933—1938 in folgender Weise ablief:

---

<sup>247)</sup> Vgl. S. 897 ff.

30. August 1933

Ansprache beim Empfang im Nürnberger Rathaus,  
Proklamation zur Eröffnung des Parteikongresses, jedesmal verlesen von dem  
Münchener Gauleiter Adolf Wagner <sup>248)</sup>,  
Rede auf der Kulturtagung, Rede vor den einzelnen Formationen (Politische  
Leiter, Frauenschaft, Hitlerjugend, SA. und SS., später auch Arbeitsdienst und  
Wehrmacht),

Ansprache vor dem Diplomatischen Korps und Rede auf dem Schlußkongreß.

In dieser Publikation werden die jeweiligen Reden Hitlers auf den Parteitag  
zwar mit den entsprechenden Veröffentlichungshinweisen aufgeführt, aber nur  
wiedergegeben, soweit sie bemerkenswerte neue Gesichtspunkte enthalten.

Am 30. August 1933 überreichte Nürnbergs Oberbürgermeister Liebel beim  
*Empfang im Rathaus* einen Abdruck von Dürers Kupferstich „Ritter, Tod und  
Teufel“. Hitler *dankte und erklärte*:

„Ich habe mich entschlossen zu bestimmen, daß unsere Parteitage jetzt und für immer  
in dieser Stadt stattfinden.“ <sup>249)</sup>

Am 1. September wurde bei der Eröffnung des Parteikongresses die *Proklama-  
tion Hitlers verlesen* <sup>250)</sup>. Sie schloß mit einem Appell an die Wahrheitsliebe, zu  
der sich Hitler jedoch nur solange bekannte, als es ihm und seiner Herrschaft  
gut ging. Später, als die Zeiten schlechter und schlechter wurden, sah die Praxis  
anders aus. Aber hier auf dem „Kongreß des Sieges“, da konnte er leicht ver-  
künden lassen:

„Die Macht und ihre brutale Anwendung kann vieles, allein auf die Dauer ist ein  
Zustand nur dann als sicher anzusehen, wenn er in sich logisch und gedanklich unan-  
greifbar erscheint. Und vor allem: Die nationalsozialistische Bewegung muß sich zu dem  
Heroismus bekennen, lieber mit jedem Widerstand und jeder Not fürlieb zu nehmen, als  
auch nur einmal ihre als richtig erkannten Prinzipien zu verleugnen. Sie darf nur von  
einer einzigen Angst erfüllt sein: nämlich der, daß einmal eine Zeit kommen könnte, die  
uns entweder der Unwahrhaftigkeit oder der Gedankenlosigkeit zeiht. Der heroische  
Gedanke aber muß stets bereit sein, auf die Zustimmung der Gegenwart Verzicht zu  
leisten, wenn die Wahrhaftigkeit und Wahrheit es erfordert.

So wie der Held auf sein Leben Verzicht leistet, um im Pantheon der Geschichte  
weiterzuleben, so muß eine wirklich große Bewegung in der Richtigkeit ihrer Idee, in

---

<sup>248)</sup> Wagner hatte einen ähnlichen Tonfall wie Hitler und auch den gleichen oberbayerischen  
Akzent. Bei der Verlesung der Proklamation war Hitler jedesmal persönlich im Kongreßsaal  
anwesend.

<sup>249)</sup> Bericht im VB. Nr. 243 v. 31. 8. 1933. Die ersten Parteitage der NSDAP. (General-Mit-  
gliederversammlungen) fanden 1920, 1921 und 1922 in München statt. Der 1. „Reichsparteitag“  
wurde vom 27.—28. 1. 1923 in München abgehalten. Der 2. „Reichsparteitag“ fand am 4. 7. 1926  
in Weimar statt. Der 3. „Reichsparteitag“ wurde vom 19.—21. 8. 1927 in Nürnberg abgehalten,  
der 4. „Reichsparteitag“ vom 2.—4. 8. 1929 ebenfalls in Nürnberg. Der Reichsparteitag 1933  
(„Kongreß des Sieges“) wurde als 5. bezeichnet und dauerte vom 30. 8.—3. 9. 1933. Der 6.  
„Reichsparteitag“ wurde vom 4.—10. 9. 1934 abgehalten. Er trug keine besondere Bezeichnung,  
offensichtlich wegen der vorausgegangenen Röhms-Affäre und des mißlungenen Putsches in Öster-  
reich. Der 7. Reichsparteitag („der Freiheit“) fand vom 10.—16. 9. 1935 statt, der 8. Reichspartei-  
tag („der Ehre“) vom 8.—14. 9. 1936, der 9. Reichsparteitag („der Arbeit“) vom 6.—13. 9. 1937  
und der 10. Reichsparteitag („Großdeutschland“) vom 5.—12. 9. 1938. Der 11. Reichsparteitag  
(„des Friedens“), dessen Beginn in zynischer Weise auf den 1. 9. 1939 festgesetzt worden war,  
wurde am 27. 8. 1939 abgesagt und auf später verschoben. Er fand nie mehr statt.

<sup>250)</sup> Die Proklamation und die übrigen Parteitagsreden von 1933 sind wiedergegeben in der  
Eher-Broschüre „Die Reden Hitlers am Reichsparteitag 1933“. München 1934, ferner im VB. Nrn.  
245—247 v. 2.—4. 9. 1933.

1. September 1933

der Wahrhaftigkeit ihres Handelns den Talisman sehen, der sie sicherlich hinüberführt aus einer vergänglichen Gegenwart in eine unsterbliche Zukunft.“

Hitler beschwor sich hier selbst, seine vorgefaßten außenpolitischen Ansichten um keinen Preis aufzugeben, und diesem Schwur ist er allerdings, zum Schaden des deutschen Volkes, treu geblieben.

Bei der „Kulturtagung“ am 1. September, ergriff Hitler selbst das Wort und verbreitete sich ausführlich über Wesen und Aufgaben von Kunst, wie er es schon in Mein Kampf getan hatte. Diesmal verlieh er außerdem seiner Abneigung gegen die moderne Kunst Ausdruck und erklärte:

„Das ‚noch nie Dagewesene‘ ist kein Beweis für die Güte einer Leistung, sondern kann genau so gut der Beweis für ihre noch nicht dagewesene Minderwertigkeit sein. Wenn daher ein sogenannter Künstler seine einzige Lebensaufgabe nur darin sieht, eine möglichst wirre und unverständliche Darstellung von den Leistungen der Vergangenheit oder auch der Gegenwart hinzustellen, dann werden immerhin die wirklichen Leistungen der Vergangenheit Leistungen bleiben, während das künstlerische Gestammel eines solchen malenden, musizierenden, bildhauenden oder bauenden Scharlatans einst nur ein Beweis sein wird für die Größe des Verfalls einer Nation.“

Am 2. September erklärte Hitler den anwesenden *ausländischen Diplomaten*,

er würde sich freuen, wenn die Herren von Nürnberg den Eindruck mitnehmen würden, daß die nationalsozialistische Herrschaft in Deutschland nicht Zwang oder gar Tyrannei sei, sondern daß hier die Volksstimme wirklich zum innersten und tiefsten Ausdruck komme.

Den *aufmarschierten Hitlerjungen* rief er am gleichen Tag zu:

„Ihr, meine Jungen, ihr seid das lebende Deutschland der Zukunft, nicht eine leere Idee, kein blasser Schemen, sondern ihr seid Blut von unserem Blute, Fleisch von unserem Fleisch, Geist von unserem Geist, ihr seid unseres Volkes Weiterleben.“

Den politischen Leitern schmeichelte er auf dem *Amtswalterappell* am 2. September mit der Behauptung, sie seien eine Führerhierarchie, die wie ein Fels unerschütterlich im Getriebe des Lebens stehe.

„Es ist Ihre Pflicht, dafür zu sorgen, daß jeder Deutsche, gleich welchen Stammes und welcher Herkunft er sein mag, durch diese weltanschaulich-politische Schule, deren Repräsentanten Sie sind, hindurchgeführt wird.“

In Wirklichkeit war diese sogenannte weltanschaulich-politische Schule für Hitler dann erfüllt, wenn jeder Deutsche jedes Wort Hitlers für bare Münze zu nehmen bereit war.

Am 3. September aber betätigte sich Hitler auf dem *Appell der SA.- und SS.-Männer* wieder einmal als Feldprediger. Er sprach von der Gemeinschaft des großen Glaubens, die sich hier versammelt habe, und erteilte erneut Absolution für die Sünden der Vergangenheit.

„Der Parteitag unserer Bewegung war immer die große Heerschau ihrer Männer, ihrer Männer, die entschlossen und bereit sind, die Disziplin der Volksgemeinschaft nicht nur theoretisch zu vertreten, sondern auch praktisch zu verwirklichen. Eine Gemeinschaft ohne



3. September 1933

Ansehen der Herkunft, des Standes, des Berufes, des Vermögens, der Bildung. Eine Gemeinschaft, die sich zusammengefunden hat, vereint in einem großen Glauben und in einem großen Wollen, nicht nur für einen Stand, nicht für Parteien, nicht für Berufe und nicht für Klassen, sondern vereint für unser Deutschland.

14 Jahre Not, Elend und Schmach liegen hinter uns. In diesen 14 Jahren aber hat sich zugleich ein neues, wunderbares Ideal in unserem deutschen Volke durchgesetzt. Wir Nationalsozialisten können wohl sagen: Als alle untreu wurden, da sind wir treu geblieben und erst recht treu geworden: Ein Bund unverbrüchlicher Treue, unverbrüchlicher Kameradschaft, und wenn 14 Jahre lang die Göttin des Glücks sich von unserem Volk gewandt hat, so wissen wir, daß unser Volk selbst die Schuld daran trug. Aber wir wissen auch, daß sie wieder ihr Antlitz zu uns wenden wird, wenn wir die Schuld gesühnt haben. Der Himmel kann Zeuge sein: Die Schuld unseres Volkes ist gelöscht, der Frevel ist gesühnt, die Schande ist beseitigt! Die Männer des November sind gestürzt, und ihre Gewalt ist vorbei.“

Um dieser Kundgebung noch einen weiteren mystischen Charakter zu geben, weihte er, wie von jetzt an in jedem Jahr bis 1938, die neuen Fahnen und Standarten der SA. und SS. durch Berühren mit der „Blutfahne“, die 1923 beim Marsch zur Feldherrnhalle mitgeführt und angeblich mit dem Blut der Gefallenen getränkt worden war <sup>251)</sup>.

Bei der *Schlußrede vor dem Parteikongreß* machte Hitler wieder langatmige Ausführungen über die Ziele und Aufgaben der Bewegung, das Versagen des Bürgertums, über rassische Auslese und die angeblich erstrebte Führungshierarchie. Gleichzeitig aber schien es ihm gut, auch die außenpolitische Rolle zu erwähnen, die er künftig als angeblicher Bewahrer der Völker vor dem Bolschewismus zu spielen gedachte. Hitler selbst betrachtete den Bolschewismus keineswegs als Gefahr. Er hielt ihn für äußerst primitiv und mit brutaler Gewalt am einfachsten und schnellsten zu erledigen. Daher erklärte er am 3. September — im Hinblick auf das von ihm beschworene Schreckgespenst des Kommunismus vielleicht etwas unvorsichtig —:

„Der Kommunismus ist nicht eine höhere Entwicklungsstufe, sondern er ist die primitivste Ausgangsform der Volks- und Staatenbildung.“

In seinen Schlußworten aber nahm er wieder den Gedanken von seiner „europäischen Mission“ zum Schutz der Völker vor dem Bolschewismus auf.

„Indem wir uns so der Pflege des uns vom Schicksal anvertrauten eigenen Blutes hingeben, helfen wir am besten mit, auch andere Völker vor Krankheiten zu bewahren, die von Rasse auf Rasse, von Volk auf Volk überspringen. Wenn in West- oder Mitteleuropa erst ein Volk dem Bolschewismus verfällt, wird dieses Gift weiterfressen und das heute älteste und schönste Kulturgut der Erde verwüsten. Indem Deutschland diesen Kampf auf sich genommen hat, erfüllt es nur, wie schon so oft in seiner Geschichte, eine wahrhaft europäische Mission.“

Die Reichswehr war bei diesem Parteitag 1933 nur durch einzelne höhere Offiziere vertreten gewesen. Einen „Tag der Wehrmacht“ gab es damals noch nicht. Am 5. und 6. September besuchte Hitler daher zusammen mit dem neuen Reichswehrgeneral Göring die Übungen der 5. Reichswehrrdivision bei Ulm <sup>252)</sup>.

<sup>251)</sup> Die Fahne befand sich von 1923 bis zum März 1933 im Münchener Polizeipräsidium.

<sup>252)</sup> Bericht im VB. Nr. 249/250 v. 6./7. 9. 1933.

13. September 1933

Am 13. September wurde die 1. Winterhilfsaktion gegen Hunger und Kälte im Berliner Reichspropagandaministerium eröffnet. Hitler hielt dabei folgende Rede: <sup>253)</sup>

„Meine Herren! Viele Jahre haben wir im Innern gegen den Gedanken der internationalen marxistischen Solidarität gekämpft. Wir haben in dieser vermeintlichen internationalen Solidarität nur den Feind wirklicher nationaler Einstellung gesehen, ein Phantom, das den Menschen wegzog von der einzig vernünftigen Solidarität, die es geben kann: von der Solidarität, die blutmäßig ewig begründet ist.

Wir sind uns aber auch immer klar darüber gewesen, daß man diese Vorstellung nicht beseitigen kann, ohne die andere an ihre Stelle treten zu lassen. Daher muß als Motto über dieser großen Hilfsaktion das Wort stehen ‚Nationale Solidarität‘.

Wir haben die internationale, marxistische Solidarität innerhalb unseres Volkes zerbrochen, um den Millionen deutscher Arbeiter eine andere, bessere Solidarität dafür zu geben. Es ist die Solidarität unseres eigenen Volkes, die unzertrennliche Verbundenheit nicht nur in glücklichen, sondern auch in schlimmen Tagen, die Verbundenheit nicht nur mit denjenigen, die vom Glück gesegnet sind, sondern auch mit denjenigen, die vom Unglück verfolgt sind.

Wenn wir diesen Gedanken der nationalen Solidarität richtig auffassen, dann kann es nur ein Gedanke des Opfers sein, d. h., wenn der eine oder andere sagt, man würde dabei zu stark belastet werden, man müsse ja immer wieder geben, dann kann man nur erwidern: ‚Das ist nun einmal der Sinn einer wirklichen nationalen Solidarität.‘ Im Nehmen kann die wirkliche nationale Solidarität ihren Sinn nicht haben.

Wenn ein Teil unseres Volkes durch Verhältnisse, an denen alle mit schuld sind, in Not geraten ist und der andere, vom Schicksal davon ausgenommen, nur einen Teil der Not freiwillig auf sich zu nehmen bereit ist, dem der andere durch den Zwang ausgeliefert ist, dann sagen wir: Es soll mit Absicht einem Teil unseres Volkes eine gewisse Not mit aufgebürdet werden, damit er dadurch hilft, die Not des anderen erträglicher zu gestalten. Je größer die Bereitwilligkeit ist, ein solches Opfer auf sich zu nehmen, um so schneller wird man die Not der anderen Seite dadurch mindern können.

Jeder muß verstehen, daß sein Geben überhaupt nur dann im Sinne der Herstellung einer wirklichen Volksgemeinschaft einen Wert hat, wenn dieses sein Geben für ihn ein Opfer bedeutet. Nur so kann man letzten Endes diese höhere Solidarität aufbauen, zu der wir hinstreben müssen, wenn wir die andere überwinden wollen.

Wenn das ganze Volk richtig erfaßt hat, daß diese Maßnahmen für jeden ein Opfer bedeuten müssen, dann wird aus diesen Maßnahmen heraus nicht nur eine Milderung der materiellen Not eintreten, sondern es wird noch etwas viel Gewaltigeres herauskommen, es wird daraus die Überzeugung wachsen, daß diese Volksgemeinschaft nicht ein leerer Begriff, sondern daß sie wirklich etwas Lebendiges ist. Wir benötigen in dem schweren Kampf der Nation diese Gemeinschaft mehr denn je. Wenn Deutschland vom Glück gesegnet wäre, dann könnte man vielleicht ihre Bedeutung etwas geringer einschätzen. Wenn wir aber schwere Zeiten zu ertragen haben, müssen wir uns darüber klar sein, daß wir sie nur dann überwinden können, wenn unser Volk wie ein einziger Stahlblock zusammenhält.

Das werden wir nur dann erreichen können, wenn die Millionenmassen, die nicht vom Glück gesegnet sind, das Gefühl bekommen, daß die vom Glück mehr Begünstigten mit ihnen fühlen und bereit sind, freiwillig ein Opfer auf sich zu nehmen, um damit vor aller Welt die untrennliche Verbundenheit unseres Volkes zu dokumentieren.

Was das deutsche Volk dadurch heute an Opfern bringt, das wird — dessen kann jeder überzeugt sein — mit Zins und Zinseszins unserem Volke auf diesem Wege zurück-erstattet werden; denn was sind alle materiellen Opfer, die man freiwillig bringt, gegenüber dem größten Geschenk, nämlich dem Geschenk, ein gemeinsames, einheitliches

<sup>253)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 257 v. 14. 9. 1933.

Volk zu sein, das sich als zusammengehörig fühlt, das bereit ist, seinen irdischen Schicksalsweg auch gemeinsam anzutreten und gemeinsam durchzukämpfen. Der Segen, der aus dieser Gemeinsamkeit, aus dieser nationalen Solidarität kommt, ist viel gewaltiger und viel nützlicher als das Opfer, das der einzelne Mensch nun dafür bringt. Diese Aktion gegen Hunger und Kälte muß unter dem Motto stehen: Die internationale Solidarität des Proletariats haben wir zerbrochen, dafür wollen wir aufbauen die lebendige nationale Solidarität des deutschen Volkes.“

Am 20. September sprach Hitler vor den Mitgliedern des neugebildeten Generalrates der deutschen Wirtschaft in Berlin <sup>254)</sup> und erläuterte seine Wirtschaftspolitik, die sich sehr wesentlich von dem Brüning'schen System der Erziehung zur Bedürfnislosigkeit unterschied.

„Die Wirtschaft kann jetzt wieder auf lange Sicht disponieren, weil bei dieser Regierung nicht die Gefahr besteht, daß sie morgen oder übermorgen nicht mehr da ist.

Es sind zwei Millionen Menschen wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert worden. Die Reichsregierung ist davon überzeugt, daß dieser Erfolg nur dann dauerhaft sein wird, wenn immer wieder gegen die Arbeitslosigkeit mit energischen Angriffen und mit fanatischer Beharrlichkeit vorgegangen wird. Wenn es gelingt, die saisonmäßige Rückwanderung der Arbeitermassen im Herbst und Winter aufzuhalten, wird im nächsten Frühjahr ein neuer Generalangriff mit einem durchschlagenden Erfolg einsetzen können. Um dies zu erreichen, sind große und neue Maßnahmen erforderlich. Nicht nur die Reichsregierung, sondern auch die Wirtschaft hat hierbei die Erziehungsarbeit zu leisten, auf die es in erster Linie ankommt.

Es gilt vor allem, die Ideologie der Bedürfnislosigkeit, der systematischen Einschränkung des Bedarfs, also den vom Kommunismus ausgehenden Primitivitätskult zu bekämpfen. Dieses bolschewistische Ideal der allmählichen Rückentwicklung der Zivilisationsansprüche muß unweigerlich zur Zerstörung der Wirtschaft und des ganzen Lebens führen.

Diese Ideologie beruht auf der Angst vor dem Nächsten, auf der Furcht, irgendwie hervorzutreten und basiert auf einer niederträchtigen neidlichen Gesinnung. Diese Lehre von der Zurückentwicklung zur Primitivität führt zu einem feigen ängstlichen Nachgeben und stellt darum eine ungeheure Gefahr für die Menschheit dar.

Das Entscheidende ist nicht, daß alle sich beschränken, sondern daß alle sich bemühen, vorwärtszukommen und sich zu verbessern. Die deutsche Wirtschaft kann nur bestehen unter einer ganz bestimmten Bedarfshöhe und unter einer ganz bestimmten Kulturforderung des deutschen Volkes.“

Hatte Hitler hier vor den Spitzen der deutschen Wirtschaft gesprochen, so unterstrich er seine, für die damalige Zeit sicherlich richtige These der Arbeitsbeschaffung und Konsumsteigerung sehr wirkungsvoll durch eine Rede vor deutschen Autobahn-Arbeitern am 23. September bei Frankfurt a. M. <sup>255)</sup>.

Anläßlich des ersten Spatenstichs für die 1. Autobahnstrecke Frankfurt—Heidelberg rief er „Deutsche Arbeiter, ans Werk!“ und entwickelte ein Programm, ähnlich dem Dammbau-Projekt in Goethes Faust.

„Meine Herren Minister! Meine Herren Präsidenten der Reichsbahn und der Reichsbank! Meine Herren Statthalter, Gauleiter und Parteigenossen und meine deutschen Arbeiter!

Wir stehen heute am Beginn einer gewaltigen Arbeit. Sie wird in ihrer Bedeutung nicht nur für das deutsche Verkehrswesen, sondern in weitestem Sinne für die deutsche

<sup>254)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 265 v. 22. 9. 1933.

<sup>255)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 268 v. 25. 9. 1933.

Wirtschaft erst in späteren Jahrzehnten vollständig gewürdigt werden. Dem Verkehr beginnen wir nunmehr eine neue Schlagader zu bauen! Neue Verkehrsfragen werden nun in der Gestaltung des deutschen Autostraßenwesens die gebührende und notwendige Berücksichtigung finden. In Jahrzehnten wird man dann den Verkehr abhängig sehen von diesen neuen großen Verkehrsstraßen, die wir nunmehr durch ganz Deutschland ziehen wollen. 6400 Kilometer sind der erste Beginn dieses Werkes.

Ich weiß, daß diese gigantische Arbeit nur denkbar ist durch die Zusammenarbeit vieler, daß dieses Werk nie hätte entstehen können, wenn nicht, angefangen vom Kabinett, der Reichsregierung, über die Deutsche Reichsbank und die Deutsche Reichsbahn die Erkenntnis der Größe dieses Werkes Platz ergriffen hätte, und der Wille, dieses Werk zu verwirklichen.

Wir kämpfen damit zugleich an gegen die schwerste Not und das tiefste Unglück, das über Deutschland im Laufe der letzten 15 Jahre gekommen ist.

Der Fluch der Arbeitslosigkeit, der Millionen Menschen zu einer unwürdigen und unmöglichen Lebensführung verdammt, muß beseitigt werden.

Wir sind uns darüber klar, daß der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nicht von heute auf morgen zum vollen Erfolg führen kann, aber wir sind uns auch klar darüber, daß dieser Kampf unter allen Umständen durchgeführt werden muß. Wir sind entschlossen, es zu tun, denn wir haben der Nation das Gelöbnis abgelegt, diese Not zu beseitigen.

Vier Jahre haben wir uns damals ausgebeten und wollen diese vier Jahre nützen zum Segen und Frommen unseres deutschen Volkes und damit in erster Linie für den deutschen Arbeiter. Ich bin, meine Arbeiter, in der Zeit meines Kampfes um die Macht in Deutschland von denen, die selbst vorgaben, Arbeiterinteressen zu vertreten, oft angegriffen worden mit dem Hinweis auf meine Herkunft. Damals pflegte man zu sagen: Was will denn der ehemalige Bauarbeiter oder Anstreicher eigentlich? Ich bin glücklich und stolz, daß mich das Schicksal gezwungen hat, diesen Weg zu gehen. So habe ich vielleicht mehr als andere Verständnis bekommen für den deutschen Arbeiter, für sein Wesen, für sein Leid, aber auch für seine Lebensnotwendigkeiten.

Wenn wir dieses Werk heute beginnen, dann tue ich es aus diesen Gefühlen, aus diesen Erfahrungen meines eigenen Lebens heraus; ich weiß daher auch, daß das, was heute mit einem Fest beginnt, für viele Hunderttausende Mühe und Schweiß bedeuten wird. Ich weiß, daß dieser Tag des Festes vergeht, daß die Zeiten kommen, da Regen, Frost und Schnee dem einzelnen die Arbeit sauer und schwer machen werden. Aber es ist notwendig, diese Arbeit muß getan werden; uns hilft niemand, wenn wir uns nicht selbst helfen.

Den zweckmäßigsten Weg, das deutsche Volk wieder in den Prozeß der Arbeit zurückzuführen, sehe ich darin, durch große monumentale Arbeiten irgendwo zunächst die deutsche Wirtschaft wieder in Gang zu setzen.

Wenn Ihr heute eine schwere Arbeit übernehmt und in den harten Zeiten des Herbstes, des Winters und des Frühjahrs weiterführen müßt, dann sorgt Ihr dafür, daß durch Eure gesteigerte Konsumkraft wieder hunderttausend andere in Fabriken und Werkstätten Arbeit bekommen. Es ist unser Ziel, die Konsumkraft der Massen langsam zu heben, und auf diesem Wege die Produktionsstätten mit Aufträgen zu versehen und die deutsche Wirtschaft wieder in Bewegung zu bringen.

Ich bitte Euch daher, stets zu bedenken, daß es heute nicht in unserem Ermessen steht, welche Arbeit wir zu wählen haben. Ich bitte Euch zu bedenken, daß wir in einer Zeit leben, die das Wesentliche in der Arbeit an sich sieht, daß wir einen Staat aufbauen wollen, der die Arbeit schätzt um ihrer selbst willen und der den Arbeiter achtet, weil er eine Pflicht an der Nation erfüllt, einen Staat, der durch seinen Arbeitsdienst jeden erziehen will, jedes Söhnchen auch hochgeborener Eltern zur Achtung der Arbeit, zum Respekt vor der körperlichen Tätigkeit im Dienste der Volksgemeinschaft.

Ich weiß, daß dieser große Prozeß des inneren Zusammenschiedens unseres Volkes nicht von heute auf morgen vollzogen werden kann. Was in 30, 40, 50, 100 Jahren allmählich auseinanderbrach, was verzogen und verbildet wurde, das können auch wir nicht in wenigen Monaten beseitigen. Die Menschen haben ihre Voreingenommenheit zu sehr

23. September 1933

in sich eingepflanzt erhalten, als daß sie von heute auf morgen vergessen sein könnte. Allein sie werden vergessen. Wir haben den Entschluß aufzubauen auf dem Gedanken der Achtung vor der Arbeit, ganz gleich wie sie aussehen mag. Das Schicksal läßt uns nicht die Freiheit, sie im einzelnen auszusuchen, wie sie uns paßt.

Wir wollen unser Volk erziehen, daß es sich entfernt von dem Irrsinn der ständischen Überheblichkeit, des Standesdünkels, der Einbildung, daß nur die geistige Arbeit zu schätzen wäre, daß das Volk begreife, daß jede Arbeit, die notwendig ist, ihren Träger adelt und daß nur etwas schändet, nämlich nichts beizutragen zur Erhaltung der Volksgemeinschaft, nichts beizutragen zur Erhaltung des Volkes.

Eine notwendige Umstellung, die wir nicht vollziehen werden durch Theorien, nicht vollziehen werden durch Erklärungen oder durch Wünsche und Hoffnungen, sondern die wir nur vollziehen durch das Leben selbst, in dem wir heute Millionen Menschen ansetzen für die Wiedergenesung der deutschen Wirtschaft.

Indem wir Hunderttausende ansetzen für große monumentale, ich möchte sagen Ewigkeitswerte in sich tragende Arbeiten, werden wir dafür sorgen, daß das Werk sich nicht mehr trennt von denen, die es geschaffen haben. Man soll in Zukunft nicht nur an die denken, die es projiziert oder die es als Ingenieure in Pläne brachten, sondern auch an die, die durch ihren Fleiß, durch ihren Schweiß und durch die ebenso harte Tätigkeit die Pläne und die Gedanken verwirklichten zum Nutzen des ganzen Volkes.

So kann ich mir in dieser Stunde nichts Schöneres denken, als das, daß sie nicht nur eine Stunde der Einleitung für den Bau dieses größten Straßennetzes der Welt, sondern daß diese Stunde zugleich wieder ein Markstein sei für den Bau der deutschen Volksgemeinschaft, einer Gemeinschaft, die uns als Volk und als Staat das geben wird, was wir mit Recht auf dieser Welt fordern und verlangen dürfen.

So bitte ich Sie denn: Gehen Sie jetzt zur Arbeit! Der Bau muß heute beginnen! Das Werk nehme seinen Anfang! Und ehe wieder Jahre vergehen, soll ein Riesenwerk zeugen von unserm Dienst, unserm Fleiß unserer Fähigkeit und unserer Entschlußkraft: Deutsche Arbeiter, ans Werk!“

Am 23. September hielt Hitler außerdem noch *eine Rede auf einer Stahlhelmkundgebung in der Stadthalle von Hannover*. Seine Worte waren ganz auf das Motto abgestellt: „Wir Frontsoldaten“<sup>256)</sup>.

„Jeder von uns weiß: Was wir sind, das sind wir nur geworden durch die Schule, die wir da draußen durchgemacht haben.“

Am 28. September sprach Hitler vor den in der Reichskanzlei versammelten *Reichsstatthaltern* und machte ihnen klar, daß sie in jedem Fall die Reichsautorität zu wahren und für absolute Sicherheit der Verwaltung zu sorgen hätten<sup>257)</sup>.

Inzwischen aber bereitete Hitler seinen außenpolitischen Coup des Austritts aus dem Völkerbund vor. Am 25. September war die ordentliche Tagung des Völkerbunds in Genf eröffnet worden. Hitler hatte dorthin Neurath und Goebbels entsandt, um zu beweisen, wie sehr er sich angeblich um eine Lösung der Probleme bemühe. Bemerkenswerter als die Ansprache von Goebbels vor 200 ausländischen Journalisten in Genf waren jedoch die Zusammenkünfte von Neurath und Goebbels mit dem englischen Außenminister Simon und dem polnischen Außenminister Beck. Am 29. September rief Hitler seine Abgesandten ziemlich abrupt zurück und hielt am 30. September eine Konferenz mit Neurath in Berlin ab<sup>258)</sup>.

<sup>256)</sup> Bericht im VB. Nr. 268 v. 25. 9. 1933.

<sup>257)</sup> Bericht im VB. Nr. 272 v. 29. 9. 1933.

<sup>258)</sup> Bericht im VB. Nr. 276 v. 3. 10. 1933.

1. Oktober 1933

Für den 1. Oktober hatte Hitler dem deutschen Volk einen weiteren nationalen Feiertag besichert, das „Erntedankfest“, das künftig zur Ehrung des deutschen Bauernstandes um die Monatswende September—Oktober auf dem Bückeberg bei Hameln gefeiert werden sollte<sup>259)</sup>.

Am 1. Oktober vormittags empfing Hitler in Berlin 100 Bauernabordnungen aus dem Reich und wiederholte in seiner Ansprache die Verbundenheit der nationalsozialistischen Bewegung mit dem Bauern<sup>260)</sup>.

„Der deutsche Bauer ist für uns nicht nur ein Stand, sondern der Repräsentant der deutschen Lebenskraft und damit auch der deutschen Zukunft. Wir sehen im deutschen Bauern die Quelle der nationalen Fruchtbarkeit, die Grundlage unseres nationalen Lebens.“

Nachmittags hielt Hitler vor den Massen der am Bückeberg versammelten Bauern folgende Rede:<sup>261)</sup>

„Deutsche Volksgenossen und -genossinnen! Meine deutschen Bauern! Seit im vergangenen Jahre die Ernte eingeführt wurde, hat sich in Deutschland ein Wandel von geschichtlichem Ausmaß vollzogen. Ein Parteistaat ist gefallen, ein Volksstaat ist entstanden. Vielleicht wird erst eine spätere Zeit die Größe der Umwälzung dieser letzten acht Monate ganz würdigen können. Wir stehen alle zu sehr im Bann dieser vorwärts stürmenden Zeit, als daß wir ihren Vormarsch durch Vergleiche messen könnten.“

Was noch vor wenigen Jahren als unmöglich erschien, ist nun möglich geworden. Was Millionen für aussichtslos hielten, ist heute Wirklichkeit.

Was dieser Gewalt trotzen wollte, ist gestürzt. Eine Revolution brauste über die deutschen Lande hinweg, ein System zertrümmernd, unser Volk aufwühlend bis in seine innersten Tiefen.

Niemand soll sich wundern, daß aber von dieser gewaltigen Bewegung gerade der Stand am meisten ergriffen wurde, der das tragende Fundament unseres Volkes ist.

Der Nationalsozialismus hat weder im Individuum noch in der Menschheit den Ausgangspunkt seiner Betrachtungen, seiner Stellungnahmen und Entschlüsse. Er rückt bewußt in den Mittelpunkt seines ganzen Denkens das Volk. Dieses Volk ist für ihn eine blutmäßig bedingte Erscheinung, in der er einen von Gott gewollten Baustein der menschlichen Gesellschaft sieht.

Das einzelne Individuum ist vergänglich, das Volk ist bleibend. Wenn die liberale Weltanschauung in ihrer Vergottung des Einzelindividuums zur Vernichtung des Volkes führen müßte, dann will der Nationalsozialismus das Volk als solches erhalten, wenn nötig auch zu Lasten des einzelnen. Es ist eine gewaltige Erziehungsarbeit notwendig, um diese auf den ersten Anschein hin harte Lehre den Menschen erkenntlich zu machen, um sie zur Einsicht zu bringen, daß in der Zucht des einzelnen nicht nur der Segen für die Gesamtheit, sondern am Ende auch wieder für die einzelnen selbst liegt.“

Es war bei dieser Erntedank-Rede ein sorgenvoller Unterton zu spüren. Hitler fürchtete wegen des beabsichtigten Austritts aus dem Völkerbund schwerwiegende, ja sogar militärische Verwicklungen, wie sich dann zeigte, zu Unrecht.

Ohne näher zu erklären, was für „schwere Entschlüsse“ er zu treffen habe, verkündete er:

---

<sup>259)</sup> Das Erntedankfest, bei dem jährlich Hunderttausende von Bauern auf dem weiten Bückeberg-Gelände bei Hameln (nicht zu verwechseln mit dem Bückeberg bei Bückeberg in Schaumburg-Lippe) zusammenströmten, fand nur fünfmal statt: am 1. 10. 1933, am 30. 9. 1934, am 6. 10. 1935, am 4. 10. 1936 und am 3. 10. 1937. Das Erntedankfest 1938 wurde bereits abgesagt wegen der Besetzung der sudetendeutschen Gebiete.

<sup>260)</sup> Bericht im VB. Nr. 275 v. 2. 10. 1933.

<sup>261)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 275 v. 2. 10. 1933.

## 1. Oktober 1933

„Das Schicksal hat uns in eine schwere Zeit hineingestellt und uns daher den heiligen Auftrag gegeben, wenn notwendig, auch schwere Entschlüsse zu treffen. Wir wissen, wie groß die Not im ganzen deutschen Volke ist. Wir sind entschlossen, mit allen Mitteln, die der menschliche Geist ausfindig machen kann, gegen sie anzukämpfen.“

Gegen Ende seiner Ansprache aber berauschte er sich wieder selbst an den gewaltigen Ausmaßen dieses Bauern-Aufmarsches und erklärte:

„Sie sind daher, meine Bauern, zur größten Kundgebung zusammengelassen, die in dieser Art wohl jemals auf der Erde stattgefunden hat. Es soll dies aber nicht nur eine Demonstration Eurer Kraft, sondern auch eine sichtbare Kundgebung des Willens Eurer Führung sein. Wir wollen bewußt durch das Fest der Arbeit und das Fest der Ernte den Geist dokumentieren, der uns beherrscht und den Weg, den wir zu gehen entschlossen sind. Möge aus der Größe dieser Demonstration für alle die gegenseitige Achtung erwachsen und die Überzeugung, daß kein Stand für sich, aber wohl alle gemeinsam bestehen können.

Möge dieses Gefühl der Verbundenheit von Stadt und Land, von Bauern, Hand- und Kopfarbeitern sich immer mehr steigern zum stolzen Bewußtsein einer gewaltigen Einheit. Ein Volk sind wir, ein Reich wollen wir sein.“

Am 2. Oktober begab sich Hitler im Flugzeug nach Ostpreußen, stieg im Schloß Finckenstein des Grafen v. Dohna ab und begab sich gegen 18 Uhr nach Neudeck, um dem Reichspräsidenten zum 86. Geburtstag zu gratulieren.

Er brauchte Hindenburgs Einwilligung nicht nur zum geplanten Austritt aus dem Völkerbund, sondern auch zur Auflösung des Reichstags. Schon lange war Hitler der am 5. März gewählte Reichstag, in dem sich noch Abgeordnete der übrigen Rechtsparteien und des Zentrums als Hospitanten der NSDAP. befanden, ein Dorn im Auge. Er brauchte ein im wahrsten Sinn des Wortes absolut „höriges“ Publikum, einen rein nationalsozialistischen Reichstag, nicht nur für eventuelle Verfassungsänderungen, die über das Ermächtigungsgesetz hinausgingen, sondern auch als Forum für seine künftigen außenpolitischen Reden. Die Gelegenheit schien ihm günstig, den Austritt aus dem Völkerbund mit zum Gegenstand einer Volksabstimmung zu machen und dabei gleichzeitig den Reichstag aufzulösen, obwohl dies eine rein innenpolitische Angelegenheit war und gar nichts mit der eigentlichen Volksbefragung zu tun hatte.

Nun, Hindenburg machte ihm keine Schwierigkeiten, so daß Hitler beruhigt von Neudeck zurückkehren konnte.

Am 4. Oktober sprach Hitler auf dem *deutschen Juristentag in Leipzig* und erklärte:<sup>262)</sup>

„Der totale Staat wird keinen Unterschied dulden zwischen Recht und Moral. Nur im Rahmen einer Weltanschauung kann und muß eine Justiz unabhängig sein.“

Am Samstag, dem 14. Oktober, gab Hitler den *Entschluß bekannt, die Abrüstungskonferenz zu verlassen und aus dem Völkerbund auszutreten.*

Er eröffnete damit die Reihe seiner außenpolitischen Samstags-Coups<sup>263)</sup>. Hitler war naiv genug zu glauben, die angelsächsischen Staatsmänner kümmerten

<sup>262)</sup> Bericht im VB. Nr. 278 v. 5. 10. 1933.

<sup>263)</sup> Weitere Samstagsaktionen Hitlers waren u. a. die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht (16. 3. 1935), die Besetzung des Rheinlandes (7. 3. 1936), der Einmarsch in Österreich (12. 3. 1938).

sich wegen des ausgedehnten „Weekends“ von Freitag bis Montag nicht um die Vorgänge in der Welt und seien daher frühestens am Montag in der Lage, Maßnahmen gegen Hitlers Aktionen zu treffen. Dann aber werde es unter Umständen zu wirkungsvollen Gegenmaßnahmen zu spät sein.

*Amilich wurde bekanntgegeben:* <sup>264)</sup>

„Berlin, 14. Oktober.

Angesichts der demütigenden und entehrenden Zumutungen der anderen Mächte auf der Genfer Abrüstungskonferenz hat die Reichsregierung heute beschlossen, an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz nicht mehr teilzunehmen. Gleichzeitig wird die Reichsregierung den Austritt des Deutschen Reiches aus dem Völkerbund anmelden.

Um dem deutschen Volke Gelegenheit zu geben, selbst zu den Schicksalsfragen der deutschen Nation Stellung zu nehmen, wird der Deutsche Reichstag durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Oktober aufgelöst und Neuwahlen zum 12. November 1933 anberaumt. Reichskanzler Adolf Hitler wird heute abend über alle deutschen Sender sprechen.“

Bei einer Pressekonferenz verlas Dr. Goebbels am 14. Oktober ferner folgenden *Aufruf Hitlers an das deutsche Volk:* <sup>265)</sup>

„Erfüllt von dem aufrichtigen Wunsch, das Werk des friedlichen inneren Wiederaufbaues unseres Volkes, seines politischen und wirtschaftlichen Lebens durchzuführen, haben sich ehemals deutsche Regierungen im Vertrauen auf die Zubilligung einer würdigen Gleichberechtigung bereiterklärt, in den Völkerbund einzutreten und an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen. Deutschland wurde dabei bitter enttäuscht. Trotz aller Bereitwilligkeit, die von uns zunächst vollzogene Abrüstung, wenn nötig, hart bis zur letzten Konsequenz auszuführen, konnten sich andere Regierungen nicht zur Einlösung der von ihnen im Friedensvertrag unterschriebenen Zusicherungen entscheiden. Durch die bewußte Verweigerung aller wirklichen moralischen und sachlichen Gleichberechtigung Deutschlands wurde das deutsche Volk und seine Regierung immer wieder auf das schwerste gedemütigt. Nachdem sich die Reichsregierung nach der am 11. Dezember 1932 festgelegten deutschen Gleichberechtigung neuerdings bereiterklärt hatte, an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz wieder teilzunehmen, ist nunmehr durch die offiziellen Vertreter der anderen Staaten in öffentlichen Reden und direkten Erklärungen an den Reichsaußenminister und unseren Delegierten mitgeteilt worden, daß dem derzeitigen Deutschland diese Gleichberechtigung nicht mehr zugebilligt werden könnte.

Da die deutsche Reichsregierung in diesem Vorgehen eine ebenso ungerechte wie entwürdigende Diskriminierung des deutschen Volkes erblickt, sieht sie sich außerstande, unter solchen Umständen als rechtlose und zweitklassige Nation noch weiterhin an den Verhandlungen teilzunehmen, die damit nur zu neuen Diktaten führen könnten. Indem die deutsche Reichsregierung daher erneut ihren unerschütterlichen Friedenswillen bekundet, erklärt sie angesichts dieser demütigenden und entehrenden Zumutungen zu ihrem tiefsten Bedauern, die Abrüstungskonferenz verlassen zu müssen. Sie wird deshalb auch den Austritt aus dem Völkerbund anmelden. Sie legt diese ihre Entscheidung, verbunden mit einem neuen Bekenntnis für eine Politik aufrichtigsten Friedenswillens und Verständigungsbereitschaft, dem deutschen Volk zur Stellungnahme vor und erwartet von ihm eine Bekundung gleicher Friedensliebe und Friedensbereitschaft, aber auch gleicher Ehrauffassung und gleicher Entschlossenheit. Ich habe daher als Kanzler des Deutschen Reiches dem Herrn Reichspräsidenten vorgeschlagen, zum sichtbaren Ausdruck des einmütigen Willens von Regierung und Volk diese Politik der Reichsregierung der Nation zur Volksabstimmung vorzulegen, den Deutschen Reichstag aufzulösen, um dem deut

<sup>264)</sup> Veröffentlicht im VB. Sondernummer v. 15. 10. 1933.

<sup>265)</sup> Veröffentlicht im VB. Sondernummer v. 15. 10. 1933.



schen Volk damit die Gelegenheit zu bieten, jene Abgeordneten zu wählen, die als geschworene Repräsentanten dieser Politik des Friedens und der Ehrhaftigkeit dem Volke die Garantie einer unentwegten Vertretung seiner Interessen in diesem Sinne zu geben vermögen.

Als Kanzler des deutschen Volkes und Führers der nationalsozialistischen Bewegung bin ich überzeugt, daß die ganze Nation geschlossen wie ein Mann hinter ein Bekenntnis und einen Entschluß tritt, die ebensowohl der Liebe zu unserem Volk und der Achtung seiner Ehre entspringen, wie auch der Überzeugung, daß die für alle nötige endliche Weltbefriedung nur erreicht werden kann, wenn die Begriffe Sieger und Besiegte abgelöst werden von der tragbaren Anwendung der gleichen Lebensrechte aller.

Adolf Hitler.“

Außerdem wurde noch ein *Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk* folgenden Inhalts veröffentlicht:<sup>266)</sup>

„Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind sich einig in dem Willen, eine Politik des Friedens, der Verantwortung und der Verständigung zu betreiben als Grundlage aller Entschlüsse und jeden Handelns.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk lehnen daher die Gewalt als ein untaugliches Mittel zur Behebung bestehender Differenzen innerhalb der bestehenden Staatengemeinschaft ab.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk erneuern das Bekenntnis, jeder tatsächlichen Abrüstung der Welt freudigst zuzustimmen mit der Versicherung der Bereitwilligkeit, auch das letzte, deutsche Maschinengewehr zu zerstören und den letzten Mann aus dem Heere zu entlassen, insofern sich die anderen Völker zu gleichem entschließen.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk verbinden sich in dem aufrichtigen Wunsch, mit den anderen Nationen einschließlich aller früheren Gegner im Sinne der Überwindung der Kriegspychose und zur endlichen Wiederherstellung eines aufrichtigen Verhältnisses untereinander, alle vorliegenden Fragen leidenschaftslos auf dem Wege von Verhandlungen prüfen und lösen zu wollen.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk erklären sich daher auch jederzeit bereit, durch den Abschluß kontinentaler Nichtangriffspakte auf längste Sicht den Frieden Europas sicherzustellen, seiner wirtschaftlichen Wohlfahrt zu dienen und am allgemeinen kulturellen Neuaufbau teilzunehmen.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind erfüllt von der gleichen Ehrauffassung, daß die Zubilligung der Gleichberechtigung Deutschlands die unumgängliche moralische und sachliche Voraussetzung für jede Teilnahme unseres Volkes und seiner Regierung an internationalen Einrichtungen und Verträgen ist.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind daher eins in dem Beschluß, die Abrüstungskonferenz zu verlassen und aus dem Völkerbunde auszuscheiden, bis diese wirkliche Gleichberechtigung unserem Volke nicht mehr vorenthalten wird.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind entschlossen, lieber jede Not, jede Verfolgung und jegliche Drangsal auf sich zu nehmen, als künftighin Verträge zu unterzeichnen, die für jeden Ehrenmann und für jedes ehrliebende Volk unannehmbar sein müssen, in ihren Folgen aber nur zu einer Verewigung der Not und des Elends des Versailler Vertragszustandes und damit zum Zusammenbruch der zivilisierten Staatengemeinschaft führen würden. Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk haben nicht den Willen, an irgendeinem Rüstungswettlauf anderer Nationen teilzunehmen; sie fordern nur jenes Maß an Sicherheit, das der Nation die Ruhe und Freiheit der friedlichen Arbeit garantiert. Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind gewillt, diese berechtigten Forderungen der deutschen Nation auf dem Wege von Verhandlungen und durch Verträge sicherzustellen.

<sup>266)</sup> Veröffentlicht im VB. Sondernummer v. 15. 10. 1933.

14. Oktober 1933

Die Reichsregierung richtet an das deutsche Volk die Frage:  
Billigt das deutsche Volk die ihm hier vorgelegte Politik seiner Reichsregierung, und ist es bereit, diese als den Ausdruck seiner eigenen Auffassung und seines eigenen Willens zu erklären und sich feierlich zu ihr zu bekennen?"

Mit diesen Aufrufen war es jedoch noch nicht genug. Am Samstagabend hielt Hitler außerdem eine lange Rundfunkansprache, in der er seine Entschlüsse nochmals begründete.

Er wandte seine innenpolitischen Rede-Tricks, die ihm so große Erfolge gebracht hatten, an und glaubte, sie würden genau so in der Außenpolitik verfangen.

Die „Parteierzählung“<sup>267)</sup> wurde erweitert zu einer breiten Darstellung des Weges, den Deutschland seit 1918 genommen hatte. Hitler schilderte, wie Deutschland im Vertrauen auf Wilsons 14 Punkte den Versailler Vertrag genauestens erfüllt und abgerüstet habe, aber durch die Siegermächte immer wieder schmähsch enttäuscht worden sei. Deutschland wolle gar keine Waffen, sondern nur Gleichberechtigung.

Hitler wiederholte seine Behauptung, daß er niemals Menschen eines fremden Volkes gewinnen wolle, und wies die Möglichkeit eines Krieges als unvernünftig weit von sich.

Wenn die deutsche Jugend, wenn die Nationalsozialisten, in Viererreihen aufmarschierten, dann nur um das deutsche Volk vor dem Kommunismus zu schützen.

Die jetzige Regierung bestehe aus lauter Ehrenmännern, und es sei daher unerträglich, Deutschland die wirkliche Gleichberechtigung zu verweigern.

Schon in seiner Friedensrede vom Mai habe er erklärt, daß Deutschland unter solchen Umständen nicht mehr in der Lage sein würde, dem Völkerbund weiter anzugehören oder an internationalen Konferenzen teilzunehmen. Zu seinem Leidwesen müsse er jetzt an das deutsche Volk appellieren, die Friedensliebe seiner Regierung durch eine gewaltige „Friedens- und Ehrkundgebung“ zu bekräftigen.

Die Rundfunkrede Hitlers hatte folgenden Wortlaut:<sup>268)</sup>

„Als im November 1918 in vertrauensvoller Gläubigkeit auf die in den 14 Punkten des Präsidenten Wilson niedergelegten Zusicherungen das deutsche Volk die Waffen senkte, fand ein unseliges Ringen sein Ende, für das wohl einzelne Staatsmänner, aber sicher nicht die Völker verantwortlich gemacht werden konnten. Das deutsche Volk hat nur deshalb so heldenmütig gefochten, weil es heilig überzeugt war, zu unrecht angegriffen und damit zu recht im Kampfe zu sein. Von der Größe der Opfer, die es damals — fast nur auf sich allein gestellt — bringen mußte, hatten die anderen Nationen kaum eine Vorstellung. Hätte in diesen Monaten die Welt in fairer Weise dem niedergesunkenen Gegner die Hand gegeben, so würde vieles Leid und zahlreiche Enttäuschungen der Menschheit erspart geblieben sein.

Die tiefste Enttäuschung erlitt das deutsche Volk. Noch niemals hat ein Besiegter sich so redlich bemüht, an der Heilung der Wunden seiner Gegner mitzuhelfen, wie das deutsche Volk in den langen Jahren der Erfüllung der ihm aufgebürdeten Diktate. Wenn all diese Opfer zu keiner wirklichen Befriedung der Völker führen konnten, dann lag es nur am Wesen eines Vertrages, der von dem Versuche der Verewigung der Begriffe Sieger und Besiegte auch Haß und Feindschaft verewigen mußte.

Die Völker hätten mit Recht erwarten dürfen, daß aus diesem größten Kriege der Weltgeschichte die Lehre gezogen worden wäre, wie wenig besonders für die europäischen Nationen die Größe der Opfer zur Größe des möglichen Gewinnes steht. Als daher in

<sup>267)</sup> Ausdruck des Verfassers, vgl. S. 49.

<sup>268)</sup> Veröffentlicht im VB. Sondernummer v. 15. 10. 1933.

diesem Verträge dem deutschen Volke die Zerstörung seiner Rüstungen zur Ermöglichung einer allgemeinen Weltabrüstung auferlegt wurde, glaubten Unzählige, daß darin nur das Zeichen für das Umsichgreifen einer erlösenden Erkenntnis zu suchen wäre.

Das deutsche Volk hat seine Waffen zerstört! Bauend auf die Vertragstreue seiner ehemaligen Kriegsgegner hat es selbst die Verträge in geradezu fanatischer Treue erfüllt. Zu Wasser, zu Lande und in der Luft wurde ein unermeßliches Kriegsmaterial abgerüstet, zerstört und verschrottet. An die Stelle einer einstigen Millionenarmee trat nach dem Wunsche der Diktatmächte ein kleines Berufsheer mit militärisch gänzlich belangloser Ausrüstung. Die politische Führung der Nation aber lag zu dieser Zeit in den Händen von Männern, die geistig nur in der Welt der Siegerstaaten wurzelten.

Mit Recht konnte das deutsche Volk erwarten, daß schon aus diesem Grunde die übrige Welt ihr Versprechen so einlösen würde, wie das deutsche Volk im Schweiß seiner Arbeit unter tausendfältiger Not und unter unsagbaren Entbehrungen an der Einlösung der eigenen Vertragspflicht tätig war.

Kein Krieg kann Dauerzustand der Menschheit werden. Kein Friede kann die Verewigung des Krieges sein. Einmal müssen Sieger und Besiegte den Weg in die Gemeinschaft des gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens wieder finden. Anderthalb Jahrzehnte lang hat das deutsche Volk gehofft und gewartet, daß das Ende des Krieges endlich auch das Ende des Hasses und der Feindschaft werde. Allein der Zweck des Friedensvertrages von Versailles schien nicht der zu sein, der Menschheit den endlichen Frieden zu geben, als vielmehr sie in unendlichem Hasse zu erhalten.

Die Folgen konnten nicht ausbleiben. Wenn das Recht endgültig der Gewalt weicht, wird eine dauernde Unsicherheit den Ablauf aller normalen Funktionen im Völkerleben stören und hemmen. Man hatte bei der Abschließung dieses Vertrages völlig vergessen, daß der Wiederaufbau der Welt nicht durch die Sklavenarbeit einer vergewaltigten Nation, sondern nur durch die vertrauensvolle Zusammenarbeit aller gewährleistet werden kann, daß aber für diese Zusammenarbeit die Überwindung der Kriegspychose die allererste Voraussetzung ist, daß weiter die problematische Frage der Schuld am Kriege geschichtlich nicht dadurch geklärt wird, daß der Sieger den Besiegten als Einleitung eines Friedensvertrages sein Schuldbekenntnis unterzeichnen läßt, sondern daß dann die letzte Schuld am Kriege am ehesten aus dem Inhalt eines solchen Diktates festzustellen ist!

Das deutsche Volk ist zutiefst überzeugt von seiner Schuldlosigkeit am Kriege. Es mögen die anderen Teilnehmer an diesem tragischen Unglück ohne weiteres die gleiche Überzeugung hegen. Um wieviel notwendiger aber ist es dann, sich überall zu bemühen, daß aus einer solchen überzeugten Schuldlosigkeit aller nicht erst recht eine dauernde Feindschaft für immer wird, und daß die Erinnerungen an die Katastrophe der Völker zu dem Zwecke nicht auch noch künstlich konserviert werden. Daß nicht durch eine unnatürliche Verewigung der Begriffe ‚Sieger‘ und ‚Besiegte‘ eine ewige Rechtsungleichheit entsteht, die die einen mit begreiflichem Hochmut, die anderen aber mit bitterem Grimm erfüllt.

Es ist kein Zufall, daß nach einer auf so lange Zeit künstlich hinausgezogenen Erkrankung der Menschheit gewisse Folgen in Erscheinung treten müssen.

Einem erschütternden Verfall des wirtschaftlichen Lebens folgte ein nicht minder bedrohlich allgemeinpolitischer.

Was hatte der Weltkrieg aber überhaupt für einen Sinn, wenn die Folgen nicht nur für die Besiegten, sondern auch für die Sieger nur in einer endlosen Reihe wirtschaftlicher Katastrophen in Erscheinung treten? Die Wohlfahrt der Völker ist nicht größer und ihr politisches Bild und ihre menschliche Zufriedenheit sind wirklich nicht inniger und tiefer geworden! Erwerbslosen-Armeen entwickelten sich zu einem neuen Stande der Gesellschaft. Und so wie das wirtschaftliche Gefüge der Nationen erschüttert wird, beginnt sich auch ihr gesellschaftliches allmählich zu lockern.

Unter diesen Auswirkungen des Friedensvertrages und der dadurch bedingten allgemeinen Unsicherheit hatte am meisten Deutschland zu leiden. Die Zahl der Erwerbslosen stieg auf ein Drittel der normal im Erwerbsleben der Nation stehenden Menschen. Das heißt aber: daß in Deutschland unter Einrechnung der Familienmitglieder rund 20 Mil-

lionen Menschen von 65 Millionen ohne jede Existenz einer aussichtslosen Zukunft entgegensteuert. Es war nur eine Frage der Zeit, wann dieses Heer der wirtschaftlich Enterbten zu einer Armee politisch und gesellschaftlich der Welt entfremdeter Fanatiker werden mußte.

Eines der ältesten Kulturländer der heutigen Menschheit stand mit über 6 Millionen Kommunisten am Rande einer Katastrophe, über die nur der blasierte Unverstand hinwegzugehen vermag. Wäre erst der rote Aufruhr als Feuerbrand über Deutschland hinweggerast, so würde man wohl auch in den westlichen Kulturländern Europas einsehen gelernt haben, daß es nicht gleichgültig ist, ob am Rhein und an der Nordsee die Vorposten eines geistig-revolutionär-expansiven asiatischen Weltreiches Wache stehen oder friedliche deutsche Bauern und Arbeiter in aufrichtiger Verbundenheit mit den übrigen Völkern unserer europäischen Kultur in redlicher Arbeit sich ihr Brot verdienen wollen.

Indem die nationalsozialistische Bewegung Deutschland vor dieser drohenden Katastrophe zurückgerissen hat, rettete sie nicht nur das deutsche Volk, sondern erwarb sich auch ein geschichtliches Verdienst um das übrige Europa.

Und diese nationalsozialistische Revolution verfolgt nur ein Ziel:

Wiederherstellung der Ordnung in unserem eigenen Volk, Schaffung von Arbeit und Brot für unsere hungernden Massen, Proklamation der Begriffe von Ehre, Treue und Anständigkeit als Elemente einer sittlichen Moral, die anderen Völkern keinen Schaden zufügen kann, sondern höchstens allgemeinen Nutzen. Wenn die nationalsozialistische Bewegung nicht die Repräsentantin eines idealen Ideengutes wäre, hätte es ihr nicht gelingen können, unser Volk vor der letzten Katastrophe zu retten. Sie ist in diesem Ideengut nicht nur in der Zeit ihres Kampfes um die Macht, sondern auch in der Zeit des Besitzes der Macht treu geblieben!

Was immer sich an Verworfenheit, ehrloser Gesinnung, an Betrug und Korruption in unserem Volke seit dem unseligen Vertrage von Versailles angesammelt hatte, wurde von uns angegriffen und bekämpft.

Diese Bewegung verpflichtete sich der Aufgabe, ohne Ansehen der Person Treue, Glauben und Anständigkeit wieder in ihre Rechte einzusetzen. Seit acht Monaten führen wir einen heroischen Kampf gegen die kommunistische Bedrohung unseres Volkes, die Verrottung unserer Kultur, Zersetzung unserer Kunst und Vergiftung unserer öffentlichen Moral. Der Leugnung von Gott, der Beschimpfung der Religion haben wir ein Ende gesetzt. Wir sind der Vorsehung zu demütigem Danke verpflichtet, daß sie unseren Kampf gegen die Not der Arbeitslosigkeit, für die Rettung der deutschen Bauern nicht erfolglos sein ließ. Im Zuge eines Programms, für dessen Durchführung wir vier Jahre errechneten, sind in knapp acht Monaten von sechs Millionen Arbeitslosen über 2 1/4 Millionen wieder einer nützlichen Produktion zugeführt worden.

Der beste Zeuge für diese ungeheure Leistung ist das deutsche Volk selbst.

Es wird der Welt beweisen, wie sehr es hinter einem Regiment steht, das kein anderes Ziel kennt, als mit Werken friedlicher Arbeit und gesitteter Kultur mitzuhelfen am Wiederaufbau einer heute seelisch unglücklichen Welt.

Diese Welt aber, der wir nichts zu leide tun und von der wir nur eines wünschen, daß sie uns friedlich arbeiten lassen möge, verfolgt uns seit Monaten mit einer Flut von Lügen und Verleumdungen. Während sich in Deutschland eine Revolution vollzog, die nicht wie die französische oder russische Hekatomben an Menschen abschlachtete, die nicht Geiseln ermordete, die nicht wie der Kommunarden-Aufstand in Paris oder die Räterevolution in Bayern und Ungarn Kulturbauten und Kunstwerke durch Petroleusen vernichtete, sondern bei der im Gegenteil nicht ein einziges Schaufenster zertrümmert, kein Geschäft geplündert und kein Haus beschädigt wurde, verbreiten gewissenlose Hetzer eine Flut von Greuelnachrichten, die nur verglichen werden können mit den von den gleichen Elementen fabrizierten Lügen zu Beginn des Krieges!

Zehntausende Amerikaner, Engländer und Franzosen sind in diesen Monaten in Deutschland gewesen und konnten mit eigenen Augen die Feststellung treffen, daß es kein Land der Welt gibt mit mehr Ruhe und mehr Ordnung, als das heutige Deutschland, daß in keinem Lande der Welt die Person und das Eigentum höher respektiert werden

können, als in Deutschland, daß allerdings auch vielleicht in keinem Lande der Welt ein schärferer Kampf geführt wird gegen diejenigen, die als verbrecherische Elemente glauben, ihre niedrigen Instinkte zu ungunsten ihrer Mitmenschen frei austoben lassen zu können. Diese und ihre kommunistische Helfershelfer sind es, die sich heute als Emigranten bemühen, ehrliche und anständige Völker gegeneinander zu hetzen.

Das deutsche Volk hat keine Veranlassung, die übrige Welt um diesen Gewinn zu beneiden. Wir sind überzeugt, daß wenige Jahre genügen werden, um den ehrliebenden Angehörigen der anderen Völker gründlich die Augen zu öffnen über den inneren Wert jener unwürdigen Elemente, die unter der wirksamen Flagge des politischen Flüchtlings die Gebiete ihrer mehr oder weniger großen wirtschaftlichen Skrupellosigkeit räumten!

Was würde aber diese Welt wohl über Deutschland sagen, wenn wir hier etwa zu gunsten eines Subjektes, das das britische Parlament in Brand zu stecken versucht hätte, eine Untersuchungskomödie aufführen ließen, deren einziger Sinn nur der sein könnte, die britische Justiz und ihre Richter unter den Wert eines solchen Halunken zu stellen? Als Deutscher und Nationalsozialist hätte ich kein Interesse daran, in Deutschland für einen Ausländer einzutreten, der in England den Staat und die dortigen Gesetze zu unterminieren versucht oder gar der baulichen Repräsentation der englischen Verfassung mit Feuer zu Leibe geht. Und selbst wenn dieses Subjekt dann — welche Schande uns Gott ersparen möge — ein Deutscher wäre, würden wir es nicht decken, sondern nur auf das Tiefste bedauern, daß uns ein solches Unglück treffen mußte und nur den einen Wunsch hegen, daß die britische Justiz die Menschheit unbarmherzig von einem solchen Schädling befreien möge <sup>269)</sup>.

Wir besitzen aber auch umgekehrt Ehre genug, um empört zu sein über das Schauspiel, das von obskuren Elementen angeregt, der Beschämung und Entwürdigung des obersten deutschen Gerichtshofes dienen soll. Und wir sind tieftraurig bei dem Gedanken, daß durch solche Methoden Völker verhetzt und entfremdet werden, von denen wir wissen, daß sie innerlich turmhoch über diesen Elementen stehen. Völker, die wir achten sollen und mit denen wir in aufrichtiger Freundschaft zusammenleben möchten.

Es ist diesen verderblichen und minderwertigen Subjekten gelungen, in der Welt eine Psychose hervorzubringen, deren innere krankhafte hysterische Zwiespältigkeit geradezu plastisch aufgezeigt werden kann. Denn dieselben Elemente, die auf der einen Seite über die ‚Unterdrückung‘ und ‚Tyrannisierung‘ des ‚armen‘ deutschen Volkes durch die nationalsozialistischen Machthaber jammern, erklären auf der anderen mit unverfrorener Unbekümmertheit, daß die Beteuerungen der Friedensliebe in Deutschland deshalb belanglos seien, weil sie nur ein paar nationalsozialistische Minister oder der Reichskanzler aussprechen, während im Volk der wilde Kriegsgeist tobe. So ist es: Nach Bedarf wird das deutsche Volk bald als bedauernswert unglücklich und unterdrückt, bald wieder als brutal und angriffswütig der Welt vorgestellt.

Ich fasse es als Zeichen eines edleren Gerechtigkeitssinnes auf, daß der französische Ministerpräsident Daladier in seiner letzten Rede Worte des Geistes eines versöhnlichen Verstehens gefunden hat, für die ihm unzählige Millionen Deutsche innerlich dankbar sind. Das nationalsozialistische Deutschland hat keinen anderen Wunsch, als den Wettlauf der europäischen Völker wieder auf die Gebiete hinzulenken, auf denen sie der ganzen Menschheit in der edelsten gegenseitigen Rivalität jene unerhörten Güter der Zivilisation, der Kultur und Kunst gegeben haben, die das Bild der Welt heute bereichern und verschönern.

Ebenso nehmen wir in hoffnungsvoller Bewegtheit von der Versicherung Kenntnis, daß die französische Regierung unter ihrem jetzigen Chef nicht beabsichtigt, das deutsche Volk zu kränken oder zu demütigen. Wir sind ergriffen bei dem Hinweis auf die leider nur zu traurige Wahrheit, daß diese beiden großen Völker so oft in der Geschichte das Blut ihrer besten Jünglinge und Männer auf den Schlachtfeldern geopfert haben. Ich spreche im Namen des ganzen deutschen Volkes, wenn ich versichere, daß wir alle von

<sup>269)</sup> Hitler spielte hier auf die in London tagende (private) Kommission zur Untersuchung des Reichstagsbrandes und seiner Vorgeschichte an.

14. Oktober 1933

dem aufrichtigen Wunsche erfüllt sind, eine Feindschaft auszutilgen, die in ihren Opfern in keinem Verhältnis steht zu irgendeinem möglichen Gewinn.

Das deutsche Volk ist überzeugt, daß seine Waffenehre in tausend Schlachten und Gefechten rein und makellos geblieben ist, genau so wie wir auch in dem französischen Soldaten nur unseren alten, aber ruhmreichen Gegner sehen. Wir und das ganze deutsche Volk würden alle glücklich sein bei dem Gedanken, den Kindern und Kindeskindern unseres Volkes das zu ersparen, was wir selbst als ehrenhafte Männer in bitter langen Jahren an Leid und Qualen ansehen und selbst erdulden mußten. Die Geschichte der letzten 150 Jahre sollte durch all ihren wechselvollen Verlauf hindurch die beiden Völker über das eine belehren haben, daß wesentliche Veränderungen von Dauer bei allem Bluteinsatz nicht mehr möglich sind. Als Nationalsozialist lehne ich es mit all meinen Anhängern aber aus unseren nationalen Prinzipien heraus ab, Menschen eines fremden Volkes, die uns doch nicht lieben werden, mit Blut und Leben derer zu gewinnen, die uns lieb und teuer sind.

Es würde ein gewaltiges Ereignis für die ganze Menschheit sein, wenn die beiden Völker einmal für immer die Gewalt aus ihrem gemeinsamen Leben verbannen möchten.

Das deutsche Volk ist dazu bereit. Indem wir freimütig die Rechte geltend machen, die uns nach den Verträgen selbst gegeben sind, will ich aber genau so freimütig erklären, daß es darüber hinaus zwischen den beiden Ländern keine territorialen Konflikte mehr für Deutschland gibt. Nach der Rückkehr des Saargebietes zum Reich könnte nur ein Wahnsinniger an die Möglichkeiten eines Krieges zwischen den beiden Staaten denken, für den, von uns aus gesehen, dann kein moralisch oder vernünftig zu rechtfertigender Grund mehr vorhanden ist. Denn niemand könnte verlangen, daß um eine Korrektur der derzeitigen Grenzen von problematischem Umfange und ebensolchem Wert zu erreichen, eine Millionenzahl blühender Menschenleben vernichtet würde!

Wenn der französische Ministerpräsident aber fragt, warum dann die deutsche Jugend marschiere und in Reih und Glied antritt, dann nicht, um gegen Frankreich zu demonstrieren, sondern um jene politische Willensbildung zu zeigen und zu dokumentieren, die zur Niederwerfung des Kommunismus notwendig war und zur Niederhaltung des Kommunismus notwendig sein wird. Es gibt in Deutschland nur einen Waffenträger, und dies ist die Armee. Und es gibt umgekehrt für die nationalsozialistischen Organisationen nur einen Feind, und dies ist der Kommunismus.

Die Welt wird sich aber damit abfinden, daß das deutsche Volk für seine innere Organisation zur Bewahrung unseres Volkes vor dieser Gefahr diejenigen Formen wählt, die allein einen Erfolg garantieren können. Wenn die übrige Welt sich in unzerstörbaren Festungen verschanzt, ungeheure Fluggeschwader baut, Riesentanks konstruiert, enorme Geschütze gießt, kann sie nicht von einer Bedrohung reden, weil deutsche Nationalsozialisten gänzlich waffenlos in Viererkolonnen marschieren und damit der deutschen Volksgemeinschaft sichtbaren Ausdruck und wirksamen Schutz verleihen!

Wenn aber weiter der französische Ministerpräsident Daladier die Frage erhebt warum denn Deutschland Waffen fordere, die doch später beseitigt werden müßten, so liegt hier ein Irrtum vor:

Das deutsche Volk und die deutsche Regierung haben überhaupt keine Waffen, sondern Gleichberechtigung gefordert.

Wenn die Welt beschließt, daß sämtliche Waffen bis zum letzten Maschinengewehr beseitigt werden: Wir sind bereit, sofort einer solchen Konvention beizutreten. Wenn die Welt beschließt, daß bestimmte Waffen zu vernichten sind, wir sind bereit, auf sie von vorneherein zu verzichten. Wenn aber die Welt bestimmte Waffen jedem Volke zubilligt, sind wir nicht bereit, uns grundsätzlich als minderberechtigtes Volk davon ausschließen zu lassen! Wenn wir dies unserer Überzeugung entsprechend ehrenhaft vertreten, sind wir für die anderen Völker anständigere Partner, als wenn wir gegen diese Überzeugung bereit wären, demütigende und entehrende Bedingungen anzunehmen. Denn wir setzen mit unserer Unterschrift ein ganzes Volk als Pfand ein, während der ehr- und charakterlose Unterhändler vom eigenen Volk nur abgelehnt wird.

14. Oktober 1933

Wenn wir mit Engländern, Franzosen oder Polen Verträge tätigen sollen, wünschen wir von vornherein sie nur mit Männern abzuschließen, die selbst hundertprozentig als Engländer, Franzosen oder Polen denken und für ihre Nation handeln. Denn nicht mit Unterhändlern wollen wir Pakte schließen, sondern mit Völkern Verträge. Und wenn wir uns heute gegen eine gewissenlose Hetze wenden, dann auch nur deshalb, weil nicht die Hetzer, sondern leider die Völker mit ihrem Blut für die Sünden dieser Weltvergiftung zu büßen haben.

Die früheren deutschen Regierungen sind einst vertrauensvoll in den Völkerbund eingetreten in der Hoffnung, in ihm ein Forum zu finden für einen gerechten Ausgleich der Völkerinteressen, der aufrichtigen Versöhnung vor allem aber der früheren Gegner. Dies setzte aber voraus die Anerkennung der endlichen Wiedergleichberechtigung des deutschen Volkes.

Unter derselben Voraussetzung erfolgte auch ihre Teilnahme an der Abrüstungskonferenz. Die Deklassierung zu einem nicht gleichberechtigten Mitglied einer solchen Institution oder Konferenz ist für eine ehrliebende Nation von 65 Millionen Menschen und eine nicht minder ehrliebende Regierung eine unerträgliche Demütigung! Das deutsche Volk hat seine Abrüstungsverpflichtungen bis zum Übermaß erfüllt. Die auferüsteten Staaten wären nunmehr an der Reihe, die analogen Verpflichtungen nicht minder einzulösen.

Die deutsche Regierung nimmt an dieser Konferenz nicht teil, um für das deutsche Volk einzelne Kanonen oder Maschinengewehre herauszuhandeln, sondern um als gleichberechtigter Faktor an der allgemeinen Weltbefriedung mitzuwirken. Die Sicherheit Deutschlands ist kein geringeres Recht als die Sicherheit der anderen Nationen.

Wenn der englische Minister Baldwin es als selbstverständlich hinstellt, daß England unter Abrüstung nur die Abrüstung der höher gerüsteten Staaten gleichlaufend mit der Aufrüstung Englands bis zu einem gemeinsamen Niveau verstehen kann, dann wäre es unfair, Deutschland mit Vorwürfen zu überhäufen, wenn es am Ende als gleichberechtigtes Mitglied in der Konferenz dieselbe Auffassung auch für sich vertritt. Es kann aber in dieser Forderung Deutschlands überhaupt keine Bedrohung der übrigen Mächte liegen. Denn die Verteidigungsanlagen der anderen Völker sind ja gegen schwerste Angriffswaffen gebaut, während Deutschland keine Angriffswaffen, sondern nur jene Verteidigungswaffen fordert, die auch in Zukunft nicht verboten, sondern sämtlichen Nationen gestattet sind. Und auch hier ist Deutschland von vornherein bereit, sich zahlenmäßig mit einem Minimum zu begnügen, das in keinem Verhältnis steht zur gigantischen Rüstung der Angriffs- und Verteidigungswaffen unserer früheren Gegner.

Die bewußte Deklassierung aber unseres Volkes, die darin liegt, daß man jedem Volke der Welt ein selbstverständliches Recht zubilligt, das nur uns allein vorenthalten wird, empfinden wir als die Verewigung einer Diskriminierung, die für uns unerträglich ist.

Ich habe schon in meiner Friedensrede im Mai erklärt, daß unter solchen Voraussetzungen wir zu unserem Leidwesen auch nicht mehr in der Lage sein würden, dem Völkerbund anzugehören oder an internationalen Konferenzen teilzunehmen.

Die Männer, die heute Deutschland führen, haben nichts gemein mit den besoldeten Landesverrättern des November 1918. Wir alle haben einst genau so wie der anständige Engländer und jeder anständige Franzose unserem Vaterland mit Einsatz unseres Lebens unsere Pflicht erfüllt. Wir sind nicht verantwortlich für den Krieg, sind nicht verantwortlich für das, was in ihm geschah, sondern fühlen uns nur verantwortlich für das, was jeder Ehrenmann in dieser Not seines Volkes tun mußte und was wir auch getan haben.

Wir hängen in genau so grenzenloser Liebe an unserem Volke wie wir aus dieser Liebe heraus von ganzem Herzen eine Verständigung mit den anderen Völkern wünschen und, wo es uns nur überhaupt möglich wird, auch zu erreichen versuchen. Es ist für uns damit aber als Vertreter eines ehrlichen Volkes und eines eigenen Ichs unmöglich, an Institutionen teilzunehmen in der Voraussetzung, die nur für einen Unehrlichen erträglich

14. Oktober 1933

sind. Es konnte unseretwegen einst Männer geben, die auch unter einer solchen Belastung glauben mochten, an internationalen Abmachungen teilnehmen zu können.

Es ist belanglos, zu prüfen, ob sie selbst die Besten unseres Volkes waren, aber sicher ist, daß hinter ihnen nicht das Beste unseres Volkes stand. Die Welt kann aber nur ein Interesse besitzen, mit den Ehrenmännern und nicht mit den Strafwürdigen eines Volkes zu verhandeln, mit jenen und nicht mit anderen Verträge abzuschließen, sie muß dann aber auch ihrerseits dem Ehrgefühl und Empfinden eines solchen Regimentes Rechnung tragen, so wie auch wir dankbar sind, mit Ehrenmännern verkehren zu können.

Es ist dies aber um so notwendiger, als nur aus einer solchen Atmosphäre heraus die Maßnahmen zu finden sind, die zu einer wirklichen Befriedung der Völker führen. Denn der Geist einer solchen Konferenz kann nur der einer aufrichtigen Verständigung sein, oder der Ausgang all dieser Versuche ist von vorherein zum Scheitern bestimmt.

Indem wir aus den Erklärungen der offiziellen Vertreter einer Reihe von Großstaaten entnommen haben, daß von ihnen an eine wirkliche Gleichberechtigung Deutschlands zur Zeit nicht gedacht wird, ist es diesem Deutschland zur Zeit auch nicht möglich, sich weiterhin in einer so unwürdigen Stellung anderen Völkern aufzudrängen.

Die Drohungen mit Gewalt könnten in ihrer Verwirklichung nur Rechtsbrüche sein. Die deutsche Regierung ist zutiefst erfüllt von der Überzeugung, daß ihr Appell an die ganze deutsche Nation der Welt beweisen wird, daß die Friedensliebe der Regierung genau so wie ihre Ehrauffassung Friedenssehnsucht und Ehrbegriff des ganzen Volkes ist.

Ich habe mich entschlossen, zur Dokumentierung dieser Behauptung den Herrn Reichspräsidenten zu bitten, den deutschen Reichstag aufzulösen und in einer Neuwahl, verbunden mit einer Volksabstimmung, dem deutschen Volke die Möglichkeit zu bieten, ein geschichtliches Bekenntnis abzulegen, nicht nur im Sinne der Billigung der Regierungsgrundsätze, sondern auch in einer bedingungslosen Verbindung mit ihnen. Möge die Welt aus diesem Bekenntnis die Überzeugung entnehmen, daß das deutsche Volk sich in diesem Kampf um seine Gleichberechtigung und Ehre restlos verbunden erklärt mit seiner Regierung, daß aber beide im tiefsten Grunde von keinem anderen Wunsche erfüllt sind als mitzuhelfen, eine menschliche Epoche tragischer Verirrungen, bedauerlichen Haders und Kampfes zwischen denen zu beenden, die als Bewohner des kulturell bedeutungsvollsten Kontinents der ganzen Menschheit gegenüber auch in Zukunft eine gemeinsame Mission zu erfüllen haben.

Möge es dieser gewaltigen Friedens- und Ehrkundgebung unseres Volkes gelingen, dem inneren Verhältnis der europäischen Staaten untereinander jene Voraussetzung zu geben, die zur Beendigung nicht nur eines jahrhundertlangen Haders und Streites, sondern auch zum Neuaufbau einer besseren Gemeinschaft erforderlich sind: der Erkenntnis einer höheren gemeinsamen Pflicht aus gemeinsamen, gleichen Rechten!"

In rhetorischer Beziehung war diese Rede Hitlers sicher nicht schlecht. Sie war auch wirkungsvoll, soweit es sich um das deutsche Volk und um kleinere Staaten handelte, die aus Bewunderung oder aus Furcht zu Deutschland emporblickten.

Auf die angelsächsischen Mächte aber, die Hitler besonders ansprechen wollte, machte sie keinen Eindruck, ebensowenig wie alle folgenden, die er hielt. England und Amerika beurteilten Deutschland und Hitler nicht nach Reden, sondern nach Taten.

Sie waren bereit, Hitler gewähren zu lassen, solange seine Aktionen vorwiegend innenpolitischen Charakter trugen, und ihm sogar entgegenzukommen, wenn seine Forderungen irgendwie völkerrechtlich motiviert werden konnten. Aber sie waren auch entschlossen zuzuschlagen, sobald Hitler den ersten Schuß abgab.

Dies war die grundsätzliche Einstellung der Westmächte zu Hitler, und daran konnten auch die ausgefeiltesten Reden des Diktators kein Jota ändern. Hitler hat dies nie begriffen. Er glaubte, das Stillhalten der Westmächte bei seinen außenpolitischen Aktionen von 1933 bis 1938 sei das Ergebnis seiner Redekunst. Er



14. Oktober 1933

hielt die Engländer für so verkalkt, daß sie sich, wie vorher die Deutschnationalen, von seiner Rabulistik bluffen lassen und selbst zu keiner aktiven Handlung fähig sein würden. Hitler fiel daher aus allen Wolken, als ihm am 3. September 1939 die Kriegserklärung Englands überreicht wurde.

Hitlers Rede vom 14. Oktober 1933 und ihre vermeintliche Wirkung waren, genau betrachtet, schon der Beginn seines Untergangs. —

Für den 15. Oktober hatte Hitler, um seine „friedlichen“ Absichten zu unterstreichen, einen „Tag der deutschen Kunst“ in München angesetzt, verbunden mit der Grundsteinlegung für den Bau eines „Hauses der Deutschen Kunst“<sup>270)</sup>.

Gleichzeitig gab ihm dieses Ereignis Gelegenheit, Hindenburg demonstrativ zu beweisen, daß durch die kommende Neuwahl des Reichstags keinesfalls die Rechte des Reichspräsidenten als Oberbefehlshaber der Reichswehr in Frage gestellt würden. Hitler ließ daher am 14. Oktober folgende *Bekanntgabe des Presseamtes des „Tages der Deutschen Kunst“* veröffentlichen:<sup>271)</sup>

„Die Gestellung der Ehrenwache der Reichswehr zum Empfang des Führers anlässlich der Feier der Grundsteinlegung zum Haus der deutschen Kunst am 15. Oktober unterbleibt auf ausdrücklichen Wunsch des Führers, da er diese hohe militärische Ehrung nur dem Herrn Reichspräsidenten und den hohen militärischen Vorgesetzten vorbehalten wissen will.“

Bei der Grundsteinlegungsfeier begrüßte Hitler zahlreiche Ehrengäste, darunter auch den päpstlichen Nuntius Vasallo di Torregrossa, der ihm dabei die freundlichen Worte sagte: „Ich habe Sie lange nicht verstanden, aber ich habe mich lange darum bemüht. Heute verstehe ich Sie.“<sup>272)</sup>

Hitler hielt bei der *Grundsteinlegung zum Haus der Deutschen Kunst folgende Ansprache:*<sup>273)</sup>

„Es ist herrlich, in einer Zeit zu leben, die ihren Menschen große Aufgaben stellt. Als die Regierung der nationalen Erhebung die Verantwortung übernahm, übernahm sie damit die Pflicht, die Aufgaben zu meistern, die wir alle vor uns und um uns sehen. Ein Volk ist zusammengebrochen und soll seine Wiederaufrichtung erleben. Wir wollen heute nicht hadern über das Unglück, das uns getroffen, die Katastrophe, die uns gestürzt hat. Wir wollen nur erkennen, daß das Gebrochene wieder aufgerichtet werden muß und daß der Verfall sich wieder zu neuem Leben wende.

Furchtbar sind Not und Elend über unser Volk gekommen. Eine stolze Wirtschaft, einst blühend und reich, scheint zu verfallen. Millionen fleißige Menschen verdammt die Arbeitsnot zu Müßiggang. Die Proletarisierung reißt immer neue Lebensstände in ihre Tiefe. Das Gefüge unserer Gesellschaft geht in Brüche, ja selbst an die Pforten der Tempel unseres Glaubens pocht die Faust der Träger einer neuen Weltzerstörung. Unrast und Unfriede überall.

Deutschland wehrlos und rechtlos, das Volk erfüllt von Verzagtheit und Verzweiflung!

Uns hat das Schicksal die herrliche Aufgabe gestellt, in dieser Not zu kämpfen, die Herzen dieser verzagten Menschen wieder mit Glauben und Vertrauen zu erfüllen, die

---

<sup>270)</sup> Das jetzt „Haus der Kunst“ genannte Gebäude in der Prinzregentenstraße überstand den 2. Weltkrieg fast unversehrt. Das alte Ausstellungsgebäude, der sogenannte „Glaspalast“ am alten Botanischen Garten, war am 6. 6. 1931 abgebrannt.

<sup>271)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 288 v. 15. 10. 1933.

<sup>272)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 289 v. 16. 10. 1933. In München amtierte damals auf Grund des bayerischen Konkordates ein päpstlicher Nuntius, dessen Amtssitz sich in unmittelbarer Nähe des „Braunen Hauses“ befand.

<sup>273)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 289 v. 16. 10. 1933.

15. Oktober 1933

Wirtschaft in Ordnung zu bringen, den Millionen Feiernden Arbeit zu geben, die Stände vor der Vernichtung zurückzureißen, eine neue Gesellschaft aufzubauen und ihre Feinde mit eiserner Faust zu zügeln, die Nation, ihre sachlichen, moralischen und kulturellen Güter in Schutz zu nehmen vor den Elementen der Zerstörung.

Eine kühne und stolze Mission!

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Wenn wir die Wiederaufrichtung unseres Volkes als Aufgabe unserer Zeit und unseres Lebens empfinden, sehen wir vor uns nicht nur die leidende Wirtschaft, sondern ebenso die bedrohte Kultur, nicht nur die Not des Leibes, sondern nicht weniger die Not der Seele, und wir können uns keinen Wiederaufstieg des deutschen Volkes denken, wenn nicht wieder erstet auch die deutsche Kultur, und vor allem die deutsche Kunst.

Wir vollziehen heute einen symbolischen Akt. Eine tragische Verkettung von Zufall, Schuld und Ungeklärtem vernichtete in einer Nacht ein Haus, das für immer verbunden bleiben wird mit dem künstlerischen Schaffen nicht nur dieser Stadt, sondern der ganzen deutschen Nation. Schätze des deutschen Gemütes und der deutschen Kunst sind den Flammen zum Opfer gefallen. Allein, was damals in wenigen Stunden der Vernichtung verfiel, kann nicht Vernichtung sein für alle Zukunft. Indem wir uns schmerzlich von dem Verlorenen trennen, beginnen wir vertrauensvoll mit dem Blick in die Zukunft den Aufbau des Neuen.

Ein ‚Haus der Deutschen Kunst‘ soll erstehen. Der alte Glaspalast, durch viele Jahrzehnte ein Merkmal dieser Stadt, sich verwandeln in ein Denkmal unserer Zeit. Das junge Deutschland baut seiner Kunst sein eigen Haus.

Wenn es aber diesen ‚Bau der Deutschen Kunst‘ der Stadt München gibt, bekennt es sich zum Geiste desjenigen, der einst als bayerischer König diese Stadt zu einer Heimstätte der deutschen Kunst erhob. Indem wir alle die Größe der Verdienste ermessen, die diese Kultstätte deutschen Kunstschaffens und Kunstlebens für sich buchen kann, gehorchen wir nicht nur der Stimme des Herzens, sondern auch dem Gebot der Gerechtigkeit, gerade diese Stadt für alle Zukunft zum Mittelpunkt eines neuen Kunstschaffens und Kunstlebens zu wählen.

Ein Volk sind wir, ein Reich wollen wir sein! So fanatisch wie wir für die Größe dieses Reiches, für seinen Frieden, aber auch für seine Ehre eintreten, so wenig wir dulden, daß irgendein Geist der Zwietracht die Einheit der Nation bedrohe, unverständige Eigenbrötelei die Kraft des politischen Willens schwäche, so sehr hängen wir an der Eigenart der deutschen Lande und wollen pflegen den Reichtum der Vielgestaltigkeit unseres inneren Lebens.

Wenn ich heute in stolzem Glück mithelfen kann, diesen Grundstein zu legen, dann hoffe ich damit dieser Stadt und dem Lande den Weg zu weisen in die Zukunft. Nicht im Hader oder kleinem eifersüchtigen Streit mit den anderen Brüdern unseres großen deutschen Vaterlandes haben wir die Möglichkeit des Eigenlebens Bayerns und seiner Hauptstadt zu sehen, sondern im Bekenntnis der unlöslichen Verbundenheit mit dem ganzen deutschen Volk sowie in der Größe des Beitrages, den dieser Stamm und diese Stadt hier leisten zur Größe des Reiches und zur Größe der deutschen Nation. Dann aber wollen wir treu bleiben der Eigenart dieser Stadt. Wenn Berlin Hauptstadt des Reiches ist, Hamburg und Bremen die Hauptstädte der deutschen Schifffahrt, Leipzig und Köln Hauptstädte des deutschen Handels, Essen und Chemnitz Hauptstädte der deutschen Industrie, dann soll München wieder werden Hauptstadt der deutschen Kunst.

Sie findet damit den Weg zurück zu ihrer eigentlichen Größe. Was ein kleines Geschlecht nicht begriff, müssen wir zur Freude und zum Nutzen des ganzen deutschen Volkes erfüllen: Möge diese Stadt sich wieder zurückbesinnen auf ihre eigentliche Mission, Stätte des Erhabenen und des Schönen zu sein, auf daß sich wieder als Wahrheit erweise, daß man diese Stadt gesehen haben muß, um Deutschland zu kennen.

In diesem Sinne wollen wir zum ersten schönen Bau des neuen Reiches hier den Grundstein legen, einem deutschen Baumeister zu verdanken, der Stadt München zu treuen Händen, der deutschen Kunst zu eigen.“

16. Oktober 1933

Am 16. Oktober gratulierte Hitler dem Reichsstatthalter General von Epp zum 65. Geburtstag und begab sich dann nach Berlin, wohin er die Führer der Partei für den 18. Oktober zu einer Tagung befohlen hatte. Er war sich immer noch nicht klar, ob der Austritt aus dem Völkerbund militärische Maßnahmen gegen Deutschland zur Folge haben würde oder nicht. Wie viele Weltkriegsteilnehmer hatte Hitler damals einen Horror vor Frankreich. Da es Deutschland 1914—1918 nicht gelungen war, Frankreich wie seinerzeit 1870/71 innerhalb weniger Monate niederzuringen<sup>274)</sup>, hielt er die Franzosen für gefährliche Gegner, die ähnlich reagieren würden wie er selbst, wenn er an deren Stelle stünde<sup>274a)</sup>.

Schon bei seiner ersten Ansprache an die Reichswehrgeneräle am 3. Februar hatte er von der Möglichkeit einer baldigen Intervention Frankreichs zur Verhinderung der deutschen Wiederbewaffnung gesprochen. Nun, nach dem Schlage vom 14. Oktober, glaubte er mit einem Einmarsch Frankreichs zum mindesten in die rheinischen Gebiete rechnen zu müssen.

Er sprach bei der *Führertagung vom 18. Oktober in Berlin* sehr eingehend über seine diesbezüglichen Sorgen.

Der Völkische Beobachter veröffentlichte über diese *Ansprache Hitlers* nur einen allgemein gehaltenen Bericht, dessen wesentliche Sätze lauteten:<sup>275)</sup>

Unser Volk werde in diesen Wochen im Zeichen eines tiefen und heiligen Ernstes stehen. Seine Begeisterung sei nicht auf irgendeiner oberflächlichen Hurrastimmung aufgebaut, sondern auf der tiefinnersten Erkenntnis vom Bewußtsein seines Rechtes.

Das große Werk der Versöhnung, das der Nationalsozialismus begonnen habe, müsse nunmehr seine Krönung finden. Auch unseren früheren innenpolitischen Gegnern würden wir im Zeichen dieses Ringens der ganzen Nation entgegenkommen und ihnen die Hand reichen, wenn sie beweisen, daß sie Bekenner der deutschen Ehre und Friedensliebe seien.

Wir sind über den *Inhalt der Rede Hitlers* am 18. Oktober jedoch genauer informiert, durch den Bericht, den der Gaupresseamtsleiter F. H. Woweries auf einer anschließenden Pressekonferenz in Frankfurt a. M. darüber gegeben hat<sup>276)</sup>.

Hitler gab danach allen Parteiführern zu verstehen, wie bedenklich die außenpolitische Situation Deutschlands z. Zt. noch sei und daß Frankreich, wenn es inzwischen nicht schwach geworden wäre, das Vorgehen Deutschlands kaum dulden könne. Es komme alles darauf an, daß die Partei auch nur den geringsten Anschein von Revanchegeist oder Chauvinismus vermeide und keine weitere Handhabe für ein militärisches Eingreifen Frankreichs liefere. Er selbst könne dazu nur sagen: „Wenn ich Propagandaminister von Frankreich wäre — armes Deutschland!“

Hitler verbot gleichzeitig, seinen Kampfformationen in der entmilitarisierten Zone des Rheinlandes<sup>277)</sup> vor Beendigung der Wahl am 12. November Uniform zu tragen. Ein wahrhaft erstaunlicher Vorgang! Jahrelang hatte er gegen die Uniformverbote für seine SA.-Leute, insbesondere vor Volksabstimmungen, leidenschaftlich protestiert, nun zog er ihnen selbst die Braunhemden aus.

---

<sup>274)</sup> Der erfolgreiche Widerstand Frankreichs im Weltkrieg 1914/1918 beruhte einmal auf der Unterstützung durch die angelsächsischen Mächte und zum anderen auf der Schwächung Deutschlands durch den Mehrfrontenkrieg. 1870/71 und 1940 fehlten diese Faktoren, und der Widerstand Frankreichs brach zusammen.

<sup>274a)</sup> Wie sehr Hitler eine militärische Intervention befürchtete, zeigt Blombergs „Weisung für die Wehrmacht im Falle von Sanktionen“ v. 25. 10. 1933 (wiedergegeben bei Hofer a. a. O. S. 183).

<sup>275)</sup> Bericht im VB. Nr. 292 v. 19. 10. 1933.

<sup>276)</sup> Aufzeichnung des Verfassers.

<sup>277)</sup> Gesamtes linksrheinisches Gebiet und ein 50 km breiter Geländestreifen rechts des Rheines, parallel zum Flußufer.

Hitlers Vorgehen offenbarte seine Skrupellosigkeit. Er gab damit indirekt zu, daß den SA.-Formationen eben doch ein militärischer Charakter zukam, und ließ gleichzeitig erkennen, daß er die Interessen der SA. bedenkenlos um militärischer Vorteile willen opfern würde.

Dabei waren diese Vorsichtsmaßnahmen Hitlers unnötig. Weder vor noch nach dem 12. November erfolgte eine militärische Intervention. Aber, wie gewöhnlich, deutete Hitler das Verhalten des westlichen Auslands falsch. Da seine außenpolitischen Ideen, die er sich 1919 zurechtgelegt hatte, in keiner Weise mit der Wirklichkeit übereinstimmten, war er auch nicht in der Lage, die Reaktion des Auslandes auf seine Handlungen richtig zu beurteilen.

Weder Frankreich noch England waren geneigt, den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund zum Anlaß einer militärischen Intervention zu nehmen. Man hatte Deutschland 1926 in dieses Gremium aufgenommen und damit gewissermaßen einen Schlußstrich unter die Vergangenheit gezogen. Wenn Deutschland nun keinen Wert mehr darauf legte, in dieser Vereinigung Mitglied zu sein, dann war dies seine Sache, jedenfalls konnte dies allein nicht ein bewaffnetes Eingreifen rechtfertigen.

Für Hitler war das Ausbleiben einer solchen Intervention der Beweis für seine neue These, die Franzosen und die Engländer seien erwiesenermaßen keine heroischen Völker mehr und würden infolgedessen zu seinen geplanten Expansionskriegen nach Osten schweigen oder sich mit papiernen Protesten begnügen.

Wie wenig Hitler die englische Mentalität verstand, zeigte ein *Interview*, das er am 18. Oktober dem bekannten Korrespondenten der *Daily Mail*, *Ward Price*, gab. Er wiederholte die lächerliche Behauptung, England und Deutschland seien „verwandte Nationen“, die „beiden großen germanischen Völker“.

Auf die präzisen Fragen des Journalisten gab er jedoch ausweichende oder bagatellisierende Antworten.

Das Mißtrauen der Engländer wurde durch die weitschweifigen Erwidernungen nicht ausgeräumt, sondern eher bestätigt. Trotzdem hielt Hitler diesen Journalisten jahrelang geradezu für seinen Parteigänger, bis ihn *Ward Prices* Publikation „I Know these Dictators“ im Jahre 1938 bzw. 1939 eines anderen belehrte.

Das Interview vom 18. Oktober hatte folgenden Wortlaut: <sup>278)</sup>

Frage: „Es könnte Euer Exzellenz interessieren, daß Anzeichen in London dafür vorhanden sind, daß Ihre persönliche Popularität beim britischen Publikum seit letzten Sonnabend außerordentlich zugenommen hat.“

Lord Rothermere, mit dem ich gestern abend telefonierte, erzählte mir, daß, als Ihr Bild in der Wochenschau der Londoner Kinotheater am Montagabend gezeigt wurde, es mit lebhaftem Beifall begrüßt wurde. Es ist indessen eine Tatsache, daß innerhalb gewisser Kreise der britischen Öffentlichkeit und Presse durch Deutschlands plötzlichen Austritt aus der Abrüstungskonferenz Mißtrauen und Beunruhigung geweckt worden ist.

Es würde erheblich dazu beitragen, diese Besorgnisse zu beschwichtigen, wenn der Herr Reichskanzler mir erlauben würde, in einer ganz objektiven Weise ihm einige hierauf bezügliche Fragen zu stellen.

Zunächst möchte ich die Rede des Unterstaatssekretärs im Kriegsministerium *Duff Cooper* anführen, der sagte, daß „kein Volk in der Geschichte der Welt sich

<sup>278)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 293 v. 20. 10. 1933.

jemals mit derartiger Begeisterung für den Krieg vorbereitet habe, als das deutsche Volk es zur Zeit tue'.

Es wäre nutzlos, zu bestreiten, daß diese Ansicht in England weit verbreitet ist. Welche Antwort kann darauf erteilt werden?"

Antwort: „Ich war einst am 4. August 1914 tief unglücklich darüber, daß nunmehr die beiden großen germanischen Völker, die durch alle Irrungen und Wirrungen der menschlichen Geschichte so viele hundert Jahre friedlich nebeneinander lebten, in den Krieg gerissen wurden. Ich würde glücklich sein, wenn endlich diese unglückselige Psychose ihr Ende finden und die beiden verwandten Nationen wieder zur alten Freundschaft zurückfinden könnten.

Die Behauptung, daß das deutsche Volk sich mit Begeisterung auf den Krieg vorbereite, ist eine uns einfach unfaßbare Verkennung des Sinnes der deutschen Revolution.

Wir Führer der nationalsozialistischen Bewegung sind fast ohne Ausnahme Frontsoldaten gewesen. Ich möchte den Frontsoldaten sehen, der mit Begeisterung sich für einen neuen Krieg vorbereitet! Wir hängen in fanatischer Liebe an unserem Volke, genau so wie jeder anständige Engländer an dem seinen hängt. Wir erziehen die deutsche Jugend zum Kampf gegen die inneren Laster und in erster Linie zum Kampf gegen die kommunistische Gefahr, von deren Größe man in England allerdings keine Vorstellung hatte und wohl auch heute noch nicht besitzt. Unsere Revolutionslieder sind keine Lieder gegen die anderen Völker, sondern Lieder für die Brüderlichkeit im Inneren, gegen Klassenkampf und Eigendünkel, für Arbeit und Brot und für die nationale Ehre. Der beste Beweis dafür ist, daß bis zu unserem Regierungsantritt unsere ausschließlich politische SA. vom Staat auf das furchtbarste verfolgt war, ja daß unsere Anhänger nicht nur nicht zum Heere genommen wurden, sondern nicht einmal in einer Heeresstätte als Arbeiter beschäftigt werden durften.“

Frage: „Der Verdacht, daß Deutschlands letzte Ziele kriegerische sind, beruht auf folgenden Erwägungen.

Man glaubt, daß das deutsche Volk von der nationalsozialistischen Regierung dazu erzogen worden ist, daß es ein tiefes und echtes Zerwürfnis mit Frankreich hat und daß dieses nur durch einen deutschen Sieg wieder gutgemacht werden kann.“

Antwort: „Die nationalsozialistische Bewegung erzieht nicht das deutsche Volk zu einem echten oder tiefen Zerwürfnis mit Frankreich, sondern einfach zur Liebe zum eigenen Volk und zu einem Bekenntnis für die Begriffe von Ehre und Anständigkeit.

Glauben Sie, daß wir unsere Jugend, die unsere ganze Zukunft ist und an der wir alle hängen, nur erziehen, um sie dann auf dem Schlachtfelde zusammenschießen zu lassen? Ich habe schon so oft betont, daß wir keinen Grund haben, uns militärisch der Leistungen unseres Volkes im Kriege zu schämen.“

Frage: „Ferner ist die Ansicht weit verbreitet, daß Deutschlands Rüstungen schon viel weiter fortgeschritten sind, als amtlich zugegeben wird. Es wird zum Beispiel behauptet, daß die deutsche Regierung in Schweden, Holland und anderen Ländern Munitionsfabriken erworben habe, in denen große Vorräte von Kriegsmaterial auf Lager gehalten werden, um bei Entstehen einer Kriegsgefahr sofort über die deutsche Grenze befördert zu werden.“

Antwort: „Diese Ansichten sind lächerlich. Wo sind denn die Fabriken in Schweden, Holland und anderen Ländern, die wir als Munitionsfabriken erworben haben sollen? Unsere Feinde im Auslande bringen die genauesten Nachrichten über alles, was in Deutschland, wie sie behaupten, geschehen sein soll. Es müßte ihnen doch eine Spielerei sein, endlich einmal zu sagen, welche Fabriken wir in Holland erworben haben und welche in Schweden. Meines Wissens regieren in Schweden keine Nationalsozialisten,

18. Oktober 1933

ebensowenig wie in Holland. Es würde doch den findigen Nachrichtendiensten nicht schwer sein, herauszubekommen, in welcher holländischen oder schwedischen Fabrik für Deutschland Munition fabriziert und auf Lager gehalten wird. Denn es müßten dann immerhin ziemlich umfangreiche Lager sein. Wie groß ein gewöhnliches Munitionslager nur für ein Armeekorps ist, weiß doch jeder gewöhnliche Soldat vom Kriege her. Und das alles bleibt den Augen der forschenden Mitwelt verborgen?

Und außerdem sollen wir vermutlich im Kriegsfall diese Munition nachts auf dem Luftwege nach Deutschland schaffen, oder würde Frankreich unseren Schiffen Geleitbriefe ausstellen? Nein. Das ist ja alles zu lächerlich, aber leider Gottes genügend, um ein Volk, das nichts will als sein Recht, in einer Welt anzuschwärzen, die tatsächlich überhaupt nur eine einzige Rüstungsfabrik ist.“

Frage: „Obwohl die Anwendung schwerer Feldartillerie durch den Friedensvertrag verboten wurde, wird in Frankreich behauptet, daß Artilleristen der Reichswehr in schwerer Artillerie an den deutschen Küstenbefestigungen ausgebildet worden sind. Diese Vorwürfe werden möglicherweise in den nächsten Wochen offiziell geltend gemacht werden. Würde es da nicht von Vorteil sein, wenn der Herr Reichskanzler sich bereits im voraus mit ihnen öffentlich auseinandersetzt?“

Antwort: „Glauben Sie wirklich, daß wir uns den Luxus erlauben, von den hunderttausend Mann unserer Armee die Artilleristen an der schweren Artillerie der Küstenbefestigungen ausbilden zu lassen, damit sie dann mit den Feldkanonen schießen können?“

Wir haben in der Festung Königsberg eine lächerlich beschränkte Anzahl schwerer Geschütze genehmigt erhalten, und selbstverständlich werden dafür auch Leute ausgebildet. Im übrigen hat die Armee leider nur eine ungenügende Feldartillerie, und wir bilden schon lieber die Leute an dem Geschütz aus, an dem sie kämpfen müßten, als an Geschützen, die wir gar nicht haben!“

Frage: „Eine weitere Ursache der Besorgnis ist die Auffassung, daß Deutschlands zugegebene Absicht, eines Tages den polnischen Korridor wieder zu erlangen, mit der Erhaltung des Friedens unvereinbar ist. Auf welcher Grundlage hält der Herr Reichskanzler Verhandlungen mit diesem Ziele für möglich?“

Antwort: „Es gibt überhaupt keinen vernünftigen Menschen, der die Lösung des Korridors als besonders überwältigende Leistung der Friedenskonferenz bezeichnen könnte. Der Sinn dieser Lösung könnte nur sein, Deutschland und Polen für ewige Zeiten zu verfeinden.“

Niemand von uns denkt daran, mit Polen wegen des Korridors einen Krieg zu beginnen. Wir möchten aber alle hoffen, daß die beiden Nationen die sie betreffenden Fragen dereinst leidenschaftslos besprechen und verhandeln werden. Es kann dann der Zukunft überlassen bleiben, ob sich nicht doch ein für beide Völker gangbarer Weg und eine für beide tragbare Lösung findet.“

Frage: „Der Ausdruck ‚Volk ohne Raum‘ hat gewisse Unsicherheit erregt. Auf welchem Wege erblickt der Herr Reichskanzler eine Möglichkeit für die räumliche Ausdehnung Deutschlands?“

Bildet die Wiedererlangung von früheren deutschen Kolonien eines der Ziele der Regierung? Wenn ja, welche Kolonien kommen in Frage, und werde ein Mandatssystem Deutschland genügen oder würde Deutschland volle Souveränität verlangen?“

Antwort: „Deutschland hat zu viele Menschen auf seiner Bodenfläche. Es liegt im Interesse der Welt, einer großen Nation die erforderlichen Lebensmöglichkeiten nicht vorzuenthalten. Die Frage der Zuteilung kolonialer Gebiete, ganz gleich wo, wird aber

18. Oktober 1933

niemals für uns die Frage eines Krieges sein. Wir sind der Überzeugung, daß wir genau so fähig sind, eine Kolonie zu verwalten und zu organisieren wie andere Völker. Allein wir sehen in all diesen Fragen überhaupt keine Probleme, die den Frieden der Welt irgendwie berühren, da sie nur auf dem Wege von Verhandlungen zu lösen sind.“

Frage: „In gewissen Kreisen in England erwartet man, daß die jetzige Regierung sich als ein Vorspiel zur Restauration der kaiserlichen Familie herausstellen wird. Wäre es möglich, daß der Herr Reichskanzler seine Stellungnahme zu dieser Frage definiert?“

Antwort: „Die Regierung, die heute in Deutschland tätig ist, arbeitet weder für die Monarchie noch für die Republik, sondern ausschließlich für das deutsche Volk.“

Wohin wir blicken, überall sehen wir nur Not und Elend, Arbeitslosigkeit, Verfall und Zerstörung. Dies zu beseitigen ist die von uns gewählte Mission.“

Frage: „Seit der Machtübernahme durch die Regierung Eurer Exzellenz ist die Weimarer Verfassung de facto im einzelnen abgeändert worden, obwohl sie förmlich nicht außer Kraft gesetzt ist. Beabsichtigt der Herr Reichskanzler, eine Verfassungsänderung auf neuer Grundlage durchzuführen?“

Antwort: „Ich habe einst erklärt, nur mit legalen Mitteln kämpfen zu wollen. Ich habe diese Erklärung auch gehalten. Die gesamte Umgestaltung Deutschlands ist auf ‚verfassungsmäßig zulässigem Wege‘ geschehen. Es ist selbstverständlich möglich und auch wahrscheinlich, daß wir das Gesamtergebnis der sich vollziehenden Umwälzung dereinst als neue Verfassung dem deutschen Volke zur Urabstimmung vorlegen werden.“

Wie ich denn überhaupt betonen muß, daß es zur Zeit keine Regierung gibt, die mit mehr Recht als die unsere behaupten könnte, von ihrem Volke beauftragt zu sein!

Wir haben daher auch hier gar nichts gutzumachen. Das einzige, über das wir uns schämen, waren die Männer, die in der Zeit unserer schlimmsten Not das Vaterland im Stich gelassen hatten. Diese Personen sind restlos beseitigt. Daß die deutsche Jugend wieder ein Ehrgefühl besitzt, erfüllt mich mit Freude. Ich sehe aber nicht ein, wieso ein anderes Volk dadurch bedroht sein soll. Und ich sehe erst recht nicht ein, wieso eine sonst so fair denkende Nation wie die englische uns dies innerlich verübeln könnte. Ich bin überzeugt, daß, wenn England dasselbe Unglück getroffen hätte, das Deutschland traf, eher noch mehr Engländer Nationalsozialisten wären, als dies bei uns der Fall ist. Wir wollen mit Frankreich kein ‚Zerwürfnis‘, sondern eine aufrichtige Verständigung, allerdings auf einer Basis, die ein Volk von Ehrgefühl akzeptieren kann. Und außerdem wollen wir leben können!“

Frage: „Ein großer Teil der deutschen Jugend wird zur Zeit in Arbeitslagern oder als Mitglieder der SA. und anderer Formationen zu militärischer Disziplin erzogen. Selbst wenn die deutsche Regierung nicht beabsichtigt, diese Ausbildung für den Kriegsfall durchzuführen, herrscht in Frankreich und zum Teil auch in England die Befürchtung, daß die Entwicklung eines militärischen Geistes unter den jungen Deutschen zur Folge haben könnte, die eines Tages verlangen werden, daß die militärischen Kenntnisse, die sie jetzt erwerben, praktisch ausgenutzt werden.“

Antwort: „Die deutsche Jugend wird weder in den Arbeitslagern, noch in der SA. und in den unterstehenden Formationen mit militärischen Kenntnissen versehen, die sie anreizen könnten, diese einst auszunützen. Wieviel mehr könnte sich demgegenüber Deutschland beschweren, daß in den anderen Ländern Jahr für Jahr Millionen an Rekruten eine wirklich militärische Ausbildung erfahren. Unser Arbeitsdienst ist eine ungeheure soziale Einrichtung, die zugleich klassenversöhnend wirkt. Eine Armee von jungen Leuten, die früher auf den Landstraßen verkommen sind, haben wir zu nützlicher Arbeit zusammen-

18. Oktober 1933

gefaßt. Hunderttausend andere, die in den Großstädten schon in jungen Jahren verdorben worden sind, erziehen wir in unseren Jugend- und SA.-Formationen zu anständigen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft. Während vor uns die deutschen Straßen und Plätze von dem Kommunismus beherrscht worden sind, das ganze Volk unter dem blutigen Terror dieser Mordbrennerbande litt, haben wir jetzt die Sicherheit, Ruhe und Ordnung wiederhergestellt. Das ist der Erfolg meiner SA.“

Frage: „Sieht der Herr Reichskanzler den Völkerbund als eine Einrichtung an, die ihren Nutzen überlebt hat, oder kann er sich bestimmte Bedingungen vorstellen, unter denen Deutschland seine Rückkehr in den Völkerbund zu erwägen geneigt wäre?“

Antwort: „Wenn der Völkerbund sich noch so wie in der letzten Zeit immer mehr auswächst zu einer Interessengemeinschaft bestimmter Staaten gegen die Interessen anderer, dann glaube ich nicht an seine Zukunft. Deutschland wird jedenfalls niemals mehr einer internationalen Vereinigung beitreten oder sich an einer solchen beteiligen, wenn es nicht als vollkommen gleichberechtigter Faktor anerkannt ist. Daß wir einen Krieg verloren haben, das wissen wir. Wir wissen aber auch, daß wir uns so lange mutig und tapfer verteidigt haben, als es nur überhaupt ging. Wir sind Männer genug, einzusehen, daß man nach einem Krieg, den man verliert, man mag nun schuldig sein oder nicht, selbstverständlich die Folgen zu tragen hat. Wir haben sie getragen! Daß wir nun aber als Volk von 65 Millionen Menschen dauernd und immer wieder aufs neue entehrt und gedemütigt werden sollen, ist für uns unerträglich. Diese ewige Diskriminierung ertragen wir nicht, und solange ich lebe, werde ich niemals meine Unterschrift als Staatsmann unter einen Vertrag setzen, den ich als Ehrenmann auch im privaten Leben niemals unterschreiben würde und selbst wenn ich darüber zugrunde ginge! Denn ich möchte auch nicht meine Unterschrift unter ein Dokument setzen mit dem stillen Hintergedanken, es doch nicht zu halten! Was ich unterschreibe, halte ich. Was ich nicht halten kann, werde ich niemals unterschreiben.“

Frage: „Hält Deutschland sich somit für befreit von den bestehenden internationalen Verpflichtungen mit der Begründung, daß es nicht gleichberechtigt behandelt worden ist?“

Antwort: „Was wir unterzeichnet haben, werden wir nach unserer Fähigkeit erfüllen.“

Frage: „Könnte der Herr Reichskanzler der britischen Öffentlichkeit einige Mitteilungen über seine Pläne machen, die darauf abzielen, im kommenden Winter dem wirtschaftlichen Elend in Deutschland abzuhelpen?“

Antwort: „Wir gehen einem sehr schweren Winter entgegen. Wir haben von etwas über 6 Millionen Arbeitslosen in acht Monaten über 2 1/4 Millionen in die Produktion zurückgeführt. Unsere Aufgabe ist, wenn irgend möglich, zu verhindern, daß im Winter ein Absinken eintritt. Im Frühjahr wollen wir dann mit dem neuen Generalangriff gegen die Arbeitslosigkeit beginnen.“

Zu diesem Zweck setzten wir eine Reihe von Maßnahmen in Gang, von denen wir uns einen ausreichenden Erfolg versprechen. Neben einer Entlastung der Wirtschaft von unerträglichen Steuern, einer allgemeinen Wiederherstellung des Vertrauens, der Beseitigung einer großen Anzahl mehr oder weniger marxistisch inspirierter wirtschaftshemmender Gesetze, läuft eine sehr große Arbeitsbeschaffung. Da unsere Straßen zum Teil ungenügend, zum Teil auch verkommen sind, wird ein Netz von rund 6 1/2 Tausend Kilometern an Automobilstraßen gebaut und in diesem Winter bereits mit höchster Energie begonnen. Die Finanzierung erfolgt durch unsere Automobil- bzw. Brennstoffsteuern sowie durch einzuhebende Benutzungsgebühren<sup>278a)</sup>. Eine ganze Anzahl weiterer großer Arbeiten, Kanalbauten, Stauwerke, Brücken laufen mit.

<sup>278a)</sup> Auf solche Gebühren wurde jedoch verzichtet.



Außerordentlich groß ist unsere Tätigkeit auf dem Gebiet der Fruchtbarmachung unseres Bodens und der damit zusammenhängenden Siedlung.

Für die Zeit des Winters werden durch eine Kombination von Staats- und Privatmitteln für Reparaturen an unserem zum Teil sehr erneuerungsbedürftigen Hausbesitz rund 2 1/2 Milliarden eingesetzt. Der Gedanke ist dabei der, daß der Staat sich finanziell in dem Umfang beteiligt, in dem er sonst die Lasten der Arbeitslosigkeit zu tragen hätte.

Um der Jugend zu helfen, werden wir sie in unseren Arbeitslagern für eine vernünftige Tätigkeit bei allerdings nur ganz kleiner Besoldung aber ausreichender Verpflegung zusammenfassen und ansetzen. Sie haben noch keine Familien und können daher leicht in Baracken und ähnlichen Unterkünften bei ihren Arbeitsplätzen untergebracht werden.

Durch besondere Maßnahmen ermöglichen wir durch Familiengründung das Ausscheiden von Mädchen aus der Produktion und das langsame Nachrücken von Männern. Da aber trotzdem die Not noch sehr groß sein wird, haben wir ein gigantisches Winterhilfswerk organisiert, das besonders unsere ländliche Bevölkerung bittet, mit Lebensmitteln der notleidenden armen Industrie- und Stadtbevölkerung zu helfen.

Es ist ein riesenhaftes Austauschwerk und damit zugleich eine Verbindung von Stadt und Land.

Wir werden mit dieser Organisation rund 6 Millionen Menschen wenigstens mit dem Notwendigsten an Heizmaterial und Lebensmitteln und zum Teil auch mit Kleidern versorgen. Jedenfalls bemühen wir uns auf das Äußerste dafür zu sorgen, daß wenigstens dem Hunger in der schlimmsten Auswirkung Einhalt geboten wird.

Denn bisher war es dank dem Versailler Friedensvertrag so, daß sich im Durchschnitt in Deutschland jährlich rund 20 000 Menschen aus Not und Verzweiflung freiwillig das Leben nehmen mußten<sup>278b)</sup>.

Sie werden verstehen, daß eine Regierung und ein Volk, die vor solchen Aufgaben stehen, gar keinen anderen Wunsch haben können als den nach Ruhe und Frieden. Und damit endlich auch nach Gleichberechtigung.“

Am 22. Oktober begann Hitler wieder eine große Rede-Tournee, ohne die ihm der Wahlkampf keine Freude gemacht hätte. Er verbreitete sich dabei in immer neuen Abwandlungen über seine innen- und außenpolitischen Ideen und die angeblichen Beweggründe des Austritts aus dem Völkerbund.

Hitler eröffnete die Kampagne am 22. Oktober mit zwei *aufeinanderfolgenden Reden vor der Befreiungshalle in Kelheim*<sup>279)</sup> anläßlich eines SA.-Aufmarsches. Er erklärte u. a.:

„Dieses Denkmal der Einigung ist für uns ein Symbol dessen, was wir für unseren Kampf erstreben: ein Volk, ein Reich, einen Willen [d. h. Hitlers Willen].“

Am Nachmittag des gleichen Tages sprach Hitler bei einem *Empfang im Regensburger Rathaus*<sup>280)</sup>.

Am 24. Oktober folgte eine *Wahlrede im Berliner Sportpalast*<sup>281)</sup>. Feierlich verkündete er:

„Ich für meine Person erkläre, daß ich jederzeit lieber sterben würde, als daß ich etwas unterschriebe, was für das deutsche Volk meiner heiligsten Überzeugung nach nicht erträglich ist.“

<sup>278b)</sup> Vgl. hierzu S. 278 (Anmerkung). Die Zahl 20 000 wurde kein einziges Mal auch nur annähernd erreicht. Prof. Dr. Ernst Meier (Nürnberg) stellte außerdem fest, daß „wirtschaftliche Not“ 1932 stärker hervortrat, jedoch von der Ursache „Geisteskrankheit“ weit übertroffen wurde.

<sup>279)</sup> Berichte im VB. Nr. 296 v. 23. 10. 1933. Die Befreiungshalle wurde zur Erinnerung an die Kriege gegen Napoleon 1813–1815 errichtet im Auftrag König Ludwigs I. durch Klenze (1842–1863).

<sup>280)</sup> Bericht im VB. Nr. 296 v. 23. 10. 1933.

<sup>281)</sup> WTB. v. 25. 10. 1933. Die Wiedergabe im VB. Nr. 299 v. 26. 10. 1933 ist nicht vollständig.

Ich bitte das ganze deutsche Volk, wenn ich mich jemals hier irren würde oder wenn das Volk einmal glauben sollte, meine Handlungen nicht decken zu können, dann kann es mich hinrichten lassen: Ich werde ruhig standhalten!“

Er schloß seine Rede mit der Behauptung, er habe bisher noch niemals um Stimmen gebeten.

„Und so bitte ich Sie, dieses Mal – wirklich zum ersten Mal in meinem Leben – geben Sie uns nun Ihre Stimmen. Holen Sie jeden Volksgenossen hin zur Urne, auf daß er mit entscheidet über die Zukunft seines Volkes. Zum ersten Mal nach 14 Jahren bitte ich Sie jetzt, geben Sie Ihre Stimme für die Gleichberechtigung, die Ehre und den wirklichen Frieden, und geben Sie damit zugleich die Stimme ab für den neuen Reichstag, der der Garant dieser Politik sein wird. Denn auf die Dauer kann man auch wirtschaftlich ein Volk nicht retten, wenn es politisch und moralisch zugrunde geht. Wir kennen nur ein Ziel auf der Welt: Nicht Haß anderen Völkern, sondern Liebe zu der deutschen Nation!“

Am 25. Oktober hielt Hitler eine *Wahlrede in Hannover* (Kuppelhalle) <sup>282)</sup>. Am 26. Oktober erklärte er auf einer *Wahlrede in Köln* (Messehalle): <sup>283)</sup>

„Ich habe meine Gegner nicht gefürchtet, als ich keine Macht besaß. Ich fürchte sie auch jetzt nicht. Nicht für mich braucht ihr zur Wahlurne zu gehen, sondern für euch selbst! Nicht ich brauche gestützt zu werden. Ich bin stark und fest genug! Euer Reich müßt ihr stützen.“

Am 28. Oktober folgte eine *Wahlrede in Stuttgart* (Stadthalle) <sup>284)</sup>. Am 29. Oktober sprach Hitler vormittags in *Neumarkt* (Oberpfalz) anläßlich der *Einweihung eines Dietrich-Eckart-Denkmals* <sup>285)</sup>. Um 18 Uhr hielt er eine *Wahlrede in Frankfurt a. M.* und erklärte: <sup>286)</sup>

„Ich bedanke mich für Vereinbarungen, die ich mit meiner Ehre einkaufen soll. Und wenn man sagt, dann werdet ihr isoliert sein, dann erkläre ich: Lieber ehrenhaft isoliert sein, als ohne Ehre geduldet zu werden.

Ich bin der Überzeugung, daß das deutsche Volk zu viel Charakter hat, als daß es anders denken könnte als seine Regierung, daß es in dieser geschichtlichen Stunde nicht anders entscheiden kann als mit dem Worte: ‚Ja‘.“

Es schien ihm gut, dann seinen Worten eine sentimentale Note zu geben, und daher fuhr er fort:

„Es bleibt kein anderer Weg. Ich habe keine Kanonen, ich habe nur euch, meine Volksgenossen, mit euch muß ich dieses Recht für Deutschland erkämpfen. Ihr müßt hinter mir stehen, wir müssen zusammenhalten. Wir können den Kampf nur führen, wenn wir eine einzige Mannschaft sind.

Ihr müßt alle erkennen, daß wir in einer großen geschichtlichen Zeit leben, einer Zeit, die nur ein Volk zu bestehen vermag, das seinen Willen einheitlich und einmütig der Welt gegenüber vertritt, und dieser Wille wird nicht nur dem deutschen Volk nützlich sein.“

Im Anschluß an seine Wahlrede besuchte Hitler eine „Meistersinger“-Aufführung im Frankfurter Opernhaus.

<sup>282)</sup> Bericht im VB. Nr. 299 v. 26. 10. 1933.

<sup>283)</sup> Bericht im VB. Nr. 300 v. 27. 10. 1933.

<sup>284)</sup> Bericht im VB. Nr. 303 v. 30. 10. 1933.

<sup>285)</sup> Bericht im VB. Nr. 303 v. 30. 10. 1933

<sup>286)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 303 v. 30. 10. 1933.

Eine für den 30. Oktober vorgesehene Wahlrede in Würzburg fiel aus. Stattdessen gewährte Hitler am 31. Oktober dem *Hearst-Press-Vertreter Karl von Wiegand ein Interview* <sup>287)</sup>.

Er erklärte dem amerikanischen Journalisten, er habe den Parteigenossen im Ausland verboten, nationalsozialistische Propaganda zu treiben, um die freundschaftlichen Beziehungen mit den betreffenden Ländern nicht zu gefährden.

Am 1. November nahm die Redekampagne Hitlers ihren Fortgang mit einer *Wahlrede in Weimar* (Weimarahalle) <sup>288)</sup>. Dort verkündete er:

„Ich bin nicht Reichskanzler geworden, um anders zu handeln, als ich 14 Jahre lang gepredigt habe. Wir bekennen uns zu denen, die nur e i n Wort besitzen.“

Am folgenden Tag behauptete er bei einer *Wahlrede in Essen* (Ausstellungshallen): <sup>289)</sup>

„Niemals würde ich etwas unterzeichnen, von dem ich weiß, daß es niemals gehalten werden kann, weil ich entschlossen bin, das, was ich unterschreibe, auch zu halten.“

Am 4. November folgte um 20 Uhr eine *Wahlrede in Breslau* (Messehof) <sup>290)</sup> und am 5. November eine *Wahlrede in Elbing* (Maschinenhalle) <sup>291)</sup>. Dort erklärte Hitler:

„Ich brauche kein Volksvotum. Ich habe 14 Jahre lang um das Volk gekämpft. Ich möchte, daß das deutsche Volk nun selbst als Zeuge auftritt für die Wahrhaftigkeit unserer Erklärungen.“

Bei der Landung in Elbing versank Hitlers dreimotoriges Junkers-Flugzeug D 2600 („Immelmann“) im aufgeweichten Boden, so daß der neue Start am folgenden Tag von Danzig aus erfolgen mußte. Flugkapitän Hans Baur, der Hitler bereits bei den Deutschlandflügen des Jahres 1932 mit der D 1720 geflogen hatte, war nun ganz in Hitlers Dienste getreten und flog ihn bis zum Jahre 1945 <sup>292)</sup>.

Bei dem Flug von Danzig nach Kiel am 6. November verlor das Flugzeug infolge von Peil-Störungen die Orientierung, und Hitler war dem Piloten durch das Wiedererkennen der Stadt Wismar für den weiteren Kurs behilflich, so daß man mit dem letzten Benzin noch den Flugplatz Travemünde erreichte. Dieser Vorgang gab Anlaß zu einer Legendenbildung über Hitlers angeblich übernatürliche Kräfte <sup>293)</sup>.

---

<sup>287)</sup> Angeführt von Baynes, a. a. O. S. 1143. Hinweis auch im VB., Berliner Ausgabe, v. 1. 11. 1935.

<sup>288)</sup> Bericht im VB. Nr. 307 v. 3. 11. 1933.

<sup>289)</sup> Bericht im VB. Nr. 307 v. 3. 11. 1933.

<sup>290)</sup> Bericht im VB. Nr. 310 v. 6. 11. 1933.

<sup>291)</sup> Bericht im VB. Nr. 310 v. 6. 11. 1933.

<sup>292)</sup> Vgl. Flugkapitän Hans Baur, *Ich flog Mächtige der Erde*, Kempten 1956, S. 106.

<sup>293)</sup> Ward Price, a. a. O. S. 134 ff. gibt auf Grund von Erzählungen eine sehr dramatische Schilderung dieses Fluges. Danach sei Hitler nach längerem Nebel- bzw. Blindflug in die Führerkabine gekommen, habe erklärt, der Kompaß sei nicht in Ordnung, und verlangte, daß man umkehre und Gegenkurs nehme. Ihm schein, man fliege geradeaus auf die See. Widerstrebend habe der Pilot die Maschine gewendet und dann zu seinem Erstaunen gesehen, daß er sich Kiel von der See her näherte. Das Benzin habe gerade noch für 10 Minuten gereicht. Hätte Hitler nicht seine plötzliche Eingebung gehabt, so wäre die Maschine zur Notlandung auf dem Meer ge-

6. November 1933

Bei seiner *Rede in Kiel* (Nordostseehalle) am 6. November erklärte Hitler: <sup>294)</sup>

„Wenn unsere Gegner angesichts der Leistungen der letzten neun Monate sagen: Ja, aber es kann einen Rückschlag geben! dann antworte ich: Mein bisheriges Leben ist ein Kampf gewesen; aber kapituliert habe ich noch niemals, und das Ziel habe ich erreicht.

Ich erinnere Sie an den 6. November 1932. Da kamen auch die falschen Propheten und sagten unser Ende voraus. Aber für mich und für uns alle sind Rückschläge nie etwas anderes gewesen als Peitschenhiebe, die uns dann erst recht vorwärts getrieben haben. Niemals haben wir deshalb kapituliert.“

Am 7. November ließ Hitler *durch Göring in Rom Mussolini einen Brief überreichen*, in dem er dem Duce für dessen Tätigkeit

zugunsten einer gerechten Regelung der internationalen Beziehungen dankte und die Stellung der Reichsregierung in Sachen der Abrüstung darlegte <sup>295)</sup>.

Am 8. November begannen in München die Feierlichkeiten zur Erinnerung an den Putsch von 1923 und dem damaligen Marsch zur Feldherrnhalle.

Die *Gedenkrede im Bürgerbräukeller* am 8. November begann Hitler mit dem Hinweis, daß er auch vor zehn Jahren „im Auftrag einer höheren Gewalt“ gehandelt und keineswegs gegen die Wehrmacht revoltiert habe <sup>296)</sup>.

„Meine Kameraden, meine deutschen Volksgenossen und -genossinnen!

Als heute vor zehn Jahren zum zweiten Male <sup>297)</sup> in Deutschland versucht wurde, den Staat der Schande, den Staat des deutschen Elends zu überwinden, da geschah dieser Versuch nicht leichtfertig. Wenn erwachsene Männer bereit sind, für ein Ziel ihr Leben aus freiem Willen einzusetzen und, wenn notwendig, hinzugeben, dann geschieht dies nicht aus Leichtsinn heraus. Es ist geschehen unter dem Zwange der bittersten deutschen Not in der Hoffnung, diese Not vielleicht doch wenden zu können. Wir wissen, daß diese Erhebung unseres Volkes damals mißlang. Wenige Stunden später waren die Voraussetzungen, auf der sie aufbaute, nicht mehr gegeben. Denn was ich damals im Prozeß sagte, das kann ich heute genau so wiederholen:

Nie dachten wir daran, eine Erhebung durchzuführen gegen die Wehrmacht unseres Volkes. Mit ihr, glaubten wir, müßte es gelingen. Tragik des Schicksals bezeichnen die einen den damaligen Zusammenbruch, Vorsehung und Weisheit der Vorsehung möchten wir ihn heute nennen. Heute, zehn Jahre später, wissen wir, daß wir damals zwar mit reinem Herzen, mit unerhörter Geschlossenheit und auch mit persönlichem Mut an unsere Aufgabe herangingen. Aber wir wissen heute auch — besser als damals —, daß die Zeit dafür noch nicht reif war.

Und doch bin ich überzeugt, daß alle, die damals so handelten, im Auftrage einer höheren Gewalt so handeln mußten.“

---

zwungen gewesen und untergegangen. — Baur (a. a. O. S. 108 ff.) schildert den Vorfall weit harmloser. Hitler habe aus der Unterhaltung des Flugkapitäns mit dem Funker die Störungen in der Funkpeilung mit Bodenstationen bemerkt und angesichts der langen Flugdauer die Befürchtung geäußert, die Maschine könne bereits über Schleswig-Holstein hinausgeflogen sein und sich über der Nordsee befinden. Der Pilot nahm selbst Südkurs (nicht Gegenkurs), um wieder Land in Sicht zu bekommen, und versuchte, als eine Stadt auftauchte, vergeblich den Namen auf dem Bahnhofsschild zu lesen. Hitler aber erkannte an einer Versammlungshalle, in der er schon gesprochen hatte, daß es Wismar war.

<sup>294)</sup> Bericht im VB. Nr. 312 v. 8. 11. 1933.

<sup>295)</sup> Bericht im VB. Nr. 312 v. 8. 11. 1933.

<sup>296)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 313 v. 9. 11. 1933.

<sup>297)</sup> Der Kapp-Putsch von 1920 war nach Hitlers Ansicht der erste derartige Versuch gewesen.

8. November 1933

Im weiteren Verlauf seiner Rede betonte Hitler, daß er — wie könnte es auch anders sein — damals auf jeden Fall richtig gehandelt habe.

„Wir haben der jungen Bewegung damals mit diesem Abend hier und mit dem nächsten Tag das Ohr der Nation erschlossen, wir haben dem ganzen deutschen Volke die Augen geöffnet und wir haben der Bewegung den Heroismus in die Wiege gelegt, den sie später brauchte. Und vor allem:

Dieser Abend und dieser Tag, die haben es uns möglich gemacht, später zehn Jahre lang legal zu kämpfen. Denn täuschen Sie sich nicht: Wenn wir damals nicht gehandelt hätten, hätte ich niemals eine revolutionäre Bewegung gründen, sie bilden und erhalten und dabei doch legal bleiben können.

Man hätte mir mit Recht gesagt: Du redest wie die andern und handeln wirst Du genau so wenig, wie die anderen. Aber dieser Tag, dieser Entschluß hat es mir ermöglicht, allen Widerständen zum Trotz neun Jahre lang durchzuhalten.“

Hitler behauptete, er habe sich noch nie selbst widersprochen und werde auch als Kanzler klaren Kurs halten.

„Ich weiß nicht, wieviele hundert Male ich hier stand, aber das eine weiß ich, daß ich in diesen hundert Malen mich niemals selbst widerrufen habe, daß ich stets einen klaren Kurs weiterging. Nun habe ich das 14 Jahre lang getan, und jetzt, da mich das Schicksal endlich zum Kanzler gemacht hat, soll ich plötzlich umdrehen? Nein!“

Nun, umgekehrt ist Hitler allerdings nicht. Das deutsche Volk sollte jedoch bis zum Jahre 1945 noch oft Gelegenheit haben, ihn sich selbst widersprechen zu hören!

Am 8. November nahm Hitler noch an verschiedenen anderen Treffen von „alten Kämpfern“ teil, so im Braunen Haus („Stoßtrupp Hitler“) und im Sternecker, dem Gründungslokal der NSDAP.<sup>298)</sup>

Um die Mittagszeit des 9. November wurde der Marsch vom Bürgerbräu über die Ludwigsbrücke zur Feldherrnhalle, der im Jahre 1923 so unglücklich geendet hatte, wiederholt. Hitler und die noch lebenden Teilnehmer dieses Zuges, einschließlich der Freikorpskämpfer, jedoch ohne General Ludendorff, marschierten schweigend noch einmal dieselbe schicksalhafte Wegstrecke durch die Münchener Straßen.

Es war zweifellos eine eindrucksvolle Demonstration, die ernsten Männer im Braunhemd, die schweigende Menge und die brennenden Pylone an den Straßenfronten, dazu das trübe Novemberwetter. Das Glockenspiel des Rathauses spielte, als der Zug den Marienplatz erreichte, das Horst-Wessel-Lied, Salutschüsse kündigten das Eintreffen der Spitze an der Feldherrnhalle an. Eine Minute des Schweigens folgte.

Auf den Stufen der Feldherrnhalle hatten sich die Machthaber des Reiches und des Staates versammelt, darunter auch Offiziere der Reichswehr und Offiziere der bayerischen Landespolizei, die seinerzeit die Schüsse auf Hitlers Anhänger abgefeuert hatte. Nach der Begrüßung durch den Gauleiter Wagner betrat Hitler das Rednerpodium auf der obersten Stufe der *Feldherrnhalle*, blickte auf seine alten Kämpfer, die den weiten Odeonsplatz füllten, und hielt folgende *Gedenkrede*:<sup>299)</sup>

<sup>298)</sup> Kleines Bierlokal in der Münchener Innenstadt (Im Tal). Nach dem 2. Weltkrieg geschlossen und umgebaut.

<sup>299)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 314 v. 10. 11. 1933 und Münchener Neueste Nachrichten Nr. 307 v. 10. 11. 1933.

9. November 1933

„Männer der deutschen Revolution! Meine alte Garde!

Als wir im Jahre 1919 in den politischen Kampf eintraten, taten wir es noch als Soldaten. Wir alle haben ehrenhaft erst für Deutschland unsere Pflicht erfüllt. Erst als die Heimat versagte und die politische Führung jammervoll preisgab, was Millionen Menschen mit ihrem Blute erkaufte hatten, da entschlossen wir uns, einzutreten in den Kampf der Heimat selbst, ausgehend von der Überzeugung, daß das Opfer des Soldaten vergeblich sein muß, wenn die politische Führung schwach wird.

Da die Revolution des November 1918 die Gesetze von einst gebrochen hat, konnte sie von uns nicht erwarten, daß wir sie als legalen Rechtszustand anerkennen würden. Wir haben ihr damals als Männer und politische Soldaten den Krieg angesagt, entschlossen, die Verantwortlichen des November zu stürzen, sie so oder so, früher oder später, zur Rechenschaft zu ziehen.

So sind wir denn auch im November 1923 marschiert, erfüllt von dem Glauben, es könnte gelingen, die Schande des November 1918 zu beseitigen, die Männer zu vernichten, die schuld waren an dem namenlosen Unglück unseres Volkes. Das Schicksal hat damals anders entschieden. Heute, nach zehn Jahren, beurteilen wir die Zeit leidenschaftslos. Wir wissen, daß wir wohl alle damals unter dem Befehl des Schicksals standen und daß wir wohl alle Werkzeuge einer höheren Macht waren.

Es sollte nicht gelingen; die Zeit war noch nicht reif dafür. Das, was uns damals am meisten schmerzte, war der Zwiespalt, der entstand zwischen den Kräften, die auch uns einst in ihren Reihen hatten, und den Kräften, die die Nation brauchte, um wieder frei zu werden.

Der Riß tat damals weh, und wir hatten nur eine Hoffnung, daß die Zeit diese innere Wunde wieder heile, daß aus den damals feindlichen Brüdern, die doch alle nur für ein Deutschland am Ende streiten wollten, einst wieder die Gemeinschaft erwüchse, die wir viereinhalb Jahre lang erlebt hatten.

Zehn Jahre sind vergangen, und es ist für mich an diesem Tage das höchste Glück, daß nunmehr die Hoffnung von einst in Erfüllung ging, daß wir nun zusammenstehen: Die Repräsentanten unseres Heeres und die Vertreter unseres Volkes, daß wir wieder eins geworden sind und daß diese Einheit niemals mehr in Deutschland zerbrechen wird. Damit hat erst dieses Blutopfer seinen Sinn erhalten und ist nicht vergeblich gewesen. Denn wofür wir schon damals marschierten, das war das, was jetzt Wirklichkeit geworden ist.

Würden unsere Toten des 9. November heute auferstehen, sie würden weinen vor Glück, daß nunmehr die deutsche Armee und das erwachende deutsche Volk sich zu einer Einheit gefunden haben. Deshalb können wir heute mit Recht die Erinnerung an diese damalige Zeit pflegen und mit Recht heute das Denkmal dieser Zeit enthüllen. Wir aber, die uns das Schicksal leben ließ, wir wollen den Dank für die Kameraden von damals verbinden mit dem Dank an die Kameraden der vier Jahre vorher, damit wir selbst nun das Sehnen und die Hoffnung dieser Zeit erfüllen durch die Erfüllung unserer eigenen Pflicht!

Uns hat das Schicksal den Weg gezeichnet, den wir niemals verlassen wollen. In dieser Stunde, da wir wieder antreten für unser Volk, wollen wir uns erneut bekennen zu diesem deutschen Volk, zu seiner Ehre, zu seinem gleichen Recht, aber auch zum Bekenntnis seines Friedenswillens und seiner Friedensliebe.

Es ist schmerzlich, die Besten eines Volkes zu verlieren; stets und immer haben die Besten ihre Brust dem Feinde bieten müssen. So wollen wir denn auch am heutigen Tage uns wieder aus tiefster Überzeugung bekennen zum Gedanken des Friedens, wollen uns klar machen, wie schwer die Opfer sind, die der Kampf erfordert, wollen aber auch diese Friedensliebe erneut verbinden mit unserem Entschluß, für die Ehre der Nation, für die Freiheit der Nation und für ihr gleiches Recht jederzeit mutig einzutreten.

Indem wir dieses Denkmal enthüllen, will ich noch einmal allen denen danken, die in diesen langen Jahren treu für die deutsche Wiederauferstehung gekämpft haben, jeder an seinem Platze, will danken den Zehn- und Hunderttausenden von Kameraden der Bewegung, will danken den Männern der anderen Verbände, die, auf anderen Wegen

9. November 1933

marschierend, am Ende doch zu uns gestoßen sind, und will auch danken denen, die die Wehrmacht in den neuen Staat hineinführten.

Indem wir heute die ganze Kraft der Nation zusammenschließen, geben wir den Toten nunmehr ihre ewige Ruhe; denn dafür haben sie gekämpft, dafür sind sie gefallen! Und in diesem tiefsten Sinne wollen wir das Denkmal jetzt enthüllen.“

Anschließend wurde ein kleines Erinnerungsmal aus Bronze an der seitlichen Bogenöffnung der Halle zur Residenz hin enthüllt. Es war wohl kaum jemand unter den Teilnehmern und Zuschauern dieser Veranstaltung, der nicht irgendwie beeindruckt und ergriffen war. Es lag ohne Zweifel ein Sinn in dieser Feier, und man konnte es den alten Kämpfern von 1923 nicht verdenken, wenn sie nun nach dem Sieg ihre Toten ehrten.

Hitler aber wollte aus dieser einmaligen Veranstaltung, die nur 1933 und höchstens noch 1935 (zur Einholung der Toten und Aufbahrung am Königsplatz) sinnvoll war, eine dauernde Einrichtung machen.

Der Erinnerungsmarsch sollte von 1935 an jedes Jahr stattfinden. Hitler brauchte immer wieder von neuem dieses Triumphschauspiel, um seinem pessimistischen Innern klarzumachen, in welcher unwahrscheinlicher Weise er nach der Katastrophe von 1923 zehn Jahre später doch gesiegt habe und daß er infolgedessen immer siegen werde.

Er leitete aus seinem Triumph außerdem die Berechtigung her, von seinen Anhängern Blut fordern zu können. Auch aus diesem Grunde mußten jene Feierlichkeiten an der Feldherrnhalle stattfinden, sollten sich jedesmal am 9. November in nächstlicher Stunde die Rekruten der Leibstandarte SS. Adolf Hitler vor der Feldherrnhalle versammeln, und jedesmal forderte Hitler von ihnen angesichts des Ehrenmals den Eid, jederzeit Blut und Leben für ihn zu geben.

Bereits am 9. November 1933 abends um 21 Uhr begann Hitler zum erstenmal mit dieser Zeremonie. Etwa 1000 Mann der Leibstandarte, ferner etwa 100 Mann der Stabswache Göring und 50 Mann der Stabswache Röhm waren auf dem Platz angetreten, alle mit Stahlhelmen und Gewehren ausgerüstet<sup>300)</sup>.

Zunächst wurde ein Choral von den angetretenen Elite-Soldaten gesungen. Eine Musikkapelle spielte. Und dann sprach Hitler:<sup>301)</sup>

„Ich verlange von euch, daß ihr euer Leben hingebt, so wie die sechzehn, die hier an dieser Stelle gefallen sind. Für euch darf es nichts anderes geben im Leben als die Treue. Diese Toten sind euer Vorbild, und ihr wieder sollt das unerreichbare [!] Vorbild für die anderen sein.“

Anschließend sprach Hitler persönlich den Männern die Eidesformel vor. Er verzichtete auf keine Möglichkeit, um jedem einzelnen wirkungsvoll die Verpflichtung einzuprägen, bedingungslos sein Leben für ihn zu geben.

Der 9. November 1933 gab außerdem Gelegenheit, die Hitler unsympathischen Freikorps, die nie so ganz hundertprozentig auf ihn gehört hatten, samt ihrer Tradition zu beseitigen. Sie durften noch einmal aufmarschieren, ihre alten Fahnen der SA. übergeben, und dann war es mit ihnen endgültig vorbei. Wozu sollten

<sup>300)</sup> Die Anwesenheit der militärisch organisierten Stabswachen von Göring und Röhm ist besonders bemerkenswert. Die Existenz der Stabswache Röhm diente bei der Motivierung der Morde vom 30. Juni 1934 als Beweis für Röhm's angebliche revolutionäre Absichten.

<sup>301)</sup> Nach Aufzeichnungen des Verfassers. Die Rede selbst wurde in der Presse nicht veröffentlicht.

Erinnerungen an diese Freikorps gepflegt werden? Hitler hatte gesiegt, und er war ja die Erfüllung aller nationalen Träume. Außerdem sprach Hitler den Freikorps einen ins Gewicht fallenden militärischen Wert ab <sup>302)</sup>.

Am 10. November um 13 Uhr hielt Hitler nochmals eine *Wahlrede* <sup>303)</sup> vor den Arbeitern der Siemenswerke in Berlin-Siemensstadt. Er stand auf einer riesigen Montage-Trommel in der Halle des Dynamo-Werkes und trug Räuberzivil (Uniformhose und Stiefel, dazu einen dunklen Zivilrock) <sup>304)</sup>.

Hitler erklärte den Versammelten, er sei ein Arbeiter wie sie.

„Ich war in meiner Jugend Arbeiter so wie ihr, und ich habe mich durch Fleiß, durch Lernen, und ich kann wohl auch sagen, durch Hungern langsam emporgearbeitet.

Was ist für mich ein Titel? Ich brauche keinen Titel: Mein Name, den ich mir aus eigener Kraft erwarb, ist mein Titel.

Ich möchte nur, daß die Nachwelt mir einmal bestätigt, daß ich anständig und ehrlich mein Programm zu verwirklichen mich bemüht habe.

Wir haben in diesen neun Monaten gearbeitet und Großes erreicht.

Als ich kam, hatte Deutschland 6,2 Millionen Erwerbslose und jetzt sind es 3,710 Millionen. Es ist das für neun Monate eine Leistung, die sich sehen lassen kann.

Wenn ich aber dem deutschen Volk wieder Arbeit und Brot erschließen, wenn ich es wieder in Ordnung bringen will, dann kann ich das nur tun, wenn es Ruhe und Frieden besitzt. Man sollte mir nicht zumuten, daß ich so wahnsinnig sei, einen Krieg zu wollen.

Ich weiß nicht, wie viele von den fremden Staatsmännern den Krieg überhaupt mitgemacht haben. Ich habe ihn mitgemacht. Ich kenne ihn. Von denen aber, die heute gegen Deutschland hetzen und das deutsche Volk verleumdend — das weiß ich — von denen hat keiner jemals auch nur eine Kugel pfeifen hören.“

Vor diesem Zuhörerkreis hielt er auch einige Worte gegen die Emigranten, die ehemaligen deutschen Fürsten und natürlich auch gegen die deutschen Parteien für angebracht.

„Wir protestieren dagegen, daß man den Charakter eines Volkes nach seinen Emigranten beurteilen will. Wir beurteilen auch nicht die anderen Völker nach denen, die bei uns über ihren Staat schimpfen. Wertvoll sind die, die da sind, die arbeiten und schaffen, und nicht die internationalen Zigeuner.

Dieser Clique setze ich das Bekenntnis der ganzen Nation und meine eigene Erklärung entgegen, deshalb dieser Appell zum 12. November! Viele Jahrhunderte hindurch hat das Ausland damit gerechnet, in Deutschland Verbündete zu haben.

Es waren charakterlose Fürsten, die eiskalt ihre Völker verrieten, dann sind es die Parteien gewesen, Weltanschauungen, immer haben sie Verbündete gehabt.

Jetzt will ich den Gegnern zeigen, daß sie keine Verbündete mehr in Deutschland haben.“

Am 12. November ließ Hitler den deutschen Abstimmungsberechtigten *Abstimmungszettel* mit folgendem Text vorlegen:

<sup>302)</sup> Hitler haßte bekanntlich die Wehrverbände und lehnte alle Organisationen ab, die milizähnlichen Charakter hatten; vgl. *Mein Kampf*, S. 605 ff. Es ist bezeichnend, daß sich unter den SA.-Führern, die Hitler am 30. Juni 1934 erschießen ließ, eine beträchtliche Zahl ehemaliger Freikorpsführer befand.

<sup>303)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 315 v. 11. 11. 1933.

<sup>304)</sup> Diese Halb-Uniform wurde in den Zeiten des Uniform- und SA.-Verbotes, besonders in den Jahren 1931 und 1932, von den Nationalsozialisten getragen. Man nannte sie scherzhaft „Räuberzivil“.



12. November 1933

„Billigst Du, deutscher Mann, und Du, deutsche Frau, diese Politik Deiner Reichsregierung, und bist Du bereit, sie als den Ausdruck Deiner eigenen Auffassung und Deines eigenen Willens zu erklären und Dich feierlich zu ihr zu bekennen? Ja — Nein.“

Außerdem wurde der Wahlvorschlag der einzigen Partei zur Reichstagswahl vorgelegt:

„Reichstagswahl.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)

Adolf Hitler,

Rudolf Heß, Dr. Wilhelm Frick, Hermann Göring, Dr. Joseph Goebbels, Ernst Röhm, R. Walther Darré, Franz Seldte, Franz von Papen, Alfred Hugenberg.“

Papen rangierte jetzt hinter Seldte, weil dieser inzwischen Parteigenosse geworden war. Hitler hatte darauf bestanden, daß auch Hugenberg, obwohl er als Minister der Regierung nicht mehr angehörte, wenigstens auf diesem Abstimmungszettel erschien<sup>305</sup>). Der nationale Pakt vom 30. Januar 1933 sollte nach wie vor nach außen in Erscheinung treten, und Hitlers Eitelkeit duldet kein Abseitsstehen Hugengebgs.

Die Volksabstimmung am 12. November ergab 40,5 Millionen Ja-Stimmen (95,1 Prozent) und 2,1 Millionen (4,9 Prozent) Nein-Stimmen. Die übrigen Stimmen waren ungültig (0,75 Prozent).

Für die Einheitsliste der NSDAP. zum Reichstag stimmten 39,6 Millionen Wahlberechtigte. Ungültig waren 3,3 Millionen Stimmzettel. 661 nationalsozialistische Abgeordnete zählte der neue Reichstag.

Am Tag nach der Abstimmung erließ Hitler folgende Aufrufe *an Volk und Partei*:<sup>306</sup>)

„Deutsche Volksgenossen und -genossinnen! 15 Jahre lang habe ich, erfüllt von einem unzerstörbaren Vertrauen auf den inneren Wert des deutschen Volkes, gläubig für seine Zukunft gekämpft. Heute danke ich den Millionen deutscher Volksgenossen aus übervollem Herzen für das geschichtlich einzigartige Bekenntnis zu einer wahrhaftigen Friedensliebe, genau so aber auch zu unserer Ehre und zu unseren ewigen gleichen Rechten.

Meine Mitarbeiter und ich aber wollen damit, erneut gestärkt, mutig und unverdrossen unsere Pflichten erfüllen.

Berlin, 13. November 1933.

Adolf Hitler.“

„Nationalsozialisten, Nationalsozialistinnen, meine Parteigenossen! Ein unvergleichlicher Sieg ist erkämpft worden. Das deutsche Volk verdankt ihn in erster Linie eurer gläubigen Treue und eurer nimmermüden Arbeit. Männer unserer Organisation, unserer Propaganda, der SA., SS. und des Stahlhelms, ihr habt, unterstützt durch die Tätigkeit unserer Jugend, unserer Frauen, zahlloser Parteigenossen und unserer Presse in knapp 4 Wochen Unerhörtes geleistet. Die einzigartige Größe des Erfolges ist für euch alle die größte Anerkennung. Die Rettung des Vaterlandes aber wird dereinst euer Dank sein.

Berlin, 13. November 1933.

Adolf Hitler.“

---

<sup>305</sup>) Der Berliner Lokal-Anzeiger meldete am 28. 10. 1933, Hugenberg habe sich zu der Kandidatur bereit erklärt aus vaterländischen Gesichtspunkten, da eine außenpolitische Einheitsfront bestehen sollte.

<sup>306</sup>) Veröffentlicht im VB. Nr. 317 v. 13. 11. 1933.

Am 14. November hielt Papen in der Kabinettsitzung eine Ansprache und erklärte, in neun Monaten sei es dem Genie des Kanzlers gelungen, aus einem innerlich zerrissenen und hoffnungslosen Volk ein in Hoffnung und Glauben geeintes Reich zu schaffen. Der 12. November werde ein Wendepunkt der deutschen Geschichte sein <sup>307)</sup>.

Hitler dankte und betonte, die allerschwerste Arbeit des Reichskabinetts sei jetzt, wie das Ergebnis der Volksabstimmung und der Wahl des letzten Sonntags zeigten, gelungen.

Nach den Reden beschloß das Kabinett auf Hitlers Vorschlag, Papen zum Saarbevollmächtigten der Reichsregierung zu ernennen. Hitler hatte im Innern erreicht, was er wollte: einen rein nationalsozialistischen Reichstag!

Aber auch nach außen hin glaubte er, nunmehr freie Hand zu haben. Die Westmächte, England und Frankreich, hatten die Zeit vom 14. Oktober bis zum 12. November verstreichen lassen, ohne aktiv einzugreifen. Nach Auffassung Hitlers hatten sie damit bewiesen, daß sie keine „heroischen“ Entschlüsse fassen konnten und gewillt waren, die schrankenlose Aufrüstung Deutschlands und eine expansive Außenpolitik nach Osten hinzunehmen.

Hitler zog aus dieser vermeintlichen Erkenntnis sofort die Konsequenzen. Nun, wo er die lästige Bindung an den Völkerbund los war, konnte er die Aufrüstung ohne sonderliche Tarnmaßnahmen in Angriff nehmen und zugleich seine Außenpolitik in östlicher Richtung aktivieren, vor allem das schon seit einigen Monaten von ihm geplante Bündnis mit Polen forcieren.

Bereits am 15. November empfing Hitler den neuen polnischen Gesandten Lipski, um, wie es in der amtlichen Verlautbarung hieß, die „deutsch-polnischen Beziehungen in ein normales Gleis zu bringen“. Es handele sich um den zweiten Akt der Verhandlungen, die bereits seit Monaten im Gange seien und die nunmehr durch eine gegenseitige Erklärung über den Verzicht auf Gewalt ein greifbares Ergebnis zeitigten <sup>308)</sup>.

Hitler gaukelte den Polen vor, ihre Sicherheit könne nur durch das ihnen benachbarte Deutsche Reich, aber nicht durch die weit entfernten Mächte England und Frankreich sichergestellt werden. Er gedachte, gegenüber Polen so zu verfahren, wie seinerzeit nach Hitlers Auffassung Italien gegenüber Österreich-Ungarn gehandelt hatte <sup>309)</sup>: da Italien die verhaßte Donaumonarchie zunächst nicht mit Waffengewalt bekämpfen konnte, schloß es mit ihr ein Bündnis (Dreibund: Deutschland—Österreich—Italien), gewann dadurch Zeit zu besserer Rüstung und fiel dann bei günstiger Gelegenheit (1915) über Österreich her.

Zeit gewinnen zu besserer Rüstung, um dann über den Verbündeten herzufallen, das war nach Hitlers Ansicht die Aufgabe von Bündnissen, und nach diesem Rezept verfuhr er bei Polen 1934—1939 und bei der Sowjetunion 1939—1941.

Die Bemühungen um Polen im November 1933 erregten natürlich in Frankreich Argwohn, und daher gewährte Hitler am 19. November dem außenpolitischen Mitarbeiter des französischen Wirtschaftsblattes *L'Information*, de Brinon, ein Interview über seine künftige „Friedenspolitik“. „Man beleidigt mich, wenn man

<sup>307)</sup> WTB. v. 15. 11. 1933.

<sup>308)</sup> WTB. v. 16. 11. 1933.

<sup>309)</sup> Hitler erklärte in *Mein Kampf*, S. 143: „Für Italien gab es deshalb auch nur zwei Möglichkeiten im Zusammenleben mit Österreich: entweder Bündnis oder Krieg. Indem man das erstere wählte, vermochte man sich in Ruhe zum zweiten vorzubereiten.“

weiterhin erklärt, daß ich den Krieg will“, behauptete er. „Ich allein entscheide über die Politik Deutschlands, und wenn ich mein Wort gebe, dann bin ich gewohnt, es zu halten.“ Der *Matin* berichtete über die Unterredung Hitlerde Brinon folgendes:<sup>310)</sup>

Der Reichskanzler habe erklärt, so führte der Sonderberichterstatter aus, daß seine Einstellung stets die gleiche sei. Er wünsche die Aussprache und Verständigung, weil er darin die Garantie für den Frieden erblicke. Er wolle, daß dieser wahrhafte Friede zwischen loyalen Gegnern geschlossen werde. Er habe dies wiederholt erklärt, aber man habe ihm immer nur mit mißtrauischen Worten geantwortet. Sein Wille habe sich jedoch nicht gewandelt. „Ich glaube“, so erklärte der Reichskanzler, „daß das Ergebnis der Volksabstimmung meinem Wunsch neue Kraft gibt. Wenn früher Stresemann oder Brüning verhandelten, so konnten sie sich nicht darauf berufen, daß das deutsche Volk hinter ihnen stehe. Ich aber habe ganz Deutschland hinter mir! Ich habe dem Volke nicht verheimlicht, was ich wollte. Das Volk hat meine Politik gebilligt.“

Das Gespräch sei dann auf das deutsch-französische Problem übergegangen. Reichskanzler Hitler, so schreibt de Brinon, glaube an die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Verständigung. „Ich habe die Überzeugung“, so habe der Reichskanzler erklärt, „daß, wenn die Frage des Saargebietes, das deutsches Land ist, einmal geregelt ist, nichts Deutschland und Frankreich in Gegensatz zueinander bringen kann. Elsaß-Lothringen ist keine Streitfrage. Aber wie lange noch wird man wiederholen müssen, daß wir weder absorbieren wollen, was nicht zu uns gehört, noch daß wir uns von irgend jemand lieben lassen wollen, der uns nicht liebt! In Europa besteht nicht ein einziger Streitfall, der einen Krieg rechtfertigt. Alles läßt sich zwischen den Regierungen der Völker regeln, wenn sie das Gefühl ihrer Ehre und ihrer Verantwortlichkeit besitzen. Es gibt ein von vaterländischem Geist beseeltes Polen und ein nicht weniger an seinen Traditionen hängendes Deutschland. Zwischen ihnen bestehen Differenzen und Reibungspunkte, die auf einen schlechten Vertrag zurückgehen, aber nichts, was wert wäre, kostbares Blut zu vergießen, denn es sind immer die Besten, die auf den Schlachtfeldern fallen. Deshalb ist zwischen Deutschland und Polen ein gutnachbarliches Abkommen möglich. Man beleidigt mich, wenn man weiterhin erklärt, daß ich den Krieg will. Soll ich wahnwitzig sein? Den Krieg? Er würde keine Regelung bringen, sondern nur die Weltlage verschlimmern. Er würde das Ende unserer Rassen bedeuten, die Eliten sind, und in der Folge der Zeiten würde man sehen, wie Asien sich auf unserem Kontinent festsetzt und der Bolschewismus triumphiert. Wie sollte ich einen Krieg wünschen, während doch die Folgen des letzten Krieges noch auf uns lasten und sich noch 30 oder 40 Jahre lang fühlbar machen werden.“

Ich denke nicht für die Gegenwart, sondern ich denke für die Zukunft. Ich habe vor mir eine lange innerpolitische Arbeit. Ich habe dem Volke den Begriff seiner Ehre wiedergegeben. Ich will ihm auch die Lebensfreude wieder schenken.

Wir bekämpfen das Elend. Schon haben wir die Arbeitslosigkeit zurückgedrängt. Aber ich will Besseres leisten! Ich werde noch Jahre brauchen, um dahin zu gelangen. Glauben Sie, daß ich meine Arbeit durch einen neuen Krieg zunichte machen will?“

Der Berichterstatter wies in diesem Zusammenhang auf die äußere Aufmachung hin, die man in Deutschland findet: die Freude und die Verherrlichung der Kraft.

Der Reichskanzler habe darauf erwidert, daß Deutschland fähig sein müsse, sich zu verteidigen. Sein Programm lasse sich folgendermaßen präzisieren:

Keine Deutschen für einen neuen Krieg, aber für die Verteidigung seines Vaterlandes das gesamte Volk. Wenn die Jugend in Deutschland in Reih und Glied marschiere, wenn sie die gleiche Kleidung trage, so deshalb, weil sie die neue Ordnung und ihre Garantie verkörperen.

Das Gespräch habe sich sodann den Mitteln zugewandt, durch die das deutsch-französische Problem bereinigt werden könnte.

<sup>310)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 327 v. 23. 11. 1933.

Der Reichskanzler führte nach der Schilderung de Brinons aus: „Wie kann die Verständigung zwischen gleichberechtigten Nachbarländern verwirklicht werden? Mein Vaterland ist nicht eine zweitrangige Nation, sondern eine große Nation, der man eine unerträgliche Behandlung aufgezwungen hat. Wenn Frankreich seine Sicherheit darauf aufzubauen gedenke, daß es Deutschland unmöglich sei, sich zu verteidigen, dann ist nichts zu machen, denn die Zeiten, in denen das möglich war, sind zu Ende. Wenn Frankreich aber seine Sicherheit in einem Abkommen finden will, bin ich bereit, alles anzuhören, alles zu begreifen, alles zu unternehmen. Man weiß ziemlich genau, worin die von Deutschland geforderte Gleichheit besteht. Die praktische Durchführung kann etappenweise erfolgen, und man kann über die Einzelheiten verhandeln. Aber man sagt mir: Gewiß, Gleichheit, jedoch keine Gleichheit ohne Gegenleistung. Welche Gegenleistung? Man müßte endlich den Inhalt des französischen Wortes Sicherheit kennen!“

Auf den Hinweis de Brinons, in Frankreich möchte man auch die Gewißheit haben, daß nach endgültiger Regelung der Differenzen nicht neue Schwierigkeiten auftauchen, erwiderte der Kanzler: „Ich allein entscheide über die Politik Deutschlands, und wenn ich mein Wort gebe, dann bin ich gewohnt, es zu halten.“

Was ist also noch notwendig? Ich habe keinen Thron geerbt, ich habe aber eine Lehre aufrechtzuerhalten. Ich bin ein Mensch, der handelt und der seine Verantwortung übernimmt. Ichbürge mit meiner Person für das Volk, das ich führe und das mir die Kraft gibt. Aber sprechen wir von der französischen Sicherheit! Wenn man mir sagen würde, was ich für sie tun kann, würde ich es gern tun, wenn es sich nicht um eine Unehre oder um eine Drohung für mein Land handelte. Ein englischer Journalist hat geschrieben, daß man zur Beruhigung Europas eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich herbeiführen und Frankreich die zusätzliche Sicherheit eines Verteidigungsbündnisses mit England geben müsse. Wenn es sich um ein derartiges Bündnis handelt, will ich es gern unterschreiben: denn ich habe keineswegs die Absicht, meinen Nachbarn anzugreifen. Polen sieht das jetzt ein, aber weil Polen östlicher liegt als Frankreich, kennt es uns besser!“

Auf die Frage, ob Deutschland nach Genf zurückkehren werde, habe der Reichskanzler, wie de Brinon berichtet, geantwortet: „Als ich Genf verließ, habe ich eine notwendige Handlung vollzogen, und ich glaube, damit zur Klärung der Lage beigetragen zu haben.“

Wir werden nicht nach Genf zurückkehren. Der Völkerbund ist ein internationales Parlament, in dem die Mächtegruppen in Gegensatz zueinander stehen. Die Mißverständnisse sind dort verschärft worden, anstatt gelöst zu werden.

Ich bin stets bereit — und ich habe das bewiesen —, Verhandlungen mit einer Regierung aufzunehmen, die mit mir sprechen will.“

Am 20. November begab sich Hitler auf den Obersalzberg, um sich von der Wahlrede-Kampagne zu erholen.

Am 26. November wurde in Berlin die neue Freizeit-Organisation der Deutschen Arbeitsfront mit Ansprachen von Ley, Goebbels und Heß aus der Taufe gehoben. Sie war der italienischen „Dopo lavoro“-Organisation nachgebildet und trug auf Hitlers Wunsch hin den Namen: Nationalsozialistische Gemeinschaft (NSG.) „Kraft durch Freude“ (KdF.).

Aber auch diese Organisation schuf Hitler nicht um ihrer selbst willen oder, um dem deutschen Volk wirklich unbeschwerte Freude zu schenken, sondern ordnete sie seiner auf außenpolitische und militärische Ziele gerichteten Politik unter.

Dr. Ley wiederholte 1937 in einem Aufruf zum vierjährigen Bestehen der Kraft-durch-Freude-Organisation die Worte, mit denen Hitler ihm im Jahre 1933 den Auftrag erteilte: <sup>310a)</sup>

<sup>310a)</sup> DNB.-Meldung v. 25. 11. 1937.

26. November 1933

„Sorgen Sie mir dafür, daß das deutsche Volk gesunde Nerven hat. Ich wünsche das, weil ich ein gesundes und nervenstarkes Volk will — denn nur allein mit einem Volk, das seine Nerven behält, kann man wahrhaft große Politik machen!“

Am 27. November begab sich Hitler nach Nürnberg, um dort eine politische Rede zu halten und scharfe Angriffe gegen die österreichische Regierung zu richten.

Bei einem Grenzzwischenfall war am 23. November der Reichwehrsoldat Philipp Michael Schuhmacher vom Infanterieregiment 21 (Nürnberg) von einer österreichischen Grenzpatrouille erschossen worden.

Hitler benutzte diesen Vorfall, um nicht nur gegen das österreichische „Mörder“-Regime zu demonstrieren, sondern auch den toten Reichwehrschützen zum „Blutzeugen des neuen Deutschlands“ zu erheben.

Die *Beerdigung Schuhmachers auf dem Nürnberger Westfriedhof wurde als Staatsakt* aufgezogen. Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg hielt eine Ansprache und legte einen Kranz des ältesten Soldaten der Armee, des Generalfeldmarschalls von Hindenburg, nieder.

Anschließend begann Hitler seine Rede, die der Völkische Beobachter wie folgt wiedergab: <sup>311)</sup>

„Mein lieber, toter Kamerad! Ich bin hierhergekommen als Vertreter jener 40 Millionen Deutschen des 12. November. Ihr Geist, der Geist des deutschen Volkes, steht heute hier an diesem Grabe. Das deutsche Volk gibt mit diesem Kranz seinem jungen deutschen Soldaten den letzten Gruß. Denn sie alle haben sich zu dem Ideal bekannt, dem dieser Soldat diente, und dem er sein junges Leben hingeben mußte. Ich weiß, daß in diesen Tagen durch ganz Deutschland eine Welle des Schmerzes und der Erbitterung geht. Ich weiß aber auch, daß wir gerade an der Bahre dieses Opfers, dieses toten jungen deutschen Soldaten, überzeugt sein dürfen, daß er nicht umsonst gefallen ist.“

Unter Hinweis auf die Worte des Reichswehrministers erklärte der Kanzler: „Die Wehrmacht hat in diesem Toten einen Blutzeugen des neuen Deutschland.“ Das ganze deutsche Volk aber sehe in ihm einen Märtyrer für die deutsche Sache. Er glaube, daß aus diesem Todesopfer das erwachsen werde, was wir alle ersehnen. Mit erhobener Stimme rief der Kanzler aus: „Die Mörder dieses deutschen Soldaten sind nicht identisch mit den Millionen unserer Stammesbrüder jenseits der Grenze. Würden diese Stammesbrüder die Möglichkeit besitzen, ihre Stimme frei zu erheben, so würden sie sich feierlich lossagen von den Mördern und den Prinzipien, aus denen diese Blutschuld erwuchs. Ich bin überzeugt, daß das Bekenntnis auch drüben kein anderes sein würde als es hier im Reiche heute bereits ist.“

„Deshalb aber darf“, so betonte der Führer, „für uns dieser Opfertod nicht eine Quelle neuer Erbitterung sein, sondern muß zu einem Zeugen des Glaubens werden, zu einem Zeugen für diese neue deutsche Gemeinschaft.“

Diesen Kranz lege ich zugleich aber auch nieder im Namen der deutschen Jugend, die in diesem Toten nicht nur wieder ein Vorbild sehen soll für sich, sondern zugleich auch eine ernste Mahnung, was das Vaterland von dem einzelnen fordert und was der einzelne bereit sein muß, dem Vaterland zu geben.

Wenn die deutsche Jugend sich zu dem gleichen Geist bekennt, der in dem Opfer dieses toten Soldaten seine lebendige Verkörperung findet, dann kann und wird aus Leid und Schmerz, die uns heute bewegen, dereinst wieder eine bessere Zukunft für unser Volk erwachsen.“

Die besondere Aufgabe der deutschen Jugend bestand nach Hitlers Ansicht darin, ihr Leben dem Vaterland zu opfern.

<sup>311)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 332 v. 28. 11. 1933.

28. November 1933

Am 28. November wurde ein wichtiger Akt zur weiteren Vereinheitlichung des Pressewesens in Deutschland vollzogen:

Wolffs Telegraphisches Büro (WTB.) und Hugenbergs Telegraphen-Union (TU.) gingen in dem neuen nationalsozialistischen Deutschen Nachrichtenbüro (DNB.) auf.

Am 1. Dezember erweiterte Hitler das Reichskabinett durch zwei weitere Nationalsozialisten: Rudolf Heß, den Stellvertreter des Führers, und Ernst Röhm, den Chef des Stabes der SA.

Zu diesem Zweck wurde ein *Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat* erlassen<sup>312)</sup>. Es hieß nun nicht mehr „nationale Erhebung“ oder „nationale Revolution“, sondern der amtliche Ausdruck lautete: „nationalsozialistische Revolution“. Das Gesetz bestimmte:

#### „§ 1

Nach dem Sieg der nationalsozialistischen Revolution ist die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei die Trägerin des deutschen Staatsgedankens und mit dem Staat unlöslich verbunden.

Sie ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts. Ihre Satzung bestimmt der Führer.

#### § 2

Zur Gewährleistung engster Zusammenarbeit der Dienststellen der Partei und der SA. mit den öffentlichen Behörden werden der Stellvertreter des Führers und der Chef des Stabes der SA. Mitglieder der Reichsregierung.“

Heß und Röhm wurden am 4. Dezember als Reichminister ohne Geschäftsbereich von Hindenburg vereidigt.

Am 11. Dezember sprach Hitler im Plenarsaal des Preußischen Landtags vor den Abgeordneten der (jetzt einzigen) Reichstagsfraktion der NSDAP. und feierte das Abstimmungsergebnis vom 12. November, das er unter einem absolut außenpolitischen Aspekt erzielt hatte, als Wahlsieg der NSDAP. Der Völkische Beobachter berichtete über Hitlers Rede:<sup>313)</sup>

Das Volk habe dabei sein Ja nicht nur der Regierung gesprochen, sondern auch der herrschenden Partei. Das Schicksal habe einer einzigen Bewegung die ganze Macht in die Hand gegeben, die NSDAP. habe erreicht, wofür sie 14 Jahre gekämpft habe, dafür aber habe sie auch vor der Geschichte eine unerhörte Verantwortung übernommen, denn auf ihr ruhe heute das Schicksal der ganzen deutschen Nation, und sie habe nun zu erfüllen, was Jahrhunderte gewollt und ersehnt haben.

„Wir alle werden einmal gemeinsam gewogen und gemeinsam beurteilt, entweder werden wir gemeinsam diese Prüfung bestehen, oder die Geschichte wird uns gemeinsam verdammen.“

Die Geschichte solle einmal von uns sprechen als einer Generation von Männern, die kühn, mutig, beharrlich und zäh nur an ihr Volk gedacht haben. Der Führer erinnerte an die kühnen, von der Vergangenheit völlig losgelösten Prinzipien, von denen unser gigantischer Kampf bisher getragen war. Aus dieser Entwicklung gelte es heute, die letzten Konsequenzen zu ziehen. Der neue Reichstag habe die Aufgabe, 1. mit seiner Autorität die große Aufbauarbeit der nationalsozialistischen Staatsführung zu unterstützen und 2. durch die Partei die lebendige Verbindung zum Volke zu sein. Das Volk, das edel und anständig geführt werde, werde auf die Dauer seine edelsten und anstän-

<sup>312)</sup> RGBl. 1933 I S. 1016.

<sup>313)</sup> Bericht im VB. Nr. 346 v. 12. 12. 1933.



#### VI Hitler bei seiner ersten Reichstagsrede

Verlesung der Regierungserklärung zum geforderten Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933.  
Auf den Bänken der Reichsregierung: Papen, Neurath, Dr. Frick, Schwerin v. Krosigk,  
Hugenberg, Seldte.

*Aufnahme: Archiv Domarus*





11. Dezember 1933

digsten Tugenden zeigen. Das Volk müsse in seinen Führern erkennen, daß das herrschende Regiment einheitlich und aus einem Guß sei, in allen grundsätzlichen Dingen eine einzige verschworene Gemeinschaft.

Am 12. Dezember trat der neue Reichstag zum erstenmal zusammen. Göring wurde natürlich wieder Präsident, 1. Vizepräsident der bisherige Präsident des Preußischen Landtags, Kerrl, 2. Vizepräsident der bisherige Präsident des Bayerischen Landtags, Hermann Esser. Die Wahl dieser neuen Vizepräsidenten ließ bereits erkennen, daß Hitler mit den Länderparlamenten bald Schluß machen würde <sup>314</sup>).

Am 12. Dezember hielt Hitler in Wilhelmshaven eine *Ansprache an die Besatzung des von langer Auslandsreise heimgekehrten Kreuzers „Köln“* <sup>315</sup>) und machte den Offizieren und Mannschaften klar, welche ungeheure Wandlung sich inzwischen in Deutschland vollzogen habe, die vor einem Jahr noch die wenigsten für möglich gehalten hätten.

Am 14. Dezember traf Hitler die ersten *Maßnahmen für die Durchführung der Olympiade 1936 in Berlin und erließ folgenden Aufruf*: <sup>316</sup>)

„Mit dem heutigen Tage habe ich meine endgültige Genehmigung zum Beginn und zur Durchführung der Bauten auf dem Stadiongelände gegeben. Deutschland erhält damit eine Sportstätte, die ihresgleichen in der Welt sucht. Daß die Durchführung der geplanten großzügigen Baumaßnahmen viele Tausende von Arbeitstagwerken schafft, erfüllt mich mit besonderer Freude.

Bauten allein genügen jedoch nicht, um eine der Weltgeltung unserer Nation entsprechende Stellung des deutschen Sportes bei den internationalen Wettkämpfen zu gewährleisten. Ausschlaggebend ist vielmehr der einheitliche, einsatzbereite Wille der Nation, aus allen Gauen Deutschlands die besten Kämpfer auszuwählen und sie zu schulen und zu stählen, damit wir bei dem bevorstehenden Wettspiel in Ehren bestehen.

Eine nicht weniger wichtige Aufgabe ist die dauernde und nachhaltige Pflege der Leibesübungen im ganzen deutschen Volke als eines der wichtigsten Kulturgüter im nationalsozialistischen Staate. Wir werden dadurch dem Geiste des neuen Deutschland in der Kraft seines Volkes eine dauernde Grundlage schaffen.

Für die erfolgreiche Durchführung dieser beiden Aufgaben ist der Reichssportführer mir und dem zuständigen Reichsminister des Innern allein verantwortlich. Ich ersuche alle Organisationen, Behörden usw., ihm jede mögliche Unterstützung und Förderung zuteil werden zu lassen.

Berlin, den 14. Dezember 1933.

Adolf Hitler.“

Am 23. Dezember erlebte Hitler noch einen schweren Ärger. Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig verurteilte im Reichstagsbrandprozeß zwar den Angeklagten van der Lubbe zum Tode, sprach aber den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Torgler und die bulgarischen Angeklagten Dimitroff, Popoff und Taneff frei.

Die vom Gericht in Freiheit gesetzten Angeklagten wurden sofort in Schutzhaft genommen. „Im Anschluß an die Urteilsverkündung ist nun diesen Ange-

<sup>314</sup>) Die deutschen Landtage wurden durch Gesetz vom 30. 1. 1934 aufgehoben.

<sup>315</sup>) Bericht im VB. Nr. 347 v. 13. 12. 1933.

<sup>316</sup>) Veröffentlicht im VB. Nr. 349 v. 15. 12. 1933.

23. Dezember 1933

klagten alsbald eröffnet worden. daß sie zur Verfügung des Reichsinnenministers gehalten und in Schutzhaft genommen werden“, lautete die amtliche Mitteilung<sup>317)</sup>.

Nachdem wenigstens auf diese Weisung Hitlers Wünschen Rechnung getragen worden war, nahm er am 24. Dezember an einer *Weihnachtsfeier von SA.- und SS.-Angehörigen* in München teil und hielt eine *kleine Ansprache*<sup>318)</sup>. Den Weihnachtsabend pflegte Hitler in völliger Einsamkeit in seiner Münchener Wohnung zu verbringen und grüblerisch-sentimental dem Andenken seiner Nichte Geli Raubal zu widmen.

Am 31. Dezember richtete Hitler zum Abschluß des „Jahres der nationalsozialistischen Revolution“ *Anerkennungsschreiben an seine Unterführer*<sup>319)</sup>.

Unter diesen sind die Briefe an Heß und Röhm im Hinblick auf deren weiteres Schicksal vielleicht am bemerkenswertesten.

*An den Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß:*

„Mein lieber Rudolf Heß! Einer meiner ältesten Mitkämpfer sind Sie. Seit dem Jahre 1920 haben Sie Ihre Treue und Ihre Fähigkeit mir und damit der Bewegung zur Verfügung gestellt. Erst als Führer in der SA., dann als mein engster Vertrauter, später als Vorsitzender der Politischen Zentralkommission, heute als mein Stellvertreter in der Bewegung. Freud und Leid, bis in das Gefängnis hinein, haben Sie in diesen langen Jahren mit mir geteilt.

Am Tage des Abschlusses des Jahres der nationalsozialistischen Revolution muß ich Ihnen, mein lieber Heß, aus meinem ganzen Herzen heraus für die so überaus großen Verdienste danken, die Sie sich um die Bewegung und um das deutsche Volk erworben haben.

In alter herzlicher Freundschaft und dankbarer Würdigung Ihr Adolf Hitler.“

*An den Stabschef Röhm:*

„Mein lieber Stabschef! Der Kampf der nationalsozialistischen Bewegung und die nationalsozialistische Revolution wurden nur ermöglicht durch das konsequente Niederwerfen des marxistischen Terrors durch die SA.

Wenn das Heer den Schutz der Nation nach außen zu garantieren hat, dann ist es die Aufgabe der SA., den Sieg der nationalsozialistischen Revolution, den Bestand des nationalsozialistischen Staates und unserer Volksgemeinschaft im Innern zu sichern.

Als ich Dich, mein lieber Stabschef, in Deine heutige Stellung berief, durchlebte die SA. eine schwere Krise<sup>320)</sup>. Es ist mit in erster Linie Dein Verdienst, wenn schon nach wenigen Jahren dieses politische Instrument jene Kraft entfalten konnte, die es mir ermöglichte, den Kampf um die Macht durch die Niederringung des marxistischen Gegners endgültig zu bestehen.

Am Abschluß des Jahres der nationalsozialistischen Revolution drängt es mich daher, Dir, mein lieber Ernst Röhm, für die unvergänglichen Dienste zu danken, die Du der nationalsozialistischen Bewegung und dem deutschen Volke geleistet hast, und Dir zu versichern, wie sehr ich dem Schicksal dankbar bin, solche Männer wie Du [Dich] als meine Freunde und Kampfgenossen bezeichnen zu dürfen.

In herzlicher Freundschaft und dankbarer Würdigung Dein Adolf Hitler.“

Weitere Schreiben Hitlers hatten folgenden Wortlaut:

<sup>317)</sup> DNB.-Meldung v. 24. 12. 1933. Hitler hatte in seiner Rede v. 23. 3. 1933 erklärt, er wolle den Brandstifter und seine Komplizen „öffentlich“ hinrichten lassen, vgl. S. 230. Aus diesem Plan konnte nach dem Urteil des Reichsgerichts nichts mehr werden.

<sup>318)</sup> Bericht im VB. Nr. 361 v. 27. 12. 1933.

<sup>319)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 1/2 v. 1./2. 1. 1934 bzw. Nr. 3 v. 3. 1. 1934.

<sup>320)</sup> Gemeint ist die Pfeffer-Krise von 1930.

31. Dezember 1933

*An Ministerpräsident Göring:*

„Mein lieber Göring! Als im November 1923 die Partei zum erstenmal versuchte, die Macht im Staate zu erobern, haben Sie als Kommandeur der SA. in außerordentlich kurzer Zeit das Instrument geschaffen, mit dem man einen solchen Kampf wagen konnte. Es war höchste Notwendigkeit, die uns zum Handeln zwang, und weise Vorkehrung, die uns damals den Erfolg versagte. Sowie nach Ihrer schweren Verwundung die Umstände es ermöglichten, sind Sie als treuester Mitkämpfer in dem Kampf um die Macht an meine Seite getreten. Sie haben wesentlich mitgeholfen, die Voraussetzungen zum 30. Januar zu schaffen.

Es drängt mich daher, am Abschluß des Jahres der nationalsozialistischen Revolution, Ihnen, mein lieber Parteigenosse Göring, aus ganzem Herzen für diese großen Verdienste zu danken, die Sie sich um die nationalsozialistische Bewegung, die nationalsozialistische Revolution und damit um das deutsche Volk erworben haben.

In herzlicher Freundschaft und dankbarer Würdigung Ihr Adolf Hitler.“

*An den Reichspropagandaleiter Dr. Goebbels:*

„Mein lieber Dr. Goebbels! Der Angriff gegen das alte System und die es tragenden Parteien und Weltanschauungen konnte machtmäßig nur dann gelingen, wenn eine geniale Propaganda die Stellungen vorher sturmreif geschossen hatte. Sie mußte die Menschen an ihrer bisherigen Welt irre und für eine neue reif machen.

Als ich Sie, mein lieber Dr. Goebbels, nach Berlin rief, stand in der Reichshauptstadt einer überwältigenden Gewalt der Gegner so gut wie keine nationalsozialistische Organisation gegenüber.

Die Eroberung dieser Stadt für die Bewegung ist Ihr Verdienst. Sie haben aber darüber hinaus die Propaganda der Partei zu jener unerhört scharfen Waffe gemacht, der im Laufe der Jahre ein Gegner nach dem anderen erlegen war.

Am Abschluß des Jahres der nationalsozialistischen Revolution drängt es mich daher, Ihnen, mein lieber Doktor Goebbels, für die wahrhaft großen Verdienste zu danken, die Sie sich um die nationalsozialistische Bewegung, ihren Sieg und damit um das ganze deutsche Volk erworben haben.

In herzlicher Freundschaft und dankbarer Würdigung Ihr Adolf Hitler.“

*An den Reichsführer SS. Himmler:*

„Mein lieber Parteigenosse Himmler! In der Zeit der schwersten Krisen unserer Bewegung sah ich mich veranlaßt, eine besondere Schutzorganisation der Partei ins Leben zu rufen: die SS. Sie sollte als eine beste Auslese treuester Fanatiker der Führung die Möglichkeit geben, ohne Rücksicht auf einzelne die Interessen der Partei zu vertreten.

Aus diesen einigen Schutzstaffeln eine gewaltige und in ihrer Art einzig dastehende Organisation entwickelt zu haben, ist Ihr Verdienst. Sie haben damit der nationalsozialistischen Revolution eine blind ergebene Stoßtruppe, dem nationalsozialistischen Staat eine unerschütterliche politische Garde gegeben, die den Rassegedanken unserer Bewegung in ihrem eigenen Fleisch und Blut verkörpert.

Am Abschluß des Jahres der nationalsozialistischen Revolution freut es mich daher, Ihnen, mein lieber Parteigenosse Himmler, aus ganzem Herzen für die wahrhaft großen Verdienste zu danken, die Sie sich um die nationalsozialistische Bewegung und damit um das deutsche Volk erworben haben.

In herzlicher Freundschaft und dankbarer Würdigung Ihr Adolf Hitler.“

*An den Führer der Arbeitsfront Dr. Ley:*

„Mein lieber Dr. Ley, es war die Aufgabe der nationalsozialistischen Partei nicht zu versuchen, durch falsche Maßnahmen die anderen Parteien zu zertrümmern, als vielmehr durch eine unerhörte Aufklärung ihnen die Menschen zu entziehen und durch eine vorbildliche Organisation in der neuen Bewegung zu verankern. Am Ausbau dieser Or-

31. Dezember 1933

ganisation in einer schweren Zeit treu und hervorragend gewirkt zu haben, ist Ihr Verdienst, mein lieber Parteigenosse Dr. Ley. Insbesondere wird die Überführung der ehemals marxistischen Arbeitermassen in unsere nationalsozialistisch organisierte Welt für immer mit Ihrem Namen verbunden bleiben. Am Abschluß des Jahres der nationalsozialistischen Revolution drängt es mich daher, Ihnen, mein lieber Parteigenosse Dr. Ley, aus ganzem Herzen für die wirklich großen Verdienste zu danken, die Sie sich um die nationalsozialistische Bewegung und damit um das deutsche Volk erworben haben.

In herzlicher Freundschaft und dankbarer Würdigung Ihr Adolf Hitler.“

*An den Reichsleiter Alfred Rosenberg:*

„Mein lieber Parteigenosse Rosenberg! Eine der ersten Voraussetzungen für den Sieg der nationalsozialistischen Bewegung war die geistige Zertrümmerung der uns gegenüberstehenden feindlichen Gedankenwelt. Sie, mein lieber Parteigenosse Rosenberg, haben seit der Zeit Dietrich Eckarts nicht nur unentwegt den Angriff gegen diese Ideenwelt geführt, sondern durch die politische und weltanschauliche Leitung des Zentralorgans der Partei unerhört dazu beigetragen, die weltanschaulich einheitliche Durchdringung unseres politischen Kampfes sicherzustellen.

Am Abschluß des Jahres der nationalsozialistischen Revolution drängt es mich daher, Ihnen, mein lieber Parteigenosse Rosenberg, aus ganzem Herzen für die wahrhaft großen Verdienste zu danken, die Sie sich um die Bewegung und damit um das deutsche Volk erworben haben.

In herzlicher Freundschaft und dankbarer Würdigung Ihr Adolf Hitler.“

*An den Reichsschatzmeister Schwarz:* <sup>321)</sup>

„Mein lieber Reichsschatzmeister! Die Führung des Kampfes um die Macht war für die nationalsozialistische Bewegung nur möglich dank Ihrer glänzenden Organisation.

Die Grundlagen dieser Organisation verwaltungsmäßig und finanziell hergestellt zu haben, war Ihr Verdienst.

Mein lieber Parteigenosse Schwarz! Sie haben in den langen Jahren unseres Ringens dank Ihrer aufopferungsvollen Arbeit der Bewegung aus eigenem die Mittel gesichert, die sie zur Durchführung ihres Kampfes so dringend benötigte.

Am Abschluß des Jahres der nationalsozialistischen Revolution drängt es mich daher, Ihnen, mein lieber Parteigenosse Franz Schwarz, aus ganzem Herzen für die wahrhaft großen Verdienste zu danken, die Sie sich um die Bewegung und damit um das deutsche Volk erworben haben.

In herzlicher Freundschaft und dankbarer Würdigung Ihr Adolf Hitler.“

*An den Verlagsdirektor und Reichsleiter Amann:* <sup>322)</sup>

„Mein lieber Amann! Der Sieg der nationalsozialistischen Idee war entscheidend abhängig von der Möglichkeit, das Gedankengut unserer Bewegung durch ein zentral geleitetes Schrifttum einer großen Zahl von Parteigenossen zu vermitteln. Sie, mein lieber Parteigenosse Amann, haben sich als einer der ersten meiner ehemaligen Kriegskameraden mir zur Verfügung gestellt.

Der organisatorische Aufbau der Bewegung im Jahre 1923 war Ihr Verdienst. Der Aufbau unseres gewaltigen Zentralverlages aber ist ausschließlich Ihr Werk.

Sie haben mir damit die Voraussetzung geschaffen, für die Durchführung einer Schriftpropaganda, die eine ausschlaggebende Bedeutung erhielt, nicht nur in der Zeit unseres Angriffs in der Bewegung, sondern auch heute nach dem errungenen Sieg.

<sup>321)</sup> Franz Xaver Schwarz, geb. 1875 in Günzburg, 1925—1945 Reichsschatzmeister der NSDAP.

<sup>322)</sup> Max Amann, geb. 1891 in München, Feldwebel in Hitlers Regiment, 1922—1945 Direktor des Eherverlages, Reichsleiter für die Presse.

31. Dezember 1933

Am Abschluß des Jahres der nationalsozialistischen Revolution freut es mich daher, Ihnen, mein lieber Parteigenosse Amann, aus ganzem Herzen für die wahrhaft großen Verdienste zu danken, die Sie sich um die nationalsozialistische Bewegung und damit um das deutsche Volk erworben haben.

In herzlicher Freundschaft und dankbarer Würdigung Ihr Adolf Hitler.“

*An den Reichsjugendführer Baldur von Schirach:*

„Mein lieber Schirach!

Was immer wir vom erwachsenen Deutschland erwarten, kann auf die Dauer nur dann in die Erfüllung gehen, wenn schon die Jugend in diesem Sinne erzogen wird. Es ist daher die weltanschauliche Erfassung der Jugend die einzige Gewähr für die Verwirklichung unserer weltanschaulichen Aufgaben überhaupt. Sie, mein lieber Parteigenosse Schirach, erhielten einst von mir den Auftrag, die Führung und Reorganisation unserer studentischen und Jugendbewegung in Ihre Hand zu nehmen. Der ungeheure Ausbau der nationalsozialistischen Jugendbewegung ist Ihr Werk und wird für immer mit Ihrem Namen verbunden bleiben.

Am Abschluß des Jahres der nationalsozialistischen Revolution muß ich Ihnen daher, mein lieber Parteigenosse Schirach, aus ganzem Herzen für die außerordentlichen Verdienste danken, die Sie sich um die nationalsozialistische Jugendbewegung und damit um die Zukunft des deutschen Volkes erworben haben.

In herzlicher Freundschaft und dankbarer Würdigung Ihr Adolf Hitler.“

*An Reichsleiter Buch:* <sup>323)</sup>

„Mein lieber Parteigenosse Buch!

In den langen Jahren des Aufbaues der inneren Organisation unserer Bewegung haben Sie die schwere Aufgabe von mir übertragen erhalten, durch die Errichtung einer Parteigerichtsbarkeit schlichtend und entscheidend zur inneren Festigung der Partei beizutragen. Sie haben, mein lieber Parteigenosse Buch, diese der Mitwelt wenig sichtbare, mit außerordentlichen Entbehrungen und Unannehmlichkeiten verbundene, wichtige Mission in einer vorbildlichen Weise erfüllt.

Am Abschlusse des Jahres der nationalsozialistischen Revolution drängt es mich daher, Ihnen, mein lieber Parteigenosse Buch, aus vollem Herzen Dank zu sagen, für die so überaus großen Verdienste, die Sie sich durch Ihre selbstlose Hingabe und Arbeit um die Bewegung und damit um das deutsche Volk erworben haben.

Mit herzlicher Freundschaft und dankbarer Würdigung Ihr Adolf Hitler.“

Auch Seldte erhielt ein solches Schreiben. Er galt für Hitler schon fast als alter Kämpfer.

*An den Reichsarbeitsminister:*

„Mein lieber Parteigenosse Seldte! Eine der schwersten Aufgaben war die Herstellung einer nationalen Einheitsfront durch Zusammenfügen der Kräfte, die in der großen Linie gleiche Ziele verfolgten. Es ist Ihr außerordentliches Verdienst, mein lieber Parteigenosse Seldte, wenn es gelang, den nach der Nationalsozialistischen Partei größten nationalen Verband mit uns zu einer Einheit zu verschmelzen. Die Eingliederung des Stahlhelms in die SA. wird als seltenes Beispiel einer groß gesehenen nationalen Pflicht für immer in höchsten Ehren unter denen weiterleben, die im Jahre 1933 durch die nationale Revolution die Erhebung des deutschen Volkes gelingen ließen.

Am Abschluß des Jahres der nationalsozialistischen Revolution drängt es mich daher, Ihnen, mein lieber Parteigenosse und Kamerad Seldte, für Ihre großherzige Haltung und

<sup>323)</sup> Walter Buch, geb. 1883 in Bruchsal, Major a. D. Oberster Parteirichter der NSDAP.

31. Dezember 1933

damit für Ihre überaus großen Verdienste zu danken, die Sie sich um die nationale Erhebung und damit um das deutsche Volk erworben haben.

In herzlicher Freundschaft und dankbarer Würdigung Ihr Adolf Hitler.“

Hitler selbst konnte mit dem Jahr 1933 zufrieden sein. Es hatte ihm nicht nur die ersehnte Machtübernahme gebracht, sondern auch Gelegenheit gegeben, sämtliche politischen Parteien außer seiner eigenen zu beseitigen, die Gewerkschaften aufzulösen, die deutschen Länder zu entmachten und einen rein nationalsozialistischen Reichstag zu bilden. Dem katholischen Klerus hatte er durch den Abschluß des Reichskonkordates einige Ketten angelegt, die Tätigkeit der katholischen Vereine und Verbände stark beschnitten. Die Presse war weitgehend vereinheitlicht und seinen Direktiven unterstellt.

In außenpolitischer Hinsicht hatte er sich von internationalen Bindungen freigemacht und ein Bündnis mit Polen eingefädelt. Die militärische Aufrüstung hatte begonnen. In Danzig war eine nationalsozialistische Regierung ans Ruder gekommen, und im Saargebiet hatte sich eine Deutsche Front unter Führung der Nationalsozialisten gebildet.

Die Arbeitslosigkeit aber war durch die wirtschaftliche Belebung bereits stark gesunken, und das deutsche Volk war daher mit dem Hitler-Kurs zum größten Teil einverstanden. Er glaubte, man ginge jetzt den „herrlichen Tagen“ entgegen, die schon Wilhelm II. verheißen hatte<sup>324</sup>).

---

<sup>324</sup>) Wilhelm II.: „Herrlichen Tagen führe ich euch noch entgegen!“ (Rede beim Festmahl des brandenburgischen Provinziallandtages am 24. 2. 1892 vgl. Penzler a. a. O. Bd. I, S. 209).

# Das Jahr 1934

## Übersicht über den Verlauf

Hitler ging in das Jahr 1934 weniger siegesfreudig hinein, als man nach den Erfolgen von 1933 hätte annehmen können. Ihm machte die Nachfolge Hindenburgs Sorge. Es war klar, daß der über 86jährige Reichspräsident das Jahr 1934 kaum überleben würde. Ebenso klar war es für Hitler, daß nur er als Nachfolger in Frage kam.

Oberflächlich betrachtet, waren die Sorgen Hitlers in dieser Richtung nicht recht verständlich. Er hatte schon im Ermächtigungsgesetz vom 23. bzw. 24. März 1933 eine Formulierung gewählt, die es ihm ohne weiteres gestattete, die Rechte des toten Reichspräsidenten selbst zu übernehmen<sup>1)</sup>. Darüber hinaus besaß er nun einen Reichstag, der jede von Hitler gewünschte Verfassungsänderung beschließen würde. Zum dritten konnte kein Zweifel bestehen, daß Hitler auch bei einer normalen Reichspräsidentenwahl schon im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erhalten würde.

Falls Hindenburg etwa testamentarisch einen Nachfolger vorschlagen und dadurch die Wahl beeinflussen wollte, so war Hitler überzeugt, daß er den Reichspräsidenten bewegen könne, ihn selbst zu präsentieren.

Die Sorgen Hitlers betrafen auch weniger das Amt des Staatsoberhauptes, das er zu übernehmen gedachte, als vielmehr die damit verbundene Funktion des Oberbefehlshabers der Wehrmacht. Hitler wollte ja nicht wie beispielsweise Ebert<sup>2)</sup> nur formell Oberbefehlshaber sein, sondern bei den geplanten Expansionsunternehmungen selbst den militärischen Oberbefehl führen. Würden aber die Generäle ihn, den ehemaligen Gefreiten, als obersten Kriegsherrn anerkennen? Das war hier die Frage! Die deutsche Generalität erschien Hitler damals noch in einer olympischen Gloriole.

Die Erfahrungen des Jahres 1923 hatten ihn zwar gelehrt, daß die deutschen Generäle keine politischen Persönlichkeiten waren, sondern dem jeweiligen Staatsoberhaupt und der jeweiligen Reichsregierung unbedingte Gefolgschaft leisteten.

In militärischer Hinsicht aber sah Hitler 1933 und 1934 in ihnen noch Leute, die nur darauf brannten, als Kriegshelden in Walhall einzugehen und, Bluthunden gleich, es kaum erwarten konnten, auf irgendeinen Feind losgelassen zu werden<sup>3)</sup>.

Wie in vielen grundsätzlichen Fragen täuschte sich Hitler auch in der Beurteilung der militärischen Haltung der Generäle sehr<sup>4)</sup>.

<sup>1)</sup> Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich, vom Reichstag beschlossen am 23. 3. 1933, veröffentlicht und in Kraft getreten am 24. 3. 1933; vgl. S. 229.

<sup>2)</sup> Friedrich Ebert, 1. deutscher Reichspräsident 1919—1925.

<sup>3)</sup> Hitler rief dem toten Reichspräsidenten v. Hindenburg bei der Trauerfeier am 5. 8. 1934 zu: „Toter Feldherr, geh nun ein in Walhall!“ Vgl. S. 438. — Fabian v. Schlabrendorff (Offiziere gegen Hitler, Berlin, 41.—65. Tausend 1960, S. 6) zitiert einen Ausspruch Hitlers: „Als ich noch nicht Reichskanzler war, habe ich gemeint, der Generalstab gleiche einem Fleischerhunde, den man fest am Halsband haben müsse, weil er sonst jeden anderen Menschen anzufallen drohe.“

<sup>4)</sup> Hitler führte die militärischen Rückschläge des 2. Weltkrieges nicht etwa auf die unmöglichen Aufgaben, die den Generälen gestellt wurden, zurück, sondern auf deren persönliche Feigheit und Unfähigkeit. Dem Flugkapitän Baur (vgl. Baur, a. a. O. S. 257) erklärte Hitler im April 1945: „Man sollte auf meinen Grabstein schreiben: ‚Er war das Opfer seiner Generäle‘.“

Im Jahre 1934 jedoch kam es Hitler darauf an, den Generälen zu imponieren und sie hundertprozentig für sich zu gewinnen.

Hinzu kam seine Absicht, unmittelbar nach der Saarabstimmung die allgemeine Wehrpflicht mit zweijähriger Dienstzeit einzuführen. Wie bereits mehrfach dargelegt, verachtete Hitler jede halb-militärische Ausbildung, wie sie in Milizen und Wehrverbänden praktiziert wurde. Nur der zweijährig gediente Wehrpflicht-soldat würde, so glaubte er, das geeignete Instrument zur Verwirklichung seiner militärischen Ziele sein <sup>6)</sup>.

Ihm waren deshalb Milizpläne des Stabschefs Röhm und der ehemaligen Freikorpsführer höchst unsympathisch, weil sie seinen militärischen Absichten zu-widerliefen. In der Abneigung gegenüber Röhm war er sich mit den Reichswehr-generälen einig, wenn auch aus anderen Gründen. Die Reichswehrgeneräle fürchteten das, was Röhm erhoffte: die Gleichschaltung von Partei und Staat, die sich im Jahre 1933 auf fast allen Gebieten durchgesetzt hatte, auch hinsichtlich der Wehrmacht. Die Reichsleiter waren Reichsminister geworden, die Gauleiter Reichsstatthalter oder Regierungs- bzw. Oberpräsidenten, der Reichsjugendführer der NSDAP. war zum Jugendführer des Deutschen Reiches emporgestiegen. Der Reichsführer SS. wurde nach und nach zum Chef der Polizei aller deutschen Länder ernannt, verschiedene SS.-Führer zu Polizeigenerälen. Was lag näher, als daß die SA.-Einheiten, die bereits die Regimentsnummern der ehemaligen kaiserlichen Armee trugen, Regimenter einer neuen Miliz würden, sofern sie nicht völlig in der nationalsozialistischen Wehrmacht aufgingen.

Es war durchaus verständlich, daß Röhm Reichswehrminister werden und zu-mindest Generalsrang erhalten wollte. Schließlich war er genau so Hauptmann a. D. gewesen wie der von diesem Rang zum General der Infanterie avancierte Göring, war sogar in Bolivien zum Oberstleutnant aufgestiegen.

Hitler glaubte, er müsse seine Solidarität mit der Reichswehr durch ein dra-stisches Exempel beweisen. Er, der alles andere als ein Berufssoldat gewesen war, brachte es fertig, den Reichswehrgenerälen zu erklären, er sei aus den Reihen der Reichswehr hervorgegangen und werde stets einer der ihnen bleiben <sup>7)</sup>.

Aber damit nicht genug. Er reagierte seinen militärischen Minderwertigkeits-komplex durch einen Akt besonderer Brutalität ab, indem er sich entschloß, seine engsten Freunde, die bekanntesten SA.-Führer, kaltblütig zu ermorden, nur um den Reichswehrgenerälen zu imponieren. Er scheute nicht davor zurück, auch den Stabschef Röhm, der ihm durch seine Beziehungen sehr wesentlich zur Macht ver-holfen hatte, ohne Gerichtsverhandlung umbringen zu lassen. Wenige Monate vorher hatte er ihn noch seiner besonderen „stolzen“ Freundschaft versichert <sup>7)</sup>.

Allerdings benutzte er die Gelegenheit, um auch eine ganze Reihe von Män-nern ermorden zu lassen, die ihm durch ihre Opposition aufgefallen waren: Gregor Strasser, General v. Schleicher, General v. Bredow, den ehemaligen General-staatskommissar Dr. Kahr, den Leiter der katholischen Aktion, Ministerialdirektor Dr. Klausener, Papens Mitarbeiter Bohse, Dr. Edgar Jung und viele andere.

„Ich habe ihnen (den feudalen Spielern und professionellen Hasardeuren) auf die Finger geschlagen, daß sie den Schlag noch lange spüren“,

<sup>6)</sup> Im 2. Weltkrieg war Hitler dann doch gezwungen, Soldaten mit sehr kurzer Ausbildungs-zeit zu verwenden, ohne daß sich daraus ein merklich schlechterer Kampfwert ergeben hätte.

<sup>8)</sup> Blomberg schrieb am 29. 6. 1934 im Völkischen Beobachter: „In enger Verbundenheit mit dem ganzen Volke steht die Wehrmacht hinter dem Führer des Reiches, Adolf Hitler, der einst aus unseren Reihen kam und stets einer der unseren bleiben wird.“ Vgl. S. 393.

<sup>7)</sup> Brief vom 31. 12. 1933; vgl. S. 338.



erklärte Hitler im Hinblick auf diese Maßnahmen seinem Vertrauten Rauschning<sup>8)</sup>.

Die Vorgänge des 30. Juni 1934 bedeuten einen markanten Einschnitt in der Geschichte des Dritten Reiches, weil damals auch formell der bisherige Begriff des Rechtsstaates ad acta gelegt und stattdessen das, was Hitler wünschte und tat, als rechtens deklariert wurde.

Nicht nur die Reichswehr machte sich durch ihre Hilfestellung bei der Beseitigung der SA.-Führer zum Komplizen Hitlers, sondern auch der Reichspräsident, das Reichskabinett und der Reichstag dokumentierten durch ihr Verhalten, daß sie bedenkenlos für Recht hielten, was ihnen Hitler als richtig bezeichnete.

Nachdem Hitler sich einmal für blutige Lösungen entschieden hatte, mußte er konsequenterweise bei diesem System bleiben, und zwar nicht nur in der Innenpolitik, sondern auch in der Außenpolitik.

Dafür lieferte er noch im gleichen Jahr, ja fast noch im gleichen Monat, den Beweis.

In Danzig hatte er eine nationalsozialistische Regierung durch Wahlen durchgesetzt, im Saargebiet eine Deutsche Front unter nationalsozialistischer Führung durch Vereinbarungen erreicht, nur in Österreich stach die legale Karte nicht. Im Juli 1934 schien es Hitler daher an der Zeit zu sein, sich in Österreich mit Gewalt Einfluß zu verschaffen.

Aber der Putschversuch vom 25. Juli 1934 in Wien brach blutig zusammen, und Hitler überließ seine Kameraden, die er zu diesem Vorgehen veranlaßt hatte, ohne mit der Wimper zu zucken, ihrem Schicksal. Wenige Tage später wurde Hitler, nach dem Tode Hindenburgs, Staatsoberhaupt von Deutschland. Wieder einmal erklärte er, der Kampf um den Staat sei hiermit abgeschlossen<sup>9)</sup>.

Hitler hatte erneut triumphiert, aber er hatte auch zugleich selbst die Axt an die Wurzel gelegt und zum erstenmal das Vertrauen seiner Anhänger nachhaltig erschüttert. Von dem Schlag, den Hitler am 30. Juni nicht nur gegen das Rechtsbewußtsein, sondern auch gegen seine eigenen Anhänger führte, sollten sich weder die Partei noch der Staat jemals wieder erholen!

Hitler hatte gezeigt, daß er ein Desperado war, der vor nichts zurückschreckte und von dem man alles, aber wenig Gutes, zu gewärtigen hatte.

Hitlers Redefluß, der in den Jahren 1932 und 1933 förmlich übergeströmt war, ging im Jahre 1934 merklich zurück. Er hing seinen bösen Gedanken nach und scheute sich, mehr als unbedingt notwendig vor die Öffentlichkeit zu treten.

---

<sup>8)</sup> Vgl. Rauschning, a. a. O. S. 162.

<sup>9)</sup> Aufruf vom 20. 8. 1934; vgl. S. 445.

1. Januar 1934

## Wiedergabe und Kommentar

Der *Neujahrsaufruf* Hitlers an die „Nationalsozialisten, Nationalsozialistinnen, Parteigenossen“<sup>10)</sup> enthielt den üblichen Rück- und Ausblick. Für die Zukunft gebe es kein anderes Ziel, als dem deutschen Volk „seine Ehre“ wiederzugeben, womit er die Aufrüstung bzw. die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht meinte.

„Und so ist das Ziel unseres Kampfes für die deutsche Nation auch nach außen kein anderes, als unserem Volke die Ehre und Gleichberechtigung zurückzugeben und aufrichtigen Sinnes mitzuhelfen an der Vermeidung eines Blutvergießens in der Zukunft, in dem wir ehemaligen Soldaten des Weltkrieges nur eine neue Völkerkatastrophe eines wahnsinnig gewordenen Europas erblicken könnten. —

So verlassen wir das Jahr der deutschen Revolution und gehen als Nationalsozialisten hinein in das Jahr des deutschen Aufbaues mit dem gegenseitigen Versprechen, eine verschworene Gemeinschaft zu sein, erfüllt von dem einzigen glühenden Wunsch, unserem deutschen Volke dienen zu dürfen zu seinem friedlichen Glück.“

Am 1. Januar fand in Berlin der übliche *Empfang des diplomatischen Korps beim Reichspräsidenten* statt. Anschließend empfing Hindenburg gesondert die Reichsregierung zur *Neujahrsgratulation*. Hitler trug Frack und hielt folgende *Ansprache*:<sup>11)</sup>

„Herr Reichspräsident!

Am Ende eines schicksalsschweren Jahres haben sich heute die Mitglieder der Reichsregierung zu Ihnen, Herr Reichspräsident, begeben, um durch mich den Empfindungen des Dankes und der Verehrung Ausdruck zu verleihen, die in diesen Stunden nicht nur die Regierung, sondern das ganze deutsche Volk bewegen. Als Sie, Herr Reichspräsident, am 30. Januar 1933 die neue Reichsregierung beriefen und mir den ehrenvollen Auftrag ihrer Führung erteilten, wurde der Aufbruch des deutschen Volkes in eine würdigere und bessere Zukunft geleitet, denn dieser Ihr damaliger Entschluß, Herr Reichspräsident, führte in der Folge zu jener unerhörten Geistes- und Willenseinheit in unserem Volk und zwischen ihm und seiner Führung, die am 12. November einen so denkwürdigen geschichtlichen Ausdruck fand.

Das deutsche Volk aber ist glücklich geworden im Erleben dieser so lange entbehrten Einheit, die, ausgehend von Ihnen, Herr Generalfeldmarschall, bis zur deutschen Jugend alle umschließt. Die Kraft, die aus dieser Gemeinschaft strömt, hat es uns ermöglicht, in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher und politischer Krisen das Reich in seinem Gefüge zu festigen, die Autorität der Regierung und die Achtung vor den Gesetzen zu erhöhen, dem religiösen, moralischen und kulturellen Verfall unseres Volkes Einhalt zu gebieten, den wirtschaftlichen Zusammenbruch aber nicht nur aufzuhalten, sondern auf vielen Gebieten sogar eine kraftvolle Wendung zum Besseren herbeizuführen. Getragen und gestärkt von dem Vertrauen und der Zustimmung, die Sie, Herr Reichspräsident, mir und der Regierung schenkten, konnten wir in Wahrung der Ehre und Gleichberechtigung des deutschen Volkes eine Politik verfolgen, deren letztes Ziel immer nur die Herstellung eines wirklichen und aufrichtigen Friedens war und für alle Zukunft sein wird. Wir empfinden es dabei als eine besondere gnädige Fügung des Schicksals, in Ihnen, Herr Reichspräsident, als unserem obersten Schirmherrn für unser Wollen und Handeln einen Zeugen zu besitzen, der der ganzen Welt die Aufrichtigkeit unserer Absichten beweisen kann und muß.

So spreche ich denn in diesem Augenblick nicht nur in meinem und im Namen der Reichsregierung, sondern im Namen des ganzen deutschen Volkes Ihnen, ehrwürdiger Herr Generalfeldmarschall und Präsident des Deutschen Reiches, für die durch Sie be-

<sup>10)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 1/2 v. 1./2. 1. 1934.

<sup>11)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 1/2 v. 1./2. 1. 1934.

1. Januar 1934

schirmte Entwicklung dieses Jahres den tiefsten und ehrerbietigsten Dank aus und verbinde ihn mit dem herzlichen Wunsche, der allmächtige Gott möge auch im kommenden Jahre Ihr Leben und Ihre Gesundheit in seine Sorge nehmen und mit seinem Segen bedenken zum Glücke des Reiches, dem in innigster Verbundenheit unter Ihrem Vertrauen zu dienen das Glück und die tiefste Genugtuung aller Mitglieder der deutschen Reichsregierung ist.“

Auf die Ansprache des Reichskanzlers entgegnete Hindenburg u. a.: „Herr Reichskanzler! Meine Herren! Das Jahr 1933 hat Deutschland aus der inneren Zerrissenheit, aus dem Zank der Parteien und dem Gegensatz der Interessen heraus und aufwärts geführt zur staatsbewußten Einigkeit und zum Glauben an sich selbst. Gestützt auf diesen neuen Geist ist es der Reichsregierung in Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft gelungen, Millionen arbeitswilligen Händen wieder Arbeit zu schaffen, und denen, die noch auf Beschäftigung warten, die Hoffnung wiederzugeben, daß auch sie nicht ewig feiern müssen. Und in dem wiedererlangten Bewußtsein unlösbarer Schicksalsgemeinschaft hat das deutsche Volk das große freiwillige Winterhilfswerk ins Leben gerufen und dadurch denjenigen unserer Brüder, die Entbehrung leiden, Schutz vor Hunger und Kälte gebracht. So konnte die deutsche Not, die noch vor einem Jahr fast hoffnungslos auf uns lastete, in weitem Umfange gemindert werden.

Dieser Umschwung ist in erster Linie Ihr Werk, Herr Reichskanzler, ist der Erfolg Ihrer kraftvollen Führung und der hingebenden Arbeit Ihrer Mitarbeiter. Es ist mir daher gerade in dieser Stunde, wo wir auf das vergangene Jahr zurückblicken und in das neue Ausschau halten, ein Herzensbedürfnis, Ihnen für alles, was Sie für unser deutsches Volk und Vaterland geleistet haben, meinen tiefempfundnen Dank zu sagen. Ebenso danke ich Ihnen, meine Herren Reichsminister, und allen, die in der Reichsregierung und darußen im Lande an diesem Wiederaufbau mitgeholfen haben.

Möge das Jahr 1934 uns auf dem festen Boden, den wir durch unseren Zusammenschluß mit einigen Nationen wiedergewonnen haben, weiter emporführen! Möge es uns im Innern den Endsieg über Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit bringen, und möge es uns auch nach außen weiterführen auf dem Weg zum wahren Frieden, dem Frieden in Ehre und Gleichberechtigung.

So lassen Sie uns in dem festen Vertrauen auf die deutsche Zukunft und auf Gottes Hilfe in das neue Jahr eintreten und gemeinsam weiterarbeiten für unser geliebtes Vaterland!“

Am 14. Januar hielt Hitler eine *Rede in Lemgo* (Lippe) zur Erinnerung an den entscheidenden Wahlsieg bei den Landtagswahlen in Lippe-Detmold 1933<sup>12)</sup> und schloß mit den Worten:

„Vierzehn Jahre lang haben wir um die Macht gekämpft. Jetzt kämpfen wir die nächsten vierzehn Jahre um Deutschland und für Deutschland. Und wenn uns der Himmel beisteht in diesem Kampfe, dann wollen wir sehen, ob wir nicht Deutschland in diesen 14 Jahren zu einer Bedeutung emporführen können, zu der wir in den letzten 14 Jahren diese Partei emporführten. Von den anderen Völkern wollen wir nur erwarten, daß sie uns nach unserer Fassung selig werden lassen.“

Am 21. Januar sandte Hitler der Witwe des plötzlich verstorbenen Professors Paul Troost, seines *Hauptarchitekten*<sup>13)</sup>, ein *Beileidstelegramm*.

<sup>12)</sup> Bericht im VB. Nr. 15 v. 15. 1. 1934.

<sup>13)</sup> Troost erbaute das Haus der Kunst in München und entwarf die sogenannten „Führerbauten“ am Königsplatz.

22. Januar 1934

Am 22. Januar sprach Hitler in *Berlin vor den SA.-Führern*, die sich unter Führung von Stabschef Röhm nach Abschluß einer Tagung in Friedrichsroda in die Reichskanzlei begeben hatten<sup>14)</sup>. Er stellte die weltanschaulich-erzieherische Aufgabe der SA. in den Mittelpunkt seiner Ansprache, ohne auf andere aktuelle Fragen, die die Zukunft der SA. betrafen, einzugehen.

Am 24. Januar nahm Hitler an der Beisetzung von Professor Troost auf dem Münchner Nordfriedhof teil<sup>15)</sup>. Entgegen seiner sonstigen Gewohnheit war Hitler nicht nur bei der Trauerfeier anwesend, sondern begleitete den Sarg sogar bis zum Grab.

Während seines Aufenthaltes in München erließ Hitler folgende *Partei-Verfügung*:<sup>16)</sup>

„Auf Vorschlag des Stabsleiter der PO. beauftrage ich den Parteigenossen Alfred Rosenberg mit der Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der Partei und aller gleichgeschalteten Verbände sowie des Werkes ‚Kraft durch Freude‘.

Die Funktionen des Reichsschulungsleiters Pg. Otto Gohdes werden hierdurch nicht berührt.

München, den 24. Januar 1934.

Adolf Hitler.“

Mit dieser wortreichen, aber unbedeutenden Berufung speiste Hitler damals Rosenberg ab, der sich zweifellos Hoffnungen auf ein Ministeramt, vielleicht sogar auf das des Kultusministers, gemacht hatte. Rosenberg und dessen abstruse weltanschauliche Ideologien waren ihm nie recht sympathisch gewesen. Zum damaligen Zeitpunkt aber störten sie seine politischen und militärischen Pläne besonders. Faktisch spielte Rosenberg, abgesehen von seiner wenig ins Gewicht fallenden Stellung als Herausgeber des *Völkischen Beobachters*, in den folgenden Jahren keine bedeutende Rolle mehr in Partei und Staat, bis ihn Hitler im Jahre 1941 zum Reichsminister für die besetzten (russischen) Ostgebiete machte und ihm damit ein Amt verlieh, zu dem sich Rosenberg wohl kaum gedrängt hatte.

Am 25. Januar empfing Hitler in der Reichskanzlei den polnischen Botschafter Josef Lipski zur letzten *Aussprache über den bevorstehenden Vertragsabschluß mit Polen*<sup>17)</sup>. Am gleichen Tag empfing er auch den *Reichsbischof Müller und die evangelischen Landesbischöfe* in der Reichskanzlei, um sich über die Situation der evangelischen Kirche zu orientieren<sup>18)</sup>.

Über beide Besprechungen erstattete Hitler dem Reichspräsidenten Bericht.

Die feierliche Unterzeichnung des deutsch-polnischen Zehn-Jahrespaktes erfolgte am 26. Januar<sup>19)</sup>. Dieses Vertragswerk erregte beträchtliches Aufsehen, weil es der antipolnischen Mentalität, die zumindest seit Bismarck, aber auch schon z. Zt. der polnischen Teilungen in Deutschland zu beobachten war, zuwiderlief. Von nationalsozialistischer Seite wurde die neue Freundschaft mit Polen als ein Wunderwerk diplomatischer Staatskunst gefeiert. Unter Umständen hätte das Vertragswerk wirklich positive Seiten haben können — wenn es ernst gemeint gewesen wäre. Die weitere Entwicklung aber enthüllte Hitlers Absicht, durch dieses Bündnis lediglich Zeit zu gewinnen, um dann skrupellos gegen Polen vorgehen zu können.

14) Bericht im VB. Nr. 23 v. 23. 1. 1934.

15) Bericht im VB. Nr. 25 v. 25. 1. 1934.

16) Bericht DNB v. 1. 2. 1934.

17) Bericht im VB. Nr. 26 v. 26. 1. 1934.

18) Bericht im VB. Nr. 26 v. 26. 1. 1934.

19) Bericht im VB. Nr. 27 v. 27. 1. 1934.

27. Januar 1934

Am 27. Januar veröffentlichte das Frankfurter Volksblatt ein *Gespräch Hitlers mit dem Dichter Hanns Johst über den Begriff des Bürgers*.

Wenn Hitler gegen den sogenannten „Bürger“ Stellung nahm, dann hatte er meist die intellektuellen im Auge, deren Skepsis gegenüber seinen Zukunftsprognosen ihn immer wieder in Wut versetzte. Den bürgerlichen Lebensstil selbst lehnte Hitler keineswegs ab. Man könnte ihn, hinsichtlich seiner privaten Wünsche, seiner Wohn- und Lebensbedürfnisse, durchaus einen Kleinbürger nennen.

Das Gespräch mit Johst hatte nach dessen Angabe folgenden Wortlaut: <sup>20)</sup>

Frage: „Immer stärker fühlt sich der Bürger im romantischen Begriff der Ruhe, seiner Ruhe, bedrängt. So mögen Sie, Herr Reichskanzler, die offene Frage erlauben: Welche Stellung nehmen sie dem Bürger gegenüber ein?“

Antwort: „Ich glaube, wir tun gut, den Begriff des Bürgerlichen zunächst einmal aus seiner unklaren Vieldeutigkeit zu lösen und uns eindeutig über das, was wir unter Bürger begreifen, zu verständigen. Ich brauche nur den Staatsbürger und den Spießbürger zu erwähnen, um zwei Arten dieser Gattung zu charakterisieren.“

Frage: „Sie meinen: Der Staatsbürger ist der Mann, der sich so oder so politisch zu dem Staat stellt und bekennt, und der Spießbürger ist der Typ, der sich aus lauter Sorge um seine friedliche Existenz unpolitisch nennt und philiströs nach der bekannten Methode des Vogels Strauß den Kopf in den Sand steckt, um nicht Augenzeuge politischer Zustände sein zu müssen?“

Antwort: „Gerade das meine ich. Ein Teil der bürgerlichen Welt und bürgerlichen Weltanschauung liebt es, als völlig uninteressiert am politischen Leben angesprochen zu werden. Er ist auf dem Vorkriegsstandpunkt stehengeblieben, daß die Politik jenseits seines gewohnten, gesellschaftlichen Lebens ihre eigenen Daseinsformen hat, und daß sie von einer dafür engagierten oder prädestinierten Kaste ausgeübt werden müsse. Er will sie gern vom Stammtisch her, vom bloßem Stimmungsgerede und vom persönlichen Interesse her zur Kritik ziehen, aber er will keinerlei repräsentative, öffentliche Verantwortung übernehmen. Meine Bewegung nun als Wille und Sehnsucht erfaßt in allem das ganze Volk. Sie faßt Deutschland als Körperschaft auf, als einen einzigen Organismus. Es gibt in diesem organischen Wesen keine Verantwortungslosigkeit, keine einzige Zelle, die nicht mit ihrer Existenz für das Wohlergehen und Wohlbefinden der Gesamtheit verantwortlich wäre.“

Es gibt also in meiner Anschauung nicht den geringsten Raum für den unpolitischen Menschen. Jeder Deutsche, ob er will oder nicht, ist durch seine Eingeburt in das deutsche Schicksal, durch sein Dasein repräsentative Daseinsform eben dieses Deutschlands. Ich hebe mit diesem Grundsatz jeden Klassenkampf aus den Angeln und sage mit ihm gleichzeitig jedem Kastengeist und Klassenbewußtsein den Kampf an.“

Frage: „Sie dulden also keinerlei Flucht in das Private, und der Bürger spielt sich gern als Privatmann auf? Sie zwingen jedermann in die Stellung eines Staatsbürgers?“

Antwort: „Ich kenne keine Drückebergerei vor dem Entscheid! Ein jeder Deutsche muß wissen, was er will! Und muß für diesen seinen Willen geradestehen!“

Seit 1914 stehe ich mit meinem Leben im Kampf. Zunächst als Soldat, blindgehorsam der militärischen Führung. Als 1918 diese Führung sich aus der Machtsphäre des Befehls ausschalten ließ, prüfte ich die neue politische Befehlsstelle und erkannte in ihr das wahre Gesicht des Marxismus. Mein Kampf gegen die Politik dieser Theorie und ihrer Praxis begann.“

---

<sup>20)</sup> Vgl. Frankfurter Volksblatt Nr. 26 v. 27. 1. 1934. Das Gespräch ist ferner wiedergegeben bei Hanns Johst, Standpunkt und Fortschritt, Oldenburg 1934.

27. Januar 1934

Frage: „Sie fanden marxistische Parteien vor und bürgerliche Indifferenz. Man zählte Sie zu dem bürgerlichen Flügel der Rechten.“

Antwort: „Diese Einwertung meiner Lebensarbeit beherbergt zwei Fehler. Meine ganze Energie setzte sich von Anfang an für Überwindung der parteilichen Staatsführung ein, und zweitens — doch das ergibt sich logischerweise von selbst aus dem Ursprung meiner Erhebung — bin ich niemals unter dem Aspekt des Bürgerlichen zu verstehen.“

Im Streit der Parteien hat sich herausgestellt, daß unter falschen Fahnen diskutiert wird. Es ist nämlich falsch, daß die bürgerlichen Parteien Arbeitgeber geworden sind, und daß die Marxisten sich Proleten und Arbeitnehmer heißen. Es gibt ebensoviel Proleten unter den Arbeitgebern, als es bürgerliche Elemente unter den Arbeitnehmern gibt.

Die ‚Bürger‘ verteidigen angeblich im Begriff des Vaterlandes einen Besitz, einen kapitalistischen Wert. Vom Marxismus her gesehen also ist Vaterlandsliebe nicht dumm, sondern Profitgier des Kapitals. Die Internationalität des Marxismus andererseits wird vom Bürger her als Spekulation auf eine Weltwirtschaft angesprochen, in der es nur noch staatliche Verwaltung und kein privates Vermögen mehr gibt.

Dieser Trennung des Volkes in Interessengegnerschaft geht der Bürger aus dem Wege, stellt sich hinter den flachen und geschäftigen Optimismus seiner Tagespresse und läßt sich von ihr ‚unpolitisch‘ unterrichten. Dieser Unterricht erfolgt sehr geschickt ganz nach dem Geschmack seiner Majestät Zipfelmütze, friedliebend und friedlich. Man geht Schritt für Schritt zurück. Der Kompromiß schafft immer wieder Zündstoffe aus der Welt, zumindest aus der Welt des Augenscheinlichen, und das Ende, das Ende ist eine politische Angelegenheit in weiter Ferne, die man auf sich beruhen läßt — eben um des lieben Friedens willen. Daß dieser Friede gar kein Friede war, sondern eine tägliche Niederlage, ein täglicher Sieg des bewußt politischen Marxismus, für diese Erkenntnis kämpft der Nationalsozialismus.

Der Nationalsozialismus nimmt aus jedem der zwei Lager die reine Idee für sich. Aus dem Lager der bürgerlichen Tradition: die nationale Entschlossenheit, und aus dem Materialismus der marxistischen Lehre: den lebendigen, schöpferischen Sozialismus.

Volksgemeinschaft: das heißt Gemeinschaft aller wirkenden Arbeit, das heißt Einheit aller Lebensinteressen, das heißt Überwindung von privatem Bürgertum und gewerkschaftlich-mechanisch-organisierter Masse, das heißt die unbedingte Gleichung von Einzelschicksal und Nation, von Individuum und Volk.

Ich weiß, der liberale Bürgersinn ist in Deutschland sehr ausgeprägt, der Bürger lehnt das öffentliche Leben ab, er hat eine tiefe Abneigung gegen die Straße. Gibt er dieser Neigung länger nach, zerstört dies öffentliche Leben, die Straße, das Ideal seiner vier Wände.

Der Angriff ist in solchem Fall die beste Verteidigung.

Ich bin nicht verantwortlich für die Tatsache, daß 1918 die Straße die Befehlszentrale des deutschen Staates besetzte. Das Bürgertum hätte aber den geringsten Anlaß, den Trommler in mir zu beargwöhnen, der die Reveille wirbelt, denn hätte das Bürgertum die Tatsachen der Geschichte verschlafen, so wäre es zu spät erwacht, erwacht in einem politischen Zustand, der Bolschewismus heißt und der zuverlässigste Todfeind des Bürgersinnes ist. Gegen den Bürger als Bourgeois lief die russische Revolution Sturm, und in Deutschland ist die Entscheidungsschlacht dieser Weltanschauung eben gefallen.

Daß ganz Deutschland über den bolschewistischen Imperialismus aufgeklärt ist, daß kein einziger Deutscher sagen kann: ich habe es nicht gewußt, sondern ihm nur die faule Ausrede verbleibt: ich habe es nicht geglaubt — das ist mein Einsatz und der Grundsatz aller meiner Getreuen immer gewesen.“

Frage: „Soweit Sie sich unter dem Zwange der Weimarer Verfassung parteimäßig orientieren mußten, nannten Sie Ihre Bewegung aber Nationalsozialistische Arbeiterpartei. Ich meine, Sie gaben damit dem Begriff des Arbeiters die größere Ehre vor dem Begriff des Bürgers.“

Antwort: „Ich wählte das Wort Arbeiter, weil es mir meinem ganzen Wesen nach näher lag, und weil ich dieses Wort zurückerobern wollte für die nationale Kraft. Ich

wollte und will nicht zulassen, daß der Begriff des Arbeiters einfach internationalen Charakter erhält und vom Bürger her mit einer Art Mißtrauen betrachtet wird. Ich mußte ihn wieder ‚einbürgern‘ in die Gewalt der deutschen Sprache und in die Hoheitsrechte und Pflichten des deutschen Volkes. Ebenso wenig wie ich dulde, daß der richtig erfaßte und wesentlich verständene Begriff des Bürgers verunziert wird. Aber dafür zu sorgen, halte ich den Bürger für berufen.“

Frage: „In der Weltanschauung des Nationalsozialismus gibt es also nur Staatsbürger und Arbeiter. Und jedermann ist entweder beides, oder er ist keines von beiden und damit eine Drohne des staatlichen Lebens.“

Antwort: „Gewiß, diese Gleichung ist mir wesentlich, denn mit ihr allein überwinden wir das ganze flache Vokabular von unnötigen Überheblichkeiten, wie sie der Parlamentarismus und der ganze Liberalismus heraufbeschworen haben. Der deutsche Bürger mit der Zipfelmütze muß Staatsbürger werden und der Genosse mit der roten Ballonmütze Volksgenosse. Beide müssen mit ihrem guten Willen den soziologischen Begriff des Arbeiters zu dem Ehrentitel der Arbeit adeln. Dieser Adelsbrief allein weidigt den Soldaten wie den Bauern, den Kaufmann wie den Akademiker, den Arbeiter wie den Kapitalisten auf die einzig mögliche Blickrichtung aller deutschen Zielstrebigkeiten: auf die Nation.“

Erst wenn alles Geschehen der gesamtdeutschen Gemeinschaft auf das Ganze hin geschieht, vermag das Ganze wiederum im Wechselstrom der politischen Wirkungen alle einzelnen Einheiten, Stände und Zustände positiv und produktiv zu führen.

Führung beruht immer auf dem freien und guten Willen der Geführten. Meine Lehre von der Führeridee ist also alles andere, als was sie von den Bolschewisten gern hingestellt wird: die Lehre einer brutalen Diktatur, die über zerstörte Werte des Eigenlebens triumphiert. Und ich stelle daher als Reichskanzler meine Tätigkeit als öffentlicher Volksbildner nicht ein, sondern im Gegenteil, ich benutze alle Mittel des Staates und seiner Macht dazu, mein ganzes Tun und Handeln zu veröffentlichen und zu verlautbaren, um durch diese Offenheit die Öffentlichkeit für jede einzelne Entscheidung meines Staatswillens zu gewinnen durch Beweis und Überzeugung. Und ich tue das, weil ich an die schöpferische, mitschöpferische Kraft des Volkes glaube.“

Frage: „Im Volke sehen Sie also, Herr Reichskanzler, den Mythos einer Verschmelzung von Arbeiter und Bürger, so wie Sie im Staat das geschmeidige Instrument des Volkes sehen? Sie sehen — um mich ganz klar auszudrücken — das Instrument des Staates in der Hand des Volkes, und Sie sehen also in Ihrer Kanzlerschaft die Souveränität des Volkes auf den Namen Adolf Hitler geweiht!“

Antwort: „Ich hoffe, daß dieses Zwiegespräch in den weiten Kreisen des Bürgertums aufklärend wirkt. Der Bürger soll sich nicht länger als eine Art Rentner weder der Tradition noch des Kapitals fühlen und durch die marxistische Besitzidee vom Arbeiter trennt, sondern soll mit offenem Sinn erstreben, als Arbeiter dem Ganzen eingefügt zu werden, denn er ist ja gar nicht Bürger im Sinne jener entstellenden Deutung, durch die er als feindlicher Bruder innerhalb der Volkschaft verhetzt wurde. Er soll seinen klassischen Bürgerstolz auf Staatsbürgertum beziehen und im übrigen sich bescheiden Arbeiter wissen.“

Denn alles, was nicht verfiebert zur Arbeit drängt und sich zur Arbeit bekennt, ist im Bereich des Nationalsozialismus zum Absterben verurteilt.“

Am 29. Januar setzte es Hitler durch, daß der „Kyffhäuserbund“, die Vereinigung der deutschen Kriegervereine im Deutschen Reichskriegerbund, unter nationalsozialistische Führung gestellt wurde. Der bisherige Bundesführer, General der Artillerie a. D. von Horn, trat zurück und machte dem „Obersten Landesführer der SA.-Reserve II.“, Oberst a. D. Reinhardt, Platz, der später zum SS.-Gruppenführer befördert wurde <sup>21)</sup>.

<sup>21)</sup> Bericht DNB. v. 29. I. 1934.

30. Januar 1934

Am 30. Januar versammelten sich die Mitglieder des Reichskabinetts in der Reichskanzlei, um mit Papen als Sprecher Hitler zum ersten *Jahrestag der Machtergreifung* zu gratulieren. Hitler dankte in einer *Ausprache* <sup>22)</sup> und betonte, daß es heute wohl in der ganzen Welt kaum ein Kabinett gebe, das so homogen und vertrauensvoll zusammenarbeite wie das deutsche Reichskabinett.

Anläßlich des Jahrestages empfing Hindenburg den Reichskanzler zu einer *persönlichen Aussprache* <sup>23)</sup>. Er hatte ihm außerdem in einem besonderen Handschreiben für seine Verdienste im vergangenen Jahr gedankt.

Um 15 Uhr begann die *Sitzung des Reichstags*, der sich zur Entgegennahme einer *Regierungserklärung* versammelt hatte. Hitler, im braunen Uniformrock, begann seine Rede mit folgenden Worten: <sup>24)</sup>

„Abgeordnete! Männer des Deutschen Reichstages!

Wenn wir heute rückblickend das Jahr 1933 als [!] das Jahr der nationalsozialistischen Revolution nennen, dann wird dereinst eine objektive Beurteilung seiner Ereignisse und Vorgänge diese Bezeichnung als gerechtfertigt in die Geschichte unseres Volkes übernehmen. Es wird dabei nicht als entscheidend angesehen werden die maßvolle Form, in der sich diese Umwälzung äußerlich vollzog, als vielmehr die innere Größe der Wandlung, die dieses eine Jahr dem deutschen Volke auf allen Gebieten und in allen Richtungen seines Lebens gebracht hat.

In knappen zwölf Monaten wurden eine Welt von Auffassungen und Einrichtungen beseitigt und eine andere an ihre Stelle gesetzt. Was sich in dieser kurzen Spanne Zeit vor unser aller Augen vollzog, war noch am Vorabend des denkwürdigen 30. Januar 1933 von der sicher überwiegenden Mehrheit unseres Volkes und insbesondere den Trägern, Wortführern und Repräsentanten des früheren Zustandes als phantastische Utopie angesehen und bezeichnet worden.

Ein so wunderbares geschichtliches Ereignis wäre aber auch wirklich undenkbar, wenn es den Befehl zu seinem Geschehen nur dem Einfall irgendeines launischen Menschengeistes oder gar dem Spiel des Zufalls zu verdanken gehabt hätte. Nein. Die Voraussetzungen für diesen Vorgang haben sich aus der Entwicklung langer Jahre zwangsläufig gebildet und ergeben. Eine furchtbare Not schrie um Abhilfe. So, daß die Stunde nur des Willens harrete, der bereit war, den geschichtlichen Auftrag zu vollstrecken.“

Mit dieser Einleitung deklarierte sich Hitler als die zum Handeln entschlossene, weltgeschichtliche Persönlichkeit, die eine Reihe von deutschen Kulturphilosophen, angefangen von Hegel bis Oswald Spengler, herbeigesehnt hatte.

Anschließend gab er eine etwa einstündige „Parteierzählung“ <sup>25)</sup> von sich, in die er nicht nur die Kampfzeit seit 1919, sondern auch die Ereignisse des Jahres 1933 einschloß.

Bemerkenswert sind darin die Stellen, in denen er sich mit den christlichen Konfessionen und gewissen Restaurationsbestrebungen beschäftigte.

Zunächst versetzte er den Kirchen, vor allem der evangelischen, einige Nasenstübe und erklärte:

„Nicht weniger einschneidend ist die Auseinandersetzung des neuen Staates mit den beiden christlichen Konfessionen. Erfüllt von dem Wunsch, die in den beiden christlichen Konfessionen verankerten großen religiösen, moralischen und sittlichen Werte dem deutschen Volke zu sichern, haben wir die politischen Organisationen beseitigt, die religiösen

<sup>22)</sup> Bericht DNB. v. 30. 1. 1934.

<sup>23)</sup> Bericht DNB. v. 30. 1. 1934.

<sup>24)</sup> Wiedergabe nach der Reclam-Ausgabe, Die Rede des Führers Adolf Hitler am 30. Januar 1934 im Deutschen Reichstag. Leipzig 1934. Veröffentlicht ferner im VB. Nr. 31 v. 31. 1. 1934.

<sup>25)</sup> Ausdruck des Verfassers, vgl. S. 49.





**VII Hitler im Gespräch mit Röhm**  
und anderen SA.-Führern am 22. Januar 1934 in der Reichs-  
kanzlei (nach der Tagung in Friedrichsroda).

*Aufnahme: Archiv Domarus*



### VIII Rede vor Autobahnarbeitern

Hitler spricht am 21. März 1934 in Unterhaching anlässlich des Beginns der Arbeiten für die Reichsautobahnstrecke München — Landesgrenze (b. Salzburg).

*Aufnahme: Archiv Domarus*

Institutionen aber gestärkt. Denn ein Vertrag mit dem nationalsozialistischen kraftvollen Staat ist für eine Kirche wertvoller, als der Kampf konfessioneller politischer Verbände, die in ihrer koalitions-bedingten Kompromißpolitik personelle Vorteile für Parteianhänger stets erkaufen müssen mit der ideellen Preisgabe einer wirklich innerlich religiösen Erziehung und Festigung des Volkes.

Wir alle leben aber in der Erwartung, daß der Zusammenschluß der evangelischen Landeskirchen und Bekenntnisse zu einer deutschen evangelischen Reichskirche dem Sehnen jener eine wirkliche Befriedigung geben möge, die in der Zerfahrenheit des evangelischen Lebens eine Schwächung der Kraft des evangelischen Glaubens an sich befürchten zu müssen glaubten.

Indem so der nationalsozialistische Staat in diesem Jahre der Stärke der christlichen Bekenntnisse seine Achtung erwiesen hat, erwartet er dieselbe Achtung der Bekenntnisse von der Stärke des nationalsozialistischen Staates!“ —

„Ich möchte daher an dieser Stelle Protest einlegen gegen die jüngst erneut vertretene These, daß Deutschland nur wieder glücklich sein könnte unter seinen angestammten Bundesfürsten.

Nein! Ein Volk sind wir, und in einem Reiche wollen wir leben.

Und was sich früher in der deutschen Geschichte so oft dagegen versündigte, konnte seine Berufung nicht auf Gottes gnädigen Willen beziehen, sondern, wie die Geschichte lehrt, leider nur zu häufig auf die zweckdienliche Huld und Förderung schlimmster Feinde.

Wir haben daher in diesem Jahre bewußt die Autorität des Reiches und die Autorität der Regierung jenen gegenüber durchgesetzt, die als schwächliche Nachfahren und Erben der Politik der Vergangenheit glaubten, auch dem nationalsozialistischen Staat ihren traditionellen Widerstand ansagen zu können.

Es war eine der glücklichsten Stunden meines Lebens, in der es sich offenbarte, daß das ganze deutsche Volk dieser Politik der ausschließlichen Vertretung seiner Interessen seine Billigung gibt.

Bei aller Würdigung der Werte der Monarchie, bei aller Ehrerbietung vor den wirklich großen Kaisern und Königen unserer deutschen Geschichte, steht die Frage der endgültigen Gestaltung der Staatsform des Deutschen Reiches heute außer jeder Diskussion. Wie immer aber auch die Nation und ihre Führer dereinst die Entscheidung treffen mögen, eines sollen sie nie vergessen: Wer Deutschlands letzte Spitze verkörpert, erhält seine Berufung durch das deutsche Volk und ist ihm ausschließlich verpflichtet!

Ich selbst fühle mich nur als Beauftragter der Nation zur Durchführung jener Reformen, die es ihm einst ermöglichen werden, die letzte Entscheidung über die endgültige Verfassung des Reiches zu treffen.“

Hitler hat niemals die Wiedereinführung der Monarchie ernstlich befürwortet<sup>26)</sup>. Ab und zu erging er sich, wenn es ihm bei dem betreffenden Zuhörerkreis gerade opportun erschien, in nebelhaften Andeutungen über eine in später Zukunft vielleicht mögliche monarchische Verfassung des Reiches, unter keinen Umständen aber wollte er eine solche zu seinen eigenen Lebzeiten akzeptieren.

Allen denen, die etwa noch solchen „verfehlten“ Gedankengängen nachgingen, erteilte er am 30. Januar 1934 eine gründliche Abfuhr.

Hitler wandte sich nun seinen innenpolitischen Feinden zu, unter denen er hauptsächlich die Intellektuellen, aber auch die reaktionären Kreise verstand, denen er dann am 30. Juni 1934 „auf die Finger schlug“<sup>27)</sup>.

<sup>26)</sup> Es ist unverständlich, daß Hindenburgs Staatssekretär Dr. Meißner aus der Unterhaltung mit Göring am 28. 1. 1933 (vgl. Meißner-Wilde, a. a. O. S. 170) entnahm, die Nationalsozialisten stünden der Wiedereinführung der Monarchie positiv gegenüber. Eine solche käme in Frage, so hatte Göring erklärt, falls eine Zweidrittelmehrheit des Volkes sie in freier Wahl durchaus wünsche. Diese Worte Görings besagten eher das Gegenteil. Denn woher sollte diese Zweidrittelmehrheit kommen, da Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten drei Viertel der deutschen Wähler verkörperten?

<sup>27)</sup> Vgl. entsprechende Äußerung Hitlers gegenüber Rauschnig, wiedergegeben auf S. 344 f.

„Daß unsere Tätigkeit in diesem Jahre trotzdem von zahllosen Feinden angegriffen wurde, ist selbstverständlich. Wir haben diese Belastung ertragen und werden sie auch in der Zukunft zu ertragen wissen. Wenn verkommene Emigranten, die zum weitaus größten Teil nicht aus politischen, sondern aus rein kriminellen Gründen das ihnen nunmehr bedenklich erschienene Klima ihres ehemaligen Operationsfeldes verlassen hatten, gegen Deutschland mit echter Spitzbubengewandtheit und Verbrechergewissenlosigkeit eine leichtgläubige Welt zu mobilisieren versuchen, so werden deren Lügen um so kürzere Beine haben, als steigend aus den übrigen Ländern Zehntausende achtungs- und ehrenwerte Männer und Frauen nach Deutschland kommen und mit eigenen Augen die Schilderungen dieser internationalen ‚Verfolgten‘ mit der tatsächlichen Wirklichkeit vergleichen können.

Daß weiter auch noch ein Teil kommunistischer Ideologen glaubt, das Rad der Geschichte zurückdrehen zu müssen und sich dabei eines Untermenschentums bedient, das den Begriff der politischen Freiheit verwechselt mit dem Ausleben verbrecherischer Instinkte, wird uns desgleichen wenig bekümmern. Wir sind mit diesen Elementen fertig geworden, als sie an der Macht und wir in der Opposition waren. Wir werden mit ihnen um so sicherer in der Zukunft fertig, als nunmehr sie in der Opposition und wir an der Macht sind.

Auch ein Teil unseres bürgerlichen Intellektualismus glaubt sich mit den harten Tatsachen nicht abfinden zu können. Allein es ist wirklich nützlicher, diese wurzellose Geistigkeit als Feind zu besitzen denn als Anhänger. Denn von allem Gesunden wenden sie sich ab, aber alles Krankhafte erregt ihr Interesse und erfährt ihre Förderung.

Und zu diesen Feinden des neuen Regiments möchte ich auch die kleine Clique jener unverbesserlichen Rückwärtsschauer rechnen, in deren Augen die Völker nichts anderes sind als besitzlose Faktoreien, die nur auf einen Herrn warten, um unter solch gottesgnädiger Führung dann die einzig mögliche innere Befriedigung zu finden. Und endlich rechne ich dazu noch jenes Grüppchen völkischer Ideologen, das glaubt, die Nation wäre nur dann glücklich zu machen, wenn sie die Erfahrungen und die Resultate einer zweitausendjährigen Geschichte vertilgt, um im vermeintlichen Bärenfell aufs neue ihre Wanderung anzutreten.

All diese Gegner zusammen umfassen in Deutschland ziffernmäßig noch keine 2,5 Millionen Menschen gegenüber mehr als 40 Millionen, die sich zu dem neuen Staat und seinem Regiment bekennen. Diese zwei Millionen sind nicht als Opposition zu werten, denn sie sind ein wüstes Konglomerat der verschiedensten Meinungen und Auffassungen, völlig unfähig, irgendein gemeinsames positives Ziel zu verfolgen, und nur fähig zu einer gemeinsamen Ablehnung des heutigen Staates.“

Anschließend beschäftigte sich Hitler mit den Konjunkturrittern und den Erbkranken.

„Gefährlicher als diese aber sind zwei Kategorien von Menschen, in denen wir eine wirkliche Belastung des heutigen und künftigen Reiches erblicken müssen.

Es sind dies erstens jene politischen Wandervögel, die stets dort auftauchen, wo [zur] Sommerszeit gerade geerntet wird. Charakterlich schwache Subjekte, die sich aber als wahrhaftige Konjunkturfanatiker auf jede erfolgreiche Bewegung stürzen und durch überlautes Geschrei und hundertzehnprozentiges Betragen die Frage nach ihrer früheren Herkunft und Tätigkeit von vornherein zu verhindern oder zu beantworten trachten.

Sie sind gefährlich deshalb, weil sie unter der Maske des neuen Regiments ihre rein persönlichen egoistischen Interessen zu befriedigen suchen und dabei zu einer wirklichen Belastung einer Bewegung werden, für die Millionen anständige Menschen jahrelang die schwersten Opfer gebracht hatten, ohne vielleicht auch nur je in Gedanken geglaubt zu haben, es könnte ihnen jemals vergolten werden, was sie an Leid und Entbehrungen für ihr Volk auf sich nahmen.

Von diesen aufdringlichen Parasiten den Staat und die Partei zu säubern, wird besonders für die Zukunft eine wichtige Aufgabe sein. Dann werden auch viele innerlich anständige Menschen, die aus oft verständlichen, ja zwingenden Gründen früher nicht

zur Bewegung kommen konnten, den Weg zu ihr finden, ohne befürchten zu müssen, mit solchen obskuren Elementen verwechselt zu werden.

Und eine weitere schwere Belastung ist das Heer jener, die aus Erbveranlagung von vornherein auf der negativen Seite des völkischen Lebens geboren wurden.

Hier wird der Staat zu wahrhaft revolutionären Maßnahmen greifen können.

Es ist ein großes Verdienst der nationalsozialistischen Bewegung, daß sie schon in diesem vergangenen Jahre auf dem Wege der Gesetzgebung zum Erstangriff gegen diesen drohenden, langsamen Verfall des Volkes vorging<sup>28)</sup>. Wenn dabei besonders von konfessioneller Seite Bedenken vorgebracht werden und gegen diese Gesetzgebung opponiert wird, so habe ich darauf folgendes zu antworten: Es wäre zweckmäßiger, aufrichtiger und vor allem christlicher gewesen, in den vergangenen Jahrzehnten nicht zu denen zu halten, die das gesunde Leben bewußt vernichteten, statt gegen jene zu meutern, die nichts anderes wollen, als das Kranke vermeiden.

Im übrigen ist das Geschehenlassen auf diesem Gebiet nicht nur eine Grausamkeit gegen die einzelnen unschuldigen Opfer, sondern auch eine Grausamkeit gegen die Gesamtheit des Volkes. Wenn die Entwicklung so weitergehen würde wie in den letzten hundert Jahren, würde die Zahl der der öffentlichen Fürsorge Unterstellten dereinst bedrohlich an die heranrücken, die am Ende dann die einzigen Träger der Erhaltung der Gemeinschaft wären.

Nicht die Kirchen ernähren die Armeen dieser Unglücklichen, sondern das Volk muß es tun. Wenn sich die Kirchen bereit erklären sollten, diese Erbkranken aber in ihre Pflege und Obsorge zu nehmen, sind wir gern bereit, auf ihre Unfruchtbarmachung Verzicht zu leisten. Solange aber der Staat dazu verdammt ist, von seinen Bürgern jährlich steigende Riesenbeträge aufzubringen — die heute in Deutschland bereits die Summe von 350 Millionen überschreiten —, zur Erhaltung dieser bedauerlichen Erbkranken der Nation, dann ist er gezwungen, jene Abhilfe zu schaffen, die sowohl verhütet, daß sich in der Zukunft so unverdientes Leid weitervererbt, als auch verhindert, daß damit Millionen Gesunden oft das zum Leben Nötigste entzogen werden muß, um Millionen Ungesunde künstlich am Leben zu erhalten.

Männer des Deutschen Reichstags! So groß die Ergebnisse des Jahres der nationalsozialistischen Revolution und Staatsführung sind, so ist doch noch bemerkenswerter die Tatsache, daß diese große Umwälzung in unserem Volk stattfinden konnte erstens in einem geradezu blitzschnellen Tempo und zweitens fast ohne jedes Blutvergießen.

Es ist das Schicksal der überwiegenden Mehrzahl aller Revolutionen, in der Eile des Vorwärtstürmens den festen Boden ganz unter den Füßen zu verlieren, um endlich irgendwo an den harten Tatsachen doch wieder zu zerschellen. Wir aber haben diese nationale Erhebung im großen so mustergültig führen können, wie dies außer bei der faschistischen Revolution in Italien wohl kaum jemals zuvor der Fall war.

Die Gründe liegen in der Tatsache, daß nicht ein zur Verzweiflung getriebenes, aber im übrigen desorganisiertes Volk die Fahne des Aufruhrs erhob und die Brandfackel an den bestehenden Staat legte, sondern eine glänzend organisierte Bewegung mit in langen Jahren disziplinierten Anhängern kämpfte. Dies ist das unvergängliche Verdienst der nationalsozialistischen Partei und ihrer Organisationen, es ist das Verdienst der braunen Garde. Sie hat die deutsche Erhebung vorbereitet, fast ohne Blutvergießen mit beispielloser Programmäßigkeit durchgeführt und abgeschlossen.

Dieses Wunder war weiter aber auch nur denkbar durch die freiwillige und restlose Zustimmung derer, die als Führer ähnlicher Organisationen gleiche Ziele anstrebten, oder als Offiziere die deutsche Wehrmacht repräsentierten.

Es ist ein einzigartiges geschichtliches Beispiel, daß zwischen den Kräften der Revolution und den verantwortlichen Führern einer auf das äußerste disziplinierten Wehrmacht

<sup>28)</sup> Hitler spielt hier auf das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 5. 12. 1933 an (RGBl. 1933 I S. 1021). Die weitere Entwicklung zeigte, daß es ihm nicht nur um die Verhütung der Nachkommenschaft, sondern auch um die Tötung unheilbarer Kranker (Euthanasie) ging, ja aller Menschen, die er selbst auf Grund seiner gottähnlichen Stellung als lebensunwert bezeichnen würde. Auf dieser Bahn gab es kein Halten mehr!

solch herzliche Verbundenheit im Dienste des Volkes in Erscheinung trat, wie zwischen der nationalsozialistischen Partei und mir als ihrem Führer einerseits und den Offizieren und Soldaten des deutschen Reichsheeres und der Marine andererseits.

Wenn der Stahlhelm in diesen zwölf Monaten mehr und mehr zum Nationalsozialismus stieß, um endlich in einer Verschmelzung dieser Verbrüderung den schönsten Ausdruck zu geben, dann hat die Armee und ihre Führung in der gleichen Zeit in bedingungsloser Treue und Gefolgschaft zum neuen Staat gestanden und uns vor der Geschichte überhaupt erst den Erfolg unserer Arbeit ermöglicht.

Denn nicht ein Bürgerkrieg konnte Deutschland retten, sondern nur die einmütige Zusammenfassung all jener, die auch in den schlimmsten Jahren den Glauben nicht verloren hatten an das deutsche Volk und an das Deutsche Reich.

Ich darf zum Abschluß dieses Jahres der größten innerpolitischen Revolution und als besonderes Zeichen der gewaltigen, einigenden Kraft unseres Ideals noch darauf hinweisen, daß in einem Kabinett, dem im Januar 1933 nur drei Nationalsozialisten angehörten, auch heute noch alle Minister in Tätigkeit sind, ausgenommen einem Mann, der aus eigenem Willen ging und den ich zu meiner großen Freude als wirklichen deutschen Patrioten auf unserer Liste gewählt in diesem Saal weiß<sup>29)</sup>. So haben die Männer der am 30. Januar 1933 gebildeten Regierung auch unter sich das erfüllt, was sie vom ganzen deutschen Volk forderten: Unter Hintansetzung früherer Differenzen gemeinsam zu arbeiten für unseres Volkes Wiederauferstehen und unseres Reiches Ehre und Freiheit. Der Kampf um die innere Neugestaltung des deutschen Volkes und Reiches, der seinen höchsten Ausdruck in der Verschmelzung von Partei und Staat, von Volk und Reich erhielt, ist nicht abgeschlossen.

Getreu der Proklamation beim Antritt unserer Regierung vor einem Jahr, werden wir ihn weiterführen. Auch in der Zukunft sind die Aufgaben unseres innenpolitischen Wollens und Handelns damit schon vorgezeichnet: Stärkung des Reiches durch die Zusammenfassung aller Kräfte in einer organisatorischen Form, die endlich das nachholt, was durch Eigensucht und Unfähigkeit in einem halben Jahrtausend versäumt wurde. Förderung der Wohlfahrt unseres Volkes auf allen Gebieten des Lebens und einer gesitteten Kultur.

Der Deutsche Reichstag wird noch in diesen Stunden durch die Verabschiedung eines neuen Gesetzes der Regierung die weitere legale Ermächtigung zu geben haben, zur Fortsetzung der nationalsozialistischen Revolution<sup>30)</sup>.

Hitler wandte sich dann den Beziehungen mit anderen Staaten zu, mit Rußland, Frankreich, vor allem aber mit Polen und Österreich.

Auffallend dürftig waren die Worte, die Hitler Italien und England widmete, die er doch besonders gern als Bündnispartner gewinnen wollte.

„Grundsätzlich geht die deutsche Regierung von dem Gedanken aus, daß es für die Gestaltung unserer Beziehungen zu anderen Ländern selbstverständlich belanglos ist, welcher Art die Verfassung und Regierungsform sein mag, die die Völker sich zu geben belieben. Es ist dies eines jeden Volkes ureigenste Angelegenheit, sein inneres Leben zu bestimmen nach eigenem Ermessen. Es ist daher aber auch die eigenste Angelegenheit des deutschen Volkes, den geistigen Gehalt und die konstruktive Form seiner Staatsorganisationen und Staatsführung nach eigener Empfindung zu wählen.

<sup>29)</sup> Gemeint ist Hugenberg. Er hatte sich jedoch für diese Sitzung entschuldigen lassen, so daß er wirklich nur „auf der Liste gewählt, in diesem Saal“ weilte.

<sup>30)</sup> Es handelte sich um das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches, vgl. S. 362. Daß Hitler hier von einer „Fortsetzung der nationalsozialistischen Revolution“ sprach, ist bemerkenswert, nachdem er verschiedentlich den Abschluß der Revolution bekanntgegeben hatte. „Die Revolution ist kein permanenter Zustand“, hatte er z. B. am 6. 7. 1933 vor den Reichsstatthaltern erklärt. Später, am 13. 7. 1934, suchte er seine Morde an Röhm und anderen SA.-Führern mit dem Hinweis zu entschuldigen, daß sie angeblich der „Revolution als Revolution gehuldigt und in ihr einen Dauerzustand gesehen hätten“, Revolution durfte in Deutschland eben nur Hitler machen und sonst niemand!

30. Januar 1934

Wir haben noch viele Monate hindurch schmerzlich feststellen müssen, daß die Differenz, die sich zwischen unserer Weltauffassung und der anderer Völker zeigt, zum Anlaß genommen wurde, das deutsche Volk und Deutsche Reich nicht nur mit zahlreichen ungerechtfertigten Vorwürfen zu überschütten, sondern ihm auch mit einem durch nichts begründeten Mißtrauen zu begeben.

Wir haben uns diese Auffassungen nicht zu eigen gemacht. Es war in den vergangenen 12 Monaten unser aufrichtigstes Bestreben, die Beziehungen des Deutschen Reiches zu allen übrigen Staaten im Geiste der Versöhnlichkeit und der Verständigungsbereitschaft zu pflegen auch dann, wenn zwischen den Staatsauffassungen dieser Länder und uns große, ja unüberbrückbare Unterschiede bestehen.

Sowohl den Staaten demokratischer Fassung als auch den Staaten antidemokratischer Tendenz gegenüber beherrschte uns die gleiche Absicht, Mittel und Wege zu finden zum Ausgleich der Gegensätze und zur internationalen Zusammenarbeit.

Nur so war es verständlich, daß trotz der großen Differenz der beiden herrschenden Weltanschauungen das Deutsche Reich sich auch in diesem Jahre bemühte, seine freundschaftlichen Beziehungen Rußland gegenüber weiter zu pflegen. Wenn Herr Stalin in seiner letzten großen Rede der Befürchtung Ausdruck gab, in Deutschland möchten sowjetfeindliche Kräfte tätig sein, so muß ich an dieser Stelle diese Meinung dahin korrigieren, daß genau so wenig, wie in Rußland eine deutsche nationalsozialistische Tendenz geduldet würde, Deutschland eine kommunistische Tendenz oder gar Propaganda dulden wird! Je klarer und eindeutiger diese Tatsache in Erscheinung tritt und von beiden Staaten respektiert wird, um so natürlicher kann die Pflege der Interessen sein, die den beiden Ländern gemein sind. Wir begrüßen daher auch das Bestreben nach einer Stabilisierung der Verhältnisse im Osten durch ein System von Pakten, wenn die leitenden Gesichtspunkte dabei weniger taktisch-politischer Natur sind, als vielmehr der Verstärkung des Friedens dienen sollen.

Aus diesem Grunde und um diesen Absichten zu entsprechen, hat sich die deutsche Regierung auch vom ersten Jahre an bemüht, ein neues und besseres Verhältnis zum polnischen Staate zu finden.

Als ich am 30. Januar die Regierung übernahm, schienen mir die Beziehungen zwischen den beiden Ländern mehr als unbefriedigend zu sein. Es drohte die Gefahr, daß sich aus zweifellos vorhandenen Differenzen, die ihre Ursachen einerseits in den Territorialbestimmungen des Versailler Vertrages, andererseits in der daraus resultierenden beiderseitigen Gereiztheit hatten, allmählich eine Feindschaft erhärtete, die nur zu leicht bei längerer Fortdauer den Charakter einer beiderseitigen politischen Erbbelastung annehmen könnte.

Eine solche Entwicklung würde, abgesehen von den drohenden Gefahren, die sie latent birgt, für die ganze Zukunft einer segensreichen Zusammenarbeit der beiden Völker hinderlich sein.

Deutsche und Polen werden sich mit der Tatsache ihrer Existenz gegenseitig abfinden müssen. Es ist daher zweckmäßiger, einem Zustand, den tausend Jahre vorher nicht zu beseitigen vermochten und nach uns genau so wenig beseitigen werden, so zu gestalten, daß aus ihm für beide Nationen ein möglichst hoher Nutzen gezogen werden kann.

Es schien mir weiter erforderlich, an einem konkreten Beispiel zu zeigen, daß ohne Zweifel bestehende Differenzen nicht verhindern dürfen, im Völkerleben jene Form des gegenseitigen Verkehrs zu finden, die dem Frieden und damit der Wohlfahrt der beiden Völker nützlicher ist, als die politische und am Ende auch wirtschaftliche Lähmung, die zwangsläufig aus einem dauernden Lauerzustande gegenseitigen Mißtrauens sich ergeben muß.

Es schien mir weiter richtig zu sein, zu versuchen, in einem solchen Falle durch eine freimütige und offene Aussprache zu zweit die nun einmal die beiden Länder betreffenden Probleme zu behandeln, als dauernd Dritte und Vierte mit dieser Aufgabe zu betrauen. Im übrigen mögen in der Zukunft die Differenzen zwischen den beiden Ländern sein, wie sie wollen: Der Versuch, sie durch kriegerische Aktionen zu beheben, würde in

30. Januar 1934

seinen katastrophalen Auswirkungen in keinem Verhältnis stehen zu dem irgendwie möglichen Gewinn!

Die deutsche Regierung war daher glücklich, bei dem Führer des heutigen polnischen Staates, Marschall Pilsudski, dieselbe großzügige Auffassung zu finden und diese beiderseitige Erkenntnis in einem Verträge niederzulegen, der nicht nur dem polnischen und dem deutschen Volke gleichermaßen nützlich sein wird, sondern auch einen hohen Beitrag zur Erhaltung des allgemeinen Friedens darstellt.

Die deutsche Regierung ist gewillt und bereit, im Sinne dieses Vertrages auch die wirtschaftspolitischen Beziehungen Polen gegenüber so zu pflegen, daß hier gleichfalls dem Zustande unfruchtbarer Zurückhaltung eine Zeit nützlicher Zusammenarbeit folgen kann.

Daß es in diesem selben Jahr auch der nationalsozialistischen Regierung in Danzig möglich wurde, zu einer ähnlichen Klärung des Verhältnisses zum polnischen Nachbarstaate zu kommen, erfüllt uns mit besonderer Freude.

Zum großen Bedauern der deutschen Reichsregierung sind demgegenüber die Beziehungen des Reiches zur derzeitigen österreichischen Regierung keine befriedigenden. Die Schuld liegt nicht auf unserer Seite. Die Behauptung, daß das deutsche Reich beabsichtige, den österreichischen Staat zu vergewaltigen, ist absurd und kann durch nichts belegt oder erwiesen werden.

Allein, es ist selbstverständlich, daß eine, die ganze deutsche Nation erfassende und sie auf das tiefste bewegende Idee nicht vor den Grenzpfählen eines Landes haltmachen wird, das nicht nur seinem Volke nach deutsch ist, sondern seiner Geschichte nach als deutsche Ostmark durch viele Jahrhunderte hindurch ein integrierender Bestandteil des Deutschen Reiches war, ja dessen Hauptstadt ein halbes Jahrtausend lang die Ehre hatte, Residenz der deutschen Kaiser zu sein und dessen Soldaten noch im Weltkrieg Seite an Seite mit den deutschen Regimentern und Divisionen marschierten.

Auch davon abgesehen, ist aber diese Tatsache keine absonderliche, wenn man berücksichtigt, daß fast alle europäischen geistig revolutionären Gedanken und Vorstellungen bisher noch immer über die Grenzen einzelner Länder hinweg wirksam wurden. So haben die Ideen der Französischen Revolution in ganz Europa über die staatlichen Schranken hinweg die Völker erfüllt, genau wie heute die nationalsozialistische Idee auch vom österreichischen Deutschtum verständlicherweise in natürlicher Geistes- und Seelenverbindung mit dem ganzen deutschen Volk aufgegriffen wurde.

Wenn die derzeitige österreichische Regierung es für notwendig hält, diese Bewegung unter Einsatz äußerster staatlicher Mittel zu unterdrücken, so ist dies selbstverständlich ihre eigene Angelegenheit. Sie muß aber dann auch persönlich für die Folgen ihrer eigenen Politik die Verantwortung übernehmen und für sie einstehen. Die deutsche Reichsregierung hat aus dem Vorgehen der österreichischen Regierung gegen den Nationalsozialismus überhaupt erst in dem Augenblick die Konsequenzen gezogen, da deutsche Reichsangehörige, die in Österreich lebten oder sich dort als Fremde aufhielten, davon betroffen wurden.

Es kann der deutschen Reichsregierung nicht zugemutet werden, ihre Bürger als Gäste in ein Land zu schicken, dessen Regierung unmißverständlich zum Ausdruck gebracht hat, im Nationalsozialisten an sich ein unliebsames Element zu erblicken.

So wenig man auf einen amerikanischen und englischen Reiseverkehr in Deutschland rechnen dürfte, wenn diesen Reisenden auf deutschem Gebiet ihre nationalen Hoheitszeichen und Fahnen abgerissen würden, so wenig wird es die deutsche Reichsregierung hinnehmen, daß jenen Deutschen, die als Fremde und Gäste in ein anderes und noch dazu deutsches Land kommen, diese entwürdigende Behandlung zuteil wird, denn das Hoheitszeichen und die Hakenkreuzfahne sind Symbole des heutigen Deutschen Reiches. Deutsche aber, die heute in das Ausland reisen, sind, abgesehen von den Emigranten, immer Nationalsozialisten!

Wenn die österreichische Regierung sich darüber beklagt, daß Deutschland seine Bürger zurückhält<sup>31)</sup>, in ein Land zu reisen, dessen Regierung selbst dem einzelnen Angehörigen einer hier herrschenden Weltanschauung so feindselig gegenübertritt, so mag sie



bedenken, daß sich bei einer Vermeidung dieser deutschen Maßnahmen zwangsläufige Zustände ergeben würden, die dann tatsächlich unerträglich wären. Denn da der heutige deutsche Reichsangehörige zu stolz und zu selbstbewußt ist, um sich sein nationales Ehrenzeichen widerstandslos herunterreißen zu lassen, bleibt nichts anderes übrig, als ein solches Land mit unserem Besuche zu verschonen.

Die weitere Behauptung der österreichischen Regierung, daß von seiten des Reiches aus irgendein Angriff gegen den österreichischen Staat unternommen werde oder auch nur geplant sei, muß ich schärfstens zurückweisen. Wenn die Zehntausende politischer Flüchtlinge aus Österreich im heutigen Deutschland einen heißen Anteil nehmen an dem Geschehen in ihrer Heimat, so mag das in manchen Auswirkungen bedauerlich sein, ist aber von seiten des Reiches aus um so weniger zu verhindern, als auch die übrige Welt bisher nicht in der Lage war, den tätigen Anteil der deutschen Emigranten im Ausland an der deutschen Entwicklung irgendwie abzustellen.

Wenn die österreichische Regierung sich beklagt über eine politische Propaganda, die von Deutschland aus gegen Österreich stattfände, so könnte sich die deutsche Regierung mit mehr Recht beklagen über die politische Propaganda, die in den anderen Ländern von den dort lebenden politischen Emigranten gegen Deutschland getrieben wird.

Daß die deutsche Presse in deutscher Sprache erscheint und daher auch von der österreichischen Bevölkerung gelesen werden kann, ist für die derzeitige österreichische Regierung vielleicht bedauerlich, aber durch die deutsche Reichsregierung nicht zu ändern. Wenn aber in nichtdeutschen Ländern deutsche Zeitungen in Millionenaufgaben gedruckt und nach Deutschland befördert werden, so läge darin für die deutsche Regierung ein wirklicher Grund zum Protest vor, da es nicht erklärlich ist, warum z. B. Berliner Zeitungen in Prag oder Paris herausgegeben werden müssen.

Wie schwer Einwirkungen politischer Emigranten auf das Mutterland zu unterbinden sind, geht am einwandfreiesten daraus hervor, daß selbst dort, wo der Völkerbund in eigener Hoheit die Geschäfte eines Landes wahrnimmt, die Einwirkungen emigrierter Kreise auf das frühere Mutterland ersichtlich nicht unterbunden werden können. Erst vor wenigen Tagen hat die deutsche Staatspolizei wieder an der Grenze des Saargebiets 16 Kommunisten verhaftet, die große Mengen staatsfeindlichen Propagandamaterials aus dieser Domäne des Völkerbundes in das Deutsche Reich zu schmuggeln versuchten. Wenn aber so etwas am grünen Holze möglich ist, kann man schwerlich wegen behaupteter ähnlicher Vorgänge gegen das Deutsche Reich einen Vorwurf erheben.

Die deutsche Reichsregierung stellt auch keine weitere Anklage gegen die umliegenden Staaten wegen der dort gegen Deutschland geduldeten Emigrantenpropaganda, die sich sogar bis zur Bildung einer zur Verhöhnung des obersten deutschen Gerichtshofes veranstalteten Justizkomödie steigerte und ihren letzten Ausdruck auch heute noch in einer wüsten Boykotthetze findet. Die deutsche Reichsregierung kann auf die Anklage verzichten, weil sie sich als die nicht zu erschütternde Repräsentantin und Vertrauens-trägerin des Willens der deutschen Nation fühlt. Sie hat die innere Sicherheit erhalten, indem sie es nicht unterließ, zu ihrer eigenen Beruhigung und zur Aufklärung der übrigen Welt in einem Jahre einige Male an das deutsche Volk zu appellieren und sich dieses Vertrauen auf dem Wege der Abstimmung bestätigen zu lassen, ohne dazu irgendwie gezwungen zu sein.

Es würde den Wert der gegen die heutige österreichische Regierung gerichteten Angriffe sofort erledigen, wenn diese sich entschließen könnte, das deutsche Volk in Österreich ebenfalls aufzurufen, um die Identität seines Willens mit dem Willen der Regierung vor aller Welt festzustellen.

Ich glaube nicht, daß z. B. die Regierung der Schweiz, die auch Millionen Bürger deutscher Nationalität besitzt, irgendeine Klage über den Versuch einer Einmischung deut-

---

<sup>31)</sup> Hitler hatte durch Gesetz vom 29. 5. 1933 (RGBl. 1933 I S. 311) für Privatreisen nach Österreich eine Gebühr von 1000 RM eingeführt, um dadurch den Fremdenverkehr in Österreich weitgehend lahmzulegen und einen Druck auf das Dollfuß-Regime auszuüben.

scher Kreise in ihre inneren Angelegenheiten vorbringen könnte. Der Grund scheint mir darin zu liegen, daß dort eine ersichtlich vom Vertrauen des schweizerischen Volkes getragene Regierung besteht, die es daher auch nicht nötig hat, innere Schwierigkeiten auf außenpolitische Motive zurückzuführen.

Ohne uns im geringsten in die inneren Verhältnisse anderer Staaten einmischen zu wollen, glaube ich doch, das eine sagen zu müssen: Nur mit Gewalt allein kann auf die Dauer kein Regiment bestehen. Es wird auch in der Zukunft daher jederzeit eine erste Sorge der nationalsozialistischen Regierung des Reiches sein, immer wieder von neuem festzustellen, inwieweit sich der Wille der Nation verkörpert in der sie führenden Regierung. Und in diesem Sinne sind wir Wilde doch wirklich bessere Demokraten.

Im übrigen muß ich, der ich mich selbst mit stolzer Freude zum österreichischen Bruderlande als meiner Heimat und der Heimat meines Vaterhauses bekenne, Protest einlegen gegen die Auffassung, als ob die deutsche Gesinnung des österreichischen Volkes überhaupt irgendwelcher Aufreizungen aus dem Reiche bedürfte.

Ich glaube, meine Heimat und ihr Volk auch heute noch gut genug zu kennen, um zu wissen, daß der Pulsschlag, der 66 Millionen Deutsche im Reiche erfüllt, auch ihre Herzen und Sinne bewegt.

Möchte das Schicksal es fügen, daß aus diesen unbefriedigenden Zuständen endlich dennoch der Weg zu einem wirklichen versöhnenden Ausgleich gefunden wird. Das Deutsche Reich ist bei voller Respektierung des freien Willens des österreichischen Deutschtums jederzeit bereit, die Hand zu einer wirklichen Verständigung zu reichen.

Ich kann in dieser außenpolitischen Betrachtung nicht die freudige Empfindung übergehen, daß in diesem Jahr die vom Nationalsozialismus stets gepflegte, ja geradezu traditionelle Freundschaft zum faschistischen Italien und die hohe Verehrung, die der große Führer dieses Volkes auch bei uns genießt, in den Beziehungen der beiden Staaten zueinander eine weitere vielfältige Festigung erfahren hat. Das deutsche Volk empfindet dankbar die vielen Beweise einer ebenso staatsmännischen wie objektiven Gerechtigkeit, die es sowohl innerhalb der Genfer Verhandlungen als auch späterhin durch das heutige Italien erfahren hat.

Der Besuch des italienischen Staatssekretärs Suvich <sup>31a)</sup> hat uns zum erstenmal die Möglichkeit gegeben, auch in Berlin diesen Empfindungen für das weltanschaulich uns so nahestehende italienische Volk und seinen überragenden Staatsmann einen schwachen Ausdruck zu geben.

So wie sich die nationalsozialistische Regierung des Reiches in diesem Jahre bemühte, eine Verständigung mit Polen zu finden, so war es auch unser ehrliches Bemühen, die Gegensätze zwischen Frankreich und Deutschland zu mildern und wenn möglich durch eine Generalbereinigung den Weg zu einer endgültigen Verständigung zu finden.

Der Kampf um die deutsche Gleichberechtigung, der von uns als Kampf um die Ehre und das Recht unseres Volkes niemals aufgegeben werden wird, könnte meines Erachtens keine bessere Beendigung finden als durch eine Aussöhnung der beiden großen Nationen, die in den letzten Jahrhunderten so oft das Blut ihrer besten Söhne auf den Schlachtfeldern vergossen, ohne an der endgültigen Lagerung der Tatsachen dadurch Wesentliches zu ändern.

Ich glaube daher auch, daß dieses Problem nicht ausschließlich durch die Brille kalter Berufspolitiker und -diplomaten gesehen werden kann, sondern daß es seine endgültige Lösung nur finden wird durch einen warmherzigen Entschluß derer, die sich vielleicht früher als Feinde gegenüberstanden sind, aber in der auf der beiderseitigen Tapferkeit begründeten Hochachtung eine Brücke finden könnten in eine Zukunft, die eine Wiederholung vergangener Leiden so oder so nicht mehr kennen darf, wenn nicht Europa tatsächlich an den Rand des Abgrundes gebracht werden soll.

Frankreich fürchtet um seine Sicherheit. Niemand in Deutschland will sie bedrohen, und wir sind bereit, alles zu tun, um dies zu beweisen. Deutschland fordert seine Gleichberechtigung.

<sup>31a)</sup> Fulvio Suvich, geb. 1887 in Triest, 1932—1936 Staatssekretär für Äußeres.

Niemand in der Welt hat das Recht, einer großen Nation diese zu verweigern, und niemand wird die Macht haben, sie auf die Dauer zu verhindern.

Für uns aber, die wir lebende Zeugen des großen grauenhaften Krieges sind, ist nichts fernerliegend als der Gedanke, diese auf beiden Seiten verständlichen Empfindungen und Forderungen in irgendeinen Zusammenhang zu bringen mit dem etwaigen Wunsche eines neuerlichen Messens der Kräfte der beiden Völker auf dem Schlachtfelde, das in seinen Folgen zwangsläufig zu einem internationalen Chaos führen müßte.

Aus diesen Empfindungen heraus habe ich auch versucht, im Geiste der angestrebten notwendigen Zusammenarbeit der beiden Nationen schon jetzt die Fragen einer Lösung entgegenzuführen, die ansonsten nur zu leicht geeignet sind, eine neue Erhitzung der Leidenschaften zu fördern.

Mein Vorschlag, Deutschland und Frankreich möchten gemeinsam schon jetzt das Saarproblem bereinigen, entsprang folgenden Erwägungen:

1. Diese Frage ist die einzige, die territorial zwischen den beiden Ländern noch offensteht. Die deutsche Regierung ist nach Lösung dieser Frage bereit und entschlossen, die äußere Formulierung des Locarnopaktes auch innerlich zu akzeptieren, da es dann für sie zwischen Frankreich und Deutschland keine territoriale Frage mehr gibt.

2. Die deutsche Regierung befürchtet, daß, trotzdem die Abstimmung eine unerhörte Mehrheit für Deutschland ergeben wird, dennoch — besonders geschürt durch unverantwortliche Kreise der Emigration — im Zuge der Vorbereitung zur Abstimmung eine propagandistische neue Aufstachelung nationaler Leidenschaften stattfindet, die angesichts des ohnedies feststehenden Endresultates nicht notwendig wäre und daher bedauert werden muß.

3. Ganz gleich, wie die Abstimmung ausgehen würde, sie wird in jedem Falle bei einer der beiden Nationen zwangsläufig das Gefühl einer Niederlage zurücklassen. Und wenn auch in Deutschland dann Freudenfeuer brennen werden, so würden wir doch vom Gesichtspunkt der Versöhnung der beiden Länder es mehr begrüßen, wenn schon vorher eine beide Seiten gleichmäßig befriedigende Lösung gefunden werden könnte.

4. Wir sind überzeugt, daß, wenn Frankreich und Deutschland diese Frage vorher in einem gemeinsamen Vertragsentwurf geregelt und entschieden hätten, die gesamte Bevölkerung der Saar bei einer Abstimmung in überwältigender Mehrheit freudig für diese Regelung eintreten würde, mit dem Ergebnis, daß der Anspruch der Saarbevölkerung auf die Abgabe ihres Votums seine Erfüllung gefunden hätte, ohne daß eine der beiden interessierten Nationen den Ausgang der Abstimmung als Sieg oder Niederlage zu empfinden brauchte, und ohne daß der Propaganda die Möglichkeit einer solchen neuen Störung einer sich anbahnenden gegenseitigen Verständigung zwischen dem deutschen und französischen Volk gegeben wäre.

Ich bedaure daher auch heute noch, daß französischerseits geglaubt wurde, diesem Gedanken nicht folgen zu können. Ich gebe aber dennoch die Hoffnung nicht auf, daß trotzdem in beiden Nationen der Wille, zu einer wahrhaften Aussöhnung und endgültigen Begrabung des historischen Kriegsbeils zu kommen, immer mehr sich verstärken und endlich durchsetzen wird.

Wenn dieses gelingt, wird die von Deutschland unerschütterlich geforderte Gleichberechtigung dann auch in Frankreich nicht mehr als Angriff gegen die Sicherheit der französischen Nation, sondern als das selbstverständliche Recht eines großen Volkes angesehen werden, mit dem man nicht nur politisch in Freundschaft lebt, sondern wirtschaftlich so unendlich viele gemeinsame Interessen besitzt.

Wir begrüßen es dankbar, daß die Regierung Großbritanniens sich bemüht, einer solchen Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen ihre Hilfe zur Verfügung zu stellen. Der mir gestern vom britischen Botschafter überreichte Entwurf eines neuen Abrüstungsvorschlages wird von uns mit bestem Willen in dem Geiste geprüft werden, den ich in meiner Rede im Mai als den unsere Außenpolitik beherrschenden darzulegen mich bemühte.

Wenn sich die deutsche Regierung in diesem Jahre entschließen mußte, aus der Abrüstungskonferenz und dem Völkerbunde auszuschcheiden, dann geschah dies nur, weil die

Entwicklung der Deutschland auf das tiefste bewegenden Frage der Herstellung unserer Gleichberechtigung in Verbindung mit einer internationalen Rüstungsfestsetzung nicht mehr mit dem zu vereinen war, was ich im Mai als unabänderliche Grundforderung nicht nur für die nationale Sicherheit des Deutschen Reiches, sondern auch für die nationale Ehre unseres Volkes aufstellen mußte.

Ich kann in diesem Augenblick nur noch einmal der Welt gegenüber wiederholen, daß keine Drohung und keine Gewalt das deutsche Volk jemals bewegen werden, auf jene Rechte Verzicht zu leisten, die einer souveränen Nation nicht bestritten werden können.

Ich kann weiter aber versichern, daß diese souveräne Nation keinen anderen Wunsch hat, als die Kraft und das Gewicht ihrer politischen, sittlichen und wirtschaftlichen Werte freudig einzusetzen nicht nur zur Heilung der Wunden, die eine vergangene Zeit den menschlichen Gemeinwesen geschlagen hat, sondern auch im Dienste der Zusammenarbeit jener gesitteten Kulturnationen, die, wie ein englischer Staatsmann mit Recht sagt, durch ihre Werke des Geistes und der Arbeit das Sein auf dieser Welt erst schön und wahrhaft lebenswert gestalten.

Nach einem Jahr der nationalsozialistischen Revolution sind das Deutsche Reich und das deutsche Volk innerlich und äußerlich reifer geworden für die Übernahme des Teiles der Verantwortung am Gedeihen und am Glück aller Völker, der einer so großen Nation von der Vorsehung zugewiesen ist und daher von Menschen nicht bestritten werden kann.

Die Bereitwilligkeit zu dieser wahrhaft internationalen Pflichterfüllung kann keinen schöneren symbolischen Ausdruck finden als er in der Person des greisen Marschalls, der als Offizier und siegreicher Führer in Kriegen und Schlachten für unseres Volkes Größe kämpfte und heute als Präsident des Reiches ehrwürdigster Garant ist für die uns alle bewegende Arbeit am Frieden.“

Im Anschluß an Hitlers Rede wurde folgendes Gesetz vom Reichstag einstimmig angenommen: <sup>32)</sup>

„Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30. Januar 1934.

Die Volksabstimmung und die Reichstagswahl vom 12. November 1933 haben bewiesen, daß das deutsche Volk über alle innenpolitischen Grenzen und Gegensätze hinweg zu einer unlöslichen, inneren Einheit verschmolzen ist.

Der Reichstag hat daher einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das mit einmütiger Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird, nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungsändernder Gesetzgebung erfüllt sind:

Artikel 1: Die Volksvertretungen der Länder werden aufgehoben.

Artikel 2: (1) Die Hoheitsrechte der Länder gehen auf das Reich über.

(2) Die Landesregierungen unterstehen der Reichsregierung.

Artikel 3: Die Reichsstatthalter unterstehen der Dienstaufsicht des Reichsministers des Innern.

Artikel 4: Die Reichsregierung kann neues Verfassungsrecht setzen.

Artikel 5: Der Reichsminister des Innern erläßt die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften.

Artikel 6: Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.“

Die Verabschiedung dieses Gesetzes mußte mit Zweidrittelmehrheit durch den Reichstag erfolgen, da die Einrichtung des Reichsrats (der Ländervertretung), die im Ermächtigungsgesetz vom 24. 3. 1933 garantiert worden war, hierdurch berührt wurde.

Mit der vollständigen Entmachtung der deutschen Länder und der Übertragung der Hoheitsrechte auf das Reich war Hitlers Interesse an der sogenannten und vieldiskutierten „Reichsreform“, der Neueinteilung des Reiches in andere, zweckmäßige Verwaltungsbezirke, erledigt. Ihm ging es nur um die reine Macht und

<sup>32)</sup> RGBl. 1934 I S. 75.

die Verhinderung jeder Möglichkeit, etwa in irgendeinem deutschen Land ein neues Machtzentrum zu bilden, das ihm im Fall von innen- oder außenpolitischen Schwierigkeiten gefährlich werden konnte.

Als bloße Verwaltungsorgane konnten die bisherigen Länderregierungen nach Hitlers Auffassung ruhig bestehenbleiben, und sie blieben auch tatsächlich bis zum Jahre 1945 in Funktion. Von der Reichsreform hörte man, abgesehen von Einzelmaßnahmen (z. B. Groß-Hamburg-Gesetz, Groß-Berlin-Gesetz, Umwandlung einiger preußischer Regierungsbezirke in preußische Provinzen u. dgl.) nichts mehr.

In Österreich sorgte Hitler später jedoch dafür, daß die Erinnerung an die österreichische Bundesregierung und die Bundesländer ausgelöscht und stattdessen Reichsgaue gebildet und Reichsstatthalter eingesetzt wurden. Ähnlich verfuhr er im Sudetenland, in Danzig und anderen Ostgebieten.

Am 2. Februar sprach Hitler auf einer *Tagung der Reichs- und Gauleiter in Berlin* und wiederholte erneut seine angebliche Absicht, eine Führungshierarchie aufzubauen<sup>33)</sup>.

„Mit der unerschütterlichen Fundamentierung der Führungshierarchie ist auch die Frage der Parteiführung gelöst und für alle Zeiten gesichert“, erklärte er.

Am 3. Februar ließ Hitler, um dem anti-monarchistischen Passus seiner Reichstagsrede Nachdruck zu verleihen, durch den Reichsinnenminister sämtliche monarchistischen Verbände auflösen und verbieten<sup>34)</sup>.

Am 7. Februar präsentierte sich Hitler den Berliner Studenten als professoraler Denker<sup>35)</sup>. Er sprach *anlässlich der Verkündung der studentischen Verfassung im Philharmoniegebäude* und bediente sich eines geschraubten, abstrakten Stils, wie ihn zur damaligen Zeit gewisse Philosophieprofessoren bevorzugten.

Er dozierte lange über die Vielgestaltigkeit des deutschen Geistes, über Marxismus und Rasse und malte die Schrecken eines bolschewistischen Sieges in Europa an die Wand.

„Der Kommunismus würde bei seinem Siege in Europa in dem kommenden halben Jahrtausend zwangsläufig zu einer vollständigen Ausrottung auch der letzten Überreste der Schöpfungen jenes arischen Geistes führen, der als Kulturspender seit den uns geschichtlich aufgehellten Jahrtausenden in seinen vielfältigen Verästelungen und Zweigen der ganzen Welt die allgemeinen kulturellen und damit wahrhaft menschlichen Grundlagen gegeben hat.“

Hatte Hitler diesem Forum gezeigt, daß er es an Rhetorik wohl mit akademischen Dozenten aufnehmen konnte, so sprach er am 14. Februar *als Bauarbeiter zu Bauarbeitern anlässlich des Richtfestes in der Reichskanzlei*<sup>36)</sup>. Es handelte sich um den Umbau der Reichskanzlerwohnung.

„Arbeit in jeder Form ist Dienst am Volke“, erklärte er.

In Österreich wurde die Regierung Dollfuß in jenen Februartagen 1934 hart bedrängt durch einen bewaffneten Aufstand des republikanischen Schutzbundes, einer sozialdemokratischen Kampforganisation. Tagelang herrschte in Wien und anderen Teilen des Landes offener Bürgerkrieg, der von der Regierung Dollfuß schließlich unter Einsatz von Artillerie mit militärischen Operationen gegen die Arbeiterwohnblocks in Ottakring, Meidling, Simmering usw. sowie zahlreichen Todesurteilen blutig beendet wurde.

<sup>33)</sup> Bericht DNB. v. 4. 2. 1934 und VB. Nr. 35 v. 4. 2. 1934.

<sup>34)</sup> Meldung DNB. v. 3. 2. 1934.

<sup>35)</sup> Bericht im VB. Berliner Ausgabe v. 8. 2. 1934.

<sup>36)</sup> Bericht im VB. Nr. 47 v. 16. 2. 1934.

17. Februar 1934

Zu diesen Vorgängen gewährte Hitler dem Sonderberichterstatter der Daily Mail, *Ward Price*, ein Interview. Er jonglierte darin in beliebter Weise mit Zahlen, um die Harmlosigkeit und Unblutigkeit der nationalsozialistischen Revolution, verglichen mit anderen Umwälzungen, zu unterstreichen.

Das Interview mit *Ward Price*, das auch die Themen Rußland und Polen berührte, wurde am 18. Februar in London veröffentlicht und am 19. Februar im Völkischen Beobachter, wie folgt, wiedergegeben:<sup>37)</sup>

Hitler habe geantwortet, einige Leute glaubten, daß die deutschen Nationalsozialisten etwas mit den Unruhen in Österreich zu tun hätten. Dies sei vollkommen falsch.

„Wir sympathisieren weder mit Herrn Dollfuß, noch mit seinen Gegnern. Beide Seiten wenden falsche Methoden an. Nichts Ständiges kann durch die gewaltsamen Methoden erreicht werden, zu denen sie gegriffen haben.“

Es sei für die österreichischen Sozialisten unmöglich gewesen, durch ihr Vorgehen die Macht zu erreichen. Gleicherweise sei es für Dollfuß unmöglich gewesen, die Gegner durch die von ihm angewandten Mittel auf seine Seite hinüberzuziehen.

Jedermann wisse, daß man Häuser durch Granatenfeuer niederlegen könne, aber solche Praktiken würden einen Gegner nicht überzeugen, sie würden ihn nur verbittern. Der einzige Weg, in einer Revolution Erfolg zu haben, bestehe darin, daß man seine Gegner fasse, indem man sie überzeuge.

„Das ist es, was wir in Deutschland erzielt haben. Herr Dollfuß auf der anderen Seite hat versucht, einen Staatsstreich durchzuführen. Er hat die Verfassung verletzt, und seine Methoden waren von Anfang an zum Fehlschlag verurteilt.“

Angenommen, man wäre in Deutschland in ähnliche Weise zu Werke gegangen, was wäre dann das Ergebnis gewesen? In Österreich seien 1600 Personen getötet und 4—5000 Personen verwundet worden. Deutschlands Bevölkerung sei elfmal so groß wie die Österreichs, so daß in Deutschland die Verluste 18 000 Tote und 50 000 Verwundete betragen haben würden.

„Wie sind die Tatsachen? Die Gesamtzahl unserer in Unruhen getöteten Gegner betrug 27 und die Zahl der Verwundeten 150. Unter ihnen befanden sich weder eine Frau noch ein Kind. Auch ist kein Haus zerstört, kein Laden geplündert worden.“

Die Kritiker Deutschlands werden sagen: „O ja, aber die österreichischen Sozialisten waren schwer bewaffnet!“

Auch die deutschen Kommunisten seien dies gewesen, fuhr Hitler fort. Man habe alle menschenmöglichen Waffen in ihrem Besitz gefunden.

Der Grund, warum die deutschen Kommunisten sie nicht benützten, bestehe darin, daß sie durch Überzeugung zu der Sache der Nationalsozialisten gewonnen worden seien.

Beweis dafür seien die Wahlen vom vergangenen November, bei denen nur 2 Millionen Menschen gegen das neue Regime stimmten, während die deutschen Kommunisten früher 6 Millionen und die Sozialdemokraten 7 Millionen zählten. Die übrigen 11 Millionen der früheren Gegner des Nationalsozialismus seien nicht unterdrückt, sondern bekehrt worden.

Der Korrespondent fragte den Kanzler, ob die Entwicklungen in Österreich die Haltung Deutschlands zu Österreich beeinflussen werden. Hitler antwortete:

„Keineswegs, die Politik, die ich führe, wird nur von deutschen Interessen beherrscht.“

Es werde sich selbstverständlich aus den Ereignissen dieser Woche ergeben, daß die gegenwärtige österreichische Regierung ihr Ansehen gestärkt finden werde, aber auf der anderen Seite würden die österreichischen Nationalsozialisten an Zahl zunehmen. Er drücke nur seine private und persönliche Ansicht aus, aber es sei seine Überzeugung, daß besonders die Arbeiter Österreichs sich der nationalsozialistischen Sache anschließen würden, als natürliche Reaktion gegen die Gewaltmethoden, die die österreichische Regierung gegen sie ausgeübt habe.

<sup>37)</sup> VB. Nr. 50 v. 19. 2. 1934.

17. Februar 1934

Der Korrespondent sagte weiter dem Kanzler, daß der deutsche Friedenspakt mit Polen der Welt als eine große Überraschung gekommen sei, und daß einige Leute ihn als Absicht auslegen, die Grundlage für einen gemeinsamen Angriff Deutschlands und Polens auf Rußland mit einem Hinblick auf Gebietserwerbung zu bilden.

Hitler habe hierauf ungläubig gelacht und gesagt:

„... Was? Wir sollen Gebiet von Rußland nehmen? Lächerlich!“

Der Korrespondent fügte hier ein, daß Hitler zwar in seinem vor 10 Jahren geschriebenen Buch *Mein Kampf* den Erwerb neuen Gebietes in Rußland als Heime für zukünftige deutsche Siedler empfohlen hatte, daß aber der seither stattgefundene Rückgang in der Geburtenziffer die Ausdehnung der deutschen Bevölkerung abgestoppt habe, so daß die Notwendigkeit für ein vergrößertes Gebiet weniger wichtig sei [!].

Im weiteren Verlauf der Unterredung habe Hitler gesagt: „Alle Versuche, die Grundlage für einen dauernden Frieden in Europa zu legen, seien bisher fehlgeschlagen, da die öffentliche Meinung der Ansicht gewesen sei, daß Polen und Deutschland unversöhnliche Feinde wären. Er habe niemals diese Ansicht gehabt. Das erste, was er getan habe, als er zur Macht gekommen sei, sei gewesen, daß er Schritte zur Eröffnung von Verhandlungen mit den Polen ergriffen habe.“

Er habe gefunden, daß die polnischen Staatsmänner sehr großzügig seien und genau so friedlich gesinnt wie er selbst. Die Kluft, die man für unüberbrückbar gehalten habe, sei überbrückt worden. Die beiden Nationen seien einander nähergekommen, und er hoffe ernstlich, die neue Verständigung werde bedeuten, daß Deutschland und Polen endgültig alle Gedanken, zu den Waffen zu greifen, nicht nur für 10 Jahre, sondern für immer aufgegeben hätten.

Zur inneren Lage Deutschlands habe der Kanzler gesagt, daß viele Tausende aus den Konzentrationslagern bereits wieder freigelassen worden seien, und er hoffe, daß noch mehr freigelassen werden würden. Sie seien nicht aus Motiven der Rache interniert worden — wie in Österreich —<sup>38)</sup>, sondern weil diese Gegner nicht die Wiederherstellung der politischen Gesundheit Deutschlands stören sollten. Man habe ihnen Zeit gegeben, ihre Ansicht zu ändern. Sobald sie bereit seien, sich zu verpflichten, ihre feindliche Haltung aufzugeben, würden sie entlassen werden.

Der Berichterstatter fragte hierauf: „Ist es Ihre Absicht, daß Dimitroff, Popoff und Taneff freigelassen werden sollen?“ Hitler antwortete: „Das Gericht hat gesprochen, der Spruch wird erfüllt.“ Dies sei der genaue Wortlaut der Antwort Hitlers gewesen, unterstreicht der Korrespondent.

„Glauben Sie“, so fragte der Korrespondent weiter, „daß diese Leute freigelassen und außerhalb der deutschen Grenzen gebracht werden?“

Hitler habe geantwortet: „Das werden sie sicherlich.“<sup>39)</sup> Obgleich er glaube, habe Hitler gesagt, daß ihre Freisprechung nicht der Meinung des deutschen Volkes entsprechen habe, werde der Spruch des Gerichts erfüllt werden.

Am 19. Februar veranlaßte Hitler den Reichspräsidenten, das Hoheitszeichen der NSDAP. bei der Wehrmacht einzuführen. Darüber wurde folgende amtliche Mitteilung herausgegeben:<sup>40)</sup>

„Um die Verbundenheit der Wehrmacht mit Volk und Staat zum Ausdruck zu bringen, hat der Herr Reichspräsident in Verfolg des Gesetzes zum Neuaufbau des Reiches auf Vorschlag des Reichswehrministers eine Verordnung erlassen, welche das Hoheitszeichen der NSDAP. auch bei der Wehrmacht einführt.“

<sup>38)</sup> Auch in Österreich waren von der Regierung Dollfuß Konzentrationslager, sogenannte „Anhaltelager“, eingerichtet worden für verhaftete Nationalsozialisten und Sozialdemokraten. Besonders bekannt und berüchtigt war das Lager Wöllersdorf.

<sup>39)</sup> Die drei Bulgaren wurden noch im Februar abgeschoben und trafen am 27. 2. 1934 in Moskau ein. Bulgarien hatte die Aufnahme verweigert, worauf die Sowjetunion ihnen die russische Staatsbürgerschaft gewährte.

<sup>40)</sup> Mitteilung DNB v. 20. 2. 1934.

Es ist nicht ganz verständlich, was das Gesetz zum Neuaufbau des Reiches mit diesem Parteihochzeichen bei der Wehrmacht zu tun haben sollte, es sei denn, man wertete den Vorgang, entsprechend den Worten Hitlers am 30. Januar 1934, als „Fortsetzung der nationalsozialistischen Revolution“.

Und ein revolutionärer Akt war dies zweifellos, denn zum damaligen Zeitpunkt war der Hoheitsadler der NSDAP., der nun an den Soldatenmützen und über der rechten Brusttasche des Uniformrocks getragen werden sollte, keineswegs das Hoheitszeichen des Staates, sondern ein reines Parteizeichen<sup>41)</sup>.

Es sah wahrhaftig so aus, als wollten Hindenburg, Blomberg und die ganze Reichswehr bei der Verwirklichung der nationalsozialistischen Revolution den Parteiorganisationen noch den Rang ablaufen. Auch die deutschen Kriegsschiffe zeigten vom gleichen Zeitpunkt an die Hakenkreuzfahne am Bug.

Am 21. Februar empfing Hitler den englischen Lordsiegelbewahrer *Anthony Eden*, den späteren Außenminister, in der Reichskanzlei zu einer *Besprechung über Abrüstungsfragen*. Nach Bullock<sup>42)</sup> machte Hitler damals das Angebot, die Stärke der SA. um zwei Drittel zu reduzieren und für das verbleibende Drittel Waffen und militärische Ausbildung zu untersagen. Dieses Angebot habe er im April 1934 wiederholt.

Was von solchen „großzügigen“ Angeboten Hitlers zu halten war, zeigte die Entwicklung der folgenden Jahre. Man braucht also diesem Anerbieten vom 21. Februar 1934 keine wirkliche Bedeutung beizumessen. Immerhin gab Hitler damit erneut<sup>43)</sup> zu erkennen, daß ihn die Zukunft der SA. weit weniger interessierte als die Zukunft der Wehrmacht. Es ist verständlich, wenn der Stabschef Röhm, als diese Angebote Hitlers in Prager Zeitungen veröffentlicht wurden, sich nicht gerade über die Gesinnung des Obersten SA.-Führers Adolf Hitler freute.

Am 24. Februar fuhr Hitler nach München zum Jahrestag der Parteigründung. Er besuchte zunächst ein Konzert des Nationalsozialistischen Reichssymphonieorchesters in der Tonhalle und begab sich dann in den Festsaal des Hofbräuhauses, um die übliche Gedenkrede mit ausgedehnter „Parteierzählung“<sup>44)</sup> zu halten<sup>45)</sup>.

Im Hinblick auf die künftigen Aufgaben erklärte er, die Partei müsse erfüllt sein von dem Gedanken ihrer Ausschließlichkeit und von dem Grundsatz: „Wir dulden keine zweite politische Erscheinung neben dieser in Deutschland!“

Er verkündete erneut die Absicht, in jedem Jahr Volksabstimmungen zu halten und sich mutig dem Volksurteil zu unterwerfen. Diesen Mut hatte Hitler jedoch nur, solange es gut ging und er die Stimme des Volkes nicht zu fürchten brauchte. Selbst 1935 und 1937 hielt er es für zweckmäßiger, auf eine solche Volksbefragung zu verzichten und das Volk nicht zu „bestellen wie der Bauer sein Feld“<sup>46)</sup>.

Am 24. Februar 1934 aber konnte er noch prahlerisch erklären:

„Am 12. November vorigen Jahres hat das Volk ein einzigartiges wunderbares Bekenntnis abgelegt, das größte, das je einer Bewegung in der Welt gegeben worden ist:

<sup>41)</sup> Das Hoheitszeichen der NSDAP. wurde erst durch Verordnung vom 5. 11. 1935 (RGBl. 1935 I S. 1287) nach Erlaß der sogenannten Nürnberger Gesetze Hoheitszeichen von Reich und Staat.

<sup>42)</sup> Bullock a. a. O. S. 287. Außerdem DNB.-Meldung allgemeiner Art v. 21. 2. 1934.

<sup>43)</sup> Das von Hitler nach dem 14. 10. 1933 verhängte Uniformverbot für die rheinische SA. (vgl. S. 317) offenbarte bereits seine innere Einstellung.

<sup>44)</sup> Ausdruck des Verfassers, vgl. S. 49.

<sup>45)</sup> Bericht im VB. Nr. 57 v. 26. 2. 1934.

<sup>46)</sup> Rede vom 16. 10. 1932, vgl. S. 140.



Wir sind der Überzeugung, daß das uns immer wieder zuteil wird, wenn wir immer wieder für und um dieses Volk kämpfen und ringen. Wir sind daher auch der Überzeugung, daß wir immer wieder vor dieses Volk hintreten müssen. Wir erleben es jetzt, in einem andern Staat, wohin es führt, wenn man nicht mehr den Mut hat, vor die Nation hinzutreten und sie um ihr Bekenntnis zu bitten.

Niemals darf es bei uns so weit kommen, daß wir aus Angst, eine Ablehnung zu erfahren, vielleicht zur Gewalt greifen müssen! Stets wollen wir dessen eingedenk sein, daß die Kräfte des deutschen Volkes nicht im Innern vergeudet werden dürfen. Wir wollen daher auch in der Zukunft wenigstens einmal in jedem Jahr dem Volke die Möglichkeit geben, sein Urteil über uns zu fällen.

So wie wir früher in zehntausend, hunderttausend einzelnen Kundgebungen vor das Volk getreten sind, um immer wieder sein Votum zu erbitten, so müssen wir auch in Zukunft diesen Kampf fortführen in zehntausend und hunderttausend Kundgebungen und Versammlungen, um jedes Jahr wenigstens einmal einen Appell an die ganze Nation zu richten.

Geht der Appell schlecht aus, dann soll keiner sagen, das Volk ist schuld, sondern er soll wissen, die Bewegung ist träge geworden, die Bewegung kämpft nicht mehr richtig, die Bewegung hat die Fühlung mit dem Volke verloren. Und dann wird man daraus erneut lernen können, wieder in das Volk hineinzugehen. Darin liegt unsere Kraft, und kein Politiker kann der Welt gegenüber mit mehr auftreten, als er hinter sich hat.

Wenn uns das Schicksal die Kanonen genommen hat, die Maschinengewehre, die Flugzeuge und die Tanks, dann sind wir um so mehr verpflichtet, wenigstens das Volk in seiner Gesamtheit um uns zu scharen.

Das ist zugleich auch die größte Friedenspolitik, die denkbar ist. Wer ein ganzes Volk vertritt, der wird sich reiflich die Folgen überlegen, die ein leichtsinnig vom Zaun gebrochener Streit nach sich ziehen kann! Wer nur einen kleinen Klüngel sein eigen nennt und fürchten muß, vom Volk beseitigt zu werden, der mag der Versuchung verfallen, durch äußere Erfolge die mangelnden inneren auszugleichen.

Wir brauchen keine außenpolitischen Erfolge, um das Volk zu gewinnen, denn das Volk gehört uns. Wer ein ganzes Volk in seiner Gesamtheit hinter sich fühlt, der wird besorgt sein, daß er dieses Blut nicht leichtsinnig vergeudet und er wird unentwegt daran denken, die Interessen des Volkes wahrzunehmen, mit den Mitteln des Friedens, der Arbeit und der Kultur, die der Geist dem Menschen gegeben hat. Der wird nur im äußersten Notfalle appellieren an die nationale Kraft. Wer aber ein Volk so hinter sich weiß und hinter sich hat, der kann auch schweren Zeiten ruhig entgegensehen.

Wenn wir eintreten für einen wahrhaften Völkerfrieden, so können wir aber auch verlangen, daß dem deutschen Volke das nicht verweigert wird, was jedes anständige Volk zu fordern berechtigt ist. Darum sind wir ebenso fanatische Verfechter des Friedens, wie wir Verfechter der Gleichberechtigung und damit der Lebensrechte der deutschen Nation sind.“

Im Anschluß an die Hofbräuhaus-Rede begab sich Hitler noch zu einem Appell von 6072 politischen Amtsleitern im *Ausstellungspark* (Theresienhöhe), um dort eine zweite *ähnliche Ansprache* zu halten <sup>47)</sup>.

Am 25. Februar erfolgte vor Rudolf Heß in München „die größte Eidesleistung der Geschichte“: 795 000 Parteiamtswalter, 130 477 HJ.-Führer, 43 062 BDM.-Führerinnen, 1900 Führer des NSD.-Sudetenbundes und 18 500 Führer des Arbeitsdienstes wurden über den Rundfunk auf Hitler vereidigt <sup>48)</sup>. Hitlers Zahlensimmel hatte sich, wie man sieht, bereits auf die ganze Partei übertragen.

Hitler selbst weilte am 25. Februar in Berlin und nahm an den Feierlichkeiten anläßlich des neuen „*Heldengedenktages*“ in Berlin teil. Bisher hatte dieser

<sup>47)</sup> Bericht im VB. Nr. 57 v. 26. 2. 1934.

<sup>48)</sup> Bericht im VB. Nr. 57 v. 26. 2. 1934. Zu dieser Eidesleistung waren in den Städten und Dörfern die Amtswalter usw. zum Rundfunkgemeinschaftsempfang angetreten und hörten die Stimme von Heß, der ihnen allen die Eidesformel vorsprach.

25. Februar 1934

Sonntag Reminiscere, der dem Andenken der Gefallenen des Weltkrieges gewidmet war, „Volkstrauertag“ geheißen. Eine solche Bezeichnung war für Hitler natürlich untragbar, da der Tod fürs Vaterland, zu dem er der deutschen Jugend ausreichend Gelegenheit geben wollte, kein Anlaß zur Trauer, sondern vielmehr ein Anlaß zur Freude über die neugewonnenen Helden sein sollte. Hitler verankerte die neue Bezeichnung „Heldengedenktag“ am 27. Februar sogar in einem Gesetz<sup>49)</sup>.

Bei der Veranstaltung in der Staatsoper Unter den Linden hielt der Reichswehrminister, Generaloberst von Blomberg, die Gedenkrede. Hindenburg in Marschalluniform und Hitler im Cut saßen in der Loge. Zum Schluß der Veranstaltung *nahm Hitler von der Loge aus das Wort* und rief:<sup>50)</sup>

„Soldaten! Männer und Frauen! Unser ewig deutsches Volk, sein Führer im großen Kriege, der Präsident des Deutschen Reiches, Generalfeldmarschall von Hindenburg: Hoch! Hoch! Hoch!“

Bei dieser Veranstaltung, bei der Kranzniederlegung am Ehrenmal und der Parade, trat natürlich auch der General der Infanterie, Göring, gebührend in Erscheinung.

Am 28. Februar sprach Hitler vor den Generälen der Reichswehr<sup>50a)</sup>. Er kündigte die Aufstellung eines modern bewaffneten Volksheeres an. Er sprach weiter von drohenden wirtschaftlichen Rückschlägen in Deutschland und deutete die Notwendigkeit von Schlägen gegen den Westen und den Osten zur „Schaffung neuen Lebensraums“ an. Der SA. gedachte er bei dieser Gelegenheit nur noch innenpolitische, allenfalls grenzpolizeiliche Aufgaben zu.

Am 1. März empfing Hitler *König Boris III. von Bulgarien* und hatte mit ihm eine längere *Unterredung in der Reichskanzlei*<sup>51)</sup>.

Am 1. März erließ der Landesleiter der Deutschen Front an der Saar, Pirro, einen Aufruf und verkündete, daß sich nunmehr auch die saarländischen Sozialdemokraten und Kommunisten der Deutschen Front angeschlossen hätten.

Am 6. März begab sich Hitler nach *Leipzig*. Er besuchte dort zunächst die Ausstellung „Sachsenfleiß“, anschließend die Technische Messe und die Saarausstellung.

Hauptzweck seines Besuches aber war die *Teilnahme an einer Richard-Wagner-Gedenkfeier*, verbunden mit der Grundsteinlegung zu einem Denkmal. Hierzu war auch Frau Winifred Wagner erschienen.

Nach den Begrüßungsworten des Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler<sup>52)</sup> bestieg Hitler das Rednerpult und hielt folgende *Ansprache*:<sup>53)</sup>

„Frau Wagner! Herr Oberbürgermeister! Deutsche Männer und Frauen!

---

<sup>49)</sup> Gesetz über die Feiertage (RGBl. 1934 I S. 129) v. 27. 2. 1934. Weitere Feiertage waren der 1. Mai (Nationaler Feiertag des deutschen Volkes) und der 1. Sonntag nach Michaelis (Erntedanktag).

<sup>50)</sup> Bericht DNB. v. 25. 2. 1934.

<sup>50a)</sup> Über diese Ansprache existiert eine Aussage des verstorbenen Generalfeldmarschalls von Weichs (1881–1954). Diese Erklärung wurde bei dem sogenannten Röhmprozeß vor dem Schwurgericht beim Landgericht München I am 8. 5. 1957 verlesen. Nach Auskunft des Untersuchungsrichters beim Landgericht München I v. 31. 8. 1961 steht das Original dieser Erklärung z. Zt. nicht zur Verfügung. Der Inhalt wird daher nach der Wiedergabe im Münchner Merkur v. 9. 5. 1957 zitiert.

<sup>51)</sup> Hinweis im VB. Nr. 61 v. 2. 3. 1934.

<sup>52)</sup> Hitler ließ Gördelers im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 20. 7. 1944 hängen. Gördelers hatte nach einer geglückten Beseitigung Hitlers Reichskanzler werden wollen. Vgl. Band II.

<sup>53)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 66 v. 7. 3. 1934.

Die Größe der Völker war zu allen Zeiten das Ergebnis der Gesamtwerte ihrer großen Männer.

Wir Deutsche können glücklich sein, durch viele große Söhne nicht nur den Wert unseres eigenen Volkes begründet und gehoben, sondern darüber hinaus auch einen unvergänglichen Beitrag geleistet zu haben zu dem ewigen Wirken des Geistes- und Kulturlebens der ganzen Welt.

Einer dieser Männer, die, das beste Wesen unseres Volkes in sich verkörpernd, von nationaler deutscher Größe zu übernationaler Bedeutung emporgestiegen sind, ist Richard Wagner.

Der größte Sohn dieser Stadt, der gewaltigste Meister der Töne unseres Volkes.

Indem wir heute versuchen, diesem Manne, der sich aus eigenem Begnadetsein selbst das herrlichste Denkmal schuf, durch Steine ein irdisches Monument zu setzen, ahnen wir alle, daß es nur ein vergängliches Zeichen unserer Liebe, Verehrung und Dankbarkeit sein kann und sein wird. Denn wir alle glauben, es bestimmt zu wissen: Wenn kein Stein dieses Denkmals mehr von dem Meister reden wird, werden seine Töne noch immer weiterklingen.

Sie haben mich, Herr Oberbürgermeister, gebeten, die feierliche Grundsteinlegung des Richard-Wagner-Nationaldenkmals zu Leipzig vorzunehmen. Wenn ich Ihrem Wunsche nachkomme, dann will ich es nicht tun als der einzelne, durch diesen seltenen Auftrag vom Schicksal so tief beglückte Mann, sondern namens unzähliger bester deutscher Männer und Frauen, die in mir ihren Sprecher und Führer sehen und deren tiefe Gefühle ich in diesem Augenblick versuchen will, zum Ausdruck zu bringen.

Denn die heutige deutsche Generation sucht, nach jahrzehntelangem Irren geläutert und erzogen durch grenzenloses Leid, wieder den Weg zu ihrem eigenen großen Meister. Sie will nichts mehr gemein haben mit jener undankbaren Zeit, da man nicht nur symbolisch, sondern auch tatsächlich über den Wunsch und Willen eines der größten Söhne unseres Volkes zur Tagesordnung übergegangen war. Sie schöpft aus der ewigen Kraft unseres Volkes, indem sie wieder zu unseren besten Geistern strebt.

So findet sie auch schon im zweiten Jahre der nationalen Erhebung den Weg hierher in diese Stadt, um durch mich, als den Kanzler des Reiches, am Tage der Grundsteinlegung dieses Denkmals erneut den tiefsten Dank der Nation dem unsterblichen Genius dieses ihres großen Sohnes zu Füßen zu legen.

Mit dem wahrhaftigen Gelöbnis, dem Wunsch und Willen des großen Meisters zu entsprechen, seine unvergänglichen Werke in ewig lebendiger Schönheit weiter zu pflegen, um so auch die kommenden Generationen unseres Volkes einziehen zu lassen in die Wunderwelt dieses gewaltigen Dichters der Töne, lege ich dessen zum ewigen Zeugnis und zur immerwährenden Mahnung den Grundstein zum deutschen Nationaldenkmal Richard Wagners.“

Hitler sprach, als er die Grundsteinlegung vornahm, mit tränenerstickter Stimme, so daß der Völkische Beobachter hierzu bemerkte: „Der Führer war bei diesen Worten sichtlich ergriffen.“

Am 7. März befand sich Hitler wieder in Berlin und eröffnete in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm die *Internationale Automobilausstellung*.

In seiner Rede verkündete er nicht nur die Treibstoffversorgung Deutschlands auf nationaler (d. h. synthetischer) Basis, sondern auch die Schaffung eines Volkswagens. An dieses Problem wollten die Industriellen, die bisher dem Prinzip des hochqualifizierten Einzelfahrzeugs, weniger dem der Massenproduktion, gehuldigt hatten, nicht so recht heran. Aber Hitler trieb ihnen diese individualistischen Mucken aus und erklärte: <sup>54)</sup>

„Die Regierung wird das im vergangenen Jahr verkündete Programm beharrlich und konsequent weiterführen. Sie wird dem gesamten Kraftfahrwesen den großen Impuls

<sup>54)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 68 v. 9. 3. 1934.

7. März 1934

geben, der nötig ist, um die allgemeinen Vorurteile einerseits und die Trägheit andererseits zu überwinden. Sie wird versuchen, die direkte und indirekte Abgabentlastung des Kraftwagenbesitzers weiter fortzuführen. Das Reich wird neben dem Ausbau des gewaltigen Autobahnstraßennetzes nunmehr auch der Verbesserung der bisherigen Hauptstraßen entschlossen sein praktisches Interesse zuzuwenden. Die Reichsregierung wird der Entwicklung der Autoindustrie jede Förderung angedeihen lassen. Sie wird vor allem weiterfahren, dieses neueste Verkehrsmittel in eine enge Zweckverbindung zu bringen zur bisherigen großen Verkehrsinstitution, der Reichsbahn. Das Problem der nationalen Sicherung und Herstellung des Brennstoffes wird gelöst!

Ich brauche Ihnen nicht, meine Herren, hier ein Bild zu entwickeln über die Folgen dieser bisherigen Einstellung und der aus ihr gekommenen Maßnahmen.

Es gibt gar keinen klareren Beleg für die Wirksamkeit dieses unseres Handelns im letzten Jahr als die geradezu blitzschnell organisierte und so wunderbar gelungene Internationale Automobilausstellung des Jahres 1934 zu Berlin.

Sie gibt vor allem mir selbst die unzerstörbare Zuversicht, daß es der kaufmännischen Geschicklichkeit unserer großen Werke, der Genialität unserer Techniker sowie der wunderbaren Leistungsfähigkeit unserer deutschen Werk- und Präzisionsarbeiter ohne Zweifel gelingen wird, die vor uns liegenden weiteren großen Aufgaben zu lösen. Diese Aufgaben aber sind groß.

Denn, meine Herren: Wenn wir wirklich die Kraftwagenbesitzer in Deutschland in die Millionenzahl steigern wollen, dann kann dies nur gelingen, wenn wir seinen Preis anpassen dem finanziellen Leistungsniveau der hierfür in Frage kommenden Millionennasse der Käufer.

Wenn die deutsche Regierung wünscht, daß das deutsche Volk lebendigen Anteil am Kraftwagen nimmt, dann muß aber die Wirtschaft für das deutsche Volk auch den geeigneten Kraftwagen schaffen und bauen.

Vor wenigen Monaten erst ist es der deutschen Industrie gelungen, durch die Fabrikation eines neuen Volksempfängers eine enorme Anzahl von Radioapparaten auf den Markt zu bringen und abzusetzen. Ich möchte es nun als die bedeutendste Aufgabe für die deutsche Kraftwagenindustrie hinstellen, immer mehr den Wagen zu konstruieren, der ihr zwangsläufig eine Millionenschicht neuer Käufer erschließt, denn nur wenn es uns gelingt, die breiteste Masse für dieses neue Verkehrsmittel zu erobern, wird nicht nur der volkswirtschaftliche, sondern auch der soziale Nutzen ein unbestreitbarer sein.

Was die deutsche Industrie in den hinter uns liegenden Jahren geleistet hat, ist bewunderungswürdig. Es gibt heute kein Land der Welt mit mehr Fortschritt in der Konstruktion neuer Automobile als Deutschland. Vom Kleinwagen bis zum modernsten Rennwagen, vom Lastwagen mit Dieselantrieb bis zum Motorrad sehen wir überall neue Wege einschlagen und wahrhaftig ingenieure Gedanken sich verwirklichen. Es ist bemerkenswert, daß diese Automobilschau nicht planmäßig vorbereitet wurde, sondern daß sie nur eine Stichprobe darstellt der Produktion unserer Industrie.

Indem ich das deutsche Volk einlade, diese Stichprobe zu besichtigen und zu überprüfen, bin ich überzeugt, daß es in freudigem Stolz anerkennen wird, was seine Ingenieure, seine Kaufleute und seine Arbeiter wieder einmal geschaffen haben. Ich möchte aber diese Stunde auch nicht vorübergehen lassen, ohne erneut die Aufmerksamkeit eines jeden Deutschen hinzulenken auf die große Millionenzahl derer, die auch heute noch nicht durch eigene Arbeit das tägliche Brot gefunden haben.

Es ist die Pflicht eines jeden Deutschen, sich mit diesen Volksgenossen solidarisch zu erklären und durch sein ganzes Handeln und Verhalten mitzuhelfen, neuen Arbeitern unseres Volkes der Stirn und der Faust Betätigung und damit die Existenzmöglichkeit zu geben.

Am 17. März jährt sich zum 100. Male der Tag, da der Konstrukteur des ersten Automobils das Licht der Welt erblickte. Neben Benz dürfen wir in Daimler nicht nur den Erfinder des ersten Automobilmotors sehen, sondern auch den Begründer der ersten und damit ältesten Automobilfabrik der Welt. Welch eine gigantische Entwicklung seit jenem 16. Dezember 1883, da zum erstenmal ein Automobilmotor in der Welt unter

7. März 1934

Patentschutz genommen wurde, und heute! Wer kann daran zweifeln, daß es uns gelingen wird, diese wunderbare Entwicklung zum Nutzen unseres ganzen deutschen Volkes weiter fortzuführen?

Aber darüber hinaus sehen wir in diesem neuen Verkehrsmittel ein Element menschlicher Zusammenarbeit, das weit über die Grenzen eines einzelnen Volkes hinausreichend, die Völker verbindet.

In einer Zeit, da wir alle keinen sehnlicheren Wunsch besitzen, als in friedlicher Arbeit gemeinsam mit den anderen Nationen die Wunden der letzten Jahrzehnte zu heilen, sind wir glücklich, der ganzen Welt eine sichtbare Aufklärung zu geben über das Wesen der Probleme, die uns heute beschäftigen und einen Beweis über die Fähigkeit, mit der wir sie meistern.

So erkläre ich denn mit stolzer Freude die Internationale Automobilausstellung 1934 in Berlin hiermit für eröffnet.“

Am 11. März sprach Hitler bei einem Staatsakt anläßlich des 1. Jahrestages der Machtübernahme in Bayern. Die Rede fand im Ausstellungspark auf der Theresienhöhe in München statt und gipfelte in Hitlers Verkündigung: <sup>55)</sup>

„Hauptstadt der Kunst und unserer Bewegung ist München und wird München bleiben!“

Eine Woche später, am 19. März, sprach Hitler erneut in München auf einem sogenannten „Revolutionsappell der alten Kämpfer“ <sup>56)</sup>.

Er gab dabei eine lange Erläuterung der Begriffe Liberalismus, Marxismus und Reaktion, die durch den Nationalsozialismus überwunden worden seien. Bemerkenswerterweise erklärte er auch hier: „Die Revolution muß weitergehen!“ und machte den Unterschied klar, der die NSDAP. gegenüber anderen Parteien auszeichne.

„Der Sieg einer Partei ist ein Regierungswechsel, der Sieg einer Weltanschauung ist eine Revolution, die den Zustand eines Volkes tiefinnerlich und wesentlich umgestaltet. Man wird nicht Nationalsozialist in einem Jahr, sondern es sind viele Jahre notwendig, und Generationen werden wohl vorübergehen, bis wir das Siegeszeichen unseres Reiches eingegraben haben in alle Herzen. Und dann erst ist die nationalsozialistische Revolution gelungen und das deutsche Volk endgültig gerettet.“

Man wird angesichts dieser Worte wohl kaum ernsthaft die Ansicht vertreten können, nur Röhm habe von einer „zweiten Revolution“ oder einer „Fortsetzung der Revolution“ gesprochen, sondern es war zweifellos Hitler selbst, der hier das Feuer schürte, um später einen schätzbaren Vorwand zur Ermordung der SA.-Führer zu erhalten.

Auch bei der Rede zum „Beginn der zweiten Arbeitsschlacht am 21. März in Unterhaching bei München“ agitierte Hitler gegen den inneren Feind, gegen den sich auch die SA.-Leute gerne wandten <sup>57)</sup>.

„Die ewigen Pessimisten und die grundsätzlichen Nörgler haben noch kein Volk gerettet, wohl aber zahlreiche Völker, Staaten und Reiche zerstört.“

Hitler sprach an diesem Frühlingsanfangstag an einer Baustelle der neuen Autobahn München—Landesgrenze (Salzburg) und beschäftigte sich vor allem mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung,

„dem größten, das Deutschland bisher kannte“.

„Der Kampf zur Rettung des Mittelstandes ist in erster Linie mit ein Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Dies aber ist das Riesenproblem, das uns zur Lösung gestellt ist und demgegenüber alles andere zurücktritt.“

<sup>55)</sup> Bericht im VB. Nr. 71 v. 12. 3. 1934.

<sup>56)</sup> Bericht im VB. Nr. 79 v. 20. 3. 1934.

<sup>57)</sup> Bericht im VB. Nr. 81 v. 22. 3. 1934.

21. März 1934

Nun war es allerdings nicht ganz so, daß Hitler gegenüber diesem Problem alles andere in den Hintergrund treten ließ. Immerhin aber war die Beseitigung der Arbeitslosigkeit von allen seinen Maßnahmen diejenige, die das deutsche Volk und insbesondere die deutschen Arbeiter am meisten interessierte.

Hitler, der seine Rede beim Spatenstich zur ersten Autobahn in Frankfurt a. M. am 23. September 1933 mit den Worten geschlossen hatte: „Deutsche Arbeiter, ans Werk“, beendete seine Unterhachinger Rede mit dem Ruf: „Deutsche Arbeiter, fanget an!“

Am 22. März versammelte Hitler wieder einmal die Reichsstatthalter in der Reichskanzlei und ermahnte sie zu bedingungsloser Unterordnung<sup>58)</sup>.

„Sie vertreten nicht die Länder gegenüber dem Reich, sondern das Reich gegenüber den Ländern.“

Die nächste Kundgebung Hitlers war ein Interview, das er dem Vertreter von Associated Press, Louis P. Lochner, gewährte und das am 3. April veröffentlicht wurde<sup>59)</sup>. Er gab sich hier als Gegner der sogenannten Geheim-Diplomatie und behauptete, auf sein Wort könne man sich unbedingt verlassen. Er habe nur ein Ziel im Auge, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, und mache sich höchstens Sorge, wie er Deutschland vor feindlichen Überfällen bewahren könne. Das Interview wurde, wie folgt, wiedergegeben:

Reichskanzler Adolf Hitler wies einleitend darauf hin, daß er ein überzeugter Anhänger der persönlichen Aussprache, der „Mann-zu-Mann-Diplomatie“ sei. Nichts sei ihm lieber, als daß er die verantwortlichen Führer der wichtigen Nationen einschließlich Amerika unter vier Augen sprechen könne.

Die überlebte diplomatische Methode des Notenaustausches richte sich selbst durch die Tatsache, daß trotz der Bemühungen der Diplomaten die Völker im Jahre 1914 in den größten Krieg der Geschichte hineingeschlittert seien, obwohl er persönlich überzeugt sei, daß die Diplomaten selbst am meisten überrascht waren, als der Krieg tatsächlich ausbrach.

Der Führer sagte weiter: „Ein jeder Vertreter einer fremden Macht wird bei einer Aussprache mit mir finden, daß ich mit absolutem Freimut sage, was Deutschland bereit ist zu tun, und daß ich meine Forderungen nicht höher ansetze, als nötig ist. Wenn ich z. B. sage, daß wir eine Wehrmacht von 300 000 Mann benötigen, so lasse ich mich nicht dazu herbei, nachher auf 250 000 herunterzugehen.“

Ich will Deutschlands Wort und Unterschrift wieder zur Geltung bringen.

Unter keinen Umständen werde ich mich einem Diktat unterwerfen. Wenn ich einmal überzeugt bin, daß ein bestimmter Kurs der einzige und richtige für mein Volk ist, so halte ich ihn, komme, was möge. Und was ich tue, das tue ich offen. Ich werde mich z. B. niemals dazu verstehen, 150 000 Mann als genügende Stärke nach außen hin für unsere Reichswehr zu akzeptieren und dann im geheimen weitere 150 000 Mann ausrüsten.“

Über das Rüstungsproblem, wie es sich durch Frankreichs Weigerung, sich dem englischen, italienischen und deutschen Standpunkt zu nähern, ergibt, äußerte der Reichskanzler u. a.:

„Niemand würde sich mehr freuen, wenn die Welt abrüstete, als ich. Wir möchten unsere ganzen Kräfte produktiven Zwecken widmen. Wir wollen unsere Arbeitslosen zurück in die Arbeit führen.“

Sodann wollen wir den Lebensstandard eines jeden einzelnen erhöhen. Wir wollen unsere Sümpfe austrocknen, unproduktives Land urbar machen und verbessern, unser

<sup>58)</sup> Bericht im VB. Nr. 82 v. 23. 3. 1934.

<sup>59)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 94 v. 4. 4. 1934.

Volk nach Möglichkeit in die Lage versetzen, sich selbst zu versorgen, dem Bauern ermöglichen, ein Maximum aus seinem Grund und Boden herauszuholen, den Fabrikanten und Industriearbeiter in den Stand setzen, möglichst produktiv zu arbeiten, unserem Lande durch künstliche Ersatzprodukte das, was ihm an Rohmaterialien mangelt, nach Möglichkeit liefern. Indem wir Straßen bauen, Kanäle graben, die Sümpfe austrocknen, Dämme errichten und Schleusen anlegen, leisten wir eine konstruktive Arbeit, die wohl unsere Tatkraft beanspruchen kann.

Als Staatsmann, der für das Wohl seines Landes verantwortlich ist, kann ich es nicht zulassen, daß Deutschland der Möglichkeit ausgesetzt wird, daß etwa ein Nachbar es überfallen könnte oder Bomben auf unsere industriellen Anlagen herabwürfe oder einen sogenannten Präventivkrieg führte, nur um von den eigenen internen Schwierigkeiten abzulenken. Nur aus diesem Grunde — und aus keinem anderen — fordern wir eine Wehrmacht, die Verteidigungsansprüchen genügt.“

Auf die Frage ob die Arbeitsverfassung für jedermann bedeute, daß eine Proletarisierung stattfinden werde, mit anderen Worten, daß sich der Reichskanzler damit begnügen werde, daß durch Arbeitsstreckung zwar einem jeden ein Einkommensminimum zugesichert werden könne, daß jedoch größere Einkommen dann verschwinden werden, entgegnete der Reichskanzler: „Ganz im Gegenteil! Als ersten Schritt muß ich natürlich die Geißel der Arbeitslosigkeit beseitigen. Sobald jedoch unser Volk wieder Arbeit hat, wird auch die Kaufkraft sich heben, und dann kommt als logischer nächster Schritt die Hebung des Lebensstandards. Wir wollen nicht ein primitives Volk werden, sondern eines mit höchstmöglichem Lebensstandard. Ich gebe dem Amerikaner recht, wenn er nicht alle gleichmachen will, sondern wenn er dem Prinzip der Stufenleiter huldigt. Nur muß einem jeden die Möglichkeit gegeben werden, die Leiter zu erklimmen. Auch glaube ich, daß es durchaus recht ist, daß zunächst eine Erfindung das Gut des Erfinders sein soll, doch muß sein Streben darauf gerichtet sein, daß seine Erfindung der Allgemeinheit zugute kommt.“

Die erste Fensterscheibe war ein Luxusartikel, aber heute fragt jedermann nach Glas. Es wurde zu einem allgemeinen Gebrauchsartikel. Die erste Glühbirne war ein Luxusartikel, aber der Erfinder bezweckte, sie einem jeden zugänglich zu machen. Der Zweck und das Ziel eines jeden Fortschrittes muß sein, ein ganzes Volk, ja die ganze Menschheit glücklicher zu machen.“

Anschließend „durfte“, wie sich der Völkische Beobachter ausdrückte, „Lochner eine Anzahl Fragen stellen, deren Zweck war, die Persönlichkeit Adolf Hitlers dem amerikanischen Volke besser verständlich zu machen“.

Besonders bemerkenswert ist, wie sehr Hitler sich hier mit der „blinden“ Ergebenheit seiner Mitarbeiter, wozu natürlich auch die Reichsminister gehörten, brüstete, die sich „in bewunderungswürdiger Weise“ seinen Wünschen unterordneten. „Die Welt hat nie ein schöneres Beispiel von blinder Einfühlung erlebt als das, welches meine Mitarbeiter geben“, erklärte er.

Lochners erste Frage lautete:

„Was ist Ihre Einstellung, Herr Reichskanzler, gegenüber der Kritik, der persönlichen wie auch der pressemäßigen?“

Der Kanzler entgegnete: „Wissen Sie auch, daß ich einen ganzen Stab von Sachkennern des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens um mich versammelt habe, deren einzige Aufgabe es ist, Kritik zu üben? Ehe wir ein Gesetz verabschieden, zeige ich den Entwurf diesen Männern und frage sie: ‚Bitte, was ist hieran falsch?‘ Ich wünsche nicht, daß sie einfach Ja zu allem sagen. Sie haben keinen Wert für mich, wenn sie nicht kritisieren und mir sagen, welche Mängel unseren Maßnahmen unter Umständen anhängen könnten. Ebensowenig liegt es in meinen Wünschen, daß die Presse einfach nur das abdruckt, was ihr auferlegt wird.“

Es macht keine Freude, Zeitungen zu lesen, die alle miteinander fast denselben Wortlaut haben. Im Laufe der Zeit werden unsere Schriftleiter so geschult sein, daß sie

eigene wertvolle Beiträge zum nationalen Aufbau beisteuern können. Eines kann ich Ihnen jedoch versichern, ich werde keine Presse dulden, deren ausschließlicher Zweck ist, das zu zerstören, was wir aufzubauen unternommen haben.

Wenn die Einstellung eines Schriftleiters die ist, seine eigene interessante Weltanschauung der unseren entgegenzusetzen, so sei ihm gesagt, daß ich dann die modernen Möglichkeiten der Presse ebenso gebrauchen werde, um ihn zu bekämpfen. Den Agenten fremder Mächte werde ich überhaupt keine Möglichkeiten geben. Leute solcher Agenten verletzen ihr Gastrecht. Ich heiße herzlich einen ausländischen Korrespondenten willkommen, der objektiv und ohne Voreingenommenheit berichtet, was er in Deutschland sieht und hört. Nur sollte es sich ein jeder Korrespondent um seiner selbst und seines Renommees als Journalist willen angelegen sein lassen, sich nicht etwa der Notwendigkeit auszusetzen, sich selbst zu dementieren, weil er die Zweckmäßigkeit unseres Regimes nicht richtig eingeschätzt hat. Erinnern Sie sich daran, wie die Presse ihre Meinung über Richard Wagner ändern mußte.“

„Während ich einerseits Kritik wünsche“, fuhr der Kanzler fort, „so bestehe ich andererseits darauf, daß diejenigen, die für das Wohl des ganzen Volkes arbeiten, die Sicherheit haben müssen, daß sie in Ruhe ihrer Arbeit nachgehen können. Der Fehler der Systeme, die dem unseren vorangingen, lag darin, daß kein Minister oder Staatsverantwortlicher in öffentlicher Stellung wußte, wie lange er am Ruder bleiben werde. Das führte dazu, daß er weder die Mißstände, die seine Vorgänger hinterlassen hatten, beseitigte, noch sich mit Fragen, die die Zukunft umfaßten, zu beschäftigen wagte. Ich versicherte den Herren, als ich die Regierung übernahm, selbst denen, die nicht meiner Partei angehörten, daß sie der Stabilität ihrer Ämter gewiß sein könnten. Daraus ergab sich, daß alle freudig und mit ganzem Herzen bei der Sache waren und daß ihr Augenmerk lediglich auf eine aufbauende Zukunft gerichtet war.“

Lochner fragte dann: „Herr Reichskanzler, es wird manchmal behauptet, daß es unter den Herren Ihrer nächsten Umgebung Männer gebe, die sich an Ihre Stelle setzen möchten. Von einem Ihrer prominentesten Mitarbeiter wird z. B. behauptet, daß er Maßnahmen zu durchkreuzen versuche.“

Seinen persönlichen Eindruck nach dieser Frage schilderte Lochner mit folgenden Worten: „Des Kanzlers Züge hellten sich auf. Es schien, als ob die Gesichter der verschiedenen Männer, die ihm im Kampfe am nächsten standen, in seinem Geiste vorüberzögen und er sich freue über das, was er innerlich sah.“

Der Führer antwortete: „Ich weiß ja, daß Sie diese Frage stellen, um mein Verhältnis zu meinen Mitarbeitern klarzustellen, und nicht etwa, weil Sie persönlich deren Loyalität in Frage stellen. Es wäre ja wirklich eine Verleumdung, irgendeinem der Männer, die Jahr um Jahr zu mir gestanden haben, zu unterstellen, daß sie etwa den Wunsch hätten, mich herauszudrängen.“

Die Welt hat nie ein schöneres Beispiel von blinder Einfühlung erlebt als das, welches meine Mitarbeiter geben. Vielleicht liegt der Grund, warum Märchen dieser Art entstehen, in der Tatsache, daß ich mich nicht etwa mit Nullen umgeben habe, sondern mit wirklichen Männern. Nullen sind rund. Sie sind die ersten, die abzurollen beginnen, wenn es schlecht geht. Die Männer um mich sind kantige, aufrechte Männer. Ein jeder von ihnen ist eine Persönlichkeit, ein jeder hat seinen Willen und ist von Ehrgeiz erfüllt. Wenn sie nicht ehrgeizig wären, so stünden sie nicht, wo sie heute sind. Ich begrüße den Ehrgeiz.

Wenn nun eine solche Gruppe von machtvollen Persönlichkeiten zusammenkommt, so ist es unausbleiblich, daß einmal eine Reibung vorkommt. Aber noch niemals hat ein einziger der Männer, die mir Gefolgschaft leisten, versucht, seinen Willen mir aufzuzwingen. Ganz im Gegenteil, sie haben in bewundernswürdiger Weise sich meinen Wünschen untergeordnet.“

Die letzte Frage Lochners lautete: „Herr Reichskanzler! In den Tagen, ehe Sie an die Macht kamen, lebten Sie dauernd unter dem Volk und hatten dadurch



25. März 1934

stetigen persönlichen Kontakt mit ihm. Heute, wenn Sie irgendwo erscheinen, sind die Straßen geschmückt, Willkommensadressen werden überreicht, Sie werden von den Spitzen der Behörden begrüßt. Wie bringen Sie es trotzdem fertig, Ihre Hand am Puls der Nation zu behalten? Wie halten Sie den Kontakt mit dem einfachen Mann aufrecht?“

Mit einem fast jugendhaften Lachen antwortete der Führer: „Erstens einmal, Sie sollten meine Mittagsstunden oben in diesem Gebäude einmal sehen. Sie würden bemerken, wie dort jeden Tag neue Gesichter auftauchen. Mein Haus ist wie ein Taubenschlag. Mein Haus ist stets offen für meine Mitkämpfer, einerlei, wie schlicht und einfach ihre Verhältnisse sind. Unsere Organisation reicht bis in die kleinsten Dörfer hinunter und von überall her kommen Männer meiner Gefolgschaft nach Berlin, um mich aufzusuchen.“

Im Verlaufe der Tischrunde erzählen sie mir dann ihre Sorgen und Nöte. Sodann gibt es selbstverständlich noch viele andere Möglichkeiten, mit dem Volke in Berührung zu bleiben. Ich erwähne nur diese eine als ein charakteristisches Beispiel. Eines möchte ich jedoch betonen: Obwohl ich alle diese kleinen Sorgen anhöre und aus einer Fülle von Einzelheiten mir ein Gesamtbild der Lage mache, so lasse ich es niemals zu, daß mir der Überblick verdunkelt wird. Ich muß mein Augenmerk immer auf unser Hauptziel gerichtet haben und dies mit unermüdlicher Zähigkeit verfolgen. Dieses oder jenes Detail gefällt mir nicht gleich gut. Zugegeben: Aber ich muß es meinen Mitarbeitern überlassen, die kleinen Sachen zu bereinigen.

Wir verfolgen große Ziele. Unsere Hauptaufgabe besteht darin, diese Methode zu verfolgen. Ich brauche 4 Jahre, um den ersten Abschnitt unseres Programms zu verwirklichen. Dann werde ich weitere 4 Jahre für den nächsten Abschnitt benötigen usw. Wir erstreben ein bedeutendes und besseres, glücklicheres Deutschland.“

Am 26. März wurde ein *Vorwort Hitlers für die italienische Ausgabe von Mein Kampf* veröffentlicht, das der italienische Verlag Bompiani in Mailand herausbrachte. Das Vorwort hatte folgenden Wortlaut: <sup>60)</sup>

„Völker, die für erhabene nationale Ideen kämpfen, sind lebensstark und zukunftsreich. Sie halten ihr Schicksal selbst in Händen. Ihre gemeinschaftsbildenden Kräfte sind dann nicht selten Werte von internationaler Geltung, die für das Zusammenleben der Völker untereinander segensreicher wirken als die ‚unsterblichen Ideen‘ des Liberalismus, die die Beziehungen der Nationen verwirren und vernichten.“

Faschismus und Nationalsozialismus, in ihrer weltanschaulichen Grundhaltung innerlich verwandt, sind berufen, einer fruchtbaren internationalen Zusammenarbeit neue Wege zu weisen. Sie in ihrem Sinn und Wesen begreifen, heißt, dem Frieden der Welt und damit der Wohlfahrt der Völker dienen.“

Vom 11. bis 15. April nahm Hitler an einer Fahrt *des Panzerschiffs „Deutschland“ in norwegische Gewässer* teil <sup>61)</sup>. In seiner Begleitung befanden sich der Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg, der Chef der Marineleitung Admiral Dr. h. c. Raeder und andere hohe Reichswehroffiziere.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei diesen langen, ungestörten Unterhaltungen, die Hitler hier mit den Generälen führte, die Zukunft der Reichswehr, die beabsichtigte Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, aber auch die künftige Stellung der SA. besprochen wurde. Bullock <sup>62)</sup> neigt der Ansicht zu, Hitler habe auf dieser Fahrt den Generälen versprochen, mit Röhm Schluß zu machen, falls er noch einmal die Absicht äußere, die SA. in irgendeiner Form in die Reichswehr einzugliedern.

<sup>60)</sup> DNB.-Meldung vom 26. 3. 1934.

<sup>61)</sup> Hinweise im VB. Nr. 106 v. 16. 4. und Nr. 109 v. 19. 4. 1934.

<sup>62)</sup> Bullock a. a. O. S. 288.

11. April 1934

Wahrscheinlich trifft dieser Zeitpunkt zu. Daß Hitler ein solches Versprechen gab, beweist uns ein Interview, das der Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium, General von Reichenau, Anfang August 1934 dem Vertreter des *Petit Journal*, Stanislaus de la Rochefoucauld, gewährte<sup>63)</sup>. Reichenau erklärte wörtlich: „Der Reichskanzler hat sein Wort gehalten, als er den Versuch Röhm's, die SA. in die Reichswehr einzugliedern, im Keime erstickte. Wir lieben ihn, weil er sich als wahrer Soldat gezeigt hat. Die Wehrmacht bewundert ihn wegen seines persönlichen Mutes, und ich unterstreiche die Worte, die er kürzlich gesprochen hat: ‚Die Reichswehr kann sich auf mich verlassen, wie ich mich auf sie verlasse.‘“

Es ist bezeichnend, daß Reichenau, der als Staatssekretär des Reichswehrministers sicher gut Bescheid wußte, keineswegs von einem Putschversuch Röhm sprach, sondern lediglich von dem Versuch, die SA. in die Reichswehr einzugliedern. Eigentlich hätte sich ja die Reichswehr über eine solche Verbreiterung ihrer Basis freuen müssen, zumindest war zur damaligen Zeit in solchen Absichten kein hochverräterisches Unternehmen zu erblicken, solange nicht die Reichswehr in die SA. hätte eingegliedert werden sollen. Aber der Plan Röhm's lief, wie schon mehrfach ausgeführt, sowohl dem exklusiven Standesbewußtsein der Reichswehrgeneräle zuwider als auch den militärischen Absichten Hitlers. Und dies genügte, um Röhm auf skandalöse Art vom Leben zum Tod zu befördern.

Am 17. April besuchte Hitler mit Blomberg und Röhm, den Exponenten von Reichswehr und SA., das *Frühjahrskonzert der SS. im Berliner Sportpalast*<sup>64)</sup>. Hitler saß zwischen den beiden Männern und musterte den ihm zur Rechten sitzenden Röhm bereits als einen Moriturus! Es war das letzte Mal, daß er sich mit Röhm in der Öffentlichkeit zeigte.

Am 17. April empfing Hitler außerdem die *Gauführer des Winterhilfswerkes in der Reichskanzlei* und dankte ihnen für ihre Tätigkeit während der vergangenen Monate durch eine *Ansprache*<sup>65)</sup>. Er ließ durchblicken, daß dieses Winterhilfswerk auch nach der Beseitigung der gegenwärtigen Not als dauernde Einrichtung bestehenbleiben würde.

„Das Winterhilfswerk soll die Not beseitigen, die durch offizielle Maßnahmen nicht beseitigt werden kann. Es soll ferner dazu beitragen, das Volk zum sozialistischen Denken zu erziehen. Im reichen Deutschland der Vorkriegszeit ist es nicht möglich gewesen, ein ähnliches Hilfswerk durchzuführen. Das Deutschland vor dem Krieg erzielte bei monatelanger intensivster Propaganda nicht mehr als 7 Millionen Mark für die Zepelinspende, die eine Sache des ganzen Volkes war.

Wir haben in einem einzigen Winter in dem verarmten Deutschland 320 Millionen Mark aufgebracht. Diese gewaltige Summe ist nicht nur eine Tat an sich, sondern sie ist ein Beweis des Opfergedankens, der in unserem Volk lebt.“

Zu Hitlers Geburtstag sandte Hindenburg am 19. April folgendes Glückwunschsreiben:<sup>66)</sup>

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Zu Ihrem morgigen 45. Geburtstag spreche ich Ihnen meine besten Glückwünsche aus. In dankbarer Anerkennung Ihrer bisherigen Aufbauarbeit für Volk und Vaterland gebe ich dem tiefempfundenen Wunsche Ausdruck, daß Ihnen noch

<sup>63)</sup> DNB.-Wiedergabe v. 6. 8. 1934.

<sup>64)</sup> Bericht im VB. Nr. 109 v. 19. 4. 1934.

<sup>65)</sup> Bericht im VB., Berliner Ausgabe, vom 17. 4. 1934 u. VB. Nr. 108 v. 18. 4. 1934.

<sup>66)</sup> Wiedergegeben im VB. Nr. 110 v. 20. 4. 1934.

20. April 1934

viele Jahre gesegneten Wirkens und persönlichen Wohlergehens beschieden sein mögen! In treuer Kameradschaft und mit herzlichen Grüßen bin ich Ihr ergebener  
v. Hindenburg.“

Die Reichswehr gratulierte ebenfalls mit einem Glückwunschsreiben. Blomberg teilte darin mit, daß die Kaserne des I. Bataillons Inf.Rgt. 19 (München) als Traditionstruppenteil des Infanterie-Regiments List, in dem Hitler als Kriegsfreiwilliger kämpfte, den Namen „Adolf-Hitler-Kaserne“ erhalte.

Der Stabschef Röhm erließ zum Geburtstag des Führers einen Tagesbefehl an die SA., aus dem man alles andere als Putschabsichten gegen Hitler entnehmen konnte <sup>65)</sup>.

„Der Oberste SA.-Führer, Adolf Hitler, begeht heute seinen 45. Geburtstag. In ihm verkörpert sich für uns politische Soldaten der nationalsozialistischen Revolution Deutschlands:

Was das Sehnen der Deutschen gewesen, seit sie in das Licht der Geschichte traten, was zwei Jahrtausende deutscher Entwicklung nicht vollbrachten — durch ihn ist es Wirklichkeit geworden: das über Standes-, Klassen- und Konfessionsgegensätze hinausgewachsene einige Volk im einigen Reich! Aus seinem Geiste, unter seinen Fahnen ist die SA marschiert — für das nationalsozialistische Deutschland. Kampf und Not, Opfer und Tod haben uns ihm verbunden zu einer Gemeinschaft, die nichts und niemand lösen oder trennen kann. Unser Stolz und unsere Ehre war es, ist es und wird es für alle Zeiten bleiben, stets seine Getreuesten zu sein, auf die der Führer vertrauen und bauen kann in guten und erst recht in bösen Tagen. Zu dem Tage, an dem vor 45 Jahren das Schicksal der Nation in ihm ihren Retter schenkte, entbieten die braunen und schwarzen Bataillone der SA ihrem Obersten SA-Führer ihren Gruß und erneuern ihr Gelöbnis: In unwandelbarer Treue und niemals wankendem Gehorsam seine Wege zu gehen und seine Werke zu wirken, — im Geiste und in der Tat Vormänner zu sein beim Neubau des Staates und bei der Volkswendung der Deutschen — dem nationalsozialistischen Deutschland zu dienen mit Leib und Seele bis in den Tod. Heil dem Führer der Deutschen! Heil dem Obersten SA-Führer Adolf Hitler!

Berlin, den 20. April 1934.

Der Stabschef der SA Ernst Röhm.“

Göring ernannte zum 20. April Himmler zum Leiter der Geheimen Staatspolizei in Preußen. Der bisherige Leiter, Ministerialrat Diels, wurde Regierungspräsident in Köln. Die Aktion vom 30. Juni warf ihre Schatten voraus.

Hitler, der am 19. April noch den *bulgarischen Ministerpräsidenten Muschianoff* zu einer Unterredung in Berlin empfangen hatte, verbrachte seinen Geburtstag im Auto auf der Fahrt von Berlin nach München. Er machte verschiedentlich Rast, so im Fichtelgebirge, in der Fränkischen Schweiz, in der Nähe von Eichstätt. Bei diesen Aufenthalten empfing er BDM-, Arbeitsdienst- und SA.-Abordnungen <sup>66)</sup>.

Am 24. April befand sich Hitler wieder in Berlin und dankte in einer allgemein gehaltenen *Bekanntmachung* für die „gutgemeinten Glückwünsche zum Geburtstag“ <sup>70)</sup>.

Der Gesundheitszustand des Reichspräsidenten verschlechterte sich immer mehr, so daß er bei den Feierlichkeiten zum „Nationalen Feiertag des Deutschen

<sup>67)</sup> Bericht im VB. Nr. 111 v. 21. 4. 1934.

<sup>68)</sup> DNB.-Meldung v. 20. 4. 1934.

<sup>69)</sup> Bericht im VB. Nr. 112 v. 22. 4. 1934.

<sup>70)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 115 v. 25. 4. 1934.

1. Mai 1934

Volkes“ nicht persönlich in Erscheinung treten konnte, wie dies im Vorjahr bei der Jugendkundgebung im Lustgarten und beim Empfang von Arbeiter-Abordnungen der Fall gewesen war.

Reichspräsident und Reichsregierung erließen jedoch am 30. April folgenden *Aufruf an das deutsche Volk*, der ohne Zweifel aus Hitlers Feder stammte: <sup>71)</sup>

„Zum erstmalig in unserer Geschichte ist der innere Bruderzwist beseitigt und die Einigkeit aller Deutschen erreicht. Was unsere Väter seit Jahrhunderten ersehnt haben, ist damit Wirklichkeit geworden. Auf dieser Grundlage hat das deutsche Volk im letzten Jahr Großes geleistet. Mit den Waffen des Friedens sind siegreiche Schlachten gegen Not und Elend, gegen Arbeitslosigkeit und Verzweiflung geschlagen worden. Die heutige Generation kann das stolze Gefühl haben, daß sie ihre volle Pflicht getan hat und damit vor dem Urteil der deutschen Geschichte bestehen wird. Unser Dank gilt dem ganzen deutschen Volke für diese für alle Zeiten beispielhafte Leistung. Die Nation kann ihren nationalen Feiertag am 1. Mai mit Stolz und innerer Genugtuung begehen.

Berlin, den 30. April 1934.

Der Reichspräsident: von Hindenburg

Die Reichsregierung: Adolf Hitler.“

Der 1. Mai begann in Berlin mit einer *Jugendkundgebung im Lustgarten*. In Vertretung des Reichspräsidenten hielt Hitler die *Ansprache* und erklärte u. a. folgendes: <sup>72)</sup>

„Wenn wir ein Deutschland der Stärke wünschen, so müßt Ihr einst stark sein. Wenn wir ein Deutschland der Kraft wollen, so müßt Ihr einst kraftvoll sein. Wenn wir ein Deutschland der Ehre wollen, so müßt Ihr einst die Träger dieser Ehre sein. Wenn wir ein Deutschland der Ordnung wollen, so müßt Ihr die Träger dieser Ordnung sein. Wenn wir ein Deutschland der Treue wiedergewinnen wollen, so müßt Ihr selbst lernen, treu zu sein. Ihr seid das Deutschland der Zukunft, und wir wollen daher, daß Ihr so seid, wie dieses Deutschland der Zukunft sein soll und sein muß.

Ihr müßt daher auch alles vermeiden, was dem Deutschland der Vergangenheit den Stempel des Unedlen aufprägte. Ihr müßt den Geist der großen Gemeinschaft pflegen. Die deutsche Volksgemeinschaft beruht auf Euch. In vielen Jahrhunderten wurde ersehnt, was heute Wirklichkeit geworden ist. Die Nation erwartet von Euch, daß Ihr dieser großen Zeit würdig seid. Das erwartet vor allem jenes gute, alte Deutschland, das einst unermessliche Opfer gebracht hat für Reich und Nation. Das erwartet vor allem der große Repräsentant dieses alten Deutschlands, der heute der Segner und Schirmherr unseres Volkes geworden ist. So wollen wir dem unser Heil zurufen, der für uns drei Generationen verkörpert und in dem wir ein Zeichen der ewigen Lebenskraft des deutschen Volkes erblicken: das deutsche Volk, das Deutsche Reich und unser Reichspräsident, Generalfeldmarschall von Hindenburg: Heil! Heil! Heil!“

Gegen Mittag empfing Hitler 33 *Arbeiterabordnungen* aus dem ganzen Reich, außerdem eine starke *Abordnung von saarländischen Nationalsozialisten*. Bei beiden Empfängen hielt Hitler *kurze Ansprachen*.

Am Nachmittag nahm Hitler an der Festsitzung der Reichskulturkammer teil, wo Goebbels eine Rede hielt, und begab sich dann zum *Tempelhofer Feld*.

Waren im vergangenen Jahr dort 1–1½ Millionen Menschen aufmarschiert, so mußten es in diesem Jahr noch mehr sein, die aus den Betrieben zu dieser Massendemonstration zusammenströmten, angeblich diesmal 2 Millionen arbeitender Volksgenossen <sup>73)</sup>.

<sup>71)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 121 v. 1. 5. 1934.

<sup>72)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 122 v. 2. 5. 1934.

<sup>73)</sup> Berichte im VB. Nr. 122 v. 2. 5. 1934.

Hitler begann seine Rede mit einer langen „Parteierzählung“<sup>74)</sup> und wandte sich dann energisch gegen die Kritikklust „böswilliger Elemente“ in Deutschland.

„Nur der ist zur Kritik berechtigt, der eine Aufgabe besser lösen kann. Die Lösung der deutschen Aufgaben haben wir aber besser in Angriff genommen als unsere früheren Gegner und heutigen Kritiker. Wir denken daher nicht daran, die notwendige Autorität der Führung der Nation von denen angreifen zu lassen, die nur im Nihilismus den geeigneten Nährboden für ihre eigene wertlose Tätigkeit sehen.

Sowie aber Kritik Selbstzweck ist, muß das Chaos die letzte Folge sein. Und so wie wir uns dieser Kritiker erwehren, um das Vertrauen zu der Führung der Nation nicht erschüttern zu lassen, wollen wir aber auch unsererseits alles tun, um dieses Vertrauen zu befestigen.

Millionen von Menschen, die am Aufbau tätig sein wollen, haben mir die Hand gereicht. Millionen von einstigen Gegnern, sie stehen heute in unseren Reihen und werden von uns dank ihrer Arbeit und dank ihrem Können als Helfer am Aufbau nicht weniger geschätzt als unsere eigenen alten Parteigenossen. Ich darf vor dem deutschen Volk bekennen, daß wir das Wesen unserer Autorität nicht in der Wirksamkeit von Kanonen und Maschinengewehren erblicken, als vielmehr in dem tatsächlichen Vertrauen, das uns entgegengebracht wird.

Und so wie wir 15 Jahre als Partei um das Vertrauen der Volksgenossen gerungen haben, so ringen wir jetzt und in der Zukunft weiter um das Vertrauen der Nation. Denn der Glaube, daß es uns, den damals Verlacht und Verspotteten, dereinst gelingen wird, das deutsche Volk aus Not und Untergang zu retten, war nicht fundiert in dem Vertrauen auf die Kraft einer uns zu eigenen Gewalt, als vielmehr ausschließlich gegründet in dem Vertrauen auf den inneren Wert unseres deutschen Volkes. Es ist die blutmäßige Substanz unserer Nation, die sich in den langen Jahrhunderten immer wieder bewährt hat, die wir kannten und die auch uns deshalb nie verzweifeln ließ. Wir lassen daher aber auch durch niemand das Vertrauen in diese Werte zerstören. Der kleingläubige Schwächling, der das große Geschehen unserer Zeit nur von der Perspektive seiner eigenen Unzulänglichkeit aus sieht, soll selbst unsererwegen ruhig jammern, aber nicht andere verwirren.

Wir haben daher in diesem letzten Jahr auch alle diejenigen Organisationen beseitigt, in denen hier nur Brutstätten des Geistes der Selbstschwächung, der Volkszerreißung und damit der nationalen und wirtschaftlichen Zerstörung sehen mußten. Wenn wir am 2. Mai im vergangenen Jahr die Vernichtung des deutschen Parteiwesens durch die Besetzung der Gewerkschaften einleiteten, dann geschah es nicht, um irgendwelchen Deutschen zweckmäßige Vertretungen zu nehmen, sondern um das deutsche Volk zu befreien von jenen Organisationen, deren größter Schaden es war, daß sie Schäden pflegen mußten, um die Notwendigkeit ihrer eigenen Existenz zu begründen.

Wir haben damit das deutsche Volk von unendlich viel innerem Streit und Hader erlöst, der niemandem nutzte, außer den direkten Interessenten, dem ganzen Volk aber stets verhängnisvolles Unheil zufügte. Es wird heute vielleicht mancher Arbeitgeber und Unternehmer nicht verstehen wollen, wieso wir diesen 1. Mai zu einem Feiertag proklamieren, der von dem Arbeitgeber bezahlt werden muß. Ich möchte ihnen hier die notwendige Aufklärung sagen:

Die deutsche Wirtschaft hat früher mit Hunderten an [von] Millionen Mark jährlich den Streit und Hader der Organisationen untereinander bezahlt, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber zerrissen und in zwei feindliche Streiter verwandelt hatte. Der Gesamtverlust an Nationalvermögen durch Streik und Aussperrung war ein gewaltiger. Der nationalsozialistische Staat hat diese primitiven und sinnlosen Methoden des Ausgleichs der wirtschaftlichen Interessen beseitigt. Die Ersparnisse, die der Wirtschaft dadurch zugute kommen, sind außerordentlich. Es ist nur ein ganz kleines Opfer, wenn dafür die Unternehmer ihren Mitarbeitern den Tag vergüten, der ein Symbol sein soll für die Überwindung dieser Kämpfe und für die Herstellung einer wahren Volksgemeinschaft.

<sup>74)</sup> Ausdruck des Verfassers, vgl. S. 49. Die Rede ist veröffentlicht im VB. Nr. 122 v. 2. 5. 1934.

1. Mai 1934

Wir haben in diesem letzten Jahre begonnen, diese Volksgemeinschaft aber nicht nur theoretisch einzuleiten, sondern uns bemüht, ihr auch die praktischen Voraussetzungen zu sichern. Denn es genügt noch nicht, die Arbeitslosigkeit als solche zu überwinden, neue Arbeiter auszubilden, sondern es ist notwendig, das Wesen der neuen Auffassung über die Arbeit den Millionen unserer Volksgenossen allmählich klarzumachen.

Die Nationalsozialistische Partei hat vor über einem Jahr in Deutschland gesiegt. Alle Macht und Gewalt im Staat befindet sich in den Händen dieser Organisation. Millionen von Menschen haben sich ihr freiwillig unterstellt und Millionen andere gleichgeschaltet. Allein nicht alle sind damit Nationalsozialisten geworden. Der Sinn der nationalsozialistischen Idee über Stände, Berufe, Klassen, Konfessionen hinweg eine Volksgemeinschaft herzustellen, wird nicht erfüllt durch die nur äußere Anmeldung bei einer Partei. Parteigenosse kann man durch Einschreiben werden, Nationalsozialist jedoch nur durch eine Umstellung des Sinnes, nach einem eindringlichen Appell an das eigene Herz.

Der nationalsozialistische Staat ist entschlossen, die neue deutsche Volksgemeinschaft zu bilden, er wird dieses Ziel nie aus den Augen verlieren und wird es, wenn auch langsam, so doch sicher erreichen. Die gigantischen Organisationen unserer Bewegung, ihre politischen Einrichtungen sowohl wie die Organisationen der SA. und SS., der Aufbau unserer Arbeitsfront genau so wie die Staatsorganisationen unseres Heeres, sie sind nationale und gesellschaftliche Schmelztiegel, in denen eben doch allmählich ein neuer deutscher Mensch herangebildet wird. Und was uns mit der heutigen Generation nicht gelingt, werden wir mit der kommenden vollenden. Denn genau so zäh, wie wir um den erwachsenen Mann und die erwachsene Frau kämpften und kämpfen, ringen wir um die deutsche Jugend. Sie wächst in einer anderen Welt heran und wird erst recht mithelfen, einst eine andere Welt zu bilden. In unserer nationalsozialistischen Jugendorganisation schaffen wir die Schule für die Erziehung des Menschen eines neuen Deutschen Reiches.

Gläubigen Herzens und starken Sinnes soll diese Jugend einst ein besseres Glied der Geschlechterkette unseres Volkes sein, als wir selbst es waren und heute vielleicht sein können.

Der Nationalfesttag des 1. Mai, den wir heute in ganz Deutschland feiern, hat in diesem Programm der Neubildung unseres Volkes aber eine besondere und gewaltige Bedeutung. Wir alle reden von der menschlichen Kultur und den persönlichen Leistungen, aber nur die wenigsten sehen darin das Ergebnis einer gemeinsamen Arbeit von Geist und körperlicher Kraft. Nur zu sehr hat man sich im Laufe der Jahrhunderte angewöhnt, vom Unternehmer zu reden, vom Künstler, vom Bauherrn, die Techniker zu preisen und die Ingenieure zu loben, die Architekten zu bewundern, die Chemiker und Physiker mit Staunen in ihrer Arbeit zu verfolgen, den Arbeiter aber hat man meist vergessen. Man redete von der deutschen Wissenschaft, dem deutschen Handwerk, der deutschen Wirtschaft überhaupt und meinte doch immer nur die eine Seite. Und nur so konnte es geschehen, daß man den treuesten Helfer nicht nur vergaß, sondern am Ende auch verlor.

Wenn Sie das Abzeichen des heutigen Festes <sup>75)</sup> — das ein deutscher Künstler uns geschaffen hat — besehen, dann soll es Ihnen folgendes sagen: Sichel und Hammer sind einst die Symbole des deutschen Bauern und des deutschen Arbeiters gewesen. Hochmut und Unvernunft eines bürgerlichen Zeitalters haben diese Symbole preisgegeben und verloren. Jüdisch-internationale Literaten stahlen endlich die Werkzeuge schaffender Menschen und waren nahe daran, deren Träger endgültig ihren Plänen und Zielen zu unterwerfen. Der nationalsozialistische Staat wird diese unselige Entwicklung überwinden. Der Hammer wird wieder zum Symbol des deutschen Arbeiters und die Sichel zum Zeichen des deutschen Bauern, und der Geist muß mit ihnen einen unlösbaren Bund bilden, so wie wir seit eineinhalb Jahrzehnten dies predigten und propagierten. Und so sind wir an diesem Tage nicht nur zur Feier der deutschen Arbeit, sondern damit auch eines neuen deutschen Menschen zusammengetreten. Wir wollen, wenn schon ein ganzes

<sup>75)</sup> Runde Plakette mit Hoheitszeichen der NSDAP., links davon Hammer, rechts Sichel. Entwurf: Professor Klein, München.

1. Mai 1934

Jahr in tausend Ankündigungen, in Presseartikeln und Reden der Geistesarbeiter gepriesen wird, an diesem Tag den Ruhm jener Millionenarmee mitfeiern, die als unbekannt und namenlose Soldaten der Arbeit im Schweiß ihres Angesichtes getreulich mithelfen, in Stadt und Land, auf dem Acker, in der Fabrik und in der Werkstatt die Güter zu schaffen, die unser Volk mit Recht in die Reihe der Kulturnationen der Welt hineinheben und in Ehren bestehen lassen. Und es ist deshalb auch unser Wille, daß an diesem Tage für alle Zukunft das ganze deutsche Volk sich auf seine Gemeinsamkeit besinnt und über alle sonstigen Zwistigkeiten hinweg immer wieder erneut die Hände in innerer Erkenntnis zum gemeinsamen Bunde reicht, den wir deutsche Volksgemeinschaft nennen.

Wir wollen aber diesen Tag auch nicht vorübergehen lassen, ohne erneut in voller Einmütigkeit vor der ganzen Welt das gemeinsame Lebensrecht von uns allen zu vertreten. Das deutsche Volk hat, angefangen von seinem ehrwürdigen Reichspräsidenten bis zu jedem Arbeiter und jedem Bauern nur einen einzigen Wunsch: durch seine Arbeit nach seinem Willen glücklich und selig zu werden. Es kennt keine Rache und wünscht keine Eroberungen. Es möchte jedem Volk die Hand zur Verständigung und zur Versöhnung reichen. Allein es wird auch ewig unbeirrbar sein eigenes Lebensrecht verteidigen und gegen jedermann in Schutz nehmen. Es wird vor allem niemals Verzicht darauf leisten, ein Volk mit gleichen Rechten zu sein, so wie es auch jederzeit gewillt ist, für die Erhaltung des Friedens und der Wohlfahrt auf dieser Welt nicht geringere Opfer zu bringen, als andere Nationen sie zu bringen ebenfalls bereit sind.

Wir wollen, meine deutschen Volksgenossen und -genossinnen, daß Sie in dieser Stunde in den Zehntausenden unserer Städte, Marktflecken und Dörfer den 1. Mai mitfeiern, aber auch nicht vergessen, demütig dem zu danken, der uns durch ein ganzes Jahr unsere Arbeit so erfolgreich gedeihen ließ, und wollen ihn bitten, auch für die kommende Zeit unserem Volk seinen Segen nicht zu versagen. Vor allem aber möge die Vorsehung unsere sehnlichste Hoffnung in Erfüllung gehen lassen, daß unsere deutschen Menschen sich immer mehr zusammenfinden in gegenseitiger Nachsicht und in gegenseitigem Verstehen, um endlich das Ziel zu erreichen, für das unser Volk seit Jahrtausenden kämpfte, viele Generationen litten und Millionen sterben mußten: ein freies deutsches Volk in einem starken Deutschen Reich.“

Anläßlich des 1. Mai ernannte Hitler den preußischen Kultusminister Bernhard Rust zum Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Ein solches Reichsministerium hatte es bisher noch nicht gegeben, und sowohl Goebbels als auch Rosenberg hatten hierauf gewisse Aspirationen gehabt. Hitler löste das Problem durch Erhebung des preußischen Kultusministeriums zum Reichskultusministerium. Gleichzeitig ernannte er Frick zum preußischen Minister des Innern und erweckte somit den Anschein, als habe er nicht nur die von Hindenburg gewünschte Einheit Preußen — Reich gefördert, sondern auch die Reichsreform ein Stück vorwärts gebracht. An Göring richtete er in diesem Zusammenhang folgenden Brief: <sup>76)</sup>

„Mein lieber Göring! Bereits am 17. März d. J. haben Sie mir den Vorschlag unterbreitet, den Reichsminister des Innern, Herrn Dr. Frick, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preußischen Ministers des Innern zu beauftragen. Sie selbst haben dabei im Interesse des großen Werkes der Reichsreform Ihre eigene Person zurückstellend, den Wunsch geäußert, von Ihrem Amt als preußischer Staatsminister und Minister des Innern entbunden zu werden.

Diesen Ihren Wünschen bin ich nunmehr nachgekommen. Ich übersende Ihnen anbei die Urkunde über die Entlassung aus Ihrem Amt als preußischer Staatsminister und Minister des Innern. Dabei drängt es mich, Ihnen meinen aufrichtigen und herzlichen Dank für alles auszusprechen, was Sie in diesem Amte geleistet haben. Mit Recht haben Sie selbst darauf hingewiesen, daß die in der preußischen Verwaltung des Innern ge-

<sup>76)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 121 v. 1. 5. 1934.

legen besonderen Aufgaben, deren Lösung ich Ihnen bei Beginn der nationalsozialistischen Revolution übertragen hatte, von Ihnen inzwischen erfüllt worden sind. Sie haben diese Aufgaben mit ganz besonderer Umsicht und Tatkraft gelöst. Wenn Sie nunmehr unter Verbleibung in Ihrem Amte als preußischer Ministerpräsident, entsprechend Ihrem eigenen Wunsche, als preußischer Minister des Innern ausscheiden und Ihren Platz dem Reichsminister des Innern, Herrn Dr. Frick, überlassen, so weiß ich, daß hierdurch, entsprechend Ihren eigenen Wünschen, die großen Ziele der Reichsreform in besonders geeigneter Weise gefördert werden.

In herzlicher Freundschaft und dankbarer Würdigung Ihr Adolf Hitler.“

Schon am 2. Mai stellte es sich jedoch heraus, daß Göring mit dem Verzicht auf das preußische Innenministerium keineswegs die Kommandogewalt über die militanten Verbände der preußischen Landespolizei<sup>77)</sup> aufgab. Es erschien daher folgende amtliche Bekanntmachung:<sup>78)</sup>

„Berlin, 2. Mai. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ist bereits vor einiger Zeit innerhalb der preußischen Verwaltung eine Zuständigkeitsklärung insofern vorgenommen worden, als die oberste Leitung der Landespolizei aus dem Ministerium des Innern auf den Ministerpräsidenten übertragen worden ist. Ministerpräsident Göring übt seitdem die Befugnisse aus, die in soweit bisher dem Minister des Innern zugestanden hatten. Die laufenden Dienstgeschäfte der Landespolizei führt der Leiter der Polizeiabteilung des Ministeriums des Innern weiter. Er untersteht für die Belange der Landespolizei dem Ministerpräsidenten unmittelbar.“

Hatte Hitler bereits bei dem „Revolutionsappell der alten Kämpfer“ im März zu stärkerer revolutionärer Gesinnung gereizt, so erzeugte er in den Monaten Mai und Juni ganz bewußt eine erregte Stimmung unter den Parteiangehörigen. Ihm war es nur recht, wenn vor allem SA.-Leute sich, angeregt durch alle möglichen Aufrufe gegen „Miesmacher, Kritikaster, Saboteure und Hetzer“, tatsächlich einige Übergriffe zuschulden kommen lassen würden. Um so leichter würde ihm dann die Begründung seiner Mordaktion gegen Röhm und die SA.- bzw. ehemaligen Freikorpsführer fallen. Offensichtlich stand schon am 3. Mai das Datum des 30. Juni als Mordtag fest.

Am 3. Mai ließ Hitler durch Goebbels folgende Bekanntmachung veröffentlichen:<sup>79)</sup>

„Die Reichspropagandaleitung der NSDAP. hat im Anschluß an die gewaltigen Demonstrationen des 1. Mai, an dem sich noch klarer als im Vorjahre die Gemeinschaft aller ehrlich Schaffenden dokumentiert hat, eine umfassende Versammlungs-Propagandaaktion angeordnet, die sich insbesondere gegen die Miesmacher und Kritikaster, gegen die Gerüchtemacher und Nichtsköner, gegen Saboteure und Hetzer richten wird, die immer noch glauben, die klare Aufbauarbeit des Nationalsozialismus stören zu können. Beginnend mit den ersten Maitagen bis zum 30. Juni [!] sollen Versammlungen, Demonstrationen und Kundgebungen gleich einem Trommelfeuer das Volk aufrütteln gegen diese Landplage, die ein für allemal verschwinden muß. Nach den in Kampfzeiten geübten Methoden werden die Versammlungen alle erfassen bis ins letzte Dorf hinein, mit jeder Woche in ihrem Tempo stärker, in der Unerbittlichkeit der Forderungen härter, an Durchschlagskraft und Erfolgen alle bisher durchgeführten Aktionen in den Schatten stellend.“

<sup>77)</sup> Die Formationen dieser preußischen Landespolizei wurden nach Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht 1935 in das Heer eingegliedert.

<sup>78)</sup> DNB.-Meldung v. 2. 5. 1934.

<sup>79)</sup> NSK.-Mitteilung v. 3. 5. 1934.

<sup>80)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 128 v. 8. 5. 1934.



7. Mai 1934

Am 7. Mai richtete Hitler ein *Telegramm an den Saarbrücker Oberbürgermeister* und dankte für die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes mit folgenden Worten:<sup>80)</sup>

„Die mir durch die Stadt Saarbrücken am Tag der Nationalen Arbeit zuteilgewordene Ehrung hat mich hoch erfreut. Ich nehme das Ehrenbürgerrecht der Stadt, die sich auch in schwersten Zeiten von keiner anderen an deutscher Treue übertreffen ließ, mit aufrichtigem Danke an.

Das schaffende Volk an der Saar kann vom Tage der Wiedervereinigung ab meiner Fürsorge gewiß sein. Reichskanzler Adolf Hitler.“

Am 7. Mai empfing er in der Reichskanzlei eine *japanische Marineabordnung* unter Führung des Vizeadmirals Matsushita<sup>81)</sup>. Am gleichen Tag hielt er eine *Rede vor 400 Schriftleitern der NSDAP.*, die sich im Hotel Kaiserhof in Berlin eingefunden hatten<sup>82)</sup>.

Ebenfalls vom 7. Mai datiert ist ein *Beileidstelegramm Hitlers* anlässlich einer *Bergwerkskatastrophe in Buggingen* (Baden)<sup>83)</sup>.

Am 16. Mai folgte eine *Rede vor dem 2. Deutschen Arbeitskongreß* im Saal des preußischen Herrenhauses in Berlin<sup>84)</sup>. Hitlers Schlußworte waren:

„Wir werden niemals den Frieden brechen, aber niemand soll glauben, uns im Frieden widerstandslos unterwerfen zu können.“

Am 17. Mai empfing Hitler in Berlin eine *Abordnung des deutschen Handwerks* unter Führung des Reichshandwerksmeisters Schmidt und nahm einen Geldbetrag für die „Adolf-Hitler-Wohlfahrtsspende“ entgegen<sup>85)</sup>.

Vom 27. bis 30. Mai hielt sich Hitler in *Dresden anlässlich der Reichstheaterfestwoche* auf und wohnte im Hotel Bellevue<sup>86)</sup>. Am 27. Mai besuchte er eine Aufführung von „Tristan und Isolde“ und unterhielt sich mit den Hauptdarstellern und Bühnenarbeitern. Am 28. Mai stattete er der Infanterieschule Dresden einen mehrstündigen Besuch ab und führte *Besprechungen mit hohen Reichswehr-offizieren*. Zweifellos war dies der Hauptgrund seines Dresden-Besuchs, da die Aktion gegen die SA.-Führer am 30. Juni vor allem die militärisch wichtigen Gebiete der SA.-Gruppen Berlin-Brandenburg, Mitte (Sachsen), Schlesien, Pommern und Ostmark betraf<sup>87)</sup>.

Am 29. Mai besuchte Hitler die Dienststelle des Reichsstatthalters, ferner das Rathaus und die Staatsoper. Um 15 Uhr hielt er eine *kurze Ansprache vor SA.-Führern* im Hotel Bellevue.

Am 30. Mai empfing Hitler den Komponisten Richard Strauß, ferner eine Abordnung von BdM.-Angehörigen aus Siebnitz. Außerdem sprach er kurz vor den *sächsischen Kreisleitern*. Am Nachmittag kehrte er nach Berlin zurück.

Dort empfing er die *Skagerrak-Ehrenwache*, die anlässlich des Jahrestags der Seeschlacht in jedem Jahr von der Marine gestellt wurde. Es handelte sich diesmal um Offiziere und Mannschaften des Kreuzers „Köln“, die Hitler in der Reichskanzlei mit einer kurzen *Ansprache* bedachte<sup>88)</sup>.

<sup>81)</sup> Bericht im VB. Nr. 128 v. 8. 5. 1934.

<sup>82)</sup> Bericht im VB. Nr. 129/130 v. 9./10. 5. 1934.

<sup>83)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 129/130 v. 9./10. 5. 1934. 86 Bergleute hatten damals den Tod gefunden.

<sup>84)</sup> Bericht im VB. Nr. 137 v. 17. 5. 1934.

<sup>85)</sup> Bericht im VB. Nr. 140/141 v. 20./21. 5. 1934.

<sup>86)</sup> Berichte über Hitlers Dresdener Aufenthalt im VB. Nrn. 148—151 v. 28. 5.—1. 6. 1934.

<sup>87)</sup> SS.-Gruppenführer General der Landespolizei Daluge wurde am 1. 7. 1934 von Göring mit der „Neuorganisation“ dieser SA.-Gruppen beauftragt.

<sup>88)</sup> Bericht im VB. Nr. 156 v. 6. 6. 1934.

Er benutzte damals jede Gelegenheit, um seine Verbundenheit mit der Reichswehr zum Ausdruck zu bringen.

Anfang Juni <sup>89)</sup> hatte Hitler, wie er in seiner Rede vom 13. Juli <sup>90)</sup> bekanntgab, in Berlin eine angebliche *fünfstündige Aussprache mit Röhm*, in der er diesem seine Besorgnis vor einer „nationalbolschewistischen Aktion“ seitens der SA. zum Ausdruck gebracht haben wollte.

„Ich erklärte ihm weiter, daß mir auch Gerüchte zu Ohren gekommen seien über die Absicht, die Armee in den Kreis dieser Pläne einzubeziehen. Ich versicherte dem Stabschef Röhm, daß die Behauptung, die SA. solle aufgelöst werden, eine niederträchtige Lüge sei, daß ich mich zu der Lüge, ich selbst wolle gegen die SA. vorgehen, überhaupt nicht äußern könnte.“

Selbst in diesem von Hitler zurechtgestutzten Gesprächsbericht wird noch deutlich, daß offenbar Röhm derjenige war, der Grund zu Klagen über SA.-feindliche Gerüchte hatte. Die Nachrichten über Hitlers Angebot an England, die SA. um zwei Drittel ihrer Stärke zu verringern, waren durchaus nicht aus der Luft gegriffen <sup>91)</sup>. Hitler behauptete, er habe Röhm auch auf „unmögliche Exzesse“ hingewiesen und „restlose Ausmerzung“ verlangt.

Der Stabschef habe die Unterredung mit der Versicherung verlassen, nach dem Rechten zu sehen, in Wirklichkeit aber nunmehr die Beseitigung der Person Hitlers selbst vorbereitet.

Es ist überflüssig, Betrachtungen über den eigentlichen Inhalt dieser Unterredung Hitler — Röhm anzustellen, da weder Zeugen vorhanden waren noch ein Protokoll geführt wurde. Wir müssen uns daher an die Tatsachen halten. Und Tatsache ist, daß die Unterredung folgende Ergebnisse hatte:

1. Röhm erklärte sich bereit, sofort einen mehrwöchigen „Krankheitsurlaub“ anzutreten und sich zu diesem Zweck nach Bad Wiessee zurückzuziehen.

2. Für den Monat Juli sollte die gesamte SA. in Urlaub gehen, und nur ein kleinerer Teil von Führern und Männern den Dienstbetrieb in den Geschäftsstellen aufrecht erhalten. Diese sollten dafür bereits im Juni Urlaub erhalten.

Röhm war zwar nicht bereit, die SA. nach Hitlers Wunsch in einen reinen Sportverein umzuwandeln <sup>92)</sup>, aber er blieb Hitler gegenüber durchaus loyal und dachte nicht daran, dessen Befehlen zuwiderzuhandeln, so wie es Strasser im Dezember und Januar 1932/1933 getan hatte. Röhm ging arglos in die Falle, die ihm Hitler mit teuflischer Schlaueit stellte.

Hitler war von Natur aus feige, und die verschiedenen „Mut“-Proben, die er während seines Lebens ablegte, waren nur von seinem Willen diktiert und wirkten meist verkrampft. Oft wollte er nur den Anschein erwecken, mutig zu sein, und sicherte die „Mut“-Aktionen gegen mögliche Überraschungen vorher gründlich ab. Dafür ist Hitlers Vorgehen gegen Röhm ein typisches Beispiel sowohl in der Vorbereitung als auch in der Durchführung.

Hitler hatte den Schlag gegen Röhm und die SA.-Führer von langer Hand vorbereitet. Es wurde hier bereits auf die „Aktion gegen die Miesmacher und Saboteure“ hingewiesen, die Hitler für die Zeit vom 3. Mai bis 30. Juni an-

<sup>89)</sup> Nach Bullock (a. a. O. S. 291) war es der 4. Juni. Falls die Besprechung wirklich fünf Stunden dauerte, so dürfte Hitler mindestens vier davon allein geredet haben.

<sup>90)</sup> Vgl. S. 418.

<sup>91)</sup> Vgl. S. 366.

<sup>92)</sup> Nach der Beseitigung Röhm's war die Hauptaufgabe der SA. wehrsportlicher Natur. Sie sollte die jungen Deutschen vor Erfüllung der Wehrpflicht sportlich ausbilden und zum Erwerb des sogenannten SA.-Sport- bzw. -Wehrabzeichens anhalten.

4. Juni 1934

geordnet hatte. Er erwartete dabei zweifellos Übergriffe von SA.-Männern, die ihm als Vorwand für die geplante Aktion dienen konnten, zumal das Verhältnis zwischen SA.- und Stahlhelm-Leuten damals besonders gespannt war.

Darüber hinaus aber wollte Hitler bei seinem Vorhaben gegen Röhm ganz sichergehen und das Risiko eines Widerstandes möglichst ausschalten. Und dazu mußte er Röhm von seiner gewöhnlichen Umgebung trennen, ihn veranlassen, ein normales Hotel zu einem längeren Kuraufenthalt aufzusuchen.

Als Tag des Vorgehens gegen den Stabschef und die übrigen SA.-Führer hatte Hitler den 30. Juni festgesetzt, einen Samstag. Hitler bevorzugte bekanntlich für seine Aktionen das Wochenende<sup>93)</sup>, weil er da überfallartig vorgehen konnte und vor Montag kaum größere Reaktionen in der Öffentlichkeit zu befürchten brauchte.

Er berief selbst die SA.-Führer zu einer Tagung nach Bad Wiessee für den 30. Juni ein und vermutete mit Recht, daß er auf diese Weise die ahnungslosen SA.-Führer am einfachsten und ohne die Gefahr einer Gegenwehr festnehmen konnte.

Außerdem hatte er Röhm veranlaßt, der Masse der SA. vom 1. Juli an für einen vollen Monat Urlaub zu geben, wobei außerdem noch Uniformverbot galt. Es würde infolgedessen auch draußen im Lande, menschlichem Ermessen nach, mit keinem Aufruhr zu rechnen sein, falls die Nachricht von der Liquidierung so vieler SA.-Führer etwa Beunruhigung unter den SA.-Männern auslösen sollte. Die Sache war von Hitler wirklich fein eingefädelt. Das Verhalten Röhm und der SA.-Führer aber zeigte, daß sie ihrem Obersten Führer eine solche Teufelei keinesfalls zugetraut hatten.

Kaum hatte Röhm die erwähnte Unterredung mit Hitler hinter sich, als er folgende Mitteilung veröffentlichten ließ:<sup>94)</sup>

„Berlin, 7. Juni 1934. Das Presseamt der Obersten SA.-Führung teilt mit: Der Stabschef der SA., Reichsminister Ernst Röhm, hat einen mehrwöchigen Krankheitsurlaub angetreten. Dieser Urlaub wurde dem Stabschef von seinen Ärzten zum Zwecke eines notwendig gewordenen Kurgebrauches verordnet.

Um allen Mißdeutungen, die daran etwa geknüpft werden könnten, von vornherein vorzubeugen, läßt der Stabschef erklären, daß er nach Wiederherstellung seiner Gesundheit sein Amt in vollem Umfange weiterführen wird.

Ebenso wird auch die SA. nach ihrem wohlverdienten Juli-Urlaub neu gestärkt und unverändert ihre großen Aufgaben im Dienste des Führers und der Bewegung erfüllen.“

Von München aus erließ Röhm am 8. Juni folgenden Befehl:<sup>95)</sup>

„Ich habe mich entschlossen, dem Rate meiner Ärzte zu folgen und meine in den letzten Wochen durch eine schmerzhaft Nervenerkrankung stark angegriffenen Körperkräfte durch einen Kurgebrauch voll wiederherzustellen. Meine Stellvertretung übernimmt der Chef des Führungsamtes, Obergruppenführer von Kraußner.

<sup>93)</sup> Weitere Samstags- bzw. Sonntagsaktionen Hitlers waren: 14. 10. 1933 (Austritt aus dem Völkerbund), 16. 3. 1935 (Einführung der allgemeinen Wehrpflicht), 7. 3. 1936 (Einmarsch ins Rheinland), 12. 3. 1938 (Einmarsch in Österreich), 1. 10. 1938 (Termin für den Überfall auf die Tschechoslowakei; infolge des Münchener Abkommens umgewandelt in Einmarsch in die Sudeten-deutschen Gebiete), 26. 8. 1939 (Termin für den Überfall auf Polen; am 25. 8. 1939 verschoben, schließlich am 1. 9. 1939 ausgeführt), 22. 6. 1941 (Überfall auf die Sowjet-Union).

<sup>94)</sup> DNB.-Meldung v. 7. 6. 1934.

<sup>95)</sup> DNB.-Meldung v. 8. 6. 1934.

7. Juni 1934

Das Jahr 1934 wird die Vollkraft aller Kämpfer der SA. erheischen. Ich empfehle daher allen SA.-Führern, gleichfalls schon im Juni mit der Verteilung des Urlaubs zu beginnen. Insbesondere sollen jene SA.-Führer und -Männer, die im Juli dienstlich erreichbar sein müssen, im Juni mit Urlaub berücksichtigt werden.

Es wird daher der Monat Juni für einen bemessenen Teil der SA.-Führer und -Männer, der Monat Juli für die Masse der SA. die Zeit voller Ausspannung und Erholung sein.

Ich erwarte, daß dann am 1. August die SA. wieder voll ausgeruht und gekräftigt bereitsteht, um ihren ehrenvollen Aufgaben zu dienen, die Volk und Vaterland von ihr erwarten dürfen. Wenn die Feinde der SA. sich in der Hoffnung wiegen, die SA. werde aus ihrem Urlaub nicht mehr oder nur zum Teil wieder einrücken, so wollen wir ihnen diese kurze Hoffnungsfreude lassen. Sie werden zu der Zeit und in der Form, in der es notwendig erscheint, darauf die gebührende Antwort erhalten!

Die SA. ist und bleibt das Schicksal Deutschlands.

Der Stabschef Röhm.“

Röhm spielte in seinen letzten Worten zweifellos auf die Reichswehrkreise an, deren Hoffnungen auf eine Auflösung der SA. ihm nicht unbekannt waren. Er selbst fuhr nach Bad Wiessee in das Hotel Hanselbauer<sup>96)</sup>, unmittelbar an den Ufern des Tegernsees, und gab sich den Freuden eines mehrwöchigen Sommerurlaubs hin, ohne zu ahnen, daß dies sein letzter sein würde und die todbringende Kugel schon gegossen war.

Am 4. Juni hatte der Völkerbundsrat in Genf einstimmig die Festsetzung des Abstimmungstermins an der Saar auf den 13. Januar 1935 gebilligt. Es war der früheste Termin, nach dem die Abstimmung überhaupt vorgenommen werden konnte<sup>97)</sup>.

Wieder war ein Wunsch Hitlers erfüllt worden. Er hatte wohl schon damals den Plan gefaßt, unmittelbar nach der Rückkehr des Saargebietes in das Deutsche Reich die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zu verkünden. Es kam ihm daher auf jeden Tag an, damit er einen vollen Jahrgang noch im Jahre 1935 unter die Waffen rufen konnte und für seine späteren Expansionspläne voll ausgebildet zur Verfügung haben würde. Die Befriedigung, die Hitler über diesen frühen Zeitpunkt der Saarabstimmung empfand, wird aus dem *Schreiben* erkennbar, das er am 7. Juni *an Papen richtete*:<sup>98)</sup>

„Endlich ist die Festsetzung des Abstimmungstermins für das Saargebiet erfolgt. Aus diesem Anlaß muß ich Ihnen, Herr von Papen, als dem von mir mit der Wahrnehmung der Saarinteressen Beauftragten, den aufrichtigsten Dank aussprechen. Die aufopferungsvolle und unermüdliche Arbeit, mit der Sie für die Rückkehr dieses Gebietes in das deutsche Vaterland kämpften, hat für alle Deutschen und damit auch für Sie den schönsten Lohn erhalten.

Mit dem Ausdruck des Vertrauens und Dankes Ihr ergebener Adolf Hitler.“

Am 9. Juni richtete Hitler von Berlin aus ein *Begrüßungswort an das Deutsche Rote Kreuz* anläßlich des am 10. Juni stattfindenden Rotkreuztages<sup>99)</sup>.

Am 11. Juni erschienen in den Zeitungen die ersten Andeutungen über ein bevorstehendes Treffen *Hitler-Mussolini*.

<sup>96)</sup> Heute Hotel Lederer.

<sup>97)</sup> Nach Artikel 49 des Versailler Vertrages sollte die Bevölkerung des Saargebiets 15 Jahre nach Inkrafttreten des Vertrages (10. 1. 1920) zur Meinungsäußerung aufgerufen werden.

<sup>98)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 159 v. 8. 6. 1934.

<sup>99)</sup> Bericht im VB. Nr. 162 v. 11. 6. 1934.

Die Gründe, warum Hitler eine solche Zusammenkunft wünschte, wurden erst einige Wochen später offenbar. Es stand für Hitler außer Zweifel, daß die zum 30. Juni beabsichtigte Ermordung Röhm's und anderer Persönlichkeiten eine katastrophale Stimmung in Deutschland zur Folge haben würde. Er würde daher, so glaubte er, im Innern irgendeinen augenfälligen Erfolg nötig haben, um das lädierte Ansehen des nationalsozialistischen Regimes wiederherzustellen. Und dieses Aktivum würde, so folgerte er, am ehesten durch eine nationalsozialistische Machtübernahme in Österreich zu erzielen sein, die allerdings nur durch einen gewaltsamen Aufstand in dieser kurzen Zeit erreichbar schien.

Für das Gelingen von Hitlers dunklen Plänen würde eine positive Haltung oder zum mindesten ein Desinteressement Mussolinis nützlich sein. Das Österreich des Bundeskanzlers Dollfuß befand sich damals geradezu in einem Satellitenverhältnis zu Italien. Denn an wen sollte sich dieser kleine Staat anlehnen, wenn er sich, wie es in jenen Monaten der Fall war, im Gegensatz zum Deutschen Reich befand? Es blieb nur das benachbarte Italien übrig.

Während sich Goebbels am 13. Juni nach Warschau begab, flog Hitler am 14. Juni, früh um 8.20 Uhr, nach Venedig ab, wo er, begleitet von Reichsaußenminister von Neurath, kurz nach 10 Uhr eintraf.

Es war das erstmal, daß Hitler ein fremdes Land unter normalen Verhältnissen besuchte. Die Aufenthalte im besetzten Teil Frankreichs und in Belgien während des Weltkrieges hatten ihm infolge der anomalen Zustände keinen realen Eindruck von fremden Ländern und Völkern geben können. Hitler hatte zwar die Stadtpläne von ganz Europa im Kopf und die Einzelheiten der kulturell bedeutenden Bauwerke Europas mit Hilfe seines überdurchschnittlichen Gedächtnisses auswendig gelernt<sup>100)</sup>, von fremder Mentalität und den wirklichen Machtverhältnissen in Europa und in der Welt aber wußte er nicht mehr als ein deutscher Volksschüler.

Er, der das deutsche Bürgertum bei jeder Gelegenheit als borniert und unwissend anprangerte, benahm sich bei seinen verschiedenen Italienaufenthalten bis 1943, wenn er nicht gerade politische Gespräche führte oder Reden hielt, kaum anders als ein deutscher Spießier.

Bei der Landung in Venedig am 14. Juni 1934 richtete Hitler folgendes *Telegramm an den italienischen König Viktor Emanuel III.*:<sup>101)</sup>

„Indem ich den Fuß auf italienischen Boden setze, richte ich an Ew. Majestät meinen ehrerbietigen Gruß in der Hoffnung, daß die Begegnung mit dem Chef der Regierung Ew. Majestät zum Wohle der beiden befreundeten Länder und zum Frieden der Welt beitragen möge, der von allen Völkern so sehr ersehnt wird. Reichskanzler Adolf Hitler.“

Als das Flugzeug „Immelmann D 2600“ auf dem Flugplatz San Nicoló gelandet war, verließ Hitler in Zivil, mit hellem Gabardinemantel und weichem Hut, die Maschine als erster und ging auf Mussolini zu, der in faschistischer Uniform, begleitet von seinem Gefolge, einige Schritte entfernt, wartete. Man schüttelte sich die Hände, und dann fuhren die beiden Diktatoren, Senior und Junior, im Motorboot über die Lagune und durch den Canale Grande zum Grandhotel, wo Hitler während seines zweitägigen Aufenthalts wohnte.

Zum Mittagessen begab sich Hitler auf Einladung Mussolinis in die königliche Villa Pisani in Strá, wo die beiden Regierungschefs anschließend eine *zweistündige Unterhaltung unter vier Augen* hatten<sup>102)</sup>.

<sup>100)</sup> Vgl. hierzu Ward Price a. a. O. S. 27.

<sup>101)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 167 v. 16. 6. 1934.

<sup>102)</sup> Berichte über den Aufenthalt in Venedig im VB. Nr. 167 v. 16. 6. 1934.

14. Juni 1934

Gegen Abend machte Mussolini einen kurzen Gegenbesuch bei Hitler im Grandhotel.

Um 22 Uhr hörten Gastgeber und Gäste im Hof des Dogenpalastes ein Verdi-Wagner-Konzert.

Am 15. Juni früh besichtigte Hitler die Internationale Kunstausstellung Biennale und empfing dann, ins Hotel zurückgekehrt, eine Reihe von nationalsozialistischen Amtswaltern der Auslandsorganisation für Italien.

Um 11 Uhr fand er sich auf dem Markusplatz ein, wo Mussolini ihm eine Parade faschistischer Miliz-Organisationen vorführte. Wahrscheinlich wußte er nicht, daß Hitler keine Miliz-Verbände mochte.

Um 13 Uhr begann im *Golfklub am Lido* ein Essen, zu dem der damalige italienische Staatssekretär des Auswärtigen, Suvich, eingeladen hatte.

Anschließend hatten Hitler und Mussolini wieder eine *zweistündige Unterredung unter vier Augen*. Da Mussolini deutsch sprach, war nicht einmal ein Dolmetscher nötig.

Die beiden Diktatoren wandelten unter den Palmenbäumen auf und ab, aber ihre Unterhaltung war nicht ganz so herzlich, wie Hitler sie sich vorgestellt hatte.

Flugkapitän Baur, der den beiden von weitem zuschaute, sah, daß ihr Gespräch mitunter erregte Formen annahm und die Herren mit dem Fuß aufstapften<sup>103</sup>). Ohne Zweifel ging es um die österreichische Frage, und Hitlers Beredsamkeit machte wenig Eindruck auf den italienischen Regierungschef, der im Punkt Österreich damals ziemlich empfindlich war. Mussolini trat noch recht gönnerhaft auf und behandelte Hitler etwas von oben herab. Im Laufe der Jahre sollte er dann schon das Zuhören lernen und begreifen, daß er sich Hitler unterzuordnen hatte.

Um 17 Uhr gab es eine Großkundgebung auf dem Markusplatz. Mussolini hatte 70 000 Schwarzhemden in Sonderzügen herangebracht. Offenbar empfand er die Tatsache, daß Hitler zu ihm nach Venedig gekommen war, als einen Erfolg seiner eigenen Politik. Er sparte nicht an bombastischen Redensarten und erklärte:

„Es hat in diesen Tagen hier in Venedig ein Treffen stattgefunden, auf das sich die Aufmerksamkeit der Welt konzentriert hat, aber ich sage euch Italienern und allen jenseits der Grenzen, daß Hitler und ich uns hier getroffen haben, nicht um die politische Karte Europas und der Welt umzuarbeiten oder gar zu modifizieren, oder um sonstige Motive der Unruhe denjenigen hinzuzufügen, die alle Länder schon beunruhigen, vom äußersten Orient bis zum äußersten Okzident. Wir haben uns vielmehr vereinigt zu dem Versuch, die Wolken zu verscheuchen, die den Horizont des politischen Lebens Europas verdunkeln.“

Mussolinis Schwiegersohn, Graf Ciano, damals Pressechef der italienischen Regierung, äußerte sich auf einer anschließenden Pressekonferenz im Hotel Danieli weit nüchterner über das Diktatoren-Treffen.

Es seien keine festen Abmachungen getroffen worden, sondern man habe nur in großen Zügen die politische Lage durchgesprochen. Dabei hätte die beiden Staatsmänner weitgehende Übereinstimmung verbunden. So habe man festgestellt, daß weitere persönliche Kontakte wünschenswert seien.

In der Abrüstungsfrage sei man sich darüber klar, daß, wenn für Deutschland die Gleichberechtigung tatsächlich und wirksam geworden sei, es in den Völkerbund zurückkehren könne. Auch über Österreich sei gesprochen worden.

<sup>103</sup>) Vgl. Baur a. a. O. S. 100. Baur verlegt allerdings das Treffen irrtümlich in das Jahr 1933.

15. Juni 1934

wobei man der Ansicht sei, daß, immer auf der Basis der österreichischen Unabhängigkeit, die Herstellung normaler Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich wünschenswert sei.

Es war unschwer, aus diesem Kommentar herauszuhören, daß Hitler hinsichtlich Österreichs kein Entgegenkommen Mussolinis gefunden hatte. Auch das *von Mussolini und Hitler herausgegebene Kommuniqué* war recht mager: <sup>104)</sup>

„Venedig, 15. 6. 1934.

Der italienische Regierungschef und der deutsche Reichskanzler haben heute die Prüfung der Fragen der allgemeinen Politik und die ihre Länder unmittelbar interessierenden Probleme in einem Geiste herzlicher Zusammenarbeit fortgesetzt und abgeschlossen. Die so eingeleiteten persönlichen Beziehungen zwischen den beiden Regierungschefs werden künftig fortgesetzt werden.“

Mussolini war am 15. Juni abends um 21. Uhr im Grandhotel Gast Hitlers bei einem Essen. Eine letzte Unterredung fand um 23 Uhr im Hotel Excelsior am Lido statt.

Am 16. Juni verabschiedete Mussolini seinen Gast früh um 8.15 Uhr auf dem Flugplatz.

Beim Überfliegen der italienischen Grenze sandte Hitler *an den König und an Mussolini folgende Telegramme*: <sup>105)</sup>

„Über den Alpen, 16. 6. 1934.

Seiner Majestät dem König von Italien.

Beim Verlassen des schönen Landes Italien entbiete ich Euer Majestät gleichzeitig mit meinem ergebensten Dank für die gastliche Aufnahme meine ehrerbietigsten Grüße.  
Adolf Hitler.“

„Seiner Exzellenz Benito Mussolini, Venezia.

Indem ich Ew. Exzellenz nochmals meinen herzlichsten Dank für die liebenswürdige Gastfreundschaft und den mir bereiteten überaus freundlichen Empfang ausspreche, sende ich Ihnen beim Verlassen Italiens herzliche Grüße.  
Adolf Hitler.“

Am 17. Juni hielt Hitler eine *Rede auf dem Parteitag des Gaues Thüringen in Gera* <sup>106)</sup>.

Hitler war in ziemlich schlechter Stimmung und überhäufte seine vermeintlichen und wirklichen Gegner mit Schmähungen. Man spürte, er war noch verärgert durch den wenig ergiebigen Besuch bei Mussolini. Das deutsche Volk sei „kein wertloses Pack, das von jedem getreten werden dürfe“, erklärte er. Die Gründer der Weimarer Republik nannte er „wahnsinnige Narren“. Schließlich wandte er sich gegen seine reaktionären Kritiker und bezeichnete sie als „kleinen Wurm“ und „kleinen Zwerg“, denen er im gegebenen Fall die Faust zeigen werde, „die Faust der Nation, die geballt ist und jeden niederschmettern wird, der wagt, auch nur den leisesten Versuch einer Sabotage zu unternehmen.“

Am 30. Juni schlug er dann den kleinen Würmern und Zwergen Gregor Strasser, Schleicher, Bredow, Klausener, Jung usw. „auf die Finger“, wie er sich ausdrückte <sup>107)</sup>. Hitler erklärte im einzelnen:

„So bedingungslos unsere Friedensliebe ist, so wenig Deutschland einen Krieg will, so fanatisch werden wir für die deutsche Freiheit und die Ehre unseres Volkes eintreten. Die Welt muß wissen: die Zeit der Diktate ist vorbei! So wenig wir die Absicht haben, einem anderen Volke einen Zwang aufzulegen, so sehr wehren wir uns gegen jeden Versuch, das deutsche Volk auch weiterhin unter einen dauernden Zwang zu legen. Wir

<sup>104)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 168 v. 17. 6. 1934.

<sup>105)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 168 v. 17. 6. 1934.

<sup>106)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 170 v. 19. 6. 1934.

<sup>107)</sup> Äußerung gegenüber Rauschnig; vgl. S. 344.

17. Juni 1934

haben nicht das Gefühl, daß wir eine minderwertige Rasse sind, ein wertloses Pack auf dieser Welt, das von jedem getreten werden darf oder kann, sondern wir haben das Gefühl, daß wir ein großes Volk sind, das nur einmal sich selbst vergessen hat, das, verführt von wahnsinnigen Narren, sich selbst um seine Kraft brachte und das aus diesem Wahnsinnstraum jetzt wieder erwacht ist.

Niemand soll denken, dieses Volk in den nächsten tausend Jahren wieder in einen solchen Traumzustand versenken zu können, diese Lehre, die wir an uns in einer so grauenhaften Weise erfahren haben, wird uns eine geschichtliche Mahnung für Jahrtausende sein. Was einmal uns durch eigene Schuld geschah, wird sich kein zweites Mal am deutschen Volke wiederholen!

Ich will Sie, meine Volksgenossen, immer nur bitten und ermahnen, sehen Sie die Stärke unseres Volkes in unserer inneren Willenseinheit, in unserer einheitlichen Geistesauffassung und unserem gemeinsamen Denken. Seien Sie überzeugt, daß die Stärke sich nicht so sehr ausdrückt in Divisionen, in Kanonen und Tanks, sondern daß sie sich letzten Endes ausdrückt in der Gemeinsamkeit eines Volkswillens. Und seien Sie weiter durchdrungen von der Überzeugung, daß man diese Gemeinsamkeit den Menschen anerkennen muß und daß man dafür Sicherungen schaffen muß. Sehen Sie in unserer nationalsozialistischen Bewegung eine solche große Sicherung gegen den Geist des Klassenkampfes, des Klassenhasses und der Klassenspaltung. Sehen Sie in der nationalsozialistischen Bewegung und in ihren Organisationen eine große Schule der Erziehung zur Gemeinsamkeit. Hängen Sie an dieser Bewegung, kämpfen Sie für sie, Sie kämpfen damit für das deutsche Volk und für das Deutsche Reich! Denn eines ist sicher: Das Schicksal der deutschen Volksgemeinschaft ist gebunden an das Sein dieser Bewegung, das Schicksal des Deutschen Reiches aber ist bedingt durch die Festigkeit der deutschen Volksgemeinschaft.

Wir alle wissen es, wir sind kein Zweck an sich. Die Partei, SA. und SS., die politische Organisation, der Arbeitsdienst, die Jugendorganisationen, sie alle sind Mittel zum Zweck der inneren Zusammenschweißung unseres Volkskörpers und damit zur Entfaltung der in unserem Volke liegenden Kräfte, zu einer wahrhaft friedlichen, kulturfördernden und auch materiell segensvollen Arbeit.

Acht Jahre liegen zurück, seit ich zum erstenmal in dieser Stadt gesprochen habe. Eine ungeheure Entwicklung! Trotz allen Gegensätzen, trotz allen Widerständen, trotz allen Zweifeln, trotz allen Nörglern, trotz allen Kritikern ist die Bewegung groß. Wer will daran zweifeln, daß die nächsten Jahre die gleiche Entwicklung zeigen werden?

Damals war es eine Handvoll Menschen, die glaubte, daß das Werk gelingen würde. Heute sind es Millionen, die fanatische Zeugen für dieses Werk sind, die das Bekenntnis ablegen zu diesem Werk. Wenn im Verlaufe von acht Jahren auch in dieser Stadt, von einer Handvoll Menschen ausgehend, dieser Sieg erreicht werden konnte, dann wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten dieser Sieg sich vertiefen, und all die kleinen Zwerge, die sich einbilden, dagegen etwas sagen zu können, werden hinweggefegt von der Gewalt dieser gemeinsamen Idee. Denn alle diese Zwerge vergessen eines, was immer sie auch glauben, aussetzen zu können: Wo ist das Bessere, das das Gegenwärtige ersetzen könnte? Wo haben sie das, was sie an dessen Stelle setzen könnten? Lächerlich, wenn solch ein kleiner Wurm gegen eine solch gewaltige Erneuerung eines Volkes ankämpfen will! Lächerlich, wenn solch ein kleiner Zwerg sich einbildet, durch ein paar Redensarten die gigantische Erneuerung des Volkes hemmen zu können! Was müßte kommen, wenn diese kleinen Nörgler ihr Ziel erreichen würden? Deutschland würde wieder zerfallen, wie es früher zerfallen war. Das aber können wir sie versichern: Sie haben früher nicht die Kraft gehabt, die Erhebung des Nationalsozialismus zu verhindern, das wachgewordene Volk aber sollen sie nimmermehr wieder in Schlaf senken!

Die Partei und ihre Organisationen, sie werden dafür sorgen, daß das Blut und die Opfer der letzten 14 Jahre nicht vergeblich gebracht worden sind. Das müssen sie wissen! Solange sie nörgeln, mögen sie uns gleichgültig sein.

Wenn sie aber einmal versuchen sollten, auch nur im kleinsten von ihrer Kritik zu einer neuen Meineidstat zu schreiten, dann mögen sie überzeugt sein, was ihnen heute



17. Juni 1934

gegenübersteht, ist nicht das feige und korrupte Bürgertum des Jahres 1918, sondern das ist die Faust des ganzen Volkes. Das ist die Faust der Nation, die geballt ist und jeden niederschmettern wird, der wagt, auch nur den leisesten Versuch einer Sabotage zu unternehmen.

Ob wir sind oder nicht, ist gleichgültig. Aber notwendig ist es, daß unser Volk da ist. Was jene aus unserem Volk gemacht haben, das wissen wir. Wir haben es erlebt. Sie sollen nicht sagen: Wir wollen es ein zweitesmal besser machen. Ihr habt einmal demonstriert, wie man es nicht machen darf, und wir zeigen es euch jetzt, wie man es machen muß! Deutschland soll leben!

Einer von diesen „kleinen Zwergen“ war in Hitlers Augen sicherlich auch Papen. Am gleichen 17. Juni, an dem Hitler in Gera sprach, hielt Papen auf der Jahresversammlung des Universitätsbundes in Marburg eine Rede, in der er gegen eine zweite revolutionäre Welle Stellung nahm. Papen hatte im Juni wohl kaum begriffen, um was es eigentlich ging. An seiner Loyalität gegenüber Hitler ist nicht zu zweifeln. Wahrscheinlich glaubte er, den unklaren Andeutungen Hitlers über revolutionäre Elemente entnehmen zu können, daß dieser demnächst seine Parteigenossen zur Mäßigung rufen würde. Er hatte sicher keine Ahnung, welche finsternen Pläne Hitler ausbrütete, sondern fühlte sich berufen, ihm bei der Zurückweisung allzu stürmischer Parteileute helfen zu können. Papens Rede vom 17. Juni in Marburg wurde von dem Schriftsteller Dr. Edgar Jung<sup>108)</sup> verfaßt, der den Nationalsozialisten einige bittere Pillen verabreichte und in die Rede Bemerkungen einstreute wie „Große Männer werden nicht durch Propaganda gemacht, sondern wachsen durch ihre Taten“. „Wer von Preudentum spricht, sollte zunächst an selbstloses Dienen denken.“ „Keine Organisation, keine Propaganda, mag sie noch so ausgezeichnet sein, kann auf die Dauer das Vertrauen heben.“ Aber der Marburger Schuß ging nach hinten los. Die Verbreitung der Papen-Rede wurde untersagt<sup>109)</sup>. Edgar Jung wurde einige Tage später festgenommen und am 30. Juni umgebracht. Papen selbst ließ man noch ungeschoren. Goebbels zeigte sich mit ihm sogar ostentativ am 24. Juni auf dem Deutschen Derby in Hamburg. Einige Denkkzettel, acht Tage später, sollten Papen jedoch darüber belehren, daß man Hitler nicht ungestraft ins Handwerk pfuschen konnte<sup>110)</sup>.

Am 20. Juni nahm Hitler an der Beisetzung von Görings erster Frau Carin teil, die von Schweden in Görings neues Gut „Schorfheide“ übergeführt worden war<sup>111)</sup>.

<sup>108)</sup> Jung war wie Papen Mitglied des Herrenklubs. Er schrieb die Bücher „Herrschaft der Minderwertigen“ (1931) und „Sinndeutung der deutschen Revolution“ (1934). Beide Publikationen hatten deutschnational-reaktionäre Tendenzen. Die Basler Nachrichten meldeten bereits am 30. Juni 1934 die Verhaftung Jungs im Zusammenhang mit Papens Marburger Rede. Am 5. Juli beschäftigte sich der Berliner Angriff eingehend mit dem Fall Jung und erklärte: „Die Literaten sollen sich hüten, dem Führer, der unser einziger Maßstab ist, durch dumme und intrigante Schwätzereien ins Handwerk zu pfuschen. Die Aufgabe, die sich Adolf Hitler gestellt hat, ist so gewaltig, daß jeder Versuch schon, an den Methoden, mit denen sie gelöst wird, herumzukritteln und zu nörgeln, ruchlos ist.“

<sup>109)</sup> Einige Broschüren der Rede blieben jedoch erhalten.

<sup>110)</sup> Papens Mitarbeiter Dr. Edgar Jung und Oberregierungsrat von Bose wurden am 30. Juni erschossen, der Sekretär Günther von Tschirschky verhaftet, jedoch am 3. 7. wieder freigelassen. Papen selbst wurde unter Hausarrest gestellt. Der damalige Staatssekretär und spätere Reichswirtschaftsminister Dr. Walther Funk war von Hitler zum Reichspräsidenten nach Neudeck geschickt worden, um wegen Papens Marburger Rede Vorstellungen zu erheben. Hindenburg erklärte damals: „Wenn er (Papen) keine Disziplin halten kann, dann muß er eben die Konsequenzen daraus ziehen“ (Aussage Funks vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg v. 6. 5. 1946, vgl. IMT., Blaue Serie Bd. XIII S. 154/155).

<sup>111)</sup> Bericht im VB. Nr. 172 v. 21. 6. 1934. Schorfheide wurde später in Carinhall (Karinhall) umbenannt. Carin Göring, geb. von Fock, war in 1. Ehe mit dem schwedischen Offizier Nils

Am 21. Juni besuchte Hitler den Reichspräsidenten, der sich seit dem 5. Mai in *Neudeck* aufhielt, und erstattete ihm *Bericht über sein Treffen mit Mussolini* in Venedig<sup>112)</sup>.

Am 23. Juni empfing Hitler vormittags eine *Abordnung von saarländischen Frauen in der Reichskanzlei*<sup>113)</sup>. Anschließend begab er sich auf den *Obersalzberg*, um sich vor der Aktion gegen Röhm einige Tage zu sammeln. Am 24. Juni beobachtete er von Haus Wachenfeld aus den „Deutschland-Flug“, eine Veranstaltung des Deutschen Luftsportverbandes. Er hielt zwei *kurze Ansprachen an Besucher und später an Flieger*, die an dem Rundflug teilnahmen<sup>114)</sup>.

Für die folgenden Tage sind die Äußerungen einiger Persönlichkeiten bemerkenswert, die Mitwisser oder Teilhaber an Hitlers Aktion vom 30. Juni waren: Heß, Göring und Blomberg.

Am 25. Juni hielt Rudolf Heß über den Sender Köln eine Rede<sup>115)</sup>, die ursprünglich am Tage zuvor in Duisburg anlässlich des dortigen Parteitags stattfinden sollte, aber wegen schlechten Wetters ausgefallen war. Heß war sich durchaus darüber klar, daß Röhm kein Verräter war und bei der Verfolgung seiner Miliz-Pläne im „guten Glauben“ handelte. Er wußte aber auch, daß Hitlers „strategische Pläne“ in anderer Richtung liefen, und stellte sich, wenigstens damals, absolut hinter ihn. Immerhin ist es möglich, daß er durch seine Kölner Rede Röhm indirekt vor der Gefahr warnen wollte, die auf ihn zukam. Heß erklärte am 25. Juni: „Der Befehl des Führers, dem wir Treue schwuren, allein hat Geltung. Wehe dem, der die Treue bricht im Glauben, durch eine Revolte der Revolution dienen zu können. Armselig, die da glauben, auserwählt zu sein, durch agitatorisches Handeln von unten dem Führer revolutionär helfen zu müssen. Adolf Hitler ist Revolutionär größten Stils und bleibt innerlich Revolutionär größten Stils. Er braucht keine Krücken. Wehe dem, der plump zwischen die feinen Fäden seiner strategischen Pläne hineintrampelt im Wahne, es schneller machen zu können. Er ist ein Feind der Revolution — auch wenn er im besten Glauben handelt. Nutznießer wären die Feinde der Revolution, sei es im Zeichen der Reaktion, sei es im Zeichen des Kommunismus.“

Am 26. Juni sprach Göring, dem Hitler eine besondere Rolle im blutigen Spiel des 30. Juni zugewiesen hatte, auf einer Versammlung der NSDAP. in Hamburg<sup>116)</sup>. Er wies alle Monarchie-Bestrebungen zurück und erklärte, die künftige Staatsform sei Sache der Kinder und Enkel. „Wir Lebenden haben Adolf Hitler!“ Anschließend wandte er sich gegen reaktionäre „Interessenklüngel“ und „unfruchtbare Kritiker“ und erklärte: „Sollte eines Tages das Maß übertoll sein, dann schlage ich zu! Wir haben gearbeitet, wie noch nie gearbeitet worden ist, weil hinter uns ein Volk steht, das auf uns vertraut. Wer an diesem Vertrauen nagt, begeht ein Verbrechen am Volk, er begeht Landes- und Hochverrat. Wer dieses Vertrauen zerstören will, zerstört Deutschland. Wer gegen dieses Vertrauen sündigt, hat sich um seinen Kopf gebracht.“

v. Kantzow verheiratet. Sie war fünf Jahre älter als Göring und starb am 17. 10. 1931 in Stockholm. Freundliche Mitteilung von Herrn Dr. Helmut Heiber, Institut für Zeitgeschichte, München. v. 7. 4. 1961.

<sup>112)</sup> Bericht im VB. Nr. 173 v. 22. 6. 1934.

<sup>113)</sup> Bericht im VB. Nr. 176 v. 25. 6. 1934.

<sup>114)</sup> Berichte im VB. Nr. 176 v. 25. 6. 1934.

<sup>115)</sup> DNB.-Bericht v. 25. 6. 1934.

<sup>116)</sup> DNB.-Bericht vom 26. 6. 1934.

26. Juni 1934

Göring meinte hier nicht etwa Röhm und die SA.-Führer, sondern die reaktionären Persönlichkeiten Schleicher, Strasser usw., denen er in Hitlers Auftrag am 30. Juni und in den darauffolgenden Tagen ein Massaker bereitete.

Der Reichswehrminister, Generaloberst von Blomberg, setzte am 28. Juni die Reichswehr in Alarmzustand und veröffentlichte im Völkischen Beobachter vom 29. Juni einen Artikel „Die Wehrmacht im Dritten Reich“, in dem er u. a. ausführte:<sup>117)</sup>

„Die Wehrmacht ging auf im Staat der deutschen Wiedergeburt, im Reiche Adolf Hitlers. Sie kam als das, was sie war, als das innerlich saubere, disziplinierte Machtmittel in der Hand ihrer Führung.

Sie dient diesem Staat, den sie aus innerster Überzeugung bejaht, und sie steht zu dieser Führung, die ihr das vornehmste Recht wiedergab, nicht nur Träger der Waffe, sondern auch der von Staat und Volk anerkannte Träger eines unbegrenzten Vertrauens zu sein.

Die Kampfgemeinschaft der Schützengräben des Weltkrieges, die Adolf Hitler zur Grundlage der neuen Volksgemeinschaft machte, wurde zum Ausgangspunkt der großen Tradition, die die Wehrmacht als Erbe der alten Armee angetreten hat. In enger Verbundenheit mit dem ganzen Volke steht die Wehrmacht, die mit Stolz das Zeichen der deutschen Wiedergeburt an Stahlhelm und Uniform trägt, in Manneszucht und Treue hinter der Führung des Staates, dem Feldmarschall des großen Krieges, Reichspräsident von Hindenburg, ihrem Oberbefehlshaber, und dem Führer des Reiches, Adolf Hitler, der einst aus unseren Reihen kam und stets einer der unseren bleiben wird.“

Soweit Blomberg. — Am 28. Juni wurde der Stabschef Ernst Röhm, Hauptmann a. D., aus dem Deutschen Offiziersbund ausgeschlossen<sup>118)</sup>, damit für vogelfrei erklärt und quasi zum Abschluß freigegeben. Man hatte wirklich an alles gedacht!

Und was taten die angeblichen Verschwörer, Röhm und Genossen? Wetzten sie die Klingen, um sich gegen Adolf Hitler zu erheben?

Der Stabschef weilte, wie erwähnt, am Tegernsee und dachte an nichts Böses. Ab und zu empfing er Freunde, wie z. B. den Reichsstatthalter von Bayern, General von Epp. Obergruppenführer Heines nahm am 24. und 25. Juni im schlesischen Bad Kudowa an einer Johannisfeuer-Veranstaltung und sportlichen Vorführungen der SA.-Brigade 18 teil. Anschließend begab er sich nach Bad Wiessee. Die Führer der einzelnen SA.-Gruppen erließen durchwegs Urlaubsaufrufe zum 1. Juli. Auch der Berliner Gruppenführer Karl Ernst veröffentlichte am 26. Juni einen derartigen Aufruf<sup>119)</sup>, in dem es u. a. hieß:

„Der Stabschef hat für den Monat Juli die gesamte SA. zur Erholung beurlaubt. Der Schulferienmonat soll den SA.-Mann bei seiner Familie, seiner Frau und seinen Kindern finden. Somit sind etwaige Klagen über Beanspruchung und ‚zu viel Dienst usw.‘ behoben. Um diese beabsichtigte Situation um jeden Preis auch gegen solche, die sich ihren Angehörigen entziehen wollen, durchzusetzen, habe ich meinen Formationsführern das Ansetzen jeglichen Dienstes untersagt.

Um ferner den SA.-Mann zum wirklichen Privatmann in diesem Urlaubsmonat werden zu lassen, ist der Befreiung vom Dienst jeglicher Art ein Uniformverbot gefolgt.“

<sup>117)</sup> VB. Nr. 180 v. 29. 6. 1934.

<sup>118)</sup> Vgl. Bullock a. a. O. S. 299. Der Ausschluß erfolgte auf Betreiben des Generalmajors von Reichenau, Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium.

<sup>119)</sup> DNB.-Text vom 26. 6. 1934.

27. Juni 1934

Ernst selbst begab sich nach Bremen, um mit seiner Frau eine Hochzeitsreise anzutreten. Er wurde dort am 30. Juni verhaftet, im Flugzeug nach Berlin zurückgebracht und anschließend in Lichterfelde erschossen. Hitler behauptete in seiner Rede vom 13. Juli, Ernst habe am 30. Juni, nachmittags um 17 Uhr unter seiner persönlichen Leitung die Berliner Regierungsgebäude durch die SA. besetzen lassen wollen.

Am 27. Juni traf Hitler in Berlin die letzten Vorbereitungen zu seiner Aktion. Ab 28. Juni bestand für die Reichswehr Alarmzustand und gleichzeitig wurde, wie erwähnt, Röhm aus dem Deutschen Offiziersbund ausgeschlossen. Hitler und Göring aber begaben sich am 28. Juni zunächst nach Essen<sup>120)</sup>, um sowohl an der standesamtlichen als auch an der kirchlichen (katholischen) *Trauung des dortigen Gauleiters Terboven* teilzunehmen. Göring kehrte am Nachmittag nach Berlin zurück, während Hitler den *Kruppwerken einen Besuch* abstattete und in Begleitung der Herren Krupp und Professor Goerenz, Mitglied des Krupp-Direktoriums, einen Rundgang durch die Werke unternahm. Der Leibphotograph Heinrich Hoffmann begleitete Hitler in diesen letzten Junitagen nicht, sondern hatte sich auffallenderweise<sup>121)</sup> nach Paris zu einer Sportveranstaltung begeben.

Infolgedessen sind einige unzensierte Bilder in die Presse gelangt, die Hitler am 28. Juni in Essen und am 29. Juni beim Besuch von westfälischen Arbeitsdienstlagern zeigen. Hitler im unordentlichen Ledermantel, die Haare wirr, macht auf diesen Photographien einen verstörten, geradezu irrsinnigen Eindruck, eben wie ein Mörder kurz vor der Tat.

Am 28. Juni abends bestellte Hitler durch ein *Telephongespräch mit Röhm's Adjutanten Bergmann*<sup>122)</sup> sämtliche höheren SA.-Führer zu einer Tagung nach Bad Wiessee in das Hotel Hanselbauer. Termin: 30. Juni mittags.

Am 29. Juni besichtigte Hitler um 10 Uhr die Bezirksführerschule des Arbeitsdienstes in *Buddenberg bei Lünen*. Er hielt dabei eine kurze *Ausprache* und dankte dem anwesenden Reichsarbeitsdienstführer, Oberst a. D. Hierl, für den Aufbau des Arbeitsdienstes<sup>123)</sup>.

„Das, lieber Hierl, ist Ihr großes Verdienst. Den nationalsozialistischen Arbeitsdienst haben Sie geschaffen, und dafür danke ich Ihnen, und dafür dankt Ihnen das deutsche Volk.“

Anschließend wurde noch das Lager *Olfen* besichtigt, dann brach Hitler die Besuchsreise ab und begab sich nach *Godesberg in das Rheinhotel Dreesen*, wo er gegen 15.45 Uhr eintraf. Goebbels kam mit dem Flugzeug aus Berlin an, ebenso der Kommandeur der Leibstandarde SS., Sepp Dietrich. Dieser wurde von Hitler gleich weiter nach München dirigiert.

Gegen 16 Uhr begrüßte Hitler eine vor dem Hotel Dreesen konzertierende Arbeitsdienstkapelle. Er ließ sich dann die Amts- und Kreisleiter des Gaues Köln-Aachen vorstellen.

<sup>120)</sup> Berichte über den Essener Aufenthalt im VB. Nr. 180 und 181 v. 29. und 30. 6. 1934, ferner im Westdeutschen Beobachter und in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung v. 29. 6. 1934.

<sup>121)</sup> Hoffmann glaubte offensichtlich das Märchen von einer Revolte Röhm's nicht und distanzierte sich in seinen „Erzählungen“ (veröffentlicht in der Münchner Illustrierten 1954/1955) sehr von diesem Unternehmen Hitlers, vgl. Münchner Illustrierte Nr. 50 v. 11. 12. 1954 u. Nr. 51 v. 18. 12. 1954.

<sup>122)</sup> Aussage Bergmanns im sogenannten „Röhm-Prozeß“ vor dem Schwurgericht beim Landgericht München I am 28. 5. 1957 (Süddeutsche Zeitung Nr. 111 v. 9. 5. 1957).

<sup>123)</sup> Berichte im Westdeutschen Beobachter und im Wiesbadener Tagblatt vom 30. 6. 1934.

29. Juni 1934

Gegen Mitternacht marschierten die Kapellen verschiedener Arbeitsdienstgruppen zu einem *großen Zapfenstreich* vor der Rheinfront des Hotels auf. Auf dem gegenüberliegenden Berghang zeigten 600 Arbeitsmänner ein loderndes Hakenkreuz. Hitler dankte dem Dirigenten der Musikzüge und erbat sich den Badenweiler Marsch. Anschließend fand ein *Vorbeimarsch der Arbeitsdienstzüge* mit Fackeln statt, den Hitler vom Balkon des Hotels abnahm<sup>124</sup>).

Gegen 2 Uhr früh fuhr Hitler zum Flugplatz *Bonn-Hangelar*, um nach München zu fliegen. In seiner Begleitung befanden sich seine Adjutanten Brückner, Schaub und Schreck, Dr. Goebbels<sup>125</sup>) und der Reichspressechef Dr. Dietrich<sup>126</sup>). Das Flugzeug erreichte gegen 4.30 Uhr früh *München*.

Dort war inzwischen Himmlers Aktion zur Vortäuschung eines Putsches angelaufen. Durch gefälschte Handzettel waren am Abend einige SA.-Abteilungen auf die Straße gerufen, dann aber durch den Gauleiter Wagner wieder nach Hause geschickt worden. SA.-Obergruppenführer Schneidhuber und SA.-Gruppenführer Schmidt wurden ins bayerische Innenministerium gerufen, wiesen aber den Vorwurf, die SA. alarmiert zu haben, entrüstet zurück. Hitler verbrachte nun die erste „Heldentat“ dieses Tages: Er riß den verduzten SA.-Führern ihre Rangabzeichen herunter und ließ sie von den dabeistehenden Polizisten festnehmen<sup>127</sup>).

Gegen 5.30 Uhr brach Hitler mit dem Kraftwagen in Richtung Bad Wiessee auf, nachdem er von dem dort eingetroffenen Obergruppenführer Lutze die telefonische Mitteilung erhalten hatte, die Luft sei rein, d. h. alles schlafe. In drei schwarzen Mercedes-Wagen fuhr man dem nächsten Akt der Tragikomödie entgegen. Außer den schon genannten Begleitpersonen hatte Hitler seine SS.-Wache und einige Kriminalbeamte<sup>128</sup>) mitgenommen.

Gegen 6.45 Uhr traf die Kolonne, von Kaltenbrunn her einfahrend, vor dem Hotel Hanselbauer ein. Einige Kurgäste, die schon zum Kurgebrauch gingen, wies Hitler an, weiterzugehen bzw. sich in ihre Zimmer zu begeben.

Anschließend schritt er zu einer „mutigen“ Tat. Begleitet von seinen Adjutanten, einigen SS.-Leuten und mehreren Kriminalbeamten stieg er die Holztreppe im Erker des Hauses zum 1. Stockwerk empor, wo die beiden Zimmer von Röhm und Heines, Nr. 21 und Nr. 31, unmittelbar an der Treppe einander gegenüberlagen<sup>129</sup>).

<sup>124</sup>) Berichte im Westdeutschen Beobachter und im Wiesbadener Tagblatt vom 30. 6. 1934. Hitler hatte das vielgestaltige Programm mit dem Arbeitsdienst während des ganzen Tages (29. 6.) offensichtlich nur getroffen, um nicht weiter mit SA.-Leuten in Berührung zu kommen und gegenüber der Reichswehr jeden Verdacht zu vermeiden, er halte es heimlich doch mit der SA.

<sup>125</sup>) Daß Hitler bei seiner Aktion gegen Röhm Dr. Goebbels mitnahm, war weniger ein Vertrauensbeweis, sondern eine Vorsichtsmaßnahme. Hitler mißtraute Goebbels stets und wollte ihn in gefährlichen Situationen unter den Augen haben.

<sup>126</sup>) Vgl. Angaben von Goebbels in seiner Rundfunkrede vom 1. 7. 1934 (DNB.-Text vom 1. 7. 1934).

<sup>127</sup>) Die Darstellung der Ereignisse in München und Bad Wiessee beruht im wesentlichen auf den Zeugenaussagen im sogenannten „Röhm-Prozeß“ vor dem Schwurgericht beim Landgericht München I vom 6. 5.—14. 5. 1957 gegen Sepp Dietrich und Michael Lippert, ferner auf Befragungen von Augenzeugen durch den Verfasser.

<sup>128</sup>) Hitler umgab sich seit dieser Zeit außer mit seinen SS.-Leibwachen noch mit Kriminalbeamten in Zivil. Sie waren auch auf dem Berghof (Obersalzberg) stets in erreichbarer Nähe. Als der Adjutant von Rudolf Heß am 11. 5. 1941 Hitler dessen Abschiedsbrief überreichte, ließ Hitler ihn anschließend durch einen Kriminalbeamten festnehmen (vgl. Bd. II, S. 1713).

<sup>129</sup>) Im Röhm-Prozeß wurde behauptet, das zum See gelegene Eckzimmer Nr. 31 sei das Zimmer Röhm's gewesen. Der jetzige Besitzer Lederer erklärte dem Verfasser jedoch, Röhm habe das zum Hof gelegene Zimmer 21 bewohnt.

Hitler ließ den Hausmeister an Röhm's Tür klopfen. Als Röhm im Schlafanzug öffnete, rief ihm Hitler zu:

„Du bist verhaftet!“

Röhm war völlig überrascht, zog sich wortlos an und ließ sich in die kleine Hotelhalle führen, wo er einstweilen zwischen zwei Kriminalbeamten am Kamin Platz nahm.

Im gegenüberliegenden Zimmer war Heines, der einen homosexuellen Jüngling bei sich hatte, durch das Stimmengewirr munter geworden und versuchte, als man bei ihm eindrang, Widerstand zu leisten. Hitler flüchtete, nach Augenzeugenberichten, vorsorglich ein Stück die Treppe hinauf, aber der baumlange Adjutant Brückner brachte Heines bald zur Raison. Anschließend wurden die übrigen SA.-Führer in ihren Zimmern aufgeschreckt, verhaftet und schließlich in das Weißzeugzimmer im Souterrain des Hotels gesperrt.

Die ganze Affäre war so glatt verlaufen, daß die meisten Hotelgäste nichts davon gemerkt hatten.

Nach diesen „mutigen“ Taten trank Hitlers Begleitung im Privatzimmer des Hotelbesitzers Kaffee. Frau Hanselbauer erwirkte sogar Hitlers Erlaubnis, dem noch ziemlich sprachlosen Stabschef in der Halle eine Tasse Kaffee zu bringen. Anschließend fuhr ein gecharterter Omnibus eines Wiesseer Fuhrunternehmers vor dem Hotel vor, um die Verhafteten aufzunehmen und in das Gefängnis München-Stadelheim zu bringen. Nur Röhm wurde im Privatwagen abtransportiert. Gegen 8 Uhr traf die Stabswache Röhm's aus München ein, die wegen der vorgesehenen Tagung den Wach- und Ehrendienst übernehmen sollte. Hitler trat hinaus, erklärte den Männern,

er habe für diesen Tag die Führung der SA. selbst übernommen und befahl ihnen, nach München zurückzufahren. „Ich kann mich doch auf euch verlassen?“

Mit einem Sieg-Heil auf Hitler kehrte die Abteilung sofort um.

Die Wagenkolonne Hitlers setzte sich nun wieder in Marsch. Man fuhr über Rottach-Egern nach München zurück. Ein SS.-Kommando mußte alle entgegenkommenden Fahrzeuge mit SA.-Führern, die an der angesetzten Tagung teilnehmen wollten, anhalten. Hitler ließ sie z. T. inhaftieren, z. T. forderte er sie zur Umkehr und Mitfahrt nach München auf.

In München angekommen, suchte Hitler zunächst das Innenministerium auf. Es wurde das Stichwort „Kolibri“ an Göring gegeben, der nun mit der Mordaktion in der Reichshauptstadt begann. Dann begab sich Hitler ins Braune Haus, wo inzwischen die Reichswehr den Absperrdienst übernommen hatte.

Sepp Dietrich war auf der befohlenen Fahrt nach Bad Wiessee in Tölz aufgehalten und nach Kaufering dirigiert worden, wo einige SS.-Einheiten der Leibstandarte mit einem Reichswehrtransport-Zug eingetroffen waren. Es handelte sich, wie sich später herausstellte, um die von Hitler benötigten Erschießungskommandos. Dietrich führte die Truppen in Reichswehrlastkraftwagen nach München und begab sich zu Hitler. Er fand das Braune Haus zu seinem Erstaunen von Reichswehr umstellt. Selbst er hatte Mühe, durchgelassen zu werden. Bevor ihn Hitler empfing, mußte er noch einige Stunden im Adjutantenzimmer warten<sup>130)</sup>.

<sup>130)</sup> Aussage Dietrichs vor dem Schwurgericht in München am 6. 5. 1957.

30. Juni 1934

Im *Senatorensaal des Braunen Hauses* hatte sich eine Anzahl von Politischen Leitern und SA.-Führern versammelt. Hitler gab die *Absetzung Röhm's und die Ernennung des Obergruppenführers Lutze*<sup>131)</sup> zum neuen Stabschef bekannt.

Rudolf Heß erklärte am 8. Juli in Königsberg<sup>132)</sup>, Hitlers Rede am 30. Juni habe „weltgeschichtliches Format“ gehabt. Heß schilderte ausführlich den Verlauf dieses Tages im Braunen Haus und fuhr fort: „Wieder in seinem Arbeitszimmer, fällt der Führer die ersten Urteilssprüche.“

Es kann also keine Rede davon sein, daß im Senatorensaal am 30. Juni so etwas wie ein Standgericht stattgefunden habe und Hitlers Morde durch ein vorher ergangenes Gerichtsurteil einen Schein von Recht erhalten hätten. Nein, Hitlers als „des deutschen Volkes oberster Gerichtsherr“, wie er sich in seiner Rede vom 13. Juli nannte, fällt die Mordurteile ganz allein, ohne jede Gerichtsverhandlung, ohne Begründung, ohne Protokoll, nur nach Zweckmäßigkeit.

Wie wir von Heß<sup>133)</sup> wissen, arbeitete Hitler auch sämtliche Bekanntmachungen, Presseinformationen, Aufrufe usw. persönlich aus. Sie sind Wort für Wort sein Werk.

Die erste „*Verfügung des Führers*“ wurde am 30. Juni gegen 15 Uhr an die Presse gegeben und hatte folgenden Wortlaut:<sup>134)</sup>

„München, den 30. Juni 1934.

Ich habe mit dem heutigen Tag den Stabschef Röhm seiner Stellung enthoben und aus der Partei und SA. ausgestoßen. Ich ernenne zum Chef des Stabes Obergruppenführer Lutze. SA.-Führer und SA.-Männer, die seinen Befehlen nicht nachkommen oder zuwiderhandeln, werden aus SA. und Partei entfernt oder sofort verhaftet und abgeurteilt.

Adolf Hitler, Oberster Partei- und SA.-Führer.“

Aus dieser ersten Bekanntmachung war sowohl zu entnehmen, daß „abgeurteilt“ werden sollte, als auch, daß Hitler unter Umständen Widerstand erwartete.

Der Brief Hitlers an Lutze vom 30. Juni 1934 aus München lautete:

„Mein lieber SA.-Führer Lutze!

Schwerste Verfehlungen meines bisherigen Stabschefs zwangen mich, ihn seiner Stellung zu entheben. Sie, mein lieber Obergruppenführer Lutze, sind seit vielen Jahren, in guten und schlechten Tagen, ein immer gleich treuer und vorbildlicher SA.-Führer gewesen. Wenn ich Sie mit dem heutigen Tage zum Chef des Stabes ernenne, dann ge-

<sup>131)</sup> Viktor Lutze, Führer der SA.-Gruppe Nord (Hannover), Oberpräsident der Provinz Hannover, wurde von den Reichswehroffizieren, insbesondere dem Generalmajor v. Reichenau, als harmlos betrachtet. Er galt als ein Mann, der keinerlei militärische Ambitionen hatte.

<sup>132)</sup> Rede vor den ostpreußischen Parteigenossen auf dem Gauparteitag, von allen deutschen Sndern übertragen. Zitiert nach DNB.-Text.

<sup>133)</sup> Heß berichtete am 8. Juli, wie folgt: „Ohne Pause arbeitet er [Hitler] weiter. Er diktiert den Absetzungsbefehl des Stabschefs und die Beauftragung des Obergruppenführers Lutze. Er diktiert den Brief an den neuen Chef des Stabes und er diktiert sofort weiter die Stellungnahme der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zu den Vorgängen und zu seinem Handeln [!]. Zwischendurch gibt er weitere Befehle für Einzelhandlungen in München und im Reich. Und dann formt er in einem Guß die berühmten 12 Thesen, nach denen der neue Chef des Stabes der SA. handeln wird.“

Nicht die geringste Notwendigkeit des Augenblicks entgeht dem Führer. Selbst für die Veröffentlichungen durch Presse und Rundfunk gibt er Anweisungen! Und im gleichen Augenblick, in dem der letzte, die Aktion betreffende Befehl gegeben ist, kommt das Startkommando.

Es war schon so, wie eine Berliner Zeitung schrieb: „Morgens um 2 Uhr verließ ein Flugzeug den Flughafen Hangelar bei Bonn — abends um 10 Uhr landete dieselbe Maschine in Berlin. Dazwischen liegt ein Stück Weltgeschichte.“

<sup>134)</sup> Die Verlautbarungen Hitlers vom 30. 6., 1. 7., 2. 7. und 3. 7. werden hier nach dem DNB.-Text wiedergegeben.

schieht dies in der festen Überzeugung, daß es Ihrer treuen und gehorsamen Arbeit gelingen wird, aus meiner SA. das Instrument zu schaffen, das die Nation braucht und ich mir vorstelle. Es ist mein Wunsch, daß die SA. zu einem treuen und starken Gliede der nationalsozialistischen Bewegung ausgestaltet wird. Erfüllt von Gehorsam und blinder Disziplin muß sie mithelfen, den neuen Menschen zu bilden und zu formen.

Adolf Hitler.“

Aus diesen Verlautbarungen war noch nicht zu erkennen, welche „schwerste Verfehlungen“ Hitler eigentlich meinte. Zunächst entstand der Eindruck, es handele sich um sittliche Vergehen. Es war allgemein bekannt, daß Röhm ein Homosexueller war, aber genau so bekannt war es, zumindest innerhalb der Partei, daß Hitler Röhm's Privatleben bisher völlig ignoriert bzw. gedeckt hatte. Immer wieder hatte er auf derartige Hinweise mit Achselzucken geantwortet, oder, wie Heinrich Hoffmann berichtet, sogar offen die abartige Veranlagung des Stabschefs als auf den „Tropendienst“ zurückzuführen entschuldigt.

Am 6. April 1932 hatte er die Vorwürfe gegen Röhm als „widerlichste Hetze“ abgetan und „ausdrücklich ein für allemal“ erklärt: „Röhm bleibt mein Stabschef jetzt und nach den Wahlen.“

Noch am 31. Dezember 1933 hatte er einen Brief an Röhm veröffentlichen lassen, er sei stolz darauf, „Männer wie Röhm zu seinen Freunden“ zu zählen<sup>135)</sup>.

Sollte Hitler nun plötzlich ein Sittlichkeitsapostel geworden sein? Wie die nächste Verlautbarung aus dem Braunen Haus zeigte, hielt es Hitler tatsächlich für opportun, den moralisch Entrüsteten zu spielen und außerdem Röhm ebenso wie dem General Schleicher landesverräterische Beziehungen zu einer „ausländischen Macht“<sup>136)</sup> anzudichten.

Die von Hitler verfaßte „Erklärung der Reidispressestelle der NSDAP.“ vom 30. Juni hatte folgenden Inhalt:

„Seit vielen Monaten wurde von einzelnen Elementen versucht, zwischen SA. und Partei sowohl wie zwischen S.A. und Staat Keile zu treiben und Gegensätze zu erzeugen. Der Verdacht, daß diese Versuche einer beschränkten, bestimmt eingestellten Clique zuzuschreiben sind, wurde mehr und mehr bestätigt.

Stabschef Röhm, der vom Führer mit seltenem Vertrauen ausgestattet worden war, trat diesen Erscheinungen nicht nur nicht entgegen, sondern förderte sie unzweifelhaft. Seine bekannte unglückliche Veranlagung führte allmählich zu so unerträglichen Belastungen, daß der Führer der Bewegung und Oberste Führer der SA. selbst in schwerste Gewissenskonflikte getrieben wurde.

Stabschef Röhm trat ohne Wissen des Führers mit General Schleicher in Beziehungen. Er bediente sich dabei neben einem anderen SA.-Führer einer von Adolf Hitler schärfstens abgelehnten, in Berlin bekannten obskuren Persönlichkeit<sup>137)</sup>. Da diese Verhandlungen endlich — natürlich ebenfalls ohne Wissen des Führers — zu einer auswärtigen Macht bzw. deren Vertretung sich hin erstreckten, war sowohl vom Standpunkt der Partei wie auch vom Standpunkt des Staates ein Einschreiten nicht mehr zu umgehen.

Planmäßig provozierte Zwischenfälle führten dazu, daß der Führer heute nacht um 2 Uhr nach Besichtigung von Arbeitslagern in Westfalen von Bonn aus im Flugzeug nach

<sup>135)</sup> Vgl. S. 102 u. S. 338.

<sup>136)</sup> Unter der Hand wurden damals Gerüchte ausgesprengt, es handle sich bei dieser ausländischen Macht um Frankreich. Die französische Botschaft wies derartige Verdächtigungen zurück, und das Auswärtige Amt selbst mußte die Haltlosigkeit solcher Behauptungen bestätigen, vgl. Bullock a. a. O. S. 293/294. Hitler aber erklärte am 13. Juli, er lasse Männer, die sich mit auswärtigen Staatsmännern ohne sein Wissen unterhielten, totschießen, auch wenn diese nur über Witterung, alte Münzen und dergleichen gesprochen hätten. Was harmlos sei und was nicht, entscheide er.

<sup>137)</sup> Gemeint ist offenbar Werner v. Alvensleben, vgl. S. 416.



30. Juni 1934

München flog, um die sofortige Absetzung und Verhaftung der am schwersten belasteten Führer anzuordnen. Der Führer begab sich mit wenigen Begleitern persönlich nach Wiessee, um dort jeden Versuch eines Widerstandes im Keime zu ersticken. Die Durchführung der Verhaftung zeigte moralisch so traurige Bilder, daß jede Spur von Mitleid schwinden mußte. Einige SA.-Führer hatten sich Lustknaben mitgenommen. Einer wurde in der ekelhaftesten Situation aufgeschreckt und verhaftet.

Der Führer gab den Befehl zur rücksichtslosen Aufräumung dieser Pestbeule. Er will in Zukunft nicht mehr dulden, daß Millionen anständiger Menschen durch einzelne krankhaft veranlagte Personen belastet und kompromittiert werden.

Der Führer gab dem preußischen Ministerpräsidenten Göring den Befehl, in Berlin eine ähnliche Aktion durchzuführen und dort insbesondere die reaktionären Verbündeten dieses politischen Komplotts auszuheben.

Mittags 12.00 Uhr hielt der Führer vor den in München zusammengekommenen höheren SA.-Führern eine Ansprache, in der er seine unerschütterliche Verbundenheit mit der SA. betonte, zugleich jedoch den Entschluß verkündete, disziplinelose und ungehörige Subjekte sowie asoziale oder krankhafte Elemente von jetzt ab unbarmherzig auszurotten und zu vernichten. Er wies darauf hin, daß der Dienst in der SA. Ehrendienst sei, für den zehntausend bravster SA.-Männer die schwersten Opfer gebracht hätten. Er erwarte von dem Führer jeder SA.-Einheit, daß er sich dieser Opfer selber würdig erweise und in seinem Verbands als Vorbild lebe. Er wies weiter darauf hin, daß er jahrelang Stabschef Röhm vor schwersten Angriffen gedeckt habe, daß aber die letzte Entwicklung ihn zwingt, über jedes persönliche Empfinden das Wohl der Bewegung und damit das des Staates zu stellen, daß er vor allem jeden Versuch, in lächerlichen Zirkeln ehrgeiziger Naturen eine neue Umwälzung zu propagieren, im Keime ersticken und auszurotten wird.“

Hitlers nächste Pressemitteilung vom 30. Juni war ein sogenannter „Augenzeugenbericht“ über die Vorgänge in Bad Wiessee und wurde durch das NSK. verbreitet:

„Sobald dem Führer durch die Ereignisse und die Nachrichten der letzten Tage über das gegen ihn und die Bewegung geschmiedete Komplott Gewißheit geworden war, faßte er den Entschluß, zu handeln und mit aller Schärfe durchzugreifen. Während er in Essen weilte, und in den westdeutschen Gauen die Arbeitsdienstlager besichtigte, um nach außen den Eindruck absoluter Ruhe zu erwecken und die Verräter nicht zu warnen, wurde der Plan, eine gründliche Säuberung vorzunehmen, in allen Einzelheiten festgesetzt.

Der Führer persönlich leitete die Aktion und zögerte keinen Augenblick, selbst den Meuterern gegenüberzutreten und sie zur Rechenschaft zu ziehen.

Zum Chef des Stabes — anstelle Röhm — wurde der Obergruppenführer Lutze ausgerufen und zur Aktion hinzugezogen.

Trotzdem der Führer einige Tage lang fast ohne Nachtruhe gewesen war, befahl er heute um 2 Uhr nachts in Godesberg den Start vom Flugplatz Hangelar bei Bonn nach München.

Von unerhörter Entschlossenheit war die Haltung des Führers bei diesem nächtlichen Flug ins Ungewisse. Als der Führer mit seinen Begleitern gegen 4 Uhr morgens auf dem Münchener Flugplatz landete, erhielt er die Nachricht, daß die Münchener SA. während der Nacht von ihrer obersten Führung alarmiert worden war. Unter der gemeinen und lügenhaften Parole: ‚Der Führer ist gegen uns, die Reichswehr ist gegen uns, SA. heraus auf die Straße.‘

Der bayerische Innenminister Wagner hatte inzwischen aus eigenem Entschluß Obergruppenführer Schneidhuber und Gruppenführer Schmidt den Befehl über die SA-Formationen entzogen und diese wieder nach Hause geschickt.

Während der Führer vom Flugplatz in das Innenministerium fuhr, waren nur noch die letzten Reste der schmählich getäuschten und wieder abziehenden SA.-Formationen zu sehen. Im bayerischen Innenministerium wurden Schneidhuber und Schmidt in Gegenwart des Führers verhaftet. Der Führer, der ihnen allein [!] entgegentrat, riß ihnen

30. Juni 1934

selbst die Achselstücke von der SA.-Uniform. Mit wenigen Begleitern fuhr der Führer dann unverzüglich um  $1/2$  6 Uhr nach Bad Wiessee, wo sich Röhm aufhielt. In dem Landhaus, das Röhm bewohnte, verbrachte auch Heines die Nacht.

Der Führer betrat mit seinen Begleitern das Haus. Röhm wurde in seinem Schlafzimmer vom Führer persönlich verhaftet. Röhm fügte sich wortlos und ohne Widerstand der Haft.

In dem unmittelbar gegenüberliegenden Zimmer von Heines bot sich den Eintretenden ein schamloses Bild. Heines befand sich bei einem Jüngling.

Die widerliche Szene, die sich daran bei der Verhaftung von Heines und seinen Genossen abspielte, ist nicht zu beschreiben. Sie wirft schlagartig ein Licht auf die Zustände in der Umgebung des bisherigen Stabschefs, deren Beseitigung dem entschlossenen, tapferen und unerschrockenen Handeln des Führers zu verdanken ist.

Mit Röhm wurde auch der größte Teil seines Stabes verhaftet. Die Stabswache Röhm, die zur Ablösung gegen 8 Uhr auf Lastwagen in Wiessee eintraf, fügte sich augenblicklich widerstandslos dem Worte des Führers und brachte spontan auf ihn ein dreifaches „Heil“ aus.

Nach dem Abtransport der Verhafteten fuhr der Führer die Straße Wiessee—München zurück, um eine Reihe weiterer schwerbelasteter SA.-Führer, die unterwegs zu der befohlenen SA.-Führerbesprechung waren, auf der Straße zu verhaften.

Die Wagen wurden während der Fahrt angehalten und ihre Insassen, soweit sie als schuldig festgestellt wurden, von der Begleitung des Führers nach München überführt. Eine Reihe anderer an der Meuterei beteiligter SA.-Führer wurde auf dem Hauptbahnhof in München aus den Zügen heraus in Haft genommen.

Nach München zurückgekehrt, begab sich der Führer zwecks kurzer Unterrichtung zum Reichsstatthalter Ritter von Epp und dann in das Innenministerium, von wo aus die weitere Aktion abgewickelt wurde.

Dann sprach der Führer zu den versammelten SA.-Führern im Braunen Haus. Die Vermutung wurde hier zur Gewißheit, daß nur ein ganz verschwindend kleiner SA.-Führer-Klüngel hinter diesen hochverräterischen Plänen stand, die Masse der SA.-Führer und die gesamte SA. aber wie ein Mann, wie ein geschlossener Block, in Treue zu ihrem Führer steht.

Was der Führer in diesen Tagen für die SA. und für die Bewegung leistete, können nur diejenigen ermessen, die in dieser kurzen Zeit unerhörter Nervenanspannung und unglaublicher körperlicher Anstrengungen an seiner Seite standen. Wieder ist der Führer durch sein persönliches Beispiel der Bewegung ein leuchtendes Vorbild von Tatkraft und Treue gewesen. Die Früchte dieser Säuberungsaktion wird das geeinte deutsche Volk ernten.“

Der Gipfelpunkt von Hitlers moralischen Betrachtungen am 30. Juni in München war ein *Tagesbefehl an den Stabschef Lutze*, der *12 Forderungen an die SA.* enthielt.

Sicherlich waren viele SA.-Führer und -Männer keine Engel, und insbesondere homosexuelle Ausschweifungen, Saufereien, luxuriöse Veranstaltungen usw. gehörten damals nicht zu den Seltenheiten. Homosexuelle Neigungen hat es in Männerbünden häufig gegeben. In Deutschland war die SA. hierin durchaus nicht allein belastet, man braucht nur an ähnliche Erscheinungen in der Wandervogel-Bewegung oder in den Kadettenkorps zu denken. Auch Röhm war Kadett gewesen.

Was den Luxus und die Trinkgelage betrifft, so war Hitler bei denjenigen Parteiführern, die sich ihm bedingungslos unterordneten, äußerst großzügig, so bei Göring, Ley und besonders bei dem „Frankenführer“ Julius Streicher, dessen Verschwendungssucht und sittliche Verfehlungen kaum noch zu überbieten waren.

Am 30. Juni aber spielte Hitler den Sittlichkeitsfanatiker, der den „Müttern die Furcht nehmen“ wollte, ihre Söhne könnten etwa in der SA. oder HJ. mo-



IX Vor der Tat . . .

Hitler am 29. Juni 1934 bei der Besichtigung von Arbeitsdienst-  
einheiten in Schloß Buddenberg bei Lünen (Westfalen).

*Aufnahme: Archiv Domarus*



X **Hitlers Autokolonne verläßt Bad Wiessee**  
nach der Verhaftung der SA.-Führer am 30. Juni 1934. Im  
ersten Wagen (neben dem Chauffeur) Hitler, dahinter Goebbels  
(im hellen Mantel).

*Aufnahme: Archiv Domarus*

30. Juni 1934

ralisch verdorben werden. „Ich will Männer als SA.-Führer sehen und keine lächerlichen Affen“, erklärte er.

Der Tagesbefehl an den Chef des Stabes, Lutze, hatte folgenden Wortlaut:

„Wenn ich Sie heute zum Chef des Stabes der SA. ernenne, dann erwarte ich, daß Sie sich hier eine Reihe von Aufgaben angelegen sein lassen, die ich Ihnen hiermit stelle:

1. Ich verlange vom SA.-Führer genau so wie er vom SA.-Mann blinden Gehorsam und unbedingte Disziplin.

2. Ich verlange, daß jeder SA.-Führer wie jeder politische Führer sich dessen bewußt ist, daß sein Benehmen und seine Aufführung vorbildlich zu sein hat für seinen Verband, ja für unsere gesamte Gefolgschaft.

3. Ich verlange, daß SA.-Führer — genau so wie politische Führer — die sich in ihrem Benehmen in der Öffentlichkeit etwas zuschulden kommen lassen, unnachsichtlich aus der Partei und der SA. entfernt werden.

4. Ich verlange insbesondere vom SA.-Führer, daß er ein Vorbild in der Einfachheit und nicht im Aufwand ist. Ich wünsche nicht, daß der SA.-Führer kostbare Diners gibt oder an solchen teilnimmt. Man hat uns früher hierzu nicht eingeladen, wir haben auch jetzt dort nichts zu suchen. Millionen unserer Volksgenossen fehlt auch heute noch das Notwendigste zum Leben, sie sind nicht neidisch dem, den das Glück mehr gesegnet hat, aber es ist eines Nationalsozialisten unwürdig, den Abstand, der zwischen Not und Glück ungeheuer groß ist, noch besonders zu vergrößern. Ich verbiete insbesondere, daß Mittel der Partei, der SA. oder überhaupt der Öffentlichkeit für Festgelage und dergleichen Verwendung finden.

Es ist unverantwortlich, von Geldern, die zum Teil sich aus den Groschen unserer ärmsten Mitbürger ergeben, Schlemmereien abzuhalten.

Das luxuriöse Stabsquartier in Berlin, in dem, wie festgestellt wurde, monatlich bis zu 30 000 Mark für Festessen usw. ausgegeben wurden, ist sofort aufzulösen.

Ich untersage daher für alle Parteinstanzen die Veranstaltung sogenannter Festessen und Diners aus irgendwelchen öffentlichen Mitteln. Und ich verbiete allen Partei- und SA.-Führern die Teilnahme an solchen. Ausgenommen davon ist nur die Erfüllung der von Staatswegen notwendigen Verpflichtungen, für die in erster Linie der Herr Reichspräsident und dann noch der Herr Reichsminister des Äußeren verantwortlich sind. Ich verbiete allen SA.-Führern und allen Parteiführern im allgemeinen, sogenannte diplomatische Diners zu geben. Der SA.-Führer hat keine Repräsentation zu üben, sondern seine Pflicht zu erfüllen.

5. Ich wünsche nicht, daß SA.-Führer in kostbaren Limousinen oder Cabriolets Dienstreisen unternehmen oder Dienstgelder für Anschaffung deren verwenden. Dasselbe gilt für die Leiter der politischen Organisationen.

6. SA.-Führer oder politische Leiter, die sich vor aller Öffentlichkeit betrinken, sind unwürdig, Führer zu sein.

Das Verbot nörgelnder Kritik verpflichtet zu vorbildlicher eigener Haltung. Fehler können jederzeit verziehen werden, schlechte Aufführung nicht. SA.-Führer, die sich daher vor den Augen der Öffentlichkeit unwürdig benehmen, randalieren oder gar Exzesse veranstalten, sind ohne Rücksicht sofort aus der SA. zu entfernen. Ich mache die vorgesetzten Dienststellen verantwortlich dafür, daß durchgegriffen wird. Von den staatlichen Stellen erwarte ich, daß sie in solchen Fällen das Strafmaß höher bemessen als bei Nichtnationalsozialisten. Der nationalsozialistische Führer und insbesondere der SA.-Führer soll im Volke eine gehobene Stellung haben. Er hat dadurch auch erhöhte Pflichten.

7. Ich erwarte von allen SA.-Führern, daß sie helfen, die SA. als reinliche und saubere Institution zu erhalten und zu festigen. Ich möchte insbesondere, daß jede Mutter ihren Sohn in SA., Partei und HJ. geben kann, ohne Furcht, er könnte dort sittlich oder moralisch verdorben werden.

Ich wünsche daher, daß alle SA.-Führer peinlichst darüber wachen, daß Verfehlungen nach § 175 mit dem sofortigen Ausschluß des Schuldigen aus SA. und Partei beantwortet werden. Ich will Männer als SA.-Führer sehen und keine lächerlichen Affen.

30. Juni 1934

8. Ich verlange von allen SA.-Führern, daß sie meine Loyalität mit ihrer eigenen beantworten und durch ihre eigene unterstützen. Ich verlange von ihnen aber besonders, daß sie ihre Stärke auf dem Gebiet suchen, das ihnen gegeben ist, und nicht auf Gebieten, die anderen zukommen. Ich verlange vor allem von jedem SA.-Führer, daß er in bedingungsloser Offenheit, Loyalität und Treue sein Benehmen gegenüber der Wehrmacht des Reiches einrichtet.

9. Ich verlange vom SA.-Führer, daß er an Mut und Opfersinn von seinen Untergebenen nicht mehr fordert, als er selbst jederzeit einzusetzen bereit ist.

Ich verlange daher, daß er in seinem Benehmen und in der Behandlung des ihm von mir anvertrauten deutschen Volksgutes sich als ein wirklicher Führer, Freund und Kamerad erweist. Ich erwarte von ihm, daß er auch in seinem Verband die Tugenden höher einschätzt als die Zahl.

10. Und ich erwarte von Ihnen als Chef des Stabes, daß der alte treue Parteigenosse, der langjährige Kämpfer in der SA. nicht vergessen wird. Ich wünsche nicht die Aufblähung mit tausend unnötigen, aber kostspieligen Stäben, und ich will, daß man bei Beförderungen nicht so sehr vom abstrakten Wissen ausgeht als von der angeborenen Fähigkeit, Führer zu sein, und der langjährig erprobten Treue und Opferwilligkeit. Ich habe in meiner SA. einen ungeheuren Stamm treuester und bravster Gefolgsmänner. Diese haben Deutschland erobert und nicht die gescheiterten Spätlinge des Jahres 1933 und seitdem<sup>138)</sup>.

11. Ich will, daß der SA.-Mann geistig und körperlich zum geschultesten Nationalsozialisten erzogen wird. Nur in der weltanschaulichen Verankerung in der Partei liegt die einzigartige Stärke dieser Organisation.

12. Ich will, daß in ihr der Gehorsam, die Treue und die Kameradschaft als durchgehende Prinzipien herrschen. Und so wie jeder Führer von seinen Männern Gehorsam fordert, so fordere ich von den SA.-Führern Achtung von dem Gesetz und Gehorsam meinen Befehlen.

Adolf Hitler.“

Um 17 Uhr war Hitler endlich soweit, daß er den seit Stunden wartenden Leibstandardenkommandeur Sepp Dietrich sprechen und ihm die ersten Mordbefehle erteilen konnte.

Dietrich berichtet, daß Hitler, als er ins Zimmer trat, völlig verstört war und er ihn noch nie so gesehen hatte<sup>139)</sup>. Welcher Mörder jedoch ist nicht verstört, wenn er seine ersten Morde begeht und noch dazu an seinen engsten Freunden?

Hitler befahl Dietrich, sich sechs Unteroffiziere und einen Kompaniechef der Leibstandarte zu nehmen, nach Stadelheim zu fahren und die SA.-Führer, die auf einer von Bormann übergebenen Liste angekreuzt worden waren, erschießen zu lassen<sup>140)</sup>.

Dietrich war ein alter Haudegen aus dem Weltkrieg und hatte manchen Strauß hinter sich. Aber er war kein Verbrecher. Unter den angekreuzten SA.-Führern befanden sich gute Freunde von ihm. Trotzdem trug er keine Bedenken, diese erschießen zu lassen, ohne Gerichtsurteil, ohne Verhandlung, ohne nähere

<sup>138)</sup> Dieser Punkt war reine Propaganda, auf die einfachen SA.-Männer gemünzt. Oder sollten Röhm und die übrigen exekutierten SA.-Führer, die alle Hitler seit der frühen Kampfzeit gedient hatten, jetzt „gescheite Spätlinge“ sein?

<sup>139)</sup> Aussage Dietrichs vor dem Schwurgericht in München am 6. 5. 1957.

<sup>140)</sup> Es handelte sich bei dieser Liste um das Einlieferungsverzeichnis des Strafvollstreckungsgefängnisses München-Stadelheim, das nach Einlieferung der verhafteten SA.-Führer angefertigt und an das bayerische Innenministerium geschickt worden war. Das Verzeichnis ist noch vorhanden und trägt den Vermerk des Gauleiters und Innenministers Wagner vom 30. Juni, daß „auf Befehl des Führers dem SS.-Gruppenführer Dietrich die Herren auszuliefern sind, die dieser des näheren benennt.“ (Prozeßakten des Schwurgerichts beim Landgericht München I.)

Gründe, einfach nur, weil Hitler es wünschte. Soll man sich da wundern, wenn SS.-Leute später im Krieg diejenigen massakrierten, die Hitler ihnen als ihre Feinde bezeichnete? Daß sie Juden, Polen, Russen usw. abschlachteten wie Kaninchen oder wie Wanzen vergasteten, nachdem Hitler ihnen zu verstehen gegeben hatte, es handele sich bei diesen Opfern nicht um Menschen, sondern um Untermenschen, ja um Ungeziefer?

Die Hörigkeit der SS.-Leute gegenüber Hitler übertraf fast noch die hündische Ergebenheit der Alten Garde Napoleons, die ebenfalls unwahrscheinlich wirkende Beispiele von blindem Gehorsam geliefert hat<sup>141)</sup>.

Hitlers Opfer in Stadelheim begriffen nicht, warum sie fusiliert wurden. Sie glaubten zumeist, ein Opfer der Reichswehr zu sein, und starben fast alle, ebenso wie der Gruppenführer Ernst in Berlin, mit einem „Heil-Hitler“ auf den Lippen.

Hitler aber gab nach Eintreffen von Dietrichs Vollzugsmeldung folgende neue *Verlautbarung an die Presse*:<sup>142)</sup>

„München, 30. Juni. Die Reichspressestelle der NSDAP. gibt bekannt: Im Zusammenhang mit dem aufgedeckten Komplott wurden nachstehende SA.-Führer erschossen: Obergruppenführer August Schneidhuber, München; Obergruppenführer Edmund Heines, Schlesien; Gruppenführer Karl Ernst, Berlin; Gruppenführer Wilhelm Schmidt, München; Gruppenführer Hans Hayn, Sachsen; Gruppenführer Hans Peter von Heydebreck, Pommern; Standartenführer Hans Erwin Graf Spreti, München.“

Gegen 20 Uhr startete Hitler in München und traf um 22 Uhr in Berlin auf dem Tempelhofer Feld ein. Göring und Himmler berichteten Hitler sofort über die in Berlin bisher durchgeführten Erschießungen: Gruppenführer Ernst, General v. Schleicher, General v. Bredow, Gregor Strasser, Edgar Jung, Erich Klausener (Ministerialdirektor, Leiter der katholischen Aktion) usw.

Bisher war alles glatt verlaufen. Würde aber die Reichswehr so ohne weiteres die Ermordung der Generäle Schleicher und Bredow hinnehmen? Schließlich waren beide einmal in führenden Stellungen gewesen.

Hitler war sich nicht ganz sicher und rief deshalb den alten General Litzmann zu sich in die Reichskanzlei. Dieser gutmütige General und Hitleranhänger eilte natürlich herbei, um Hitler, wie so oft, für alle Fälle Hilfestellung zu geben. Aber Hitlers Sorgen waren unnötig. Die Reichswehr schluckte die Pille ohne weiteres. Die Beseitigung der unsympathischen SA.-Führer war ihr die Liquidierung zweier unbeliebter Generäle wert<sup>143)</sup>.

<sup>141)</sup> Napoleon liebte es, nach seinen Reden an die Alte Garde noch einige Exerzierübungen mit diesen Kämpfen zu veranstalten. Eines Tages wurde er dabei plötzlich abgerufen und vergaß, vorher das Halt-Kommando zu geben. Die Alte Garde marschierte unentwegt in der einmal befohlenen Richtung weiter, stundenlang, tagelang, und ließ sich hiervon durch keine Zureden abhalten. Zahlreiche Gardisten brachen tot zusammen, bevor Napoleon, erschrocken über die Folgen seiner Vergesslichkeit, durch einen reitenden Boten den Haltebefehl übermitteln konnte.

<sup>142)</sup> Bei dieser Bekanntgabe unterlief Hitler ein Fehler: Es waren bis zu diesem Zeitpunkt nur die sechs SA.-Führer, die Dietrich bezeichnet worden waren, erschossen. Der Gruppenführer Ernst in Berlin befand sich noch gefesselt im Flugzeug zwischen Bremen und Berlin.

<sup>143)</sup> Der Chef des Ministeramtes, Generalmajor von Reichenau, erklärte in einem Interview mit Stanislaus de la Rochefoucauld vom Petit Journal (veröffentlicht am 6. 8. 1934): „Der Tod Schleichers, unseres früheren Chefs, hat uns Schmerz bereitet, aber wir sind der Ansicht, daß er seit längerer Zeit aufgehört hatte, Soldat zu sein.“ Schleicher, so erklärte General v. Reichenau u. a. weiter, sei ein geborener Verschwörer gewesen, und der Gedanke, mit Hilfe der SA. wieder an die Macht zu kommen, sei bei einem ehemaligen Reichswehrminister unverstänglich. Seine Verbindung zu Röhm sei bekannt gewesen. es sei auch sicher, daß er erstlich auf Frankreich hoffte, das ihm seine Regierungsaufgabe erleichtern sollte, „Ich bezichtige keineswegs Ihr Land [Frankreich]. Ich sage lediglich, daß Schleicher auf Frankreich rechnete. Der Gedanke ist traurig, daß

1. Juli 1934

Die Berliner Wachkompanie nahm an diesem Sonntag, dem 1. Juli, ihren Weg eigens durch die Wilhelmstraße und marschierte um 13 Uhr unter den Klängen des Badenweiler Marsches im Stechschritt an Hitler vorbei, der sich im Fenster zeigte: die Reichswehr dankte und huldigte ihrem Führer!<sup>144)</sup> Hitler aber grüßte, frisch gekämmt und mit fiebrigen Augen. Der Mörder triumphierte. Hinter ihm stand als Rückendeckung der alte General Litzmann.

Über die *Erschießung Schleichers* hatte Hitler folgende *Pressemitteilung* ausgegeben:

„Berlin, 30. Juni. In den letzten Wochen wurde festgestellt, daß der frühere Reichswehrminister General a. D. von Schleicher mit den staatsfeindlichen Kreisen der SA.-Führung und mit auswärtigen Mächten staatsgefährdende Verbindungen unterhalten hat. Damit war bewiesen, daß er sich in Worten und Wirken gegen diesen Staat und seine Führung betätigt hat.

Diese Tatsache machte seine Verhaftung im Zusammenhang mit der gesamten Säuberungsaktion notwendig.

Bei der Verhaftung durch Kriminalbeamte widersetzte sich General a. D. von Schleicher mit der Waffe. Durch den dabei erfolgten Schußwechsel wurden er und seine dazwischentretende Frau tödlich verletzt.“

In Berlin gingen am Sonntag, dem 1. Juli, die Erschießungen in der SS.-Kaserne Lichterfelde munter weiter. Noch aber war keine Entscheidung über Röhm getroffen worden.

Selbstverständlich mußte auch er sterben, ohne sich noch einmal zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen äußern zu können. Hitler ließ dem ehemaligen Stabschef, der wehrlos in seiner Zelle in Stadelheim saß, am 1. Juli eine Pistole vorlegen, damit er sich selbst erschieße. Röhm's Ergebenheit gegen Hitler ging nun jedoch nicht so weit, daß er, wie später der Generalfeldmarschall Rommel, auch einen Selbstmordbefehl willig ausführte. Er weigerte sich; allerdings hatte er auch keine Familie zu versorgen wie Rommel.

Nach Ablauf der Bedenkzeit drangen die von Hitler beauftragten SS.-Leute<sup>145)</sup>, der KZ.-Kommandant von Dachau, Eicke, und der Sturmbannführer Michael Lippert, Kommandant der Dachauer Wachmannschaften, in die Zelle und streckten Röhm, der ihnen, aufrecht stehend, die Brust darbot, mit Pistolenschüssen nieder.

Hitler veröffentlichte über die *Erschießung Röhm's* folgende *Verlautbarung*:

„Berlin, 1. 7.

Dem ehemaligen Stabschef Röhm ist Gelegenheit gegeben worden, die Konsequenzen aus seinem verräterischen Handeln zu ziehen. Er tat das nicht und wurde daraufhin erschossen.“

---

Offiziere so leicht die Eigenschaften ihres Berufes in der Politik verlieren können. Das war das Unglück im Falle Schleicher. Er hat vergessen, daß der Gehorsam erstes militärisches Gebot ist.“ Reichenau machte sich in diesem Interview nicht mehr die offizielle Lesart zu eigen, Schleicher sei wegen Widerstandes bei der Festnahme erschossen worden, sondern gab zu, daß die Erschießung beabsichtigt war. Über die Ermordung Schleichers und seiner Frau durch zwei Zivilisten existiert ein Polizeiprotokoll (Aussage seiner Hausangestellten Marie Güntel) vom 30. 6. 1934.

<sup>144)</sup> Am 14. 10. 1933 hatte Hitler noch bekanntgeben lassen, daß er hohe militärische Ehrungen, wie z. B. Gestellung einer Ehrenwache, nur dem Herrn Reichspräsidenten und den hohen militärischen Vorgesetzten vorbehalten wissen wolle und selbst darauf verzichte, vgl. S. 315. Nach der „Mutprobe“ vom 30. Juni, hatte er den Reichswehrgenerälen genügend imponiert. Jetzt nahm er diese „hohe Ehrung“ entgegen. Er war nun selbst hoher militärischer Vorgesetzter geworden!

<sup>145)</sup> Eicke kam im 2. Weltkrieg, wie angegeben wird, ums Leben. Lippert erhielt am 14. 5. 1957, ebenso wie Sepp Dietrich, eineinhalb Jahre Gefängnis wegen Beihilfe zum Totschlag (Urteil im Röhm-Prozeß vor dem Schwurgericht beim Landgericht München I).



1. Juli 1934

Gleichzeitig wurde folgender Erlaß des Reichswehrministers bekanntgegeben, der Hitlers angeblichen Mut hervorhob und die künftige Hingebung der Reichswehr an Hitler unterstrich:

„An die Wehrmacht! Berlin, 1. Juli 1934.

Der Führer hat mit soldatischer Entschlossenheit und vorbildlichem Mut die Verräter und Meuterer selbst angegriffen und niedergeschmettert. Die Wehrmacht als der Waffenträger des gesamten Volkes, fern vom innerpolitischen Kampf, wird danken durch Hingebung und Treue! Das vom Führer geforderte gute Verhältnis zur neuen SA. wird die Wehrmacht mit Freude pflegen im Bewußtsein der gemeinsamen Ideale. Der Alarmzustand ist überall aufgehoben.

von Blomberg.“

Am 2. Juli sandte Hindenburg aus Neudeck Danktelegramme an Hitler und Göring, die am gleichen Tag, wie folgt, bekanntgegeben wurden:

Berlin, 2. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Reichspräsident von Hindenburg hat heute aus Neudeck folgendes Telegramm an den Reichskanzler Adolf Hitler gesandt:

„Aus den mir erstatteten Berichten ersehe ich, daß Sie durch Ihr entschlossenes Zugreifen und die tapfere Einsetzung Ihrer eigenen Person alle hochverräterischen Umtriebe im Keime erstickt haben. Sie haben das deutsche Volk aus einer schweren Gefahr gerettet. Hierfür spreche ich Ihnen meinen tiefempfundenen Dank und meine aufrichtige Anerkennung aus.

Mit besten Grüßen

von Hindenburg.“

Ferner hat der Reichspräsident aus Neudeck an den preußischen Ministerpräsidenten General der Infanterie Hermann Göring folgendes Telegramm gerichtet:

„Für ihr energisches und erfolgreiches Vorgehen bei der Niederschlagung des Hochverratsversuches spreche ich Ihnen meinen Dank und meine Anerkennung aus. Mit kameradschaftlichen Grüßen

von Hindenburg.“

Am 2. Juli gab Hitler folgende *Bekanntmachung an die Presse*:

„Berlin, 2. Juli.

Amtlich wird mitgeteilt:

Die Säuberungsaktion fand gestern abend ihren Abschluß. Weitere Aktionen in dieser Richtung finden nicht mehr statt. Somit hat der gesamte Eingriff zur Wiederherstellung und Sicherung der Ordnung in Deutschland 24 Stunden gedauert. Im ganzen Reich herrscht völlige Ruhe und Ordnung. Das gesamte Volk steht in unerhörter Begeisterung hinter dem Führer.“

Außerdem erließ Hitler am 2. Juli folgende *Anordnung*:

„Die Maßnahmen zur Niederschlagung der Röhm-Revolve sind am 1. Juli 1934 nachts abgeschlossen worden.

Wer sich auf eigene Faust, gleich aus welcher Absicht, im Verfolg dieser Aktion eine Gewalttat zuschulden kommen läßt, wird der normalen Justiz zur Verurteilung übergeben.

Adolf Hitler.“

Im Verlauf des 2. Juli machte Hitler einen Besuch bei dem erkrankten Wirtschaftsminister Dr. Kurt Schmitt in Berlin-Dahlem<sup>146)</sup>.

---

<sup>146)</sup> Die Erkrankung war bereits am 28. Juni bekanntgegeben worden. Sie scheint also nicht mit den Ereignissen der Röhm-Affäre in Zusammenhang gestanden zu haben, obwohl Schmitt dies in seiner Aussage vor dem Nürnberger Militärtribunal 1946 behauptete.

3. Juli 1934

Am 3. Juli fand eine Sitzung des Reichskabinetts statt, in der Hitler und Blomberg Ansprachen hielten. Anschließend wurde ein Gesetz beschlossen, daß alle Maßnahmen vom 30. Juni und vom 1. und 2. Juli „als Staatsnotwehr rechtens“ seien<sup>147)</sup>. Hierbei ist besonders bemerkenswert, daß auch alle Maßnahmen vom 2. Juli für rechtens erklärt wurden, obwohl Hitler gerade verkündet hatte, daß die Maßnahmen zur Niederschlagung der sogenannten Röhm-Revolution am 1. Juli nachts abgeschlossen worden seien<sup>148)</sup>.

Der Reichsjustizminister Dr. Gürtner, kein Nationalsozialist, sondern ein bürgerlicher Fachminister, übertraf Hitler noch und erklärte, diese Maßnahme, d. h. also die Erschießung wehrloser Gefangener ohne Gerichtsurteil, sei nicht nur rechtens, sondern sogar staatsmännische Pflicht!

Über die Sitzung wurde folgendes amtliche Kommuniqué herausgegeben:

„Berlin, 3. Juli. In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts gab Reichskanzler Adolf Hitler zunächst eine ausführliche Darstellung über die Entstehung des hochverräterischen Anschlages und seine Niederwerfung. Der Reichskanzler betonte, daß ein blitzschnelles Handeln notwendig war, weil andernfalls die Gefahr bestand, daß viele Tausende von Menschenleben vernichtet worden wären.

Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg dankte dem Führer im Namen des Reichskabinetts und der Wehrmacht für sein entschlossenes und mutiges Handeln, durch das er das deutsche Volk vor dem Bürgerkrieg bewahrt habe. Der Führer habe sich als Staatsmann und Soldat von einer Größe gezeigt, die bei den Kabinettsmitgliedern und im ganzen deutschen Volk das Gelöbnis für Leistung, Hingabe und Treue in dieser schweren Stunde in allen Herzen wachgerufen habe.

Das Reichskabinett genehmigte sodann ein Gesetz über Maßnahmen der Staatsnotwehr, dessen einziger Artikel lautet:

„Die zur Niederschlagung hoch- und landesverräterischer Angriffe am 30. Juni und am 1. und 2. Juli 1934 vollzogenen Maßnahmen sind als Staatsnotwehr rechtens.“

Der Reichsjustizminister Dr. Gürtner erklärte hierzu, daß die vor dem unmittelbaren Ausbruch einer landesverräterischen Aktion ergriffenen Notwehrmaßnahmen nicht nur als Recht, sondern auch als staatsmännische Pflicht zu gelten haben.

Das Reichskabinett beschloß ferner ein Änderungsgesetz zum Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat, wonach der Chef des Stabes der SA. nicht mehr Mitglied der Reichsregierung sein muß.“

Mit der bisherigen Stellung der SA. war es also vorbei: der neue Stabschef würde nicht mehr Reichsminister sein!

Am 3. Juli flog Hitler zu Hindenburg nach Neudeck. Auf dem Flugplatz Marienburg wurde er von einer Gruppe von Reichswehroffizieren unter Führung des Generalmajors Wodrich empfangen und zum Kraftwagen geleitet.

In Neudeck erstattete er dem Reichspräsidenten über die angebliche Revolution Bericht und ließ sich, nach Augenzeugenberichten, von ihm wegen des vergossenen Blutes trösten.

Hitler kehrte am 4. Juli mittags von Ostpreußen wieder nach Berlin zurück. Dann hüllte er sich über eine Woche lang in Schweigen. Man hörte lediglich am 6. Juli, daß er den deutschen Botschafter in Ankara, Dr. v. Romberg, empfangen hatte.

Auch über die Exekutionen wurden einstweilen keine weiteren Einzelheiten bekanntgegeben, so daß die Gerüchte über betroffene Persönlichkeiten wuchsen und fast täglich alle möglichen Dementis in den Zeitungen zu lesen waren. Die

<sup>147)</sup> RGBl. 1934 I S. 529.

<sup>148)</sup> Vgl. S. 405.

6. Juli 1934

schwedische Zeitung *Nya Dagligt Allehanda* veröffentlichte am 3. Juli ein Interview mit Göring, das u. a. Papen betraf, und folgendes besagte:<sup>149)</sup>

„Frage: Wie stellt sich der Vizekanzler von Papen zu der Aktion gegen die SA.-Führer?“

Antwort: „Es ist eine Lüge, daß Papen verhaftet gewesen wäre. Ich kann Ihnen auch sagen, daß das nicht geschehen wird. Die Aktion ist vorgenommen worden auf Befehl des Führers, und Papen hat auf seiner Seite gestanden. Sie waren vollständig einig über die Aktion. Ich will auch betonen, daß die Aktion nicht nur durch die Putschpläne notwendig geworden war. Das Privatleben Röhm und der anderen nun verhafteten Personen war so, daß es einen Skandal für die ganze SA. bedeutete. Sie waren ein moralischer Krebschaden, der wegoperiert werden mußte.“

Hitler brauchte ziemlich lange, bis er sich eine halbwegs glaubwürdige Erklärung zurechtgelegt hatte, mit der er seine Morde begründen wollte. Erst am Freitag, dem 13. Juli, abends 20 Uhr, konnte Hitlers Redeforum, der Reichstag, zusammentreten. Einziger Punkt der Tagesordnung war die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Die These von der angeblich versuchten Revolte der SA.-Führer hatte Hitler in seinen Verlautbarungen vom 30. Juni bis zum 3. Juli schon genügend kolportiert. Diese Version war bei dem bürgerlichen Publikum noch ganz gut angekommen. Da man die Hintergründe dort nicht kannte, beruhigte man sich mit dem Gedanken: Die Revolution frißt ihre eigenen Kinder, und empfand sogar eine gewisse Schadenfreude.

Etwas anderes war es schon mit der bekanntgegebenen Erschießung von Schleicher und seiner Frau wegen angeblichen Widerstandes bei der Festnahme. Obwohl Schleicher nicht gerade beliebt gewesen war, empfand man die Behauptung, er habe mit Röhm konspiriert und außerdem noch landesverräterische Beziehungen zum Ausland unterhalten, doch als einen etwas zu „starken Tabak“.

Inzwischen war durchgesickert, daß nicht nur Schleicher, sondern auch sein Staatssekretär (Chef des Ministeramtes) Generalmajor v. Bredow erschossen worden war. ferner Gregor Strasser, der ehemalige bayerische Generalstaatskommissar Dr. v. Kahr, Papens Mitarbeiter Edgar Jung und von Bose, der Leiter der katholischen Aktion, Ministerialdirektor im Reichsverkehrsministerium Dr. Erich Klausener, der Führer der katholischen Sportorganisation „Deutsche Jugendkraft“, Adalbert Probst.

Diese Namen sprachen eine deutliche Sprache: Es handelte sich offensichtlich um Persönlichkeiten, die bei irgendeiner Gelegenheit einmal Hitlers Mißfallen erregt hatten und ihm, mehr oder weniger begründet, als unzuverlässig erschienen.

Schleicher hatte Hitler am 13. August 1932 bei Hindenburg blamiert und vor der ganzen Öffentlichkeit als ungeeignet für den Kanzlerposten hingestellt. Gregor Strasser hatte ohne Hitlers Genehmigung Vizekanzler im Kabinett Schleicher werden wollen. Der ehemalige Generalstaatskommissar Dr. v. Kahr hatte Hitler im November 1923 enttäuscht und sich von der damaligen „nationalen Erhebung“ distanziert. Die Mitarbeiter Papens, Dr. Edgar Jung und Oberregierungsrat von Bose, sollten durch ihren Tod Papen selbst einen ersten Denkkzettel erteilen.

Die Katholiken Dr. Klausener und Probst mußten wohl stellvertretend für Brüning sterben, dem Hitler anscheinend ebenfalls „auf die Finger schlagen“<sup>150)</sup>

<sup>149)</sup> Wiedergegeben in den *Dresdner Nachrichten* vom 4. 8. 1934.

<sup>150)</sup> Äußerung Hitlers gegenüber Rauschnig, vgl. S. 344.

13. Juli 1934

wollte. Jedenfalls wurde Brüning vom gutorientierten englischen Nachrichtendienst, ebenso wie Schleicher, bereits Anfang Juni gewarnt. Während Schleicher die Warnung in den Wind schlug, begab sich Brüning zunächst nach England und dann nach Lugano <sup>151)</sup>.

Hitler war weit davon entfernt, bei der Reichstagsrede vom 13. Juli die Motive seiner Morde zuzugeben oder auch nur alle diejenigen mit Namen zu nennen, die er vom Leben zum Tod befördert hatte. Kahr, Klausener, Probst nannte er überhaupt nicht, ebenso erwähnte er Papens Mitarbeiter Edgar Jung und von Bose nicht, sondern begnügte sich damit, Papen selbst in recht unklarer Formulierung unter jene Männer einzuschließen, die er „nicht ohne zwingendsten Grund“ aus dem Kabinett entfernen könne. Papen und Seldte seien von den „Meuterern mit Mord“ bedroht worden.

Der General von Bredow habe als außenpolitischer Agent des Generals von Schleicher gearbeitet, „entsprechend der Tätigkeit derjenigen reaktionären Zirkel, die — ohne mit dieser Verschwörung vielleicht direkt im Zusammenhang zu stehen — sich zum bereitwilligen unterirdischen Meldekopf für das Ausland mißbrauchen ließen.“

Waren die Verdächtigungen gegenüber Bredow reichlich verworren, so fand Hitler bei Gregor Strasser nur zwei Worte, die den Tod dieses Mannes erklären sollten: „Gregor Strasser wurde zugezogen.“

Das war alles, was Hitler zu diesem Fall zu sagen hatte!

Im weiteren Verlauf seiner Rede nannte Hitler außer den schon bekanntgegebenen Namen noch die wohl ebenfalls toten SA.-Führer von Detten, Uhl und Schmidt und gab dann, sehr summarisch, die Erschießung von 19 höheren und 31 weiteren SA.-Führern bzw. -Angehörigen sowie 3 SS.-Führern bekannt. Außerdem hätten 13 SA.-Führer und Zivilpersonen bei der Verhaftung wegen Widerstands ihr Leben gelassen, 3 weitere hätten durch Selbstmord geendet, und 5 Parteigenossen seien ebenfalls erschossen worden, desgleichen 3 SS.-Angehörige wegen „schändlicher Mißhandlung von Schutzhäftlingen“. Immerhin waren dies insgesamt 74 Personen. Demgegenüber hatte Hitler bei seinen bisherigen Verlautbarungen einschließlich dieser Reichstagsrede nur 15 Personen namentlich ge-

---

<sup>151)</sup> Die Landeszeitung in Wiesbaden veröffentlicht am 17. Juni folgende Nachricht: „Brüning in England. Die Londoner Times meldet, daß der frühere deutsche Reichskanzler Dr. Brüning, der auf Grund eines Herzleidens nach England gekommen sei, sich in den Tagen seines Hierseins bei seinem Freunde Jam Anderson aufgehalten habe. Sein Gesundheitszustand habe sich infolge der Ruhe erheblich gebessert, und er werde in zwei oder drei Wochen nach Deutschland zurückkehren. Diese Mitteilung der Times ist offenbar dazu bestimmt, die umlaufenden falschen Gerüchte über den Aufenthalt Brünings in England zu zerstreuen. Der Evening Standard veröffentlicht im Auftrage des früheren Reichskanzlers Brüning eine Erklärung, die sich mit den Meldungen einiger Morgenblätter beschäftigt, wonach er bei Nacht und Nebel Deutschland verlassen habe. Brüning stellt fest, daß er sich nur vorübergehend in London aufhalte, daß sein Aufenthalt vollkommen legaler Natur sei und er einer Einladung Folge geleistet habe. Ferner erklärt Brüning, daß er nicht auf einer schwarzen Liste stehe, sondern vielmehr wiederholt mit Reichskanzler Hitler und anderen nationalsozialistischen Führern gesprochen habe.“

Am 3. Juli erschien folgende Pressemeldung: „Brüning in Lugano. London, 3. Juli. Zu der vom Auswärtigen Amt abgegebenen Erklärung, daß der englischen Regierung nicht bekannt sei, ob sich der ehemalige Reichskanzler Brüning noch in England aufhalte, berichtet der Evening Standard, Brüning sei bereits in der vergangenen Woche mit einigen Freunden nach Lugano abgereist. Er werde dort seinen Erholungsurlaub beenden und dann nach Deutschland zurückkehren. Das Blatt glaubt versichern zu können, daß Brüning seit seinem Ausscheiden aus dem Amt sich nicht mehr mit Politik befaßt habe und daher auch mit den jüngsten Ereignissen in Deutschland nichts zu tun habe.“

nannt. Die übrigen konnten sich seine Zuhörer selbst zusammenreimen<sup>152</sup>). Bei dieser frivolen Art und Weise, mit der Hitler bei der Bekanntgabe von Umfang und Art seiner Morde verfuhr, war es kaum anzunehmen, daß die Zahl von 74 Toten die obere Grenze der tatsächlichen Opfer darstellte. Dies wurde besonders deutlich, als am 18. August amtlich bekanntgegeben wurde, daß anlässlich der „Röhm-Revolte“ allein von Göring 1124 Personen in Schutzhaft genommen worden seien<sup>153</sup>).

Hitler führte in seiner Rede vom 13. Juli dutzendweise Gründe an, die ihn zum Eingreifen gegenüber Röhm und den SA.-Führern veranlaßt hätten, angefangen von der Moral bis zur angeblichen Meuterei, nur den einen wirklichen Grund nannte er nicht: durch ihre Beseitigung eine „Mut“-Probe vor der Reichswehr abzulegen und deren Sympathie für seine künftigen militärischen Pläne zu gewinnen!

Als „des deutschen Volkes oberster Gerichtsherr“ ließ er allerdings keinen Zweifel darüber, nach welchen Maximen künftig in Deutschland verfahren werden sollte:

„Es soll jeder für alle Zukunft wissen, daß, wenn er die Hand zum Schläge gegen den Staat [d. h. gegen Hitler] erhebt, der sichere Tod sein Los ist.“

Als die Reichstagssitzung am 13. Juli begann, wurde schon äußerlich erkennbar, welche Veränderung sich seit der letzten Sitzung am 30. Januar 1934 voll-

<sup>152</sup>) Von Hitler wurden folgende Personen angegeben: Stabschef Röhm, die Obergruppenführer Schneidhuber und Heines, die Gruppenführer Detten, Ernst, Schmidt, Hayn und Heydebreck, die Standartenführer Sprei, Uhl und Schmidt (letzterer war Obersturmbannführer), ferner Gregor Strasser, General von Schleicher und Frau (Elisabeth geb. Hennings), General von Bredow. Am 31. 10. 1934 wurde für die SA. ein „Führerbefehl 26, München P. Nr. 24 400“ veröffentlicht, in dem außer den o. a. SA.-Führern noch folgende Personen als aus der SA. unter dem Datum 30. Juni bzw. 1.–7. Juli 1934 ausgeschlossen genannt wurden: die Obergruppenführer Friedrich Ritter von Krausser und Werner von Fichte, die Gruppenführer Karl Schreyer und Walter Luetgebrunn (letzterer war Hitlers langjähriger Rechtsanwalt seit 1923), Oberführer Hans Joachim von Falkenhäusen, Standartenführer Hans Schweighart, Obersturmführer Max Vogel, Sturmführer Max Lösch, Obertruppführer Martin Schätzl, Obertruppführer Veit-Ulrich von Beulwitz, Rottenführer Eduard Neumeier. Diese 11 Personen dürften wohl sämtlich liquidiert worden sein, ebenso wie Kahr, Klausner und Probst, Jung und Bose. Am 5. 8. 1934 erschien im Vogtländischen Anzeiger und Tageblatt eine Todesanzeige für Unterbannführer Karl Laemmermann mit dem Vermerk „Er starb schuldlos und aufrecht, gern gab er sein Leben für das Vaterland und die Bewegung, seinem Führer getreu bis zum Tode.“

Ermordet wurde auch der ehemalige Ordenspriester Bernhard Stempfle, Mitarbeiter am Miesbacher Anzeiger, der die erste Ausgabe von Mein Kampf redigiert hatte. Hitler erklärte, wie Heinrich Hoffmann in seinen „Erzählungen“ (veröffentlicht in Münchner Illustrierte 1954/1955, Folge 8 Nr. 50/1954) berichtet: „Diese Schweine haben meinen guten Pater Stempfle auch umgebracht.“ Falls Stempfle wirklich ausnahmsweise ohne Hitlers Befehl umgebracht worden sein sollte, so wäre es denkbar, daß die Täter jene 3 SS.-Männer sind, die Hitler anschließend wegen „schändlicher Mißhandlung von Schutzhäftlingen“ exekutieren ließ.

Der Münchener Musikkritiker Dr. Willi Schmidt wurde wegen Namensverwechslung erschossen. Unter den Opfern befand sich ferner der ostpreussische SS.-Obersturmführer und Turnierreiter Anton von Hohberg (vgl. Prozeß gegen den ehemal. SS.-Obergruppenführer von dem Bach-Zelwski vor dem Schwurgericht Nürnberg Jan./Febr. 1961).

Es fällt schwer, selbst die von Hitler zugegebenen 74 Toten namentlich zu identifizieren. Das in Paris 1934 herausgegebene „Weißbuch über die Erschießungen des 30. Juni 1934“ ist in seinen Angaben nicht überall zuverlässig. Es stützt sich zum großen Teil auf das Deutsche Führerlexikon 1934/35 (Stalling, Berlin), das am 15. 6. 1934 den parteiamtlichen Prüfungsvermerk erhielt. Aus diesem Lexikon mußten nachträglich (nach dem 30. 6. 1934) zahlreiche „belastete“ Persönlichkeiten entfernt werden, die jedoch nicht alle erschossen wurden, sondern z. T. sogar weiter amtierten.

<sup>153</sup>) DNB.-Meldung v. 18. 7. 1934.

zogen hatte: Neben dem Rednerpodium und im Saal standen SS.-Posten im Stahlhelm. Hitler befürchtete offenbar Attentate von seiten entrüsteter Parteigenossen. 12 erschossene SA.-Führer, die Reichstagsabgeordnete gewesen waren, fehlten. Göring, der Präsident, trug nicht mehr die SA.-Uniform, sondern die Uniform des Deutschen Luftsportverbandes<sup>154)</sup>.

Auf der Regierungsbank fehlten nicht nur Röhm und der erkrankte Reichswirtschaftsminister Schmitt, sondern auch Papen. Seinen Platz hatte einstweilen der Außenminister von Neurath eingenommen. Weder Hitler noch Göring gaben sich Mühe, die Abwesenheit des bisherigen Vizekanzlers und Reichstagsabgeordneten von Papen zu erklären.

Mochten die Gerüchte, Papen stehe immer noch unter Hausarrest oder sei von SS.-Leuten blutig geschlagen worden, auch übertrieben sein, eines stand fest: er würde nie mehr auf seinen Platz auf der Regierungsbank neben Hitler zurückkehren!

Der Völkischer Beobachter schrieb am 14. Juli: alle Reichsminister seien bei der Reichstagsitzung anwesend gewesen und zählte sie einzeln auf bis auf Papen und Schmitt. Diese Zeitung wußte bereits, daß sie nicht mehr als Minister galten.

Im Plenum sah man nur wenige Zivilisten, unter ihnen den alten General Litzmann, der Hitler am 1. Juli in der Reichskanzlei so brav beigestanden hatte. Hitler begann seine Rede mit folgenden Worten:

„Abgeordnete! Männer des Deutschen Reichstages!

Im Auftrage der Reichsregierung hat Sie der Reichstagspräsident Hermann Göring heute zusammengerufen, um mir die Möglichkeit zu geben, vor diesem berufensten Forum der Nation das Volk über Vorgänge aufzuklären, die als eine ebenso traurige wie warnende Erinnerung in unserer Geschichte für alle Zeiten fortleben mögen.

Aus einer Summe sachlicher Ursachen und persönlicher Schuld, aus menschlicher Unzulänglichkeit und menschlichen Defekten entstand für unser junges Reich eine Krise, die nur zu leicht von wahrhaft vernichtenden Folgen für eine unabsehbare Zukunft hätte werden können.

Ihre Entstehung und Überwindung vor Ihnen und damit vor der Nation klarzulegen, ist der Zweck meiner Ausführungen. Ihr Inhalt wird ein rückhaltlos offener sein. Nur im Umfange muß ich mir Beschränkungen auferlegen, die bedingt sind einerseits durch die Rücksicht auf Interessen des Reiches andererseits durch die Grenzen, die durch das Gefühl der Schande gezogen werden.“

Bevor Hitler jedoch auf das genannte Hauptthema zu sprechen kam, servierte er seinen Zuhörern noch eine halbstündige „Parteierzählung“<sup>154a)</sup> über seine Leistungen seit dem 30. Januar 1933.

Dann schilderte er den Abgeordneten umständlich vier Gruppen von Menschen, die noch eine Art Opposition in Deutschland darstellten.

„Straßentumulte und Barrikadenkämpfe, Massenterror und individualistische Zersetzungspropaganda beunruhigen heute fast alle Länder der Welt. Auch in Deutschland versuchen noch einzelne dieser Narren und Verbrecher immer wieder ihre destruktive Tätigkeit auszuüben. Seit der Überwindung der Kommunistischen Partei erleben wir, wenn auch immer schwächer werdend, dennoch einen Versuch nach dem anderen, kommunistische Organisationen von mehr oder minder anarchistischem Charakter zu begründen und arbeiten zu lassen. Ihre Methode ist stets dieselbe. Indem sie das Los der Gegenwart als

<sup>154)</sup> Tarnorganisation für die damals bereits im Aufbau befindliche Luftwaffe.

<sup>154a)</sup> Ausdruck des Verfassers, vgl. S. 49.

unerträglich schildern, preisen sie das kommunistische Paradies der Zukunft und führen praktisch damit doch nur einen Krieg für die Hölle. Denn die Folgen ihres Sieges in einem Lande wie Deutschland könnten keine anderen als vernichtende sein.

Die Probe ihres Könnens und der Wirkung ihrer Herrschaft ist im Exempel dem deutschen Volke aber schon so klar geworden, daß die überwältigende Mehrzahl gerade der deutschen Arbeiter diese jüdisch-internationalen Menschheitsbeglucker erkannt und innerlich überwunden hat.

Der nationalsozialistische Staat wird in seinem Innern, wenn notwendig, in einem hundertjährigen Kriege, auch die letzten Reste dieser Volksvergiftung und Volksvernarung ausrotten und vernichten.

Die zweite Gruppe der Unzufriedenen besteht in jenen politischen Führern, die durch den 30. Januar ihre Zukunft als erledigt empfinden, ohne sich mit der Unwiderrufflichkeit dieser Tatsache abfinden zu können.

Je mehr die Zeit ihre eigene Unfähigkeit mit dem gnädigen Mantel des Vergessens verhüllt, um so mehr glauben sie berechtigt zu sein, sich dem Volke langsam wieder in Erinnerung zu bringen. Da ihre Unfähigkeit einst nicht eine zeitlich bedingte war, sondern eine natürlich angeborne ist, vermögen sie auch heute nicht in positiver nützlicher Arbeit ihren Wert zu beweisen, sondern sehen ihre Lebensaufgabe erfüllt in einer ebenso hinterhältigen wie verlogenen Kritik. Auch an ihnen hat das Volk keinen Anteil. Der nationalsozialistische Staat kann durch sie ernstlich weder bedroht noch irgendwie geschädigt werden.

Eine dritte Gruppe destruktiver Elemente ergibt sich aus jenen Revolutionären, die im Jahre 1918 in ihrem früheren Verhältnis zum Staat erschüttert und entwurzelt worden sind und damit überhaupt jede innere Beziehung zu einer geregelten menschlichen Gesellschaftsordnung verloren haben.

Es sind Revolutionäre geworden, die der Revolution als Revolution huldigen und in ihr einen Dauerzustand sehen möchten<sup>154b)</sup>. Wir alle haben einst unter der furchtbaren Tragik gelitten, daß wir als gehorsame und pflichtgetreue Soldaten plötzlich einer Revolte von Meuterern gegenüberstanden, die es fertig brachten, sich in den Besitz des Staates zu setzen. Jeder von uns war einst erzogen worden in der Achtung der Gesetze und im Respekt vor der Autorität, im Gehorsam gegenüber den von ihr ausgehenden Befehlen und Anordnungen, in der inneren Ergebenheit gegenüber der Repräsentanz des Staates.

Nun zwang uns die Revolution der Deserteure und Meuterer die innere Loslösung von diesen Begriffen auf.

Wir konnten den neuen Usurpatoren keine Achtung schenken. Ehre und Gehorsam zwangen uns, ihnen den Gehorsam aufzusagen, Liebe zur Nation und zum Vaterland verpflichtete uns, sie zu bekriegen, die Amoral ihrer Gesetze löschte in uns die Empfindung für die Notwendigkeit ihrer Befolgung, und so sind wir Revolutionäre geworden. Allein auch als Revolutionäre hatten wir uns nicht losgelöst von der Verpflichtung, die natürlichen Gesetze des souveränen Rechtes unseres Volkes auch auf uns zu beziehen und sie zu respektieren.

Nicht den Willen und das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes wollten wir vergewaltigen, sondern nur die Vergewaltiger der Nation verjagen.

Und als wir endlich, legitimiert durch das Vertrauen dieses Volkes, die Konsequenzen aus unserem 14jährigen Kampfe zogen, da geschah es nicht, um in einem Chaos zügellose Instinkte austoben zu lassen, sondern nur um eine neue und bessere Ordnung zu begründen.

Für uns war die Revolution, die das Zweite Deutschland zertrümmerte, nichts anderes als der gewaltige Geburtsakt, der das Dritte Reich ins Leben rief. Wir wollten wieder einen Staat schaffen, an dem jeder Deutsche in Liebe hängen kann, ein Regiment begründen, zu dem jeder mit Achtung emporzusehen vermag, Gesetze finden, die der Moral

---

<sup>154b)</sup> Hitler selbst hatte beim Revolutionsappell der alten Kämpfer am 19. 3. 1934 erklärt, die Revolution werde noch für Generationen andauern, vgl. S. 371.

13. Juli 1934

unseres Volkes entsprechen, eine Autorität befestigen, der sich jeder Mann in freudigem Gehorsam unterwirft.

Die Revolution ist für uns kein permanenter Zustand. Wenn der natürlichen Entwicklung eines Volkes mit Gewalt eine tödliche Hemmung auferlegt wird, dann mag die künstlich unterbrochene Evolution durch einen Gewaltakt sich wieder die Freiheit der natürlichen Entwicklung öffnen. Allein es gibt keinen Zustand einer permanenten Revolution oder gar eine segensreiche Entwicklung mittels periodisch wiederkehrender Revolten.

Ich habe unter den zahllosen Akten, die ich in der vergangenen Woche durchzulesen verpflichtet war, auch ein Tagebuch gefunden mit den Aufzeichnungen eines Mannes, der 1918 auf die Bahn des Widerstandes gegen die Gesetze geworfen wurde und nun in einer Welt lebt, in der das Gesetz an sich zum Widerstand zu reizen scheint; ein erschütterndes Dokument, ein ununterbrochenes Konspirieren und dauerndes Verschwören, ein Einblick in die Mentalität von Menschen, die, ohne es zu ahnen, im Nihilismus ihr letztes Glaubensbekenntnis gefunden haben. Unfähig zu jeder wirklichen Mitarbeit, gewillt gegen jede Ordnung Stellung zu nehmen, erfüllt von Haß gegen jede Autorität findet ihre Unruhe und Unrast nur mehr Befriedigung in der dauernden gedanklichen und konspirativen Beschäftigung mit der Zersetzung des jeweils Bestehenden. Viele von ihnen sind in der Frühzeit unseres Kampfes mit uns gegen den vergangenen Staat angerannt, die meisten von ihnen aber hat schon im Laufe des Kampfes die innere Disziplinlosigkeit von der disziplinierten nationalsozialistischen Bewegung fortgeführt.

Der letzte Rest schien nach dem 30. Januar ausgeschieden zu sein. Die Verbundenheit mit der nationalsozialistischen Bewegung war in dem Augenblick gelöst, da diese selbst als Staat Objekt ihrer pathologischen Abneigung wurde. Sie sind aus Prinzip Feinde jeder Autorität und daher überhaupt nicht zu bekehren. Leistungen, die den deutschen neuen Staat zu festigen scheinen, erregen ihren erhöhten Haß. Wie denn überhaupt all diesen Oppositionellen aus Grundsatz eines gemeinsam ist: sie sehen vor sich nicht das deutsche Volk, sondern die ihnen verhaßte Institution der Ordnung. Sie erfüllt nicht der Wunsch, dem Volk zu helfen, als vielmehr die brennende Hoffnung, der Regierung möchte ihre Arbeit zur Rettung des Volkes mißlingen. Sie sind daher nie bereit, den Segen einer Handlung zuzugeben, als vielmehr erfüllt von dem Willen, aus Prinzip jeden Erfolg zu bestreiten und aus jedem Erfolg die möglichen Schwächen herauszuführen.

Diese dritte Gruppe pathologischer Feinde des Staates ist deshalb gefährlich, weil sie für jeden Versuch einer Revolte ein Reservoir williger Mithelfer solange darstellen, als sich nicht aus dem Zustand der chaotischen Auseinandersetzung eine neue Ordnung herauszukristallisieren beginnt.

Ich muß nun aber auch der vierten Gruppe gedenken, die manchmal, vielleicht sogar ungewollt, aber dennoch eine wahrhaft destruktive Tätigkeit ausübt. Es sind dies jene Menschen, die einer verhältnismäßig kleinen Gesellschaftsschicht angehören, im Nichtstun Zeit und Anlaß finden zur mündlichen Berichterstattung über all das, was geeignet ist, eine ebenso interessante wie wichtige Abwechslung in ihr im übrigen vollständig belangloses Leben zu bringen. Denn während die überwältigende Zahl der Nation sich in mühevoller Arbeit das tägliche Brot zu verdienen hat, gibt es in verschiedenen Lebensschichten immerhin noch Menschen, deren einzige Tätigkeit es ist, nichts zu tun, um sich von diesem Nichtstun dann wieder zu erholen. Je armseliger das Leben einer solchen Drohne ist, um so begieriger wird das aufgegriffen, was dieser Leere einen interessanten Inhalt geben kann. Persönlicher und politischer Tratsch wird hier begierig aufgefangen und noch begieriger weitergegeben. Da diese Menschen infolge ihres Nichtstuns eine lebendige Beziehung zur Millionemasse der Nation nicht besitzen, ist ihr Leben abgesteckt durch den Umfang ihres eigenen Lebenskreises.

Jedes Geschwätz, das sich in diesen Zirkeln verliert, wird wie zwischen zwei Hohlspiegeln immer wieder einander zurückgegeben.

Sie sehen, weil ihr eigenes Ich von einer Nichtigkeit erfüllt ist, die sie bei ihresgleichen stets bestätigt finden, die ganze Welt davon betroffen. Die Auffassung ihres



13. Juli 1934

Kreises verwechseln sie mit der Auffassung aller. Ihre Bedenken, bilden sie sich ein, seien die Sorgen der ganzen Nation.

In Wirklichkeit ist dieses Drohnenvölkchen nur ein Staat im Staate, ohne jeden lebendigen Kontakt mit dem Leben, den Empfindungen, Hoffnungen und Sorgen des anderen Volkes. Sie sind aber gefährlich, weil sie förmliche Bazillenträger sind der Unruhe, der Unsicherheit, der Gerüchte, Behauptungen, der Lügen und Verdächtigungen, Verleumdungen und Befürchtungen, und so beitragen zur Erzeugung einer allmählichen Nervosität, bei der es am Ende schwer ist, die gegebene Begrenzung im Volke zu erkennen oder zu finden.

So wie sie in jedem anderen Volke ihr Unwesen treiben, so auch im deutschen. Für sie war die nationalsozialistische Revolution genau so ein interessantes Gesprächsthema wie umgekehrt der Kampf der Feinde des nationalsozialistischen Staates gegen diesen.

Eines aber ist klar: Die Arbeit des Wiederaufbaues unseres Volkes und dadurch die Arbeit unseres Volkes selbst ist nur möglich, wenn das deutsche Volk in innerer Ruhe, Ordnung und Disziplin seiner Führung folgt und vor allem, wenn es seiner Führung vertraut. Denn nur das Vertrauen und der Glaube an den neuen Staat haben es ermöglicht, die großen Aufgaben in Angriff zu nehmen und zu lösen, die uns die früheren Zeiten gestellt hatten.

Wenn auch das nationalsozialistische Regime von Anfang an sich mit diesen verschiedenen Gruppen abfinden mußte und auch abgefunden hat, so trat doch seit einigen Monaten eine Stimmung auf, die man endlich nicht mehr auf die leichte Schulter nehmen konnte.

Das erst vereinzelt Geschwätz von einer neuen Revolution, von einer neuen Umwälzung, von einem neuen Aufstand wurde allmählich so intensiv, daß nur eine leichtsinnige Staatsführung darüber hätte hinweggehen können. Man konnte nicht mehr alles das einfach als dummes Gerede abtun, was in Hunderten und endlich Tausenden von Berichten mündlich und schriftlich darüber einging. Noch vor drei Monaten war die Parteiführung überzeugt, daß es sich einfach um das leichsinnige Geschwätz politischer Reaktionäre, marxistischer Annarchisten oder aller möglichen Müssiggänger handeln würde, dem jede tatsächliche Unterlage fehle.“

Anschließend begann Hitler mit seinen Märchenerzählungen über eine angebliche geplante Revolte Röhm-Schleicher, ohne für seine phantastischen Behauptungen auch nur einen einzigen handgreiflichen Beweis, ein Protokoll oder eine beglaubigte Zeugenaussage vorzulegen. Kein Wunder, denn diejenigen, die hätten Zeugnis ablegen können, hatte er buchstäblich mundtot gemacht!

„Mitte März habe ich veranlaßt, Vorbereitungen zu treffen für eine neue Propagandawelle. Sie sollte das deutsche Volk gegen den Versuch einer neuen Vergiftung immunisieren. Gleichzeitig damit aber gab ich auch an einzelne der Parteidienststellen den Befehl, den immer wieder auftauchenden Gerüchten einer neuen Revolution nachzugehen und wenn möglich, die Quellen dieser Gerüchte aufzufinden.“

Es ergab sich, daß in den Reihen einiger höherer SA.-Führer Tendenzen auftraten, die zu ernstesten Bedenken Anlaß geben mußten.

Es waren zunächst allgemeine Erscheinungen, deren innere Zusammenhänge nicht ohne weiteres klar waren.

1. Entgegen meinem ausdrücklichen Befehl und entgegen mir gegebenen Erklärungen durch den früheren Stabschef Röhm war eine Auffüllung der SA. in einem Umfange eingetreten, die die innere Homogenität dieser einzigartigen Organisation gefährden mußte.
2. Die nationalsozialistische weltanschauliche Erziehung trat in den erwähnten Bereichen einzelner höherer SA.-Dienststellen mehr und mehr zurück.
3. Das naturgegebene Verhältnis zwischen Partei und SA. begann sich langsam zu lockern. Mit einer gewissen Planmäßigkeit konnten Bestrebungen festgestellt werden, die SA. von der ihr von mir gestellten Mission mehr und mehr zu entfernen, um sie anderen Aufgaben oder Interessen dienstbar zu machen.

4. Die Beförderungen zu SA.-Führern ließen bei Nachprüfung eine vollständig einseitige Bewertung eines rein äußeren Könnens oder oft auch nur einer vermeintlichen intellektuellen Befähigung erkennen. Die große Zahl ältester und treuester SA.-Männer trat immer mehr bei Führerernennungen und Stellenbesetzungen zurück, während der in der Bewegung nicht sonderlich hochgeachtete Jahrgang 1933 eine unverständliche Bevorzugung erfuhr. Eine manchenmal nur wenige Monate dauernde Zugehörigkeit zur Partei, ja, nur zur SA., genügte zur Beförderung in eine höhere SA.-Dienststelle, die der alte SA.-Führer nicht nach Jahren erreichen konnte<sup>155</sup>).
5. Das Auftreten dieser zum großen Teil mit der Bewegung überhaupt nicht verwachsenen einzelnen SA.-Führer war ebenso unnationalsozialistisch wie manchenmal geradezu abstoßend. Es konnte aber nicht übersehen werden, daß gerade in diesen Kreisen eine Quelle der Beunruhigung der Bewegung auch dadurch gefunden wurde, als ihr mangelnder praktischer Nationalsozialismus sich in sehr unangebrachten neuen Revolutionsforderungen zu verschleiern versuchte.

Ich habe auf diese und eine Reihe weiterer Mißstände den Stabschef Röhm hingewiesen, ohne daß irgendeine fühlbare Abhilfe, ja auch nur ein erkennbares Eingehen auf meine Ausstellungen eingetreten wäre. Im Monat April und Mai nahmen diese Klagen ununterbrochen zu. Zum ersten Male erhielt ich in dieser Zeit aber auch aktenmäßig belegte Mitteilungen über Besprechungen, die von einzelnen höheren SA.-Führern abgehalten worden waren und die nicht anders als mit ‚grober Ungehörigkeit‘ bezeichnet werden mußten. Zum ersten Male wurde in einigen Akten unleugbar bewiesen, daß in solchen Besprechungen Hinweise auf die Notwendigkeit einer neuen Revolution gegeben wurden, daß Führer die Aufforderung erhielt n, sich für eine solche neue Revolution innerlich und sachlich vorzubereiten. Stabschef Röhm versuchte, alle diese Vorgänge in ihrer Wirklichkeit abzustreiten, und erklärte sie als versteckte Angriffe gegen die SA.

Die Belegung einzelner dieser Vorfälle durch Angaben Beteiligten führte zur schwersten Mißhandlung dieser Zeugen, die meist aus den Reihen der alten SA. stammten. Schon Ende April war sich die Führung der Partei sowie eine Anzahl davon berührter staatlicher Einrichtungen im klaren darüber, daß eine bestimmte Gruppe höherer SA.-Führer bewußt zur Entfremdung der SA. von der Partei sowie den anderen staatlichen Institutionen beitrug, oder diese zumindest nicht verhinderte.

Der Versuch, auf dem normalen Dienstwege Abhilfe zu schaffen, blieb immer wieder erfolglos. Stabschef Röhm sicherte mir persönlich immer wieder Untersuchung der Fälle und Entfernung der Schuldigen bzw. deren Maßregelung zu. Eine sichtbare Wandlung trat nicht ein.

Im Monat Mai liefen bei einigen Partei- und Staatsstellen zahlreiche Anklagen über Verstöße höherer und mittlerer SA.-Führer ein, die, aktenmäßig belegt, nicht abgestritten werden konnten. Von verhetzenden Reden bis zu unerträglichen Ausschreitungen führte hier eine gerade Linie.

Ministerpräsident Göring hatte schon vorher für Preußen sich bemüht, die Autorität des nationalsozialistischen Staatswillens über den Eigenwillen einzelner Elemente zu setzen. In anderen Ländern waren bisweilen Parteidienststellen und Behörden gezwungen, gegen einzelne unerträgliche Ausschreitungen Stellung zu nehmen. Einige Verantwortliche wurden verhaftet. Ich habe früher stets betont, daß ein autoritäres Regiment besonders hohe Verpflichtungen besitzt. Wenn vom Volke gefordert wird, daß es einer Führung blind vertraut, muß diese Führung dieses Vertrauen aber auch durch Leistung und durch besonders gute Aufführung sich verdienen. Fehler und Irrtümer mögen im einzelnen unterlaufen, sie sind auszumerzen. Schlechte Aufführung, Trunkenheitsexzesse, Belästigung friedlicher anständiger Menschen aber sind eines Führers unwürdig, nicht nationalsozialistisch und im höchsten Maße verabscheuungswürdig. Ich habe daher auch

---

<sup>155</sup>) Die Behauptung Hitlers, es seien häufig Ernennungen von 1933 eingetretenen SA.-Angehörigen zu SA.-Führern erfolgt, ist unwahr. Viel eher wären solche Vorwürfe bei den Politischen Leitern angebracht gewesen, wo tatsächlich viele 1933 eingetretene Parteigenossen sehr schnell Funktionäre wurden.

13. Juli 1934

stets gefordert, daß an das Benehmen und die Aufführung nationalsozialistischer Führer höhere Anforderungen gestellt werden als bei übrigen Volksgenossen<sup>156)</sup>. Wer selbst eine höhere Achtung wünscht, muß dieser Forderung durch eine höhere Leistung entsprechen. Das primitivste, was von ihm gefordert werden kann, ist, daß er in seinem Leben der Mitwelt gegenüber kein schmachliches Beispiel gibt. Ich wünsche daher auch nicht, daß Nationalsozialisten wegen solcher Delikte milder beurteilt und bestraft werden als sonstige Volksgenossen, sondern ich erwarte, daß ein Führer, der sich so vergißt, strenger bestraft wird als im gleichen Fall ein unbekannter Mann. Und ich möchte hier keinen Unterschied wissen zwischen Führern der politischen Organisationen und Führern der Formationen unserer SA., SS., HJ. usw.

Die Entschlossenheit der nationalsozialistischen Staatsführung, solchen Exzessen einzelner unwürdiger Elemente, die Partei und SA. nur mit Schande beladen, ein Ende zu bereiten, führte zu sehr heftigen Gegenwirkungen von seiten des Stabschefs. Erste nationalsozialistische Kämpfer, die zum Teil fast 15 Jahre lang für den Sieg der Bewegung gerungen hatten und nun als hohe Staatsbeamte an führenden Stellen unseres Staates die Bewegung repräsentierten, wurden wegen ihres Vorgehens gegen solche unwürdigen Elemente zur Verantwortung gezogen, d. h. Stabschef Röhm versuchte, diese ältesten Streiter der Partei durch Ehrengerichte — die sich zum Teil aus jüngsten Parteigenossen oder sogar aus Nichtparteiigenossen zusammensetzten — maßregeln zu lassen.

Diese Auseinandersetzungen führten zu sehr ernsten Aussprachen zwischen Stabschef Röhm und mir, in denen mir zum ersten Male Zweifel in die Loyalität dieses Mannes aufstiegen. Nachdem ich viele Monate lang jeden solchen Gedanken von mir zurückgewiesen hatte, nachdem ich vorher jahrelang mit meiner Person diesen Mann in unerschütterlicher Treue und Kameradschaft gedeckt hatte, begannen mir nun allmählich Warnungen — vor allem auch meines Stellvertreters in der Parteiführung, Rudolf Heß, — Bedenken einzufließen, die ich selbst beim besten Willen nicht mehr zu entkräften vermochte.

Es konnte vom Monat Mai ab keinem Zweifel mehr unterliegen, daß Stabschef Röhm sich mit ehrgeizigen Plänen beschäftigte, die im Falle ihrer Verwirklichung nur zu schwersten Erschütterungen führen konnten.

Wenn ich in diesen Monaten immer wieder zögerte, eine letzte Entscheidung zu treffen, geschah es aus zwei Gründen:

1. Ich konnte nicht so ohne weiteres mich mit dem Gedanken abfinden, daß nun ein Verhältnis, das ich auf Treue aufgebaut glaubte, nur Lüge sein sollte.
2. Ich hatte noch immer die stille Hoffnung, der Bewegung und meiner SA. die Schande einer solchen Auseinandersetzung zu ersparen und die Schäden ohne schwerste Kämpfe zu beseitigen.

Allerdings brachte das Ende des Monats Mai immer bedenklichere Tatsachen an das Tageslicht.

Stabschef Röhm begann sich nicht nur innerlich, sondern auch mit seinem gesamten äußeren Leben von der Partei zu entfernen.

Alle die Grundsätze, durch die wir groß geworden waren, verloren ihre Geltung. Das Leben, das der Stabschef und mit ihm ein bestimmter Kreis zu führen begann, war für jede nationalsozialistische Auffassung unerträglich. Es war nicht nur furchtbar, daß er selbst und sein ihm zugetaner Kreis alle Gesetze von Anstand und einfacher Haltung brachen, sondern schlimmer noch, daß dieses Gift sich nunmehr in immer größeren Kreisen auszubreiten begann.

Das Schlimmste aber war, daß sich allmählich aus einer bestimmten gemeinsamen Veranlagung heraus in der SA. eine Sekte zu bilden begann, die den Kern einer Ver-

---

<sup>156)</sup> Bisher waren solche Exzesse, wenn überhaupt, vor den Parteigerichten behandelt, aber nicht von Hitler durch Erschießung geahndet worden. Das Verhalten Hitlers vor und nach der Röhm-Affäre zeigt, daß ihm weder Trunkenheit noch sittliche Verfehlungen bei Parteileuten etwas ausmachten, wenn diese sich ihm bedingungslos unterordneten.

13. Juli 1934

schwörung nicht nur gegen die normalen Auffassungen eines gesunden Volkes, sondern auch gegen die staatliche Sicherheit abgab.

Die im Monat Mai vorgenommenen Durchprüfungen der Beförderungen in einigen bestimmten SA.-Gebieten führten zu der schrecklichen Erkenntnis, daß Menschen ohne Rücksicht auf nationalsozialistische und SA.-Verdienste in SA.-Stellungen befördert worden waren, nur weil sie zum Kreise dieser besonders Veranlagten gehörten. Einzelne, Ihnen wohlbekannte Vorgänge, z. B. der des Standartenführers Schmidt<sup>157)</sup> in Breslau, enthüllten ein Bild von Zuständen, die als unerträglich angesehen werden mußten. Mein Befehl, dagegen einzuschreiten, wurde theoretisch befolgt, tatsächlich aber sabotiert.

Allmählich entwickelten sich aus der Führung der SA. drei Gruppen: Eine kleine Gruppe von durch gleiche Veranlagung zusammengehaltenen Elementen, die, zu jeder Handlung fähig, sich blind in der Hand des Stabschefs Röhm befanden.

Es waren in erster Linie die SA.-Führer Ernst aus Berlin, Heines in Schlesien, Hayn in Sachsen, Heydebreck in Pommern<sup>158)</sup>. Neben diesen stand eine zweite Gruppe von Führern der SA., die innerlich nicht zu diesem Kreise gehörte, allein aus einfacher soldatischer Auffassung sich dem Stabschef Röhm zu Gehorsam verpflichtet fühlten. Und diesen gegenüber stand eine dritte Gruppe von Führern, die aus ihrer inneren Abneigung und Ablehnung kein Hehl machten und daher zum Teil von verantwortlichen Posten entfernt worden waren, zum anderen Teil beiseite geschoben und in vieler Beziehung außer Betracht gelassen wurden.

An der Spitze dieser infolge ihrer grundsätzlichen Anständigkeit abgelehnten SA.-Führer stand der heutige Stabschef Lutze sowie der Führer der SS. Himmler<sup>159)</sup>.

Ohne mich jemals davon zu verständigen, und ohne daß ich es zunächst auch nur ahnte, hat Stabschef Röhm durch Vermittlung eines durch und durch korrupten Hochstapler, eines Herrn v. A., Ihnen allen bekannt<sup>160)</sup>, die Beziehungen zu General Schleicher aufgenommen. General Schleicher war der Mann, der dem inneren Wunsche des Stabschefs Röhm den äußeren Ausdruck verlieh. Er war es, der konkret die Auffassung fixierte und vertrat, daß

1. das heutige deutsche Regiment unhaltbar sei, daß
2. vor allem die Wehrmacht und sämtliche nationalen Verbände in einer Hand zusammengefaßt werden müßten, daß
3. der dafür allein maßgebende Mann nur Stabschef Röhm sein könnte, daß
4. Herr v. Papen entfernt werden müßte und er bereit sein würde, die Stelle eines Vizekanzlers einzunehmen, daß weiter auch noch andere wesentliche Veränderungen des Reichskabinetts vorgenommen werden müßten.

Wie immer in solchen Fällen begann nunmehr das Suchen nach den Männern für die neue Regierung, immer unter der Annahme, daß ich selbst in meiner Stellung wenigstens für zunächst belassen würde.

Die Durchführung dieser Vorschläge des Generals v. Schleicher mußten schon in Punkt 2 auf meinen nie zu überwindenden Widerstand stoßen.

Es wäre mir weder sachlich noch menschlich jemals möglich gewesen, meine Einwilligung zu einem Wechsel im Reichswehrministerium zu geben und die Neubesetzung durch den Stabschef Röhm vorzunehmen.

Erstens aus sachlichen Gründen:

Ich habe seit 14 Jahren unentwegt versichert, daß die Kampforganisationen der Partei politische Institutionen sind, die nichts zu tun haben mit dem Heere. Es wäre sachlich

<sup>157)</sup> Es handelt sich um den Obersturmbannführer Hans Walter Schmidt, Adjutant des Obergruppenführers Heines. Am 2. Juli veröffentlichten die Breslauer Neuesten Nachrichten eine längere Fahndungsanzeige unter der Überschrift „Obersturmbannführer Schmidt ist festzunehmen!“

<sup>158)</sup> Heines, Hayn und Heydebreck gehörten zur Kategorie der ehemaligen Freikorpsführer, die milizfreundlich waren und daher Hitler mißfielen.

<sup>159)</sup> Unter „Anständigkeit“ verstand Hitler bedingungslosen, blinden Gehorsam.

<sup>160)</sup> Die Worte „Ihnen allen bekannt“ fehlen im offiziellen Redetext (Aufzeichnung des Verfassers). Mit v. A. ist Werner v. Alvensleben gemeint, der Bruder des Herrenklubvorsitzenden. Alvensleben wurde bei der Röhm-Affäre festgenommen, aber nicht erschossen.



XI Nach der Tat . . .

Hitler grüßt am 1. August 1934 vom Fenster der Reichskanzlei die ihm huldigende Reichswehrabteilung.

*Aufnahme: Archiv Domarus*



### XII SS.-Posten im Reichstag

Hitler befürchtet bei seiner Rede am 13. Juli 1934 Attentate empörter Parteigenossen.

*Aufnahme: Archiv Domarus*

13. Juli 1934

in meinen Augen eine Desavouierung dieser meiner Auffassung und 14jährigen Politik gewesen, an die Spitze des Heeres nun den Führer der SA. zu berufen. Ich habe auch im November 1923 an der Spitze der Armee einen Offizier<sup>161)</sup> vorgeschlagen und nicht meinen damaligen SA.-Führer, Hauptmann Göring.

Zweitens wäre es mir menschlich unmöglich gewesen, jemals in diesen Vorschlag des Generals von Schleicher einzuwilligen. Als diese Absichten mir bewußt wurden, war mein Bild über den inneren Wert des Stabschefs Röhm schon derart, daß ich ihn vor meinem Gewissen und um der Ehre der Armee wegen erst recht niemals hätte mehr für diese Stelle zulassen können. Vor allem aber: die oberste Spitze der Armee ist der Generalfeldmarschall und Reichspräsident. Ich habe als Kanzler in seine Hand meinen Eid abgelegt. Seine Person ist für uns alle unantastbar.

Mein ihm gegebenes Versprechen, die Armee als unpolitisches Instrument des Reiches zu bewahren, ist für mich bindend aus innerster Überzeugung und aus meinem gegebenem Wort<sup>162)</sup>. Es wäre mir aber weiter eine solche Handlung auch menschlich unmöglich gewesen gegenüber dem Wehrminister des Reiches.

Ich und wir alle sind glücklich, in ihm einen Ehrenmann sehen zu können vom Scheitel bis zur Sohle. Er hat die Armee aus innerstem Herzen versöhnt mit den Revolutionären von einst und verbunden mit ihrer Staatsführung von heute.

Er hat in treuester Loyalität sich zu dem Prinzip bekannt, für das ich selbst mich bis zum letzten Atemzuge einsetzen werde.

Es gibt im Staate nur einen Waffenträger, die Wehrmacht. Und nur einen Träger des politischen Willens: dies ist die nationalsozialistische Partei<sup>163)</sup>.

Jeder Gedanke eines Eingehens auf die Pläne des Generals von Schleicher wäre meinerseits aber nicht nur eine Treulosigkeit gegenüber dem Generalfeldmarschall und dem Reichswehrminister gewesen, sondern auch eine Treulosigkeit gegenüber der Armee. Denn so wie General v. Blomberg als Wehrminister im nationalsozialistischen Staat im höchsten Sinne des Wortes seine Pflicht erfüllt, so tun dies auch die übrigen Offiziere und Soldaten. Ich kann von ihnen nicht fordern, daß sie im einzelnen ihre Stellung zu unserer Bewegung finden; aber keiner von ihnen hat seine Stellung der Pflicht dem nationalsozialistischen Staat gegenüber verloren. Weiter aber könnte ich auch nicht ohne zwingendsten Grund die Männer entfernen lassen, die am 30. Januar mit mir das Versprechen zur Rettung des Reiches und Volkes gemeinsam gegeben haben.

Es gibt Pflichten der Loyalität, die man nicht verletzen darf und nicht verletzen soll. Und ich glaube, daß vor allem der Mann, der in seinem Namen die Nation zusammengeführt hat, unter keinen Umständen treulos handeln darf, wenn nicht ansonst nach innen und außen jedes Vertrauen in Treu und Glauben verschwinden müßte<sup>164)</sup>.

Da der Stabschef Röhm selbst unsicher war, ob Versuche in der bezeichneten Richtung wohl bei mir auf Widerstand stoßen würden, wurde der erste Plan festgelegt zur Erzwingung dieser Entwicklung. Die Vorbereitungen hierzu wurden umfangreich getroffen.

<sup>161)</sup> Gemeint ist General Ludendorff.

<sup>162)</sup> Ein „in die Hand Hindenburgs abgelegter Eid“ konnte Hitler in Wirklichkeit ebensowenig binden wie jeder andere. Die Zahl der feierlichen Versprechungen, Schwüre, Eide usw., die Hitler während seiner Herrschaft gebrochen hat, ist wahrhaftig Legion!

<sup>163)</sup> Die Behauptung Hitlers, die Wehrmacht solle der einzige Waffenträger sein, war von Anfang eine fragwürdige Angelegenheit. Bereits am 17. 3. 1933 wurde die bewaffnete Leibstandarte SS. Adolf Hitler aufgestellt und damit der Grundstock für die Waffen-SS. gelegt, aus der schließlich ganze Armeekorps hervorgingen. 1933 wurden die bewaffneten Stabswachen Göring und Röhm gebildet. Göring bildete dann innerhalb der preußischen Landespolizei ein Privatregiment „General Göring“. Selbst die hier so geschmähte SA. stellte 1937 eine Standarte „Feldherrnhalle“ auf, die bereits 1938 in Luftwaffenuniform am Einmarsch in das Sudetenland teilnahm. Der zahlreichen bewaffneten und kasernierten Polizeieinheiten sei nur am Rande Erwähnung getan.

<sup>164)</sup> Diese theatralische Anrufung von Treu und Glauben stand Hitler schlecht an. Ebenso wenig wie er sich an innenpolitische Versprechungen und Eide hielt, ebensowenig tat er es in außenpolitischer Beziehung. Für ihn galt jedes Bündnis nur so lange, als er davon Nutzen zu haben glaubte. Sein Zynismus hinsichtlich Bündnistreue kam bereits in Mein Kampf zum Ausdruck.

13. Juli 1934

1. Planmäßig sollten die psychologischen Voraussetzungen für den Ausbruch einer zweiten Revolution geschaffen werden. Zu diesem Zwecke wurde durch SA.-Propagandastellen selbst in die SA. die Behauptung hineinverbreitet, die Reichswehr beabsichtige eine Auflösung der SA., und später wurde ergänzt, ich sei leider für diesen Plan auch persönlich gewonnen worden. Eine ebenso traurige wie niederträchtige Lüge!
2. Die SA. müßte nunmehr diesem Angriff zuvorkommen und in einer zweiten Revolution die Elemente der Reaktion einerseits und der Parteiwiderstände andererseits beseitigen, die Staatsgewalt aber der Führung der SA. selbst anvertrauen.
3. Zu diesem Zwecke sollte die SA. in kürzester Frist alle notwendigen sachlichen Vorbereitungen treffen. Es ist dem Stabschef Röhm gelungen, unter Verschleierungen — u. a. der lügenhaften Angabe, soziale Hilfsmaßnahmen für die SA. durchführen zu wollen — 12 Millionen Mark für diesen Zweck zu sammeln.
4. Um die entscheidendsten Schläge rücksichtslos führen zu können, wurde die Bildung bestimmter nur hierfür in Frage kommender eingeschworener Terrorgruppen unter dem Titel ‚Stabswachen‘<sup>165)</sup> gebildet. Während der alte SA.-Mann sich über ein Jahrzehnt für die Bewegung durchgehüngert hatte, wurden hier besoldete Truppen gebildet, deren innerer Charakter und deren Zweckbestimmung durch nichts besser erhellt wird als durch die geradezu furchtbaren Straflisten der darin geführten Elemente, wie denn überhaupt der alte und treue SA.-Führer und SA.-Mann nunmehr schnell in den Hintergrund trat gegenüber den für solche Aktionen mehr geeigneten politisch ungeschulten Elementen. In bestimmten Führertagungen sowohl als bei Erholungsfahrten wurden allmählich die in Frage kommenden SA.-Führer zusammengezogen und individuell behandelt, d. h. während die Mitglieder der inneren Sekte die eigentliche Aktion planmäßig vorbereiteten, wurden dem zweiten größeren Kreis der SA.-Führer nur allgemeine Mitteilungen gemacht des Inhalts, daß eine zweite Revolution vor der Tür stehe, daß diese Revolution kein anderes Ziel besitze, als mir selbst die Handlungsfreiheit zurückzugeben, daß daher die neue und diesmal blutige Erhebung — ‚Die Nacht der langen Messer‘, wie man sie grauenvoll bezeichnete<sup>166)</sup> — meinem eigenen Sinn entspräche.

Die Notwendigkeit des eigenen Vorgehens der SA. wurde begründet mit dem Hinweis auf meine Entschlußunfähigkeit, die erst dann behoben sein würde, wenn Tatsachen geschaffen wären. Vermutlich unter diesen unwahren Vorwänden wurde die außenpolitische Vorbereitung der Aktion Herr von Detten<sup>167)</sup> übertragen. General von Schleicher nahm das außenpolitische Spiel teilweise persönlich wahr bzw. ließ es auch seinen Kurier General von Bredow praktisch betreiben. Gregor Strasser wurde zugezogen.

Anfangs Juni ließ ich als letzten Versuch Stabschef Röhm noch einmal kommen zu einer nahezu fünfstündigen Aussprache, die sich bis Mitternacht hinzog. Ich teilte ihm mit, daß ich aus zahllosen Gerüchten und aus zahlreichen Versicherungen und Erklärungen alter treuer Parteigenossen und SA.-Führer den Eindruck gewonnen hätte, daß von gewissenlosen Elementen eine nationalbolschewistische Aktion vorbereitet würde, die über Deutschland nur namenloses Unglück bringen könnte. Ich erklärte ihm weiter, daß mir auch Gerüchte zu Ohren gekommen seien über die Absicht, die Armee in den Kreis dieser Pläne einzubeziehen. Ich versicherte dem Stabschef Röhm, daß die Behauptung, die SA. solle aufgelöst werden, eine niederträchtige Lüge sei, daß ich mich zu der Lüge, ich selbst wolle gegen die SA. vorgehen, überhaupt nicht äußern könnte, daß ich aber jeden Versuch, in Deutschland ein Chaos entstehen zu lassen, augenblicklich persönlich abwenden würde, und daß jeder, der den Staat angreift, von vornherein mich zu seinen Feinden zählen müsse. Ich beschwor ihn zum letzten Male, von sich aus diesem Wahn-

<sup>165)</sup> Hitler spielte sich hier als ahnungsloser Engel auf. Dabei hatte er die Stabswachen Görings und Röhm am 9. November 1933 vor der Feldherrnhalle zu nächstlicher Stunde persönlich vereidigt. Vgl. S. 329.

<sup>166)</sup> Mit dieser Anspielung auf die Bartholomäusnacht und die Sizilianische Vesper wollte Hitler seine Zuhörer wohl das Gruseln lehren und bemerkte gar nicht, wie sehr seine eigenen Taten an jene Vorgänge erinnerten.

<sup>167)</sup> Gemeint ist der SA.-Gruppenführer Georg von Detten.



13. Juli 1934

sinn entgegenzutreten und seine Autorität mit anzuwenden, um eine Entwicklung zu verhindern, die nur so oder so in einer Katastrophe enden könnte.

Ich führte erneut schärfste Beschwerde wegen der sich häufenden unmöglichen Exzesse und forderte die nunmehrige restlose Ausmerzungen dieser Elemente aus der SA., um nicht die SA. selbst, Millionen anständiger Parteigenossen und Hunderttausende alter Kämpfer durch einzelne minderwertige Subjekte um ihre Ehre bringen zu lassen. Der Stabschef verließ diese Unterredung mit der Versicherung, die Gerüchte seien teils unwahr, teils übertrieben, er werde im übrigen alles tun, um nunmehr nach dem Rechten zu sehen.

Das Ergebnis der Unterredung aber war, daß Stabschef Röhm in der Erkenntnis, auf meine Person bei seinem geplanten Unternehmen unter keinen Umständen rechnen zu können, nunmehr die Beseitigung meiner Person selbst vorbereitete.

Zu diesem Zwecke wurde dem größeren Kreise der hinzugezogenen SA.-Führer erklärt, daß ich selbst mit dem in Aussicht genommenen Unternehmen wohl einverstanden sei, aber persönlich davon nichts wissen dürfe bzw. den Wunsch hätte, zunächst auf 24 oder 48 Stunden bei Ausbruch der Erhebung in Haft genommen zu werden, um so durch die vollzogenen Tatsachen der unangenehmen Belastung enthoben zu sein, die sich im anderen Falle für mich außenpolitisch ergeben müßte. Diese Erklärung erhält ihre letzte Illustration durch die Tatsache, daß unterdes vorsorglicherweise bereits der Mann gedungen war, der meine spätere Beseitigung durchzuführen hatte: Standartenführer Uhl<sup>168)</sup> gestand noch wenige Stunden vor seinem Tod die Bereitwilligkeit zur Durchführung eines solchen Befehls.

Der erste Plan zum Umsturz basierte auf dem Gedanken einer Beurlaubung der SA. In dieser Zeit sollten mangels greifbarer Verbände unfaßbare Tumulte ausbrechen nach Art der Zustände im August 1932<sup>169)</sup>, die mich zwingen müßten, den Stabschef, der allein in der Lage wäre, die Ordnung wiederherzustellen, zu rufen, um ihn mit der vollziehenden Gewalt zu betrauen. Nachdem sich unterdes eindeutig ergeben hätte, daß mit einer solchen Bereitwilligkeit von mir wohl unter keinen Umständen gerechnet werden konnte, wurde dieser Plan wieder verworfen und die direkte Aktion ins Auge gefaßt. Sie sollte in Berlin schlagartig einsetzen mit einem Überfall auf die Regierungsgebäude, mit einer Verhaftung meiner Person, um dann in weiteren Aktionen, als in meinem Auftrag stattfindend, abrollen lassen zu können. Die Verschwörer rechneten damit, daß in meinem Namen an die SA. gegebene Befehle im gesamten Reich die SA. nicht nur sofort auf den Plan rufen würde, sondern daß damit auch eine Zersplitterung aller dagegen eingesetzten sonstigen Kräfte des Staates automatisch eintreten würde.

Sowohl Stabschef Röhm als auch Gruppenführer Ernst, Obergruppenführer Heines, Hayn und eine Reihe anderer haben vor Zeugen<sup>170)</sup> erklärt, daß zunächst eine mehrtägige Auseinandersetzung blutigster Art mit ihren Widersachern stattfinden sollte. Die Frage nach der wirtschaftlichen Seite bei einer solchen Entwicklung wurde mit geradezu wahnsinnigem Leichtsinne unter dem Hinweis abgetan, daß der blutige Terror die notwendigen Mittel so oder so schaffen würde.

Ich muß mich hier nur noch mit einem Gedanken auseinandersetzen, nämlich mit dem, ob nicht jede gelungene Revolution in sich eine Rechtfertigung trage. Stabschef Röhm und seine Elemente erklärten die Notwendigkeit dieser Revolution mit dem Hinweis auf den nur damit allein gerechtfertigten Sieg des reinen Nationalsozialismus. Ich

<sup>168)</sup> Es handelt sich um den Standartenführer Julius Uhl. Es wurde das Gerücht verbreitet, Uhl habe Hitler am 1. Juli bei einem Konzert des Sängers Heinrich Schlusnus in Braubach a. Rh. erschießen wollen. Uhl befand sich jedoch in Bad Wiessee, wurde dort am 30. Juni verhaftet und nach Stadelheim gebracht. Hitler hatte sich für das Attentatsmärchen den Standartenführer Uhl wohl deshalb ausgesucht, weil dieser als hervorragender Pistolenschütze bekannt war.

<sup>169)</sup> Die Behauptung Hitlers, im August 1932, also nach dem Scheitern der Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung, seien unter der SA. „unfaßbare Tumulte“ ausgebrochen, ist unwahr. Die SA.-Leute, die auf die Machtübernahme gehofft hatten, waren zwar enttäuscht, gehorchten aber ohne weiteres den Befehlen Hitlers und Röhm's, nach Hause zu gehen.

<sup>170)</sup> Auch in diesem Fall schwindelte Hitler seinen Zuhörern etwas vor. Er konnte weder die angeblichen Zeugen benennen noch die Aussage vorlegen.

muß an dieser Stelle aber für die Gegenwart und Nachwelt die Feststellung treffen, daß diese Männer überhaupt kein Recht mehr besaßen, sich auf den Nationalsozialismus als Weltanschauung zu berufen. Ihr Leben war so schlecht geworden wie das Leben derjenigen, die wir im Jahre 1933 überwunden und abgelöst hatten. Das Auftreten dieser Männer hat es mir unmöglich gemacht, sie bei mir einzuladen oder das Haus des Stabschefs in Berlin auch nur einmal zu betreten. Was aus Deutschland im Falle eines Sieges dieser Sekte geworden wäre, ist schwerlich auszudenken.

Die Größe der Gefahr wurde aber erst recht erwiesen durch die Feststellungen, die nun vom Ausland nach Deutschland kamen. Englische und französische Zeitungen begannen immer häufiger von einer bevorstehenden Umwälzung in Deutschland zu reden, und immer mehr Mitteilungen ließen erkennen, daß von den Verschwörern eine planmäßige Bearbeitung des Auslandes in dem Sinne vorgenommen wurde, daß in Deutschland die Revolution der eigentlichen Nationalsozialisten vor der Tür stünde und das bestehende Regiment nicht mehr zu handeln fähig sei. General von Bredow, der als außenpolitischer Agent des Generals von Schleicher diese Verbindungen besorgte, arbeitete nur entsprechend der Tätigkeit derjenigen reaktionären Zirkel, die — ohne mit dieser Verschwörung vielleicht direkt im Zusammenhang zu stehen — sich zum bereitwilligen unterirdischen Meldekopf für das Ausland mißbrauchen ließen.

Ende Juni war ich daher entschlossen, dieser unmöglichen Entwicklung ein Ende zu setzen, und zwar ehe noch das Blut von zehntausend Unschuldigen die Katastrophe besiegeln würde.

Da die Gefahr und die auf allen lastende Spannung allmählich unerträglich geworden war und gewisse Parteistellen und Staatsstellen pflichtgemäß Abwehrmaßnahmen treffen mußten, erschien mir die eigenartige plötzliche Verlängerung des Dienstes vor dem SA.-Urlaub<sup>171)</sup> bedenklich, und ich entschloß mich daher, Samstag, den 30. Juni, den Stabschef seines Amtes zu entheben, zunächst in Verwahrung zu nehmen, und eine Anzahl von SA.-Führern, deren Verbrechen klar zutage lag, zu verhaften.

Da es zweifelhaft war, ob angesichts der drohenden Zuspitzung Stabschef Röhm überhaupt noch nach Berlin oder anderswo hingekommen wäre, entschloß ich mich, zu einer nach Wiessee angesetzten SA.-Führerbesprechung persönlich zu fahren. Bauend auf die Autorität meiner Person und auf meine wenn notwendig immer vorhanden gewesene Entschlußkraft, wollte ich dort um 12 Uhr mittags den Stabschef seiner Stellung entheben, die hauptschuldigen SA.-Führer verhaften und in einem eindringlichen Appell die übrigen zu ihrer Pflicht zurückrufen.

Im Laufe des 29. Juni erhielt ich aber so bedrohliche Nachrichten über letzte Vorbereitungen zur Aktion, daß ich mittags die Besichtigung der Arbeitslager in Westfalen abbrechen mußte, um mich für alle Fälle bereitzuhalten. Um 1 Uhr nachts erhielt ich aus Berlin und München zwei dringendste Alarmnachrichten. Nämlich erstens, daß für Berlin um 4 Uhr nachmittags Alarm angeordnet sei, daß zum Transport der eigentlichen Stoßformationen die Requisition von Lastkraftwagen befohlen und bereits im Gange sei, und daß Schlag 5 Uhr die Aktion überfallmäßig mit der Besetzung der Regierungsgebäude ihren Anfang nehmen sollte. Gruppenführer Ernst war zu dem Zweck auch nicht mehr nach Wiessee gereist, sondern zur persönlichen Führung der Aktion in Berlin zurückgeblieben. Zweitens wurde in München die Alarmierung der SA. bereits für 9 Uhr abends angeordnet. Die SA.-Formationen wurden nicht mehr nach Hause entlassen, sondern in die Alarmquartiere gelegt. Das ist Meuterei!<sup>172)</sup> Der Befehlshaber der SA. bin ich und sonst niemand!

Unter diesen Umständen konnte es für mich nur noch einen einzigen Entschluß geben. Wenn überhaupt das Unheil noch zu verhindern war, dann mußte blitzschnell gehandelt

<sup>171)</sup> Von einer plötzlichen Verlängerung des Dienstes vor dem am 1. Juli beginnenden SA.-Urlaub ist bis auf die gestellte Münchener Alarmierung am Abend des 29. Juni nirgends etwas bekannt geworden.

<sup>172)</sup> Meuterei gibt es nur bei militärischen oder milizartigen Verbänden, infolgedessen auch nur dort Repressalien. Hitler aber hatte der SA. gerade den militärischen bzw. milizartigen Charakter abgesprochen.

werden. Nur ein rücksichtsloses und blutiges Zugreifen war vielleicht noch in der Lage, die Ausbreitung der Revolte zu ersticken. Und es konnte dann keine Frage sein, daß besser hundert Meuterer, Verschwörer und Konspiratoren vernichtet wurden als zehntausend unschuldige SA.-Männer auf der einen, zehntausend ebenso Unschuldige auf der anderen Seite verbluten zu lassen. Denn wenn die Aktion des Verbrechers Ernst in Berlin erst abzurollen begann, waren die Folgen ja unausdenkbar! Wie das Operieren mit meinem Namen gewirkt hatte, ergab sich aus der beklemmenden Tatsache, daß es diesen Meuterern zum Beispiel gelungen war, in Berlin unter Berufung auf mich von nichtsahnenden Polizeioffizieren sich für ihre Aktion 4 Panzerwagen zu sichern, und daß weiter schon vorher die Verschwörer Heines und Hayn Polizeioffiziere in Sachsen und Schlesien unsicher machten, angesichts ihrer Aufforderung, bei der kommenden Auseinandersetzung sich zwischen der SA. und den Hitlerfeinden zu entscheiden. Es war mir endlich klar, daß dem Stabschef nur ein einziger Mann entgentreten konnte und entgentreten mußte. Mir brach er die Treue, und ich allein mußte ihn dafür zur Verantwortung ziehen!

Um 1 Uhr nachts erhielt ich die letzten Alarmdepeschen, um 2 Uhr morgens flog ich nach München. Ministerpräsident Göring hatte unterdes von mir schon vorher den Auftrag bekommen, im Falle der Aktion der Reinigung seinerseits sofort die analogen Maßnahmen in Berlin und Preußen zu treffen. Er hat mit eiserner Faust den Angriff auf den nationalsozialistischen Staat niedergeschlagen, ehe er zur Entwicklung kam. Die Notwendigkeit dieses blitzschnellen Handelns brachte es mit sich, daß mir in dieser entscheidenden Stunde nur ganz wenige Menschen zur Verfügung standen. Im Beisein des Ministers Goebbels und des neuen Stabschefs wurde dann die Ihnen bekannte Aktion durchgeführt und in München abgeschlossen.

Wenn ich noch wenige Tage vorher zur Nachsicht bereit gewesen war, dann konnte es in dieser Stunde eine solche Rücksicht nicht mehr geben. Meutereien bricht man nach ewig gleichen eisernen Gesetzen. Wenn mir jemand den Vorwurf entgegenhält, weshalb wir nicht die ordentlichen Gerichte zur Aburteilung herangezogen hätten, dann kann ich ihm nur sagen: In dieser Stunde war ich verantwortlich für das Schicksal der deutschen Nation und damit des deutschen Volkes oberster Gerichtsherr! Meuternde Divisionen hat man zu allen Zeiten durch Dezimierung wieder zur Ordnung gerufen. Nur ein Staat hat von seinen Kriegsartikeln keinen Gebrauch gemacht, und dieser Staat ist dafür auch zusammengebrochen: Deutschland. Ich wollte nicht das junge Reich dem Schicksal des alten ausliefern.

Ich habe den Befehl gegeben, die Hauptschuldigen an diesem Verrat zu erschießen, und ich gab weiter den Befehl, die Geschwüre unserer inneren Brunnenvergiftung und der Vergiftung des Auslandes auszubrennen bis auf das rohe Fleisch. Und ich gab weiter den Befehl, bei jedem Versuch des Widerstandes der Meuterer gegen ihre Verhaftung diese sofort mit der Waffe niederzumachen.

Die Nation muß wissen, daß ihre Existenz — und diese wird garantiert durch ihre innere Ordnung und Sicherheit — von niemandem ungestraft bedroht wird! Und es soll jeder für alle Zukunft wissen, daß, wenn er die Hand zum Schläge gegen den Staat erhebt, der sichere Tod sein Los ist. Und jeder Nationalsozialist muß wissen, daß kein Rang und keine Stellung ihn seiner persönlichen Verantwortung und damit seiner Strafe entzieht. Ich habe Tausende unserer früheren Gegner wegen ihrer Korruption<sup>173)</sup> verfolgt. Ich würde mir innere Vorwürfe machen, wenn ich gleiche Erscheinungen bei uns nun dulden würde.

Kein Volk und keine Staatsführung kann etwas dafür, wenn sich Kreaturen, wie wir sie in Deutschland als Kutisker usw. kannten, wie das französische Volk sie in einem Stavisky<sup>173a)</sup> kennengelernt hat und wie wir sie heute wieder erlebten, auftauchen, um sich

<sup>173)</sup> Jetzt sollte sogar — nach Hitlers Behauptung — die Korruption Veranlassung für die Exekutionen gewesen sein. Im Dritten Reich gab es für viele wirkliche und angebliche Vergehen die Todesstrafe, aber keineswegs für Korruption.

<sup>173a)</sup> Kutisker und Stavisky waren Großbetrüger, deren Defraudationen damals internationales Aufsehen erregt hatten.

13. Juli 1934

an den Interessen einer Nation zu versündigen. Allein jedes Volk ist selbst schuldig, wenn es nicht die Kraft findet, solche Schädlinge zu vernichten.

Wenn mir die Meinung entgegengehalten wird, daß nur ein gerichtliches Verfahren ein genaues Abwägen von Schuld und Sühne hätte ergeben können, so lege ich gegen diese Auffassung feierlich Protest ein. Wer sich gegen Deutschland erhebt, treibt Landesverrat.

Wer Landesverrat übt, soll nicht bestraft werden nach dem Umfang und Ausmaß seiner Tat, sondern nach seiner zutage getretenen Gesinnung. Wer sich untersteht, im Innern unter Bruch von Treue und Glauben und heiligen Versprechen eine Meuterei anzuzetteln, kann nichts anderes erwarten, als daß er selbst das erste Opfer sein wird. Ich habe nicht die Absicht, die schuldigen Kleinen erschießen zu lassen und die Großen zu schonen. Ich habe nicht zu untersuchen, ob und wem von diesen Verschwörern, Hetzern, Destrukturen und Brunnenvergiftern der deutschen öffentlichen Meinung und im weiteren Sinne der Weltmeinung ein zu hartes Los zugefügt wurde, sondern ich habe nur darüber zu wachen, daß das Los Deutschlands getragen werden kann. Ein ausländischer Journalist, der bei uns das Gastrecht genießt, protestiert im Namen der Frauen und Kinder der Erschossenen und erwartet aus ihren Reihen die Vergeltung. Ich kann diesem Ehrenmanne nur eines zur Antwort geben: Frauen und Kinder sind stets die unschuldigen Opfer verbrecherischer Handlungen der Männer gewesen. Auch ich empfinde mit ihnen Mitleid, allein ich glaube, daß das Leid, das ihnen zugefügt worden ist durch die Schuld dieser Männer, nur ein winziger Bruchteil ist gegenüber dem Leid, das vielleicht Zehntausenden an deutschen Frauen getroffen hätte, wenn diese Tat gelungen wäre. Ein ausländischer Diplomat erklärt, daß die Zusammenkunft mit Schleicher und Röhm selbstverständlich ganz harmloser Natur gewesen wäre. Ich habe mich darüber mit niemandem zu unterhalten. Die Auffassungen über das, was harmlos ist und was nicht, werden sich auf politischem Gebiet niemals decken.

Wenn aber drei Hochverräter in Deutschland mit einem auswärtigen Staatsmann eine Zusammenkunft vereinbaren und durchführen, die sie selbst als ‚dienstlich‘ bezeichnen, unter Fernhaltung des Personals durchführen und mir durch strengsten Befehl verheimlichen, dann lasse ich solche Männer totschießen, auch wenn es zutreffend sein sollte, daß bei einer vor mir so verborgenen Beratung nur über Witterung, alte Münzen und dergleichen gesprochen worden sein soll.

Die Sühne für diese Verbrechen war eine schwere und harte.

19 höhere SA.-Führer, 31 SA.-Führer und SA.-Angehörige wurden erschossen, ebenso drei SS.-Führer als Mitbeteiligte am Komplott. 13 SA.-Führer und Zivilpersonen, die bei der Verhaftung Widerstand versuchten, mußten dabei ihr Leben lassen. Drei weitere endeten durch Selbstmord.

Fünf Nicht-SA.-Angehörige, aber Parteigenossen, wurden wegen Beteiligung erschossen.

Endlich wurden noch erschossen drei SS.-Angehörige, die sich eine schändliche Mißhandlung gegenüber Schutzhäftlingen zuschulden kommen ließen.

Um zu verhindern, daß die politische Leidenschaft und Empörung an weiteren Belasteten zur Lynchjustiz greifen konnte, wurde, nachdem die Gefahr beseitigt und die Revolte als niedergebrochen gelten konnte, noch am Sonntag, dem 1. Juli, der strengste Befehl gegeben, jede weitere Vergeltung zu unterlassen. Es ist damit seit Sonntag, dem 1. Juli nachts, der normale Zustand wiederhergestellt. Eine Anzahl von Gewalttaten, die mit dieser Aktion in keinem Zusammenhang stehen, werden den normalen Gerichten zur Aburteilung übergeben.

So schwer diese Opfer auch sein mögen, sie sind dann keine vergeblichen, wenn aus ihnen einmal für immer die Überzeugung kommt, daß jeder Versuch eines Hoch- oder Landesverrats ohne Ansehen der Person gebrochen werden wird. Ich hoffe dabei zuversichtlich, daß, wenn mich das Schicksal zu irgendeiner Stunde von meinem Platze abberufen würde, mein Nachfolger nicht anders handelt, und, falls auch dieser den Platz

räumen müßte, der Dritte hinter uns mit nicht minderer Entschlossenheit die Sicherheit von Volk und Nation wahrzunehmen bereit ist.

Wenn in den nun hinter uns liegenden zwei Wochen ein Teil der ausländischen Presse anstelle jeder objektiven und gerechten Berichterstattung die Welt mit unwahren und unrichtigen Behauptungen und Meldungen überschwemmte, dann kann ich den Einwand nicht gelten lassen, daß andere Nachrichten eben nicht zu erhalten gewesen wären. Es hätte in den meisten Fällen nur eines kurzen Telefonanrufes an die zuständigen Stellen bedurft, um sofort die Haltlosigkeit der meisten dieser Behauptungen aufzuklären. Wenn insbesondere verbreitet wurde, es seien auch Mitglieder des Reichskabinetts unter den Opfern oder Verschwörern, so wäre es unschwer gewesen, festzustellen, daß das Gegenteil der Fall war. Die Behauptung, daß Vizekanzler von Papen, Minister Seldte oder andere Herren des Reichskabinetts mit den Meuterern eine Verbindung gehabt hätten, wird am schärfsten widerlegt durch die Tatsache, daß eine der ersten Absichten der Meuterer unter anderen der Mord an diesen Männern war. Ebenso sind frei erfunden alle Nachrichten über eine Beteiligung irgendwelcher deutscher Prinzen oder über deren Verfolgung.

Wenn endlich in den letzten Tagen ein englisches Blatt zu berichten weiß, daß ich nunmehr einen Nervenzusammenbruch bekommen hätte, so wäre auch hier durch eine kleine Anfrage die Wahrheit sofort zu erlangen gewesen. Ich kann diesen besorgten Berichterstattern nur versichern, daß ich weder im Kriege noch nach ihm jemals einen solchen Zusammenbruch erlitt, wohl aber habe ich diesmal erlitten den schwersten Zusammenbruch von Treu und Glauben, die ich in einen Mann setzte, vor den ich mich einst selbst bis zum Letzten gestellt, ja, für den ich mich geradezu aufgeopfert hatte.

Ich muß aber an dieser Stelle auch zugleich gestehen, daß mein Vertrauen zur Bewegung und insbesondere zur SS. nie gewankt hat. Und nun wurde auch das Vertrauen zu meiner SA. mir wieder zurückgegeben. Dreimal<sup>174)</sup> hatte die SA. das Unglück, Führer zu besitzen — das letzte Mal sogar einen Stabschef —, denen sie glaubte gehorchen zu müssen und die sie betrogen, denen ich mein Vertrauen schenkte und die mich verrieten. Ich habe aber auch dreimal Gelegenheit gehabt, zu sehen, daß im Augenblick, in dem eine Handlung sich als Verrat enthüllte, der Verräter einsam und gemieden von allen verlassen wurde! So treulos das Verhalten dieser kleinen Führergruppe war, so groß war die Treue dieser beiden nationalsozialistischen Organisationen in der entscheidenden Stunde zu mir. Wenn die SS. mit innerlich wehem Gefühl in diesen Tagen ihre höchste Pflicht erfüllte, dann war nicht minder anständig aber auch das Verhalten der Millionen braver SA.-Männer und SA.-Führer, die außer dieser Gemeinschaft des Verrates stehend, keine Sekunde in ihrer Pflichtauffassung wankend wurden. Dies gibt mit die Überzeugung, daß es dem nunmehrigen Stabschef der SA., mit dem mich das Band alter Kampf-gemeinschaft verbindet, endlich gelingen wird, die Organisationen entsprechend meinen Richtlinien zu verjüngen und zu einem noch stärkeren Gliede der Bewegung zu machen. Denn niemals werde ich einwilligen, daß etwas zerstört wird, das nicht nur mit dem Kämpfen und dem Siege der nationalsozialistischen Bewegung für immer untrennbar verbunden bleibt, sondern das auch ein unmeßbares Verdienst an der Gestaltung des neuen Reichs besitzt.

Die SA. hat in diesen für sie wie für mich schwersten Tagen ihre innere Treue bewahrt. Sie hat damit zum drittenmal unter Beweis gestellt, daß sie mein ist genau so, wie ich es jederzeit unter Beweis stellen werde, daß ich meinen SA.-Männern gehöre. In wenigen Wochen wird das Braune Hemd wieder die deutschen Straßen beherrschen

<sup>174)</sup> Gemeint sind wohl die Pfeffer-Stennes-Krisen 1930/1931, weniger die unbedeutende Stegmann-Krise im Januar 1933. Der ehemalige SA.-Gruppenführer von Franken, Willi Stegmann, der sich kurz vor der Machtübernahme noch gegen den legalen Kurs Hitlers aufgelehnt hatte (vgl. S. 179 f.) war 1933 in ein Konzentrationslager gebracht worden. Am 14. 2. 1936 wurde er vom Sondergericht Nürnberg zu 18 Monaten Gefängnis wegen „Aufrechterhaltung der meuterischen Organisation“ verurteilt. Die DNB.-Meldung v. 17. 2. 1936 hob hervor, daß sich der Vorsitzende allerdings auch mit der „verabscheuungswürdigen Meuterei Stegmanns in der Zeit um die Macht-ergreifung“ beschäftigt habe.

13. Juli 1934

und jedem eindeutig zu verstehen geben, daß das nationalsozialistische Deutschland nur noch stärker lebt, indem es eine schwere Not überwand.

Als im März des vergangenen Jahres unsere junge Revolution durch Deutschland brauste, war es mein höchstes Bemühen, so wenig als möglich Blut zu vergießen. Millionen meiner ehemaligen Gegner habe ich für den neuen Staat und namens der Nationalsozialistischen Partei einen Generalpardon angeboten; Millionen von ihnen sind seitdem zu uns gestoßen und arbeiten am Neubau des Reiches getreulich mit. Ich hoffte, daß es nicht mehr nötig sein würde, diesen Staat noch einmal mit der Waffe in der Hand zu verteidigen zu müssen. Indem das Schicksal uns diese Prüfung nun dennoch auferlegte, wollen wir uns aber alle geloben, um so fanatischer festzuhalten, das, was mit so viel Blut unserer besten Männer erst erkämpft und heute wieder durch Blut deutscher Volksgenossen gehalten werden mußte.

So wie ich vor anderthalb Jahren unseren damaligen Gegnern die Versöhnung angeboten habe, so möchte ich auch all denen, die mitschuldig waren an dieser Wahnsinns-handlung, von jetzt ab ebenfalls das Vergessen ansagen. Mögen sie alle in sich gehen und in Erinnerung an diese traurige Not unserer neuen deutschen Geschichte sich mit aller Kraft der Wiedergutmachung widmen. Mögen sie jetzt sicherer als früher die große Aufgabe erkennen, die uns das Schicksal stellt und die nicht gelöst wird durch Bürgerkrieg und Chaos; mögen sie sich alle verantwortlich fühlen für das kostbarste Gut, das es für das deutsche Volk geben kann: die innere Ordnung und den inneren und äußeren Frieden! So wie ich bereit bin, vor der Geschichte die Verantwortung zu übernehmen für die 24 Stunden der bittersten Entschlüsse meines Lebens<sup>175)</sup> in denen mich das Schicksal wieder gelehrt hat, in banger Sorge mit jedem Gedanken das Teuerste zu umkrallen, was uns auf dieser Welt gegeben ist: das deutsche Volk und Deutsche Reich!“

Knapp drei Jahre später<sup>176)</sup> gab Hitler eine ganz andere Version der Röhme-Affäre und erklärte:

„Zu meinem eigenen Leidwesen mußte ich diesen Mann und seine Gefolgschaft vernichten. —

Was würde das für ein Leben sein in diesem Volk, wenn nicht das Gebot der brutalsten Loyalität [gegenüber dem Heer] hier durchgeführt worden wäre? Wo würden wir heute sein? Wir hätten damals vielleicht den anderen Weg gehen können. Was würden wir heute haben? Ich sage nicht zu viel, wenn ich das [Miliz-Heer] als einen gänzlich militärisch wertlosen Haufen anspreche. Ich glaube nicht an die sogenannte Levée en masse. Ich glaube nicht daran, daß man nur durch die Mobilisierung von, sagen wir, Begeisterung Soldaten schafft.“

Hier sprach Hitler ganz offen aus, was die wahre Ursache der Röhme-Affäre gewesen war: „brutalste Vernichtung“ derjenigen, die für ein Miliz-System plädiert hatten, und skrupellose Protegierung der Militärs, die nach Hitlers Wunsch eine zweijährig-gediente Armee aufbauen wollten. Da war nicht mehr die Rede von der angeblichen Meuterei Röhms, von der Sittenlosigkeit, von dem versuchten Attentat gegen den Führer, und was der verlogenen Beweggründe mehr waren, die Hitler am 13. Juli 1934 den Reichstagsabgeordneten in mehrstündigen Ausführungen serviert hatte.

Schlimmer noch als Hitlers Rechtfertigungsrede waren die Worte, die der Reichstagspräsident hinzufügte:

„Sie haben“, so erklärte Göring zu Hitler gewendet, „es geschafft! Sie besitzen das Vertrauen, und von dem Vertrauen aus ist es Ihnen möglich, das zu tun, was zum Aufbau Deutschlands nötig ist. Dieses Vertrauen aber auch ist die Plattform, auf der heute Deutschland steht. Wer daran rütteln und es zer-

<sup>175)</sup> Hitler übernahm weder für die Morde anläßlich der Röhme-Affäre noch für irgendeine andere Tat die „Verantwortung“, sondern zog es im April 1945 vor, Selbstmord zu verüben.

<sup>176a)</sup> Rede v. 29. 4. 1937 vor den Kreisleitern in Vogelsang.

13. Juli 1934

stören will, begeht mehr als Hoch- und Landesverrat. Das ist das gewaltigste Verbrechen, und derjenige, der es begeht, muß vernichtet werden. Denn er stürzt das Fundament, auf dem Deutschland heute steht.

Wenn heute der Reichstag beschließt: „Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung und dankt dem Reichskanzler für seine tatkräftige und entschlossene Rettung des Vaterlandes vor Bürgerkrieg und Chaos“, so ist das nur der Ausdruck dessen, was heute das ganze Volk, Mann für Mann und Frau für Frau erklären würde. Und wenn heute das Ausland glaubt, das Chaos breche über Deutschland herein, so erwidert das deutsche Volk darauf mit einem einzigen Aufschrei: „Wir alle billigen immer das, was unser Führer tut.“

Wir alle billigen immer das, was unser Führer tut, was er redet, was er befiehlt! Dies wurde zur Richtschnur für alles, was künftig bis zum Jahre 1945 in Deutschland geschehen sollte. Hitler hatte es tatsächlich „geschafft“: keiner, der in Deutschland ein verantwortliches Amt bekleidete, stand mehr gegen ihn auf! Und doch blieb ein Stachel von dieser Röhm-Affäre zurück.

Das Bürgertum und die Reichswehr fanden sich noch am leichtesten mit diesen Vorgängen ab. In der Partei aber hatte das Vertrauen zu Hitler einen argen Knacks bekommen. Hitlers Anhänger, die bisher in ihm wirklich einen Gott gesehen hatten: edel, uneigennützig, nur auf das Wohl Deutschlands bedacht — sie wurden von nun an das dunkle Gefühl nicht mehr los, die Motive von Hitlers Handeln könnten anderer Natur sein. Man begann zu ahnen, daß Hitler das deutsche Volk und die nationalsozialistische Partei viel weniger am Herzen lagen als seine eigene schrankenlose Herrschsucht und seine ehrgeizigen militärischen Pläne. Das Märchen von der versuchten SA.-Revolution glaubten nur kleine, unwissende Parteigenossen. Nach außen hin schwiegen Hitlers Anhänger zwar still. Die einen, weil sie den Dämon Hitler fürchteten, die anderen, weil sie aus der veränderten Situation Vorteile hatten, so die SS.-Leute, weil sie nun zu einer selbständigen Organisation wurden, die Politischen Leiter, weil sie den Spott der SA.-Leute über ihre Postenjägerei und bourgeoise Aufführung los waren. Aber das alte, unbedingte Vertrauen zu Hitler, wie es vor der Röhm-Affäre innerhalb der Partei bestanden hatte, war dahin, und wurde auch durch die späteren Erfolge, die Errichtung des Großdeutschen Reiches und die militärischen Anfangssiege während des 2. Weltkrieges niemals wiederhergestellt. Hitler hatte zu sehr gezeigt, daß er keine Rücksichten kannte und jeden, auch den besten und verdienstlichsten Mann, beseitigen würde, wenn er ihm im geringsten im Wege stand. Hitler hatte die Maske gelüftet, und viele seiner Anhänger erkannten nun schneller, was wirklich mit ihm los war, als die deutschen Bürger und Arbeiter, deren Vertrauensseligkeit meist bis zum katastrophalen Ende anhielt.

Nun, nach der erfolgreichen Reichstagsrede, zeigte sich Hitler wieder in der Öffentlichkeit. Das befürchtete Attentat der alten Parteigenossen war ausgeblieben, und die bewaffneten SS.-Posten im Reichstag waren überflüssig gewesen.

Am 18. Juli empfing Hitler den Wirtschaftsführer Graf von der Goltz in der Reichskanzlei <sup>176)</sup>.

Am 19. Juli hielt er eine Ansprache vor dem 3. Lehrgang der Reichsführerschule des Deutschen Arbeitsdienstes <sup>177)</sup>. Am 20. Juli stattete Hitler der SS. seinen Dank für ihre Mithilfe bei der Röhm-Affäre mit folgender Verfügung ab: <sup>178)</sup>

<sup>176)</sup> Bericht im VB. Nr. 200 v. 19. 7. 1934.

<sup>177)</sup> Bericht im VB. Nr. 202 v. 21. 7. 1934.

<sup>178)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 207 v. 26. 7. 1934.

„Im Hinblick auf die großen Verdienste der SS., besonders im Zusammenhang mit den Ereignissen des 30. Juni 1934, erhebe ich dieselbe zu einer selbständigen Organisation im Rahmen der NSDAP. Der Reichsführer der SS. untersteht daher, gleich dem Chef des Stabes, dem Obersten SA.-Führer direkt. Der Chef des Stabes und der Reichsführer der SS. bekleiden beide den parteimäßigen Rang eines Reichsleiters.

München, den 20. Juli 1934.

Adolf Hitler.“

In München hatte Hitler in diesen Tagen noch etwas anderes zu tun. Wie bereits erwähnt<sup>179)</sup>, wollte Hitler nach der Röhms-Affäre der etwas lädierten Stimmung in Deutschland dadurch abhelfen, daß er eine gewaltsame Machtübernahme in Österreich inszenierte. Hitler hatte das Prinzip, in fremdstaatlichen Gebieten, z. B. Danzig, Saargebiet, Österreich, die nationalsozialistische Parteiorganisation nicht von Landeseinwohnern, die vielleicht Sonderinteressen verfolgen konnten, führen zu lassen, sondern von ihm hörigen Reichsdeutschen.

So hatte er in Österreich den Reichsdeutschen Theo Habicht<sup>180)</sup> zum Landesinspekteur der dortigen NSDAP. gemacht. Habicht ging, wenn er sich in Deutschland aufhielt, bei Hitler ein und aus und begleitete ihn sogar bei manchen Flugreisen. Es besteht kaum ein Zweifel, daß Hitler Habicht den Befehl gab, den gewaltsamen Sturz der Dollfuß-Regierung vorzubereiten. Habicht selbst, ein devoter kleiner Angestellter, hätte von sich aus niemals eine solche Aktion gewagt.

Der Termin, der 24. bzw. 25. Juli, war gut gewählt, da sich Hitler um diese Zeit bei den Bayreuther Festspielen befinden würde und den harmlosen Überraschten spielen konnte.

Bereits am 22. Juli um 15 Uhr traf *Hitler in Bayreuth* ein<sup>181)</sup>.

Am 24. Juli ließ Hitler im Völkischen Beobachter<sup>182)</sup> einen *Aufruf an die Partei* bekanntgeben, wonach öffentliche Versammlungen nur noch in besonderen Fällen stattfinden und auch Geldsammlungen bis zum 31. Oktober 1934 verboten sein sollten.

Am 25. Juli aber führen Angehörige der 89. SS.-Standarte (Wien), in Uniformen des österreichischen Bundesheeres gekleidet, auf Lastwagen in das österreichische Bundeskanzleramt am Ballhausplatz. Die Posten ließen sie ungehindert passieren.

Die Eindringlinge bemächtigten sich anschließend des ganzen Gebäudes. Sie hatten gehofft, sämtliche Minister bei einer Kabinettsitzung überwältigen zu können, und daher die ursprünglich auf den 24. Juli angesetzte Aktion um einen Tag verschoben. Die Sitzung war aber unterbrochen worden, so daß der größte Teil der Minister bereits außerhalb des Hauses war. Lediglich der Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß und der Minister für das Sicherheitswesen, Major a. D. Fey<sup>183)</sup>, waren anwesend. Zwei Nationalsozialisten, Holzweber und Planetta, traten Dr. Dollfuß entgegen. Er wurde tödlich verletzt durch in der Nervosität abgegebene Pistolenschüsse. Eine andere Abteilung uniformierter Putschisten bemächtigte sich für kurze Zeit des Wiener Rundfunksenders RAVAG. und gab Aufrufe durch. Sie wurde jedoch bald überwältigt.

<sup>179)</sup> Vgl. S. 387.

<sup>180)</sup> Theo Habicht, geb. 1898 in Wiesbaden, kaufm. Angestellter, 1927–1931 Kreisleiter der NSDAP. in Wiesbaden, 1932–1934 Landesinspekteur in Österreich, ab 1937 Oberbürgermeister von Wittenberg.

<sup>181)</sup> Bericht im VB. Nr. 204 v. 23. 7. 1934.

<sup>182)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 206 v. 25. 7. 1934.

<sup>183)</sup> Emil Ritter von Fey, Major a. D. Heimwehrführer, geb. 1886. 1932–1934 Minister bzw. Staatssekretär. Er spielte bei dem Putsch eine zwielichtige Rolle und verübte am 16. 3. 1938, nach dem deutschen Einmarsch in Wien, Selbstmord.



Ein Ministerrat unter Vorsitz des Unterrichtsministers Dr. Kurt v. Schuschnigg stellte den im Bundeskanzleramt eingeschlossenen Nationalsozialisten ein Ultimatum. Um 20 Uhr ergaben sich die Aufständischen. Der beteiligte österreichische Gesandte in Rom, Dr. v. Rintelen, unternahm einen Selbstmordversuch. Holzweber und Planetta wurden am 31. Juli im Hof des Wiener Landgerichts gehängt. Sie riefen bis zum letzten Atemzug „Heil Hitler!“<sup>184)</sup>.

Zur schnellen Niederschlagung des Putschversuchs hatte wesentlich die Nachricht beigetragen, daß Mussolini Truppen zum Brenner entsandt und mit militärischer Invasion gedroht habe, falls der Aufstand nicht von der österreichischen Regierung selbst unterdrückt werde.

Hitler wurde von dem ungünstigen Verlauf seines Wiener Unternehmens alsbald in Bayreuth unterrichtet. Ohne sich gerührt zu zeigen, ließ er seine österreichischen Kameraden im Stich<sup>185)</sup>. Er schickte ein *Beileidstelegramm zum Tode von Dollfuß*, berief den belasteten deutschen Gesandten in Wien, Dr. Rieth, ab und ließ die deutsch-österreichische Grenze sperren. Am 26. Juli gab Hitler folgende *amtliche Mitteilung* heraus:<sup>186)</sup>

„Noch in der gestrigen Nacht wurden von der Reichsregierung Untersuchungen angestellt, ob sich irgendeine deutsche Stelle im Zusammenhang mit den österreichischen Vorgängen eine direkte oder indirekte Beteiligung hat zuschulden kommen lassen.

Die im Laufe des heutigen Tages abgeschlossene eingehende Prüfung und Vernehmung ergab, daß keine deutsche Stelle in irgendwelchem Zusammenhang mit den Ereignissen steht, sowie daß alle nach Bekanntwerden der Vorgänge erlassenen Anweisungen sofort und restlos durchgeführt werden.

Insbesondere erfolgte, um jedes unerwünschte Überschreiten der Grenze zu verhindern, eine durchgehende Absperrung sämtlicher Straßen nach Österreich, während andererseits den Insassen der Anhaltelager der österreichischen Flüchtlinge und Emigranten<sup>187)</sup> jedes Verlassen der Unterkünfte untersagt wurde. Es ist daher weder vorher noch nachher eine Grenzüberschreitung von auch nur einer Person vorgekommen, die in Verbindung mit diesen Ereignissen gebracht werden könnte.

Bei schärfster Überprüfung gelang es, nur einen einzigen Fall festzustellen, bei dem durch eine nicht gründlich genug erscheinende Kontrolle von Meldungen, die aus Österreich kamen und verbreitet wurden, ein vielleicht gegenteiliger Eindruck hätte erweckt werden können. Der für die über den Münchener Sender gegangenen Meldungen verantwortliche Landesinspekteur Habicht wurde daraufhin heute vormittag 10 Uhr seines Postens als Landesinspekteur enthoben und zur Disposition gestellt.“

Mit solchen durchsichtigen Erklärungen war aber der ungünstige Eindruck, den der nationalsozialistische Putsch in der Welt hervorrief, nicht auszulöschen. Darüber war sich auch Hitler klar, und deshalb kam er auf den Gedanken, Papen zum Sonderbotschafter der Reichsregierung in Wien zu ernennen und durch die Berufung dieser als gemäßigt geltenden Persönlichkeit die Wogen zu beruhigen. Damit konnte er gleichzeitig noch eine andere längst feststehende Absicht ohne weiteres Aufsehen verwirklichen: Papen auch formell aus seinem Vizekanzleramt

---

<sup>184)</sup> Bei der Hinrichtung war der englische Journalist Ward Price anwesend und berichtete die Einzelheiten. Vgl. VB. Nr. 217 v. 5. 8. 1934.

<sup>185)</sup> Im Jahre 1938 erklärte Hitler (Rede v. 4. 4. 1938 in Klagenfurt, vgl. S. 845): „Ihr dürft mir glauben, ich habe damals mit euch gelitten. Helfen konnte ich nicht, aber ich habe damals einen inneren Schwur getan, und den habe ich jetzt eingelöst.“

<sup>186)</sup> DNB.-Text v. 26. 7. 1934.

<sup>187)</sup> Gemeint sind die Lager für geflüchtete österreichische Nationalsozialisten, die von 1933 bis 1938 in Bayern unterhalten wurden. Die Insassen trugen später Uniformen aus olivbraunem Tuch und wurden als „Österreichische Legion“ bezeichnet. Sie nahmen jedoch 1938 nicht an dem Einmarsch teil, sondern wurden unauffällig in ihre Heimat zurückgebracht.

26. Juli 1934

und aus seiner Stellung als Sonderbevollmächtigter zu entfernen. Er richtete daher folgendes *Schreiben an Papen*:<sup>188)</sup>

„Bayreuth, 26. Juli 1934.

Sehr verehrter Herr von Papen!

Im Verfolg der Ereignisse in Wien habe ich mich gezwungen gesehen, dem Herrn Reichspräsidenten die Enthebung des deutschen Gesandten in Wien, Dr. Rieth, von seinem Posten vorzuschlagen, weil er auf Aufforderung österreichischer Bundesminister bzw. der österreichischen Aufständischen sich bereitfinden ließ, einer zwischen diesen beiden getroffenen Abmachung bezüglich freien Geleites und Abzugs der Aufständischen nach Deutschland ohne Rückfrage bei der deutschen Reichsregierung seine Zustimmung zu geben. Der Gesandte hat damit ohne jeden Grund das Deutsche Reich in eine interne österreichische Angelegenheit hineingezogen.

Das Attentat gegen den österreichischen Bundeskanzler, das von der deutschen Reichsregierung auf das schärfste verurteilt und bedauert wird, hat die an sich schon labile politische Lage Europas ohne unsere Schuld noch weiter verschärft. Es ist daher mein Wunsch, wenn möglich zu einer Entspannung der Gesamtlage beizutragen und insbesondere das seit langem getrübt Verhältnis zu dem deutsch-österreichischen Staat wieder in normale und freundschaftliche Bahnen geleitet zu sehen.

Aus diesem Grunde richte ich die Bitte an Sie, sehr verehrter Herr von Papen, sich dieser wichtigen Aufgabe zu unterziehen, gerade weil Sie seit unserer Zusammenarbeit im Kabinett mein vollstes und uneingeschränktes Vertrauen besaßen und besitzen.

Ich habe daher dem Herrn Reichspräsidenten vorgeschlagen, daß Sie unter Ausscheiden aus dem Reichskabinett und Entbindung von dem Amt als Saarkommissar für eine befristete Zeit in Sondermission auf den Posten des deutschen Gesandten in Wien berufen werden. In dieser Stellung werden Sie mir unmittelbar unterstehen.

Indem ich Ihnen auch heute noch einmal danke für alles, was sie einst für die Zusammenführung der Regierung der nationalen Erhebung und seitdem gemeinsam mit uns für Deutschland getan haben, bin ich Ihr sehr ergebener

Adolf Hitler.“

Im Anschluß an diesen Brief wurde am 27. Juli die Zustimmung Hindenburgs mit folgenden Worten bekanntgegeben:

„Amtlich wird mitgeteilt: Im Anschluß an das von dem Herrn Reichskanzler an den Vizekanzler von Papen gerichtete Schreiben vom 26. Juli 1934 hat sich der Herr Reichspräsident einverstanden erklärt, den Vizekanzler von seinem Amt als Stellvertreter des Reichskanzlers und als Saarbeauftragten zu entbinden, um ihn mit der vom Reichskanzler vorgeschlagenen wichtigen Aufgabe eines Gesandten in befristeter Sondermission in Wien zu betrauen. Das Agreement für Herrn von Papen ist heute in Wien nachgesucht worden.“

Papen nahm Hitler die Ermordung seiner Mitarbeiter Jung und von Bose nicht weiter übel. Hitler erklärte ihm, es sei seine vaterländische Pflicht, nach Wien zu gehen, und Papen beeilte sich, diese Pflicht zu erfüllen. Als die neue österreichische Regierung Schuschnigg ihm das Agreement erteilt hatte, nahm er seinen Sekretär Günther von Tschirschky-Boegendorf<sup>189)</sup>, der mit knapper Not der Ermordung entgangen und gerade aus dem Gefängnis entlassen worden war, mit nach Wien.

Um zu unterstreichen, daß von jetzt an nur noch die nationalsozialistische Rechtsauffassung zu gelten hatte, erließ Hitler am 27. Juli eine *Bekanntmachung*, daß Rudolf Heß künftig an sämtlichen Gesetzentwürfen zu beteiligen sei<sup>190)</sup>.

<sup>188)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 209 v. 28. 7. 1934.

<sup>189)</sup> Vgl. Aussagen Tschirschkys vor der Spruchkammer Nürnberg am 19. 2. 1947. Tschirschky emigrierte 1935 nach England. Ein weiterer Sekretär Papens, Wilhelm von Ketteler, wurde nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich am 13. 3. 1938 von der Gestapo ermordet.

<sup>190)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 209 v. 28. 7. 1934.

Die Unterzeichnung des Ernennungsdekrets für den Sonderbotschafter von Papen am 31. Juli war die letzte Amtshandlung, die der Reichspräsident von Hindenburg vornehmen konnte. Schon seit einigen Wochen hatten seine Kräfte sehr abgenommen. Der bekannte Chirurg Prof. Dr. Sauerbruch befand sich ständig in Neudeck. Am 31. Juli wurde der ernste Zustand Hindenburgs bekanntgegeben.

Am 1. August stattete Hitler dem *sterbenden Reichspräsidenten einen letzten Besuch* ab und blieb einige Zeit allein mit ihm. Als Hitler das Krankenzimmer verlassen hatte, sagte er zu Sauerbruch, wie dieser berichtet: <sup>191)</sup>

„Der Herr Reichspräsident ist immer nur jeweils für eine kurze Weile voll bei Besinnung gewesen und hat mich schließlich nur noch mit ‚Majestät‘ angeredet.“

Als Hitler die Stufen vor dem Hause Hindenburgs hinunterschritt, setzte er eine Leichenbittermiene auf. Aber vielleicht bedauerte er das Sterben dieses Mannes wirklich, der seit eineinhalb Jahren alles getan hatte, was „sein Kanzler“ wünschte.

Künftig würde Hitler in seinen Entscheidungen ganz allein stehen und nicht mehr Ansehen und Autorität des alten Marschalls als Vorspann gebrauchen können. Hitlers Sympathie für den „hohehrwürdigen alten Herrn“ ging jedoch nicht soweit, daß er mit der Nachfolge etwa bis zum Tode Hindenburgs gewartet hätte. Nein, noch am 1. August mußte das Kabinett das folgende Gesetz beschließen: <sup>192)</sup>

„Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reichs. Vom 1. August 1934.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

#### § 1

Das Amt des Reichspräsidenten wird mit dem des Reichskanzlers vereinigt. Infolgedessen gehen die bisherigen Befugnisse des Reichspräsidenten auf den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler über. Er bestimmt seinen Stellvertreter.

#### § 2

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom Zeitpunkt des Ablebens des Reichspräsidenten von Hindenburg in Kraft.

Berlin, den 1. August 1934.“

Das Gesetz trug die Namen von allen Reichsministern; sogar der Name von Papen erschien im Text als „Stellvertreter des Reichskanzlers“, obwohl er gar kein Vizekanzler mehr war.

Die Eile Hitlers ist bezeichnend für seine Geistesverfassung, die von nun an gekennzeichnet ist durch überstürzte, unausgereifte und z. T. sogar unnötige Maßnahmen. Schon die Morde vom 30. Juni wären zur Erreichung von Hitlers Zielen überflüssig gewesen. Die Reichswehr hätte ihm als neuem Reichspräsidenten ohne weiteres gedient. Röhm und die SA.-Führer hätten sich schließlich Hitlers Willen gefügt. Und die Reaktionäre, denen er „auf die Finger schlagen“ wollte, hätten auch ohne diese Morde keine Möglichkeit zu aktivem Widerstand gehabt.

So war auch das Gesetz vom 1. August, das jeden rechtlich Denkenden schockieren mußte, unnötig. Es bestand kein Zweifel daran, daß Hitler bei einer verfassungsmäßigen Reichspräsidentenwahl bereits im 1. Wahlgang mit absoluter Mehrheit gewählt worden wäre.

<sup>190a)</sup> Faksimile-Wiedergabe des Ernennungsschreiben vom 31. 7. 1934 für Papen im Frankfurter Volksblatt vom 18. 8. 1934.

<sup>191)</sup> Vgl. Ferdinand Sauerbruch, Das war mein Leben, Bad Wörishofen 1951, S. 520.

<sup>192)</sup> RGBl. 1934 I S. 747.

1. August 1934

Aber er wollte nicht eine Sekunde dieses wichtige Amt in der Hand eines anderen Mannes lassen <sup>193)</sup>.

Am 2. August früh um 9 Uhr schloß Hindenburg für immer die Augen. Hitler sandte an Oberst von Hindenburg und Frau folgendes *Beileidstelegramm*: <sup>194)</sup>

„Berlin, 2. August 1934.

Noch tief bewegt von der für mein ganzes Leben unvergeßlichen Minute, in der ich zum letzten Mal unseren Generalfeldmarschall sehen und sprechen durfte, erhalte ich die erschütternde Nachricht.

Mit dem ganzen deutschen Volke in tiefer Traurigkeit verbunden, bitte ich Sie, mein eigenes und das Beileid der Nation entgegennehmen zu wollen.

Adolf Hitler.“

Obwohl Hindenburg den Wunsch geäußert hatte, in der Stille neben seiner Frau beigesetzt zu werden, veranlaßte Hitler am 2. August folgendes *Reichsgesetz*: <sup>195)</sup>

#### „§ 1

Dem dahingeshiedenen Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg bereitet das deutsche Volk ein Staatsbegräbnis.

#### § 2

Mit der Durchführung des Staatsbegräbnisses werden die zuständigen Minister beauftragt.“

Über den Beisetzungsort schwieg sich Hitler einstweilen noch aus. Erst am 4. August erfuhr man, daß „im Einvernehmen mit der Familie von Hindenburg“ das Tannenberg-Denkmal von Hitler ausersehen worden war <sup>196)</sup>. Hitler wollte im Rahmen einer Riesenkundgebung seinem Amtsvorgänger persönlich „in Walhall eingehen“ lassen <sup>197)</sup>.

Dagegen wurde schon am 2. August eine *amtliche Mitteilung über die Vereidigung der Soldaten auf Hitler veröffentlicht*: <sup>198)</sup>

„Berlin, 2. August

Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg hat auf Grund des Gesetzes über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches und Volkes die sofortige Vereidigung der Soldaten der Wehrmacht auf den Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, befohlen. Die Eidesformel lautet:

„Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, daß ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht, unbe-

<sup>193)</sup> Artikel 51 der Weimarer Verfassung bestimmte ursprünglich, daß der Reichskanzler Vertreter des Reichspräsidenten bis zur Durchführung einer neuen Wahl sein sollte. Auf Antrag der Nationalsozialisten beschloß der Reichstag jedoch im Dezember 1932 (verkündet am 17. 12. 1932) mit Zweidrittelmehrheit, daß der Reichsgerichtspräsident [Dr. Bumke] Vertreter sein sollte. Hitler wollte damals verhindern, daß Schleicher im Falle eines plötzlichen Todes von Hindenburg gleichzeitig die Rechte des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers ausüben würde.

Jetzt, wo er selbst Kanzler war, akzeptierte er den Reichsgerichtspräsidenten nicht mehr, sondern erließ das Gesetz vom 1. 8. 1934, wofür er schon im Ermächtigungsgesetz v. 23./24. 3. 1933 durch entsprechende Formulierung Vorsorge getragen hatte, vgl. S. 229.

<sup>194)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 215 v. 3. 8. 1934.

<sup>195)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 215 v. 3. 8. 1934. RGBl. 1934 I, S. 749.

<sup>196)</sup> Mitteilung auf einer Chefbesprechung im Reichspropagandaministerium am Nachmittag des 2. 8. 1934. DNB-Meldung vom 3. 8. 1934.

<sup>197)</sup> Rede Hitlers am 7. 8. 1934 vor dem Tannenberg-Denkmal, vgl. S. 438.

<sup>198)</sup> DNB.-Text v. 2. 8. 1934, wiedergegeben im RGBl. 1934 I, S. 796. Außerdem enthält das RGBl. 1934 I, S. 753—755 eine Kundgebung der Reichsregierung an das deutsche Volk, die das Leben Hindenburgs schilderte und im wesentlichen den gleichen Inhalt wie die beiden Reden Hitlers am 6. und 7. August 1934 hatte.

2. August 1934

dingten Gehorsam leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen<sup>199)</sup>

Anschließend an die Vereidigung wird auf den neuen Oberbefehlshaber der Wehrmacht ein Hurra ausgebracht, dem die beiden Nationalhymnen folgen.“

Bezüglich seiner neuen Titelführung äußerte sich Hitler in einem *Schreiben an den Reichsinnenminister*. Bekanntlich war er ja der Ansicht, daß es einen größeren Titel als seinen eigenen Namen nicht geben könne. — Der zweite Teil des Schreibens betraf die Volksabstimmung, die er durch sein Gesetz vom 1. August in ihrer Auswirkung bereits vorweggenommen hatte.

Das Schreiben hatte folgenden Wortlaut:<sup>200)</sup>

„Herr Reichsinnenminister!

Die infolge des nationalen Unglücks, das unser Volk getroffen hat, notwendig gewordene gesetzliche Regelung der Frage des Staatsoberhauptes veranlaßt mich zu folgender Anordnung:

1. Die Größe des Dahingeshiedenen hat dem Titel Reichspräsident eine einmalige Bedeutung gegeben. Er ist, nach unser aller Empfinden, in dem, was er uns sagte, unzertrennlich verbunden mit dem Namen des großen Toten. Ich bitte daher, Vorsorge treffen zu wollen, daß ich im dienstlichen und außeramtlichen Verkehr wie bisher nur als Führer und Reichskanzler angesprochen werde. Diese Regelung soll für alle Zukunft gelten.
2. Ich will, daß die vom Kabinett beschlossene und verfassungsrechtlich gültige Betrauung meiner Person und damit des Reichskanzleramtes an sich mit den früheren Funktionen des Reichspräsidenten die ausdrückliche Sanktion des deutschen Volkes erhält. Tief durchdrungen von der Überzeugung, daß jede Staatsgewalt vom Volke ausgehen und von ihm in freier und geheimer Wahl bestätigt sein muß, bitte ich Sie, den Beschluß des Kabinetts mit den etwa noch notwendigen Ergänzungen unverzüglich dem deutschen Volke zur freien Volksabstimmung vorlegen zu lassen.

Berlin, den 2. August 1934.

Adolf Hitler,  
Deutscher Reichskanzler.“

Am 5. August gewährte Hitler dem Journalisten *Ward Price* ein *Interview anläßlich der Übernahme des Reichspräsidentenamtes*. Als der Engländer ihn fragte, ob er zeitlebens Staatsoberhaupt und Kanzler zugleich bleiben wolle, antwortete er: „Es wird dauern, bis eine nationale Abstimmung der jetzigen Regierung ihre Grundlage entzieht“, d. h. also für immer, denn eine solche Abstimmung bzw. ein solches Ergebnis hätte Hitler niemals zugelassen. Diese beiden Ämter

<sup>199)</sup> Bisher war die Reichswehr nicht auf eine bestimmte Person bzw. auf den Reichspräsidenten vereidigt worden. Selbst nach der „nationalen Erhebung“ war durch Verordnung vom 2. 12. 1933 (RGBl. 1933 I, S. 1017) nur bestimmt worden, daß der Soldat „Volk und Vaterland allzeit treu und redlich dienen“ und als tapferer und gehorsamer Soldat bereit sein solle, „jederzeit für diesen Eid sein Leben einzusetzen.“

Erst am 20. 8. 1934 wurde ein Gesetz über die Vereidigung der Beamten und der Soldaten der Wehrmacht mit den neuen, auf Adolf Hitler lautenden Formeln verkündet (RGBl. 1934 I, S. 785).

<sup>200)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 215 v. 3. 8. 1934.

Im RGBl. 1934 I S. 751 als Erlaß des Reichskanzlers zum Vollzug des Gesetzes über das Staatsoberhaupt bezeichnet und dort ebenfalls veröffentlicht.

Im innerdeutschen Amtsverkehr lautete der Titel Hitlers künftig „Der Führer und Reichskanzler“, während es bisher amtlich (bei den Gesetzausfertigungen usw.) nur „Der Reichskanzler“ geheißen hatte.

Im Verkehr mit dem Ausland führte Hitler als Staatsoberhaupt die Bezeichnung „Deutscher Reichskanzler“ und wurde bei offiziellen Gelegenheiten, Diplomatenempfangen usw. daher mit „Herr Deutscher Reichskanzler“ angesprochen.

Die Volksabstimmung über das Gesetz vom 1. 8. 1934 wurde durch Beschluß der Reichsregierung vom 2. 8. 1934 (RGBl. 1934 I, S. 752) auf den 19. 8. 1934 festgesetzt.

5. August 1934

gab Hitler nie wieder her. Er verteidigte sie bis zu seinem letzten Atemzug, und seine Reden, er wolle sich einmal auf sein Altenteil zurückziehen und seinen Nachfolger noch etwas beaufsichtigen<sup>201)</sup>, waren nicht mehr als hypothetische Betrachtungen, mit denen er seine Zuhörer unterhielt.

Ward Price, der damals gerade von der Hinrichtung der österreichischen Nationalsozialisten in Wien zurückgekommen war, entlockte Hitler auch einige gewundene Erklärungen zur österreichischen „Unabhängigkeit“. Erneut betonte Hitler, er werde regelmäßig Volksabstimmungen abhalten: „In jedem Jahre unterbreite ich meine Machtbefugnisse bei irgendeiner Gelegenheit dem deutschen Volke.“ Aber damit nahm er es schon im Frieden nicht genau<sup>202)</sup>, und im Krieg war keine Rede mehr von solchen „demokratischen“ Demonstrationen. Das Interview mit Ward Price, indem natürlich auch die Hinweise auf die zwei angeblich „germanischen Nationen“ (Deutschland und England) nicht fehlen durften, wurde, wie folgt, wiedergegeben:<sup>203)</sup>

Einleitend sagte der Korrespondent: „So ereignisreich auch die letzten Wochen für den Reichskanzler gewesen sind, sie haben keine Spuren auf seinen Gesichtszügen hinterlassen. Er sieht tatsächlich gesünder aus als im Februar, wo ich ihn das letzte Mal sah.“ Die erste Frage des Korrespondenten bezog sich auf die allgemeinen Rüstungen und die internationalen Spannungen. Hitler erwiderte:

„Soweit es an Deutschland liegt, wird es keinen neuen Krieg geben. Deutschland kennt die schlimmen Folgen eines Krieges besser als irgendein anderes Land.

Fast alle Mitglieder der nationalen Regierung kennen seine Schrecknisse. Sie wissen, daß er nicht ein romantisches Abenteuer, sondern eine gräßliche Katastrophe ist. Es ist die Überzeugung der nationalsozialistischen Bewegung, daß Krieg niemand Nutzen bringt und nur Ruin zur Folge haben kann. Uns würde ein Krieg keinen Gewinn bringen. 1918 war für uns eine Lehre und eine Warnung. Wir glauben, daß die Probleme des heutigen Deutschlands nicht durch Krieg geregelt werden können. Seine dem übrigen Europa gegenübergestellten Forderungen schließen keine Gefahr eines solchen Unglückes in sich, denn sie beschränken sich darauf, was andere Nationen als ihre elementarsten Rechte betrachten. Wir verlangen nur, daß unsere jetzigen Grenzen aufrecht erhalten bleiben sollen. Wir werden bestimmt niemals wieder kämpfen außer in Notwehr. Ich habe den Franzosen wiederholt versichert, daß es nach Regelung der Saarfrage keine territorialen Schwierigkeiten zwischen uns geben wird, während ich an unserer Ostgrenze unsere friedfertigen Absichten durch Abschluß eines Paktes mit Polen bewiesen habe.“

Der Reichskanzler fuhr fort: „Baldwin hat gesagt, die defensive Grenze Großbritanniens liege künftig am Rhein. Vielleicht wird ein französischer Staatsmann noch weitergehen und sagen, daß Frankreich an der Oder verteidigt werden muß, oder Rußland wird vielleicht behaupten, seine nationale Verteidigungslinie erstrecke sich längs der Donau. Man kann Deutschland bei dieser Lage schwerlich einen Vorwurf daraus machen, wenn es nationalen Schutz innerhalb seiner Grenzen sucht. Zu Ihnen, als einem Engländer, sage ich, wenn England uns nicht angreift, werden wir niemals einen Streit mit England haben, sei es am Rhein oder anderswo. Wir wollen nichts von England.“

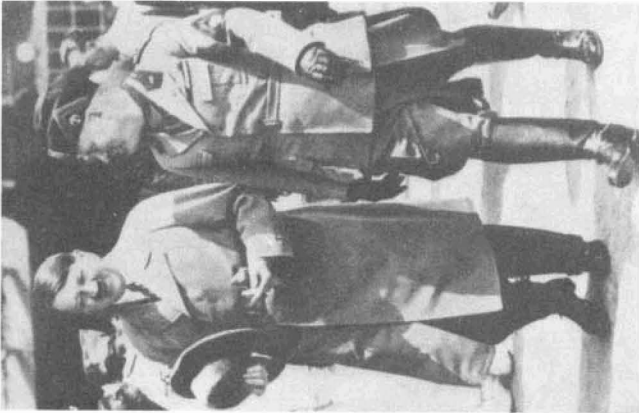
Auf die Zwischenfrage des Korrespondenten: „Nicht einmal Kolonien?“, erwiderte der Führer mit erhobener Stimme:

„Ich würde nicht das Leben eines einzigen Deutschen fordern, um irgendeine Kolonie der Welt zu erlangen. Wir wissen, daß die vormaligen deutschen Kolonien in Afrika ein kostbarer Luxus sogar für England sind. Die Vermehrung der britischen Luftflotte erregt

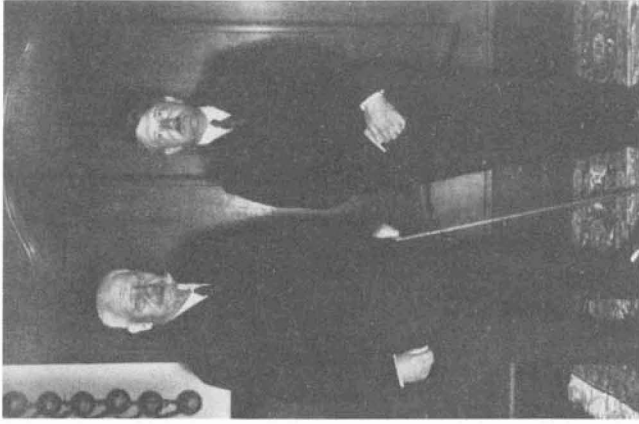
<sup>201)</sup> Vgl. hierzu Äußerungen Hitlers über seine eventuelle Nachfolge bei Ward Price a. a. O., S. 183 und bei Heinz Linge (Kronzeuge Linge), Revue 1955/1956, V. Forts. S. 34/35.

<sup>202)</sup> 1935 und 1937 fanden keine Abstimmungen statt.

<sup>203)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 219 v. 7. 8. 1934.



XIII Hitler und Mussolini in Venedig  
am 14. Juni 1934 nach der Landung auf  
dem Flugplatz San Nicolo.



XIV Hindenburg und Hitler in Neudeck  
am 3. Juli 1934 nach der Unterredung über  
die Röhm-Affäre.

*Aufnahmen: Archiv Domarus*





nicht die geringste Erbitterung in Deutschland. Die Engländer können ihre Flotte verdoppeln und vervierfachen, sie können sie auf jede beliebige Stärke bringen, es geht uns nichts an, da wir nicht beabsichtigen, sie anzugreifen.“

Der Korrespondent warf ein, England baue Flugzeuge, weil es glaube, daß Deutschland eine große Luftflotte baue, so wie es vor dem Weltkriege eine große Kriegsflotte baute. Hitler erwiderte:

„Die Engländer haben sich nicht bedroht gefühlt, als Frankreich eine große Luftflotte baute. Warum sollten sie gegen deutsche Maßnahmen der Selbstverteidigung erregt sein? Großbritannien liegt außerhalb unserer Berechnung. Unsere Schritte, wie wir sie tun, sind bestimmt, der Tatsache gerecht zu werden, daß wir auf dem Kontinent von einem Ring von mächtigen Feinden möglicherweise umgeben sind, die eines Tages Forderungen an uns stellen könnten, die wir nicht annehmen können. Es ist nicht das Ausmaß der Rüstungen, das die Gefahr eines Krieges bringt, sondern die Ungleichheit der Rüstungen. Sie ermutigt die stärkeren Nationen, ehrgeizige Pläne zu hegen, die die schwächere Nation nicht dulden kann.“

Der Korrespondent stellte eine Frage wegen Österreichs. Hitler antwortete bewegt:

„Wir werden Österreich nicht angreifen, aber wir können Österreicher nicht hindern zu versuchen, ihre frühere Verbindung mit Deutschland wieder herzustellen. Diese Staaten sind nur durch eine Linie getrennt, und beiderseits dieser Linie leben Völker derselben Rasse.“

Wenn ein Teil Englands künstlich von dem Rest getrennt würde, wer würde seinen Einfluß daran verhindern, wieder mit dem Rest des Landes vereinigt zu sein? Bis zum Jahre 1866 waren Deutschland und Österreich vereinigt.“

„Streben Eure Exzellenz eine Wiederherstellung des Heiligen Römischen Reiches an?“, fragte der Korrespondent.

„Die Frage des Anschlusses ist nicht ein Problem des heutigen Tages. Ich bin sicher, daß die ganze Angelegenheit geklärt werden würde, wenn in Österreich eine geheime Abstimmung stattfände. Die österreichische Unabhängigkeit liegt außerhalb jeder Diskussion, und niemand stellt sie in Frage.“

In dem alten österreichischen Reich bekundeten die verschiedenen Nationalitäten Zuneigung zu den Nachbarn ihrer eigenen Rasse. Es ist nur natürlich, daß die Deutschen Österreichs einer Vereinigung mit Deutschland zuneigen. Wir wissen alle, daß dieses Ziel gegenwärtig unerreichbar ist, denn der Widerstand des übrigen Europas würde zu groß sein.“

Der Korrespondent erwähnte die ungeheure Macht und Verantwortlichkeit, die jetzt in Hitlers Händen vereinigt sei.

„In jedem Jahre unterbreite ich meine Machtbefugnisse bei irgendeiner Gelegenheit dem deutschen Volke. Dieses hat die Möglichkeit, sie zu bestätigen oder zu verweigern. Wir wilden Deutschen sind bessere Demokraten als andere Nationen.“

Der Korrespondent fragte: „Behalten Sie das vereinigte Amt des Staatsoberhauptes und Kanzlers auf Lebenszeit?“ Hitler erwiderte:

„Es wird dauern, bis eine nationale Abstimmung der jetzigen Regierung ihre Grundlage entzieht.“

Der Korrespondent sagte: „Vor fünf Wochen war die Welt überrascht durch Zeichen einer Spaltung unter den nationalsozialistischen Streitkräften und durch die strengen Maßnahmen, durch die sie beseitigt wurde. Sind Sie überzeugt, daß die Partei völlig einig ist?“ Der Führer erwiderte mit blitzenden Augen:

„Die Partei ist stärker und solider, als sie jemals war!“

Der folgende Teil der Unterhaltung bezog sich auf Deutschlands wirtschaftliche Aussichten. Hitler erklärte, er sei überzeugt, daß Deutschland sich von Rohstoffen aus

dem Auslande unabhängig machen werde, wenn es dazu gezwungen würde. Er erinnerte an frühere Erfahrungen während Napoleons Kontinentalsperre und während des Weltkrieges.

Über die Weltwirtschaftslage in ihrer Gesamtheit sagte der Kanzler, drei Dinge seien notwendig für die Erholung der Welt: nämlich die Aufrechterhaltung des Friedens, das Vorhandensein starker, wohlorganisierter Regierungen in jedem Lande und die notwendige Energie, die Weltprobleme in ihrer Gesamtheit in Angriff zu nehmen. Die Deutschen seien bereit, mit anderen Nationen in dieser Richtung zusammenzuarbeiten, wenn diese die gleiche Haltung zeigten.

Auf eine Anfrage über eine Rückkehr Deutschlands zum Völkerbund erklärte Hitler:

„Wir haben den Völkerbund aus bestimmten, deutlich bezeichneten Gründen verlassen. Es war unmöglich für meine Regierung, weiterhin an Verhandlungen teilzunehmen, bei denen wir auf der Grundlage der Minderwertigkeit behandelt wurden. Wenn unsere völlige Gleichheit anerkannt ist, werden wir vielleicht zurückkehren. Die britische Regierung hat sich zugunsten der Rüstungsgleichheit ausgesprochen, die den Hauptprüfstein bildet, aber leider ist es ihr nicht gelungen, andere Regierungen auf den gleichen Standpunkt zu bringen.“

Die anschließenden Worte Hitlers galten der Notwendigkeit, der Kriegspsychose ein Ende zu machen. Er sagte, er habe auf ein besseres Einvernehmen mit Großbritannien hingearbeitet und tue es noch immer. Zwei germanische Nationen sollten durch die bloße Kraft des natürlichen Instinktes Freunde sein. Die nationalsozialistische Bewegung würde einen Krieg gegen England als ein Verbrechen gegen die Rasse ansehen. Er wies darauf hin, daß Engländer, die Deutschland besuchen, sich immer gut mit den Deutschen verständigen, und es wäre wünschenswert, wenn noch mehr Engländer kämen, um sich selbst von den Zuständen in Deutschland zu überzeugen.

Hitler schloß:

„Es ist traurig, daß unser alter Marschall Hindenburg gestorben ist. Hätte er noch ein paar Jahre gelebt, so würde er, wie ich glaube, einen Weg gefunden haben, Deutschlands aufrichtigen Friedenswunsch noch deutlicher zum Bewußtsein zu bringen.“

Am 6. August um 12 Uhr fand in der Berliner Krolloper eine *Trauersitzung des Reichstags* statt, bei der Hitler folgende *Gedächtnisrede* hielt: <sup>204)</sup>

„Herr und Frau von Hindenburg!

Verehrte Trauergemeinschaft! Abgeordnete, Männer des Deutschen Reichstags!

Seit Monaten litten wir unter einer schweren Sorge. Die Kenntnis von der Erkrankung des hochehrwürdigen alten Herrn erfüllte Millionen deutsche Herzen mit innerer Bangigkeit um das Leben eines Greises, der uns mehr war als nur das Staatsoberhaupt. Denn dieser Mann, den seit nunmehr bald 87 Jahren der Allmächtige in seinen Schutz genommen hatte, war für uns alle zum symbolischen Ausdruck der unzerstörbaren, sich stets erneuernden Lebenskraft unseres Volkes geworden.

Der schicksalhafte Wille der Vorsehung hatte ihn sichtbar emporgehoben über das Maß des Alltäglichen. Als die Nation ihre höchste Würde in seine Hände legte, wurde diese Stelle erst zur höchsten Würde gebracht. Unzertrennlich ist uns allen der deutsche Reichspräsident verbunden mit dem ehrwürdigen Namen des nunmehr Dahingeschiedenen.

Jetzt, da wir uns anschicken, dem teuren Toten die letzten Ehren zu erweisen, überfällt uns erst die Erkenntnis von dem Umfang und der Größe dieses einzigartigen Lebens. Und wir beugen uns demütig vor dem unerforschlichen Willen, der mit dem scheinbar Zufälligen oder gar Belanglosen einer Lebensgestaltung dient, die der forschende Mensch erst nachträglich in der ganzen wunderbaren Notwendigkeit der Zusammenhänge sieht und erkennt.

Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg ist tot. Wenn wir uns bemühen, die Empfindungen zu erklären, die das ganze Volk im Innersten bewegen, möchten wir

<sup>204)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 219 v. 7. 8. 1934.

6. August 1934

auf solche Art in immer neuer Dankbarkeit uns des großen Dahingeschiedenen erinnern. Indem wir aber, gefangen von dem Wunsche, der geschichtlichen Gerechtigkeit zu entsprechen, mit der Erforschung dieser Erscheinung beginnen, ermessen wir erst den Umfang und den Inhalt eines Menschenlebens, das in solcher Größe in Jahrhunderten nur selten wiederkehrt.

Wie hat sich das Gesicht dieser Welt verwandelt seit jenem 2. Oktober 1847, da Paul von Hindenburg geboren wurde. Inmitten einer Revolution nahm dieses Leben seinen Anfang.

Der Wahn des politischen Jakobinismus ließ Europa damals nicht zur Ruhe kommen. Die Ideen einer neuen, vermeintlichen Menschlichkeit rangen gegen die Elemente und Formen einer überalterten Ordnung. Als das Jahr 1848 sein Ende nahm, schienen wohl die hellen Flammen erstickt, allein die innere Gärung war geblieben.

Die Welt kannte damals noch kein Deutsches Reich, kein Italien. In Preußen regierte Friedrich Wilhelm IV. Das Erbhaus Habsburg beherrschte nicht nur den Deutschen Bund, sondern auch Venetien und die Lombardei. Die Balkanstaaten aber waren tributäre Provinzen des türkischen Reiches.

Preußen selbst, genau so wie die anderen Staaten des Deutschen Bundes innerlich schwach und unfähig, die Menschen mit einer wirklich tragenden Idee zu erfüllen. Die Schande von Olmütz brennt in den Herzen der wenigen wirklichen Patrioten.

Prinz Wilhelm wird König von Preußen. Der Knabe Hindenburg aber erlebt nun das große Triumvirat der politischen und militärischen Reorganisation unseres Volkes. Bismarck, Moltke und Roon treten ein in die Geschichte!

Während die amerikanische Revolution siegreich den Bürgerkrieg überwindet, geht Preußens Weg von den Düppeler Schanzen nach Königgrätz. In diesen Regimentern aber marschiert mit ein blutjunger Sekondeleutnant, tapfer und begeistert: Paul von Hindenburg. Ein Schrapnell zerschellt seinen Helm und gibt dem jungen Kämpfer für des Reiches Einigung damit die feurige Taufe.

Vier Jahre später hat ihn das Schicksal erwählt, Zeuge zu sein in der Stunde der Geburt des Deutschen Reiches. Da Bismarck die Proklamation über des neuen Staates Kraft und Herrlichkeit und seinen Willen, sich zu mehrern an den Gütern des Friedens und der Kultur, beendet hat und des neuen Reiches Kaiser zum erstenmal leben läßt, fährt auch der Degen des Leutnants von Hindenburg empor und kreuzt sich zum Schwur für Kaiser und Reich.

Ein Leben der Arbeit für dieses neue Reich nimmt nun seinen Anfang. Der große Kaiser stirbt, ein zweiter und dritter kommen, Bismarck wird entlassen, Roon und Moltke schließen die Augen, Deutschland aber wächst als ein Garant des Friedens und einer wirklichen europäischen Ordnung. Die Welt erhält ein neues Gesicht. Auf allen Gebieten der Menschheitsentwicklung löst eine umwälzende Erfindung die andere ab. Immer von neuem erweist sich das Bessere als des Guten Feind.

Deutschland wird Großmacht.

Dem Leben dieses Reiches und unseres Volkes ununterbrochen dienend, nahm der kommandierende General von Hindenburg am 19. März 1911 als 64jähriger Mann seinen Abschied. Damit schien sein Dienst beendet zu sein. Ein namenloser Offizier unter all den anderen Zehntausend, die stets ihre Pflicht erfüllen, dem Vaterland dienen und dennoch unbekannt vergessen sind.

Als daher der Weltkrieg über Deutschland hereinbricht und das deutsche Volk in der heiligsten Überzeugung, unschuldig angegriffen zu sein, sich zum Widerstand erhebt, da trifft in schwerer Stunde der Ruf des Kaisers einen Mann, der im Ruhestande lebend, an Krieg und Kriegsbeginn so unschuldig war, wie es nur irgend jemand in dieser Welt sein konnte. Am 22. August 1914 erhielt Hindenburg den Auftrag, den Oberbefehl einer Armee in Ostpreußen zu übernehmen. Acht Tage später erfahren zum ersten Male das deutsche Volk und die Welt von dieser Ernennung und erhalten damit Kenntnis vom Namen des neuen Generalobersten.

Wolffs Telegraphen-Büro meldet amtlich: „Unsere Truppen in Preußen unter Führung des Generalobersten von Hindenburg haben die vom Narew vorgegangene russische

6. August 1934

Armee in der Stärke von fünf Armeekorps und drei Kavallerie-Divisionen in dreitägiger Schlacht in der Gegend von Gilgenburg und Ortelsburg geschlagen und verfolgt sie jetzt über die Grenze.  
Der Generalquartiermeister von Stein.'

Tannenberg war geschlagen. Von nun ab aber ist das größte Ringen der Weltgeschichte unzertrennlich verbunden mit diesem Namen. Er hat mit seinen großen Gehilfen die Krise des Jahres 1916 wieder gewendet und als der Chef des deutschen Feldheeres die Nation so oft vor der Vernichtung gerettet. Wäre die politische Führung unseres Volkes in dieser Zeit gleich würdig der militärischen gewesen, so würde Deutschland die schwerste Demütigung vor der Geschichte erspart worden sein.

Als die November-Revolution endlich doch das Deutsche Reich und das deutsche Volk zerbrach, da wurde durch die schon geschichtlich gewordene Erscheinung des Generalfeldmarschalls wenigstens die ärgste Katastrophe vermieden.

Zum zweitenmal trat der Heerführer in den Ruhestand. Und ein zweitesmal wurde er wieder gerufen. Am 26. April 1925 erwählte ihn das deutsche Volk zum Präsidenten des Reiches und, ohne daß man es damals ahnte, damit zum Schirmherrn der neuen, nationalen Revolution.

Und hier erfülle ich nun die Pflicht einer wahrheitsgetreuen Feststellung, wenn ich vor dem deutschen Volke in ergriffener Dankbarkeit auf das unermessbare Verdienst hinweise, das sich der Generalfeldmarschall geschichtlich erworben hat durch die in seinem Namen geschlossene Versöhnung der besten deutschen Vergangenheit mit einer heißerstrebt besseren deutschen Zukunft. Seit der Stunde, da ich als Kanzler des Reiches in seine ehrwürdige Hand den Eid ablegen durfte, empfand ich steigend immer mehr die Gnade eines Schicksals, das uns diesen väterlich-gütigen Schirmherrn gegeben hat.

Gleich einem mystischen Bogen spannt sich das Leben dieser Erscheinung von der verworrenen Revolution des Jahres 1848 über einen unfassbar langen Weg zur nationalen Erhebung des Jahres 1933. Das deutsche Volk kann nur beglückt sein über die Fügung einer Vorsehung, die seine deutscheste Erhebung unter dem Schutz und Schirm seines ehrwürdigsten Edelmannes und Soldaten stellte. Wir, die wir nicht nur das Glück besaßen, ihn zu kennen, sondern, jeder zu unserem Teil, mithelfen durften am Wunder dieser neuen Auferstehung unseres Volkes, wollen in dankbarer Erinnerung das Bild dieses großen Deutschen fest in unser Herz einschließen. Wir wollen es bewahren als ein teures Vermächtnis einer großen Zeit und wollen es weitergeben an die Geschlechter, die nach uns kommen.

Wer seinem Volke so die Treue hielt, soll selbst in Treue nie vergessen sein!

Da das Schicksal uns bestimmt hat, Reich und Volk weiterzuführen, können wir nur den Allmächtigen bitten, er möge auch uns die Kraft geben, uns jederzeit einzusetzen für des Volkes Freiheit und die Ehre der deutschen Nation, und insbesondere möge er uns gnädig stets die richtigen Wege finden lassen, um unserem Volke das Glück des Friedens zu sichern und es vor dem Unglück des Krieges zu bewahren, so wie der große Verstorbene es selbst immer aufrichtig und mit ganzem Herzen gewollt hat.

Abgeordnete des Deutschen Reichstages! Männer und Frauen! Deutsches Volk! In dieser weihevollen Stunde bitte ich alle, nunmehr vom vergänglichen Augenblick in die Zukunft zu sehen. Lassen wir eine starke Erkenntnis einziehen in unser Herz:

Der Herr Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg ist nicht tot. Er lebt, denn indem er starb, wandelt er nun über uns inmitten der Unsterblichen unseres Volkes, umgeben von den großen Geistern der Vergangenheit, als ein ewiger Schutzherr des Deutschen Reiches und der deutschen Nation."

Als die Trauermusik aus Richard Wagners „Götterdämmerung“ verklungen war, begaben sich die Teilnehmer ins Freie, und hier wurde ihnen noch ein *besonderes Schauspiel* zuteil: die Reichswehr grüßte zum erstenmal offiziell ihren neuen Oberbefehlshaber. Die Ehrenkompanie der Wachtruppe des Standorts Berlin paradierte an Hitler vorbei, der, die Mütze in der Hand, diese Ehrung entgegennahm. Aber damit die Herren Reichswehrgeneräle auch sehen konnten,

6. August 1934

welch seltsame Bewandnis es mit Hitlers Wort vom „einigen Waffenträger der Nation“ hatte, marschierten im Stechschritt gleich hinterher: die Ehrenbereitschaft der Landespolizeigruppe General Göring mit Stahlhelm und aufgepflanztem Bajonett, eine Ehrenhundertschaft der Leibstandarte SS. Adolf Hitler mit Stahlhelm und Gewehr, eine Bereitschaft des militanten Feldjägerkorps<sup>205)</sup> mit Stahlhelm und aufgepflanztem Bajonett, ein Ehrensturm der SA. (ohne Waffen), anschließend Ehrenabordnungen der Landesfliegerschule und des Arbeitsdienstes, letzterer mit geschulterten Spaten, die nur noch mit Gewehren vertauscht zu werden brauchten.

Am 7. August vormittags begann die Trauerfeier für den toten Reichspräsidenten im Hof des riesigen Tannenberg-Denkmal. Für diese Veranstaltung hatte sich Hitler wieder etwas Neues ausgedacht: er begrüßte die Hinterbliebenen — und erwies Frau von Hindenburg einen Handkuß. Er führte damit eine Zeremonie wieder ein, die seit 1918 in der offiziellen deutschen Gesellschaft nicht mehr geübt worden war. Nach allem, was in den letzten Wochen vorgegangen war, eine große Szene!

Nach der Ansprache des Feldbischofs Dr. Dohrmann hielt Hitler vor dem Sarkophag Hindenburgs folgende Rede:<sup>206)</sup>

„Herr und Frau Oberst von Hindenburg! Verehrte Trauergäste! Generäle, Offiziere und Soldaten der Wehrmacht!

Zweimal in seinem Leben wird der Soldat zumeist in Ehren gehalten: Nach einem Siege, nach seinem Tode.

Als der Name des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten zum ersten Male im deutschen Volke erklang, da lag hinter ihm schon ein langes abgeschlossenes Leben an Kampf und Arbeit. Als junger Offizier des großen Königs stritt der 17jährige auf dem Schlachtfelde von Königgrätz und erhielt die Weihe der ersten Verwundung. Vier Jahre später erlebt er als Zeuge die Proklamation seines Königlichen Kriegsherrn zum deutschen Kaiser. In den Jahren darauf arbeitet er mit an der Gestaltung der Kraft des neugefügten Deutschen Reiches. Als der kommandierende General von Hindenburg am 18. März 1911 seinen Abschied nimmt, blickt er zurück auf die abgeschlossene Laufbahn eines preußischen Offiziers in Feld- und Friedensdienst.

Es war eine große Zeit. Nach jahrhundertelanger Ohnmacht, nach ewiger Wirrnis und Zersplitterung waren die deutschen Stämme durch die geniale Führung eines Mannes geeint, die deutsche Nation damit neu geschaffen worden. Das Bild der Schwäche, das die Deutschen in früheren Jahrhunderten so beschämend und oft geboten hatten, wich dem Ausdruck einer ungeahnten Kraft. Ein herrliches Gefühl, in dieser Epoche der Wiedererstehung eines deutschen Reiches in immer gleicher Pflichterfüllung mitgeholfen zu haben, in den Stürmen der Schlachten wie in der unermesslichen Arbeit der Erziehung und Vorbereitung im Frieden. Und doch war der Name dieses Mannes genau so wie unzähliger anderer Offiziere dem deutschen Volke verborgen geblieben. Ein kleiner Kreis in der Nation nur kennt diese Namenlosen der stillen Pflichterfüllung.

Als das deutsche Volk 3½ Jahre später zum ersten Male den Namen des Generalobersten Paul von Hindenburg zu Gehör bekommt, da brausen die Wetter des Weltkrieges über Europa. In schlimmsten Stunden hat der Kaiser den General aus der Ruhe abberufen und ihm den Befehl über die Armee in Ostpreußen übertragen. Und sechs Tage später erdröhnten hier inmitten dieser schönen Landschaften des alten Ordenslandes die Kanonen, und drei Tage nachher läuteten es die Glocken durch Deutschland: Die Schlacht von Tannenberg war geschlagen. Ein Sieg war errungen worden, dem die Weltgeschichte kaum einen zweiten zur Seite stellen kann.

---

<sup>205)</sup> Aus besonders ausgesuchten Nationalsozialisten bestehende bewaffnete Sonderformation in graugrünen Uniformen mit weißen Kragenspiegeln, später in die motorisierte Gendarmerie eingegliedert.

<sup>206)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 220 v. 8. 8. 1934.

Ungeheuer die Folgen! Ein teures deutsches Land wird der weiteren Verwüstung entrissen. In ergriffener Dankbarkeit wiederholen sich im ganzen Reich Millionen deutsche Menschen den Namen des Heerführers, der mit seinen Gehilfen diese wunderbare Rettung vollzog. Welch ein Geschehen umschließen die 20 Jahre vom 28. August 1914 bis heute! Ein Krieg, der alle Erinnerungen und Vorstellungen der Vergangenheit in ein Nichts vergehen läßt, eine unerhörte Kampf- und Schlachtenfolge, nervenzerreißende Spannungen, furchtbare Krisen und einzigartige Siege lösen einander ab. Hoffnung kämpft mit Verzagttheit, Zuversicht mit Verzweiflung. Immer wieder aber wird die Nation emporgerissen zum Schutze ihres Daseins, erfüllen in Treue und Gehorsam Millionen deutsche Männer ihre Pflicht. Für das nächste Jahrhundert wird es das deutsche Volk nicht nötig haben, seine Waffenehre zu rehabilitieren.

Niemals sind Soldaten tapferer gewesen, niemals ausdauernder, niemals opferbereiter als in diesen 4<sup>1/2</sup> Jahren die Söhne unseres Volkes. Die Wunder dieser Leistungen, sie sind unbegreiflich, wenn man nicht die Kraft der Persönlichkeit abwägt und ermißt. Eine Zaubergewalt lag im Namen des Generalfeldmarschalls, der mit seinen Armeen im damaligen Rußland die größte Militärmacht der Welt endlich doch zu Boden zwang. Und als ihn — leider zu spät — der Ruf des Kaisers an die Spitze des gesamten Feldheeres stellte, da gelang es ihm mit seinen genialen Mithelfern, nicht nur die schwerste Krise für den Augenblick zu bannen, sondern den deutschen Widerstand im Angriff noch zwei Jahre später zu unerhörten Siegen mitzureißen.

Und selbst das tragische Ende dieses größten Ringens kann geschichtlich keine Belastung dieses Feldherrn, sondern nur eine Verurteilung der Politiker sein.

In gottbegnadeter Pflichterfüllung hat der greise Generalfeldmarschall unsere Regimenter und Divisionen von Sieg zu Sieg geführt und unvergänglichen Lorbeer an ihre Fahnen geheftet.

Als der Frevler der Heimat den Widerstand zerbrach, trat ein Führer zurück in den Ruhestand, dessen Name für ewige Zeiten eingeschrieben worden war in das Buch, das Weltgeschichte heißt.

Es ist der letzte Triumph des alten Heeres, daß das nationale Deutschland im Jahre 1925 keinen besseren Repräsentanten fand als den Soldaten und Generalfeldmarschall des Weltkrieges. Und es ist eine der wundersamen Fügungen einer rätselhaften weisen Vorsehung, daß unter der Präsidentschaft dieses ersten Soldaten und Dieners unseres Volkes die Vorbereitung zur Erhebung unseres deutschen Volkes eingeleitet werden konnte und er selbst endlich noch das Tor der deutschen Erneuerung öffnete.

In seinem Namen wurde der Bund geschlossen, der die stürmische Kraft der Erhebung einte mit dem besten Können der Vergangenheit. Als Reichspräsident wurde der Generalfeldmarschall Schirmherr der nationalsozialistischen Revolution und damit der Wiedergeburt unseres Volkes.

Vor nunmehr fast 20 Jahren umläteten von dieser Stelle aus zum erstenmal in ganz Deutschland die Glocken den Namen des Feldmarschalls. Heute hat die Nation unter dem Läuten derselben Glocken den toten greisen Helden zurück zur großen Walstatt seines einzigartigen Sieges geführt. Hier, inmitten der schlummernden Grenadiere seiner siegreichen Regimenter, soll der müde Feldherr seine Ruhe finden. Die Türme der Burg sollen trotzige Wächter sein dieses letzten großen Hauptquartiers des Ostens. Standarten und Fahnen halten die Parade.

Das deutsche Volk aber wird zu seinem toten Helden kommen, um sich in Zeiten der Not neue Kraft zu holen für das Leben, denn wenn selbst die letzte Spur dieses Leibes verweht sein sollte, wird der Name noch immer unsterblich sein.

Toter Feldherr, geh' nun ein in Walhall!"

Aus Anlaß der Übernahme des Reichspräsidentenamtes verkündete Hitler am 7. August ein *Straffreiheitsgesetz (Amnestiegesetz)*<sup>207)</sup>, durch das einige tausend Schutzhäftlinge entlassen wurden. Bei dieser Gelegenheit wurde bekannt<sup>208)</sup>, daß

<sup>207)</sup> RGBl. 1934 I, S. 769.

<sup>208)</sup> DNB.-Mitteilung vom 18. 8. 1934.

von 1124 Personen, die in Preußen anlässlich der Röhm-Affäre inhaftiert worden waren, 1079 Personen entlassen und noch 45 Personen weiter in Haft behalten wurden. Wie viel Personen überhaupt in Preußen festgenommen bzw. wie viele erschossen worden waren, war aus der Bekanntmachung nicht zu entnehmen.

Am 9. August besuchte Hitler die Ausstellung „Die Straße“ in München (Ausstellungspark)<sup>209)</sup>.

Am 10. August ernannte er den NSDAP.-Gauleiter der Rheinpfalz, *Josef Bürckel*, zum neuen Saarbevollmächtigten der Reichsregierung an Stelle Papens<sup>210)</sup>.

Am 15. August erfolgte die Eröffnung von Hindenburgs Testament. Es trug die Aufschrift: „Mein Testament. Dieser Brief ist durch meinen Sohn dem Herrn Reichskanzler zu übergeben.“ Das Testament war datiert vom 11. Mai 1934 und begann mit den Worten: „Dem deutschen Volk und seinem Kanzler.“<sup>211)</sup>

Das Testament enthielt eine lange Betrachtung über die Jahre 1919 bis 1933 und schloß mit folgendem, Hitler gewidmeten Abschnitt: „Ich danke der Vorsehung, daß sie mich an meinem Lebensabend die Stunde der Wiedererstarkung hat erleben lassen. Ich danke all denen, die in selbstloser Vaterlandsliebe an dem Werke des Wiederaufstiegs Deutschlands mitgearbeitet haben.

Mein Kanzler Adolf Hitler und seine Bewegung haben zu dem großen Ziele, das deutsche Volk über alle Standes- und Klassenunterschiede zur inneren Einheit zusammenzuführen, einen entscheidenden Schritt von historischer Tragweite getan. Ich weiß, daß vieles noch zu tun bleibt, und ich wünsche von Herzen, daß hinter dem Akt der nationalen Erhebung und des völkischen Zusammenschlusses der Akt der Versöhnung stehe, der das ganze deutsche Vaterland umfaßt.

Ich scheid von meinem deutschen Volk in der festen Hoffnung, daß das, was ich im Jahre 1919 ersehnte und was in langsamer Reife zu dem 30. Januar 1933 führte, zu voller Erfüllung und Vollendung der geschichtlichen Sendung unseres Volkes reifen wird.

In diesem festen Glauben an die Zukunft des Vaterlandes kann ich beruhigt meine Augen schließen.

Berlin, 11. Mai 1934.

von Hindenburg.“

Die Spruchkammer Nürnberg<sup>212)</sup> untersuchte nach dem 2. Weltkrieg die Frage, ob Hindenburg noch ein zweites, von Hitler unterschlagenes Testament, in dem die Einführung der Monarchie empfohlen wurde, gemacht hat und wer für den Text, insbesondere für den Abschnitt, der Hitler gewidmet war, verantwortlich war. Oskar von Hindenburg versicherte auf das bestimmteste, es habe nur einen Text gegeben und dieser sei voll veröffentlicht worden. Papen, der das Testament entworfen hatte, vertrat zunächst eine andere Auffassung und behauptete, für den Hitler gewidmeten Teil nicht zuständig gewesen zu sein, mußte aber dann zugeben, daß auch dieser Teil von ihm stammen könne. Dies dürfte der Wahrheit umso näher kommen, als Papen am 4. August 1934, als er von der Bahre Hindenburgs kam, in Neudeck erklärte: „Niemand hat die geschichtliche Leistung und menschliche Größe Hindenburgs mehr anerkannt als Adolf Hitler. Wir können das Vermächtnis Hindenburgs nicht besser erfüllen, als uns aufs neue zusam-

<sup>209)</sup> Bericht im VB. Nr. 222 v. 10. 8. 1934.

<sup>210)</sup> DNB.-Meldung v. 10. 8. 1934, VB. Nr. 223 v. 11. 8. 1934.

<sup>211)</sup> Wortlaut des Testamentes im VB. Nr. 228. v. 16. 8. 1934.

<sup>212)</sup> Spruchkammerverfahren gegen Papen im Februar 1947. Nach Aussage Oskar v. Hindenburgs in seinem eigenen Spruchkammerverfahren vor der Spruchkammer Ulzen im März 1949 hat der Reichspräsident in einem persönlichen Schreiben Hitler lediglich gebeten, die Errichtung der Monarchie zu einem späteren Zeitpunkt in Erwägung zu ziehen.

15. August 1934

menzuschließen für unser ewiges Deutschland und seine friedvolle europäische Sendung.“

Als Tag der Volksabstimmung über die Vereinigung des Reichspräsidenten- und des Reichskanzleramtes war der 19. August festgesetzt worden. Diesmal verzichtete Hitler zum erstenmal darauf, vor einer Abstimmung durch die deutschen Lande zu ziehen und eine Rede-Kampagne zu halten. Er hatte ein zu schlechtes Gewissen, einmal wegen seiner Morde anlässlich der Röhm-Affäre und dann wegen der Vorwegnahme des Volksentscheids durch das Gesetz vom 1. August. Er überließ es seinen Unterführern, Propagandareden zu halten. Aber schließlich konnte er doch nicht umhin, wenigstens einmal zu dieser Abstimmung öffentlich Stellung zu nehmen. Dies geschah in Hamburg am 17. August. Hitler dankte zunächst auf einem Empfang im Rathaus für die offizielle Begrüßung. Anschließend besichtigte er das Linienschiff „Schleswig-Holstein“ und die Werft Blohm & Voss, wobei er einige Worte zu den Arbeitern sprach<sup>213)</sup>. Bei einem Staatsakt im Sitzungssaal des Rathauses, bezeichnenderweise nicht auf einer Massenversammlung, hielt Hitler dann um 20.30 Uhr eine längere Rede, die vom Rundfunk übertragen wurde<sup>214)</sup>.

Entgegen seiner sonstigen Gepflogenheit begann er nicht mit der „Parteierzählung“<sup>215)</sup>. Hitler war so unsicher, daß er zunächst eine gewundene Entschuldigung vorbrachte, weil er das Amt des Reichspräsidenten übernommen hatte, ohne die Volksabstimmung abzuwarten. Er behauptete, dies sei „im Interesse des deutschen Volkes und Reiches notwendig“ gewesen, um dem Ausland keine Gelegenheit zu geben, Unruhe zu stiften.

Hitler erklärte:

„Meine deutschen Volksgenossen und -genossinnen! Als unser greiser Generalfeldmarschall und Reichspräsident von Hindenburg nach einem gesegneten Leben die Augen schloß, gab es nicht wenige Menschen außerhalb des Reiches, die in seinem Tode den Beginn schwerer innerer Kämpfe in Deutschland sehen wollten. Elemente, die wir nie versöhnen können, zitterten auf einmal förmlich in erwartungsvoller Besorgnis, bei der wie so oft der Wunsch als Vater des Gedankens Pate stand. ‚Schwere Unruhen in Deutschland‘, ‚Drohender Zerfall der nationalsozialistischen Bewegung‘, ‚Kampf zwischen Partei und Reichswehr‘, ‚Streit der einzelnen Führer untereinander um die Nachfolgefrage‘ — dies war der Inhalt der Schlagzeilen einer bestimmten Presse, deren ‚aufrichtiges‘ Mitempfinden mit dem Schicksal unseres Volkes und Reiches aller Welt bekannt ist.

Man lebte in diesen Kreisen wohl in der angenehmen Hoffnung, daß eine wochenlange führungslose Zeit des Reiches die Möglichkeiten bieten würde, durch ein endloses Spiel von Kombinationen die Öffentlichkeit in- und außerhalb Deutschlands zu verwirren, um solcherart zur an sich schon vorhandenen internationalen Unsicherheit noch ein weiteres beizutragen.

Im Interesse des deutschen Volkes und Reiches ist dieses Spiel gestört worden! Sie dürfen mir, meine Volksgenossen, glauben, daß wir sonst natürlich den Weg gewählt hätten, erst den Appell an das Volk zu richten und dann seine Entscheidung auszuführen. Das Ergebnis wäre in diesem Falle nicht anders gewesen als so.

Indem die Reichsregierung, legal berechtigt, die Zusammenlegung der beiden Ämter verkündete, hat sie getan, was nach den vorhandenen Umständen das Volk selbst gefordert haben würde.

Meine persönliche Auffassung zu diesem Problem ist in dem Briefe an den Herrn Reichsinnenminister eindeutig und klar zum Ausdruck gebracht.

<sup>213)</sup> Berichte im VB. Nr. 230 v. 18. 8. 1934.

<sup>214)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 230 v. 18. 8. 1934.

<sup>215)</sup> Ausdruck des Verfassers, vgl. S. 49.



17. August 1934

Der Herr Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg war vom Schicksal ausersehen, der große Mittler zu sein zwischen dem Deutschland der Vergangenheit und dem der Zukunft. In seinem ehrwürdigen Alter, entrückt jedem eigensüchtigen Wunsche, war er für uns alle der überpersönliche Repräsentant unseres Volkes. Ich habe in den letzten anderthalb Jahren oft und oft der Vorsehung gedankt, daß nach ihrer Fügung die nationalsozialistische Bewegung durch meine Person noch den Treueid in die Hände dieses wahren Vaters der Nation ablegen durfte, daß sie mir nach so schweren Kämpfen endlich doch noch die gütige Freundschaft des alten Herrn schenkte und somit ein Verhältnis begründete, das mich beglückte, für die Nation aber von hohem Nutzen war.

Der Herr Generalfeldmarschall und Reichspräsident ist eine einmalige Erscheinung gewesen und kann nicht ersetzt werden. Seine Mission als Reichspräsident wurde durch ihn selbst erfüllt. Niemand soll künftig mehr diesen Titel weiterführen<sup>216)</sup>. So logisch aber die Verbindung der beiden Funktionen ist und so verfassungsrechtlich einwandfrei das Gesetz der Reichsregierung diese Frage löst, so sehr muß ich es ablehnen, das Recht zu diesem gewaltigsten Schritt der Neuformung des Deutschen Reiches aus einer früher erteilten Vollmacht abzuleiten. Nein! Das Volk selbst soll darüber entscheiden!

Indem ich damit der einstigen endgültigen Gestaltung der Verfassung des Deutschen Reiches nichts vorwegnehme, glaube ich, daß es mir gelingen wird, dem Titel des deutschen Reichskanzlers für die Zukunft neue Ehre zuzufügen!

Das Recht, eine so kühne Auffassung aussprechen zu dürfen, entnehme ich einer nunmehr bald fünfzehnjährigen Arbeit, die — ob freiwillig oder unfreiwillig — dereinst einmal als eine Wandlung und Entwicklung von geschichtlichem Ausmaß festgestellt werden wird.“

Mit dieser Einleitung hatte sich Hitler seine Unsicherheit vom Halse geredet. Aber wer vielleicht geglaubt hatte, Hitler werde es nun kurz machen und auf die „Parteierzählung“ verzichten, sah sich getäuscht. Denn schon ging es los:

„Als ich vor bald 16 Jahren als kriegsverletzter Soldat in die Heimat zurückkehrte, traf ich dort eine Lage an . . .“ usw. usw.

Die einstündige Erzählung erhielt diesmal insofern eine besondere Note, als Hitler kategorisch erklärte, er ertrage keine Kritiker.

„Ich möchte weiter mich hier ganz kurz mit denen beschäftigen, die meinen, zu Unrecht in der Freiheit ihrer Kritik beschränkt zu sein. In meinen Augen ist Kritik keine lebenswichtige Funktion an sich. Ohne Kritiker kann die Welt leben, ohne Arbeiter nicht.

Ich protestiere dagegen, daß es einen Beruf geben soll, der aus nichts anderem besteht, als ohne eigene Verantwortung besserwissend den Menschen dreinzureden, die Arbeit und Verantwortung tragen. Ich habe in meinem Leben dreizehn Jahre lang gegen ein Regiment gekämpft, allein nicht in negativer Kritik, sondern im positiven Hinweis auf das, was geschehen solle. Und ich habe keine Sekunde gezögert, sowie mir der hochselige alte Herr die Verantwortung gab, sie zu übernehmen, und ich trage sie nun vor dem ganzen deutschen Volk. Und es wird keine Handlung geschehen, für die ich nicht mit Kopf und Leben vor diesem Volk einstehe<sup>217)</sup>. Allein ich darf zumindest dann vor diesem Volk dasselbe Recht beanspruchen, das jeder Arbeiter und Bauer und jeder Unternehmer auch für sich in Anspruch nimmt.

Was würde ein Bauer sagen, wenn, während er sich im Schweiß seines Angesichts abmüht, auf seinem Hof dauernd einer herumspazieren wollte, mit keiner anderen Beschäftigung als herumzunörgeln, herumzukritisieren und Unruhe zu stiften?

Was würde ein Arbeiter tun, der vor seiner Maschine steht und nun dauernd von einem Menschen angeredet wird, der an sich nichts kann, auch nichts tut, aber ihn un-

<sup>216)</sup> Entgegen dieser Erklärung ernannte Hitler in seinem Testament vom 29. 4. 1945 den Großadmiral Dönitz zum „Reichspräsidenten“, vgl. Bd. II, S. 2238.

<sup>217)</sup> Hitler stand für keine einzige Handlung „mit Kopf und Leben“ vor dem deutschen Volk ein.

17. August 1934

unterbrochen benörgelt und bekrittelt? Ich weiß, sie würden solche Erscheinungen keine acht Tage aushalten, sondern sie zum Teufel jagen. Die Organisation der Bewegung gibt Hunderttausenden von Menschen die Möglichkeit, im positiven Sinne mitzuarbeiten an der Gestaltung unseres nationalen Daseins. Jede wirkliche Anregung und jede wirkliche Mitarbeit wird dankbar begrüßt. Allein Menschen, deren einzige Tätigkeit es ist, die Tätigkeit anderer zu begutachten und schlechtzumachen, ohne selbst jemals eine praktische Verantwortung zu übernehmen, ertrage<sup>218)</sup> ich nicht. In diesem Staat soll jeder irgendwie mitkämpfen und — schaffen.

In diesem Staate soll es kein Recht auf Nörgelei geben, sondern nur ein Recht auf bessere Leistung.“

Hitler kam dann wieder auf die bevorstehende Volksabstimmung zu sprechen. Er hatte die Stirn zu behaupten, das Gesetz über die Vereinigung der beiden höchsten Staatsämter sei erst am 3. August, also nach dem Tode Hindenburgs, erfolgt. Mit dieser faustdicken Lüge wollte er den unangenehmen Eindruck, den der Erlaß dieses Gesetzes vom 1. August (noch bevor Hindenburg gestorben war) bei aufmerksamen Zeitgenossen gemacht hatte, wegwischen.

„Ich selbst habe heute kein anderes Ziel vor mir als in den 15 Jahren, die hinter mir liegen. Mein ganzes Leben will ich bis zum letzten Atemzuge der einen Aufgabe verschreiben: Deutschland wieder frei, gesund und glücklich zu machen. So, wie ich aber bisher die Erfüllung meiner Aufgabe in der Eroberung der deutschen Menschen für diese gleichen Gedanken sah, so auch heute und in der Zukunft. Deshalb ist das Gesetz vom 3. August dieses Jahres dem deutschen Volke zum Entscheid vorgelegt worden.

Wir haben böse Feinde in der Welt. Wir können tun, was wir wollen, so wird eine bestimmte internationale Verschwörung nichts unterlassen, es zum Bösen auszulegen. Immer aber leben sie von der einzigen Hoffnung, daß unser Volk wieder in innere Zwietracht versinken möchte. Wir kennen unser Schicksal durch die Jahrhunderte hindurch nur zu genau, als daß wir die Folgen übersehen könnten. Immer waren es Deutsche, die sich zu Verbündeten fremder Absicht hergegeben haben. Ehrgeizige Fürsten, habgierige Kaufleute, gewissenlose Parteiführer und Parteien, sie sind immer wieder Schildknappen fremder Interessen gegen das eigene Volk geworden. Die Hoffnung auf solche Hilfe hat öfter als einmal Deutschland in schwerstes Unglück gestürzt. Die Geschichte soll uns eine Lehre sein. Ich halte es daher für notwendig, daß gerade jetzt solchen Spekulationen gegenüber das deutsche Volk immer von neuem seine unerschütterliche Einheit betont und nach außen hin dokumentiert.

Nicht meinethalben habe ich um diese Volksabstimmung gebeten, sondern des deutschen Volkes wegen. Nicht ich benötige zur Stärkung oder Erhaltung meiner Position ein solches Vertrauensvotum, sondern das deutsche Volk braucht einen Kanzler, der vor der ganzen Welt von einem solchen Vertrauen getragen wird. Denn ich bin nichts, meine Volksgenossen, als euer Sprecher und will nichts sein, als der Vertreter eures Lebens und der Verteidiger eurer Lebensinteressen.

Schwer genug ist die Last, die das traurige Schicksal unseres Volkes uns allen auferlegt. Ich bin nicht schuldig an dieser Not, sondern ich trage sie nur mit euch und für euch, meine Volksgenossen, und wenn es selbst den einen oder anderen verblendeten Deutschen gibt, der vielleicht Freude empfindet bei dem Gedanken, diese Not könnte größer sein als die Kraft meines Widerstandes, dann sollte der Wahnsinnige nicht vergessen, daß er sich nicht an meinem Mißgeschick, sondern am Unglück des deutschen Volkes weidet.

Es sind die Millionen Menschen, die das Schicksal auf ihre Führung angewiesen hat, die wehrlos sind, wenn nicht einer ihr Sprecher, Führer und Verteidiger ist. Es sind die Millionen deutscher Bauern, die ehrlich und fleißig, brav und treu ihr Brot verdienen möchten, die Millionen tüchtigster deutscher Arbeiter, die im Schweiß ihres Angesichts

<sup>218)</sup> Im offiziellen Text heißt es „vertrage“. Dies ist jedoch eine spätere Änderung Hitlers (Aufzeichnung des Verfassers).

17. August 1934

tätig sind, die unzähligen Arbeiter der Stirne, es ist diese gewaltige Gemeinschaft schaffender Menschen, die hilflos der Vernichtung und dem Verderben ausgeliefert ist, wenn es nicht einer Führung gelingt, ihr Schicksal zum Guten zu wenden.

Ich habe mich nicht mit denen auseinanderzusetzen, die es vielleicht heute besser wissen, aber 15 und 20 Jahre vorher nichts wußten und versagt hatten. Die Göttin des Glückes hat ihren Mantel lange genug über sie gehalten. Sie fanden in 15 Jahren nicht die Gelegenheit, nach ihm zu fassen. Heute hat sie sich von diesen Geistern abgewendet. Was ihnen nicht gelungen war, habe ich vor 15 Jahren gesagt und vor 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Jahren begonnen.

Wenn sie fair sein wollten, müßten sie nach ihrem Versagen mir wenigstens die 15 Jahre ihrer eigenen Bewährungszeit genehmigen. Und ich weiß es: Sie werden Deutschland dann nicht wieder erkennen, genau so wenig, wie Deutschland sie dann wieder erkennen wird. Und wenn sie weiter gerecht sein wollen, dann müssen sie mir bestätigen, daß ich in diesen 15 Jahren fleißiger gewesen bin als meine Gegner. Denn diese hatten die Macht und alles, was in ihr liegt, und ich mußte sie mir, von nichts ausgehend, bitter und schwer genug erkämpfen.

Und ebenso können mir auch meine böswilligsten Verleumder nicht bestreiten, daß ich in diesen 15 Jahren mich nie gewandelt habe.

Ob im Glück oder im Unglück, ob in der Freiheit oder im Gefängnis, ich bin meiner Fahne, die heute des deutschen Reiches Staatsflagge ist, treu geblieben. Und sie alle können des weiteren nicht behaupten, daß ich irgendwelche politische Handlung in meinem Leben um meines persönlichen Vorteils willen begangen oder unterlassen habe.

Und sie müssen endlich zugeben, daß, im Großen gesehen, dieser mein 15jähriger Kampf kein erfolgloser war, sondern daß er eine aus nichts entwickelte Bewegung in Deutschland zum Siege führte und dem deutschen Volke eine neue und bessere Stellung nach innen und außen gab.

Was man mir aber an wirklich gemachten Fehlern nachzuweisen in der Lage ist, will ich gerne verantworten und auf mich nehmen. Sie liegen alle nur innerhalb der Grenzen, die die menschliche allgemeine Unzulänglichkeit für jeden zieht. Ich kann aber demgegenüber darauf hinweisen, daß ich niemals in meinem Kampfe eine Handlung begangen habe, von der ich nicht überzeugt war, daß sie zum Nutzen des deutschen Volkes sein würde.

Denn seit ich im politischen Kampfe stehe, beherrscht mich befehlend, so wahr mir Gott helfe, nur ein Gedanke: Deutschland!"

Nachdem Hitler von den geladenen Gästen dieses Staatsaktes den nötigen Beifall für seine Rede erhalten hatte, wagte er es sogar, noch einmal vor dem Volk das Wort zu ergreifen. Er erklärte der auf dem Rathausplatz stehenden Menge: <sup>219)</sup>

„Meine deutschen Volksgenossen, meine Hamburger! Ich habe dem, was ich vorher sprach, nichts hinzuzufügen. Ich wende mich an das deutsche Volk, daß es seine Pflicht so erfüllt, wie wir sie nun seit fünfzehn Jahren erfüllt haben, daß es begreift, daß das Schicksal des Reiches das Schicksal jedes einzelnen ist, und daß jeder mithilft, das Schicksal des Reiches zu formen.

Keiner wird ausgenommen von der Not des Reiches, keiner ist ausgeschlossen von der Pflicht, dieser Not zu steuern. In der Gemeinsamkeit eurer Kraftanstrengung liegt die Voraussetzung für den Erfolg auch eurer Regierung.

Denn sie ist nichts, was ihr nicht selbst seid, kann nichts einsetzen, was ihr nicht gebt. Ihre Stärke ist der Hinweis auf das deutsche Volk, dieses Volk aber seid ihr.

Sie kann heute nicht vor dieser Welt mit anderen Mitteln euer Recht vertreten als mit dem Hinweis auf euren Willen, der der Wille des Regiments und der Führung ist.

Und es kann hier keinen geben, der sich selbst ausschließt von dieser gemeinsamen Verpflichtung. Jedes einzelnen Schicksal wird dadurch entweder neu gestaltet oder mit

<sup>219)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 230 v. 18. 8. 1934.

17. August 1934

vernichtet. Ich richte den Appell an das deutsche Volk in einer Stunde, die es nötig macht, daß wir zeigen, daß das deutsche Volk eine Einheit ist, unlösbar in sich verklammert und verbunden, und daß es steht wie ein Mann hinter der Führung, die nichts kennt und nichts will als dieses Volk.“

Am Abend vor der Volksabstimmung, am 18. August, erklärte der Sohn des verstorbenen Reichspräsidenten, Oberst Oskar von Hindenburg, im Rundfunk: <sup>220)</sup> „Mein nunmehr verewigter Vater selbst hat in Adolf Hitler seinen unmittelbaren Nachfolger als Oberhaupt des deutschen Reiches gesehen, und ich handle in Übereinstimmung mit meines Vaters Absicht, wenn ich alle deutschen Männer und Frauen aufrufe, für die Übergabe des Amtes meines Vaters an den Führer und Reichskanzlers zu stimmen.

Und so dringt vom Marschallsturm zu Tannenberg auch in diesen Tagen noch sein Ruf: ‚Schart euch zusammen und steht festgeschlossen hinter Deutschlands Führer. Zeigt nach außen und innen, daß ein unzerreißbares Band das deutsche Volk in einem Willen fest umspannt‘.“

Aber die Volksabstimmung am 19. August ging nicht ganz so aus, wie es sich Hitler und seine Unterführer vorgestellt hatten. „Nur“ 89,9 Prozent der Stimmberechtigten stimmten für Hitler. Über 5 Millionen Deutsche hatten mit „Nein“ gestimmt oder ungültige Stimmen abgegeben. Als die ersten Ergebnisse eintrafen, machten Hitler, Goebbels, Brückner, Kerrl usw. betretene Gesichter. Sie waren nach der Abstimmung vom 12. November 1933 gewohnt, nur noch von 95 oder 99 Prozent zu sprechen. So lächerlich dieses Bestehen auf geradezu 100prozentiger Zustimmung auch war, bei den künftigen Abstimmungen (1936 und 1938) wurde durch entsprechende Manipulationen dafür gesorgt, daß die Zahl der Nein- bzw. der ungültigen Stimmen nicht mehr als 1–2 Prozent betrug.

Am 20. August richtete Hitler ein *Dankschreiben an den Reichswehrminister, Generaloberst von Blomberg* <sup>221)</sup>. Er hatte die Unverschämtheit, darin sogar schriftlich das Gesetz vom 1. August als „Gesetz vom 3. August“ zu bezeichnen.

„Berlin, den 20. August.

An den Reichswehrminister Generaloberst v. Blomberg, Berlin.

Herr Generaloberst! Heute, nach erfolgter Bestätigung des Gesetzes vom 3. August durch das deutsche Volk will ich Ihnen und durch Sie der Wehrmacht Dank sagen für den mir als ihrem Führer und Oberbefehlshaber geleisteten Treueid. So wie die Offiziere und Soldaten der Wehrmacht sich dem neuen Staat in meiner Person verpflichteten, werde ich es jederzeit als meine höchste Pflicht ansehen, für den Bestand und die Unantastbarkeit der Wehrmacht einzutreten in Erfüllung des Testaments des verewigten Generalfeldmarschalls und getreu meinem eigenen Willen, die Armee als einzigen Waffenträger in der Nation zu verankern.

Adolf Hitler, Führer und Reichskanzler.“

Die Nationalsozialisten in Deutschland aber sollten wissen, wofür sie 15 Jahre gekämpft hatten: nämlich Hitler für alle Zukunft nicht nur zum Reichskanzler, sondern gleichzeitig auch zum Reichspräsidenten zu machen!

Hitler erließ daher, ebenfalls am 20. August, folgende *Aufrufe an das deutsche Volk und die NSDAP.*: <sup>222)</sup>

<sup>220)</sup> Die Rede des Obersten von Hindenburg wurde bereits am 18. 8. 1934 von allen Zeitungen in Deutschland veröffentlicht, bevor sie im Rundfunk gehalten wurde.

Der Reichspräsident hatte nach der Verfassung nicht das Recht, seinen Nachfolger zu bestimmen, und tat dies auch in seinem Testament nicht. Oberst von Hindenburg konnte also nur persönliche Auffassungen wiedergeben.

<sup>221)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 233 v. 21. 8. 1934.

<sup>222)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 233 v. 21. 8. 1934.

20. August 1934

„Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen! Deutsche Volksgenossen! Ein 15jähriger Kampf unserer Bewegung um die Macht in Deutschland hat mit dem gestrigen Tage seinen Abschluß gefunden. Angefangen von der obersten Spitze des Reiches über die gesamte Verwaltung bis zur Führung des letzten Ortes befindet sich das Deutsche Reich heute in der Hand der Nationalsozialistischen Partei. Dies ist der Lohn für eine unermessliche Arbeit, für zahllose Opfer. Ich danke all denen, die gestern durch ihre Stimme mit beigetragen haben, die Einheit von Staat und Bewegung vor der ganzen Welt zu dokumentieren.

Meine und unser aller Aufgabe wird es sein, diese Einheit zu vertiefen und in einem ebenso genialen wie entschlossenen und beharrlichen Kampfe auch den letzten Rest unseres Volkes für die nationalsozialistische Idee und Lehre zu gewinnen.

Noch heute nacht sind die Entschlüsse für die Durchführung dieser Aktion gefaßt worden, sie selbst wird mit nationalsozialistischer Schnelligkeit und Gründlichkeit ablaufen. Der Kampf um die Staatsgewalt ist mit dem heutigen Tage beendet. Der Kampf um unser teures Volk aber nimmt seinen Fortgang. Das Ziel steht unverrückbar fest: Es muß und wird der Tag kommen, an dem auch der letzte Deutsche das Symbol des Reiches als Bekenntnis in seinem Herzen trägt.

Berlin, den 20. August 1934.

Adolf Hitler.“

„Parteigenossen! Parteigenossinnen! Der gestrige herrliche Sieg unserer Nationalsozialistischen Partei ist in erster Linie eurer Treue, eurer Opferwilligkeit und eurem Fleiße zu verdanken. Ihr habt als politische Kämpfer der Bewegung, als SA- und SS-Männer, als Mitglieder unserer Arbeiter-, Jugend- und Frauenorganisationen Einzigartiges geleistet. Erfüllt von grenzenlosem Vertrauen zu euch bin ich entschlossen, den Kampf um die Seele und für die Einheit des deutschen Volkes erneut aufzunehmen und weiterzuführen. Ihr werdet in diesem neuen Ringen um unser Volk neben mir stehen wie in den 15 Jahren, die hinter uns liegen. Und so, wie es uns möglich war, 90 v. H. des deutschen Volkes dem Nationalsozialismus zu erobern, muß und wird es uns möglich sein, auch die letzten 10 v. H. zu gewinnen. Dies wird die letzte Krönung unseres Sieges sein.

Berlin, den 20. August 1934.

Adolf Hitler.“

Am 20. August begab sich Hitler nach Nürnberg, um dort das Parteitagsgelände zu besichtigen<sup>223)</sup>. Am 22. August hatte er auf dem Obersalzberg *Besprechungen über den bevorstehenden Reichsparteitag* mit Heß, Himmler und mit Lutze<sup>224)</sup>.

Am 26. August besichtigte Hitler zunächst die Saar-Ausstellung in Köln und begab sich dann zu Schiff nach Koblenz, um auf der *Feste Ehrenbreitenstein zu 400 000 Saarländern zu sprechen*. Diese Rede gab ihm Gelegenheit, sich mit dem Abstimmungsergebnis vom 19. August auseinanderzusetzen<sup>225)</sup>. Es wurmte ihn entschieden, daß 10 Prozent der Bevölkerung ihn nicht als Staatsoberhaupt akzeptiert hatten und die Zahl der Ja-Stimmen gegenüber dem 12. November 1933 etwas geringer geworden war. Die zwölf Apostel mußten herhalten, um Hitler vor sich selbst zu rechtfertigen.

„Und was beweisen nun die von den anderen angezogenen 10 Prozent Widersacher? Früher, meine Volksgenossen, hatten fünf Deutsche zehn verschiedene Meinungen. Heute haben unter zehn Deutschen neun dieselbe Meinung. Ich bin dabei überzeugt, daß es uns gelingen wird, den zehnten Mann auch noch zu bekommen, denn immerhin, man kann mir schon glauben, der Weg von den ersten sieben Mann bis zu den 38 Millionen war schwerer als der Weg von den 38 zu den 42 Millionen sein wird.

<sup>223)</sup> Bericht im VB. Nr. 233 v. 21. 8. 1934.

<sup>224)</sup> Bericht im VB. Nr. 235 v. 23. 8. 1934.

<sup>225)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 239 bzw. 240 v. 27. bzw. 28. 8. 1934. DNB.-Text v. 26. 8. 1934.

26. August 1934

Was beweist das überhaupt, wenn einzelne meinen, einen anderen Weg gehen zu müssen? Was beweist es am Ende, wenn der eine oder andere sogar zum Verräter wird? Was beweist es, wenn Sie im Saargebiet einzelne Deutsche — leider Deutsche — besitzen, die nicht würdig sind, diesen Namen zu tragen? Unter den zwölf Aposteln befand sich ein Judas. Wer will sich wundern, wenn auch wir solche Erscheinungen besitzen. Allein trotz dieses Judas hat das Christentum gesiegt, und trotz unserer Emigranten wird die Bewegung siegen.“

Im übrigen war Hitlers Rede im wesentlichen eine Wiederholung seiner Ausführungen vor dem Niederwalddenkmal am 27. August 1933. Er erklärte erneut:

„Die Saarfrage ist die einzige Territorialfrage, die uns heute noch von Frankreich trennt.“

Hitlers Freude über die frühe Ansetzung des Abstimmungstermins übertraf entschieden diejenige der Saarländer. Ihnen kam es nicht wie Hitler, der seine militärischen Pläne im Kopf hatte <sup>226)</sup>, auf jeden Tag an.

„Das Glücklichsste aber, was wir in diesem Jahre erlebten, das war die Festsetzung des Abstimmungstermins für die Deutschen an der Saar, das Glücklichsste, weil es einen Zustand beendet, unter dem nicht 800 000, sondern 67 Millionen Deutsche gelitten hatten. Denn nicht nur Sie, meine Volksgenossen von der Saar, leiden und litten unter dem Getrenntsein vom Vaterlande, nein, Deutschland hat genau so darunter gelitten. Deutschland sieht Sie als einen unzertrennlichen Bestandteil seines eigenen Ichs an. Wir haben Ihren Kampf in Deutschland, im Reiche, mit der heißesten Anteilnahme verfolgt. Wer Sie geschlagen, hat uns geschlagen, wer Sie geschmäht hat, hat uns geschmäht, wer Sie vergewaltigt hat, hat uns vergewaltigt.

Ihnen ist nichts zugefügt worden, was man nicht ganz Deutschland zugefügt hat.“

Nach dieser chauvinistischen Erklärung schlug Hitler wieder friedliche Töne an und erklärte zum Schluß seiner Ansprache:

„Ich hoffe, daß einmal doch die Vernunft siegreich hervorgehen wird und daß über dem Saargebiet und über dem 13. Januar eine Verständigung auch auf dieser größeren Ebene erfolgen kann und erfolgen wird.

Und so haben Sie am 13. Januar noch eine besondere große und friedliche Mission zu erfüllen. Wir würden glücklich sein, daß, wenn am 14. Januar in ganz Deutschland die Glocken läuten, sie nicht nur die Rückkehr unseres verlorenen Gebietes, unserer verlorenen Deutschen, sondern die Einkehr des Friedens einläuten würden.

So bitte ich Sie denn, fassen Sie nun aufs neue Mut und Kraft! Gehen Sie hinein in diesen letzten Abschnitt Ihres Kampfes als aufrechte und wahrhaftige Deutsche! Leben Sie in der Überzeugung, daß hinter Ihnen der Wille der ganzen Nation steht! Vergessen Sie für diesen Kampf alles, was Sie trennen könnte. Weihen Sie sich diesem Kampf ausschließlich als Deutsche. Dann wird dieser Tag zu einem großen Siege werden, ein Sieg, der Sie zurückführt in die Nation und in das Deutsche Reich, und dann — das hoffe ich — werden wir die nächste, noch gewaltigere Kundgebung bei Ihnen halten.“

Am 4. September begann der *Reichsparteitag* 1934. Bekanntlich hatte Hitler im Jahre 1933 <sup>227)</sup> erklärt, daß der Parteitag nur alle zwei Jahre stattfinden solle, aber es war ihm damit nicht ernst gewesen. Man kann wohl behaupten, daß diese Parteitagsdemonstrationen für Hitler selbst wichtiger waren als für alle übrigen Teilnehmer. Er brauchte diese Nürnberger Tage, um sich an seiner dort sichtbar werdenden Macht zu berauschen.

---

<sup>226)</sup> Die Saarabstimmung erfolgte am 13. 1. 1935, die Rückgliederung des Saargebiets in das Deutsche Reich am 1. 3. 1935. Am 9. 3. 1935 gab Hitler die Aufstellung einer neuen deutschen Luftwaffe bekannt und führte am 16. 3. 1935 die allgemeine Wehrpflicht ein.

<sup>227)</sup> Vgl. S. 292.

#### 4. September 1934

Der Reichsparteitag 1934 trug nicht, wie die übrigen nach der Machtübernahme veranstalteten <sup>228)</sup>, ein besonderes Kennwort. Die erst kurz zurückliegenden Ereignisse der Röhlm-Affäre ließen es Hitler offenbar geboten erscheinen, etwas zurückhaltend zu sein. Gegenüber dem Jahr 1933 waren die Veranstaltungen jedoch wesentlich vermehrt durch Kundgebungen der Frauenschaft, der Kriegsoffer und besonders der Wehrmacht und des Arbeitsdienstes, die beide zum erstenmal auf dem Reichsparteitag in Erscheinung traten. Das übrige Programm entsprach dem seit 1933 geübten Zeremoniell. Hitlers Nürnberger Reden werden, wie schon bemerkt, hier nur insoweit wiedergegeben, als sie etwas Neues enthalten.

Die Veranstaltungen wurden eingeleitet durch einen Empfang im Nürnberger Rathaus am 4. September. Hitler hielt eine kurze *Dankansprache* <sup>229)</sup>.

Am 5. September wurde in der Kongreßhalle (Luitpoldhalle) Hitlers *Proklamation* durch den Gauleiter Adolf Wagner verlesen <sup>230)</sup>.

Sie enthielt neben den üblichen Rück- und Ausblicken einige Betrachtungen über den Charakter der nationalsozialistischen Revolution, die in ihrer Formulierung bemerkenswert waren:

„Zwei Erkenntnisse wollen wir als geschichtliche Tatsachen werten:

1. Das Jahr vom September 1933 bis zum September 1934 brachte die endgültige Festigung der nationalsozialistischen Macht in Deutschland. Der Kongreß des Sieges war der Beginn eines Verfolgungskampfes, in dessen Verlauf von uns eine feindliche Stellung nach der anderen aufgebrochen und eingenommen wurde.
2. Dieser selbe Zeitraum war aber für die nationalsozialistische Staatsführung zugleich ein Jahr gewaltiger konstruktiver und produktiver Arbeit.

Daraus ergibt sich eine notwendige und unzweifelhafte Feststellung:

Die nationalsozialistische Revolution ist als revolutionärer, machtmäßiger Vorgang abgeschlossen!

Sie hat als Revolution restlos erfüllt, was von ihr erhofft werden konnte.

So wie die Welt nicht von Kriegen lebt, so leben die Völker nicht von Revolutionen. In beiden Fällen können höchstens Voraussetzungen für ein neues Leben geschaffen werden. Wehe aber, wenn der Akt der Zerstörung nicht im Dienste einer besseren und damit höheren Idee erfolgt, sondern ausschließlich nur den nihilistischen Trieben der Vernichtung gehorcht und damit an Stelle eines besseren Neuaufbaus ewigen Haß zur Folge hat. Eine Revolution, die in der Niederwerfung eines politischen Gegners oder in der Vernichtung früherer Leistungen der Beseitigung vorhandener Zustände ihre einzige Aufgabe sieht, führt zu nichts Besserem als zu einem Weltkrieg, der in einem wahnsinnigen Diktat seine grauenhafte Erfüllung, d. h. Fortsetzung, findet.

Wahrhafte Revolutionen sind nur denkbar als Vollzug einer neuen Berufung, der der Volkswille auf diese Art seinen geschichtlichen Auftrag erteilt. Und diese Führung des Volkes hat heute in Deutschland die Macht zu allem! Wer will bestreiten, daß die nationalsozialistische Bewegung nicht unbeschränkter Herr des Deutschen Reiches geworden ist? Die Krönung dieser politischen Entwicklung zeigt sich symbolisch in der Übernahme des Hoheitszeichens der Bewegung durch die Wehrmacht, in der Wahl des Führers der Partei zum Staatsoberhaupt der deutschen Nation sowie abschließend in der Vereidigung von Wehrmacht und Verwaltung des Reiches auf ihn. Daher werden wir auch jeden Versuch, gegen die Führung der nationalsozialistischen Bewegung und des Reiches einen Akt der Gewalttätigkeit anzuzetteln, niederschlagen und im Keime ersticken, er mag kommen, von wem er will.

<sup>228)</sup> 1933: Parteitag des Sieges, 1935: Parteitag der Freiheit, 1936: Parteitag der Ehre, 1937: Parteitag der Arbeit, 1938: Parteitag Großdeutschland, 1939 (nicht stattgefunden): Parteitag des Friedens.

<sup>229)</sup> Bericht im VB. Nr. 248 v. 5. 9. 1934.

<sup>230)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 249 v. 6. 9. 1934.

5. September 1934

Wir alle wissen, wen die Nation beauftragt hat!  
Wehe dem, der dies nicht weiß oder der es vergißt!

Im deutschen Volk sind Revolutionen stets selten gewesen.

Das nervöse Zeitalter des 19. Jahrhunderts hat bei uns endgültig seinen Abschluß gefunden.

In den nächsten tausend Jahren findet in Deutschland keine Revolution mehr statt!“

Zur nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik gab Hitler einige Zukunftsprojekte bekannt, Straßenbau, neue Reichsbahnhöfe<sup>230a)</sup>, Umbau der Großstädte:

„Gewaltig war vor allem aber die Arbeit, die auf dem Verfallsgebiet geleistet werden mußte, das im Augenblick am fühlbarsten in Erscheinung trat.

Wer an der Wirtschaftspolitik dieser letzten zwölf Monate nörgelt, der kann nur entweder boshaft oder von allen guten Geistern verlassen sein.

Als wir die Macht übernahmen, befand sich Deutschlands Wirtschaft in einem scheinbar unaufhaltsamen Schrumpfungsprozeß. Angst und Mißtrauen, Verzagtheit und Verzweiflung gaben den Nährboden für eine Entwicklung, deren vollkommenen Zusammenbruch man genau voraussagen konnte. Diese Erfolge sind der schlagende Beweis für die Wirksamkeit unserer Wirtschaftspolitik und das Vertrauen des deutschen Volkes zu ihr:

1. Die exekutive Vernichtung des deutschen Bauerntums ist nicht nur abgestoppt worden, sondern beseitigt.
2. Die Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung sind, im großen gesehen, von einem unerhörten Erfolg begleitet gewesen.
3. Die Arbeitslosenzahl hat um rund viereinhalb Millionen abgenommen.
4. Die deutsche Mark ist stabil geblieben, und dies trotz aller Exportschwierigkeiten.
5. Die Sparguthaben nahmen gewaltig zu.
6. Die Ziffern unseres Verkehrs erfuhren auf den Eisenbahnen, in den Kraftwagen und in der Luft enorme Steigerungen.
7. Die Eingänge an Beiträgen und Steuern haben sich bei sämtlichen freiwilligen, nicht-staatlichen und staatlichen Organisationen sowohl als bei den öffentlichen Kassen weit über die Voranschläge erhoben.

Als wir vor zwei Jahren für den Fall unserer Machtergreifung diese Entwicklung vorhersagten, da wurde dies nicht nur bestritten und abgeleugnet, sondern als unmöglich hingestellt und sogar mit Gelächter abgetan. Und heute wollen dieselben Menschen, die durch ihre eigene Arbeit Deutschland nur ruiniert haben, es jetzt wagen, unsere Leistungen als belanglos und nebensächlich hinzustellen. Wo würde aber Deutschland sein, wenn diese Destrukteure selbst auch nur ein Jahr länger regiert hätten?<sup>230b)</sup>

Dieses Jahr, das hinter uns liegt, hat eine gewaltige Vorarbeit geleistet für Werke, die der Nation erst in den nächsten Jahren sichtbar zum Bewußtsein kommen werden. Die gigantischen Straßenpläne konnten nicht von heute auf morgen hervorgezaubert werden, sondern benötigten ihre Zeit allein schon für die Planung und Entwürfe. Das deutsche Volk wird aber sehen, was in diesen zwölf Monaten an Vorarbeiten geschaffen wurde, die ihre Ausführung in den kommenden Jahren erfahren. Neben dem Reichsautostraßennetz sind gewaltige neue Reichsbahnhöfe in den Plänen und Entwürfen fertiggestellt worden. Für eine ganze Reihe deutscher Großstädte sind umwälzende Bauprogramme in Vorbereitung, die in ihrer Größe erst nach vielen Jahrzehnten die endgültige Würdigung erfahren werden.

Industrien wurden aufgelockert, neue Industrien gegründet, das Siedlungswesen zusammengefaßt, um nach großen Gesichtspunkten wirksam zu werden. Um dem Weltboykott zu begegnen, wurde mit dem Ersatz von Rohstoffen begonnen und die ersten Vorbereitungen zu einer Unabhängigmachung Deutschlands von dieser Not getroffen. Immer beherrscht von dem einen Bekenntnis: Was auch geschehe: Nationalsozialismus kennt keine Kapitulation!“

<sup>230a)</sup> Dieses Projekt kam nicht mehr zur Ausführung.

<sup>230b)</sup> Wenn diese „Destrukteure“ ein Jahr länger regiert hätten, wäre es Hitler jedenfalls schwerer geworden, an die Macht zu kommen.





XV **Betretene Mienen**

beim Eintreffen der Wahlergebnisse vom 19. August 1934.

Von links nach rechts: Hitler, Adjutant SA.-Obergruppen-Führer  
Brückner, Goebbels, Minister Kerrl.

*Aufnahme: Archiv Domarus*



5. September 1934

Hitler schloß die Proklamation mit den Worten:

„Die Nachwelt soll dereinst von uns sagen: Niemals war die deutsche Nation stärker und nie ihre Zukunft gesicherter als in der Zeit, da das alte Heilszeichen der germanischen Völker in Deutschland neu verjüngt Symbol des Dritten Reiches wurde.

Es lebe unser deutsches Volk, es lebe die Nationalsozialistische Partei und unser Reich!“

Am Nachmittag des 5. September hielt Hitler die übliche *Rede auf der Kulturtagung* im Apollotheater, bei der er sich diesmal vor allem mit den künstlerischen Genies auseinandersetzte <sup>231</sup>).

Am 6. September sprach Hitler vor 52 000 *Arbeitsmännern* auf der Zeppelinwiese und erweckte den Eindruck, als kenne er nur ein Ziel: in Deutschland die Arbeitsdienstpflicht einzuführen: <sup>232</sup>)

„Es ist ein großes Unterfangen, nun ein ganzes Volk zu diesem neuen Arbeitsbegriff und zu dieser neuen Arbeitsauffassung zu erziehen. Wir haben es gewagt, und es wird uns gelingen, und Ihr seid die ersten Zeugen dafür, daß dieses Werk nicht mißlingen kann!“

Durch eure Schule wird die ganze Nation gehen! Die Zeit wird kommen, da kein Deutscher hineinwachsen kann in die Gemeinschaft dieses Volkes, der nicht zuerst durch eure Gemeinschaft gegangen ist.

Und wir wissen, daß dann für Millionen unserer Volksgenossen die Arbeit nicht mehr ein brennender Begriff sein wird, sondern ein alle gemeinsam verbindender, und daß insbesondere dann keiner mehr in Deutschland leben wird, der in der Arbeit der Faust etwas Minderes sehen will als in irgendeiner anderen. Wir wollen nicht Sozialisten der Theorie sein, sondern als wahrhaftige Nationalsozialisten auch dieses Problem wahrhaftig anfassen und wahrhaftig lösen. Und dieses große Werk wird gelingen, weil hinter ihm nicht nur die Weltanschauung einer Deutschland beherrschenden Bewegung, sondern weil hinter ihm unser Wille steht! Ihr werdet heute auch zum ersten Mal marschieren zu Zehntausenden hinein in die Stadt der deutschen Reichsparteitage, und ihr werdet es wissen: In diesem Augenblick sehen euch nicht nur die Augen der Hunderttausende in Nürnberg, sondern in diesem Augenblick sieht euch zum ersten Mal Deutschland. Und ich weiß: So wie ihr in stolzer Ergebenheit diesem Deutschland Dienst tut, wird heute Deutschland in stolzer Freude in euch seine Söhne marschieren sehen! Heil!“

Am 7. September sprach Hitler zu 200 000 *Politischen Leitern*, die auf der Zeppelinwiese aufmarschiert waren <sup>233</sup>) und richtete außerdem am gleichen Tag einige *Worte an kriegsblinde Teilnehmer der Kriegsopfertagung* <sup>234</sup>).

Am 8. September hielt Hitler im Nürnberger Stadion eine *Ausprache an die Hitlerjugend* <sup>235</sup>). Um 12 Uhr des gleichen Tages sprach er auf einer *Tagung der NS.-Frauenshaft* und führte folgendes aus: <sup>236</sup>)

„Nach Jahren nehme ich zum erstenmal wieder an einer Tagung nationalsozialistischer Frauen und damit nationalsozialistischer Frauenarbeit teil. Ich weiß, daß die Voraussetzungen hierzu geschaffen worden sind durch die Arbeit unzähliger einzelner Frauen und insbesondere durch die Arbeit ihrer Führerin. Die nationalsozialistische Bewegung hat von der ersten Zeit ihres Bestehens an in der Frau die treueste Mithelferin nicht nur gesehen, sondern auch gefunden.

Ich erinnere mich an die schweren Jahre des Kampfes der Bewegung und in Sonderheit an die Zeiten, in denen das Glück sich scheinbar von uns zu wenden schien, an die Zeiten, da viele von uns in den Gefängnissen saßen, andere wieder auf der Flucht, in der

<sup>231</sup>) Veröffentlicht im VB. Nr. 249 v. 6. 9. 1934.

<sup>232</sup>) Veröffentlicht am VB. Nr. 250 v. 7. 9. 1934.

<sup>233</sup>) Bericht im VB. Nr. 251 v. 8. 9. 1934.

<sup>234</sup>) Bericht im VB. Nr. 253 v. 10. 9. 1934.

<sup>235</sup>) Veröffentlicht im VB. Nr. 253 v. 10. 9. 1934.

<sup>236</sup>) Veröffentlicht im VB. Nr. 253 v. 10. 9. 1934.

Fremde, viele von uns verwundet in den Lazaretten lagen oder auch getötet worden sind. Ich erinnere mich an die Zeit, in der sich so mancher von uns gewandt hat in der Meinung, aus uns könne doch nichts werden, an die Zeit, da der Geist in Deutschland überheblich glaubte, den Problemen nur von der vernunftmäßigen Seite gegenüberzutreten zu können und da uns dadurch viele untreu geworden sind. Ich weiß, damals sind es unzählige Frauen gewesen, die unerschütterlich treu zur Bewegung und zu mir gehalten haben.

Es hat sich damals so recht die Kraft des Gefühls als das Stärkere und Richtigere erwiesen. Es hat sich gezeigt, daß der klügelnde Verstand doch nur zu leicht irregeleitet werden kann, daß scheinbar geistige Argumente Männer mit labilem geistigem Verstand ins Schwanken bringen, und daß gerade in diesen Zeiten der tiefstinnere Instinkt der Selbst- und Volkserhaltung in der Frau erwacht. Die Frau hat uns da bewiesen, daß sie das Richtige trifft! In den Zeiten, da die große Bewegung für viele zu wanken schien und alle gegen uns verschworen waren, haben sich die Festigkeit und Sicherheit des Gefühls als die stabileren Faktoren gezeigt gegenüber dem grübelnden Verstand und dem vermeintlichen Wissen. Denn es ist ja nur den Wenigsten gegeben, von einem oberflächlichen Wissen vorzudringen in die tiefinnerste Erkenntnis. Diese tiefinnerste Erkenntnis aber ist doch letzten Endes die Wurzel der Welt des Gefühls. Was vielleicht wenige philosophisch begnadete Geister in der Lage sind, wissenschaftlich zu analysieren, empfindet das Gemüt des unverdorbenen Menschen instinktsicher. Das Empfinden und vor allem das Gemüt der Frau hat zu allen Zeiten ergänzend auf den Geist des Mannes eingewirkt.

Wenn sich manchmal im menschlichen Leben die Arbeitsbereiche zwischen Mann und Frau verschoben haben in einer nicht naturgemäßen Linie, dann lag es nicht daran, daß die Frau an sich nach einer Herrschaft über den Mann gestrebt hätte, sondern der Grund war darin zu suchen, daß der Mann nicht mehr in der Lage war, seine Aufgabe restlos zu erfüllen. Das ist ja das Wunderbare in der Natur und Vorsehung, daß kein Konflikt der beiden Geschlechter unter- und nebeneinander möglich ist, solange jeder Teil die ihm von der Natur vorgezeichnete Aufgabe erfüllt.

Das Wort von der Frauen-Emanzipation ist nur ein vom jüdischen Intellekt erfundenes Wort, und der Inhalt ist von demselben Geist geprägt. Die deutsche Frau braucht sich in den wirklich guten Zeiten des deutschen Lebens nie zu emanzipieren. Sie hat genau das besessen, was die Natur ihr zwangsläufig als Gut zur Verwaltung und Bewahrung gegeben hat, genau so, wie der Mann in seiner guten Zeit sich nie zu fürchten brauchte, daß er aus seiner Stellung gegenüber der Frau verdrängt werde.

Gerade von der Frau wurde ihm sein Platz am wenigsten streitig gemacht. Nur wenn er selbst nicht sicher war in der Erkenntnis seiner Aufgabe, begann der ewige Instinkt der Selbst- und Volkserhaltung in der Frau zu revoltieren. Dann begann nach dieser Revolte eine Umstellung, die nicht der Natur gemäß war, und sie dauerte so lange, bis wieder beide Geschlechter zurückkehrten zu dem, was eine ewige weise Vorsehung ihnen zugewiesen hat.

Wenn man sagt, die Welt des Mannes ist der Staat, die Welt des Mannes ist sein Ringen, die Einsatzbereitschaft für die Gemeinschaft, so könnte man vielleicht sagen, daß die Welt der Frau eine kleinere sei. Denn ihre Welt ist ihr Mann, ihre Familie, ihre Kinder und ihr Haus. Wo wäre aber die größere Welt, wenn niemand die kleine Welt betreuen wollte? Wie könnte die größere Welt bestehen, wenn niemand wäre, der die Sorgen um die kleinere Welt zu seinem Lebensinhalt machen würde? Nein, die große Welt baut sich auf dieser kleinen Welt auf! Diese große Welt kann nicht bestehen, wenn die kleine Welt nicht fest ist. Die Vorsehung hat der Frau die Sorgen um diese ihre eigenste Welt zugewiesen, aus der sich dann erst die Welt des Mannes bilden und aufbauen kann.

Diese beiden Welten stehen sich daher nie entgegen. Sie ergänzen sich gegenseitig, sie gehören zusammen, wie Mann und Weib zusammengehören.

Wir empfinden es nicht als richtig, wenn das Weib in die Welt des Mannes, in sein Hauptgebiet eindringt, sondern wir empfinden es als natürlich, wenn diese beiden Welten

geschieden bleiben. In die eine gehört die Kraft des Gemütes, die Kraft der Seele! Zur anderen gehört die Kraft des Sehens, die Kraft der Härte, der Entschlüsse und die Einsatzwilligkeit! In einem Falle erfordert diese Kraft die Willigkeit des Einsatzes des Lebens der Frau, um diese wichtige Zelle zu erhalten und zu vermehren, und im anderen Falle erfordert sie die Bereitwilligkeit, das Leben zu sichern, vom Manne.

Was der Mann an Opfern bringt im Ringen seines Volkes, bringt die Frau an Opfern im Ringen um die Erhaltung dieses Volkes in den einzelnen Fällen. Was der Mann einsetzt an Heldenmut auf dem Schlachtfeld, setzt die Frau ein in ewig geduldiger Hingabe, in ewig geduldigem Leid und Ertragen. Jedes Kind, das sie zur Welt bringt, ist eine Schlacht, die sie besteht für das Sein oder Nichtsein ihres Volkes. Und beide müssen sich deshalb auch gegenseitig schätzen und achten, wenn sie sehen, daß jeder Teil die Aufgabe vollbringt, die ihm Natur und Vorsehung zugewiesen hat. So wird sich aus dieser Stellung der beiden Aufgaben zwangsläufig die gegenseitige Achtung ergeben.

Nicht das, was jüdischer Intellekt behauptet, ist wahr, daß die Achtung bedingt sei durch das Übergreifen der Wirkungsgebiete der Geschlechter, sondern diese Achtung bedingt, daß kein Geschlecht sich bemüht, das zu tun, was dem anderen zukommt. Sie liegt letzten Endes darin, daß jeder Teil weiß, daß der andere aber alles tut, was notwendig ist, um das Gesamte zu erhalten!

So war die Frau in allen Zeiten die Gehilfin des Mannes und damit seine treueste Freundin, und auch der Mann war zu allen Zeiten der Hüter seines Weibes und damit ihr bester Freund. Und beide sahen in dieser Führung des Lebens die gemeinsame Grundlage für den Bestand dessen, was sie lieben, und für dessen Forterhaltung. Die Frau ist egoistisch in der Erhaltung ihrer kleinen Welt, damit der Mann in die Lage kommt, die größere zu bewahren, und der Mann ist egoistisch in der Erhaltung dieser größeren Welt, denn sie ist untrennbar mit der anderen verbunden. Wir wehren uns dagegen, daß ein Intellektualismus verdorbenster Art das auseinanderreißen will, was Gott zusammengefügt hat.

Die Frau ist, weil sie von der ursächlichsten Wurzel ausgeht, auch das stabilste Element in der Erhaltung eines Volkes.

Sie hat am Ende den untrüglichen Sinn für alles das, was notwendig ist, damit eine Rasse nicht vergeht, weil ja ihre Kinder in erster Linie von all dem Leid betroffen werden.

Der Mann ist geistig oft viel zu labil, um mit diesen Grunderkenntnissen sofort den Weg zu finden. Allein in einer guten Zeit und mit guter Erziehung wird der Mann genau so wissen, was seine Aufgabe ist. Wir Nationalsozialisten haben uns daher viele Jahre hindurch gewehrt gegen eine Einsetzung der Frau im politischen Leben, die in unseren Augen unwürdig war. Mir sagte einmal eine Frau: Sie müssen dafür sorgen, daß Frauen ins Parlament kommen, denn nur sie allein können es veredeln. Ich glaube nicht, antwortete ich ihr, daß der Mensch das veredeln soll, was an sich schlecht ist, und die Frau die in dieses parlamentarische Getriebe gerät, wird nicht das Parlament veredeln, sondern dieses Getriebe wird die Frau schänden. Ich möchte nicht etwas der Frau überlassen, was ich den Männern wegzunehmen gedenke. Die Gegner meinten, dann würden wir niemals Frauen für die Bewegung bekommen. Aber wir bekommen mehr als alle anderen Parteien zusammen, und ich weiß, wir hätten auch die letzte deutsche Frau gewonnen, wenn sie nur einmal Gelegenheit gehabt hätte, das Parlament und das entwürdigende Wirken der Frauen darin zu studieren.

Wir haben deshalb die Frau eingebaut in den Kampf der völkischen Gemeinschaft, so, wie die Natur und die Vorsehung es bestimmt hat. So ist unsere Frauenbewegung für uns nicht etwas, das als Programm den Kampf gegen den Mann auf seine Fahne schreibt, sondern etwas, das auf sein Programm den gemeinsamen Kampf mit dem Mann setzt. Denn gerade dadurch haben wir die neue nationalsozialistische Volksgemeinschaft gefestigt, daß wir in Millionen von Frauen treueste fanatische Mitkämpferinnen erhielten. Kämpferinnen für das gemeinsame Leben im Dienste der gemeinsamen Lebenserhaltung. Kämpferinnen, die dabei den Blick nicht auf die Rechte richten, die ein jüdischer Intellektualismus vorspiegelt, sondern auf Pflichten richten, die die Natur uns gemeinsam aufbürdet.

Wenn früher die liberalen intellektualistischen Frauenbewegungen in ihren Programmen viele, viele Punkte enthielten, die ihren Ausgang vom sogenannten Geiste nahmen, dann enthält das Programm unserer nationalsozialistischen Frauenbewegung eigentlich nur einen einzigen Punkt, und dieser Punkt heißt: das Kind, dieses kleine Wesen, das werden muß und gedeihen soll, für das der ganze Lebenskampf ja überhaupt allein einen Sinn hat. Denn: für was würden wir kämpfen und ringen, wenn nicht nach uns etwas käme, das das, was wir heute erwerben, zu seinem Nutz und Frommen anwenden und wieder weitervererben kann?

Wofür ist denn der ganze menschliche Kampf sonst? Wofür die Sorge und das Leid? Nur für eine Idee allein? Nur für eine Idee? Nur für eine Theorie? Nein, dafür würde es sich nicht lohnen, durch das irdische Jammertal zu wandeln. Das einzige, was uns das alles überwinden läßt, ist der Blick von der Gegenwart in die Zukunft, vom eigenen Menschen auf das, was hinter uns nachwächst.

Ich sprach vor wenigen Minuten noch in der Jugendkundgebung. Es ist herrlich, über diese goldene Jugend zu blicken, von der man weiß: Sie ist einst Deutschland, wenn wir nicht mehr sein werden! Sie wird all das erhalten, was wir schaffen und aufbauen. Für sie arbeiten wir. Das ist der Sinn des ganzen Ringens überhaupt! Und indem wir diese einfachste und lapidarste Zielsetzung der Natur erkennen, richtet sich für uns die Arbeit der beiden Geschlechter von selbst logisch und richtig ein, nicht mehr im Streit, sondern in gemeinsamem Kampf um das wirkliche Leben.

Sie, meine Parteigenossinnen, stehen nun als Führerinnen, Organisatorinnen und Helferinnen in diesem Ringen. Sie haben eine herrliche Aufgabe mit übernommen. Das, was wir im großen in unserem Volk gestalten wollen, das müssen Sie im Innern gut fundieren und fest unterbauen! Dem müssen Sie im Innern seelischen und gefühlsmäßigen Halt und Stabilität geben! Sie müssen in diesem Ringen, das wir heute um unseres Volkes Freiheit, Gleichberechtigung und Ehre und Frieden führen, die Ergänzung des Mannes sein, so daß wir mit dem Blick in die Zukunft als wirkliche Kämpfer vor dem Volk und für unser Volk bestehen können!

Dann wird niemals zwischen den beiden Geschlechtern Streit und Hader entbrennen können, sondern sie werden dann Hand in Hand gemeinsam kämpfend durch dieses Leben wandeln, so, wie die Vorsehung es gewollt hat, die sie zu diesem Zweck beide erschuf. Und dann wird auch der Segen einer solchen gemeinsamen Arbeit nicht ausbleiben. Dann wird nicht um Theorien ein irrer Kampf entbrennen, werden nicht wegen falscher Vorstellungen sich Mann und Weib entzweien, sondern dann wird auf ihrem gemeinsamen Lebenskampf der Segen des Allmächtigen ruhen!“

Am 9. September trat Hitler zum erstenmal seit dem 30. Juni wieder vor die SA. Diesmal begleiteten ihn nicht nur, wie 1933, der Stabschef zum Appell in die Luitpold-Arena, sondern auch der Reichsführer SS., der damit als neuer, nur Hitler untergeordneter Reichsleiter in Erscheinung trat.

Hitler hielt vor den 100 000 aufmarschierten SA.- und SS.-Männern folgende Ansprache: <sup>237)</sup>

„SA.- und SS.-Männer!

Zum vierten Male in der Geschichte der Partei ist die SA. und SS. auf diesem Platz angetreten. Vor zwölf Monaten zum Zeichen der Eroberung der Macht im Staate! Heute, um zu bekunden, daß diese Entwicklung ihren Fortgang und ihre Vollendung gefunden hat!

In unseren Händen liegt heute die Macht des Deutschen Reiches. Die nationalsozialistische Bewegung ist heute die Herrin Deutschlands. In den zwölf hinter uns liegenden Monaten ist eine Position nach der anderen von uns in Besitz genommen worden. Niemand, der nicht blind sein will, kann glauben, daß dieses Regiment beseitigt werden könnte oder gar vielleicht von selbst abtreten wird.

Diese zwölf Monate waren aber auch eine Zeit schaffender Arbeit in der nationalsozialistischen Bewegung selbst. Wenn ich mich entschloß, schon nach dieser kurzen Zeit

<sup>237)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 253 v. 10. 9. 1934.

9. September 1934

wieder einen Parteitag anzuberaumen, um Sie, meine Kameraden der SA. und SS., hierherzurufen, dann geschah es aber aus einem besonderen Grunde. Vor wenigen Monaten hat sich über die Bewegung ein schwarzer Schatten erhoben. Viele Gegner glaubten, die Zeit kommen sehen zu können, in der die Macht der Nationalsozialistischen Partei vielleicht ihr Ende finden würde.

Ich habe Sie, meine Kameraden, hierherbefohlen, um dreierlei zu dokumentieren:

1. die SA. hat ebensowenig wie irgendeine andere Institution der Partei mit diesem Schatten etwas zu tun;

2. um allen zu zeigen, daß mein Verhältnis zu euch, meine Kameraden, genau dasselbe ist wie seit 14 Jahren, und

3. um unseren Feinden zu zeigen, daß die Partei steht, und daß ihre SA. und ihre SS. stehen als Garanten der nationalsozialistischen Revolution.

Sie täuschen sich alle, die da glauben, daß auch nur ein Riß in das Gefüge unserer einzigen Bewegung gekommen sei. Sie steht fest wie dieser Block hier!

Und sie wird in Deutschland durch nichts zerbrochen. Wenn jemand sich aber an Geist und Sinn unserer Bewegung versündigt, wenn er sich versündigt am Geist meiner SA., dann trifft das nicht diese SA., sondern nur denjenigen selbst, der es wagt, sich an ihr zu versündigen.

Wir sind hier zu diesem Appell angetreten nicht nur, um zu zeigen, wie unzerstörbar fest das Gefüge der Bewegung und ihrer Organisation ist, sondern um auch zu zeigen, wie sie erfüllt ist nach wie vor vom Geist der Treue, der Disziplin und des Gehorsams, und um 126 Standarten der SA. und 57 Standarten der SS. zu übergeben.

Diese neuen Feldzeichen der Bewegung werden nun einrücken in die großen Kolonnen unserer alten Standarten. Ihr werdet sie vor euch tragen und werdet ihnen treu folgen so wie den alten.

Ihr werdet angesichts dieser Zeichen euch erinnern an das, was euch groß gemacht hat. Ihr werdet euch erinnern an die jahrelange Zeit der schweren Kämpfe, der Opfer, da es fast aussichtslos erschien, den Staat erobern zu können. Und ihr werdet euch erinnern der großen Beharrlichkeit aus der Kampfzeit, mit der dieser Kampf für Deutschland geführt werden mußte. Ihr werdet daraus die Lehre ziehen, daß das, was uns einst siegen ließ, uns nach dem Siege nicht verlassen darf, sondern daß wir uns heute mehr noch als früher zu den alten Tugenden bekennen müssen.

Der SA.-Mann und der SA.-Führer kann nichts anderes sein als treu, gehorsam, diszipliniert, bescheiden, opferwillig — oder er ist nicht SA.-Mann.

Wenn wir uns aber zu diesen alten Tugenden bekennen, dann wird nicht nur unsere Macht unzerbrechlich sein, sondern dann wird auch des deutschen Volkes Auferstehung sich weiter auswirken bis in die fernsten Zeiten. Denn wir sind nicht eine Erscheinung von Monaten oder Jahren, sondern das, was in diesen 15 Jahren wurde, soll bleiben für Jahrhunderte.

Nur ein Wahnsinniger oder ein bewußter Lügner kann sagen, daß ich oder irgend jemand jemals die Absicht hätte, das aufzulösen, was wir selbst in langen Jahren aufgebaut haben. Meine Kameraden, wir stehen fest zusammen für unser Deutschland, und wir müssen zusammenstehen für dieses Deutschland. Wir wollen auch in den vor uns liegenden Jahren die Bewegung stärken, indem wir die einzelnen Organisationen mehr noch als bisher zu einer einzigen Einheit zusammenfassen und miteinander verschmelzen. Unter unserer Fahne soll wirklich eine einzige und einheitliche Bewegung stehen. Das ist unser Ziel. Und wenn wir in diesem Sinn arbeiten, kann niemand es wagen, gegen diese gewaltigste Organisation der deutschen Geschichte Widerstand zu leisten oder sich ihr entgegenzusetzen.

So übergebe ich euch denn die neuen Feldzeichen in der Überzeugung, daß ich sie in die treuesten Hände gebe, die es in Deutschland gibt.

In den Zeiten hinter uns, da habt ihr mir eure Treue tausendfältig bewiesen.

In der Zeit vor uns kann es nicht anders und wird es nicht anders sein.

So grüße ich euch denn als meine alten treuen SA.- und SS.-Männer: Sieg-Heil!“

9. September 1934

Auf dem Nürnberger Marktplatz nahm Hitler dann den üblichen stundenlangen Vorbeimarsch der Parteiformationen ab. Außerdem begrüßte er an diesem 9. September noch die nach Nürnberg gekommenen *ausländischen Diplomaten* in ihrem Sonderzug auf dem Nürnberger Hauptbahnhof<sup>238)</sup>.

Papen war am 7. September ebenfalls nach Nürnberg gekommen, um bei der vaterländischen Parteitag demonstration nicht zu fehlen.

Am 10. September folgte zum erstenmal ein Tag der Wehrmacht mit manövermäßigen Vorführungen von Reichswehrtruppen auf der Zeppelinwiese<sup>239)</sup>. Für dieses Mal verzichtete Hitler noch darauf, über seine Anwesenheit hinaus mit einer Ansprache an die Soldaten zu glänzen oder die Spitzen der Reichswehrgeneralität an sich vorbeimarschieren zu lassen.

Am Nachmittag des 10. September wurde der Parteitag, wie üblich, durch eine *Schlussansprache Hitlers vor dem Parteikongress* beendet<sup>240)</sup>.

Am 12. September empfing Hitler im Berliner Reichspräsidentenpalais die *akkreditierten Diplomaten*, die ihm als dem neuen Staatsoberhaupt ihre Aufmerksamkeit machten. Der päpstliche Nuntius, Monsignore Cesare Orsenigo, richtete dabei als Doyen des Diplomatischen Korps folgende Ansprache an Hitler:<sup>241)</sup>

„Herr Deutscher Reichskanzler!

Das Diplomatische Korps freut sich, vor Ihrer Person zu erscheinen, um dem unmittelbaren Nachfolger des hochverehrten Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg, dessen Andenken unauslöschlich in unserem Herzen eingepägt ist, seine aufrichtige Gratulation und die besten Wünsche darzubringen.

Durch unser heutiges Erscheinen möchten wir Euerer Exzellenz zum Ausdruck bringen, daß ein jeder von uns dem neuen Oberhaupt des Deutschen Reiches gegenüber dieselbe Bezeugung der Ehrerbietung und die gleiche Versicherung der gegenseitigen Zusammenarbeit, die er bereits anlässlich der Überreichung seines Beglaubigungsschreibens ausgesprochen hat, heute erneuert.

Wir sind der Überzeugung, daß Euere Exzellenz alle unsere Bemühungen bei Erfüllung der edlen Mission, die unsere Staatsoberhäupter uns anvertraut haben, angelegentlichst unterstützen werden, um die guten Beziehungen zwischen Deutschland und unseren Ländern aufrecht zu erhalten und zu festigen, und so zur Erhaltung des Friedens in der Welt beizutragen.

Wir wissen wohl, daß man nur durch das Erstarken des Geistes der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Nächstenliebe in der Welt zur Befriedung der Völker gelangen kann. Und wir sind glücklich darüber, daß Euere Exzellenz zu wiederholten Malen die Erklärung abgegeben haben, daß Deutschland, im Herzen Europas gelegen, fest entschlossen ist, ein wirksamer Faktor des Friedens zu sein.

Wir können bereits feststellen, mit welcher hingebenden Sorge Euere Exzellenz in Ihrem neuen Amte daran arbeiten, Ihrem Vaterlande über die schmerzlichen Folgen der Arbeitslosigkeit hinwegzuhelfen und die Wohlfahrt des deutschen Volkes herbeizuführen.

So geben wir dem Wunsche Ausdruck, es möge Ihrem Vaterlande unter der nunmehr in Ihren Händen vereinigten obersten Regierungsgewalt gegönnt sein, eine Wohlfahrt zu erreichen, die die innere Ruhe Ihres Landes gewährleisten kann. Wir wünschen auch, daß Deutschland den Besitz aller Güter einer höheren Ordnung, die den wahren Schatz einer jeden Nation bilden, immer mehr befestige.

<sup>238)</sup> Bericht im VB. Nr. 253 v. 10. 9. 1934.

<sup>239)</sup> Bericht im VB. Nr. 254 v. 11. 9. 1934.

<sup>240)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 254 v. 11. 9. 1934.

<sup>241)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 256 v. 13. 9. 1934.



12. September 1934

Möge die göttliche Vorsehung diesen Wünschen und Hoffnungen Verwirklichung verleihen für die Größe Ihres teureren Vaterlandes, das Ihnen soeben das höchste Amt des Deutschen Reiches übertragen hat.“

Hitler, der Frack trug, dankte mit folgenden Worten:

„Herr Nuntius!

Eurer Exzellenz danke ich aufs herzlichste für die Glückwünsche, die Sie mir im Namen des Diplomatischen Korps' aus Anlaß der Übernahme des bisherigen Amtes des Reichspräsidenten ausgesprochen haben. Mit besonderem Danke erfüllt es mich, daß Sie dabei noch einmal des verewigten Herrn Reichspräsidenten Generalfeldmarschalls von Hindenburg gedachten. Die Erinnerung an ihn wird unauslöschlich im Herzen aller Deutschen weiterleben.

Sie haben, Herr Nuntius, der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß ich Sie in Ihrer Aufgabe, die guten Beziehungen zwischen Ihren Ländern und Deutschland aufrechtzuerhalten und zu festigen, unterstützen werde.

Es ist mein Wille, enge und aufrichtige Verbindungen zwischen Deutschland und den fremden Mächten zu erhalten und dadurch ein gegenseitiges Verstehen und Kennenlernen zu fördern, das zur Zeit noch vielfach fehlt und das die Grundlage wechselseitiger Achtung und Anerkennung ist. Die großen Aufgaben, die wir uns gestellt und — wie Sie, Herr Nuntius, selbst sagen — mit Erfolg in Angriff genommen haben, können wir nur lösen, wenn uns und der Welt der Frieden erhalten bleibt. Auch heute und vor Ihnen, meine Herren Vertreter der fremden Staaten, erkläre ich, daß es das unverrückbare Ziel meiner Politik ist, Deutschland zu einem festen Hort des Friedens zu machen. Nicht Macht und Gewalt sollen die Beziehungen unter den Völkern bestimmen, sondern der Geist der Gleichberechtigung sowie die Achtung vor der Arbeit und Leistung eines jeden anderen Volkes. Unter dem Schutze dieses Friedens werden ich und mit mir die Reichsregierung alle Kräfte der seelischen Wiederaufrichtung unseres unter den Nöten des Krieges und der Nachkriegszeit fast zusammengebrochenen Volkes, der inneren Neuordnung unseres Reiches und der Überwindung seiner wirtschaftlichen und sozialen Not widmen. Wenn wir diese Aufgaben zu lösen vermögen — und wir werden sie lösen —, so dient Deutschland nicht nur sich selbst, sondern der ganzen Welt, und es trägt damit zu seinem Teil bei zum Wohle und zum Fortschritt der Menschheit. Zu diesem Werke, das hoffen wir zuversichtlich, wird uns der Segen der göttlichen Vorsehung, den Sie, Herr Nuntius, in so warmen Worten für uns anrufen, nicht versagt sein.

Ich bitte Sie, meine Herren, zugleich für Ihre Staatsoberhäupter, Regierungen und Länder meine aufrichtigsten Wünsche für eine glückliche Zukunft unser aller Völker entgegenzunehmen.“

Am 30. September fand zum zweitenmal das sogenannte *Erntedankfest auf dem Bückeberg* bei Hameln statt. Dieser riesigen Bauernkundgebung war ein *Empfang von Bauernabordnungen in Goslar* vorangegangen, bei dem Hitler in der Kaiserpfalz sich kurz über die Bedeutung des Bauernstandes ausließ<sup>242)</sup>.

Die lange Rede auf dem Bückeberg vor 700 000 Bauern enthielt die üblichen Betrachtungen Hitlers über das „Bauerntum als Gegenpol gegenüber der intellektuellen Verstädterung“. Im Vollgefühl seiner neuen militärischen Machtstellung konnte er es sich jedoch nicht versagen, seinen innen- und außenpolitischen Gegnern zu erklären, er scheue auch „den schlimmsten Fall“ nicht, womit er offensichtlich den Krieg meinte. Hitler erklärte:

„Sie [die Gegner] werden uns niemals niederzwingen, sondern im schlimmsten Fall eher noch unabhängiger machen. Das nationalsozialistische Deutschland steht heute fester als je zuvor, und der 19. August war die eindeutigste und beste Bestätigung für diese Tatsache.“

Am 8. Oktober begab sich Hitler nach Landsberg und begrüßte in der dortigen

<sup>242)</sup> Bericht im VB. Nr. 274 v. 1. 10. 1934. Dort auch Wortlaut der Rede auf dem Bückeberg.

8. Oktober 1934

Strafanstalt Mithäftlinge und Anstaltsbeamte aus der Zeit seiner dortigen Inhaftierung im Jahre 1924<sup>243)</sup>.

Am 9. Oktober sandte Hitler nach Bekanntwerden des Attentats auf den jugoslawischen König Alexander und den französischen Außenminister Barthou folgendes Telegramm an die Königinwitwe von Jugoslawien:<sup>244)</sup>

„Tieferschüttert durch die Nachricht von dem fluchwürdigen Attentat, dem Seine Majestät der König zum Opfer gefallen ist, bitte ich Ew. Majestät, den Ausdruck meines aufrichtigsten Beileids entgegenzunehmen und der Anteilnahme des deutschen Volkes versichert zu sein.

Adolf Hitler, Deutscher Reichskanzler.“

Ein ähnliches Telegramm sandte Hitler an den Präsidenten der französischen Republik, Albert Lebrun. Er eröffnete damit eine lange Reihe telegraphischer Äußerungen als deutsches Staatsoberhaupt, die fast ebenso zahlreich wurden wie seine Reden und auch im April 1945 noch nicht aufhörten, obwohl schließlich fast nur noch die Slowaken und Kroaten als Empfänger solcher Hitlerscher Adressen übrigblieben.

Am 9. Oktober sprach Hitler *in Berlin zur Eröffnung des 2. Winterhilfswerkes*<sup>245)</sup>. Er behauptete dabei, das Winterhilfswerk sei sozusagen ein Mittel, um das deutsche Volk gegen die politische Unvernunft zu versichern.

„Es hat daher besonders der Reichtum nicht nur höhere Genußmöglichkeit, sondern vor allem aber auch höhere Pflichten. Die Auffassung, daß die Verwendung eines Vermögens in jedem Umfange nur Privatangelegenheit des einzelnen sei, muß im nationalsozialistischen Staat um so mehr eine Korrektur erfahren, als ohne die Mitwirkung der Gesamtheit kein einzelner sich eines solchen Vorzuges erfreuen könnte.

Wenn ich mich an diese mittleren und besser gestellten Kreise besonders wende, dann geschieht es, weil ich von den breiten Massen unseres Volkes in Stadt und Land die Opferwilligkeit an sich genügend kenne und weiß, daß sie, die so oft unter dem Fluch der Arbeitslosigkeit und des wirtschaftlichen Elends schon selbst gelitten haben, das größte Verständnis aufbringen für ihre auch heute noch unglücklichen Volksgenossen.

Ich glaube aber, daß es dabei notwendig ist, noch besonders auf dieses hinzuweisen:

Wir haben heute auch in Deutschland ein weit ausgebautes Versicherungswesen. Gegen Brand und Wasserschäden, gegen Diebstahl und Einbruch, gegen Hagelschlag und Dürre, gegen Krankheit und Tod versichern sich die Menschen und geben dafür Milliardenbeträge aus. Wehe dem Volk aber, das vergißt, daß das höchste Gut, das es versichern sollte, seine politische Vernunft ist. Jene politische Vernunft, die in der Volksgemeinschaft ihren gesunden Ausdruck findet.

Das deutsche Volk kann heute glücklich sein, daß es zu dieser Vernunft wieder zurückgefunden hat. Es muß aber jeder wissen, wie ungeheuer der Nutzen für alle ist, der aus dieser gesunden politischen Entwicklung kam.

Vielleicht gefällt es Ihnen, meine Volksgenossen, nur einen Augenblick von Deutschland wegzusehen und die Zustände in anderen Ländern zu überprüfen. Unruhen, Bürgerkrieg, soziale Kämpfe, wirtschaftliche Krisen lösen einander ab. Die Fackel des Aufruhrs wird überall landauf und landab getragen. Streiks und Aussperrungen zerstören Milliarden an Volksvermögen, und dabei ist das Elend überall fast ein gleich großes. Dies alles haben wir in Deutschland überwunden.

Aber nicht etwa, weil ein paar Wirtschaftler ihre Fabriken in Gang brachten, sondern weil die durch den Nationalsozialismus geschaffene Volksgemeinschaft diesen politischen und wirtschaftlichen Wahnsinn beseitigte und damit erst den Fabriken Aufträge, den Arbeitern und Unternehmern einen Verdienst sicherte und zukommen ließ.“

<sup>243)</sup> Bericht im VB. Nr. 282 v. 9. 10. 1934.

<sup>244)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 283 v. 10. 10. 1934.

<sup>245)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 283 v. 10. 10. 1934.

9. Oktober 1934

Dieser Appell Hitlers an die politische Vernunft war um so delikater, als er seit Jahren alles darauf anlegte, dem deutschen Volk, zumindest in außenpolitischer Hinsicht, jede Vernunft zu nehmen. Er konzentrierte seine rhetorische Kraft vielmehr darauf, seine eigenen, 1919 gefaßten Ideen, die mit der realen Wirklichkeit absolut nicht übereinstimmten, zum allgemeingültigen Dogma zu erheben.

Am 29. Oktober gratulierte Hitler dem *türkischen Staatspräsidenten Atatürk* (Mustapha Kemal Pascha) zum türkischen Nationalfeiertag mit folgendem *Telegramm*:<sup>246)</sup>

„Eurer Exzellenz spreche ich anlässlich des türkischen Nationalfeiertages meine herzlichsten Glückwünsche aus, mit denen ich meine besten Wünsche für Euer Exzellenz persönliches Wohlergehen und für das weitere Gedeihen der türkischen Nation verbinde.  
Adolf Hitler, Deutscher Reichskanzler.“

Am 30. Oktober empfing Hitler die Landesbischöfe Marahrens, Meiser und Wurm, die in Opposition zu dem Reichsbischof Müller standen, in der Reichskanzlei zur *Aussprache über kirchenpolitische Fragen*<sup>247)</sup>.

Am 31. Oktober empfing Hitler die Reichsstatthalter anlässlich ihrer Verteidigung auf das neue Staatsoberhaupt und hielt vor ihnen eine *Ansprache über politische und wirtschaftliche Tagesfragen*<sup>248)</sup>.

Am gleichen Tag besichtigte Hitler das im Bau befindliche Olympiastadion in Berlin<sup>249)</sup> und hielt außerdem noch eine *Rede vor den SA.-Gruppenführern*<sup>250)</sup>.

Am 8. und 9. November fanden die Erinnerungsfeierlichkeiten für den mißlungenen Putsch von 1923 in München statt. Die Atmosphäre war nicht zu vergleichen mit dem Begeisterungsturm im Vorjahr. Die Ereignisse vom 30. Juni waren noch zu frisch in Erinnerung und überschatteten die Zusammenkunft der alten Kämpfer. Hitler verzichtete daher in diesem Jahr auf eine Wiederholung des Erinnerungsmarsches zur Feldherrnhalle.

Bei seiner *Rede im Bürgerbräukeller* am 8. November<sup>251)</sup> sprach sich Hitler selbst Mut zu und behauptete, man könne jede Katastrophe in einen Sieg verwandeln, wenn man nur den Willen dazu habe.

„Der Sinn des 8. und 9. November 1923 liegt für uns in dem, daß damals diese Bewegung ihre innere Härte und Widerstandsfähigkeit erwies. Wenn jemals das Schicksal uns Ähnliches aufbürden wird, dann können wir uns erinnern an den Tag, da wir schon glaubten, die Macht in unserer Faust zu haben, und wenige Stunden später in die Gefängnisse wanderten, an den Tag, da wir überzeugt waren, in größter Schlagfertigkeit dazustehen, und am nächsten Tage nichts mehr besaßen. Wie kam es, daß wir trotzdem diese Katastrophe überwunden haben?

Die Bewegung hat damals einen geschichtlichen Befehl erfüllt und den Besserwissern von heute kann man nur eines sagen: ihr alle habt nicht Clausewitz gelesen oder, wenn ihr ihn gelesen habt, nicht begriffen, ihn anzuwenden auf die Gegenwart. Clausewitz schreibt, daß selbst nach einem heroischen Zusammenbruch noch immer ein Wiederaufbau möglich ist. Nur die Feiglinge geben sich selbst auf, und das wirkt und pflanzt sich fort wie ein schleichender Gifftropfen. Und da wächst die Erkenntnis, daß es immer

<sup>246)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 303 v. 30. 10. 1934. Hitler verehrte Atatürk als „Führerpersönlichkeit“ und sandte ihm bei jeder Gelegenheit herzlichste Glückwunschtelegramme. Er scheint nie etwas davon gehört zu haben, daß Atatürk alles andere als deutschfreundlich war.

<sup>247)</sup> Bericht im VB. Nr. 304 v. 31. 10. 1934.

<sup>248)</sup> Bericht im VB. Nr. 305/306 v. 1./2. 11. 1934.

<sup>249)</sup> Bericht im VB. Nr. 305/306 v. 1./2. 11. 1934.

<sup>250)</sup> Hinweis im VB., Berliner Ausgabe, v. 1. 12. 1934.

<sup>251)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 314 v. 10. 11. 1934.

noch besser ist, wenn notwendig, ein Ende mit Schrecken auf sich zu nehmen als einen Schrecken ohne Ende zu ertragen.“

Wie im Vorjahr gab sich Hitler Mühe, das Fiasko vom Jahre 1923 nachträglich doch noch als richtigen Entschluß zu deuten. Man habe jedenfalls gezeigt, daß man Mut zum Handeln besaß, und außerdem würde sonst angeblich der Separatismus in Deutschland sein Haupt erhoben haben.

„Und dann konnte man auch nicht immer nur reden. Man mußte einmal auch handeln. Denn am Ende zwingt nur die Tat die Männer in ihren Bann.

Wir mußten im Jahre 1923 handeln, weil es der letzte Versuch der Separatisten in Deutschland war, der damals uns gegenüberstand. Die Not war ungeheuerlich, die Inflation hatte die Menschen um ihr letztes Hab und Gut gebracht, der Hunger wütete. Die Menschen konnten mit keinem Tag mehr rechnen. Wer damals die Fahne aufzog, dem wurde Gefolgschaft geleistet. Es gab viele Menschen, die einfach sagten: Wer handelt, das ist gleichgültig. Entscheidend ist, daß jemand den Mut hat, zu handeln. Wenn ein anderer den Mut gehabt hätte, zu handeln, das Volk wäre ihm nachgelaufen. Es hätte gesagt: Gut ist es, einer wagt es.

Wenn die Männer gehandelt hätten, die uns gegenüberstanden, dann stand höchste Gefahr vor der Tür. Es wäre dann am 12. November 1923 von den andern gehandelt worden in dem Sinne, den man uns damals so oft als Weisheit predigte, nämlich: Norddeutschland wird ohnehin bolschewistisch, wir müssen uns daher separieren! Wir müssen den Norden ausbrennen lassen! Erst wenn das geschehen, kann man sich später wieder mit ihm vereinigen! Wie man sich trennt, hat man wohl gewußt. Wie man jemals aber wieder zusammengekommen wäre, das hat die Herren wenig beschwert.

Und deshalb waren wir damals entschlossen, vorher zu handeln. Wir wollten damals keinen Staatsstreich machen. Aber einen Entschluß hatte ich: Wenn die Gegenseite so weit kommt, daß ich weiß, sie wird schlagen, werde ich vier Tage vorher losschlagen. Wenn man mir sagt: ‚Ja, aber die Folgen!‘, so erwidere ich: ‚Die Folgen konnten niemals schlimmer sein, als wenn man nicht gehandelt hätte.‘“

Jetzt wußte man es also: Die „Gegenseite“ hatte 1923 losschlagen wollen, und Hitler war gerade noch um vier Tage zuvorgekommen! Es war dieselbe Taktik, die Hitler später zur Begründung seiner Überfälle auf Polen, Dänemark und Norwegen, Belgien, Holland, Luxemburg, Jugoslawien und Rußland anwandte, nur daß er dabei dem sogenannten „Gegner“ um 24 Stunden zuvorgekommen sein wollte.

Zum Schluß seiner Rede spielte er offensichtlich nicht nur auf die Opfer des 9. November 1923, sondern auch des 30. Juni 1934 an. Er erhob die von ihm ermordeten Männer gewissermaßen ebenfalls zu Blutzeugen der Bewegung, weil auch sie für Hitler, d. h. für die Größe Deutschlands, gestorben waren<sup>252</sup>). Das vergossene Blut sei zum „Taufwasser des Dritten Reiches“ geworden.

„Und wir haben nur einen einzigen Schmerz, daß nicht mehr alle bei uns sein können, die damals mit uns marschiert sind, daß leider eine Anzahl unserer allerbesten, treuesten und fanatischsten Kämpfer das Ziel, für das sie stritten, nicht mehr erlebt haben. Allein auch sie weilen im Geiste in unseren Reihen, im Jenseits werden sie wissen, daß ihr Kampf nicht vergeblich war.

Das Blut, das sie vergossen haben, ist Taufwasser geworden für das Dritte Reich.

Und so wollen wir in diesem neuen Reich zurückblicken auf das, was hinter uns liegt, noch in fernster Zukunft, und wollen uns ein Bekenntnis einprägen:

Wir wollen stets entschlossen sein, zu handeln! Jederzeit bereit, wenn es notwendig ist, zu sterben! Niemals gewillt, zu kapitulieren!“

<sup>252</sup>) Hitler erklärte in Parteikreisen noch des öfteren, auch die Opfer des 30. Juni seien „für des Vaterlandes Befreiung“ gestorben. Er spielte damit auf die Inschrift des Münchener Denkmals für die bayerischen Gefallenen während des napoleonischen Rußlandfeldzugs an (Obelisk am Karolinenplatz). Den Hinterbliebenen der Toten des 30. 6. 1934 setzte er hohe Renten aus.

9. November 1934

Bemerkenswert war in diesem Zusammenhang auch eine „Stiftung für die Blutzeugen der Bewegung“, die Hitler am 9. November durch eine Verfügung verkündete<sup>253)</sup>.

Anstelle des Gedächtnismarsches fand am 9. November vor der Feldherrnhalle die Vereidigung der jüngsten Parteimitglieder, die aus der HJ. hervorgegangen waren, statt. Hitler hielt dabei folgende Rede: <sup>254)</sup>

„Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen!

In tiefer Ergriffenheit stehen wir heute wieder an diesem Platz. Er ist die Mahnung an die ersten Toten unserer Bewegung, und es ist ein Symbol, daß auf diesem Platze die Vereidigung der Rekruten der Partei stattfindet.

Der Platz des Todes wird damit zur Schwurstätte des Lebens. Und wir können keine schönere Erinnerungsfeier an dieser Stelle abhalten, an der unsere Kameraden einst gefallen sind, als die Vereidigung derjenigen, die sich zu ihrem Werke als deutsche Jugend wieder bekennen.

Ihr werdet, ich weiß es, genau so treu sein, genau so tapfer sein wie unsere alten Kameraden!

Und ihr werdet Kämpfer sein müssen! Denn noch sind viele, viele Gegner unserer Bewegung in Deutschland vorhanden. Sie wollen nicht, daß Deutschland stark sei. Sie wollen nicht, daß unser Volk einig sei. Sie wollen nicht, daß unser Volk seine Ehre vertritt. Sie wollen nicht, daß unser Volk frei sein soll.

Sie wollen es nicht, aber wir wollen es, und unser Wille wird sie niederzwingen!

Und euer Wille wird mit uns sein, und ihr werdet mithelfen, den Willen von damals zu erhalten und zu verewigen. Wir werden auch diese Letzten beugen unter diesen Willen.

Wir werden dafür sorgen, daß die Zeit, die diese Opfer einst forderte, in Deutschland nach menschlichem Ermessen niemals wiederkehrt!

Die Partei ist heute nicht etwa am Ende ihrer Mission, sondern erst am Anfang! Sie ist erst in ihre Jugend eingetreten. Und so kommt ihr, meine deutsche Jugend, in nichts Fremdes hinein, sondern die Jugend stößt zur Bewegung der Jugend, und diese Bewegung der Jugend begrüßt euch daher als ihresgleichen.

Ihr habt die Aufgabe, mitzuhelfen an der Erfüllung dessen, was die Alten sich einst erhofften.

Ich habe die Überzeugung von euch, daß ihr, die ihr schon im Geiste dieses neuen Deutschlands gewachsen und geworden seid, diese Aufgabe erfüllen werdet, daß ihr eingedenk sein werdet unseres alten Bekenntnisses: daß es nicht wichtig ist, daß auch nur einer von uns lebt, aber notwendig, daß Deutschland lebt!“

Es war eigenartig, daß Hitler hier von „vielen, vielen Gegnern der Bewegung in Deutschland“ sprach. Die pessimistische Stimmung, die Hitler in den Monaten November und Dezember an den Tag legte, dürfte wohl mit ein Anlaß für die damaligen Attentatsgerüchte gewesen sein<sup>255)</sup>.

Am 13. November richtete Hitler an den *Vorsitzenden des olympischen Organisationskomitees, Staatssekretär a. D. Dr. Lewald*, folgendes Telegramm: <sup>256)</sup>

„Sehr verehrte Exzellenz!

Im Namen des Organisationskomitees für die XI. Olympiade Berlin 1936 haben Sie an mich die Bitte gerichtet, die durch das Ableben des Reichspräsidenten Generalfeldmarschalls von Hindenburg erledigte Schirmherrschaft über die Spiele der XI. Olympiade

<sup>253)</sup> Wiedergegeben im VB. Nr. 313 v. 9. 11. 1934.

<sup>254)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 314 v. 10. 11. 1934.

<sup>255)</sup> Vgl. S. 461.

<sup>256)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 337 v. 3. 12. 1934. Faksimile-Wiedergabe im Bote vom Steigerwald, Gerolzhofen, v. 8. 12. 1934.

13. November 1934

zu übernehmen. Dieser Bitte will ich gern entsprechen. Ihnen und dem Organisationskomitee wünsche ich weiterhin erfolgreiche Arbeit.

Mit deutschem Gruß: Adolf Hitler.“

Deutschland und Polen hatten ihre Gesandtschaften zu Botschaften erhoben. Aus diesem Grunde empfing Hitler am 14. November in der Reichskanzlei den zum Botschafter ernannten bisherigen Gesandten Josef *Lipski*. Nachdem dieser sein neues Beglaubigungsschreiben überreicht und die günstige Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen hervorgehoben hatte, erwiderte Hitler mit folgender *Ansprache*:<sup>257)</sup>

„Herr Botschafter! Ich habe die Ehre, aus Ihren Händen das Schreiben entgegenzunehmen, mit dem der Herr Präsident der Republik Polen Sie als außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei mir beglaubigt.

Auch ich sehe in der Erhebung der beiden Vertretungen Deutschlands und Polens zu Botschaften ein erfreuliches Zeichen für die glückliche Entwicklung, die die Beziehungen zwischen unseren Ländern genommen haben. Der Neugestaltung dieser Beziehungen, die sich auf den übereinstimmenden Entschluß der deutschen Regierung und der polnischen Regierung stützt, kommt angesichts der mannigfachen Schwierigkeiten in der gegenwärtigen politischen Lage Europas eine ganz besondere Bedeutung zu. Sie ist geeignet, nicht nur der Förderung der Interessen der beiden Länder zu dienen, sondern auch ein wichtiger Faktor für die Sicherung des allgemeinen Friedens zu sein. Die bisher schon erzielten Ergebnisse können uns nur bestärken in dem Willen, auf dem eingeschlagenen Wege weiter fortzuschreiten, die Zusammenarbeit auf den verschiedenen Gebieten unserer Beziehungen immer mehr zu vertiefen und so in gegenseitiger Achtung und in gegenseitigem Verstehen ein festes und dauerhaftes freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und Polen zu begründen. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet ist Deutschland gern bereit, zur Überwindung der durch die gegenwärtige Krise verursachten Schwierigkeiten das Seinige beizutragen und den beiderseitigen Warenaustausch nach Möglichkeit zu fördern.

Ich begrüße es, daß Sie, Herr Botschafter, der Sie an der Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen schon so erfolgreich mitgearbeitet haben, von Ihrer Regierung dazu ausersehen sind, sich nun auch in Ihrer neuen Eigenschaft dieser Aufgabe zu widmen. Sie können überzeugt sein, daß Sie bei Ihrer Arbeit stets meine Unterstützung und auch die Unterstützung meiner Regierung finden werden.“

Im November hatte Hitler auch eine *Unterredung mit dem Vorsitzenden der Vereinigung der französischen Frontkämpfer, Jean Goy*, und verzichtete dabei ausdrücklich auf Elsaß-Lothringen. Die Wiedergabe des Interviews in Frankreich fand nicht Hitlers Billigung, so daß am 24. November eine offizielle deutsche Darstellung veröffentlicht und die Worte Hitlers, wie folgt, angegeben wurden:<sup>258)</sup>

„Die deutschen und französischen ehemaligen Frontkämpfer haben sich während des Krieges kennengelernt und haben voneinander einen richtigen Begriff ihres Wertes und des Wertes jeder Nation bekommen. Sie sind besser als andere befähigt, diesen Wert in Frieden zu achten. Zwischen unseren beiden Völkern darf es keine Mißverständnisse geben. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten gehen vom Saarproblem aus. Die französische Presse will die Annahme aufkommen lassen, daß wir Deutschen einen Putsch vorbereiteten. Es ist eine reine Torheit, zu glauben, daß Deutschland durch Gewaltanwendung die kommende Volksbefragung zu stören suchen will. Ich erkläre formell, daß wir uns vor dem Ergebnis der Volksabstimmung, gleichviel wie sie ausfällt, beugen werden. Ich hatte übrigens dem französischen Außenminister vor einigen Monaten vorgeschlagen, ein Protokoll zur Regelung aller eventuellen Schwierigkeiten auszuarbeiten. Aber ich habe keine Antwort bekommen.“

<sup>257)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 319 v. 15. 11. 1934.

<sup>258)</sup> Veröffentlicht im VB. Nr. 330 v. 26. 11. 1934. DNB.-Text v. 24. 11. 1934.

24. November 1934

Als das Gespräch dann auf die Verträge übergegriffen habe, habe der Führer lebhaft von den moralischen Ehrenforderungen des deutschen Volkes gesprochen und hinzugefügt:

„Es kann von einer Versetzung eines Grenzpfahles nicht die Rede sein. Sie kennen meine Auffassung hinsichtlich Elsaß-Lothringens. Ich habe ein für allemal erklärt, daß es keine Lösung wäre, alle 20 oder 30 Jahre Krieg zu führen, um Provinzen wieder zu nehmen, die Frankreich stets Schwierigkeiten verursachten, wenn sie französisch waren, und Deutschland, wenn sie deutsch waren. Hier denkt das heutige Deutschland nicht so wie das frühere Deutschland. Wir denken nicht an zu erobrende Quadratkilometer von Gebiet. Wir haben die Sicherung des Lebens unseres Volkes im Auge. Worauf es jetzt ankommt ist, zu arbeiten, um eine neue soziale Ordnung herzustellen. Man wird andeuten können, ich suche nur Zeit zu gewinnen, um meine Vorbereitungen zu vollenden.

Darauf antworte ich, daß mein Arbeitsplan derartig ist, daß der Mann, der das Ziel wird erreichen können, das ich mir gesteckt habe, von der Dankbarkeit seines Volkes ein viel größeres Denkmal verdienen wird als dasjenige, das ein ruhmreicher Führer nach zahlreichen Siegen verdienen könnte.

Wenn Frankreich und Deutschland sich verständigen, so wird eine große Anzahl von Nachbarvölkern einen Seufzer der Erleichterung ausstoßen, und ein Alpdruck würde verschwinden. Es würde sich eine sofortige Entspannung ergeben, eine Besserung der Wirtschaftsbeziehungen aller Länder Europas. Von unseren beiden Völkern hängt es ab, daß dieser Traum Wirklichkeit wird. Ich bin der Ansicht, daß die Männer, die den Krieg mitgemacht haben und die in ihrer Mehrzahl noch in dem Alter stehen, um aufs neue mobilisiert zu werden, eine klarere Vorstellung von den Gefahren haben, die die Nichtverständigung beider Völker heraufbeschwört. Die Männer, die den Krieg mitgemacht haben, sind offener, ihre Haltung ist brutaler. Aber deswegen wagen sie, den Schwierigkeiten ins Auge zu sehen, und das ist die einzige Methode, um sie leichter zu lösen. Ohne Rücksicht auf die diplomatischen Gepflogenheiten müssen sie sich ihre natürlichen Besorgnisse anvertrauen und rechtzeitig mitteilen, um die Konfliktsgefahren zum Verschwinden zu bringen.“

Am 19. November weilte Hitler im Kreise der Kämpfer von Brzezini in Berlin <sup>259)</sup>.

Vom 23. November bis zum 18. Dezember hüllte er sich jedoch fast völlig in Schweigen. Eine angekündigte Rede bei der Jahresfeier der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ am 27. November in Berlin fiel aus, da Hitler „wegen politischer Arbeit verhindert sei“ <sup>260)</sup>. Stattdessen sprach Rudolf Heß und überbrachte die Grüße des Führers. Da sich Hitler in diesen Wochen auch wenig in der Öffentlichkeit zeigte, hielten sich hartnäckig Gerüchte, es sei ein Attentat auf ihn verübt worden.

Der Attentäter sei ein Verwandter (Neffe oder Nichte) des Generals Schleicher gewesen und bei dem Anschlag selbst ums Leben gekommen. Hitler sei am linken Arm verletzt worden. Auch ein Chauffeur von ihm, aber nicht Schreck <sup>261)</sup>, sei dabei getötet worden.

Diese Gerüchte kursierten damals vor allem in Parteikreisen, allerdings waren sie auch schon bei den Gedenkfeiern zum 9. November in München zu hören. Wäre an diesen Behauptungen etwas Wahres gewesen, so hätte es sich um den ersten und einzigen Fall gehandelt, daß ein Attentäter Hitler Auge in Auge ent-

<sup>259)</sup> DNB.-Meldung vom 19. 11. 1934. Es handelt sich um eine Soldatenvereinigung aus dem Weltkrieg. General von Litzmann, der „Löwe von Brzezini“, war der Vorsitzende.

<sup>260)</sup> DNB.-Meldung v. 27. 11. 1934. Am Vormittag hatte Hitler noch die Kriegsbilderausstellung von Prof. Ludwig Dettmann im Berliner Zeughaus besichtigt (VB. Nr. 332 v. 28. 11. 1934).

<sup>261)</sup> Julius Schreck, langjähriger Chauffeur Hitlers, der ihm äußerlich ähnlich sah und in der Kampfzeit gelegentlich als Double Hitlers verwandt wurde, so z. B. am 4. 1. 1933 zur Geheimhaltung des Treffens Hitler — Papen.

gegengetreten wäre. Alle Bemühungen, Licht in diese mysteriöse Angelegenheit zu bringen, waren jedoch vergeblich<sup>262)</sup>. Weder von den Überlebenden aus Hitlers Umgebung noch von anderen Zeitgenossen ist nach dem 2. Weltkrieg etwas über ein solches Attentat zu Protokoll gegeben worden. Es scheint sich also um eine Mystifikation gehandelt zu haben. Tatsache waren jedoch die auffällige Zurückgezogenheit Hitlers im November und Dezember 1934, die Verdoppelung der Wachen auf dem Obersalzberg und andere Vorsichtsmaßnahmen. Die Ursache hierfür dürfte jedoch mit ziemlicher Sicherheit in den unerwarteten Schwierigkeiten zu suchen sein, die Hitler durch erneute Spannungen zwischen Reichswehr und Partei bzw. SS. bereitet wurden. Die Reichswehr pochte auf ihr von Hitler gewährtes Recht, „der einzige Waffenträger der Nation“ zu sein. Die SS.-Führer, von Hitler ebenfalls gestärkt, waren natürlich anderer Ansicht. Die alten Parteigenossen, die in der Reichswehr gewöhnlich einen Hort der Reaktion erblickten, fürchteten nicht ganz mit Unrecht, die Generäle wollten das Dritte Reich allmählich in eine Militärdiktatur umwandeln.

Die neue Krise, die damals in der Staatsführung entstanden war, wurde nicht nur durch die Zurückgezogenheit Hitlers, sondern auch an anderen Anzeichen spürbar. Man brauchte nicht einmal ausländische Zeitungen zur Hand zu nehmen. Der aufmerksame Zeitungsleser konnte damals in der deutschen Presse vieldeutige Dementis über Unstimmigkeiten zwischen Partei und Reichswehr lesen<sup>263)</sup>.

Die Nachrichten, die über Hitler im Dezember an die Öffentlichkeit gelangten, waren recht spärlich. Seine geliebte Redetätigkeit schien er fast ganz eingestellt zu haben.

Am 4. Dezember wurde eine *Verfügung Hitlers* über die Abberufung des schlesischen Gauleiters Helmuth Brückner<sup>264)</sup> „wegen parteischädigenden Verhaltens“ bekanntgegeben. Nachfolger wurde der bisherige Gauleiter von Westfalen-Süd, Josef Wagner.

Am 5. Dezember wurde der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Hitlers alter Kampfgenosse Gottfried Feder, gleichzeitig auch Reichskommissar für das Siedlungswesen, ohne nähere Angabe von Gründen abberufen<sup>265)</sup>.

Am 6. Dezember besuchte Hitler in Begleitung des Reichswehrministers Generaloberst von Blomberg, des Chefs der Heeresleitung, General von Fritsch, und des Reichsaußenministers von Neurath den Generalfeldmarschall von Mackensen in Frankenwalde bei Stettin und gratulierte ihm persönlich zum 85. Geburtstag<sup>266)</sup>,

<sup>262)</sup> Weder in den Aussagen vor dem IMT. in Nürnberg noch bei den Zeugenvernehmungen des Instituts für Zeitgeschichte finden sich Anhaltspunkte für ein Attentat auf Hitler in jenen Wochen. Auch die Befragung zahlreicher Zeugen durch den Verfasser hatte ein negatives Ergebnis.

<sup>263)</sup> Am 27. 11. 1934 wurde z. B. eine amtliche Mitteilung veröffentlicht, die sich gegen Gerüchte über den Reichswehrminister v. Blomberg, den Chef der Heeresleitung, General v. Fritsch, und den Chef des Ministeramtes, Generalmajor v. Reichenau, wandte und Differenzen zwischen dem Heer und Dr. Goebbels bestritt. (DNB.-Text v. 27. 11. 1934.) — Am 2. 12. 1934 sprach Göring in der Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen und erklärte wie bei der RöhM-Affäre: „Wer das Vertrauen zum Führer zu stören wagt, wer das Gläubige im Volk zu untergraben versucht, ist ein Verräter. Wer gegen den Führer hetzt, der hetzt gegen Deutschland.“ (DNB.-Text v. 3. 12. 1934.) — Anfang Dezember sprach Major Foertsch, Abteilungsleiter im Reichswehrministerium, vor SA-, SS- und HJ.-Führern und Pressevertretern über das Verhältnis der Wehrmacht zum Nationalsozialismus und betonte, daß der Führer die Wehrmacht zu einer der Säulen bestimmt habe, die neben der Partei als einziger Waffenträger der Nation den Staat trage (DNB.-Text vom 12. 12. 1934).

<sup>264)</sup> DNB.-Meldung vom 5. 12. 1934.

<sup>265)</sup> DNB.-Meldung v. 6. 12. 1934. — Gottfried Feder, geb. 1883 in Würzburg, gest. 1941 in Murnau, Verfasser der Broschüre „Das Programm der NSDAP. und seine weltanschaulichen Grundgedanken“, München 1932, Verfechter der These von der Brechung der Zinsknechtschaft.

<sup>266)</sup> DNB.-Meldung v. 6. 12. 1934. VB. Nr. 341 v. 7. 12. 1934.



ohne jedoch eine Ansprache zu halten. Abends besuchte Hitler die Film-Kopierwerkstätten Geyer in Berlin-Neukölln.

Am 10. Dezember wurde ein Bild veröffentlicht: „Adolf Hitler spendet 1000-Markschein für die WHW.-Sammelbüchse der Schauspielerin Maria Paudler.“<sup>267)</sup>

Am 12. Dezember nahm Hitler an der Beisetzungsfeierlichkeit für den verstorbenen SA.-Gruppenführer Staatsrat Dr. Zunkel in Weimar teil<sup>268)</sup>.

Am 14. Dezember erschien Hitler überraschend bei dem Stapellauf des Ostasiendampfers „Scharnhorst“ in Bremen. In seiner Begleitung befanden sich Blomberg und Raeder, ferner Reichsverkehrsminister von Eltz-Rübenach und Dr. Schacht<sup>269)</sup>. Anschließend besichtigte er in Bremerhaven den Lloyd-Schnelldampfer „Europa“ und das Panzerschiff „Admiral Scheer“. Hitler verzichtete jedoch auch an diesem Tag auf Ansprachen.

Bei der Rückfahrt von Bremen nach Berlin stieß der Sonderzug Hitlers gegen 17 Uhr bei Verden an der Aller mit dem Omnibus einer Theatergesellschaft aus Stade zusammen, der bei Nebel die Eisenbahnschranke durchbrochen hatte. 14 Personen wurden bei dem Unfall getötet. Hitler ließ bei der Beerdigung der Opfer in Stade am 17. Dezember durch seinen Adjutanten Brückner einen Kranz niederlegen und den Hinterbliebenen Geldspenden überreichen<sup>270)</sup>.

Am 18. Dezember fand im ganzen Reich „Der Tag der Deutschen Polizei“ statt, dessen Ergebnis vor allem die Einführung des Hitlergrußes („Deutschen Gruß“) bei allen uniformierten Polizeiverbänden war. Hitler selbst hielt eine *kurze Ansprache an die Landespolizei-Truppe*, die im Hof der Reichskanzlei ein Konzert gab, und überreichte den Offiziersdamen WHW.-Spenden<sup>271)</sup>. Abends sah er eine Fernsendung, die ihm der Staatssekretär im Reichspostministerium, Dr. Ohnesorge<sup>272)</sup>, vorführte.

Am 19. Dezember ernannte Hitler den bisherigen Reichsjustizkommissar Dr. Hans Frank zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich und richtete an ihn folgendes *Handsreiben*:<sup>273)</sup>

„Sehr geehrter Herr Minister!

Nachdem die Justizministerien des Reiches und Preußens vereinigt sind und in den übrigen Ländern das Reich durch das Gesetz vom 5. Dezember 1934 die unmittelbare Leitung der Justizverwaltung übernommen hat, ist die Aufgabe, die Justiz in den Ländern gleichzuschalten, gelöst.

Für die Mitarbeit bei der Erneuerung der Rechtsordnung haben Sie sich in der Akademie für Deutsches Recht eine vorbildliche dauernde Einrichtung geschaffen, die Sie in den Stand setzt, ohne Beschränkung auf die Justiz im engeren Sinne bei der Durchsetzung der nationalsozialistischen Weltanschauung auf allen Gebieten der Neugestaltung des Rechtes mitzuwirken. Indem ich Ihnen für Ihre unermüdliche und erfolgreiche Tätigkeit als Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz in den Ländern und für die Erneuerung der Rechtsordnung meinen wärmsten Dank und meine besondere Anerkennung ausspreche, erkläre ich hiermit den Auftrag für beendet, den Ihnen der verewigte Herr Reichspräsident v. Hindenburg am 22. April 1933 erteilt hat. Gleichzeitig berufe ich Sie als Reichsminister ohne Geschäftsbereich in die Reichsregierung.

Mit deutschem Gruß Adolf Hitler.“

<sup>267)</sup> DNB.-Bilderdienst v. 10. 12. 1934.

<sup>268)</sup> DNB.-Bericht v. 13. 12. 1934.

<sup>269)</sup> DNB.-Berichte v. 14. 12. 1934.

<sup>270)</sup> DNB.-Meldungen v. 14. u. 17. 12. 1934. — Seit diesem Vorfall durfte der Sonderzug Hitlers nur noch mit 60 km Höchstgeschwindigkeit fahren.

<sup>271)</sup> DNB.-Meldung v. 18. 12. 1934.

<sup>272)</sup> Dr. h. c. Wilhelm Ohnesorge, geb. 1872 in Gräfenheinhichen, 1937—1945 Reichspostminister.

<sup>273)</sup> DNB.-Text v. 19. 12. 1934. VB. Nr. 354 v. 20. 12. 1934.

Am 20. Dezember empfing Hitler nochmals *französische Frontkämpfer der Union Fédérale*, Präsident Pichot und Generalsekretär Randoux <sup>274)</sup>.

Am 22. Dezember traf Hitler früh um 7.40 Uhr mit dem Sonderzug in Cuxhaven ein, um die Mannschaft des Hapag-Dampfers „Newyork“ zu begrüßen, die 16 Seeleute des untergegangenen norwegischen Schiffes „Sisto“ gerettet hatte. Hitler dankte dem Kommodore Kruse und hielt auf dem Promenadendeck der „Newyork“ folgende *Ansprache*: <sup>275)</sup>

„Herr Kommodore! Ich bin gekommen, um Ihnen im Namen der ganzen deutschen Nation den Dank für Ihre hervorragende Tat auszusprechen. Das ganze deutsche Volk ist stolz auf Sie! Und auch der deutschen Schifffahrt haben Sie große Ehre erwiesen! Sie haben vor der Welt bekundet, daß deutsche Schiffsbesatzungen tapfer, furchtlos und heldenmütig sind. Sie haben aber auch der Welt gezeigt, daß das deutsche Volk allezeit zu friedlicher Hilfe bereit ist.

Ich gratuliere Ihnen, Herr Kommodore, zu einer solchen Besatzung, und ich beglückwünsche das deutsche Volk zu so tapferen Männern!“

Nach genau einer Stunde verließ der Sonderzug Hitlers wieder Cuxhaven in Richtung Berlin.

Am 24. Dezember nahm Hitler an einem gemeinsamen Mittagessen von alten Parteigenossen teil, die sich im Hotel Wagner in München versammelt hatten. Er hielt eine *kurze Ansprache* und betonte, daß unbeugsamer Wille, Kraftbewußtsein und unbeirrbares Weiterschreiten wie einst die Bewegung, so auch Deutschland groß machen würden <sup>276)</sup>.

Zum Abschluß des Jahres 1934 richtete Hitler folgenden *Befehl an die Wehrmacht*: <sup>277)</sup>

„An die Wehrmacht!

Zum neuen Jahre übermittele ich allen Angehörigen der Wehrmacht meine Glückwünsche. Ich verbinde mit ihnen meinen Dank und meine Anerkennung für die in treuer, vorbildlicher Pflichterfüllung geleistete Arbeit des vergangenen Jahres.

Unser Dienst soll auch in Zukunft nur ein Ziel kennen: Deutschlands Wiederaufstieg in einem Frieden der Gleichberechtigung, der Ehre und gesicherten Freiheit.

Berlin, den 31. Dezember 1934. Der Führer und Reichskanzler: Adolf Hitler.“

Eigentlich hätte man bei diesem ersten Neujahrsbefehl des neuen Oberbefehlshabers der Wehrmacht einen etwas längeren Text erwarten können, aber Hitler war, wie gesagt, in deprimierter Verfassung. Und so schloß das Jahr 1934, das ihn an das Ziel seiner innenpolitischen Wünsche gebracht hatte, wider Erwarten nicht mit einem Triumphgefühl, sondern mit einer Krisenstimmung.

Aber es war in den Jahren 1934 bis 1939 geradezu charakteristisch für das Dritte Reich, daß immer wieder Krisen innen- und außenpolitischer Art entstanden. Kaum war die eine beendet, so begann die nächste. Zum großen Teil wurden sie von Hitler bewußt hervorgerufen, zum Teil entstanden sie durch die Ungeduld, mit der er verfuhr. Hitler duldet kein langsames Ausreifen, sein innerer Dämon trieb ihn vorwärts. Wenn er auch zunächst von Triumph zu Triumph zu jagen schien, so glich sein Auftreten doch mehr dem Balancieren auf einem Drahtseil. Er sprach selbst einmal von der „traumwandlerischen Sicherheit“, mit der er den „ihm von der Vorsehung vorgeschriebenen Weg“ gehe <sup>278)</sup>.

Im September 1939 aber war die Katastrophe da: Hitler war von seinem Drahtseil heruntergestürzt in die raue Wirklichkeit.

<sup>274)</sup> Bericht im VB. Nr. 355 v. 21. 12. 1935.

<sup>275)</sup> DNB.-Sonderbericht v. 22. 12. 1934. VB. Nr. 357 v. 23. 12. 1934.

<sup>276)</sup> DNB.-Bericht v. 24. 12. 1934. VB. Nr. 361 v. 27. 12. 1934.

<sup>277)</sup> DNB.-Text v. 31. 12. 1934. VB. Nr. 365 v. 31. 12. 1934.

<sup>278)</sup> Rede vom 14. 3. 1936; vgl. S. 606.